



C/2024/5029

23.9.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
20. September 2024
(C/2024/5029)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1166	CAD	Kanadischer Dollar		1,5148
JPY	Japanischer Yen		161,08	HKD	Hongkong-Dollar		8,7022
DKK	Dänische Krone		7,4590	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7919
GBP	Pfund Sterling		0,83910	SGD	Singapur-Dollar		1,4426
SEK	Schwedische Krone		11,3810	KRW	Südkoreanischer Won		1 491,51
CHF	Schweizer Franken		0,9486	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,5684
ISK	Isländische Krone		152,30	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8776
NOK	Norwegische Krone		11,7330	IDR	Indonesische Rupiah		16 929,55
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		4,6953
CZK	Tschechische Krone		25,078	PHP	Philippinischer Peso		62,150
HUF	Ungarischer Forint		393,68	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2763	THB	Thailändischer Baht		36,887
RON	Rumänischer Leu		4,9745	BRL	Brasilianischer Real		6,0570
TRY	Türkische Lira		38,0857	MXN	Mexikanischer Peso		21,6089
AUD	Australischer Dollar		1,6388	INR	Indische Rupie		93,2740

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/5526

23.9.2024

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5526)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6363	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr.- 215-607-8, CAS-Nr.- 1333-82-0)	Talleres Aykrom, S.A., Calle miravalles 37, 01013 Vitoria-Gasteiz, Spanien	REACH/24/42/0	Funktionalverchromen von gerippten Walzen, Industrieblechen und Werkzeugteilen für verschiedene Industriezweige, um Härte, Verschleiß- und Korrosionsbeständigkeit, eine geeignete Oberflächenbeschaffenheit und einen niedrigen Reibungskoeffizienten zu erreichen und um die Anforderungen an die Haftung der Beschichtung zu erfüllen	31. Dezember 2028	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5527)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6352	16. September 2024	Natriumdichromat (EG-Nr. 234-190-3, CAS-Nr.-10588-01-9)	Liebherr-Aerospace Lindenberg GmbH, Pfänderstraße 50-52, 88161 Lindenberg, Deutschland	REACH/24/41/0	Versiegeln nach der Anodisierung von Aluminiumlegierungen und Passivierung metallischer Beschichtungen von Teilen von Stellantrieb- und Fahrwerksystemen für die Luftfahrtindustrie, die die Anforderungen für die Erteilung des Lufttüchtigkeitszeugnisses erfüllen	19. Dezember 2034	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5528)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6369	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr. 1333-82-0)	Cromatura Staff Srl, Via Gobetti 9/11, 25088 Rezzato, Italien	REACH/24/43/0	Beschichtung von Messingventilen für Anwendungen, die industrielle und technische Flüssigkeiten beinhalten, und von Messingbeschlägen für Sauerstoffflaschen	16. Mai 2029	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.





C/2024/5529

23.9.2024

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5529)

Beschluss zur Erteilung einer Teilzulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 5990	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr. 1333-82-0)	Heinrich Schulte Söhne GmbH & Co. KG, Widayweg 10, 59823 Arnsberg, Deutschland	REACH/24/47/0	Funktionalverchromen großer Bauteile und kleiner Bauteile mit komplexen Geometrien oder solcher, für die besondere Genehmigungsverfahren für die im Anhang aufgeführten Anwendungen erforderlich sind	31. Dezember 2033	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.
			Schulte Hartchrom GmbH, Widayweg 10, 59823 Arnsberg, Deutschland	REACH/24/47/1			
			Heinrich Schulte Söhne GmbH & Co. KG, Widayweg 10, 59823 Arnsberg, Deutschland	REACH/24/47/2		31. Dezember 2028	
			Schulte Hartchrom GmbH, Widayweg 10, 59823 Arnsberg, Deutschland	REACH/24/47/3			

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.

Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5530)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6378	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Gessi S.p.A., Parco Gessi, Serravalle Sesia, 13037 Vercelli, Italien San Marco Rubinetteria S.r.l, Via Carducci 10, 13867 Pray, Italien	REACH/24/44/0 REACH/24/44/1	Galvanisierung von Metallsubstraten zur Schaffung einer langlebigen und widerstandsfähigen Oberfläche mit heller Optik für Sanitärkeramik für Küchen und Badezimmer (funktionales Beschichten mit dekorativem Charakter)	10. Juni 2028	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5531)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6366	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr. 1333-82-0)	Sicrom S.r.l., Via Isorella 9, 25010 Visano, Brescia, Lombardei, Italien	REACH/24/46/0	Funktionalverchromen von Hydraulikzylindern und Drehgelenken	10. Mai 2034	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5538)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6013	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Rubinetteria Paf- foni S.p.A. Via Soriso 2, 28076 Pogno (NO), Italien	REACH/24/45/0	Funktionalverchromen mit dekorativem Charakter von Metallsubstraten für sanitäre Anwendungen	14. Februar 2029	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5543)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6383	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Kludi GmbH & Co. KG, Am Vogelsang 31-33, 85706 Menden, Deutschland	REACH/24/32/0	Funktionalverchromen mit dekorativem Charakter von Metall- und Kunststoffsubstraten für sanitäre Anwendungen	31. Dezember 2028	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.
			Kludi-Armaturen Austria Ges.m.b.H, Neufelder Straße 17, 7053 Hornstein, Österreich	REACH/24/32/1			
			Kludi GmbH & Co. KG, Am Vogelsang 31-33, 85706 Menden, Deutschland	REACH/24/32/2	Vorbehandlung („Ätzen“) von Kunststoffsubstraten mit Chromtrioxid in Galvanoprozessen für sanitäre Anwendungen		

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5545)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6353	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Ugitech Saint-Etienne, Rue Jules Ferry 5, 42100 Saint Etienne, Frankreich	REACH/24/39/0	Funktionalverchromen von Stangen aus rostfreiem Stahl zur Verwendung in aggressiven und korrosiven Umgebungen	6. Mai 2034	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5546)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6351	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr.1333-82-0)	Olivari B S.p.A., Via G.Matteotti 140, 28021 Borgoma- nero (NO), Italien	REACH/24/40/0	Galvanisierung von Messingsubstraten mit Chromtrioxid zur Herstellung von Funktionsoberflä- chen für Tür- und Fensterbeschläge	18. November 2028	In Übereinstimmung mit Arti- kel 60 Absatz 4 der Verord- nung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomi- sche Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5547)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6354	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr.- 215-607-8, CAS-Nr.- 1333-82-0)	Ratier-Figeac, Route de Cahors, 46100 Figeac, Frankreich	REACH/24/38/0 REACH/24/38/1	Industrielle Verwendung zum Funktionalverchromen von für Luftfahrzeuge sicherheitskritischen Kugelgewindetrieben zur Verwendung in Stellantrieben von Flugzeugen, um das Reibungsverhältnis zu verringern und die Verschleiß- und Korrosionsbeständigkeit sowie die Dauerfestigkeit zu erhöhen und so eine gezielte Nutzungsdauer zu ermöglichen Industrielle Verwendung zur Chromsäure-Anodisierung von Aluminiumholmen als kritische Phase der Oberflächenbearbeitung für das Verbinden mit für Luftfahrzeuge sicherheitskritischen Propellerblättern, um zuverlässige Verbundeigenschaften zu gewährleisten und die Korrosionsbeständigkeit der Holme zu verbessern	10. November 2033 10. November 2030	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5553)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6359	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr. 215-607-8, CAS-Nr. 1333-82-0)	Hazet-Werk Hermann Zerver GmbH & Co. KG, Güldenwerther Bahnhof- straße 25-29, 42857 Rem- scheid, Deutschland	REACH/24/31/0	Funktionalverchromen, um ein hohes Maß an Abriebbeständigkeit sowie Korrosions- und Chemikalienbeständig- keit von Handwerkzeu- gen zu erreichen, die ein Metallsubstrat erfordern	31. Januar 2034	In Übereinstimmung mit Arti- kel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Ver- wendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativ- stoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.



Zusammenfassung von Beschlüssen der Europäischen Kommission über Zulassungen für das Inverkehrbringen zur Verwendung und/oder für eine Verwendung von Stoffen, die in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) aufgeführt sind

(Veröffentlicht gemäß Artikel 64 Absatz 9 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 ⁽¹⁾)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5554)

Beschluss zur Erteilung einer Zulassung

Nummer des Beschlusses ⁽¹⁾	Datum des Beschlusses	Bezeichnung des Stoffs	Inhaber der Zulassung	Zulassungsnummer	Zugelassene Verwendung	Datum des Auslaufens des Überprüfungszeitraums	Begründung des Beschlusses
C(2024) 6364	16. September 2024	Chromtrioxid (EG-Nr.- 215-607-8, CAS-Nr.- 1333-82-0)	Vinzia Fratelli S.p.A., Via Borgomano 121, 28010 Briga Novarese, Italien	REACH/24/37/0	Funktionalverchromen mit dekorativem Charakter von Abflussbauteilen aus Messing oder rostfreiem Stahl für die Armaturenindustrie	8. August 2029	In Übereinstimmung mit Artikel 60 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 überwiegt der sozioökonomische Nutzen die Risiken, die sich aus der Verwendung des Stoffes für die menschliche Gesundheit und die Umwelt ergeben, und es gibt keine geeigneten Alternativstoffe oder -technologien.

⁽¹⁾ Der Beschluss kann auf der Website der Europäischen Kommission unter folgender Adresse abgerufen werden: Zulassung (europa.eu – nur in englischer Sprache verfügbar).

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.





C/2024/5658

23.9.2024

TÄTIGKEITSBERICHT DES ÜBERWACHUNGSAUSSCHUSSES DES OLAF — 2022

(C/2024/5658)

Ausschussmitglieder

Teresa ANJINHO

Vorsitzende des Überwachungsausschusses des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)

Ausschussmitglied seit dem 23. September 2022

Vormalige stellvertretende Ombudsfrau und unabhängige Menschenrechtsexpertin, Portugal.

Dušan STERLE

Ausschussmitglied seit dem 28. März 2022

Vormaliger Direktor der Haushaltskontrollbehörde der Republik Slowenien, Finanzministerium, Slowenien.

Marita SALGRĀVE

Ausschussmitglied seit dem 23. September 2022

Vormaliges Ratsmitglied und Rechnungsprüfungsleiterin, Oberste Rechnungskontrollbehörde, Lettland.

Vormalige Exekutivdirektorin der Zentralen Finanzierungs- und Vergabeagentur (ESIF-Zwischenstelle), Finanzministerium, Lettland.

Angelo Maria QUAGLINI

Ausschussmitglied seit dem 23. September 2022

Richter am Rechnungshof, Italien.

Thierry CRETIN

Ausschussmitglied seit dem 9. September 2022

Vormaliges französisches Mitglied aus dem Richterstand (Ermittlungsrichter, Staatsanwaltssubstitut, Oberstaatsanwalt).

Vormaliger Direktor der GD Justiz und Verbraucher sowie der GD Migration und Inneres der Europäischen Kommission.

Vorwort

Im Anschluss an eine Phase der Neuausrichtung nach der vollständigen Neubesetzung des Überwachungsausschusses im Jahr 2022 begann der Ausschuss im Jahr 2023 mit einer eingehenden Reflexion über seine Arbeitsmethoden und seinen Arbeitsplan, seine Prioritäten und die wichtigsten Herausforderungen, die er im Laufe seines Mandats angehen muss. In diesem Jahr begann der Ausschuss zudem mit der Arbeit an den überarbeiteten Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF und schloss die erste Analyse der ergänzenden Untersuchungen ab, die das OLAF seit der Gründung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) durchgeführt hat.

Nach einem wiederholten und konstruktiven Gedankenaustausch zwischen dem Ausschuss und dem OLAF hat der Generaldirektor des OLAF den Ausschuss im November 2023 gemäß Artikel 17 Absatz 8 der OLAF-Verordnung förmlich um eine Stellungnahme zu den neuen Leitlinien für Untersuchungsverfahren ersucht, die das OLAF im Jahr 2024 zu verabschieden beabsichtigt. Für den Ausschuss ist die Überarbeitung der Leitlinien für Untersuchungsverfahren eine sehr wichtige Aufgabe in Bezug auf das OLAF, da dadurch die Leitlinien aktualisiert, klargestellt sowie klarer und umfassender formuliert werden sollen. In diesen Leitlinien sollten alle Entwicklungen, die seit der Verabschiedung der aktuellen Leitlinien für Untersuchungsverfahren stattgefunden haben, die zahlreichen Empfehlungen, die der Ausschuss in den letzten Jahren ausgesprochen hat, sowie die Zusammenarbeit mit der EUSTa im Rahmen der umfassenderen Betrugsbekämpfungsarchitektur der EU berücksichtigt werden.

Um sich ein besseres Bild von der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem OLAF und der EUSTa zu machen, ersuchte der Ausschuss den Generaldirektor des OLAF im Juli 2023, ihm eine Liste aller ergänzenden Untersuchungen zu übermitteln, die das OLAF seit Beginn der Tätigkeit der EUSTa eingeleitet hat. Auf der Grundlage einer Liste von 70 ergänzenden Untersuchungen, die das OLAF seit Juni 2021, als die EUSTa ihre Arbeit aufnahm, durchgeführt hat, nahm der Ausschuss im Dezember 2023 seinen Entwurf einer Stellungnahme zu den ergänzenden Untersuchungen des OLAF an. Die Stellungnahme wurde im Februar 2024 formell angenommen. Anhand dieser Stellungnahme führte der Ausschuss die erste eingehende Analyse von mehr als 40 abgeschlossenen ergänzenden Untersuchungen des OLAF durch. In seinen Schlussfolgerungen lobte der Ausschuss sowohl die EUSTa als auch das OLAF für ihre ernsthaften Bemühungen, mit diesem neuen Mechanismus Erfolge bei der Betrugsbekämpfung zu erzielen. Aus der Analyse dieser Fälle wurde deutlich, wie engagiert und professionell beide Parteien arbeiten. Der Ausschuss richtete zwei Empfehlungen an das OLAF, um die Transparenz und die bewährten Verwaltungsverfahren bei der Zusammenarbeit und dem Austausch mit der EUSTa zu verbessern.

Da sich das Konzept der ergänzenden Untersuchungen aufgrund der vom OLAF in diesem Bereich gesammelten Erfahrungen zwangsläufig weiterentwickeln wird, beschloss der Ausschuss, die ergänzenden Untersuchungen des OLAF weiterhin jährlich zu überwachen. Ziel ist es, dem EU-Gesetzgeber und den Interessenträgern weitere Einblicke in die Durchführung der ergänzenden Untersuchungen und deren Rolle als wichtiges Instrument in der Zusammenarbeit zwischen den beiden tragenden Säulen der Betrugsbekämpfungsarchitektur der EU zu geben. Diese Erkenntnisse werden für die bevorstehende Überarbeitung sowohl der EUSTa-Verordnung als auch der OLAF-Verordnung wertvoll sein.

Im Mai 2023 nahm der Ausschuss die Stellungnahme Nr. 1/2023 zum Haushaltsvorentwurf des OLAF für 2024 an. Der Ausschuss war sich bewusst, dass der Haushalt vor dem Hintergrund des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 und der laufenden gründlichen Prüfung aller Verwaltungsausgaben durch die Kommission erstellt wurde. Nach einer gründlichen Analyse und einem Gedankenaustausch mit dem OLAF hat der Ausschuss: i) darauf hingewiesen, dass angemessene personelle Ressourcen für das OLAF äußerst wichtig sind, um ein hohes Leistungsniveau aufrechtzuerhalten, ii) die Auffassung vertreten, dass der vorläufige Haushaltsplan mit dem gemeldeten Bedarf übereinstimmt, und iii) seine volle Unterstützung für das Ersuchen des OLAF um zusätzliche Stellen zum Ausdruck gebracht. Berücksichtigt wurden dabei insbesondere die neuen strategischen Aufgaben, die dem OLAF zugewiesen wurden, wie Untersuchungen und die operative Unterstützung der Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit, die operative Zusammenarbeit mit der EUSTa, die Bearbeitung von Beschwerden, die bei der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien eingereicht wurden, und die erwartete Beteiligung des OLAF an den langfristigen Bemühungen zum Wiederaufbau der Ukraine.

Im Jahr 2023 sind ferner die regelmäßigen Kontakte und Sitzungen des Ausschusses mit den EU-Organen und den Partnern und Interessenträgern des OLAF hervorzuheben. Diese trugen nicht nur dazu bei, den Bekanntheitsgrad des Ausschusses zu erhöhen, sondern halfen auch, den Informationsfluss im Rahmen der Zusammenarbeit zu verbessern und zusätzliche Rückmeldungen zur Leistung des OLAF zu erhalten.

Abschließend möchte ich dem Generaldirektor des OLAF im Namen der Mitglieder für seinen offenen und ehrlichen Austausch mit dem Ausschuss danken. Zudem möchte ich die wertvolle Unterstützung würdigen, die die Mitglieder des Sekretariats unter der Leitung seines Direktors dem Ausschuss geleistet haben, obwohl das Sekretariat im Jahr 2023 personell stark unterbesetzt war. In diesem Zusammenhang möchte der Ausschuss die Bemühungen des Generalsekretärs des Ausschusses hervorheben, dafür Sorge zu tragen, dass das Sekretariat über die erforderlichen personellen Ressourcen verfügt, um sowohl den Ausschuss als auch die Beauftragte für die Kontrolle der Verfahrensgarantien zu unterstützen.

Teresa ANJINHO

Vorsitzende des Überwachungsausschusses

Inhalt

	<i>Buchseite</i>
Vorwort	2
1. Der Ausschuss im Überblick	5
2. Kontrolltätigkeiten des Überwachungsausschusses	6
2.1 Überwachung des Haushalts und der Ressourcen des OLAF: Stellungnahme Nr. 1/2023 zum Haushaltsvorentwurf 2024 des OLAF	6
2.2 Entwurf einer Stellungnahme zu den ergänzenden Untersuchungen des OLAF und der EUSTA	6
2.3 Überwachung der Dauer der vom OLAF durchgeführten Untersuchungen	7
2.3.1 Berichte über länger als 12 Monate andauernde Untersuchungen, die 2023 beim Ausschuss eingegangen sind	8
2.4 Überwachung der beim OLAF eingereichten Einzelbeschwerden durch den Ausschuss	9
2.5 Überarbeitung der Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF	10
3. Zusammenarbeit	11
3.1 Zusammenarbeit mit dem OLAF	11
3.2 Beziehungen zu den beteiligten Stellen	11
4. Verwaltung und Mittelausstattung	12
4.1 Arbeitsweise des Überwachungsausschusses	12
4.2 Das Sekretariat	12
4.3 Haushalt	12

1. Der Ausschuss im Überblick

1. Der Überwachungsausschuss des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) (im Folgenden „Ausschuss“) ist ein unabhängiges Gremium, das durch die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾ (im Folgenden „OLAF-Verordnung“) eingerichtet wurde, um durch eine regelmäßige Kontrolle der Untersuchungstätigkeit des OLAF die Unabhängigkeit des OLAF zu stärken und zu gewährleisten.
2. Der Ausschuss setzt sich aus fünf unabhängigen externen Sachverständigen (im Folgenden „Mitglieder“) zusammen, die vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Europäischen Kommission im gegenseitigen Einvernehmen für fünf Jahre ernannt werden ⁽²⁾. Die Mitglieder üben ihre Funktion in völliger Unabhängigkeit aus und dürfen weder von einer Regierung noch einem Organ, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der EU Weisungen anfordern oder entgegennehmen. Der Ausschuss wird bei seiner Arbeit von einem ständigen Sekretariat unterstützt, das unter unmittelbarer Weisungsbefugnis des Ausschusses unabhängig von der Kommission, dem OLAF oder einer anderen Einrichtung arbeitet. Das Sekretariat spielt eine Schlüsselrolle, da es die Überwachungsaufgaben des Ausschusses erleichtert und zu diesen beiträgt.
3. In Anbetracht der Art der OLAF-Untersuchungen kann ein Beschluss des Generaldirektors des OLAF über die Einleitung oder den Abschluss einer Untersuchung nicht vor den EU-Gerichten angefochten werden ⁽³⁾. Das bedeutet, dass der Ausschuss zusammen mit der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien (die Beschwerden gegen das OLAF wegen Nichteinhaltung der Verfahrensgarantien und der für die Untersuchungen geltenden Bestimmungen bearbeitet ⁽⁴⁾) eine entscheidende Rolle als unabhängiges Organ spielt, das mit der Überwachung und Kontrolle der Art und Weise betraut ist, wie das OLAF seine Untersuchungen durchführt. Der Ausschuss nimmt somit eine privilegierte Stellung ein, da er aufgrund seiner Überwachungsfunktion den Organen der Europäischen Union einen Einblick in die Arbeitsweise des OLAF ermöglicht und sicherstellt, dass das OLAF im Rahmen seiner rechtlichen Befugnisse und unter Einhaltung der geltenden Verfahrensgarantien tätig ist.
4. Gemäß der OLAF-Verordnung wurde dem Ausschuss eine dreifache Aufgabe übertragen: i) regelmäßige Kontrolle des OLAF bei seiner Untersuchungstätigkeit, ii) Unterstützung des Generaldirektors des OLAF bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und iii) Berichterstattung an die EU-Organe.
5. Durch die regelmäßige Kontrolle der Untersuchungen des OLAF will der Ausschuss insbesondere sicherstellen,
 - i) dass keine Einflussnahme von außen in die Untersuchungstätigkeit des OLAF besteht und
 - ii) dass alle einschlägigen Beschlüsse des Generaldirektors nach den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit und Unparteilichkeit gefasst werden und mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und den Verfahrensgarantien ⁽⁵⁾ im Einklang stehen.
6. Im Rahmen seiner Aufgaben i) richtet der Ausschuss **Stellungnahmen** sowie gegebenenfalls **Empfehlungen** zu den Untersuchungstätigkeiten des OLAF, zur Dauer der Untersuchungen und zu den vom OLAF für die Durchführung der Untersuchungen benötigten Ressourcen an den Generaldirektor des OLAF und ii) formuliert der Ausschuss **Bemerkungen** zu den Entwürfen der OLAF-Leitlinien für Untersuchungsverfahren. Bei der Abgabe seiner Stellungnahmen und Empfehlungen greift der Ausschuss niemals in den Ablauf der laufenden Untersuchungen ein.

⁽¹⁾ Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 248 vom 18.9.2013, S. 1), geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) 2016/2030 und die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223. Abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:02013R0883-20210117>.

⁽²⁾ Damit die Sachkenntnis innerhalb des Ausschusses erhalten bleibt, werden die Mitglieder entsprechend der OLAF-Verordnung abwechselnd ersetzt.

⁽³⁾ Rechtssache T-658/17, Stichting Against Child Trafficking/Kommission, ECLI:EU:T:2018:799.

⁽⁴⁾ Siehe Artikel 9a Absatz 8 der OLAF-Verordnung.

⁽⁵⁾ https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf.

2. Kontrolltätigkeiten des Überwachungsausschusses

2.1. *Überwachung des Haushalts und der Ressourcen des OLAF: Stellungnahme Nr. 1/2023 zum Haushaltsvorentwurf 2024 des OLAF*

7. Der Überwachungsausschuss des OLAF gibt jährlich eine Stellungnahme zum Haushaltsvorentwurf des OLAF ab, um gegenüber den EU-Organen zu gewährleisten, dass der Haushaltsentwurf der Unabhängigkeit der Untersuchungstätigkeit des OLAF Rechnung trägt. Die Stellungnahme bietet ferner die Gewähr, dass das OLAF über ausreichende Ressourcen verfügt, um einen wirksamen und effizienten interinstitutionellen Dienst zur Betrugsbekämpfung zu leisten. Der Generaldirektor des OLAF kann diese Stellungnahme dann gegenüber den Haushalts- und Entlastungsbehörden der EU verwenden.
8. Am 31. Mai 2023 veröffentlichte der Ausschuss die Stellungnahme Nr. 1/2023 zum Haushaltsvorentwurf des OLAF für 2024. Darin stellte er fest, dass bei dem um 4,40 % aufgestockten Haushaltsvorentwurf des OLAF die Leitlinien der Kommission für weitere Sparmaßnahmen eingehalten werden. Der Ausschuss äußerte sich jedoch besorgt angesichts der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Personalsituation des OLAF und wies darauf hin, dass das OLAF aufgrund der erheblichen Personalkürzungen nicht mehr in der Lage sein wird, hoch qualifiziertes und spezialisiertes Personal im Bereich der Untersuchungen und der Vermögensabschöpfung einzustellen. Für den Ausschuss ist es wichtig, dass das OLAF über eine ausreichende Personalausstattung verfügt, um ein hohes Leistungsniveau aufrechtzuerhalten, insbesondere bei den neuen Aufgaben, die das OLAF im Zusammenhang mit einer Reihe strategischer Initiativen für die Europäische Kommission übernommen hat. Zu diesen Initiativen gehören Untersuchungen und die operative Unterstützung der Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität und des „Rechtsstaatlichkeitsmechanismus“, die operative Zusammenarbeit mit der EUSTa und die Bearbeitung von Beschwerden, die bei der Beauftragen für die Kontrolle der Verfahrensgarantien eingereicht werden.
9. Der Ausschuss stellte ferner fest, dass das OLAF den größten Teil der finanziellen Auswirkungen in Bezug auf die personellen Ressourcen zu tragen hatte, da die Mitgliedstaaten der Einrichtung der EUSTa ohne finanzielle Auswirkungen zugestimmt hatten. Es wurde erwartet, dass das OLAF bis Januar 2023 16 zusätzliche Stellen an die EUSTa überträgt (ein Teil der insgesamt 45 Stellen, die für die Einrichtung der EUSTa zugewiesen wurden).
10. Vor diesem Hintergrund und nach Prüfung der Begründungen des OLAF für die Beantragung von 16 zusätzlichen Stellen sprach sich der Ausschuss angesichts der neuen Aufgaben, die dem OLAF zugewiesen wurden (Aufbau- und Resilienzfazilität, Ukraine-Fazilität, Sanktionen und Beschwerden, die bei der Beauftragen für die Kontrolle der Verfahrensgarantien eingereicht wurden), für die Unterstützung dieses Antrags aus. Da das OLAF bereits 16 seiner eigenen Stellen im Jahr 2023 an die EUSTa übertragen hatte, wurde der Antrag des OLAF auf zusätzliche Stellen eher als eine Maßnahme zum Ausgleich seiner verringerten Ressourcen denn als eine Nettoaufstockung derselben angesehen.

2.2. *Entwurf einer Stellungnahme zu den ergänzenden Untersuchungen des OLAF und der EUSTa*

11. Gemäß der OLAF-Verordnung kann das OLAF die Tätigkeiten der EUSTa ergänzen, „um den Erlass von Sicherungsmaßnahmen oder finanziellen, disziplinarischen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen zu erleichtern“ ⁽⁶⁾.
12. Um sich ein besseres und umfassenderes Bild der allgemeinen Rahmenbedingungen, unter denen das OLAF ergänzende Untersuchungen durchführt, machen zu können, hat der Ausschuss im Juli 2023 den Generaldirektor des OLAF um die Übermittlung einer Liste mit folgenden Informationen gebeten: i) allen ergänzenden Untersuchungen, die das OLAF seit der Annahme der EUSTa-Verordnung eingeleitet hat, und ii) Informationen über die Bearbeitung dieser Untersuchungen. Ausgehend von den vom OLAF vorgelegten Informationen beschloss der Ausschuss auf seiner Plenartagung am 20. September 2023, eine Stellungnahme abzugeben, um genauer zu prüfen, wie das OLAF die einschlägigen Rechtsvorschriften über ergänzende Untersuchungen und seine Zusammenarbeit mit der EUSTa angewandt hat.

⁽⁶⁾ Artikel 12f der OLAF-Verordnung.

13. Im Dezember 2023 nahm der Ausschuss den Entwurf einer Stellungnahme an, die nach Eingang der Stellungnahmen des OLAF im Februar 2024 ⁽⁷⁾ förmlich angenommen wurde. Der Ausschuss prüfte 70 ergänzende Untersuchungen, die das OLAF von Juni 2021 bis November 2023 durchgeführt hatte, und konzentrierte sich auf die abgeschlossenen ergänzenden Untersuchungen (42 Fälle).
14. Der Ausschuss befasste sich mit: i) der Art und dem Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Delegierten Europäischen Staatsanwälten und den Ermittlern des OLAF, ii) dem regelmäßigen Informationsfluss zwischen beiden Parteien während dieses Prozesses, iii) der Einhaltung der geltenden Vorschriften und der Bestimmungen der zwischen dem OLAF und der EUSTa getroffenen Arbeitsvereinbarung und iv) der Dauer der ergänzenden Untersuchungen.
15. Eine der ersten Feststellungen des Ausschusses war, dass das OLAF in der Praxis keinen förmlichen schriftlichen Antrag stellt, wenn die EUSTa im Rahmen eines vorherigen informellen Austauschs Einwände gegen die Absicht des OLAF erhebt, eine ergänzende Untersuchung einzuleiten. Infolgedessen gebe es keine förmlichen Aufzeichnungen über den Vorschlag des OLAF und über die Gründe der EUSTa für den Einwand dagegen.
16. Der Ausschuss hält es daher für wichtig, dass das OLAF immer einen formellen schriftlichen Vorschlag macht, wenn es eine ergänzende Untersuchung einleiten will (unter Verwendung der bereits mit der EUSTa vereinbarten Formulare und Vorlagen). Dadurch wird Folgendes sichergestellt: a) die Einhaltung des Grundsatzes der Transparenz und b) die Wirksamkeit der Überwachungsaufgaben des Ausschusses in Bezug auf die Untersuchungsaufgaben des OLAF.
17. Der Ausschuss stellt ferner fest, dass in 75 % der abgeschlossenen Fälle eine ergänzende Untersuchung weniger als ein Jahr dauerte (im Durchschnitt acht Monate). In sehr wenigen Fällen (10-20 %) betrug die Dauer mehr als ein Jahr. Dafür gab es objektive Gründe, z. B. die besondere Komplexität der untersuchten Themen, einschließlich der großen Anzahl der betroffenen Personen und/oder Länder.
18. Abschließend stellte der Ausschuss fest, dass dieser Mechanismus bisher wie geplant funktioniert hat und vielversprechende Ergebnisse für die Zukunft liefert. Der Ausschuss lobte sowohl die EUSTa als auch das OLAF (bzw. die an diesen Fällen beteiligten Europäischen Delegierten Staatsanwälte und OLAF-Ermittler) für ihre Anstrengungen, mit diesem neuen Mechanismus erfolgreich zur Betrugsbekämpfung beizutragen.
19. Auf der Grundlage der oben genannten Feststellungen gab der Ausschuss die folgenden zwei Empfehlungen an das OLAF ab. *Erstens* sollten immer die mit der EUSTa vereinbarten Formulare und Vorlagen verwendet werden, um einen Vorschlag für die Einleitung einer ergänzenden Untersuchung zu unterbreiten, selbst wenn die EUSTa dem OLAF bereits auf informelle Weise mitgeteilt hat, dass sie dagegen einen Einwand erheben würde. *Zweitens* sollte dafür gesorgt werden, dass sich dieses Verfahren auch in den Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF niederschlägt.
20. Der Ausschuss wird die ergänzenden Untersuchungen des OLAF weiterhin auf jährlicher Basis überwachen.

2.3. **Überwachung der Dauer der vom OLAF durchgeführten Untersuchungen**

21. Nach Artikel 7 Absatz 8 der OLAF-Verordnung ist der Ausschuss verpflichtet, jede Untersuchung, die länger als 12 Monate andauert, einer Einzelfallanalyse zu unterziehen, um sicherzustellen, dass die Untersuchungen des OLAF ohne Unterbrechung und über einen Zeitraum durchgeführt werden, der ihren Umständen und ihrer Komplexität angemessen ist.
22. Durch regelmäßige Überwachung der Dauer der Untersuchungen des OLAF und der Gründe für etwaige unangemessene Verzögerungen versucht der Ausschuss zu überprüfen, ob keine externe oder interne Einflussnahme auf die unparteiische Durchführung einer Untersuchung erfolgt ist. Eine ungerechtfertigte langwierige Untersuchung kann schwerwiegende negative Auswirkungen auf i) die Verfahrensrechte der betroffenen Person und/oder ii) die im Anschluss an die Untersuchung ergriffenen Folgemaßnahmen haben. Durch die Überwachung der Dauer der Untersuchungen überprüft der Ausschuss auch, ob die dem OLAF zugewiesenen personellen und finanziellen Ressourcen effizient eingesetzt wurden.

⁽⁷⁾ Siehe die Stellungnahme Nr. 1/2024, abrufbar unter:
https://supervisory-committee-olaf.europa.eu/document/download/9017a135-fe82-4471-84fc-eb7030379e3a_en?filename=Opinion%20on%20CI%20-%20non%20confidential%20v.pdf.

23. Im Laufe der Jahre hat der Ausschuss der „Kontinuität“ und der „Dauer“ der Untersuchungen des OLAF besondere Aufmerksamkeit gewidmet. In den letzten Jahren hat der Ausschuss seine Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Leitlinien für Untersuchungsverfahren keine klaren und detaillierten Bestimmungen über die Dauer der Untersuchungen des OLAF enthalten. Solche Bestimmungen erhöhen die Rechtssicherheit und ihr Fehlen kann sich nachteilig auf die Transparenz der Verfahren des OLAF auswirken, insbesondere für die betroffenen Personen).
24. Um die Überwachungsaufgaben, die ihm im Rahmen der OLAF-Verordnung übertragen wurden, ordnungsgemäß durchführen zu können, muss der Ausschuss Zugang zu aussagekräftigen, umfassenden, ausreichenden und zeitnahen Informationen haben. Nach dem neuen Artikel 15 Absatz 1 der OLAF-Verordnung ⁽⁸⁾ erhält der Ausschuss Zugang zu sämtlichen Informationen und Schriftstücken des OLAF, die er für notwendig erachtet, um seine Überwachungs- und Aufsichtsaufgaben wahrzunehmen.
25. Im Rahmen der derzeitigen Arbeitsvereinbarungen zwischen dem OLAF und dem Ausschuss ⁽⁹⁾ wird dem Ausschuss ein teilweiser direkter Zugang zu den fallbezogenen Informationen gewährt, die im Fallverwaltungssystem (OCM) des OLAF verfügbar und erfasst sind. Insbesondere hat der Ausschuss gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Arbeitsvereinbarungen uneingeschränkten Zugang zu laufenden Untersuchungen, die länger als 12 Monate dauern.
26. Wie jedes Jahr erhielt der Ausschuss vom OLAF Informationen über Untersuchungen, die seit mehr als 12 Monaten andauern. Um die Gründe für die lange Dauer bestimmter Untersuchungen besser verstehen zu können, hat sich der Ausschuss Ende 2022 dazu entschlossen, sich auf die Untersuchungen des OLAF zu konzentrieren, die seit mehr als 36 Monaten andauern. Die Überwachung dieser Fälle ist derzeit im Gange. Parallel dazu prüft der Ausschuss weiterhin, wie er bestmöglich sicherstellen kann, dass seine Überwachung der Untersuchungen des OLAF, die länger als 12 Monate dauern, so wirksam und umfassend wie möglich ist.

2.3.1. *Berichte über länger als 12 Monate andauernde Untersuchungen, die 2023 beim Ausschuss eingegangen sind*

27. Kann eine Untersuchung nicht binnen 12 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen werden, so ist der Generaldirektor des OLAF nach Artikel 7 Absatz 8 der OLAF-Verordnung ⁽¹⁰⁾ verpflichtet, dem Ausschuss 12 Monate nach Einleitung der Untersuchung und danach alle sechs Monate offiziell Bericht zu erstatten. In diesen Berichten legt das OLAF die Gründe für die noch nicht abgeschlossene Untersuchung und gegebenenfalls ⁽¹¹⁾ die Abhilfemaßnahmen dar, die zur Beschleunigung der Untersuchung ergriffen werden sollen, sowie den voraussichtlichen Zeitrahmen für den Abschluss der Untersuchung.
28. Im Jahr 2023 erhielt der Ausschuss 620 Berichte vom OLAF über 404 laufende Einzeluntersuchungen, die länger als 12 Monate andauerten. In 53,47 % der gemeldeten Fälle lief die Untersuchung bereits länger als 24 Monate (Abbildung 1). Die sektorspezifische Aufschlüsselung der vom OLAF durchgeführten Untersuchungen ist in Abbildung 2 dargestellt.

⁽⁸⁾ Geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Wirksamkeit der Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 49).

⁽⁹⁾ Die Arbeitsvereinbarungen zwischen dem OLAF und dem OLAF-Überwachungsausschuss sind abrufbar unter: <https://supervisory-committee-olaf.europa.eu/system/files/2021-10/OLAF%20SC%20WA%20signed.pdf>.

⁽¹⁰⁾ In Artikel 7 Absatz 8 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 heißt es: „Kann eine Untersuchung nicht binnen 12 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen werden, so erstattet der Generaldirektor dem Überwachungsausschuss bei Ablauf der Zwölfmonatsfrist und danach alle sechs Monate Bericht und nennt die Gründe dafür sowie die geplanten Abhilfemaßnahmen, mit denen die Untersuchung beschleunigt werden soll.“

⁽¹¹⁾ „Gegebenenfalls“ wurde durch die Änderungsverordnung (EU, Euratom) 2020/2223 in Artikel 7 Absatz 8 der OLAF-Verordnung eingefügt.

Abbildung 1

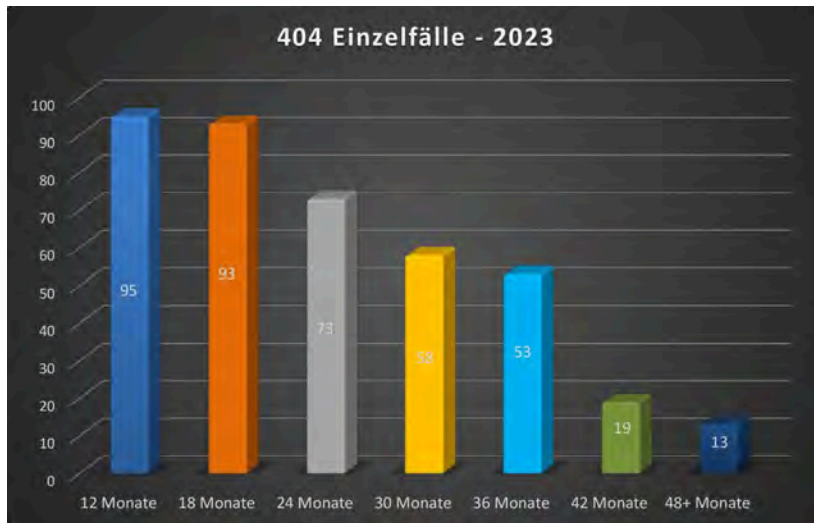
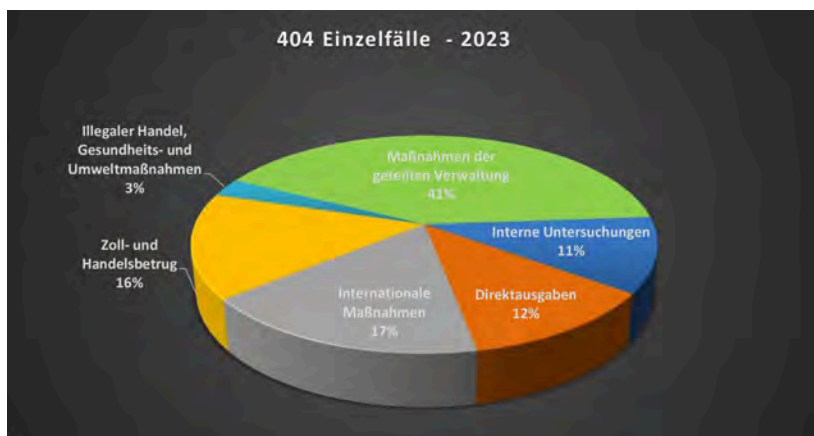


Abbildung 2



2.4. Überwachung der beim OLAF eingereichten Einzelbeschwerden durch den Ausschuss

29. Wie jedes Jahr erhielt der Ausschuss halbjährliche Berichte und einschlägige Dokumente über die vom OLAF bearbeiteten Einzelbeschwerden. Im Jahr 2023 informierte der Generaldirektor den Ausschuss, dass das OLAF insgesamt drei Beschwerden bearbeitet hat. Der Generaldirektor gab auch einen Überblick über die vom Europäischen Bürgerbeauftragten bearbeiteten Beschwerden. Das OLAF gewährte automatischen Zugriff auf die entsprechenden Fälle im Fallbearbeitungssystem des OLAF, in dem alle einschlägigen Dokumente und Informationen enthalten sind ⁽¹³⁾. Der Ausschuss legte den Schwerpunkt auf die drei Beschwerden, die das OLAF im Jahr 2023 direkt bearbeitet hat (eine Beschwerde, die von einem Zeugen vorgebracht wurde, und zwei Beschwerden von Personen, die von den Untersuchungen des OLAF betroffen waren).
30. In seiner ersten Beschwerde, die von einem Zeugen vorgebracht wurde, brachte der Beschwerdeführer vor, das OLAF habe die Untersuchung nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums durchgeführt. In seiner Antwort an den Beschwerdeführer argumentierte das OLAF, dass kein Verstoß gegen die geltenden Vorschriften vorgelegen habe und dass es die Untersuchung zügig und innerhalb einer angemessenen Frist durchgeführt habe. Der Ausschuss stellt fest, dass das OLAF die Dauer der Untersuchung hinreichend begründet hat. Insbesondere verwies das OLAF auf die Komplexität des Falles, den sensiblen Charakter des Themas, den Umfang der gesammelten Informationen und die zahlreichen durchgeführten Untersuchungstätigkeiten. Der Ausschuss stellt fest, dass derselbe Zeuge auch beim Europäischen Bürgerbeauftragten eine Beschwerde über die Dauer der Untersuchung eingereicht hat und dass der Bürgerbeauftragte keine Veranlassung sah, eine Untersuchung über die angeblich lange Dauer der OLAF-Untersuchung einzuleiten.

⁽¹³⁾ Gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Arbeitsvereinbarungen zwischen dem OLAF und dem OLAF-Überwachungsausschuss.

31. In einer zweiten vom OLAF bearbeiteten Beschwerde bat der Betroffene das OLAF, den leitenden Ermittler wegen mangelnder Unparteilichkeit bei der Durchführung der Untersuchung auszutauschen. Nach der ablehnenden Antwort des OLAF reichte der Betroffene eine Beschwerde bei der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien ein. Dieser Fall ist nun bei der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien anhängig.
32. In der dritten Beschwerde erhob der Betroffene die folgenden Vorwürfe gegen das OLAF: i) Das OLAF habe gegen Artikel 9 Absatz 4 der OLAF-Verordnung verstoßen, da es dem Beschwerdeführer nicht die Gelegenheit gegeben habe, sich vor Abschluss der Untersuchung zu den gegen ihn vorliegenden Fakten zu äußern, und ii) das OLAF habe gegen Artikel 10 Absatz 3b Buchstabe b der OLAF-Verordnung verstoßen, da es dem Betroffenen keinen Zugang zum abschließenden Untersuchungsbericht gewährt habe. Auf der Grundlage von Artikel 9 Absatz 4 der OLAF-Verordnung und der Notwendigkeit, die Vertraulichkeit der Untersuchung zu wahren, hatte der Generaldirektor beschlossen, das Recht des Betroffenen auf eine Stellungnahme zur Zusammenfassung des Sachverhalts (Recht auf Anhörung) auszusetzen. Der Ausschuss stellt fest, dass das OLAF gemäß den geltenden Vorschriften und Verfahren gehandelt hatte und dass die Entscheidung des OLAF durch die Notwendigkeit gerechtfertigt war, das Untersuchungsgeheimnis zu wahren.
33. Der Ausschuss stellt ferner fest, dass das OLAF in allen oben genannten Beschwerden allen Beschwerdeführern ausreichend Informationen geliefert hat und gemäß seiner Verpflichtung aus Artikel 41 Absatz 2 Buchstabe c der Charta der Grundrechte der Europäischen Union betreffend die „Verpflichtung der Verwaltung, ihre Entscheidungen zu begründen“ gehandelt hat.

2.5. *Überarbeitung der Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF*

34. Nach der Überarbeitung der OLAF-Verordnung (EU, Euratom) 883/2013 durch Änderung der Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 entschied sich das OLAF, seine bestehenden Leitlinien für Untersuchungsverfahren zu ändern, um die neuen Bestimmungen der Verordnung in neue interne Leitlinien umzusetzen und einen klaren und kohärenten Rahmen für alle Untersuchungs-, Unterstützungs- und Koordinierungstätigkeiten zu schaffen. Wie das OLAF dem Ausschuss erklärte, wurde diese Überarbeitung in zwei getrennten Phasen durchgeführt.
35. In der ersten Phase beschränkte sich die Überarbeitung auf das zur Angleichung der OLAF-Leitlinien für Untersuchungsverfahren an die durch die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 eingeführten Änderungen und an den Beginn der Tätigkeit der EUSTA unbedingt erforderliche Maß. Diese Phase wurde abgeschlossen, und die neuen OLAF-Leitlinien für Untersuchungsverfahren traten am 11. Oktober 2021 in Kraft. In seinen Bemerkungen vom 17. August 2022 an den Generaldirektor des OLAF zur Überarbeitung der Leitlinien für Untersuchungsverfahren machte der Ausschuss deutlich, dass er seine Stellungnahme zu den überarbeiteten Leitlinien erst nach dem endgültigen Abschluss der zweiten Phase des Überarbeitungsprozesses abgeben werde ⁽¹³⁾.
36. Das OLAF schloss die zweite Phase der Überprüfung Ende Juni 2023 ab, und anschließend wurden die Entwürfe der Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF dem Überwachungsausschuss zur förmlichen Stellungnahme ⁽¹⁴⁾ vorgelegt. Im Rahmen dieser förmlichen Konsultation fand im Berichtszeitraum ein früher konstruktiver Gedankenaustausch zwischen dem OLAF und dem Ausschuss statt. Ziel dieses Austauschs war es, den Ausschuss in die Lage zu versetzen, den Generaldirektor des OLAF bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben zu unterstützen ⁽¹⁵⁾.
37. Als Ergebnis dieses Austauschs fanden zwischen dem Ausschuss und dem OLAF eine Reihe von Sitzungen statt und es wurde ein weiterer Gedankenaustausch über den Inhalt der künftigen Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF organisiert. Der Ausschuss unterzog einige spezifische Bestimmungen einer gründlichen Analyse und übermittelte dem Generaldirektor des OLAF am 28. Juli 2023 einen Vermerk, in dem er seine vorläufigen Ansichten zu einigen wichtigen Fragen darlegte, unter anderem zu dem Detaillierungsgrad der Leitlinien für Untersuchungsverfahren des OLAF und zu ihrer Struktur.
38. Am 24. November 2023 legte das OLAF die überarbeitete endgültige Fassung des Entwurfs seiner Leitlinien für Untersuchungsverfahren vor. Der Ausschuss beabsichtigt, seine Stellungnahme zum Entwurf der Leitlinien für Untersuchungsverfahren im Laufe des Jahres 2024 zu veröffentlichen.

⁽¹³⁾ Letzter Satz von Artikel 17 Absatz 8 der OLAF-Verordnung.

⁽¹⁴⁾ Die Stellungnahme des Ausschusses zu den Entwürfen der neuen Leitlinien für Untersuchungsverfahren sind Gegenstand des Entwurfs einer Stellungnahme des Ausschusses, die in den kommenden Wochen angenommen werden soll.

⁽¹⁵⁾ Siehe Erwägungsgrund 37 der OLAF-Verordnung.

3. Zusammenarbeit

3.1. Zusammenarbeit mit dem OLAF

39. Im Jahr 2023 verstärkte der Ausschuss seine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem OLAF, indem er einen offenen und konstruktiven Dialog mit dem Generaldirektor des OLAF führte.
40. Der Ausschuss lud wie stets den Generaldirektor des OLAF und dessen Mitarbeitende zu seinen regelmäßigen monatlichen Sitzungen ein, um Informationen über alle für die Arbeit des Ausschusses und des OLAF relevanten Themen auszutauschen und zu erörtern. Die Mitglieder des Ausschusses und das Sekretariat führten im Rahmen der Vorbereitungen der Arbeiten des Ausschusses auch formelle und informelle Gespräche mit der Leitung und den Mitarbeitenden des OLAF.
41. Bei diesen Sitzungen und Gesprächen informierte das OLAF den Ausschuss über eine Reihe von Hindernissen, auf die es bei Untersuchungen, die Mitglieder bestimmter Organe betreffen, und bei Untersuchungen über mutmaßliche Belästigungen in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Einrichtungen der EU stößt. Der Ausschuss hat nunmehr beschlossen, sich mit diesen beiden Fragen zu befassen, und wird im Laufe des Jahres 2024 eine Stellungnahme zu beiden Themen abgeben.
42. Der Ausschuss erhielt vom OLAF im Einklang mit den Bestimmungen der OLAF-Verordnung und den geltenden Arbeitsverfahren die folgenden Berichte: i) Berichte über Untersuchungen, die länger als 12 Monate andauern, ii) Berichte über Fälle, in denen Empfehlungen, die das OLAF seit dem 1. Oktober 2013 ausgesprochen hat, nicht weiterverfolgt wurden und zu denen das OLAF im Rahmen der jährlichen Überwachung 2022 Antworten von den betroffenen Behörden erhalten hat, die dem Ausschuss am 8. Juni 2023 zugegangen sind, iii) Berichte über Beschwerden, die bei dem OLAF über Verfahrensgarantien in laufenden Untersuchungen des OLAF eingereicht wurden, iv) Berichte über Fälle, in denen Informationen an einzelstaatliche Justizbehörden weitergeleitet wurden, und v) Berichte über Aufschübe gemäß Artikel 4 Absatz 6 der OLAF-Verordnung.

3.2. Beziehungen zu den beteiligten Stellen

43. Der Ausschuss ist gegenüber den Organen, die seine Mitglieder ernannt haben, rechenschaftspflichtig und gleichzeitig Gesprächspartner der EU-Organen. Der Ausschuss erstattet den EU-Organen über seine Tätigkeiten Bericht, kann auf ihren Antrag Stellungnahmen ausarbeiten, erstellt Berichte zu Untersuchungsangelegenheiten und führt einen Gedankenaustausch mit diesen Organen auf politischer Ebene ⁽¹⁶⁾.
44. Der Ausschuss erachtet es für wichtig, regelmäßige Kontakte mit den EU-Organen sowie mit den Partnern und Interessenträgern des OLAF zu unterhalten, um den Informationsfluss zu verbessern und Rückmeldungen zur Leistung des OLAF zu erhalten. Der Ausschuss und sein Sekretariat standen in regelmäßigem Kontakt mit: i) dem für Haushalt und Verwaltung zuständigen Mitglied der Kommission, das für das OLAF zuständig ist (Teilnahme an der Plenarsitzung des Ausschusses am 16. Mai 2023), ii) dem Generalsekretär der Kommission (Teilnahme an der Plenarsitzung des Ausschusses am 14. November 2023), iii) dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (CONT) (Vorstellung des Jahresberichts 2022 des Ausschusses durch den Vorsitzenden am 27. Juni 2023 und Vorstellung aller Mitglieder des Überwachungsausschusses am 20. September 2023), und iv) der Ratsarbeitsgruppe „Betrugsbekämpfung“ (GAF) (Vorlage des Jahresberichts 2022 durch den Vorsitzenden am 21. Juni 2023). Der Berichterstatter der Koordinierungsstellen für Betrugsbekämpfung (AFCOS) nahm aktiv an der 10. AFCOS-Sitzung in Vilnius, Litauen, teil (18.-19. Oktober 2023).
45. Die Beauftragte für die Kontrolle der Verfahrensgarantien wurde zur Plenarsitzung des Ausschusses am 21. September 2023 eingeladen, wo sie ihren Tätigkeitsbericht 2022 vorstellte.

⁽¹⁶⁾ Artikel 15 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013: „[...] Der Überwachungsausschuss richtet Stellungnahmen – gegebenenfalls zusammen mit Empfehlungen – an den Generaldirektor, unter anderem zu den für die Ausübung der Untersuchungstätigkeit des Amtes erforderlichen Mitteln, den Prioritäten seiner Untersuchungstätigkeit und der Dauer der Untersuchungen. Er kann diese Stellungnahmen von sich aus, auf Ersuchen des Generaldirektors oder **auf Ersuchen eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle** abgeben, ohne jedoch in die Durchführung laufender Untersuchungen einzugreifen. Die betroffenen Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen erhalten eine Kopie der gemäß Unterabsatz 3 abgegebenen Stellungnahmen. [...]“

46. Der Ausschuss nahm auch an dem jährlichen interinstitutionellen Gedankenaustausch über das OLAF teil, der am 25. Oktober 2023 stattfand. Der Ausschuss beteiligte sich aktiv an dieser Sitzung und betonte insbesondere die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem OLAF einerseits und der EUSTA, Eurojust, Europol und dem Europäischen Rechnungshof andererseits sicherzustellen. Der Ausschuss hob hervor, dass diese Zusammenarbeit ein wesentliches Element bei der Betrugsbekämpfung im Zusammenhang mit den finanziellen Interessen der EU in der Ukraine und der Wirksamkeit der von der EU bereits gegen Drittländer verhängten Sanktionen ist.
47. Darüber hinaus unterstützte der Ausschuss die Kommission bei den Auswahlverfahren zur Ernennung ranghoher Beamter des OLAF. Seine Mitglieder nahmen auch an den Sitzungen des Beratenden Ausschusses der Kommission für Ernennungen teil.

4. Verwaltung und Mittelausstattung

4.1. *Arbeitsweise des Überwachungsausschusses*

48. Im Jahr 2023 hielt der Ausschuss 12 Plenarsitzungen ⁽¹⁷⁾ ab, entweder in hybrider Form oder ausschließlich online. Er ernannte für jedes größere Thema, mit dem er sich befasste, einen Berichterstatter. Die Berichterstatter arbeiteten gemeinsam mit dem Sekretariat Berichtsentwürfe für die Erörterung in den Plenarsitzungen aus. Der Vorsitzende, die Berichterstatter und die Mitarbeitenden des Sekretariats kamen außerdem regelmäßig zusammen, um spezifische Fragen zu klären.

4.2. *Das Sekretariat*

49. Im Jahr 2023 unterstützte das Sekretariat die Ausschussmitglieder weiterhin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und stärkte so die Unabhängigkeit des OLAF. Im November 2023 fand ein Gedankenaustausch zwischen dem Ausschuss und dem Generalsekretär über den Mangel an Ressourcen im Sekretariat statt. Diese Ressourcen werden benötigt, um sowohl den Überwachungsausschuss als auch die Beauftragte für die Kontrolle der Verfahrensgarantien zu unterstützen und die notwendige Aufgabentrennung zwischen den beiden Einrichtungen zu wahren. Der Ausschuss betonte, dass seine Fähigkeit, seine Aufgaben im Jahr 2023 zu erfüllen, durch die unzureichende Personalausstattung des Sekretariats erheblich beeinträchtigt wurde, das auch damit befasst war, die Einhaltung der Fristen sicherzustellen, die der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien für die Bearbeitung von Beschwerden gegen das OLAF gesetzt wurden. Daher forderte der Ausschuss den Generalsekretär nachdrücklich auf, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen, um sicherzustellen, dass das Sekretariat mit angemessenen personellen Ressourcen ausgestattet ist, um den Ausschuss bei seiner Aufgabe zu unterstützen. Im Laufe des Jahres 2023 arbeitete das Sekretariat, wie die anderen Kommissionsdienststellen, nach wie vor in einer hybriden Umgebung, die eine Mischung aus Präsenz- und Online-Arbeit umfasste, und setzte das mit dem Überwachungsausschuss vereinbarte Arbeitsprogramm um.
50. Das Sekretariat ist seit März 2017 dem Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (Office for the Payment and Administration of Individual Entitlements, PMO) der Europäischen Kommission administrativ zugeordnet, befindet sich aber nach wie vor in einem separaten Sicherheitsbereich im OLAF-Gebäude. Der Überwachungsausschuss hat in der Vergangenheit mehrfach Zweifel daran geäußert, dass die „hybride“ Anbindung seines Sekretariats an das PMO die optimale Lösung sei.
51. Aufgrund der täglichen Interaktion des Sekretariats mit den OLAF-Bediensteten im Rahmen der laufenden Überwachungsaufgaben des Ausschusses bekräftigt der Ausschuss seine Auffassung, wonach das Sekretariat an einem geeigneten Ort innerhalb des Sicherheitsbereichs des OLAF effizienter arbeiten könnte.

4.3. *Haushalt*

52. Die Mittelausstattung des Ausschusses für 2023 belief sich auf 200 000 EUR. Der bis Ende 2023 tatsächlich ausgezahlte Betrag belief sich auf 179 241,67 EUR, was etwa 90 % des Gesamtbetrags entspricht.
53. Der für Ausgaben zuständige nachgeordnete bevollmächtigte Anweisungsbefugte ist der Direktor des PMO.

⁽¹⁷⁾ Von Januar bis Dezember 2023.



TÄTIGKEITSBERICHT DES ÜBERWACHUNGSAUSSCHUSSES DES OLAF — 2022

(C/2024/5673)

Vorbemerkung

Dies ist der zweite Jahresbericht über meine Tätigkeit als Beauftragte für die Kontrolle der Verfahrensgarantien (im Folgenden „Kontrollbeauftragte“). Im Rahmen der OLAF-Verordnung bin ich mit der Bearbeitung von Beschwerden von Betroffenen über die Einhaltung der Verfahrensgarantien durch das OLAF sowie über angebliche Verstöße gegen die für die Untersuchungen des OLAF geltenden Vorschriften betraut. Dies schließt mögliche Verstöße gegen Verfahrensvorschriften und Grundrechte ein.

Bis zur Schaffung der Stelle des bzw. der Kontrollbeauftragten vor zwei Jahren hatten Personen, die Gegenstand einer OLAF-Untersuchung waren, keine Möglichkeit, sich über die Vorgehensweise bei der Untersuchung durch das OLAF zu beschweren, außer durch eine Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten wegen Missständen in der Verwaltungstätigkeit oder durch den Versuch, die außervertragliche Haftung der Kommission unter sehr strengen Bedingungen auszulösen.

Um diesen Mangel zu beheben, wird mit der Änderung der OLAF-Verordnung jedem Betroffenen die Möglichkeit eingeräumt, sich mit einer Beschwerde an den bzw. die Kontrollbeauftragte(n) zu wenden, indem ein geeignetes Beschwerdeverfahren geschaffen wird.

Mit diesem neu geschaffenen verwaltungsrechtlichen Rechtsbehelf passt der bzw. die Kontrollbeauftragte die Grundsätze eines wirksamen gerichtlichen Schutzes allmählich aber stetig an die Grundsätze eines wirksamen verwaltungsrechtlichen Schutzes an. Der bzw. die Kontrollbeauftragte berücksichtigt stets die besonderen Verfahrensgarantien, die für die Tätigkeiten des OLAF gelten, sowie die Charta der Grundrechte der EU, die allgemeinen Rechtsgrundsätze und die Rechtsprechung der EU-Gerichte⁽¹⁾, die für die Untersuchungen des OLAF gelten.

Für den bzw. die Kontrollbeauftragte(n) ist es wichtig, dass das Beschwerdeverfahren nicht nur für die Betroffenen zu einem wirksamen Rechtsbehelf wird, sondern auch dazu beiträgt, die Transparenz der Tätigkeiten des OLAF zu erhöhen. Zwar ist eine effiziente und wirksame Betrugsbekämpfungsbehörde, die in der Lage ist, die finanziellen Interessen der EU zu schützen, unabdingbar für die EU und die Steuerzahler, doch es ist ebenso wichtig, dass die Untersuchungen des OLAF zu möglichen Betrugsfällen unter vollständiger Einhaltung der Grundrechte und Verfahrensgarantien durchgeführt werden.

Um die Rolle des bzw. der Kontrollbeauftragten und die Grenzen dieser neuen Funktion besser nachvollziehen zu können, darf man nicht vergessen, dass der bzw. die Kontrollbeauftragte nicht als Richter bzw. Richterin fungiert, der bzw. die die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen und Handlungen des OLAF prüft. Seine bzw. ihre Aufgabe ist es, Lösungen für die von den Beschwerdeführenden aufgeworfenen Fragen zu finden und vorzuschlagen sowie durch diese Lösungsvorschläge und schließlich Empfehlungen an den OLAF-Generaldirektor die fraglichen Sachverhalte zu bereinigen und die Verwaltungs- und Untersuchungspraxis des OLAF auf zukunftsorientierte Weise zu verbessern.

Ich hoffe, dass dieser Bericht dazu beitragen wird, das Bewusstsein für die Art von Fragen zu schärfen, die den Beschwerden der Betroffenen zugrunde liegen, und gleichzeitig die Rechenschaftspflicht des OLAF und das Vertrauen der Menschen in die Systeme, die die EU zur Betrugsbekämpfung eingerichtet hat, zu stärken.

Ich freue mich, berichten zu können, dass wir alle unsere Ziele im Jahr 2023 erreicht haben, obwohl die Zahl der eingegangenen Beschwerden gestiegen ist und das Sekretariat des Überwachungsausschusses personell stark unterbesetzt ist. In diesem Zusammenhang bin ich dankbar für die rechtliche Unterstützung, die mir das Sekretariat gewährt hat.

⁽¹⁾ Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) besteht aus zwei Gerichten: dem Gerichtshof und dem Gericht.

In diesem Bericht erfahren Sie mehr über unsere Arbeit und die Ergebnisse, die wir mit dem Beschwerdeverfahren erzielt haben.

Ich bin davon überzeugt, dass das Beschwerdeverfahren inzwischen zu einem wichtigen Sicherheitsinstrument für die von Untersuchungen Betroffenen geworden ist, mit dem sichergestellt wird, dass die Tätigkeiten des OLAF mit den einschlägigen Verfahrensgarantien und Untersuchungsvorschriften im Einklang stehen.

Prof. Dr. Julia LAFFRANQUE

Beauftragte für die Kontrolle der Verfahrensgarantien

Inhalt

	<i>Buchseite</i>
Vorbemerkung	1
1. Auftrag und Mandat des bzw. der Kontrollbeauftragten	4
2. Erstes vollständiges Jahr des neuen Beschwerdeverfahrens	5
3. Im Jahr 2023 eingereichte Beschwerden – Übersicht	5
4. Fälle, die im Beschwerdeverfahren behandelt wurden	9
4.1 Zulässigkeit	9
4.2 Das kontradiktorische Verfahren: Lösungsvorschläge	10
4.3 Abschließende Entscheidungen	11
4.4 Überblick über die wichtigsten Feststellungen der Kontrollbeauftragten	11
5. Beziehungen zu den beteiligten Stellen	14
6. Administrative und rechtliche Unterstützung	15
7. Kontaktaufnahme mit der Kontrollbeauftragten	15

1. Auftrag und Mandat des bzw. der Kontrollbeauftragten

Die Funktion des bzw. der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien wurde durch die Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾ (OLAF-Verordnung) geschaffen, um die Verfahrensgarantien und Grundrechte von Personen zu schützen, die von einer Untersuchung durch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) betroffen sind. **Dr. Julia Laffranque** wurde am 3. Mai 2022 als erste Kontrollbeauftragte für eine nicht verlängerbare Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Sie wird durch das Sekretariat des Überwachungsausschusses (im Folgenden „Sekretariat“) unterstützt.

Der bzw. die Kontrollbeauftragte übt seine bzw. ihre Tätigkeit **in voller Unabhängigkeit** aus. Er bzw. sie nimmt bei der Erfüllung seiner bzw. ihrer Aufgaben von niemandem Anweisungen entgegen (Artikel 9a Absatz 6 der OLAF-Verordnung). Da die Betroffenen ⁽⁴⁾ im Verlauf einer Untersuchung grundsätzlich keine Rechtsmittel gegen die Handlungen oder Unterlassungen des OLAF einlegen können, ist die Möglichkeit, sich an den bzw. die Kontrollbeauftragte(n) wenden zu können, von großer Bedeutung. Betroffene können sich innerhalb der in Artikel 9b der OLAF-Verordnung festgelegten strengen Fristen an den bzw. die Kontrollbeauftragte(n) wenden, um eine unabhängige und gründliche Prüfung ihrer Beschwerde zu erwirken. Im Rahmen des Beschwerdeverfahrens kann sich der bzw. die Kontrollbeauftragte **vergewissern**, dass das OLAF in Übereinstimmung mit den in seinem Rechtsrahmen festgelegten Vorschriften gehandelt hat.

Gemäß den in Artikel 9b Absatz 8 der OLAF-Verordnung genannten Verfahren

„überwacht der Kontrollbeauftragte die Einhaltung durch das Amt der in Artikel 9 festgelegten Verfahrensgarantien sowie der für die Untersuchungen des Amtes geltenden Bestimmungen. Er ist für die Bearbeitung von Beschwerden nach Artikel 9b zuständig.“

Bei der Untersuchung von Beschwerden von **Betroffenen**, die sich auf die Achtung der **Verfahrensgarantien durch das OLAF und die Einhaltung der für OLAF-Untersuchungen geltenden Bestimmungen** beziehen, versucht der bzw. die Kontrollbeauftragte nicht, die Einschätzung des OLAF hinsichtlich der Durchführung einer Untersuchung, der Prüfung von Beweisen und der zu ziehenden Schlussfolgerungen durch die eigene Bewertung zu ersetzen. Stattdessen besteht seine bzw. ihre Aufgabe darin, bei der Feststellung eines Verstoßes gegen die Verfahrensgarantien oder die für Untersuchungen geltenden Vorschriften in einem ersten Schritt das OLAF aufzufordern, Maßnahmen zur Beilegung der Beschwerde zu ergreifen (**Lösungsvorschlag**). Gelingt es nicht, eine solche Lösung zu finden, wird der bzw. die Kontrollbeauftragte in einem zweiten Schritt eine **Empfehlung** an das OLAF abgeben, wie die Beschwerde beigelegt werden kann. Gemäß den Durchführungsbestimmungen ⁽⁵⁾ der Rolle des bzw. der Kontrollbeauftragten prüft er bzw. sie diese Beschwerden in einem **kontradiktorischen Verfahren**, greift aber nicht in den Ablauf der laufenden OLAF-Untersuchung ein und kann dies auch nicht erreichen (Artikel 9b Absatz 6 der OLAF-Verordnung).

Das Jahr 2023 war angesichts der steigenden Zahl der eingegangenen Beschwerden und der Komplexität der darin aufgeworfenen Rechtsfragen eine Herausforderung. Obwohl die Kontrollbeauftragte in diesem Bericht nicht auf einzelne Fälle eingehen kann, die vom OLAF untersucht werden, und deren Vertraulichkeit auch nach Abschluss der Fälle gewährleistet sein muss (Artikel 9a Absatz 9 der OLAF-Verordnung), vermittelt dieser Bericht einen nützlichen Überblick über die Art von Fragen, über die sich Betroffene beschwert haben. Ferner wird beschrieben, wie mit diesen Fragen umgegangen wurde, und es wird erläutert, wie das Beschwerdeverfahren funktionierte und welche Ergebnisse damit erzielt wurden.

⁽²⁾ Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Dezember 2020 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Wirksamkeit der Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 49).

⁽³⁾ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates (ABl. L 347 vom 20.10.2020, S. 1).

⁽⁴⁾ Betroffene sind natürliche Personen oder Wirtschaftsteilnehmende, die im Verdacht stehen, Betrug, Korruption oder sonstige rechtswidrige Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU begangen zu haben, und daher Gegenstand einer Untersuchung des OLAF sind. Beschwerden, die nicht von Betroffenen eingereicht werden, sondern von anderen Personen wie Zeugen oder Hinweisgebern, fallen nicht unter das Mandat der bzw. des Kontrollbeauftragten.

⁽⁵⁾ Beschluss der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien über die Annahme von Durchführungsbestimmungen für die Bearbeitung von Beschwerden (ABl. C 494 vom 28.12.2022, S. 17). [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32022D1228\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32022D1228(01)). Die Durchführungsbestimmungen für den bzw. die Kontrollbeauftragte(n) enthalten detaillierte Vorgaben im Zusammenhang mit dem Einlegen einer Beschwerde, dem Informationsaustausch zwischen den Parteien, der Organisation von Anhörungen, den verschiedenen Maßnahmen zur Beilegung einer Beschwerde und den Beziehungen des bzw. der Kontrollbeauftragten zum OLAF und zum Überwachungsausschuss. In ihnen werden zudem mehrere Fragen geklärt, die in der OLAF-Verordnung nicht ausdrücklich behandelt werden, beispielsweise zum Vorgehen in Fällen, die zugleich Gegenstand eines Gerichtsverfahrens sind oder in denen eine Beschwerde Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten aufwirft.

2. Erstes vollständiges Jahr des neuen Beschwerdeverfahrens

Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Oktober 2022 hatte die Kontrollbeauftragte Gelegenheit, sich mit mehreren interessanten Rechtsfragen zu befassen und schrittweise den Grundstein für die Entwicklung eines soliden konzeptionellen Rahmens zu legen, innerhalb dessen Beschwerden geprüft werden können. In Anbetracht der Anzahl der bearbeiteten Beschwerden und der Vielfalt der aufgeworfenen Rechtsfragen war 2023 sowohl ein herausforderndes als auch ein erfolgreiches Jahr. Beschwerden wurden nicht nur so rasch wie möglich, sondern auch so gründlich und umfassend wie möglich bearbeitet.

Zum besseren Verständnis der Funktionsweise des Beschwerdeverfahrens ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Kontrollbeauftragte über dieses Verfahren einen **privilegierten, direkten Zugang** zur OLAF-Untersuchungsakte der betreffenden Untersuchung hat. Diese Form des Zugangs zu der OLAF-Untersuchungsakte ist von vorrangiger Bedeutung, um Beschwerdeführenden **die Gewissheit zu geben**, dass die Kontrollbeauftragte in der Lage ist, die Untersuchungstätigkeiten des OLAF gründlich zu prüfen, und zwar selbst dann, wenn einige der maßgeblichen Informationen vertraulich sind und den Betroffenen nicht mitgeteilt werden können. In dieser Hinsicht vollführt die Kontrollbeauftragte oft einen schwierigen Balanceakt zwischen der Vertraulichkeit der OLAF-Untersuchung auf der einen Seite und dem kontradiktorischen Charakter des Beschwerdeverfahrens auf der anderen Seite.

In den ersten Monaten ihrer Tätigkeit (zwischen Oktober 2022 und Dezember 2022) gingen bei der Kontrollbeauftragten 14 Beschwerden ein, von denen eine beträchtliche Anzahl (13) bereits in Erwartung der Ernennung der Kontrollbeauftragten beim OLAF anhängig war. Bis Ende 2022 hatte die Kontrollbeauftragte sechs dieser Beschwerden abgeschlossen, über die restlichen acht wurde im Jahr 2023 entschieden.

Im Jahr 2023 wurden 17 neue Beschwerden von natürlichen und juristischen Personen eingereicht. Im Jahr 2023 schloss die Kontrollbeauftragte ihre Prüfung für 14 dieser Beschwerden ab, und über die restlichen drei wurde Anfang 2024 entschieden. Diese letzten drei Beschwerden wurden kurz vor Jahresende eingereicht und alle für zulässig erklärt.

3. Im Jahr 2023 eingereichte Beschwerden – Übersicht

Die meisten der 17 Beschwerden, die im Jahr 2023 bei der Kontrollbeauftragten eingingen, wurden von Personen eingereicht, die von internen Untersuchungen des OLAF⁽⁶⁾ betroffen waren (13), vier Beschwerden betrafen eine externe Untersuchung⁽⁷⁾ (Abbildung 1). Die meisten Beschwerden wurden auf Englisch eingereicht, es wurden aber auch andere Sprachen (Spanisch, Französisch und Polnisch) verwendet (Abbildung 2). 14 Beschwerden wurden von Einzelpersonen und drei von juristischen Personen eingereicht. Alle drei juristischen Personen wurden von einem Rechtsbeistand vertreten, während dies nur bei drei der 14 von Einzelpersonen eingereichten Beschwerden der Fall war (Abbildung 3).

⁽⁶⁾ Interne Untersuchungen sind Untersuchungen, die das OLAF in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, die durch die EU-Verträge oder auf deren Grundlage geschaffen wurden, zur Bekämpfung von Betrug, Unterschlagung, Korruption und sonstiger rechtswidriger Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union durchführt. Zu diesem Zweck untersucht das OLAF schwerwiegende Handlungen im Zusammenhang mit der Ausübung der beruflichen Tätigkeit, die eine Verletzung der Pflichten der Beamten und sonstigen Bediensteten der EU darstellen und die disziplinarisch und gegebenenfalls strafrechtlich geahndet werden können, oder eine Verletzung der entsprechenden Pflichten der Mitglieder der Organe und Einrichtungen, der Leiter der sonstigen Stellen und der Mitglieder des Personals der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen, die nicht dem Statut unterliegen, darstellen (Artikel 1 Absatz 4 und Artikel 4 der OLAF-Verordnung).

⁽⁷⁾ Externe Untersuchungen sind Untersuchungen, die das OLAF gemäß Artikel 3 der OLAF-Verordnung durchführt. Das Mandat des OLAF erstreckt sich auf alle Ausgaben der EU (d. h. die Strukturfonds, die Agrarpolitik und die Entwicklung des ländlichen Raums, die direkten Ausgaben und die Außenhilfe) sowie auf einen beträchtlichen Teil, aber nicht alle Einnahmen der EU (vor allem Zölle und Agrarzölle).

Abbildung 1

Arten von OLAF-Untersuchungen, gegen die im Jahr 2023 Beschwerde eingelegt wurde.

Arten von OLAF-Untersuchungen, gegen die im Jahr 2023 Beschwerde eingelegt wurde

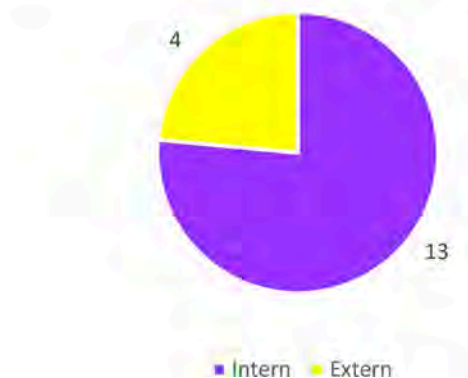


Abbildung 2

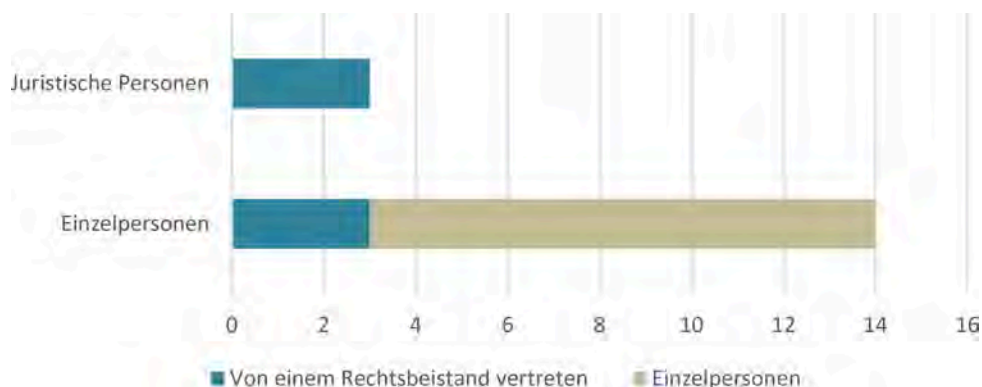
Sprachen der im Jahr 2023 eingereichten Beschwerden.

Sprachen der im Jahr 2023 eingereichten Beschwerden



Abbildung 3

Wer reichte Beschwerden ein?



Die Beschwerdeführenden beriefen sich in den meisten Fällen auf die Missachtung ihrer Verfahrensgarantien gemäß Artikel 9 der OLAF-Verordnung und ihrer Grundrechte gemäß der Charta der Grundrechte der EU (Abbildung 4). Dabei ging es um i) den Anspruch auf rechtliches Gehör und die wirksame Ausübung ihres Rechts, zu den sie betreffenden Sachverhalten zu äußern (Artikel 9 Absatz 4 der OLAF-Verordnung); ii) das Recht, in Kenntnis gesetzt zu werden (Artikel 9 Absatz 3 der OLAF-Verordnung); iii) Verstöße gegen die Grundsätze der Fairness, Objektivität und Unparteilichkeit bei der Durchführung von Untersuchungen; iv) die Sprachregelung der Untersuchungen (Abbildung 5). Die betroffenen Personen beschwerten sich auch über die für die Untersuchungen des OLAF geltenden Vorschriften ⁽⁸⁾, insbesondere über die Überprüfungen vor Ort und die digitalen forensischen Verfahren (Abbildung 6).

Abbildung 4

Gegenstand der im Jahr 2023 eingereichten Beschwerden.

⁽⁸⁾ Dazu gehören die Vorschriften der OLAF-Verordnung sowie die Vorschriften verschiedener Texte, einschließlich der OLAF-Verordnung, der Verordnung (EURATOM, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten (ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 2), der OLAF-internen Leitlinien für Untersuchungsverfahren und der OLAF-internen Leitlinien für digitale forensische Verfahren.

Abbildung 5

Analyse der verschiedenen Vorwürfe im Zusammenhang mit den Verfahrensgarantien aus dem Jahr 2023 (einschließlich zulässiger und unzulässiger Beschwerden).

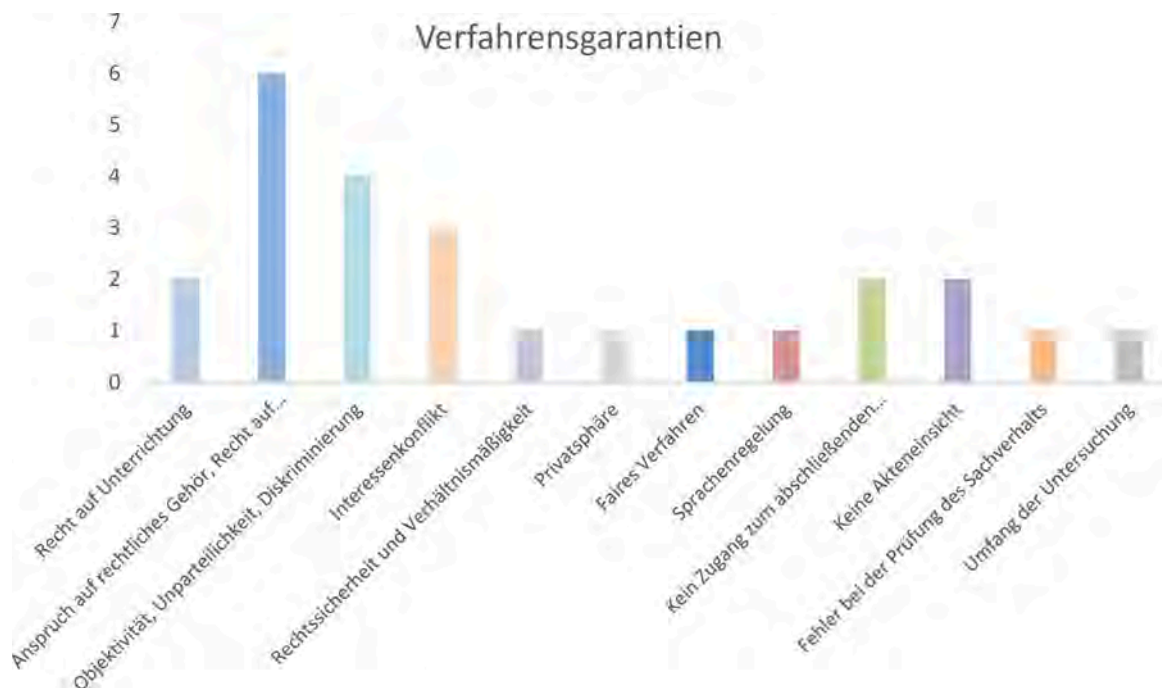


Abbildung 6

Analyse der Vorwürfe bezüglich der für Untersuchungen geltenden Bestimmungen.



4. Fälle, die im Beschwerdeverfahren behandelt wurden

Der bzw. die Kontrollbeauftragte prüft Beschwerden auf **faire, unabhängige und unparteiische** Weise. Im Einklang mit der OLAF-Verordnung und den Durchführungsbestimmungen des bzw. der Kontrollbeauftragten umfasst das Verfahren im Wesentlichen zwei Phasen: i) die Prüfung der Zulässigkeit und, sofern eine Beschwerde zulässig ist, ii) die Prüfung der von den Betroffenen vorgebrachten Sachargumente – je nachdem, um welche Fragen es geht, kann der bzw. die Kontrollbeauftragte das OLAF auffordern, die Beschwerde beizulegen (Lösungsvorschlag), und gegebenenfalls eine Empfehlung an das OLAF abgeben.

4.1. Zulässigkeit

Innerhalb von **10 Arbeitstagen** nach Eingang einer Beschwerde muss der bzw. die Kontrollbeauftragte über deren Zulässigkeit entscheiden. Die Bedingungen für die Zulässigkeit sind in Artikel 9b Absätze 1 und 2 der OLAF-Verordnung sowie in Artikel 5 der Durchführungsbestimmungen aufgeführt. Damit eine Beschwerde zulässig ist, sollte sie binnen eines Monats, nachdem der Beschwerdeführer Kenntnis von den einschlägigen Umständen erlangt hat, die einen Verstoß gegen die Verfahrensgarantien oder die Untersuchungsvorschriften darstellen, in jedem Fall aber nicht später als einen Monat nach Abschluss der Untersuchung eingelegt werden.

Im Jahr 2023 bewertete die Kontrollbeauftragte die Zulässigkeit aller anhängigen Beschwerden innerhalb der vorgeschriebenen Frist. Sie erklärte neun Beschwerden für zulässig (von denen eine teilweise zulässig war) und acht für unzulässig (Abbildung 7). Von den acht unzulässigen Beschwerden wurden in sieben Fällen die in Artikel 9b Absatz 2 festgelegten Fristen nicht eingehalten. Die verbleibende Beschwerde wurde von einer Person eingereicht, die keine betroffene Person war (Abbildung 8).

Abbildung 7

Zulässigkeit der im Jahr 2023 eingelegten Beschwerden.



Abbildung 8

Gründe für die Unzulässigkeit von im Jahr 2023 eingelegten Beschwerden (einschließlich teilweise zulässiger Beschwerden).



Bei der Prüfung der Zulässigkeit der Beschwerden folgt die Kontrollbeauftragte einem Ansatz, der sowohl den Wortlaut als auch den Zweck der maßgeblichen Bestimmungen der OLAF-Verordnung zu beachten versucht.

In den meisten Fällen wurden die Beschwerden für unzulässig erklärt, weil die Betroffenen mehr als einen Monat vor Einreichung der Beschwerde von der angeblichen Verletzung der Verfahrensgarantien erfahren hatten.

In einigen wenigen Fällen wurde die Beschwerde für unzulässig erklärt, weil die Untersuchung des OLAF mehr als einen Monat vor dem Zeitpunkt abgeschlossen worden war, zu dem die Betroffenen von diesem Abschluss erfuhren. Zwar mag diese Situation unbefriedigend sein, was die Möglichkeit der Beschwerdeführenden betrifft, eine Beschwerde bei der bzw. dem Kontrollbeauftragten einzulegen, doch ist für abgeschlossene Untersuchungen in der OLAF-Verordnung eine zusätzliche, strengere Zulässigkeitsvoraussetzung festgelegt: Beschwerden müssen binnen eines Monats nach Abschluss einer Untersuchung eingereicht werden, unabhängig davon, wann die beschwerdeführende Person Kenntnis von den einschlägigen Umständen erlangt hat.

Nach Einschätzung der Kontrollbeauftragten dient diese zusätzliche, zweifellos restriktive Voraussetzung für abgeschlossene Untersuchungen dazu, nicht nur die **Wirksamkeit von eventuellen Folgemaßnahmen** auf nationaler oder EU-Ebene, sondern auch die **Effektivität ihrer eigenen Empfehlungen und Lösungsvorschläge** zur Beilegung der jeweiligen Beschwerden zu wahren. In der Tat wäre die Kontrollbeauftragte nicht in der Lage, eine sinnvolle Lösung für Fälle vorzuschlagen, die vom OLAF abgeschlossen wurden und für die es möglicherweise laufende Folgeverfahren bei den zuständigen nationalen oder EU-Behörden gibt. In diesen seltenen Fällen können die Betroffenen nach Einschätzung der Kontrollbeauftragten ihre Beschwerden bei diesen Behörden weiterverfolgen und von den verfügbaren gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Rechtsmitteln Gebrauch machen.

Die Zulässigkeit bleibt eine wichtige Voraussetzung für eine Prüfung der Beschwerden durch die Kontrollbeauftragte. In allen Fällen, in denen Beschwerden oder Vorwürfe für unzulässig befunden wurden, erläuterte die Kontrollbeauftragte den Betroffenen ausführlich die Gründe für ihre Entscheidung.

4.2. Das kontradiktorische Verfahren: Lösungsvorschläge

Grundsätzlich ist die Kontrollbeauftragte bestrebt, dem **Grundsatz des kontradiktorischen Verfahrens größtmögliche Wirksamkeit** zu verschaffen. Daher wurde sowohl dem OLAF als auch den Beschwerdeführenden die Möglichkeit eingeräumt, ihren Standpunkt darzulegen und etwaige Beweise vorzulegen. Sie werden auch über die eingereichten Beschwerden anderer Personen informiert und haben die Möglichkeit, sich dazu zu äußern.

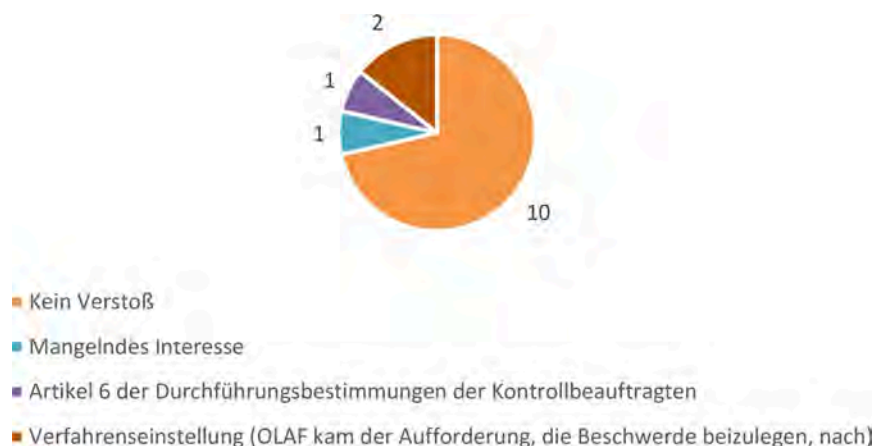
In einem der neun zulässigen Fälle, über die 2023 entschieden wurde, forderte die Kontrollbeauftragte das OLAF auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschwerde gemäß Artikel 9b Absatz 3 der OLAF-Verordnung beizulegen. In diesem Fall hatte der Betroffene Bedenken hinsichtlich einiger der vom OLAF während einer Befragung gestellten Fragen geäußert, insbesondere ob diese Fragen in den Rahmen der Untersuchung fielen. Auf der Grundlage der Prüfung der Untersuchungsakte, zu der die Kontrollbeauftragte privilegierten Zugang hatte, kam die Kontrollbeauftragte zu dem Schluss, dass der Umfang der Untersuchung, wie er vom OLAF definiert wurde, nicht so eindeutig war, wie er hätte sein sollen. Die Kontrollbeauftragte forderte das OLAF daher auf, dem Betroffenen den Umfang der Untersuchung, wie er von der Kontrollbeauftragten verstanden wurde, zu bestätigen und die während der Befragung gestellten Fragen, die offensichtlich nicht in den so verstandenen Umfang fielen, auszuschließen. Das OLAF reagierte zufriedenstellend auf die Aufforderung der Kontrollbeauftragten, indem es dem Betroffenen den Umfang der Untersuchung, so wie er von der Kontrollbeauftragten verstanden wurde, bestätigte und die Fragen, die nicht in diesen Rahmen passten, ausschloss. Angesichts der positiven Antwort des OLAF auf die Aufforderung, die Beschwerde beizulegen, schloss die Kontrollbeauftragte den Fall ab. Der Betroffene war ebenfalls mit dem Lösungsvorschlag der Kontrollbeauftragten einverstanden.

4.3. Abschließende Entscheidungen

Bis Ende 2023 hatte die Kontrollbeauftragte zu 14 Beschwerden eine abschließende Entscheidung gefällt, und zwar zu acht Beschwerden aus dem Jahr 2022 und sechs Beschwerden aus dem Jahr 2023 (Abbildung 9). Die Kontrollbeauftragte stellte bei 10 Beschwerden keinen Verstoß gegen die Verfahrensgarantien und Rechte der Beschwerdeführenden fest. Was die übrigen vier Beschwerden anbelangt, so stellte die Kontrollbeauftragte in einem Fall das Verfahren ein, weil der Betroffene in der gleichen Angelegenheit ein Gericht angerufen hatte (Artikel 6 der Durchführungsbestimmungen der Kontrollbeauftragten), und in zwei anderen Fällen stellte sie das Verfahren ein, weil das OLAF ihrer Aufforderung, die Beschwerde beizulegen, nachgekommen war. Schließlich wurde eine Beschwerde wegen mangelnden Interesses eingestellt. In diesem Fall befand sich der Betroffene im Insolvenzverfahren und der mit dem Insolvenzverfahren beauftragte Verwalter lehnte die Fortsetzung des Verfahrens vor der Kontrollbeauftragten ab.

Abbildung 9

Im Jahr 2023 gefällte abschließende Entscheidungen.



4.4. Überblick über die wichtigsten Feststellungen der Kontrollbeauftragten

Im Jahr 2023 befasste sich die Kontrollbeauftragte mit einer Vielzahl von Vorwürfen, die von Beschwerdeführenden in Bezug auf ihre Verfahrensgarantien erhoben wurden. Im Folgenden werden die wichtigsten dieser Vorwürfe und deren Prüfung durch die Kontrollbeauftragte im Überblick dargestellt.

1. Diskriminierungsverbot/Gleichbehandlung

Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung wurde in mehreren Beschwerden an die Kontrollbeauftragte herangetragen. In einem Fall argumentierte der Beschwerdeführer, dass das OLAF gegen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung verstoßen und einen Mangel an Objektivität bewiesen habe, indem es ihn zu einer Befragung einlud, während andere Betroffene nur aufgefordert worden seien, schriftliche Antworten zu geben. Angesichts der Unabhängigkeit, die der Generaldirektor des OLAF bei der Durchführung einer Untersuchung genießt (Artikel 5, 7 und 17 Absatz 3 der OLAF-Verordnung), stellte die Kontrollbeauftragte fest, dass das OLAF bei der Entscheidung über die anzuwendende Untersuchungsstrategie und die Art und Weise der Durchführung über einen Ermessensspielraum verfügt, sofern es die geltenden Verfahrensgarantien und die Vorschriften für Untersuchungen beachtet. Es liegt also im Ermessen des OLAF, ob es die Informationen durch eine förmliche Befragung, durch schriftliche Informationen und/oder dadurch einholt, dass es dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme gibt. Die Kontrollbeauftragte kann ihre Prüfung der vom OLAF gewählten Untersuchungsstrategie nicht an die Stelle der Prüfung des OLAF setzen, sondern muss insbesondere prüfen, ob die Entscheidungen des OLAF nicht auf wesentlich falschen Tatsachen oder Rechtsfehlern beruhen und nicht mit einem offensichtlichen Fehler bei der Prüfung oder einem Ermessensmissbrauch behaftet sind. Andernfalls könnte dies als Versuch der Kontrollbeauftragten, in die Durchführung einer OLAF-Untersuchung einzugreifen (Artikel 9b Absatz 10 der OLAF-Verordnung).

Hinsichtlich der Einhaltung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung wies die Kontrollbeauftragte darauf hin, dass nach der Rechtsprechung der Gleichheitsgrundsatz verlangt, dass vergleichbare Sachverhalte nicht unterschiedlich und unterschiedliche Sachverhalte nicht gleich behandelt werden, es sei denn, dass eine solche Behandlung objektiv gerechtfertigt ist. Soweit das OLAF in dem erwähnten Fall bei der Untersuchung anderer Betroffener einen anderen Ansatz verfolgte als bei dem Beschwerdeführer, lag dies an der Tatsache, dass die schriftlichen Antworten der anderen Betroffenen hinreichend umfassend waren und daher eine förmliche Befragung nicht gerechtfertigt war. Der differenzierte Ansatz, den das OLAF gegenüber dem Beschwerdeführer verfolgte, gab dem OLAF in diesem speziellen Fall die Möglichkeit, die besonderen Umstände jeder Person zu berücksichtigen und somit eine faire und ausgewogene Untersuchung zu gewährleisten.

2. Mangelnde Unparteilichkeit/Interessenkonflikt

Beschwerdeführende erhoben auch Vorwürfe über Interessenkonflikte oder mangelnde Unparteilichkeit bei den Untersuchungen des OLAF. Die Kontrollbeauftragte betonte, dass ein Interessenkonflikt jeden Entscheidungsfindungsprozess in seiner Fairness beeinträchtigt würde, wodurch der Grundsatz der Rechtmäßigkeit bei der Durchführung von OLAF-Untersuchungen untergraben würde. Die Kontrollbeauftragte analysierte diese Aspekte auf der Grundlage der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs, in der auf die beiden wichtigsten Elemente des Aspekts der Unparteilichkeit verwiesen wird: subjektive Unparteilichkeit und objektive Unparteilichkeit.

Nach dieser Rechtsprechung wird die subjektive Unparteilichkeit in Ermangelung gegenteiliger Beweise vermutet⁽⁹⁾. Voraussetzung für eine objektive Unparteilichkeit ist nicht, dass der Bedienstete tatsächlich gegenüber dem mutmaßlichen Opfer voreingenommen war, es genügt, dass es einen berechtigten Zweifel gibt, der nicht ausgeräumt werden kann⁽¹⁰⁾. Auch zur Frage des Interessenkonflikts von Amtsträgern hat der Gerichtshof festgestellt, dass ein *tatsächlicher oder potenzieller* Interessenkonflikt vorliegt, wenn ein solcher Beamter in seiner Eigenschaft als Privatperson Interessen hat, die die Wahrnehmung seiner amtlichen Pflichten und Verantwortlichkeiten auf unbillige Weise beeinflussen könnten. Ein *vermeintlicher oder effektiver* Interessenkonflikt liegt vor, wenn es den Anschein hat, dass die Interessen, die ein öffentlicher Bediensteter in seiner Eigenschaft als Privatperson hat, die Wahrnehmung seiner Pflichten auf unbillige Weise beeinflussen können. Aufgrund dieser Erwägungen stellte die Kontrollbeauftragte in den fraglichen Fällen keinen Verstoß gegen einen der beiden Grundsätze fest.

3. Durchsuchung von Räumlichkeiten und digitale forensische Maßnahmen

Die Durchsuchung von Räumlichkeiten und digitale forensische Maßnahmen sind Untersuchungstätigkeiten, die als „Eingriff in die Privatsphäre“ angesehen werden und daher besonderen Vorschriften unterliegen. Solche Tätigkeiten können nur mit vorheriger Genehmigung des Generaldirektors des OLAF durchgeführt werden⁽¹¹⁾. In einem Fall argumentierte der Beschwerdeführende, dass die vom OLAF durchgeführte Überprüfung seiner Räumlichkeiten, verbunden mit einer digitalen forensischen Maßnahme, gegen die geltenden Vorschriften sowie gegen die Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit verstoße.

Nach der Rechtsprechung der EU-Gerichte ist eine vom OLAF durchgeführte Durchsuchung der Räumlichkeiten eines Organs rechtswidrig, solange das OLAF noch nicht über Anhaltspunkte verfügt, die den Verdacht rechtfertigen, dass in seine Zuständigkeit fallende rechtswidrige Handlungen vorliegen. Eine solche Durchsuchung muss darauf gerichtet sein, Beweise für die mutmaßlichen rechtswidrigen Handlungen zu sammeln⁽¹²⁾. Auf der Grundlage ihres privilegierten Zugangs zu den Akten des OLAF stellte die Kontrollbeauftragte in dem betreffenden Fall fest, dass die vorgeschlagene Durchsuchung ein notwendiges Mittel war, um Beweise für mutmaßliche rechtswidrige Handlungen zu sammeln. Das OLAF hatte sich an das geltende Verfahren gehalten, und somit waren sowohl die Notwendigkeit als auch die Verhältnismäßigkeit der Durchsuchung gerechtfertigt.

In einem anderen Fall, bei dem es um eine Durchsuchung in den Räumlichkeiten des Beschwerdeführenden ging, argumentierte dieser, dass er nicht nur nicht über die Entscheidung des OLAF, sein Büro zu durchsuchen, in Kenntnis gesetzt worden war, sondern dass das OLAF auch dadurch, dass es eine Durchsuchung in Abwesenheit des Beschwerdeführenden durchführte, den Grundsatz der Transparenz nicht einhielt und seine Verfahrensrechte missachtete. In diesem Zusammenhang erinnerte die Kontrollbeauftragte daran, dass Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a der OLAF-Verordnung dem OLAF im Rahmen einer internen Untersuchung das Recht einräumt, „unverzüglich und ohne Voranmeldung Zugang zu sämtlichen relevanten mit dem untersuchten Sachverhalt zusammenhängenden Informationen und Räumlichkeiten“ zu erhalten, „die sich im Besitz der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen befinden, und zu deren Räumlichkeiten.“ Die Verordnung enthält keinen Hinweis auf das Recht des Betroffenen, über eine vom OLAF in seinen Räumlichkeiten durchgeführte Durchsuchung in Kenntnis gesetzt zu werden. Gemäß Artikel 4 Absatz 4 der OLAF-Verordnung ist das OLAF lediglich verpflichtet, die „Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen“ zu informieren, wenn es in deren Räumlichkeiten eine Durchsuchung durchführt, Unterlagen oder Daten einsehen oder Informationen anfordern will, die sich in deren Besitz befinden.

⁽⁹⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 8. Februar 2018, *Institute for Direct Democracy in Europe/Parlament*, T-118/17, nicht veröffentlicht, EU:T:2018:76, Rn. 27 und die zitierte Rechtsprechung.

⁽¹⁰⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 20. Oktober 2021, *Kerstens/Kommission*, T-220/20, EU:T:2021:716, Rn. 42 und die zitierte Rechtsprechung.

⁽¹¹⁾ Artikel 15 Absatz 2 der OLAF-internen Leitlinien für Untersuchungsverfahren.

⁽¹²⁾ Rechtssache C-130/19, *Pinxten/EuRH*, Rn. 151; vgl. auch entsprechend die Rechtssache C-37/13 P, *Nexans und Nexans France/Kommission*, Rn. 37.

In einer anderen Beschwerde musste die Kontrollbeauftragte prüfen, ob Daten, die das OLAF im Rahmen einer digitalen forensischen Maßnahme durch die Beschlagnahme elektronischer Geräte (z. B. Smartphones, Laptops) erlangt hatte, aus der Untersuchungsakte ausgeschlossen werden sollten, da sie angeblich durch das Anwaltsgeheimnis geschützt waren. Die Kontrollbeauftragte wies darauf hin, dass der Schutz des Anwaltsgeheimnisses ein allgemeiner Rechtsgrundsatz und ein durch die Artikel 7, 47 und 48 der Charta der Grundrechte⁽¹³⁾ garantiertes Grundrecht ist. Das Anwaltsgeheimnis dient dem Schutz der Kommunikation eines Mandanten mit einem Anwalt und ist ein wesentlicher Aspekt des Rechts des Mandanten auf Verteidigung⁽¹⁴⁾. Wie bereits durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bestätigt, wird durch Artikel 8 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention die Vertraulichkeit jeder Korrespondenz zwischen Privatpersonen geschützt, und der Schriftwechsel zwischen Rechtsanwälten und ihren Mandanten genießt verstärkten Schutz⁽¹⁵⁾, wobei der Schutz nicht nur die Tätigkeit der Verteidigung, sondern auch die Rechtsberatung umfasst. In Artikel 7 der Charta der Grundrechte wird das Geheimnis der Rechtsberatung garantiert, sowohl im Hinblick auf den Inhalt als auch auf die Existenz der Beratung. Jede Person, die einen Rechtsanwalt konsultiert, kann vernünftigerweise erwarten, dass ihre Kommunikation privat und vertraulich bleibt⁽¹⁶⁾. In diesem Fall stellte die Kontrollbeauftragte fest, dass das OLAF im Einklang mit seinen Leitlinien für digitale forensische Maßnahmen für die Bediensteten des OLAF in einem ersten Schritt die erworbenen elektronischen Geräte in versiegelte Boxen gelegt hatte, um sie später zu indexieren und nach den einschlägigen Daten zu durchsuchen. In diesem Stadium der Untersuchung hatte also kein Verstoß gegen das Anwaltsgeheimnis stattgefunden.

Nach Ansicht der Kontrollbeauftragten bot der vorsichtige Untersuchungsansatz, den das OLAF in diesem Fall verfolgte, zusammen mit den Sicherheitsvorkehrungen, die für die anschließenden Phasen der Indexierung und Durchsuchung der erworbenen digitalen Bilder auf den fraglichen Geräten bestehen, ausreichende Garantien dafür, dass das behauptete Anwaltsgeheimnis vom OLAF ordnungsgemäß beachtet werden würde.

4. Das Recht eines EU-Beamten, darüber unterrichtet zu werden, dass er ein Betroffener ist, und die Aufschiebung dieses Rechts

Die Möglichkeit des OLAF, das Recht auf die Unterrichtung eines EU-Beamten, dass er ein Betroffener ist, aufzuschieben, wurde von der Kontrollbeauftragten in einem Fall eingehend geprüft, in dem der Beschwerdeführer die Tatsache beanstandete, dass er fast drei Jahre nach Einleitung der Untersuchung darüber informiert wurde, dass er ein Betroffener ist.

Für die Kontrollbeauftragte ist das Recht auf Unterrichtung eine wichtige Verfahrensgarantie für die betroffenen Beamten und steht in engem Zusammenhang mit dem Recht auf Verteidigung. Gemäß Artikel 9 Absatz 3 der OLAF-Verordnung ist das OLAF verpflichtet, einen Beamten eines EU-Organs rasch darüber in Kenntnis zu setzen, dass er möglicherweise persönlich in eine Unregelmäßigkeit verwickelt ist, sofern dies nicht den Ablauf der Untersuchung beeinträchtigt. Die Aufschiebung der Pflicht zur Unterrichtung ist daher eine Ausnahmemassnahme, die zum Schutz der Durchführung der Untersuchung ergriffen wird, wenn das OLAF ein besonderes Risiko feststellt. Sobald die Gründe für die Aufschiebung der Pflicht zur Unterrichtung nicht mehr gegeben sind, muss das OLAF den Betroffenen so rasch wie möglich über die Einleitung der Untersuchung sowie über die Aufschiebung und die Gründe, auf denen sie beruhte, in Kenntnis setzen.

Durch ihren privilegierten Zugang zu den Akten des OLAF⁽¹⁷⁾ stellte die Kontrollbeauftragte fest, dass das OLAF im vorliegenden Fall beschlossen hatte, den Beschwerdeführenden erst zu einem späteren Zeitpunkt zu informieren, da das Bekanntwerden die Untersuchungen des OLAF gefährden könnte. Die Kontrollbeauftragte konnte feststellen, dass das OLAF, sobald die Gründe für die Aufschiebung nicht mehr gegeben waren, den Beschwerdeführenden unter Einhaltung der geltenden Vorschriften unverzüglich über die Aufschiebung und die Gründe dafür in Kenntnis gesetzt hatte.

⁽¹³⁾ Schlussanträge des Generalanwalts vom 29. April 2010, Akzo Nobel Chemicals und Akcros Chemicals/Kommission, C-550/07 P, EU:C:2010:229, Rn. 47.

⁽¹⁴⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 18. Mai 1982, AM&S Europe/Kommission, 155/79, EU:C:1982:157, Rn. 20 und 23.

⁽¹⁵⁾ Vgl. in diesem Sinne das Urteil des EGMR vom 6. Dezember 2012, Michaud/Frankreich, CE:ECHR: 2012: 1206JUD001232311, §§ 117 und 118.

⁽¹⁶⁾ Urteil des EGMR vom 9. April 2019, Altay/Türkei [Nr. 2], CE:ECHR: 2019: 0409 JUD 001123609, § 49.

⁽¹⁷⁾ Artikel 8 Absätze 1 und 2 des Beschlusses der Beauftragten für die Kontrolle der Verfahrensgarantien über die Annahme von Durchführungsbestimmungen für die Bearbeitung von Beschwerden.

5. Sprachenregelung

Die Kontrollbeauftragte wurde ferner um eine Prüfung gebeten, ob ein Betroffener, der EU-Beamter⁽¹⁸⁾ ist, das Recht hat, zu verlangen, dass das OLAF die Untersuchung in seiner Muttersprache durchführt und ihm kostenlos eine Übersetzung der Untersuchungsakte in dieser Sprache zur Verfügung stellt, weil dies für seine wirksame rechtliche Vertretung unerlässlich sei. Die Kontrollbeauftragte stellte auf der Grundlage der Rechtsprechung der EU-Gerichte fest, dass die Weigerung des OLAF, die angeforderten Übersetzungen kostenlos zur Verfügung zu stellen, keine Verletzung der Verfahrensrechte des Betroffenen darstellte.

Nach Auffassung der Kontrollbeauftragten steht es einem Betroffenen bei einer internen Untersuchung stets frei, seinen eigenen Rechtsbeistand zu wählen. Diese Wahl bindet das OLAF jedoch nicht und kann dies hinsichtlich der Sprache der Kommunikation mit dem Betroffenen auch nicht tun. Wie in der Rechtsprechung der EU-Gerichte⁽¹⁹⁾ für EU-Bedienstete⁽²⁰⁾ festgelegt, ist das Recht, die Sprache der Wahl zu verwenden, kein absolutes Recht, da die Unionsorgane reibungslos funktionieren müssen. Die Kontrollbeauftragte wies ferner darauf hin, dass die Verpflichtung eines EU-Organs gemäß dem Kodex für gute Verwaltungspraxis und der Charta der Grundrechte (Artikel 41 Absatz 1), mit den Bürgerinnen und Bürgern in der Sprache ihrer Wahl zu kommunizieren, nur für die Beziehungen zwischen den EU-Organen und den Bürgerinnen und Bürgern gilt, nicht aber für die Beziehungen zu EU-Beamten⁽²¹⁾.

5. Beziehungen zu den beteiligten Stellen

Die Kontrollbeauftragte erachtet es als wichtig, regelmäßige Kontakte mit den EU- Organen, dem Generaldirektor des OLAF und anderen beteiligten Stellen zu unterhalten, um Rückmeldungen über die Rolle der Kontrollbeauftragten zu erhalten und letztlich den Schutz der Verfahrensgarantien und der Grundrechte der Betroffenen bei den Untersuchungen des OLAF zu verbessern.

Am 27. Juni 2023 legte die Kontrollbeauftragte dem **Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments** ihren Jahresbericht für 2022 vor. Sie stellte den Bericht am 25. September 2023 der **Arbeitsgruppe „Betrugsbekämpfung“ des Rates der EU** vor und führte einen Gedankenaustausch mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe über ihre Rolle und über den Schutz der Verfahrensgarantien für Personen, die von einer Untersuchung durch das OLAF betroffen sind.

Am 21. September nahm die Kontrollbeauftragte an der Plenarsitzung des Überwachungsausschusses teil, in der sie den Jahresbericht für 2022 vorstellte und sich mit den Mitgliedern des Ausschusses austauschte.

Am 8. Dezember 2023 kam die Kontrollbeauftragte mit dem **stellvertretenden Generalsekretär der Europäischen Kommission** zu einem Gespräch über das bisherige Funktionieren des Beschwerdeverfahrens zusammen. Für die Kontrollbeauftragte ist es unerlässlich, das Sekretariat mit zusätzlichem Personal zu verstärken, damit es der Kontrollbeauftragten weiterhin hochwertige juristische Unterstützung bieten und eine sukzessiv steigende Zahl von Beschwerden effizient und zeitnah bewältigen kann.

Schließlich tauschte sich die Kontrollbeauftragte auch regelmäßig mit dem **Generaldirektor des OLAF** aus und unterhielt mit ihm konstruktive Arbeitsbeziehungen, die auf gegenseitigem Vertrauen und guter Zusammenarbeit beruhen.

Im April 2023 informierte der Generaldirektor des OLAF die Kontrollbeauftragte über die Überarbeitung der OLAF-Leitlinien zu den Untersuchungsverfahren. Am 28. November 2023 forderte der Generaldirektor des OLAF auf der Grundlage von Artikel 9b Absatz 9 der OLAF-Verordnung⁽²²⁾ eine Stellungnahme zum Entwurf der überarbeiteten Fassung der Leitlinien bei der Kontrollbeauftragten an, da darin zahlreiche Verweise und Bestimmungen zu den Verfahrensgarantien und Grundrechten enthalten sind, die in den Aufgabenbereich der Kontrollbeauftragten fallen. Die Kontrollbeauftragte gab ihre Stellungnahme im Jahr 2024 ab.

⁽¹⁸⁾ Der Begriff „EU-Beamter“ ist in Artikel 1a der Verordnung Nr. 31 (EWG) 11 (EAG) über das Statut der Beamten und über die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. P 045 vom 14.6.1962, S. 1385) definiert. Das Dokument ist abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:01962R0031-20240101>.

⁽¹⁹⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 21. Oktober 2009, V/Kommission, F-33/08, ECLI:EU:F:2009:141, Rn. 170-171.

⁽²⁰⁾ Zu den EU-Bediensteten gehören EU-Beamte und andere Bedienstete, die von der EU unter Vertrag genommen wurden (z. B. Zeitbedienstete, Vertragsbedienstete, örtliche Bedienstete, Sonderberater oder akkreditierte parlamentarische Assistenten).

⁽²¹⁾ Siehe ferner Artikel 9 Absatz 5 der OLAF-Verordnung.

⁽²²⁾ Nach dieser Bestimmung kann der „**Generaldirektor [...] zu allen Angelegenheiten in Bezug auf die Verfahrensgarantien oder Grundrechte, die in das Mandat des Kontrollbeauftragten fallen, dessen Stellungnahme anfordern**“.

6. Administrative und rechtliche Unterstützung

Mit Blick auf eine effiziente Nutzung von Ressourcen wurde dem Sekretariat des Überwachungsausschusses im Rahmen der OLAF-Verordnung die Aufgabe übertragen, der Kontrollbeauftragten rechtliche und administrative Unterstützung zu leisten.

Diese Entscheidung ist durch die Komplementarität der Missionen und der gemeinsamen Ziele der Kontrollbeauftragten und des Überwachungsausschusses zusätzlich gerechtfertigt. Durch das Sekretariat werden Kontinuität, kontinuierliche Kommunikation und reibungslose Zusammenarbeit sowohl mit den Beschwerdeführenden als auch mit dem OLAF sichergestellt.

Ein engagiertes Team hoch qualifizierter Mitarbeitender innerhalb des Sekretariats – unter der Federführung des Sekretariatsleiters – stand der Kontrollbeauftragten beratend und unterstützend zur Seite, wobei das Berufsgeheimnis und die Vertraulichkeit stets gewahrt blieben.

7. Kontaktaufnahme mit der Kontrollbeauftragten

Per E-Mail:

OLAF-FMB-Controller-Procedural-Guarantees@ec.europa.eu

Postalisch:

Beauftragte für die Kontrolle der Verfahrensgarantien/Sekretariat des Überwachungsausschusses des OLAF
Rue Joseph II, 30
B-1049 Brüssel, Belgien

Online:

https://supervisory-committee-olaf.europa.eu/controller-procedural-guarantees_en



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. FEBRUAR 2022

(C/2024/5675)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 14. bis 17. Februar 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung	4
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	4
4. Erklärung des Präsidenten	4
5. Zusammensetzung des Parlaments	5
6. Antrag auf Aufhebung der Immunität	5
7. Zusammensetzung der Fraktionen	5
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	5
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)	5
10. Berichtigung (Artikel 241 GO)	6

Inhalt	Seite
11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)	6
12. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	6
13. Große Anfragen (Einreichung): siehe Protokoll	6
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
15. Arbeitsplan	6
16. Feierliche Sitzung - 20. Jahrestag der Einführung des Euro	6
17. Jahresbericht 2021 der Europäischen Zentralbank (Aussprache)	10
18. Abstimmungsrunde	14
19. Jahresbericht 2021 der Europäischen Zentralbank (Fortsetzung der Aussprache)	15
20. Umsetzungsbericht über das Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere (Aussprache)	26
21. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2020 (Aussprache)	37
22. EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie (Aussprache)	47
23. Bewertung der Umsetzung von Artikel 50 EUV (kurze Darstellung)	57
24. Umsetzung der Sechsten Mehrwertsteuerrichtlinie (kurze Darstellung)	58
25. Bewertung der Umsetzung von Artikel 50 EUV (Fortsetzung der kurzen Darstellung)	60
26. Auswirkungen der einzelstaatlichen Steuerreformen auf die Wirtschaft in der EU (kurze Darstellung)	62
27. Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der COVID-19-Krise (kurze Darstellung)	64
28. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	66
29. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	72

Inhalt	Seite
30. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	72
31. Tagesordnung der nächsten Sitzung	72
32. Schluss der Sitzung	72

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. FEBRUAR 2022

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

President. – I declare resumed the session of the European Parliament adjourned on Thursday, 27 January 2022.

2. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 17.03)

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

President. – The minutes of the sitting of 27 January 2022 are available. Can I ask first of all whether there are any comments?

It does not seem to be the case.

(The minutes of the previous sitting were approved.)

4. Erklärung des Präsidenten

President. – This week, concerns about the situation at the Ukrainian border, dear colleagues, will dominate our discussions. On Wednesday, High Representative Borrell will be here to discuss with Parliament the latest developments on the ground. This will also be discussed at the Conference of Presidents, and our political groups in this House are currently working on a declaration on the situation in Ukraine.

Also on Wednesday, we will vote on granting EUR 1.2 billion of macro-financial assistance to Ukraine, to support Ukraine's stability and resilience in the current difficult circumstances.

On behalf of the European Parliament let me express our solidarity with the people of Ukraine, as they continue to face the uncertainty of the past weeks and fear of Russian military aggression. What we are witnessing is a serious threat to peace in Europe.

We all saw the people on the streets of Kyiv, who showed that they are not afraid. Now their defiance must be matched by continued European resolve and unity. The position of this House is clear – Ми з Україною – we are with Ukraine.

Ukraine is a sovereign state that must be free to decide on its future for the benefit of its people. No one should undermine that right. We are united in our respect for Ukraine's independence and territorial integrity. While we urge for a de-escalation of the current tension, this Parliament stands ready to support swift, forceful and concrete action. We do this in coordination with other European institutions and the international community, should the situation deteriorate.

In conclusion, we owe a strong show of support to the people of Ukraine and this week, this Parliament will do just that.

5. Zusammensetzung des Parlaments

President. – With regard to other announcements, I have received notice from the competent authorities in Italy of the election of Ms Camilla Laureti as Member of the European Parliament to replace Mr David Maria Sassoli, with effect from 12 January 2022.

I have also received notice from the competent authorities in Germany of the election of Mr René Repasi as Member of the European Parliament to replace Ms Evelyn Gebhardt, with effect from 2 February 2022.

I would also like to welcome these new colleagues, and would point out that they will take their seats in Parliament and on its bodies in full enjoyment of their rights as provided for in the Rules of Procedure.

6. Antrag auf Aufhebung der Immunität

President. – I have also received a request from the competent authorities in Greece for the parliamentary immunity of Mr Ioannis Lagos to be waived in order for criminal proceedings to be brought against him. This request is referred to the Committee on Legal Affairs as the committee responsible, in accordance with our Rules of Procedure.

7. Zusammensetzung der Fraktionen

President. – Maxette Pirbakas and Jörg Meuthen have left the ID Group and now sit with the Non-attached Members as from 2 February 2022 and 14 February 2022 respectively.

8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The S&D and ID groups have notified me of decisions related to changes to appointments within committees. Those decisions will be set out in the minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

President. – The Committee on Economic and Monetary Affairs has decided to enter into interinstitutional negotiations pursuant to Rule 71(1) of the Rules of Procedure. The report which constitutes the mandate for the negotiations is available on the plenary web page and its title will be published in the minutes of the sitting.

Pursuant to Rule 71(2), Members or political groups reaching at least the medium threshold may request in writing by tomorrow, Tuesday 15 February at midnight, that the decision to enter into negotiations be put to the vote. If no request for a vote in Parliament on the decision to enter into negotiations is made within this deadline, the committee may start negotiations.

10. Berichtigung (Artikel 241 GO)

President. – The Committee on Industry, Research and Energy has transmitted a corrigendum to a text adopted by Parliament pursuant to Rule 241(4). This corrigendum will be deemed approved unless, no later than 24 hours after its announcement, a request is made by a political group, or members reaching at least the low threshold, that it be put to the vote. The corrigendum is available on the plenary web page and its title will be published in the minutes of this sitting.

11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)

President. – Since the adjournment of Parliament's session on 20 January, I have signed, together with the President of the Council, three acts adopted under the ordinary legislative procedure in accordance with Rule 79 of Parliament's Rules of Procedure.

I would also like to inform you that on Wednesday I shall sign, together with the President of the Council, two acts adopted under the ordinary legislative procedure. The titles of the acts will be published in the minutes of this sitting.

12. Weiterbehandlung der Entschlüssen des Parlaments: siehe Protokoll

13. Große Anfragen (Einreichung): siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Arbeitsplan

President. – The final draft agenda as drawn up pursuant to Rule 157 by the Conference of Presidents at its meeting of 9 February 2022 has been distributed.

I have received no requests for changes to the final draft agenda.

I would like to inform you that the votes are distributed along different voting sessions, taking into account the number of amendments tabled and the number of requests for split and separate votes. Please note that this distribution could still be subject to changes, and the relevant information concerning the distribution of votes is available in the 'Priority Information' section on the website of the European Parliament.

The agenda is therefore adopted and the order of business is therefore established.

16. Feierliche Sitzung - 20. Jahrestag der Einführung des Euro

President. – The next item is the debate on the 20th anniversary of the euro.

I would invite you, dear colleagues, to watch a short video together.

(A video on the history of the euro was shown in the Chamber.)

President Lagarde, Commissioner Gentiloni, dear colleagues, 20 years since it was first introduced, the euro is the currency of over 340 million people in 19 EU Member States. A political, financial, social project that brought people together, that challenged perceptions and cemented what Europe is all about.

The biggest monetary changeover in history created beneficial impacts on people, businesses and governments alike, with 78% of respondents of the latest Eurobarometer survey stating that having the euro is a good thing for the European Union.

The single currency also unquestionably propelled Europe forward, as a key player in the European and the global economy. The stability of our currency makes it attractive for businesses around the world to trade with the EU. In fact, more than half of the EU's exports and almost 40% of all global cross-border payments use the euro. Sixty other countries and territories around the world have chosen to use the euro as their currency or to peg their own currency to it. The euro is truly one of the greatest achievements of the European Union.

A single currency to complete the single market, guaranteeing long-term prosperity, growth, competitiveness, protection from exchange-rate volatility, and price stability. An Economic and Monetary Union which ensures the confidence of our citizens. This is what the euro is all about. It is about European integration, unity, stability, identity and solidarity, and it is right here in our pockets as a tangible success story.

When there is a vision for the future of Europe and the political willingness to match it, anything is possible. And we have also seen this when the euro was faced with great economic challenges.

The global financial and sovereign debt crises led to a reform of the governance structure of the European Monetary Union where we, the European Parliament, played an important role as co-legislators. And together we acted swiftly to support our Member States and stabilise our economies.

Two years ago, we again joined forces to provide flexible solutions to our Member States, as we faced the economic challenges of the COVID-19 pandemic. We took bold decisions and adopted an unprecedented EUR 750 billion recovery plan – Next Generation EU – which is already supporting our economic recovery. This would not have been possible for the EU without the euro.

The euro is resilient. Nevertheless, challenges continue to lie ahead. We must ensure that the euro is fit for future generations. Generations who will know the euro as their only currency. And for this, the European Union must be at the forefront of green and digital transitions.

With over half of green bond issuance denominated in euro, and with our plan to digitalise our economies, including by launching the digital euro, we are on the right track. We must continue on this trajectory.

By reinforcing the international role of the euro we can contribute to a resilient EU banking sector and international financial system while strengthening the EU's open strategic autonomy.

With its credibility and cemented foundations, the euro will continue to grow and we will remain united. Ultimately, we should never lose sight of what this project is all about. Why it started, how it got us here and where it can take us. So here is to the next 20 years.

Christine Lagarde, *Présidente de la Banque centrale européenne*. – Madame la Présidente du Parlement européen, Madame Metsola, Monsieur le Commissaire à l'économie, Monsieur Gentiloni, honorables membres du Parlement européen, c'est un plaisir pour moi d'être ici, à Strasbourg, à l'occasion du vingtième anniversaire de l'euro, que nous célébrons. C'est aussi un plaisir de voir que, lorsque l'euro a été lancé, c'était une femme qui était aussi à la présidence et que, finalement, ceux qui auraient oublié les vingt années entre les deux ont sans doute le sentiment que le Parlement européen est toujours présidé par une femme.

So, the introduction of the euro banknotes and coins in 2002 was a milestone for European history, as it put – as Nicole Fontaine said – a tangible sign of European integration in the pocket and in the wallets of all Europeans. There were twelve countries only to begin with, and seven more to join later on.

Sharing a currency is more than just simply using the same measure, the same means of payment; it is part of a common endeavour. This feeling of shared identity is actually recognised by our fellow citizens. When you ask them, when you ask the European citizens what the European Union means to them, what comes second is actually the euro amongst the list of things that they most often think of in terms of the European Union.

The euro has simplified the lives of many Europeans – those who study, those who travel, those who conduct business. It has improved the efficiency of conducting business throughout an enlarged economic zone and I'm going to mention to you two numbers. From 1990 to 2002, trade between the soon-to-be 19 countries of the euro area increased by less than 5% – 5% more trade. If you look at the period since the euro has been introduced, trade between those same nations did not increase by 5% but by 200%.

Now, of course not all of it is attributable to the euro, but the fact that the exchange rate was no longer an issue that was to be discussed, put into contractual terms between parties, certainly had a role to play.

The second element that I want to bring to your attention as well: as you all know, the euro is the second international currency in the world after the dollar. What maybe not all of us know so well is that in 2021 about half of total green bond issuance around the world was denominated in euros – not necessarily issued from the euro area or Europe, but around the world.

So as you mentioned, Madam President, last year we launched the digital euro project. We will investigate how a digital euro could offer a convenient, cost-free means of payment, allowing people to pay anywhere in the euro area with risk-free digital money – for example, when making payments online, which preclude the use of cash.

I just would like to add that, of course, this digital euro will not replace cash but it will complement cash. That is one of the reasons why we launched the process of redesigning our banknotes. The redesign is part of a long-term development process to ensure that the next generation of euro banknotes will continue to be secure, accepted and an efficient means of payment. We will keep Parliament informed throughout the process, and we will seek input from citizens, through your intermediary, on the theme and design of the new banknotes before making our final decision in 2024.

Thereafter, the rollout of the new banknotes will be planned. The redesign of our banknotes is a unique opportunity to make them more relatable to Europeans of all ages and backgrounds, thereby offering a new symbol of European integration.

For more than 20 years, euro banknotes and coins have circulated smoothly. They are a tangible testament to the euro's success. The cash in our pockets reminds us that, despite our diversity, we share a common endeavour that goes way beyond our borders.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Madam President, Madam President of the European Central Bank, honourable Members, we are celebrating today one of the most tangible symbols of European integration and prosperity.

Since its launch, the single currency has come a long way. During this time, the euro area has grown from 12 countries to 19, and it will expand further in the near future. Croatia and Bulgaria are advancing towards this target.

The euro has delivered on its promises: the promise of a strong and stable currency underpinning the cohesion of our economies; the promise to lower barriers for businesses and make it cheaper to borrow and invest; the promise to make our economies more resilient by improving the conditions for fully exploiting our single market, as President Lagarde just said.

During the pandemic, having a single currency has been instrumental in coordinating responses across Europe and in avoiding further economic and social divergences. And today, as you remember, President Metsola, four in five citizens in the euro area think that the euro is a good thing – the highest level of support since its introduction.

With Next Generation EU, the Union will become one of the major debt issuers worldwide. This will offer benefits in terms of stability and that of the European bond market, by providing a euro-denominated, safe asset, covering all maturities. And we see a huge appetite for this.

As of today, we have already issued EUR 78.5 billion in Next Generation EU bonds and every issuance was heavily oversubscribed. By 2026, we will have issued close to EUR 1 trillion, providing an opportunity to establish global reference for international investors seeking to invest in euro-denominated assets. And with the issuance of up to EUR 250 billion in green bonds, we will also become a world leader in the international green bond market.

So today, we are celebrating, but this opportunity should also be a reminder of the need to complete and deepen our monetary union. This means completing the Banking Union and making further steps on the Capital Markets Union. It also means learning the right lesson from our coordinated fiscal response to the crisis and from the unprecedented tools we have put in place.

In today's multipolar economic system, there is scope to further increase the role of the euro. In today's geopolitical tension and uncertainty, there is scope to advance in the process of our strategic autonomy. The same political determination of those who designed and made possible the euro's introduction, overcoming divergent views and interests, is needed now to build a stronger Union.

Irene Tinagli, *Chair the ECON Committee*. – Madam President, 20 years is an important anniversary for anyone, but I think that if we look back at all that the euro has been through, well, then we realise how special this anniversary is.

At first, the introduction of the single currency in Europe seemed like a risky bet. Many feared it was too early. Others thought that there were other priorities. There was some fear about it. And later, after the financial crisis, many thought that the euro was at risk and that a restoration of national currencies was upcoming. Well, it turned out quite differently, and not only is the euro still here, but it's stronger than ever. Other Member States have decided to adopt it, and others will soon be able to do so.

The truth is that the euro has been the key element of the last 20 years of the Union. It has complemented the single market. It has made it easier to trade and travel and live across different countries in the European Union. It has boosted European value chains, strengthening our economies. It has been the prerequisite for preserving the European monetary sovereignty in a globalised world. It has represented the cornerstone of a peaceful Union and a global actor after the end of the Cold War and German reunification. Without the euro, I'm quite sure we would be telling quite different stories.

The success of the euro is not a matter of chance. Its strength, its value and its very existence has constantly been guaranteed and preserved by the European Central Bank. Over the past 20 years, the ECB has been the true guardian of the Union's currency, and I'm confident that it will continue to play its role even in the coming years of big innovations and changes. We've heard about some of those.

But the euro's success was also the result of a strong political will. The euro was the best investment that we could have made to ensure a stable environment for the new generations. This awareness was the fundamental element that allowed us to overcome even the most difficult moments, and we've heard just a few minutes ago about some of those moments.

The euro has definitely brought to us many successes, but we have to also to acknowledge and to recognise that it has not delivered all the gains that it could have delivered in all the Member States and to all the European citizens. And this is partly due to some national issues and partly the result of the fact that the Economic and Monetary Union is still incomplete – as Commissioner Gentiloni just reminded us.

So, the way ahead, therefore, is to identify the changes that are necessary to make our monetary union work for the benefit of everybody. The experience of the euro shows that even the riskiest bets, if supported by political will, can be successful and can mark a great leap forward in the history of our Union.

17. Jahresbericht 2021 der Europäischen Zentralbank (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Dimitrios Papadimoulis, on behalf the Committee on Economic and Monetary Affairs, on the European Central Bank – annual report 2021 (2021/2063(INI)) (A9-0351/2021).

I would like to remind Members that for all the debates of this part-session there will be no catch-the-eye procedure, no blue cards will be accepted and, furthermore, as during recent part-sessions, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

I would also like to remind colleagues that interventions in the Chamber will be made from the central rostrum and I therefore kindly invite you to keep an eye on the speakers' list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

Δημήτριος Παπαδημούλης, Εισηγητής. – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Lagarde, κύριε Επίτροπε Gentiloni, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, θεωρώ ότι είναι ιδιαίτερα σημαντική η στιγμή που συζητούμε αυτή την έκθεση, γιατί η διαμόρφωσή της συμπίπτει με τρεις σημαντικές παραμέτρους. Η πρώτη είναι η θετική πολιτική της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για την αντιμετώπιση της κρίσης της πανδημίας. Το δεύτερο γεγονός είναι η επανεξέταση της στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας μετά από 18 ολόκληρα χρόνια. Και το τρίτο είναι αυτό που μόλις σημειώσαμε: η επέτειος 20 χρόνων από τη δημιουργία του ευρώ.

Η έκθεση καταγράφει ότι οι αποφάσεις νομισματικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για την αντιμετώπιση της πανδημίας ήταν ένα θετικό, σημαντικό βήμα, το οποίο προκάλεσε έναν θετικό αντίκτυπο στη ζώνη του ευρώ. Η εισαγωγή του PEPP, η αύξηση του όγκου των αγορών, η αυξημένη ευελιξία στην αγορά των ομολόγων και η χαλάρωση των κριτηρίων επιλεξιμότητας, η πολιτική των βασικών επιτοκίων συνέβαλαν στην οικονομική ανάκαμψη, στη βελτίωση των συνθηκών χρηματοδότησης, παρότι αυτή η ανάκαμψη ήταν άνιση και σε ορισμένες περιπτώσεις, μεγάλωσε τις κοινωνικές και τις περιφερειακές ανισότητες. Για αυτό, στην έκθεσή μας υποστηρίζουμε πως η υποστηρικτική πολιτική της ΕΚΤ πρέπει να παραμείνει για όσο διάστημα χρειάζεται για την ενίσχυση της ανάκαμψης και την ενθάρρυνση των δημόσιων και ιδιωτικών επενδύσεων. Θα ήθελα, στο σημείο αυτό, να ευχαριστήσω τους σκιώδεις εισηγητές, τους συνεργάτες μας, τη γραμματεία της επιτροπής ECON για τη συνεργασία τους στη διάρκεια αυτών των επίπονων διαπραγματεύσεων και να σημειώσω με ικανοποίηση ότι η έκθεση που συζητούμε σήμερα υπερψηφίστηκε στην επιτροπή ECON με τη μεγαλύτερη πλειοψηφία των τελευταίων ετών: 49 ψήφοι υπέρ, 8 κατά και μία αποχή. Θα ήθελα, επίσης, να εκφράσω την αισιοδοξία μου ότι και η ολομέλεια θα στηρίξει με την ίδια ευρύτητα και πλειοψηφία το κείμενο της έκθεσης όπως ψηφίστηκε και στην επιτροπή.

Στον χρόνο που μου απομένει θα ήθελα να σημειώσω ορισμένα πράγματα. Θα ήθελα να υπογραμμίσω και ένα θέμα που αφορά την πατρίδα μου την Ελλάδα, κυρία Lagarde. Η συμπερίληψη των ελληνικών ομολόγων στο πρόγραμμα PEPP αποτέλεσε και αποτελεί ένα σημαντικό θετικό βήμα. Παραμένει, ωστόσο, ανοικτό το ζήτημα ότι τα ελληνικά ομόλογα εξακολουθούν να μην είναι επιλέξιμα στο πλαίσιο του προγράμματος αγοράς στοιχείων ενεργητικού του δημόσιου τομέα, παρά τη σημαντική πρόοδο που έχει επιτευχθεί. Με την έκθεσή μας ζητούμε, με ευρύτατη πλειοψηφία, από την ΕΚΤ να επανεξετάσει, όσο διαρκεί ο σχετικός ορίζοντας των σχετικών ευέλικτων επανεπενδύσεων, αυτά που πρέπει να γίνουν και να παράσχει ειδικές συστάσεις, έτσι ώστε τα ελληνικά ομόλογα να παραμείνουν επιλέξιμα και η ανάκαμψη στην πατρίδα μου την Ελλάδα να μην κινδυνεύει από έναν νέο γύρο λιτότητας και μια νέα κρίση χρέους.

Τελειώνοντας, νομίζω ότι είναι πολύ σημαντικό να συνεχιστούν χωρίς υποχωρήσεις τα θετικά βήματα και στη δράση της ΕΚΤ στην καταπολέμηση της κλιματικής κρίσης, καθώς, επίσης, και να απαγκιστρωθούμε από δογματικές προσεγγίσεις στον τρόπο προσέγγισης της αρχής ουδετερότητας της αγοράς. Ήδη, η ΕΚΤ έχει παρεκκλίνει σε αρκετές περιπτώσεις, προκειμένου να πετύχει τους στόχους της, από αυτή την αρχή. Πρέπει να συνεχίσουμε με πραγματισμό και με ρεαλισμό. Τέλος, νομίζω ότι είναι σημαντικό να διευκολυνθεί η πρόσβαση των μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων στη χρηματοδότηση που πάσχει σε πολλές χώρες, να ολοκληρωθεί επιτέλους, κύριε Gentiloni, κυρία Lagarde και κύριοι του Συμβουλίου που απουσιάζετε, το ευρωπαϊκό σύστημα ασφάλισης καταθέσεων, γιατί χωρίς τον τρίτο πυλώνα δεν υπάρχει τραπεζική ένωση, και να κάνετε περισσότερα βήματα στον τομέα της διαφάνειας, της επικοινωνίας με τους πολίτες και στην ισότητα των φύλων μέσα στην Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα.

Christine Lagarde, *Présidente de la Banque centrale européenne*. – Madame la Présidente du Parlement européen, Monsieur le Commissaire à l'économie, Monsieur le rapporteur Papadimoulis, honorables membres du Parlement européen, à nouveau je suis très heureuse de me trouver ici, à Strasbourg, devant vous, pour discuter le rapport annuel de la Banque centrale européenne pour l'année 2020.

Let me continue in English. Today's debate is an important pillar in the ECB's accountability relationship with this Parliament. It is crucial for the ECB to explain its actions to the public and to you, as their elected representatives. But as I have said before, we need to be equally focused on listening, and it is in this spirit that I have read your report and that I look forward to hearing your views during today's debate.

What I will do in these preliminary remarks in front of you is, first of all, outline our view of the current economic situation in the euro area and explain our monetary policy stance. I had the opportunity to discuss these issues last week in the context of the regular dialogue with the Committee on Economic and Monetary Affairs, well known as ECON, chaired by Ms Tinagli. I will then briefly discuss how the ECB's new strategy addresses some of the key points identified in your report and ensures that our monetary policy strategy is fit for purpose both for today and in the future.

So let me turn to the economic outlook and our ECB monetary policy. Recent data confirms that quarterly growth slowed to 0.3% in the final quarter of 2021, which still allowed gross domestic product to recover to its pre-pandemic level. The moderation in growth momentum has resulted mainly from the rapid spread of the Omicron variant. The associated containment measures have dampened activity, particularly in consumer services such as travel, tourism, hospitality and entertainment. The current pandemic wave and associated restrictions are likely to continue to have a negative impact on growth at the start of this year, 2022.

Two other factors, namely supply bottlenecks and high energy costs, are also expected to dampen economic activity in the near term. However, the economic impact of the current pandemic wave appears to be less damaging to activity than previous ones. Moreover, the aforementioned bottlenecks will still persist for some time, but there are signs that they may be starting to ease a bit. This will allow the economy to pick up strongly again later this year.

Inflation has risen sharply in recent months, and it further surprised on the upside in January, with the rate increasing to 5.1% from 5% in December. Inflation is likely to remain high in the near term. Energy prices, as you also highlight in your report, continue to be the main reason for the elevated rate of inflation. Their direct impact accounted for over half of headline inflation in January, and energy costs are also pushing up prices across many sectors. Food prices have also increased owing to seasonal factors, elevated transportation costs and the higher price of fertilisers. In addition, price rises have become more widespread with the prices of a large number of goods and services having increased markedly.

Financing conditions for the economy have remained favourable. While market interest rates have increased since December, bank funding costs have so far remained contained. Bank lending rates to firms and to households continue to stand at historically low levels.

Turning now to the risk assessment, we continue to see the risks to the economic outlook as broadly balanced over the medium term. Uncertainties related to the pandemic have abated somewhat. At the same time, geopolitical tensions have increased and persistently high costs of energy could exert a stronger than expected drag on consumption and on investment. The pace at which bottlenecks are resolved is also a further risk to the outlook for growth and inflation. Compared with our projections in December, risks to the inflation outlook are tilted to the upside – particularly in the near term.

If price pressures feed through into higher-than-anticipated wage rises or if the economy returns more quickly to full capacity, inflation could turn out to be higher.

In a few weeks, the March ECB staff projections will provide an updated assessment, taking the most recent data into account. This will help the Governing Council better appraise the implications of the surprisingly high December and January inflation figures for the medium-term outlook. In particular, we will carefully examine how higher energy prices will transmit through the economy and affect the outlook overall.

Two channels could be at play, pulling inflation dynamics in different directions. On the one hand, rising energy costs can drive up prices directly by increasing the cost of production, as well as indirectly by having second-round effects on wages.

On the other hand, they can have a negative impact on the incomes of households and the earnings of companies, thereby reducing economic activity and dampening the inflation outlook.

In the past, the euro area has been vulnerable to the second channel as surges in energy prices weakened the spending power of households and reduced inflation over the medium term.

Obviously, in our assessment of the inflation outlook, we have to bear in mind that demand conditions in the euro area do not show the same signs of overheating that can be observed in other major economies. This increases the likelihood that the current price pressures will subside before becoming entrenched, enabling us to deliver on our 2% target over the medium term. Indeed, while moving up over recent months, indicators of longer-term inflation expectations are consistent with these expectations.

Survey-based measures point to inflation returning to 2% by 2023 and remaining close to this level thereafter. Market-based indicators have stabilised around levels somewhat below 2%. The solid anchoring of long-term inflation expectations in the euro area, which you also acknowledge in your report, is a reassuring development coming after a long period when they were overdue.

To sum up, the euro area economy has continued to recover, although growth is expected to remain subdued in the first quarter of 2022. While the outlook for inflation is uncertain, it is likely to remain elevated for longer than previously expected, but to decline in the course of this year.

At the Governing Council meeting earlier this month, we confirmed the decisions we took in December. Accordingly, we will continue reducing the pace of our asset purchases step-by-step over the coming quarters and we will end net purchases under the Pandemic Emergency Purchase Programme at the end of March.

In view of the current uncertainty, we need more than ever to maintain flexibility and optionality in the conduct of monetary policy. Our monetary policy is always data dependent, and this is all the more important in the situation that we are facing at the moment. We will remain attentive to the incoming data and carefully assess the implications for the medium-term inflation outlook.

Those implications are key parameters in our forward guidance. Our forward guidance has several dimensions. There is a defined sequencing between the end of our net asset purchases and the lift-off date. A rate hike will not occur before our net asset purchases finish. Moreover, there are three conditions that will have to be met before the Governing Council feels sufficiently confident that a tilt in our policy rate is appropriate. All three conditions are meant as safeguards against the premature increase in interest rates. Finally, any adjustment to our policy will be gradual.

Let me now turn to the topic of how we are making our monetary policy strategy fit for today, but also for new challenges. Last year, the ECB and the euro system at large concluded their first strategy review in almost two decades. I would like to reiterate my gratitude to the ECON Committee and all its members for their valuable input. I'm very pleased to read in your report that you welcome the outcome.

Our new strategy would ensure that we have a strong foundation to guide us in the conduct of monetary policy in the years to come. We are now working hard to put it into practice. I could discuss many areas in that strategy review, but I'm going to focus on only three that you highlighted in your report in which the review is having an impact on our daily work.

The first area is how we take our monetary policy decisions. In your report, you highlight the importance of ensuring the necessity, suitability and proportionality of all our monetary policy measures. Indeed, before taking any decision, the Governing Council conducts a careful evaluation of the effectiveness, the efficiency and the proportionality of its actions, including the potential side effects, based on an integrated assessment of all relevant factors.

This assessment builds on a revised analytical framework, which brings together the economic analysis and the monetary and financial analysis as well. Our new strategy recognises financial stability as a precondition for price stability and vice versa. In line with this, we undertook our first in-depth assessment of the inter-relationship between monetary policy and financial stability at our last meeting in December. We will continue to do so twice a year going forward.

The second area that I would like to point to, which you also mentioned in the report, is the impact of climate change. I'm pleased that your report welcomes our action plan on how to incorporate climate change considerations in our monetary policy framework. I'm equally pleased to tell you that the implementation of the Climate Change Action Plan is on track. The milestones for 2022 include a detailed plan for disclosure requirements in the collateral framework and asset purchases, a pilot stress test on the euro system balance sheet and proposals to adopt the framework of our corporate bond purchase programmes.

We are also working, together with other central banks across the euro area, on new exploratory climate related statistical indicators, and we are adapting our macroeconomic models.

Integrating climate-related indicators and risks is not a distraction. It is essential to better understanding how climate change is affecting the economy, is affecting the inflation outlook, is affecting monetary policy transmission and is affecting financial stability.

So the third and last area that I would like to touch on is how we communicate and engage with the people we serve and whom you represent. Good communication is crucial for our policy, for our credibility and for the trust people have in us. But communicating well to different audiences is challenging, in particular in the euro area. I welcome that the report encourages us to make further progress on this front. Our aim is to ensure that markets, elected representatives like yourselves and the wider public better understand how we reach our decisions, the reasons behind these decisions and how they affect people's daily lives. In other words, we need to be clear about what we call the three «A» s.

First: Aim. We must be clear about our aim. Our new symmetric inflation target of 2% over the medium-term is simple, clear and easy to convey to the wider public. Second: Assessment. We must be clear about our assessment. We need to clearly explain how we process incoming economic and financial data, what we judge to be short term movements and what we consider influential factors relevant for our medium-term horizon. Third: Actions. We must also be clear about actions taken. Our audience should be able to understand what we are trying to achieve with our measures, as well as why they are effective, efficient and proportionate to our aim.

Clearly communicating these three «A» s to different audiences often means being more simple and more straightforward – but being more simple doesn't mean that we should be simplistic. It means being more inclusive when we talk. Following on from our strategy review, we are using clearer, more narrative-driven language, together with visuals that people can relate to.

Finally, in our communication, we need to be open about what we can and what we cannot do as a central bank. For example, our monetary policy cannot fill a pipeline with gas, cannot clear backlogs at ports and cannot train more lorry drivers.

So let me conclude here. We're very well aware that many people across the euro area are concerned about the rising cost of living at the moment – as you also highlight in your report – and the burden is primarily borne, we know, by those with lower incomes who must face the day-to-day hardship of having to cope with higher prices.

We remain committed to delivering on our price stability mandate, as we have done over the past 20 years. Our target is an inflation rate of 2% over the medium term. To achieve this, we will take the right actions, at the right time.

But it is also a task to openly engage with people's concerns with regard to monetary policy. As I said when I first spoke to you here two years ago, the ongoing dialogue between the ECB and the European Parliament is the key channel for this. Independence and accountability are two sides of the same coin for the ECB. One will not exist without the other.

With that in mind, I look forward to our exchange this afternoon and to the final resolution on the ECB's annual report.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Madam President, President Lagarde, honourable Members, it's very important to discuss today the European Central Bank's annual report, on the basis of your report. So I would like, first of all, to thank the rapporteur, Dimitrios Papadimoulis, and the members of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON Committee) for their valuable assessment and reflections.

The Commission widely agrees with the general thrust of the committee's report. As you know, the EU economy lost momentum in late 2021 following a strong rebound in the previous two quarters. This slowdown can be attributed to the Omicron variant and to the continued global supply-side disruptions.

Furthermore, a recent increase in energy prices and inflationary pressures could weigh on economic activity. So the risks for growth in our forecast are balanced and the risk for inflation is tilted to the upside. But the fact that we have this high inflation doesn't mean that we currently see compelling evidence suggesting that high inflation could become entrenched. So, in our winter forecast, inflation is expected to reach 3.5% in 2022 before easing in 2023 and we share the ECB's clear assessment of the current situation.

We also agree with the ECON Committee's report that the ECB's policy response to the COVID-19 crisis was effective. Furthermore, let me say that fiscal and monetary policies have acted as strategic complements in their autonomy, of course, in stabilising economic activity against the adverse effects of the pandemic.

As regards fiscal policy for next year, the Commission will provide Member States with guidance in the coming weeks to facilitate the coordination. Furthermore, the Commission will share orientation on possible changes to the economic governance framework with the objective of achieving a broad-based consensus, well in time for 2023 — the year when the general escape clause is expected to be 'untriggered', so to say.

The ECON Committee's report further discusses the international role of the euro, digital payments, euro counterfeiting – topics we consider very important. The Commission and the ECB aim to ensure a strong European digital finance sector and a well-integrated payment sector. In this context, both institutions are jointly examining the possibility of a digital euro. The essential elements of the digital euro need to be set out in a legislative proposal, on which the colleges later will have the last word.

Our goal is to table legislation in early 2023, preceded by a consultation. The euro in the digital era would be a way to also deliver on the international role of the euro agenda. Thank you, and I welcome the debate today and the discussion we will have on this occasion.

VORSITZ: EVELYN REGNER

Vizepräsidentin

(Die Aussprache wird unterbrochen)

18. Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Bevor wir mit den Aussprachen fortfahren, eröffne ich nun die heutige Abstimmungsrunde.

Wir stimmen über die in der Tagesordnung angegebenen Dossiers ab.

Die Abstimmungsrunde ist von 18.00 bis 19.15 Uhrgeöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie auf den letzten Tagungen.

Über die Immunitätsangelegenheiten wird in geheimer Abstimmung abgestimmt. Die Mitglieder können ihre Stimme in herkömmlicher Weise abgeben. Allerdings ist aus dem Stimmzettel, den Sie erhalten und den Sie unterschreiben müssen, nicht ersichtlich, wie Sie abgestimmt haben, sondern nur, dass Sie abgestimmt haben.

Alle anderen Abstimmungen erfolgen namentlich.

Die Erklärungen zur Abstimmung können schriftlich eingereicht werden. Es werden Erklärungen zur Abstimmung mit höchstens 400 Wörtern akzeptiert.

Ich erkläre die Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 19.15 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der Abstimmungen werden morgen um 8.30 Uhr bekannt gegeben.

19. Jahresbericht 2021 der Europäischen Zentralbank (Fortsetzung der Aussprache)

Die Präsidentin. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Dimitrios Papadimoulis (A9-0351/2021) fort.

Γεώργιος Κύρτσος, εξ ονόματος της ομάδας PPE. – Κυρία Πρόεδρε, ο ρόλος της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας στην αντιμετώπιση των οικονομικών συνεπειών της κρίσης της πανδημίας αποδείχθηκε στρατηγικής σημασίας το 2021. Οι οικονομίες της ευρωζώνης ανέκαμψαν γρήγορα και δυναμικά, αξιοποιώντας και τη νομισματική πολιτική που εφαρμόστηκε. Επίσης, τα νέα από την αγορά εργασίας είναι ιδιαίτερα ενθαρρυντικά έως καλά. Η συμβολή της ΕΚΤ αποτυπώνεται στην ετήσια έκθεση για το 2021, με τη θετική άποψη των περισσότερων ευρωβουλευτών για το έργο της διοίκησης.

Η Ελλάδα παραμένει ένας από τους αδύναμους κρίκους της ευρωζώνης, για αυτό, θέλω να υπογραμμίσω ότι οι επιλογές Lagarde στην Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα και ο ένας χρόνος Draghi στην πρωθυπουργία της Ιταλίας συμβάλλουν στη σταθερότητα και δημιουργούν τις προϋποθέσεις για να ξεπεράσουμε τις δυσκολίες, εφόσον κάνουμε φυσικά αυτό που πρέπει. Προφανώς, στηρίζω την πρόταση Παπαδημούλη για μια ειδική μεταχείριση, θα έλεγα, των ελληνικών ομολόγων. Δεν θέλουμε μια νέα ελληνική κρίση, γιατί δεν υπάρχει ελληνική κρίση σε αυτές τις περιπτώσεις· υπάρχει ευρωπαϊκή κρίση.

Η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα λειτουργεί σε ένα διαρκώς μεταβαλλόμενο διεθνές περιβάλλον, το οποίο από το καλοκαίρι του 2021 άρχισε να στέλνει προειδοποιητικά μηνύματα. Ο πληθωρισμός αποδεικνύεται υψηλότερος και μεγαλύτερης διάρκειας από ό,τι είχε αρχικά εκτιμηθεί. Σε ορισμένες ευρωπαϊκές αγορές υπάρχουν προϋποθέσεις της λεγόμενης «φούσκας» στα ακίνητα. Σημαντικό τμήμα του υπό διαμόρφωση νέου τύπου χρηματοπιστωτικού συστήματος δεν υπόκειται στον αυστηρό έλεγχο της ΕΚΤ, όπως οι συστημικές τράπεζες. Μαζί, λοιπόν, με το θετικό έργο του 2021, ήρθαν και νέες προκλήσεις για την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα. Έχει μπροστά της το δύσκολο έργο να προωθήσει αποτελεσματικά τον καταστατικό στόχο για τον πληθωρισμό, χωρίς όμως ανεπιθύμητες οικονομικές παρενέργειες, όπως θα ήταν η ανακοπή της δυναμικής ανάκαμψης της οικονομίας λόγω υψηλών επιτοκίων.

Θέλω να ευχαριστήσω τον κύριο Παπαδημούλη για την πολύ καλή δουλειά που έκανε, συντόνισε όλες τις πολιτικές δυνάμεις με δημιουργικό τρόπο για να φτάσουμε σε ένα θετικό αποτέλεσμα. Θέλω, επίσης, να διαβεβαιώσω την κυρία Lagarde, την οποία συγχαίρω φυσικά για το έργο της, ότι μπορείτε να περιμένετε από εμάς δημιουργική κριτική αλλά και σταθερή υποστήριξη στο στρατηγικής σημασίας έργο σας.

Κώστας Μαυρίδης, εξ ονόματος της ομάδας S&D. – Κυρία Πρόεδρε, (απευθύνεται στην κυρία Lagarde και στον κύριο Gentiloni στα αγγλικά) με αφορμή την 20ή επέτειο του ευρώ, θα ήθελα να τονίσω τον σημαντικό ρόλο της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για την ανάκαμψη και ενδυνάμωση του ευρώ, ιδιαίτερα σε εποχές δύσκολες και δη, σε εποχές αμφισβήτησής του. Τότε, κυρία Lagarde, που η κατάρρευση του ευρώ ήταν πιθανό να οδηγήσει και στην κατάρρευση του ευρωπαϊκού εγχειρήματος. Υπάρχουν, όμως, σημαντικά βήματα που απομένουν και κάποια από αυτά, τα πλέον σημαντικά, είναι σε αυτή την έκθεση.

Θα αναφέρω μόνο μερικά. Οι επιπτώσεις από την πανδημία και από την άνοδο του πληθωρισμού, κυρίως στην αύξηση των τιμών της ενέργειας, είναι ζήτημα που απασχολεί όλους. Επικροτήσαμε την ταχεία ανταπόκριση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και στηρίζουμε και σήμερα τη σταδιακή, μελετημένη απόσυρση των μέτρων, λαμβάνοντας υπόψη οικονομικές και κοινωνικές επιπτώσεις, με γνώμονα πρωτίστως να αποφευχθεί μια νέα ύφεση. Επιπλέον, πρέπει αυτή η ευελιξία να διοχετευθεί στην πραγματική οικονομία. Τρίτον, για έναν πιο δίκαιο ανταγωνισμό, κυρία Lagarde και κύριε Επίτροπε, χρειαζόμαστε, επιτέλους, πανευρωπαϊκή εγγύηση των καταθέσεων. Τίθενται επίσης ζητήματα κλιματικής αλλαγής και ίσης εκπροσώπησης των γυναικών. Καλούμε την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα να πραγματοποιήσει επιπλέον βήματα. Τέλος, άλλο ζήτημα είναι οι καταχρηστικές ρήτρες: υπάρχουν κράτη μέλη —ένα από αυτά είναι και η Κύπρος— όπου οι τράπεζες, δυστυχώς, συνεχίζουν

ακόμη και σήμερα να χρησιμοποιούν στις συμβάσεις τους με τους καταναλωτές καταχρηστικές ρήτρες· είναι δυσβάσταχτο αυτό το κόστος για έναν καταναλωτή.

Τελειώνοντας, θέλω να τονίσω την εξαιρετική δουλειά του κύριου Παπαδημούλη, ο οποίος κατέληξε σε μια ισορροπημένη έκθεση. Θεωρώ ότι είναι καθήκον όλων μας ή τουλάχιστον της πλειοψηφίας, όπως καταλήξαμε σε αυτό το κείμενο, να το στηρίξουμε και στην Ολομέλεια.

Engin Eroglu, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Lagarde, sehr geehrter Herr Kommissar! Wir geben heute in unserem Bericht die Einschätzung des Europäischen Parlaments zur Politik der EZB ab, und das ist auch sehr wichtig, denn die Geldpolitik ist relevant. Das haben die Bürgerinnen und Bürger der Eurozone in den letzten Jahren durchaus gemerkt, und sie merken es jeden Tag, wenn sie an der Zapfsäule stehen oder zum Lebensmitteleinkauf gehen.

Im letzten Sommer hat die EZB ihre Strategie überarbeitet. Es ist also wirklich wichtig gewesen, es ist ein sehr, sehr wichtiger Prozess gewesen. Und man hat bei dem wichtigen Thema der Inflation, beim Inflationsrahmen die komplizierte Kommunikation von nahe unter zwei Prozent auf glatt zwei Prozent gesetzt. Das kann ich zwar nicht begrüßen, aber ich denke, es ist richtig und einfacher berechenbar, wenn man jetzt von glatten zwei Prozent Inflation redet. Wenn man sich jedoch überlegt, was das für das Vermögen bedeutet – in nur zehn Jahren mal zehn –, dann ist das ein Fall.

Was im letzten Herbst, als wir den Bericht verhandelt haben, noch nicht so ganz klar war, ist, wie die Inflation jetzt im Dezember und Januar ist. Wir hatten ein wirklich gutes Klima bei den Verhandlungen im Ausschuss. Dafür möchte ich mich bedanken. Deswegen begrüße ich die Anträge der EVP, und wir werden diesen auch Rechnung tragen und diese mit unterstützen. Denn die Inflation, die ist im Dezember auf über fünf Prozent gesprungen.

Liebe Frau Lagarde, ich möchte Sie wirklich bitten: Nehmen Sie die Inflation ernst, sie wird nicht von alleine verschwinden. Und wir merken ja auch durch den Druck, den die *Fed* durch die Zinserhöhung aufbaut, dass das kein Spiel ist, wo wir die Spielregeln festlegen, sondern dass die Währung im internationalen Wettbewerb steht. Und wir müssen den Menschen zeigen, dass wir es ernst meinen.

Henrike Hahn, *im Namen der Vets/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Teuerung trifft die Menschen in Europa mitten ins Herz ihrer Geldbeutel und trifft auch die Industrie, die kleinen und mittleren Unternehmen und die Start-ups. Die Inflation lag im Januar bei 5,1 %, und die Europäische Zentralbank erwartet, dass die Teuerungsrate kurzfristig weiterhin hoch bleibt.

Eine der Hauptursachen der Inflation sind die höheren Energiepreise, die natürlich auch zusätzlich die Preise für Waren und Dienstleistungen beeinflussen. Und klar ist: Auf die gestiegenen Preise und die Lieferengpässe im Energiesektor hat die EZB mit ihrer Geldpolitik keinen direkten Einfluss. Im Gegenteil: Eine zu schnelle und zu starke Erhöhung der Leitzinsen kann den Aufschwung und die Arbeitsplätze gefährden, so wie das schon 2011 in der Eurokrise passiert ist. Es ist gut, dass die EZB sich jetzt dem Ruf und Druck von außen nach Zinserhöhungen nicht vorschnell beugt.

Wir brauchen stattdessen die richtigen Lösungen, nämlich mehr Tempo und mehr Energie, mehr Ehrgeiz für eine Energiewende und für grüne Transformation in Europa. Das ist der richtige Weg, um unabhängig von externen Preisschocks, die an uns in Europa herangetragen werden, entsprechend agieren zu können. Und die EZB kann genau im Rahmen ihres Mandats aktiv etwas für Klimaschutz tun. Und in diesem Sinne ist die *Strategy Review 2021* der EZB ausdrücklich der richtige Schritt in die richtige Richtung. Vielen Dank dafür, Madame Lagarde.

Valentino Grant, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente Lagarde, da quando è stato redatto questo fascicolo sicuramente molte cose sono cambiate: l'inflazione non si può più considerare un fenomeno transitorio e la stabilità dei prezzi rappresenta un problema di difficile soluzione.

Tenendo conto di questi fattori, le banche devono sì considerare il rischio climatico come un elemento di valutazione, ma bisogna anche prendere in considerazione il fatto che la pandemia ha rallentato la transizione ecologica e, di conseguenza, tutti gli obiettivi stabiliti nell'accordo di Parigi dovrebbero essere rivalutati. Gli ambiziosi obiettivi *green* devono essere letti anche con pragmatismo. Standard ambientali elevati devono andare di pari passo con la sostenibilità economica. È necessario evitare che un'eccessiva rigidità, insieme a uno scarso realismo, possano avvantaggiare i paesi terzi a scapito dei paesi europei.

Le PMI, che rappresentano il 99 % di tutte le imprese dell'Unione europea e che danno lavoro a circa 100 milioni di persone, hanno bisogno di liquidità. Sono loro il traino della ripresa economica. È quindi necessario ritornare a un'economia in cui è il mondo produttivo ad essere finanziato, non un'economia dove la finanza è fatta per la finanza. Le famiglie hanno bisogno di lavoro e solo finanziando l'economia reale si possono creare nuove opportunità di lavoro.

A questo proposito, Presidente Lagarde, Lei, nell'ultima conferenza stampa di giovedì 3 febbraio e anche durante il dialogo monetario in commissione ECON, ha fatto ampio ricorso a due termini: incertezza e flessibilità. I mercati, tuttavia, hanno percepito l'incertezza sulle scelte future e hanno provocato un immediato rialzo dei tassi.

Nello scenario che si prospetta tra falchi e colombe nel *board* della BCE, vorremmo essere sicuri che le decisioni future siano basate su analisi economiche e non su semplici processi politici. La BCE nei prossimi mesi sarà ad un bivio e ci auguriamo che Lei, Presidente, sappia imboccare la strada giusta.

Johan Van Overtveldt, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, President Lagarde recently referred in an interview to not being prepared to take a turn in fifth gear. Now you're absolutely right to do that, but we all know that the car that has a fifth gear also has a fourth, a third, a second and a first gear. And in terms of adapting its policy to the new environment of high and still rising inflation, the European Central Bank's car at the moment is, I think, fair to say, in first gear.

Some speeding-up is urgently needed and not so much because of the inflation numbers themselves but because of two related phenomena. First of all, inflationary expectations – consumers, producers, investors are rapidly adjusting upwards their inflationary expectations and I think a significant move in monetary policy is needed to avoid further escalation of these inflationary expectations. Secondly, insufficient immediate action might and probably will necessitate much higher interest rates in the future than if indeed immediate action were to be taken now.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, l'essence, l'électricité, les pâtes, le riz: tout coûte plus cher. Partout en Europe, les gens sont pris à la gorge et certains en profitent pour appeler déjà la Banque centrale européenne à serrer la vis monétaire, comme si les taux directeurs étaient encore aujourd'hui le facteur déterminant de l'inflation.

Avant la pandémie, la BCE avait déjà injecté 4 000 milliards d'euros, sans que cela se traduise par le moindre point d'inflation, car la bulle financière a quasiment tout pris, ne laissant que des miettes à l'économie réelle.

La crise actuelle du pouvoir d'achat n'a rien à voir avec la monnaie. Elle est due, d'un côté, à la voracité des énergéticiens, comme Total, qui accumulent des profits historiques en faisant des consommateurs des vaches à lait, et de l'autre, au chaos dans les chaînes d'approvisionnement mondialisées, que la pandémie a totalement déstabilisées.

Vous le reconnaissez, d'ailleurs, Madame Lagarde: une hausse des taux, je vous cite, «ne résoudrait aucun des problèmes actuels». Pour une fois, je dois dire que je suis bien d'accord avec vous. Couper le robinet, comme après la crise de 2008, serait une catastrophe. Mais, dans ce contexte, j'ai une question pour vous: à quoi donc sert encore l'objectif principal de stabilité des prix de la BCE, que vous défendez tant, encore aujourd'hui?

Comme le souligne le rapport de mon collègue Papadimoulis, il faut interroger le rôle même de la BCE face à l'urgence sociale et écologique. Madame Lagarde, assumez cette rupture et engagez la refonte du mandat de la BCE. La monnaie n'est pas un outil technique, c'est un levier politique. L'Europe ne peut plus être le seul endroit où la politique monétaire n'est pas débattue démocratiquement, pour qu'enfin elle serve les véritables besoins économiques, et non ceux des spéculateurs en tous genres.

Enikő Győri (NI). – Elnök Asszony! Az Európai Központi Bank feladata az árstabilitás feletti őrökös. A jelenlegi inflációs adatok pedig azt mutatják, hogy résen kellene lenni, mert az élelmiszer-, de különösen az energiaárak annyira elszálltak. Sajnálatos módon Brüsszel az ideologikus energiapolitikájával felfelé hajtja az árakat, a zöldítés terhére a lakosságra hárítva, ami súlyos hiba és az oly fontos zöld politikát diszkreditálja. Legalább az EKB-tól reménykedjünk a józan ész diadalában! Lagarde asszony, kérem álljon ellen a baloldaltól jövő nyomásnak! A zöldítés nem a Központi Bank feladata! Önök a stabilitáshoz az árak kordában tartásával, ezáltal kedvező beruházási környezet kialakításával járulhatnak hozzá. Józan ész kellene ahhoz is, hogy majd mikor térünk vissza a szabályokhoz, mind a monetáris, mind a fiskális politika terén.

Egyesek már most állandósítani akarnák az egyszeri Helyreállítási Alapot, ezzel végtelenül eladósítva az Uniót. Tudják, a baloldal mindig a más pénzén szeret kormányozni. Helyes volt a lazítás, segíti a növekedésorientált helyreállítást, de nem élhetünk örökké a jövő generációi pénzén! A fiskális szabályokat is majd ennek szellemében és szigorúan 27-es körben kell kiigazítani. És egy utolsó megjegyzés: Elnök Asszony, én szívből azt kívánom Önnek, hogy mindig Európa legjobb pénzügyi agyaival, szakértőivel dolgozhasson, függetlenül attól, hogy férfiak vagy nők.

Othmar Karas (PPE). – *Madame La Présidente*, Herr Kommissar, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich möchte Sie auf vier Punkte besonders hinweisen. Ich kann mich sehr gut erinnern, als vor mehr als 20 Jahren um Mitternacht am Wiener Westbahnhof der Zug ankam und wir den Euro in Empfang nehmen konnten. Er war für uns alle ein politisches Projekt der Einigung und Integration Europas, der Stärkung von Wachstum, Stabilität und Wohlstand. Er wurde zur zweitstärksten Währung der Welt. Ich kann mich sehr gut erinnern, als zehn Jahre davor der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag gesagt hat: Mit dem Euro ist die europäische Integration unumkehrbar, denn wenn man sich eine gemeinsame Währung gibt, muss man die Europäische Union zur politischen Union weiterentwickeln.

Was sagt uns das? Der Euro ist nicht fertig. Wie jede andere Währung braucht auch der Euro eine gemeinsame Wirtschafts-, Budget-, Fiskal-, Investitions-, Sozial- und Beschäftigungspolitik. Geldpolitik alleine kann dies nicht schaffen, sondern nur politischer Wille. Und Jacques Delors hat vor 30 Jahren in diesem Haus gesagt, wir benötigen dazu Entschlossenheit, Solidarität, mitunter etwas Wagemut. Tun wir endlich das, von dem wir seit 30 Jahren wissen, dass es der Euro braucht: eine gemeinsame vertiefte Budget-, Wirtschafts- und Währungsunion, eine Banken- und Kapitalmarktunion.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, señora presidenta del BCE. Discutimos este informe en un momento oportuno y me gustaría, por supuesto, felicitar al señor Papadimoulis y al resto de ponentes alternativos, especialmente al señor Costas Mavridesa, por este informe, y, como ellos, espero que este Pleno apruebe tal y como ha sido aprobado por la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios.

Hace apenas unos minutos celebrábamos el vigésimo aniversario del euro. Veinte años de éxitos donde una nueva generación de europeos se ha habituado a vivir con una moneda, con una moneda común, con la moneda única, pero también veinte años donde ha habido algún error en la gestión de la política monetaria. En mi opinión, uno de esos errores se cometió en abril de 2011, cuando el presidente del BCE —entonces Trichet—, decidió subir los tipos de interés, supuestamente para evitar posibles efectos de segunda vuelta. Creo que este ejemplo es oportuno y es necesario en estos momentos, cuando vemos que los precios suben y, como ha dicho la presidenta del BCE, por fundamentos, fundamentalmente debido al precio de la energía o a cuellos de botella en la estructura productiva y en los ritmos de recuperación.

Espero que ese error lo tengamos muy presente para seguir acompañando la recuperación en los próximos meses.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, inflation is a continuing challenge now at the moment. The Commission published its Winter 2022 Economic Forecast last week, and it said that inflation will be around 3% for most of this year. Of course, there are now the challenges with geopolitical tensions in Ukraine and Russia.

Now all eyes are on the ECB, but Madame Lagarde, I just want to bring your attention to the fact that in the event of there being a necessity to raise interest rates to address the issue of inflation, I want you to take into account the fact that we do not have uniform interest rates across the European Union.

And I do believe that the ECB and the European Banking Authority have an obligation to unleash the blockages that are causing significant difficulties for some countries in keeping interest rates low – and I significantly mention Ireland itself, where the capital requirements and prudential obligations on our banks are looking at it through the prism of the last financial crisis. We have reduced our non-performing loans, our banks are in a healthy state, yet our obligations are based on historical facts. I would believe and urge that you should act on this in the event of interest rates having to rise, because this would have a profound impact on Ireland and on other countries that have higher interest rates than the EU average.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, señor comisario, todos estamos preocupados por el impacto que el aumento de precios, y particularmente la factura de la luz, está teniendo en algunos de nuestros conciudadanos. Pero llegar a la conclusión, a partir de aquí, de que hay que retirar los estímulos monetarios y subir los tipos de interés, como parecen sugerir los grupos conservadores, es profundamente equivocado. Como muy bien ha dicho la presidenta, los tipos de interés no pueden manejar el precio de los combustibles fósiles y, por lo tanto, no es por ahí por donde podemos atajar este problema.

En cambio, si ahora repetimos los errores que cometimos —como se decía ahora— en abril de 2011, subiendo los tipos y retirando estímulos, lo que haremos es poner en peligro la recuperación, poner en peligro la buena marcha del empleo en la zona del euro y volver a generar problemas de *spreads* en distintos Estados miembros. Por lo tanto, esa no es de ninguna manera la solución.

En cambio, sí hay algo que el BCE puede hacer a medio y largo plazo para combatir ese precio de la energía —que supone el 50 % del aumento de precios—, que es acelerar la transición ecológica a partir de los instrumentos de política monetaria que se tienen; por ejemplo, garantizando una mayor perspectiva ecológica en los centros o, por ejemplo, retirando las compras de combustibles fósiles que se siguen aún haciendo de forma masiva a través de los programas de compra de activos. Eso sí debe hacer el BCE y no retirar estímulos, algo que ahora sería un profundo error.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Madame Lagarde! 30 Jahre Maastricht und 20 Jahre Euro: Die EZB feiert den Euro als großen Integrationsschritt und Garanten von Europas Wirtschaftskraft.

Doch unerwähnt bleibt die Lissabonner Agenda, die EU bis 2010 bereits zum weltweit wettbewerbsfähigsten wissensgestützten Wirtschaftsraum zu machen. Welche Hybris! Die Eurozone hat seit Jahren das niedrigste Wachstum der entwickelten Welt. In der Hochtechnologie sind wir abgeschlagen hinter China und den USA. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und wäre noch höher, würden die Migranten nicht unterschlagen.

Und der Euro selbst ist die teuerste Währung der Welt, die jährlich mit Hunderten Milliarden gerettet werden muss. Den deutschen Sparer allein kostete der Euro 2021 rund 116 Milliarden Euro, denn die Inflation beträgt inzwischen fünfeinhalb Prozent – in der Schweiz liegt sie indes bei 1,5 Prozent. Unbezahlbar, volkswirtschaftlich desaströs und auf Dauer vertrags- und verfassungswidrig angelegt, denn die Euro-Rettung vollzieht sich seit 2010 durch ständigen Bruch der Artikel 123, 125, 127 und 311 der EU-Verträge.

Fazit: Der Euro ist ein Weg der Verwirrung und Verirrung, genauso wie Ihre Klimarettungsfantasien und unqualifizierte Massenmigration. Mein Kollege ermahnte mich, ich möge heute sanftmütig sein. Ich tat das mir Mögliche.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, toen we twintig jaar geleden aan de euro begonnen, was beloofd dat de euro een sterke en betrouwbare munt zou zijn, gegarandeerd door een robuust stabiliteits- en groeipact. Dit is niet langer het geval. De eurozone is een ruziezone geworden – het spaarzame Noorden tegenover het spijluchtige Zuiden.

De Europese Centrale Bank heeft ondertussen als doel prijsstabiliteit, maar bedrijft steeds meer politiek. Terwijl inflatie toeslaat in de eurozone en de schulden van bepaalde lidstaten onhoudbare proporties aannemen, is de ECB vooral bezig met klimaatveranderingsrisico's, terwijl die taak volgens mij ligt bij verzekeraars, kredietbeoordelaars en adviesbureaus.

In Nederland bedroeg de inflatie in de maand december 6,4 %. De huizenprijzen die zelf niet in de inflatie zitten, zijn vorig jaar met 20 % gestegen – een bubbel die op barsten staat! Mevrouw Lagarde, ik snap dat u werkt voor de gehele eurozone. Maar voor de Nederlanders, de spaarders, gepensioneerden, jongeren werkt dit niet meer. Ik roep u op hen niet te vergeten.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la BCE ha sicuramente agito con coraggio durante la pandemia. Il programma degli acquisti dei titoli di Stato e una politica monetaria accomodante hanno favorito l'attuale ripresa economica che, tuttavia, noi vorremmo fosse più equa verso tutti i cittadini.

La relazione annuale sulla BCE attesta il buon lavoro svolto, anche se per il futuro ci sono almeno due grandi sfide da affrontare: i rincari energetici e l'inflazione innanzitutto.

Alzando i tassi di interesse in modo improvvido rischieremmo una crisi del debito sovrano e non possiamo permettercelo; continuiamo invece con gli strumenti di politica monetaria non convenzionali per aiutare le imprese e le famiglie.

Seconda emergenza: la BCE può dare il suo contributo nella lotta contro il riciclaggio e l'evasione fiscale. Ricordiamo che buona parte dell'evasione fiscale e del riciclaggio avviene anche tramite banche e che essi si appoggiano anche ai paradisi fiscali, che ci sono anche all'interno di questa Europa.

Sven Simon (PPE). – Frau Präsidentin Regner, Frau Präsidentin Lagarde, Herr Kommissar Gentiloni! Ich denke, dass diese Debatte heute auch wieder sehr deutlich zeigt, wie wichtig es ist, dass die Europäische Zentralbank politisch unabhängig ist.

Ich möchte zwei Aspekte ansprechen zu diesem Bericht: als Erstes natürlich die Inflation.

In der Tat müssen wir über die ernsthaften Folgen der Niedrigzinspolitik schon sehr ernsthaft sprechen, denn die hohe Inflation und die konstant hohe Inflationserwartung sind natürlich gefährlich für den Aufschwung und vor allen Dingen auch den sozialen Frieden in Europa. Und es sind auch nicht nur die Energiepreise, wie hier manchmal so suggeriert worden ist. Denn auch die Kerninflation, also die Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel, war im Dezember bei 3,7 Prozent.

Und jetzt ist es gut, dass die EZB unabhängig ist. Und deshalb sollte sich die Politik zurückhalten in der Bewertung der Niedrigzinspolitik. Ich vertraue der Europäischen Zentralbank und ihren Experten auch voll und ganz, wichtig ist aber, Frau Präsidentin –und Sie haben das ja auch angesprochen –, dass Sie in der Öffentlichkeit kommunizieren und erklären, warum Sie zu diesem Ergebnis kommen und jetzt die Zinspolitik betreiben, wie Sie sie betreiben. Ich glaube, das ist ganz wichtig für die Akzeptanz unserer Währung.

Und dann ist noch einmal wichtig: Das Hauptmandat der EZB ist Geldwertstabilität. Wenn hier von linker und grüner Seite gefordert wird, dass Klimapolitik betrieben werden sollte, ist das falsch. Die Europäische Zentralbank ist keine Klima-Investitionsbank. Deshalb ist das, was die Europäische Zentralbank macht – vor dem Hintergrund des Klimawandels die Risikobewertung zu verändern –, genau richtig, das, was aber in dem Bericht auch gefordert wird – dass die Europäische Zentralbank aktiv Klimapolitik betreibt –, falsch, weil es außerhalb ihres Mandates ist.

Und abschließend: Geldpolitik kann kein Ersatz für vernünftige Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten sein. In dieser Klarheit vermisste ich das im Bericht, aber ich bin sehr zufrieden, dass ich Sie, Frau Präsidentin, und Ihre Institution auch bei diesem Aspekt an meiner Seite weiß.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, Presidente Lagarde, Comissário Gentiloni, vinte anos depois da criação do euro, um dos mais notáveis instrumentos da integração europeia, como hoje foi bem recordado, saibamos, finalmente, completar esta zona monetária única com um orçamento europeu de estabilidade, na senda do NextGenEU, como também já foi referido hoje. Que as lições da crise COVID permitam que não voltemos para trás, para os tempos da ausência da política monetária e para a política orçamental pró-cíclica e recessiva no tempo das crises.

Os dados mais recentes mostram que a inflação da zona euro é um fenómeno maioritariamente provocado por fatores temporários: os preços da energia e falhas nas cadeias de produção, como abundantemente tem referido o BCE. Não temos a inflação estrutural dos Estados Unidos da América, como nos tem demonstrado também o BCE.

Por isso, perante o regresso das regras orçamentais que causa e causará durante alguns meses significativa incerteza, a Europa precisa de uma política monetária responsável que apoie a estabilidade de preços, mas também o crédito, o investimento e a retoma económica em toda a Europa.

Caroline Nagtegaal (Renew). – Voorzitter, *Madame la présidente*, commissaris, terwijl de prijzen in de supermarkt de pan uit rijzen en de energierekening daadwerkelijk door het dak gaat, blijft de ECB weigeren om in te grijpen. We horen eigenlijk het ene excuus na het andere: de inflatie is maar tijdelijk, er zijn meer data nodig om te analyseren, of een renteverhoging lost het probleem niet op. Waar de economie met tekorten kampt, heeft de ECB in ieder geval geen tekort aan excuses.

De ECB heeft wat mij betreft maar één taak en dat is zorgen voor de prijsstabiliteit. Stijgen de prijzen te hard? Dan moet de centrale bank ingrijpen. Maar na maanden van hoge en toenemende inflatie blijft de ECB nog altijd op haar handen zitten. Het is hoog tijd dat de ECB dit probleem eindelijk aanpakt door het monetaire beleid te normaliseren, door te stoppen met geld printen en door de rente te verhogen. Alleen zo krijgen we de inflatiegeest weer terug in de fles.

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Monsieur le Commissaire, Madame la Présidente, chers collègues, la politique monétaire de la BCE a permis aux États de décupler leurs capacités budgétaires, ce qui, au demeurant, n'est pas une mauvaise chose. Mais, malheureusement, cela a été peu utilisé dans les investissements, pourtant si nécessaires à notre avenir. Aujourd'hui, je pense notamment à l'augmentation des prix de l'énergie, qui mène indubitablement à une augmentation des prix à la consommation. Certains États ont fait le choix de solutions temporaires, qui permettent certes aux gens de sortir la tête de l'eau, mais après, quoi?

Le «quoi qu'il en coûte» a permis à Total ou à LVMH de générer en 2021 des bénéfices records. Même chose pour la Société générale ou la BNP, qui, en plus, continuent de soutenir les investissements bruns, comme un rapport l'a confirmé ce matin. Le CAC 40 est en pleine forme, et, en attendant, que se passe-t-il pour les salariés, les vrais gens, ceux qui comptent à la fin du mois?

Alors, je m'interroge, Madame Lagarde, non pas sur les dépenses faites par la BCE, mais sur la qualité de ces dépenses. La meilleure façon de lutter contre l'inflation, c'est de lutter contre la hausse des prix à l'énergie, parce que le véritable risque, c'est de retarder la transition énergétique. Un vrai signal de courage nécessaire pour faire baisser l'inflation, c'est d'investir dans le renouvelable, afin que notre économie s'éloigne le plus vite possible des sources d'énergie brutes, dont les prix augmentent déjà.

Du coup, deux questions. La première: comment la BCE envisage-t-elle de contribuer à cet objectif, étant donné que cela affecte déjà directement la stabilité des prix? Je vais m'arrêter là.

France Jamet (ID). – Mes chers collègues, Madame la Présidente, avec la nouvelle taxonomie qui entend diriger les financements européens vers les activités que la Commission juge écologiquement durables, la Banque centrale européenne devient le bras armé de l'écologie punitive.

Comme toujours, les risques, les tracasseries administratives intenable et les faillites ne frapperont que les entreprises à taille humaine – les TPE, les PME –, qui sont les vraies créatrices de richesse. Comme toujours, les grands groupes, soutenus par la haute finance, mondialisés, eux, n'auront rien à craindre. Ils collectiviseront leurs pertes et privatiseront les profits.

La vérité, Madame Lagarde, c'est que la Banque centrale européenne se détache d'année en année de l'économie réelle – l'économie qui produit, qui investit, qui fait vivre des familles, et non les tradeurs de la haute finance.

Il est urgent que la BCE cesse d'être le marchepied de Goldman Sachs et participe enfin au financement de l'économie réelle, qui, après la crise de la COVID-19 et celle de l'énergie, donnerait de nouvelles perspectives et relancerait le pouvoir d'achat des peuples d'Europe.

Aurore Lalucq (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Présidente, cher Commissaire, il y a ce que la Banque centrale peut faire, ce qu'elle ne peut pas faire et ce qu'elle doit faire. Elle ne peut pas – je crois que nous sommes tous d'accord – lutter contre une inflation de court terme liée aux prix de l'énergie, ni contre la déflation d'ailleurs, avec un taux d'intérêt. Elle doit gérer en revanche les écarts de taux, les *spreads*, compte tenu du fait que nous n'avons pas de mutualisation de la dette, et c'est là, en fait, son vrai mandat aujourd'hui.

En revanche, elle peut faire beaucoup dans le domaine de la transition écologique. Nous sommes tous ravis, je crois, d'assister au verdissement futur de la politique monétaire de la Banque centrale européenne, mais nous vous attendons aussi dans un autre domaine, qui est celui de la supervision. Depuis l'accord de Paris, les soixante plus grandes banques mondiales ont accordé quasiment 4 000 milliards d'euros de financements aux énergies fossiles. Parmi elles, de grandes banques européennes, qui tombent sous la supervision de la Banque centrale européenne.

Ces investissements sont risqués: ils sont risqués pour nos vies; ils sont risqués pour la stabilité financière. Le Comité de Bâle a toujours dit que plus un investissement était risqué, plus il devait se faire sur fonds propres et mobiliser les fonds propres des banques. Aussi nous attendons des propositions fortes dans ce domaine. Puisque nous avons déjà une crise écologique à gérer, ce serait dommage d'avoir en plus une crise financière à gérer.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, ik ben een Vlaming en ik heb dus de Belgische nationaliteit. België heeft in Europa de vierde hoogste inflatie, nu al. De overheidsuitgaven die worden verwacht in 2026 bedragen 55 %, de hoogste van Europa en weldra van alle industrielanden. Het in 2023 verwachte negatieve begrotingssaldo bedraagt 4,9 %, net als dit jaar het hoogste van Europa. België moet ook enkel Griekenland, Italië en Portugal laten voorgaan inzake de omvang van de staatsschuld.

Waarom doet België het zo slecht voor een West-Europees land? Wel, ik zeg u: om dezelfde reden als waarom ook de eurozone het slecht doet.

Men heeft België gesticht om politieke redenen en daarbij de economische realiteit en de onderliggende verschillen genegeerd. Ook in de eurozone werd de rijkdom van de verschillen in de vergroei van de convergentiepolitiek gepropt, met alle gevolgen van dien. Performante landen zijn onafhankelijke en cultureel homogene landen waar dezelfde mensen voor uitgaven en inkomsten verantwoordelijk zijn.

De eurozone werd ondertussen – om de mislukkingen te verbergen – versmacht in de schulden. Maar burgers en vooral jongeren worden geconfronteerd met de gevolgen van uw schuldgedreven planeconomie: gruwelijke energieprijzen en de quasionmogelijkheid om nog normale huizen te kopen. En voor ons doemt nu ook nog uw inflatiepandemie op, die weldra tot een chaos gaat leiden die even groot zal worden als uw megalomanie.

Wij zullen uw nietszeggend ECB-verslag natuurlijk niet goedkeuren.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Lagarde, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Inflationsrate ist deutlich gestiegen. Einige der Ursachen dafür sind temporär. Deswegen wird sich die Inflationsrate im Jahresverlauf wieder abschwächen. Aber wir werden auf absehbare Zeit ein deutlich höheres Inflationsniveau zu verzeichnen haben als in den vergangenen Jahren. Das nehmen einige zum Anlass, jetzt die EZB energisch zum Handeln aufzufordern. Viele sagen auch gleich, die Zinsen müssten endlich steigen, damit das Ganze wieder ins Lot kommt. Klingt einfach – aber so einfach ist die Welt nicht.

Eine adäquate Antwort auf die gestiegene Inflation erfordert es auch, ein Konstruktionsdefizit der Währungsunion anzugehen. Damals wurde nämlich nur die Geld- und Währungspolitik vergemeinschaftet, während die Wirtschafts- und Finanzpolitik in nationaler Kompetenz belassen wurde. Auf heute gemünzt: Die Handlungsspielräume der EZB zur Inflationsbekämpfung erweitern sich deutlich, wenn in einem ersten Schritt durch eine Reform der europäischen Fiskal- und Schuldenregeln gleichzeitig sichergestellt wird, dass die konjunkturpolitische Handlungsfähigkeit aller Mitgliedstaaten erhalten bleibt und die erforderliche Steigerung der Investitionen, insbesondere zur Bewältigung des Klimawandels, gewährleistet ist.

Hélène Laporte (ID). – Madame la Présidente, Madame Lagarde, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, depuis sa mise en circulation, des réformes empiriques ont permis à l'euro de traverser plusieurs crises majeures avec plus ou moins de résilience. D'une façon générale, l'environnement économique actuel doit nous amener à nous interroger sur la pertinence des choix de la BCE en matière de taux, mais aussi sur sa capacité à trouver de nouveaux outils pour intervenir en cas de nouvelles tensions. L'institution est actuellement confrontée à deux risques majeurs: l'inflation galopante et la question des écarts de taux auxquels les États membres de la zone euro empruntent.

Après deux décennies de stabilité des prix, le spectre d'une inflation forte fait son retour. De votre propre aveu, Madame Lagarde, l'inflation pourrait bien être beaucoup plus forte qu'anticipé. L'évolution des composantes de l'inflation, notamment relatives aux prix de l'énergie, seront déterminantes pour les projections. Les conséquences négatives sont multiples: réduction du potentiel de croissance par la hausse des taux de crédit, baisse du pouvoir d'achat, érosion de la valeur de l'épargne, correction des marchés immobiliers et financiers... Le retour d'expérience serait primordial. La BCE ne doit pas reproduire les erreurs d'une remontée des taux d'intérêt trop brutale, comme celle de 2008, qui a tari des liquidités alors que le prix du baril de pétrole était à 145 dollars, ou celle de 2011, qui a accéléré la récession de la zone euro à un moment où les politiques budgétaires devenaient restrictives.

En outre, la question de la fragmentation de la zone euro se pose avec acuité avec l'augmentation des *spreads*, aujourd'hui de plus de 200 points de base, reflétant la sous-optimalité de la zone et la confiance très variable des investisseurs dans les différentes dettes souveraines. Plus l'écart se creuse, plus il devient difficile pour des pays très endettés de financer leur dette.

Pour conclure, la zone euro rentre dans une forte zone de turbulences, et les épargnants et les salariés ne doivent pas être sacrifiés sur l'autel d'un changement de politique monétaire. La croissance européenne peine à rattraper sa trajectoire d'avant-crise et la BCE ne peut plus prendre le risque d'une nouvelle décennie européenne perdue.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, vandaag maakte ShareAction bekend dat de grote Europese banken zo'n 50 miljard euro hebben gestoken in olie- en gaswinning. Wat denken ze wel? De wetenschap is heel duidelijk: om de doelen van Parijs te halen, moet er een einde komen aan die olie- en gaswinning. En we willen die doelen halen! Dus moet de olie- en gaswinning, via een CO₂-prijs of via regulering, worden gestopt. Dat is een miljardenstrop voor de investeerders.

Maar banken blijven deze weddenschappen aangaan, omdat zij denken: "Met kop win ik, met munt verlies jij." Want als banken in de problemen raken, dan draait de belastingbetaler daarvoor op. De ECB kán ingrijpen, met verplichte transitieplannen voor banken, met extra kapitaaleisen voor deze destructieve weddenschappen.

Met twintig jaar euro gaan de gedachten terug naar "*Whatever it takes*" van Mario Draghi. Mevrouw Lagarde, voor u is de vraag dus: "Bent u ook bereid er alles aan te doen om ons door deze klimaatcrisis van destructieve weddenschappen te loodsen?"

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Madam President, we all know that we have a historic challenge ahead of us, which is to transform the rebound of our economies into durable, sustainable and stable growth.

I think this discussion shows with this challenge, first, the awareness of the importance of the European Central Bank in this environment, in the framework we have ahead of us. Second, that we can't ask everything to be addressed and solved by monetary policy. So we also are asked to address the problems of the coordination of our fiscal policies, and the discussion going on is necessary to strengthen also the potentiality of monetary policy.

Third, I have to say that I feel reassured by the gradual and evidence-based approach illustrated by President Lagarde, and especially by the autonomous way the ECB will take its decision in the coming weeks.

Christine Lagarde, *President of the European Central Bank*. – Madam President, well, first of all, thank you very much to all of you, and thank you for your comments, for your concerns and for sharing them in this very well-managed organisation – if I may say Madam President, on this occasion.

I would like to not answer all of your questions, because there are too many of them, but I would like to focus on three key areas where I would like to give you some feedback.

One is I would like to identify yet again for you, what matters and what is the framework within which we make monetary policy decisions because I've heard here and there concerns about independence, about the mandate, about the focus, and I would like to clarify that one more time.

The second item that I would like to also quickly point you to is the fact that a lot of the actions that we've taken in the last couple of years have actually benefitted SMEs. I've heard here and there that the action benefits large corporate accounts and not so much the real economy, and I think that that stands to be corrected.

And third, I would like to make a few points in relation to climate change and how it actually impacts our monetary policy, both in terms of stance and transmission.

So, on the first one, which is the universe within which we make our decisions. We are guided by a number of things that you are familiar with. The first one, which is the sort of foundation for the action, is our mandate, which is price stability as a primary mandate with secondary objectives, but secondary objectives without prejudice to the first objective, which is price stability. So that's number one.

Number two, we spent nearly 18 months – all of us, governors of all the 19 national central banks and members of the Executive Board of the ECB trying to identify what our strategy was, what our objectives were, what our measurements were, what our tools were, and we reached a unanimous consent around our strategy review. So we know quite well what our objective is in terms of how we measure it. And that's the point that I made earlier in my introductory remarks when I referred to simple communication around the objective, which is this 2% symmetric medium term.

The third item, which is important as well, which guides us and which is relatively technical but also pretty straightforward, is our forward guidance. And our forward guidance in relation to rates includes three particular components: Are we on target, well ahead of our horizon? Is it going to be durable so that at the end of the horizon, we will be on target? And are we confident that today the progress that's made will take us to that target? That's our forward guidance and it's helping us identify whether we are on target for the medium term, as we have identified in our strategy.

The other element of forward guidance, which deals with the next point that I want to make, is the sequence, and that is the forward guidance that we've identified in terms of when do we look at interest rates relative to asset purchases? Well, we complete net asset purchases and only then do we look at interest rate hikes. So we have these elements that actually guide us in order to make decisions.

Final point, which is very important, is that the decisions we make are data-dependent. It cannot be just on the fly. It cannot be a political decision. It has to be rooted in data and determined by data. And it will be so in that sequential and gradual way that I have tried to identify in my introductory remarks.

Second point where I wanted to come back briefly, the two key instruments – there were others – but the two key instruments that we have used during the pandemic were the Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) and the targeted longer-term refinancing operations (TLTROs). Well, the volumes that have been deployed, particularly under the TLTROs clearly benefited SMEs. Large corporate accounts have the technical skills, the expertise, understanding to go out on markets. SMEs, particularly the small ones, they don't have that option in many instances. So what do they do? They actually go to their banks. And as you all know, Europe and the euro area is largely dependent for its financing of its economic operations on banking support. SMEs have had the great benefit of TLTROs during this whole period of time.

Final point, because there have been many issues that were raised in relation to climate change, and I did tell you that we were on schedule, with reference to our action plan. So I would like to tell you and to share with you what it means, because being on schedule supposes that we all know inside-out what the action plan is, which is not necessarily the case.

So what does that mean? It includes actually a lot of work that we do together with the Commission and together with you, the European Parliament, and where you play a critical role. The Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), the Taxonomy Regulation and the Regulation on sustainability-related disclosures in the financial services sector are going to help us a great deal in properly managing the risks that we have on our balance sheet and actually expecting from banks in particular that they do comply with disclosure requirements.

You have a key role to play to facilitate the implementation of the ECB's action plan by ensuring a swift implementation of the relevant legislation. In particular, any delay in the implementation or the transposition of the CSRD might have a knock on effect on the timeline of the ECB action. So in that respect, we very much rely on the speed at which you can operate in order to, ourselves, apply those criteria and those disclosure requirements throughout our own activity.

So, rest assured that we are driven, dedicated to one mandate, which is that of price stability, but that we have to be very mindful of how climate change impacts the action that we have to take. We are not in the driving seat. You are, governments are. But, the central banks that are members of the euro system and the ECB at its heart, are very keen and have actually unanimously approved the fact that climate change is one of the components that we have to take into account for monetary policy determination for the macroeconomic framework and obviously for the supervision of the banking institution that we supervise throughout the European Union.

Δημήτριος Παπαδημούλης, Εισηγητής. – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Lagarde, σας ευχαριστώ για τη συμβολή σας, καθώς και για τα θετικά σχόλια που κάνετε για την έκθεση που έχουμε ετοιμάσει στην Επιτροπή Οικονομικών και Νομισματικών Υποθέσεων. Θα ήθελα να σας ευχαριστήσω και εσάς, κύριε Επίτροπε Gentiloni, όπως και τους συναδέλφους, γιατί όλες οι τοποθετήσεις, ακόμη και αυτές που άσκησαν κριτική στην έκθεση, έδειξαν ότι μέσα από την ανταλλαγή απόψεων στην Επιτροπή Οικονομικών και Νομισματικών Υποθέσεων πετύχαμε σε πολύ μεγάλο βαθμό κάτι που περιγράφεται με μία λέξη που έχει ελληνική ρίζα: σύνθεση απόψεων.

Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πρέπει να παίζει έναν ακόμη πιο ενεργό ρόλο, γιατί αυτό που διαπιστώνουμε σήμερα είναι η ανάγκη συντονισμού της νομισματικής με τη δημοσιονομική πολιτική, με πλήρη σεβασμό στην ανεξαρτησία και τον σημαντικό ρόλο της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας. Από τη συζήτηση, και η έκθεσή μας το υπογραμμίζει αυτό, προκύπτει η ανάγκη να διδαχθούμε από τα λάθη του παρελθόντος: να μη «σκοτώσουμε» τη βιώσιμη ανάκαμψη, να μην υπονομεύσουμε τους στόχους που έχουμε θέσει όλοι μαζί με τη δημιουργία και την ενεργοποίηση του Ταμείου Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας. Είναι φανερό ότι όλοι ανησυχούμε για τα εξαιρετικά υψηλά ποσοστά πληθωρισμού και τις συνέπειές τους, κυρίως στα φτωχότερα τμήματα του πληθυσμού. Ωστόσο, μια βιαστική και γρήγορη άνοδος των επιτοκίων δεν θα χαμηλώσει τις τιμές των καυσίμων· αντίθετα, μπορεί να δυσκολέψει, να υπονομεύσει τη βιώσιμη ανάπτυξη, την ανθεκτικότητα και τη σταθεροποίηση των τιμών που απαιτεί μια συνολική προσέγγιση.

Χαιρετίζω, στο πλαίσιο αυτών των σκέψεων, την πρόταση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για τη δημιουργία μιας κεντρικής δημοσιονομικής ικανότητας και θεωρώ ιδιαίτερα σημαντικό, χωρίς καθυστερήσεις, η Επιτροπή να δώσει στη δημοσιότητα τις προτάσεις της για την αλλαγή του πλαισίου οικονομικής διακυβέρνησης όσο διαρκεί η αναστολή του συμφώνου σταθερότητας. Η καθυστέρηση δεν βοηθά. Μια τελευταία φράση: νομίζω ότι είναι θετικό ότι «πρασινίζει» η νομισματική πολιτική και σε αυτά τα βήματα, κυρία Lagarde, να θεωρείτε δεδομένη την υποστήριξη της μεγάλης πλειοψηφίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 15. Februar 2022, statt.

Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei allen Abgeordneten, die sich zu Wort gemeldet und eingebracht haben, bedanken, aber natürlich vor allem bei Frau Präsidentin Lagarde und bei Herrn Kommissar Gentiloni.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A koronavírus járvány következtében Európa gazdasága a 2008/09-es gazdasági válsághoz hasonló horderejű kihívásokkal néz szembe. Bár az Unió gazdasági teljesítménye 2021 harmadik negyedévében elérte a világvárvány előtti szintet, az omikron új variáns rohamos terjedésének következtében a gazdasági növekedés ismét csökkenő pályára állt. Az Európa-szerte magas infláció megfelelő kezelése elengedhetetlen! Üdvözlöm az Európai Központi Bank monetáris politikájának felülvizsgálatára vonatkozó törekvéseket, hiszen támogató költségvetési politikára és társadalmilag kiegyensúlyozott reformokra van szükség.

Sajnálatos, hogy hazámban, Magyarországon a gazdaságpolitikát nem az európai standardok szerint alakítják. Pár napja újabb csúcsot ütött meg a magyar infláció, a KSH adatai szerint a fogyasztói árak átlagosan 7,9%-kal voltak magasabbak, mint egy évvel korábban. Ez tarthatatlan! A Demokratikus Koalíció európai parlamenti képviselőjeként azt vallom, hogy a Covid19-válság gazdaságpolitikai kihívásaira csakis közösen, európai szintű válasszal tudunk hatékony eredményt elérni. Magyar képviselőként tovább folytatom a küzdelmet az euró bevezetéséért is!

20. Umsetzungsbericht über das Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Jérémy Decerle im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über den Umsetzungsbericht über das Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere (2020/2085(INI)) (A9-0296/2021).

Jérémy Decerle, rapporteur. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le rapport qui est présenté aujourd'hui devant notre assemblée sur le bien-être des animaux à la ferme est un rapport d'évaluation. Il vise à aider notre institution à formuler des propositions pour l'évolution de la réglementation européenne existante. Il ne se veut rien de plus et rien de moins.

Le bien-être des animaux est un sujet sensible. Certains préféreraient fermer les yeux sur cette préoccupation sociétale grandissante et éviter d'en parler. Ils voudraient que nous ne fassions rien du tout, sans même chercher à comprendre l'enjeu. D'autres, au contraire, qui en font leur combat, dénoncent ce qu'ils considèrent comme un manque d'action, promeuvent de nouvelles pratiques – souvent inadaptées –, réclament la suppression d'autres, quand ce n'est pas tout simplement la suppression de l'élevage. Ils attendent beaucoup de nous, nous observent et nous notent, même, parfois.

Nous ne sommes ni dans un camp ni dans l'autre. Nous sommes, pour la très grande majorité de ce Parlement, ceux qui font, ceux qui agissent, ceux dont la responsabilité est de proposer des moyens d'avancer ; car c'est bien là la question qui est devant nous: non pas de savoir à quel niveau de priorité nous plaçons le sujet du bien-être animal, ni si nous devons progresser ou pas, car, évidemment, il le faut toujours, mais plutôt – et c'est plus difficile – celle de savoir *comment* nous progressons.

Je tiens à remercier très sincèrement les rapporteurs des autres groupes, avec qui j'ai eu le plaisir de travailler, pour leur engagement et leur posture très majoritairement constructive. Nous sommes, je crois, parvenus à présenter un travail utile, que le Parlement adoptera, j'espère, et qui viendra nourrir les législations futures. Nous nous sommes appuyés sur des faits, et en premier lieu sur une étude pilotée par le Service de recherche du Parlement, une étude documentée, fondée sur des entretiens, et dont les enseignements étaient parlants. J'en ai pour ma part tiré quelques convictions, qui sont au cœur du rapport dont nous discutons aujourd'hui, lequel a été largement soutenu par la commission de l'agriculture et enrichi, bien sûr, de contributions de la commission de l'environnement.

Il y a quatre points sur lesquels j'aimerais insister, car ils me semblent être le fondement de notre message. Le premier, c'est qu'il n'y aura pas de nouveaux progrès possibles en matière de bien-être animal en élevage tant que nous n'aurons pas réussi à harmoniser la mise en œuvre et les contrôles des règles qui existent déjà. Relever la barre avant d'avoir réussi cela, ce serait, je crois, se faire plaisir, mais condamner toute efficacité tout en mettant à mal notre marché commun. Renforçons nos moyens de surveillance. Accompagnons les États membres et les acteurs économiques d'abord. Étendons le champ des espèces couvertes par la réglementation; beaucoup méritent des règles spécifiques et adaptées. Ensuite, nous pourrions revoir nos ambitions à la hausse.

Le deuxième point, c'est que nous ne parviendrons à rien en cherchant à agir contre les éleveurs, qui sont, que certains le veuillent ou non, les premiers acteurs du sujet, des acteurs qu'il faut encourager à continuer à bien s'occuper de leurs bêtes, ce que la plupart font déjà. C'est ce qu'il faudra commencer par reconnaître, justement, en rémunérant ces efforts, y compris quand ils vont au-delà de la réglementation.

Le troisième point, qui est lié, c'est que nous avons besoin, pour cette reconnaissance et cette rémunération, d'un étiquetage moins anarchique qu'aujourd'hui, plus encadré, qui s'appuie sur des cahiers des charges sérieux, mais qui laisse la place à des initiatives privées, d'États membres, de filières, d'ONG ou d'acteurs réunis. Pourquoi ne pas envisager un socle commun obligatoire et poser des garde-fous pour éviter les dérives et les demandes farfelues? Les consommateurs veulent de la lisibilité, certes, mais pas une approche trop normative.

Le quatrième et dernier point, c'est que le continent, qui a déjà choisi aujourd'hui, à juste titre, de se doter des standards les plus exigeants du monde, ne pourra continuer à les relever que s'il est capable de les faire respecter aussi par les produits importés. Sinon, encore une fois, nous pourrions nous targuer d'être exigeants, mais nos consommateurs n'en profiteront pas, et nous n'aurons fait qu'exporter le problème.

En responsabilité, je suis convaincu que nous devons intégrer ces principes si nous voulons vraiment avancer. Continuer à améliorer le bien-être des animaux est mon souhait, n'en doutez pas. C'est le souhait d'un nombre croissant de citoyens. C'est le souhait de la grande majorité des éleveurs et de cent pour cent de celles et ceux qui s'installent en élevage aujourd'hui. Nous n'atteindrons cette ambition que si nous appliquons ces principes d'harmonisation, de reconnaissance, de juste valorisation et de réciprocité.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, last month in this Chamber I was here, we discussed together animal welfare during transport. Today I am pleased to be here with you again to discuss another important aspect of animal welfare.

I have stressed on a number of occasions, as I'm sure many of you recall, that animal welfare is a Commission priority in our Farm to Fork strategy. More than that, it is for myself a personal priority. Not only does it have serious ethical dimensions, but it also reflects clear demands from citizens for the highest welfare standards possible. And these demands are becoming stronger by the day.

So let me start by welcoming this Parliament's implementation report on farm animal welfare. This report is very relevant for two reasons: firstly because of its timing, because we are continuing our deliberations to revise EU legislation on animal welfare; and secondly, because the broad scope of the report will provide useful input in that process.

We have been working hard to lay solid foundations for the revision, in the form of a fitness check of the existing legislation and the impact assessment addressing the environmental, social and economic impacts of the legislative proposal. In doing so, I believe that we have taken the holistic approach that this House has been asking for.

In parallel, the European Food Safety Authority, EFSA, is putting in place another foundation stone for the revision, namely the scientific opinions on the welfare of several animal species. These will cover issues such as animal welfare indicators and options for housing systems, and additionally we are also carrying out extensive consultation activities.

The recent public consultation, for which we received almost 60 000 inputs, is one example. We are determined to bring about positive change in this important area and are listening very carefully, because every single opinion matters in this process.

Honourable Members, as I mentioned a moment ago, your report deals with many issues that the revision will have to cover. I am very aware of the multidimensional nature of animal welfare and the complexity of possible options, and your report reflects these well.

We do not yet have all the necessary information we need for revision and the reply to your recommendations. However, I can assure you that we are working hard to find these appropriate solutions, and the findings of ongoing scientific studies and impact assessments will help fill any gaps.

As we all know, the most recent legislation on animal welfare was adopted around 15 years ago. During that time, many aspects of our relationship towards animals and the food they produce have changed dramatically. These aspects are driving us to look at a number of new elements and take a more species-specific approach, as well as broadening the legislation to other species. We all know that if we improve animal welfare, we also improve animal health. This decreases the use of medicines in animals and directly supports our efforts to deal with what we call the 'silent pandemic' – that of antimicrobial resistance.

We are also conscious of our obligations and commitments to support our farmers. And I am pleased that your draft report includes recommendations on animal welfare labelling. Looking also at last year's Council conclusions on this topic, I find your recommendations to reflect the broad consensus that the EU has to act and adopt a relevant legislative framework. It should be consistent with the forthcoming proposal on sustainable food systems, labelling and empowering EU consumers to make informed animal welfare choices when they buy food. And on top of that, it needs to offer farmers incentives to apply welfare standards to go beyond what is required by law.

Ultimately, it should guarantee a level playing field for all business operators, so that animal welfare claims are both comparable and well substantiated. This should also apply to products coming from outside the European Union. Consumers have a right to know that these products come from animals raised in accordance with our rules.

So we will take note of your recommendations. We will present a proposal on animal welfare labelling to you, together with the revision of our animal welfare legislation, before the end of 2023.

And in ending, honourable Members, I know that I can count on you to be as supportive and constructive as always in the work that we undertake together, and after all, I believe that our aims are the same: better welfare for animals, better information for consumers, and also better rewards for business operators.

Marlene Mortler, Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Was brauchen Landwirte, um ihren Job für Tierwohl gut machen zu können? Sie brauchen dasselbe wie alle anderen Berufe auch: weniger Hindernisse, weniger Hemmnisse, weniger Bürokratie. Es muss folgender Grundsatz gelten: Erst die Tiere, dann die Papiere, denn gute Arbeit muss sichtbar und transparent sein.

Deshalb plädiere ich für eine verpflichtende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung in Europa. Wir benötigen Benchmarking. Gutes Arbeiten und mehr Leistung müssen am Markt honoriert werden. Höhere Standards in Europa dürfen nicht nach außen verkauft und durch *Leakage*-Effekte importiert werden. Es braucht Fairness im Wettbewerb und im Tierschutz. Jagen wir unseren Landwirten also keine Mistgabel in den Hintern, wenn sie vor einer Steilwand stehen.

Farm to Fork muss anders funktionieren. Was nützt ein Ringelschwanz beim Schwein, wenn es keine Abnehmer oder Gerichtsprozesse um Tiere gibt, weil sie mit zu langen Schwänzen geliefert wurden? Es braucht also schnellstens ein Team mit Sicherungsseilen, nicht mit Strafen und Kontrollen, ein Team mit der Kommission an der Spitze, das unsere Landwirte befähigt, aktiviert und motiviert. Denn nur, wenn wir unsere Landwirte unterstützen, kommen wir unserem Ziel für mehr Tierwohl überhaupt näher.

(Die Präsidentin unterbricht die Rednerin)

... permanentem Wissenstransfer, um den Weg nach oben kontinuierlich freizuräumen. Setzen wir also auf *One Welfare*, auf *Animal* und auf *Farmers' Welfare*.

Michaela Šojdřová, za skupinu PPE. – Paní předsedající, vážení kolegové, paní komisařko, zpráva Zemědělského výboru o stavu životních podmínek hospodářských zvířat uznává pokrok, kterého zemědělci dosáhli, a zároveň upozorňuje na nutnost dalších změn a zlepšení. Zemědělský výbor žádá Komisi, aby předložila revizi legislativy do konce roku 2023. Tomu musí předcházet dopadová studie založená na nejnovějších poznatcích, která zohlední všechny možnosti i dopady přechodu na alternativní způsoby chovů. Zpráva výboru AGRI začlenila většinu toho, co pro zlepšení chovu zvířat požadují občané i organizace na ochranu zvířat. Konkrétně, stejně jako oni, i výbor AGRI požaduje celounijní zákaz klecových chovů nosnic po roce 2027.

Jsme přesvědčeni, že jediný způsob, kterým docílíme zlepšení životních podmínek hospodářských zvířat, je ve spolupráci se zemědělci, a postupnými změnami. Podmínkou číslo 1 je jejich finanční podpora. Výbor AGRI zdůrazňuje také druhou podmínku, a to je reciprocita pro dovoz ze třetích zemí. Parlament proto nekompromisně žádá zákaz dovozu hospodářských zvířat nebo živočišných produktů, které nesplňují evropské normy. Tímto opatřením zabráníme znevýhodnění našich evropských zemědělců a pomůžeme prosadit tyto změny také mimo EU. Za důležité považuji společný rámec pro dobrovolné označování, které je motivační pro zemědělce i spotřebitele.

Kolegyně a kolegové, zemědělci velmi dobře vědí, že zdraví je jen jedno. Vědí, že i naše zdraví je závislé na zdraví hospodářských zvířat, a proto je v jejich zájmu chovat zvířata v co nejlepších podmínkách. Zemědělci potřebují naši podporu, důvěru a vědomí, že si jejich práce vážíme. Proto v této chvíli vyzývám všechny kolegy, kteří ještě váhají, jak budou hlasovat: prosím, podpořte usnesení Zemědělského výboru, které je velkým krokem ve prospěch dobrých životních podmínek zvířat, a může to být tento Parlament, který ještě bude projednávat novou legislativu v roce 2023.

Merci, Jérémy, pour votre coopération et merci à tous ceux qui ont coopéré.

Carmen Avram, în numele grupului S&D. – Doamnă președintă, bunăstarea animalelor și bunăstarea fermierilor nu sunt negociabile și nici nu sunt concepte antagonice, așa cum mai insinuează unii, pur și simplu pentru că bunăstarea animalului depinde 100 % de capacitatea fermierului de a-i acorda cele mai înalte standarde de creștere. Aceste două concepte fiind interconectate, ele trebuie deci tratate concomitent și cu grade identice de atenție și responsabilitate.

Nu doar asta, ci pentru a se atinge țintele *Green Deal* și *Farm-to-Fork*, cele două concepte trebuie respectate și în exteriorul Uniunii, când vine vorba de importuri. Fără o clauză fermă de reciprocitate în acordurile de liber schimb, sectorul zootehnic european ar putea primi lovitura fatală, în timp ce 450 de milioane de consumatori europeni ar risca să mănânce ieftin și prost.

Fără astfel de angajamente și fără un sprijin puternic pentru sectorul zootehnic, bunăstarea animalelor ar rămâne un deziderat. De aceea, vă îndemn să susțineți acest raport în forma negociată alături de colegii mei, căroră le mulțumesc, pentru că acest raport conține un mesaj ferm: legislația privind bunăstarea animalelor trebuie revizuită urgent, dar fără a face rabat de la grija acordată fermierilor.

Ulrike Müller, im Namen der Renew-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz herzlich bei dem Berichtersteller für seine hervorragende Arbeit bedanken.

Das Wohlergehen unserer Nutztiere liegt mir als Landwirtin besonders am Herzen. Ich unterstütze die in dem Bericht gestellte Forderung nach aktualisierten Regeln, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Auch eine einheitliche Umsetzung dieser Regeln in allen Mitgliedstaaten ist nur zu begrüßen.

Ich befürchte allerdings, dass die Entwicklungen in Deutschland schneller voranschreiten werden als das Erarbeiten dieser neuen Vorschriften auf europäischer Ebene, Frau Kommissarin. In Deutschland haben Discounter angekündigt, ab 2030 nur noch Frischfleisch aus Außenklimastall- und Premiumhaltung zu vermarkten. Abschlüge bei Milch aus Anbindehaltung müssen in Kauf genommen werden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Viehhaltung ist in den letzten zehn Jahren um 22 Prozent zurückgegangen. Tierbestände sinken drastisch. Das ist auch politisch gewollt und nicht erst seit dem neuen Regierungswechsel in Deutschland sichtbar.

Mehr Tierwohl führt aber immer zu großen Investitionen in den Betrieben. Und ich frage mich, wie das finanziert werden soll, ohne Preiserhöhungen bei Erzeugerpreisen. Zurzeit gibt es kein Signal vom LEH und den Discountern, diese Mehrkosten durch höhere Einkaufspreise auszugleichen. Somit entsteht zusätzlicher Druck auf deutsche Landwirtinnen und Landwirte. Es werden viele Existenzen gefährdet, vor allem die der kleinen Familienbetriebe.

Ich hoffe, dass wir vor lauter Tierwohl das Menschenwohl der Bäuerinnen und Bauern nicht aus den Augen verlieren.

Francisco Guerreiro, em nome do Grupo Verts/ALE. – Senhora Presidente, Cara Comissária, em discursos políticos, o bem-estar animal na União Europeia tende a ser caracterizado como um dos melhores no mundo. No entanto, precisamos de ser cautelosos quando expressamos este orgulho porque, na maioria dos casos, os animais que são explorados pelo setor da pecuária intensiva não têm uma vida digna, muito pelo contrário.

Na pecuária, estes animais não são livres de expressarem o seu instinto natural, vivem presos em jaulas e em todo o processo, desde a criação, transporte, até à sua morte, são tratados como meras mercadorias. E o relatório sobre o qual amanhã votamos deveria retratar isto – a deplorável condição de vida a que submetemos estes animais na pecuária – e fazê-lo de uma forma realista, factual e com base em dados científicos.

Infelizmente, contra a vontade dos Verdes, este relatório foca-se em aspetos como a competitividade no setor pecuário e as consequências económicas do investimento em melhores padrões de bem-estar animal. Sim, analisar estes aspetos é importante, mas não é central num relatório cujo mandato é a análise das falhas na implementação da legislação de bem-estar animal. E importa lembrar: este relatório não é sobre os agricultores, é sobre os animais que estão a cargo destes agricultores e a forma como lhes temos falhado em matéria de proteção e zelo.

Para além disto, e de modo incompreensível, este relatório afirma que a produção de *foie gras* respeita o bem-estar animal. Considera que as constantes violações da legislação europeia são apenas casos esporádicos, rejeita a rotulagem obrigatória para produtos alimentares que indique as normas de bem-estar animal e, numa tentativa de proteger os interesses económicos pecuários e contrariando a ciência, não reconhece que uma redução do consumo de carne e do número de animais por exploração é urgente.

Por tudo isto, colegas, e se realmente nos preocupamos com estes animais, peço-vos que amanhã apoiem a resolução alternativa da Comissão do Ambiente, que retrata muito mais fielmente os problemas na implementação da legislação do bem-estar animal e que apoiem as alterações dos Verdes para garantir que o relatório da agricultura seja, no fim, menos mau.

Krzysztof Jurgiel, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! W Polsce dobrostan zwierząt w gospodarstwach jest zachowany. Obowiązujące przepisy w tym zakresie są wystarczające i cały czas zwiększamy poziom dobrostanu. Sprawozdanie wykonawcze w sprawie dobrostanu zwierząt w gospodarstwach zawiera 55 wniosków i zaleceń, których część uznaję za słuszne.

I tak po pierwsze, dokonanie do końca 2023 r. przez Komisję Europejską oceny i przeglądu przepisów w zakresie dobrostanu zwierząt, w tym dotyczących transportu i uboju zwierząt. Po drugie, zapewnienie przez Komisję Europejską inwestycji w dobrobyt rolników zajmujących się zwierzętami gospodarskimi. Po trzecie, wezwanie Unii Europejskiej do zapewnienia środków finansowych i odpowiedniego horyzontu czasowego rolnikom w przypadku wprowadzania jakichkolwiek zmian w zakresie przepisów dotyczących hodowli zwierząt. Po czwarte, konieczność przeprowadzenia oceny naukowej i uwzględnienia siły nabywczej konsumenta przy wprowadzaniu zmian legislacyjnych. Po piąte, dobrowolne podejście dotyczące systemu etykietowania w zakresie dobrostanu zwierząt. Po szóste, apel o krótkie łańcuchy dostaw w obszarze żywienia i oparte na żywności produkowanej lokalnie. Po siódme, nie popieram punktu 17. sprawozdania dotyczącego poparcia przez Parlament Europejski inicjatywy obywatelskiej „Skończmy z chowem klatkowym” odnoszącej się do całkowitego zaprzestania chowu i hodowli zwierząt w systemie klatkowym.

Anja Hazekamp, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, the rapporteur announced at the start of the negotiations that he wanted an objective debate without extreme positions. Is it possible for an active cattle farmer to write an objective report on animal welfare on farms, solely based on facts instead of his personal opinions? Clearly not. This report is not objective. It is not science-based and not even about animal welfare.

It is time that those who cried the loudest for scientific evidence start using scientific evidence themselves. I cannot emphasise enough how extremely disappointing it is that once again, animal welfare is hijacked by the ongoing debate on the future of farmers. A missed opportunity, but we can fix this by voting in favour of the alternative and objective reports written and adopted by the Committee on Environment, Public Health and Food Safety (ENVI).

Dear Commissioner, times are changing, but not everyone seems to be willing to embrace this change. I hope and expect from the Commissioner that she will use her common sense and base her legislative proposals on scientific evidence and on the welfare and needs of every animal species. That is what we need to tackle the numerous cases of non-compliance, the enormous animal suffering and the systemic inhumane treatment of animals exposed by multiple investigations and by your own inspections. The sooner, the better.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le direttive europee sul benessere animale, nonostante gli studi e gli sforzi fatti dal Parlamento europeo, hanno sì consentito di ottenere cambiamenti strutturali riguardo alcune modalità di allevamento – direttive su galline ovaiole, suini e vitelli –, ma hanno avuto un impatto modesto se valutiamo la direttiva generale e la direttiva sui volatili.

La disomogeneità sembra il limite più importante all'interno dell'Unione: le direttive non specificano nel dettaglio i requisiti riguardanti le modalità di rispetto delle norme e di controllo, con conseguenze inaccettabili.

I sistemi europei di etichettatura relativi al benessere degli animali, in prevalenza privati, sono tutti volontari e nei fatti sono sistemi molto diversi fra loro in termini di funzionamento e concezione e non esiste nemmeno in prospettiva un'etichettatura obbligatoria e uguale nell'UE. La Commissione proceda dunque sulle direttive per aumentarne l'efficacia, migliorarne leggibilità e precisione e uniformare gli Stati membri.

La crisi sanitaria svela l'importanza di una corretta gestione degli allevamenti, anche per la salute nostra e dei nostri figli. Ascoltiamo gli operatori del settore e i medici per trovare un approccio definitivo, pragmatico e realistico sia riguardo le pratiche di allevamento che le prassi commerciali.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Das Wohl der Tiere – ganz gleich, ob in der Landwirtschaft oder auch der Haustiere – ist eine Aufgabe unserer Gesellschaft. Und deshalb, glaube ich, ist dieser Bericht wichtig. Wir müssen uns fragen: Wo stehen wir heute? Und was muss noch verbessert werden?

Tierwohl beginnt dort, wo Tiere gehalten werden, also auf unseren Bauernhöfen, aber es geht auch weit darüber hinaus. Tiere gehören ordentlich transportiert und auch ordentlich geschlachtet. Wir müssen also auf die gesamte Lieferkette schauen, vor allem, wenn wir daran denken, auch neue Labels in Europa einzuführen.

Aber Tierwohl, und das haben auch Vorredner gesagt, ist oft mit Kosten verbunden, mit Investitionen in Gebäude, in Anlagen, und diese Kosten dürfen nicht einfach beim Bauern hängen bleiben. Es ist ein bisschen zu einfach, wenn der Handel mehr Tierwohl einfordert, selbst Standards erfindet, den Bauern diese aufdrückt und damit beim Konsumenten wirbt, aber dann nicht bereit ist, beim Ladenpreis diese Auflagen auch einzupreisen. Und genauso geht es halt auch nicht, wenn der Konsument mehr Tierwohl fordert und dann Fleisch für zwei Euro und Trinkmilch für 50 Cent will.

Auf eines müssen wir nämlich aufpassen: Wenn wir die Kosten ganz einfach den Bauern aufdrücken, werden die Kleinen vor den Großen leiden. Wer nämlich 1 000 Kühe oder 10 000 Schweine hat, der tut sich oft leichter, höhere Standards umzusetzen, als der, der fünf, zehn oder 50 Kühe hat. Deshalb brauchen wir brauchbare, machbare, leistbare Standards, mit denen auch kleine Betriebe, vor allem auch in benachteiligten Gebieten, mithalten können. Sonst könnte der Schuss nämlich nach hinten losgehen. Wenn neue Regeln nur weiter die Konzentration der Betriebe fördern, schadet das unserer Landwirtschaft, unserer Umwelt – und die Tiere haben nichts davon.

Clara Aguilera (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, estamos hablando de un informe, lo digo porque oyendo a algunas de sus señorías...

Se trata de un informe sobre el bienestar de los animales de granja. Nada que ver ni con el transporte ni con el sacrificio; esos son otros informes que ya hemos debatido.

Creo que es un buen informe, señor Decerle, y quiero felicitarle por su trabajo, así como a mi compañera Carmen Avram y a todos los ponentes que han trabajado en él.

El informe concluye fundamentalmente en algunas cuestiones que a mí me gustaría destacar: hay que actualizar la normativa vigente, sin duda: la Comisión lo ha dicho ya en varias ocasiones. Hace quince años que tenemos la normativa y esta normativa debe adaptarse a las nuevas demandas de la sociedad, así como a los avances científicos y tecnológicos y a las buenas prácticas ganaderas.

Por lo tanto, creo que se trata de un buen informe y esperemos que la Comisión lo tenga en cuenta.

Reitero que las modificaciones deben construirse sobre bases científicas sólidas que, por supuesto, deben ir acompañadas previamente de un estudio de impacto que recoja los cambios que se introduzcan en la normativa.

Para terminar, quisiera señalar que probablemente sea necesario establecer plazos de adaptación y tener en cuenta la competitividad de toda la cadena alimentaria, pero especialmente de los ganaderos.

Martin Hlaváček (Renew). – Paní předsedající, paní komisařko, kolegové, ochrana životních podmínek zvířat má v Evropské unii dlouhodobou tradici a je silně regulována. Přináší významný etický rozměr produkce našich potravin, který jinde na světě v takové míře nenajdeme. Mrzí mě, že se často tváříme, jako by tomu tak nebylo, a že se snad nacházíme někde ve středověku. Necháme se od určitých aktivistů neprávem atakovat, a snaží se nám proto vysvětlit, že tito kolegové zde, v této sněmovně, podporují tyto myšlenky velmi primitivním způsobem. Rád bych je vyzval, aby toto úsilí soustředili především vůči zemím a producentům, kteří tato pravidla nedodržují. Nikoliv k laciné kritice evropských institucí.

Samozřejmě, že musíme jít v životních podmínkách dál, ale je třeba tak činit na základě vědeckých faktů, nikoliv zmanipulovaných emocí, a je třeba v samotném zájmu zvířat rozlišovat jejich potřeby podle druhu. Zkrátka králík a ryba potřebují jiná řešení. Jinak můžeme nadělat víc škody než užítku. A je třeba také přistoupit k harmonizaci, paní komisařko. Tam, kde řada členských států již pokročila, jako třeba u zákazu klecových chovů zvířat, tam je třeba zavést harmonizaci. A to nejpodstatnější. Dovážíme produkty ze zemí, kde se zvířata mají ještě hůř, kde proběhlo odlesňování, a tady je třeba postupovat nekompromisně. Je třeba zavést absolutní pravidla pro *tracking* a pro *tracing* z těchto třetích zemí... (*předsedající odebrala řečníkovi slovo*)

Manuela Ripa (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Der Bericht zum Wohlergehen landwirtschaftlicher Nutztiere hat rein gar nichts mit dem Schutz dieser Tiere zu tun. Ich muss es so hart sagen, wie es ist. Dieser Bericht sollte eigentlich die extrem veralteten Vorschriften zum Schutz von Nutztieren auf den neuesten Stand bringen. Darin versagt der Bericht. Es mangelt ihm an Ehrgeiz, er wird von den Interessen der Tierhaltungsindustrie getrieben und überbetont die wirtschaftlichen Kosten einer besseren Tierhaltung.

Dieser Bericht ist ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die mehr Tierschutz und mehr Wohlergehen für unsere Nutztiere wollen. Trotz einiger guter Änderungsanträge ist er definitiv abzulehnen. Vielmehr rufe ich dazu auf, in Form von Änderungsantrag 2 für die Stellungnahme des Umweltausschusses zu stimmen. Darin haben wir eine genauere und fortschrittlichere Perspektive in Bezug auf die Behandlung von Nutztieren reingeschrieben, die den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung trägt und die vielen Millionen Bürger ernst nimmt, die einen deutlich besseren Schutz von Nutztieren fordern. Denn Tiere sind fühlende Wesen und keine Agrarprodukte. Es ist höchste Zeit, dies anzuerkennen!

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, in de Bijbel, het meestgelezen boek ter wereld, kom je soms heel verrassende voorschriften tegen over dierenwelzijn. Zo mocht een boer vroeger in Israël een os tijdens het dorsen niet muilkorven, zodat het dier tijdens het werken ook gewoon nog af en toe een hapje kon eten.

De opdracht om goed te zorgen voor onze dieren is dus van alle tijden, maar iedere tijd kent daarbij wel zijn eigen uitdagingen. Wat nu belangrijk is, is zorg dragen voor een gelijk speelveld. Laten we daarom stoppen met het importeren van producten die niet aan onze dierenwelzijnstandaarden voldoen. Maar laten we ook zorgen voor een eerlijke prijs. Hier ligt, denk ik, een belangrijke verantwoordelijkheid voor de retail en ook voor de consument. En, last but not least, laten we samen met de sector blijven werken aan nieuwe concepten, zonder daarbij de toevlucht te nemen tot onwerkbare regels.

Mijn complimenten aan collega Decerle voor zijn evenwichtige verslag. En misschien moeten we toch wat vaker in de Bijbel gaan lezen. Zelfs over dierenwelzijn staan daar echt hele mooie dingen in.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señora presidenta, señora comisaria. Está claro que la centralidad del bienestar animal por la que apuesta la estrategia «De la Granja a la Mesa», por ejemplo, responde a una cuestión ética, pero no solo.

En tanto los animales están dotados de capacidad de sufrir tenemos algunos deberes contraídos con ellos, el más básico de los cuales es el de no torturarlos. Que un animal no es una piedra, ya lo decía Jeremy Bentham hace más de dos siglos.

Pero es que el maltrato animal está asociado también a la contaminación de los acuíferos y de la tierra, a la proliferación de enfermedades, y al retroceso y el abandono del campo.

O sea, no hablamos solo de bienestar animal sino de ganaderos locales empobrecidos por la competencia desleal de las macrogranjas y de gente desplazada por la basura que generan.

El informe de ejecución que debatimos hoy es muy condescendiente con el expolio de la agroindustria y muy poco crítico con sus persistentes violaciones de la normativa europea. Y nosotras queremos apoyar la ganadería extensiva y familiar, fijar población al territorio y favorecer el desarrollo rural.

Sin bienestar animal no hay cambio en el modelo productivo, ni en el sistema alimentario.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señora presidenta, señora comisaria, hoy volvemos a demostrar una vez más en este informe que los ganaderos de la Unión Europea cumplen con los mayores estándares de bienestar animal en todo el mundo y que aun así continúan trabajando día a día para mejorarlos, porque no hay nadie más preocupado por el bienestar de los animales que los propios ganaderos, por mucho que los animalistas de salón traten de criminalizarlos.

Especialmente hoy demostramos una vez más que es compatible un sector ganadero competitivo, moderno, tecnificado y exportador, como es el europeo, con el respeto a los animales.

Lamentablemente, la izquierda radical sigue con su ceguera ideológica, tratando de poner nuevas exigencias y requisitos incumplibles para nuestros ganaderos. Pretenden con ello hacer imposible su trabajo y acabar con el sector cárnico europeo definitivamente. Se trata, en definitiva, de los mismos indocumentados que se atreven a afirmar que la carne española proviene de animales maltratados, tirando por tierra la merecida reputación de nuestras carnes.

Pues bien, frente a todos ellos, el Partido Popular seguirá, como siempre, del lado de los ganaderos y del campo español y europeo.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΕΥΑ ΚΑΪΛΗ

Αντιπρόεδρος

Isabel Carvalhais (S&D). – Senhora Presidente, Caros Colegas, sabemos que os animais têm um valor intrínseco, independente da sua utilidade para os humanos. São seres sencientes e, como tal, não podem estar sujeitos a tratamentos degradantes que contrariem a sua natureza e os objetifiquem. Os animais não são meras coisas.

A regulamentação europeia tem permitido uma evolução positiva na forma como os animais são tratados no espaço europeu. Contudo, podemos e devemos fazer mais e melhor.

Como identificado pelo estudo de avaliação da implementação da legislação europeia, existem várias questões que exigem atenção e soluções. É o caso da ausência de provisões adaptadas às necessidades das diferentes espécies, a falta de harmonização na qualidade e na disponibilização dos dados, os problemas de implementação das regras legais, e, por vezes até, casos de deficientes controlos. Estes são problemas que queremos ver resolvidos na anunciada revisão, por parte da Comissão Europeia, da legislação do bem-estar animal.

Caros colegas, não nos esqueçamos que a nossa ética coletiva também se exprime na forma como tratamos os animais.

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, kiitokset myös esittelijälle erinomaisesta työstä. On todella myönteistä, että yleinen kiinnostus eläinten hyvinvointiin on lisääntynyt.

EU:ssa eläinten hyvinvointiin on panostettu jo pitkään, ja jäsenmaasta riippuen toimet ovat hyvinkin edistyksellisiä. Toki tehtävää vielä riittää. Olisi ehdottoman tärkeää, että EU:ssa sitouduttaisiin myös jo olemassa oleviin lakeihin. Näin varmistaisimme paitsi eläinten hyvinvoinnin myös tasapuolisen kilpailun sisämarkkinoilla. Esimerkiksi EU:ssa edelleen katkotaan kanojen nokkia ja typistetään sikojen häntiä, vaikka muun muassa sikadirektiivi sen kieltää.

Uuden lainsäädännön on myös huomioitava maatalousyrittäjien kannattavuuskriisi, sillä vain taloudellisesti kannattava tila voi investoida tiukentuviin vaatimuksiin halutulla tavalla ja riittävin siirtymäajoin. Panostusten hyvinvointiin pitäisi ehdottomasti näkyä myös tuotteiden hinnassa ja tuottajan tuloksessa.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! W tej debacie chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie.

Po pierwsze, moim zdaniem najlepszym instrumentem zachęcającym do poprawy dobrostanu zwierząt są po prostu zachęty finansowe adresowane do rolników. Nie nakazy i zakazy, które bardzo często są proponowane. I mam nadzieję, że Komisja Europejska przypilnuje, żeby w planach strategicznych, które właśnie są dyskutowane w Komisji, tego rodzaju zachęty się znalazły, zarówno jeżeli chodzi o tzw. ekoschematy, jak i w drugim filarze wspólnej polityki rolnej. Konieczne jest także wsparcie inwestycji rolników w dobrostan zwierząt, bo sami sobie nie poradzą.

Druga kwestia to strategia „Od pola do stołu”. Ona przewiduje krótkie łańcuchy dostaw i to jest ten obszar, aby poprawić dobrostan zwierząt, a więc przetwarzać produkcję blisko miejsca jej wytworzenia.

I wreszcie po trzecie, sprawa umów handlowych. Tutaj musimy być bardzo stanowczy. Nie może być tak, że rolnicy europejscy spełniają określone normy związane z dobrostanem, a w umowach z krajami trzecimi na import takiego warunku – jeżeli chodzi o rolników pozaeuropejskich – nie ma. Komisja musi tego zdecydowanie pilnować.

Colm Markey (PPE). – Madam President, Commissioner, ladies and gentlemen, I'd like to welcome this report on animal welfare carried out by the Committee on Agriculture and Rural Development and thank the rapporteur and shadow rapporteur for the good work. It recognises the general high standard of animal welfare that exists across the EU. However, it is clear improvements can be made to bring about greater consistency across the Union.

This report recognises that any updated rules must be based on scientific data, impact assessments and a species-by-species approach that takes account of the individual needs. Science rather than sentiment is key to a successful outcome, and it must be coupled with practical experience.

We have to ensure that the least performing are brought up to standard, rather than setting ever higher standards for those who are endeavouring to comply. A voluntary labelling system champions those who deliver on best practice; making it mandatory fails to recognise their special efforts.

The report recognises that changing practices designed to improve animal welfare come at a cost, and additional support must be provided outside of the common agricultural policy. The CAP alone won't be enough.

Farmers and consumers are at one in the belief that respect for animals and animal welfare is paramount and should be central to our farming practices.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, a meno di un mese dall'approvazione in quest'Aula delle raccomandazioni della commissione ANIT, torniamo a discutere di benessere animale, segno dell'attenzione dell'Unione a questa sfida.

La salute degli animali è infatti la nostra salute e i nostri agricoltori e allevatori sono consapevoli di questa interconnessione. Grazie ai loro sforzi oggi l'Unione è leader a livello globale nella difesa dei più alti standard di salute e benessere animale. Ma non basta e per questo, signora Commissaria, chiediamo una più rigida applicazione da parte di tutti gli Stati membri delle norme vigenti, affinché nessun allevatore possa trovarsi in una condizione di svantaggio competitivo solo per essersi preso cura dei propri animali.

Sta a noi ora saper guidare e incentivare i nostri agricoltori verso un ulteriore salto di qualità nei sistemi di allevamento, di cui beneficeranno cittadini e consumatori e che dovrà essere difeso a livello internazionale, garantendo il pieno rispetto da parte dei nostri partner commerciali.

Dacian Cioloș (Renew). – Doamnă președintă, doamnă comisară, calitatea vieții și sănătatea animalelor este un subiect tot mai sus pe agenda publică în Europa și, din acest motiv, revizuirea legislației pentru a completa lacunele, dar și a integra progresele științifice este un lucru firesc, însă trei lucruri aș vrea să subliniez.

În primul rând, avem nevoie de o mai bună armonizare a aplicării acestei legislații la nivel european între statele membre. În al doilea rând, pentru ca aceste norme să fie efective pe termen mediu și lung, fermierii trebuie susținuți financiar și aici mă aștept să văd o implicare a Comisiei în felul în care statele membre pun în aplicare planurile naționale strategice pentru a-și și susține financiar fermierii.

Și, un al treilea lucru la fel de important: aceste norme vor fi efective doar dacă reușim împreună să convingem și partenerii noștri comerciali să le aplice și pentru asta, în negocierea acordurilor comerciale, dar și în relația cu Organizația Mondială a Comerțului, trebuie să avem în vedere aceste lucruri pentru că altfel rămân doar pe hârtie în Europa.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, first of all, I would like to thank you for this informative discussion. I have listened carefully to all your remarks. I have taken notes in response to many of your concerns. I have listened to your proposals. It's impossible to refer to all the comments made, but I just want to highlight some of the points made, because I think it's important that we pick up on these.

First of all, MEP Mortler, I spoke already at the very beginning of the need for a level playing field. MEP Šojdrová, I just wanted to say that we will be presenting our revised legislation by the end of 2023, and the EFSA scientific opinions will be finalised by early 2023.

Now, several of you mentioned the issue to do with the end-of-cage age. I just wanted to tell you here that we will be supporting farmers by offering training and relevant information and urge the Member States and stakeholders to do so as well. Member States, as you know, are encouraged to use the possibilities provided by the CAP to increase their support for animal welfare improvements.

MEP Avram, we will weigh all the available options to ensure that our policy objectives are not defeated by increased imports of products obtained with lower animal welfare standards. In fact, several Members mentioned this. We will be supporting farmers so that they are not at a disadvantage. MEP Ciolos, you also pointed this out, and the need for us to support farmers financially, and not only that, and I totally agree.

MEP Mortler, on tail docking, this is done because animal welfare is not respected by current farming conditions. Pigs with entire tails come from farms where there are good welfare conditions. This is not a question simply of market demands, as has been said.

MEP Hazekamp, I can reassure you that our review of the legislation will be ambitious. It will be far-reaching and it will broaden the scope to make enforcement easier. As you rightly said, and other MEPs have also pointed out, it needs to be aligned and we need to look at the scientific evidence.

MEP Giarrusso, the fitness check of current legislation detected vagueness, in fact, of certain provisions in EU legislation dating from more than 20 years ago, and the Commission will consider this problem in reforming and updating the animal welfare acquis.

A lot of points have been raised, and we will be taking them on board. I just want to share with you that the discussion today on the report clearly highlights the importance the Commission and I personally – as well as you yourselves, as the European Parliament – attach to animal welfare, and that we have a high level of responsibility towards the animals, the farmers and EU society. It is important that all our revised legislation serves our sustainability goals.

In the meantime, let me just state very clearly: we will continue to enforce current legislation, particularly on issues that have proved problematic such as animal transport and prevention of the routine tail docking of pigs.

I'm very much looking forward to presenting our proposal for revision of the legislation by the end of 2023. I know it is an ambitious undertaking, but I believe it is also a worthwhile investment in the future because this is not about our future now, but the future of our society, the future of our planet. I know that all of you in this House share that sentiment.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 15 February 2022.

Written statements (Rule 171)

Асим Адемов (PPE), в писмена форма. – Здравето на животните и хуманното отношение към тях са от ключово значение за общественото здраве, продоволствената сигурност и безопасността на храните, които консумираме. Добрият здравен статус на животните във фермата означава по-малко лекарства и антибиотици, по-нисък екологичен отпечатък от животновъдството, по-качествен краен продукт и в крайна сметка това, към което всички се стремим – по-добро общо благосъстояние на селскостопанските животни.

Затова приветствам резолюцията на ЕП, която насърчава по-нататъшното подобряване на законодателството на ЕС относно хуманното отношение към животните, в унисон с научния и техническия напредък в животновъдните практики, както и според специфичните нужди, характерни за всеки животински вид. Същевременно хуманното отношение към животните трябва да бъде съчетано с устойчив икономически подход, който да гарантира ясна възвръщаемост на инвестициите и по-високи производствени разходи, както и с подходящ преходен период за животновъдите, за да могат те да адаптират своите стопанства към по-високите стандарти.

Необходима е система от финансови стимули за животновъдите, за да се повиши мотивацията им да инвестират в подобряване на животновъдните практики. Така например, по линия на ОСП държавите членки могат да предвидят в националните си стратегически планове специални екосхеми за хуманно отношение към животните, подкрепя чрез инвестиции и обучения за внедряване на иновации и подобряване на системите за отглеждане.

Атидже Алиева-Вели (Renew), в писмена форма. – Европа има едни от най-високите стандарти по отношение на производството на храни, и в частност критериите за хуманно отношение към животните. Да, считам, че има възможност земеделските практики да се подобрят допълнително, но това не трябва да става само за сметка на земеделците. Инвестициите в подобряване на хуманното отношение към животните водят до по-високи производствени разходи за стопаните. Тези разходи не следва да се поемат единствено от производителите. ЕК и държавите членки следва да предвидят подходяща финансова рамка за подкрепа на животновъдите в тази насока, както по линия на ОСП, така и извън нея. Необходим е цялостен подход, който да предвижда широк набор от мерки и инструменти. Този процес може да бъде

значително подпомогнат и чрез внедряването на интелигентни технологии в селското стопанство.

Необходими са: - актуализация на действащото законодателство, за да се интегрира научният напредък в знанията за животните и техническият прогрес в земеделските практики; - добре функционираща регулаторна рамка, която да бъде пропорционална и да не застрашава конкурентоспособността на европейските земеделци; - оценка на въздействието на предложените промени, основани на актуални научни проучвания и оценка как животните, околната среда и земеделските стопани, особено малките земеделски стопани, ще бъдат засегнати; - всяка промяна задължително трябва да отчита времето, подкрепата и финансирането, необходими на земеделските стопани за изпълнението ѝ.

Sylvia Spurek (Verts/ALE), на писме. – Sprawozdanie komisji AGRI ws. dobrostanu zwierząt w gospodarstwach nie dotyka nawet problemów, które miały być jego przedmiotem. Pomija kwestie cierpienia zwierząt spowodowane złym wdrażaniem przepisów UE i brakiem ich egzekwowania. Skupia się natomiast na ochronie interesów, zwłaszcza finansowych, hodowców. Stoi to w sprzeczności z celami Europejskiego Zielonego Ładu, strategii „Od pola do stołu” oraz z promowanym przez KE podejściem polegającym na łączeniu zdrowia ludzi ze zdrowiem zwierząt i stanem środowiska.

Dlatego poparłam alternatywną rezolucję, przygotowaną ponadpartyjnie na podstawie opinii komisji ENVI. Rezolucja zakłada zrewidowanie aktualnego prawodawstwa UE dotyczącego dobrostanu zwierząt w kontekście najnowszej wiedzy naukowej. Przepisy dotyczące dobrostanu zwierząt w gospodarstwach należy dostosować do potrzeb poszczególnych gatunków zwierząt, ich sposobu odżywiania, zdrowia, naturalnego zachowania oraz ochrony środowiska.

Kluczowe jest również, aby obywatelki i obywatele UE mieli łatwy dostęp do zrozumiałych informacji na temat pochodzenia żywności, a kampanie społeczne promowały żywność pochodzenia roślinnego. Do tej pory w Parlamencie mocno wybrzmiewał głos Meat Party, polityków broniących *status quo* i *business as usual*, stojących de facto po stronie lobby przemysłowego. Czas na to, żeby wybrzmiały głosy rozsądku, nauki, ekspertów i ekspertek – na rzecz zwierząt, środowiska i zdrowia.

Tom Vandenkendelaere (PPE), schriftelijk. – Dierenwelzijn staat terecht hoog op de politieke agenda van het Europees Parlement, ook voor landbouwdieren. Dit is niet alleen in het belang van dieren en boeren, maar ook van de consumenten. We moeten oog hebben voor de inspanningen die boeren al doen en daarbij ook rekening houden met de lange afschrijvingstermijnen van investeringen in dierenwelzijn. Als we het welzijn van onze boerderijdieren willen verhogen, dan moeten we werk maken van een beleid dat wetenschappelijk onderbouwd is en dat de aanpak dier per dier bekijkt. De regels voor koeien kunnen niet zomaar toegepast worden op kippen, en omgekeerd. In een Europese en globale markt is verhoogde aandacht voor het gelijk speelveld onontbeerlijk: zowel voor de boeren binnen de EU als voor de handel tussen de EU en derde landen wint het gelijke speelveld, terecht, steeds meer aan belang. Ik ben tot slot ook zelf voorstander van een vrijwillig dierenwelzijnslabel. Een vrijwillig label staat landbouwers die extra inspanningen doen op het vlak van dierenwelzijn immers toe de kost door te rekenen op de eindfactuur. Dit kan tot een meerprijs op de markt leiden, waardoor we boeren belonen die bijkomende inspanningen en investeringen doen. Op naar een stimulerend beleid.

21. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2020 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Eleonora Evi, on behalf of the Committee on Petitions, on the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2020 (2021/2167(INI)) (A9-0342/2021).

I should like to remind Members that, for all debates of this part-session, there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted.

Furthermore, as during recent part-sessions, remote interventions from Parliament's Liaison Offices in the Member States are foreseen.

Eleonora Evi, relatrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io desidero innanzitutto complimentarmi con la Mediatrice europea per l'eccellente lavoro svolto anche nell'anno 2020. Il complesso delle sue attività, oggetto di questa relazione, ha confermato che la sua azione si sia rivelata nuovamente cruciale per salvaguardare i diritti fondamentali dei cittadini.

Nel 2020 l'ufficio del Mediatore europeo ha celebrato il venticinquesimo anniversario. L'impatto delle molteplici indagini compiute negli anni conferiscono indubbiamente a questo organo il ruolo di pilastro centrale nel contribuire a migliorare gli standard di buona amministrazione a livello unionale.

Emily O'Reilly, dal momento della sua elezione, ha saputo imprimere un ulteriore incremento qualitativo, che continua ad ottimizzarsi grazie all'implementazione della strategia da lei varata denominata «Verso il 2024», pienamente supportata da questa relazione.

Serve tuttavia una completa assunzione di responsabilità da parte delle istituzioni europee, chiamate a garantire ottemperanza piena e coerente, ancora oggi non sussistente del tutto, alle raccomandazioni a loro rivolte dalla stessa Mediatrice. Anche tale aspetto è esplicitato nel testo.

L'importanza di tale elemento la si coglie pienamente proprio analizzando quanto verificatosi nel 2020, anno tragico segnato dallo scoppio della pandemia di COVID-19. La Mediatrice ha svolto ininterrottamente un'instancabile opera di indagine sulla trasparenza e l'integrità dei processi decisionali correlati alle misure adottate per fronteggiare la pandemia. La sua voce si è levata alta per rammentare alle istituzioni europee il dovere di garantire, a maggior ragione in momenti drammatici e complessi, i più alti standard di buona amministrazione a tutela degli interessi generali.

Questo Parlamento, facendo leva anche su ciò, ha evidenziato inoltre ufficialmente che qualsiasi mancanza di trasparenza nel quadro della più grave crisi sanitaria pubblica dell'epoca moderna costituisce una violazione del diritto dei cittadini ad essere pienamente informati.

Purtroppo, però, la risposta innanzitutto della Commissione europea è stata di una censurabile noncuranza di tali assunti. L'esecutivo comunitario infatti ha continuato a negare, e continua a negare, piena trasparenza sul contenuto complessivo dei contratti siglati con le multinazionali farmaceutiche sui vaccini contro il COVID-19, realizzati anche grazie all'impiego di miliardi di euro di soldi pubblici. Questa relazione evidenzia questa criticità con nettezza e reclama piena trasparenza.

Nel testo sono riportate inoltre le gravi problematiche alla base delle attuali pratiche in seno al Consiglio dell'Unione europea, emerse a seguito dell'ennesimo caso di cattiva amministrazione rilevato dalla Mediatrice nel 2020. Il Consiglio, infatti, continua a impedire ai cittadini di beneficiare di un accesso diretto e tempestivo ai suoi documenti legislativi, in violazione del diritto di partecipazione efficace del pubblico al processo decisionale. La richiesta quindi rivolta al Consiglio – che ovviamente non è presente in Aula – è quella di modificare la propria condotta, conformandola finalmente al rispetto dei diritti democratici dei cittadini.

L'azione della Mediatrice si è rivelata meritoria anche su molti altri fronti. Sul tema dell'accesso pubblico ai documenti delle istituzioni europee, più volte la Mediatrice è stata determinante per permetterne la divulgazione, nonostante la legislazione applicabile dell'Unione sia obsoleta e necessiti una revisione tempestiva, come richiesto testualmente in questa relazione.

In materia di appalti pubblici, la Mediatrice è giunta a riscontrare gravi lacune giuridiche nelle norme vigenti in materia, tali da renderle inadeguate per contrastare i conflitti di interesse, per come è emerso, ad esempio, nell'indagine sulla grave decisione della Commissione europea di aggiudicare un contratto per la realizzazione di uno studio sull'integrazione degli obiettivi ambientali, sociali e di governance delle norme bancarie dell'Unione alla società BlackRock, che gestisce enormi investimenti di grandi compagnie petrolifere e bancarie, sulle quali andranno ad applicarsi quelle stesse norme.

Sul tema dei principi attivi impiegati nei pesticidi, le indagini della Mediatrice hanno confermato che la Commissione europea abbia continuato in maniera deprecabile a procedere alla loro approvazione, nonostante l'ufficiale identificazione di aree critiche o la necessità di dati aggiuntivi per confermarne la sicurezza, finanche in assenza di qualsivoglia uso sicuro.

Inoltre, in riferimento all'accordo commerciale UE-Mercosur, la Mediatrice, al termine delle sue indagini, ha attestato che la conclusione dei relativi negoziati da parte della Commissione europea, prima che venisse finalizzata la valutazione dell'impatto sulla sostenibilità, rappresentasse un altro grave caso di cattiva amministrazione. È emerso chiaramente come la Commissione avesse assunto quella decisione in un contesto privo di appropriate analisi sugli impatti sociali, ambientali ed economici di tale accordo, violando le sue stesse linee guida in materia. Nella relazione questi elementi sono analizzati in maniera circostanziata, insieme a vari altri, e ognuno di essi trova un corredo di richieste precise, che vanno nella direzione di garantire ai cittadini i più alti livelli di tutela dei loro diritti.

Concludo confermando il pieno sostegno all'azione della Mediatrice che, come indicato nella relazione, deve tradursi anche nell'attribuzione di maggiori risorse di bilancio per permetterle di gestire efficacemente il suo carico di lavoro complessivo, viste le ulteriori rilevanti responsabilità che le sono state attribuite di recente con l'approvazione del suo nuovo statuto.

Io concludo ringraziando tutti i relatori ombra per la collaborazione offerta e il lavoro complessivamente svolto su questo testo.

Emily O'Reilly, Ombudsman. – A Uachtaráin, ar dtús, lig dom cuimhneamh ar an Uachtarán Sassoli, nach maireann, cailliúint mhór é don Eoraip. Ba mhaith liom freisin tréaslú leis an Uachtarán Metsola tar éis a toghcháin.

A Chomhaltaí Uaisle, is mian liom mo bhuíochas a ghabháil leis an rapóirtéir, an Uasal Evi, agus leis na scáth-rapóirtéirí, as ucht a gcuid oibre ar an tuarascáil seo. Ós rud é gur teanga iomlán oifigiúil de chuid an Aontais Eorpaigh í an Ghaeilge, ó thús na bliana seo, is breá liom labhairt as Gaeilge anocht.

Ba bhliain dhúshlánach do chách í, céad bhliain na paindéime, leis an neamhchinnteacht a bhí chomh forleathan sin.

Cé go raibh ar an Aontas Eorpach gníomhú go tapaidh, ag an am céanna bhí sé fíor-riachtanach cloí go daingean leis an thrédhearcacht agus an chuntasacht ionas go mbeadh tuiscint níos fearr ag saoránaigh ar an mbealach ina ndéantar cinntí.

'Sé chuid deo mo ról mar Ombudsman Eorpach ná cuidiú leis na hinstiúidí sa phróiseas seo.

Ag tús na paindéime, scrúdaigh mé an chaoi inar chomhlíonaigh an Lárionad Eorpach um Ghalair a Chosc agus a Rialú (ECDC) a ról. Ba é toradh m'imscrúdaithe ná go raibh ECDC i bponc, ó thaobh faisnéis ábharthach a bhailiú go tráthúil, mar gheall ar cé chomh leisciúil is a bhíonn na Ballstáit an fhaisnéis a chur ar fáil.

Is iad na Ballstáit amháin a choimeádann an fhaisnéis ábhartha. Agus anailís déanta agam sa chás, chuir mé roinnt moltaí faoi bhráid ECDC faoi conas gur féidir a chuid measúnuithe agus moltaí a chur faoi bhráid an phobail ar bhealach níos réamhghníomhaí. D'aontaigh an Lárionad (ECDC) liom agus as seo amach, beidh ECDC níos réamhghníomhaí sa bhealach ina soláthraíonn sé faisnéis.

Tá áthas orm freisin go bhfuil cinneadh déanta ag na comhreachtóirí sainordú ECDC a athnuachan. Is sampla é seo faoi cé chomh gasta is gur féidir leis na hinstiúidí gníomhú chun ceachtanna a fhoghlaim, agus feabhsaithe a dhéanamh, agus iad ag tabhairt aghaidh ar dhúshláin.

Ba é ceann d'iarbhairtí tosaigh na paindéime ná an t-aistriú a tharla chun cianoibrithe sna hinstiúidí go léir. I gcás m'Oifige féin, tharla an t-aistriú seo go réidh agus go gasta. Agus ba mhaith liom mo bhuíochas a ghabháil le foireann m'Oifige faoin mbealach inar chinntigh siad go rachadh ár seirbhís don phobal ar aghaidh i gcónaí – in ainneoin na ndúshlán proifisiúnta agus pearsanta a bhí os ár gcomhair.

Leis an tuiscint go gcuireann an phaindéim brú níos géire orthu siúd atá leochailleach, i mí an Mheithimh 2020, chuir mé tús le tionscnamh straitéiseach faoin mbealach ina ndéanann an Coimisiún freastal ar riachtanais ball foirne faoi mhíchumas i gcomhthéacs na modhanna oibre nua seo.

In ainneoin na paindéime, d'fhan líon na ngearán chun m'Oifige seasmhach; agus, mar is iondúil, bhí m'obair dírithe ar thrédhearcacht, ar ionracas agus ar chearta bunúsacha.

Bhain imscrúdú tábhachtach le cinneadh an Choimisiúin i gcás an chomhlachta BlackRock. Chinn an Coimisiún conradh a bhronnadh ar BlackRock chun staidéar a dhéanamh ar mhaoiniú inbhuanaithe cé go bhfuil leasanna airgeadais ag an gcomhlacht sin san earnáil i gceist. Fiú amháin má bhíonn ach an fhéidearthacht ann i leith coinbhleacht leasa, d'fhéadfadh sé sin a bheith chun dochair d'inchreideacht an Aontais Eorpaigh. Is mar gheall air sin gur mhol mé don Choimisiún gur fiú dó a threoirilíní i leith soláthar poiblí a athnuachan. Mhol mé freisin don Choimisiún gur fiú smaoinreamh ar na forálacha faoi choimbhleacht leasa, sa Rialachán Airgeadais, a neartú.

Bhí áthas orm a fheiceáil gur chuir an Pharlaimint m'imscrúdú san áireamh agus an Rialachán ábhartha á leasú aici. Is sampla soiléir é seo, nuair a thagann comhfhórsaí le chéile, den tionchar is féidir a bheith acu ó thaobh riarachán an Aontais Eorpaigh a fheabhsú.

Sampla eile den tionchar de chuid m'Oifige ná ceist a bhain le “doirse imrothlacha” [*“revolving doors”*] i gcas Stiúrthóir Feidhmiúcháin an Údaráis Baincéireachta Eorpaigh. Ghlac sé post mar phríomhoifigeach feidhmiúcháin le cumann a dhéanann uirioll ar son banc agus institiúidí airgeadais – comhlachtaí a thagann faoi mhaoirseacht an Údaráis. Ag cur san áireamh an chóimheá idir an ceart chun oibre agus damáiste do chlú an Aontais, mhol mé don Údarás rialacháin shoiléire a leagan síos a chuirfeadh cosc, i gcás baill foirne shinsearacha ag teacht chun am scoir, ar ghlacadh le poist shonracha. Mhol mé freisin don Údarás, i gcás baill foirne ar tí bogadh chuig an earnáil phríobháideach, rochtain ar fhaisnéis rúnda a chur ar fionraí. Chuir me fáilte roimh chinneadh an Údaráis glacadh le mo mholtaí, rud a thugann le fios go bhfuil an tÚdarás i ndáiríre faoi chaighdeán arda eitice a bhaint amach.

I rith na bliana, bhí ceist chosaint na gceart bunúsach idir lámha againn i gcónaí. D'eisigh m'Oifig treoirilínte, dírithe ar na hinstitiúidí, faoi cheist an ilteangachais. Chomh maith leis sin, rinne mé measúnú iar-iniúchta maidir leis an gcóras gearán á oibriú ag Frontex.

Idir an dá linn, tá ceist na hinbhuanaitheachta tar éis eirí níos ábhartha don Aontas Eorpach. Is mar gheall air sin, tar éis gearán faighte ag m'Oifig, gur chinn mé go raibh mí-riarachán i gceist nuair a shocraigh an Coimisiún an chaibidlíocht faoin gComhaontú AE-Mercosur a thabhairt chun críche roimh don mheasúnú inbhuanaitheachta agus tioncair a bheith curtha i gcrích.

Le linn 2020, lean mé ar aghaidh ag obair ar cheist trédhearcachta an phróisis reachtaigh sa Chomhairle. Tá an cheist seo tábhachtach ó thaobh rialtais na mBallstát de sa chaoi ina ndíoltaíonn siad freagracht a ghlacadh as cinntí ag teacht, mar a dhéarfá, ón mBruiséil. I ndáiríre, is iad teachtaí na mBallstát féin a dhéanann na cinntí seo – fíric shimplí nach dtuigtear go minic. Cé gur glacadh céimeanna beaga i leith trédhearcachta, tá a lán fós le déanamh.

Ach cé go raibh deacrachtaí áirithe againn i rith 2020, ba bhliain chomórtha í freisin dúinn leis an gceiliúradh cúig bliana is fiche ar bhunú na hOifige. Bhí mé bródúil as a bheith in ann é seo a cheiliúradh le comhdháil ar líne le Líonra Eorpach na nOmbudsmen agus le Leas-Uachtarán an Choimisiúin Šefčovič, a ghlac páirt i gcruinnithe faoi impléachtaí COVID-19 i gcás oifigí Ombudsmen i gcoitinne. I mbliana, tionólfar comhdháil bhliantúil an Líonra seo, in áitreabh na Parlaiminte anseo in Strasbourg, ar an seachtú lá is fiche d'Aibreán, i dtaca le hUachtaránacht na Comhairle ag an bhFrainc, agus ag díriú ar shaincheist an digitithe agus riaracháin phoiblí.

Dhá bhliain tar éis thús na paindéime, tuigean muid go bhfuil cinnteoireacht oscailte agus cuntasach rithábachtach ó thaobh thacaíocht agus chosaint an phobail ag am seo an ghá. Tá mé dóchasach, nuair a bheidh deireadh leis an bpaindéim seo, go mbeidh an tAontas níos láidre ná mar a bhí sé ar dtús. Agus tá súil agam go dtiocfaidh cuid de na feabhsuithe seo ón obair atá á déanamh ag m'Oifig féin – Oifig bheag, mar a deirim go minic, ach le sainordú mór.

Mo bhuíochas arís as ucht bhuir dtacaíochta. Táim ag tnúth le dul ar aghaidh lenár gcomhoibriú amach anseo.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, I think that the initial interventions we have seen and we have heard, on the report and resolution on the annual report of the European Ombudsman on her activities presented to this plenary, recall to us the importance of European citizenship and the specific rights associated with it.

These democratic and civil rights are aimed at encouraging the full participation of European citizens, businesses, associations and NGOs in the everyday life of the European Union. The right to submit a petition to the European Parliament and the right to complain to the European Ombudsman are of particular importance.

And I would like to thank Ms O'Reilly for her excellent and tireless work that she has been doing since she was first elected to this role in 2013, and notably, in 2020, despite the added burden caused by the COVID-19 pandemic.

I'm pleased to report that relations between the Commission, its services and the European Ombudsman continue to be constructive and mutually very helpful. The Commission duly takes into account the suggestions for improvement and recommendations of the European Ombudsman. This is precisely why a final finding of maladministration is very rare.

In 2020 and 2021, the Commission also worked with the European Parliament and the Council of the European Union on the new Statute of the European Ombudsman that entered into force in August last year. This has been an important achievement, granting the European Ombudsman additional rights and emphasising the importance of good administration in sensitive fields like harassment, whistleblowing and conflict of interest.

Let me also congratulate the rapporteur Ms Evi, the coordinators of the Committee on Petitions and all its members that were involved for their very informative and useful report, which provides the views of the European Parliament on the issues that it considers noteworthy in the area of good administration for the citizens. The report and resolution address a variety of important issues, including the transparency of the decision-making process, revolving doors, access to document requests, procurement and contractual issues and staff matters.

The Commission takes the report and resolution seriously, given the importance of the matters addressed and the fact that, being the largest EU institution, we are the main addressee of the inquiries of the European Ombudsman. The Commission will examine your resolution in the next few weeks and we will reply in detail to all the issues that concern the Commission.

To conclude, let me please reassure you that the Commission will continue working with the other institutions, bodies and agencies, including Ms O'Reilly and her team, to provide the best possible services and maintain the highest possible standards for the benefit of all European citizens.

Honourable President, I look forward to hearing the views of the honourable Members and I thank you for your attention.

Peter Jahr, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Ombudsfrau, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion und auch ich ganz persönlich beglückwünschen die Ombudsfrau zu ihrer Arbeit und bedanken uns für die gute Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss.

Die Bilanz kann sich sehen lassen. Im Jahr 2020 bearbeitete die Europäische Bürgerbeauftragte 2 200 Beschwerden und leitete 370 Untersuchungen ein. Sie leitete fünf Untersuchungen in Eigeninitiative ein. Aus dieser Sicht sollte der Tätigkeitsbericht der Ombudsfrau 2020 kein Problem sein – Zustimmung sicher.

So ist es aber leider nicht. Ich sage noch einmal leider. Denn unsere Berichterstatlerin, Kollegin Eleonora Evi, konnte der Versuchung nicht widerstehen, den Bericht mit Dingen anzureichern, die einfach nicht reingehören. De facto werden hier die Aufgaben verschiedener europäischer Institutionen auf die Ombudsfrau konzentriert: Europäischer Staatsanwalt, die Korruptionsbehörde OLAF, der Haushaltskontrollausschuss des Parlaments, der Europäische Rechnungshof, zum Schluss auch noch der Petitionsausschuss. Und die Verantwortlichkeiten dieser Institutionen wurden quasi in ein großes Paket zusammengeführt und der Ombudsfrau zugeschrieben. Das heißt, wir würden der Ombudsfrau eine Machtfülle, einen Alleinvertretungsanspruch geben, den sie sich selber nicht wünschen kann. Denn Demokratie lebt halt nicht von Machtkonzentration, sondern von Machtbalance.

Frau Kollegin Evi, beim Aufsatz würde man sagen: damit auch teilweise am Thema vorbei.

Und ich bedauere außerordentlich, dass wir es nicht geschafft haben, ein politisches Schattenberichterstatler-Meeting stattfinden zu lassen. Aber es besteht noch Hoffnung. Meine Fraktion hat Änderungsanträge eingebracht, die diese Mängel dieses Berichtes wieder vom Kopf auf die Füße stellen, dass wir dem Bericht zustimmen können und – ich sage es noch einmal ausdrücklich – auch die Arbeit der Ombudsfrau würdigen können. Denn diese Würdigung hat sie sich fraktionsübergreifend in diesem Haus verdient.

Alex Agius Saliba, *f'isem il-grupp S&D*. – Sinjura President, l-ewwel u qabel kolloxx nixtieq nirringrazzja lir-rapporteur Eleonora Evi u anke lill-kollegi fi hdan gruppi politici differenti ghax-xoghol illi wettaqna lkoll flimkien b'rabta wkoll ma' dan ir-rapport importanti hafna dwar l-attivitajiet tal-Ombudsman ghas-sena 2020. It-tieni nett nixtieq nikkongratula u nirringrazzja lill-Ombudsman, Emily O'Reilly, ghal xoghol illi wettqet matul is-sena li ghaddiet, sena daqstant mimlija b'diffikultajiet b'rabta mal-isfidi illi halliet fuqna l-pandemija.

Hidma illi zgurat illi Istituzzjonijiet Ewropej, l-Uffiċċji u l-Aġenziji jimxu mal-aqwa standards tal-aqwa amministrazzjoni, trasparenza u anke etika sabiex fl-ahhar mill-ahhar niprotegu d-drittijiet fundamentali u l-interessi vitali taċ-ċittadini taghna, sabiex insahhu l-fiducia taċ-ċittadini fl-Istituzzjonijiet Ewropej. Hu ghalhekk importanti, u ha nkun qiegħed naghfas fuq dan il-punt, u hawnhekk fejn forsi ma naqblux anke mal-Grupp tal-Popolari. L-importanza li jkun hemm trasparenza totali fil-proċess li bih jittiehdu d-deċiżjonijiet, speċjalment fuq fajls leġiżlattivi, min-naħa tal-Kunsill. Trasparenza totali li hija tant u tant importanti f'dan il-proċess leġiżlattiv illi din in-nuqqas ta' trasparenza qiegħda twassal sabiex iċ-ċittadini taghna ma jkollhomx fl-ahhar mill-ahhar vizibilita' totali ghal dak illi għaddej minn din l-istituzzjoni importanti, l-istituzzjoni tal-Kunsill tal-Unjoni Ewropea.

Nixtieq ukoll qabel naghlaq, nikkongratula wkoll l-Uffiċċju tal-Ombudsman f'dan l-anniversarju ta' 25 sena. Uffiċċju li huwa vitali u importanti għaċ-ċittadini Ewropej. Jiena nhares 'il quddiem, illi bhala Parlament Ewropew, bhala Kumitat tal-Petizzjonijiet, inkomplu naghmlu d-differenza billi fl-ahhar mill-ahhar ilkoll kemm ahna nwarbru l-aġenda partigġ-jana taghna u nahdmu lkoll flimkien id f'id mal-Ombudsman sabiex inkomplu naghtu vuċi aktar b'sahhitha liċ-ċittadini taghna.

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the European Ombudsman is and should remain our natural ally in the fight for transparency, for high ethical standards and good administration in the EU.

I would like to congratulate you, Ms O'Reilly and your office, for the work undertaken in 2020. Under particularly difficult circumstances, you managed to continue working to safeguard our citizens' fundamental rights.

We appreciate in particular, the strategic work undertaken for evaluating the performance of the EU administration in the context of the COVID-19 crisis. As you have rightfully emphasised, in times of crisis, the obligations of transparency are not diminished. Abiding by them is even more crucial now in order to preserve citizens' trust.

We appreciate also the efforts to better inform the citizens about your mandate and to streamline the treatment of complaints, including in the framework of the strategy towards 2024. When it comes to defending the citizens' rights, we have a huge task ahead of us.

If we take the example of Next Generation EU, we need to ensure together better oversight on how these funds are used. 85% of citizens demand transparency and effective control on these funds, according to a special Eurobarometer for September 2021. I, myself, included such provisions in the text and I am counting on you and all our colleagues from all the political groups to fully support this approach.

Virginie Joron, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chère Madame la Médiatrice européenne, je tiens tout d'abord à vous féliciter et à vous remercier au nom de beaucoup de mes compatriotes qui sont avides d'honnêteté, de transparence, et qui croient encore en la justice.

Pendant que M^{me} von der Leyen déclarait, il y a encore quelques jours, qu'elle souhaitait que les États membres réfléchissent à une obligation vaccinale pour tout le monde, la Commission continuait de cacher les SMS échangés entre elle et le PDG de Pfizer lors de la négociation du fameux contrat d'achat du vaccin, à 90 % caviardé. En même temps, Pfizer prévoit en 2022 de vendre 54 milliards de dollars de vaccins et de pilules anti-COVID-19.

Pourquoi ce manque de transparence de la part de la Commission? Pourquoi ce mépris? Pourquoi cette déconnexion avec les citoyens? Pourquoi tant de secret à Bruxelles, alors qu'ils n'hésitent pas à s'enlancer à Washington en s'autocongratulant? Continuez, chère Madame. Cette affaire est grave, et nous sommes avec vous.

Certains ne veulent pas voir ce convoi des libertés, cette manifestation pacifique et citoyenne à Bruxelles, Strasbourg et Paris, alors que c'est aussi la conséquence de ce mépris et de cette opacité de nos institutions européennes. Je vous remercie. Vous avez tout notre soutien.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani Rzecznik! Panie Przewodniczący Komisji! Myślę, że to jest taki czas, kiedy powinniśmy mówić o rzeczach najważniejszych i o problemach, które stoją przed rzecznikiem w jego pracy. Mam wrażenie, że jednym z problemów, nad którymi rzecznik powinien się pochylić, jest kwestia deficytu demokracji, kwestia braku transparentności procesu decyzyjnego w Unii Europejskiej. Ja pamiętam, jak w kadencji 2004-2009 taki był plan *D as democracy* – D jak demokracja – ponieważ uznano, że w procesie decyzyjnym jest za mało demokracji. Po kilkunastu latach możemy powiedzieć to samo.

Myślę, że trzeba bardzo wyraźnie powiedzieć, że rzecznik praw obywatelskich jest także od tego, aby te procesy były bardziej transparentne, bo inaczej wystąpi deficyt zaufania do Unii Europejskiej wśród naszych wyborców i podatników.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, permettez-moi tout d'abord de remercier notre collègue pour son excellent rapport. Madame la Médiatrice, je voudrais aussi vous remercier sincèrement pour votre travail, qui met en exergue les dysfonctionnements administratifs de nos institutions. Le rapport constitue une fenêtre sur votre travail conséquent, qui donne à l'Union européenne les bases pour garantir la transparence, l'accès aux documents, et qui oblige les institutions à rendre des comptes aux citoyens européens.

Vous le savez peut-être, Madame: je ne fais pas partie des politiciens de profession. La politique s'est invitée dans ma vie alors que je luttai, avec d'autres, tous les jours, pour la rendre plus juste. Dès que j'ai intégré les bancs de cet hémicycle, je me suis promis de rendre l'Europe aux citoyens. Pourtant, vous l'avez montré, la route sera bien longue.

Que penser des SMS invisibles entre la présidente de la Commission et le PDG de Pfizer? Étaient-ils engageants, informels ou personnels? Le doute est là. Que penser quand, alors qu'une obligation qui ne dit pas son nom se dessine partout en Europe, l'accès aux contrats de vaccins nous est encore et toujours refusé? Le doute est là. Et que penser du Conseil qui, d'un revers de la main, et toujours sans que nous ayons accès aux négociations en cours, peut remettre en cause nos votes? Le fait que le Parlement est la seule institution démocratique élue de notre Union ne suffit-il pas pour avoir un droit de regard? Le doute est là.

Nos institutions, notre travail et, en soi, tout le projet européen n'existent que par la confiance que les citoyens nous portent. Cette confiance, on ne l'aura qu'en étant complètement transparents, entre nous, mais aussi – et surtout – envers eux. Alors soyons indignés et révoltons-nous contre ces ombres! Prétendons et exigeons de la lumière dans nos administrations, car c'est seulement ainsi que nous pourrions ensemble, Madame et chers collègues, rendre l'Union européenne à ses citoyens.

Mario Furore (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la relatrice e il Mediatore europeo per il lavoro svolto.

Nel corso degli anni le raccomandazioni e il ruolo del Mediatore hanno avvicinato i cittadini alle istituzioni, ma restano ancora passi importanti da fare. Ancora troppo spesso le istituzioni, gli organi e gli organismi dell'UE non rispettano in modo pieno e uniforme le raccomandazioni della Mediatrice, penso in particolare a quella sulla trasparenza. La piena trasparenza in tutte le fasi del processo legislativo dell'UE è essenziale per promuovere i diritti democratici dei cittadini, così come è necessaria per prevenire conflitti di interesse e casi di corruzione.

In particolare, le istituzioni in prima linea dell'UE durante la pandemia avrebbero dovuto agire in massima trasparenza. È inaccettabile che ancora oggi il prezzo di acquisto dei vaccini e delle pillole anti-COVID sia segreto. I cittadini europei devono sapere quanto l'Unione europea ha pagato e quindi come ha negoziato con Big Pharma. Ne va della nostra credibilità. Per questo vorrei che la Commissione ascolti la Mediatrice e renda pubblici i messaggi tra il suo Presidente, Ursula von der Leyen, e il CEO della Pfizer.

Loránt Vincze (PPE). – Madam President, I would like to thank Madam Ombudsman for her commitment to achieving the highest standards of good administration within the EU institutions. I am glad to see that the activities of the European Ombudsman gain more and more visibility. You updated and made the communication channels with the public more effective. I also applaud your engagement towards multilingualism, including Irish. It is of utmost importance that we reach citizens so that they know about their rights and about what we can do for them.

As regards some proposals in the reports we are about to vote on, I am worried to see that several paragraphs aim to change the role of the Ombudsman office and maintain recommendations that do not fall under its competences as set out in the statutes. I believe that we must act based on democratic principles and rules and that we should not lay on the Ombudsman roles that are clearly played by other institutions, such as the Commission, the European Anti-Fraud Office (OLAF) and the European Public Prosecutor's Office (EPPO).

As regards transparency, I believe that improvements in this field are to be welcomed, for example, when minutes of the Council meetings are published. But we also have to acknowledge that we must leave room for an efficient political process, for reasoning, for negotiation, reasoning in our institutions. Dear Ms O'Reilly, please allow me to wish the office of the Ombudsman a further successful 25 years, and you can count on our support also in the future.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D). – Señora presidenta, un año más valoramos la labor del Defensor del Pueblo, de esta importantísima institución europea, en este caso el año 2020, un año sumamente complicado para todos, en pleno auge de la pandemia y con las autoridades europeas tomando importantes decisiones: unas medidas que, como todo el mundo sabe, tuvieron que tomarse a contrarreloj para responder al impacto de esta enorme pandemia.

Pero la urgencia de las medidas no puede justificar laxitudes o incumplimientos en los estrictos controles y exigencias que nos hemos dado a nosotros mismos en las administraciones públicas y en las instituciones europeas.

La urgencia no está reñida con el cumplimiento de los procedimientos ni los procedimientos están reñidos con la transparencia, máxime teniendo en cuenta el importante número de acciones que han tenido que tomar la Comisión Europea y los Estados miembros.

Para hacer frente a la COVID-19 era necesario ser rápidos pero mantener el rigor en los procedimientos. Porque hay que tener mucho cuidado con aquellos que caen en la tentación de apelar a la libertad como excusa para entorpecer la labor de transparencia que tienen que tener determinadas instituciones, pero por la que, ante todo, tenemos que velar todos y cada uno de nosotros, y cumplirla.

Por lo tanto, aquí quiero reivindicar el importante papel que ha representado la Oficina del Defensor del Pueblo en este año tan sumamente significativo y, además, coincidiendo con el vigésimo quinto aniversario de la institución. Quiero poner de manifiesto y de relieve el importante papel que ejerce esta gran institución después de veinticinco años y que, ahora más que nunca, tenemos que reivindicar en pro de la garantía de transparencia que, a su vez, es garantía de democracia y garantía de derechos humanos.

Y quiero felicitar a la defensora del pueblo por el trabajo que ha hecho y también a los ponentes por el trabajo que han hecho en este informe de evaluación anual.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Madame la Médiatrice, plus que jamais le médiateur européen doit poursuivre ses combats. La démocratie européenne ne doit jamais être considérée comme acquise, et le médiateur européen est un de ses garants. Il n'y a pas de démocratie sans transparence. Les citoyens doivent pouvoir participer à la vie démocratique. L'accès à toutes les informations et dans toutes les langues doit être garanti. On ne peut transiger avec le droit à l'information, et les Européens doivent savoir ce qui est fait en leur nom.

Il n'y a pas non plus de démocratie sans état de droit. La surveillance étroite des fonds européens dans chaque État membre et le respect des règles de déontologie sont des piliers de la démocratie européenne. À nous, avec vous, Madame la Médiatrice, de veiller à ce que démocratie rime avec état de droit. Une démocratie courageuse accepte de regarder en face ses faiblesses, et vous nous y obligez. Madame la Médiatrice, vous le savez et vous le voyez encore ce soir, le Parlement européen est de votre côté.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio ringraziare la Mediatrice europea per il lavoro svolto, in particolare per il grande impegno che ha dedicato ad approfondire la risposta dell'Unione europea al COVID-19. Quando bisogna agire in emergenza i rischi per la trasparenza aumentano. Per esempio, ancora oggi non possiamo conoscere completamente il contenuto dei contratti per i vaccini anti-COVID. Non possiamo sapere se vi siano conflitti di interesse, né le cifre pagate.

Su conflitto di interessi e porte girevoli, un caso evidente ha riguardato il direttore esecutivo dell'*European Banking Authority*, divenuto amministratore delegato di una lobby finanziaria. Un caso grave, anche perché per un certo periodo di tempo l'ex funzionario ha avuto ancora accesso a documenti riservati dell'istituzione europea.

Dobbiamo cambiare i contratti. Al momento di accettare un incarico, il dirigente deve sapere che non potrà lavorare in un determinato ruolo nel settore privato per un certo periodo di tempo, e su questo punto, signora O'Reilly, avrà il nostro appoggio. Non devono esserci deroghe o discrezionalità, ne va della credibilità delle nostre istituzioni.

Marc Angel (S&D). – Madam President, I want to thank our ombudsman, Emily O'Reilly, and her office for her tireless fight for transparency. Transparency and information strengthen the rights of our citizens and let me remind you that without access to documents, there is no information and there is no transparency. And this becomes even more true in COVID times. Giving access to documents increases the accountability of all EU institutions.

And the Council, which is absent today, has the worst record of transparency. We, as the European Parliament, must continue to keep up our pressure together with the European Ombudsman, with national parliaments and with the civil society organisations to change this. Our call for Council transparency is nothing abstract; it is also a demand from citizens. This becomes very clear in the citizens recommendations in the framework of the Conference on the Future of Europe.

EU transparency law is now over 20 years old, dates from a pre-social media and pre-smartphone era, it needs to be modernised, and it needs to be updated. The Commission must adapt this outdated regulation.

Let me finish by thanking Emily O'Reilly once more for being a real influencer of change. And I also want to thank our rapporteur Ms Evi and the shadow rapporteurs for the excellent work they have done in the Committee on Petitions (PETI).

Gabriele Bischoff (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Frau O'Reilly! Ich möchte mich wirklich bei Ihnen für Ihren unermüdlichen Einsatz bedanken, für volle Transparenz.

Sie wollen das Fenster weit aufmachen, damit die Bürgerinnen und Bürger wirklich reingucken können, wie Entscheidungen zustande kommen. Einige möchten es eigentlich nur einen Spalt aufmachen, damit man so ein bisschen einen Blick reinwerfen kann. Aber wir sehen, wie ernst Sie Ihre Arbeit nehmen, und ich glaube, das ist wichtig.

Ich habe Ihnen zugehört bei Ihrer Präsentation. In der Tat: 2020 war ein ganz besonderes Jahr, da musste schnell gehandelt werden. Und trotzdem ist es wichtig, dass Transparenz eingehalten wird und dass man auch eine klare Kommunikation hat, weil ohne das werden wir keine demokratische Resilienz erreichen. Und die Währung dafür ist wirklich Vertrauen.

Deshalb möchte ich mich noch einmal dafür bedanken, dass Sie wirklich den Finger in die Wunde gelegt haben und bei den Verträgen mit den Pharmaunternehmen darauf bestehen, dass hier wirklich Klarheit geschaffen wird, denn sonst werden nur Verschönerungsmythen unterstützt und – denke ich – gerade auch Fake News Vorschub geleistet. Das dürfen wir nicht zulassen.

Deshalb: Zukunft wird aus Mut gemacht. Davon haben Sie genug. Mit einem kleinen Office, aber trotzdem einem großen Auftrag. Und da haben Sie unsere volle Unterstützung als S&D-Fraktion.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I really would like to thank the honourable Members of the European Parliament for their important contributions and I would say that Mr Jahr opened with and Ms Bischoff concluded with what I would describe as universal praise and admiration for the work of Ms O'Reilly as the European Ombudsman and her office, as she described it, a small one but with a big mandate, and I totally agree with that description.

I also would like to underline at the conclusion of this debate that the Commission constantly strives to ensure a very high level of good administration, as called for by Mr Saliba and many other speakers. And I also would like to reassure all of you that we are totally committed to the right of good administration as laid down in the Article 41 of the EU's Charter of Fundamental Rights.

I agree with all of you who have been highlighting the fact that all members of our society who interact with the Commission, the European Parliament and other institutions, because the Council was referred to on several occasions – it doesn't matter if they are individual citizens, companies, associations or NGOs – all of them have the right to expect from us transparency – as was underlined by Ms Strugariu and Mr Czarnecki – accessibility and, of course, proper management.

Our close and constructive cooperation with the European Ombudsman helps us to provide citizens with very high administrative standards, which are based, in particular, on the principles of non-discrimination, impartiality, objectivity and also fairness. In this context, the Commission fully respects the rights of citizens to receive a response to their letters in their language, as underscored by Mr Vincze, but also the right to be heard and to submit observations and the right to receive a justified decision within a reasonable timeframe.

The report and the resolution of the European Parliament on the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2020 contributes to this by highlighting the areas where our institutions do well and where they can improve. As I already mentioned in my introductory remarks, the Commissioner will assess in detail the issue raised in your resolution during today's debate and will respond in the next few weeks.

Several of the honourable Members, Madam President, also raised the issue of the text messages. I can confirm that the Ombudsman has sent the recommendation with regard to this matter to the Commission on 26 January of this year. The Commission is currently looking into this recommendation and will reply to the Ombudsman by 26 April of this year, which is the date by which the Ombudsman asked for a reply.

So once again, Ms O'Reilly, thank you very much for excellent work, for your great cooperation with the European Commission and other institutions, and also for the support which obviously will carry??? not only from this House but also from the European citizens. And thanks to your tireless work, I am sure that together we can provide better services to our citizens. Thank you very much, Madam President.

Emily O'Reilly, *Ombudsman*. – A Uachtaráin, Go raibh míle maith agaibh go léir as bhur gcuid tacaíochta, tuairimí agus ceisteanna. Níl an t-am agam anois freagra a thabhairt do gach duine nó ar gach ceist ach tá m'Oifig i gcónaí oscailte daoibh agus tá fáilte romhaibh go léir teagmháil a dhéanamh linn maidir le ceisteanna nó gearáin nó aon rud eile.

Normally at these hearings, there are a variety of issues that are brought up, but I think there was one dominant theme this evening and that is transparency in the decision making process.

And I think possibly the reason for that is not just the complaints or the investigations that we dealt with, but also because I think over the last two years we have seen the concrete importance of transparency. When so many frightened citizens looked as never before to their administrations, including the EU administration, for reassurance, they needed to know what decisions were being made to keep their families, themselves, their communities safe. But administrations also needed a citizens. They also looked to citizens for support in that work, so that they could be encouraged to take often very difficult measures to keep them safe and later to accept vaccines.

So it wasn't just the citizens that needed the administration. The administration needed the support and trust of citizens to remain effective. And transparency is obviously one of the major keys in achieving that.

As MEP Angel said, the regulation that governs access to EU documents is now over 20 years old and arguably no longer fit for purpose. The recent issue of the text messages – a case we're involved in at the moment, as you probably know – I think highlights the fact that we now communicate in a very different way than we did 20 years ago. And I think this should be recognised because I think people possibly arising out of this case or similar cases are realising that this is problematic.

It's not just problematic for citizens, it is problematic for the administration because there are obviously going to be greater calls for transparency in these areas of new communication. So I think that it is up to you to do what you will, obviously. But I think there is a big argument there for at least bringing the Regulation 1049/2001 up to date.

Mar fhocal scoir, ba mhaith liom buíochas a ghabháil arís leis an bParlaimint agus an *Petitions Committee* as a thábhachtaí atá sé do m'Oifig. Is mór agam é agus tá sé ríthábhachtach do mo chuid oibre. Tá súil agam go mbeidh seachtain thairbhiúil agus thaitneamhach agaibh in Strasbourg.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 15 February 2022.

22. EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Morten Petersen, on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy, on a European strategy for offshore renewable energy (2021/2012(INI)) (A9-0339/2021).

Morten Petersen, Ordfører. – Fru formand! Havvind er nøglen til at nå vores klimamål. Hvis vi på nogen måde skal gøre os forhåbninger om at indfri vores klimamål, så kræver det mere vedvarende energi – meget mere. Faktisk har vi så travlt, så det næsten ikke er til at fatte. FN's klimapanel har fortalt os, at det haster, og at selv om alle landes klimaaløfter måtte blive indfriet, så vil de globale udledninger stadigvæk stige mere, end hvad Parisaftalen tilsiger.

Det Internationale Energiagentur IEA har fortalt os, at der er en vej til klimaneutralitet i 2050. Men den vej er smal, og for hver dag der går uden handling, ja så bliver det sværere, og stien bliver smallere. Vi er simpelthen nødt til at løfte vores klimaambitioner. Vedvarende energi og energieffektivisering er helt afgørende i den grønne omstilling. Vi har brug for at rulle alle tilgængelige, rene og effektive teknologier ud så hurtigt som muligt, og det gælder ikke mindst havvind. Potentialet er enormt. Vi har gode forudsætninger i Europa. Faktisk er Europa og europæiske virksomheder verdensførende i havvind. Vi ser i disse år energioer, der føres fra skriveborde og science fiction-planer ud i livet til konkret handling. Vi kan godt lide at sige i mit land, Danmark – jeg kan godt lide at prale af verdens første energioer – nu gør de os i Belgien rangen stridig. Det er et godt kapløb, for vi har drøn travlt, hvis vi skal nå det.

Betænkningen, som vi diskuterer her i aften, har tre hovedområder. For det første infrastruktur. Infrastrukturen skal udbygges og forbedres for at kunne tage højde for den øgede produktion af grøn strøm ude på havet og ind til land. Udfordringerne om infrastruktur kræver i øvrigt, at medlemslandene øger deres samarbejde i planlægning og udbygning af havvind, vel at mærke på tværs af grænser. For det andet har vi brug for et velfungerende marked for elektricitet i EU – et egentligt indre marked. Det har vi ikke i dag. Her vi kan se, at udvekslingen af elektricitet går i stå på tværs af landegrænser. Vi får brug for at kigge på markedsdesign for at sikre, at udviklere har de rette incitamenter til at bygge ud i en fart. Endelig for det tredje har vi det utroligt svære, komplicerede spørgsmål om tilladelser. Det tager ganske enkelt for lang tid i dag, og hvis ikke vi gør det anderledes og hurtigere, ja så kommer vi ikke i mål. Ganske enkelt. Jeg tror, at man kan sige, at hvad der har bragt os hertil, ikke vil tage os derhen, hvor vi gerne vil være i 2030.

Derfor foreslår vi i betænkningen, at der indføres tidsbegrænsninger i forhold til at udstede tilladelser. Det vil sige, når alle dokumenter måtte være indleveret, så kunne man forestille sig en bagkant, en tidsbegrænsning, således at udviklere ved, hvad de har at gøre med. Det var måske den vanskeligste del af betænkningen at få den vigtige og følsomme del på plads. Jeg er glad for, at det lykkedes.

De maritime planer, de såkaldte MSP'er, skal koordineres med medlemslandenes nationale energi- og klimaplaner, således at højre hånd ved, hvad venstre hånd gør og for at undgå forsinkelser i alt, hvad der vedrører tilladelser. Lad mig slutte med at takke ordførerne fra de politiske grupper. Jeg vil sige, at det har været en fornøjelse at samarbejde med alle grupperne om så vigtigt et emne. Jeg ser frem til debatten her en sen aften i Strasbourg, og jeg ser frem til at føre strategien ud i livet sammen med jer.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, I am very pleased to be here today. We are moving ever closer to 2050, and decarbonising our energy system becomes more important with every passing moment. We have set out a clear vision of how we believe we should get there, and offshore renewable energy is a big part of that vision.

Choosing the right path means hearing all viewpoints, learning from different perspectives, and that's why I am so pleased to be here discussing the own-initiative report on the European offshore energy strategy. I want to thank Morten Petersen for the hard work in preparing it. I can see that many of its recommendations are in line and support the Commission's own strategy.

To kick off this session, I'd like to frame our discussion today by speaking about the Commission's thinking behind this important part of energy in Europe. Let's start with simple facts.

The EU is a global powerhouse for offshore renewables. Offshore wind is not at the beginning of its journey here, it's a major technology: one with immense potential, potential to help us meet our 2030 and 2050 targets, potential to foster competitive energy prices and potential to boost European industry.

Despite publishing a dedicated strategy on offshore energy with some of the most ambitious targets globally, the EU still needs to overcome a number of challenges facing us. Having read Morten Petersen's report carefully, I was pleased to see that the Commission and Parliament identify the same opportunities and challenges for the offshore energy sector in the EU. The Parliament rightly pointed out a number of issues and needs for the Commission to address. Let me take them one by one right now.

First, an impact assessment on the economic and socio-economic impacts of offshore energy. This is a very useful comment which we will explore, I think, in the Horizon Europe programme, including through coal specifically tailored to the development of offshore energy.

Second, how can renewable sources pave the way for renewable hydrogen? As you know, the decarbonised gas market package highlights renewable sources, including offshore, as a priority to ramp up renewable hydrogen production.

Third, an EU-wide landfill ban on decommissioned wind turbine blades by 2025. Circularity is a constant consideration of our work. The Commission is already taking it into consideration in Horizon Europe goals. And fourth, tailoring Horizon Europe to the development of renewables. This is another area already considered in the strategy and currently under discussion when it comes to the ongoing shaping of the 2023-24 Horizon Europe goals.

There is much to do, but we should also take a moment to realise how far we have come already. It's been just over a year since we adopted the offshore energy strategy, and even in that short time we have achieved quite a lot in each of the key areas.

On infrastructure, last December the European Parliament and the Council found agreement on the new regulation of TEN-E. It contains critical provisions to steer the coordinated development of the needed offshore and onshore infrastructure at sea-basin level. The agreement contains a provision inviting Member States to come forward with clear commitments on the offshore renewable energy to be deployed within each sea basin by 2050.

Those commitments will include immediate steps in 2030 and 2040 and will be in line with the national energy and climate plans and the potential of each sea basin. I hope the European Parliament will endorse the agreement reached between the co-legislators so that it can enter into force in spring.

On legislation, we have been working hard to make sure that we have the best conditions to enhance the EU's role in offshore and onshore renewables. And I already mentioned the Fit for 55 package, and with the work that has been done to revise the Renewables Directive, we are creating these conditions. And this proposal is currently under discussion in the European Parliament and the Council.

And on permitting, we know that we face one of the key challenges for project development in the EU, so we are doing everything we can to make sure that Member States coordinate, streamline and facilitate the process. And we want to be able to look back at the current system, which is often overly complex and excessively long, as a relic of the past.

The first step towards achieving that is correctly transposing the Renewable Energy Directive, because unfortunately, most Member States have not fully transposed the Directive, even though the deadline was last July. So I should also mention here that we intend to issue, by this summer, further guidance on good practices to address overly-complex and excessively-long administrative procedures.

And last, on cooperation and consensus: in October we organised a conference for government ministries and public authorities to look more closely at the state of affairs for the offshore energy sector. From investments to public acceptance and from permitting to pre-planning, many of the most significant issues for large-scale deployment were dealt with at the same time, and I know that the participation of Morten Petersen and the Chair of the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) Mr Buşoi was highly appreciated.

So, ladies and gentlemen, I think what we can all agree on is that much has been done but there is still much left to do, and these are some of the most pressing issues identified in the Commission's strategy and addressed in the Parliament report. So thank you for listening and I'm looking forward to the discussions.

Catherine Chabaud, *rapporteure pour avis PECH*. – Madame la Présidente, chers collègues, je voudrais d'abord saluer le travail de notre collègue Morten Petersen: vraiment, merci. J'ai toujours comparé les territoires littoraux et insulaires à des navires qui doivent rechercher leur autonomie énergétique avec ce que la nature leur offre. Je suis donc favorable à toutes les formes d'énergie en mer: celles qui utilisent l'énergie du vent, comme il en est question ici, mais aussi celles qui utilisent l'inépuisable énergie de la mer, de sa chaleur comme de ses courants, en particulier pour les régions ultrapériphériques de l'Union, dans une approche de mix énergétique terre-mer.

Je mets cependant deux conditions essentielles à leur développement: premièrement, l'impérieuse nécessité de penser leur implantation dans le cadre de la planification de l'espace maritime fondée sur les écosystèmes et sur les usages; deuxièmement, l'impérieuse nécessité d'aller plus loin que la simple réduction d'impact environnemental et social, en recherchant les cobénéfices pour les écosystèmes autant que pour les métiers.

Enfin, je voudrais souligner la rareté de nos débats sur la mer, qui est pourtant en danger, alors qu'elle est notre avenir – on le voit ici avec l'énergie. Tous les citoyens européens sont concernés par sa sauvegarde. Alors, dans la continuité du One Ocean Summit, les conférences internationales de 2022 sont une occasion pour agir. J'appelle donc à faire entrer l'océan dans cet hémicycle. J'appelle à un débat pour notre océan, qui est notre bien commun, avant la conférence de Lisbonne des Nations unies en juin prochain.

Pernille Weiss, *for PPE-Gruppen*. – Fru formand! For langt over 40 år siden cyklede jeg rundt i Jylland. Det var om sommeren, når vi børn ikke lavede sandslotte på stranden og fik sorte fødder af de olieklager, der skyllede ind fra havet. Som to små ællinger cyklede min søster og jeg bag ved vores forældre på landevejen. For dengang var cykelstier faktisk ikke opfundet endnu. På et tidspunkt så pegede min far, og mor begyndte at slingre på sin cykel: »Derinde bor hippierne!«, råbte far og trådte hårdere i pedalerne - »Derinde under vindmøllen!«, som dengang både var enestående og temmelig mærkelig.

Det er vindmøller heldigvis ikke længere. For vi har brug for dem. Især i store størrelser og store klumper ude på havet, hvor de sammen med andre havenergiteknologier kan bidrage til at dække vores enorme behov for grøn energi. For klimakrisen og energikrisen skal løses nu. Parisaftalen og klimamålene skal nås til tiden. Europa skriger på at blive selvforsynende af grøn og ren energi, der er til for almindelige familier og virksomheder at betale for. Som ordfører for PPE-gruppen er jeg især glad for, at vi har fået en bred aftale, som sikrer en livscyklus-tilgang til havenergiene, og som sætter dem ind i den helt nødvendige opskalering af produktion af grøn brint, så havets energi virkelig kan gøre nytte i de energikrævende sektorer rundt omkring i EU.

Vi er også enige om, at offentlige og private penge skal finde hinanden omkring projekter, der er store nok til at blive en god forretning. Og så er det en aftale, som forhindrer fiffige vindmølle-hippier i at mase sig ud på havet, uden at civilsamfund og andre høringsberettigede organisationer og interessenter får en fair chance for at råbe op, følge med og forhåbentlig bakke op om, at vi fremover henter masser af grøn strøm ind fra havet omkring Europa i stedet for at ødelægge vores landskab og det gode humør inde på land.

Niels Fuglsang, for S&D-Gruppen. – Fru formand! Jeg frygter, at vi ikke får sat gang i produktionen af grøn strøm hurtigt nok. Jeg er simpelthen bange for, at hvis vi ikke for alvor sætter farten op, så vil det de næste mange år være sort, dyr strøm fra kulkraftværker, der når vores stikkontakter. Heldigvis har vi mulighederne og løsninger. Jeg kommer selv fra Danmark, fra Nordvestjylland, et sted, der hedder Thy. Vi kalder det Cold Hawaii, fordi der er mange vindsurfere, der bolttrer sig på bølgerne deroppe, og jeg kan skrive under på, at der er masser af vind, som vi kan bruge. Vi er i gang med at bygge energier ude på havet til at producere strøm, men også til at fordele den grønne strøm mellem landene.

Jeg mener, at vi sender to klare signaler med vores strategi. For det første skal der skrues op for tempoet. Vi skal have op mod 79 gigawatt, mere end de 60 gigawatt, som Kommissionen foreslår i 2030. For det andet skal vi have udbygget infrastrukturen, så vi kan fordele den grønne strøm ud til alle Europas lande. Lad os gøre min frygt til skamme. Lad os vise, at vi mener det nu.

Christophe Grudler, au nom du groupe Renew. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, hydroliennes, éoliennes, usines marémotrices et osmotiques: le potentiel des énergies en mer est immense et multiple. C'est un fait: pour que l'Union européenne atteigne ses objectifs climatiques, elle doit déployer massivement des énergies renouvelables, notamment en mer. Un des grands avantages, c'est qu'en mer le vent, les marées et les courants sont presque continus. C'est pourquoi je me réjouis du rapport que nous adoptons ici cette semaine, qui propose une accélération encadrée du déploiement des énergies renouvelables en mer.

Nous appelons à un objectif de 60 GW minimum de capacité installés en mer en Europe d'ici 2030. Nous n'en avons que 12 aujourd'hui. Pour y arriver, il nous faudra simplifier les processus. Attendre quinze ans pour construire une éolienne, ce n'est pas tenable. La crise climatique, elle, n'attend pas. Par ailleurs, ces énergies en mer représenteront de très nombreux emplois de qualité non délocalisables le long de nos côtes européennes. Enfin, le développement de ces énergies renouvelables en mer participera pleinement à notre autonomie stratégique énergétique européenne, car toute l'énergie que nous produirons sur nos côtes sera autant d'énergie que nous n'aurons pas à importer d'ailleurs.

Jutta Paulus, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter Morten Petersen und auch allen Mit-Berichtstattern für die gute Zusammenarbeit und die kooperative Atmosphäre bei diesem wichtigen Thema – erneuerbare Offshore-Energie – danken.

Bei Offshore denken die meisten Menschen an Windparks nahe der Küste, aber Offshore ist ja noch viel mehr: Es gibt mittlerweile schwimmende Windparks, es gibt die Nutzung von Wellenenergie, es gibt osmotische Kraftwerke, es gibt thermische Kraftwerke, es gibt schwimmende Solarkraftwerke, es gibt Strömungsturbinen. Unsere Ozeane bieten unglaublich viel Potenzial, sauber und kostengünstig Energie nutzbar zu machen.

Deshalb bin ich froh, dass wir in unserem Bericht festhalten, dass Naturschutzgebiete tabu sein müssen. Denn wir haben genug Platz. Wir müssen ihn nur intelligent nutzen. Dafür braucht es eine gute und vor allem eine gemeinsame Planung der Mitgliedstaaten – das spart Zeit, Geld und Ressourcen. Und in einem gemeinsamen Strommarkt ergibt es überhaupt keinen Sinn, wenn die Erzeugung auf See und der Netzausbau nicht untereinander koordiniert werden.

Unsere Klimaziele können wir nur einhalten, wenn die Erneuerbaren massiv ausgebaut werden. Und deshalb fordern wir in diesem Bericht mindestens 70 Gigawatt Offshore bis 2030 und ein Gesamtziel von 340 Gigawatt. Das bedeutet eine Versechsfachung des Bestands binnen acht Jahren.

Ja, das ist ambitioniert und erfordert Investitionen. Aber lasst uns doch lieber in Energien investieren, die keinen Brennstoff benötigen und die nicht von geopolitischen Verwerfungen betroffen sein können. Erneuerbare Energien kann man nicht zur Ware machen und nicht zum Spielball von Machtpolitik. Sie werden uns geschenkt: jeden Tag, jede Woche, jedes Jahr. Wären die Vorschläge, die wir in diesem Bericht machen, bereits früher angegangen worden, würden wir dieser Tage weder über hohe Energiepreise klagen noch befürchten, im Kalten und Dunkeln sitzen zu müssen.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Kommission die zentralen Punkte baldmöglichst aufnimmt und in Gesetzesvorschläge umsetzt.

Paolo Borchia, *a nome del gruppo ID.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, io temo che abbiamo qualche problema sugli ordini di grandezza, nel senso che ci sono *report di advisor* a livello internazionale che stimano che la produzione potenziale di eolico offshore sarà proporzionalmente molto inferiore rispetto all'obiettivo dei 60 gigawatt che l'Unione europea, da sola, intende raggiungere entro il 2030.

Ho una domanda tutt'altro che secondaria: gli 800 miliardi di euro di investimenti che la Commissione vorrebbe mobilitare entro il 2050, dove pensiamo di trovarli?

Non sottovalutiamo inoltre i problemi di coesistenza con le altre attività marittime, pensiamo alla pesca e alla navigazione. Non minimizziamo neppure i problemi legati ai costi di manutenzione in mare aperto, all'usura che gli urti delle onde e la salinità inevitabilmente portano agli impianti eolici offshore.

Io lo ribadisco con convinzione: le rinnovabili possono essere il futuro ed è giusto promuoverle, ma una transizione energetica concreta e indolore ha bisogno soprattutto di fonti programmabili e di bollette che siano alla portata di imprese e famiglie. Quindi, se non adottiamo questo approccio realistico, restano le buone e costose intenzioni che spesso si infrangono con la gelida realtà.

Grzegorz Tobiszowski, *w imieniu grupy ECR.* – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Morskie źródła energii odnawialnej są jednym z ważniejszych elementów strategii europejskiej dotyczącej transformacji energetycznej. Dlatego też wyrażam zadowolenie z włączenia do sprawozdania mojej sugestii, apelu o objęcie wsparciem inwestycyjnym i planistycznym projektów krajowych połączonych bezpośrednio z lądem poprzez tzw. połączenia radialne. Pozwoli to państwowym rozpoczynającym inwestycje w odnawialne źródła energii na morzu, w tym Polski, którą reprezentuję, na szybsze rozwijanie infrastruktury i szybsze zwiększenie wolumenu energii z tych źródeł.

Kluczowe jest też, aby szczegółowe decyzje dotyczące rozwoju morskich źródeł energii odnawialnych pozostały w kompetencji państw członkowskich. Państwa powinny mieć prawo do podejmowania decyzji w sprawach dotyczących na przykład planowania przestrzennego obszarów morskich, wydawania pozwoleń na budowę, czy udzielania koncesji na wytwarzanie energii elektrycznej z farm wiatrowych. Na koniec chciałbym podziękować sprawozdawcy panu Petersonowi za merytoryczną konstruktywną pracę, jak również wszystkim pozostałym kontrsprawozdawcom za owocną współpracę nad sprawozdaniem.

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

Cornelia Ernst, *im Namen der Fraktion The Left.* – Frau Präsidentin! Ja, es gibt zu den Erneuerbaren keine Alternative. Und daran ändert auch nichts, wenn man Atomkraft und Gas per Beschluss zur grünen Energie erklärt.

Wir brauchen mutige Schritte zum Ausbau der Erneuerbaren, und wir müssen es besser machen als bei den Fossilen. Wir brauchen eine wirkungsmächtige Offshore-Strategie als eine Säule zur Bekämpfung des Klimawandels, die gute Arbeitsbedingungen für die Menschen schafft, die dort arbeiten, die die Bewahrung der Meeresumwelt bei jeder einzelnen technischen Lösung beachtet. Der Gleichklang zwischen Umwelt, Natur, Mensch – darum geht es. Und es geht darum, dass wir über die Offshore-Standorte hinaus denken müssen: beispielsweise an *Just-Transition-Regionen*, die bei der Herstellung von Offshore-Anlagen mit gedacht werden könnten.

Alle Faktoren zusammen denken heißt auch, alle Akteurinnen und Akteure zusammen zu denken und zu mobilisieren, und nicht nur die privaten. Ganz ehrlich: Es wird wirklich Zeit, umzudenken, unsere Vorstellung von Politik und öffentlicher Hand zu ändern. Die öffentliche Hand ist doch mehr als ein Garant für private Profite, sondern ein gleichwertiger Player, gerade weil der Markt nicht alles richtet. Wir haben das in der Pandemie gesehen. Es wird Zeit, das Gemeinwohl in den Mittelpunkt jeder Entscheidung zu stellen, gerade wenn es um erneuerbare Energien geht.

Es steht zu viel auf dem Spiel, um zuzulassen, dass dieser strategische Sektor einfach nur von den größten Konzernen vereinnahmt wird, weil es wirklich um uns alle geht.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE). – Doamnă preşedintă, potenţialul offshore este recunoscut; energia eoliană generată în largul mărilor şi cea a oceanelor vor deveni surse de energie tot mai competitive. Vreau să o felicit pe doamna comisară Kadri Simson pentru strategia foarte bună şi pe colegul meu, domnul Petersen, pentru raportul excelent.

Aşa cum indică raportul pe care îl vom vota mâine, şi preţul energiei va scădea pe măsură ce aceste surse de energie regenerabilă vor fi dezvoltate şi exploatate. Vântul şi-a dublat cota în mixul energetic global în ultimii cinci ani, iar ponderea capacităţii offshore va creşte în următoarea perioadă datorită accelerării pe pieţele-cheie europene a unor proiecte de exploatare offshore care au devenit recent funcţionale.

Dar, avem nevoie să dezvoltăm cât mai curând noi soluţii de stocare, reţele inteligente de *smart grid* şi să stabilim o adevărată piaţă europeană pentru stocarea energiei pentru a stimula investiţiile în noi capacităţi de stocare.

Ţara mea, România, are ieşire la Marea Neagră şi un potenţial considerabil atât pentru instalaţii eoliene fixate pe fundul mării, cât şi pentru cele plutitoare şi în acest context doresc să pun accentul pe potenţialul încă neexploatat la maximum din Marea Neagră, Marea Baltică sau Marea Mediterană şi să reamintesc Comisiei că avem nevoie, este nevoie de sprijin financiar din *Green Deal*, din *Fit for 55*, din alte fonduri, pentru ca ţările care au ieşire la aceste mări să îşi poată creşte contribuţia eoliană offshore în mixul energetic.

Trebuie investiţii în infrastructură, în porturi maritime moderne, pentru a găzdui turbine şi componente mai mari, pentru a atinge cu adevărat potenţialul pe care îl avem.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, mentre affrontiamo con proposte nuove e pienamente europee la complicata transizione energetica, i problemi del gas e del suo approvvigionamento e il caro bollette, dobbiamo però, senza tentennamenti, fare un cambio di rotta e imboccare con passo deciso la nuova direzione, che è rappresentata, con le nostre priorità energetiche, dalle rinnovabili, di cui dobbiamo aumentare moltissimo la produzione.

Tra le rinnovabili, le offshore hanno certamente un grande ruolo, se pensiamo che il nostro continente è circondato da mari e oceani. Allora sappiamo che incontreremo e ci saranno, ci sono già, delle resistenze per diversi motivi, compresi quelli paesaggistici, ma noi dobbiamo superare queste resistenze, con molta pazienza, con molto convincimento, cercando le soluzioni tecniche e ambientali migliori e più sicure, e ci sono.

La strategia offshore ha molti punti di forza, accanto ovviamente anche a punti critici. Ne voglio richiamare alcuni, a cui già la Commissaria ha accennato. Penso alla nostra capacità di ricerca e di tecnologia e alla nostra capacità industriale e alla possibilità di ottenere con le interconnessioni una maggiore cooperazione tra gli Stati membri.

Pierre Karleskind (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, cet après-midi, en venant, j'ai vu sur Twitter que j'avais été interpellé par quelqu'un qui me disait: «Mais vous allez discuter des énergies marines renouvelables alors que ça fait dix ans qu'on attend la première éolienne qui pourrait sortir de mer en France?» C'est vrai, alors qu'au Danemark, chez le rapporteur Morten Petersen, cela fait probablement une vingtaine d'années qu'il y en a qui tournent et qui fournissent de l'énergie.

Eh bien peut-être est-ce là l'intérêt de ce débat, l'intérêt de l'excellent rapport que notre collègue a commis. L'intérêt, c'est bien de débattre, d'échanger, de voir ce qui marche bien, ce qui a moins bien marché, comment on réalise au mieux ces champs, comment on développe au mieux cette ambition, et ce, évidemment, avec celles et ceux qui vivent de la mer. Nous leur devons de prendre ce temps pour nous assurer que les choix que nous faisons ne s'opposent pas à leur façon d'exister, à leur façon de vivre ni à leur façon de travailler.

Cependant, nous devons aussi être conscients que nous devons au climat et à l'humanité d'être capables d'aller chercher ces sources d'énergie renouvelable. Nous avons ici, sur nos côtes, un formidable potentiel, un des premiers potentiels mondiaux en matière d'énergie marine renouvelable. Nous le devons aussi aux océans, parce que rien ne serait pire qu'un océan qui se réchaufferait.

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Madam President, this report is a fine response by the Parliament to an important strategy of the Commission. We really need to scale up the investments into renewables in order to tackle our climate responsibilities, but also in order to address the current energy crisis we have, since we are too dependent still on fossil fuels.

Wind power is already the cheapest investment in new investments in a lot of European countries, and offshore wind is going to become one in the future, when we hasten the build-up. But it's not just offshore wind we are talking about, it's also other hybrid solutions like tidal and wave solutions. We really need to tap into this potential in order to make sure that we can achieve fully-renewable systems.

The Greens made a scenario up to 2040 where we can be totally 100% renewable in Europe by 2040. And in this scenario we need to have 51% of renewables by 2030, and that is possible. That investment is economically possible also in the scenario, and the price of energy is not increasing. So we are just saying that we can do even more than the Commission is proposing, and this report is a step towards that.

Markus Buchheit (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinen zahlreichen Vorrednern hier habe ich erhebliche Bedenken hinsichtlich des weiteren Ausbaus von Offshore-Windenergie, und zwar nicht nur in Bezug auf Fischerei und Umweltschutz, wie das schon zur Sprache kam, sondern auch in Bezug auf die Entwicklung der Energiepreise. Die Kosten sind nämlich auch bei der Offshore-Windenergie eben nicht wettbewerbsfähig und müssen durch teuer bezahlte Beihilfen gestützt werden, was den Markt nur noch weiter verzerrt.

Schauen wir uns die konkreten Zahlen an: Im Paket *Fit for 55* ist von 60 Gigawatt allein bis 2030 die Rede. Gegenwärtig haben wir eine Produktion von 12 Gigawatt. Die Investitionen für ein einzelnes Gigawatt betragen, günstig gerechnet, 2,5 Milliarden Euro, im praktischen, realistischen Fall etwa 4 Milliarden Euro. Für die Erweiterung bis 2030 wären damit 120 bis 192 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen nötig – 120 bis 192 Milliarden Euro, die wir unseren Bürgern, die ohnehin schon unter den Strompreisen ächzen, aufbrummen wollen, weil es Ihnen im Grunde eben nicht um bezahlbare Energie geht, sondern um Megaprojekte einer kleinen Lobby, die jeden Tag kleiner wird.

Jessica Stegrud (ECR). – Fru talman! Överföringsproblem, låg tillgänglighet, volatila ökande priser, beroende av rysk gas och kinesiska komponenter. Negativ påverkan på miljö och fiske. Teknik från 1850-talet.

Låter det här verkligen som en vinnande strategi? Något för framtiden? Nej, den här massiva satsningen på havsbaserad vindkraft kan vara något av det mest verklighetsfrånvända jag hört här i EU-parlamentet. Förstår ni verkligen inte konsekvenserna av era beslut? För vanligt folk, för elsystemet, konkurrenskraften och i slutändan för miljön. Det är dags att sluta drömma nu och göra om och göra rätt.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, ik ben voor de Green Deal, maar bij de bouw van windmolenparken in zee zeg ik: "Eerst denken, dan doen." Want er is namelijk nog veel onbekend bij de bouw van windmolens in zee, bijvoorbeeld de langetermijneffecten op vissen en visbestanden.

Bij de bouw van windmolens in zee wordt er bijvoorbeeld geheid en daar komt 140 decibel bij vrij. Dat is gelijk aan een startende straaljager op twintig meter afstand. Wat doet dat met het gehoor van vissen en visbestanden? We weten het niet. En dan de vogels en de trekvogels. Wat hebben windmolens in zee voor effect op de trekvogels? We weten het niet. En dan de kabels die er worden aangelegd tussen de molens en het vasteland. Wat zijn de elektromagnetische effecten vanuit die kabels op bijvoorbeeld vissoorten als haaien en roggem? We weten het niet. En dan de effecten op de visserij zelf. Nu kan er wel worden gevist tussen windmolens, maar niemand doet dat, want de verzekeringspremies zijn veel te hoog en je loopt altijd risico's dat je net ergens vast komt te zitten.

Dus windmolens in zee bouwen kan alleen samen met de vissers. Anders is de toekomst voor de vis en de vissers duister. Denk bijvoorbeeld aan de bladen, de wieken van de windmolens. Die worden nu begraven. Die liggen er honderden jaren en die vergaan niet. Kortom: goed nadenken, grondige studies maken, want anders weten we niet wat voor effecten er optreden. Het ondoordacht uitrollen van windmolenparken in zee is een aanslag op de schepping.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, señor ponente, este informe realiza peticiones y orientaciones muy importantes para una aceleración ordenada del despliegue de la energía renovable marina. Es un excelente documento para alcanzar las metas del paquete de medidas «Objetivo 55» y concretamente la Directiva sobre fuentes de energía renovables que estamos revisando. Las nuevas instalaciones marinas pueden servir para mejorar además las interconexiones de territorios que son islas eléctricas, como la península Ibérica.

Para que esta estrategia sea beneficiosa para todos, debemos tener en cuenta las distintas especificidades de los Estados miembros y reforzar la colaboración. No es lo mismo el mar del Norte que el sur del océano Atlántico, por lo que debemos dar un salto disruptivo para ser líderes en tecnologías como la tecnología de plataforma flotante. Tenemos conocimientos técnicos y será una gran oportunidad para nuestra industria naval, como la de mi país, Galicia.

Los mares y océanos ofrecen grandes recursos energéticos, pero el mar no está vacío. El desarrollo renovable debe respetar el Acuerdo de París: no debe comprometer el desarrollo también de la alimentación, debemos hacerlo compatible con la pesca. La energía renovable marina tiene que respetar especialmente también a aquellos que viven del mar.

Emma Wiesner (Renew). – Fru talman! Att säkra energiförsörjningen med förnybara alternativ inom unionen kommer att bli avgörande för att nå klimatmålen till 2030. Nu röstar vi om strategin för havsbaserad energiproduktion och vi ser tyvärr att alltför många satsningar på ny energi stoppas, inte minst i Sverige.

Vi ser dagligen hur projekt för att bygga havsbaserad vindkraft ges stopptecken, samtidigt som vi i det här huset vill ge grönt ljus till fossil gas. Det är helt fel. Vi behöver mer förnybar energi och vi behöver den nu. Det behövs fler strategier som den här för att bygga ut det förnybara och stärka Europas elnät. Ska vi lösa klimatkrisen gemensamt kan vi inte vara klimatnationalister.

Vi behöver samarbeta i Europa för att koppla ihop vårt elnät. Ett större energisystem med många sammankopplingar ökar leveranssäkerheten, men det möjliggör också högre användning av förnybar energi och det gör den förnybara energin mer konkurrenskraftig och lönsam.

Så nu hörs röster i den svenska debatten som talar i stället för en nedmontering av den gemensamma energimarknaden och elnätet, att varje land ska klara sig själv. Detta är skadligt inte bara för europeiska samarbetet, utan också klimatarbetet.

Jag tittar på er, Vänsterpartiet. Den senaste tidens utspel är ingenting annat än klimatnationalism och det skadar vårt värdefulla omställningsarbete för mer ny energi i Europa.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – Madam President, offshore energy is key to our climate plans. We're fortunate that wind is a plentiful resource. This report from Morten Petersen is timely. More than 40 years ago, I visited Denmark for the first time and I saw wind turbines around Copenhagen harbour. I saw the future. Sometimes it takes a while for the good things to arrive.

Many countries have harnessed ocean energy, but there is vast untapped potential. Offshore wind is valuable, but we must better integrate this energy with our electricity demand. Making green hydrogen will help, but so too will the European supergrid. The Celtic Interconnector between Ireland and France is moving towards construction. But let's connect the electricity grids of Ireland with Spain and Portugal to better use this wind resource. That's a project of common interest that I think everybody would buy into.

But there's also a nature angle on this. 'It is a gift to nature', as my colleague Margrete Auken says, because offshore wind farms can protect areas from bottom trawling. And I think that can be a good thing.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, windenergie is onbetrouwbaar en inefficiënt. De energiecrisis is een direct gevolg van deze energiebron. Bovendien is zij schadelijk voor de maritieme biodiversiteit.

Met het plan om in 2050 300 tot 450 gigawatt opgesteld vermogen aan windturbines op zee te plaatsen, wil de Europese Commissie onze zeeën in een permanente bouwput veranderen. Dit zijn circa 75 000 windturbines. De grote verliezers van deze energietransitie zijn de belastingbetaler, de vissers en het leven in en op zee. Op zee zal alleen nog maar naar enorme subsidiepotten worden gevestigd door grote investeringsmaatschappijen en energie-reuzen. Geld van de belastingbetaler.

We moeten stoppen met de Europese zeeën te vervuilen met dure windturbines en in plaats daarvan inzetten op schone, betaalbare en betrouwbare kernenergie. Ik ben dan ook blij dat kernenergie door de Commissie is erkend als groene investering, want dat is de enige betrouwbare oplossing. Europa heeft geen strategie voor hernieuwbare offshore-energie nodig, maar wel een kernenergiestrategie!

Jerzy Buzek (PPE). – Pani Przewodnicząca! Dziękuję również Pani Komisarz za wypowiedź w imieniu Komisji, ale przede wszystkim gratuluję koledze Mortenowi Petersenowi za bardzo dobre sprawozdanie w sprawie naprawę kluczowej dla Unii Europejskiej z dwóch powodów.

Po pierwsze, mamy realizację celów: 55% do 2030 r. i neutralności klimatycznej do 2050 r. razem z bezpieczeństwem energetycznym. A przecież wiatr to jest nasz własny surowiec energetyczny. Dlatego należy w pełni wykorzystać potencjał wszystkich europejskich mórz. Cieszy, że wymieniono także Morze Bałtyckie. Nad tym morzem leży bowiem aż osiem krajów Unii.

Po drugie, bardzo ważna jest zrównoważona niebieska gospodarka, czyli energetyka morska, zielona reindustrializacja. W niektórych gałęziach gospodarki, przemyśle energochłonnym nie można obniżyć emisji bez czystego wodoru, a wystarczającej ilości czystego wodoru na pewno nie będzie bez instalacji offshore. Potrzebne są zatem innowacje i nowe technologie, programy ramowe, pieniądze oczywiście – 800 mld euro w skali Unii – i równe traktowanie wszystkich inwestorów w krajach członkowskich. Ten ostatni aspekt jest bardzo ważny. Bez przejrzystych i niedyskryminacyjnych zasad gry dla każdego nie wykorzystamy w pełni potencjału morskiej energetyki odnawialnej, a przede wszystkim nie zmniejszymy rachunków za energię dla naszych obywateli.

Robert Hajšel (S&D). – Madam President, the EU strategy for offshore renewable energy is an opportunity to support investments, and the EU has the potential to be a global leader in this sector.

We have to make sure that the deployment and investments in offshore renewable energy will be cost effective. Member States should mobilise funds also from the Recovery and Resilience Facility, and investment from Horizon Europe should support the research and development of new technologies. We need to safeguard our climate and energy but also the diversity of targets, which is crucial for balance between large-scale deployment of offshore and the protection of biodiversity. We need co-existence between both.

Fossil fuels and especially fossil subsidies should be phased out as soon as possible, but the different starting positions as well as the different potential of Member States to produce renewable energy should be respected. In this context, it is fair also to allow at least some Member States to use decarbonised gas and nuclear energy for a very, I would say, transitional period under very strict emissions and safety requirements.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Cara Presidente, cara Comissária, caros Colegas, a energia offshore, do vento às ondas, é muito promissora. Devemos acautelar os seus impactos indesejáveis, nomeadamente, na pesca, na aquicultura, nos ecossistemas e na biodiversidade. No entanto, não há dúvidas sobre o seu potencial, em particular para as Regiões Ultraperiféricas.

Na União Europeia temos já projetos inovadores envolvendo estas tecnologias e Portugal, o meu país, tem estado na linha da frente, mas precisamos de ações específicas no sentido de uma integração plena e tecnologicamente neutra de todas as fontes e vetores da energia. Precisamos, ainda, de investir em investigação científica e na inovação, para atingirmos os nossos objetivos de neutralidade climática, e isto é ainda mais importante à luz da escalada dos preços da energia.

A revisão da Diretiva das Energias Renováveis é também uma oportunidade para acelerar o desenvolvimento de tecnologias offshore em fase inicial e dar as orientações mais claras às empresas e aos investidores. O mecanismo de incentivo ao investimento, com metas específicas para tecnologias mais inovadoras, seria, por exemplo, um passo importante nesse sentido.

Marek Paweł Balt (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Najpierw chciałbym podziękować wszystkim za pracę nad tym ważnym sprawozdaniem. Cieszę się, że uwzględniono w nim oczekiwania dotyczące osiągnięcia naszych ambitnych celów klimatycznych poprzez wsparcie budowy większej ilości oraz różnych typów przybrzeżnych farm wiatrowych. Oczekuję od Komisji udzielenia znaczącej pomocy przy realizacji tych planów dla krajów takich jak Polska, które nie mają jeszcze doświadczenia z budową wież wiatrowych na wodach przybrzeżnych.

Uważam, że większe wsparcie Komisji Europejskiej może spowodować uzyskanie potrzebnych nawet 450 gigawatów dla osiągnięcia neutralności klimatycznej do 2050 roku. Istotne jest również, aby przy realizacji poszczególnych projektów hybrydowych Komisja dopilnowała uwzględnienia nieuchronnego wzrostu poziomu wody w morzach i oceanach w średniej i długiej perspektywie, tak aby infrastruktura energetyczna, która będzie budowana, była bezpieczna i mogła służyć kolejnym generacjom wież wiatrowych.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Επίτροπε Simson, η σημερινή συζήτηση με θέμα τις υπεράκτιες ανανεώσιμες πηγές ενέργειας γίνεται σε μια στιγμή που η ενεργειακή αυτονομία της Ευρώπης εξελίσσεται σε υπαρκτό ζήτημα και υπαρκτό παράμετρο. Η επίτευξη του στόχου παραγωγής από υπεράκτιες ανανεώσιμες πηγές ενέργειας 60 GW έως το 2030 και 340 GW έως το 2050 απαιτεί συντονισμένες ενέργειες σε ευρωπαϊκό επίπεδο, απλοποίηση του αδειοδοτικού και ρυθμιστικού πλαισίου. Απαιτεί, όμως, πρωτίστως να υπάρχουν οι απαραίτητες υποδομές και να υπάρξει η δημόσια αποδοχή και συναίνεση για τη δημιουργία των υπεράκτιων αιολικών πάρκων που θα περιλαμβάνει και τη συμμετοχή τοπικών επενδυτικών σχημάτων. Ένας από τους λόγους που υπάρχει σοβαρότατη αντίδραση σε διάφορες περιοχές είναι το ζήτημα της ορθής χωροθέτησης υπεράκτιων αιολικών πάρκων και για τον λόγο αυτόν, η προϋπόθεση αυτή πρέπει να μας απασχολήσει όλους.

Στη Μεσόγειο, που είμαστε μια πολλαπλά υποσχόμενη τοποθεσία, δεν έχουμε εξαντλήσει τις δυνατότητές μας. Οι καλές πρακτικές που έρχονται κυρίως από τη Βόρεια Θάλασσα θα μπορούσαν να βοηθήσουν σε αυτή την κατεύθυνση. Θα μπορούσαμε, επίσης, να αναπτύξουμε το δυναμικό των υπεράκτιων ανανεώσιμων πηγών ενέργειας με καταλληλότερες διαδικασίες θαλάσσιου χωροταξικού σχεδιασμού, με τη συμμετοχή στη διαβούλευση των τοπικών κοινωνιών, με την επιτάχυνση της χρηματοδότησης της έρευνας και της ανάπτυξης στις καινοτόμες τεχνολογίες, όπως είναι οι πλωτές εγκαταστάσεις υπεράκτιας αιολικής, ηλιακής, κλιματικής και παλιρροϊκής ενέργειας, και η παραγωγή πράσινου υδρογόνου.

Κυρία Επίτροπε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, χρειαζόμαστε 800 δισεκατομμύρια ευρώ σε ανανεώσιμες πηγές ενέργειας στις υπεράκτιες εγκαταστάσεις, προκειμένου να καλύψουμε το ευρωπαϊκό κενό. Είμαστε μπροστά σε ένα στοίχημα που οφείλουμε να κερδίσουμε για τη στρατηγική αυτονομία της Ευρώπης, μέρες που είναι.

Kadri Simson, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for their valuable interventions.

Honourable Members, I welcome your positive remarks, acknowledging the strong contribution of offshore renewable energy to meeting our climate and energy goals, helping address the energy price crisis and supporting the recovery by creating new local jobs.

I also welcome the points on how to improve our work going forward. Your remarks are valid and the Commission will take them into account as we move on with our work on accelerating the deployment of offshore renewable energy. You are encouraging the Commission to move forward with new and concrete measures. We are committed to doing exactly that.

You referred to the need for the acceleration of offshore deployment. As I mentioned earlier in my introductory remarks, there will be guidance for Member States that aims exactly at easing their administrative process and sharing best practices, helping to speed up the renewables deployment.

I welcome the report and take it as an encouragement for the Commission to continue and identify its actions, and I hope that we can count on this House's full support in tackling them in order to create the huge acceleration in offshore renewable energy that we need in the coming years.

Morten Petersen, Ordfører. – Fru formand! Tak kolleger, tak kommissær Simpson. Tak for debatten her i aften. Det glæder mig, at der har været så bred opbakning, så bred politisk forankring til dette vigtige emne. For det er utroligt vigtigt, at der virkelig er et bredt funderet ejerskab til det med at sætte turbo på udbygningen af havvind.

Et par enkelte nedslag fra debatten: Jeg synes, kommissæren beskriver det fuldstændig rigtigt i forhold til, at EU vitterligt er verdens førende på dette område, at EU er et »powerhouse«. Og jeg tror, at det er vigtigt, at vi også understreger de industrielle perspektiver, der er forbundet med dette i forhold til skabelse af jobs i Europa, hvis vi bliver ved med at holde fast i de fordele, vi vitterligt har på dette område. Men det kræver jo, at vi handler. Det kræver, at vi ikke bare hviler på laurbærrene. Much needs to be done, tror jeg, Kommissæren sagde. Det vil jeg også gerne gøre til mine ord.

Så var det et fælles træk i debatten, at tempoet skal op, at vi simpelthen er nødt til at øge ambitionerne, hvis vi skal leve op til vores egne handlingsplaner og strategier på området. Det betyder så, at vi nu skal koncentrere os om at få implementeret i lovgivningen alle de ord og bemærkninger, som er faldet her i aften, og som betænkningen er udtryk for. Må jeg i øvrigt tilføje, at jeg også synes, der var mange af ordførerne, der havde rigtig godt fat i bemærkningerne omkring det med autonomi, at i fald vi lykkes med at bygge ud med vedvarende energi i det tempo, vi gerne vil, så øger vi vores autonomi. Så gør vi os uafhængige af sheikerne i Mellemøsten og af Putins jerngreb i forhold til at bruge energi som våben. Så what's not to like? Det er om at komme i gang. Lad os få udbygget med vedvarende energi. Lad os få hævet energieffektiviseringen. Det gør Europa mere uafhængig af omverdenen, når vi på den måde kan nedbringe importen fra tredjelande. Og til allersidst: Jeg glæder mig til at føre strategien ud i livet. Det haster.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 15. Februar 2022, statt.

23. Bewertung der Umsetzung von Artikel 50 EUV (kurze Darstellung)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Danuta Maria Hübner über die Bewertung der Umsetzung von Artikel 50 EUV (2020/2136(INI)) (A9-0357/2021).

Wir haben Probleme mit dem Ton, Augenblick.

Danuta, we will have to go to the next speaker because we have a technical issue. I'm sorry, but we will come back to you.

The alternative is that maybe the Commissioner takes the floor first. Would that be OK for you?

Kadri Simson, Member of the Commission. – Madam President, first of all, I would like to congratulate you, Ms Hübner and the honourable Members of this House, on the adoption of this excellent report. The Commission fully agrees with most of its findings. The report provides a comprehensive assessment of the way that Article 50 of the Treaty on the European Union was interpreted and applied for the first time ever in the context of the UK's withdrawal from the European Union.

For the European Union, for all of us, the UK's decision to leave the European Union triggered an entirely novel process and posed an unprecedented challenge, one which we from the very beginning pursued with the utmost sincerity and resolved to bring to a conclusion in an orderly manner, not least because the withdrawal had a severe impact on the lives of millions of citizens and we owed it to them to ensure legal certainty.

While we continue to regret the UK's decision to leave, we can attest that Article 50 has met its objectives of preserving the sovereign right of a Member State to withdraw from the European Union. Though not without challenges, it enabled an orderly withdrawal.

Even though Article 50 did not specify some aspects of the procedure, through deep reflection, as well as the highest level of interinstitutional coordination and transparency in the negotiations, the interpretation and implementation of Article 50 have proven to uphold the common values and goals that make up the foundation of the Union – particularly democracy, freedom and the rule of law.

The provisions of Article 50 on the notification and extension of the period have also proven sufficiently flexible to respond to the political challenges posed by the succession of the UK Government. During the process, unity and solidarity among the EU institutions and among Member States reigned.

We negotiated with the UK as one Union, one family. It was unprecedented and remarkable, and it contributed majorly to the successful conclusion of the negotiations. This unity now also provides a solid foundation for the implementation of the Withdrawal Agreement following our continued resolve to put peace and people above everything else. To protect citizens rights, to address the unique circumstances of the island of Ireland, to safeguard the Good Friday Agreement in all its dimensions, to protect the single market and to respect the integrity of the Union's legal order.

In this respect, I would like to thank the European Parliament for the excellent cooperation, its key role in representing EU citizens and commend all of you for the important work you have done.

As the report correctly points out, the article has shortcomings. It is silent on several issues. While we hope that we will not find ourselves in a situation in which Article 50 has to be applied in the future, we would take the lessons learnt from the past process and appropriately reflect upon them if the need arises.

Overall, the interpretation and application of Article 50 provided legal stability with minimal disruption and led to an orderly withdrawal, while achieving the core goal of protecting the integrity and interests of the European Union, its citizens and its Member States. Indeed, while the Article 50 process has been concluded, the unbinding of EU membership and implementation of the Withdrawal Agreement is a long-term process. The Commission appreciates that the Parliament continues to play its important role in the monitoring of the implementation of the Withdrawal Agreement and we will continue our excellent cooperation and keep the Parliament informed.

President. – Unfortunately, the technical issue with the studio in Brussels could not be fixed so we cannot switch over to Danuta Hübner yet. We will have to continue with the next report.

(The short presentation was suspended)

24. Umsetzung der Sechsten Mehrwertsteuerrichtlinie (kurze Darstellung)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Olivier Chastel über das Thema „Umsetzung der Sechsten Mehrwertsteuerrichtlinie: Was fehlt, um die Mehrwertsteuerlücke in der Union zu verringern?“ (2020/2263(INI)) (A9-0355/2021).

Olivier Chastel, rapporteur. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, mon objectif ici en tant que rapporteur était de lancer un message fort afin de mettre fin au régime transitoire, source de failles creusant toujours davantage l'écart de TVA. Je veux remercier les rapporteurs fictifs pour leur collaboration. Ce rapport a été voté en commission ECON à une large majorité, montrant ainsi un front uni pour proposer des solutions à des questions restées en suspens depuis plus de quatre ans. Ce rapport de mise en œuvre porte en effet sur des problématiques particulièrement sensibles, qui touchent à la fois aux politiques des États membres, à l'efficacité du marché intérieur, à la transition numérique et environnementale et au bien-être de nos concitoyens.

Si l'écart de TVA dans l'Union est passé de 20 % en 2009 à 10 % en 2019, il varie considérablement d'un État membre à l'autre, ce qui nuit au budget de l'Union, aux entreprises et aux citoyens européens. À ce premier élément s'ajoutent l'ampleur des différences des taux standards entre les États membres et la multitude des taux réduits et spéciaux. Cette complexité est source d'opacité, de coûts de conformité, d'erreurs, mais aussi de fraudes. Elle limite fortement la cohérence et l'interopérabilité du système de TVA et fait perdre à l'Union quelque 134 milliards d'euros en 2019.

C'est pourquoi notre rapport propose plusieurs options stratégiques. Nous proposons tout d'abord d'identifier les bonnes pratiques existant au niveau national afin de les appliquer à une réforme à l'échelle européenne. Nous estimons ensuite indispensable de procéder à un examen minutieux des taux réduits et des taux spéciaux afin de réduire le coût de conformité et de moderniser et rationaliser le système fiscal dans un souci de cohérence. Nous estimons aussi que, si la pandémie a catalysé le développement de la numérisation pour toutes les transactions, il faut encore garantir la transparence, la responsabilité et la déclaration automatisée, indispensables pour un régime de TVA définitif, simplifié et pérenne.

Toutefois, la Commission doit aussi soutenir nos PME dans l'acquisition des technologies et du savoir-faire. En outre, nos entreprises ont urgemment besoin que la base de données «Impôts en Europe» soit pleinement opérationnelle et propose un accès rapide, actualisé et précis aux informations pertinentes sur la mise en œuvre du système de TVA dans les États membres, en particulier sur l'ensemble des taux de TVA standards et inférieurs.

Enfin, nous proposons d'accompagner la transition climatique en faisant sortir progressivement de la liste des dérogations aux taux standards les produits nocifs, mais aussi ceux qui sont hautement polluants. Un tel retrait progressif devra inclure des mesures de compensation et des taux réduits sur les produits de première nécessité, afin de venir en aide aux ménages à bas revenus.

Le 7 décembre dernier, les ministres de l'Ecofin ont approuvé la réforme tant attendue de la directive relative aux taux de TVA. Cette réforme prévoit, comme le souhaitait le Parlement, ce retrait progressif des combustibles fossiles ou des produits nuisibles à l'environnement ainsi qu'une accélération de la numérisation. Elle ne veut laisser personne au bord du chemin.

Il appartiendra donc aux États membres de l'Union européenne de garantir un juste équilibre entre le respect des taux standards et les dérogations admises, mais aussi d'éviter d'éroder l'assiette fiscale lorsqu'ils utiliseront les nouveaux taux réduits de TVA.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, billions of euros in VAT revenues are still lost every year in the EU.

A Commission study estimated the VAT gap, measured as the difference between VAT revenues and the revenues actually collected in EU Member States, at EUR 134 billion in 2019 alone. The report is thus very much welcomed, and we will totally take it into account in our actions to fight against VAT fraud and evasion.

As you rightfully state, there is a need to increase the transparency and robustness of VAT gap estimates. The Commission intends to work with national administrations to produce more targeted analyses of the components and reasons for the VAT gap at a national and EU level.

The idea would be to segment the overall VAT gap into separate elements that could be quantified and further analysed. I can also confirm that expert groups composed of experts from national administrations are meeting regularly to exchange good practices and improve a harmonised methodological approach as regards the analysis of the VAT gap.

I can also underline the collective work and achievements of EU Member States with the support and involvement of the Commission in the framework of the European multidisciplinary platform against criminal threats and its operational action plan, designed to disrupt the capacity of criminal networks and individual criminal entrepreneurs involved in missing trader intra community fraud.

As concerns the definitive system of VAT, I would like to underline that the Commission remains committed to its proposal. However, discussions in the Council have shown that a significant number of Member States have concerns on this proposal. The Commission stands ready to further support Council discussions in addressing these concerns. Further measures will also be put forward in order to strengthen the VAT system in the future.

As announced in the 2020 action plan for fair and simple taxation supporting the recovery, the Commission plans to adopt a proposal in the second half of 2022 concerning the VAT in the digital age package. One of the elements in this proposal will be taking advantage of digital technologies and policies to modernise VAT reporting obligations. It will in particular consider the implementation of real-time and transaction-based information, including on cross-border transactions.

The use of digital technologies and policies will not only reinforce the fight against VAT fraud and collection, but also reduce the VAT administrative burden and compliance costs. Digital reporting requirements have helped reduce the VAT gap in those Member States that have introduced them. The implementation of an EU-wide system for the reporting of transactions is thus expected to significantly contribute to the fight against VAT fraud, while also reducing the administrative burden that taxable persons operating in different Member States are facing due to the disparity of reporting obligations.

The expansion of the use of e-invoicing and the distributed ledger technology will be analysed in the framework of this initiative. The initiative will also adapt the VAT rules to new business models, in particular the platform economy.

Finally, another part of the initiative will be the single VAT registration in the EU, which will extend and further improve the newly introduced one-stop shop and import one-stop shop. This will allow businesses to supply goods and services across the entire EU without the need to have multiple VAT registrations. Registration in one Member State where the business is established will suffice.

Let me now briefly mention the proposal on the modernisation of the system of VAT rates on which negotiations in Council have concluded – the result of marathon negotiations. It shows that where there is a will there is a way, a European way forward. As you know, this proposal is important to ensure that all Member States can apply the same rules when it comes to VAT rates.

I fully agree that we need to avoid revenue erosion, and I am pleased that strong safeguards, notably a maximum number of reduced rates in a given Member State, have been agreed to that effect. A fine balance has been achieved, ensuring equal treatment of Member States without proliferation of lower rates, which would be harmful to fiscal consolidation in the post-COVID-19 era.

The new rules will also be aligned with our new health and environmental priorities, as well as better adapted to the digital transition. The European Parliament is being re-consulted on this proposal, given that the Council has introduced substantial changes and I look forward to hearing your position. I would like to conclude by thanking you once again for the excellent suggestions in your report and to assure you that the Commission is committed to using all the means at its disposal to continue fighting VAT fraud and evasion.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 15. Februar 2022, statt.

25. Bewertung der Umsetzung von Artikel 50 EUV (Fortsetzung der kurzen Darstellung)

(Die kurze Darstellung ist wieder aufgenommen)

Danuta Maria Hübner, rapporteur. – Madam President, Madam Commissioner, thank you for your comments on Article 50. Now I will present my comments. As you know, Brexit has been an unprecedented process with undeniable political, legal, economic and social consequences. And all European institutions, including the European Parliament, have expressed regret regarding the UK decision, but we respected it.

We were strongly convinced that the withdrawal of the UK without an agreement would have dramatic negative consequences, and we felt responsible for ensuring the accomplishment of this process in the best interests of the Union and its citizens.

The cross-cutting legal dimension of the whole process with Article 50 as its core was fundamental. This is an implementation report that specifically looks at one article and assesses its operation from the constitutional and institutional perspective, informing the plenary how Article 50 of the Treaty on European Union was implemented in the framework of EU law as a whole.

First and foremost, I would like to thank everybody who, in the course of the work on this report, helped preserve the institutional memory of the process of implementing Article 50: the shadows and opinion-givers, but also all colleagues of AFCO, both in the previous and current legislatures; the AFCO Secretariat, all those who provided scholarly input and the Parliamentary Legal Service.

The report assesses the way the provisions of Article 50 were interpreted and applied and the way procedures of the withdrawal were organised and conducted under those provisions. The implementation of Article 50 allowed to draw lessons for and reflect on the constitutional order and institutional organisation of the Union. As an exit clause, Article 50 provides rules allowing the withdrawal to take place within the EU legal order, protects fundamentals of the integration process and preserves the interests of the Union. And this test, the article has passed successfully.

Its implementation allowed to set out the terms for orderly withdrawal and for disentangling the UK from rights and obligations undertaken as a Member State. The implementation of the article required, however, additional tools to be deployed, going beyond the letter of the article, leading to an active role played by politics.

Indeed, Article 50 deals with a confluence of the constitutional and institutional aspects of the process and the role of political constraints. This political component played an important role in protecting the rights of millions of EU citizens in the UK and UK nationals in the EU, and taking into account the special circumstances confronting the island of Ireland.

The main guiding political documents were an outcome of high-quality and responsible cooperation between European institutions. Acting in the interest of the Union, they identified core constitutional principles for the process, enriching the EU constitutional identity. During the implementation of Article 50, those principles played the role the Copenhagen Criteria play in case of enlargement, which is protecting EU interests.

In short, the core principles ensured that, while changing its membership, the Union could preserve constitutional integrity and autonomy of decision-making. Article 50, supported by Article 218, proved to be an empowering legal provision.

Let me can conclude, pointing to the fact that Article 50 involves, as well, the preparation of the post-exit relationship. It implies that negotiated orderly withdrawal gives a chance for a post-exit voluntary partnership. So Article 50, one can say, in combination with Article 8, can provide an integration-friendly outcome.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 15. Februar 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Guido Reil (ID), schriftlich. – Sich mit der Umsetzung von Artikel 50 der EU-Verträge zu beschäftigen, ist eine hervorragende Gelegenheit, um daran zu erinnern, wie Sie die Briten aus der EU getrieben haben. Die Briten haben keineswegs aus dem Blauen heraus entschieden, dass sie es mal wieder alleine probieren sollten, sondern Sie haben die Briten vergault – mit Ihrer Intoleranz und mit Ihrer unerfreulichen Tendenz, alles über einen Kamm zu scheren. Sie haben es nicht ertragen, dass die Briten ein anderes Europa wollten als Sie. So wie Sie es jetzt nicht ertragen, dass die Polen und die Ungarn ein anderes Europa wollen. Aber anstatt dass Sie etwas aus dem Brexit gelernt hätten, machen Sie genau so weiter wie zuvor und verstärken sogar noch Ihren destruktiven Kurs: Mit Ihrem aktuellen Vorgehen gegen Ungarn und Polen versuchen Sie, die demokratischen Verfassungen dieser beiden Mitgliedstaaten auszuhebeln und stellen sich provokant über den Willen dieser beiden Länder, so wie Sie sich über den Willen Deutschlands gestellt haben, als Sie gegen die Bundesrepublik wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Anleihenkauf-Programm der EZB ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet haben. Sie überschreiten Ihre Kompetenzen und stellen das Haus der EU auf den Kopf.

László Trócsányi (NI), írásban. – Két év telt el azóta, hogy az Egyesült Királyság elhagyta az Európai Uniót. A brit nép szuverén döntését sajnálattal vettük tudomásul, fontolgtatva, hogy mi vezetett ide, mit tehettünk volna jobban ahhoz, hogy a kilépést elkerüljük. Az önvizsgálatra jó alkalommal szolgálhatna az Európa Jövőjéről szóló Konferencia, ha őszinte tükörbenzés lenne és minden véleményt meghallgatna. Az Európai Unióból való kilépés a tagállamok szuverenitásukból fakadó joga, a kilépési eljárás egyes jogi vonatkozásait, a felmerült problémákat azonban hasznos áttekinteni, elemezni, azokból következtetéseket levonni.

A tárgyalat jelentés sajnálatos módon a tárgyalagos elemzés helyett szükségtelenül megbélyegezi az Egyesült Királyságot. Valós következtetések megfogalmazása helyett a centralizációt sulykolja, és öncélú szerződésmódosításokra tenne javaslatot. A jelentéstervezet súlyos jogi hibákat is tartalmaz. A tervezet az Unió alkotmányos identitásának elemeit boncolgatja, holott az Európai Unió – szemben a tagállamokkal – nem állam, így nem rendelkezik alkotmánnyal és ebből kifolyólag nem rendelkezhet alkotmányos identitással sem.

A kilépési értesítés kapcsán a jelentés olyan – az Európai Unió Bírósága által nem osztott – elfogult értelmezést vázol fel, amely nem összeegyeztethető az uniós joggal. A 21. századi kihívások megoldásához az Európai Uniónak – a megbélyegző nyelvezetű jelentések elfogadása helyett – partnerként és szövetségesként kell az Egyesült Királyságra tekintenie.

26. Auswirkungen der einzelstaatlichen Steuerreformen auf die Wirtschaft in der EU (kurze Darstellung)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Markus Ferber über die Auswirkungen der einzelstaatlichen Steuerreformen auf die Wirtschaft in der EU (2021/2074(INI)) (A9-0348/2021).

Lídia Pereira, relatora suplente. – Senhora Presidente, a fiscalidade está na ordem do dia. Há poucas dimensões da soberania de um país que dizem tanto da relação entre Estado e cidadãos. Que impostos pagamos? Quanto pagamos? Como pagamos? E estas são as primeiras perguntas que nos ocorrem, olhando para nós próprios. E, quando olhamos para os nossos países, surgem-nos outras: que carga fiscal é justa para os cidadãos? Que nível de impostos é adequado para promover o crescimento económico e a competitividade das empresas? Como combatemos, de forma eficaz, a fraude e a evasão fiscais?

Se estas perguntas são essenciais para os cidadãos, as respostas são fundamentais para os Estados. Numa economia cada vez mais globalizada, digitalizada e integrada, os desafios que se colocam à política fiscal são cada vez mais exigentes e mais complexos. E a União é uma plataforma privilegiada para o debate e para a cooperação entre Estados-Membros. Mas a nossa União conhece muitas realidades diferentes. Enquanto uns Estados apostam na libertação de recursos para cidadãos e empresas, outros países espartilham os contribuintes com cargas fiscais exageradas. Não poucas vezes, esses países que sobrecarregam os seus contribuintes são os mais avessos a reformas na fiscalidade e, na verdade, a verdadeiras reformas económicas amigas do crescimento e do emprego.

Em matéria de impostos, fica clara a ideia de cada um sobre o papel do Estado. E a escolha é esta: ou um Estado gigante que se alimenta da sobrecarga fiscal que impõe aos seus contribuintes, ou um Estado suficiente que confia na iniciativa dos seus cidadãos e na inovação das suas empresas. Este relatório, que resulta de um trabalho notável do nosso colega Markus Ferber, surge na hora certa, quando nos preparamos para debater e decidir sobre importantes mudanças na fiscalidade das empresas, no seguimento do acordo internacional alcançado ao nível da OCDE. E parte de um pressuposto evidente: as reformas na fiscalidade têm um impacto significativo na economia dos Estados. E o que é que isso significa para nós, na nossa União?

Em primeiro lugar, que, quando falamos de fiscalidade, o poder soberano reside nos Estados-Membros e a União tem poderes legislativos limitados, concentrando-se mais num papel de coordenação. Mas esse papel de coordenação é essencial num contexto de um mercado interno aberto. Quando as políticas fiscais são mal coordenadas, as pequenas e médias empresas são as primeiras vítimas, porque não têm condições para ter departamentos legais ou de *compliance* tão grandes como a complexidade de 27 sistemas diferentes exige. E uma má coordenação abre também as portas a oportunidades para a fraude, a evasão ou o planeamento fiscal agressivo.

Este contexto demonstra a necessidade de termos uma Comissão empenhada na liderança desta cooperação. E em que áreas? Na harmonização das bases tributárias, sem receio de abordar a questão do viés do endividamento nas finanças empresariais, na criação de um contexto claro para os incentivos fiscais à investigação e desenvolvimento, e no lançamento de um painel de avaliação e comparação das políticas fiscais nacionais para a promoção de boas práticas. Estes são três exemplos claros do que aqui pedimos à Comissão Europeia.

Avancemos, pois, com confiança e empenho para as reformas de que os nossos Estados precisam e os nossos contribuintes exigem.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Madam President, first let me thank the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) for its own-initiative report on the impact of national tax reforms on the EU economy.

The committee rightly points to those challenges and complexities arising from a policy area which remains largely a responsibility of the Member States. While there are good reasons for that, as Member States are often best placed to take tax policy measures fit for the structure of their economy, it also bears risks in terms of fragmentation and disruption in the functioning of our single market.

In a context of close economic integration and deep interdependency, uncoordinated tax policies can lead to harmful tax practices and unfair tax competition, to the detriment of Member States' tax bases. They may also lead to double taxation or non-taxation, legal uncertainty and red tape, therefore discouraging cross-border activities and investment.

The report therefore calls for the right balance to be found in terms of coordination of national tax policies, and for a certain level of harmonisation to further strengthen single market integration and prevent tax base erosion. In particular, it provides useful recommendations in support of our EU tax priorities from the implementation of the global agreement on corporate taxation to the adoption of an ambitious EU business tax framework fit for the decades to come.

Let me dive into some of the new initiatives you mentioned in the report. The global agreement to reform international corporate taxation that was endorsed last year by G20 world leaders is historic, and the Commission is moving quickly to implement it at EU level. We have collectively committed to an implementation roadmap. The Pillar One and Pillar Two rules are due to come into effect in 2023. We already tabled on 22 December a proposal for an EU directive on implementing minimum taxation, known as Pillar Two. It will put a floor on excessive tax competition between jurisdictions, thus contributing to both fair taxation and to a sound business environment.

A proposal for a directive implementing Pillar One, dealing with a reallocation of taxing rights, is planned to be tabled in the course of this year to allow for the work to be finalised at the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).

The implementation of the two pillars of the global agreement by 2023 will ensure that our tax system reflects the new reality of our economies and allows for a level playing field between all business models where all companies, including digital ones, pay their fair share of taxes in the right place.

As you will have noted, the digital levy remains on hold. The Commission considers the implementation of the OECD global agreement to be a key priority in the area of corporate taxation. The Commission has proposed last December an own resource that builds on Pillar One of the OECD agreement, and your report rightly calls for the debt bias in the corporate tax system to be addressed. The current debt bias induced by most EU tax systems not only leads to higher debt levels, which make companies more fragile and economies more vulnerable to crisis, it also discourages equity financing, which is crucial for innovation.

In the coming months, the Commission is planning to come forward with an initiative to help redress the current debt bias with a view to ensuring a better balance between the treatment of debt and equity for tax purposes. The initiative will help to develop a well-functioning capital markets union and supporting the re-equitisation of EU companies. This measure is only a starting point for a comprehensive reform of our EU business tax system. In 2023, as you know, the Commission will put forward a proposal that will move the EU towards a common tax rulebook, the 'Business in Europe: Framework for Income Taxation'.

Commissioner Gentiloni's services are currently at the stage of reflection and are consulting widely with stakeholders in order to properly frame the new challenges and assess which aspects of current corporate tax systems require reforms. Your contribution will be particularly valuable in this regard. The tax symposium that DG TAXUD will be organising during the second half of the year will include an important series of events for our benefit and will serve as an excellent opportunity to determine our way forward and an ambitious timeframe.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 15. Februar 2022, statt.

27. Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der COVID-19-Krise (kurze Darstellung)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die kurze Darstellung des Berichts von Katalin Cseh über die Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der COVID-19-Krise (2021/2075(INI)) (A9-0352/2021).

Katalin Cseh, rapporteur. – Madam President, since the start of the COVID-19 pandemic, our cities have been fighting for survival. They had no other choice but to face high rates of infection, dwindling economic activity and very rapidly exacerbating social inequalities.

We have also seen them showing leadership in managing the crisis on the front lines, helping to limit the spread of the coronavirus and mitigating its impact on the ground. And when we all thought that things could not get any worse, they did, at least in Hungary. Prime Minister Orbán has used the coronavirus response effort just as a pretext to take funding away from cities and towns. And why? What is the reason? It's very simple because many of them had the audacity to elect opposition mayors.

A colleague of mine is deputy mayor in charge of development of Szeged, the third largest city in Hungary, and he very regularly tells me that the government does not give any access to meaningful documentation about EU development aid, let alone consult him about the needs of his constituents. And mayors all across Hungary tell us just the same. They are ringing the alarm bell that EU funds are used as a political weapon to starve independent institutions of their financial resources.

Now, why am I telling you about these examples right now? Because I believe that engaging local stakeholders is the only guarantee to ensure this crisis relief reaches those communities who need it the most. In our report, we urge the Commission to make direct funding opportunities available to local and regional authorities and thus creating a powerful instrument that will enable the fight against political favouritism.

And in light of the upcoming ECJ ruling about the application of the rule of law conditionality mechanism, I believe direct funding is more crucial than ever because cities should never have to pay the price of the wrongdoing of governments. They are not responsible for that. Renew Europe has been calling for directly accessible EU funding to be part of the conditionality mechanism since day one. Now it's time to make it happen.

While working on this report, my aim was to prepare a general set of recommendations, addressing some of the most serious challenges that the urban areas are expected to face in the post-COVID-19 era. And while lack of proper funding, I believe, is one of the biggest ones, the list is not exhaustive, so I am only going to mention a few other points.

Let's note that more than 75% of Europeans live in urban areas and thus face very specific urban challenges, such as the lack of affordable housing, the risk of social exclusion, the increasing climate-related disasters, the deepening digital divide and also the growing gender inequalities. Because in addition to health risks, women are more vulnerable to the economic risks that are also associated with the COVID-19 pandemic, and they could find themselves further behind when the crisis ends. And while social distancing measures were necessary strategies to curb the spread of the virus, staying at home has put many women at risk of domestic violence, without an adequate network of support. And how could direct funding help cities to address this? They could use the money to support helplines for domestic violence victims or strengthen the care sector or support women to learn digital skills.

Cities can help us face these challenges, but first, we need to rethink and reform our existing structures because neither the pandemic emergency nor the future threats will limit themselves to our legal boundaries. So let's be brave, and let's move forward.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Madam President, dear Vice-President, honourable Members, dear rapporteur Katalin Cseh, it appears Europe's cities are on the front lines: on the front lines of the current health and economic crises, on the front lines of the recovery, and key foot soldiers in the coming green and digital revolution. So this report is timely and valuable. My thanks to the Parliament and the rapporteur.

We agree with you on the importance of digital transformation and that smart city strategies can help us create more inclusive cities, especially in an increasingly digitalised world. Today, two in three people living in cities have access to high-speed broadband, as the Eighth Cohesion Report states. We must ensure that, when it comes to digital public services – education, administration, for example – there is also wide access to such digital services and that no one is excluded. So we very much agree, too, on the importance of inclusiveness. This is deeply rooted in cohesion policy through the partnership principle – local actors helping to design and deliver local projects.

As regards direct support, cities under the 2021-27 Cohesion Programme period, 8% of the European Regional Development Fund, so around EUR 17 billion, are ringfenced for sustainable urban development projects selected by the cities themselves. And our new European Urban Initiative will finance experiments in making urban development more sustainable and more participative.

We hope that the new European Powerhouse Initiative aiming for inclusiveness, sustainability and aesthetics in the places where we work and live will also be of interest to cities, and I hope that we will see cities embark on this transformational challenge as well.

In this context, I cannot speak of inclusive cities if citizens do not have quality, affordable housing. The Commission's renovation wave and the Affordable Housing Initiative will support local actors in their efforts to increase energy efficiency for a fairer transition. Inclusive cities also have high-quality public spaces that are safe. This requires good urban planning and design, urban policy for the common good, as set out in the new Leipzig Charter. As you know, we in the Commission subscribe to this charter.

We agree, too, that future cities must be sustainable. I have already mentioned the ring-fencing for sustainable urban development within cohesion policy. As you know, the EU supports cities through various other initiatives, including the Intelligent Cities Challenge, the Urban Mobility Framework, the 100 climate neutral and smart cities by 2030 mission or learning cities to ensure cities are sustainable, resilient, innovative and inclusive.

Finally, the report calls for tailor-made policy initiatives. We agree that cities cannot face these challenges alone. We must mobilise all levels of government. We welcome your reference to the urban agenda as a new model of multilevel governance. Our Europe Act programme will continue to support this with exchanges of good practice and capacity-building. The Next Cities Forum in early 2023 will mark and amplify this new wave of support for cities.

The next few years bring a once-in-a-generation investment, the combination of enhanced cohesion policy, the Recovery and Resilience Facility and other funding sources under the EU budget. Let us work together to make the most of these investments. Europe's cities have a bright future. Your report illuminates the next step.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 15. Februar 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – În calitate de responsabil din partea Grupului PPE pentru această rezoluție, am evidențiat în primul rând faptul că redresarea economică post-Covid și dezvoltarea orașelor vor fi îngreunate considerabil de creșterea prețurilor la energie.

Astfel, am solicitat Comisiei adoptarea de măsuri pentru a consolida reziliența pieței europene a energiei, pentru a reduce dependența de factorii externi și pentru a asigura energie la prețuri rezonabile. În plus, am cerut încurajarea și finanțarea de programe masive de izolare a clădirilor și de instalare de panouri solare pe acoperișuri pentru a spori autonomia energetică a clădirilor publice și private.

O bună organizare administrativ-teritorială este un pilon de bază al dezvoltării urbane și al rezilienței în perioade critice. În UE, avem numeroase orașe care nu dispun de suficiente venituri proprii pentru a-și asigura buna funcționare și nici pentru a oferi locuitorilor servicii publice de calitate. Totodată, capacitatea acestora de a atrage fonduri europene sau investiții este limitată, fiind condamnate la subdezvoltare și la depopulare pe termen lung.

Astfel, una din prioritățile mele în raportul adoptat astăzi a fost să solicit Comisiei Europene să prezinte recomandări privind organizarea și reforma administrativ-teritorială și să încurajeze statele UE să facă schimburi de bune practici în acest sens.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – Urban areas are facing a triple crisis in the wake of the pandemic: tackling the health impacts of COVID-19; dealing with the climate and ecological emergency; and addressing social and economic inequality. Despite these challenges, cities have the potential to become a major driving force for a green and just recovery in Europe – if they are actively involved in the decision-making process from the beginning. Although it is too early to know what the longer-term legacy of the pandemic will be for urban environmental sustainability, it is clear the unprecedented EUR 1.8 trillion stimulus package agreed by the EU will reshape cities in fundamental ways. The infrastructure investment will play an important role in stimulating urban economic activity after the crisis, creating an opportunity to align the recovery with climate, environmental and social equity agendas in cities. The key opportunities for a green and just recovery are found in the following sectors: rethinking urban mobility (implementing green mobility strategies and investing in green transportation infrastructure) and land use; modernising the urban building stock; enhancing the role of green infrastructure and nature-based solutions; and transforming urban food systems and the circular economy.

28. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen (Artikel 172 GO).

Sie heißen „Ausführungen von einer Minute“. Da möchte ich extra darauf hinweisen.

Ich möchte Sie außerdem darauf hinweisen, dass Sie Ihren Redebeitrag im Rahmen der Ausführungen von einer Minute von Ihrem Platz aus halten können.

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, δίνουμε μαζί πολλές μάχες για να υπερασπιστούμε τις αρχές και αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, τον ευρωπαϊκό πολιτισμό και τη δημοκρατία. Η Ευρώπη είναι λέξη ελληνική και ο μύθος της Ευρώπης είναι σύμβολο ευρωπαϊκού πολιτισμού. Η δημοκρατία γεννήθηκε στην Ελλάδα και το μνημείο της Ακρόπολης είναι παγκόσμιο σύμβολο της δημοκρατίας. Στέκομαι ενώπιόν σας ως Ελληνίδα και Ευρωπαία πολίτης με βαθύτατη συναίσθηση ότι η σημερινή ομιλία μου είναι το ελάχιστο καθήκον μου στη διαχρονική και μακροχρόνια μάχη που δίνει η πατρίδα μου για την επανένωση των γλυπτών του Παρθενώνα. Το δίκαιο αίτημα της Ελλάδας αποκτά νέα δυναμική στη βρετανική κοινή γνώμη, αλλά και διεθνώς, μετά την επιστροφή του θραύσματος της ζωφόρου του Παρθενώνα από την Ιταλία. Από την Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, εδώ όπου χτυπά η καρδιά της ευρωπαϊκής δημοκρατίας, σας ζητώ, αγαπητοί συνάδελφοι, να παλέψετε μαζί μας στη δίκαιη μάχη για αυτό το κορυφαίο σύμβολο του ευρωπαϊκού πολιτισμού και της δημοκρατίας.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisară, în ultimele săptămâni Președinția franceză a Consiliului Uniunii Europene a propus reforma spațiului Schengen și crearea unui consiliu specific după modelul zonei euro.

Înainte să discutăm despre acest lucru, este important să vorbim de extinderea spațiului Schengen, mai exact de finalizarea procesului de aderare a României la această zonă de liberă circulație. Țara noastră a îndeplinit și respectă de foarte mulți ani toate criteriile tehnice. Suntem *de facto* parte din toate mecanismele specifice spațiului Schengen, dar nu beneficiem de un tratament egal, fie că vorbim de cetățenii români sau de accesul mărfurilor din România pe piața europeană.

Nu cerem nimic cadou, solicităm doar ca normele europene și drepturile cetățenilor români să fie respectate. De aceea, am lansat campania europeană „România merită în Schengen”, prin care solicităm liderilor europeni și guvernelor naționale să voteze în acest an primirea României.

Tensiunile de la frontiera de est a Europei întăresc nevoia de a suda coeziunea Uniunii, iar aderarea României la spațiul Schengen devine esențială pentru protecția frontierelor comune și siguranța cetățenilor.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, the women of Afghanistan are asking the question, ‘Why are you starving us and our daughters in the name of women’s rights?’. This is because this is not a humanitarian crisis caused by conflict or by climate or by a natural disaster, as David Miliband told the Senate Foreign Relations Committee last week, this is a catastrophe of choice. It is as if it was designed by the western governments that first abandoned the Afghan people to the Taliban and now abandoned them to hunger and starvation.

I have written to the Minister of Foreign Affairs in Ireland to ask him to raise this issue as a priority in the European Foreign Affairs Council, and I have asked him to condemn in unambiguous terms the decision of President Biden to steal Afghan assets for the benefit of 9/11 victims. It is shameful and I would urge all MEPs to raise this with their ministries.

I was briefed by an NGO last week, and all of their female staff that they spoke to were asked if they had been victims of increased gender-based violence. All of them raised their hands, and I can’t provide them with an answer. Why are we starving them and their daughters in the name of women’s rights?

Christine Anderson (ID). – Frau Präsidentin! Weltweit gehen Millionen von Menschen auf die Straße, und wie schon 1989 in der DDR heute wieder für Freiheit und Demokratie. Und das zu Recht!

In Deutschland lässt das pauschale Verbot von Demonstrationen der maßnahmenkritischen Klientel den totalitären Anspruch auf Deutungshoheit der Staatssicherheit der DDR wiederaufleben. Bundesinnenministerin Frau Faeser twittert, man könne seine Meinung auch kundtun, ohne sich zu versammeln, und wischt dabei das garantierte Versammlungsrecht einfach beiseite. Und wenn Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mitten in Europa bedroht sind, so ist es diesem Hause nicht eine einzige Debatte wert. Wie beschämend! Ich bin jedenfalls nicht bereit, darüber zu reden, ob und wenn ja unter welchen Umständen den Bürgern ihre Freiheit zurückgegeben werden kann.

Meine Damen und Herren, über Freiheit kann man reden – oder man hat sie. Ein jeder hat daher die Freiheit, jederzeit mit wem und wo auch immer spazieren zu gehen. Spaziergänge an der frischen Luft sind außerdem gesund. Und Montagabend, so höre ich, soll man viele nette Leute treffen. Wir sehen uns beim Spaziergehen. Ich lade Sie alle ein!

Michiel Hoogeveen (ECR). – Madam President, I fear a collective laziness is creeping into this House. It is now almost two years since the European Parliament was subject to COVID restrictions. We understood the situation, however, we now see COVID on the decline, Member States getting rid of restrictions and many colleagues in national parliaments fully back to work. Not the European Parliament, where some colleagues even say, ‘I want to keep remote voting and hybrid debates’.

Madam President, a parliament is more than voting and reading out statements in front of a screen. It is about debate, about meeting our colleagues and our voters in Parliament, face to face. That is something you cannot do from the couch in your living room. According to my book, you either show up to work or you don’t. Most people in this parliament show up every day: the cleaners, the ushers, security guards and the people working in restaurants. Do you think they can say, ‘from now on, I will work remotely’? They cannot. Nor can we. So, President Metsola, I call on you: let’s get back to work.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, em Portugal vive-se numa situação preocupante de seca meteorológica desde novembro. Antevêem-se consequências diversas, desde o abastecimento para o consumo humano à produção agrícola ou produção de energia hidroelétrica. O impacto nas explorações agrícolas em várias regiões do país coloca a necessidade de recurso à rega, com o inevitável aumento dos custos de produção, no quadro da subida de outros fatores, como a energia e os combustíveis, e do esmagamento dos preços à produção e redução de rendimentos.

No imediato, são necessárias medidas e apoios aos setores afetados, nomeadamente à pequena e média agricultura. Mas não bastam medidas de mitigação. São necessárias medidas de prevenção que contemplem meios para o reforço da capacidade de armazenamento de água, a adaptação nas atividades produtivas, associada à definição de critérios de uso da água, que garantam o abastecimento público para consumo humano, a saúde pública, a preservação de rendimentos, a salvaguarda dos meios de produção e a segurança e manutenção das reservas de água.

Martin Sonneborn (NI). – Frau Präsidentin! Liebe Frau von der Leyen, anstatt uns hier in der vom Parlament angesetzten Debatte Ihr fortgesetztes Versagen bei der Durchsetzung des Rechtsstaatsmechanismus – Schutz der Demokratie in Polen und Ungarn – zu erklären, hatten Sie sich ursprünglich entschieden, lieber die Firma BioNTech in Marburg zu besuchen.

Ich lade Sie hiermit noch einmal nachdrücklich vor und weise höflich auf Artikel 45 der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen Parlament und Kommission hin. Die Kommission – das sind Sie – hat, wenn es gefordert wird, der Teilnahme an Parlamentssitzungen gegenüber konkurrierenden Veranstaltungen Vorrang einzuräumen. Das gilt auch für Volkshochschulkurse, Demokratie für Anfänger 1, Friseurtermine oder Pharmapartys. Und den nächsten Milliardenvertrag mit Pfizer können Sie doch wieder per SMS verhandeln, aber anschließend – Sie wissen schon – das Löschen nicht vergessen, Zwinker-Smileys.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, mulțumesc, în această seară am ales să vorbesc despre un subiect care domină primele pagini ale ziarelor din întreaga lume și care afectează în mod negativ viața tuturor cetățenilor.

Criza energetică din Europa a forțat fabricile de îngrășăminte să își reducă producția și a dus în mod inevitabil la creșterea prețurilor. Urmare a acestui fapt, avem costuri foarte mari pentru înființarea culturilor agricole, ceea ce duce fermierii în incapacitatea de a-și desfășura activitatea.

Creșterea prețului la energie generează scumpiri pe întregul lanț de aprovizionare, afectând în mod direct nu doar fermierii, ci și consumatorii. În acest context, atrag atenția că, în viitor, se poate ajunge la o criză alimentară severă și la o creștere inimaginabilă a prețurilor la alimente.

Uniunea Europeană, în colaborare cu statele membre, trebuie să vină cu soluții și sprijin financiar pentru fermieri. Aceștia trebuie să își poată continua activitatea și să își păstreze capacitatea de a produce alimente la prețuri accesibile pentru consumatori.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, hace ya más de tres años que acompañé a un grupo de trabajadores asturianos a la vista judicial que tenían en Róterdam por el anuncio de cierre de una planta en Asturias y también en Galicia (en el caso de Asturias, con más de 250 trabajadores). Desde entonces, hasta el presente, ha ocurrido de todo: ventas fraudulentas, nuevos propietarios sin ningún tipo de programa industrial, levantamiento de bienes... Un proceso que está en manos de la Audiencia Nacional en España. Ha sido una larga agonía y en estos momentos ya difíciles, donde parece que no hay salida, quiero mostrar desde este Parlamento el respaldo, el cariño, la cercanía a esas 250 familias de asturianos. Y también desear que Europa, que se preocupa por los trabajadores («la Europa que protege») encuentre también vías de ayuda y de apoyo a esos trabajadores.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamnă președintă, vreau să vă transmit un mesaj din partea a 400 de cetățeni de etnie maghiară din Transilvania. Eu sunt deputat român, dar sunt și ardelean, sunt și european.

Ei spun:

„Ne dorim alegeri corecte în scrutinul din Ungaria, la care mai mulți maghiari din România pot vota. Ne opunem tuturor formelor de influențare a procesului de vot și împotriva fraudei electorale.

Campaniile de instigare la ură din ultimul deceniu au afectat relațiile noastre sociale. Nu există niciun motiv de frică. Refuzăm să ne temem de Bruxelles, de George Soros, de migranți sau de minorități sexuale. Nu avem nevoie de politicieni care să ne protejeze de ei.“

Doamnelor și domnilor, maghiarii nu sunt antieuropeni, așa cum vrea domnul Orban să credeți. Ei sunt frații noștri europeni, frații mei din România sau din afara ei.

Ahogyán élek, az a hazám.

a spus Balla Zsófia. „Așa cum trăiesc, așa e patria mea.”

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! Die EU plant einen neuen EU-Migrationspakt mit schnellen Asylverfahren, neuen Zugangsrouten für Migranten, mehr Familienzusammenführung und mehr Aufnahmekapazitäten durch Umverteilung.

Das heißt: Dutzende Millionen neue Migranten bis 2040, denn auch Klimawandel und das Recht auf Abtreibung sollen zu Asylgründen werden. All das, so Frau von der Leyen, wollten die Bürger. Wirklich? Nach einer von meinen ID-Kollegen und mir in Auftrag gegebenen Umfrage weiß kaum ein Viertel der EU-Bürger von den EU-Plänen. 90 Prozent wünschen daher mehr Daten über die Kosten der Migration, und 80 Prozent der Bürger glauben, Migration gefährde die innere Sicherheit, unsere nationalen Identitäten und/oder den Sozialstaat. Kaum 16 Prozent meinen, Migration sei unbedenklich. Sind Sie hier entweder von Sinnen oder wollen Sie Europa ruinieren? Entweder, oder – zu bedauern ist beides.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, с огромно недоволствие прочетох и видях желанието на Европейската комисия да бъде гласувано в Парламента удължаването на „зеления сертификат“ за още една година. Сертификатът, който не е ефективен, който не работи, който не върши работа в тази ситуация, защото и ваксинирани, и неваксинирани, хората се разболяват, но който сертификат е дискриминационен и който унищожава и свива дребни и средни бизнеси, и който прави неравенство, и който отнема свободи. И това не ви го казва някой конспиратор, това го казва Клаус Шваб – човекът, който е председател на Световния икономически форум, и който в книгата си „Ковид-19: голямото зануляване“ (*Covid-19: The Great Reset*) прогнозира унищожаването на националните правителства, на националните държави и на средната класа.

Това прави този сертификат: унищожава бизнеси, ликвидира средната класа. Затова ви призовавам – правя формално предложение – искането на Комисията да бъде отхвърлено, да бъде гласувано срещу удължаването на този сертификат и да бъде приет документ, който да иска неговата отмяна. Защото е още по-срамно поведението на вашите любимци, като г-н Трюдо, който нарича протестиращите и тези, които се борят за свободата си, „незначително малцинство“. Откога станаха малцинствата незначителни? Нима тази зала не се бори за правото на всяка зелена еуглена да бъде зелена или червена, или жълта, или не знам си каква? Това е срам и позор, и на това трябва да бъде сложен край.

Clare Daly (The Left). – Madam President, two weeks ago, the Parliament had its big Afghan Women Day, focusing on the denial of access to education and work and, you know, it was grand to keep the focus on, and maybe it made us feel a bit better.

But, you know, you can't go to work or school if you're starving or if you're dead, and against the backdrop of the cataclysmic collapse of the Afghan economy, in a bitterly cold winter where the World Food Programme is predicting that one million children will die of starvation in two months.

Against that backdrop, the US, the world's most powerful economy, appropriates in broad daylight the resources of this, the world's poorest country, and we say nothing. EUR 7 billion in US banks belonging to the people of Afghanistan. No emergency meetings. No statements from the High Representative. No demands for international law to be upheld. No comment, even, on this colonial act of banditry. Biden's step will mean millions of Afghans suffering and dying for a crime that had nothing to do with them. It makes me sick. Shame on the US for its crimes against humanity, and shame on the EU for its complicity and silence.

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, stimați colegi, avem în prezent prețuri de patru ori mai mari și stocuri tot mai mici la energie și această criză prin care trece Uniunea Europeană a afectat în mod profund consumatorii vulnerabili, dar și economia Uniunii Europene. Tocmai de aceea cred că majoritatea statelor membre se uită cu multă speranță spre Uniunea Europeană și așteaptă soluții pragmatice și eficiente imediate.

Cred că pe termen mediu și pe termen scurt, este esențial ca Uniunea Europeană să achiziționeze stocuri de gaz pentru toate statele membre și, de asemenea, trebuie să ne gândim că tranziția spre o energie verde este esențială, dar înainte de a renunța la ceea ce avem în prezent, trebuie să fim pregătiți de acest pas, pentru a nu mai produce șocurile pe care le trăim în aceste zile, pentru că ele produc adevărate drame în rândul cetățenilor Uniunii Europene.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisară, în contextul în care trăim, când, în multe orașe din Europa, cetățenii sunt în stradă, nu puteam să aleg decât subiectul drepturilor omului și da, și drepturile copilului.

Doamnă comisară, instituțiile europene nu cred că pot să fie fericite și nu cred că pot să fie mulțumite de nivelul la care se respectă ce reglementăm. Avem reglementări legate de drepturile omului, avem reglementări legate de drepturile copilului, dar se încalcă flagrant și iată unde am ajuns!

Doamnă comisară, cred că este un moment în care trebuie toți să reflectăm cum putem să punem în aplicare ceea ce reglementăm și am să vă dau un singur exemplu. Cu ocazia pandemiei – și au mai vorbit aici colegi – multe state au îngrădit disproporționat, au încălcat regulamentul pe care noi l-am votat aici, iar din punctul de vedere al drepturilor copilului, au început să fie copii răpiți de instituții ale statului, așa cum s-a întâmplat cu copii din România, în Finlanda, în Suedia, acum în Danemarca, părinți arestați.

Nu cred că există o dragoste mai mare decât dragostea de mamă și eu cred că trebuie să revizuiți, să vedeți ce se întâmplă cu aceste instituții și ce se întâmplă cu drepturile omului.

Am avut în țara mea un ministru al justiției care a spus așa: „Drepturile omului sunt un lux”. Eu sper să nu își însușească și Uniunea Europeană acest dicton.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă președintă, doamnă comisară, dragi colegi, suntem 27 de state membre în Uniunea Europeană și, deși avem încă granițe, cetățenii europeni își pot alege să trăiască, să muncească și să contribuie la dezvoltarea Uniunii Europene în oricare din cele 27 de state.

Milioane de cetățeni europeni, milioane de români și-au făcut un rost în alte state decât cel în care s-au născut și, după zeci de ani, sufletul lor este legat atât de țara în care s-au născut, cât și de noua țară, unde trăiesc și muncesc. Este așadar firesc să își dorească să fie cetățeni de drept ai ambelor state și totuși, deși am stabilit că suntem o familie, deși am stabilit că între noi, cele 27 de state membre, sunt relații speciale, avem încă unele state care refuză dubla cetățenie.

Cred că trebuie să ne aplecăm în mod serios și din acest Parlament asupra acestei probleme și să încercăm să creăm cu adevărat sentimentul de apartenență la o mare familie europeană pentru toți cetățenii noștri, oriunde s-ar afla ei în Uniune.

Charlie Weimers (ECR). – Fru talman! Muslimska barn slits ur livmodern och förs bort vid födseln av svenska myndigheter som en del av ett krig mot islam.

Dessa lögner sprids i kanaler med miljontals följare av våldsbejakande, islamistiska organisationer och influencers, kriminella klanfamiljer och imamer med terrorkopplingar, statskontrollerade, utländska medier och radikala imamer på hemmaplan; de sprider budskapet vidare.

Hur ser det ut i verkligheten då ? De här barnen har omhändertagits i laga ordning för att skydda dem. Likt Muhammedkarikatyterna finns en reell risk för våld och terrordåd, samtidigt som svensk myndighetsutövning riskerar att sättas ur spel. Utrikestjänstens kommunikationsbudget för att bemöta desinformation har fördubblats sedan 2002. Har EU överhuvudtaget gjort något för att hjälpa Sverige i denna situation ?

Mick Wallace (The Left). – Madam President, the EU did well to negotiate the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) into existence but, sadly, the abrupt end of it represents a decline of multilateralism and a blow to the EU. Since then, the EU has reacted poorly to the bullying by the Americans, who seem determined to show that the EU is just a puppet of theirs.

The Americans didn't just withdraw: they pressured other members of the JCPOA not to comply with their commitments. So, incredibly, we had a situation where the US were threatening to punish other members of the UN if they complied with a UN Security Council resolution.

Biden campaigned during the election on renewing the JCPOA. He could have issued an executive order as soon as he got elected, but he didn't. Was he pressured by the Israelis? If the Israelis are so worried about Iran's nuclear programme, why don't they offer to give up their nuclear weapons in return for Iran not having a nuclear programme? We need the EU now to work for the original JCPOA, not a restricted American version of it, and the EU should also work for a completely nuclear-free zone in West Asia.

Peter Pollák (PPE). – Pani predsedajúca, som znepokojený, že súčasťou rodiny sociálnych demokratov aj tu v Európskom parlamente je naďalej slovenská strana Smer, ktorá pod hlavičkou sociálnej demokracie v Európe burcuje ľudí proti očkovaníu.

Šíri nehanebne klamstvá a navyše v podstate spolupracuje s fašistami, ktorí popierajú holokaust či oslavujú narodeniny fašistického prezidenta zo Slovenska počas druhej svetovej vojny, teda Jozefa Tisa.

V strane Smer dnes otvorene hovoria, že ak vyhrajú ďalšie voľby, spraví z fašistov, ktorí už raz boli odsúdení za rasizmus, ministrov v svojej vláde.

Dámy a páni, korupciou presiaknutá sociálna demokracia na Slovensku je ochotná spolupracovať s fašistami, lebo ich lídrom, ako aj ich mecenášom hrozí väzenie.

Títo ľudia nemajú nič spoločné so sociálnou politikou ani s demokraciou.

Vážený priateľia zo sociálnej demokracie, nedajte si, prosím, pošpiňiť svoje meno a postavte sa proti konaniu strany Smer, ktorá zneužíva pandémie na šírenie bludov, podnecuje k eskalácii napätia a spolupracuje s odsúdenými fašistami.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D). – Señora presidenta, el sector de las plantas aromáticas tiene un gran peso en Europa; además de beneficioso y saludable, es un cultivo sostenible por su escaso consumo de agua y contribuye a la protección del medio ambiente.

Sin embargo, en el contexto de la estrategia sobre productos químicos y de la revisión del Reglamento REACH de la Comisión Europea, hay quien pretende incluir la lavanda y el lavandín, entre otros, dentro de los productos químicos tóxicos. Esta decisión afectaría a cultivos de plantas aromáticas en España, en Bulgaria, en Francia, en Croacia y en Eslovenia. Y, especialmente, en el caso de los aceites esenciales, carecería de toda lógica y rigor científico, puesto que toda la elaboración es natural. Además, ignora el impacto que puede tener esta decisión en la cadena de suministro y en la actividad económica por la que se está apostando en la línea de la defensa del desarrollo sostenible.

Por eso, le pedimos a la Comisión Europea que en todo este proceso dé participación y garantías a los lavandicultores y también a las industrias asociadas y, ante todo, dé una respuesta justa para la permanencia y el futuro del sector.

Цветелина Пенкова (S&D). – Г-жо Председател, г-жо Комисар, цените на енергията допринасят най-силно за засил-вашата се инфлация в последните месеци. Най-сериозният проблем е, че за пореден път най-уязвимите граждани ще понесат кризата най-тежко. Те очакват от нас бързи решения, а не идеологически спорове.

За да решим този проблем, трябва да предложим силни и единни общоевропейски позиции, когато договаряме дългосрочните доставки на енергийни суровини от трети страни. Също така имаме нужда от развитието на доказани технологии като ядрената енергетика.

Представеният от Европейската комисия делегиран акт за таксономията е стъпка в правилната посока. Имаме нужда от практически и работещи решения, за да не изпадаме повече в подобни енергийни и ценови кризи.

Die Präsidentin. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

29. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll**30. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll****31. Tagesordnung der nächsten Sitzung**

Die Präsidentin. – Die Sitzung ist geschlossen und wird morgen, Dienstag, 15. Februar 2022, um 8.30 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der heutigen Abstimmungsrunde wieder aufgenommen.

Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

32. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 22.47 Uhr geschlossen)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5676

23.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. FEBRUAR 2022

(C/2024/5676)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 14. bis 17. Februar 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Stärkung Europas im Kampf gegen Krebserkrankungen (Aussprache)	3
4. Überwachung von Politikern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und Journalisten sowie von anderen Personen und Einrichtungen in den EU-Mitgliedstaaten unter Rückgriff auf Cyberüberwachungs-Software (Aussprache)	33
5. Wiederaufnahme der Sitzung	43
6. Feierliche Sitzung – Ansprache von Iván Duque Márquez, Präsident von Kolumbien	43
7. Erste Abstimmungsrunde	48
8. Wiederaufnahme der Sitzung	48
9. Beziehungen EU-Afrika (Aussprache)	48
10. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	65

Inhalt	Seite
11. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2021 — Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2021 (Aussprache)	65
12. Menschenrechte und Demokratie in der Welt – Jahresbericht 2021 (Aussprache)	86
13. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	90
14. Menschenrechte und Demokratie in der Welt – Jahresbericht 2021 (Fortsetzung der Aussprache)	90
15. Korruption und Menschenrechte (Aussprache)	98
16. Zweite Abstimmungsrunde	100
17. Korruption und Menschenrechte (Fortsetzung der Aussprache)	100
18. Umsetzung der Spielzeug-Richtlinie (Aussprache)	105
19. Änderung der Tagesordnung	114
20. Beseitigung von nichttarifären und nichtsteuerlichen Handelshemmnissen im Binnenmarkt (Aussprache) . . .	115
21. Ein Statut für länderübergreifende Europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck (Aussprache)	122
22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	129
23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	129
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung	129
25. Schluss der Sitzung	129

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. FEBRUAR 2022

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

1. Eröffnung der Sitzung

(Posiedzenie zostało otwarte o godz. 8.30)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

Przewodnicząca. – Zaczniemy od ogłoszenia wyników wczorajszego głosowania. Oto wyniki głosowania z poniedziałku 14 lutego 2022 r.:

(Przewodnicząca podała wyniki głosowania, szczegóły: patrz protokół posiedzenia)

Gabriel Mato, ponente. – *(inicio de la intervención fuera de micrófono)* ... de las enmiendas, solicito la devolución a comisión para iniciar las negociaciones interinstitucionales.

Przewodnicząca. – Wniosek ten zostanie poddany pod głosowanie po głosowaniu nad wnioskiem komisji w czasie dzisiejszej drugiej części głosowania.

3. Stärkung Europas im Kampf gegen Krebserkrankungen (Aussprache)

Przewodnicząca. – Przechodzimy do debat. Zanim rozpoczniemy dzisiejszą niezwykle ważną dla obywateli debatę i zanim przekażę głos sprawozdawczyni, chciałabym przypomnieć, że dziś obchodzimy Międzynarodowy Dzień Walki z Nowotworami Dziecięcymi. Parlament Europejski zawsze wspierał i wspiera dzieci z chorobami nowotworowymi i ich rodziców w tej trudnej walce.

Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Véronique Trillet-Lenoir w imieniu Komisji Specjalnej ds. Walki z Rakiem w sprawie wzmocnienia Europy w walce z chorobami nowotworowymi – w kierunku kompleksowej i skoordynowanej strategii (2020/2267(INI) - A9-0001/2022)

Chciałabym przypomnieć, że w żadnej debacie podczas tej sesji miesięcznej nie przewidziano procedury pytań z sali i nie będą przyjmowane niebieskie karty. Podobnie jak podczas niedawnych sesji miesięcznych, przewidziano możliwość zabierania głosu zdalnie z biur kontaktowych parlamentu w państwach członkowskich. Pragnę również przypomnieć, że w sali posiedzeń plenarnych mówcy nadal zabierają głos z mównicy głównej. W związku z tym proszę uprzejmie sprawdzać listę mówców i podejść do mównicy, gdy nadejdzie czas Państwa wystąpienia.

Véronique Trillet-Lenoir, *rapporteuse*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chère Stella, le cancer est une injustice individuelle et sociale: le cancer nous concerne tous; pourtant, nous sommes totalement inégaux vis-à-vis de la maladie. Les différences de taux de survie peuvent varier jusqu'à 25 % d'un pays à l'autre de l'Union européenne, et c'est inacceptable. Il est de notre devoir d'amorcer la réduction de ces inégalités, soutenue par la création d'un registre des inégalités. C'est cette priorité qui a guidé le travail de la commission BECA, et je remercie ses nombreux membres présents aujourd'hui.

Nous devons une réponse aux attentes des millions de citoyens concernés. Nous devons une réponse aux demandes de progrès des familles et des soignants du 1,3 million de personnes qui meurent chaque année du cancer, dont 6 000 enfants. La complexité de la maladie justifie une recherche d'excellence en lien avec la Mission Europe, une recherche indépendante et multidisciplinaire appuyée sur des universités européennes et sur l'espace européen des données de santé.

Nous devons aussi une réponse aux 4 millions de patients qui nécessitent aujourd'hui et maintenant des traitements efficaces. Sur le modèle des vaccins, nous proposons le cercle vertueux d'un accès équitable à des médicaments disponibles et abordables: évaluation commune, achats conjoints, lutte concertée contre les pénuries et développement d'innovations par l'intermédiaire d'HERA. Cette Europe du médicament est particulièrement nécessaire dans les situations thérapeutiques orphelines, c'est-à-dire les cancers rares, au premier rang desquels les cancers des enfants. L'accès équitable au dépistage et aux soins relève de l'engagement collectif des États membres sur des critères de qualité partagés, par exemple sur les établissements de soins et sur l'aide aux familles et aux aidants.

Nous devons aussi une réponse aux 12 millions de survivants confrontés au difficile retour à la vie normale. Nous formulons des recommandations fortes pour l'amélioration de la qualité de la vie et de la réinsertion, par exemple par la mise en place du droit à l'oubli dans l'ensemble des pays de l'Union européenne.

Nous devons une réponse à la volonté clairement exprimée par les générations futures d'être informées et d'être protégées. Il est indispensable de développer l'éducation à la santé. C'est le champ de la prévention, dont la mise en œuvre devrait permettre d'éviter quatre cancers sur dix et six décès sur dix par des interventions efficaces, courageuses et fondées sur la science. Nous partageons les objectifs de prévention ambitieux de la Commission sur le tabac, sur l'alcool, sur une information nutritionnelle lisible et basée sur les faits, et sur le développement équitable de la vaccination HPV. Nous nous appuyerons sur le pacte vert pour l'Europe pour soutenir l'alimentation saine, la qualité de l'air et la lutte contre les carcinogènes environnementaux, en particulier au travail.

Nous devons enfin une réponse aux gouvernements, qui sont confrontés à la charge économique croissante de la maladie: budget de 4 milliards d'euros et coordination des efforts entre les États membres par la mise en réseau des 27 plans nationaux contre le cancer. Enfin, les recommandations non contraignantes devraient faire l'objet d'un engagement des 27 États membres sur une charte européenne des droits des patients atteints de cancer. La déclaration du trio à Paris montre la voie de cet engagement collectif, solidaire et nécessaire.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, it is a great pleasure to be here with you today.

The European Parliament and the Special Committee on Beating Cancer (BECA Committee) have played a crucial role in this journey since we took the very first steps towards Europe's beating cancer plan over two years ago.

We are determined to successfully tackle cancer, to strengthen prevention, treatment and care, to eradicate inequalities, to improve research, and to make a concrete difference to the lives of citizens by working together.

For many of us, this plan, its prioritisation, its implementation, its every action, is also personal. We have each been touched by cancer in different ways. Personally, in our families, in our friends, our colleagues, and now, we have an opportunity, an opportunity with this plan, Europe's plan, to make a real difference.

I am particularly grateful to the members of the BECA Committee, the rapporteur MEP Véronique Trillet-Lenoir, and the shadow rapporteurs for their dedication and passionate work on the report. I want to thank you for the many extensive and constructive exchanges we had during last year. We share the same vision.

This is the first time Europe has a plan that has EUR 4 billion allotted to it for its actions. A plan that looks at the whole picture.

First of all, prevention – this is the most effective way to tackle cancer. We need to give citizens the tools and information they need to live healthier lives, and this is why we will update the European Code against Cancer, so citizens can have specific recommendations on how they can reduce their risk of cancer.

We want to improve health literacy, achieve a tobacco-free Europe, reduce harmful alcohol consumption, and improve health promotion. These are all achievable goals that will improve people's lives and health in tangible and concrete ways.

The second area that concerns prevention and where we will be working intensively this year is to update the recommendation on cancer screening. Screening saves lives and we will make sure that citizens across the EU can benefit from our future EU-supported cancer screening schemes. Early diagnosis saves lives – this is not a cliché, this is a fact.

Preventing cancer at the work place is key. Today, 52% of annual occupational deaths in the EU can be attributed to work-related cancers. This is why we are particularly happy that in December we agreed on the fourth revision of the Carcinogens and Mutagens Directive. This important step will help us to improve the protection of more than 1 million workers in the EU.

Another important goal of the cancer plan, reiterated also in your report, is to ensure that all patients across the EU, regardless of where they live, have access to quality-assured diagnostics and treatments. It is simply unacceptable that where you live in the EU determines your diagnosis, treatment and level of care.

In this respect, at the end of 2021, we launched the EU network linking national comprehensive cancer centres, which will enable countries to work together to treat patients with complex conditions.

Only two weeks ago, we launched the Cancer Inequalities Registry, an important tool to identify the trends, the disparities and the inequalities between Member States and regions and to help us channel investments where they are most needed.

However, high-quality cancer care relies on a high-quality workforce, and this is also highlighted in the BECA report. The new inter-speciality cancer-training programme aims to deliver a more skilled and mobile cancer workforce through cross-border training and information sharing.

The plan also addresses quality of life issues. Social integration is crucial and I am very pleased that we will very soon present a report on fair access for those whose lives have been touched by cancer to financial services. This is a guide to our work on an important issue: the right to be forgotten, now recognised in many Member States.

Today is International Childhood Cancer Awareness Day, and I pay tribute to those children, their parents, their siblings, their families, who go through this journey. To support the lives of the young people and the survivors whose lives have been touched by cancer, we have launched an EU network of youth cancer survivors to connect them and their families, as well as social and health professionals active in cancer prevention and care across the EU.

These are just some examples of our recent and upcoming initiatives on the implementation of this plan, of our plan.

Honourable Members, the cancer plan is continuously working in tandem with the horizon mission on cancer, ensuring coherence between ambitious research goals and realistic policy aims. As you highlight in your report, research and innovation has a crucial role in our fight against cancer. We have recently launched the first calls under the Horizon Europe Programme, which will increase the understanding of cancer and support our initiatives on screening and quality of life. In the coming years, both initiatives will enhance research, innovation, data, digitalisation and new technologies.

Today's discussion comes at a time when COVID-19 has significantly impacted cancer care, delaying screening, delaying early diagnosis, postponing treatment and surgeries. This makes our plan, this makes a plan that is altogether our plan, and your report even more significant.

We will also work hand in hand with this Parliament to reach out to the citizens, who are at the very centre of this plan, to all the various stakeholders and to Member States. The European Parliament and the BECA Committee have an indispensable and irreplaceable role.

This is our common journey, and like that of a cancer patient and their family, it is a long and it is a winding road. We will walk along together in order to deliver what European citizens rightfully expect from us, to make a real difference against the realities of this disease, to make a real difference.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder von uns hat, wenn wir über Krebs reden, eine Person vor Augen – jemanden aus der Familie, aus dem Freundeskreis –, die an Krebs erkrankt ist oder sogar daran gestorben ist. Bei mir ist es einer meiner besten Freunde: Hans-Jörg. Vor einigen Jahren – mit 46 Jahren – qualvoll an Krebs gestorben, und ich denke, jeder von uns hat, wenn er die Bilder vor Augen hat, das Ziel, anderen Menschen, anderen Familien dieses Schicksal zu ersparen.

Dabei können wir als EU den Krebs nicht alleine besiegen, aber wenn wir nicht die richtigen Weichenstellungen treffen, dann wird es nicht gelingen – insbesondere bei seltenen Krebsarten und bei Krebs bei Kindern.

Die Forscher müssen zusammenarbeiten über Grenzen, und dabei müssen wir ihnen den roten Teppich ausrollen und nicht Steine in den Weg legen, wie wir das zum Beispiel bei der Umsetzung des Datenschutzes und anderen Dingen tun. Patienten brauchen Hilfe, wenn sie in einem anderen Land einen Spezialisten aufsuchen wollen, und keine europäische oder nationale Bürokratie. Da müssen wir besser werden.

Leider ist der Bericht ein bisschen überschattet worden von Debatten über Alkohol. Da wird auch was reininterpretiert, was da gar nicht drinsteht, aber die wissenschaftlichen Fakten, die müssen wir ja schon berücksichtigen.

Véronique, der französische Agrarminister hat gestern im Umweltausschuss gesagt, der Bezug zur WHO, der wäre nicht nötig. Véronique, das ist gut, dass er da drinsteht, und die EVP unterstützt die entsprechende Passage. Wir sollten die wissenschaftlichen Fakten nicht ignorieren. Vor allen Dingen sollten wir aber gemeinsam für diesen Bericht stimmen.

Und wenn es nicht ausreicht, was ansonsten an Argumenten vorgetragen worden ist, dann sollten wir uns das Thema Krebs bei Kindern vor Augen halten. Alle Wissenschaftler sagen, wir können das nur schaffen, wenn Europa zusammenarbeitet, und da stehen wichtige Punkte drin. Krebs ist die wichtigste Todesursache bei Kindern nach dem ersten Lebensjahr. Und wenn es sonst keinen Grund gibt, für diesen Bericht zu stimmen, dann denken Sie an die krebserkrankten Kinder und ihre Familien. Stimmen Sie für den Bericht, den wir nach vielen Monaten gemeinsam erarbeitet haben!

Heléne Fritzon, *för S&D-gruppen*. – Fru talman! Fru kommissionär! 1,3 miljoner människor dör av cancer varje år i Europa och långt fler får en diagnos. Var och en av oss i det här rummet påverkas av cancer. Sjukdomen drabbar inte bara den som får en diagnos. Den drabbar anhöriga, vänner och samhället i stort.

I betänkandet krävs konkreta åtgärder på alla nivåer och det är bra. De beslut som fattas i vår union måste bygga på vetenskap och forskning. Vi vet att vi dramatiskt förbättrar chanserna att överleva cancer genom forskningen. Det är också kritiskt att lägga stor vikt vid förebyggande insatser, och det förs ju fram i det här betänkandet.

Runt 40 procent av alla cancerfall i EU skulle kunna undvikas med förebyggande åtgärder. Vi är ju medvetna om riskerna med exempelvis tobak. När nya tobaksprodukter tas fram är det därför nödvändigt att tillämpa försiktighetsprincipen i lagstiftningen, inte minst skydda de som är mest utsatta. Det handlar om våra ungdomar och samma sak gäller alkoholen. Det är därför bra att betänkandet lyfter fram forskningen om alkoholens cancerframkallande. Vi måste lyssna på vetenskapen och sätta människors hälsa i första rummet.

Vi socialdemokrater kräver att jämlikhet och jämställdhet är ledord i insatserna mot cancer. I dag på internationella barncancerdagen ska vi visa att vi tar ansvar för att alla medborgare i EU ska kunna lita på en jämlik och effektiv cancervård av hög kvalitet. Det räddar liv.

Nicolae Ștefănuță, în numele grupului *Renew*. – Doamnă președintă, drumuri ale umilinței. Așa se simte un bolnav de cancer în cel mai greu moment al vieții lui: nedemn, umilit. Ai bani, treci în față. N-ai bani, aștepti și poate nu mai ești când, în sfârșit, îți vine rândul la programare. Vin din România, țara în care atunci când medicul spune: „Aveți cancer”, începe un ceas grav să ticăie rapid, înghițind minute și înghițind zile, pentru că la noi, cancerul nu oferă prea multe speranțe unui pacient. Prevenția este insuficientă. Tratamentele sunt scumpe, diagnosticul, târziu.

De ce să mori de cancer de sân în secolul XXI, când atâtea femei europene supraviețuiesc? Doar pentru că ești bulgar, că ești român sau că ești polonez? Din păcate, există prea mulți pacienți înfrânți de sistemul medical: nu au medicamente, nici din cele mai simple. Bolnavii sunt plimbați să își cumpere singuri pompe, să își cumpere citostatice. La chinul lor, se adaugă umilința de a fugi după ceva care nu se găsește. Nu putem ca unii dintre noi să aibă, iar alții dintre noi să moară cu zile.

Europa investește azi 4 miliarde de euro pentru a ajuta statele ei membre să învingă cancerul. Sunt bani pentru prevenție, pentru diagnostic, pentru tratament și recuperare. Vreau să mă înclin în fața a două femei românce, Carmen Uscatu și Oana Gheorghiu, de la Asociația „Dăruiește Viața” care au construit un spital oncologic ele însele, folosind societatea și resursele ei. Și vreau să mă înclin și în fața a două femei europene, una care este supraviețuitoare ea însăși și este în fața noastră și este comisarul pentru sănătate Stella Kyriakides, și alta care este oncolog, se numește Véronique Trillet-Lenoir și a scris raportul de astăzi.

Bolnavii de cancer nu sunt doar seci statistici: sunt mame, sunt tați, sunt copii și prieteni, sunt bunicii mei. Dar sunt, mai ales, cetățeni europeni. Am reușit, într-un an de zile, să găsim un vaccin pentru o epidemie pe care nu am mai văzut-o până acum. Eu cred că putem reuși să găsim un leac și la această boală necruțătoare. Într-o zi vom învinge de tot cancerul, vă promit asta. De ce să nu fie acea zi azi? Pentru că bolnavii au doar „azi”!

Manuela Ripa, im Namen der *Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Die beste Art, Krebs zu bekämpfen, ist, ihn erst gar nicht entstehen zu lassen. Daher haben meine Fraktion und ich uns stark auf den Bereich Prävention konzentriert. Mir lag hier insbesondere der Schutz unserer Kinder sehr am Herzen, und es freut mich, dass sich dies durch den gesamten Bericht zieht.

Kinder werden immer fettleibiger, was im Alter zu Krebs führen kann. Die Zahlen dazu sind mehr als besorgniserregend. Die Industrie kennt in dem Bereich kein Halten mehr, zu zucker-, zu salz- und zu fetthaltige Produkte an Heranwachsende zu bringen. Daher ist ein Verbot von Werbung für solche Produkte für Kinder nur folgerichtig. Auch eine bessere Kennzeichnung ist erforderlich: Verbraucherinnen und Verbraucher müssen klar und deutlich auf einen Blick erkennen, ob dieses Produkt gut oder schädlich ist. Und das gilt vor allem auch für Eltern.

Natürlich: Verschärfungen für den Konsum sind auch immer ein Kampf gegen wirtschaftliche Interessen. Nur: Wenn doch wissenschaftlich belegt ist, dass zum Beispiel jeglicher Alkoholkonsum, also auch der in Maßen, schädlich ist, warum sollen wir nicht davor warnen? Das hindert doch niemanden daran, sein Glas Wein zu trinken, aber es schützt vor allem Jugendliche und informiert Konsumentinnen und Konsumenten. Ich frage mich wirklich, was es dagegen einzuwenden gibt, wenn nicht geringere Verkaufszahlen oder weniger Produktplatzierungen. Das Warenlabel darf nicht zu einer Werbeinformation verkommen. Und hier muss ich ganz klar sagen: kein Profit vor Gesundheit.

Der Bericht behandelt aber nicht nur offensichtliche Krebsrisikofaktoren wie Alkohol und Zigaretten, sondern auch andere krebserregende Faktoren wie Umweltgifte und Umwelteinflüsse. Denn die Krebsprävention beinhaltet auch die Reduzierung der Luft-, Nahrungs-, Wasser- und Bodenverschmutzung sowie der Chemikalienbelastung. Eine gesunde Ernährungsweise ist nicht minder wichtig.

Dennoch geht dieser Bericht über den Bereich der Prävention hinaus. Er legt auch einen klaren Schwerpunkt auf den Zugang und die Behandlung von Krebs für alle. Sich vor Krebs zu schützen und eine gute Behandlung sowie Medikamente zu haben, darf keine Frage des Geldbeutels sein. Ebenso sprechen wir uns für das Recht auf Vergessenwerden aus und für eine gestärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und besseren Datenaustausch, gerade auch in der Kinderkrebsbehandlung.

Kurzum: Wir haben einen starken und ehrgeizigen Bericht. Meinen Kolleginnen und Kollegen rufe ich zu: Schwächen Sie ihn nicht ab! Und der Kommission sage ich: Gehen Sie darüber hinaus!

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Madame la rapporteure, j'ai, en tant que coordinatrice du groupe Identité et Démocratie, pu démontrer, durant cette année et demie de fonctionnement de notre commission spéciale, qu'une action coordonnée européenne n'apportait que peu ou pas de plus-value aux plans nationaux de certains pays, en particulier à celui de la France – dont la stratégie décennale en cours, cinquième volet d'une action très aboutie, justifie qu'elle puisse être prise comme modèle pour ce texte.

Ce modèle est bon en ce qu'il priorise la prévention, tant dans l'exposition de chacun à tous les agents carcinogènes que dans les comportements individuels excessifs, comme l'excès de tabac, l'excès d'alcool, la malbouffe ou la sédentarité. Ce sont ainsi plus de 40 % des cancers qui pourraient être évités.

Oui, aussi, au dépistage massif et à la détection précoce, qui sont des outils indispensables. Oui, aussi, à la recherche ciblée et holistique sur les causes, les diagnostics, le traitement et le suivi de nos patients. Oui à l'échange de données, particulièrement utile dans les cas de cancers rares. Oui à l'accès pour tous aux soins de qualité, sans fracture géographique ni financière. Oui au droit à l'oubli, particulièrement pour les survivants jeunes. Oui au soutien aux aidants, et oui, en général, à toute idée de bon sens.

Hélas, au fil du texte, au nom d'une égalité aux soins pour tous – indispensable, mais qui n'est pas si définie que cela –, vous pouvez en profiter pour préparer une voie législative à des contraintes supranationales, selon nous peu acceptables. Concernant l'alcool ou le tabac on se rapproche de contraintes, même lorsqu'il n'y a que des comportements festifs, de récompense, voire, pour certains, de l'oubli de la pauvreté. C'est même la filière viti-vinicole européenne qui est en danger. Que dire de la nourriture, où la viande devient de plus en plus stigmatisée, tout cela au profit d'une nourriture artificielle, qui, elle, aurait un nutriscore irréprochable? Que dire du soutien à l'agence HERA devant une lutte contre les risques NRBC qui s'impose à nous – la crise de la COVID-19 le montre – et qui préfigure l'Europe de la défense, dont nous ne voulons pas? Que dire du marché unique du médicament généralisé, dont on a vu le fiasco dans l'achat des vaccins? Que dire enfin des tendances du texte à mettre en danger jusqu'à certains articles du traité FUE, dont l'article 168?

Ainsi, tout au long de nos travaux, nous sommes restés dans un certain attentisme tout en collaborant rigoureusement. Il apparaît aujourd'hui que certains amendements proposés en plénière allégeraient la rigueur législative annoncée et pourraient peut-être, s'ils sont adoptés, nous faire accepter un texte dont j'aurai dit, une fois de plus, qu'il aurait dû rester national.

Pietro Fiocchi, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, this is a great and powerful document, I believe, and I'm proud to be part of it. I'm already using it, even if it's not finalised, to put pressure on the Italian regional authorities to increase the screening programme and to increase the funding on new screening and therapeutic techniques.

Also, we already started locally, based on these programmes, to increase the quality of life of cancer patients through ERAS (enhanced recovery after surgery), which takes into account the entire system before and after the hospital stay.

On the other side, I'm not happy with some decisions regarding prevention. I presented some amendments to correct this. First of all, the increase in taxation and limitation for alcohol and cigarettes has always been a counter-productive approach, potentially causing illegal and criminal activity but also really bad behaviour, especially in the poor sector of the population.

Second, I am a strong believer that there is a difference between moderate and excessive alcohol consumption. This was a big discussion, but we all know that the Mediterranean diet has shown an increase in lifespan through the general population.

Third, I strongly believe that alternatives to traditional smoke is an important tool to reduce smoking in Europe. It's never been shown a positive outcome in reducing bad habits through taxation, as we have seen, and through banning marketing, as we have seen for cigarettes.

To conclude, the report, again, is a very powerful tool, and we should all use it in a very aggressive and powerful way for the good of all European citizens.

Γιώργος Γεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας *The Left*. – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητή κυρία Trillet-Lenoir, θέλω να σας ευχαριστήσω για τη συμβολή σας στη δημιουργία της έκθεσης. Κυρία Επίτροπε, όταν μιλάμε για τον καρκίνο, οι αριθμοί τρομάζουν. Κάθε 9 δευτερόλεπτα γίνεται διάγνωση για μια νέα περίπτωση καρκίνου. Φτάνουν πια οι δικαιολογίες. Θα πρέπει η δημόσια υγεία να μπει πάνω από τα ιδιωτικά κέρδη. Θα πρέπει να αρθούν οι αδικίες και οι ανισότητες όσον αφορά την πρόληψη, την έγκαιρη διάγνωση και την ποιοτική περίθαλψη των ασθενών.

Θέλω να χαιρετήσω την υιοθέτηση της πρότασής μας για την ενίσχυση των δημόσιων νοσηλευτηρίων όσον αφορά την πρόληψη, την έγκαιρη διάγνωση και την ποιοτική περίθαλψη. Να πω, όμως, ότι «μπουχτίσαμε» από λόγια. Θα πρέπει να γίνουν πράξεις. Η έκθεση είναι ένα πολύ καλό εργαλείο. Καλώ, όμως, την Επιτροπή και τις κυβερνήσεις να επιδείξουν έμπρακτη βούληση για την υιοθέτησή της. Έχουμε να κάνουμε πάρα πολλά.

Ιδιαίτερα σήμερα, είναι η Παγκόσμια Ημέρα κατά του Παιδικού Καρκίνου. 6 000, παρακαλώ, 6 000 αθώες ψυχές στην Ευρώπη χάνονται κάθε χρόνο από την επάρατη νόσο. Για αυτό, σας καλούμε να υιοθετήσετε την πρότασή μας για αύξηση της χρηματοδότησης, για να υπάρξει μια ποιοτική διασυννοιακή περίθαλψη, να αρθούν οι αδικίες όσον αφορά την αντιμετώπιση του καρκίνου, να παραχθούν νέα φάρμακα και, τέλος, να επιδείξουμε ευαισθησία. Και είμαι βέβαιος, κυρία Κυριακίδου, ότι ειδικά εσείς μπορείτε να επιδείξετε ευαισθησία, διότι οι ζωές των ανθρώπων δεν είναι «παίξε-γέλασε».

Chiara Gemma (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora relatrice, signora Commissaria, il cancro genera sofferenza, dilania le famiglie, uccide. Il cancro è la malattia di questo secolo e l'Unione europea la deve sfidare con tutte le sue forze, così come ha fatto con il Coronavirus. Servono misure concrete, maggiori investimenti nella ricerca e basta disuguaglianze nei trattamenti terapeutici. Tutti devono avere le stesse opportunità di cura, e penso in particolare ai bambini.

Le 10 iniziative faro e le 32 azioni di supporto previste nella relazione del Parlamento europeo intervengono sulle cause, come ad esempio lo smog e l'alimentazione errata, ma dobbiamo evitare i facili slogan. Il consumo responsabile di vino è cosa ben diversa dall'abuso di alcol.

Concentriamoci sulla promozione di nuovi stili di vita, sani ed equilibrati, sulla prevenzione, sulla diagnosi precoce e sulla qualità di vita dei malati. 6 000 minorenni, 6 000 bambini, muoiono ogni anno in Europa di cancro. Oggi dedichiamo a loro questa giornata, dedichiamo a loro il nostro impegno come legislatori europei. Insieme possiamo sconfiggere questo terribile male.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, commissaris, beste rapporteur, beste Véronique, na anderhalf jaar hard werken, luisteren naar experts en een werkbezoek aan de Wereldgezondheidsorganisatie hebben we onze kennis aangescherpt met voortschrijdend inzicht. Het resultaat is een alomvattend kankerplan. Want het momentum is nu.

Jaarlijks krijgen 2,7 miljoen Europeanen een kankerdiagnose. Hier staat een partner van een patiënt die reeds vier keer kanker heeft gehad. Het zet je op een emotionele rollercoaster, van de eerste slechtnieuwsmokerslag over de automatische piloot bij de behandelingen tot een toekomstperspectief, hooguit van controle tot controle.

Ons doel was duidelijk: een 360 gradenbenadering die inzet op alle stadia van de ziekte en de patiënt centraal stelt. Onze voorstellen gaan verder dan die van de Commissie, en dat is goed, dat is de taak van het Parlement. Wij vragen specifieke aandacht voor adolescenten en jongvolwassenen. Zij moeten als aparte groep erkend worden. Wij pleiten voor een Europees recht om vergeten te worden, een betere bescherming van onze werknemers op de werkvloer, het samen aankopen van geneesmiddelen. Elke patiënt moet de best mogelijke behandeling krijgen. Het kan niet dat je overlevingskansen afhangen van de plaats waar je geboren bent of van je inkomen.

Tot slot, de Voorzitter heeft het al gezegd, het kan niet symbolischer vandaag. Het is vandaag Wereldkinderkankerdag. Laat hen vooral de maatstaf zijn bij wat we vanavond zullen stemmen.

Alessandra Moretti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora relatrice, signora Commissaria, siamo alla fine di un percorso che ci ha portato ad ascoltare tutta la comunità ampia che lotta contro il cancro. Vorrei ringraziare innanzitutto loro, le tante associazioni e società scientifiche, il mondo del volontariato, i pazienti, le organizzazioni che li rappresentano, e poi medici e ricercatori, senza i quali avremo davvero poche speranze di sconfiggere questo male.

Oggi presentiamo in Aula un testo ambizioso, che propone molte molte idee, decisive per gli anni a venire. La prevenzione innanzitutto, ma anche la diagnosi precoce, i programmi di screening, le cure innovative e la ricerca, il reinserimento sociale dei sopravvissuti e il diritto all'oblio.

In una prospettiva più ampia, credo che questo piano dovrà essere inserito nella cornice di una vera Unione europea della salute, che dovremo costruire sui principi di equità nell'accesso, sul principio fondamentale che la salute e la cura sono per tutti, senza distinzioni sociali e territoriali. Ancora troppe differenze esistono, anche in termini di lotta contro il cancro, tra paesi europei e anche all'interno degli stessi paesi. È inaccettabile che oggi in Europa si abbiano aspettative di vita così diverse a seconda di dove si nasce.

Il valore della sanità pubblica, universale e di qualità, ritorna oggi evidente quando si discute di tumori, ma anche di ricerca, che sia indirizzata verso i bisogni dei pazienti e non verso interessi di parte.

Abbiamo poi ricordato la connessione tra ambiente e tumori, sapendo che uno sviluppo sostenibile ci protegge anche da questa malattia.

Il nostro gruppo ha difeso questi principi in questi mesi di lavoro nella commissione BECA, facendosi forza con ciò che ci dicevano i medici e la scienza, e continuerà a farlo anche in futuro. A tutti quelli che ci hanno accompagnato in questo viaggio diciamo: «stateci vicini ancora. Questo voto non è la fine di un percorso nella lotta contro i tumori, ma anzi è l'inizio di una strada ancora lunga, che vogliamo fare insieme a voi».

Ivars Ijabs (Renew). – Godātā prezidentes kundze, komisāres kundze, dārgā Veronika! Eiropai vispirms ir jābūt efektīvai, risinot saviem pilsoņiem svarīgas problēmas, tāpēc man ir tiešām prieks, ka Eiropas Parlaments ar savu ziņojumu var sniegt ieguldījumu Eiropas kopējā vēža iniciatīvā. Un šī ir diagnoze, kura ik gadu noved kapā vairāk nekā miljonu eiropiešu, un šo skaitli ir iespējams būtiski samazināt gan ar prevenciju, gan ar skrīningu, gan ar savlaicīgu diagnostiku un ārstēšanu. Tur visur ir vajadzīga gan nauda, gan arī, protams, politiskā griba rīkoties kopīgi.

Tomēr es vēlos šodien te pievērst uzmanību vienam aspektam, proti, nevienlīdzībai vēža diagnostikā un ārstēšanā Eiropas valstu starpā. Būsim atklāti, nu Eiropā pastāv ļoti lielas atšķirības starp valstīm gan attiecībā uz iespējām diagnosticēt vēzi agrīnā stadijā, gan iespējām saņemt modernus medikamentus un ārstēšanu, gan arī kvalitatīvu turpmāko aprūpi. Un es domāju, ka šim nevienlīdzības aspektam patiesībā ir jābūt Eiropas vēža plāna centrā. Un neviena Eiropas iniciatīva nebūs veiksmīga, ja no tās labumu gūs tikai dažu dalībvalstu pilsoņi.

Tieši darot un organizējot daudzas lietas kopīgi, mēs varam panākt labāku vēža aprūpi visiem pacientiem visās dalībvalstīs. Tādēļ es gribētu uzsvērt tās plāna iniciatīvas, kuras visticāk skar šo nevienlīdzības aspektu. Vispirms ir jāpanāk vienlīdzīga piekļuve skrīningam visās dalībvalstīs, jo šodien atšķirības, piemēram, krūts vēža skrīningam, ir pat desmitkārtšas valstu starpā. Turklāt ir jāievieš arī līdzvērtīgi kvalitātes standarti skrīningam.

Otrām kārtām, Eiropas Komisijai ir aktīvi jāstrādā ar dalībvalstīm, lai panāktu līdzvērtīgu pieeju inovatīviem medikamentiem. Zāļu ražotāju starpā jānodrošina efektīva konkurence, kura ļautu samazināt izmaksas un palielinātu zāļu pieejamību, un ir vajadzīgi kopīgi Eiropas iepirkumi. Tieši tādēļ arī mūsu ziņojumā tiek uzsvērts, ka pacientiem ir tiesības uz optimālu ārstēšanu, neraugoties uz viņu maksātspēju, izcelsmes valsti, vecumu un dzimumu.

Visbeidzot, visaptverošajiem vēža centriem dalībvalstīs ir jāveido Eiropas līmeņa tīkls, kurš kalpotu gan medicīnisko datu aprītei, gan arī dotu pacientiem piekļuvi labākajai diagnostikai un ekspertīzēm. Šiem centriem ir jākalpo arī, protams, par pamatu kopīgai pētniecībai. Un, visbeidzot, paredzētais vēža nevienlīdzību reģistrs būs nozīmīgs tikai tad, ja mēs to uztversim kā vadlīnijas kopīgam darbam un kopīgiem sasniegumiem rezultātiem.

Tilly Metz (Verts/ALE). – Madam President, we have here a report, toughly negotiated for the Greens by my colleague, Michèle Rivasi, that puts prevention at the core of this report and echoes the Commission's Beating Cancer Plan.

This part not only addresses tobacco, e-cigarettes, alcohol and food policies, but also environmental aspects, such as air quality and exposure to cancerogenic substances.

We are also pleased that the report acknowledges unaffordability throughout Europe as one of the key obstacles for patient access. On the other hand, we regret that the report fails to address the elephant in the room: the system of patents which creates monopoly markets for companies and enables them to keep prices at a very high level. But please let's not undermine the efforts of the report.

We have the inclusion of 'no safe level of alcohol consumption' in the report. However, I see that some colleagues still do not recognise scientific studies or even reformulate studies to align them with industry demands. The WHO clearly states that there is no safe level of alcohol consumption, therefore, now stating that only harmful consumption is cancerogenic is misleading. After how many glasses of wine can we talk about harmful consumption? One, two, three? About 1 in every 20 deaths worldwide is the result of an alcohol-related disease. Let's stick to the science and keep the report as it is. We also clearly need better information about the risk factors for many different cancers and need to stick to health warning levels.

I also want to remind everyone that we are calling for the prohibition of alcohol advertising at sports events when those events are mainly attended by minors, as well as the prohibition of alcohol sponsorship of sports.

Now, concerning e-cigarettes: the current report calls on the Commission to evaluate which flavours in e-cigarettes are particularly attractive to minors and non-smokers, and to propose to ban these. There are thousands of flavours in e-cigarettes that are trying to make them unduly attractive, and it is overdue that regulatory action has to be taken against them.

Stefania Zambelli (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la lotta contro il cancro è una battaglia che ci deve vedere uniti al di là delle nostre differenze politiche. Per la mia storia personale, aver fatto parte della commissione BECA è stato davvero un grande onore. Questo però deve essere solo il punto di partenza per combattere con determinazione il cancro.

Tuttavia, una cosa è l'attenzione data alla prevenzione, alla cura, alla diagnosi precoce, tema che appoggio e appoggerò sempre al cento per cento, ma un'altra cosa è il modo in cui si vogliono criminalizzare alcuni prodotti, uno su tutti il vino.

È inaccettabile pensare di mettere sullo stesso piano i superalcolici e il vino, il cui consumo nella giusta quantità è addirittura consigliato in una dieta equilibrata. Questo rischierebbe di mettere in ginocchio tutto il comparto vitivinicolo, non solo italiano ma soprattutto quello europeo. I posti a rischio sarebbero 3 milioni in tutta l'Unione europea, ed è per questo che il mio sì convinto va alla lotta contro il cancro, mentre non sono assolutamente d'accordo con tutto ciò che penalizza, soprattutto in questo momento così delicato, il vino e il *made in Italy*.

Vorrei ricordare che, per colpa di questa pandemia, ci sono tantissimi pazienti oncologici che non possono essere operati perché le terapie intensive sono ancora occupate, sono ancora piene. Solo in Italia 4 milioni di controlli sono stati rinviati, 4 milioni di controlli!

È questa la vera sfida che dobbiamo vincere, e non penalizzare interi settori, come quello vitivinicolo, con etichettatura che non hanno alcuna base scientifica.

Joanna Kopcińska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Popieram sprawozdanie, które stanowi podsumowanie prac Komisji Specjalnej ds. Walki z Rakiem. Przez 15 miesięcy tu, w Parlamencie Europejskim, staraliśmy się, aby rekomendacje z wysłuchań i konferencji na temat nowotworów mogły nabrać realnego znaczenia w codziennych zmaganiach pacjentów, ich bliskich oraz lekarzy i personelu medycznego. I pomimo faktu, że wciąż padają realne i smutne dane dotyczące przerażających statystyk odnośnie do nowych przypadków i śmiertelności z powodu raka, uważam, że sprawozdanie wychodzi naprzeciw realnym potrzebom pacjentów.

W sprawozdaniu przedstawiono wiele dobrych rozwiązań, a szczególnie jedna idea wybrzmiewa bardzo wyraźnie i stanowi jego oś przewodnią: chcemy zapewnić równy dostęp do leczenia, terapii i wsparcia pacjentów z całej Europy. Dostęp ten można zapewnić jedynie przez intensywne działania odnośnie do eliminowania czynników ryzyka chorób nowotworowych, rozszerzenie programów badań przesiewowych oraz synergii działań narodowych ośrodków onkologicznych gwarantujących wcześniejszą diagnozę, skuteczne leczenie i profesjonalną opiekę nad pacjentami.

Najprostsza medyczna definicja dzieli nowotwory na łagodne i złośliwe. I jako lekarz zgadzam się z takim podziałem, ale już jako człowiek i pacjent – nie. Choroba nowotworowa ma wiele odsłon, zarówno w kontekście medycznym, jak i społeczno-psychologicznym. I choć żadna z tych odsłon nie jest łagodna, to część rozwiązań proponowanych w sprawozdaniu z pewnością może podejmować próbę złagodzenia skutków choroby nowotworowej przez wczesną prewencję.

Kateřina Konečná (The Left). – Paní předsedající, vážená paní komisařko, milá Véronique, vážení kolegové, domnívám se, že se nám povedlo ve zvláštním výboru přijmout poměrně kvalitní zprávu. Byla to velmi dlouhá cesta komplikovaná pandemií. Bohužel, pandemie bude i v blízké budoucnosti nadále komplikovat realizaci jak plánu BECA, tak i naší zprávy. A to především z pohledu jejího financování. Každý krok popsáný v plánu i ve zprávě je totiž extrémně nákladný. Bohužel, rozpočty veřejného zdravotnictví jsou velmi nízké a po pandemii ve velmi špatném stavu. To, co se ve zprávě dle mého názoru zanedbalo, jsou však statisíce neuskutečněných screeningů rakoviny během pandemie. A to je největší výzva pro nás politiky: prevence rakoviny v nadcházejících letech. Jedná se totiž o časovanou bombu, která nám jednoho dne nevyhnutelně vybuchne do obličeje. Pokud situaci pomineme, budeme mít pacienty v horším zdravotním stavu a jejich léčba bude velmi nákladná a neúspěšná.

Vítám důraz, který je v rámci Evropského plánu boje proti rakovině dáván prevenci vzniku a rozvoje onkologických onemocnění. Domnívám se nicméně, že jako Parlament musíme být v navrhovaných opatřeních podstatně ambicióznější. Prevence je velmi důležitá, nikoli však dostačující. Proč? Protože se nám dlouhodobě nedaří snižovat míru rizikového chování v naší populaci a zpráva výboru se tvrději drží řešení skrze vyšší zdanění tabáku. A to i přesto, že je zřejmé, že kouření je v určité části naší společnosti především sociálním problémem a žádná vysoká daň tuto skupinu od kouření neodradí. Je zapotřebí, aby členské státy dokázaly efektivně minimalizovat zdravotní rizika. Je potřeba prosadit celoevropský přístup. Kolegové, pevně doufám, že plánem a zprávou to vše neskončí. Teď je třeba začít vše důkladně naplňovat.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, κενό γράμμα παραμένουν οι «καμπάνιες για την αντιμετώπιση του καρκίνου» της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αφού οι καρκινοπαθείς βρίσκονται σε ολοένα και δραματικότερη κατάσταση. Η έγκαιρη διάγνωση καθίσταται αδύνατη, όταν για ένα ραντεβού με γιατρό για μια απεικονιστική εξέταση περιμένει κανείς έως και τέσσερις μήνες ή αναγκάζεται να πληρώσει αδρά τους ιδιώτες· όταν σημαντικές διαγνωστικές εξετάσεις, όπως το τεστ ΠΑΠ, δεν καλύπτονται από τα ασφαλιστικά ταμεία και λόγω της υποστελέχωσης, σημαντικές βιοψίες χρειάζονται μήνες για να διεκπεραιωθούν. Η αναγκαία θεραπεία δεν εξασφαλίζεται ούτε στα εξειδικευμένα νοσοκομεία. Την περίοδο της πανδημίας, τα ογκολογικά χειρουργεία σταμάτησαν. Χημειοθεραπείες καθυστερούν λόγω του κόστους. Ακτινοβολίες αναβάλλονται λόγω έλλειψης προσωπικού και μηχανημάτων.

Το σχέδιο της Επιτροπής υπαγορεύεται από την ευρωενωσιακή στρατηγική εμπορευματοποίησης και υποβάθμισης της δημόσιας υγείας, που υλοποίησαν στη χώρα μας οι κυβερνήσεις της Νέας Δημοκρατίας, του ΣΥΡΙΖΑ, του ΚΙΝΑΛ.

Για την πρόληψη, την έγκαιρη διάγνωση και τη θεραπεία των ασθενών με καρκίνο είναι ανάγκη να κλιμακωθεί ο αγώνας για τη θωράκιση του δημόσιου συστήματος υγείας, για στελέχωση με μόνιμες θέσεις, για δωρεάν πρωτοβάθμια φροντίδα υγείας με ευθύνη την πρόληψη, για την αντιμετώπιση των ελλείψεων σε φάρμακα και εξοπλισμό από το κράτος, για ένα αποκλειστικά δημόσιο και δωρεάν σύστημα υγείας στη βάση των σύγχρονων αναγκών και των σύγχρονων δυνατοτήτων.

Bartosz Arłukowicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! To jest nie tylko sprawozdanie o raku, to jest sprawozdanie o życiu i śmierci. To jest sprawozdanie o naszych rodzicach, o naszych dziadkach. To jest niestety sprawozdanie o naszych dzieciach. To jest w końcu sprawozdanie o nas samych. To jest też sprawozdanie o odwadze, zawierające pytanie: czy mamy odwagę jako Europa zmienić sytuację, w której w jednej części Europy pacjentka z rakiem piersi umiera, a tysiąc kilometrów dalej ta sama kobieta z takim samym rakiem przeżywa? To jest pytanie o odwagę. Czy mamy odwagę zmienić sytuację, w której w jednej części Europy matka ze łzami w oczach błaga o pieniądze na lek dla swego dziecka, a 500 kilometrów dalej takie samo dziecko ma szansę na przeżycie? To jest pytanie, czy mamy odwagę zmienić sytuację, w której brakuje ludziom leków w Europie, leków na raka, czy możemy wspólnie kupić leki na raka?

To jest pytanie także do tych wszystkich, którzy mówią: nie możemy wspólnie walczyć z rakiem z powodu Traktatów. Jeśli Traktaty przeszkadzają nam walczyć z rakiem, to trzeba zmienić Traktaty.

To jest też sprawozdanie o nadziei, o nadziei na życie, jaką daje nam potencjalna szczepionka na raka, o której dziś się już tak dużo mówi.

Ludzie wysłali nas do polityki po to, żebyśmy walczyli o ich zdrowie i życie. Ludzie wysłali nas do polityki po to, żebyśmy mieli odwagę zmieniać świat. I żebyśmy dawali im nadzieję. Nadzieję na to, że mogą zdrowo i spokojnie, bezpiecznie żyć. A do tego trzeba odwagi.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, señora ponente, si hay una enfermedad que a todos nos ha tocado en algún momento es el cáncer. Por eso, no podemos mirar para otro lado, porque si no hacemos nada corremos el riesgo de incrementar hasta en un 21 % los nuevos casos.

Esta comisión ha dedicado meses a profundizar en el estudio del cáncer y hay dos principios fundamentales: el compromiso con la igualdad y el compromiso con la ciencia.

Por lo que respecta a la igualdad, como ponente socialista, estoy orgulloso de que en el corazón de este informe lata la justicia social como príncipe inspirador de la lucha contra el cáncer, sabiendo que hay hasta un 25 % de desigualdades en toda Europa en lo que tiene que ver con el acceso a los tratamientos justos contra el cáncer. Porque cuando el cáncer entra por la puerta de una familia no puede ser desigual para los que menos tienen. Tenemos que reforzar la justicia social y así lo reclama este informe.

Hemos dedicado un año a escuchar a expertos hablar sobre prevención, detección precoz, investigación, sobre cómo mejorar la lucha contra el cáncer. Y el mejor cáncer es aquel que no se tiene y para eso hemos trabajado también en la prevención. Quiero decir que, en cuanto a la prevención de los estilos de vida, por ejemplo, en cuanto al tabaco y el alcohol, podemos cambiar partes del informe. Pero lo que no se cambia nunca es la ciencia. Y cuando acabe este informe y cuando acabemos esta Resolución, si alguien cambia la ciencia, la ciencia seguirá volviendo a llamar a la puerta, porque estamos trabajando sobre algo muy importante que es la lucha contra el cáncer.

Tenemos que llevar esperanza a muchas familias que luchan hoy en día contra esta enfermedad, a los profesionales sanitarios que necesitan refuerzo después de la pandemia, porque también sabemos que hay muchos pacientes que no han sido diagnosticados. Hasta 100 millones de pruebas se han dejado de hacer durante estos meses.

Tenemos que reforzar esta lucha contra el cáncer y, como digo, dar esperanza a las familias, aquellas como la de Javier, el hijo de unos amigos míos, que está luchando contra la leucemia en estos momentos.

Para ellos es esta esperanza, para ellos es esta lucha, hagámoslo juntos.

Ondřej Knotek (Renew). – Paní předsedající, s rakovinou v Evropě onemocní ročně více než 3 miliony lidí a 1 milion osob, včetně dvou tisíc mladých, zemře. Tato čísla ukazují závažnost tohoto onemocnění a jak je klíčové se společně rakovině postavit. Prevence, včasná diagnóza a dostupnost kvalitní péče mohou zachránit životy. Proto v Evropě musíme postavit špičková onkologická centra spolupracující napříč Evropou, zajistit preventivní vyšetření, ať nedochází ke zbytečným ztrátám, a tam, kde je to možné, poskytnout bezplatné očkování, jako je například u rakoviny děložního čípku. Kromě běžných typů rakoviny se v budoucnu více soustředíme i na vzácné typy rakoviny. A jakým způsobem? Například rozvojem transformačních terapií, které mohou tyto vzácné typy rakoviny vyléčit. Dovolte mi poděkovat všem, kteří se na přípravě zprávy o boji proti rakovině podíleli. Děkuji.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Ačiū gerb. Pirmininke, gerb. komisare, kolegos.

Vėžys neturi būti mirties nuosprendis. Tokį tikslą kėlėme šiame specialiajame komitete, ir aš džiaugiuosi, kad tiek komiteto pirmininkas tai palaikė, tiek pranešėja stengėsi, kad pasiūlymas, kuris tobulina Komisijos pateiktą pasiūlymą, iš tikrųjų spręstų šį klausimą. Tai yra šiandienos klausimas, ne rytdienos. Ir ne veltui prisidėjo visi kolegos, komiteto nariai ir aš pats pateikiau kelias dešimtis pasiūlymų. Buvo pateikta net tūkstantis septyni šimtai pasiūlymų iš parlamentarų, ir aš labai džiaugiuosi, kad pranešėja maksimaliai atsižvelgė, sudėjo pagrindines nuostatas ir iš tikrųjų parengtas geras dokumentas. Bet nuo to, kaip situacija keisis Europoje, priklausys, kaip jį įgyvendins Komisija, kaip mes surasime reikiamų resursų ir kaip jį įgyvendins atskiros valstybės narės.

Neabejotinai šiandien ta problema yra ir geriausiose valstybėse narėse. Nekalbant apie tai, tose valstybėse, ypatingai, sakykim, mano šalyje, Rytų šalyse, situacija dar blogesnė. Pavyzdžiui, vaistų kainos skiriasi iki 10 kartų.

Šis pranešimas, šis pasiūlymas turi išspręsti šitą klausimą – turi vienodai kainuoti vaistai visiems europiečiams ir, kalbant apie vaistus, negali būti taip, kad vienoje šalyje žmonės gali gydytis, o kitoje šalyje – negali. Lygiai taip pat – teisė į užmirštumą. Tai yra šiandienos klausimas ir tą turi pradėti Parlamentas, Komisija ir valstybės narės. Turime užbaigti diskriminuoti žmones, kurie sirgo vėžiu, tiek finansų įstaigose, tiek, žinoma, tai padaryti turi ir darbdaviai. Ačiū. Sėkmės įgyvendinant šį dokumentą.

Marco Dreosto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, questa relazione contiene purtroppo un attacco indiscriminato alla filiera del vino, è andata a colpire un intero settore produttivo. Noi siamo l'Europa delle regioni, delle eccellenze locali e delle peculiarità, che non possono essere però messe tutte nello stesso calderone.

Un consumo responsabile di vino, di vino di qualità come quello italiano, non può essere considerato alla pari dell'abuso di superalcolici e non può essere assolutamente messo alla stregua del fumo o del tabacco.

Marchiare con una lettera «F» di colore nero le nostre eccellenze nazionali vitivinicole, i nostri prodotti locali, per favorire poi la grande distribuzione, va a ledere il lavoro di migliaia di aziende e di imprese familiari che, voglio ricordare, con passione e amore per la loro terra coltivano le viti e producono i nostri vini conosciuti in tutto il mondo.

Inviterei coloro i quali avanzano questa folle proposta a bersi responsabilmente un buon bicchiere di vino friulano, una buona Ribolla gialla, un Prosecco DOC, vini tutti eccellenti della mia terra, e a visitare poi le nostre aziende, fatte di imprenditori orgogliosi che, non dubitate, vi insegneranno anche l'educazione, la moderazione e la responsabilità per evitare un consumo di rischio alcolico dannoso.

Questa è evidentemente la via da seguire, non inutili, fuorvianti e, quelle sì, dannose etichette come il Nutriscore.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidenta, señora ponente, señores ponentes alternativos, ha sido un placer trabajar en equipo para presentar este Plan Europeo de Lucha contra el Cáncer, que materializa la colaboración entre Estados miembros soberanos, de sus políticas sanitarias, y que nos permite compartir e impulsar los avances.

La fragilidad del ser humano frente a la enfermedad también nos muestra su dignidad. Promovamos hábitos responsables, virtuosos, no solo por un beneficio personal, sino también por contribuir a una sociedad equilibrada que valore la salud y la vida. Nuestra cultura, en especial la dieta mediterránea, está asociada a una mayor longevidad. Invertir recursos en investigación nos beneficia a todos. Conocer en profundidad las causas del cáncer nos proporcionará nuevas oportunidades de tratamiento o de detección temprana que aumenten la supervivencia.

La vida no nos pertenece, pero sí podemos decidir cómo acompañarla. Deben procurarse a todos los pacientes cuidados paliativos que les ayuden a sobrellevar el sufrimiento o el dolor en cada una de las fases de la enfermedad, atendiendo a todas las dimensiones de la persona: física, psicológica, espiritual, pero también afectiva. Sabemos que el cariño y la presencia de los seres queridos es vital. También las cuestiones más prácticas y materiales: el estado nutricional del paciente, la rehabilitación física o cognitiva o la estética son aspectos fundamentales del tratamiento que deben estar disponibles hasta conseguir la recuperación. La capacidad de superación de pacientes y familiares, la vocación de los profesionales, la inquietud de los científicos por encontrar soluciones bien merece el apoyo de la Unión Europea con un plan de acción de lucha contra el cáncer que debe estar al servicio de las personas y no de una instrumentación ideológica o política.

Αλέξης Γεωργούλης (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα και εγώ να ευχαριστήσω την εισηγήτρια αυτής της έκθεσης, Véronique Trillet-Lenoir, για το δύσκολο έργο της. Σε αυτή την τελευταία μας συζήτηση για τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τον καρκίνο, θα ήθελα να υπογραμμίσω πόσο σημαντικό είναι αυτό το ψήφισμα, καθώς καλύπτει μείζονα ζητήματα για όλα τα στάδια του καρκίνου, όπως η πρόληψη, ο προσυμπτωματικός έλεγχος και η ανίχνευση της νόσου, χωρίς αποκλεισμούς, η ισότιμη πρόσβαση στην αντικαρκινική περίθαλψη, η παροχή σθεναρής υποστήριξης σε καρκινοπαθείς, επιζώντες και στους φροντιστές τους, αλλά και οι προκλήσεις όσον αφορά τον καρκίνο που προσβάλλει παιδιά, εφήβους και νεαρούς ενήλικες. Κλείνοντας, όμως, θα ήθελα να υπογραμμίσω ότι υπάρχει πολύς δρόμος ακόμα για να καλύψουμε το απαραίτητο 100% των θεμάτων που θίξαμε. Είναι απαίτηση —πρώτα από όλα των πολιτών, που τους εκπροσωπούμε— στη μάχη αυτή για τον καρκίνο να είμαστε ενωμένοι χωρίς διαφορές. Να μην αφήσουμε κανέναν πίσω.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, señora comisaria, señora ponente, 1,3 millones de europeos fallecen de cáncer cada año. De ellos, 6 000 son niños. 100 millones de pruebas de detección se retrasaron por la COVID. Hoy sobrevivir al cáncer aún puede depender del lugar donde vivas en Europa.

El Plan Europeo de Lucha contra el Cáncer es un hito histórico, un cambio de paradigma que terminará con la desigualdad, garantizará el acceso igual a los mejores tratamientos con el menor tiempo posible y evitará que futuras pandemias perjudiquen de nuevo a las personas con cáncer.

Este Plan aborda la prevención convirtiendo, por ejemplo, la nutrición en un servicio básico; con el diagnóstico temprano, mejoramos los programas de cribado; con el tratamiento, impulsamos las compras conjuntas, como hemos hecho con las vacunas COVID; y con el apoyo social y económico a los pacientes y familiares, el derecho al olvido, para que nadie sea discriminado por haber tenido cáncer. Y, por último, el liderazgo en la investigación y en la innovación *made in Europe*.

Estoy orgullosa de este Plan y lo suscribo casi en su totalidad.

El consumo abusivo del alcohol es uno de los factores de riesgo para la salud y tenemos que combatirlo con firmeza. Pero no compartimos equiparar el consumo abusivo del alcohol, que es dañino para la salud, con el consumo moderado del vino. Porque la dieta mediterránea, Patrimonio Cultural Inmaterial de la Humanidad, es una valiosa herencia cultural europea que nos aporta una alimentación saludable que contempla este consumo moderado. Por ello, en nuestras enmiendas, que les pido que apoyen, defendemos una distinción clara entre «consumo moderado» y «abusivo», tal y como establecía la Comisión Europea.

Por ello, impulsemos juntos este Plan para vencer el cáncer y dar esperanza a todos y cada uno de los europeos.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, Comissária, Colegas, centenas de milhares de cidadãos aguardam com grande expectativa o resultado deste relatório:

Os doentes, cujo acesso ao diagnóstico atempado e aos tratamentos adequados é determinante para a sua sobrevivência, quer estejam em Estrasburgo, em Bruxelas, ou na Madeira, uma região ultraperiférica;

Os colegas profissionais de saúde, que querem prestar aos doentes os melhores cuidados possíveis;

Os investigadores, que aguardam por melhores dados para promoverem mais e melhores estudos e encontrarem as respostas necessárias; As famílias e os cuidadores, que todos os dias lutam para garantirem a qualidade de vida dos seus;

Os sobreviventes, que pretendem avançar com uma vida normal, sem qualquer condicionamento económico ou social, garantido pelo direito ao esquecimento; E, finalmente, os cidadãos, todos os cidadãos, dos mais velhos aos mais novos, incluindo as suas organizações, contam connosco, os seus representantes, para ajudarmos a melhorar e a salvar vidas.

É este o desígnio deste relatório: com o nosso voto e com a nossa ação impedirmos que o cancro continue a ser uma fatalidade. Obrigada a todos os que contribuíram para um relatório robusto, em especial aos relatores e aos relatores sombra, baseado na melhor evidência científica.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je rejoins Peter Liese: pour chacun d'entre nous, nos mots résonnent ce matin à la mémoire de ceux qui sont partis trop tôt, de quelqu'un qui n'est plus là ou de quelqu'un qui se bat pied à pied contre le cancer, et ils sont de plus en plus nombreux. En cause, bien évidemment, notre espérance de vie, qui ne cesse de s'allonger, et ce cocktail de facteurs extérieurs auxquels nous sommes exposés: tabac, alcool, sédentarité et puis, bien sûr, toutes les pollutions. Chaque jour, en Belgique, 200 personnes sont diagnostiquées.

L'Europe a le devoir de réagir. La prévention est l'axe cardinal, cela a été souligné. Dépistage, traitements, qualité de vie des patients guéris et de leur famille: le plan européen contre le cancer contre-attaque sur tous les fronts. Vulnérables parmi les vulnérables, je veux, dans ma courte minute ce matin, mettre en lumière les patients atteints de cancers rares – pas si rares en réalité: un diagnostic sur quatre en Europe, surtout des enfants –, auxquels nous pensons très fort.

Notre rapport – je veux remercier notre rapporteure Renew, Véronique Trillet-Lenoir – est une mine de propositions pour qu'ils ne soient pas oubliés. Saisissez-vous-en, Madame la Commissaire, parce que – et je conclus – pour paraphraser Amanda, une patiente belge, seule l'échelle européenne peut rendre visible ceux que la rareté de leur maladie isole. La lutte de ceux qui se battent contre le cancer est notre combat à tous.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Wir haben heute schon viel gehört über fehlende Therapiemöglichkeiten und Hindernisse bei der Behandlung von Krebserkrankungen. Therapien sind wichtig, aber wichtiger noch ist die Vorsorge, damit es gar nicht erst zu diesen Erkrankungen kommt.

Vor wenigen Tagen ist in *Nature* eine Studie erschienen, wonach die fünfte planetare Grenze, nämlich die Belastung durch Chemikalien und fremdartige Stoffe, überschritten ist. Und das ist nicht nur ein Umweltproblem, das ist auch ein Gesundheitsproblem.

Wir haben im Ausschuss von Expertinnen und Experten gehört, dass bis zu 50 Prozent aller Krebserkrankungen nicht auf eine bestimmte Ursache zurückgeführt werden können. Gleichzeitig zeigen aber die Daten des *Human-Biomonitoring*, dass schon Neugeborene mehrere hundert Chemikalien im Blut haben. Deswegen: Wir brauchen hier einen systemischen Ansatz. Wir müssen weg von dem *End of Pipe*, sprich, wir verwenden es erstmal und setzen es frei und überlegen dann hinterher, wie wir die Belastung verringern können hin zu einem *Benign-by-design*-Ansatz. Sprich, wir müssen Substanzen, die wir verwenden, nicht nur hinsichtlich ihrer Funktion optimieren, sondern auch hinsichtlich der Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit.

Und dass wir anerkennen, dass wir vieles eben noch nicht wissen – nichts anderes bedeutet doch das Vorsorgeprinzip. Deshalb ist es meiner Ansicht nach unsere Pflicht, dass wir in allen Gesetzesvorlagen die Gesundheit mitdenken, dass wir Menschen einen gesunden Lebensstil ermöglichen und sie vor Gesundheitsgefahren schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich über den ausgewogenen Bericht. Ich hoffe, dass er nicht verwässert wird durch unwissenschaftliche Änderungsanträge und dass er sich in kommenden Gesetzesvorschlägen widerspiegelt.

Simona Baldassarre (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la lotta al cancro è una sfida ardua da affrontare, con coraggio e determinazione. Da medico ho sempre lottato per sensibilizzare alla prevenzione, e questo si può fare erogando un'assistenza di qualità superiore, garantendo l'accesso ai farmaci essenziali e aprendosi alle nuove tecnologie.

Tuttavia, occorre fare chiarezza su alcuni punti e, in particolare, riguardo al consumo di alcolici. Anche la Commissione europea parla di riduzione del consumo nocivo di alcol come priorità chiave nel piano europeo per sconfiggere il cancro, e ritengo che sia giusto determinare quali abitudini e quali alimenti siano dannosi per la salute.

Ma uso moderato e uso nocivo di alcol, quindi abuso, non sono la stessa cosa. Questo dovrebbe emergere dal testo, altrimenti si pongono in serio pericolo un'economia e una cultura importantissime per il nostro paese. La dieta mediterranea è un prezioso tesoro che fa parte del nostro stile di vita e ci fornisce una dieta ricca e sana, compreso il consumo responsabile di vino.

Collegli, affermare che non esiste un livello moderato di consumo di alcol compromette, senza evidenze scientifiche, il *made in Italy* e tanti altri paesi dell'Unione che producono eccellenze nel settore vinicolo.

Pertanto, favoriamo uno stile di vita sano, sane abitudini alimentari, e uniamoci una volta per tutte nella lotta contro il cancro.

Андрей Слабаков (ECR). – Г-жо Председател, благодаря и на докладчика за работата, която свърши по темата за повече от една година. Това е един добър текст. Ракът наистина се превърна в бич за модерното общество. Всеки европейец има близки и роднини или познати, които са били покосени от някакъв вид рак.

Ако универсалните преживявания обаче ни сближават, тогава този доклад би трябвало да има способността да ни обедини. Ето защо се надявам, че бихме могли да гласуваме в негова подкрепа, въпреки че имам някои резерви относно поставянето на нереалистични стандарти за качеството и контрола. Колегите Дреосто и Балдасаре казаха абсолютно правилни думи във връзка с алкохола.

И все пак противоречивите елементи в текста не бива да засенчват според мен посланието, което ще изпратим, а именно, че ракът вече е враг номер едно. Не бива да изоставяме никой, който страда: нито младите, нито възрастните, нито бедните, нито тези, които живеят в труднодостъпни или отдалечени райони на Европейския съюз. Нека поне един път не бъдем просто политици, а нормални човешки същества.

Anne-Sophie Pelletier (The Left). – Madame la Présidente, Madame la rapporteure, chers collègues, merci pour ce rapport primordial afin de renforcer la lutte contre le cancer. Permettez-moi ici de vous parler d'un cancer trop peu connu du grand public: le cancer du sein triple négatif. Ce dernier représente 15 % des cas, soit environ 9 000 personnes par an, avec une médiane de survie en situation métastatique de quatorze mois. Les témoignages que j'ai reçus sont terribles: «Madame, vous avez un cancer du sein triple négatif. Il n'existe pas de thérapie ciblée. Nous allons essayer un protocole et nous espérons que vous réagirez à ce traitement. Si ce n'est pas le cas, nous n'avons aucune solution.» Alors, partir aux États-Unis ou en Allemagne pour bénéficier de traitements innovants, en créant des cagnottes de financement participatif – car les sommes sont astronomiques –, cela ne peut plus durer.

Peu importe le stade de la maladie, peu importe les critères donnés: toutes les femmes doivent pouvoir bénéficier de traitements innovants approuvés, de droits d'essai et, surtout, de soins adaptés et pris en charge dans toute l'Union européenne – pas que dans certains pays.

Je le rappelle, l'accès à la santé et aux soins sont des biens communs, dont tout le monde doit pouvoir bénéficier. Toutes ces femmes désirent vivre, s'épanouir professionnellement et évoluer personnellement. C'est pourquoi nous devons agir au plus vite, car la maladie, elle, pour toutes ces femmes, n'attend pas.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, θέλω να συγχαρώ τη Véronique Trillet-Lenoir για την εξαιρετική δουλειά, καθώς και τους εισηγητές. Θα ήθελα επίσης να απευθύνω ένα μεγάλο ευχαριστώ στον Manfred Weber, γιατί το δικό του όραμα μας οδήγησε εδώ σήμερα.

Σήμερα είναι μια σημαντική μέρα για την Ευρώπη και το Ευρωκοινοβούλιο. Σήμερα, που είναι η Παγκόσμια Ημέρα για τον Παιδικό Καρκίνο, έπειτα από δύο χρόνια σκληρής δουλειάς και κοπιώδους προσπάθειας, στέλνουμε ένα δυνατό και αισιόδοξο μήνυμα σε αυτούς που έχασαν δικούς τους, σε αυτούς που παλεύουν σε κάποιο νοσοκομείο με την ασθένεια, σε αυτούς που έχασαν τη δύναμη και την πίστη τους: η Ευρώπη είναι εδώ και είμαστε όλοι ένα σε αυτόν τον αγώνα, για να κάνουμε τη ζωή των καρκινοπαθών καλύτερη και πιο αξιοπρεπή.

Σήμερα, κάναμε ένα πρώτο βήμα προς την υλοποίηση του κοινού μας στόχου με συνοδοιπόρο την Επίτροπο Στέλλα Κυριακίδου. Τίποτα δεν ήταν και δεν είναι εύκολο. Σε αυτή την έκθεση υπερβήκαμε διαφορετικές πολιτικές προσεγγίσεις και προτάξαμε το κοινό καλό.

Αύριο, με την υπερψήφιση της έκθεσης, θα είναι μια σπουδαία μέρα για την Ευρώπη, για την οποία όλοι όσοι συμμετείχαμε σε αυτή την προσπάθεια μπορούμε να είμαστε περήφανοι και πιο αισιόδοξοι. Απομένουν πολλά να γίνουν και οφείλουμε να τα πράξουμε για να τηρήσουμε στο έπακρον την υπόσχεση που δώσαμε στους Ευρωπαίους πολίτες: θα πολεμούμε τον καρκίνο μέχρι να τον νικήσουμε.

Tiemo Wölken (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin Kyriakides! Liebe Véronique, herzlichen Glückwunsch zu diesem Bericht! Zusammen mit den Schattenberichterstatterinnen und Schattenberichterstat-tern hast du hier wirklich etwas Großartiges vorgelegt.

Das Europäische Parlament macht klar, dass wir im Kampf gegen den Krebs vier Dinge brauchen: Wir brauchen gute Prävention, wir brauchen ein gutes Erkennen der Krebserkrankungen, wir brauchen eine gute Behandlung für Menschen, die an Krebs erkrankt sind, und wir müssen sie begleiten. Und in allen diesen vier Bereichen schlägt der Bericht wirklich gute Dinge vor. Gerade das Begleiten von Erkrankten ist wichtig. Das Recht auf Vergessen ist zentral.

Ich kenne leider auch viele junge Menschen, die an Krebs erkrankt sind, die in Deutschland zum Beispiel die App „Junges Krebsportal“ entwickelt haben, die junge Krebserkrankte zusammenbringt. Das ist eine Initiative, die wir im Europäischen Parlament, die wir in Europa unterstützen müssen. Das Screening ist so wichtig, und das in allen Mitgliedstaaten. Und deswegen ist es auch gut, dass wir die Forschungszusammenarbeit stärken wollen.

Aber zur Wahrheit gehört auch: Die Prävention ist das A und O. Tabak kann schädlich sein, die falsche Ernährung kann schädlich sein, Übergewicht kann schädlich sein, das zu viele Benutzen einer Sonnenbank kann schädlich sein, Umweltfaktoren sind schädlich. Aber auch Alkohol ist schädlich, das ist wissenschaftlich erwiesen. Und dass wir das hier ändern wollen – oder nicht wir, sondern dass eine gewisse Lobby das ändern möchte –, ist wirklich schandhaft.

Alkohol kann schädlich sein – so steht es im Bericht, so muss es drin stehen bleiben. Die Änderungsanträge dazu sollten abgelehnt werden. Wir sollten hier keinen Wein in das gute Wasser gießen, das uns hier vorliegt.

Martin Hojsík (Renew). – Madam President, cancer is the modern plague. It does not any more affect only the elderly, it affects increasingly the young generation. We all know people who managed to survive, and sadly, those who died. Cancer affects our lives. Yet more than 40% of the cases could have been prevented, and chemicals – hazardous chemicals – are one of the key culprits here. This is why the implementation of the Sustainable Chemical Strategy is going to be a really crucial element in fighting cancer in Europe.

We need to eliminate POPs, the worst of the worst chemicals that contaminate the waste stream, and we need to prevent these hazardous chemicals from spoiling the circular economy. We need the chemicals used by the society to be sustainable and safe by design. Not a bit of cancer – no cancer. They need to be intrinsically safe, they need to be without hazardous properties. So dear Commissioner, when you come up with the CLP and REACH proposals, we need safe chemicals. Let's beat cancer by prevention. Let's beat it by eliminating hazardous chemicals.

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Paní předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, já se pokusím být stručný. Myslím si, že se chystáme udělat docela hloupost, protože ten skvělý návrh, který máme, chceme zkazit takovými drobnými nesmysly. Je super, že na evropské úrovni řešíme společný postup proti rakovině. Je to zákeřná nemoc, napadá všechny bez rozdílu a ten výzkum řešení je velmi drahý a je těžké ho dělat na národní úrovni. A právě tím společným výzkumem ukazujeme, že evropská spolupráce dává smysl, protože prostě posouvá znalosti nejenom Evropy, ale i lidstva jako celku.

Bohužel, tady prostě do správných úvah o prioritizaci, koordinaci a řešení těch reálných problémů se někdo rozhodl, že ještě začne zakazovat škodlivé věci. Já naprosto uznávám, že existuje korelace mezi kouřením cigaret a rakovinou, to je známý fakt a riziko, které na sebe každý kuřák bere v okamžiku, kdy kouří cigaretu. Proto jsou také ty tabákové výrobky zatíženy příslušnou daní a já jsem určitě velmi pro to, abychom lidi informovali o následcích jejich činů a informovali o tom, že to pro ně může mít velmi nepříjemné důsledky. Já jsem pro to, abychom ty důsledky promítali i do ceny příslušných tabákových produktů. Ale, bohužel, v zápalu chuti zachraňovat lidi jsme se dostali do situace, kdy se pouštíme do něčeho, co bychom neměli dělat, a to je zakazování. Já si prostě myslím, že tahleta Unie by neměla veškerou svou sílu soustředit na toho jednoho malého obyčejného člověka, který vlastně nedělá nic jiného, než že si chce dát cigáro. Pokud to chce udělat na vlastní riziko, tak mu to, prosím, dovolme. Nevidím důvod mu to zakazovat. Děkuji.

Alessandro Panza (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, ringrazio tutti i colleghi che hanno collaborato alla stesura di questo documento.

Tanto si sta facendo sulla prevenzione, ma tanto ancora dobbiamo fare sulle procedure di cura di queste malattie che, se in alcuni casi fortunatamente si vanno via via cronicizzando, in altri, purtroppo, portano con sé ancora tutto il loro mortale potenziale.

Il cancro è una malattia complessa. Per migliorare le sue cure è necessario un approccio multidisciplinare e collaborativo, che sempre metta al centro dell'attenzione il paziente e le sue esigenze. Le *units* dedicate, come le *breast units* o le *pancreas units*, queste ultime ancora in fase embrionale, portano con sé il modello *hub and spoke* e sono il riferimento organizzativo che garantisce equità e rapidità di accesso alle cure.

Tuttavia, tale modello è attuabile solo se supportato da adeguate tecnologie digitali e con una migliore facilità di condivisione dei dati, necessari a poter seguire costantemente e scrupolosamente i pazienti. È proprio su queste nuove tecnologie, grazie anche agli obiettivi del Next Generation EU, che possiamo e dobbiamo fare uno sforzo comune.

In ultimo, permettetemi di richiamare l'attenzione sulla necessità di non demonizzare prodotti che cancerogeni non sono. Penso ad un caso citato da tanti colleghi, ovvero il vino. Promuoviamo invece uno stile di vita sano e un consumo responsabile di una bevanda che fa parte del nostro patrimonio storico e culturale europeo.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Pani Przewodnicząca! W sprawozdaniu, o którym dyskutujemy, wyraźnie wybrzmiał też aspekt nowotworów pochodzenia zawodowego. Obecnie szacuje się, że około połowa osób, u których zdiagnozowano chorobę nowotworową, to osoby w wieku produkcyjnym. Wraz ze zmianą sytuacji na rynku pracy zmienia się też lista czynników rakotwórczych, na które pracownicy są stale narażeni. Ciągłe aktualny pozostaje problem azbestu i ochrony pracowników, wobec czego potrzebne jest podtrzymywanie działań ochronnych na rzecz właśnie tych pracowników.

Ponad 25 proc. chorych na raka wskazuje utratę dochodów jako konsekwencję choroby. W jeszcze gorszej sytuacji znajdują się osoby samozatrudnione. Mając na uwadze te czynniki, trzeba też podkreślić kwestię zwalczania dyskryminacji osób, które przeszły wieloletnią chorobę nowotworową lub zmagają się z nią, ich reintegracji zawodowej i ułatwienia im powrotu do pracy.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε Κυριακίδη, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, σήμερα, Παγκόσμια Ημέρα κατά του Παιδικού Καρκίνου, κάνουμε ένα πάρα πολύ σημαντικό βήμα στην κατεύθυνση της ενιαίας πολιτικής υγείας, που τόσο μεγάλη ανάγκη έχει η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Με την υιοθέτηση του σχεδίου για την αντιμετώπιση του καρκίνου, κάνουμε σημαντικά βήματα για την πρόβλεψη και την ενίσχυση των δομών ανίχνευσης και προσυμπτωματικού ελέγχου. Κάνουμε σημαντικά βήματα στην κατεύθυνση της ισότιμης πρόσβασης στην αντικαρκινική περίθαλψη. Κάνουμε ένα σημαντικό βήμα όσον αφορά τις προκλήσεις που υπάρχουν στους καρκίνους που προσβάλλουν τα παιδιά, τους εφήβους και τους νεαρούς ενήλικους.

Σημαντικό στοιχείο αυτής της προσπάθειας είναι ο διορισμός του ειδικού απεσταλμένου για τον καρκίνο που θα αναφέρεται απευθείας στην Πρόεδρο της Επιτροπής, μια πρόταση που προέρχεται από το Ευρωπαϊκό Λαϊκό Κόμμα. Μεγάλη τιμή για εμένα είναι το γεγονός ότι σε αυτή την έκθεση —και ευχαριστώ πολύ την εισηγήτρια, την κυρία Trillet-Lenoir— ενσωματώθηκαν τροπολογίες μου που αφορούν την αντιμετώπιση των καρκίνων που προκαλούνται από τον HPV και τη διεύρυνση της εμβολιαστικής βάσης στα κορίτσια και στα αγόρια, τον γονιδιακό προληπτικό και διαγνωστικό έλεγχο για την έγκαιρη διάγνωση του καρκίνου των ωοθηκών, την ενίσχυση των δράσεων ενημέρωσης και ευαισθητοποίησης για την αντιμετώπιση της ύφεσης που παρατηρήθηκε στην έγκαιρη διάγνωση των καρκίνων μέσω προληπτικών εξετάσεων. Στην Ελλάδα, τα τελευταία 10 χρόνια την περίοδο της οικονομικής κρίσης, οι διαγνώσεις μειώθηκαν κατά 40%, όχι όμως τα περιστατικά.

Κλείνοντας, θα ήθελα να μοιραστώ μαζί σας μια πεποίθηση: δημιουργούμε τον πολιτικό οδικό χάρτη για τα κράτη μέλη, τα οποία θα πρέπει να προχωρήσουν άμεσα στην εφαρμογή του. Οι καλύτερες πολιτικές δεν έχουν καμία σημασία, αν δεν υπάρχουν συνέργειες και αν δεν υπάρχει παρακολούθηση της εφαρμογής, αν δεν υπάρχει εποπτεία της εφαρμογής. Θα ήθελα να αφιερώσω τη σημερινή μέρα σε δύο ανθρώπους που χάθηκαν από τον καρκίνο: στην καλύτερή μου φίλη, την Πολυξένη Μαστροπέρου και στη συνεργάτιδά μου, τη Σοφία Χαντζάρα. Δεν πρόλαβαν να δουν αυτό το ιστορικό ευρωπαϊκό βήμα.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, chère Véronique, je voudrais tout d'abord saluer le travail que vous avez réalisé et le contenu du rapport que nous avons produit ensemble. Je souhaite que le vote de cette semaine ne soit pas un point final, mais qu'au contraire les priorités et les actions auxquelles nous appelons nourrissent les différentes politiques qui jouent un rôle dans la lutte contre le cancer.

Parmi ces politiques, je mettrai l'accent sur la prévention: 40 % des cancers sont évitables, et, au-delà des changements des comportements individuels, c'est aux pouvoirs publics de prendre des mesures systémiques pour réduire les facteurs de risque environnementaux. C'est donc à nous, législateurs, de faire de la lutte contre le cancer notre priorité et de garder à l'esprit les engagements que nous prenons aujourd'hui lorsque nous traiterons des législations comme, par exemple, celles sur le tabac, les produits chimiques, les pesticides, les pollutions de l'air ou encore les objectifs stratégiques «De la ferme à la table».

Un dernier point sur la consommation d'alcool, qui a été source de nombreux débats et de lobbying intense. Je pense qu'il est ici de notre devoir de rappeler que nous devons, nous, en tant que députés européens, prendre les mesures nécessaires pour informer en suivant la science. Je m'étonne ici de voir certains députés se transformer en promoteurs de la filière vinicole, alors que nous sommes ici en train de parler de la question de la prévention du cancer. C'est de cela que nous devons nous occuper, et non pas des producteurs agricoles.

Claudia Gamon (Renew). – Frau Präsidentin! Wir im Europäischen Parlament fordern heute eine koordinierte und umfassende Strategie im Kampf gegen den Krebs. Was für mich außer Frage steht, ist, dass es natürlich alle Europäerinnen und Europäer verdient haben, einen gleichberechtigten Zugang zu innovativen Therapien zu haben.

Was wir aber auch nicht vergessen dürfen, ist die Bedeutung der Grundlagenforschung, des Investments in die Forschung und Entwicklung im Kampf gegen den Krebs. Und das haben wir doch gerade in den letzten zwei Jahren bei der Entwicklung der COVID-Impfstoffe gesehen, was das bedeuten kann. Wir haben die letzten zwei Jahre davon profitiert, dass einige Länder mehr in die Grundlagenforschung investiert hatten. Und wir werden jetzt in Zukunft noch lange davon profitieren, was die letzten zwei Jahre durch diese immense intensivierte Zusammenarbeit erreicht werden konnte.

Es muss in Europa endlich ein Ende haben, dass wir den Sektor Grundlagenforschung kaputtsparen. Wir schaffen es immer, für unsere einzelnen kleinen Sachen Geld aufzustellen. Aber wenn es darum geht, in die Zukunft zu investieren, in die Grundlagenforschung, halten wir uns immer zurück und sind weit von den uns selbst gesteckten Zielen entfernt. Das muss endlich ein Ende haben, wenn wir den Kampf gegen den Krebs wirklich gewinnen wollen.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, kad vam dijete ili blizak član obitelji dobije karcinom, učinili biste sve da ga izliječite. Zato je jako dobro da se Europski parlament solidarizira s brojnim takvim sudbinama i da se zajedno borimo protiv raka. To je posebno važno i za moju zemlju jer, nažalost, Hrvatska prednjači po broju smrti od raka u Europi!

Budući da se Europska komisija, zajedno s velikim brojem članova ovog Parlamenta, tijekom pandemije ponašala kao prodajni predstavnik proizvođača cjepiva, mislim da bi sad, u budućnosti te svoje prodajne vještine trebala koristiti da promovira važnost ranog otkrivanja raka.

Naime, puno je ljudi zbog COVID mjera odgađalo svoje preglede i rane dijagnostičke postupke i zato sad trebamo uložiti dodatan napor i puno novca za preventivne sistematske preglede da bismo maligne bolesti otkrili što ranije.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, ako propustimo odlučno djelovati, u Europskoj uniji će se do 2035. broj umrlih od raka povećati za više od 24 % te će on postati glavni uzrok smrti. Krajnji je trenutak za radikalnu i sveobuhvatnu akciju, a donošenje Europskog plana za borbu protiv raka i ovo izvješće ključni su koraci u tom smjeru.

Ovo izvješće sadrži niz konkretnih mjera koje sam i sâm predložio. Njime se zalažemo za uspostavu jedinstvenog skupa pravila o naknadi troškova prekogranične zdravstvene zaštite, uključujući pravo na drugo mišljenje, kako bi se pojednostavio i olakšao pristup liječenju i kliničkim ispitivanjima, naročito za pacijente koji boluju od rijetkih vrsta raka i za djecu, čiji dan danas obilježavamo. Posebno je važno da se troškovi financiraju prije početka liječenja da bi se izbjegla diskriminacija pacijenata s niskim primanjima, čime pokazujemo da nam je solidarnost na prvom mjestu.

Osim toga, naglašavamo važnost povećanog investiranja u zdravstvenu infrastrukturu i zdravstvene radnike putem kohezijske politike da bi se smanjile razlike u kvaliteti liječenja diljem EU-a odnosno da bi se omogućio jednak pristup kvalitetnoj zdravstvenoj zaštiti svim našim građanima. Također, zajedničkom nabavom skupih lijekova želimo omogućiti da oni postanu dostupni svim građanima Unije, bez obzira na to gdje oni žive. Time šaljem jasnu poruku: u Europskoj uniji ne smiju postojati građani prvog i drugog reda.

Na kraju, zalažemo se za donošenje europskog zakonodavstva kojim ćemo zajamčiti pravo na zaborav osoba koje su preživjele rak. Nitko neće biti diskriminiran ni imati otežan pristup financijskim uslugama zato što je prebolio ovu bolest.

Izvješće pred nama predstavlja golem iskorak u borbi protiv raka, najviše za pacijente i njihove obitelji te vas molim da ga plebiscitarno podržite.

Cyrus Engerer (S&D). – Sinjura President, Sinjura Kummissarju, Véronique, ma nistax ma nibdiex illum dan id-diskors billi ma nsemmix eroj Malti li tilef hajtu tragikament, Dr Victor Calvagna, illi fejjaq u ghex ma' mijiet ta' tfal Maltin u Ghawdxin mill-kanċer. Illum fil-gurnata li qed infakkru l-kanċer fit-tfal.

Fl-ahhar xhur iltqajna ma' esperti, xjentisti minn madwar id-dinja u dak li qalulna kien l-istess haġa u ċar. Erbghin fil-mija tal-kanċer fl-Ewropa hu prevenibbli. Dawn ix-xjentisti issa għaddew dan il-bastun lilna f'din il-ġirja, f'idejna l-politiċi, biex niehdu d-deċiżjonijiet tagħna minn kull lat biex innaqqsu l-kanċer fl-Ewropa. Quddiemna għandna għażla, jew noqogħdu fuq ix-xjenza u ntejbu l-hajja taċ-ċittadini, jew inkella nippruvaw nipproteġu l-interessi ta' daww il-kumpaniji l-kbar, li l-uniku għan tagħhom huma l-profitti. Għall-ewwel darba għandna pjan Ewropew, pjan tagħna lkoll, b'erba' biljun ewro allokati għalih. Hafna madwar l-Ewropa huma miġuġhin, però flimkien biss bil-vot tagħna għada, ibbażat fuq ix-xjenza, nistgħu nibdew it-triq biex nirbħu din il-ġlieda tagħna l-Ewropej kontra l-kanċer.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, strengthening Europe in the fight against cancer and the Commission's Europe's Beating Cancer Plan are both very welcome initiatives, and of course, we should learn something from the pandemic, Commissioner: your role and that of the Commission and Europe in general, pooling its resources, coming together to face a significant challenge.

There's nothing as significant as the challenges that we face in the area of cancer. We need to be able to prevent, we need to have the research, the innovation and the creativity behind that to assess the statistics. We need early detection, and we need diagnostics and treatment. The idea that a young child will not be diagnosed because of where they're born or who they're born to is something that is a failure, not only of Member States and their policies, but equally of the European Union itself.

So I would urge that we would cooperate in the areas of prevention, in research and development and also in rare diseases, Commissioner. I believe that, in the area of rare cancers, Europe has a central role in bringing all Member States' health capacities together to ensure diagnosis and treatments for those with rare diseases. I commend the broad thrust of the report and the broader efforts of the Commission in terms of Europe's Beating Cancer Plan, but we must do a lot and it's better to do it together.

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Pandemia pokazała, jak wiele jeszcze trzeba zrobić w sprawie systemów leczniczych w Unii Europejskiej. Jednocześnie pokazała, jak dużo może w tej kwestii zrobić Unia Europejska i instytucje. Przykładem tego jest dzisiejsza dyskusja.

Dzisiaj, gdy pandemia powoli zbliża się ku końcowi, stoimy przed kolejnym wyzwaniem olbrzymiej ilości chorych, którym przez pandemię nie byliśmy w stanie poświęcić należytej uwagi i odpowiednio ich leczyć. Ten palący problem występuje szczególnie w onkologii, gdzie podjęcie szybkiego leczenia jest równoznaczne z jego przyszłym sukcesem. Wczesna diagnostyka, bezpłatne badania są tutaj kluczem do zwycięstwa. Dlatego jako Unia Europejska musimy robić wszystko, aby informować i zwiększać świadomość wśród obywateli i pacjentów na temat prewencji nowotworów.

Ale kolejna ważna kwestia to dostęp do nowoczesnych form leczenia, i to szybki dostęp. Nie ma lepszych i gorszych państw. Ważne jest, by terapie dostępne w Niemczech, we Francji były też oferowane chorym w Polsce, Chorwacji i w innych krajach. Każdy pacjent ma prawo do walki o swoje zdrowie najlepszymi dostępnymi metodami i granice wewnątrz Unii Europejskiej nie powinny w tej kwestii istnieć.

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, hoje, já aqui foi referido, é o Dia Internacional da Criança com Cancro e temos, por isso, nas nossas mãos uma grande responsabilidade de reforçar a estratégia europeia para a luta contra o cancro, porque a União que os europeus ambicionam é uma Europa com a qual possam contar, sobretudo nos momentos mais difíceis. Uma Europa que encontra soluções, uma Europa que resolve problemas.

Na luta contra o cancro precisamos de melhorar as respostas locais, reduzir as desigualdades e reforçar a cooperação entre os Estados-Membros. Uma Europa que não deixa ninguém para trás tem de ser uma Europa onde os pacientes têm o direito a aceder aos melhores cuidados disponíveis, independentemente do Estado-Membro onde residam.

As recomendações que são feitas neste relatório são bastante abrangentes e permitem corrigir algumas lacunas na estratégia avançada pela Comissão Europeia. A abordagem inicial ao cancro pediátrico e juvenil era deficitária e, por isso, procurámos melhorar o documento com propostas dirigidas aos tipos raros de cancro que habitualmente afetam esses segmentos etários. Queremos reforçar a investigação no domínio da medicina direcionada, melhorar a prestação de cuidados paliativos oncológicos e facilitar o acesso de crianças e jovens a ensaios clínicos transfronteiriços.

Senhoras e senhores deputados, numa Europa onde a saúde é um direito fundamental não temos, pois, tempo a perder.

Romana Jerković (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, poštovana Véronique, povjerenice, kolegice i kolege, predugo smo u Europi tolerirali prevelike nejednakosti između država članica u liječenju raka. Europski plan je generacijska prilika za smanjenje tih nejednakosti i za unaprijeđenje dostupnosti onkološke skrbi svim građanima Unije, bez obzira iz koje zemlje dolaze.

Ovo izvješće je progresivno, ambiciozno, utemeljeno na znanosti i daje nam priliku da okrenemo novu stranicu u borbi protiv raka. Možemo preokrenuti loše trendove i smanjiti alarmantan porast broja oboljelih od karcinoma. No, u tome moramo biti ustrajni, posebno kada se radi o cigaretama, o grijanim duhanskim proizvodima, o alkoholu ili pak zagađenom okolišu i zato se pri glasanju svatko od nas treba zapitati što nam je važnije: zdravlje naših građana ili udovoljavanje interesima lobija?

Danas sam ispunjena nadom da smo na dobrom putu, i premda je on i dug i pun nepoznanica, ovim izvješćem danas radimo veliki iskorak. Nastavimo koračati dalje hrabro i zajedno!

Susana Solís Pérez (Renew). – Señora presidenta, hoy quisiera dirigirme a todas aquellas personas que día a día luchan contra el cáncer, y a sus familiares, que les apoyan y sufren como propios los estragos de esta enfermedad. El mensaje de hoy es claro: este Parlamento va a dar la cara por vosotros. Porque el informe que hoy se aprueba no es una declaración de intenciones, es un proyecto con medidas concretas para unir recursos en investigación y poder hacer frente, por ejemplo, a los cánceres raros, los pediátricos o los de más difícil curación. Es un plan para que los Estados miembros puedan invertir en prevención, en cribado y en mejores cuidados. Un apoyo directo a los sistemas sanitarios, a nuestros profesionales. Y aquí no tienen cabida las desigualdades, solo la atención de la más alta calidad independientemente de las fronteras: que un paciente de Polonia, Rumanía, Francia o España tenga las mismas oportunidades de superar la enfermedad.

A todos os digo que este Parlamento seguirá teniendo como absoluta prioridad la lucha contra el cáncer. Que no os quepa ninguna duda. Muchísimas gracias, querida Véronique, por tu implicación.

Adam Jarubas (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! W wyborach do Parlamentu Europejskiego w 2019 r. jako kandydaci Polskiego Stronnictwa Ludowego / Europejskiej Partii Ludowej startowaliśmy z postulatami zaangażowania Unii Europejskiej w walkę z rakiem, by wkrótce nikt w Europie na raka nie umierał, by z choroby śmiertelnej stała się co najwyżej chorobą przewlekłą. Ubiegłoroczna strategia Komisji Europejskiej i walki z rakiem, którą omawiane dziś sprawozdanie recenzuje, wskazując dalsze działania, to konkretne kroki do spełnienia tej obietnicy danej Europejczykom w 2019 roku.

Cieszę się, że w czasie półtora roku prac Komisji skorzystaliśmy z wiedzy ekspertów z całej Europy, w tym m.in. z Polski, dzięki udziałowi prof. Artura Kowalika ze Świętokrzyskiego Centrum Onkologii, rozwijającego dostępniejszą, bo czterokrotnie tańszą terapię genową CAR-T. Uzupełniliśmy zalecenia w kwestii dostępności wczesnej diagnostyki, takiej jak badania genetyczne czy przesiewowe – np. badania markerów krwi przed rozwojem nowotworów opracowywane w Instytucie Genetyki w Poznaniu. Bardzo duże znaczenie ma wykorzystanie nowoczesnych narzędzi cyfrowych, Big Data, sztucznej inteligencji w samych badaniach, ale również w efektywniejszym zarządzaniu onkologią, które zwiększa dostępność pomocy.

Kluczowe jest jednak jasne stanowisko w sprawozdaniu, by z europejskim finansowaniem niwelować różnice w dostępie do europejskiego standardu onkologii nie tylko między państwami Unii Europejskiej, ale również między aglomeracjami a miasteczkami i wsią. Rak nieuchronnie zależy od kodu DNA, ale nie może zależeć od kodu pocztowego.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in Europa noi sventoliamo spesso con orgoglio le bandiere della ricerca e dei diritti. Ebbene, qui, nella lotta contro il cancro, abbiamo l'occasione di tradurre queste roboanti parole in risultati tangibili, come questo ottimo piano ci dimostra e ci propone, piano che noi dobbiamo approvare e attuare.

Signora Commissaria, ricerca significa nuove e più efficaci capacità di diagnosi precoce, maggiori interventi di cura, migliori farmaci e terapie innovative, mezzi più personali di riabilitazione. Come ricordava l'onorevole Alessandra Moretti, ci sono i *survivors* che hanno bisogno di cure e di attenzioni particolari,

E poi i diritti. Il primo diritto è quello alla salute, che è il diritto alla vita, anche a una vita ferita, menomata e dolorosa. E poi i diritti uguali per tutte le cittadine e tutti i cittadini d'Europa, che siano nati a Milano o a Berlino o in una sperduta città dell'Europa, magari più povera, priva di servizi, di ospedali, di attrezzature. Cittadine e cittadini europei tutti, con diritti ad avere una rete di servizi omogenea, uguale, tendente al meglio che c'è, che la scienza e la tecnologia offrono.

E poi lasciatemi ricordare una priorità di questo Parlamento da anni, quella dell'attenzione al cancro infantile, e oggi è proprio la Giornata internazionale contro il cancro infantile. Signora Commissaria, mi rivolgo a Lei, se magari smette di leggere e ascolta: l'oncologia infantile è una priorità!

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, eerst en vooral dank en proficiat aan Véronique, mijn collega binnen Renew, op wie ik heel erg fier ben voor het uitstekende werk dat zij heeft geleverd met dit verslag.

Zesduizend kinderen sterven elk jaar in Europa aan kanker! Het is zelfs de voornaamste doodsoorzaak bij kinderen ouder dan een jaar. En dat is onaanvaardbaar. Het kan toch niet dat we ontredderde ouders met doodzieke kinderen door Europa laten rondzwerven op zoek naar de juiste behandeling. Het kan toch niet dat niet elk kind in Europa dezelfde overlevingskansen heeft!

Vandaag is het Wereldkinderkankerdag. Het is aan ons om van die strijd een prioriteit te maken. Erken kinderoncologie als een specialistische discipline. Voorzie in meer onderzoek en betaalbare medicijnen voor kinderen. We moeten de toegang tot behandelingen vereenvoudigen, over de grenzen heen en samen, als een echte gezondheidsunie. Zorg er alstublieft voor, mevrouw de commissaris, dat die mobiele applicatie die een overzicht geeft van alle behandelingen in de verschillende Europese landen, er snel komt. Geef ouders en kinderen terug hoop!

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, from COVID-19, the EU has proven that it can work as a collective in coordinating and collaborating when it comes to providing healthcare services, and we can do the same when it comes to dealing with cancer. We can share information, we can develop a code against cancer, developing standards that are for all across Europe, regardless of your address.

Prevention can and does reduce the incidence of cancer, and we can all learn from the recommendations in this report. Today is International Childhood Cancer Day, and it's so appropriate that in this report we outline how we can work for better treatments and care for children, for adolescents and for young adults who are fighting cancer.

We can collaborate with healthcare professionals, researchers from academia and industry and patient representatives from across Europe to help those young people. And when these young people recover from cancer, we want to assure them that their battle with cancer is over when their doctor says that they are recovered and that they won't face obstacles in the workplace or when trying to access financial products. We want to see the right to be forgotten in place for all cancer survivors in Europe.

This is a plan supported by EUR 4 billion. The challenge for us all now, for here in this Parliament, for the Council and importantly, as you know Commissioner, is to make this plan happen.

Biljana Borzan (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, mjere o kojima danas raspravljamo doslovno su mjere za spašavanje života. Podatak da se 40 % slučajeva raka može prevenirati je ohrabrujući jer prevencija je najbolji lijek – učinkovitiji od bilo koje terapije jer štedi živote, živce, strah i suze.

Jedan od najvažnijih elemenata su zdrave životne navike koje bih najbolje opisala izrazom: uživati u svemu, pretjerivati ni u čemu. Najčešći uzroci smrti u Europskoj uniji, srčane bolesti i rak, su dobrim dijelom uzrokovani nezdravom prehranom, pušenjem i alkoholom. Zato bilo koji suvisao plan protiv raka mora sadržavati mjere za suzbijanje upravo tih pojava. Da nije tako, bilo bi kao da vatrogasci stoje pred kućom i čekaju da se zapali kako bi je počeli gasiti. Između ostalog, zato podržavam uvođenje oznaka koje će građanima omogućiti zdraviji izbor hrane.

Zaključno, razlike u pristupu terapijama, dijagnostici i skrbi među državama članicama su sramotno velike. Nužno je da Europska unija odlučno djeluje kako bi se te razlike smanjile.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă președintă, doamnă comisară Kyriakides, dragă Véronique, stimați colegi, cancerul este una dintre cele mai grave probleme de sănătate mai ales în statele mai puțin dezvoltate, unde sistemele medicale se confruntă cu numeroase neajunsuri, iar rata de supraviețuire este îngrijorător de mică.

Este nevoie de măsuri imediate pentru îmbunătățirea șanselor la viață ale pacienților și pentru sprijinirea familiilor acestora. Drama prin care trec – și mulți din această sală am trecut prin aceste drame – greutățile pe care se străduiesc să le depășească trebuie să ne îndemne pe toți la acțiuni imediate și concrete.

Prevenția este un alt aspect însemnat al combaterii cancerului. Este nevoie de cercetare în domeniu și este, mai ales, nevoie de acțiuni de informare ale cetățenilor cu privire la factorii care pot contribui la apariția bolii. Este important să investim în educația pentru sănătate adresată atât copiilor, cât și adulților, în urma căreia oamenii să poată face singuri, și nu prin impunere, alegeri informate cu privire la stilul de viață și la alimentația proprie.

Herbert Dorfmann (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Krebs ist ein Thema, das wir gerne und oft verdrängen, aber wenn es dann uns selbst oder unsere Familien trifft, dann wird es leider das Wichtigste in unserem Leben. Und weil wir verdrängen, denken wir oft auch nicht daran, wie wir tagtäglich dieser schlimmen Krankheit vorbeugen können: durch mehr Bewegung, durch Verzicht auf Tabak und eben auch durch gesunde, ausgeglichene und hochwertige Ernährung.

Hochwertige Lebensmittel – in Vielfalt genossen und nicht übermäßig genossen – sind daher ganz besonders wichtig. Und da kommen dann alkoholische Getränke ins Spiel: Wein, Bier, auch Spirituosen. Und eines ist ganz klar: Ein zu hoher Konsum von Alkohol ist nicht nur in Bezug auf Krebs ein großes Problem, sondern ist insgesamt für unsere Gesundheit schädlich und leider oft auch tödlich. Übermäßiger Alkoholkonsum ist schädlich, ebenso wie zu viel Zucker schädlich ist und auch zu viel Fleisch schädlich ist.

Gleichzeitig ist aber auch ein moderater Konsum von hochwertigen Weinen, Bieren seit vielen Jahrhunderten Teil der Diät in vielen unserer Mitgliedstaaten und ist Teil unseres Lebensstils. Und wir sollten den Menschen das Glas Wein zum Mittag oder das Feiertagsbier nicht ausreden. Wir sollten anerkennen, dass Wein, Bier und Spirituosen Teil unserer Kultur sind, dass hunderttausende Familien in Europa in Weinbergen, in Kellereien, in Brauereien und Brennereien arbeiten und sich bemühen, tagtäglich hochwertige Lebensmittel herzustellen.

Deshalb bitte ich, diese Änderungsanträge zu unterstützen. Da geht es nicht um Lobbyismus, da geht es nicht um Verwässerung. Da geht es einfach darum, dass wir uns für einen moderaten Konsum einsetzen könnten. Die Prohibitionspolitik hat uns noch nie etwas gebracht.

Sándor Rónai (S&D). – Elnök Asszony! Én egy olyan országból jövök, ahol évről évre egyre romlik a rákbetegségekbenél adódó halálozási statisztika. Magyarországon a lakosságszám arányában többen halnak meg rákbetegség okából, mint bármelyik másik európai országban. Mondhatjuk, hogy ez a szörnyű statisztika csupán országspecifikus, de a helyzet ennél tragikusabb. Ha magukra hagyjuk az országokat, ha magukra hagyjuk a betegeket, akkor a következő tíz évben 24 százalékkal fog nőni Európában a rák megbetegedések száma, és ezzel a rák lesz Európa legpusztítóbb betegsége.

Mindannyian tudjuk, hogy a daganatos betegség korai felismerése életet, életet menthet. A mostaninál sokkal bátrabb tervek és megoldásokra van szükség! Nem elég tagállami szinten kezelni egy ilyen súlyos egészségügyi krízist, közös megoldásokra, egy erős európai egészségügyi unió létrehozására van szükség. Tegyük meg ezt szeretteink emlékére, családunk és polgártársaink védelmében.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, poštovana povjerenice, poštovana izvjestiteljice, kolegice i kolege, zadovoljna sam što će naše izvješće snažan fokus staviti na prevenciju i dati konkretno smjernice kako kroz različite programe izmijene zakonodavnih akata možemo napraviti dodatan iskorak u strukturiranoj borbi protiv raka.

Gdje živiš ne smije biti pitanje hoćeš li živjeti. Trenutno u Europskoj uniji imamo građane prvog i drugog reda jer u istočnoj Europi pacijenti imaju 30 % manje šanse za ozdravljenje u odnosu na pacijente u zapadnoj Europi. Kao zastupnici u Europskom parlamentu moramo osigurati da borba protiv raka nije uvjetovana društvenim statusom ili granicama.

Trebamo promovirati europski zajednički sustav nabave koji tretmane čini pristupačnijim za pacijente i naše zdravstvene sustave, promicati jednaki pristup lijekovima i potaknuti inovacije, kao što je to učinjeno s cjepivima protiv covida-19, unaprijediti prevenciju, rano otkrivanje i liječenje podržavajući istraživanja, kako bi se osiguralo da je ciljano liječenje dostupno svim pacijentima. Svaka država članica, zato smatram, treba imati barem jedan specijalizirani centar za djecu i mlade koji boluju od raka.

Naš je zadatak pomoći oboljelima bez obzira u kojoj od 27 država članica žive, a svi građani zaslužuju i činjenicu da oboljeli od raka bude uključen u njihovo pravo na zaborav. Europa može udružiti napore, znanje i novac, a takvi resursi zahtijevaju, naravno, i političku volju. Vodimo računa i o tome da ne diskriminiramo posebnosti naših industrija i promoviramo zdravi način života.

Da zaključim, 40 % nas će se vjerojatno suočiti s rakom u nekoj fazi svog života. Ovo je jedan od naših najvažnijih dokumenata jer od života nema većeg prioriteta!

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Vart fjärde dödsfall i cancer sker inom EU:s gränser, trots att bara var tionde världsmedborgare bor här. Det finns ju så klart olika orsaker till det, men tydligt är att EU och våra medlemsländer måste öka arbetet mot cancer.

Det krävs åtgärder längs hela kedjan, från grundorsakerna, det förebyggande arbetet, screeningarbetet, behandling och eftervården. Jag är särskilt glad att det förebyggande arbetet har kommit fram så väl i det här betänkandet och att kemikalier och hormonstörande ämnens betydelse lyfts fram. Det är också positivt att utskottet baserar sig på Världshälsoorganisationens forskning och att alkoholens cancerframkallande visas upp och att det är rekommendationer där. Det är dags att vända vinlobbyismen ryggen och införa etiketter på alkoholflaskor. Det är dags för resten av EU att ta efter den svenska restriktiva alkoholpolitiken – inte tvärt om.

Jag vill också tydligt säga att när det gäller detta med vinlobbyismen så måste vi vara glada åt att det i betänkandet står att det finns inga säkra nivåer för intag av alkohol.

PRESIDENZA DELL'ON. PINA PICIERNO

Vicepresidente

Gheorghe Falcă (PPE). – Doamnă președintă, doamnă comisară, dragi colegi, în aprilie 2019, toți eram în campanie electorală pentru a obține sprijinul cetățenilor ca să îi reprezentăm în Parlamentul European.

Pentru mine, 17 aprilie 2019, a însemnat ziua când, în urma unor analize medicale, m-a sunat medicul și mi-a spus: „Domnule Falcă, sunteți diagnosticat cu cancer și trebuie operat de urgență, chiar mâine dacă se poate”.

În acel moment, în acele clipe, totul se schimbă. Atunci vezi lumea în alte culori. Vorbind bălbăit, am obținut de la medicul meu patru zile petrecute cu familia în orașul natal, cu prietenii, cu multe îmbrățișări și cu multă susținere, iar apoi m-am urcat pe masa de operație, operație transformată în trei operații. Din patru ore, s-au făcut unsprezece, iar după cinci zile de stat la Reanimare, medicul mi-a spus: „Operația a reușit, urmează terapia și o să fie bine.”

Prin ce facem noi acum dăm șanse miilor de oameni, să poată auzi și ei din partea medicului: „Ai reușit să învingi cancerul!”. Cancerul poate fi învins. Mulțumesc, dragi colegi, că putem aduce speranță oamenilor diagnosticați cu cancer și vă urez să aveți multă sănătate, înțelepciune și sprijin pentru acești oameni.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Wobec raka wszyscy jesteśmy równi, każdy bez względu na status społeczny czy narodowość może na niego zachorować. I dlatego wszyscy nasi obywatele zasługują na równe traktowanie. Nie może być tak, że w jednym państwie członkowskim rak jest skutecznie leczony, a w innym oznacza on praktycznie wyrok śmierci.

Bardzo źle wygląda to w Polsce, gdzie polski rząd ochroną zdrowia interesuje się tak naprawdę tylko do czasu narodzin. Zamiast na ochronę zdrowia polski rząd wyklada miliardy na partyjną antyeuropejską propagandę.

I dlatego potrzebujemy więcej Europy, nie tylko w polityce zagranicznej czy monetarnej, ale potrzebujemy także wspólnej polityki zdrowotnej. Wszyscy Europejczycy zasługują na dobrą, stabilną i przewidywalną ochronę zdrowia. To również ważne jak bezpieczeństwo międzynarodowe czy finansowe. I to powinien być fundament budowy mocniej zintegrowanej, federalnej Europy od Oslo po Ateny, od Lizbony po Kijów. *You may say that I am a dreamer, but I am not the only one.*

Jessica Polfjärd (PPE). – Fru talman! Jag är ganska säker på att alla härinne själv, eller känner någon som, har kämpat mot cancer eller kämpar mot cancer. Fortfarande är inte gåtan löst hur vi ska kunna bota cancer. Därför är Europaparlamentets cancerstrategi på så många sätt en seger och ett viktigt steg på vägen för hur vi inom EU kan arbeta för att utrota cancer.

Vägen dit är utbildning, forskning och målmedvetet arbete. Om vi lär av det som vi just har varit igenom med covid-19 är det helt uppenbart att när EU bestämmer sig för någonting och mobiliserar kan vi åstadkomma mer. Det borde till och med de som konsekvent motsätter sig EU:s samarbete inse.

Kampen mot cancer börjar inte idag, den har pågått länge, men i dag börjar vi nästa kraftfulla steg i vårt gemensamma arbete att utrota cancer.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovana predsednica. Hvala Posebnemu odboru Evropskega parlamenta za boj proti raku za izjemno delo in končno poročilo, o katerem glasujemo danes.

Glas ZA pomeni glas za skupen evropski boj proti bolezni, s katero je na ravni Evropske unije na leto diagnosticiranih tri milijone Evropejcev. Glas ZA pomeni glas bliže k evropski zdravstveni uniji in glas ZA je glas za več socialne pravičnosti in enakosti v zdravstvu, za manj razlik v stopnji preživetja obolenih za rakom – odstotek teh namreč še vedno presega 25. Predobro se zavedam, kako ključna je pravočasna diagnoza in kako neprecenljivo je pravočasno in kakovostno zdravljenje rakave bolezni.

To mi je pred leti rešilo življenje in zato na vseh področjih delovanja podpiram in se zavzemam za pravočasnost pregledov in odkritij bolezni, za enak dostop vseh Evropejcev do najkakovostnejše onkološke oskrbe ter do enako hitro dostopnih in cenovno ugodnih kakovostnih zdravil. Glas ZA resolucijo je glas za življenje.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, la lutte contre le cancer, c'est vraiment le sujet pour lequel l'Union européenne apparaît comme la bonne échelle et a une véritable valeur ajoutée à apporter. En effet, nous sommes tous concernés, nous avons tous perdu des proches. Alors oui, l'accès à de meilleurs traitements et à une meilleure prise en charge des malades, le droit à l'oubli ou encore une meilleure coopération transfrontière dans l'accès aux thérapies doivent être des priorités.

Nous devons néanmoins rester raisonnables, notamment en ce qui concerne la consommation d'alcool. Oui, sans aucun doute, il faut se battre contre la consommation excessive d'alcool; mais non au zéro alcool. Le vin et la bière font partie de l'art de vivre dans nos campagnes et sont des secteurs économiques essentiels, créateurs d'emplois dans de nombreux territoires. Alors, soyons ambitieux dans notre lutte contre la maladie, mais faisons-le de manière pragmatique.

Manuel Pizarro (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, melhorar os resultados no combate ao cancro está ao nosso alcance e exige confiança e determinação.

Confiança nos avanços da ciência que têm permitido tratar cada vez mais doentes com sucesso, conduzindo à cura e ao controlo da doença. Precisamos, por isso, de investir mais no sistema científico.

Determinação para estender os benefícios do progresso científico a todos os europeus. Para isso precisamos de mais Europa nas políticas de saúde concretizando, de facto, a União Europeia da Saúde.

Precisamos de mais Europa no combate ao tabagismo, não cedendo à ofensiva dos cigarros eletrónicos, do tabaco aquecido ou dos novos produtos do tabaco que só têm um objetivo: perpetuar o consumo entre os mais jovens.

Precisamos de desenvolver um sistema de monitorização das medidas que propomos que nos permita avançar de facto.

Este relatório do Parlamento Europeu constitui um contributo decisivo. Espero que a Comissão saiba ouvir o apelo dos cidadãos da Europa.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Krebs ist eine schreckliche Krankheit, die fast jede Familie in Europa betrifft. 10 Prozent der Weltbevölkerung machen wir in Europa aus, aber ein Viertel aller Krebsfälle, die weltweit diagnostiziert werden, entfallen auf Patientinnen und Patienten in Europa. Ich denke, Krebs muss wirklich eine unserer obersten Prioritäten sein, aber es ist genauso mir persönlich ein Herzensanliegen, dass wir hier auch aus dem Parlament heraus Signale aussenden, dass wir alles machen als Politiker, was wir machen können, um den Krebs zu bekämpfen.

Drei Gedanken hierzu: Erstens: Ich glaube, wir müssen massiv in die Forschung investieren, in das Thema Prävention, Diagnostik, Behandlung, Nachbetreuung der Betroffenen und der Familien. Zweitens: Ich denke, es ist ganz wichtig, auch in die Patientenorganisationen zu investieren. Also – was ich erlebe in meinem Land – die Patientenorganisationen leisten einen ganz, ganz wertvollen Beitrag in der Behandlung von Krebs, und die müssen wir stärken. Und drittens: Ich denke, Verbote für bestimmte Lebensstile sind nicht der richtige Weg. Pauschal Werbeverbote einzuführen für Alkohol bei Sportveranstaltungen oder auffällige Warnhinweise für Alkohol sind, glaube ich, der falsche Weg.

Wir müssen natürlich den Alkoholmissbrauch bekämpfen. Aber wichtig ist dafür, dass wir vor Ort gerade gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen Aufklärungsarbeit leisten, dass wir Präventionskampagnen fahren. Ich glaube, Vorbilder wirken weit mehr und überzeugen Jugendliche weitaus besser, als dass wir hier Verbote aussprechen.

Ilan De Basso (S&D). – Fru talman! Så mycket begåvat har sagts och så mycket tillgängliga fakta finns om det faktum att vi kan göra skillnad för så många människor. Varje år utsätts 120 000 europeiska löntagare för farliga ämnen och tiotusentals leder till dödsfall.

Det är oacceptabelt att vanligt folk får sätta livet till på grund av vår oförmåga att ställa rimliga krav på arbetsgivaren. Vi måste säkerställa rutiner och öka kunskapsnivån runt om i EU. För mig är det självklart. Det får inte vara på grund av sociala orättvisor och på grund av ojämlikhet som människor i EU får sätta livet till när man försöker försörja sig själv och sin familj i hopp om att skapa en bättre framtid.

Vi kan nå stora framsteg på detta område och vi ska tillsammans lyckas bekämpa cancer. Så låt oss tillsammans hjälpas åt för att hitta gemensamma lösningar i kampen mot cancer, så att ingen ska behöva dö på grund av att ha gått till jobbet.

Livia Járóka (NI). – Elnök Asszony! A rák elleni küzdelem nem csak a tudományé, nem csak a társadalomé, nem csak a politikáé, hanem mindannyiunké. A rák évente több mint 1,3 millió embert öl meg, köztük 6 ezer gyereket is. 3 millió új esetet diagnosztizálnak, és több mint 12 millió túlélő küzd a normális életbe való visszatéréssel. Fontos, hogy a tudományos kutatás eredményeit közérthetően eljuttassuk mindenkinek. Számos tévhit, megalapozatlan, pontatlan információ él a köztudatban. Hogyha a hiedelmektől rettegünk, akkor nem is veszünk részt a rendszeres ön- és szűrővizsgálatokon.

Ezért nagyon fontos, hogy a megelőzésben aktívan cselekedjünk, egészséges életmód kialakításával és rendszeresen vegyünk részt a szűrővizsgálatokon. Nem lehet különbség a rák gyógyításában! A rák elleni küzdelem középpontjában az ember, és az emberi méltóság megőrzése kell, hogy álljon.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, estamos perante um relatório muito completo na caracterização desta grave realidade e dos elementos que a luta contra o cancro configura na atualidade. Tal como na situação pandémica, é imprescindível o papel que os serviços nacionais de saúde públicos desempenham e continuam a desempenhar.

Não acompanhamos, por isso, o desenvolvimento de uma dita união da saúde, descentralização de competências ou um caminho privatizador na saúde. Neste combate, exige-se o reforço dos serviços nacionais de saúde públicos, gratuitos, de qualidade, maior investimento, mais profissionais, mais e melhores equipamentos, a garantia do acesso a tratamentos e medicamentos, ao acompanhamento devido em todas as fases da doença e familiares e a criação de uma rede pública de cuidados para esse fim.

Exige-se o reforço das políticas de prevenção e do papel das autoridades nacionais competentes. Exige-se que, sem prejuízo de uma maior cooperação entre Estados, cada país mantenha e desenvolva capacidades próprias na produção de medicamentos e dispositivos médicos que permitam a necessária resposta aos doentes oncológicos sem ficar à mercê das multinacionais ou dependentes de políticas supranacionais que restringem a diversidade e capacidade de resposta.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señora presidenta, este informe, del que la comisión especial de la que yo he formado parte puede estar realmente satisfecha, es un hito no menor en la historia de las políticas europeas de lucha contra el cáncer. Ayudará a nuestros gobiernos a mejores estrategias en el campo de la oncología, sin duda.

Si tuviera que resumirlo, elegiría dos conceptos: prevención e igualdad. La prevención es siempre la mejor política sanitaria y la oncología no es una excepción.

Para reducir la incidencia de cáncer en nuestras sociedades hay que transformar hábitos y estilos de vida, así como condiciones sociales y ambientales de nuestra población. El campo que nos queda por recorrer para alcanzar este objetivo es todavía inmenso. En este sentido, nuestras enmiendas han incidido en el concepto de salud en todas las políticas y nos congratulamos de que hayan sido tenidas en cuenta.

El combate contra las desigualdades entre países y regiones en el tratamiento del cáncer debe ser nuestra prioridad indiscutible como europeos. Todavía hay diferencias insostenibles entre nuestros ciudadanos en lo que se refiere al cribaje, la detección precoz, el exceso de tratamiento y las innovaciones terapéuticas.

Para terminar, quisiera señalar que podemos entender que el código genético condicione la probabilidad de supervivencia ante un diagnóstico oncológico, pero lo que no podemos aceptar, de ninguna manera, es que esta probabilidad dependa del código postal.

Ewa Kopacz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Zacznę od podziękowań. Chciałabym podziękować wszystkim tym, z którymi miałam zaszczyt pracować w Komisji BECA, dziękuję twórcom sprawozdania, nad którym teraz debatujemy. Jestem przekonana, że ten dokument, który teraz procedujemy, jest przełomowy. Jest to dokument, który zapoczątkuje silną europejską unię zdrowotną i stanie się jej filarem. W moim kraju rak zabija 100 tysięcy osób rocznie. I musimy sobie tę gorzką prawdę powiedzieć: wiele obszarów onkologii w Europie Środkowo-Wschodniej jest zdecydowanie na niższym poziomie niż w Europie Zachodniej. Taka sytuacja jest niedopuszczalna. Szanse na pokonanie raka nie mogą zależeć od szerokości geograficznej.

Szanowni Państwo, w XXI wieku, w Unii Europejskiej, są kraje, w których dosłownie rak boli bardziej, więc bardzo ważne zapisy w tym sprawozdaniu, mówiące o wspólnych zakupach leków czy znoszeniu różnic geograficznych w dostępie do diagnozy i leczenia, są elementami, które niewątpliwie inwestują w człowieka, w jego dobro. Zdrowia nie można przeliczyć na żadne dobra materialne. To, co robimy teraz, jest inwestycją w życie i zdrowie pacjentów w duchu europejskiej solidarności i pomocniczości. A więc proszę: bądźmy jutro solidarni, zgłoszmy nad tym sprawozdaniem.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, 1.3 million people die of cancer in the EU every year. Every nine seconds, a new case of cancer is diagnosed in the EU, meaning that by the time I've finished speaking, six people will have been diagnosed. This is already shocking, but studies show that it will only get worse, that by 2035, the number of cases could double and an estimated 40% of the population will face cancer at some point in their lives.

COVID has showed us that we can and should do more at European level to save lives. We need to invest more in research to utilise new technologies like AI, and to ensure earlier detection and better care, and we need to share best practices. The fight against cancer is not new. We have been pledging to defeat cancer for a long time. I don't know if we will ever be truly free of it, but I know that, as the European Union, we can do more. So let's do it.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Madam President, I want to start with MEP Falcă. Sharing a personal experience is never easy. But when I heard him share his today, he put this discussion in perspective, and I want to thank him.

Honourable Members, ladies and gentlemen, I want to thank you for your valuable interventions. I really noted as many as I could. I am sure I will leave some behind or out, but not because they were not important. I want to look at the different topics raised.

First of all, the importance raised in this report on research. This was raised by MEPs Liese, Gamon and Pereira, and they're absolutely correct. And I want to assure you that the Horizon Mission is already part of our process, and we have recently launched the first calls.

Many of you mentioned the importance of prevention – MEPs Ripa, Fritzon, Metz. I just wanted to say here that we know that 40% of all cancers in the EU can be prevented, and this is one of our most important pillars. And MEP Dorfmann, you are so right: we cannot push it aside. We cannot ignore that cancer is there. We need to work on prevention.

MEPs Ries, Ștefănuță, Ijabs, Kopcińska, Solís Pérez, Toia and many others have mentioned the importance of inequalities, the impact of late diagnosis. And this is why we have set up an inequalities register to guide investment and support where we need it most, and we will continue to work in this way.

MEPs Ripa, Hojsik and Niebler talked on healthy lifestyles, on the importance of consumer information. We will be updating the European code against cancer. We need to do more on this.

MEP Mélin, you spoke of the need to have a budget. Well we have an unprecedented EUR 4 billion available to us that we will be using.

There was a mention on tobacco by MEP Fiocchi, and I just wanted to say here that tobacco is still the single largest avoidable health risk. This is why we approach it in our cancer plan.

MEP Georgiou, you're absolutely right that we need to take action and that action needs to be together and we need to implement what we do.

The right to be forgotten – Véronique, I know that this is so close to your heart and to so many others – and MEP Cerdas, MEPs Clune, Toia, Franssen have raised this, and we are looking at this in Europe's Beating Cancer Plan and we will be coming forward with a report on this very shortly.

MEP Moretti said, we are bringing an entire process to a conclusion. In one way I would say yes, but hearing this, I was thinking in a different way. You are right at the beginning of opening another one – one of adoption and one of implementation.

MEPs Kopacz, Metz, Glavak and others spoke about the affordability and access to medicines, and this is one of the key objectives of the European Commission's pharmaceutical strategy. And this, I think, is going to be very important in really looking at issues to do with affordability and inequality of access.

MEPs Montserrat, Ilčić and Konečná spoke of the impact of COVID-19. We know that an estimated 100 million cases may have not been diagnosed in the last two years, and 100 million cancer screening tests may have been postponed or not carried out. And this has an important impact on patients and their families. And in our plan, we are addressing this. We are looking at how telemedicine can be used and we need to have contingency plans for the future.

On alcohol, several MEPs mentioned this. Now, Europe has the highest level of alcohol consumption in the world, and alcohol can cause several types of cancer, and that is why we have included a clear target in the Commission's cancer plan to achieve a relative reduction of at least 10% of harmful use of alcohol by 2025, also supported by WHO.

Citizens are often not aware of the risks. There is no intention whatsoever to target any gastronomic cultures, and our work will be based on science.

Many of you mentioned that cancer is a word that brings the thought of someone who died or is now being diagnosed. But I believe that this report and Europe's Beating Cancer Plan is also a plan and a report that can make this a work of hope.

I hope that we can do something. Let's not demonise cancer, let's do something about it.

MEPs Georgoulis, Pavlova and Sokol, you have spoken of the importance of this report and the level of ambition, and we share this with you. MEP Furlas and MEP Vautmans spoke of paediatric cancers and said that tomorrow, once this report is voted, it will be a great day. But even more important is its implementation, and we will be partners in this as a Commission, as we have a strong commitment to change the realities of cancer and, as MEP Rafalska also said, to also looking at how we can reduce risks in the workplace.

And last but not least, rare cancers and paediatric cancers raised by many of you: children have the right to the best possible diagnosis and treatment. The European reference networks – our comprehensive cancer networks – are evidence that we're giving a priority to this and to paediatric cancers.

So in ending, honourable ladies and gentlemen, I want to congratulate you. I want to congratulate you on the important work of this report. I want to congratulate you, on behalf of the Commission, on the support of our Europe's Beating Cancer Plan. We are putting in place the necessary building blocks to ensure that this plan is implemented effectively.

We have an implementation roadmap to which we are accountable so that we are able to have real delivery and tangible results. But your constructive and ambitious report is really such an important contribution to this effort, and I can assure you it will guide and inform our work.

We will continue to work closely with you in order to be implementing this plan, and I am truly convinced that, when we work together, as we have shown on so many areas that we can, we can achieve our goals – goals that we need to do for citizens, for patients, for their families, for their support network and their colleagues, for our health systems and for our societies.

Véronique Trillet-Lenoir, *rapporteuse*. – Madame la Présidente, je veux d'abord dire merci. Merci, Madame la Commissaire, pour nous avoir accompagnés pendant tout ce travail. Merci à tous les membres de la commission BECA – il y en a encore quelques-uns dans la salle – qui ont inspiré, qui ont soutenu ce travail. Merci aux experts et aux scientifiques que nous avons entendus et écoutés. Et puis, si je peux me permettre, merci à mes patients, qui m'inspirent depuis plus de trente ans, à ceux que j'ai soignés, à ceux que je soigne encore et à ceux que je soignerai.

Nous avons abouti à un rapport dont j'entends qu'il répond à beaucoup d'attentes. Mais aujourd'hui, ce n'est pas une fin, c'est un début, parce que tout reste à faire. Il nous reste à travailler sur les propositions législatives qui seront issues de ce rapport – la première, dans deux jours, sur la révision de la directive sur les carcinogènes. Il nous reste à continuer – et vous êtes très nombreux à l'avoir dit – à nous appuyer sur les données de la science pour informer et pour protéger les citoyens. La prévention, c'est le levier. Le cancer le plus simple à guérir, c'est celui qu'on n'attrape pas. Et puis, Monsieur le Ministre, cher Clément, il faudra déployer ce plan. Pour le déployer, nous avons besoin de l'engagement collectif et solidaire des États membres, en particulier sur toutes les mesures qui sont des recommandations, et qui, sans votre appui, sans votre implication forte, resteront lettre morte.

Enfin, je voudrais passer un dernier message: ce que nous réussirons sur la prévention des cancers, nous le réussirons pour toutes les autres maladies chroniques. Ainsi, nous arriverons à améliorer la santé – la bonne santé – de nos concitoyens. Encore merci pour ce débat riche et animé, et continuons ensemble.

Presidente. – Ringrazio la relatrice e tutte le colleghe e tutti i colleghi che sono intervenuti.

La discussione è chiusa.

Le votazioni sugli emendamenti si svolgeranno oggi, martedì 15 febbraio 2022, e la votazione finale si svolgerà domani, mercoledì 16 febbraio 2022.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Andrus Ansip (Renew), kirjalikult. – Vähktõvevastase võitluse raport on väga põhjalik strateegiadokument, mille ettevalmistusele on eelnenud tohutu analüüs. See kirjeldab õhu puhtuse, alkoholi, tubaka, radooni ja teiste komponentide mõju vähi haigestumisele ning ka COVID-19 tapvat mõju vähivastases võitluses. Tubakatooteid peetakse suurimaks ennetatava vähktõve põhjuseks ning seetõttu toetan vähktõve vastase võitluse eesmärki vähendada tubakatoodete tarbimist praeguselt kahekümne viielt protsendilt viiele protsendile aastaks 2040. Aus analüüs aitab vähendada vähisurmade arvu Euroopas.

Marc Botenga (The Left), par écrit. – Le texte proposé contient des idées importantes dans la lutte contre le cancer. Une phrase me frappe spécialement: le renforcement des services de santé publique, tant sur le plan du financement, des infrastructures et des professionnels de la santé, dit le rapport, est essentiel pour améliorer la prévention, le dépistage et la détection du cancer. Vrai! Mais, ainsi, le rapport désavoue toute la politique d'austérité menée par la Commission et les gouvernements européens. L'austérité a mis à genoux les systèmes de soins de santé. Comment faire des campagnes de prévention efficaces avec un système public en apnée? Comment faire un diagnostic précoce quand vous êtes confronté à des listes d'attente interminables? Ou que dire du report des soins pendant la pandémie de COVID-19 parce que nos hôpitaux manquaient de moyens et de personnel? Sous-investissement, manque d'infrastructures, conditions de travail insupportables pour les travailleurs et coût prohibitif pour le patient... Une lutte efficace contre le cancer nécessite une rupture avec les politiques européennes. Il faut un investissement massif dans les systèmes publics des soins de santé. Faire de la lutte contre le cancer une priorité signifie rompre avec la marchandisation et la commercialisation de la santé.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Bardzo cieszę się, że Parlament Europejski zajął się tak ważnym tematem, jakim jest leczenie i zapobieganie nowotworom w Europie. To właśnie z inicjatywy grupy EPL i naszej polskiej delegacji PO-PSL powstała w Parlamencie specjalna komisja ds. walki z rakiem i w trakcie tej sesji plenarnej pochylamy się nad efektami jej pracy. W sprawozdaniu przyjętym przez komisję zwrócono uwagę na nierówności w kontekście profilaktyki i leczenia nowotworów w państwach członkowskich. Nie zgadzamy się na to, aby o szansach na przeżycie i jakości leczenia decydował kod pocztowy. Potrzebujemy ustanowienia ogólnoeuropejskich norm jakości leczenia nowotworów, a także przeglądu istniejących ram prawnych w zakresie dostępu do transgranicznej opieki zdrowotnej, w tym prawa do drugiej opinii. Istotnym rozwiązaniem może być też utworzenie rejestru nierówności w UE, co pozwoliłoby na monitorowanie sytuacji i diagnozowanie wyzwań. Bardzo ważne jest wyrównanie dostępu do leków. Należy wzmocnić unijny rynek leków, zróżnicować łańcuchy dostaw i ściśle monitorować wszelkie niedobory, a także dostawy strategicznych zapasów leków i surowców. Kluczową rolę w tym zakresie może odegrać Europejska Agencja Leków. I wreszcie, pacjenci onkologiczni nie powinni być za nowotwór karani w swoim codziennym życiu. Dlatego wzywamy do przyjęcia dyrektywy antydyskryminacyjnej, a także sprawiedliwego i równego wdrażania dyrektyw dotyczących usług finansowych, jak np. kredyty konsumenckie.

Eva Maydell (PPE), in writing. – This is an important report because it aims to strengthen coordination between EU countries to combat inequalities in the fight against cancer. EU countries should work together to combat drug shortages, for example, through joint purchasing procedures. The EU should target investment to effectively develop interoperable Electronic Health Records, digital health solutions for continued cancer out-patient care, as well as multi-sectoral synergies in research and innovation to improve early detection and personalised cancer treatment.

This will also be important in achieving the ever important Health Union. It is important to come up with European prevention and management plans to help national healthcare systems be more resilient and prevent and deal with shortages of drugs, equipment, products, and staff in times of health crisis.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Euroopas sureb vähktõvesse igal aastal 1,3 miljonit inimest. Seda on liiga palju. Tõhus, uuenduslik, kättesaadav ja tasukohane ravi on väga oluline. 40 % kõigist vähivormidest on ennetatavad, seega tuleb rakendada kõikvõimalikke vähiennetusmeetmeid. Komisjoni roll on arendada ja rakendada vähktõve vastast tegevuskava võimalikult tõhusalt. Raport leiab, et liikmesriigid peavad võimaldama kodanikele regulaarseid tervisekontrolle ning tervislike eluviiside harrastamine peaks olema toetatud. Samuti tuleb jätkata investeringuid täiskasvanute ning ka laste ja noorukite vähktõve põhjuste uurimise ning korraldada regulaarseid sõeluuringuid. Võrdne juurdepääs ravile ning ravikvaliteet on jätkuvalt problemaatilised kohad paljudes liikmesriikides ning selle parandamiseks tuleb reformida piiriülese tervishoiu direktiivi, et võimaldada liikuvust ning juurdepääsu väga spetsialiseeritud seadmetele ja ravile.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Hyvä puhemies, Euroopassa on tällä hetkellä syövän hoidossa ensimmäisen ja toisen luokan kansalaisia. Itä-Euroopassa syöpäpotilailla on 30 prosenttia pienempi mahdollisuus selviytyä sairaudesta länsieurooppalaisiin potilaisiin verrattuna. Syövän torjunta ja hoito eivät saa EU:ssa riippua potilaan sosiaalisesta asemasta tai maantieteestä. Euroopassa täytyy taata kaikille kansalaisille laadukas, saavutettava ja edullinen syöpähoito. Tämä tarkoittaa keskeisten syöpien seulontaa, varhaista diagnosointia, nopeaa hoitoonpääsyä ja hoidonjälkeistä kuntoutusta. Syöpähoitojen epätasa-arvoisuudesta on päästävä eroon ja syöpähoidoista on tehtävä yhtä saavutettavia kaikkialla Euroopassa. BECA:n loppumietintö osoittaa parlamentin kunnianhimoisuuden syöväntorjunnassa. Mietinnössä vaaditaan EU:n järeitä yhteisiä toimia. Meidän pitäisi kuitenkin nostaa vielä kunnianhimoisemmin esiin panostus ennaltaehkäisyyn. Elinympäristömme erilaiset kemikaalit, huono ilmanlaatu ja mikrohiukkaset vaikuttavat syöpien esiintyvyyteen. Emme saa syöpien kasvuennustetta pysäytettyä, jos emme ratkaise näitä ongelmia. Euroopassa täytyy taata kaikille kansalaisille laadukas, saavutettava ja edullinen syöpähoito, lisää tutkimusrahoitusta EU:lta, parhaiden käytäntöjen vaihtamista, hoidon tutkimusta ja eurooppalaisen terveysdata-avaruuden ja syöpien hoidon osaamiskeskuksia. Lisäksi meidän pitää helpottaa syöpäpotilaiden hakeutumista hoitoon toisessa EU-maassa. Laadukas syövän hoito kuuluu jokaiselle eurooppalaiselle tulotasosta, sukupuolesta, asuinpaikasta tai etnisestä taustasta riippumatta. Syöpähoidot ja -lääkkeet, varsinkin erittäin harvinaisten syöpätyyppien hoitoon tarkoitettut hoidot ja lääkkeet, ovat kalliita. Siksi meidän pitäisi käyttää syöpälääkkeiden hankinnassa eurooppalaista yhteishankintajärjestelmää, jota käytettiin koronarokotteiden hankinnassa. Se tekisi hoidoista edullisempia sekä potilaille että terveydenhuoltojärjestelmille.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Správa mimoriadneho výboru Európskeho parlamentu, ktorý vznikol najmä z iniciatívy Európskej ľudovej strany je výsledkom rok a pol trvajúcich rokovaní. Výstup obsahuje množstvo užitočných odporúčaní, ktoré môžu pomôcť pacientom v liečbe, urýchliť výskum, či posilniť prevenciu. Správa však obsahovala aj niekoľko návrhov, ktoré komplikovali naplnenie stanovených cieľov a zasahovali do slobody výberu jednotlivca. Jedným z nich je celoplošný zákaz podpory športových podujatí producentami piva a alkoholických nápojov. Takýmto zákazom by sme práve v čase pandémie ohrozili fungovanie malých a lokálnych športových podujatí či športových klubov. Prišiel som preto s doplnujúcim návrhom, aby sa takýto zákaz vzťahoval len na podujatia s prevažnou účasťou detských divákov.

4. Überwachung von Politikern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und Journalisten sowie von anderen Personen und Einrichtungen in den EU-Mitgliedstaaten unter Rückgriff auf Cyberüberwachungs-Software (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulla sorveglianza di politici, procuratori, avvocati e giornalisti, nonché altre persone fisiche ed entità negli Stati membri dell'UE mediante l'utilizzo di software per la sorveglianza informatica (2022/2546(RSP)).

Desidero informare gli onorevoli deputati che per questa discussione è previsto un giro di interventi di oratori dei gruppi politici.

Ricordo anche che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande «cartellino blu».

Inoltre, come è avvenuto durante le recenti tornate, sono previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

Desidero anche ricordare che gli interventi in Aula continueranno a essere fatti dal podio centrale e quindi invito i deputati a controllare l'elenco degli oratori e ad avvicinarsi al podio centrale all'approssimarsi dell'orario del loro intervento.

Do ora la parola, a nome del Consiglio, al Sottosegretario agli Affari europei Clément Beaune.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les Députés, je tiens tout d'abord à vous remercier d'avoir bien voulu mettre ce débat sur un sujet aussi sensible et important à l'ordre du jour de votre session. Je veux tout simplement dire, pour commencer, que l'usage de logiciels de surveillance pour infiltrer notamment des téléphones est évidemment inacceptable et qu'il doit être condamné avec la plus grande force. Je veux le dire simplement et clairement.

L'Union européenne est fondée sur des valeurs essentielles qui nous rassemblent: la démocratie, le respect de l'état de droit, les libertés d'expression et d'information, la liberté des médias et la protection de la vie privée en font partie. Elles sont toutes, parmi d'autres, des droits fondamentaux inscrits dans notre droit primaire, dans notre charte. Les institutions européennes – toutes – et les États membres – chacun – ont une responsabilité conjointe et le devoir de faire en sorte que ces droits et libertés, au quotidien, soient protégés contre toute surveillance illégale.

Bien sûr, dans toutes nos démocraties, des encadrements, des limitations au droit à la vie privée peuvent s'avérer nécessaires. C'est la vie collective qui l'impose pour certaines finalités, en particulier pour la lutte contre la criminalité, dans certains cas, mais toujours, et c'est le sens et la force de nos démocraties, toujours des limitations sont nécessaires, elles aussi strictement encadrées, notamment par les règles européennes en matière de protection des droits de l'homme.

L'usage de mesures de surveillance ne peut être qu'une mesure d'exception et l'usage de mesures de surveillance dont il est ici question constitue une telle intrusion dans la vie privée que les garanties les plus élevées et les plus strictes doivent être impérativement respectées. Vous le savez, dans notre ordre juridique, il appartient à chaque État membre de mener les enquêtes nécessaires, si dérive il y a, conformément au droit de l'Union, pour lutter contre toute mesure de surveillance qui serait illégale. C'est indispensable pour créer ou pour rétablir un climat de confiance, dont on voit chaque jour à quel point il est nécessaire et parfois abîmé.

Un journaliste, en particulier, doit toujours se sentir, en Europe, en sécurité pour contacter une source et effectuer son travail d'investigation. Un opposant politique doit toujours pouvoir exprimer ses opinions. Un militant des droits de l'homme doit toujours pouvoir se sentir en mesure de défendre ses causes, loin de toute pression ou interférence politique, publique ou privée.

La situation est aussi un rappel de notre vulnérabilité collective – je le dis avec gravité – en matière de cybersécurité. La cybersécurité ne vise pas seulement à protéger des activités économiques ou des infrastructures critiques, même si c'est – aussi – vital pour notre souveraineté. La cybersécurité, c'est aussi protéger les appareils électroniques de notre vie quotidienne, comme les smartphones, qui sont souvent devenus une extension de nous-mêmes et qui traitent tellement de données qu'ils révèlent notre vie privée, personnelle ou professionnelle.

L'Union européenne intensifie d'ailleurs ses efforts dans le secteur de la sécurité. Je le redis: ceci est une priorité de la présidence française du Conseil de l'Union européenne. Je veux à cet égard souligner, pour être très concret, le travail intensif actuellement réalisé avec le Parlement européen pour aboutir – nous l'espérons, nous y travaillons activement – à un accord sur la directive sur la sécurité des systèmes d'information, appelée parfois «NIS 2», au cours du semestre de la présidence française. C'est un objectif que nous souhaiterions vivement atteindre avec le Parlement européen et l'appui de la Commission européenne. Il y a de nouveau un trilogue qui se réunit cette semaine même. Je crois que notre débat à cet égard tombe aussi de manière opportune.

Je vous remercie pour cet engagement, pour ce débat et pour votre attention. Je me tiendrai évidemment à votre disposition pour répondre à toutes les questions soulevées dans le cadre du débat.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Mesdames et Messieurs les Députés, permettez-moi tout d'abord de répéter, dans le cadre de ce débat, ce qu'a déclaré la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen, au sujet de l'affaire Pegasus. Je cite: «La Commission condamne fermement tout accès illégal au système de communication ou toute forme d'interception illégale des communications des utilisateurs.»

Toute tentative par des services de sécurité nationale d'accéder illégalement aux données d'individus, qu'ils soient avocats, journalistes, procureurs, militants de la société civile ou opposants politiques, est inacceptable. Bien entendu, les nouvelles technologies peuvent jouer un rôle essentiel pour les forces de police et pour le monde judiciaire, mais à condition qu'il y soit uniquement fait recours d'une manière proportionnée et conforme à l'ensemble du droit applicable. La sécurité nationale ne peut constituer un blanc-seing pour outrepasser les droits fondamentaux des Européens. Les médias doivent pouvoir travailler librement, en toute indépendance et sans crainte de représailles, partout au sein de l'Union européenne. Une opposition politique libre est cruciale pour la démocratie.

Comme vous le savez, en vertu du droit européen, ce sont les États membres qui sont compétents pour protéger leur sécurité nationale. Toutefois, cela ne signifie pas que les États membres soient exemptés de leurs obligations au titre du droit de l'Union, au simple motif qu'ils affirment agir dans l'intérêt de la sécurité nationale. En d'autres termes, le fait qu'une mesure soit présentée comme liée à la sécurité nationale ne signifie pas que tout est permis.

The European Court of Justice has repeatedly made this point. According to its case-law, it is for the Member States alone to define their essential security interests and to adopt appropriate measures to protect them. The mere fact that a national measure has been taken for the purpose of protecting national security cannot render EU law inapplicable.

The Court has made clear that it is for the Member States to substantiate such a claim. Member States must oversee and control their security services and must ensure that they fully respect fundamental rights, including privacy and the protection of personal data.

There is also a need to create a favourable environment for media freedom, which includes safeguarding the safety of journalists and protecting them from threats, including online. Any attempts by national security services to illegally access the data of citizens, including journalists and political opponents is unacceptable. Independent supervisory authorities, such as national data protection authorities and national courts, have an important role to play in that respect.

The Commission expects them to make full use of all their supervisory powers to thoroughly investigate the allegations regarding the Pegasus spyware and restore citizens' trust. In this context, I'm aware that the Hungarian Data Protection Authority announced the conclusion of its investigation into the matter. We understand that an investigation by the Budapest Regional Office of the Hungarian Prosecution Service is still ongoing. I am also aware that in Poland, the Senate Special Committee is examining the use of Pegasus. I would like to assure you that the Commission continues to closely follow the issue and that we are gathering information in this regard.

When Member States apply EU law, they must comply with the fundamental rights enshrined in the EU Charter of Fundamental Rights and even when Union law is not applicable, the privacy of communications and the protection of personal data are still subject to strict safeguards under the European Convention of Human Rights and the constitutional laws of the Member States. In particular, any restrictions or exceptions to fundamental rights must be duly justified, necessary and proportionate.

We are particularly aware of the specific risks sometimes faced by opposition politicians, journalists and human rights defenders in this regard. With regard specifically to the media, the Commission adopted a recommendation on the safety of journalists in September last year. One specific recommendation of this text states that Member States should ensure full implementation of the European and national legal frameworks on the confidentiality of communications and online privacy, with a view to ensuring that journalists and other media professionals are not subject to illegal online tracking or surveillance.

Furthermore, the recommendation provides that Member States should, upon request, assist journalists who seek to determine whether their devices or online accounts have been compromised in obtaining the services of cybersecurity forensic investigators. The Commission will monitor the implementation by the Member States of this and other recommendations.

We call on all Member States to implement legislation and safeguards to protect individuals from any unlawful surveillance, including any arbitrary or mass surveillance.

Mesdames et Messieurs les Députés, l'Union européenne dispose d'un cadre juridique solide en matière de protection des données et de la vie privée. Ce cadre doit être respecté. Comme je l'ai souligné, les autorités des États membres sont tenues d'encadrer et de contrôler leurs services de sécurité et leurs forces de l'ordre, afin de s'assurer que ceux-ci respectent pleinement les droits fondamentaux, y compris la protection des données à caractère personnel, la vie privée et la liberté d'expression.

Dans la mesure où des règles européennes sont applicables, les droits fondamentaux inscrits dans la charte doivent être respectés. Dans le cas où le droit de l'Union n'est pas applicable, les États membres restent tenus de respecter les garanties prévues par la Convention européenne des droits de l'homme et les constitutions nationales.

Par ailleurs, je tiens à souligner qu'une adoption rapide du règlement «vie privée et communications électroniques» («e-Privacy») harmonisera davantage les règles de confidentialité dans le marché unique et renforcera les pouvoirs d'exécution des autorités compétentes. Nous invitons dès lors les colégislateurs à travailler de manière constructive en vue d'une adoption rapide de ce règlement. Je vous remercie et je vais évidemment très volontiers répondre à vos questions, mais surtout écouter vos observations et vos commentaires.

Jeroen Lenaers, on behalf of the PPE Group. – Madam President, if anything became clear in these past weeks, it is that we have yet to discover the full depths of this Pegasus spyware scandal, so it's very good and important that we have this debate here today.

There are three points that I would like to make.

First, that we cannot overemphasise the severity of this scandal. I think it's important for all of us to put ourselves in the place of the victim, to try and imagine that every message you send to your loved ones is being read by the government, that every video you watch on your phone is being watched with you, that people who do not have your best interests at heart know your exact whereabouts at any given moment. This should already immensely scare you. It does scare me, but my fear is nothing compared with the fear of journalists scrutinising not-so-democratic governments, of opposition politicians, activists, NGOs, lawyers, all those who are considered an inconvenience by the powers that be in their countries.

That is why it is important that this European Parliament will always stand behind and fight alongside the victims of these attacks, and that we do so with strength and vigour. Because the effects of such attacks are wider than the direct victims. It has a chilling effect on anybody that wants to speak out, scrutinise governments and defend democracy and rule of law and that once enjoyed the democratic freedom of fighting an election in a free and fair manner. It directly undermines democracy and the rule of law, and it cannot go unchallenged. And this is why the inquiry committee that will be set up in this House is a very timely and important step.

Second point that I'd like to make is that this is not about national security; it is about rule of law. It is not about whether countries are allowed or not to use technology to fight organised crime and terrorism – because technological innovation can and must play an important role in keeping us all safe. We already see that criminals and terrorists deploy increasingly advanced technology, and law enforcement needs to be able to fight them at least on a level playing field. But that, once again, is not what this is about. This is about the abuse of technology for political gain and about the complete absence of proper checks and balances.

Thirdly, this is not only a Polish or a Hungarian issue, it is a European issue and in fact, it's a global issue. And we had a very interesting hearing from the EPP Group last week with experts and victims of the Pegasus scandal. What struck me most was a comment by a Polish lawyer, Roman Giertych, himself a victim of the Polish government's abuse of Pegasus, and he said that this was not about the victims. The victims, in his words, are the canary in the coalmine. They are the first symptom. They are the warning of a much wider problem. They are an alarm that rings loudly for everyone to hear, and the EU must now show that we have heard this alarm. We must act upon the warning we have received and defend democracy and the rule of law whenever and wherever necessary.

Juan Fernando López Aguilar, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, señor comisario, una máxima del progreso científico nos enseña que, inexorablemente, todo lo que puede hacerse que esté al alcance de la tecnología históricamente disponible, sencillamente se hará. Y que el único freno frente a esa determinación es el impuesto por la ética y por la regla civilizatoria del Derecho. Ninguna de esas dos barreras es invulnerable a prácticas delictivas y a gobernantes sin escrúpulos.

Creo que ambas amenazas están presentes en el objeto de este debate. Una tecnología puesta a disposición de nada menos que cuarenta países, según hemos conocido, por parte de una empresa de seguridad de patente israelí (NSO), bajo el sobrenombre de Pegasus, que permite una intrusión sin precedentes en los derechos fundamentales que más estimamos: la privacidad, la confidencialidad de las comunicaciones, la vida privada. En definitiva, la seguridad de nuestros datos personales y de nuestras comunicaciones a través, precisamente, de la herramienta tecnológica que mayor capacidad de almacenamiento ha albergado jamás en la historia de la humanidad con respecto de estos bienes tan preciados: los teléfonos móviles.

Una tecnología que es capaz de activar, sin que lo sepamos los usuarios, el micrófono o la cámara, convirtiéndose por tanto en un dispositivo de cibervigilancia las veinticuatro horas del día. Groseramente incompatible con el Derecho europeo, groseramente violadora esa tecnología de la *e-privacy*, de nuestro estándar regulado por ley europea, el Reglamento General de Protección de Datos, además de, por supuesto, la Directiva sobre protección de datos en el ámbito penal, que la acompaña precisamente para hacer posible la investigación de los delitos por parte de las agencias que tienen esa responsabilidad: fiscalía, policía, fuerzas y cuerpos de seguridad.

Porque en ningún caso la seguridad puede ser aducida como patente de corso para la violación de los derechos fundamentales. Esto nos lo ha enseñado la historia de esa regla civilizatoria del Derecho, que excluye las pruebas ilícitamente obtenidas y que prohíbe su validación en juicio.

Por tanto, es mucho lo que tenemos que hacer y no tenemos que cerrarle la puerta a ninguna respuesta al alcance de este Parlamento Europeo, incluida, por supuesto esa comisión especial de investigación que asegure que la Comisión ejerce su papel no solamente como garante del Derecho europeo, como guardiana de los Tratados y del Derecho europeo, incluido el Derecho europeo de la privacidad. Que incluye, señor comisario, en su informe anual sobre el Estado de Derecho, el incumplimiento de los estándares europeos, que son los más altos del mundo en protección de derechos fundamentales. Que incluye también la garantía procesal de exclusión de ninguna comunicación ilícitamente obtenida a ningún efecto. Prohibición absoluta. La «doctrina del fruto del árbol envenenado», se llama en Derecho procesal, que incluye en el Derecho penal europeo, sobre la base jurídica que representa el artículo 83, un delito penal europeo de utilización ilícita de *spyware*, de vigilancia cibernética; por tanto, de cibervigilancia masiva. Es mucho lo que tenemos que hacer, no podemos excluir ninguna posibilidad.

Pero quiero decir, del mismo modo que, aquello que pueda tecnológicamente intentarse se hará, siempre habrá gobernantes sin escrúpulos. Y lamentamos que en la lista de sospechosos habituales, además de otros países de dudoso carácter democrático, figuren dos Estados miembros de la Unión Europea, Hungría y Polonia, otra vez.

No solamente resulta esto completamente inaceptable, sino que la Unión Europea tiene la obligación de hacer cuanto esté en su mano para proteger y garantizar los derechos fundamentales de los europeos, aquellos protegidos por la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea, que establece no solamente la privacidad y la confidencialidad de los datos personales, sino las reglas de legalidad, necesidad, proporcionalidad y licitud del objeto, legitimidad del objetivo, para cualquier medida que pueda afectar a los derechos fundamentales de la ciudadanía y de cualquier persona a la que le sea aplicable el Derecho europeo.

Nunca lo olvidemos: la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea no solamente protege a los europeos, sino a todas las personas en la aplicación del Derecho europeo.

Presidente. – Vi chiedo di fare un po' di attenzione ai tempi. Non vi ho interrotto, perché credo che sia una discussione molto importante e voglio lasciare spazio e tempo per esprimersi, però è importante anche rispettare i tempi.

Sophia in 't Veld, on behalf of the Renew Group. – Madam President, I find that this whole situation reminds me very much of a movie that I think many of us know, *Das Leben der Anderen* ('*The Lives of Others*'), which describes how a government critic was being spied upon by a government agent around the clock, and we all found it a very chilling image. But the point is that it's not a movie. This has been a reality for millions of Europeans for many decades and I get the feeling that Europe today is being haunted by the spectre of its totalitarian past. This is not an incident. It's not something that we have to treat in in a single debate and then it will go away. It goes against everything that the European Union stands for. As a matter of fact, this is about why we want to be in the European Union.

I find it remarkable that the US Government has very swiftly blacklisted NSO, stating that NSO has 'developed and supplied software to foreign governments that used these tools to maliciously target government officials, journalists, businesspeople, activists [and] academics ... Such practices threaten the rules-based international order'. But, in Europe, where this is happening, the Council and the Commission have so far been silent. Yes, you have condemned the practices, but what has actually been done? Nothing.

European governments spying on their own citizens for political purposes is totally and wholly unacceptable. Using national security or the fight against terrorism, or whatever other security-related argument, as a pretext for this practice, colleagues, is textbook autocracy and evident rubbish. It doesn't only affect the persons targeted, but it affects the whole of society because it has a chilling effect. When no one can be sure anymore that he is not being spied upon, more and more people will start practising self-censorship. We have already gone through that in Europe. Never again. We will also need to have a very close look at the possible impact that these practices may have had on the integrity of elections in Europe, and notably the 2019 European elections in Poland.

I've heard powerful statements today condemning these practices, but the funny thing is that, at the same time, we are negotiating the ePrivacy Directive, the very piece of legislation that is supposed to protect people and restrict the powers that governments have to spy on their own citizens, and that, frankly, I find that not everybody who spoke is always on our side. The European Parliament position is very clear: we want those restrictions to remain in place. So I hope that I will find the Council – and the EPP Group and the ECR Group and others who have voted against the European Parliament position – on our side in the ePrivacy trilogues because, for too long, I think that critical questions have been dismissed as left-wing whining, and I think these cases demonstrate very clearly why this is a very real issue.

Finally, I am very pleased that the European Parliament has decided to set up an inquiry committee. My group, the Renew Group, already proposed this months ago, but only after the revelations about Poland did a majority emerge. But I can assure everybody that, even if the European Parliament doesn't have the same powers as national parliaments when it comes to parliamentary inquiries, we will play a lead role in this. We will stand by the European citizens. We will defend democracy. We will defend freedom and we will defend justice, and I count on all my colleagues for doing so.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, à côté d'un capitalisme de surveillance toujours plus invasif, l'État de surveillance est en train de s'installer sournoisement, en s'attaquant sans vergogne à nos libertés fondamentales. Désormais, ce ne sont plus seulement les programmes de surveillance de masse de la Chine ou des États-Unis qu'il faut craindre, mais aussi le cyberespionnage ciblé que pratiquent de plus en plus de gouvernements, à l'intérieur ou à l'extérieur de l'Union européenne. Ce scandale Pegasus ne révèle rien de moins que l'utilisation illégale et abusive de ces armes de cybersurveillance sur nos concitoyennes et nos concitoyens. Que l'on ne s'y trompe pas: Pegasus n'est pas une affaire d'espionnage entre les puissants de ce monde; ce scandale illustre le risque pour chacune et chacun d'entre nous d'être surveillé, vous et moi y compris.

La mission officielle de ces logiciels espions est de surveiller des individus suspectés de terrorisme ou de crime organisé. Or, ce que montre le scandale Pegasus, c'est un usage de ce ciblage hors de tout cadre légal, y compris au sein de l'Union européenne. Femmes et hommes politiques, journalistes, procureurs, avocats, militants des droits humains...: nous sommes toutes et tous concernés. Les technologies de cyberespionnage fournissent à ceux qui les utilisent un véritable passe-partout vers toutes nos données personnelles.

Imaginez qu'à chaque fois que vous sortez votre smartphone de votre poche, vous n'êtes pas seul à lire vos messages, à écouter vos conversations, à voir vos photos et vidéos, à pouvoir activer votre caméra, votre micro ou votre géolocalisation. Et puis, lorsque vous comprenez que votre vie est épluchée à votre insu, ces questions vous frappent: pourquoi suis-je espionné? Comment ont-ils eu accès à mon téléphone? Qu'ont-ils vu? Que savent-ils? – Mais au fait, c'est qui, ils?

C'est ce qu'a vécu un militant belge des droits humains, vraisemblablement surveillé par les services marocains. C'est ce sentiment d'insécurité qui a été relaté par un journaliste belge et son épouse rwandaise, sans doute piratés par les autorités de Kigali. Ce sont ces questions qui taraudent celles et ceux qui ont été espionnés par leurs gouvernements en Hongrie et en Pologne parce qu'ils et elles informent, militent, défendent, s'opposent.

Les États-Unis ont placé la société mère de Pegasus sur liste noire. L'ONU réclame un moratoire sur la vente et le transfert de cette technologie. Il est temps, plus que temps que l'Union européenne agisse – je ne peux que rejoindre ce que Sophie in 't Veld vient de dire – et d'abord que nous comprenions ce qui se joue. C'est pourquoi nous exigeons l'ouverture d'une commission d'enquête du Parlement européen, afin de faire toute la lumière sur l'étendue de ces pratiques illégales de cyberpiratage, à commencer par établir quels États membres possèdent Pegasus ou des logiciels espions équivalents. Les responsabilités doivent être établies et des sanctions prises en conséquence.

Cette commission d'enquête est une étape indispensable pour avancer vers un cadre de régulation des conditions d'exportation, de vente, de transfert et surtout d'utilisation des technologies de cybersurveillance. La question se pose: comment pouvons-nous encore conclure des accords de coopération policière ou judiciaire avec des États qui nous espionnent et qui espionnent nos concitoyens?

Chers collègues – je conclus, Madame la Présidente – nous connaissons tous les risques inhérents à ces technologies, aujourd'hui détournées pour surveiller, intimider, réduire au silence et, in fine, mettre en danger nos démocraties. Nous devons protéger nos concitoyennes et nos concitoyens de cette nouvelle ère de surveillance, et cela commence par obtenir la vérité sur ces atteintes gravissimes à nos droits fondamentaux. Je ne peux que rejoindre Sophie en m'adressant à mes collègues, que ce soit du PPE, des sociaux-démocrates, d'ECR et des autres groupes, pour qu'ils se joignent à nous en mettant en place cette commission d'enquête. Je pense que c'est là que le Parlement européen peut jouer le rôle le plus utile avant, bien sûr, de légiférer, avec vous, Monsieur le Commissaire.

Joachim Stanisław Brudziński, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Może na początek taka uwaga: tutaj pan poseł Lenaers był uprzejmy przywołać polskiego prawnika, który opowiedział taką ckliwą historię o kanarku. Natomiast nie powiedział, że ten prawnik dzisiaj jest podejrzewany przez polską prokuraturę – i ukrywa się poza granicami Polski – o przestępstwa wyłudzenia ponad 70 milionów złotych i pranie brudnych pieniędzy. Ja nie przesądzam o jego winie. O tym powinien rozstrzygnąć sąd, ale ten prawnik, który tutaj w Parlamencie Europejskim nawijał te cklive opowieści, dzisiaj przed polskim wymiarem sprawiedliwości się chowa i ucieka.

Szanowni Państwo! Toczmy tę debatę w dniu, w którym w każdej chwili może przyjść informacja o rosyjskiej agresji mogącej stać się zarzewiem poważnego światowego kryzysu. Przypomnę, że zwiastunem tych wydarzeń był hybrydowy atak na granicy Unii Europejskiej z użyciem imigrantów, który odbywał się z terytorium Białorusi. Polski rząd użył ogromnych sił, by strumień migrantów nie powędrował na zachód Europy, stając się narzędziem szantażu i nacisku ze strony postsowieckich satrapów.

Państwo polskie od lat mierzy się z wyzwaniem dotyczącym bezpieczeństwa. W ostatnim czasie koordynator służb specjalnych, minister Mariusz Kamiński odniósł się do zarzutów formułowanych przez polską opozycję dotyczących używania rzekomo nielegalnie oprogramowania, które pomaga służbom w realizacji ich zadań. Chciałbym zwrócić Państwa uwagę na słowa ministra Kamińskiego, który wskazuje, że politycy zamieszani w sprawy kryminalne próbują pleść opowieści o rzekomym... *(Przewodnicząca przerwała mowę)* ...podkreślam bez zgody sądu. Tego typu teza formułowana przez polską opozycję jest kłamstwem na potrzeby walki politycznej. Czy poprzez tego typu debaty próbuje się uderzać w nasze służby na forum europejskim...

(Przewodnicząca odebrała mowę głós)

Presidente. – Onorevole, la prego però di rimanere sul tema del dibattito, senza parlare d'altro, sia rispettoso dei colleghi che sono intervenuti e che la ascoltano.

Onorevole, se non interviene nel merito io sono costretta a toglierle la parola.

Ribadisco che bisogna rimanere nel merito dell'argomento che è oggetto di discussione e questo atteggiamento non è rispettoso né di quest'Aula, né dei colleghi che stanno intervenendo, quindi mi auguro che ciò non si ripeta.

Cornelia Ernst, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sollten uns klarmachen, worüber wir bei Pegasus reden, einer Spionagesoftware, die Menschen ausleuchtet, gläsern macht. Und einmal damit infiziert, gewährt sie vollständigen Zugriff auf sämtliche Daten auf dem Telefon, kann Kameras, Mikrofone ein- und ausschalten, ohne dass wir es bemerken. Das ist die perfekte Totalüberwachung. Damit werden Menschen kategorisiert, in Gefahrenstufen einsortiert, ohne dass sie davon wissen. Das ist totale Überwachung, wie sie George Orwell mit Grauen beschrieb.

Es gibt nichts, es gibt rein gar nichts auf der Welt, auch nicht Terrorismusbekämpfung, was eine Totalüberwachung rechtfertigt – schon gar nicht in einer Demokratie. Denn was passiert, sehen wir: Journalisten, Blogger, Oppositionelle, Anwälte, Andersdenkende werden ausspioniert. Darum geht es. Es geht hier nicht nur um unser Recht auf Privatsphäre, was auf dem Spiel steht. Es geht um den Kern der Demokratie und um unsere Freiheitsrechte insgesamt.

Umso schlimmer, dass Regierungen wie Polen, Ungarn – ja, auch Deutschland – diese Software nutzen und rund um den Globus circa 50 Länder. Und es ist an Perversität kaum zu überbieten, wenn dafür – für den Kauf von Pegasus – Gelder verwendet werden für Opfer von Kriminalität.

Wir müssen uns fragen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben, wenn Massenüberwachung Normalität wird? Eine solche Gesellschaft hat den Boden des Rechtsstaats verlassen. Das wollen wir doch wohl alle nicht. Nach NSA, Tempora, nach zig Skandalen illustrieren Geheimdienste müssen die Alarmglocken endlich läuten.

Wir verlangen vollständige Aufklärung, einen vollumfänglichen parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit allen Ressourcen, verbindlichen Konsequenzen für die Mitgliedstaaten und nicht nur Redereien. Wir brauchen klare Regeln. Wir brauchen Verbote für die Herstellung, den Verkauf und Export von Massenüberwachungstechnologien. Darüber müssen wir reden und nicht jammern!

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le recenti rivelazioni del *Pegasus project* hanno messo in luce la gravità della minaccia globale delle violazioni dei diritti umani che avvengono attraverso la sorveglianza informatica segreta.

Lo *spyware* Pegasus, che è stato venduto da una società per il contrasto di criminalità e terrorismo, è solo uno dei tanti strumenti accusati di prendere di mira e spiare illegalmente politici, attivisti, magistrati, giornalisti o altri gruppi di individui. Chiunque potrebbe subire abusi, con gravissime ripercussioni sulle libertà fondamentali e persino sulla sicurezza personale.

Esiste una vera e propria industria della sorveglianza, un mercato coperto da una diffusa segretezza che offre servizi e tecnologie a basso costo e anche di facile accesso. È allora estremamente importante che si faccia piena chiarezza su questo genere di attività, affinché vengano colmate le carenze di trasparenza e responsabilità di aziende e soggetti fruitori.

Occorrono una severa regolamentazione e controlli efficaci riguardanti Stati di destinazione, contratti e ogni genere di informazioni che facciano emergere l'uso improprio di tali prodotti e la possibile violazione dei diritti fondamentali.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Députés, merci d'abord pour ce débat. Je sais qu'il anime le Parlement depuis quelque temps déjà, et nous y sommes aussi particulièrement attentifs au sein de la Commission. Je voudrais d'abord dire qu'il y a effectivement un débat sur le cadre juridique très solide que nous avons déjà au sein de l'Union en matière de sauvegarde de la vie privée et des données personnelles. C'est donc un débat qui peut se poursuivre – d'ailleurs, vous le menez à plusieurs reprises aussi en tant que colégislateurs – parce que l'opposition entre sécurité et liberté est un débat permanent.

Je voudrais également rappeler que les technologies sont évidemment parfois utilisées à bon escient par des services de sécurité, à condition que ce soit dans un cadre légal, reconnu et évitant les abus – je l'ai évoqué tout à l'heure. J'insiste beaucoup, donc, sur le fait qu'il faut vraiment avancer dans la poursuite des débats sur les cadres législatifs, comme le cadre «vie privée et communications électroniques», dont il est évident qu'il ne répondra pas à toutes les questions que vous avez posées, mais qu'il permettrait de mieux encadrer encore les démarches que vous soulignez aujourd'hui.

Au-delà de cette discussion sur le cadre juridique entourant la protection de la vie privée – M. Lenaers a fait allusion au côté solide et robuste de ce cadre – il y a véritablement un problème de mise en œuvre. Je vous le rappelle: en ce compris dans le cadre de législation européenne, cette responsabilité de mise en œuvre est dans les mains des États membres. Je voudrais quand même préciser à nouveau que nous suivons évidemment de près l'action des États membres. Je l'ai rappelé, il y a eu une enquête – si je suis bien informé, de sa propre initiative – de l'Autorité de protection des données en Hongrie; il y a une enquête judiciaire du parquet en Hongrie; il y a aussi une démarche du Sénat polonais. Nous allons donc continuer à accompagner et à demander des renseignements sur l'état d'avancement de ces différentes enquêtes.

De la même manière, nous accompagnerons toute autre démarche, en ce compris celle que M^{me} in 't Veld et M. Lamberts ont appelée de leurs vœux concernant des enquêtes du Parlement. Bien entendu, nous serons aussi très attentifs à toute information qui pourra être collectée à l'occasion de ces différentes enquêtes, qu'elles soient nationales ou menées au sein de votre Parlement.

Troisième élément sur lequel je veux insister: la coopération dont nous avons besoin, et la coopération, tout d'abord – je le répète – avec les autorités nationales. Évidemment, si des indications de manque d'indépendance ou de manque d'efficacité apparaissent, de la part soit d'autorités de protection des données, soit d'autorités judiciaires, nous n'hésiterons pas, comme nous l'avons déjà fait, à d'abord indiquer nos remarques dans le cadre du rapport sur l'état de droit – M. López Aguilar y a fait allusion. Si, effectivement, des éléments sont pertinents, ils figureront dans le rapport sur l'état de droit. Je vous rappelle d'ailleurs que cette année, pour la première fois, ce rapport comprendra aussi des recommandations.

S'il le faut, nous introduirons des procédures d'infraction. Je rappelle que nous n'hésitons pas à introduire des procédures d'infraction: récemment, encore, l'annonce d'une procédure d'infraction concernant un État membre a permis de remettre en ordre les problèmes d'incompatibilité au sein d'une autorité de protection des données. Si vous avez des éléments d'information concrets concernant d'autres situations à travers l'Union, nous serons heureux de les recevoir, parce que nous n'avons pas reçu de plaintes sur un certain nombre d'autorités qui ont été évoquées aujourd'hui. Donc, la coopération avec les États membres, elle va parfois aussi avec vous-mêmes: quand vous disposez d'informations précises, n'hésitez pas à nous les faire parvenir.

Enfin, sur le débat concernant d'abord le développement, puis l'importation ou l'utilisation d'un certain nombre de nouvelles technologies ou de logiciels, la Commission est évidemment à disposition pour réfléchir à la manière d'utiliser le cadre législatif existant – et peut-être de le développer à l'avenir –, mais toujours en faisant la distinction entre le support à l'innovation et au développement technologique, et la manière dont on utilise ces technologies. Parce que, je le répète, quand nous avons eu des débats sur la lutte contre le terrorisme, par exemple, nous souhaitons tous que les autorités et les services de sécurité disposent d'outils efficaces de collecte d'informations. Par contre, dès qu'il y a des abus, je crois que l'on doit pouvoir lutter contre eux, ce qui n'exclut pas des décisions en matière d'importation ou d'interdiction de certaines technologies. Mais, là, il faudra que le débat soit mené avec vous comme avec le Conseil, si de nouvelles réglementations doivent intervenir en la matière. Je vous remercie encore, en tout cas, pour ce débat qui, j'en suis sûr, ne se termine pas aujourd'hui.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les Députés européens, je voulais revenir sur quelques points évoqués au cours du débat. D'abord, puisque quelques exemples ou cas problématiques nationaux ont été évoqués, je veux rappeler, quoi qu'on en pense, qu'il n'appartient pas au Conseil de se prononcer à ce stade sur le travail d'une autorité nationale qui est en cours. Mais, comme l'a rappelé le commissaire Reynders, un certain nombre de procédures ont été ouvertes par les autorités nationales – c'est le cas en Hongrie.

Je rappelle aussi que le bon fonctionnement des autorités de protection des données fait partie non seulement des options, mais des obligations des États membres dans la mise en œuvre notamment du règlement général de protection des données, et que le contrôle de cette mise en œuvre, effectué par les autorités nationales, se déroule sous le contrôle ultime de la Commission européenne. Quand il y a des défaillances ou des dysfonctionnements, des procédures d'infraction ou diverses procédures juridiques peuvent évidemment être engagées.

Je veux revenir sur un certain nombre d'outils, puisque nous avons encore beaucoup de marge de manœuvre et de responsabilité qui relèvent, je le disais à l'instant, des prérogatives nationales. Cela ne veut pas dire qu'il n'y a pas de contrôle communautaire et que les différentes institutions n'ont pas de responsabilités à exercer, je l'ai évoqué pour la Commission. Le commissaire Reynders a évoqué la question des importations d'un certain nombre de biens sensibles à double usage ou de logiciels qui peuvent s'apparenter à de l'espionnage. Il n'y a pas aujourd'hui de cadre européen spécifique à cet égard – c'est là aussi une responsabilité nationale –, mais la Commission européenne peut en effet signaler un certain nombre de difficultés; nous avons ici une boîte à outils qui peut être mobilisée.

Quand nous regardons comment renforcer ces possibilités d'intervention, nous avons là aussi, je crois, un certain nombre d'éléments qui peuvent être mentionnés ou mobilisés. D'abord – et cela n'appartient pas évidemment au Conseil ou à la présidence du Conseil, cela a été évoqué par M. Lamberts et M^{me} in 't Veld en particulier, ce sont des discussions internes et des décisions que vous avez à prendre – une commission d'enquête, par exemple parlementaire, peut en effet être engagée.

Il y a aussi des textes législatifs qui peuvent – dans certains cas, qui ont été débattus – renforcer notre arsenal. Cela a été évoqué notamment par Sophie in 't Veld. Je pense aux textes sur «*e-Privacy*» – je le dis en mauvais anglais – ou sur la preuve électronique, «*e-Evidence*» – je le dis toujours en assez mauvais anglais – où nous espérons faire avancer les travaux et nous y sommes engagés, au-delà de l'espoir.

Sur le sujet «*e-Privacy*», les négociations techniques ont enfin repris, et je crois que nous avons quelques points de sensibilité, sur la rétention des données en particulier, mais nous sommes confiants sur la possibilité d'engager les trilogues sous le semestre de la présidence française. De la même façon, le garde des sceaux et ministre de la justice, mon collègue Éric Dupond-Moretti, a fait, dans la filière «Justice et affaires intérieures», de la question de la preuve électronique, «*e-Evidence*», une priorité très importante. Nous espérons, là aussi, pouvoir lancer au cours du semestre les trilogues et faire avancer ces discussions.

J'évoquais dans mon propos liminaire les travaux sur la directive NIS 2, qui est aussi très importante dans les débats qui nous occupent ce matin, et nous avons, je le rappelais, des trilogues qui se poursuivent cette semaine même. Il y a aussi un certain nombre d'outils judiciaires, juridictionnels ou plus politiques, au sens du débat, sur l'état de droit en particulier. Sur ce dernier point – le commissaire Reynders le rappelait à juste titre – nous avons désormais des recommandations, dans la prochaine édition du rapport de la Commission européenne, mais aussi dans les dialogues réguliers qui sont organisés, par vagues de pays, au sein du Conseil «Affaires générales». Cinq pays seront de nouveau examinés au mois de mars, je m'en assurerai, dont plusieurs qui ont été mentionnés dans les affaires de ce matin, examen qui se poursuivra donc au sein du conseil «Affaires générales», avec un éclairage donné par la Commission européenne, et qui permet là aussi d'exercer une surveillance, une vigilance, voire une pression sur ces sujets de protection des droits les plus fondamentaux et des données personnelles.

J'évoquais surtout – parce que nous sommes une union de droit(s), au singulier et au pluriel – le fait que nous avons toujours, dans nos pays, des procédures juridiques qui peuvent être engagées, et que le juge national est aussi le juge du droit de l'Union – cela est parfois oublié. Je prends l'exemple de la France, mais je sais que d'autres pays ont été engagés dans la même procédure: plusieurs procureurs français ont engagé, sur la base d'informations qu'ils estimaient suffisantes, liées à Pegasus en particulier, des informations ou des procédures judiciaires qui pourront, le cas échéant, aboutir, en application des règles nationales et européennes, à des sanctions, évidemment dans le respect des procédures judiciaires et de l'indépendance du pouvoir judiciaire.

Nous avons donc déjà aujourd'hui, je crois, une boîte à outils qui n'est pas négligeable, et j'espère que nous pourrons, là aussi, faire œuvre utile avec la présidence du Conseil qu'exerce la France ce semestre pour, au moins sur les trois textes que j'évoquais, faire avancer nos travaux et renforcer ces outils.

Presidente. – Ringrazio il Sottosegretario Beaune e anche il Commissario Reynders e tutte le colleghe e tutti i colleghi che hanno contribuito con le loro riflessioni a questa discussione.

La discussione è chiusa.

La seduta è per il momento sospesa. Ci sarà una piccolissima sospensione, perché poi riprenderemo alle 12.00 con l'allocuzione del Presidente della Colombia Iván Duque Márquez. Grazie a tutte e tutti.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Bettina Vollath (S&D), *scritto*. – Pegasus, eine Software, die – wenn sie missbräuchlich eingesetzt wird – als unsichtbare „Waffe“ gegen unliebsame Kritiker*innen verwendet werden kann und in einzelnen Ländern leider auch wird, ist dabei, großen Schaden im Bereich Rechtstaatlichkeit und Demokratie anzurichten. Der aktuelle Skandal ist ein Weckruf für die ganze Welt und zeigt tiefgreifende Probleme im System auf: Pegasus, ursprünglich für den Kampf gegen Terrorismus entwickelt, wird nun gegen Oppositionelle und gegen die Zivilgesellschaft eingesetzt. Journalist*innen, Anwalt*innen, Oppositionspolitiker*innen können nicht mehr vertrauenswürdig und eigenhändig mit ihren persönlichen Devices ihrer Arbeit nachgehen, da jedes Wort, jedes Foto und jede Datei auf ihren Endgeräten mitverfolgt und gegen sie verwendet werden kann. Und zwar so, dass sie kaum eine Chance haben, es selber zu bemerken. Das ist ein massiver Eingriff in die Privatsphäre und die Grundrechte europäischer Bürger*innen! Zivilgesellschaftliche Organisationen – dermaßen eingeschüchtert – werden zukünftig aus Sorge vor Überwachung oder auch potentieller SLAPP-Klagen nicht mehr das Wort ergreifen. Starke Demokratien brauchen aber genau diese kritischen Stimmen, um das Handeln der Regierenden zu hinterfragen. Diese Stimmen dürfen daher von niemandem mundtot gemacht werden! Die staatlichen Abhöraktionen von europäischen Bürger*innen muss sofort ein Ende haben und alle Fälle müssen lückenlos aufgeklärt werden!

(La seduta è sospesa alle 11.55)

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.03)

6. Feierliche Sitzung – Ansprache von Iván Duque Márquez, Präsident von Kolumbien

President. – We have with us today the President of the Republic of Colombia, Iván Duque Márquez.

Dear President, thank you very much for coming to the European Parliament.

Muchas gracias Presidente, bienvenido.

Last year we commemorated five years since the Colombian peace agreement, a long-awaited accord that this Parliament strongly supports. I would like to thank you, Mr President, for the commitment of your administration to preserving peace.

I would also like to use this moment to honour the memory of the victims of decades of conflict. We will never forget them. Their memory must be preserved in dignity and justice, while we support all the families that suffered atrocities.

The people of Colombia have always struggled to defend and preserve their democratic institutions and the rule of law in order to guarantee the fundamental rights of citizens, and they have done so despite the threat of anti-democratic forces and criminal organisations.

During the COVID-19 pandemic, Colombia has led by example by granting temporary protection status to 1.8 million Venezuelans, allowing them to access key services, while one of the biggest humanitarian crises of our time was unfolding. This historic act deserves recognition.

Yesterday's signature of the 'Joint Declaration for a Dialogue on Environment, Climate Action and Sustainable Development' is testimony to your commitment to preserving the environment and to combating the climate crisis. In terms of biodiversity, Colombia is a world leader, so this Joint Declaration is fundamental to achieving our common global climate objectives.

I know that we will keep working together in key areas as we continue to strengthen the links between the European Union and Colombia for the benefit of all our people.

So without further delay, I give the floor to the President of Colombia, Iván Duque Márquez. Mr President, the floor is yours.

Iván Duque Márquez, presidente de Colombia. – Muy buenos días para todos ustedes, mi saludo muy especial para la señora presidenta del Parlamento Europeo, Roberta Metsola. Mi saludo también a todos los miembros de la Mesa del Parlamento Europeo, a todos los miembros de la Conferencia de Presidentes, al señor Borrell y a todos los miembros de nuestra delegación.

Quiero empezar por agradecer esta importante invitación que se le hace a Colombia para compartir con este invaluable órgano del multilateralismo. Quiero también honrar la memoria del señor Sassoli, quien meses antes nos había también invitado a este espacio. Quiero destacar que este es un seno de la democracia, pero, sobre todo, es una tribuna para el mundo, para escuchar nuestras ideas y para construir juntos.

Señores parlamentarios, señoras parlamentarias, hace casi cuarenta años, en la bella ciudad de Estocolmo, llegaba uno de los más importantes escritores de habla hispana a recibir el Premio Nobel de Literatura. Gabriel García Márquez, con esa bella inspiración del realismo mágico, se disponía a hablar en ese momento sobre la soledad de América Latina. Han pasado cuatro décadas y América Latina ha ido venciendo esa soledad. Se ha ido integrando al mundo y ha adquirido un comportamiento cada vez más notorio en el concierto internacional. De hecho, nuestra presencia ante el Parlamento Europeo es la demostración de cómo una nación latinoamericana estrecha sus vínculos, sus relaciones y es capaz de construir un mejor futuro, entendiendo que la relación internacional es una política de Estado vibrante y dinámica que construye, a partir de la evolución de políticas públicas, porvenir, empleo, crecimiento y oportunidades.

No hay duda de que América Latina, hoy, le puede mostrar a todos los países en desarrollo que en estas cuatro décadas ha tenido progresos incuestionables. América Latina ha demostrado que ha aumentado la expectativa de vida, que ha incrementado su clase media, que ha podido también aumentar, como nunca antes, la cobertura en materia de salud y educación, que ha logrado transitar hacia economías de mercado donde hay inversión privada en infraestructuras, en energía, y donde estamos viendo que crece, en nuestra propia región y en el mundo, el concepto de las multilatinas.

Pero no podemos dejar también de expresar que nuestra región ha pasado por los momentos más difíciles y aciagos, como se puede constatar con los efectos devastadores de la pandemia de la COVID-19. Este enemigo invisible irrumpió en nuestras vidas y puso en jaque nuestro sistema de salud, como también lo hizo con muchas de las naciones aquí representadas. Ese enemigo invisible también afectó a nuestro dinamismo económico, nos llevó a cerrar muchas de las actividades que son propias de la cotidianeidad y nos afectó también en múltiples indicadores sociales. Ese enemigo irrumpió y nos obligó a tener que reaccionar con velocidad. Puso también en jaque muchas de las políticas públicas que habíamos desarrollado en aras del bienestar. Y muchos trataron de poner sobre la mesa un falso dilema: el dilema de la vida y la salud o la economía y el empleo. Ese dilema no existe porque sin buena salud no hay desarrollo y sin desarrollo no hay buena salud. Y tuvimos que asumir esos equilibrios de manera dinámica y decidida. Pero América Latina también ha mostrado la resiliencia para enfrentar esas tempestades y ha mostrado también que puede llevarle a cada uno de sus ciudadanos respuestas efectivas.

Yo quiero poner ese reto en nombre de Colombia y contarles a ustedes cómo un país como el nuestro ha tenido que enfrentar estas circunstancias sin dejarse arrebatar ninguno de los sueños, ninguna de las políticas que nos habíamos propuesto. Nosotros cerramos el año 2019 con el mayor crecimiento económico en cinco años, logramos tener por primera vez un superávit fiscal primario en casi ocho años y habíamos logrado, entre otros, el mejor año histórico del turismo, con más de 4,5 millones de visitantes no residentes. Llegó 2020 y vimos un crecimiento los meses de enero y febrero, cuando nuestra economía logró superar el 4 %. Pero llegó la pandemia y nos llevó a que nuestra economía decreciera un 6,8 %, a que perdiéramos las vidas de muchos seres queridos. Y ahí estuvo a prueba la resiliencia de

nuestra nación. Hubiéramos podido amainarnos ante esas tempestades o doblegarnos ante la incertidumbre, pero no lo hicimos.

Hoy me dirijo a ustedes para contarles que, en materia de salud pública, un país como Colombia enfrentó esta pandemia duplicando las unidades de cuidados intensivos, pasando de 5 400 a más de 13 000. Logró pasar de un laboratorio con capacidad de hacer procesamiento de pruebas bajo el Protocolo de Berlín a tener más de 186 laboratorios en todo el territorio. Logró desarrollar una práctica de telemedicina, con la que pasamos de miles a más de diez millones de ciudadanos que hoy, mes a mes, reciben su atención médica virtual o en el domicilio. Y logramos también construir un plan nacional de vacunación bajo el principio de equidad, y masivo y gratuito, que hoy nos arroja un 80 % de la población con al menos una dosis. Y estamos próximos a cerrar este mes de febrero con más del 70 % con doble dosis y más de siete millones de vacunas de refuerzo que han sido desplegadas en todo el territorio nacional. Queremos cerrar este semestre con más del 90 % y lograr darle ese mensaje a todo el pueblo colombiano: que en el momento más difícil fue la equidad la que guio esta política de vacunación.

Pero, en paralelo, honorables parlamentarios, tuvimos que enfrentar las afectaciones a la economía. Y la Colombia que hoy les habla el día de ayer recibía una noticia: alcanzaremos en el año 2021 el mayor crecimiento económico de nuestra historia. Y no se trata de un rebote, sino de una reactivación dinámica, porque fuimos una de las economías que más creció en el mundo, pero lo hicimos gracias a haber puesto en marcha lo que llamamos el *New Deal* colombiano («Compromiso por Colombia»), desplegando inversión pública, privada y público-privada en todo el territorio, y también realizando transferencias económicas, pasando de tres millones de beneficiarios a diez millones de hogares beneficiarios y después de haber subsidiado el 40 o el 50 % de un salario mínimo legal mensual a más de cuatro millones de trabajadores.

Hoy, esa Colombia que ve el dinamismo económico tiene inversión europea. Inversión que se ve en los proyectos de infraestructura, donde podremos también decir que para agosto de este año nuestro país habrá inaugurado proyectos de infraestructura donde los segundos carriles, segundas calzadas y terceros carriles igualarán en tan solo cuatro años lo que fueron los primeros veinticinco años de concesiones. También gracias a la inversión de este continente y de la mano con los inversionistas nacionales en plena pandemia avanzamos hacia la transición energética, pasando de un 0,2 % de nuestra matriz energética en renovables no convencionales a acercarnos a un 20 % que, sumado a la fuente hídrica, nos pone con una de las matrices energéticas más limpias del planeta.

Y nos sentimos orgullosos también de que hayamos logrado las mayores ventas de vivienda en la historia de Colombia, pero jalonadas por las ventas de vivienda de interés social, el 61 % de cuyos beneficiarios son familias que tienen ingresos inferiores a dos salarios mínimos.

Esa Colombia vibrante y vigorosa que responde a este desafío también logró, en plena pandemia, alcanzar las mayores exportaciones agrícolas de su historia, siendo Europa uno de los principales mercados. Esos mercados abiertos, producto de un Tratado de Libre Comercio, significaron cerrar brechas y significaron darle esa oportunidad inigualable a esos campesinos que se unieron a la agricultura por contrato para vender sin intermediarios y llegar a los grandes mercados del mundo.

Pero la Colombia que narro también es una Colombia que en plena pandemia desarrolló una transformación social y que hoy también a nosotros nos enorgullece. En plena pandemia logramos poner en marcha el programa de educación superior pública gratuita, que hoy es política de Estado, y que nos permite llevarle esa matrícula gratis en educación superior al 97 % de los matriculados, que nos permite cobijar no solamente a los sectores más vulnerables, sino a la clase media emergente. Y, en paralelo con esa política, hemos logrado que en nuestro país, con este Gobierno, se alcance la mayor atención en términos de ingreso a los trabajadores, logrando el mayor aumento real del salario mínimo consolidado por Gobierno alguno en más de cuatro décadas, manteniendo su poder adquisitivo y mostrándoles también a nuestros ciudadanos que, si nuestra economía crece con vigor, también tenemos que reconocer el esfuerzo de los trabajadores. Esa acción decidida, que viene acompañada también por ese ingreso básico de emergencia, que llamamos «ingreso solidario», y que ha representado una revolución en términos de llegar a la Colombia profunda con transferencias económicas y que se suma a la devolución del impuesto al valor agregado (IVA) a las familias más vulnerables, también nos permite decir que en nuestro Gobierno se ha asignado el 54 % de todas las transferencias económicas que se han girado en Colombia en veinte años de historia de este tipo de transferencias.

Y, claro, a esa realidad tenemos que incorporarle también la paz con legalidad. Porque la paz no la dejamos de atender un solo momento en plena pandemia. Hemos logrado más de tres mil millones de dólares de inversión en las regiones que han sido históricamente más golpeadas por la violencia. Pusimos en marcha catorce de los dieciséis planes de desarrollo con enfoque territorial y hemos logrado la mayor entrega de títulos de propiedad rural en la historia de nuestro país, con cincuenta mil títulos de propiedad. Hemos incorporado tierra a nuestros bancos de tierra, para buscar equidad en la distribución y unirlos también con trabajos relacionados con la productividad rural. Pero hemos hecho también apuestas para que en la construcción de la paz con legalidad las comunidades indígenas puedan contratar directamente con el Estado para proyectos que son relevantes en su entorno.

Hicimos una extensión de la Ley de Víctimas por diez años más y hemos hecho reparaciones colectivas e individuales que ya marcan también hitos históricos. Y esa Colombia que abraza la paz con legalidad también celebró el año pasado cinco años y la implementación fue reconocida por las Naciones Unidas y también por la Unión Europea, con la brillante y exhaustiva participación de Eamon Gilmore, el jefe de su Delegación, quien dijo, sin reatos, que Colombia es un referente y es un referente porque esta implementación que se debe adelantar en cuatro períodos muestra que es capaz de llegar no con colores políticos, sino con el tricolor de nuestro país, el que nos une, el amarillo, azul y rojo que representa la presencia del Estado en cada rincón.

Honorables parlamentarios, estas medidas ocurren también en medio de la peor crisis migratoria que se haya vivido en América Latina. Y aunque no somos un país rico, hemos sabido atender al migrante. Sin dejarnos llevar por la xenofobia o por la indiferencia, hemos acogido a 1,8 millones de migrantes y les estamos entregando a los hermanos venezolanos esas tarjetas que los acreditan con el estatuto de protección temporal.

(Aplausos)

Los hermanos y hermanas venezolanos que han llegado a Colombia reciben esta atención en una campaña que llamamos «visibles», para que puedan ser personas, que puedan tener una vida profesional, que puedan entrar al sistema de salud, que puedan adquirir una vivienda, que puedan sentirse cobijados y protegidos. Y, sin lugar a dudas, hemos recibido un apoyo de la Unión Europea en las mesas de donantes y hemos contado con muchísima coordinación y la participación de las agencias de cooperación bilaterales.

Pero debo también hacer un llamado, porque es necesario, y no es solamente con Colombia, sino con todos los países que hemos recibido a la población migrante. La velocidad entre los compromisos y los desembolsos muestra un gran abismo. Es necesario acelerar los desembolsos de las mesas de donantes para acompañar los esfuerzos de todas las naciones. No son recursos que pedimos para nosotros, sino recursos que se piden para los migrantes. Y la velocidad de los desembolsos significa también la confianza permanente en la cooperación dinámica que se requiere.

No puedo dejar de mencionar que así como hablamos de ese gesto humanitario, también es necesario que el mundo siga actuando para que cese la causa de esa tragedia. Y la causa de esa tragedia es la dictadura oprobiosa de Nicolás Maduro, que día a día va generando más diáspora, más flagelo y más deterioro del tejido social en Venezuela.

(Aplausos)

Honorables parlamentarios, la Colombia que hoy les habla también es la Colombia que se siente orgullosamente la segunda nación con más biodiversidad del planeta. Y juntos tenemos que enfrentar la crisis climática que nos agobia. Este ya no es un camino opcional. Si no actuamos, los efectos de la crisis climática serán irreversibles. Por eso nuestra nación, que solamente representa el 0,6 % de las emisiones globales de gases de efecto invernadero, pero que es una de las naciones más vulnerables a los efectos de la crisis climática, estuvo presente en Glasgow para decir que vamos rumbo a la neutralidad en carbono en el año 2050, y a reducir el 51 % de nuestras emisiones para el año 2030, y que este año, no en 2030, este año declararemos el 30 % de nuestro territorio como área protegida para mostrar ese compromiso y para validar que la acción rápida y oportuna es un ejemplo para todos y que si un país que solamente representa ese 0,6 % de las emisiones lo hace, lo mismo deben hacer las naciones que más han contribuido a esta crisis. Nos sumamos a esos esfuerzos con la siembra de 180 millones de árboles, con la transición energética, con la movilidad limpia y con un acto político digno de admirar en medio de tantos debates que son propios de la política en nuestros días. Logramos la aprobación unánime de una ley de acción climática que posiciona a Colombia. Y fue con esa misma actitud con la que la semana pasada, en Brest, al lado del presidente Macron y de otros líderes, estábamos planteando la urgente necesidad de extender el área protegida marina y de enfrentar prácticas como la pesca de arrastre que está destruyendo los arrecifes coralinos que albergan el 45 % de la vida en el mar.

Hoy, apreciados parlamentarios, nosotros hacemos presencia para decirles que esas transformaciones que ha vivido Colombia han sido también producto de llegar al entorno multilateral. Europa nos ha apoyado con los tratados de libre comercio, con la cooperación. Nos acompaña en la implementación de la paz con legalidad y nos acompaña también en la agenda de acción climática. Colombia es hoy el país número 37 de la OCDE. Y es el único socio que tiene la OTAN en América Latina. Pero Colombia viene de ser también presidente pro t  mpore de la Comunidad Andina de Naciones, de la Alianza del Pacífico y también de Prosur. Creemos en el multilateralismo y estamos seguros de que el multilateralismo será siempre la mejor respuesta y será siempre la mejor de las alianzas cuando la hemos experimentado con ustedes.

Me siento en el deber también de hacer una referencia a uno de los retos más grandes que vive Latinoamérica. Nuestra democracia, la democracia regional, no la podemos dar por recibida porque tenemos que ser conscientes de las amenazas que existen. Hoy sabemos que hay tres enemigos de las democracias en el mundo: el populismo, la posverdad y la polarización, como bien lo ha descrito Moisés Na  m en su último libro. Esos tres enemigos est  n presentes. Y esos tres enemigos son los que quieren, muchas veces, convertirnos en parte de un debate geopolítico de quienes quieren fracturar el orden mundial. Tenemos que ser capaces de proteger nuestra democracia de la influencia o de la injerencia extranjera, de los que pretenden manipular algoritmos, o de los que pretenden también generar odio y fractura. Estar unidos en advertir estas circunstancias es nuestro deber ético y tenemos que ser capaces de rechazar cualquier intento de afuera que quiera llevar nuestros sistemas electorales a convertirse en un experimento de *hackers* entrenados para mover y detonar odios. Hoy la Unión Europea acompaña a Colombia en su proceso electoral con una misión de observación. Y estaremos trabajando con ustedes para garantizar la solidez de nuestra democracia.

Señores parlamentarios, Europa necesita de América Latina y América Latina necesita de Europa. La solución de la crisis climática requiere a Latinoamérica como ese lugar que alberga la Amazonía, y que tiene más del 70 % de los páramos del planeta, y que tiene riquezas submarinas y que es también una despensa. Por eso es necesario restablecer el diálogo del más alto nivel, de los jefes de Estado de Europa y Latinoamérica, que no se realiza hace años. Ese escenario no solamente es una necesidad, sino que permite afincar los valores de defensa de la democracia que han mantenido el diálogo entre Latinoamérica y Europa de manera vibrante y de manera optimista. Hoy tenemos que defender la democracia. Hoy tenemos que defender la economía de mercado. Hoy tenemos que defender la política social sostenible y responsable. Y hoy tenemos que también saber levantar nuestra voz.

Me dirijo a ustedes en momentos de tensión en el mundo. Pero que sea esta la ocasión también para que desde Latinoamérica se entienda con claridad el siguiente mensaje: todas las naciones deben ser libres y soberanas para elegir si se vinculan o no a una organización multilateral. Pero no puede un tercer país, por la fuerza, amedrentar o intimidar a una nación para que no ejerza su soberanía.

(Aplausos)

El mundo debe defender ese principio, esa libertad de elegir soberanamente a qué organismos y bajo qué prerrogativas se vincula. Y el mundo también debe estar unido para rechazar cualquier intimidación violenta o cualquier ejercicio de la violencia. Colombia, como lo expres   ayer en la OTAN, acompa  ar  , en caso de un escenario de agresión, las sanciones que se dispongan en el concierto internacional. No solamente porque no creemos en esa solución, sino porque tampoco creemos en los que quieren revivir los capítulos de la Guerra Fría.

Señores parlamentarios, la seguridad es un valor democrático y es un bien público. La seguridad no tiene color de partido ni color político. La seguridad se tiene que experimentar para hacer viable la protección y el ejercicio pleno de las libertades. Hoy somos conscientes de que tenemos que trabajar por esa seguridad internacional, por esa seguridad regional y por la seguridad local. Yo me siento contento de ver cómo Colombia ha transitado a un mejor Estado gracias al apoyo también de la Unión Europea. Y los quiero invitar a que este caso, que lo pueden reflejar ustedes como un caso de éxito en el que, a partir de las transiciones democráticas en nuestro país, se logran estos progresos, sirva para que se siga extendiendo la cooperación con América Latina. Esto es un imperativo y Colombia será siempre instrumental en lograr esa expansión.

Hace casi cuarenta años, nuestro Nobel Gabriel García Márquez le decía al mundo que América Latina se encontraba sola. Hoy América Latina ha vencido en gran parte esa soledad. Pero hoy América Latina necesita más que nunca a Europa. Hoy los invito a que sigamos construyendo este diálogo multilateral cimentado en la democracia, cimentado en la libertad de elegir de los ciudadanos y cimentado en el derecho de construir consensos en medio de la diferencia. Porque siempre será más importante un logro en democracia que una imposición de la autocracia.

Me siento orgulloso como presidente de Colombia de dirigirme a ustedes y de agradecerles lo que hemos sido capaces de construir y demostrarles que nuestra nación, a pesar de las dificultades y las adversidades, es una nación que sigue mirando con optimismo hacia el futuro.

(La Asamblea, puesta en pie, aplaude al orador).

President. – Thank you very much, President Duque Márquez. I think the reaction of the plenary speaks for itself.

(The formal sitting closed)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΕΥΑ ΚΑΪΛΗ

Αντιπρόεδρος

7. Erste Abstimmungsrunde

President. – We now come to today's first voting session.

We will vote on the files as indicated on the agenda and the voting session will be open from 12.30 until 13.45.

The same voting method will be used as during the previous voting sessions. All votes will be held by roll call vote.

I declare the voting session open. You have until 13.45 to vote.

The results of the vote will be announced at 19.00.

(The sitting was suspended at 12.38)

VORSITZ: EVELYN REGNER

Vizepräsidentin

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.13 Uhr wieder aufgenommen.)

9. Beziehungen EU-Afrika (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen EU-Afrika (2022/2533(RSP)).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen, und deshalb ersuche ich Sie, die Redner- und Rednerinnenliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, we stand on the eve of the sixth EU-Africa Summit that will take place in Brussels on 17 and 18 February, and it's a unique occasion that doesn't happen every day, but it has been delayed for years. A unique occasion to replace Europe in the centre of the attention of the African partners – to place or to replace, depends on how you see it.

This summit will be held in a context which is certainly unprecedented. Challenges of the COVID-19 pandemic, increased geopolitical landscape, much more competitive, but also presenting opportunities. For example, what can we do with our EU recent global gateway strategy?

We have been seeing how much our two continents are interlinked. I have been saying in Kenya the other day that the African problems are our problems. But when we try to help them to solve their problems, it's not because we are generous, but because their problems are our problems. Let's see what's happening in the Sahel or what's happening in the Horn of Africa or what's happening everywhere in the continent with respect to the demographic evolution.

And we have to look at Africa with a positive eye, not only through the lens of migration problems. Africa is a land of countless opportunities, which are opportunities for us also. They have a young and dynamic human potential and they have unlimited possibilities on renewable energy. If we empower African youth and women, we will be able to promote a more green and digital and equal –sometimes we just say green and digital but I say, green, digital and inclusive, it means equal – growth on both our continents.

At the African Union Summit held on 5 and 6 February this year, the new Chair, President Macky Sall of Senegal, showed openness to external partners without exclusivity, provided that they are mutually beneficial and respectful of African development priorities and societal choices. At the same occasion, the chairperson of the African Union Commission, Moussa Faki, expressed the hope that summits with partners will focus on concrete and transformative projects.

Concrete – that's what we need to be. And that is the dynamic in which we are inserting this African Union-European Union Summit. Our objectives in the summit are based on a clear understanding of our respective and mutual interests. We want to strengthen our cooperation by defining joint key priorities and partnerships for the next decade. We will amplify the scope and focus of the team Europe approach with the impact of our actions. We have to ensure more visibility to our partners and with a strong united response, a message underpinned by concrete actions, we will demonstrate that the European Union is Africa's most trusted partner, and we will thereby also counter negative narrative and disinformation about what the Europeans are and what Europeans are doing and with the African people.

So let me quickly go through some specific actions which we are working on. We are preparing an innovative and forward-looking joint declaration outlining tangible initiatives to be co-owned and implemented jointly in support of a common strategic vision for 2030.

In particular, we are working with a team Europe spirit – you know what I mean, European Union institutions and the Member States all together – on six particular deliverables, six strands of work to be translated into concrete projects and flagships. I will go through the six of them just to mention in order to frame our debate if you wish.

First, an ambitious global gateway Africa-Europe investment package taking into account global challenges such as climate change and the current health crisis. Second, preparing the health system. Third, education systems – big priority. Four, tools and solutions for the Africa-Europe security and stability architecture. More and more, our relationship with Africa has to incorporate the security issues because when you see how Jihadism is going from the Sahel to the Gulf of Guinea, how instability is widespread from Somalia along the Indian Ocean coast toward Mozambique and the south. More and more, we are going to have security concerns to share with them and to help them to face them. Fifth, an enhanced and reciprocal partnership on migration and mobility. And sixth, a European Union-African Union initiative for multilateral action and peace, prosperity and the planet.

These are the strands for our work, and we have to build not only words, we have to explain concrete proposals and actions to reinforce our relations. Yes, I know that so many things have been said or written about this relation. So many critics, sometimes rightfully, sometimes not. The too low distribution of vaccines or the travel ban that we imposed when the Omicron variant raised in South Africa are good examples of the first, many critics, rightfully, on the latter, we may show the new instrument that we are shaping to better answer security, in each of our partnerships are critics which are not adequate.

Summarising, I could say that we, the European Union and the African Union, do not agree on everything, certainly not. I think that we agree on the essential and this is enough, it is a good, sound basis for renewing a stronger partnership between us. Let's see what's happening in the summit.

We went to Kigali to prepare the summit. At the ministerial level meeting, there were some important disagreements. There were some important concerns. That's the moment to speak to each other, frankly, honestly, in order to improve our partnership, because certainly we need to solve the problems that African people are suffering. And keep in mind, this can be our motto: African problems are our problems, and when we work to try these problems, we work for ourselves also.

Tomas Tobé, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Africa is our neighbour, Africa is our partner, and both our continents face exceptional challenges posed by the health crisis, economic recession and climate change, as well as population growth and demographic trends. The summit will be decisive if it goes beyond ringing declarations of intent and secures concrete commitments based on mutual strategic priorities – a win-win partnership.

To be successful, the PPE Group sees three main points as key. Firstly, Europe and Africa have to work together to facilitate significant investment opportunities for business on the African continent that can support the creation of millions of jobs. This is necessary to keep up with Africa's rapidly growing young population. We also need to boost trade. Moreover, with our experience in developing the single market, the EU must strongly support Africa in the same endeavour. Secondly, even more importantly, we need to have access to vaccines and to healthcare in Africa. This must include setting up capacities for local vaccine manufacturing and more funding to healthcare. Thirdly, we must tackle the root causes of migration jointly and build up cooperation on migration management. To sum up, it is time for a fresh start.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, le sommet qui a lieu cette semaine entre l'Union et l'Afrique est, vous l'avez dit, une nouvelle occasion de bâtir ensemble un nouveau partenariat. Mais il nous faut comprendre les blessures du passé pour construire un avenir commun, et notre objectif en tant qu'Union européenne, mais aussi en tant que dirigeants européens, sera avant tout de convaincre les populations africaines, des populations dont les blessures sont encore vives. Je parlerai d'un esclavagisme, de la traite esclavagiste, d'une colonisation brutale, des indépendances réprimées voire parfois manipulées, des dominations voire de la condescendance, d'une exploitation des ressources sans retour pour les populations, ou encore d'un racisme persistant, aujourd'hui en Europe, à l'égard des diasporas, mais aussi à l'égard des nouveaux arrivants.

Comprendre, c'est aussi éviter de reproduire les mêmes erreurs pour l'avenir, et cela pour affronter des défis communs. Vous les avez cités: la relance économique après la COVID-19, la lutte contre les inégalités par l'éducation, la santé et l'emploi, la promotion des investissements durables, la lutte contre les changements climatiques, la démocratie, les droits sociaux et environnementaux, mais aussi la paix et la sécurité.

Pour tout cela, il y a des moyens: 150 milliards d'euros d'investissements. Mais de quoi parle-t-on? Quel est l'effet de levier par rapport à ces investissements? De quels secteurs parle-t-on? Est-ce qu'il y a des secteurs de transformation, qui vont effectivement permettre d'avoir un développement dans les pays? Est-ce que des entreprises vont respecter le devoir de vigilance, c'est-à-dire respecter les droits sociaux et environnementaux des personnes? Pour toutes ces questions, nous n'avons pas aujourd'hui, au niveau du Parlement européen, de réponses claires de la part du Conseil et de la Commission. Un nouveau partenariat, d'accord; mais, de grâce, ne reconstruisons pas par rapport aux erreurs du passé, mais faisons mieux que ce que nous avons fait dans le passé.

Chrysoula Zacharopoulou, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut-Représentant, chers collègues, renouveler le partenariat entre l'Europe et l'Afrique: voici le défi de ce sommet. Le moment est venu pour les deux continents de tenir un discours de vérité, de franchise et de transparence en assumant chacun ses responsabilités. Nous devons être conscients que l'Europe n'est plus le principal interlocuteur de l'Afrique. Si nous voulons continuer à avoir cette relation privilégiée avec elle, nous devons changer de méthode.

Flexibilité, rapidité et efficacité: voici comment utiliser nos instruments de financement pour soutenir les solutions africaines. C'est aussi à l'Afrique de formuler ses demandes, de proposer ses solutions et, surtout, de choisir le modèle de développement qu'elle veut pour sa population. Brutalité, prédation, néocolonialisme: les méthodes utilisées par certains partenaires de l'Afrique ne sont pas les nôtres. Ce ne sont pas les valeurs de l'Europe du xxe siècle.

Nous proposons de bâtir ensemble un partenariat centré sur les relations humaines, un espace de paix et de prospérité pour nos populations, un espace géostratégique euro-africain qui pèse de tout son poids sur la scène internationale, un partenariat mutuellement bénéfique et respectueux de chacun. Le sommet sera l'occasion d'échanger à la fois des discours et des méthodes. Nous devons les saisir.

Pierrette Herzberger-Fofana, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, le sommet Union européenne-Afrique devrait nous permettre de revoir les bases de notre relation, dans un esprit de respect mutuel et réciproque, et ceci dans le cadre d'accords justes et équitables pour tous. Nous devons travailler main dans la main pour soutenir le développement durable, promouvoir la paix et lutter contre le changement climatique, qui fait des ravages de part et d'autre et menace la sécurité alimentaire, afin d'atteindre les objectifs de développement prévus pour 2030.

Le renforcement de la coopération économique entre l'Union européenne et l'Afrique doit nécessairement passer par la mise en place de mesures susceptibles de créer des emplois pour la jeunesse africaine, afin qu'elle reprenne confiance en la possibilité d'une vie meilleure et cesse d'avoir les yeux rivés sur un eldorado fictif en Europe, qu'elle tente de rejoindre au péril de sa vie.

Notre politique migratoire doit être fondée sur la solidarité et la responsabilité des États membres de l'Union européenne et l'accompagnement de nos partenaires dans leur cheminement vers le développement. De même, la perspective féminine devrait être l'un des leviers puissants dans nos relations, adossée aux droits humains et à la santé reproductive et sexuelle, garants de l'autonomisation des filles et des femmes.

Seule l'Europe entretient des relations historiques avec l'Afrique. Il faut donc revoir avec lucidité quels sont les points critiques et où le bât blesse. Notre devoir de mémoire nous appelle également à revisiter des questions sensibles de notre histoire commune, telles que la restitution des biens culturels et des œuvres d'art. Le sommet offre l'unique possibilité d'établir un dialogue constructif et d'échanger nos points de vue respectifs, qui correspondent aux aspirations de tous. Ensemble, nous allons établir des objectifs communs et nous tourner résolument vers un avenir prometteur pour tous, afin de ne pas avoir à réinventer sans cesse notre partenariat.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, la semaine dernière, à Dakar, Ursula von der Leyen annonçait plus de 150 milliards d'euros pour l'Afrique sur la période 2021-2027, auxquels s'ajoutent les 29 milliards d'euros pour l'Afrique subsaharienne dans le cadre du nouvel instrument de voisinage et de coopération. Quelle est la contrepartie à tout cet argent?

Commercialement, le volume des échanges entre l'Union européenne et l'Afrique est stable depuis dix ans. Dans le même temps, les échanges entre la Chine et l'Afrique augmentent si rapidement que Pékin pourrait vite nous supplanter. Diplomatiquement, les tensions sont de plus en plus nombreuses. Nous sommes maintenant chassés du Mali, où nos soldats mouraient depuis des années en luttant contre le djihadisme, à la demande des dirigeants africains. Dans le domaine migratoire, enfin, l'Union européenne se refuse à toute pression pour exiger de l'Afrique qu'elle récupère ses nombreux migrants clandestins.

Sans engagement ferme de la part des pays africains, les 150 milliards d'euros annoncés, l'équivalent d'un cinquième du plan de relance européen, n'apparaissent pas comme un partenariat équilibré, mais comme un véritable cadeau. Les relations entre l'Union européenne et l'Afrique sont un sujet qui me tient à cœur. J'ai d'ailleurs été auteur, avec mon collègue mauricien Sangeet Fowdar, d'un rapport en 2018 de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE. J'y préconisais notamment deux exigences.

D'abord, il est impératif de lutter contre une corruption qui est endémique. Si nous accordons des fonds, ils doivent être injectés directement vers l'économie réelle et vers la construction d'infrastructures routières, électriques et numériques, dont l'existence est – on le sait très bien – le préalable au développement économique. Il faut limiter au maximum les intermédiaires, afin que l'argent arrive réellement à destination.

Enfin, il faut conditionner le versement de cet argent à une vraie maîtrise des flux migratoires vers l'Europe et au retour dans leur pays des clandestins présents sur notre sol. Si nous aidons l'Afrique, c'est aussi pour que les Africains y restent.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I share Mr High Representative / Vice-President's positive approach to Africa, and welcome the initiatives to be presented during the summit.

I also note positive developments like, for example, possibilities for gas supplies from Nigeria to even Europe, diversifying our sources. But my concerns are predominantly about the security situation in Africa, from the Horn of Africa via Sahel to the Gulf of Guinea, and from Tunisia to Mozambique. During the summit, it is going to be a very important topic. And willing to enforce the role of the African Union, I know that countries like Mali, Guinea, Burkina Faso and Sudan are not to be present during the summit; we have to find solutions for the poor situation there. After the *coup d'états* and suspension from the African Union, 11 of our missions and operations are in Africa, and certainly we have to reinforce them.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, la Cumbre entre Europa y la Unión Africana se celebra con dos años de retraso y con nuevos y permanentes desafíos.

La hoja de ruta de la relación debe reflejar, por un lado, la cooperación sanitaria reforzada más allá de COVAX, una inversión real y la liberación de patentes para garantizar el acceso a las vacunas en todo el mundo, que incluye un continente en el que viven 1 200 millones de personas, el 16 % de la población mundial.

Ese dato nos ayuda a dimensionar la absoluta necesidad de hacer de la cooperación, del desarrollo justo y sostenible, junto con la cuestión climática, la columna vertebral de las relaciones entre la Unión Europea y África.

La Unión Europea debe dejar de usar las vidas de millones de personas migrantes como moneda de cambio. Debe ir a la raíz de la injusticia, de las consecuencias de la política en acción exterior, y que no quede reducida a la defensa de los intereses de empresas europeas en África ni a la explotación de recursos ni intervenciones militares.

Son muchas las oportunidades que un continente y otro pueden ofrecerse, pero es necesaria esa visión estratégica y decidida que tenga como hoja de ruta la de lograr los Objetivos de Desarrollo Sostenible y de la Agenda 2030.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Asszony! Az EU–Afrika csúcstalálkozó egy hosszú ideje várt, elhalasztott esemény. A 2020. márciusi afrikai stratégia kiadása óta a világjárvány szembesített minket, az afrikai partnereinket a globális egymásrautaltságra. A Covid19 ugyan átrendezte a pillanatnyi szükségleteket, de partnerországaink alapvető kihívásai változatlanok: növekvő instabilitás, oktatási egyenlőtlenségek, beruházási és kereskedelmi nehézségek, munkahelyek hiánya, a mezőgazdasági termelés nehézségei, a klímaváltozás hatásai, gyenge kormányzati rendszerek.

Látnunk kell, hogy ezek azok a tényezők, amelyek fokozzák az afrikai fiatalok elvándorlását. Bármit teszünk is, a biztonság megteremtése és a migráció kiváltó okainak megszüntetése kell, hogy meghatározza cselekvésünk irányait. Az Uniónak fel kell ismernie, hogy csak ott tudunk előrelépést elérni, ahol az afrikai partnereink is nyitottak a változásra.

Tisztelt főképviselő úr! Afrika vezetői nem azt várják, és nem is várhatják az Uniótól, hogy segélyekkel próbálja az egyre növekvő nélkülözést leküzdeni. Partnereink azt kérik, hogy az EU támogassa a kontinenst abban, hogy képes legyen saját kihívásait leküzdeni. Az Uniónak a jó kormányzás támogatásával kell segítenie az afrikai partnereinket a teljes körű saját felelősségvállalás gyakorlásában.

Hannes Heide (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Hoher Vertreter! Vor nicht ganz einem Jahr haben wir hier im Europäischen Parlament die neue EU-Afrika-Strategie für eine Partnerschaft für nachhaltige und inklusive Entwicklung angenommen.

Jetzt ist es an der Zeit, sie auch umzusetzen. Unsere enge kulturelle und wirtschaftliche Beziehung zu Afrika ist gefährdet von Naturkatastrophen, politischen Krisen, gewaltsamen Auseinandersetzungen, der Einflussnahme russischer und chinesischer Akteure. Die Stabilität Afrikas hat Einfluss auf Europa. Es muss unser gemeinsames Interesse sein, dass junge Menschen in ihren Heimatländern bleiben wollen und können.

Wenn wir nur eine Seite Afrikas sähen, wären wir auf einem komplett falschen Weg. Die EU ist schon jetzt einer der wichtigsten Partner, und der afrikanische Kontinent befindet sich in einer dynamischen, kraftvollen Entwicklung. Wir können sie in unserem ureigensten Interesse unterstützen, indem wir uns am Aufbau des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens beteiligen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und *Good Governance* ebenso fördern wie Presse- und Medienfreiheit und lebendigen Parlamentarismus. Und von der Förderung der Wirtschaft sowie des grünen und digitalen Wandels kann und wird auch Europa profitieren können. Setzen wir Daten!

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, señor alto representante, efectivamente estamos ante una oportunidad de renovar nuestro compromiso con el continente africano. Estoy de acuerdo con su visión positiva: la asociación entre la Unión Europea y África necesita una renovación. El modelo donante-receptor lleva ya un tiempo caduco y debemos crear una asociación más estratégica, renovada, de igual a igual, escuchando a nuestros socios africanos franca y sinceramente, sabiendo que muchos de los desafíos que tenemos son conjuntos y que no podemos hacerles frente por separado.

Nos encontramos ante un reto común sin precedentes: la pandemia de la COVID-19. Necesitamos pasar de las vacunas a la vacunación y por eso tenemos que remover todos los obstáculos que han impedido una plena vacunación en África.

Seguridad, paz y seguridad. Es necesario abordar este asunto y debemos buscar acciones con una responsabilidad más compartida entre la Unión Africana y sus organizaciones regionales, sabiendo que fortalecer la institucionalidad democrática es la única forma de avanzar en la paz.

Salima Yenbou (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut-Représentant, le sommet UA-UE doit être l'occasion de renouveler le partenariat Afrique-Europe. Nos jeunes partagent une quête de sens, des besoins de liberté, de mobilité, d'espoir et de redistribution équitable, une inquiétude face au changement climatique, mais aussi une histoire commune et son lot de blessures béantes. Elles méritent un vrai dialogue politique, et non plein de petites initiatives par-ci par-là, sans cohérence globale. Les valeurs des droits humains et d'état de droit sont des revendications légitimes et anciennes de la société civile africaine elle-même. Nos jeunes méritent une coopération systémique sur des réformes politiques, menant à une gouvernance démocratique et inclusive, gage de stabilité durable.

Ce sommet doit permettre aussi de sortir de la relation élève-professeur. Il doit comprendre que nos deux institutions ont beaucoup à apprendre l'une de l'autre, d'égale à égale. Enfin, évoquons la sacro-sainte «stabilité», si souvent louée. Un pays stable, qu'est-ce que c'est? C'est quand l'Etat opprime son peuple, musèle la presse et emprisonne les opposants? Et puis stabilité pour qui? Stabilité de la liberté et de la presse ou bien stabilité pour les élites, la corruption et la police?

Anna Bonfrisco (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante Borrell, gli Stati membri, insieme all'Unione europea, ai cittadini europei e alle imprese europee, hanno nelle relazioni con l'Africa grandi sfide da affrontare. Si tratta di bilanciare l'espansionismo economico e il commercio cinese e di cogliere insieme ai popoli africani tutte le opportunità di uno sviluppo sociale equilibrato, ma tenendo a mente che è imperativo contrastare le minacce asimmetriche della Russia, contrastare la diffusione di regimi autoritari che usano lo strumento militare in modo irresponsabile, e far fronte a un crescente numero di migranti e rifugiati, i cui volumi e i bisogni non sono certo gestibili dagli Stati europei. In sintesi, grandi problemi di sicurezza insieme a grandi opportunità, ma tutto ciò che noi facciamo oggi è troppo poco.

Abbiamo bisogno di approfondire, nell'attività del Parlamento, nell'attività della Commissione, lo scambio di informazioni per avere conoscenza precisa delle azioni da intraprendere, per guardare con un po' di ottimismo al continente del futuro dal punto di vista dello sviluppo e dal punto di vista dell'economia, senza dimenticare i grandi valori dell'Unione europea e del dialogo con le istituzioni democratiche, per favorire libertà e democrazia in quel continente.

Assita Kanko (ECR). – Voorzitter, zestig jaar, zestig jaar ontwikkelingshulp laat zien dat het niet werkt, behalve voor wie het echt niet wil zien.

Tien jaar was ik toen er Fransen naar mijn dorpsschool kwamen in Burkina Faso. Ze gaven ons potloden en schriften, maar die hadden we al. "Omdat we arm waren", zeiden ze, kwamen ze ons helpen. Na de les rende ik snikkend naar huis. "Pap, we zijn arm, wist jij dat?" "Maak je geen zorgen, kind", zei hij. "Het is oké als we arm zijn." Dat we niet rijk waren, wist ik natuurlijk wel, maar dat we zo hulpeloos waren, was nooit bij me opgekomen. Ik voelde me ineens van mijn vleugels beroofd.

Als tiener zag ik keer op keer hoe Europese leiders in de schijnwerpers in Afrika enorme cheques kwamen aankondigen. We vroegen ons af waar zo veel geld heen zou gaan, wat er zou veranderen voor ons behalve dat Afrika zich dieper in de schulden zou werken. De laatste cheque die ik op tv zag, kwam van president Chirac.

Als ik Commissievoorzitter Von der Leyen nu in Dakar meer dan twintig jaar later met een cheque zie zwaaien, overvalt me een gevoel van déjà vu. Nog meer pennen en potloden. De nannydiplomatie leeft. Dit breekt mijn hart en maakt me woedend als wetgever. Die handtekening, het gebaar, de eeuwige leugen, een knuffel die verstikt. Stop alstublieft de nannydiplomatie in Afrika! Dat moet de opdracht zijn van de EU-Afrika-top. Bespaar de Europese burger het geld en de Afrikaanse jeugd de vernedering.

In Burkina Faso zie ik geen ontwikkeling, maar zie ik wel een Russische vlag wapperen en jihadisten triomferen. Wat heeft de cheque van Chirac opgebracht? Hij heeft de mensen lui gemaakt. Ik vraag Macron en roep hem op zijn chequeboek donderdag thuis te laten!

Mick Wallace (The Left). – Madam President, much of EU economic activity in Africa is mediated through the World Bank and International Monetary Fund. Funding comes with a range of conditionalities and often when the loans come due for payment these bodies are more than happy to insist on disastrous cuts to health and education programmes and neoliberal reforms that promote capital flight as the price of refinancing.

The French pushed hard for Gaddafi's removal in 2011 because of the threat that his gold and silver reserves posed to the French colonial franc circulating as a prime African currency. Any threat to colonial-era levels of control and systems of exploitation are opposed, whatever the cost.

This is why China is a threat. Their investment comes with less strings attached, their projects focus on public infrastructure and create more jobs, and they commonly reschedule and restructure debt repayments. China's trade arrangements offer more opportunities for mutual gain. Surely we should take lessons from China and less lessons from US imperialism and European colonialism.

Hildegard Bentele (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Hoher Vertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden in diesen Tagen verständlicherweise viel über die Ukraine und Russland, aber auch Afrika, unser Nachbarkontinent, verdient und braucht dringend unsere Aufmerksamkeit.

Der Kollege Tomas Tobé hat es deutlich gemacht: Allein das Bevölkerungswachstum und der entsprechende Arbeitsplatzbedarf sind eine enorme Herausforderung. Der Europäische Rat steckt noch immer in der Post-Cotonou-Logik fest, aber die Kommission von der Leyen und auch wir als Parlament haben uns in den letzten Monaten auf den Weg gemacht, unsere Partnerschaft mit Afrika neu zu definieren.

Was ist wichtig an dieser neuen Partnerschaft? Gemeinsames Handeln als EU, als *Team Europe*, mehr Sichtbarkeit und mehr Kommunikation. Wichtig sind auch bessere Arbeitsstrukturen und ein abgestimmtes Investitionspaket. Ein Gipfel mit Staats- und Regierungschefs ist zwar schön, noch besser ist aber eine kontinuierliche, institutionalisierte Zusammenarbeit auf allen Ebenen, die konkrete Ergebnisse hervorbringt, beispielsweise bei der weiteren Ausgestaltung der afrikanischen Freihandelszone oder sogar einem afrikanischen Binnenmarkt.

Die geopolitische Situation in Afrika hat sich wesentlich verändert. China, Russland und andere treiben in Afrika ihre eigene rücksichtslose Politik. Wir als Europa wollen eine Partnerschaft mit Afrika, von der beide Seiten profitieren. Und vor allem wollen wir die Ziele erreichen, für die uns die Menschen in Europa und in Afrika gewählt haben: Sicherheit und Gesundheit, einen Beruf, der den Lebensunterhalt sichert, politische Teilhabe und Freiheit und eine saubere Umwelt.

Die Europäische Kommission programmiert jetzt die Zusammenarbeit mit Afrika für die nächsten sieben Jahre, dann gilt es, Bilanz zu ziehen. Wir stehen mit in der Verantwortung, dass es eine gute wird.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Alto Representante, vivemos um pico de tensão à escala global. Intensas conversações procuram evitar que se consuma a invasão da Ucrânia pela Rússia, reabrindo uma caixa de Pandora num continente que, no século passado, foi o palco principal de duas sangrentas e destrutivas Guerras Mundiais.

E, neste cenário de emergência, as relações Europa-África assumem ainda uma importância maior. A cimeira desta semana em Bruxelas é um momento determinante. Ela tem que ser a base para reforçar uma parceria forte entre iguais, pragmática, multilateral, focada nos resultados, na qualidade de vida dos povos e na sustentabilidade do planeta. Uma parceria para a qual o Programa de Investimento África-Europa, a que a União Europeia alocou 150 milhões de euros direcionados à aposta nas energias renováveis, na redução do risco de catástrofes naturais, na transição digital, nas vacinas e na educação, é o ponto de partida do Global Gateway e que deverá mobilizar 300 000 milhões de euros de fundos públicos e privados em projetos de infraestruturas em todo o mundo.

Todos estes projetos são uma ferramenta fundamental para passarmos de forma mais determinada das palavras à ação e para reforçar a voz dos dois continentes como promotores de uma paz global, baseada na cooperação e nos valores, contrapondo a crescente influência das correntes extremistas e autoritárias no xadrez geopolítico. O sucesso da Cimeira Europa-África, que desejo convictamente, servirá os povos dos dois continentes, mas servirá também a Humanidade.

Charles Goerens (Renew). – Madame la Présidente, l'Afrique en 2020 ressemble à un immense chantier, où les acteurs les plus divers renforcent leur présence. Les uns déploient des moyens militaires et essayent d'évincer les acteurs qui ne sont pas en phase avec la posture agressive de ceux qui prennent leur place. D'autres considèrent l'Afrique comme une occasion de s'approvisionner en matières premières à des conditions très discutables, qui s'apparentent davantage à un pillage de ressources qu'à un vrai partenariat.

L'Union européenne, quant à elle, sans vouloir prétendre à l'infaillibilité, se propose, dans le cadre de son instrument de financement de sa politique extérieure, de tabler sur des principes bien rodés, comme le partenariat, l'appropriation et le respect de l'état de droit, entre autres.

La mise en œuvre de l'IVDCI est certes plus laborieuse, moins spectaculaire et souvent moins visible à court terme, mais en phase avec les attentes des citoyens africains. M. Borrell vient de nous rappeler que les problèmes des Africains sont aussi nos problèmes. C'est vrai, mais ajoutons que les solutions à ces problèmes doivent être essentiellement africaines. À nous d'y contribuer.

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Borrell, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über die EU-Afrika-Beziehungen reden, dann müssen wir natürlich über die ungerechte Impfstoffverteilung sprechen.

Während die Menschen in Europa zum Glück dreifach geimpft sind, haben in Afrika bisher nur 12 % der Menschen eine Impfung erhalten – 12 %. Und zu Recht fordern deshalb die afrikanischen Staaten die temporäre Aussetzung der Impfpatente anlässlich dieses EU-Afrika-Gipfels. Und, ehrlich gesagt, dass die Freigabe der Patente von der Kommission immer noch zurückgewiesen wird – ich finde, das ist ein Armutszeugnis für die Kommission.

Und ehrlich gesagt ist es auch eine Missachtung dieses Parlaments. Wir haben hier in diesem Plenum bereits zweimal die Patentfreigabe beschlossen. Und damit sind wir Europaabgeordnete auch nicht alleine: Die USA und über 100 weitere Staaten unterstützen die Patentfreigabe, darunter auch mehrere EU-Mitgliedstaaten. Und diese Allianz ist klar: Die Patentfreigabe wird unserer Pharmaindustrie nicht schaden, wenn wir das richtig auf die Schiene setzen. Aber es ist die einzige Möglichkeit, schnell die Pandemie gemeinsam zu überwinden.

Wir haben schon viel zu viel Zeit verloren. Daher erwarte ich von der Kommission und auch von Ihnen und natürlich den Mitgliedstaaten, die noch nicht überzeugt sind, sich endlich diesen Argumenten anzuschließen.

Markus Buchheit (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Ich glaube, wir sollten auch anerkennen – und es ist ja eine sehr facettenreiche Diskussion heute –, wir sollten auch einmal den Blick darauf lenken, dass wir uns in einem globalen Verdrängungswettbewerb befinden, dass unsere Entscheidungen hier im Hause genauso auch wie in der Kommission zu oft weltfremd und abgehoben wirken.

Dass wir uns in einem globalen Wettbewerb befinden, das wird selten so deutlich wie eben am Beispiel von Afrika. Wenn die Ansätze anderer Staaten pragmatischer sind, attraktiver erscheinen, dann kommen wir eben nicht zum Zug, sondern unsere Konkurrenten. Weil die Diskussion um sich wandelnde Werte bei uns allzu oft den Blick vernebelt, verstehen einige hier nicht, dass die Probleme in vielen Staaten Afrikas – und das kam heute ja auch schon heraus – eben im Bereich der schlichten Daseinsvorsorge liegen, im Bereich der Infrastruktur bestehen, und andere Mächte daher Entwicklung, den Ausbau von Handel und Rohstoffen zu ihren Top-Prioritäten machen. Bei uns hingegen steht der grüne Übergang ganz vorne. Das ist bizarr.

Nehmen Sie Wasserstoff als gutes Beispiel. Durch die Einbeziehung Afrikas in diese neue Träumerei sind Sie bereit, Raum für die Erzeugung von lokal benötigtem Strom für die Herstellung von Wasserstoff zu missbrauchen, und riskieren damit doch gerade das, was uns hier gerade wie ein Mühlstein um den Hals liegt, nämlich die Kostenexplosion von Elektrizität. Wir sollten also anerkennen, dass ein Einbunkern in weltfremde Werteträumereien uns nur ins Abseits führt. Wir müssen hin zu einer Politik, die auch von unseren Interessen geleitet wird, zu unseren Gunsten und zu denen von Afrika.

Charlie Weimers (ECR). – Fru talman! Rådet, kommissionen och parlamentet är överens om fem nyckelområden som måste adresseras i EU:s relation med Afrika för att stoppa illegal migration. Ta itu med de grundläggande orsakerna, förebygga irreguljär migration, bekämpa människohandel, underlätta återvändande och återintegrering och respektera internationell rätt.

Vi vet alla att de nuvarande åtgärderna är otillräckliga. Fientliga grannar som har använt migranter i hybridkrigföring drar samma slutsatser. EU behöver en ny strategi. Så hur kommer det sig egentligen att när Danmark och deras socialdemokratiska regering lanserar ett nytt förslag, den danska asylplanen, som tar upp de fem nyckelområdena, inklusive respekt för asylrätten, så försöker EU:s institutioner sätta käppar i hjulet.

22 000 människor har dött på Medelhavet sedan 2014 och Afrikas befolkning kommer att öka från 1,3 miljarder till 4 miljarder när detta århundrade är slut. Så länge ni inte tar intryck av Danmark, presenterar en migrationspolitik med folkligt stöd och börjar förhandla med afrikanska länder om detta, så kommer den illegala migrationen att fortsätta och ännu fler att dö.

Özlem Demirel (The Left). – Frau Präsidentin! Jean Ziegler sagte mal: „Es kommt nicht darauf an, den Menschen in der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.“ Recht hat er.

Die EU will nun eine Investitionsoffensive starten, Partnerschaften in Afrika ausbauen und den Menschen helfen – sagt man, sagen Sie, Herr Borrell. Doch stimmt das wirklich? Wenn es um die Menschen ginge, dann würde man doch die Patente für die Corona-Impfstoffe freigeben. Warum tut man das nicht? Nicht bis heute.

Herr Borrell, Sie sagen, Sie wollen dort Sicherheit und Stabilität schaffen. Doch auch die EU-Militärmissionen in Mali und im gesamten Sahel haben doch nicht das Leid der Menschen dort verringert. Im Gegenteil: Ein korruptes Militär hat die EU ausgebildet. Warum? Für Uran, für die europäischen Atommeiler, insbesondere in Frankreich!

Nein, die EU betrachtete Afrika schon immer als ihren Hinterhof. Sie stehlen die wertvollen Ressourcen und nutzen den Kontinent als Absatzmarkt. Sie zerstören Existenzen, und das nicht erst seit gestern. Und dann wundern Sie sich über Menschen auf der Flucht. Um dann Menschen auf der Flucht daran zu hindern, nach Europa zu kommen, arbeiten Sie zusammen mit Libyen, einem korrupten Regime, und der libyschen Küstenwache. Ich sage ganz klar: Hören Sie auf damit. Hören Sie auf, mit Ihrer Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik die Menschen in Afrika zu berauben. Geben Sie ihnen die Chance auf eine echte Zukunft!

Janina Ochojska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Mam szczerą nadzieję, że szósty szczyt Unii Europejskiej i Afryki będzie punktem zwrotnym w relacjach między dwoma kontynentami. Jest to naprawdę wyjątkowa okazja na wprowadzenie i wznowienie pogłębionego partnerstwa opartego na zrozumieniu wspólnych interesów. Uważam, że jest jednym z obszarów współpracy – zaraz po zapewnieniu dostępu do wody i bezpieczeństwa żywnościowego – jest edukacja, również w krajach niestabilnych i objętych konfliktami. Jest to możliwe między innymi dzięki technologiom cyfrowym. Ludność Afryki od 2050 roku podwoi się. Każdego miesiąca około miliona młodych Afrykańczyków bez umiejętności i wykształcenia osiąga wiek produkcyjny.

Dzisiejszy rynek pracy jest bardzo konkurencyjny i tylko osoby z umiejętnościami odpowiadającymi jego potrzebom zdołają wyjść z ubóstwa i przerwać błędne koło przemocy, nierówności i niestabilności politycznej. Nasza rola nie polega na dostarczaniu konkretnych rozwiązań, ale na zaangażowaniu się w dyskusję na równych prawach z naszymi afrykańskimi partnerami. Dzielimy się nawzajem. Z tego skorzystają mieszkańcy obu kontynentów.

Udo Bullmann (S&D). – Frau Präsidentin, Hoher Vertreter, wertvolle Kolleginnen und Kollegen! Der vor uns liegende Gipfel ist eine riesige Chance. Aber diese Chance wird nur dann Wirklichkeit, wenn anschließend konsequent gehandelt wird, nicht, wenn wir nur eine Entschließung verabschieden.

Es ist in der Diskussion gesagt worden: Nur ein Bruchteil der afrikanischen Bevölkerung, 11 bis 12 Prozent, sind bisher geimpft. In vielen großen Nationen sind es weniger als 3 Prozent. Es fehlen 900 Millionen Impfdosen, um die Ziele der Vereinten Nationen, die Ende letzten Jahres angestanden hätten, zu erreichen.

Wir haben 40 Prozent der Kinder im Osten und im Südosten Afrikas, die im Moment nicht in die Schule gehen können. Eine ganze Generation droht verloren zu gehen, wenn wir nicht handeln. Bildung, Gesundheit müssen die Nummer-1-Punkte unserer Debatte, unserer konsequenten Strategie zur wechselseitigen Partnerschaft werden. Dann müssen wir investieren in nachhaltige ökonomische Entwicklung, in den Kampf gegen Ungleichheiten auf dem afrikanischen Kontinent. Dann geben wir der nächsten Generation in Afrika die Chance, die sie verdient.

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, my expectations are high for the EU-African Union summit. The pandemic exposed structural inequalities we need to address together. I hope that during this summit we will take concrete steps towards a true equal partnership, for example with EU support for the development of the intra-African market.

Equal partnership also means equal and fair access to vaccines. I call upon the EU leaders to deliver on our promise to expand the availability of vaccines in Africa. Put all the options on the table. Do not back away from solutions such as forcing licensing vaccine production for Africa or lifting patents.

Working towards an equal partnership also means engaging with young changemakers. It means providing an environment where we empower youth and women. When we ensure a better economic future for them, an inclusive growth across Africa and Europe will happen. We are living at a historic moment. Let's ride it together.

Dominique Bilde (ID). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, «des instruments efficaces et mutuellement bénéfiques de gestion des migrations»: c'est à mots couverts que la présidente de la Commission faisait écho, depuis Dakar, à l'appel du Premier ministre grec en faveur de voies légales pour les migrants venus d'Afrique, et ce à l'aube du sommet avec l'Union africaine, cette semaine à Bruxelles. Bref, on devine qu'en contrepartie de menues concessions arrachées sur l'immigration illégale, on ouvrirait les vannes à l'immigration légale. Les Français, qui y sont majoritairement hostiles, apprécieront.

Quant à l'aide au développement, bien que la Cour des comptes européenne en ait éreinté l'efficacité dans son rapport sur le Kenya de 2020, elle se taillera la part du lion de ces discussions, outre le nouveau programme mirifique qui se veut une riposte à la route de la soie chinoise, le «Global Gateway».

Comment ces solutions éculées pourraient-elles aboutir à l'ombre d'un résultat? Le Mali est à cet égard un cas d'école, puisque, en dépit de 1,8 milliard de dollars d'aide publique internationale en 2019, le taux de réadmission de ses migrants depuis l'Union européenne plafonne à 2,1 %. Un scandale auquel s'ajoute désormais un inexcusable affront diplomatique, bafouant le sacrifice des soldats français au Sahel depuis 2014.

Bref, il faut que tout change pour que rien ne change, et le prétendu New Deal avec l'Afrique, à l'anglicisme ronflant, en sera, à n'en pas douter, une nouvelle illustration.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, de komende EU-Afrika-top biedt heel mooie kansen om de samenwerking met Afrika een nieuwe impuls te geven, en dat is hard nodig. Geopolitiek, om tegenwicht te bieden tegen China, dat Afrika steeds meer als een wingewest beschouwt, maar ook omdat het gewoon onze morele plicht is om ook onze bijdrage te leveren in de strijd tegen honger en armoede in de wereld.

Met name de agrosector kan daarbij, denk ik, een heel belangrijke rol vervullen. Met onze kennis en expertise kunnen we de Afrikaanse boer heel gericht ondersteunen, met het opzetten van lokale coöperaties bijvoorbeeld, of verbetering van teeltmethoden. En laten we daarbij ook het belang van particuliere initiatieven niet onderschatten.

Ondertussen maken veel Afrikaanse diplomaten zich steeds grotere zorgen over heel wat anders, namelijk over de passages over seksuele en reproductieve rechten in de ontwerppartnerschapovereenkomst met de ACS-landen. Men vreest dat de EU hen langs deze weg gaat dwingen om abortus te legaliseren. Dat kan toch niet de bedoeling zijn? Meneer de hoge vertegenwoordiger, kunt u ons op dat punt geruststellen?

Die Präsidentin. – Als nächster Sprecher zu Wort gemeldet ist Emmanuel Macron. Nicht Macron – Emmanuel Maurel.

Emmanuel Maurel (The Left). – Non pas Macron, Macron c'est quelqu'un d'autre! Madame la Présidente, le sommet entre l'Union européenne et l'Union africaine aurait dû être l'occasion de revoir en profondeur les relations entre nos deux continents. Je doute que ce soit le cas, même si je sais que l'on va parler utilement de la question sanitaire et de la levée des vaccins, de la question géostratégique et de la situation au Sahel, qui est très inquiétante.

Je voudrais revenir un instant sur les questions économiques, parce que, je pense, ceci n'a pas été suffisamment dit: nos relations commerciales avec l'Afrique sont profondément déséquilibrées, elles sont vétustes, elles sont asymétriques et elles sont objectivement peu soucieuses de l'intérêt des peuples africains. Même si l'accord de Cotonou a été remanié, la vérité, c'est qu'aujourd'hui il n'y a pas de jeu d'égal à égal avec l'Afrique.

Je pense qu'il faut aussi que nous parlions des sujets qui fâchent. Le maintien d'une Afrique sous pression du FMI, sur lequel l'Europe continue à s'aligner aveuglément, nuit à notre crédibilité et nuit aussi, d'une certaine façon, à notre posture morale. Enfin, je crois que l'Europe doit changer sa vision sur l'Afrique, qui est aujourd'hui trop mercantile et trop condescendante. Oui, c'est vrai, l'Afrique est notre avenir; mais pour cela il faut s'intéresser un peu plus à l'intérêt des peuples et un peu moins à celui des multinationales.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhores Alto Representantes, a parceria com África que vai ser discutida nesta Cimeira impunha-se sempre por razões humanitárias, eu diria por razões de cooperação. Mas também pela História comum. Há uma fortíssima História comum entre a Europa e África, entre os países africanos e os países europeus.

Mas há também uma razão adicional e essa é de interesse próprio: a afirmação da Europa no mundo, a afirmação global da Europa dependerá sempre de uma coligação com a África. Só e numa parceria com a África, a Europa poderá ser uma voz relevante neste mundo global. Por isso, é fundamental apostar na formação, na educação, na saúde pública, mas também nos desafios da segurança que estão, claramente, hoje, no topo das prioridades da nossa relação com África.

Queria deixar agora ainda uma palavra para a situação em Moçambique, alertando para a preocupação do que se está a passar em Cabo Delgado, que poderia ser uma boa escola para a cooperação entre a Europa e a África, e o que nós vemos hoje, de acordo com informação da União Africana, é que a própria China já está a entrar nesta parceria e a tirar aquele que era o lugar da nossa missão no contexto de Cabo Delgado.

Deixo este alerta e desejo os melhores resultados para esta Cimeira.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, toen de Europese Unie twee jaar geleden besliste om een Europese top met Afrika en over Afrika te organiseren, was dat in een sfeer van positiviteit en optimisme. We hadden een plan. We wilden aantonen dat Afrika onze belangrijkste partner is, en we wilden vooral ook aantonen dat we met Afrika wilden samenwerken op voet van gelijkheid.

Zoals we weten, is die top door de pandemie niet doorgestaan, is die uitgesteld, en vandaag staan we daar terug. Ik moet eerlijk toegeven: het optimisme is weg. Dat heeft uiteraard ook te maken met de bredere geopolitieke context, maar we mogen toch niet vergeten dat we de Afrikaanse bevolking ontgoocheld hebben. Er is een vorm van cynisme ontstaan, want tijdens die pandemie moeten we ons de vraag stellen: "Hebben we de Afrikaanse bevolking, hebben we het Afrikaanse continent als gelijke behandeld?" Ze waren de eersten om een inreisverbod te krijgen en de laatsten om een vaccin te ontvangen! Dus ja, grote ontgoocheling! De manier waarop Europa die patenten heeft tegengehouden, de getoonde vastberadenheid en de valse argumenten die we daarbij gebruikt hebben, hebben natuurlijk niet geholpen. Dus we weten wat we moeten doen. We moeten het vertrouwen herstellen, en uiteraard zwaar investeren: er is de Europese Green Deal, maar er zijn ook die patenten. We zullen moeten waarmaken wat we beloven, en op voet van gelijkheid met het Afrikaanse continent handelen!

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Borrell! Es ist gut, dass wir heute viel über Menschenrechte, Bildung und Gerechtigkeit in Afrika sprechen.

Aber ich habe den Eindruck, dass wir ein bisschen zu wenig über konkrete Projekte sprechen, über konkrete Projekte, die sich beispielsweise die Afrikanische Union selber gesteckt hat. Sie haben eine Agenda 2063 auf den Weg gebracht, und ich möchte eines dieser Projekte herausgreifen, weil mir wichtig ist, dass wir von dieser Attitüde wegkommen, besser zu meinen, was für Afrika gut ist, als die Menschen in Afrika selber.

Eines dieser Projekte ist der einheitliche afrikanische Luftraum. Das mag jetzt sehr speziell klingen, aber wir diskutieren hier viel über den Klimawandel. Und wissen Sie, wenn man von einer afrikanischen Hauptstadt in eine andere möchte, wird einem regelmäßig vorgeschlagen, dass man zuerst nach Europa fliegt, um dann wieder zurückzufliegen auf den afrikanischen Kontinent.

Wir haben das Know-how in Europa mit unserer EASA. Wir haben die Kenntnisse in der Kommission, und wir sollten dabei helfen, solche Projekte, die von der Afrikanischen Union selber angestoßen werden, umzusetzen. Deswegen möchte ich Ihr Augenmerk, sehr geehrter Herr Borrell, auf dieses Projekt lenken.

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin! Frau von der Leyen hat ein 150 Milliarden Euro schweres Programm für Afrika angekündigt. 75 Milliarden Euro sollen dabei wohl vom Steuerzahler finanziert werden.

Die Ziele lesen sich wie immer wunderbar, in Wahrheit sind es Luftblasen und Worthülsen. Von demokratischen Werten, hohen Standards, Transparenz und Partnerschaften auf Augenhöhe ist die Rede, auch von günstigen Darlehen, Haushaltsgarantien, Minderung von Investmentrisiken, hohen Umwelt- und Sozialstandards und so weiter. Auf gut Deutsch: Der europäische Steuerzahler finanziert den Aufbau Afrikas und wird zusätzlich noch durch die von der Bevölkerungsexplosion erzeugte Massenmigration beglückt.

Ich war Projektentwickler in Afrika, deshalb kenne ich die Realität. Vor Projektstart sind in der Regel etliche Randprobleme zu lösen. Das umfasst Dinge wie Straßenausbesserungen, damit die Materialien nicht schon beim Transport stark beschädigt werden, oder den Bau einer neuen Stromtrasse, damit das Projekt überhaupt beginnen kann.

So pöppeln wir nebenbei Afrikas Infrastruktur auf, während die europäische zunehmend verfällt. Jede achte Brücke in Deutschland, jede dieser 140 000 Brücken ist marode. Übel sind auch die ganz offen geforderten Schmiergeldzahlungen in Afrika, ohne die dort nichts läuft – von wegen *Good Governance*.

Das ist die harte Realität, an der die gut gemeinten Pläne und Vorstellungen scheitern werden. Es gibt sinnvollere Ansätze unter Einbindung afrikanischer Partner, um diesen Kontinent zu beidseitigem Nutzen zu entwickeln. Und denken Sie immer daran: Sie sind dem europäischen Steuerzahler verpflichtet – und nicht dem afrikanischen oder sonstigen.

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Wysoki Przedstawicielu! Relacje z Afryką słusznie zajmują istotne miejsce w polityce Unii Europejskiej, chociaż dzisiaj sen z powiek powinna nam spędzać sytuacja na granicy rosyjsko-ukraińskiej.

Ale co do Afryki, szczególnie ważna jest nasza współpraca z kontynentem afrykańskim w zakresie bezpieczeństwa, gospodarki, ale przede wszystkim migracji. Powinniśmy wypracować jak najlepsze rozwiązania, które pozwoliłyby Unii i Afryce zintensyfikować wymianę handlową, inwestycje i przepływ informacji, ale wszystko to we wzajemnym szacunku.

Nowe ramy strategiczne współpracy Unia Europejska–Afryka powinny także uwzględniać skutki gospodarczo-społeczne pandemii COVID-19, a w szczególności zdiagnozowane niedobory w zakresie ochrony zdrowia milionów ludności.

Chciałabym zwrócić szczególną uwagę na sytuację dzieci w Afryce, która w wielu częściach tego kontynentu jest po prostu dramatyczna. Najmłodsi są nie tylko skazani na życie w ubóstwie i niedożywienie, ale również na ciężką pracę i w związku z tym przerwanie edukacji, wczesne małżeństwa albo wcielanie do grup zbrojnych. Dlatego musimy wspólnie wypracować kompleksowe rozwiązania również dla takich problemów, aby pomoc przekazywana przez Unię Europejską była skuteczna i trafiała do tych najbardziej potrzebujących i narażonych na niebezpieczeństwo.

Przez naszą współpracę z Afryką prowadzoną na zasadzie partnerstwa, musimy przyczynić się do budowy bardziej zrównoważonego i bezpiecznego (słowa niedoszyszalne) ...i przyszłych pokoleń.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, a propósito da Cimeira UE-África que se avizinha, afirma-se uma parceria renovada, com nova dinâmica, crescimento, prosperidade partilhada e estabilidade. A História e a política da União Europeia para África dissociam-se, contudo, dessas afirmações e não permitem omitir que a União Europeia olha para o continente africano como um tabuleiro geoestratégico onde se disputam recursos, mercados e zonas de influência.

O que dizer do papel da União Europeia no bloqueio ao levantamento de patentes das vacinas durante a pandemia? A estratégia da União Europeia para África continua assente na promoção de instrumentos e meios dedicados a um pretenso desenvolvimento, como dimensão de uma estratégia mais ampla que visa promover a ingerência, o domínio e agravar a dependência política, económica, ideológica e militar.

África e os povos africanos não precisam que lhes imponham modelos de organização política e económica. Precisam de uma efetiva cooperação para o desenvolvimento, assente no respeito pela soberania nacional, da independência política e económica, do direito de cada povo a decidir o seu presente e futuro, de definir e construir o seu Estado e o seu projeto próprio de desenvolvimento.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, África es muy importante para la Unión, la estabilidad y la prosperidad de este continente vecino, especialmente de los países del Mediterráneo sur y del Sahel, son esenciales para los europeos.

La mayoría de los países africanos se enfrentan a la debilidad de sus instituciones y del Estado de Derecho y a la precariedad de sus servicios públicos. Sanidad, educación, refuerzo institucional y creación de empleo para los numerosos jóvenes debieran ser prioridades de los gobernantes africanos y también áreas más destacadas de nuestra cooperación con ellos.

La inversión europea y la intensificación del comercio de bienes y servicios con los países africanos deben contribuir al desarrollo económico del continente y al empleo, y también beneficiarán a Europa y a la ordenación de los flujos migratorios.

África tiene que estar en el centro de nuestra atención. La próxima Cumbre Unión Europea-África es una ocasión única —como decía el alto representante— para reforzar nuestras relaciones mientras la presencia china no deja de aumentar y crece la influencia rusa.

El desarrollo requiere seguridad, superación de conflictos y también de la amenaza terrorista. A la consecución de estos objetivos debe contribuir también la Unión Europea.

Mónica Silvana González (S&D). – Señora presidenta, señor alto representante, coincidimos en que la cumbre despierta muchas expectativas y en que es una oportunidad única para sentar las bases de una asociación de la Unión Europea y la Unión Africana renovada y en condiciones de igualdad. La visita de la presidenta y de varios comisarios a Senegal es una buena señal, pero África es un continente muy diverso, con características muy distintas. Necesitamos pasar de la narrativa a los hechos, pues otros, con otros intereses muy distintos, como China o Rusia, ya lo están haciendo.

Las migraciones climáticas son una realidad y por ello debemos avanzar en la protección internacional de las personas desplazadas y refugiadas por el clima.

Para los socialistas es clave no vincular la política de cooperación al desarrollo a la política migratoria. No podemos condicionar la ayuda a los países a que acojan a los retornados. También es clave la liberalización de patentes que permita la generación de vacunas en África. Sí debemos construir junto a las ONG que trabajan en el terreno, como los agentes locales, una verdadera agenda de género que incluya los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres. Quiero recordarles que los derechos sexuales y reproductivos son un Objetivo de Desarrollo Sostenible incluido en la Agenda 2030. Debemos ser firmes para erradicar la mutilación genital en las niñas: no son tradiciones.

Tenemos instrumentos políticos, tenemos instrumentos financieros, como el IVCDI, el Equipo Europa, el Global Gateway, el Acuerdo post-Cotonú, la Asamblea Parlamentaria Paritaria ACP-UE... Es hora de cambiar la narrativa, pero, fundamentalmente, es hora de acompañarla de hechos. África nos espera...

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, l'Afrique est notre actualité. Poursuite des dons de doses de vaccin par l'intermédiaire du mécanisme COVAX, déploiement de «Global Gateway» au Sénégal la semaine passée, ratification de l'accord post-Cotonou, sommet Union européenne-Afrique: l'Union européenne semble enfin prendre conscience de l'importance de notre partenariat avec l'Afrique.

L'organisation de ce sommet par la présidence française doit ainsi concrétiser une relation forte et équilibrée entre nos deux continents. L'exigence d'un partenariat gagnant-gagnant entre les Européens et les Africains doit notamment signifier la réalisation de nos objectifs de durabilité. Elle doit également permettre le développement économique et social au bénéfice de tous. Enfin, elle doit être fondée sur le respect des valeurs universelles des droits de l'homme.

Nous, Européens, devons favoriser et encourager les investissements en Afrique, des investissements respectueux des exigences sociales et environnementales: ce sera l'un des enjeux fondamentaux de ce sommet.

Marc Botenga (The Left). – Madame la Présidente, Monsieur Borrell, vous qui êtes un peu le ministre européen des affaires étrangères, vous avez quand même pris quelques claques en Afrique, disons-le. L'Union européenne est allée proposer une alliance à l'Union africaine, mais les Africains ont jugé ça un peu excessif. Ils n'en ont pas voulu. Pourquoi? Mais parce qu'ils ont vu que, plutôt que de chercher une coopération mutuellement avantageuse, vous voulez perpétuer en quelque sorte la mainmise des multinationales européennes sur l'Afrique.

Ainsi, quand des chercheurs en Afrique du Sud essayent de développer un vaccin africain, vous leur refusez l'accès à la technologie. Pire vous faites même un partenariat copain-copain avec la Fondation kENUP, qui sabote leurs efforts. Tout cela pour protéger les profits des monopoles européens, au détriment de la santé des Africains. Vous le dites vous-même sur Twitter – j'ai amené le tweet –, vous voulez une approche européenne en matière de santé au service des priorités géopolitiques et des intérêts stratégiques européens. Les multinationales d'abord, pas les Africains. Le fric, pas l'Afrique. Alors, Monsieur Borrell, l'impérialisme, ça suffit. Partagez la technologie et levez ces brevets.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, dear High Representative, this week's summit is an important opportunity for EU-Africa relations. We can lay the foundation for a renewed and deeper partnership. We should move away from the old donor-recipient mentality and head towards a partnership on equal footing. More and more external actors find their way to Africa. We require an EU strategy that will increase our visibility and preserve our achievements.

An economic partner, the EU should actively support regional, economic and political integration in Africa. This will boost economies and education, foster job creation and enable sustainable development. The EU is also a security partner. Recently we have witnessed several uprisings and coups d'état in Africa. We need to create conditions for stability and peace so our African partners can take ownership of their own security. African stability leads to European security.

With the shared history and facing the same global challenges, Africa is and will remain a key partner of the European Union.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un nuovo modello di relazioni con il continente africano è strategico e indispensabile. Si deve passare dalla logica dell'aiuto allo sviluppo a un vero partenariato, fondato sulla cooperazione strategica.

Questo vuol dire garantire al continente africano condizioni di sviluppo durevole, tutela per le risorse naturali e per le popolazioni, garanzie per i diritti umani, avanzamenti sui diritti sociali. Tutte condizioni su cui il ritardo è drammatico, perché troppi hanno guardato al grande continente africano come a un luogo da depredare o condizionati esclusivamente dalla paura dei flussi migratori.

La pandemia, con cui siamo ancora costretti a fare i conti, dovrebbe averci insegnato a guardare alla dimensione globale dei problemi, eppure è ancora drammaticamente insufficiente quello che facciamo proprio per aumentare le vaccinazioni in Africa. Sospensione dei brevetti, condivisione della tecnologia e un fondo di solidarietà aggiuntivo a COVAX sono oggi misure assolutamente necessarie, urgenti e coerenti con questo confronto.

Gabriel Mato (PPE). – Señora presidenta, señor alto representante, África debe ser un continente prioritario para la Unión Europea. Para empezar, nos separan apenas catorce kilómetros y nuestros intereses no son solo comerciales y económicos, sino también políticos, migratorios o de seguridad. Bien lo sabemos en Canarias.

La Unión Europea tiene ahora una gran oportunidad con la creación del área de libre comercio continental africana para atraer más inversiones, sentar las bases de su necesaria industrialización y la creación de empleo para los jóvenes. Ello dependerá de nuestra capacidad para movilizar inversiones en sectores estratégicos, intercambios comerciales y más presencia empresarial en la región.

Pero nada de lo anterior será posible sin estabilidad, institucionalidad y seguridad. Seguridad jurídica y también seguridad física. Hay que cumplir con los compromisos. Y estoy pensando en el Acuerdo de pesca celebrado entre la Unión Europea y Senegal, reiteradamente incumplido.

África precisa inversiones en I+D. Las empresas multinacionales ya tienen importante presencia. El reto ahora es apoyar con más determinación la presencia de pymes europeas. Espero que la Cumbre Unión Europea-África aborde con éxito todos estos retos y desafíos.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Initiative der Kommission für eine neue Partnerschaft zwischen der EU und Afrika ist richtig.

Die angestrebte Partnerschaft macht es aber auch erforderlich, die bisherige Handelspolitik der EU mit Afrika kritisch zu hinterfragen. Wir wissen, dass die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, auf die die EU in den letzten 20 Jahren gedrängt hat, in vielen afrikanischen Staaten sehr umstritten waren und sind. Deswegen ist auch nur ein regionales Abkommen in Kraft getreten. Das sollte Anlass sein, intensiv darüber nachzudenken, welche Änderungen wir hier anstreben sollten.

Bisher sind die Abkommen vor allem der Versuch der EU, Freihandel durchzusetzen. Diese einseitige Ausrichtung muss überwunden werden. Wir brauchen ergänzend verbindliche Verabredungen, etwa zur gegenseitigen Unterstützung beim Kampf gegen den Klimawandel und zur Gewährleistung von Nahrungssicherheit. Für all das benötigen wir eine gemeinsame Investitionsoffensive, die einerseits eine deutliche Steigerung privater Investitionen ermöglicht, andererseits aber auch umfangreiche öffentliche Investitionen in Infrastrukturen sicherstellt.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, onze relaties met onze continentale zuiderbuur zijn van immens belang, ja zelfs een prioriteit in ons buitenlands en veiligheidsbeleid. De geest waarvan deze relaties doordrongen moeten zijn, is die welke ook in de Afrikapaper van onze Fractie naar voren komt, met name meer investeren in een partnerschap, met evenwicht tussen belangen en waarden, ten behoeve van gelijkwaardige partners.

Herhaaldelijk heb er al voor gepleit en ik zal het vandaag opnieuw doen: Afrika verdient een beter gecoördineerde aanpak door meer samenwerking tussen de trans-Atlantische en andere gelijkgezinde internationale partners. In onze nieuwe Global Gateway-strategie moet Afrika prioritair zijn. De basisnoden, maar ook het immense potentieel van dit continent vereisen een optimale afstemming tussen aan de ene kant de Global Gateway-strategie en aan de andere kant de Build Back Better-strategie van de G7. Al té lang kijken we hoe de toekomst van Afrika bepaald zal worden door China en Rusland, die in het continent investeren als in een puur economisch en politiek wingewest.

Laat me besluiten met het belang van veiligheid als thema in onze relaties met Afrika, als basisvoorwaarde voor vooruitgang daar, maar ook voor onze stabiliteit hier. Ik behoor zeker tot diegenen die voorstander zijn van meer inzet van middelen voor veiligheid in landen van ons Oostelijk Partnerschap, met Oekraïne uiteraard voorop. Maar ik behoor niet tot diegenen die vinden dat dit ten koste mag gaan van onze engagementen tegenover Afrika.

Josep Borrell Fontelles, *Vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad.* – Señor presidente, señorías, voy a intentar contestarles en castellano para que mi respuesta sea más fluida. Ha habido 42 intervenciones. Comprenderán que es completamente imposible que pueda contestarles a todos y a cada uno de ustedes. Quizá estos debates deberían ser más interactivos para que yo pudiera convertirlos en un debate real, pero, ya que no es así, voy a intentar señalar algunos aspectos fundamentales de lo que se ha dicho aquí esta tarde.

Se han dicho muchas cosas. Con muchas de ellas estoy de acuerdo, con otras, ciertamente no. Incluso algunas, con todo el respeto, les diré que me han parecido un poco disparatadas porque, francamente, no sabía que yo fuera un agente al servicio de las multinacionales europeas, ni sabía tampoco que nuestra misión de entrenamiento militar en el Sahel tuviera como objetivo robarles el uranio a los africanos. Francamente, cuando uno oye estas cosas no puede por menos de sorprenderse de la limitada o muy ideologizada aproximación que se tiene a algunos problemas.

También he oído a alguna diputada de origen africano decir que nos guardemos nuestro cheque, que África no tiene ninguna necesidad de él. Eso es fácil de decirlo cuando se vive como se vive. Pero estoy seguro de que muchos africanos no desean que nos guardemos el cheque en nuestro bolsillo, porque a muchos de ellos les beneficia directamente, mejorando sus condiciones de vida. Ciertamente, podemos discutir la eficacia de la ayuda, si es suficiente —sin duda no lo es, no es suficiente—, si podríamos dirigirla mejor..., pero esa actitud despreciativa de decir «guárdense ustedes su dinero» está muy bien cuando uno no necesita que se le ayude, pero muchas mujeres africanas no estarían de acuerdo con esta actitud. Porque a muchas de ellas les mejoramos la vida, incluso les permitimos seguir viviendo con la ayuda que les prestamos. De manera que, entre el afro pesimismo y el afro optimismo o la actitud despreciativa de algunos, hemos de abordar África desde el afrorealismo, siendo muy realistas. Siendo muy realistas, que es la única manera de

conseguir el objetivo ambicioso que nos proponemos.

Y, para empezar, debemos dejar de hablar de África como si África fuera un país. África no es un país, África es un continente, un continente tan grande que dentro de él caben los Estados Unidos, México, China, Japón, la India y Europa juntos. Y, por lo tanto, tengamos muy presente la inmensa diversidad de África, donde hay 54 países, dos mil lenguas y una gigantesca oportunidad, pero también un enorme conjunto de problemas. No hablemos de África como una entidad homogénea. No lo es.

Tengamos bien presente que, antes de abordar las cuestiones del crecimiento económico y las relaciones comerciales, hemos de contribuir a la paz y a la seguridad y a la buena gobernanza, y en eso muchos de ustedes han insistido y estoy completamente de acuerdo con ello. No hay desarrollo sin seguridad y no hay seguridad sin desarrollo. Las dos cosas están en una relación dialéctica intrínseca, indisoluble, indivisible. Tenemos que hacer lo posible para que la paz, la seguridad y el buen gobierno impulsen el crecimiento económico, sabiendo que eso no se puede hacer desde una perspectiva que pueda ser acusada de neocolonial. Porque es fácil, relativamente fácil, construir carreteras. Es mucho más difícil construir instituciones que funcionen. Sabemos muy bien que África tiene una inmensa juventud: el 60 % de los africanos tiene menos de veinticinco años. Como no nos dirigamos a la juventud y veamos de qué manera ofrecer a los treinta millones de jóvenes que cada año llegan al mercado de trabajo en África una oportunidad para que puedan quedarse trabajando en su país en vez de tener que emigrar, difícilmente seremos considerados como unos socios adecuados.

Tenemos que ser conscientes de que ese dividendo demográfico es una riqueza, pero a corto plazo también es una carga. Nosotros tenemos que hacer de la educación un factor fundamental de nuestro apoyo a los africanos. Y por eso dedicamos a la educación una parte tan importante de ese dinero que algunos dicen que es mejor que nos lo guardemos. No, mejor que nos lo guardemos, no. Mejor quizá emplearlo mejor, sin duda, pero que nos lo guardemos... Guárdense la soberbia del niño mimado, por favor.

También tenemos que apoyar la transición energética y el desarrollo sostenible. Sí, pero tenemos que tener bien presente que la mitad de la población africana nunca ha visto una bombilla eléctrica, que la mitad de la población africana no tiene ningún acceso a la electricidad y que libra una dura batalla diaria para conseguir acceso al agua y a los alimentos. No hablemos del desarrollo sostenible desde el prisma del europeo, que tiene problemas que se puede permitir considerar en su dimensión temporal del medio plazo, porque ellos libran una batalla dura cada día para sobrevivir y necesitan consumir más energía. Necesitan más energía de fuentes no carbonadas, sin duda, pero necesitan mucha más energía y tenemos que ayudarles en eso.

Como también tenemos que ayudarles a producir más vacunas y a acelerar el proceso actual. Sobre eso mucho se ha dicho y estoy de acuerdo con casi todo. No puede ser que el 90 % del continente siga sin estar vacunado. Pero yo vengo de Kenia y en Kenia me reconocen que en este momento el problema no es no tener vacunas, porque las tienen en stock: más de un millón de vacunas en stock que no pueden inocular en el brazo de los africanos, de sus ciudadanos, porque no tienen un sistema de salud suficientemente desarrollado que permita afrontar los problemas logísticos de la vacunación. Muchas veces no es la falta de vacunas, sino la falta de capacidad instrumental para vacunar.

Tenemos también que intentar evitar el error de creer que podemos imponer nuestra agenda a África. No, no podemos ni debemos intentar imponer nuestra agenda. Tenemos que saber cuáles son las realidades inmediatas y las limitaciones a corto plazo a las que se enfrenta la inmensa mayoría de los africanos. Precisamente ahora, porque si algo ha hecho la epidemia de COVID-19 ha sido fragilizar todavía más las instituciones de ese continente. En el Sahel la inseguridad ha aumentado y la inestabilidad política también. En el Cuerno de África, cuando yo llegué a Bruselas, veíamos la prometedora esperanza de dos transiciones democráticas en marcha: en Etiopía y en Sudán. Y hoy ambos países se encuentran profundamente desestabilizados por guerras y golpes de Estado. Y varios países africanos han entrado en una espiral de endeudamiento al calor, a veces, de las promesas de grandes países que se aproximan a ellos, invitándoles a inversiones en infraestructuras que son insostenibles.

Tengamos esto también bien presente: la pandemia ha aumentado la competencia geopolítica en África. Más allá de las oportunidades de inversión, lo que está en juego es el conjunto de valores y los modelos de gobernanza, y no está claro cuál va a ser el modelo de gobierno que va a prevalecer en África. Hay otros actores mundiales, aparte de los europeos, cuyos métodos y agendas son muy diferentes de los nuestros, y que no dudan en utilizar campañas de desinformación y otras formas de guerra híbrida para debilitar nuestra presencia allí. Por lo tanto, tenemos que pensar, cuando nos acerquemos a África, en términos geopolíticos, y nunca mejor dicho, porque esperamos que dentro de treinta años haya mil millones más de africanos. Por eso, África será cada vez más una potencia mundial y solo una asociación más estrecha con ella nos permitirá influir conjuntamente en el mundo y equilibrar nuestros modelos de desarrollo, nuestra alta renta per cápita y alta edad con su baja renta per cápita y baja edad, porque ambas cosas generan un desequilibrio que no será sostenible.

Por eso no sé si África es nuestro futuro. Eso puede ser una frase retórica, pero de lo que estoy seguro es de que nuestro futuro depende en gran medida del futuro de África. Puede que no sea el mismo, pero seguro que dependemos de él. Seguro que lo que ocurra en África nos va a afectar dramáticamente, decisivamente. Y allí, como en el resto del mundo, tenemos que defender el proyecto europeo, defenderlo mejor, demostrando que el valor añadido de la Unión Europea supera el valor añadido de otros agentes que también quieren encontrar su lugar en África. Y este es el verdadero reto, señorías.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Pedro Marques (S&D), por escrito. – A 6.ª Cimeira UE-África terminou com uma declaração conjunta ambiciosa. Tal como disse a Presidente Ursula Von der Leyen, agora é «o momento de transformar a nossa visão comum em realidade». É certo que, provavelmente por causa da pandemia, temos que recuperar o tempo perdido – poucos avanços se registaram no que diz respeito ao que foi decidido na Cimeira de Abidjan em 2017 –, sob pena de banalizar os resultados destas cimeiras. Para além do licenciamento que permita que África tenha a capacidade para produzir em grande escala vacinas contra a COVID-19, os projetos infraestruturais e ambientais têm que avançar rapidamente e sem hesitações. Não se trata de qualquer posicionamento paternalista. Do que se trata é de constatar o óbvio: a UE já é o principal parceiro comercial, o principal investidor estrangeiro e o principal parceiro de desenvolvimento em África. Agora, o passo é constituirmos uma verdadeira parceria que torne Europa e África dois continentes mais solidários, mais prósperos, mais seguros e, consequentemente, mais relevantes neste mundo globalizado.

Alfred Sant (S&D), in writing. – There is a real if hidden reluctance to come to terms with the major structural problem that still underlies the Europe-Africa relationship. Colonialist and neo-colonialist roots have not been outgrown nor discarded. In trade and investment with Africa, Europe continues to impose a framework based on principles that are supposed to ensure transparency in a competitive environment, converging towards free market conditions. This would encourage private direct investment and entrepreneurship, while discouraging corruption and government inertia. Meanwhile care is taken to ensure that European raw material resource interests are provided with stability for their operations. The model has not worked well for African economies though it may have benefitted some urban elites. Rather than formulaic free trade approaches, what Saharan and sub-Saharan countries needed and need is an undogmatic tailor-made approach that responds to concrete problems. One in which the European side would really be prepared to make 'sacrifices'. Otherwise, all involved shall continue to play it as it is and has been, on the grounds that jihadism has to be contained. Still, I support the follow-up mechanism being proposed to monitor and implement the promises and obligations existing as of now, hoping it will not serve as another smokescreen for another kick up the road.

10. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

Der Präsident. – Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, habe ich eine Bekanntgabe.

Gemäß Artikel 241 Absatz 4 der Geschäftsordnung möchte ich Ihnen mitteilen, dass zu der Berichtigung des ITRE-Ausschusses, die dem Plenum gestern bei der Eröffnung der Sitzung bekannt gegeben wurde, kein Antrag auf Abstimmung gestellt wurde.

Die Berichtigung gilt somit als angenommen.

11. Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2021 — Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2021 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von David McAllister im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2021 (A9-0354/2021) und

— den Bericht von Nathalie Loiseau im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2021 (2021/2183(INI)) (A9-0358/2021).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

David McAllister, rapporteur. – Mr President, recent international developments and challenges, such as the Russian military threat against Ukraine, the Taliban takeover in Afghanistan or the geopolitical consequences of the COVID-19 pandemic, have once again reminded us that the European security environment is today more volatile and more complex than ever since the end of the Cold War. At the same time, not a single EU Member State can respond effectively to today's global challenges on its own. Therefore, as the European Union, we need to achieve the strategic goal of developing our global leadership role.

There are five takeaways from my report.

First, the EU needs to take the lead in promoting global partnerships and a strong multilateral system. We should promote alliances of democracies worldwide and pool our resources to counter malign interferences by authoritarian states. We need to develop our partnerships in the areas of conflict prevention and conflict resolution, and should build alliances based on our Green Deal.

Second, we need to improve the way the European Union takes decisions in the field of the common foreign and security policy (CFSP). Unanimity hampers the EU's ability to act. I would like to encourage EU Member States to switch to qualified majority, at least in some areas of the CFSP. It is also necessary to strengthen the existing EU toolbox, for example, by better combining all assets we have as the EU on the international scene.

Third, we need to ensure our strategic sovereignty in fundamental areas, including by reducing our dependencies in key technological areas, critical infrastructures and supply chains. It is also about establishing a European Defence Union. The new Strategic Compass, which hopefully, High Representative, will be adopted at the end of March, should guide the way forward.

Fourth, we need to develop coherent regional EU strategies for our relations with different parts of the world. In this respect, I welcome the High Representative / Vice-President's endeavours to propose clear frameworks with well-defined ambitions and objectives for our relations with different partners in the world, such as the new indo-pacific strategy and the announced joint communication on a partnership with the Gulf.

Fifth, democracy is at the heart of our foreign and security policy. Therefore, we need to strengthen the democratic oversight, scrutiny and accountability, as well as the parliamentary dimension, of the common foreign and security policy.

I look forward to today's debate and I would like to thank the shadow rapporteurs – and also the team of the High Representative – for the really good, constructive and fruitful cooperation during the last weeks while working on this report.

Nathalie Loiseau, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Haut Représentant, en matière de défense, l'année 2021 a en quelque sorte sonné la fin des illusions. L'ordre international, établi sur des règles, a été affaibli, assailli et mis à mal. À l'est, un signal nous a été donné, que la Russie envahisse ou non l'Ukraine. C'est par la menace d'une guerre conventionnelle sur le sol européen que Vladimir Poutine tente d'imposer sa vision du monde et de revenir au temps des sphères d'influence. Autour de la Méditerranée, les conflits en Syrie et en Libye se sont poursuivis sans se résoudre, envenimés par le jeu des puissances régionales, que rien n'arrête – pas même les souffrances des populations. Au Mali, un État défaillant, confronté à des mouvements djihadistes, a choisi de s'en remettre à des mercenaires étrangers pillards

et harceleurs et de s'en prendre aux Européens qui tentent de lui venir en aide. En Afghanistan, l'OTAN s'est retirée sur un échec, laissant derrière elle la situation contre laquelle elle était intervenue, au risque d'une tragédie humanitaire.

Partout, y compris dans nos sociétés démocratiques, les cyberattaques, les campagnes orchestrées malveillantes de désinformation massive et l'utilisation des flux migratoires à des fins de déstabilisation illustrent l'émergence de la guerre hybride et exigent des réponses nouvelles et fortes. C'est peu dire, en résumé, que l'environnement géopolitique de l'Union européenne s'est assombri. Josep Borrell nous a prévenus, l'Europe est en danger, et il a enjoint à apprendre à parler le langage de la puissance.

Cette année, j'ai eu l'honneur de me voir confier le rapport sur la politique de sécurité et de défense commune de l'Union européenne. J'ai voulu tout à la fois dresser un constat de ce que nous avons accompli en commun et porter une voix, celle du Parlement européen, afin d'exprimer nos attentes quant à la boussole stratégique, qui devrait être adoptée prochainement par le Conseil.

Sur l'état des lieux de la PSDC, je dirais que nous avons commencé bien des choses sans toujours aller au bout de la logique qui sous-tendrait nos actions. S'agissant des missions et des opérations civiles et militaires de l'Union européenne en dehors de nos frontières, je voudrais tout d'abord saluer l'engagement et le professionnalisme de ceux qui y sont déployés et servent avec honneur, dans des situations souvent difficiles. Ces missions sont nombreuses, utiles, et elles accomplissent de leur mieux les mandats qui leur sont confiés.

Pour autant, elles sont souvent limitées dans leur action. Des mandats insuffisamment robustes et flexibles, et une génération de forces souvent lente et incomplète: il y a loin de la coupe aux lèvres entre une décision du Conseil et sa mise en œuvre complète et effective sur le terrain. La mise en place de la facilité européenne pour la paix devrait au moins venir compenser une lacune longtemps constatée: celle qui consiste à former des armées partenaires sans leur fournir d'équipement, au risque de les voir se tourner vers d'autres interlocuteurs pour pourvoir à leurs besoins. Voilà donc un manque en passe d'être comblé. Saluons en particulier le rôle que la facilité peut jouer pour l'Ukraine, en lui apportant un soutien en matériel dont elle a cruellement besoin.

Aujourd'hui, l'existence même de nos missions et de nos opérations est parfois remise en question. En RCA, l'omniprésence des mercenaires de Wagner empêche notre mission de remplir son mandat dans des conditions satisfaisantes. Au Mali, les contraintes imposées par la junte au pouvoir sur la présence de troupes européennes et l'arrivée – là encore – des mercenaires de Wagner conduisent nécessairement à reconsidérer le dispositif que nous avons déployé. En Somalie, l'avenir d'Atalanta n'est pas assuré. Face à un monde moins stable et plus dangereux, l'Europe doit sans tarder apporter de nouvelles réponses.

La boussole stratégique arrive à point nommé et je salue le caractère tout à la fois ambitieux et pragmatique de la démarche. Ma conviction est claire et elle est forte: en cas de crise, l'Union européenne doit se doter d'une capacité de réaction rapide, susceptible d'être déployée sans délai. Elle doit aussi clarifier les fonctions de commandement et de contrôle des troupes qui agissent en son nom, en veillant à simplifier les structures et non à les empiler. L'objectif doit être celui d'un véritable état-major européen. Quant à savoir si les 27 États membres doivent être à chaque fois associés à la mise en œuvre des opérations militaires de l'Union européenne, il reste sans doute à mieux explorer ce que permettent les traités pour en faire bon usage. En résumé, face aux crises, l'Europe doit agir plus vite et mieux.

Venons-en à la guerre hybride qui nous frappe déjà. L'Union européenne dispose d'atouts particuliers pour se défendre contre elle, en alliant ses compétences civiles et militaires et en incitant à la solidarité de tous quand l'un de ses membres est pris pour cible. Il en va de même de la protection des espaces communs ou contestés, maritimes, aériens, spatiaux ou cyber, où l'Union peut conjuguer ses forces pour protéger ses intérêts.

L'Union européenne agira chaque fois qu'elle le peut avec ses alliés, en commençant par l'OTAN. Finissons-en avec les querelles sur le sexe des anges et admettons une fois pour toutes que le chaos du monde requiert à la fois une alliance atlantique revigorée et une défense européenne enfin renforcée. Mais nous devons aussi agir en autonomie chaque fois que cela est nécessaire, car nous ne pouvons pas continuer à attendre d'autres que de nous-mêmes de dessiner et de mettre en œuvre notre sécurité. Tout cela demande moins de temps et de moyens que de volonté politique. J'espère que le vote du rapport sur la PSDC démontrera que notre Parlement n'en manque pas et qu'il encouragera le Conseil à ne pas nous décevoir.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, this is a debate taking place because the Treaty wants it to take place. The Treaty mandates us. Article 36 of the Treaty on the Functioning of the European Union states that we have an annual debate on the implementation of the common foreign and security policy and common security and defence policy annual reports.

It's very a broad issues, so let me try to concentrate on some specific ideas before entering into the debate with you. Thank you, first of all, to Mr McAllister and Ms Loiseau for their introductory statements and, in advance, I thank all the contributors to the outstanding work to the Parliament on the two reports.

The reports I suppose were difficult to draft because 2021 was a very difficult year. We had the pandemic lasting longer than expected, inequality is increasing and geopolitical challenges worsening. We have learned quite a lot of lessons from that. You already mentioned the case of Afghanistan, which is one of the key issues at which we have to look in order to take the lessons of what is happening there. This may be the worst case, but there are other cases which are positive.

There are positive developments, as you also acknowledge in your report. In the multilateral fora, the European Union remains committed to lead the global response to the pandemic and the fight against climate change. On security and defence we developed the strategic compass – thank you for the references that you made to it, Ms Loiseau.

Thank you also for the support that I hope Parliament will bring to the, strategic compass because it's the first structured response to the security challenges that we are facing. We can talk a lot, but at the end what matters is the structural responses, and the strategic compass is the first and most important structural response to the defence challenges.

We will need to become a powerhouse. Yes, we have to continue defending multilateralism certainly, but we have to be a powerhouse and there is not a contradiction between these two objectives. On the contrary, they go hand in hand as you, Mr McAllister, and you, Ms Loiseau, have been saying and it's well reflected in your reports.

Overall, I see in your reports four kinds of issues to address. First, on multilateralism and global commons. When I talk about global commons today it means talking about the pandemic and the climate.

Second, how do we relaunch transatlantic relations? I was talking with the newest US Ambassador to the European Union the other day about how to reinvigorate transatlantic relations in a context which is certainly marked by the worsening of the Ukrainian crisis, the increasing threats by Russia and the intensification of the strategic competition of the US with China.

Third, how do we stabilise our neighbourhood? How do we deepen our engagement with Africa? We have been talking about it before. And how do we engage with the Indo-Pacific? Thank you for the French Presidency for putting that on the agenda, because the Indo-Pacific is the place where the history of the world will be written in this century.

Now, Ukraine has concentrated our efforts, our worries on what's happening in our relationship with Russia and the US has had to come back to Europe. But the China issue will dominate this century, and the Indo-Pacific is the place where we will have to be engaging more and more, and we are not enough engaged on that.

Fourth, the growing weaponisation of interdependency. We believe that interdependency was a way of ensuring peace. The Coal and Steel Community was a way of creating interdependency in order to avoid war. And we have that in our DNA. Interdependency is a way of avoiding war. But today, interdependency is a weapon, and if you are dependent on me, I use this dependency in order to threaten you.

Some words about each one of these four issues. First, on multilateralism and global public goods. We advocated for a multilateral response to the pandemic, and we became the biggest donor ever since. Let's not forget it. Let's stop being masochists. We are the biggest donor of vaccines. The biggest exporter, yes, but to export is a commercial issue. You can export to Japan, and this is not helping the poor people in the world. But donating is another thing. Well on donors, we are the first one. We need to do more, but don't forget that we are the one who does more in the world.

Climate: we were also the one who played a steering role launching the global methane pledge to reduce global emissions by at least 30% from 2020 levels by 2030.

These are good examples of how the European Union should operate internationally, taking initiatives and building coalitions to rally the world. If we don't build a coalition among others with respect to our efforts on climate change, our efforts will be completely useless because we are only 8% of the global emissions.

Transatlantic relations. They have been very much revitalised with the Biden Administration. We don't necessarily agree on everything. Certainly not. But this relation has been key in the current geopolitical context. With respect to the Ukrainian crisis and other threats about Russia, I want to say clearly that the American Administration has been extremely cooperative with us and we have been participating before and after any kind of exchange with Russia, both from NATO and the US. We have also launched our strategic dialogue about China.

On climate, on corporate taxation, on the Iran JCPOA, which is at a critical moment, where the balance can go one side or the other – to agreement or to the disagreement – the negotiations we are coordinating in our relationship with the US have been much better, and I hope that it will continue being better in order that this transatlantic relations will also influence positively the other transatlantic relations.

The other transatlantic relation is with Latin America which, as you know, is also on the other side of the Atlantic. Your report rightly calls for a stepping up of our relations with Latin America. Last year, I visited Brazil and Peru. Look, in nine years this was the first high-level visit of the European Union to Brazil. Can you imagine? In nine years the first high-level visit of any European Union authority to Brazil which is not, by the way, the smallest country in Latin America or the least influential country in the world. We have to continue working on that.

Let me turn to the third point, the Africa and Indo-Pacific neighbourhood. Last year, we dealt with challenges related to destabilisation of our periphery. We have deepened our engagement with Africa and the Indo-Pacific.

There are a lot of examples that show that we have to face hybrid conflicts, cyber-operations and intimidation, the state hijacking of planes and the blatant manipulation of migrants, like in Belarus, energy blackmail by Russia against Moldova, the use of disinformation as propaganda and, in the military area, as has been said, we have seen in the Sahel how the privatisation of armies is posing a new threat to our operations.

On the Western Balkans we must continue working to bring these countries closer to the European future, and at the same time we have to counter the rise of divisive rhetoric and actions, especially in Bosnia Herzegovina and Serbia, Kosovo.

In the Eastern Mediterranean we have seen the tensions with Turkey easing, we have to recognise this. Still, Turkish activities in Varosha continue to be of concern. Then there is a different set of crises that demand tailored responses for Ethiopia, Mali, Sudan, Afghanistan, Ukraine, Belarus. But we have to look at these challenges from an integrated perspective and consider the geopolitics of all the different elements, from climate to migration and digital standards and trade altogether. Your report underlined the need for a more coordinated and coherent approach, which is certainly needed, certainly.

According to the Treaty, I am in charge of giving more coherence to the external policy of the European Union, putting together the two pillars – the intergovernmental pillar and the Commission pillar. Believe me, that's not an easy task. I am trying to do my best. But first, I have to get unanimity among Member States and then have to merge the positions of the Council and the Commission.

You mentioned also the nuclear deal, the JCPOA. Last year, we resumed the talks and these talks are at a critical moment. Maybe in a couple of weeks we will be able to say where we are definitely. In the Southern neighbourhood and Africa, the situation in Libya has improved, but we have seen a clear regression in Tunisia.

In South Africa, the year was marked by many conflicts. I am not going to talk more about Africa. Let's hold the summit to talk.

Looking east, the report drafted by David McAllister rightly points out that this is a particular challenge to upgrade our relations with the countries in the Gulf. The Gulf certainly is a critical region for us, and several Member States have addressed a letter to me recently asking to increase our relationship with the Gulf, to nominate a special envoy, a European Union special representative for the Gulf Area – the Gulf not the broader Middle East, not focus only on the peace process between Israel and Palestine, which is stalled unhappily, but on the broader Middle East, including all the countries in the Gulf, from Yemen to Iran, Syria and Iraq. Certainly I will propose this to the Council.

The Indo-Pacific region I have already talked about. Finally, because I don't want to be any longer, the report by Ms Loiseau on CSDP. I think that there is a growing consensus on what we can say about strategic autonomy, and if you like, better strategic responsibility because at the end the responsibility of the Europeans is the strategic compact, which is nothing against NATO, but a way of making the European pillar inside NATO stronger. The stronger we will be, the stronger will be our alliance. That's what I explained to the American Ambassador the other day in my office.

PESCO has launched 14 new projects. We have expanded our partnership, enabling the participation of Canada and the US, which is a very important step. We have launched in Mozambique a new military training and equipment mission, and we are thinking about developing the idea, the concept, of a coordinated maritime presence in the Gulf of Guinea and in the Indo-Pacific. There are many, many other issues to talk about. Thank you, Mr President, for your patience and for your attention. Let's continue our discussion with your interventions.

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Haut Représentant, chers collègues, depuis une douzaine d'années, les signaux d'alarme, les fameux *wake-up calls*, n'ont pas manqué: du Mali à la Libye, de la Syrie à l'Ukraine, de l'isolationnisme américain au révisionnisme russe, à la puissance chinoise décomplexée et autres puissances régionales qui se jouent des frontières et des lois internationales, on peut dire qu'il y a eu beaucoup d'occasions pour les Européens de se réveiller, de prendre conscience de leurs faiblesses stratégiques et d'imaginer que, à l'avenir, dans ce monde durablement fragmenté, il leur faudrait prendre en main leur propre sécurité s'ils ne veulent pas subir de graves désillusions et de graves menaces. Nous en avons encore des exemples très précis ces derniers jours.

Certains disent – j'ai bien entendu le président de la République française, il y a quelque temps, ici même – que beaucoup de progrès ont été faits. C'est indéniable, des progrès ont été faits, il faut être objectif. Il y a visiblement une prise de conscience commune des dangers. Tout cela va se matérialiser par la fameuse boussole stratégique, dont vous avez parlé. Enfin, une boussole reste, on l'a dit, un instrument, et l'instrument ne vaut que par la façon dont vous vous en servez. La volonté politique sera clé à cet égard.

Il y a malgré tout des manques qui sont toujours là. Les investissements ne sont toujours pas à la hauteur. Le Fonds européen de défense est une bonne initiative, mais il est sous-doté par rapport aux ambitions. Nous avons des opérations et des missions qui manquent de robustesse et qui se font aujourd'hui dépasser et déborder totalement, notamment en Afrique. Nous avons des procédures qui manquent de flexibilité – l'article 44 devrait pouvoir nous aider. Nous avons des ambitions européennes qui manquent d'européanité, parfois. Nous avons toujours des dépendances trop fortes, des dépendances excessives et des dépendances malsaines. Je fais partie de ceux – et je ne suis pas le seul ici – qui pensent que le trumpisme n'était pas un accident, et qu'il serait quand même utile d'envisager un peu plus d'autonomie et d'indépendance dans ce que nous faisons entre Européens.

Bref, il y a des progrès à faire. Le verre est à moitié vide ou à moitié plein. Ne négligeons pas les forces qui vident la partie pleine et essayons d'encourager les forces – elles existent – qui veulent remplir la partie vide.

Thijs Reuten, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, unity is our strongest weapon, and as an example of this, let me commend the High Representative for his efforts that embody this unity.

Our common foreign and security policy works only when it's truly common, when we are truly united. This is exactly why autocrats are trying to play us apart at the expense of our values, democracy, human rights and the rule of law, and the institutions defending them. We cannot allow this! We must stand strong for the brave people of Belarus, for the strong women of Afghanistan, for the courageous citizens of Ukraine, for our citizens. Our values should be at the heart of a truly coherent and integral foreign policy.

President, that means it is time to finally do away with unanimity in foreign affairs. The CFSP that we need is one in which our responses are swift, in which our unity not only defends but promotes European values, and in which decisiveness and the prospect of sanctions deter aggression – possible sanctions that, in the case of the Russia crisis today, make crystal clear that the price of further aggression will be extremely high, including halting Nord Stream 2.

Every year, we say here that this year, these two reports are really important. But this year, it was extremely easy to explain, why a common foreign policy is of the essence.

David, thank you for your leadership on this report, and thanks to our colleagues for the cooperation. I hope the Council takes a lesson from our efforts.

Hilde Vautmans, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, meneer Borrell ... Ik ga even wachten, Voorzitter, totdat hij luistert ... [In het Engels: *Can you listen when we speak? Thank you.*] Europa is aan het slaapwandelen in de richting van een ramp. Rusland en China stemmen hun strategieën onderling af. De ene staat op het punt om Oekraïne binnen te vallen, de andere wacht op zijn kans om Taiwan in te nemen.

Dat is ook onze zaak, meneer Borrell, want beide conflicten zullen Europa in het hart treffen. Een vluchtelingenstroom, een peperdure energierekening en een tekort aan halfgeleiders, dat onze economie platlegt. We lijken niet te beseffen dat de brute machtspolitiek het einde van ons westers overlegmodel betekent, dat in een wereld waar internationale regels niet meer gelden, Europa compleet machteloos staat, dat we de speelbal van autocraten als Poetin, Xi en Erdoğan aan het worden zijn. Dus laten we, zoals mijn voorgangers zeiden, als Parlement aan de alarmbel trekken en onze Europese leiders wakker schudden.

Laat ons eerlijk zijn, meneer Borrell, een snellereactiemacht van vijfduizend man is een doekje voor het bloeden. We hebben een echte Europese defensie-unie nodig met, als u het mij vraagt, een geloofwaardig Europees leger, gesteund door een gezamenlijk duidelijk buitenlands en veiligheidsbeleid. Laten we stoppen met die nationale veto's en één leider naar Moskou sturen, meneer Borrell – één leider, u, de Europese leider – met een sterk mandaat op zak. Een einde aan de unanimiteitsregel, een gezamenlijk hoofdkwartier en een Europese commandostructuur, dat moeten de prioriteiten zijn van de Conferentie over de toekomst van Europa. Want macht heeft tegenmacht nodig. Wat we nodig hebben, is een grote sprong voorwaarts. Laten we die sprong dan ook maken!

Reinhard Bütikofer, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte diesen Bericht zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union loben, und die Tatsache, dass meine Fraktion keine Änderungsanträge dazu gestellt hat, reflektiert unsere Zustimmung. Dafür möchte ich dem Berichterstatter, Herrn McAllister, danken. Es ist die Frucht guter Zusammenarbeit.

Mein Lob für den Bericht ist keine Routine. Meine Fraktion hat nicht immer für diese jährlichen Berichte gestimmt. Diesmal können wir es guten Gewissens tun. Drei Punkte möchte ich hervorheben: Der Bericht formuliert eine selbstbewusste, proaktive Antwort auf die wachsenden Herausforderungen durch autoritative Potentaten wie Putin und Xi. Deren Bedrohung wird sich zwar nicht in Luft auflösen, wie die *Dragon-Bear-Alliance*, die Drachen-Bär-Kooperation zwischen Putin und Xi zeigt. Und ihre aggressive Politik wird nicht verschwinden. Aber wir sind bei Weitem nicht am Ende unserer europäischen Möglichkeiten.

Der Bericht benennt zudem zu Recht die Sicherheits Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Dafür brauchen wir die Vision einer internationalen Politik der EU, die die grüne Transformation als zentrale Aufgabe betrachtet, ebenso wie die faire Partnerschaft dabei mit allen Ländern unseres Globus. Und schließlich geht es darum, nicht unter der Parole der strategischen Autonomie eine Nabelschau-Politik zu machen, sondern zu verstehen, dass wir die Stärkung der strategischen Souveränität der EU am besten erreichen, indem wir die strategische Solidarität mit Demokratie und anderen gleichgesinnten Ländern üben. Dafür wird insbesondere die *Global-Gateway- Initiative* der Europäischen Kommission eine zentrale Rolle spielen.

Die EU ist, lassen Sie mich das zum Abschluss sagen, lange nicht am Ende ihrer Möglichkeiten, für die Zukunft unseres gemeinsamen Planeten Verantwortung zu übernehmen – wenn wir Einsicht und Mut gleichzeitig zeigen.

Der Präsident. – Wir sollten kurz warten, weil die Verdolmetschung beim Kommissar nicht funktioniert.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-Président de la Commission / Haut Représentant de l'Union pour les Affaires Étrangères et la Sécurité*. – Maintenant, j'entends l'interprétation, mais pendant l'intervention de M. Bütikofer, je ne l'ai pas entendue. Le signal n'arrivait dans aucune langue pendant l'intervention de M. Bütikofer.

Der Präsident. – Wir werden das Herrn Bütikofer mitteilen. Ich denke, dass er davon ausgeht, dass Sie wissen, was er gesagt hat. Aber er kann das ja vielleicht auch noch mal nachreichen.

Anna Bonfrisco, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il presidente McAllister per la sua relazione.

Nelle nostre relazioni, così come ha sottolineato anche la presidente Loiseau, sono presenti argomenti fondamentali per il benessere economico e la sicurezza dei cittadini europei, soprattutto per le lezioni apprese dalla pandemia.

Signor Borrell, ieri la Presidente Lagarde ha fatto chiaro riferimento a fattori negativi sul benessere dei nostri cittadini, quali i colli di bottiglia nella logistica e i costi dell'energia, evidenziando come le tensioni geopolitiche siano aumentate e i costi dell'energia elevati potrebbero esercitare un freno più forte del previsto sui consumi e sugli investitori.

In altre parole, il benessere degli europei è continuamente eroso e ci stiamo impoverendo. Questo dato pesa sulla politica estera europea, sulle nostre capacità, sull'influenza e sulle ambizioni, come abbiamo dimostrato per esempio in Afghanistan. Ci stiamo muovendo verso un nuovo ordine globale, che sarà definito dalla competizione tra le maggiori potenze. Il tipo di relazioni da intrattenere con la Cina, diventata più autoritaria all'interno e più aggressiva all'esterno, è chiaramente l'argomento trainante.

Però abbiamo finalmente raggiunto, anche grazie alla mia parte politica, la consapevolezza che dobbiamo continuare, possiamo continuare, a negoziare con la Cina solo da una posizione di superiorità valoriale, economica, tecnologica e militare. E non lo faremo da soli, lo faremo in modo sistemico, con gli Stati Uniti e con le altre democrazie sviluppate a noi affini: Giappone, Corea, India, Regno Unito e altri ancora. E non saremo soli in questo cammino. Molti Stati dell'Africa, dell'America Latina e dell'Asia dovranno fare chiare scelte di campo.

Sulla Russia raccomando di porre maggiore attenzione a come Putin esercita il suo potere. Sulla Turchia mi compiaccio che le nostre due relazioni, in linea con la mia parte politica, chiaramente prendano atto che la Turchia è una minaccia per la pace e che deve essere oramai interrotto quel processo. A questo proposito, propongo un *panel* di giuristi internazionali per interromperlo.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, in the huge security crisis posed by Russia, in threatening further aggression on Ukraine and posing unacceptable security demands *vis-à-vis* the collective West, we build step-by-step unity and consensus, sometimes with difficulty; yet now we agree to pair a dialogue with deterrence, and building necessary resilience of our countries. We see the value of this approach, and probably the real value of the collective West in facing very aggressive and challenging contemporary powers, like Russia and China.

By the way, in a recent joint statement signed in Beijing, there are provisions for cooperation in military and security areas like, for example, in opposing any notion of the independence of Taiwan, or in supporting Russia's security demands *vis-à-vis* NATO, US, and in this way also the EU Member States. So we have to be prepared, and in this kind of challenges I question QMV in decision making.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, señor alto representante, ante los retos globales a lo que nos enfrentamos, es imprescindible que un actor internacional del peso de la Unión Europea contribuya con una política exterior de manera autónoma, estratégica y responsable, dejando atrás los dictados desde el otro lado del Atlántico en contra de la seguridad de europeos y europeas.

Tras los acontecimientos vividos en las últimas semanas en Ucrania, ¿puede hoy alguien decir que los europeos estamos más cerca de un entorno de seguridad? Europa necesita una estrategia de acción exterior propia que esté no solo a la altura de los retos del momento, sino que priorice el bienestar de sus pueblos, la sostenibilidad del planeta, la justicia social, la cooperación y la equidad de género.

Una Unión Europea que se base en el Derecho internacional, impulsora de la paz, del desarme, de la abolición de las armas nucleares, del desarrollo justo, que luche contra la evasión fiscal y contra los desmantelamientos del Estado social.

Los y las europeas sentirán más seguridad cuando sus gobiernos dejen de llenar sus fronteras de armamento, cuando se reconozca que las auténticas amenazas son precisamente los obstáculos para acceder a la energía a precios asequibles.

Una Europa con más democracia, transparencia, derechos y justicia, comprometida con la diplomacia y que lidere un multilateralismo eficaz y trabaje sin ambages por una gobernanza global económica más justa. Esa es la mejor política de seguridad posible.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση για την ΚΕΠΠΑ ομολογεί ότι είμαστε σε μια εποχή «χωρίς ειρήνη, αυξανόμενης γεωπολιτικής αβεβαιότητας, με πολλαπλές περιφερειακές συγκρούσεις». Προειδοποιεί ότι ως και το διάστημα θα «μετατραπεί γρήγορα σε στρατιωτική αρένα». Με άλλα λόγια, ζούμε στην εποχή της διαμάχης για την πρωτοκαθεδρία ανάμεσα σε Ηνωμένες Πολιτείες και Κίνα και την επιδίωξη Ευρωπαϊκής Ένωσης και Ρωσίας να μη χάσουν έδαφος.

Οι ευρωενωσιακοί σχεδιασμοί της Στρατηγικής Πυξίδας και της Παγκόσμιας Πύλης, οι σχεδιασμοί για στρατηγική αυτονομία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ο ευρωστρατός, η PESCO, το Ευρωπαϊκό Ταμείο Άμυνας, με ή ακόμη και χωρίς τη σύμπραξη του ΝΑΤΟ, αποκαλύπτουν τους σφοδρούς ανταγωνισμούς για το μοίρασμα αγορών και σφαιρών επιρροής που έχουν οδηγήσει σε μια «επί θύραις» πολεμική σύγκρουση στην Ουκρανία με ανυπολόγιστες συνέπειες για τους λαούς.

Μπορεί να αντιταχθεί ο λαός στα επικίνδυνα σχέδια Ευρωπαϊκής Ένωσης, ΗΠΑ και ΝΑΤΟ, να παλέψει για απεμπλοκή της Ελλάδας από αυτά, χωρίς ξένες βάσεις, ευρωατλαντικές αποστολές εκτός συνόρων και εξοπλισμούς για νατοϊκές ανάγκες που προωθεί η κυβέρνηση της Νέας Δημοκρατίας, όπως και οι προηγούμενες.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen das Potenzial des Vertrags von Lissabon im Bereich der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wir erleben die Realität dieser Welt und die Herausforderungen, die sich uns stellen. Und bevor wir dann hoffentlich gemeinsam handeln, teilen wir zuvor hoffentlich auch gemeinsam eine Bedrohungsanalyse, wie sie im strategischen Kompass vorgesehen ist. Denn wenn wir schon bei der Wahrnehmung und Bewertung nicht gemeinsam unterwegs wären, dann bräuchten wir ja gar nicht den Anspruch zu erheben, in der globalen außenpolitischen Champions League eine Rolle zu spielen.

Wir reden bei jeder neuen Bedrohung und Herausforderung von Weckrufen. Ich hoffe, der umfassende russische Truppenaufmarsch rund um die Ukraine – im Übrigen der größte in Europa, seit die deutsche Wehrmacht 1938 die Tschechoslowakei umzingelt hat und dann die Münchner Konferenz erpresste – lässt in der Tat alle Alarmglocken schrillen, denn eigentlich ist nicht die Ukraine gemeint, die Russland bedroht, oder unsere Waffen, sondern wir sind gemeint und die Art, wie wir unsere Werte leben und wie wir unsere Gesellschaft organisieren.

Handeln wir also gemeinsam und nutzen wir die Instrumente, die wir uns dafür gegeben haben. *Global Gateway* ist ein Instrument, das bereits erwähnt worden ist, und ich möchte das ein Stück weit erweitern, dass dieses Angebot an alle kooperationswilligen Partner in eine Allianz der Demokratien münden sollte, indem wir Handel und Sicherheit sinnvoll global zusammenführen, um unsere Interessen dauerhaft zu wahren.

Javi López (S&D). – Señor presidente, señor alto representante, el informe sobre la aplicación de la política común de seguridad y defensa de este año es un llamamiento a la acción. Un llamamiento a la acción, a la luz de lo acontecido durante este verano en Afganistán, a lo que hoy sucede en Ucrania y a las consecuencias geopolíticas que está teniendo la pandemia. Un llamamiento a la acción que debe convertirse en la construcción en Europa de capacidades propias, posiciones propias y alianzas propias que nos permitan vertebrar algo que llamamos autonomía estratégica. Eso no es suficiente. Necesitamos alinear nuestros objetivos estratégicos, de los Veintisiete y de las instituciones europeas, tener un marco de decisión que sea funcional, verdaderamente funcional, y aprender a asumir los costes y las consecuencias de las decisiones que se derivan de nuestros objetivos estratégicos.

Por todo ello, el alto representante ha reclamado que los europeos seamos protagonistas del diseño de la arquitectura de la seguridad en Europa, algo que hoy está en riesgo. Por todo ello, es relevante la brújula estratégica que aprobaremos esta primavera, la operativización de una verdadera fuerza de respuesta rápida, poder reforzar nuestras misiones, hoy desplegadas en el exterior, o algunas ideas como una unidad militar de emergencias europea o instrumentos para la ciberseguridad y la lucha contra la desinformación.

El riesgo, para este siglo, para Europa es la obsolescencia geopolítica, que nos empujaría a la irrelevancia. Por todo ello, unidad y capacitación propia son el único instrumento para poder actuar en el siglo que determinará nuestro futuro.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, I would like to thank both rapporteurs, Ms Loiseau and Mr McAllister, for their accurate report.

Indeed, the world of today is rapidly shifting – geopolitical trends, in addition, the fragmentation of the multilateral order forces, the EU to confront its own position in international affairs.

The current volatility shows us the need to have a strong and united European response on the international arena, but also a Europe that has the capacity to set the global standards, lead and ready to fully embrace solidarity and act in a prepared and unified manner. Because let's be honest, there is no longer much truth in the cliché that Europeans believe war is unthinkable and take peace for granted.

Therefore, in order to achieve our strategic objectives, we should shape the common foreign and security policy and the common security and defence policy by making full and more effective use of the EU's hard and soft power instruments, including by introducing qualified majority voting for decision-making in EU foreign affairs and by achieving European strategic autonomy.

Mounir Satouri (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur Borrell, chers collègues, la crise en Ukraine est une épreuve que l'Europe n'avait pas connue depuis des décennies. Dans un ballet de chefs d'État, les Européens tentent d'éviter la guerre. Alors, oui, l'Europe doit bâtir une nouvelle politique qui garantisse la sécurité collective et par laquelle elle parlera d'une seule voix. Face à ceux qui voudraient refaire des ordres mondiaux du passé, fondés sur la violence ou les sphères d'influence, et qui cherchent à corrompre nos démocraties, nous avons besoin d'unité. Il nous faut une politique de sécurité et de défense intégrée. Il nous faut une politique qui protège la démocratie et nos valeurs.

Hélas, ce n'est pas ce que présente ce rapport. Ce rapport ne repense pas nos souverainetés à l'échelle européenne. Il ne permet pas d'adapter les moyens sur lesquels nous faisons reposer notre sécurité aux défis actuels. Ce que nous attendions, c'est une politique à l'abri des chantages sur l'immigration qui nous font honte. Considérer les migrants à la frontière biélorusse comme des instruments de guerre hybride, c'est une faute morale intolérable, Madame la rapporteure.

Nous attendions aussi que l'Europe garantisse que des armes produites en son sein ne finissent pas entre les mains de dictateurs ou de criminels de guerre. Nous attendions encore le rejet de l'erreur perpétuelle du tout-militaire dans plusieurs régions où nous avons déployé des moyens militaires – comme le Sahel. Ce sont là des moyens de développement qui manquent cruellement. Enfin, nous attendions la prise de conscience que le pacte vert pour l'Europe ne se fera pas en fermant les yeux sur ces secteurs à hautes émissions. Nous attendions des objectifs chiffrés et une transparence obligatoire sur les émissions de ce secteur.

Ce rapport est un rapport du passé. Les écologistes ne le soutiendront pas.

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! Bei diesen Berichten sieht man wieder mal ganz klar, wo es bei der EU krankt. Anspruch und Wirklichkeit liegen einfach Welten auseinander.

Die EU wäre gerne der globale Wächter über Freiheit, Demokratie, Frieden und Menschenrechte. Aber dabei wird sie nicht einmal in der eigenen Nachbarschaft ernst genommen. Im aktuellen Ukraine-Konflikt wird der EU, wenn überhaupt, nur aus Höflichkeit Gehör geschenkt. In Syrien war die EU nur Zaungast, und sogar die Türkei tanzt der EU auf der Nase herum.

Aber Hauptsache, die EU macht sich Sorgen darüber, ob bei militärischen Einsätzen auch genug Frauen teilnehmen und ob auch wirklich alles gendergerecht abläuft. Da braucht man sich wirklich nicht wundern, wenn das die Probleme der EU sind.

Und während sich die EU mit Problemen in Zentralafrika beschäftigt, schafft sie nicht einmal den Aufbau eines effektiven Außengrenzschutzes. Und das allein zeigt ja schon, wie abgehoben und wie realitätsfern diese Politik ist. Und wenn ich dann im Bericht von strategischer Autonomie der EU lese, dann muss ich mich schon fragen, wie es sich mit dieser strategischen Autonomie verträgt, wenn die Kommission mit der *Farm-to-Fork*-Strategie gerade die landwirtschaftlichen Grundlagen Europas und damit auch der Nahrungsmittelversorgung zerstört und wenn die Kommission mit dem Green Deal gerade die industriellen Grundlagen Europas zerstört.

Zum Schluss noch ein Punkt, der sehr gut zeigt, wie irrsinnig es in der EU zugeht: Da wird im Bericht gefordert, die Bemühungen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen und Kapitalinvestitionen im Verteidigungsbereich voranzutreiben. Das ist übrigens eine der wenigen sinnvollen Forderungen in diesem Bericht. Aber gleichzeitig arbeitet die Kommission an einem Vorschlag zur sozialen Taxonomie, in dem Investitionen in die Rüstungsindustrie als sozial schädlich klassifiziert werden. Da werden also genau die Kapitalinvestitionen geächtet, die im Bericht gefordert werden. Das ist die EU im Jahr 2022.

Witold Jan Waszczykowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Dziękuję autorom za ciekawe sprawozdanie, niezłe jak na opisywanie Yeti, czyli czegoś czego nie ma, a nie ma zły polityki bezpieczeństwa i obrony. Dziękuję natomiast, że podjęto w ciekawy sposób kwestię zagrożeń hybrydowych, cybernetycznych, że podjęto kwestię szantażu energetycznego jako taktyki hybrydowej. W sprawozdaniu zawarto ambitne zapisy dotyczące rozwoju zdolności cywilnych. Jednak stare zagrożenia nie zginęły, widać je gołym okiem i sprawozdanie jest weryfikowane przez życie w kontekście nowej odsłony konfliktu rosyjsko-ukraińskiego.

Mamy problem z zachowaniem solidarności europejskiej, brakiem solidarności i solidarnej oceny wobec zagrożeń. Rosja jest zagrożeniem dla bezpieczeństwa, kwestionuje całą strukturę bezpieczeństwa. Zamiast realistycznej oceny są mity i iluzje o dialogu, współpracy ekonomicznej. Jeśli nie mamy wspólnego zagrożenia, to nie mamy też solidarnej odpowiedzi. Musimy poszukiwać w związku z tym nie autonomii, nie samodzielności – to jest błędem, nie QMV, która prowadzi do hegemonii, ale wzmocnienia więzi transatlantyckich z Wielką Brytanią i niestety też z Turcją. Nie pomaga nam w tej chwili żaden kompas, ale tysiące żołnierzy amerykańskich i brytyjskich na polskiej ziemi.

Özlem Demirel (The Left). – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal präsentieren Sie eine Endlos-Wunschliste für ein offensiveres militärisches Auftreten der EU, vom Indopazifik bis in den Weltraum. Trotz Afghanistan macht man weiter: Mali, in Mosambik und auf den Weltmeeren. Unsummen wurden in kürzester Zeit für Aufrüstung beschlossen.

Gleichzeitig fehlen Krankenhauskapazitäten. Deshalb gab es massive Bürgerrechtseinschnitte in der Pandemie. Fakt ist, im Aufrüstungswettbewerb geht es nicht um das Sicherheitsbedürfnis der Völker in Europa, sondern um Einflussphären, Absatzmärkte und Ressourcen.

Kollegen, bei den aktuellen Verhandlungen mit Russland und der Eskalation um die Ukraine begründet man die anhaltenden Spannungen lediglich mit dem Autokraten Putin. Ist das ehrlich? Mit der Türkei, mit Saudi-Arabien, mit Ägypten oder just heute mit Kolumbien pflegt man beste Beziehungen. Ist das nicht scheinheilig? Kein Wort über die NATO- oder EU-Osterweiterung. Ich sage es deutlich: Die Sehnsucht der Völker Europas sind Frieden und soziale Sicherheit, Entspannungspolitik – nicht Aufrüstungs- und Kriegsgeheul für Absatzmärkte und Ressourcen.

Radosław Sikorski (PPE). – Panie Przewodniczący! Gratuluję sprawozdania, ale debatujemy nad nim w najbardziej dramatyczny dzień od pokolenia. Mianowicie, nie wiemy, czy prezydent Rosji mówi prawdę kanclerzowi Niemiec, czy też już grzeje silniki, aby rozpętać straszliwą tragedię, aby najechać na Ukrainę i rozpętać wojnę w Europie.

Ale jedno już wiemy, że nam tą wojną grozi, i to oznacza, że już jesteśmy w innym świecie. W świecie, na który jesteśmy nieprzygotowani. A więc niezależnie od tego, czy najedzie na Ukrainę, czy nie, trzeba zacząć działać. Trzeba pomóc Ukrainie bronić się, trzeba wzmocnić wschodnią flankę NATO, pomóc opozycji rosyjskiej, zamknąć pralnie rosyjskich pieniędzy, stworzyć unię gazową i obronną z prawdziwego zdarzenia.

Wysoka Izbo! Jest prawie za późno. Błagam: potraktujmy wreszcie obronność, w tym obronność europejską, śmiertelnie poważnie!

Sven Mikser (S&D). – Mr President, the threat landscape around us is becoming ever more complex, with the additional challenges being compounded by new and non-traditional threats. For our Union to be able to provide security to our citizens and to contribute to maintaining peace and resolving conflicts in the world, it is imperative that we manage to harmonise our national threat assessments, agree on the level of our collective ambition and make the necessary investment to meet that ambition.

Europe must continue to maintain a values-based approach to foreign and security policy, and to support, defend, when necessary, the rules-based international order. To be successful, we need to back the values-based approach by unity, strength and resolve. Principles and resolve without capabilities will not do the trick; neither will new capabilities without political will to use them when necessary.

At this moment, when Russian aggressive posturing is testing the foundation of European security architecture, we must display clarity of thought and words, but also readiness to turn our words into action.

Urmas Paet (Renew). – Austatud istungi juhataja! Venemaa käitumine Ukraina suhtes on taas andnud kinnituse, kui vajalik on demokraatlike riikide igakülgne julgeolekualane koostöö. See puudutab nii Euroopa Liidu ühtse julgeoleku- ja kaitsepoliitika ülesehitust ja toimimist, Euroopa Liidu tõrgeteta ja rivaalitseamiseta koostööd NATO ja sealhulgas USAGA ning ka teiste demokraatlike riikidega, kes ei kuulu Euroopa Liitu ja NATOsse. Ainult sel juhul on võimalik pidurdada suurte autoritaarsete režiimide rahvusvahelisi ambitsioone määrata teiste riikide olevikku ja tulevikku.

Venemaa eesmärk on saada Ukraina oma mõjusfääri. Et Ukraina loobuks liikumast Euroopa Liidu ja NATO suunal. Ukraina on siiani suure surve tingimustes vastu pidanud ja nüüd ei tohi demokraatlikud lääneriigid ise seda Ukrainale veelgi keerulisemaks teha. See tähendab muu hulgas, et raskel ajal tuleb olla ukrainlastega koos. Ja see puudutab demokraatlike riikide reaalselt kohalolekut praegu Ukrainas. Diplomaatilisi esindusi ei tule seal mitte sulgeda, vaid pigem tuleks avada uusi. Täna!

Viola Von Cramon-Taubadel (Verts/ALE). – Mr President, with Russian troops on the Ukrainian border and the European continent on the brink of a large-scale war, we are reminded once again that peace should not be taken for granted. Peace should be aspired to and built. A stronger, more united EU is the best way to establish peace in Europe, its neighbourhood and in many other regions worldwide.

Such an ambitious goal requires ambitious transformation. The EU needs to stop being only a timid economic giant and instead start acting more confidently on the global stage. To the militarisation by Russia and the weaponisation of narratives by China and Russia, we need to combat with a coherent European voice and action guided by our fundamental values and interest.

We need to use all sources of our power, be it economic and normative. And we need to strengthen resilience and security of this Union and its allies in eastern Europe, in the Balkans and elsewhere.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, mijn collega's willen overal de universele mensenrechten opleggen om de wereld veiliger te maken, maar staan er niet bij stil dat dit geen rechten zijn, en zeker geen universele rechten. Ze zijn immers niet afdwingbaar buiten de westerse wereld, waaruit blijkt dat het geen rechten zijn, en de meeste landen peinzen er niet over om ze toe te passen, hetgeen betekent dat ze ook niet universeel zijn.

Het is zeer onwaarschijnlijk dat islamitische regimes de Verklaring van Cairo over de mensenrechten in de islam afzweren, waarin vijftig islamitische landen in 1990 hebben vastgelegd dat de sharia boven de internationale regels staat. Het is even onwaarschijnlijk dat communistische dictaturen, zoals China of Noord-Korea, gehoor geven aan deze smeekebeden.

De EU kan zich beter bezighouden met realpolitiek in plaats van moralpolitiek die stoelt op links-liberale waanbeelden en utopische morele streefdoelen.

Alexandr Vondra (ECR). – Pane předsedající, ta zpráva, kterou tu projednáváme, bych řekl, není – na měřítku tohoto Parlamentu – vůbec špatná. Díky za ni, ale jsou to stále jenom slova. A co my potřebujeme v této vypjaté situaci – asi bezpečnostně nejhorší, co já kdy pamatuji –, tak musíme být schopni činu, musíme být schopni vydávat 2 % na obranu, každá země v Evropě, nedělá to skoro nikdo. Musíme být schopni vyslat vojáky na ochranu východní části NATO. Musíme být schopni postavit se za Ukrajinu jako svobodnou a suverénní zemi a musíme být schopni se také shodnout na tom, že když Rusko překročí červené čáry, tak ho odpojíme od toho SWIFTu. Ani na tom se nejsme schopni shodnout. Čili nesmíme být v situaci, kdy si z nás bastardi dělají legraci, ale mají z nás respekt, a to dokážeme jenom činy, nikoliv řečmi o evropské architektuře. Díky.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, la Unión Europea tiene que ser un actor político internacional, efectivo, capaz de defender sus intereses y valores. Para conseguirlo necesitamos una política exterior y de seguridad, también de defensa, sólida y determinada.

Pero para ello es imprescindible la voluntad política y la cohesión de los Estados miembros. El *soft power* no es suficiente. Pasados los años 90 del último siglo, terminado el sueño de Fukuyama, se ha impuesto la realidad de un mundo multipolar, dividido, amenazado ahora, entre otras cosas, por el unilateralismo irredentista de Putin. Georgia, Libia, la guerra de Siria, el ascenso imparable de China, Crimea, la cumbre de la OTAN en Cardiff, el Gobierno de Trump, la retirada de Afganistán y ahora Ucrania son algunos sitios recientes en la evolución de la comunidad internacional.

El diagnóstico, muy claro. Es necesario reforzar la dimensión exterior y de defensa de la Unión. Este mensaje clave se encuentra en los informes que hoy debatimos. Felicito a los ponentes. Celebro que el señor McAllister incluyera la creación de un Consejo Político Transatlántico para la coordinación de la política exterior con los Estados Unidos, socio imprescindible para los europeos.

Subrayo también la prioridad que otorga la política de vecindad donde, a mi juicio, se juega la credibilidad de nuestra acción exterior.

Y agradezco también que las relaciones con América Latina ocupen un lugar relevante en el informe del señor McAllister.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho letto davvero con grande interesse le relazioni sulla nostra politica estera e di sicurezza e mi pare che inquadrano bene il punto centrale della questione: l'Unione è una potenza economica che però non è ancora in grado di affermare la sua voce sul piano geopolitico. Gli effetti sono chiari in questi giorni: noi assistiamo al rischio di una guerra sul nostro fianco orientale senza avere gli strumenti e i mezzi diplomatici e di sicurezza adeguati per agire o reagire.

Quello che dobbiamo fare però è chiaro: conseguire una sovranità europea anche in politica estera, e non solo negli ambiti commerciali, introdurre il voto a maggioranza in Consiglio e nelle questioni di politica estera e istituire un esercito comune, che benefici delle capacità, delle risorse e delle esperienze di tutti i paesi membri. Ma soprattutto è necessario ricondurre il settore della politica estera nel cosiddetto «metodo comunitario», valorizzando il ruolo del Parlamento europeo.

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, non, ce n'est pas qu'il soit devenu humaniste et respectueux des frontières. Aucun de nous, bien sûr, n'aurait la naïveté de croire que c'est la raison pour laquelle M. Poutine a fait dire, hier, que certaines de ses troupes regagnaient leur caserne et qu'il restait de la place et du temps à la diplomatie.

Mais alors, pourquoi a-t-il posé le pied sur le frein? C'est qu'il avait fait une lourde erreur: au lieu de terrifier et de diviser les Occidentaux, son agressivité a rapproché les États-Unis de l'Europe, resserré les rangs des Européens et fait progresser comme jamais l'unité politique de l'Union.

Alors, tirons-en les leçons. Marchons plus vite encore vers une défense commune européenne dans le cadre de l'Alliance atlantique et vers l'affirmation politique de notre Union sur la scène internationale. C'est une nécessité et une urgence. C'est notre arme contre M. Poutine et contre tous les Poutine du monde.

Alviina Alametsä (Verts/ALE). – Mr President, this report advocates our common military capabilities, which is important for European security.

However, to most effectively promote peace and security also beyond Europe's borders, this is not yet sufficient. In the report, there is only one paragraph on civilian missions, and it fails to recognise all the civilian measures that the EU engages in. Instead, we need to invest more in peace building, supporting democracy, and human rights and human security.

Strengthening the EU's arms export regime should be part of this as well. Some of the EU Member States are still selling arms that are used in violation of human rights or international law, such as in Yemen. This is against the EU common position. If peace and security are truly our goals, we have to hold violating countries responsible with appropriate sanctions.

We must be consistent with our demands and actions for peace. Enhanced military cooperation to strengthen our own security and defence is welcomed and important. But civilian elements are also critical to achieve sustainable peace in these turbulent times, when there is a threat that some countries might be more willing to challenge international law and order. We have to stand up for peace and our own values.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Moi dwaj koledzy, szanowni ministrowie spraw zagranicznych Waszczykowski i Sikorski, byli nieco krytyczni wobec tego sprawozdania i jednocześnie zgodni, co im się rzadko zdarza. Natomiast chciałbym pochwalić te dwa sprawozdania za realizm. Dla mnie jest to wyraz rosnącego realizmu. Jednym z elementów tego realizmu jest to, że w obu sprawozdaniach przyznaje się, że głównym gwarantem bezpieczeństwa na kontynencie pozostaje NATO. Dlatego nasze wysiłki w zakresie wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony, w tym także planowaniu priorytetów w kompasie strategicznym, powinny być spójne z działaniami Sojuszu Północnoatlantyckiego.

Innym przejawem realizmu – co w tym Parlamencie należy szczególnie docenić – jest nazwanie sytuacji na polsko-białoruskiej granicy po imieniu i potępienie reżimu Łukaszenki za ataki hybrydowe wymierzone przeciwko Polsce i całej Unii oraz instrumentalne wykorzystanie ludzi do celów politycznych. Natomiast niepokoi mnie fakt, że unijny realizm zawsze przychodzi dopiero w czasie jawnego kryzysu. Czy nasza polityka bezpieczeństwa i obrony jest reaktywna, że nie potrafimy ocenić skali zagrożeń i właściwie zidentyfikować ich charakteru? Gdyby głosy ostrzegające przed zagrożeniem ze strony Rosji potraktowano poważnie, nie doszłoby do tak poważnej sytuacji, jaką mamy obecnie, i to powinniśmy również wziąć pod uwagę.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, first I want to congratulate David McAllister, Nathalie Loiseau and Arnaud Danjean on this excellent report and everything that we should do in foreign affairs policy, security, stability and the global role of a European Union.

Dear High Representative, I will not spend this minute giving lectures. I would just like to thank you for calling three leaders in Bosnia and Herzegovina a few days ago, Milorad Dodik, Bakir Izetbegović and Dragan Čović and try to make some sense of the Dayton Peace Agreement.

Croatia has a crucial role as a frontier country. This is our peace and stability issue. I saw the paper that is circulating around saying that some other third countries should play some role – Turkey, Serbia or whoever.

I think, dear High Representative, in order to make things straight and to have an equidistant approach to this issue, you have finally to bring back the Dayton Peace Agreement to its origins – and three people have to have a stake in this state. And please do your best because while we are resolving the crisis in Ukraine, another crisis is just going to happen if you don't take on your responsibility.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η περιφρούρηση των κυριαρχικών δικαιωμάτων της πατρίδας μας είναι βασική μας προτεραιότητα. Για αυτό, σήμερα η ελληνική βουλή ενέκρινε ένα εξοπλιστικό πρόγραμμα υψηλού κόστους με τη γαλλική κυβέρνηση. Το 2022 η Ελλάδα έχει τις υψηλότερες αμυντικές δαπάνες στην Ένωση.

Είναι, όμως, αδιανόητο τη στιγμή που ο ελληνικός λαός με κόπους και θυσίες χρηματοδοτεί αυτά τα προγράμματα να υπάρχουν ευρωπαϊκά κράτη τα οποία συνεχίζουν να εξοπλίζουν την Τουρκία, ενισχύοντας τις διεκδικήσεις της. Είναι ζήτημα αλληλεγγύης το Συμβούλιο να αποφασίσει την επιβολή εμπάργκο όπλων στην Τουρκία, όπως το ψηφίσαμε πριν από έναν χρόνο στο Κοινοβούλιο. Η απουσία μιας πραγματικά ευρωπαϊκής κοινής πολιτικής άμυνας και ασφάλειας επιβαρύνει σε δυσθεώρητο βαθμό την Ελλάδα με ευθύνες που θα έπρεπε να αναλάβουμε όλοι μαζί, με αποτέλεσμα να δαπανώνται πόροι που θα μπορούσαμε να εξοικονομήσουμε και να χρησιμοποιήσουμε σε άλλους τομείς της οικονομίας και ιδιαίτερα στη βελτίωση του κοινωνικού μας κράτους.

Η προστασία των ελληνικών συνόρων δεν είναι μόνο ελληνική υπόθεση, είναι και ευρωπαϊκή υπόθεση και πρωτοβουλίες όπως η PESCO και το Ευρωπαϊκό Ταμείο Άμυνας πρέπει να προχωρήσουν άμεσα, εάν θέλουμε να έχουμε σταθερότητα στην ευρύτερη περιοχή.

Charles Goerens (Renew). – Madame la Présidente, au cours des trente dernières années, nous avons assumé essentiellement des missions de stabilisation ou de maintien de la paix, bref, des missions de Petersberg. L'amasement de troupes russes à la frontière ukrainienne nous met en garde de ne pas ou de ne plus négliger la défense de notre propre territoire. Le rapport de Nathalie Loiseau, avec une maîtrise et une précision peu communes, dresse l'inventaire de tout ce qui doit être fait. Une fois de plus, nous savons ce qu'il faut faire, alors apprêtons-nous à prendre à bras-le-corps cette tâche.

Kaboul et l'Ukraine sont les plus récents avertissements qui nous rappellent que les choses ne peuvent plus rester en l'état. De plus – et c'est très salubre –, l'opinion publique est en phase avec nos discours sur une défense européenne efficace. Je dirais même que l'opinion publique est en avance sur le politique, comme le rappellent tous les sondages portant sur la sécurité et la défense européenne.

Comme Bernard Guetta vient de le rappeler à cette tribune il y a quelques instants, Poutine y est pour quelque chose. Le prix Charlemagne étant décerné à des personnalités très méritoires en matière de promotion de l'unité européenne, je proposerais qu'on lui décerne le Prix Charlemagne cette année!

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Madam President, I want to focus on two issues in the report that I believe are of structural importance to our security.

Firstly, qualified majority voting (QMV) in the Council. A flexible and credible operational system is necessary. The Council should start with the low-hanging fruit on this, and introduce QMV in the adoption of statements on international human rights issues and human rights-related decisions. Then we can continue towards QMV for the introduction of sanctions. Our credibility as one acting block is at stake if we allow the unanimity vote system to paralyse us.

Secondly, the ever-growing threat of cyber surveillance. New spyware revelations are continuing to threaten our very political basis, and allow incumbent parties to spy on their opposition. The damage is being done to our national and European institutions from an out-of-control international trade in spyware, which has to stop.

Lars Patrick Berg (ECR). – Frau Präsidentin! Die aktuellen Spannungen haben die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Fokus gerückt.

Ich war lange skeptisch, was die Wirksamkeit der GSVP angeht. Für mich ist die NATO der Garant des Friedens, und ich bin mir nicht sicher, ob die Konzentration auf die GSVP die NATO schwächen würde. Die derzeitige Krise hat jedenfalls gezeigt, dass die Ansicht aus Washington nicht in allen europäischen Hauptstädten unbedingt geteilt wird und dass wir in unseren Beziehungen zu Staaten wie Russland und China eine unabhängigere europäische Stimme brauchen, die europäische Interessen widerspiegelt.

Wenn GSVP-Missionen überhaupt eine Chance haben sollen, ihre Ziele zu erreichen, müssen sie damit beginnen, sich für den Umgang mit neuen und disruptiven Technologien zu schulen, die rasch in das Konfliktfeld eindringen. Sie müssen eng mit der Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie der NATO sowie mit den Bemühungen der NATO um die Förderung der kooperativen Sicherheit durch den Aufbau von Verteidigungskapazitäten abgestimmt werden. Und sie müssen engere Synergien mit den nationalen gemeinsamen Ausbildungs- und Evaluierungszentren anstreben.

Dennoch fällt es mir schwer zu glauben, dass die GSVP die ultimative Lösung ist. So sehr wir auch Differenzen mit den Vereinigten Staaten haben mögen, so hat diese Krise doch auch die Spaltungen innerhalb Europas aufgezeigt. Wir brauchen eine Verteidigungsarchitektur, die in jedem Fall auf den Interessen der Mitgliedstaaten beruht und nicht auf dem Versuch, eine ultimative Souveränität der Europäischen Union festzulegen.

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, it is a good report, and it is important for us to understand that a major strategic goal of our foreign and security policy should be peace on the European continent.

The major challenge to peace – authoritarian and aggressive Russia. New security architecture on the European continent is possible only when Russia will transform itself back to democracy.

The European Union has an immense soft transformative power of democratisation in its neighbourhood.

The European integration of Ukraine is the only way how the EU can help to create success of Ukraine, which would have a major impact on the democratisation of Russia.

It's good that integration of the Western Balkans, in this report, is recognised as very important for the stability and security of the whole continent.

I cannot understand why it is impossible to say the same about the importance of Ukraine's integration? The Balkans got such a sentence after the war ended in 1999. Do we really need a war against Ukraine in order for Ukraine to be treated in the same way?

Juozas Olekas (S&D). – Madam President, as we see from the current international situation, discussion on common foreign and security, and security and defence policy is very timely. I would like to ask everybody why Europe, being one of the biggest economic powers, is constantly underperforming in these areas, while in another areas, like international trade, we have a completely different picture. In my view, because for far too long here Europe has not been capable of really speaking in a unified voice.

If we are serious about strategic autonomy or, as you said, strategic responsibility in foreign and defence policy, we should dedicate adequate resources, and make the decision-making process must faster, without any possibility of it being held hostage by some smaller national interest.

But strategic autonomy also won't be possible if you continue to depend in some areas on single supply, as it is in the energy sector now. Only by increasing energy diversification can we achieve a real independent foreign policy.

Klemen Grošelj (Renew). – Spoštovana predsednica. Evropska unija potrebuje kredibilnejšo in predvsem enotnejšo zunanjo politiko in varnostno politiko. Živimo v času tekmovanja velikih sil, in Evropska unija, v kolikor želi postati geopolitični akter, se mora temu prilagoditi.

Iskreno se moramo vprašati, kakšno skupno zunanjo in varnostno politiko želimo in predvsem, kako jo bomo potrjevali in definirali, da bo ta odraz ciljev interesov tako držav članic kot tudi Evropske unije kot celote.

Ukrajinski podobne krize postajajo pravilo. Zato moramo ambicije, zapisane v Strateškem kompasu, v kolikor želimo ohraniti obstoječo evropsko varnostno arhitekturo, okrepiti.

Zato pa Evropska unija potrebuje poleg enotnosti tudi lastne in kredibilne vojaške zmogljivosti. Pri tem ne gre za nadomeščanje Nata, ampak za evropski steber, ki bo na eni strani dopolnjeval in krepil zmogljivosti Nata, hkrati pa bo Evropski uniji zagotavljal tam, kjer bo in ko bo to potrebno, avtonomijo na vojaškem in varnostnem področju. Hvala lepa.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Madam President, I'm reflecting on the Common Security and Defence Policy (CSDP) report by Madame Loiseau, and it states – rightly so – that Europe is spending nearly EUR 400 billion on defence and military equipment. We're the second-biggest global spender, and this spending is not reflected in our position on the negotiating table at all!

The report even calls for extended expenditure of 2% of GDP to all states, which even goes beyond what NATO is asking. For what? For a non-efficient and non-effective military capability with duplications and a lack of interoperability.

It is even asking for an increase of spending from the European Defence Fund, and the same question comes here: to what shall that lead if we are not going out with a unified voice and all sticking together for one strategic goal?

Lastly, the report calls migrants 'cyberattack weapons'. Sorry, migrants are human beings looking for a better life, and they are not a military threat, and not a weapon that we have to defend ourselves against.

Last but not least: the call for a release of VAT on military spending is, I would say, really going too far.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, μιλώντας για την πολιτική κοινής άμυνας, υπάρχει η κοινή ευρωπαϊκή απόφαση 944 του 2008 κατά της εξαγωγής όπλων σε κράτη για εσωτερική καταστολή, περιφερειακές συγκρούσεις, αλλά και επιθέσεις. Στον απολογισμό διετίας της επιχείρησης «Ειρήνη», έξι φορτηγά πλοία με προορισμό τη Λιβύη αρνήθηκαν τον έλεγχο και τα έξι ήταν τουρκικά. Η Τουρκία εισέβαλε στην Κύπρο και καταδικάστηκε από τον ΟΗΕ με αποφάσεις εκτελεστέες από την Ευρώπη. Μετά και τα Βαρώσια, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ζήτησε αυστηρές κυρώσεις· κυρώσεις που, όμως, δεν είδαμε ποτέ.

Από την άλλη, η Ιταλία και η Ισπανία κάλυψαν το 43% των τουρκικών εισαγωγών όπλων την τελευταία δεκαετία. Αποκορύφωμα, βέβαια, είναι η πρόσφατη ισπανοτουρκική συμφωνία. Η Γερμανία, μόνο το 2018, εξήγαγε οπλισμό 240 εκατομμυρίων στην Τουρκία, η οποία αναμένει, επίσης, πέντε ιταλικά αεροσκάφη ανθυποβρυχιακού πολέμου, ένα ισπανικό αμφίβιο επιθετικό πλοίο και έξι γερμανικά υποβρύχια. Προφανώς, τα όπλα αυτά προορίζονται για χρήση εναντίον της Ελλάδας και της Κύπρου. Πόσο ειρωνική φαίνεται, λοιπόν, η συζήτηση για κοινή ευρωπαϊκή άμυνα και η ενασχόληση με το Ουκρανικό, όταν αποδεικνύεται η συνενοχή πολλών, εδώ, στα τουρκικά εγκλήματα;

Vladimír Bilčík (PPE). – Pani predsedajúca, gratulujem spravodajcom McAllisterovi a Loiseau k ich správam.

Európska zahraničná a bezpečnostná politika prechádza momentálne veľkou skúškou. Roky práce na vonkajšej politike a sankčných režimoch musia dávať zmysel a priniesť konkrétne výsledky práve teraz, keď nám hrozí ruská agresia priamo na hranici Európskej únie.

Európa má dosť sily na to, aby bola medzinárodným hráčom, nie divákom medzinárodných vzťahov.

K dôležitým nástrojom našej zahraničnej politiky patrí podpora reforiem a demokratických režimov prostredníctvom našej európskej parlamentnej diplomacie a mediácie v kandidátskych a tretích krajinách.

Fungujúce demokratické krajiny v našom susedstve prispievajú k bezpečnejšej Európe. Aktuálna ruská hrozba len podčiarkuje aké dôležité je pokračovať v politike rozšírenia, aby naši partneri na západnom Balkáne boli geopolitickou súčasťou Európskej únie a konali strategicky v súlade s ich vlastnou európskou ambíciou.

Európa, dámy a páni, musí byť vo svete čitateľná. Je dôležité aby naše zahranično-politické rozhodnutia neblokovali jedna alebo dve členské krajiny.

Nemôžeme tolerovať čiernych pasažierov v európskej zahraničnej politike a nesmieme sa uspokojiť s najnižším spoločným menovateľom v bezpečnostných krízach.

Musíme byť jednotní, odvážni a rozhodní, lebo v našom susedstve sa aktuálne rozhoduje aj o našej budúcnosti.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist richtig: Angesichts der veränderten geopolitischen Lage muss die EU mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Allerdings ist die Grundlinie des vorliegenden Berichtes zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik fragwürdig. Es wird der Eindruck erweckt, als bedeute mehr europäische Souveränität vor allem, möglichst rasch die militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten der EU auszubauen.

Das ist eine problematische militärische Logik. Ich will dies an der Finanzierung kurz festmachen. Es wird zu Recht festgestellt, dass die EU-Staaten zusammen jährlich 395 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Leider wird nicht aufgeführt, dass das etwa die Hälfte dessen ist, was die USA aufwenden. Und es wird auch nicht aufgeführt, dass das mehr als sechs Mal dessen ist, was Russland für Verteidigung ausgibt und mehr auch, als China und Russland zusammen ausgeben.

Trotzdem wird in dem Bericht eine weitere Steigerung der Verteidigungsausgaben gefordert. Sicher wird glaubwürdige Abschreckung auch in Zukunft von Bedeutung sein. Das sehen wir in dem jetzigen Konflikt mit Russland. Aber Frieden und Sicherheit in Europa sind nur gemeinsam zu haben. Dazu müssen die Sicherheitsinteressen aller europäischen Staaten berücksichtigt werden. Das schließt natürlich die Ukraine ein, aber das schließt auch Russland ein. Dieser Aspekt einer Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kommt in dem Bericht viel zu kurz. Das ist schade, denn genau in dem Bereich könnte die EU sehr viel einbringen.

Bart Groothuis (Renew). – Madam President, China's gratitude to Russia's military manoeuvres against Ukraine must be endless. Xi Jinping knows that if Putin wins on Ukraine, China can finally march on to Taiwan. And Putin, he's endlessly grateful for all the support he gets from Beijing. China does not criticise, as they both have a common rival: the West – the EU, NATO and its allies. What we see here is nothing less than a battle between autocracy versus democracy. Ukraine is about who's in charge of the world's order. So there's little doubt what the West, NATO, the EU and our allies around the world must do. We need to rethink our security posture fast.

Now, today in Strasbourg, we vote on two important reports, which give appreciation of this new geopolitical reality. First, by strengthening our most powerful weapon, which is a common united position on the world stage. And secondly, by building a European pillar in NATO. The gratitude of our citizens and future generations will be endless if executed well.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, er worden cyberaanvallen gepleegd op het Oekraïens ministerie van Defensie en op Oekraïense banken. De omstandigheden en de druk om snel de nodige stappen te zetten op het gebied van ons gemeenschappelijk veiligheids- en defensiebeleid zijn nog nooit zo voelbaar geweest als nu.

Het inzicht in de noodzaak van een sterke eigen defensie schrijdt voort. De crisis van vandaag, die het gevolg is van Russische agressie tegen landen van het Oostelijk Partnerschap, heeft eens te meer duidelijk de pijnpunten blootgelegd: te weinig eenheid, te weinig capaciteit en te veel afhankelijkheid. Dit heeft zij echter gedaan op een manier die meteen ook aanspoort tot meer eigen bereidheid en inzet.

De VS en de NAVO zijn belangrijke partners en het nut van goede trans-Atlantische betrekkingen kan dan ook moeilijk als pijnpunt worden genoemd in deze tijden van crisis. Ik wil er in dit verband op wijzen dat parlementaire diplomatie ook belangrijk kan zijn, zoals blijkt uit het Transatlantic Legislators Statement, dat enkele dagen geleden door zowel Europese als Amerikaanse parlementsleden, waaronder een aantal van ons, werd ondertekend als principiële steunbetuiging voor de soevereiniteit en territoriale integriteit van Oekraïne.

Eero Heinäluoma (S&D). – Arvoisa puhemies, kaikki, mitä tänään Euroopassa koemme, puhuu sen puolesta, että unionin tulee vahvistaa omaa toimintakykyään niin ulkopolitiikassa kuin turvallisuuspolitiikassa ja puolustuksessakin. Unioni on myös turvallisuusyhteisö, ja kansalaiset odottavat, että jäsenyys vastaa heidän turvallisuustarpeisiinsa.

Turvallisuus- ja puolustuspolitiikan alalla on syytä huomata, että jäsenvaltioiden joukossa on sekä Naton jäseniä että sotilasliittoon kuulumattomia maita. Tärkeätä on, että unioni ottaa omassa toiminnassaan huomioon kaikkien jäsenvaltioiden turvallisuustarpeet ja oikeudet.

Oli valitettavaa, että unioni heräsi kovin myöhäisessä vaiheessa huomaamaan, että Venäjän kielteinen kanta Naton laajentumiseen loukkasi myös monia EU-maita, kuten Suomea ja Ruotsia, maita, jotka eivät kuulu nyt Natoon mutta joiden suvereeniin oikeuksiin kuuluu mahdollisuus halutessaan hakea Naton jäseneksi. EU:n pitää nyt lujasti toimia sen puolesta, että minkäänlaisiin uusiin etupiireihin ei palata.

Riho Terras (PPE). – Madam President, Europe is on the brink of war – closer to a major escalation than we've ever been since the peak of the Cold War. The next days and weeks will tell if we were successful against bullying and threats from Russia and Putin.

Europe faces Russia and China as the two main aggressive competitors wherever we look in the world. It is very important for us to stand our ground globally, defend our interests, help and assist our partners.

Europe's defence starts from Europe. We need more investments into defence, closer co-operation to overcome the technology gap, better co-ordination of our resources – be it in intelligence, military planning or mobility. We cannot afford security and defence budget cuts similar to the current Multiannual Financial Framework – I consider this extremely irresponsible.

Victor Negrescu (S&D). – Madam President, we need a better common European framework that could enable the Union to act on defence, security and foreign policy. The current treaty has given the EU the possibility to have a bigger impact at global level, but we are not using the existing potential for cooperation within the Union, with NATO and our strategic external partners.

We need to reinforce the European capacity on several levels, including cyber-threats and cyber-security, while at the same time deploy the necessary measures that could ensure the protection of all our Members and our external borders. The Schengen enlargement towards Romania, Bulgaria and Croatia is therefore needed.

The current situation in Ukraine and the Black Sea needs an adequate and common answer from the Union, in terms of defence and security actions, but also in deploying an efficient sanctions regime and protecting potential refugees.

We need to learn faster from what didn't work, enhance the elements that proved efficient, and use the momentum of the Conference for the Future of Europe to identify the best means to go forward. The key is to build synergies involving all Member States, and not replicate what already exists.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Borrell, θέλω να ευχαριστήσω τους εισηγητές για την εξαιρετική δουλειά σε αυτή την έκθεση, η οποία είναι πιο επίκαιρη από ποτέ. Οι γεωπολιτικές εξελίξεις, οι προκλήσεις και οι κρίσεις που ξεσπούν, ακόμα και στη γειτονιά μας, υπογραμμίζουν ότι η εφαρμογή κοινής πολιτικής ασφάλειας είναι αδήριτη ανάγκη.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να είναι ουραγός των εξελίξεων και απλώς παρατηρητής των όσων τεκταίνονται. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να εξαρτάται από κανέναν για την ασφάλειά της και δεν μπορεί απλώς να αντιδρά στις εξελίξεις, χωρίς να μπορεί να διαδραματίσει ουσιαστικό ρόλο. Παραδείγματα υπάρχουν πολλά, κύριε Borrell: Βαρόσι, Αρμενία, αουδοσία και προκλήσεις του Erdogan· και τώρα, το Ουκρανικό.

Χρειάζεται επιτέλους κοινή πολιτική, βούληση για υιοθέτηση εκείνων των πρωτοβουλιών που θα οδηγήσουν σε μια πιο ισχυρή Ευρώπη. Μια Ευρώπη ικανή να προφυλάξει τα ίδια τα σύνορά της και να στέκεται αλληλέγγυα σε κράτη μέλη όταν τη χρειάζονται. Μια Ευρώπη που θα καθορίζει τις εξελίξεις και δεν θα «τρέχει» πίσω από αυτές.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, στο ψήφισμά μας εκφράζουμε εκ νέου τη βαθιά μας ανησυχία για την εξωτερική πολιτική της κυβέρνησης Erdogan. Την εβδομάδα που μας πέρασε ακούσαμε απίστευτες αιτιάσεις Τούρκων αξιωματούχων για το καθεστώς των ελληνικών νησιών στο Αιγαίο, που όχι μόνο δεν συνάδουν με βασικές αρχές του Διεθνούς Δικαίου, αλλά κινούνται στο όριο του παραλόγου. Προφανώς, η Ελλάδα τις απορρίπτει και προφανώς, η Ευρωπαϊκή Ένωση τις καταδικάζει.

Γίναμε, επίσης, μάρτυρες μιας νέας πράξης σπίλωσης και αλλοίωσης του θρησκευτικού χαρακτήρα μίας ακόμα ιστορικής ορθόδοξης εκκλησίας, της Μονής της Παναγίας Σουμελά. Διαβάζω στον Τύπο ότι μετά το διαφημιστικό σποτ στον προαύλιο χώρο της Μονής, οι τουρκικές αρχές έχουν τώρα αδειοδοτήσει το γύρισμα χολιγουντιανής ταινίας, αυτή τη φορά στο εσωτερικό της Μονής.

Αναρωτιέμαι λοιπόν, κύριε Borrell, ποια είναι η «κόκκινη γραμμή»; Ποιο είναι το όριο, για να αντιμετωπίσει επιτέλους η Ευρωπαϊκή Ένωση πιο γενναία και πιο αποτελεσματικά τις προκλητικές ενέργειες της Τουρκίας εναντίον της, εναντίον των κρατών μελών, του Διεθνούς Δικαίου και των ευρωπαϊκών αρχών και αξιών;

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, Poštovana povjerenice, zahvaljujem i čestitam na izvješću, kolegice i kolege, tri četvrtine građana Europske unije želi jačanje zajedničke sigurnosne i obrambene politike. Živimo u periodu tektonskih poremećaja i rastuće geopolitičke neizvjesnosti u međunarodnoj politici, o čemu svjedoče brojne krize.

Vanjska sigurnosna i obrambena politika Europske unije mora imati prihvatljiva rješenja za rastuće probleme, a izazova je, nažalost, sve više. Dok čitav svijet gleda prema rusko-ukrajinskoj granici, moramo imati na umu i brojna druga žarišta u vanjskopolićkom svijetu. Koristim prigodu podsjetiti i na brojne primjere hibridnog djelovanja dezinformacijama i propagandom. Sve su to opasnosti koje su se nadvale nad europski prostor. Moramo usmjeriti pozornost i na sve kompliciraniju situaciju na zapadnom Balkanu koji poput lakmus-papira preslikava sve šire geopolitičke trendove.

Europska unija mora se ponovo legitimirati kao globalni akter kroz jasne i odlučne odgovore. Gospodine povjereniče, da, i mora imati potpis politike moći.

Tonino Picula (S&D). – Madam President, 2022 was declared by Charles Michel as the year of European defence. I hope that it will advance our geopolitical ambitions with the adoption of the EU's Strategic Compass and making a new cyber defence policy a reality.

Another great step forward would be considering qualified-majority decision making for some aspects of our common foreign and security policy. This cannot remain the weakest link of our integration, often misused by our global competitors with different values.

I appreciate the particular focus on the Western Balkans in both reports. EU-related reforms and a clear enlargement perspective for these countries should be our foreign policy priority and not a side policy.

To conclude, it's time for the EU to use its economic and diplomatic leverage to move from soft to smart power. Only a strong and united EU can be a geopolitical actor for peace, human security, sustainable development, and lead by example globally.

Antonio Tajani, presidente della commissione AFCE. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il contributo della commissione per gli affari costituzionali alle relazioni si articola in tre punti essenziali.

In primo luogo, l'Unione deve migliorare le capacità di risposta alle crisi in un contesto globale in rapida evoluzione, insomma serve più coraggio da parte dell'Europa.

In secondo luogo, servono sforzi maggiori per combattere la disinformazione, anche da paesi terzi, che influenza negativamente il dibattito politico in Europa e negli Stati membri.

In terzo luogo, è necessario rafforzare il controllo da parte di questo Parlamento sull'azione esterna dell'Unione, tramite consultazioni con l'Alto rappresentante e Vicepresidente e la Commissione.

Il Parlamento, insieme alle altre istituzioni, si impegna a tutela della democrazia con missioni di osservazione dei processi elettorali e con ogni strumento delle diplomazie parlamentari. Ci auguriamo che in questo la Conferenza sul futuro dell'Europa possa essere l'occasione per rafforzare il ruolo dell'Unione europea nel mondo. Perché dicevo che serve più coraggio? Abbiamo imboccato la strada giusta, ma dobbiamo accelerare i tempi.

Una difesa comune europea significa anche poter ridurre i costi per i singoli Stati membri in materia di difesa. Oggi gli Stati Uniti spendono 778 miliardi di dollari e la Cina, dati ufficiali ma probabilmente sono di più, 252 miliardi. L'Europa è al terzo posto con 230 miliardi, ma sono le spese dei diversi paesi. Probabilmente con una difesa comune europea riusciremmo a ridurre le spese e questo significa anche poter essere in sintonia con la NATO, perché tutto ciò che può fare l'Europa non deve essere in contrasto con l'organizzazione transatlantica. Visto che noi siamo parte di un sistema occidentale, vogliamo anche che in politica estera, come si diceva un tempo, si possa agire battendo bandiera, cioè quando c'erano le navi di fronte ai porti di paesi con i quali si era in contrasto, si mostrava la forza.

Anche sulla vicenda dell'Ucraina noi siamo stati capaci, e forse potevamo fare ancora di più, comunque di dare un segnale di forza che ha portato a una situazione oggi che, rispetto a ieri, è leggermente migliorata, ma se non fossimo stati forti probabilmente la Russia avrebbe fatto ulteriori passi in avanti.

Certo, poi c'è tutto l'aspetto che riguarda l'industria della difesa. Sono stato Commissario all'industria e ritengo che questo settore sia fondamentale, non soltanto per gli aspetti militari ma anche per gli aspetti della tutela della sicurezza in generale.

Come ultimo punto, una politica di difesa comune permetterebbe di avere anche un'organizzazione più efficiente per quanto riguarda la sanità militare nella lotta contro le diverse pandemie. Abbiamo visto quanto sono stati utili gli interventi militari in questa lotta contro il coronavirus. Un esercito europeo, un sistema di difesa europeo, avrebbe potuto fare ancora di più. Guardiamo quindi al futuro.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, thank you, and thank you all, honourable Members, for the interventions. I hope that the Member States have been listening to you, and I hope that you have convinced them. Thank you for your support on trying to make a stronger security policy and stronger European Union defence.

I believe that after listening to all of you, that we could agree that the landscape for our external action is more complicated both within our borders and further afield, and that the fundamental principles of our security architecture are being questioned in a way that the European Union should not and will not accept.

I understand that you claim that we need to forge alliances with like-minded partners to increase our autonomy that is nothing compared with the strength of NATO. On the contrary, strengthening our unity and our defence capabilities will also strengthen the Atlantic Union, the Atlantic alliance.

I agree with you that we need to keep working on fighting the COVID pandemic, on the climate, to ensure that democratic principles continue to guide developments and on the use of new disruptive technologies; that we need to continue working to ensure safe and orderly migration, working and investing in partnerships with countries of origin and transit; that we have on energy to work with others on the diversification of routes and sources of supply, especially in these times, and that we need to help our partners to develop renewable forms of energy, especially in oil and gas producing countries, and especially also in countries that don't have these natural resources.

You have to treat these transversal topics as real core foreign policy. We cannot go jumping from one crisis to another, from the *coup d'état de la semaine* to the crisis of the following month, but taking energy, climate diplomacy, technological diplomacy, migration as already common themes together with the cyber-diplomacy and migration diplomacy.

We are preparing the External Action Service to be able to deal with these global issues. It is not just the geographical approach, but this kind of transversal approach, because the world of tomorrow is being framed by intended events, and mainly these intended events are related with crisis, but unintended events, which are not in our capacity to avoid – which is the climate transformation – and a third one, which is technological transformation, which is intended certainly, because it has something coming from the humankind mind and spirit, but it is going to change completely the political landscape.

The geopolitical landscape will be completely changed by these two factors – climate and technology, and these are not related with the crisis of the week, but to this deep transformation of our world. And we will continue, and enhance, our work on these fields.

Believe me, we will not spare efforts for any challenge. The work will continue this year. Thank you very much for your contributions and your cooperation.

David McAllister, rapporteur. – Madam President, it's up to me to conclude this debate now. I would like to thank all colleagues for this open and constructive debate, which lasted more than two hours. I believe it is a strong signal that most of the colleagues I listened to in this House act in concert towards a stronger common foreign and security policy.

The challenges of the 21st century call for more, not less, EU action on the global scene. These challenges call for more, not less, multilateral governance and rules-based international cooperation.

We just heard the High Representative conclude our debate. I believe that also we should make our EU common foreign and security policy more efficient, more coherent, more flexible and at the same time, democratic, accountable and transparent. Achieving leadership as the European Union in international affairs in the end requires a strong will and decisive steps in 2022, such as the EU Strategic Compass. I sincerely hope that this will have significant added value for our common foreign and security policy and solidarity among Member States.

Once again, thank you so much, also on behalf of Nathalie Loiseau, for this interesting debate. And now we can move on to the next point of order.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestykset toimitetaan huomenna keskiviikkona 16.2.2022.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Οι πρόσφατες διεθνείς εξελίξεις, οι πολυδιάστατες προκλήσεις και το ταχέως μεταβαλλόμενο γεωπολιτικό περιβάλλον έχουν επιταχύνει τις υφιστάμενες τάσεις που επηρεάζουν βασικές πτυχές της ΚΕΠΠΑ και της ΚΠΑΑ, έχουν εκθέσει την ευπάθεια της ΕΕ σε εξωτερικά γεγονότα και πιέσεις και ανέδειξαν την ανάγκη για ισχυρότερη, πιο φιλόδοξη, αξιόπιστη, στρατηγική και ενιαία δράση της ΕΕ στην παγκόσμια σκηνή. Δεν νοείται ισχυρή ΕΕ χωρίς την ύπαρξη ισχυρής ενιαίας άμυνας, ασφάλειας και ευρωστρατού. Άλλωστε, δεν είναι τυχαίο ότι οι ίδιες οι Συνθήκες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η Συνθήκη του Άμστερνταμ, της Λισαβόνας, καθώς και η Σύνοδος Κορυφής του Ελσίνκι του 1999 προέβλεπαν άμυνα και ασφάλεια και μάλιστα ζήτησαν τότε τη δημιουργία μιας μονάδας ταχείας επέμβασης εξήντα χιλιάδων στρατιωτών. Για αυτόν τον λόγο, είναι αδιανόητο και απαράδεκτο σήμερα, χωρίς την ενιαία άμυνα και ασφάλεια, κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης να συνεχίζουν να πωλούν όπλα σε χώρες οι οποίες παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα αλλά και την κυριαρχία κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι η Ελλάδα και η Κύπρος. Για εμένα, καθίσταται αδιανόητο ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση όχι απλώς δεν επιβάλλει κυρώσεις στην Τουρκία, που συνεχίζει τις προκλήσεις στη Μεσόγειο και όχι μόνο, αλλά συνεχίζει να τη στηρίζει οικονομικά, να τη χρηματοδοτεί και να τη θεωρεί μάλιστα εταίρο.

12. Menschenrechte und Demokratie in der Welt – Jahresbericht 2021 (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana María Soraya Rodríguez Ramosin ulkoasiainvaliokunnan puolesta laatima mietintö ihmisoikeuksista ja demokratiasta maailmassa ja Euroopan unionin toiminnasta tällä alalla – vuosikertomus 2021 (2021/2181(INI)) (A9-0353/2021).

Tehtävänäni on muistuttaa, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä myöskään sinisen kortin kysymyksiä hyväksyt.

Huomautan vielä, että viimeaikaisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsenvaltioiden yhteistoimistoista.

Muistutan myös, että istuntosalissa puheenvuorot käytetään edelleen istuntosalin keskellä olevalta puhujakorokkeelta. Kehotankin teitä seuraamaan puhujalistaa ja siirtymään puhujakorokkeen lähelle, kun puheaikanne on alkamassa.

María Soraya Rodríguez Ramos, *ponente*. – Señora presidenta, señorías, presentamos hoy este informe, que es la radiografía de dos años inéditos en la historia reciente en materia de derechos humanos y democracia. Quiero dar las gracias, en primer lugar, a todas las organizaciones de la sociedad civil que han contribuido a este informe, así como a mis compañeros responsables de este informe en los distintos grupos políticos: muchísimas gracias por vuestro trabajo, vuestra colaboración y vuestro compromiso.

Si 2020 fue el año de la emergencia global de la COVID-19, 2021 supuso un punto y aparte en los derechos humanos en todo el mundo: más desigualdad (alrededor de 100 millones de personas en todo el mundo han sido empujadas a la extrema pobreza); más hambre en el mundo desde 2020 (tras cinco años de haber conseguido detener el avance de esta pandemia evitable); más inequidad en el acceso a la salud (hoy la foto de la vacunación de la COVID-19 es la foto de la desigualdad. No hemos hecho suficiente para garantizar que la vacuna sea un bien público global. El acceso a la vacuna ha venido determinado por la renta de cada país); más violencia de género (una de cada tres mujeres en todo el mundo han sido objeto de violencia física); más represión; más acoso; más encarcelamientos; y más asesinatos de defensores de derechos humanos, defensores medioambientales, periodistas; más reducción del espacio de la sociedad civil; y más reducción de la calidad democrática.

En 2020, por primera vez después de veinte años, las democracias iliberales, dictaduras y regímenes autoritarios pasaron a representar una mayoría en todo el mundo. 2021 ha confirmado esta tendencia. Podemos decir que la deriva autoritaria se está volviendo viral. Coincidiendo con esta deriva en estos dos años, hemos visto cómo a nivel internacional se cuestiona el lenguaje de los derechos humanos, su universalidad. Países como China o Rusia encabezan un cambio de paradigma que, lejos de la protección de la soberanía nacional a la que alegan, se basa más bien en la legitimación de la ley del más fuerte, en la negación de los derechos de quien no sigue su estricta doctrina basada en la imposición y en el miedo. Esta coalición autoritaria es consciente de que es imposible cambiar el orden liberal internacional si no se debilitan previamente nuestras democracias.

Por eso, apoyar el papel fundamental de la sociedad civil democrática, a la vez que trabajar con socios democráticos en la defensa de un multilateralismo activo del Derecho internacional y de los derechos humanos, ya no es solo un elemento fundamental, sino que debe ser una prioridad urgente tanto para la Unión Europea como para sus Estados miembros. La Unión Europea tiene una enorme responsabilidad y por ello en este informe hacemos una reflexión sobre nuestros instrumentos y sobre la mejora de los mismos. Debemos reforzar los diálogos de derechos humanos, que no deben ser un fin en sí mismos, sino que deben volcarse en resultados específicos. Debemos contar mucho más con la sociedad civil.

La Unión Europea está a la vanguardia de tratados comerciales, de inversión y asociación, con la inclusión de cláusulas de derechos humanos. Pero debemos preguntarnos hasta qué punto podemos hablar de verdadera implementación. En este sentido, pedimos a la Comisión que estudie mecanismos sancionadores proporcionales en el marco de los acuerdos comerciales. Estamos esperando todavía una propuesta ambiciosa de diligencia debida, obligatoria por parte de la Comisión, y queremos que la Unión Europea desempeñe un papel activo en las negociaciones de un tratado vinculante sobre empresas y derechos humanos a escala internacional, que aborde nuevos marcos reguladores para luchar contra la desinformación y controle el impacto de las nuevas tecnologías en los derechos humanos. En definitiva, queremos seguir acompañando a la sociedad civil y aumentar nuestra capacidad de denunciar todos los casos de represión de los derechos humanos.

(Aplausos)

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, honourable Members, once again we have in front of us a very important report. I welcome this report and I thank the rapporteur, Soraya Rodríguez, and the Members of European Parliament who have contributed to it.

Unfortunately, 2021 will not be remembered as a positive year for human rights, democracy or international humanitarian law, and 2022 has already started in quite a turbulent way. As we stand here in this Hemicycle in the beautiful town of Strasbourg, girls in Afghanistan are being prevented from going to school, and human rights defenders are going to jail. In Belarus, political prisoners remain locked up and independent media repressed. In Myanmar, the military openly ignores the result of democratic elections and spurns the rule of law. In northern Ethiopia, a humanitarian emergency is happening before our eyes and human rights abuses and violation of international humanitarian law is widespread.

Fundamental freedoms are being eroded in many parts of the world. Look, for example, at how in Russia they are trying to silence Memorial or the violations of the rights of the Uyghur and other minorities in China.

So, we are seeing a lot of attempts to reshape the core principles of human rights, democracy and multilateralism and against this background, the European Union has the obligation to show leadership and to act. To act, what does it mean in practice? Well, let me cite our Human Rights Defenders' mechanism 'ProtectDefenders.eu', which has already supported nearly 53 000 human rights defenders at risk and their families since it was launched. Some will say, keep this money in your pocket. No. These 53 000 people will be very much thankful for our effort. It's not enough, but it's quite important.

This mechanism, reinforced by our network of human rights, focal points in our delegations, provides vital support to thousands of human rights defenders. Last year, the European Union took again the lead in human rights fora to address the most pressing human rights situation in Belarus, Myanmar, in Afghanistan, in Ethiopia, with respect to climate change, presenting the creation of a new special rapporteur on climate change and human rights. And then, don't forget, the global human rights sanctions regime is a landmark achievement that this Parliament was calling for. Thanks to this mechanism, we adopted restrictive measures targeting individuals and entities in China, in Korea, in Libya, in South Sudan, in Eritrea and Russia, including in the case of Aleksei Navalny, and against the Wagner Group and its members.

I think these are important steps that have to be mentioned, and indeed fighting impunity, strengthening the rule of law and closing the accountability gap remains among the main priorities of our new financial framework, the new Global Europe instrument that will provide EUR 80 billion, in a seven-year budgetary term, including a thematic programme on democracy and human rights. That is key to help us to put our political priorities into action.

I don't want to forget citing the European Union election observation mission as an integral part of our commitment to defend democracy and promote our values. We will soon deploy new observation missions in Colombia, in Timor Leste and in Lebanon. So, a great thanks to all Members of the Parliament who have been participating and will participate in this mission.

Finally, but not least, let me mention the Gender Action Plan III. It is one of our most ambitious political priorities to achieve gender equality and women's empowerment, and I hope to report progress in our next debate.

Thank you for your cooperation, thank you for the attention you paid to our work, and I am looking forward to our exchange.

Hilde Vautmans, *rapporteur for the opinion of the Committee on Women's Rights and Gender Equality*. – Madam President, I want to talk to about the women and girls in this world, because it's necessary because women's rights were violated on a massive scale during the coronavirus pandemic. They were victims of a real shadow pandemic, filled with online and offline violence, and they were at the forefront of our fight against the deadly virus, day-in, day-out.

If this health crisis has taught us anything, it is that we must take care of them, and that is why we must step up the fight against violence for peace and freedom. That is why it is our duty to empower and educate all girls. That is why we must take stronger action against femicide, female genital mutilation and other forms of gender-based violence.

Colleagues, men and women here today, we should all be feminists and fight for it. The time is now.

Deirdre Clune, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the fundamental objective of the EU's external actions is to advance democracy, the rule of law, human rights and freedom across the world.

In this, our annual report, we look at how we fulfil that obligation. We look at the advances and the deterioration in human rights and outline how we can improve and where we need to improve our actions. To this point, the report calls for the EU and its Member States to better coordinate their efforts to work together with like-minded parties such as the US and the UN.

Europe must lead by example in promoting and protecting human rights. We can do this through dialogue, through trade and development policies, by supporting democratic institutions and supporting free and fair elections and protecting human rights defenders and journalists. We must be more creative in the use of all tools in different areas and with the use of qualified majority voting when it comes to human rights.

We see the pandemic has had a disproportionate and negative impact on some areas and particularly the most vulnerable have been hit hardest and/or women and girls.

So it is critically important that we continue to support and demand recognition of the rights of women and girls globally. Unfortunately, our annual report outlines deep concerns – obstacles to human rights and freedom have happened in 2021 and as the High Commissioner has outlined, again starting in 2022.

We need to continue to raise the flag, to act, to support and to give voice to human rights violations.

Isabel Santos, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, depois da apresentação feita pela relatora, que acompanho e saúdo vivamente pelo excelente trabalho desenvolvido, convém agora que, num momento de grande desafio para o multilateralismo, o direito internacional e a democracia, nos centremos no que importa fazer para que estes relatórios anuais não sejam apenas um conjunto de recomendações e que a União Europeia desempenhe cabalmente o seu papel na promoção e proteção dos direitos humanos a nível global.

Tal exige que a nossa ação em matéria de política externa seja ancorada na coerência dos nossos valores e que sejamos capazes de falar a uma só voz, sem ambiguidades ou subterfúgios, usando todas as ferramentas de política externa que temos ao nosso dispor, desde os diferentes fundos a programas de apoio, aos acordos comerciais, cujas cláusulas de direitos humanos queremos e devemos exigir que sejam aplicadas.

Falar a uma só voz implica também estabelecer entre a Comissão, o Conselho e o Parlamento uma linha inabalável de coerência na ação. A persistente perceção de que o Parlamento, o único órgão diretamente eleito pelos cidadãos europeus, nestas matérias vive encerrado num monólogo tem que acabar. As delegações da União Europeia, elementos avançados da nossa política externa, têm de assumir um papel ativo em matéria de defesa dos direitos humanos e valores democráticos onde tal é mais necessário.

Agir comporta o risco do incómodo, mas não fazer apenas assegura a irrelevância. As vítimas da impunidade – os jornalistas, os ativistas, os defensores de direitos humanos, os migrantes e refugiados, os povos indígenas, as vítimas de perseguição por motivos étnicos, religiosos, políticos e outros, de que, ano após ano, falamos neste relatório – mais do que palavras esperam ação e isso implica uma linha política eficaz e convergente e uma eficiente utilização do mecanismo de sanções por violações de direitos humanos.

Sim, precisamos de adotar a regra de decisão por maioria qualificada no Conselho. Não podemos esperar mais.

Charles Goerens, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, tous les ans nous avons un rapport sur le respect des droits de l'homme à l'extérieur de l'Union européenne. Je crois que tout a été dit et redit dans cette salle à propos des violations des droits de l'homme dans le monde. Bien entendu, il faut dénoncer les atteintes aux droits de la personne, quelle que soit leur nature. Il faut élever la voix et protester contre tout cela.

Nous le savons, les citoyens dans les régimes autoritaires n'ont souvent d'autres moyens que d'espérer voir les défenseurs des droits de l'homme dans les pays libres prendre le relais. Quand les appels des victimes ne sont plus entendus en dehors des murs des prisons ou des salles de torture, c'est à nous de nous mobiliser. Par conviction, par acquit de conscience, par devoir moral, toutes ces raisons sont justifiées. C'est l'aspect visible de la défense des droits de l'homme.

Cependant, je voudrais dire un mot aujourd'hui sur la face cachée de la défense des droits de l'homme, sur les efforts déployés par nos dirigeants, par nos diplomates et par des représentants de la société civile, qui, à l'insu de tout le monde, font un travail indispensable. Ils interviennent et agissent en secret, à huis clos, en parallèle des efforts audibles et visibles, auprès des dictateurs, des autocrates et des dirigeants autoritaires pour tenter d'atténuer le sort des personnes poursuivies et maltraitées.

S'ils arrivent à obtenir des résultats, les acteurs de la diplomatie secrète ne peuvent pas toujours jubiler ni exprimer leur satisfaction. Ils doivent en revanche déjà penser à défendre d'autres victimes et prendre soin de ne pas couper leurs canaux de communication avec les responsables de violations des droits de l'homme. Nous leur devons le respect, et il nous faut leur rendre hommage à l'occasion d'un débat portant sur cette thématique.

(Keskustelu keskeytettiin.)

13. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

Puhemies. – Ilmoitan seuraavaksi tänään tiistaina 15. helmikuuta 2022 toimitettujen ensimmäisten äänestysten tulokset.

(Puhemies lukee ääneen äänestysten tulokset. Yksityiskohtaisemmat tiedot löytyvät istunnon pöytäkirjasta.)

14. Menschenrechte und Demokratie in der Welt – Jahresbericht 2021 (Fortsetzung der Aussprache)

Puhemies. – Jatkamme nyt keskustelua María Soraya Rodríguez Ramosin mietinnöstä ihmisoikeuksista ja demokratiasta maailmassa ja Euroopan unionin toiminnasta tällä alalla – vuosikertomus 2021 (A9-0353/2021).

Jordi Solé, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, one cannot be too optimistic regarding the recent evolution of human rights on a global scale. The rise of authoritarianism and backsliding of some democracies are trends that bring with them a backlash against civil society and media voices of dissent and universal values and norms. COVID-19 has only reinforced these trends.

We know that all authoritarian rulers like to pretend that there are human rights – western style or eastern style or a north or south version of them. But the reality is that there are only universal human rights, all based on human dignity, which is the same in every corner of the globe. And we strive for their protection everywhere, always, with no excuses, with no subjugation to economic or political interests. Our report suggests more action and more coherence where we are convinced that the EU could do more – for instance, in trade, migration or support for human rights defenders.

One specific request worth mentioning, especially with all the embarrassing news we get every day of new cases being uncovered, is on privacy, data protection and surveillance. We call on the EU to take the lead in support of a global moratorium on the sale, transfer and use of spyware technology, which is so at odds with human rights when used against activists, journalists and opposition figures.

In the struggle to uphold human rights universally, the EU and its Member States must lead by example or we risk losing credibility. Unfortunately, this is still the case all too often, whether in areas of privacy or in other areas where fundamental rights are certainly at stake.

Simona Baldassarre, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, oggi parliamo di democrazia e diritti umani.

Ebbene, diritto del fanciullo, fin dalla nascita, è «di essere registrato immediatamente, di conoscere i propri genitori ed essere allevato da essi». Queste sono parole della Convenzione sui diritti del fanciullo, che aggiunge anche un obbligo per gli Stati, ovvero prendere provvedimenti per impedire la tratta di fanciulli, per qualunque fine e sotto qualsiasi forma.

Penso che queste parole siano chiare: il fenomeno della maternità surrogata non può rientrare in alcun modo nel rispetto dei diritti umani. Ma oggi questo emiciclo vorrebbe fare un passo indietro. Nel 2015, infatti, il Parlamento europeo condannava la maternità surrogata come compromettente per la dignità della donna, mentre oggi si vorrebbe condannare solo quella commerciale. Colleghi, non esiste maternità surrogata altruistica, non esiste utero in affitto che non coinvolga il mercato della riproduzione, con avvocati, cliniche e intermediari. Non esiste vero altruismo quando un neonato è strappato dal grembo che l'ha custodito e cresciuto per nove mesi e il corpo della donna è ridotto a un mezzo per raggiungere un fine.

Per questo vi invito a condannare ogni tipo di utero in affitto, accogliendo la proposta che abbiamo avanzato come gruppo ID, affinché questo Parlamento prenda, finalmente, una posizione netta di fronte alla schiavitù del terzo millennio.

Charlie Weimers, för ECR-gruppen. – Fru talman! Håll käften och konvertera. Det var budskapet till världens förföljda kristna från er vänsterliberaler när ni för ett år sedan ville stoppa Europaparlamentet från att omnämna förföljelsen av kristna. Så här sa ni: Man väljer inte att bli hbtqi, men man väljer sin religion.

Trots att kristna drabbas av 80 procent av all religiös diskriminering, trots att kyrkoattacker spridit sig, från Mellanöstern till vår kontinent, så väljer ni att selektivt ignorera deras lidande. Är det verkligen så att det goda vänsterliberala hjärtat bara är öppet för exempelvis hbtqi som omnämns tio gånger, eller jämställdhet som omnämns sju gånger i detta betänkande?

Vi konservativa ger er nu en ny chans och uppmanar EU att visa solidaritet med förföljda kristna. Så stöd vårt yrkande, för inte är väl era hjärtan så förstockade att ni vill att vi ska tiga om barn som kidnappas för tvångsgifte, mord på förståndshandikappade som anklagats för blasfemi, terrorattacker och interneringsläger?

Manu Pineda, en nombre del Grupo The Left. – Señora presidenta, nosotros siempre nos felicitamos por el hecho de que este Parlamento discuta sobre los derechos humanos. Pero estarán ustedes de acuerdo conmigo en que hoy no es el mejor día para hacerlo, después de que desde este atril haya intervenido el responsable de una represión brutal contra su pueblo, el responsable de cientos de asesinatos de líderes y lideresas sociales colombianos, de cientos de firmantes de los acuerdos de paz. Sí —como dijo el comandante Chávez—, aquí huele a azufre. Al señor Duque se le pueden achacar muchas cosas, pero no que esté incumpliendo una de sus promesas electorales: hacer trizas los acuerdos de paz.

Nosotros hemos intentado en infinidad de ocasiones que este Parlamento debatiera sobre los constantes asesinatos en Colombia, sobre la represión de los jóvenes que han participado en el paro nacional, sobre los más de ochocientos desaparecidos que van apareciendo en pedazos flotando por el río o sobre las mujeres violadas en dependencias policiales. Queríamos que se hablase aquí de los vínculos entre el ejército, la policía, los paramilitares y los narcos bajo el amparo del narcopresidente Duque y el uribismo, pero no ha sido posible porque las derechas de este Parlamento actúan como su escudero.

Ahora nos quieren hacer creer que les preocupan los derechos humanos, cuando esta mañana fueron parte de un acto electoral de un presidente con las manos manchadas de sangre. Su presencia aquí ha supuesto una humillación para este Pleno. Nosotros seguiremos defendiendo los acuerdos de paz y los derechos humanos y trabajaremos incansablemente para que los criminales paguen por su culpa.

Andrea Bocskor (NI). – Elnök Asszony! Az emberi jogok és a demokrácia helyzetének nyomon követése nagyon fontos, így jó, hogy elkészült ez a jelentés és a nemzeti kisebbségek védelme is helyet kapott benne. Az EU-nak figyelemmel kell kísérnie a nemzeti kisebbségek alapvető jogainak biztosítását, főleg a partnerországokban. Az EU azonban kettős mércével reagál a különböző jogsértésekre.

Például Ukrajnában a nemzetközi kötelezettségvállalások ellenére az elmúlt években a nemzeti kisebbségek jogai drasztikusan szűkültek, erőteljes asszimiláció folyik. A kárpátaljai magyar kisebbség többször élt át megfélemlítéseket, képviselőiket atrocitások érték. A Myrotvorets honlap úgynevezett halállistáján jogsértő módon több ezer ember személyes adatait hozták nyilvánosságra, köztük az én adataimat is. Ezt az Európai Parlament és az EU külügyi biztosa is elítélték, ennek ellenére az oldal tovább működik.

A pozitív elemek mellett a jelentés számos elfogadhatatlan részt tartalmaz. Ilyen a minősített többségi szavazásra való áttérés szorgalmazása, vagy a gender ideológiát erőltető Isztambuli Egyezmény ratifikációjának sürgetése, vagy az új legális migrációs útvonalak megteremtése.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, il y a deux ans, je disais ici même que ce qui me préoccupait particulièrement était la montée de l'autoritarisme en tant que projet politique. Nous devons malheureusement constater que ce mouvement s'est encore amplifié et que les régimes autoritaires dans le monde sont aujourd'hui devenus majoritaires. Or, ce sont ces régimes qui sont les lieux privilégiés de l'arbitraire. C'est là que se commettent en toute impunité les abus à l'encontre des droits humains, que la liberté de parole n'existe pas et que les journalistes finissent en prison ou sont assassinés.

Nous devons soutenir ouvertement et par tous les moyens qui sont en notre pouvoir ceux qui s'engagent pour la démocratie. Un autoritarisme agressif est en train de gangréner cette terre, et il constitue un danger non seulement pour les terres lointaines, mais aussi pour nos propres sociétés, soumises à des cyberattaques, à la désinformation et à l'ingérence électorale, à la montée de l'extrême droite. La tentation de l'autoritarisme est un mal externe comme interne. Il faut que nous nous donnions les moyens de défendre la démocratie ici et partout dans le monde.

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, señor Borrell, quisiera felicitar a la ponente y a los colegas que han trabajado en el dossier, porque me parece que, de nuevo, refuerza una posición ya clásica de este Parlamento, y es precisamente de lo que yo quería hablarles, porque parece haber un perverso reparto de papeles entre las instituciones de la Unión. Un perverso reparto de papeles que parece reservar casi en exclusividad al Parlamento, la defensa de los derechos humanos en el mundo. Mientras que el Consejo, en muchas ocasiones, se considera completamente ajeno a este enfoque y a veces se abona a una *realpolitik* dura en la cual este tipo de asuntos de derechos humanos resulta molesto. Un ejemplo: la oferta de una agenda positiva a Turquía (octubre de 2020), sin ninguna referencia a la situación de derechos humanos en ese país. Es verdad que luego el señor Borrell corrigió el asunto en marzo de 2021. Y, aunque tampoco está tan lejos de la posición del Parlamento, también la Comisión a veces parece dejarnos ese papel de denuncia de los derechos humanos al Parlamento. Algunos desmanes del comisario Várhelyi en las relaciones con Israel o con los palestinos son una buena prueba. Algunas embajadas, señor Borrell, cuyo modelo de diplomacia económica está olvidando la agenda de derechos humanos.

Quiero decir que la defensa de nuestros valores y nuestros principios es una tarea constitucional de la Unión. De la Unión. Y, por tanto, de todas sus instituciones. No es una tarea exclusiva de este Parlamento.

Un Parlamento en el que algunos riesgos estamos corriendo ya, uno lo ha dicho el señor Pineda. Este Parlamento solo se encarga de alguna agenda de derechos humanos. La derecha del Parlamento impide que se traten otros asuntos.

¿Otro riesgo? La ubicación en el Pleno de las urgencias en materia de derechos humanos al final de la noche del miércoles. Lo hemos corregido en esta ocasión. Espero que sea una corrección para siempre.

Y, finalizo, presidenta, gracias: el propio estatus de la Subcomisión de Derechos Humanos, que debería ser una comisión de pleno derecho.

(Aplausos)

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Madam President, while some world leaders push hate, vote against rights, ignore horrific crimes against humanity, let inequality and suffering go on, the European Union reaffirms its role as a leading global proponent of the promotion and protection of human rights. I am glad that during 2021 we continued to oppose firmly any unjustified restrictions of rights, freedoms and silencing of dissenting voices.

What more should be done to address the challenges to human rights? And I am speaking worldwide, as the COVID-19 pandemic, economic and social insecurity, continue to shake the world in 2022.

Defenders of democracy sustain heavy new losses in their struggle against authoritarian regimes, starting with China, with a deteriorating human rights situation and abuses against the Uighurs, to the arrests of activists and journalists in Belarus.

I invite the European Union to make full use of its own toolbox at our disposal, including economic leverage in mutual trade relations in order to develop more ambitious support for freedom, good governance and rule of law.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Madam President, if we are serious about all these things that have been said today, about the promotion and protection of human rights, it's actually human rights defenders who are our closest allies.

They may not fight with weapons, they use the power of the word, they need a lot of persistence, but they are the only key we have to a sustainable change on the ground. And last year was clearly not a good year for them. The use of Pegasus and other spyware shakes the foundations of how they do their work and their networks. Afghanistan is just the most dramatic case of a global backlash on women's rights and on political freedoms and many of us have lost friends and colleagues who were killed only because they protect and defend human rights.

And we tend to move on, as if that's a risk that comes with the job. It's not. Being harassed, being kidnapped, being tortured, being killed because of doing human rights work is something we should never accept, and that's the line we need to hold. So, in the year to come, I hope we manage to move up the protection of human rights defenders on our political priorities and we ourselves will be better allies to our allies on the ground.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, hoge vertegenwoordiger Borrell, op 28 oktober jongstleden heb ik de volgende brief ontvangen:

„Maakt u zich vooral geen zorgen, meneer Ruissen. De herbenoeming van de speciaal gezant voor de vrijheid van godsdienst heeft mijn volledige aandacht.

Hoogachtend,

Ursula von der Leyen“

We zijn inmiddels vier maanden verder en de post is na bijna tweeënhalf jaar nog altijd vacant. Meneer Borrell, wanneer wordt deze belofte nu eindelijk eens ingelost?

De Commissie hoeft het niet voor mij te doen. Ik kan iedere zondag naar de kerk; niemand legt mij een strobreed in de weg. Doe het voor de christelijke Mayflowergemeente die China is ontvlucht, maar nu door Zuid-Korea dreigt te worden teruggestuurd. Doe het voor christenen in India, die voortdurend te maken hebben met aanslagen van hindoe-extremisten. Doe het voor christenen in Pakistan, die op grond van blasfemiewetten in dodencellen worden opgesloten.

Ik vraag de Commissie niet om nieuwe beloften te doen. De belofte staat immers zwart op wit. Ik laat gerust een afschrift van deze brief bij u achter, meneer Borrell. Het enige dat ik vraag, is dat eerdere beloften worden nagekomen en dat duidelijkheid wordt verschaft over het tijdschema.

Miguel Urbán Crespo (The Left). – Señora presidenta, este año en Colombia han asesinado a veintidós líderes sociales, y se han producido diecinueve masacres. En 2021, en el marco de las protestas, la policía asesinó, desapareció y agredió sexualmente a cientos y cientos de manifestantes. Las violaciones sistemáticas de los derechos humanos son interminables y los avances en la implementación del acuerdo de paz insignificantes.

A pesar de esto, en el diálogo en materia de derechos humanos de la semana pasada, la Unión Europea no hizo más que felicitar a Colombia por sus avances. Ninguna crítica, ni mucho menos una condena por los asesinatos de 174 personas defensoras. Y, para completar la desvergüenza, esta semana Duque está siendo recibido con alfombra roja en Europa. Hoy mismo esta desvergüenza en este Parlamento.

Para qué sirven las herramientas de los derechos humanos si luego no se aplican con los Gobiernos supuestamente amigos. Déjense de hipocresías. La vida del pueblo colombiano vale más que los intereses políticos y comerciales. Tomemos nota y no volvamos a tolerar una desvergüenza como la que hemos visto hoy con Iván Duque aquí, en este Parlamento.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madam President, Mr Borrell, big words, good intentions, but then reality persists.

Julian Assange has been jailed in a European prison for a few years. One year ago, singer Pablo Hasel was put in a European prison for lyrics and tweets. One week ago, the Council of Europe Commissioner for Human Rights said that she was alarmed by the effects of Spanish law on freedom of expression and assembly.

In the report, there are only two points devoted to national, ethnic and linguistic minorities, and European partners are asked to respect their rights.

Does the EU do that? No.

I'm one of the more than 10 million inhabitants of a part of Europe where my language, Catalan, is official. A language that is spoken in four EU Member States. But I cannot use it in this Parliament today – ironically, in the debate on the report calling on other countries to respect national and linguistic minorities.

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, domnule vicepreședinte Borrell, cred că este un raport extrem de important cel privind drepturile omului și democrația pentru că reprezintă angajamentul nostru suprem în ceea ce privește apărarea acestor valori.

Eu vreau însă să ridic aici, în plenul Parlamentului, o situație extrem de gravă aici, în Europa, pentru că, la frontiera Uniunii Europene, în Republica Moldova, domnule vicepreședinte, Federația Rusă, de mai bine de trei decenii, menține un conflict artificial în regiunea transnistreană, acolo unde zi de zi democrația și drepturile omului sunt călcate în picioare.

Există nenumărate procese la Curtea Europeană a Drepturilor Omului, prin care Federația Rusă este condamnată pentru că îngreunează accesul la educație, pentru că îngreunează libertatea de exprimare, pentru că menține o situație artificială de conflict.

Avem obligația să susținem această comunitate pentru a ieși din această zonă de șantaj și presiune a Federației Ruse. Transnistria are nevoie de libertate și democrație.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, merci pour votre disponibilité à discuter de ces droits humains, qui sont essentiels. Il faut le rappeler: le traité de l'Union européenne énonce l'obligation de respecter les droits fondamentaux à l'intérieur de l'Union européenne, mais aussi de promouvoir et de consolider les droits humains dans l'action extérieure de l'Union européenne.

Pour rester crédibles, il nous faut être cohérents, c'est-à-dire n'accepter aucune transgression des droits humains à l'intérieur de l'Union, mais il faut aussi éviter les doubles standards et les doubles langages à l'extérieur. On le sait, le modèle qui place les droits humains au cœur de nos valeurs est loin d'être partagé par tous, aujourd'hui. Il nous faut donc le défendre avec force et conviction. Sinon, d'autres modèles, liberticides et autoritaires, s'imposeront à nous et s'imposeront aux autres.

Le rapport annuel dont nous discutons aujourd'hui le contenu met en lumière les actions qui ont été entreprises, mais aussi celles qui doivent être entreprises en matière de droits humains, dans un contexte complexe. Le dialogue sur les droits de l'homme avec les pays tiers est aujourd'hui estimé comme trop faible, ne permettant pas d'aboutir à des résultats satisfaisants. La lutte contre l'impunité par tous les instruments qui sont à notre disposition souffre parfois d'incohérence. Le mécanisme global de sanctions que vous avez défendu auprès du Conseil n'a malheureusement pas pris la peine de traiter de l'unanimité de la décision ou de la corruption. Enfin, la question des droits humains et du business est aussi une chose à laquelle nous devons nous atteler, mais je sais que vous y êtes favorable.

VORSITZ: OTHMAR KARAS*Vizepräsident*

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Herr Borrell, kära kollegor! Efter den våg av frihet som inleddes med Berlinmurens fall 1989 har vi tagit demokratin för given, både i och utanför EU. Men demokratin är hotad över hela världen. Idag är det viktigare än någonsin att vi mobiliserar för demokratin, med demokratin som en ledstjärna i vår utrikes-, bistånds- och säkerhetspolitik.

Demokratier måste samarbeta. Vi måste ställa upp för varandra. En majoritet av EU:s medlemsländer måste snabbt kunna fatta beslut om att rikta sanktioner mot länder som bryter mot mänskliga rättigheter och inte stoppas för att någon enstaka sätter sig på tvären. Att det i dag 2022, finns politiska fångar i Europa är en tragedi. Just i dag, den 15 februari, är 1062 personer, även minderåriga, fängslade i Belarus för sina åsikters skull.

EU ska aldrig svika demokratin och vi ska aldrig vända de fängslade ryggen.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, pred nama imamo izvješće o ljudskim pravima i demokraciji u 2021. To je godina neviđenog nasrtaja na ljudska prava i demokraciju. Mogli bismo čak reći da se vodilo globalni rat protiv demokracije.

Svjedočili smo ograničenju prava na rad, na kretanje i okupljanje, ograničenju prava na slobodu izražavanja, neviđenoj cenzuri klasičnih medija i društvenih mreža, cenzuri znanosti, ugrožavanju prava na zdravstvenu zaštitu, skrb i liječenje. Vlade diljem svijeta pretvorile su se u diktature. Sve to uz blagoslov i poticaj ekipe iz Svjetskog ekonomskog foruma, neizabranih koji otvoreno tvrde da su suverene države višak i zastarjele te da dolazi nekakvo novo doba po njihovu mjeri i žele glumiti svjetsku vladu.

2021. također je bila godina neviđene borbe za svoja prava i otpora ovakvom potkopavanju demokracije. Borbe svih nas koji želimo živjeti u demokratskom svijetu, a ne totalitarnome.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, meneer Borrell, er ligt een uitgebreid verslag op tafel, maar daarin ontbreekt niettemin een belangrijk onderdeel.

In de lidstaten beslissen we zelf wat er na onze dood met onze organen gebeurt. In China worden ieder jaar echter duizenden gevangenen geëxecuteerd met als voornaamste doel hun organen te gebruiken voor commerciële orgaantransplantaties. Vaak gaat het daarbij om gevangenen die zijn veroordeeld vanwege hun religieuze of politieke overtuiging. Dit is een uiterst grove schending van de mensenrechten.

De Verenigde Naties kunnen er niets aan doen, omdat het onderzoek door China wordt geblokkeerd. Ook het Internationaal Strafhof kan niets doen, omdat China geen lid is. De Europese Unie kan daarentegen wel iets doen, bijvoorbeeld door sancties op te leggen.

We zetten ons in voor de bevordering en de bescherming van de mensenrechten, maar deze grove schending van de mensenrechten in China blijft onbesproken. Deze kwestie moet op de agenda worden geplaatst.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Haut Représentant, chers collègues, «Words, words, words...», répétait Hamlet. «Des mots, des mots, des mots...» Nous parlons beaucoup des droits humains, mais la question qui se pose à nous est simple: quels intérêts puissants sommes-nous prêts à froisser pour donner à nos mots le poids qui leur manque? Nous condamnons le travail forcé, mais nos multinationales font fabriquer leurs produits par des fournisseurs chinois qui exploitent les esclaves ouïghours. Nous donnons des centaines de millions d'euros à des projets pour la protection de l'enfance, mais nos champions industriels ont recours à des sous-traitants qui envoient des enfants dans des mines au Niger.

Nous serons pris au sérieux lorsque nous serons sérieux, et nous serons sérieux lorsque nous mettrons au pas ces multinationales qui foulent aux pieds les principes dont nous clamons la défense.

Chers collègues, dans les semaines qui viennent, la législation européenne sur le devoir de vigilance des entreprises nous offre l'occasion unique de transformer nos mots en actes, de montrer que l'impunité des puissants n'est pas une fatalité et de prouver que la défense des droits n'est pas qu'une posture. Nous avons l'occasion d'être fidèles à ce que nous prétendons être. Ne la ratons pas.

Barry Andrews (Renew). – Mr President, 60 years ago, the Universal Declaration of Human Rights was approved, and it set out 30 freedoms that we should all enjoy – freedom of expression, freedom from torture, the right to equal protection before the law.

But last week, the Economist Intelligence Unit noted in its annual report that just 6 % of the world's population live in full democracy. And last year, Freedom House noted that 86 % of countries have stagnated or regressed in relation to human rights and democracy, and these are astonishing figures in 2022. What happened to the end of history?

But what absolutely amazes me is that in this Chamber, especially in the far left and the far right, there are MEPs that make excuses for Russia and its autocratic allies, and they make those excuses under the protection of the very same democracy that Russia seeks to destroy. This has to be called out at every opportunity. Our democracies depend on it.

Stelios Kympouropoulos (PPE). – Mr President, we are living in 2022. Our President is a woman and yet we still do not have full gender equality.

We are speaking in this Parliament as one of the symbols of democracy. But still, there are countries with authoritarian regimes suppressing their own people – countries such as Turkey, which withdrew from the Istanbul Convention, or others which have revoked measures aiming to combat the virus and address women. It is our duty to fight for women's rights, especially in regard to their learning situations in third countries, such as the situation in Afghanistan. My country, Greece, has assumed its responsibilities and provided a safe haven for several Afghan women who fled Afghanistan.

Other (*inaudible*) are also under threat, such as in Azerbaijan where the government is systematically destroying monuments and churches of Armenian Christian heritage. That is the only way that you can live (*inaudible*) expectation and prevent (*inaudible*) from being undermined.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il quadro globale sul rispetto dei diritti umani è allarmante. Siamo di fronte a un arretramento sui diritti delle donne, dei minori e della comunità LGBT, a un aumento della tratta di esseri umani, dei casi di lavoro forzato e di detenzione arbitraria, e al restringimento dei diritti di piena partecipazione democratica.

L'Unione europea deve far sentire la propria voce ancora di più e deve mostrarsi molto più coerente. La coerenza ci obbligherebbe, ad esempio, a una svolta nelle nostre politiche migratorie, ritenendo inaccettabili le condizioni in cui migliaia di persone vivono alle porte dell'Europa. Pensiamo a quel che accade in Libia, in Bosnia o nella colpevole complicità delle nostre istituzioni tra la Polonia e la Bielorussia.

La coerenza ci obbligherebbe inoltre a non stringere la mano insanguinata di Al-Sisi, quando verrà nei prossimi giorni per il summit Unione europea-Unione africana, un personaggio a cui dovremmo ricordare proprio le enormi responsabilità in materia di violazione dei diritti umani.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Kollegor! Historien får inte upprepa sig. Demokratiska och mänskliga rättigheter får aldrig bli ett privilegium för få igen. Betänkandet om mänskliga rättigheter och demokrati i världen talar dock sitt tydliga språk. Det är något unket som sker just nu. Vi ser en tillbakagång. Tillbakagången är lika närvarande i vår union som globalt, och motgiftet stavas ledarskap och politisk vilja.

Ledarskap genom att vi trycker tillbaka den negativa utvecklingen i vår egen union genom att strypa det ekonomiska stödet till skurkregeringar. Annars blir vi inte trovärdiga globalt.

Politisk vilja genom att vi ökar verktygslådan globalt. Visst är det bra med EU:s nya globala sanktionsmekanism, men det finns mycket kvar att göra. Alla våra medlemsländer måste leva upp till FN:s globala mål om minst 0,7 procent av BNI till biståndet. Arbetet för att uppnå Agenda 2030:s 17 hållbarhetsmål måste intensifieras och kvalificerad majoritet måste gälla i Europeiska rådet i frågor om kränkningar av mänskliga fri- och rättigheter.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, honourable Members, it's a pity that we don't have enough time to discuss something as important as this report on human rights. Maybe it would be better not to put this report to debate at the same time as the two other reports on security and foreign affairs. But Parliament decides how to organise its work, so it is not for me to consider doing it in another way.

But believe me, today is an important day. We are discussing something that's very important and there is some criticism and some Members saying 'words, words, words', like Mr Glucksmann. Maybe I agree with you that there is a lot of words, but, you know, words also have power and not only the word of power, but the power of words. When you don't have any of the word power, you have to use words. But not only words, not only words. We do something, we do a lot of things, don't dismiss what we are doing.

Certainly, we have to do more and we have to gather all our efforts and to keep in touch with the private sector. One of these days, soon, we will present a due diligence and we have been pushing for it. We will present a due diligence in order to make our firms, our entrepreneurs that are investing all around the world to defend human rights on practical terms. Because when you put a small boy to work in a mine, you're tampering with human rights as much as when you do a coup d'état. It is not only political rights, there are also the socio-economic rights that are an integral part of human rights. Be it about COVID-19 pandemic, about anything that's with media freedom, hate speech, all that counts.

And I think that we have a step up diplomacy, strategic communication to implement our human rights plan on defending democracy. This report contributes to this effort, I see that we have to continue joining forces with the United Nations to prepare communication material engaging firms. As far as we don't engage in the world of business to protect human rights, the socio-economic human rights will be very difficult and that's why we are working on the due diligence that soon will make an important contribution to the practical, concrete implementation of the fight against people who violate human rights.

María Soraya Rodríguez Ramos, *ponente*. – Señor presidente, gracias, y gracias a todos por este debate y gracias también por las conclusiones del alto representante.

Creo que se manifiesta que en este Parlamento hay una mayoría, un consenso, en torno a la importancia de colocar los derechos humanos y los valores en el centro de la acción de nuestra política exterior. Hay una mayoría que apuesta por más Europa, una Europa más fuerte y una Europa de los valores.

Creo también que hay un mensaje claro de la parte mayoritaria de este Parlamento: los derechos humanos no tienen ideología. Los derechos humanos son universales y los derechos humanos no son un saco del que uno puede escoger aquello que se adapta a su criterio personal o a su posible instrumentación ideológica.

Muchos ciudadanos del mundo nos miran y reconocen en este espacio de la Unión Europea una democracia, una democracia que es capaz de defender los derechos de sus ciudadanos pero los derechos también de los ciudadanos del mundo. Y por eso siguen este debate, siguen las sesiones de la Subcomisión de Derechos Humanos. Por eso buscan este amparo. Y esto significa que efectivamente, tenemos que estar a la altura.

Por todo ello, yo creo que hoy podemos decir que nuestros mayores intereses, los intereses de la Unión Europea, están en garantizar el cumplimiento estricto de nuestros valores, tanto a nivel interno, en los Estados miembros, asegurando un principio básico, establecido en los Tratados, de coherencia y credibilidad, como a nivel de nuestra política exterior.

Permítanme que acabe el debate sobre este informe recordando a todos aquellos que están sufriendo persecución, que están sufriendo represión, que se están sometiendo a juicios injustos como los de Nicaragua, como a todas las familias que están buscando también justicia por el secuestro de sus hijos, por el asesinato de sus familiares. Todos ellos tienen que saber, también, que con este informe hoy lanzamos el mensaje de que el Parlamento Europeo seguirá estando cerca de ellos.

(Aplausos)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 16. Februar 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

György Hölvényi (PPE), írásban. – Üdvözlendő, hogy a jelentés elismeri: különös figyelmet kell fordítani a vallási kisebbségekhez tartozó személyek védelmére. Ehhez elengedhetetlen, hogy a Bizottság végre kinevezze a vallásszabadság EU-n kívüli előmozdításáért felelős különmegbízottját. A dokumentumban megjelenik a vallási alapú szervezetekkel folytatott emberi jogi párbeszéd szükségessége is. Fontos eredmény, hogy a jelentés felhívja az Unió partnerországait a nemzeti, etnikai és nyelvi kisebbségek védelmére, kultúrájuk megőrzésének jelentőségére.

Kitér a migrációt kiváltó okok kezelésére is, a helyben segítség elvét követve hangsúlyozza az oktatás fejlesztésének, az életlehetőségek javításának fontosságát. Azonban a jelentés nagy része kiegyensúlyozatlan maradt. Az EP balliberális többsége különböző társadalmi csoportokat ideológia nyomásgyakorlásra használ fel. A jelentésben szerepel a gender-ideológiát erőltető Isztambuli Egyezmény ratifikációja, valamint a migráció legális útvonalainak kialakítása. Továbbá emberi jogi kérdésekben az egyhangú tagállami döntéshozatal elvetését támogatja. A baloldal a szexuális és reprodukciós egészség és jogokat erősíteni, de az anyák védelmére vonatkozó javaslatot elvetette. Ahogy nem támogatta a gyermekek azon jogának tiszteletben tartásáról szóló módosítót sem, hogy szüleik vallási, filozófiai vagy pedagógiai alapelveivel összhangban nevelkedjenek.

A részeredmények ellenére az emberi jogok védelme ideológiai háborúvá alakul át, megfosztva a jelentést eredeti céljától. Ahelyett, hogy az Unió a partnerországainak segítségére lenne az emberi jogok védelmében, ideológiai nyomásgyakorlás eszközeként használja fel azt.

15. Korruption und Menschenrechte (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Katalin Cseh im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission / Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu Korruption und Menschenrechten (2021/2066(INI)) (A9-0012/2022).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Katalin Cseh, rapporteur. – Mr President, with this report an overwhelming majority of Parliament makes it clear that the European Union needs to stand up against authoritarians and the way to do this is to go after their money. This demand has never been as important as today when Vladimir Putin's Russia is on the brink of invading Ukraine and we have to face it.

Putin has spent 20 years freely stashing his money in the West, and now he feels like he can do anything. We need to show him and the other authoritarian criminals that this is not the case and he cannot. Because just think about what's happening here – authoritarian regimes are robbing their own people, squeezing resources from them, trashing their human rights and then they take this money to buy luxury property in Italy or art in Paris or company assets in Frankfurt. And when a journalist writes about it, then expensive lawyers just show up to muzzle them.

All this is profoundly immoral – immoral and against everything Europe stands for. This is also a slap in the face for those people who suffer from authoritarian repression and, yes, also a slap in the face for every Ukrainian who is terrified of a devastating war.

But we have real power here. We have real leverage because Putin relies on access to Europe. He needs to keep his oligarchs happy with their yacht parties in our ports and their money stashed in our banks. We need to use this leverage now.

So, in this report, we call for a more effective sanctions framework against oligarchs. We also call for stricter due diligence and transparency in sectors such as finance and real estate – because let's face it, this is where shady money finds their way into the legitimate economy. And we also call for financial support and legal protection for activists, whistleblowers and journalists who are our strongest allies in this fight and who should never be silenced or intimidated by autocrats and the oligarchs who they investigate. We have to use our leverage and we have to purge tainted money out of the EU once and for all.

So, let's face it, there is a very clear divide emerging in this Parliament. The pro-European centre wants to stand up against the growing influence of Russia or China, while the far right, unfortunately led by the Orbáns, the Le Pens and the Salvini's are actively blocking it.

Hungary's Foreign Minister, Péter Szijjártó, for instance, he keeps saying that the EU should lift even the existing sanctions regime on Russia and that sanctions don't work. Well, I have to say this is the only way to show that actually they do work because no surprise that Putin's Trojan horses are campaigning against them. Opaque business dealings can always count in the background. So we are calling for the EU to very thoroughly monitor this. We have to look into the financial ties between the Kremlin and the far-right parties, and we have to scrutinise large-scale investment projects financed by Moscow or Beijing.

Russia, for instance, is building a nuclear power plant in Hungary, a EUR 12.5 billion project awarded without a public tender. China is involved in a grand railway construction project and in the building of the Fudan University's Budapest Campus. Billions of euros and the terms and conditions of these projects are classified for decades. No means to scrutinise how this money is being spent and the oligarchs connected to the Prime Minister are carving out their own slice.

For most of the time, the EU has been passively watching on the sidelines, watching this creeping influence, despite repeated warnings about security risks that might be entailed. So it's time to put an end to this. This set of recommendations shows a clear way how.

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, Honourable Members, corruption affects nearly all aspects of our society. It undermines the respect of human rights, the rule of law, democracy and growth. It represents the opposite of what we stand for as Europeans.

And it has a cost. The cost of corruption is immense. It is estimated from 2-5% of global GDP. Corruption represents a structural obstacle to the full enjoyment and respect of human rights. Let us think, for example, the right to health. With the COVID pandemic straining all our resources and our healthcare systems, corrupt practices may divert crucial resources from hospitals and healthcare professionals, but also corruption affects disproportionately vulnerable groups and persons.

For us in the European Union, the fight against corruption is synonymous to the model of society we represent, and your report rightfully refers to the link between internal and external coherence, which is indeed crucial for the credibility of our action. Within the EU, the Commission is systematically monitoring anti-corruption measures in all Member States within the framework of the rule-of-law mechanism and the prevention of corruption is also key in the post-pandemic recovery and resilience plans of our Member States. Our European Public Prosecutor's Office can investigate and prosecute all perpetrators of criminal offences affecting the budget of the European Union, and they know that.

At the global level, the Union is a party to the UN Convention Against Corruption (UNCAC) and supports actively its universalisation. It is also one of the conventions that GSP+ beneficiary countries need to ratify and effectively implement. The fight against corruption and the protection of human rights are cross-cutting and mutually reinforcing elements in our external action. The EU Action Plan on Human Rights and Democracy 2024 includes concrete anti-corruption actions, which we are also implementing on the ground.

A few examples, an EU/Council of Europe Horizontal Facility II, we contribute to the order of EUR 35 million to increase compliance of enlargement countries with European standards and EU *acquis*, including in the areas of rule of law and fight against corruption. And, additionally, our human rights dialogues are opportunities to discuss issues related to corruption and its negative impact on the universal respect of human rights.

EU anti-corruption support to third countries follows a holistic and human-rights-based approach, with a view to tackling links between corruption, human rights and the improvement of transparency, the fighting against impunity, the strengthening of the anti-corruption agencies and the support of the investigative capacity and justice reform, as well as international judicial cooperation.

Just to give you an example of this multi-layered approach, only in Nigeria we are actively involved in a project of EUR 25 million to promote the rule of law and fight corruption. We are now engaged in a safe and enabling environment for civil society that has a crucial role to play as an actor against corruption. We protect whistleblowers and provide support to national human rights institutions, human rights defenders and journalists at risk. They are all our valuable allies in exposing corruption and corporate abuse. Honourable Members, this is a fight in which Europe has a lead and this is a fight that Europe is determined to win.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

16. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor wir mit der Aussprache fortfahren, eröffne ich nun die zweite heutige Abstimmungsrunde.

Wir stimmen über die in der Tagesordnung angegebenen Dossiers ab.

Die Abstimmungsrunde ist von 20.00 bis 21.15 Uhrgeöffnet.

Es kommt das bekannte Abstimmungsverfahren zur Anwendung.

Alle Abstimmungen erfolgen namentlich.

Ich erkläre die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet.

Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde werden morgen um 9.00 Uhr bekannt gegeben.

17. Korruption und Menschenrechte (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Katalin Cseh (A9-0012/2022) fort.

Leopoldo López Gil, *en nombre del Grupo PPE.* – Señor presidente, señor alto representante, el informe que hoy debatimos deja clarísimo que la corrupción es una amenaza para la democracia, el respeto de los derechos humanos y el Estado de Derecho. La Unión Europea debe dar ejemplo a la comunidad internacional combatiendo esta lacra a todos los niveles.

En primer lugar, a nivel interno. Por ello es necesario promover la armonización de reglas a nivel europeo y reforzar los instrumentos que ya tenemos en funcionamiento para combatir la corrupción, promover la cooperación entre la Unión, los Estados miembros y terceros países, especialmente en el ámbito judicial y policial, y permitir el intercambio de información para poder llevar a criminales ante la justicia y resarcir a las víctimas.

El ámbito de esta lacra es transversal y universal. La corrupción abarca sobornos, flujos de dinero ilícito, lavado de activos, tráfico de influencias, drogas y un largo etcétera. La injerencia extranjera en procesos democráticos y los asesinatos de periodistas, jueces y miembros de la sociedad civil son las estrategias para el silenciamiento de las denuncias de estos crímenes.

Combattir esta amenaza a nivel internacional no es tarea fácil. El aumento del autoritarismo y la desaparición de las democracias proporcionan un terreno fértil para la extensión de esta actividad ponzoñosa. Es imperativo modificar cuanto antes el actual régimen de sanciones de la Unión Europea, ampliando su ámbito de aplicación para incluir todos los actos de corrupción y crear un nuevo régimen para sancionarlos. Digamos no a la corrupción, enviando un mensaje fuerte al Consejo y al alto representante. Es imprescindible que la votación de mañana sea a favor de este informe.

Raphaël Glucksmann, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, chers collègues, combien de temps allons-nous tolérer que les tyrans dépensent chez nous l'argent qu'ils volent à leur peuple? Combien de temps allons-nous laisser les brigands de Vladimir Poutine jouir de leurs villas sur nos côtes, de leurs chalets dans nos montagnes, de leurs yachts dans nos ports?

Alexandre Babakov, vice-président de la Douma, est l'un des membres les plus pauvres du Parlement russe, selon les déclarations officielles de patrimoine. Il possède pourtant un appartement luxueux à Paris et un château dans les Yvelines. Dmitri Peskov, porte-parole du Kremlin, collectionne les appartements dans les arrondissements les plus chics de la capitale française. Denis Popov, procureur général de Moscou, multiplie les résidences sur la Costa Brava comme des petits pains. La liste est longue. Alpes, Côte d'Azur, Sardaigne, Marbella, Paris, Berlin... Tous ces grands pourfendeurs de la décadence européenne aiment nos plages et nos pistes de ski. À nous donc de leur montrer qu'on ne peut pas faire la guerre à nos portes et faire mouiller son yacht dans nos ports.

Chers collègues, la lutte contre la corruption est une priorité affichée de notre politique étrangère. Mais cela ne fonctionnera pas tant que nous accueillerons ici l'argent volé là-bas, tant que nos banques offriront l'asile au butin des pillards, tant que les États membres vendront une nationalité européenne au premier oligarque venu, tant que nos dirigeants négocieront leur retraite dorée avec Gazprom ou avec Huawei.

Chers collègues, nous exigeons dans ce rapport la cohérence la plus basique. Nous demandons une législation européenne sur la confiscation et la restitution des biens mal acquis. Nous demandons un mécanisme de sanctions ciblées contre les coupables de grande corruption. Nous demandons des règles communes mettant fin à la trahison de ces dirigeants qui, de Schröder à Fillon, se vendent à des intérêts étrangers hostiles. Nous demandons, en un mot, du courage. Voilà ce qui nous rendra puissants.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, corruption is the economic, political and psychological aspect of human rights violations. It distorts socio-economic realities, hinders access to public goods and quality services, and creates artificial hierarchies that impose additional costs on citizens and entire societies.

The EU needs real Magnitsky sanctions that include corruption as a sanctionable offence. Our democratic allies – the United States, Canada, United Kingdom and Australia – all include corruption under their Magnitsky legislations. The absence of corruption at the EU level is not only restrictive but also means that we lag behind our global partners.

By avoiding to punish high-level corruption, thus we become accomplices to human rights crimes. We fail the same people – human rights defenders and democracy activists – who we unconditionally support. Corrupt autocrats repress peaceful protests, illegally imprison people demanding basic freedoms and rights, and despite all of this, are free to use their ill-gotten wealth to maintain their power and enjoy a life of luxury, including real estate, holidays and education of their children in the West.

Together with colleagues, we have repeatedly called on the European External Action Service and the Council to put an end to such abuses, and to update the European Union Magnitsky Act to include corruption. We will insist until this done.

Jordi Solé, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, there are a growing number of authoritarian regimes run by kleptocrats and extractive elites. They blatantly use power to enrich themselves, while repressing dissenting voices to ensure that they can continue to steal with impunity. Against this background, the EU needs to lead global efforts to end systemic corruption, which erodes human rights, institutionalises crime and perpetuates inequalities. We should take full advantage of our foreign policy toolbox in order to tackle big corruption.

But corruption is a complex and global phenomenon that, in one way or another, affects all countries and therefore requires efforts both at international level and at home. In this regard, the EU needs to be more effective in combating, within its borders, issues like tax evasion, illicit trade, banking secrecy and money laundering, shortcomings in the implementation by Member States of EU anti-corruption regulations, EU-based secrecy jurisdictions and tax havens, and certain financial and legal actors based in the EU. All this emboldens corrupt actors outside the EU and allows the disguising of illicit financial flows into the EU.

Therefore, our report includes a call to recognise the responsibility of certain EU-based individuals and entities as enablers or beneficiaries of corruption abroad and to take action. It is time for the EU to push back against the global threat of kleptocracy, and this also requires acting against complicity happening right before our eyes.

Maximilian Krah, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Schattenberichterstatter habe ich mit großem Interesse die Rede der Berichterstatterin gehört, denn ich lese in dem Bericht die Worte Putin, Orbán und Le Pen nicht. Insofern willkommen im ungarischen Wahlkampf!

Das Wort, das ich aber lese, heißt OLAF, eine europäische Institution, die gegen Sie namentlich ermittelt hat wegen Korruptionsvorwürfen. Diese Art von Doppelmoral ist leider etwas, was die Vorurteile gegen das Haus bestätigt. Und dass der Kollege Glucksmann von der S&D-Fraktion den sozialdemokratischen deutschen Kanzler Schröder namentlich angreift, erlaube ich mir als deutscher Abgeordneter ebenfalls als unverschämt zurückzuweisen.

Korruption ist intransparent, und Korruption führt dazu, dass politische Abläufe beeinflusst werden außerhalb des demokratischen Prozederes. Aber warum reden Sie dann nicht von den zahlreichen NGOs und der Möglichkeit, ganz legal diese Demokratie zu beeinflussen? Der Bericht hat leider Schlagseite, und deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, moramo postaviti parametre kako treba, a parametri su takvi da nekoliko velikih fondova kontrolira ogroman, ako ne i sav dio ekonomije, pogotovo zapadne. Drugo, da jedan milijarder ima veću imovinu nego milijarde drugih ljudi. Govorimo o entitetima s neograničenim resursima koji su se još više povećali u ovoj krizi. Došlo je do najvećeg transfera bogatstva. Logično je, dakle i jasno, da se radi o neograničenom korupcijskom potencijalu.

Političari su donosili neznanstvene i nedemokratske odluke, mediji su širili cenzuru i strah, da bi se na kraju ispričavali. Znanost je davala često namjerno pogrešne procjene. Kolika su ugledna sveučilišta izgubila svoj prestiž u ovoj krizi. Svi su oni upregnuti u kočije marketinga. Iskorištena je, nažalost, izvršna vlast za napad na ljudska prava, na rad, na kretanje, na izražavanje, na liječenje i brojna druga.

Tražim da se temeljito istraže veze između Komisije i farmaceutskih kompanija, pogotovo od strane Ombudsmana. Ovakvu sistemsku korupciju moramo sankcionirati, inače je samo pitanje vremena prije nego sve preuzme.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, on l'a dit, la corruption est un problème endémique. On la retrouve sur tous les continents. Elle n'est pas propre à un continent ou à une culture; elle est propre au pouvoir et à la non-transparence. La corruption est un phénomène dévastateur pour la disponibilité, la qualité et l'accessibilité des biens et des services liés aux droits humains, et il y a une étroite corrélation entre la corruption et les violations graves des droits humains.

Pourtant, le régime mondial de sanctions n'a pas inclus la corruption en tant que telle dans les phénomènes de violation grave des droits de l'homme. Je pense qu'il est nécessaire de corriger le tir et d'intégrer la corruption dans ce mécanisme.

Je donne un exemple: les États-Unis, en 2020, ont sanctionné un certain M. Dan Gertler, magnat israélien agissant en République démocratique du Congo qui a volé plus de 4 milliards de dollars au peuple congolais par des opérations minières opaques. Quand les États-Unis ont sanctionné M. Gertler, l'Union européenne, ne le sanctionnant pas, lui donnait accès à des opérations qui n'étaient plus possibles aux États-Unis. Ainsi, grâce à ce paradis que représente l'Union européenne pour les corrupteurs, il a pu continuer à voler l'argent du peuple congolais.

Des exemples tels que celui-là, il y en a des centaines aujourd'hui dans le monde, que nous acceptons sur le territoire européen. Nous devons en finir avec cela.

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Kommissionär! Kollegor! EU:s medlemsländer måste leva upp till de demokratiska värderingar som de skrivit under. Rättsstatens principer skyddar inte bara individens rättigheter utan är avgörande för att bekämpa korruption och maktmissbruk. EU-kommissionen måste ta i med hårdhandskarna mot länder som Polen och Ungern som bryter konsekvent mot rättsstatens principer och där korruption kan frodas när institutioner försvagas och monteras ner.

Jag har sagt det förut och jag säger det igen. EU är ett samarbete, inte en bankomat, och länder som bryter mot spelreglerna ska straffas hårt. Korruption är ett hot mot demokrati och mänskliga rättigheter. EU måste sopa rent framför egen dörr och hålla rent hus mot dem som vill använda våra friheter, vår ekonomi och våra institutioner för korruption och ekonomisk brottslighet. EU är ingen frizon för korrupta skurkar. De ska träffas av sanktioner som svider hårt.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Mr President, too many Europeans think that corruption is something that happens far away, that leaders stealing from their citizens is something that doesn't happen in the European Union. Too few Europeans, unfortunately, know that we make it possible. European banks launder the money. European accountants develop the shell companies structures to hide the money. European real estate companies help to create safe havens for the stolen assets, and European countries provide the golden visas or sell the passports that allow people to enjoy the stolen proceeds.

But this does not only create devastation in the rest of the world. It actually has a real impact on our citizens because, for example, it inflates real estate prices in pretty much every city on this continent. So this is one of the direct effects that global corruption has on the life of our citizens, and this has to stop. The EU must not be a safe haven for stolen assets. Dirty money should not be allowed and should not be welcome on our continent, and the EU should lead the fight against kleptocracies, wherever they exist.

I think Katalin Cseh has made an excellent list of things that we can do to be better in that fight against kleptocracy, and we should get going right away on putting this into place.

Alessandro Panza (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come purtroppo spesso accade in quest'Aula si usa un tema importante per fare della bassa propaganda. Ritengo che sia fondamentale però analizzare il nesso tra diritti umani e la corruzione, come affrontato nel testo, anche se in alcune parti l'approccio usato è astratto e contaminato da troppa ideologizzazione, ma lo sappiamo.

Come ad esempio, a mio avviso, sarebbe interessante e necessario approfondire il tema della corruzione anche nel campo dell'accoglienza dei richiedenti asilo. Episodi di corruzione nella tutela dei diritti umani in questo campo non sono più tollerabili. È risaputo che questo tipo di attività è stata al centro di numerosi fenomeni di illegalità, generando non pochi danni agli enti pubblici e alle persone che realmente necessitano di tutela internazionale. Troppi si sono arricchiti grazie alla corruzione in questo ambito.

Temi come questi dovrebbero essere al centro dell'azione del Parlamento. Accantoniamo per un attimo le ideologie e agiamo in modo incisivo e pragmatico contro la corruzione di chi si incensa a protettore dei diritti umani e degli ultimi, ma poi ha come unico interesse pianificare atti di corruzione per arricchirsi.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, a corrupção representa uma evidente fonte de violações dos direitos humanos e de ataques à democracia que minam o Estado de Direito e as instituições. Sendo um fenómeno global, o seu combate deve fazer-se presente de forma transversal em todas as políticas da União Europeia.

Já aqui foram falados muitos casos de corrupção, espalhados por diversos países com os quais a União Europeia mantém laços. Quero aqui lembrar o caso do Azerbaijão, onde a família Aliyev mantém um regime corrupto e cleptocrático com o beneplácito da União Europeia, através de alguns dos seus comissários, como dois que, recentemente, visitaram o Azerbaijão.

Peço ao Senhor Comissário que esclareça que tipo de diálogos foram mantidos entre estes dois comissários e o Sr. Aliyev. Peço que isto seja esclarecido e que se adote, rapidamente, o mecanismo de sanções em matéria de corrupção.

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, this was an interesting debate, which testifies to the need to keep our attention on the nexus between corruption and human rights and our external action. Let me highlight once again our commitment, as the European Union, to fight against corruption at global, multilateral, regional and country level, whilst always addressing the very real link with human rights.

Our approach is comprehensive, whilst acknowledging that there is no one-size-fits-all approach to dealing with corruption and appropriate solutions must always be context-specific. We, as a union, have an impressive toolbox at our disposal, which we are strengthening further. You, as a House, have your budgetary control powers, the rule of law mechanism, OLAF, the European Public Prosecutor's Office and the Ombudsman. We also have the money.

For the next seven years, we plan to support work on anti-corruption in all its forms in the vast majority of partner countries across the world, and we are also committing more funds to our human-rights-defender programmes and the civil-society organisations that can be valuable allies in this global effort.

The European Union is not a paradise to kleptocrats, as Ms Arena said. The European Union will be hell for kleptocrats, and I take this opportunity to salute the work of the rapporteur because her report matters.

Katalin Cseh, *rapporteur*. – Mr President, colleagues, this is my first text as a rapporteur in human rights, and I have to say I'm very proud of it. Together with my great shadow rapporteur colleagues, we managed to put together an extensive, but also ambitious, set of recommendations that draws up a clear strategy for the Council and for the external services to follow.

I believe the two main strengths we have in this report are its pragmatism, but also its complex approach. It is indeed a pragmatic text because I am convinced that the way to pursue a value-based EU foreign policy is not only through big words, but also through practical instruments. For instance, we should never forget that we are a market of 450 million people, and this gives us very concrete tools to promote our values across the globe. We can leverage our trade agreements, our financing programmes and the corporate value chains to promote our human rights and good governance all across the globe.

And the other important message, I believe, is that global problems are interlinked and we have to see them in their complexity. Take just the example of climate action, human rights and anti-corruption. Communities all around the world suffer from polluted air, deforestation, polluted waters, and the very fact that it happens to them is an attack on their rights. But from the Philippines to Colombia, there is always a network of corruption in the background: oligarchs, bribery, organised crime.

We need to recognise these links so that we can step up to fight for the environment, and we need our mandatory due-diligence law to make sure that No European companies are complicit in these crimes because the health of our planet also depends on the health of our democracy.

And finally, this Parliament stands with the activists, with the human rights defenders, with the investigative journalists worldwide who are on the forefront of this fight against kleptocracies. Designing programmes to support them by all financial and legal means possible is one of the key priorities of this report.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 16. Februar 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Kinga Gál (NI), írásban. – Cseh Katalin jelentéstevő ellen az Európai Csalás Elleni Hivatal (OLAF) nyomozást folytat európai uniós közpénzeket érintő csalás megalapozott gyanúja miatt. A Cseh Katalin vezette cég és a családjához köthető vállalatok üzleti köre a megalapozott gyanú szerint a hazai és uniós fejlesztési forrásokat csalárd módon elcsaló céghálózatként működtek. Így az ő nevével jegyzett korrupciós jelentés az emberi jogok területén hiteltelenné válik. A korrupcióval szembeni hatékonyabb fellépés szükségessége nem kérdés úgy az Unión belül, mint azon kívül. De minden szempontból megkérdőjelezhető, hogy az EP külügyi antikorrupciós jelentését egy súlyos, több milliárd forintot érintő csalásnyús ügyben érintett politikus neve fémjelezze.

A jelentés maga több elfogadhatatlan elemet is tartalmaz. A minőségi többségi szavazásra való áttérés az Unió külpolitikájában ellentétes az uniós alapszerződésekben foglaltakkal, így számunkra teljességgel elfogadhatatlan. Az Unió közös érdeke, hogy megmaradhasson a kis tagállamok súlya és szava. Márpedig a többségi szavazás bevezetésével ezen nemzetek a számukra is fontos kérdésekben lennének megfosztva az EU emberi jogi politikáját érintő befolyásolásának lehetőségétől, illetve attól az alapvető joguktól, hogy egyenlő esélyekkel és azonos mértékben képviselhessék szuverén nemzeti érdekeiket.

18. Umsetzung der Spielzeug-Richtlinie (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Brando Benifei im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über die Umsetzung der Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherheit von Spielzeug (Spielzeug-Richtlinie) (2021/2040(INI)) (A9-0349/2021).

Brando Benifei, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, secondo l'ultimo rapporto sul sistema europeo di notifica dei prodotti pericolosi, il *Safety Gate*, i giocattoli sono tra i prodotti con più segnalazioni da parte delle autorità nazionali: il 27 % del totale nel 2019.

Il gioco è un momento fondamentale per lo sviluppo motorio e cognitivo dei bambini, ma può esporli anche a numerosi rischi per la salute, non necessariamente visibili sul momento ma anche con impatto a lungo termine. Per questo la legislazione sui giocattoli è uno strumento fondamentale. La direttiva 2009/48/CE ha finora giocato sicuramente un ruolo positivo, ma rimangono alcuni problemi di flessibilità e incongruenze da correggere, oltre alla necessità di affrontare le nuove sfide emerse sia dalle più recenti evidenze scientifiche sia dalle nuove tecnologie.

Nella relazione prendiamo in esame questi punti e avanziamo delle proposte alla Commissione e agli Stati membri.

Un aspetto importante è quello delle sostanze chimiche, dove riscontriamo vari problemi. Le deroghe per le sostanze cancerogene, mutagene o tossiche per la riproduzione prevedono una concentrazione troppo elevata di tali sostanze per garantire una protezione efficace. Dato il loro rischio elevato per la salute dei bambini, chiediamo di valutare una riduzione della possibilità di deroga. I valori limite per le nitrosamine nella direttiva sono troppo alti, come ammesso dalla stessa Commissione, e devono essere ridotti almeno alla soglia già adottata ad esempio in Germania, in deroga alla direttiva.

Chiediamo inoltre una seria valutazione sull'eventuale eliminazione della distinzione per le sostanze chimiche tra giocattoli per bambini sotto i 36 mesi e gli altri. Un bambino resta vulnerabile anche al 37° mese di età, senza contare che questa distinzione consente anche di aggirare facilmente la norma, dichiarando che un gioco è riservato ai bambini che superino quell'età anche quando non è così.

Questi punti non possono attualmente essere modificati senza una procedura di codecisione, che ha tempi lunghi. Anche per questo abbiamo chiesto una revisione della direttiva, che abbiamo constatato con piacere sia stata confermata nel frattempo dalla stessa Commissione. Chiediamo quindi che si utilizzi questa occasione per convertire la direttiva in un regolamento, affinché sia direttamente applicabile in tutti gli Stati membri.

Chiediamo di mantenere gli impegni presi anche sui giocattoli dalla Commissione con la strategia in materia di sostanze chimiche sostenibili. Tra gli altri, cito quello di estendere agli interferenti endocrini l'approccio generico per la gestione del rischio, per garantire che anche queste sostanze siano vietate nei giocattoli.

La revisione inoltre può essere un'occasione per esplorare la possibilità di inserire nell'etichettatura elementi sulla durata di vita e la riparabilità, per aumentare gli aspetti di sostenibilità anche nei giocattoli, in linea con gli obiettivi dell'economia circolare.

Per quanto riguarda le nuove tecnologie, l'emersione di giocattoli connessi o che fanno uso di intelligenza artificiale pone nuove sfide, evidenziando la particolare vulnerabilità dei bambini a interventi esterni di manipolazione o di localizzazione.

Dobbiamo tenere conto di questi aspetti, in questo e in altri strumenti legislativi, dalla cibersecurity, ai prodotti connessi, all'intelligenza artificiale, perché il tema della privacy e della salute mentale dei bambini è diventato più pressante visto che tali prodotti sono sempre più presenti nelle loro vite.

Concludo affrontando uno dei problemi fondamentali per la sicurezza dei giocattoli oggi, ossia la proliferazione di giochi pericolosi soprattutto online. Voglio fare una premessa: il settore dei giocattoli in Europa è costituito per la stragrande maggioranza da piccole e medie imprese che fanno grandi sforzi – va riconosciuto – per immettere sul mercato solo giochi conformi a tutte le regole. Purtroppo però non tutti gli altri produttori sono così interessati a rispettarle. Per questo il problema non sarà risolto se non vi sarà un'azione incisiva da parte dei cosiddetti *marketplace* nel controllare i loro venditori e nel prevenire la riapparizione di giochi non sicuri, già rimossi dalle loro piattaforme.

Le autorità di vigilanza del mercato sono impegnate al massimo e certamente devono fare ancora di più, soprattutto in alcuni Stati membri, coordinarsi meglio e ricorrere alle nuove tecnologie, ma hanno bisogno di risorse e non riescono a coprire tutto. Quindi sarà fondamentale il risultato dei negoziati sull'atto europeo sui servizi digitali, attualmente in corso, per migliorare la situazione e garantire che ciò che è illegale offline lo sia anche online.

Queste le principali questioni poste nella relazione che voteremo domani e che spero avrà un ampio sostegno da tutto il Parlamento europeo.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Mr President, the Commission welcomes this report and commends Brando Benifei and all the shadow rapporteurs for their detailed and balanced assessment on the implementation of the directive.

Toys are important for child development and for the economy, and children are particularly vulnerable and deserve the highest protection. We all agree on that. Ensuring that toys do not put children at risk must be a universally respected priority. The Toy Safety Directive already imposes safety requirements that are amongst the strictest in the world. However, as your report rightly points out, EU rules for toys can still be improved, in particular regarding protection from chemical risks.

We in the Commission share the main conclusions of your report, which also reflect the shortcomings that we ourselves identified in our evaluation report published two years ago. I'm very pleased to report to this House that the Commission is already working towards the revision of the Directive. The main objectives of the revision will be to strengthen the protection of children when playing with toys, in particular from chemical substances, and to reduce the number of non-compliant toys that can still be found in our European market.

This revision will also follow up on the commitments in our chemical strategy for sustainability. We will look for measures to extend the prohibition of substances that are carcinogenic, mutagenic or toxic, endocrine disruptors and other classes of harmful substances. In this manner, the most harmful substances would be preventively banned in toys. Limited derogations to these general bans would, of course, be provided.

Furthermore, we will consider how to provide the Directive with the necessary flexibility to adapt to new scientific knowledge, especially on chemical risks, which, as you know, is constantly evolving. This would allow for adapting or introducing limit values for harmful chemicals, not only for toys for younger children as is the case today. Older children may be equally exposed and therefore should also be protected.

We take note of the Parliament's concerns on cybersecurity or privacy in toys. We will explore options to strengthen protection not only of the physical health and safety of children, but also of their mental health and cognitive development. Other initiatives at EU level which are currently addressing cybersecurity and privacy in products, including toys, will of course be taken into account.

On market surveillance, your report highlights the need for effective market surveillance of products, particularly in online sales, and we share your concerns about the high number of non-compliant toys that are still found in the European market. We will investigate additional measures to improve compliance and enforcement of the toy safety rules, including the generalised use of digital technologies to require that certain compliance information be embedded in the toy itself. Certain legislative developments, such as the recent Market Surveillance Regulation, as well as the Digital Services Act, will of course be considered in this assessment.

Honourable Members, the Commission looks forward to our continued cooperation on this important file.

Marion Walsmann, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was gibt es Schöneres, als einem Kind beim Spielen zuzusehen, wie es mit dem Baukran durch den Sandkasten fährt oder mit dem Teddy im Arm einschläft?

Umso erschreckender ist es, zu erfahren, dass im vergangenen Jahr jedes fünfte Produkt, das von der EU als gefährlich eingestuft wurde, ein Spielzeug war. Es kann und darf nicht sein, dass heutzutage Spielzeuge giftige oder schädliche Chemikalien enthalten, die zu Krebs führen oder Genmutationen hervorrufen können.

Wir müssen dringend handeln mit dem Ziel, nicht nur dafür Sorge zu tragen, dass gefährliche Spielzeuge gar nicht erst in den Binnenmarkt gelangen, sondern dass sie, wenn sie dann doch auf den Binnenmarkt gelangt sind, schnellstmöglich erkannt und aus dem Verkehr gezogen werden. Wir müssen zielgenau dort eingreifen, wo es auch tatsächlich nötig ist, um die redlichen Anbieter von Spielzeugen nicht unnötig zu belasten und die Produkte nicht zu verteuern. Und gleichzeitig müssen wir die schwarzen Schafe konsequent aus dem Verkehr ziehen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, erstens schneller auf wissenschaftliche Erkenntnisse durch gezielte Anpassung von chemischen Grenzwerten reagieren zu können, zweitens die Risiken durch sogenannte vernetzte Spielzeuge zu erkennen und zu bannen und drittens auf die Herausforderungen der Online-Vertriebswege einzugehen. Heutzutage gelangen die gefährlichen Spielzeuge größtenteils über Online-Marktplätze und aus Drittstaaten direkt in die Hände unserer Kinder. Die Online-Marktplätze müssen mehr tun, um die schwarzen Schafe aus dem Verkehr zu ziehen.

Mit Absichtserklärungen kann die Einfuhr von unsicherem Spielzeug jedenfalls nicht wirksam unterbunden werden, und zudem müssen die Kontrollen sowohl offline als auch online effizienter werden. Die Marktüberwachungsbehörden brauchen angemessene personelle und finanzielle Ressourcen, um ihre Aufgabe effizient erledigen zu können.

Wenn die Durchsetzung nicht klappt, nützt das beste Gesetz nichts. Mehr Sicherheit für unsere Kinder und zugleich faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen – das ist unser Ziel, verehrte Kommission, darauf setzen wir in dem Vorschlag.

PREDSEDÁ: MICHAL ŠIMEČKA*podpredseda*

Christel Schaldemose, *for S&D-Gruppen*. – Hr. Formand! Jeg vil gerne starte med at rose hr. Benifei for en utrolig vigtig og god betænkning. I virkeligheden kan det jo siges helt simpelt. Alt legetøj der købes i og til EU, skal være sikkert. Desværre ser vi i dag, at det ikke er tilfældet. Der bliver solgt legetøj fra ikke mindst tredjelande på onlinemarkedspladser, som slet ikke lever op til vores regler på det indre marked. Forældre kan alt for nemt klikke farligt legetøj ned i kurven. Legetøj med kræftfremkaldende stoffer, med løse dele eller med stærke magneter, som ødelægger mavesækken på børn. Bare for at nævne nogle af de problemer, der er. Sådan må det ikke være. Det skal vi ikke acceptere. Forældre, bedsteforældre og andre skal kunne handle trygt online, og farlig kemi hører simpelthen ikke hjemme i vores legetøj. Onlinemarkedspladserne giver øget tilgængelighed for farligt legetøj, og dermed bliver det nok en af de største udfordringer for at få mere sikkert legetøj i EU. Vi skal have lukket hullerne i lovgivningen. Platformene bør blive ansvarlige, og jeg glæder mig over, at betænkningen blandt andet også tager dette op. Vi skal have løst problemet, så folk og børn kan lege med sikkert legetøj.

Vlad-Marius Botoș, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Schinas, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Unsere Kinder beginnen, die Welt kennenzulernen, zu erforschen und ihre Fähigkeiten mithilfe von Spielzeug zu entwickeln. Unsere Kinder lernen schon in jungen Jahren Farben, Zahlen, Formen und machen dann spielerisch mit geometrischen Fähigkeiten weiter.

Da Spielzeuge Teil des Lebens und der Entwicklung unserer Kinder sind, ist es wichtig, die Spielzeug-Richtlinie zu bewerten und schnell Änderungen dieser Eigenschaften oder eine Verringerung des Gehalts an Stoffen zu fördern, die für die Gesundheit von Kindern gefährlich sind. Dieses Spielzeug muss sicher sein, egal ob es in Geschäften oder online gekauft wird, ob es in der Europäischen Union oder in Drittländern hergestellt wird.

Wenn es um die Gesundheit unserer Kinder geht, müssen wir sehr vorsichtig sein. Ohne ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nutzen und Risiken, zwischen der Innovationsfähigkeit und den für die Spielzeugherstellung zulässigen unbedenklichen Stoffmengen, werden wir gleichzeitig einen Markt gefährden, auf dem fast 6 000 Kleinunternehmen in der Europäischen Union tätig sind. Und mehr: Der Preis für Spielzeug könnte zunehmend unerschwinglich werden. Wir müssen auf wissenschaftliche Studien achten und gleichzeitig Bürokratie, Kennzeichnungs- und Verpackungsvorschriften, die nichts mit der Sicherheit und Gesundheit von Kindern zu tun haben, so weit wie möglich abbauen.

Meiner Meinung nach zeigt unser Bericht – und ich danke dem Berichterstatter und den Schattenberichterstatern für deren Arbeit – genau das, nämlich die Notwendigkeit von Ausgewogenheit und Dialog mit den Herstellern und Verbraucherschutzorganisationen, um sicheres, gesundes, innovatives und kinderfreundliches Spielzeug zu haben.

Katrin Langensiepen, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, thank you first of all, dear Mr Benifei, and thank the shadows for a cooperative atmosphere during the process and negotiation. A high number of toys on the market are unsafe and can harm children, and this is unacceptable for us as Greens/EFA. This is why we are asking for an ambitious revision of the Toy Safety Directive that should guarantee that our kids are safe when playing with their toys. Mr Beneifei's initiative report will give some good guidance for that revision.

As Greens, we are happy to see the amendments were accepted in the Committee on Internal Market and Consumer Protection (IMCO), such as adaptive toys. We stress the need to develop ambitious standards for adaptive toys that allow children with disabilities to enjoy and interact with toys they may not be able to otherwise.

Second one, going beyond children's age limit for chemical toxicity, specific limit values for any chemicals and toys can be set. However, these limit values only apply to toys for children under the age of 36 months and toys indeed intended to be put in the mouth. Yet chemical toxicity does not vanish when a child reaches the age of 36 months. Smart toys are very important. So far the directive does not cover internet-connected toys. We have therefore highlighted new vulnerabilities and risk posed by connected toys in terms of childrens' safety, security, privacy and mental health.

Further gains are improving data collection, ambitious standards, the prohibition of CMR chemicals should have no derogation detecting unsafe toys, online sales of toys and addressing grey zones. Thank you for your support tomorrow during that vote.

Alessandra Basso, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il tema della sicurezza dei giocattoli è per noi di grande rilevanza, perché direttamente collegato con la tutela della salute dei bambini che sono il nostro futuro.

Il lavoro svolto dalla commissione IMCO è stato positivo ed abbiamo affrontato temi importanti, quali la sicurezza delle sostanze chimiche utilizzate, la sorveglianza dei prodotti nel mercato e gli effetti dell'applicazione delle nuove tecnologie ai giocattoli connessi.

Sarebbe opportuna, come chiesto alla Commissione, l'introduzione di nuove tecnologie, come la *blockchain*, per consentire la tracciabilità dei prodotti e l'individuazione di quelli non sicuri, tutelando, da un lato, la sicurezza dei nostri consumatori e facilitando, dall'altro, il lavoro delle autorità competenti che riceverebbero informazioni dettagliate e aggiornate sui prodotti e sulla loro tracciabilità.

Sono soddisfatta che nel testo si sia affrontato il tema dei bambini con disabilità. Spero che la Commissione ne tenga debito conto, considerato che i giocattoli sono molto importanti nella crescita psicologica e fisica. Purtroppo i giocattoli per i bambini fragili sono acquistabili con difficoltà, con costi molto superiori ai giocattoli generici, poiché necessitano di costosi e complessi adeguamenti. Eppure sono oggetti importanti, perché accrescono la collaborazione con il bambino, che diventa protagonista nell'attività terapeutica e sono utili all'inclusione sociale.

La vita è più divertente se si gioca. Il vero vincitore di un gioco non è però chi arriva primo, ma chi si diverte di più e ci auguriamo che i nostri bambini possano divertirsi sempre con giocattoli sicuri.

Beata Mazurek, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Na początku bardzo wszystkim dziękuję za pracę nad tym sprawozdaniem, sprawozdaniem jakże ważnym, bo dotyczącym ochrony naszych dzieci. Zdajemy sobie sprawę, że pomimo wdrożenia przepisów istniejącej dyrektywy z 2009 r. rynek wewnętrzny i konsumenci wciąż mierzą się ze znaczną ilością niebezpiecznych zabawek, ale i innych produktów, z którymi dzieci mają styczność na co dzień.

Choć dyrektywa wymaga uaktualnienia, to kluczem do wyeliminowania istniejących problemów wciąż pozostaje skuteczniejsze egzekwowanie istniejących przepisów przez organy nadzoru rynku i efektywne uszczelnienia granic przez służby celne. Nie możemy również zapomnieć, że dla wszystkich uczestników rynku cyfrowe platformy sprzedaży stanowią wartość dodaną. Jesteśmy przekonani, że obowiązek monitorowania i usuwania przez nie niebezpiecznych zabawek przełoży się na poprawę bezpieczeństwa najmłodszych.

Nasze dodatkowe argumenty uwzględnione w sprawozdaniu stanowią ważny element całości sprawozdania. Między innymi dzięki nim sytuacja małych i średnich przedsiębiorstw borykających się z nieuczciwą konkurencją ze strony podmiotów ignorujących europejskie standardy bezpieczeństwa może ulec znacznej poprawie. Liczymy, że Komisja weźmie pod uwagę nasze sugestie.

Szanowni Państwo, pamiętajmy, że to my, dorośli jesteśmy odpowiedzialni za ochronę dzieci. To my, tworząc przepisy, mamy na nie realny wpływ. Jestem przekonana, że nasza wspólna praca, nasz wspólny wysiłek przełożą się na to, co dla dziecka jest najważniejsze, czyli szczęśliwe, zdrowe i bezpieczne dzieciństwo.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, comme l'a dit notre rapporteur, les jouets représentent la première catégorie de produits notifiés par le système d'alerte européen sur la dangerosité des produits. C'est donc qu'il existe des risques, constants comme nouveaux, liés à la fabrication des jouets, aux matières utilisées ou aux réseaux de distribution – je pense notamment au commerce en ligne.

Les enfants sont des consommateurs particulièrement vulnérables. Il en va donc de notre responsabilité de législateur européen de leur apporter le niveau de protection le plus ambitieux possible, quel que soit leur âge. J'espère que la Commission entendra cet appel ferme à réviser la directive existante sur la sécurité des jouets. Elle n'est plus adaptée, et nous devons prendre en compte les nouveaux risques et l'évolution des technologies. Je pense par exemple aux nouveaux jouets connectés: nos enfants ont désormais les yeux rivés sur les écrans ou accès à des jeux interactifs connectés. Nous en connaissons les risques: troubles de la concentration, risques d'addiction, risques pour leur santé mentale, risques, aussi, liés aux données personnelles, qui ne sont pas suffisamment encadrées.

J'insiste donc sur la prise en compte d'une approche préventive, fondée sur les risques et sur le respect total du principe de précaution. La sécurité des enfants ne peut pas faire l'objet de manigances politiciennes ou être la cible de lobbys. Il est donc impératif, à mon sens, de donner suffisamment de moyens, d'abord aux autorités de surveillance; mais nous devons également favoriser une consommation plus responsable avec un étiquetage sur la durabilité et la réparabilité des jouets. Offrons à nos enfants des jouets sûrs, ludiques, qui résistent à l'usage du temps comme à leur imagination et qui pourront par la suite être utilisés par d'autres enfants.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, we need to ensure that toys sold in the EU are safe and they're manufactured to strict standards. We need to prevent illegal, counterfeit and dangerous products being offered for sale online and in our retail outlets.

The Toy Safety Directive in place attempts to do this, but an evaluation report considered that it does have shortcomings, particularly when it comes to health and safety objectives. So we cannot ignore these findings and we need to ensure that the current directive is revised. We need better surveillance and oversight of the market to make sure that only safe and EU-certified toys circulate in the EU.

It's concerning, the amount of unsafe and counterfeit toys that are circulating. It's not good enough and we need to do more. Online marketplaces need to play a stronger role. They need to know the business that they're engaging with. They need to ensure that all the products that they sell are safe.

We need more cooperation also in our Member States to coordinate surveillance, to share information and to equip competent authorities with the resources they need to do an effective job: both human, financial and technical resources. We can use technologies such as artificial intelligence, that are evolving, to provide greater detection. Connected toys can create new vulnerabilities and pose a risk to children's safety, their privacy and, importantly, their mental health.

So we need to introduce safety mechanisms to protect our children. And I welcome the fact that we look forward to a revision of this directive to ensure that our children are safe when they play with their toys.

Alex Agius Saliba, S&D. – Sur President, bhala missier ta' tifla ta' sena u nofs jiena inkwetat rigward l-aċċess għall-gugarelli li jistghu jaghmlu hsara lil binti.

Gugarelli li jikkontjenu sustanzi li huma perikolużi għas-saħha ta' wliedna, li jispjajaw fuq uliedna u li jiġbru informazzjoni mingħajr l-ebda kunsens fuq uliedna. U ha nagħti numru ta' eżempji ta' gugarelli li bħalissa għandna fis-suq tagħna. Gugarelli popolari, bħall-gugarell slime, gugarell illi huwa sustanza kkulurita, illi skont testijiet illi saru fuq dan l-istess gugarell, għandu livell ta' kimika partikolari, il-boron, illi f'numru ta' każijiet hija erbatax-il darba akbar mil-limitu ta' dak illi huwa aċċettat fuq livell Ewropew. Smart toys illi huma eżempju ieħor, li qed jinfirxu fis-suq Ewropew u li qegħdin imexxu 'l quddiem numru ta' problemi b'rabta mal-privatezza, b'rabta wkoll mas-cyber threats illi fl-aħħar mill-aħħar jistghu jirriżultaw minn dawn il-gugarelli. Kellna kumpaniji saħansitra fuq livell Ewropew illi ġew u affrontaw ukoll numru ta' kritika minhabba pupi li spiċċaw fis-suq Ewropew illi kienu qegħdin jaghmlu ongoing surveillance fuq it-tfal tagħna.

Ghalhekk, it-Toy Safety Directive hija importanti hafna sabiex fl-ahhar mill-ahhar niproteġu lit-tfal taghna.

Jordi Cañas (Renew). – Señor presidente, señor comisario, esta directiva establece el marco jurídico más estricto del mundo para la seguridad de los juguetes. Europa, una vez más, es líder en materia de normas de regulación, en este caso para proteger a nuestros niños. Demuestra que nuestras normas son una garantía para asegurar que nuestros niños puedan jugar con total seguridad y que nuestros productores las cumplen.

El problema es que tenemos hoy en día muchos operadores que siguen introduciendo juguetes peligrosos y falsificados en nuestro mercado interior. Terceros países, como China, que no cumplen nuestras normas cuando exportan sus juguetes a Europa. Y no se trata solo de prácticas de competencia desleal que afectan y pueden asfixiar a un sector clave, como, por ejemplo, en la Comunidad Valenciana en España, sino que además afectan directamente a la seguridad de nuestros menores.

Por lo tanto, estas prácticas irresponsables ponen en riesgo a nuestros niños y a nuestros productores. La revisión del marco pasa por abordar estos problemas y requiere más vigilancia del mercado, más controles en aduanas, más trazabilidad y más recursos para garantizar el cumplimiento efectivo de nuestras directivas.

Porque defender a los niños pasa por garantizar la seguridad de los juguetes, pero también pasa por defender nuestras fronteras. Y eso también lo debemos hacer.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Herr talman! En giftfri vardag för alla och inte minst våra barn, det borde väl ändå vara en självklarhet. Vi skulle väl inte ens behöva diskutera de här frågorna i parlamentet. Men det behöver vi. För barnen omges av främmande, farliga ämnen i sin vardag. Det finns gifter i maten, vattnet, kläderna och, inte minst, tyvärr i leksakerna.

Barnen möter det här varje dag och det är väldigt svårt för oss vuxna att skydda barnen från det. De är dessutom extra känsliga när de växer och givetvis utsätts de extra mycket när de pillar och undersöker grejerna, kanske stoppar dem i munnen. Det är ju trots allt leksaker som vi pratar om, så givetvis har vi vuxna ett väldigt stort ansvar att se till att leken blir giftfri. Det ska inte vara upp till enskilda föräldrar eller mor- eller farföräldrar att undersöka och kontrollera om leksakerna innehåller gifter eller inte. Det ska så klart myndigheterna och tillverkarna garantera.

Därför säger vi gröna nej till alla undantag för farliga kemikalier i leksaker. Gränsvärden för hur mycket kemikalier en leksak får innehålla ska gälla alla leksaker, inte bara för de allra minsta barnen eller leksaker som är gjorda för att stoppa i munnen. Om vi tänker efter är det ju rätt enkelt. Det ska så klart bara vara leksaker som är helt säkra som ska tillverkas. Barnperspektivet och försiktighetsprincipen måste gälla.

Salvatore De Meo (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, tempo fa leggevo la notizia di un orsacchiotto di peluche interattivo che permetteva di inviare messaggi tra bambini e adulti. Questo giocattolo è stato hackerato e ha consentito a persone malintenzionate di acquisire immagini video e audio privati, ma soprattutto riferite a minori. Questo è solo uno degli spiacevoli scenari a cui si va incontro se non assicuriamo maggiori e adeguati standard di sicurezza nella produzione di giocattoli e di dispositivi elettronici.

Non dobbiamo sottovalutare gli insidiosi pericoli derivanti dai giocattoli, sempre più connessi in rete, che interagiscono quotidianamente con i nostri bambini. I giocattoli *smart* possono raccogliere una quantità infinita di dati sensibili e il problema è che spesso non si conosce dove sono memorizzati e se il produttore del giocattolo intelligente li vende, li cede a terzi e per quale utilizzo.

Ringrazio il relatore e sono contento che tutti abbiamo condiviso la necessità di aggiornare l'attuale legislazione in materia di sicurezza per adeguarla a quelli che sono i notevoli e potenziali rischi presenti sul mercato.

In particolare, nella fase di produzione e in merito alla presenza di sostanze chimiche o sintetiche, è necessario stabilire requisiti e valori chiari e aggiornati anche alle nuove risultanze scientifiche, per garantire soglie di sicurezza che escludono ogni forma di pericolo.

Infine è necessario prevedere regole più stringenti per giocattoli provenienti dai paesi extraeuropei e soprattutto per quelli venduti sulle piattaforme online, sia per garantire gli standard qualitativi ma anche per non esercitare una concorrenza sleale nei confronti dei nostri produttori europei.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, todos nós tivemos os nossos brinquedos preferidos, bem mais simples do que aqueles que existem hoje. Tal como muitos outros objetos, os brinquedos estão cada vez mais conectados, o que significa que o quarto das crianças está ligado ao mundo.

Para que se evitem situações como a da boneca Kayla, que permitia a qualquer estranho entrar no seu sistema e comunicar com as crianças, precisamos de assegurar que a próxima versão desta diretiva, que desejo possa ser um regulamento, inclua regras para a cibersegurança dos brinquedos. E como, além de conectados, os brinquedos também são dinâmicos, com inteligência artificial, que lhes permite uma interação personalizada, é essencial que se assegure a sua segurança, não apenas quando são colocados no mercado, mas durante toda a sua vida útil, o que exige ter mais dados e reforçar a cooperação entre as entidades de supervisão.

A próxima legislação deve, assim, garantir, aos pais e às crianças, que brincar não é uma atividade de alto risco, mas tão só um momento divertido.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, speelgoed is sinds 2009, wat inmiddels dertien jaar geleden is, veel complexer geworden. Het is daarom goed dat deze richtlijn wordt herzien. Ik wil de Commissie in dit verband vragen met een voorstel te komen voor een verordening. Alle kinderen in Europa verdienen immers veilig speelgoed.

We hebben in de afgelopen jaren gezien dat er steeds complexer speelgoed op de markt wordt gebracht, dat bijvoorbeeld chemische stoffen bevat die schadelijk zijn voor de gezondheid van kinderen. Het is daarom goed dat de Commissie in dit verband met voorstellen komt om dit te verminderen. Bovendien kan speelgoed complexe en losse onderdelen bevatten die door kinderen kunnen worden ingeslikt. Ook bij verbonden speelgoed moet aan veiligheid worden gedacht om cybercriminaliteit of ongezonde straling te voorkomen.

We moeten de eengemaakte markt zowel binnen de Europese Unie als daarbuiten gebruiken als hefboom voor veilig speelgoed, om zo tevens onze waarden en de veiligheid van kinderen buiten Europa te bevorderen. De jeugd heeft de toekomst. Veilig speelgoed voor de jeugd betekent dus een veilige toekomst voor Europa.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, sigur, avem o directivă privind siguranța jucăriilor, dar iată, se dovedește că este nevoie să o schimbăm, domnule comisar, și veți primi un text foarte bun. Felicitări pentru toți colegii care au contribuit la această propunere!

Siguranța jucăriilor, sigur, pentru copii este extrem de importantă și este hilar că în actuala directivă avem, așa, o limită: să nu existe substanțe chimice în jucăriile pentru copiii de până la 36 de luni, de parcă la 37 de luni nu ar putea să se intoxice.

Și apoi, sigur, s-a mai spus aici, avem probleme cu perturbatorii endocrini, care nici nu sunt cuprinși în actuala directivă și da, dacă s-ar face un studiu, am putea constata că avem copii care au tulburări endocrine, poate și din cauza jucăriilor și trebuie, domnule comisar, să ne gândim foarte bine cum putem să facem să avem același standard de calitate la jucăriile care intră în piața internă din țările terțe.

Am fost raportor pe vamă. Avem de anul trecut, o nouă uniune vamală. Trebuie să avem același model de raportare, același procedeu de a face verificarea jucăriilor.

Și da, nu în ultimul rând, mai avem și o piață gri, o piață neagră a jucăriilor și aici trebuie găsite soluții și trebuie soluția să fie pentru toate cele 27 de state. Sper ca mâine să votăm această directivă!

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, premda su europska pravila o sigurnosti igračkica među najstrožima u svijetu, činjenica je da nesigurne igračke i dalje cirkuliraju na jedinstvenom europskom tržištu.

Da je tome tako svjedoči činjenica da su prema zadnjim informacijama po evidenciji opasnih neprehrambenih proizvoda igračke bile najčešće prijavljivani proizvod, s čak 27 % svih prijava. Zato moramo poboljšati pravila o sigurnosti dječjih igračaka, a posebno onih koje se u Europu uvoze iz trećih država.

Upravo je internet mjesto na kojem nepošteni trgovci potrošačima često nude nesigurne igračke. Aktom o digitalnim uslugama, na kojem je Parlament angažiran, propisat ćemo pravila koja će jamčiti sigurnu kupovinu u digitalnom okruženju.

Osim toga, u okviru revizije Direktive o sigurnosti igračaka potrebno je ukinuti dobro razlikovanje za uporabu kemikalija. Zabrinjavaju, naime, informacije o tome da neki proizvođači namjerno pogrešno tvrde da je igračka namijenjena djeci starijoj od 36 mjeseci samo da bi izbjegli poštivanje strožih sigurnosnih standarda za djecu mlađu od 36 mjeseci. Zato je važno da Europska komisija što prije detaljno ispita ovakve navode i prakse na tržištu te, u skladu s nalazima, predloži izmjene relevantnog zakonodavstva.

Kada je u pitanju sigurnost djece, nikada nismo i nećemo i ne smijemo pristati na kompromise!

Jytte Guteland (S&D). – Herr talman! I FN-konventionen om barns rättigheter står det tydligt att varje barn har rätt till lek. Lek bidrar till utveckling, hälsa och välbefinnande. Vi ska uppmantra till lek. Därför är det oacceptabelt att vi har en lagstiftning i EU som inte skyddar barnen så att vi har säkra leksaker.

Vi måste se över och skärpa regelverket. Vi kan inte tillåta kemikalier och farliga ämnen i några leksaker som säljs inom EU. Oavsett var de är producerade och oavsett ålder på barnen ska vi inte ha farliga kemikalier. Vi måste säkerställa barns säkerhet och integritet även i de uppkopplade leksaker som har blivit allt populärare. Vi måste också uppmantra till hållbar produktion av leksaker och införa en hållbarhetsmärkning på leksaker.

Som förälder är jag själv väldigt övertygad om att alla barn i EU ska ha rätten att känna sig trygga och säkra när de leker. Men då måste vi ändra regelverket nu.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, co je v životě důležitější než život člověka? No přece život našich dětí. A proto tato směrnice, která vznikla v roce 2009, v době, kdy já jsem pracoval ještě jako asistent europoslankyně Zuzany Roithové, která apelovala na určité standardy a kvality hraček, byla strašně důležitá. Ona byla přelomová. Ona dávala standardy, které my jsme chtěli po Číňanech, aby dodržovali, a aby prodejci rychle stahovali nekvalitní hračky. A já si myslím, že je potřeba nebo čas na její revizi. Protože pokud jsem řekl na začátku, že nejdůležitější je zdraví našich dětí, proto nemůžeme opravdu nikomu dovolit, aby tady prodával nekvalitní šmejdy a vydělával na rodičích, kteří nemají dostatek finančních prostředků pro to, aby dětem koupili kvalitní dárky. Proto jsem rád, že došlo k této revizi a že bude implementována v co nejkratší možné době. Děkuji.

Adriana Maldonado López (S&D). – Señor presidente, señor comisario, quiero, en primer lugar, felicitar por este informe a Brando Benifei. Se trata un informe muy importante porque habla de temas de vital importancia para la Unión Europea, como son la seguridad y el mercado único, y los niños y las niñas de la Unión Europea.

Si nos fijamos en los datos, en los últimos años el sistema de alerta sobre productos peligrosos de la Unión Europea ha demostrado que, de cada cien productos peligrosos, veintisiete son juguetes. Por lo tanto, es un tema importante. Además, si vemos los hábitos de consumo que tenemos en la Unión Europea, cada vez compramos más de forma *online*, lo que significa que tenemos que poner un foco muy importante en la protección de los juguetes en los mercados en línea.

Y también un tema fundamental: la mayoría de las jugueterías y tiendas donde se vende este tipo de productos en la vida real juega en gran desventaja con las grandes plataformas en las que se venden estos productos. Tenemos que combatir las falsificaciones, tenemos que asegurar y garantizar a todos los niños y a todas las niñas de la Unión Europea que cuando tengan un juguete en Navidad, o cuando tengan un juguete en sus casas, cualquier día del año, sea un juguete seguro y cumpla con la legislación de la Unión Europea. Así que este informe y esta modificación de la Directiva son muy importantes para la Unión Europea.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, já jsem velmi pozorně poslouchal celou rozpravu a jsem velmi rád, že v takto citlivé věci, která má silný etický charakter, se v zásadě všichni shodujeme, že takováto regulace, takováto právní úprava je mimořádně důležitá. Jde o zdraví našich dětí, a ve chvíli, kdy tato směrnice je účinná téměř deset let, je třeba logicky udělat revizi, některé instituty zpřísnit, některá pravidla lépe upravit. Zvláště se to týká obchodu s dětským zbožím a s hračkami na on-line platformách a také chemikálií, které hračky mohou obsahovat. Já to tedy velmi vítám. Líbí se mi myšlenka, která zde také zazněla, a osobně bych ji podporoval, abychom tato pravidla ze samotné směrnice přenesli případně do nařízení, protože je z hlediska regulace, vymahatelnosti a efektivy mnohem účinnější než samotná směrnice, kterou následně jednotlivé členské státy přenášejí do vlastních právních režimů. Souhlasím s tím, co zde zaznělo. Velmi důležité je řešit otázku on-line platform, prodeje zboží ze třetích zemí, kdy se k nám dostávají různé méně kvalitní hračky. Je třeba řešit otázku dozorových orgánů nad trhem, je třeba řešit otázky, které souvisí s popisky na jednotlivých hračkách tak, aby rodiče byli jasně informováni o tom, co daný výrobek obsahuje, zda za určité aplikace může či nemůže být škodlivý pro děti. Takže je to určité dobrá práce a já si přeji, aby Komise co nejdříve tyto naše myšlenky překlopila do nové podoby směrnice či nařízení. Děkuji.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Mr President, thank you for this debate. Toys must be safe for children to play with and ensuring precisely that toys in the EU do not put our children at risk is a major priority for the Commission.

Our legislation aims to ensure that toys meet safety requirements that are amongst the strictest in the world and remain so, and we want to make sure that this will happen through the Community method by the revision of this important emblematic directive.

You were right, many of you, in insisting on the need to take account of new consumption patterns like the development of online sales, but also the corresponding risks on compliance, as well as new tendencies, new developments like internet-connected toys. And I want to assure all of you that we shall grasp all these new issues in the revision.

We will continue to work to present this revised proposal by the end of this year, and your report comes at a very crucial, important time in this process. We are looking forward to keep discussing our forthcoming proposals with you to improve safety in Europe and beyond.

Brando Benifei, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i relatori ombra per la collaborazione costruttiva, la Commissione per il suo ruolo di guida e tutti i portatori di interessi che hanno contribuito al dibattito su questo tema così importante per il futuro dei nostri figli.

Sono fiducioso che la relazione otterrà un ampio sostegno, visto il voto unanime in commissione per il mercato interno e visti gli interventi dei colleghi, da cui traggio una sensazione chiara di sintonia rispetto al lavoro fatto, rispetto a questi mesi di negoziato insieme.

Attendiamo la proposta, dunque, di revisione della direttiva. Siamo pronti alla massima collaborazione con la Commissione per un testo ambizioso e orientato al futuro, che dia protezione chiara, netta e forte ai bambini, certezza giuridica e un'occasione anche di sviluppo per le tantissime piccole e medie imprese del settore.

Grazie ancora a tutti.

Předsedající. – veľmi pekne, rozprava sa týmto skončila.

Hlasovanie sa uskutoční zajtra.

19. Änderung der Tagesordnung

President. – Dear colleagues, I also wish to inform you that after, and in, agreement with the political groups, there will be a change to the agenda tomorrow. The morning debate on EU-Russia relations, European security and Russia's military threat against Ukraine will be held in the format of European Council and Commission statements.

20. Beseitigung von nichttarifären und nichtsteuerlichen Handelshemmnissen im Binnenmarkt (Aussprache)

Predsedajúci. – Ďalším bodom programu je rozprava o správe, ktorú predkladá Markus Ferber v mene Výboru pre hospodárske a menové veci, o návrhu Vplyvu vnútroštátnych daňových reforiem na hospodárstvo EÚ (2021/2074(INI)) (A9-0348/2021).

Ja by som ešte v tejto chvíli chcel pripomenúť poslancom, že pri všetkých rozpravách počas tejto schôdze sa nebude uplatňovať princíp postupu prihlásenia sa o slovo zdvihnutím ruky, a že nebudú akceptované žiadne modré karty. Podobne ako počas nedávnych schôdzí sa navyše počíta s vystúpeniami na diaľku zo styčných kancelárií parlamentu v členských štátoch. Tiež by som chcel pripomenúť, že vystúpenia v rokovacej sále budú pokračovať z hlavného rečníckeho pultu, a chcem Vás preto požiadať, aby ste pozorne sledovali zoznam rečníkov a priblížili sa k rečníckemu pultu, keď budete na rade.

Kosma Złotowski, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Drodzy Koledzy! Jednolity rynek to fundament Unii Europejskiej. Zniesienie ograniczeń w przepływie towarów i usług było bez wątpienia kluczowym czynnikiem tworzenia dobrobytu i wzrostu gospodarczego w państwach członkowskich, które przystąpiły do Wspólnoty po 2004 r. Jednak mimo ewidentnych dowodów, że wolny handel oraz swoboda świadczenia usług mają jednoznacznie pozytywny wpływ na naszą gospodarkę, nadal istnieje wiele barier pozataryfowych, które hamują potencjał przedsiębiorstw europejskich, zwłaszcza małych i średnich firm, działających w środowisku transgranicznym. Jest to szczególnie niepokojące w sektorze usług, który w wielu branżach podlega nadmiernym regulacjom, a także odczuwa negatywne skutki braku współpracy organów administracji oraz skutecznych i szybkich narzędzi odwoławczych na poziomie europejskim.

Cały czas jesteśmy świadkami rosnącej fali protekcyjizmu w państwach członkowskich, co skutkuje ograniczeniem dostępu do rynków krajowych, między innymi dla firm delegujących pracowników. Takie podejście zagraża idei wspólnego rynku, z którego w równym stopniu korzystają przedsiębiorcy i konsumenci. To także przeszkoda dla realizacji ambitnych projektów, takich jak strategia przemysłowa dla Europy czy Zielony Ład, które nie mogą się udać bez sprawnie działającego jednolitego rynku.

Szczególnym przykładem jest sektor transportu drogowego, który ma znaczenie strategiczne dla sprawnego funkcjonowania europejskiej gospodarki. Przewoźnicy, zwłaszcza z państw Europy środkowo-wschodniej, narażeni są na ryzyko kosztownej i zbędnej biurokracji poza krajem rejestracji, nieproporcjonalnych kar finansowych i często nieuzasadnionych działań ze strony krajowych organów kontroli.

Rozwój jednolitego rynku w dziedzinie usług cyfrowych również napotyka szereg barier pozataryfowych, które ograniczają jego potencjał i uniemożliwiają konsumentom dostęp do produktów i usług oferowanych w innych państwach członkowskich. Biorąc pod uwagę postępującą transformację cyfrową gospodarki europejskiej, usuwanie barier w rozwoju handlu elektronicznego wydaje się być jednym z kluczowych wyzwań dla Komisji Europejskiej. Niestety większość inicjatyw podjętych w celu zwalczania istniejących i najbardziej uciążliwych barier pozataryfowych jest nieskuteczna lub napotyka na silny opór polityczny w procesie legislacyjnym, czego dowodzą trwające od miesięcy próby usunięcia z pakietu mobilności absurdu i szkodliwego dla środowiska obowiązku powrotu pojazdów ciężarowych co 8 tygodni do kraju rejestracji.

Pandemia wyraźnie pokazała, że w sytuacji kryzysowej płynny handel i swobodny przepływ usług są niezwykle wrażliwe na nieproporcjonalne działania organów krajowych oraz brak harmonizacji i współpracy między państwami członkowskimi. Zakłócenie łańcuchów dostaw na jednolitym rynku poważnie zagroziło stabilności produkcji i dystrybucji, w szczególności w sektorach o kluczowym znaczeniu dla walki z kryzysem zdrowotnym. Jednolity rynek wolny od zbędnych barier jest najlepszą gwarancją szybkiej odbudowy gospodarki europejskiej po kryzysie związanym z covidem. Dzięki efektywnemu wykorzystaniu usług cyfrowych i powszechnemu wdrożeniu narzędzi administracji elektronicznej na szczeblu europejskim i krajowym możemy wyeliminować znaczną liczbę przeszkód napotykaných przez przedsiębiorstwa działające w więcej niż jednym państwie członkowskim.

Dziękuję wszystkim kontrsprawozdawcom oraz naszym doradcom i asystentom za merytoryczną i pozbawioną politycznych uprzedzeń współpracę nad tym bardzo ważnym sprawozdaniem. Udało nam się zbudować kompromis, który uwzględni postulaty wszystkich grup. Mam nadzieję, że Komisja wykorzysta nasze rekomendacje i zalecenia w ramach prac grupy zadaniowej do spraw egzekwowania jednolitego rynku SMET. Widzimy dobrą wolę wielu urzędników Komisji i ich chęć skutecznej walki z barierami dla transgranicznego handlu, delegowania pracowników czy swobodnego przepływu usług. Niestety ich zaangażowanie i inicjatywy często są tłamszone i blokowane przez polityczną presję ich zwierzchników, także komisarzy. Chciałbym, żeby to sprawozdanie było zachętą do przełamania tego rodzaju ograniczeń w procesie decyzyjnym i było ważnym argumentem w dyskusjach o przyszłości Unii Europejskiej, która jest przede wszystkim wspólnotą interesów gospodarczych.

Bardzo proszę Państwa o poparcie dla tego sprawozdania, a tym samym dla jednolitego rynku bez barier.

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, we are proud of our single market. It contributes to a thriving European economy, and it allows citizens and businesses to fully benefit from the four freedoms and consumers to enjoy more choice at better prices. Furthermore, a performing and well-functioning single market projects our influence globally, including to lead in the green and digital transitions.

Nevertheless, too many barriers still continue to hamper the functioning of our market and, without doubt, there is a significant untapped potential for further integration. It is more important to remove excessive barriers, paying specific attention to removing obstacles to cross-border provision of services and related administrative burden. The pandemic also highlighted that, in times of crisis, we need to be able to better address possible shortages of critical products following supply chain disruptions, and to ensure free movement of people, goods and services.

For all these reasons, we shall therefore propose a single market emergency instrument to strengthen the resilience of the single market and ensure greater transparency and coordination when a critical situation emerges. The Commission has already presented the contingency plan for ensuring food supply and food security in times of crisis and is also preparing a contingency plan for transport.

The pandemic has also underlined the need to address the previously existing barriers in order to unlock the full potential of the single market. Specifically, along with the updated industrial strategy that we presented last year, we published the first Annual Single Market Report, which gave an overview of the pertinent single market barriers, ecosystem by ecosystem, and analysed the progress made in tackling them. This work will continue in future editions.

The implementation and enforcement of the single market rules remain a top central political priority for this Commission. We will use all preventive and reactive means, as well as all possible formal and informal tools, to achieve this founding objective of ensuring the free circulation in a space with no barriers for citizens and stakeholders. We will continue to work hand in hand with Member States and the European Parliament on the implementation of specific actions and horizontal measures of the long-term action plan for better implementation and enforcement. In this respect, the Single Market Enforcement Task Force has become a key vehicle for coordinated response and work to address remaining barriers.

The persistent barriers in the services sector, which the rapporteur has rightly underlined, deserve particular attention. The economic performance of the single market for services can be improved by reducing regulatory barriers and ensuring that any remaining restrictions are justified and proportionate. In parallel to this important work on enforcement, the Commission is planning targeted initiatives, such as a common electronic form for the declaration of the posting of workers and the use of European service standards as a tool to address cross-border barriers and increase consumer confidence in cross-border provision of services.

Tackling barriers entails a holistic approach, which your report precisely mirrors, in particular, the harmonisation of standards around public procurement. We share the Parliament's view that public procurement should not be detrimental to the single market, but rather strengthen its resilience. To do so, the Commission is laying several building blocks, such as the proposal on distortions caused by foreign subsidies that you are well aware of.

A final point on standardisation: we presented a standardisation strategy very recently, last week, which was very well received by the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO). This strategy will ensure that European industrial and technological leadership and clout are projected internationally. Good governance of our standardisation systems, based on our common values and the clear priority, will consolidate the role of the European Union as the world's setter of global standards.

Maria da Graça Carvalho, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, o mercado único é um dos grandes sucessos do projeto europeu, representando 56 milhões de postos de trabalho e gerando 25% do PIB da União.

Apesar destas conquistas, o seu potencial está ainda por alcançar. Um conjunto alargado de barreiras não tarifárias impede-nos de concretizar plenamente os nossos objetivos. O Partido Popular Europeu está empenhado em superar estes obstáculos que são de diferentes ordens: procedimentos administrativos complexos, falta de informação acessível, obstáculos legais, acesso desigual aos contratos públicos e vários outros.

Como relatora sombra na comissão IMCO, no presente relatório procurei dar o meu contributo sugerindo medidas destinadas a combater o crescimento do protecionismo, a que assistimos em muitos Estados-Membros, e ajudar a reduzir a burocracia, especialmente para as PME.

Saúdo o relatório e o seu relator, este relatório que amanhã votamos e o qual resulta num amplo compromisso. Acordámos um conjunto de recomendações concretas dirigidas à Comissão Europeia e aos Estados-Membros. É urgente que a União Europeia oriente os seus recursos para as questões que afetam o mercado único, eliminando todas as barreiras.

Por fim, permita-me que refira a digitalização, a inteligência artificial e as novas tecnologias em geral, que devem merecer especial atenção, pelo potencial que têm para reduzir os atuais obstáculos e pelo facto de oferecerem novas oportunidades, nomeadamente através da concretização do mercado único digital, em benefício dos consumidores e das empresas, em especial das PME.

Marc Angel, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, first of all, I would like to thank our rapporteur, Mr Sadowski, and also the shadow rapporteurs for the constructive negotiations and the good compromises. I believe that we achieved a correct balance between economic freedoms, social rights and the interests of consumers, workers and businesses, as well as the general interest, instead of focusing only on the economic benefits that the single market can grant.

We have a text that remains focused on Committee on Internal Market and Consumer Protection (IMCO) competences, and we always draw clear distinctions between justified and unjustified barriers.

We also find it crucial that we clarified what gold-plating means, and that the report correctly distinguishes it from setting of higher standards that go beyond EU-wide minimum standards for environmental and consumer protection, as well as healthcare and food safety. It is also extremely important for us – as is clearly stated in the text – that Member States keep their right to regulate and the pursuit of legitimate public policy objectives such as protection of the environment and consumer or employment rights.

Let me also underline that we agreed to call on the Commission to propose ways to remove unjustified geo-blocking, and we made sure to have a clear reference to Territorial Supply Constraints, which are clearly hampering the development of the single market and its potential benefit for the consumers.

I must also highlight that for S&D it was and will always remain a key issue that economic freedom cannot be put on an equal footing with fundamental rights. In this report, we also clearly stand against state-sponsored discrimination that can establish a non-tariff barrier, such as happened in the homophobic and transphobic Russian-style Hungarian law on LGBTI propaganda.

I guess we all agree that we already voted a good report at IMCO level, but we also believe in the special protection of the public services, especially based on their general interest role, and this is why we intend to include this in the report by supporting Amendment 2.

We are convinced that this report will serve to strengthen the single market, and therefore S&D will support this report.

Claudia Gamon, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Unser gemeinsamer Binnenmarkt ist eine der ganz großen Errungenschaften der Union, und es ist die Freiheit und die Grenzenlosigkeit im Markt, die den Wohlstand schafft.

Aber noch immer kann der europäische Binnenmarkt sein volles Potenzial nicht ganz ausschöpfen, sondern – ganz im Gegenteil – ist ständig unter Beschuss durch kurzfristige, kurzsichtige Politik. Regulatorische Alleingänge und nationale Abschottungspläne gefährden unseren europäischen Wohlstand. Lustigerweise ist das ja auch eine Geschichte, wo sich ab und zu linke und rechte Kräfte in Europa treffen, wenn es darum geht, Lohndumping durch unsere EU-Mitbürgerinnen und -Mitbürger zu beschwören, oder dass man dann sagt: Na, wir machen dann zu Hause doch selbst die besseren Regeln.

Wir Liberale kämpfen hartnäckig gegen alle Handelshemmnisse: überbordende Bürokratie zum Beispiel, aber auch Überregulierung und *Gold Plating* oder auch das einfache Ignorieren gemeinsamer Standards. Das alles geht immer auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten und der Arbeitsplätze. Die Strategie, die wir hier erarbeitet haben, schafft einen freieren Markt für freie Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte dem Berichterstatter danken und den Mitverhandelnden. Nun ist natürlich die Kommission am Zug, aber ganz vor allem die Mitgliedstaaten, die hier wirklich gefragt sind, für das Wohle aller endlich damit aufzuhören, den Binnenmarkt mit einzelnen Regeln, die entgegen dem sprechen, was wir hier alle ausmachen, zu untergraben.

Claude Gruffat, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, le marché intérieur est un instrument qui doit nous permettre de réaliser nos objectifs en matière de politique publique. Pour atteindre les objectifs du pacte vert pour l'Europe ou de la transition numérique, il faut un marché unique qui fonctionne avec des règles au service de ces objectifs.

Si les barrières non tarifaires sont un sujet important, attention: les libertés économiques ne prévalent en aucun cas sur les droits fondamentaux, les droits sociaux et les droits du travail. L'établissement des règles communes ne doit donc pas se faire au détriment de la protection des consommateurs et des travailleurs, ni de la fourniture de biens et de services de qualité pour nos concitoyens. De même, ces règles doivent être cohérentes avec nos autres objectifs, que sont la lutte contre le changement climatique et la préservation de nos ressources.

J'entends à cet égard les remarques liées à la surréglementation. Je ne crois pas qu'on puisse rejeter la responsabilité sur les États pour toutes les adoptions de règles techniques nationales, qui, rappelons-le, sont soumises à une procédure encadrée au niveau européen, et, en même temps, demander la déréglementation pour éviter des charges supplémentaires sur les entreprises. Il faut être cohérent. Un marché unique fondé sur une harmonisation par le haut, c'est bien, mais encadré de manière juste, responsable et écologique.

Adam Bielan, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Działania Unii Europejskiej na rzecz pogłębiania fundamentalnych swobód jednolitego rynku, które zwiększą suwerenność i konkurencyjność Europy, szczególnie teraz po doświadczeniach pandemii COVID-19, powinny być dla nas sprawą priorytetową. Dlatego tym bardziej wyrażam zadowolenie, że powstało omawiane sprawozdanie zainicjowane przez moją grupę polityczną Europejskich Konserwatystów i Reformatorów.

Sprawozdanie uwzględnia szereg niezwykle istotnych problemów, z którymi musimy mierzyć się na europejskim rynku. Bariery, które występują szczególnie w sektorze usług, hamują potencjał europejskich firm, w szczególności małych i średnich przedsiębiorstw działających w środowisku transgranicznym. Sprawozdanie koncentruje się na praktycznych rozwiązaniach, wzywa do większej cyfryzacji i usprawnienia procedur. Kluczowe jest dążenie do większej harmonizacji bez zwiększania obciążeń regulacyjnych dla przedsiębiorstw. Gratuluję autorowi tego raportu, panu posłowi Kosmiej Złotowskiemu. Liczę, że jego sprawozdanie nada kierunek dla Komisji Europejskiej w kwestii lepszego korzystania ze swobód jednolitego rynku oraz wdrażania pragmatycznych rozwiązań problemów zgłaszanych przez przedsiębiorców.

Edina Tóth (NI). – Elnök Úr! Az egységes piacon, a nem vám- és nem adóügyi jellegű akadályok felszámolásáról szóló jelentés címe első ránézésre ártalmatlannak tűnik, hiszen annak eredeti célja a belső piac hatékonyabb működésének előmozdítása. Sajnálatos azonban, hogy a baloldali képviselők megpróbálták ebbe a jelentésbe is belecsempészni egy kifejezetten Magyarországot támadó szövegrészt a gyermekvédelmi törvénnyel kapcsolatban. Szomorú, hogy sokak számára nem fontos a gyermekek egészséges testi és lelki fejlődése, és egyedüli céljuk a gender ideológia határtalan terjesztése.

Úgy vélem, hogy csak akkor lehetünk sikeresek, ha az Európai Parlamentben a valódi problémákkal foglalkozunk, és azon dolgozunk, hogy az egységes piac zavartalanul működjön. Csakis így érhetjük el, hogy az Európai Unió valóban versenyképes legyen globális szintén.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, de eengemaakte markt is en blijft het kroonjuweel van de Europese eenmaking. We mogen er trots op zijn.

Ondertussen verschuift de aandacht naar de digitale eengemaakte markt, terwijl de eengemaakte markt voor goederen en diensten verre van afgewerkt is. Ik kom als lid van de Commissie landbouw en plattelandsontwikkeling en de Commissie interne markt en consumentenbescherming met veel schakels uit de agrovoedingssector in contact en wordt bij bedrijfsbezoeken stevast aangesproken op de protectionistische maatregelen van buurlanden, zij het door middel van wetgeving of lastenboeken of in het dagelijks leven.

Dankzij de Europese Green Deal en vanwege de coronacrisis ligt de nadruk meer dan ooit op duurzaamheid en lokale productie. We mogen echter niet afglijden naar een situatie waarbij elke lidstaat onder het mom van lokale productie zijn eigen markt afschermt en enkel nog producten uit eigen land aanvaardt. Dit zou, zeker voor kleinere lidstaten zoals de mijne, verstekkende gevolgen kunnen hebben.

Ik wil de Europese Commissie daarom vragen haar rol als hoedster van de eengemaakte markt sterker op zich te nemen, opdat de eengemaakte markt nog meer kan betekenen voor alle bedrijven in de Unie. Ik reken op de Commissie en de taskforce voor de handhaving van de eengemaakte markt om de eengemaakte markt te versterken en daadkrachtiger te maken, en tegelijkertijd ook de eengemaakte markt voor goederen en diensten af te werken.

Bedrijven moeten sneller en eenvoudiger melding kunnen maken van niet-tarifaire belemmeringen en de Commissie moet daar ook consequent mee aan de slag gaan. Enkel zo kunnen we de eengemaakte markt verder verdiepen en het vertrouwen van bedrijven in de markt behouden.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. Formand! EU's indre marked sikrer arbejdspladser og sikrer vækst. Det sikrer også god forbrugerbeskyttelse, og det sikrer en grøn omstilling, og så sikrer det retfærdige og sociale fremskridt. Jeg tror, at det er en af EU's allerstørste bedrifter med det indre marked. Det er motoren i vores samarbejde. Det indre marked er simpelt hen på mange måder helt afgørende for os. Vi har også brug for, at det indre marked bliver ved med at udvikle sig. Vi skal værne om det og gøre det bedre. Derfor skal vi ikke acceptere protektionisme eller ubegrundede hindringer, der spænder ben for gennemførelsen af det indre marked, og derfor er denne betænkning god at have. Vi får kigget på: hvad virker, og hvad virker ikke? Efter min mening har vi brug for at se på, om der er nogle hindringer, som vi skal have fjernet. For eksempel hvis der er urimelige sprogbarrierer i forbindelse med udbuddet, eller hvis der på anden vis er utilstrækkelig håndhævelse af vores fælles regler. Og er der ubegrundede regler og hindringer, som er problematiske, så skal de selvfølgelig væk. For vi har brug for at have et velfungerende indre marked. Men vi skal også anerkende, at bare fordi det er en regel, så behøver det ikke at være en barriere. Vi har mange regler, der også er vigtige, som fungerer som en beskyttelse af arbejdstagerne, af miljøet osv. Så samtidig med at vi adresserer barriererne, så skal vi også respektere, at medlemslandene har ret til at sikre en ordentlig miljøbeskyttelse, forbrugerbeskyttelse eller arbejdstagerrettigheder. Men på mange måder, der synes jeg, at denne betænkning lige præcis rammer den rigtige balance. Vores gode indre marked skal gøres endnu bedre.

Dita Charanzová (Renew). – Mr President, the single market will never be completed until all four freedoms are fully available to the citizens. This means goods, capital, persons and – a missing piece – services.

Here in Strasbourg, we are on the border between two big countries. If I need a plumber, an accountant or another service provider, it should not matter if they are registered in France or in Germany, as long as the work gets done. I, as a consumer, should have a choice and they, as a business, must equally do so. This should be true across the European market, across any border in Europe – from the Czech Republic to Germany, Spain to Portugal.

Yet today, every Member State continues to put up administrative and other non-tariff barriers. We are one European market and there should be no internal borders to our businesses.

This House adopted an interesting study last term on the cost of non-Europe. It showed that by not completing the single market for services, we are leaving EUR 297 billion on the table – 297 billion! If we do this study again, I am sure it will be even more today.

Commissioner, you must have the courage to stand up to those Member States blocking progress. We call for you to act.

Eugen Jurzyca (ECR). – . Pán predsedajúci, dlhodobo tvrdím, že ak chceme byť úspešní ako krajina, aj ako únia, musíme sa konkurencii otvoriť, nie sa pred ňou chrániť.

V únii funguje voľný pohyb tovarov dobre, keby som však chcel, aby mi dom navrhol napríklad estónsky architekt, to už nie je bez prekážok.

Voľný trh so službami má totiž v Únii stále veľa obmedzení, najmä z dôvodu rôznych protekcionistických opatrení, ktoré zvyhodňujú domácich poskytovateľov pod zámienkou zachovania kvality služieb či verejného záujmu.

Ak by sa znížili obmedzenia v službách na úroveň troch najmenej regulovaných štátov Únie, produktivita firiem celej únie by mohla narásť zhruba o tri percentá.

Súhlasím preto s výzvou, aby členské štáty čo najskôr rozšírili vzájomné uznávanie diplomov a kvalifikácií.

Ivan Štefanec (PPE). – Pán predsedajúci, náš spoločný európsky trh je najlepším dôkazom našej európskej integrácie a práve pandémie ukázala, aký je dôležitý, ale aj aký je krehký.

Reštriktívne opatrenia, ktoré zaviedli mnohé krajiny, či už z obavy šírenia vírusu alebo ochrany svojich záujmov, narušili obchodné a dodávateľské vzťahy a napáchali aj obrovské ekonomické škody.

Aj dnes sme svedkami toho, že množstvo najmä malých a stredných podnikov musí čeliť množstvu prekážok na jednotnom trhu.

Členské štáty pri implementácii európskych pravidiel často používajú takzvaný „gold plating“ znamenajúci dodatočnú zbytočnú administratívu. V konečnom dôsledku sa takéto konanie prejavuje v zafazujúcej a nákladnej byrokracii, nesprávnom uplatňovaní európskych právnych predpisov, neprimeraných sankciách a neopodstatnených opatreniach vnútroštátnych kontrolných orgánov často bez adekvátnej možnosti odvolania sa.

Jasným riešením je preto zjednodušenie právnych predpisov a znižovanie administratívnej záťaže.

Tak najlepšie pomôžeme tým, ktorí tvoria najviac pracovných miest, a to sú práve malí a strední podnikatelia.

Dnes, keď sa najviac rozvíja práve digitálny trh, je dôležité identifikovať všetky prekážky rozvoja elektronického obchodu a aj ich efektívne odstraňovať.

Majme teda na pamäti nielen potrebné dokončenie spoločného trhu, ale aj odstraňovanie zbytočných prekážok, ktoré nám všetkým v konečnom dôsledku predražujú život.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, stimati colegi, orice barieră netarifară afectează și lovește în cei mai mici, de fapt, în microîntreprinderi și în întreprinderile mici și mijlocii. Orice barieră netarifară, în orice stat membru, afectează întreaga piață internă.

De aceea, sigur, sunt de acord, domnule comisar, da, avem o nouă strategie de reindustrializare, avem o nouă strategie pentru IMM-uri, dar este esențial să identificăm aceste bariere care, de fapt, nu aduc bani la buget, nici la bugetul Uniunii Europene, nici la bugetele naționale pentru că, indirect, subminează activitatea întreprinderilor.

Și da, mă bucur că ați identificat 24 de restricții în 13 sectoare. Mai sunt sectoare în care mai puteți identifica restricții concrete, pentru că așa trebuie să mergem. Este bine că avem un grup operativ, SMET, dar eu cred că nu trebuie numai să identifice, ci să vină și cu soluții în momentul în care identifică ceva în piață.

Și, până la urmă, mai avem câteva lucruri la care eu țin foarte mult. Vin din mediul privat. De exemplu, recunoașterea calificărilor este un impediment în mobilitatea forței de muncă. Achizițiile transfrontaliere pentru IMM-uri sunt o problemă și trebuie să o recunoaștem. Eu sper că prin această modificare și prin această propunere a noastră vom putea să avem o piață unică mai bună.

Sandro Gozi (Renew). – Monsieur le Président, cher Commissaire, le marché unique, c'est la meilleure réalisation européenne, qui ouvre un nombre gigantesque de possibilités. C'est un atout considérable, que nous devons aujourd'hui pleinement exploiter et mettre au service de nos nouvelles priorités: renforcer notre autonomie stratégique et propulser l'Europe au rang de modèle dans la transition écologique et numérique.

Pourtant, nous piétinons. Les entraves sont présentes depuis des années, et le constat est sans appel: cette fragilisation du marché nous pénalise, nous perdons du temps, nous perdons de l'argent. Nous l'avons vu surtout pendant la crise de la COVID-19. Les raisons, nous les connaissons aussi: une mauvaise application de la législation européenne, trop de bureaucratie, un accès insuffisant aux informations et trop de protectionnisme de la part de trop d'États membres. Ces barrières privent les consommateurs d'un choix de meilleure qualité et freinent les potentiels de nos entreprises, notamment les PME.

C'est urgent, nous devons sortir de cette impasse. Il est grand temps de réaliser un marché pleinement unique et efficace, adapté aux nouveaux défis.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, de eengemaakte markt is de voornaamste bron van welvaart in de EU. Een gebrek aan toegang tot de eengemaakte markt zou het bruto nationaal product van mijn land met maar liefst achttien procent doen dalen. In het verslag wordt dan ook terecht gepleit voor de voltooiing van de eengemaakte markt. Uit recente studies is gebleken dat dit een stijging van ons gezamenlijk nationaal product van negen procent zou opleveren. De winst ligt dus voor het grijpen.

Helaas neemt het protectionisme toe en verkopen steeds meer detailhandelaren uitsluitend producten uit eigen land. Dit verplicht bedrijven hun productie te verhuizen en ondergraaft het vertrouwen in de Europese Unie. Deze feitelijke belemmeringen worden dan ook terecht in het verslag aangekaart. Ik wil de Commissie daarom nogmaals oproepen om hier krachtig tegen op te treden.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, jedinstveno tržište temelj je Europske unije i kao takvo generira 25 % europskog BDP-a. Međutim, njegov puni potencijal tek se treba ostvariti.

Znanstvene studije pokazuju da skriveni potencijal jedinstvenog tržišta iznosi čak 713 milijardi eura. Zato moramo ubrzano raditi na ukidanju nepotrebnih administrativnih barijera koje koče prekograničnu razmjenu i otežavaju poslovanje, pogotovo malim i srednjim poduzetnicima u području usluga.

Također, moramo raditi na očuvanju integriteta jedinstvenog tržišta, posebno u vremenima zdravstvenih kriza. Pojavom bolesti COVID-19 došlo je do poremećaja opskrbenih lanaca zbog čega su se brojne države članice suočile s nestašicom ključne medicinske opreme. Nažalost, neke države proizvođači uvele su izvozna ograničenja i time znatno otežale situaciju onim državama kojima je ta oprema bila prijeko potrebna.

Zato sam iznimno zadovoljan što ovo izvješće pozdravlja uspostavu mehanizma za kontrolu ograničenja izvoza medicinske opreme, čiji sam predlagatelj. Ovim mehanizmom onemogućit ćemo neopravdana izvozna ograničenja u slučaju zdravstvenih kriza i osigurati da europsko načelo solidarnosti više nikad ne bude ugroženo.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, de eengemaakte markt is het beste dat de Europese Unie heeft voortgebracht. Zij heeft gezorgd voor welvaart en vrij verkeer van goederen, diensten en kapitaal. Bijna dertig jaar na de invoering van de eengemaakte markt blijkt echter dat lidstaten nog altijd protectionistische maatregelen nemen en daarmee de werking van de eengemaakte markt belemmeren.

Bovendien maakt zeventig procent van de kmo's geen of te weinig gebruik van de eengemaakte markt. Dit is als volgt te verklaren: wanneer kmo's, die vaak geen juridische bijstand hebben, verwikkeld raken in een dispuut met lokale overheidsdiensten over de grensoverschrijdende uitlegging van Europese wetgeving, besluiten zij zich vaak terug te trekken en eenvoudigweg terug te keren naar hun lidstaat van herkomst. In het licht daarvan zou het goed zijn deze kmo's aan het begin van dispuuten juridische zekerheid te bieden, bijvoorbeeld door een voorlopige voorziening in te voeren inzake juridische duidelijkheid voor kmo's bij de aanvang van dispuuten. Het kan namelijk al snel acht tot tien jaar duren om een zaak aanhangig te maken bij het Hof van Justitie van de Europese Unie via de [...] in de lidstaten, hetgeen veel proceskosten en kosten voor juridische bijstand met zich meebrengt. Dit leidt ertoe dat veel kmo's zich terugtrekken en de mogelijkheden die de eengemaakte markt te bieden heeft, niet benutten.

We moeten daarom nagaan of er een voorlopige voorziening kan worden ingevoerd inzake juridische duidelijkheid voor kmo's bij de aanvang van disputen.

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, thank you for this interesting debate. If I were to simplify this formidable adventure of European integration into three simple notions, into three success stories, I would say: single market, Schengen and the euro. For the single market more than ever, this is the most powerful asset at our disposal to support economic recovery, growth and resilience across our society and the economy. It is also essential to accelerate our future growth model, which will be firmly based on the green and digital transition.

We will continue working on all these fronts to find effective solutions to ensure that the single market continues to deliver the best possible conditions for businesses and consumers alike, and many of the very useful ideas and suggestions that you have forwarded tonight – rest assured – will be duly reflected in our future work.

So, on behalf of the Commission, the only thing that is left to me is once again to thank you for this report and to look forward to continuing our cooperation in tackling barriers to ensure a well-functioning, cohesive single market that works for all.

Predseda júci. – Rozprava k tomuto bodu sa týmto skončila.

Hlasovanie sa uskutoční zajtra.

21. Ein Statut für länderübergreifende Europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck (Aussprache)

Predseda júci. – Další bod programu je Štatút cezhraničných združení a neziskových organizací (2020/2026(INL)) (A9-0007/2022).

A týmto by som ako prvého do rozpravy pozval spravodajcu, pána Lagodynského. Prosím, máte slovo.

Sergey Lagodinsky, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ein amerikanischer Verfassungsrichter stellte schon im 19. Jahrhundert fest: Recht und Gesetz sind, was eine Gesellschaft erzeugt, beschützt und zusammenhält. Sie sind die Essenz einer jeden Zivilgesellschaft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Vizepräsident! Heute haben wir alle gemeinsam die Chance, die Essenz unserer europäischen Zivilgesellschaft zu schaffen: eine rechtliche Basis, Mindeststandards für ihr Wirken, eine gesicherte Rechtsform. Dass dies nicht bloß eine Formalie ist, sondern eine Notwendigkeit, das hat dieses Haus schon vor 30 Jahren erkannt. Damals riefen unsere Vorgängerinnen und Vorgänger dazu auf, den europäischen NGOs zu geben, was sie verdienen: Anerkennung, Rechtssicherheit, Schutz und eine Option – eine Option, sich als grenzüberschreitend und wahrlich europäisch zu konstituieren und zu betätigen.

Dies wollen wir nach 30 langen Jahren endlich liefern. Der Weg bis hierher, der war lang und steinig. Und ich weiß um die Sorgen der Mitstreiter und auch aus der Kommission, dass wir noch lange nicht am Ziel sind. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist reif. Sie ist reif, weil die EU längst nicht nur ein Marktplatz, sondern ein Platz für Demokratie ist. Und zu dieser Demokratie gehört eine europäische Zivilgesellschaft. Die Zeit ist reif, weil so viele NGOs und gemeinwohlorientierte Stiftungen längst sich selbst europäisch verstehen, aber immer noch nicht europäisch agieren können.

In meiner Region in Brandenburg reiste ich entlang der polnisch-deutschen Grenze. Ich sprach mit vielen Menschen, ich traf viele NGOs aus beiden Ländern: manche regierungsnah, andere regierungskritisch. Sie berichteten mir alle übereinstimmend über Schwierigkeiten – Schwierigkeiten, sich grenzüberschreitend engagieren zu können.

Dieser Bericht wird diese Schwierigkeiten angehen. Ob in Gubin oder Guben, ob in Frankfurt oder Slubice, ob in Straßburg oder Kehl: Bürgerinnen und Bürger wollen sich europäisch einbringen. Und das ist genau das, was dieser Bericht will. Mit einer Verordnung wollen wir diesen Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit geben, sich zusammenzuschließen und europäische Vereine zu gründen. Wir wollen diese Vereine sich als europäische NGOs registrieren lassen, ihre Gemeinnützigkeit europäisch denken und ihre Tätigkeit nach gemeinsamen transparenten Regeln verwalten und, ja, wenn nötig auch beenden lassen.

Mit einer Richtlinie wollen wir zum ersten Mal in der Geschichte der EU Mindeststandards für gemeinwohlorientierte Stiftungen und Vereine sichern und sie den Mitgliedstaaten abverlangen, gegen Diskriminierung und Druck seitens der öffentlichen Stellen, für Erleichterung grenzüberschreitender Gemeinnützigkeit. Wir haben viel zu tun. In vielen Ländern gibt es noch Hürden. Dieser Bericht wird den Mitgliedstaaten nicht die Möglichkeiten nehmen, Vereine und Stiftungen weiterhin nach nationalen Bedürfnissen zu regulieren. Aber er schafft mehr Klarheit, mehr Sicherheit und mehr Optionen für die europäische Zivilgesellschaft.

Das ist ein Vorschlag und ein bisschen auch eine Vision. An dieser Vision haben wir hart über Fraktionsgrenzen hinweg, aber sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Und dafür bin ich allen Kolleginnen und Kollegen und allen Schattenberichterstatterinnen und —berichterstatern sehr dankbar. Und ich lade die Kommission dazu ein, die Ergebnisse dieser Arbeit in einen Legislativvorschlag zu gießen. Lasst uns gemeinsam diese Vision nach 30 langen Jahren endlich umsetzen!

Margaritis Schinas, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mr Lagodinsky and the Committee on Legal Affairs, and all those who contributed to this important legislative own-initiative report, which is very close to my heart and also very close to my work at the Commission.

This report deals with issues of particular importance for the internal market: fundamental rights and the European democratic space. All necessary components of our way of life. Associations and other non-profit organisations play a central role in our societies. They are fundamental players in the social cohesion of territories, as well as in job creation and growth.

We count around 2.8 million entities operating in the social economy ecosystem in Europe, including the non-profits. They employ around 13.6 million people and provide many daily solutions for anticipating and tackling challenges that we all face in our daily lives. These entities have done so particularly brilliantly during the pandemic by supporting the most disadvantaged, by providing first aid, health and care services, by contributing to the professional reintegration of many citizens, associations and other non-profits have shown support, cohesion and solidarity throughout Europe. They are now contributing to paving the way for sustainable and inclusive recovery.

It is therefore very crucial that these organisations be granted the conditions conducive to their development so that we can optimise their work. This is precisely that we are engaged in – fostering a supporting environment for civil society. As such, we at the Commission support the objectives outlined in this report, making sure that non-profits enjoy freedom of establishment, provision of services and free movement of capital – all essential to their work.

We should also ensure an enabling environment protecting their fundamental rights. To this end, your report proposed to consider the legislative path, both through a regulation that would create a statute for a European association and through a directive that would establish common minimum standards for non-profits.

As regards your call for a new European legal forum for associations, the Commission does agree on the importance of pursuing a comprehensive approach to facilitate activities for these entities. For many years now, we in the Commission have been very active and determined in this matter. Nevertheless, and we have to admit this, previous attempts dating back already to the nineties to create a European association statute failed because there was lack of progress during the interinstitutional discussion. This was even more evident recently with a withdrawal in 2015 of a proposal to create a European foundation statute.

Therefore, we must now examine in detail again your call for the creation of a European standard for these targeted entities. We shall carefully consider the most appropriate legal basis and policy options to make sure that the main policy objectives at hand are attained, fostering European cooperation and strengthening European democracy and the internal market.

However, there are also questions to be addressed that go beyond the question of this statute. We at the Commission welcome the fact that the proposed regulation establishes a cooperation mechanism on matters linked to associations between the national and the European level, which is very often the case of interaction for these entities. Regarding the envisaged directive aiming at establishing minimum common standards, the Commission notes that the proposed scope is broader and that it builds on several shared objectives.

To ensure that non-profit organisations can fully reap the benefits of the internal market freedoms when operating in the European Union, it also is important to protect the freedom of association to shield non-profits from undue influence and strengthen the European democratic space. On this specific issue, we can build on an already well-established framework that we are constantly strengthening.

Let me recall very shortly that the Commission has already done important work in these areas in the past. The action plan on social economy, adopted only last December, is a major relevant policy milestone to this end. We also announced, for next year, the intention to present the Council recommendation on developing social economy framework conditions that will invite policy makers in Member States to create policy that is better adapted to these operations. The recommendations should also help address certain concerns raised in your resolution.

With regard to the free movement of capital for non-profits, the Commission will publish guidance clarifying the existing rules on tax treatment of cross-border public benefit donations that affects many of these operations, and on the implementation of the principle of non-discrimination when this operation involve many Member States.

Finally, the Commission will continue to build evidence looking at the results of relevant studies to identify barriers and to map the legal regimes of associations in the Union. These results are expected by April of this year. All these actions stemming from our social economy action plan can respond to most of the concerns raised by your resolution.

I agree, however, that they are not a comprehensive response to the resolution as a whole. This is why, in addition to these targeted actions, the Commission will resort to Union legislative proposals, preferably based on a legal basis entailing the ordinary legislative method, to reach the objectives promoted in your draft resolution.

Of course, I need not stress that this will be done within the respect of the principles of subsidiarity and proportionality and the strictest respect of the competence of our Member States in these areas.

Anna Júlia Donáth, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Mr President, civil society is the beating heart of our European values and our democracy. Still, in many Member States, civic space is shrinking as governments are taking every step they can to exercise control over society. The non-profit organizations that are threatened by such governments need European minimum standards and legal protection.

The report we are debating now is essential because it will finally put in place a long-awaited European legal environment to nurture civil society. Dear colleagues, it is our duty to protect our European values and strengthen civic space. This report does exactly that, and I urge the Commission to act upon this own-initiative report and provide a protective legislative framework for civil society in Europe.

Jiří Pospíšil, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, já chci jménem naší frakce Evropské lidové strany vyjádřit podporu a radost z toho, jak navržený materiál vypadá. My jsme ideově podporovali tuto iniciativu pana zpravodaje, jsme rádi, že na konci je kompromis, který je pro nás hlasovatelný, a to v té podobě, jak byl přijat výborem JURI. Chci obecně konstatovat, že je možná trochu škoda, že tak klíčový materiál projednáváme na konci jednacího dne, protože opravdu je to mimořádně významná a důležitá věc. Jak už řekl pan zpravodaj, neziskový sektor, neziskové organizace, občanská společnost v Evropské unii dostanou svoji právní úpravu, podle které budou moci vznikat občanská sdružení, která mají přeshraniční charakter. Je to tedy významná posila a pomoc občanské společnosti ze strany Evropské unie a určitě to přispěje i k lepšímu financování tohoto mimořádně důležitého sektoru společnosti, důležitého pro každou zdravou a svobodnou společnost.

Já teď chci právně vyjádřit radost nad tím, jaký je kompromis, který byl nakonec dosažen, protože debata byla i o tom, jaká má být míra evropské regulace, jak má vypadat případný evropský úřad pro evropská přeshraniční sdružení, a jsem rád, že na konci je kompromis mezi, řekněme, pravíci a levíci zastoupenou zde na půdě Evropského parlamentu. To znamená, že tento úřad bude zasahovat do samotného vzniku a registrace pouze v případě, kdy na národní úrovni nedojde k registraci takového občanského sdružení. Myslím si, že to je rozumný a správný přístup, že necháváme ten první stupeň úpravy na národních státech. Pouze v případě, že na národní úrovni nedojde z nějakého důvodu – často i šikanózního – vnímáme, že v některých státech jsou problémy s neziskovým sektorem, tak tam potom vstupuje do hry tento evropský úřad. Takže návrh podporujeme a děkuji ještě jednou zpravodaji za dobře odvedenou práci. Děkuji.

Nacho Sánchez Amor, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor vicepresidente, quiero especialmente agradecer al señor Lagodinsky su constancia, porque coger un dossier atascado desde los años 80, encarrilarlo, resucitarlo y conseguir los acuerdos políticos necesarios para volver a ponerlo en la mesa de la Comisión y del Consejo me parece que tiene un gran valor.

Él decía que este es el momento justo. En España decimos «más vale tarde que nunca». Porque los problemas que este dossier quiere arreglar ya eran obvios en los años 80. Ya se sabía que ese bosque de reglamentaciones diferentes entre los países dificultaba enormemente la funcionalidad europea de estas asociaciones en aspectos fiscales, de inscripción, de registro y de control. Por lo tanto, vamos a dejar de hablar mucho de la sociedad civil y hacer lo que esa sociedad civil necesita.

Señor vicepresidente, la Unión Europea se dio muchísima prisa en regular los partidos políticos europeos. Nos dimos mucha prisa porque era nuestro dossier, pero no lo hemos conseguido con las fundaciones y no lo hemos conseguido con las sociedades de este tipo. Por tanto, hagamos que esas reticencias que usted expresaba y esa timidez se resuelvan. La sociedad civil europea no va a esperar otros treinta y cinco años para que sus necesidades sean resueltas por este Parlamento.

Y, por favor, no se escondan detrás de la subsidiariedad. Ninguna regulación nacional puede sustituir a un estatuto europeo. Por tanto, nadie puede considerar violada la subsidiariedad por una normativa europea de este tipo.

Ilhan Kyuchyuk, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to start by thanking the rapporteur, Sergey Lagodinsky, for his very progressive approach. Indeed, the report rightfully stresses the essential role of civil society, which contributes to a number of crucial areas – promoting democracy, protection of minorities, healthcare and social services – while understanding that their cross-border work and financial efforts have increased considerably.

However, despite the important roles NGOs play in public life, there is as yet no harmonised pan-European legislative framework to allow all those who want to engage and organise themselves for non-profit activities, to do so cross-border.

As a result, in the absence of Union legislation, the cross-border work of the non-profit sector is characterised by legal uncertainty, discrepancies, different practices and hurdles at national level.

The report provides a long-needed answer to the situation by proposing, on the one hand, a clear regulatory framework for European associations and, on the other, a set of common minimum standards for non-profit organisations in the Union. Mr Commissioner, it is a good basis so it's time to act!

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, chers collègues, le rapport Lagodinsky veut donner un statut juridique européen aux organisations non gouvernementales à but non lucratif. Pour ce faire, il propose, d'une part, de leur accorder un statut d'association européenne par un règlement, d'autre part, de leur fixer des normes minimales communes par une directive.

Cette sollicitude est guidée par un optimisme qui confine à la naïveté. Le rapport fait en effet des ONG les parangons de toutes les vertus et affirme même qu'elles constituent une école de la démocratie. C'est méconnaître le rôle réel de certaines ONG parmi les plus influentes, dont celle de George Soros, qui cherche à déstabiliser nos vieilles nations d'Europe en ouvrant la porte de la submersion migratoire.

C'est, d'autre part, fermer les yeux sur les conclusions accablantes du rapport n° 35/2018 de la Cour des comptes européenne, qui dénonce l'opacité de l'utilisation par les ONG des subventions de l'Union européenne. Cette dénonciation est d'autant plus préoccupante que nous ne parlons pas de petites sommes, mais de 11,3 milliards d'euros, qui leur ont été généreusement donnés en quatre ans par l'Union européenne. Le rapport Lagodinsky cherche certes à instaurer un embryon de contrôle sur leurs comptes, mais il s'agit d'un contrôle beaucoup trop léger pour restaurer la confiance.

Pour ces raisons je m'oppose à ce rapport.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Господин Председател, уважаеми г-н докладчик, поздравления за Вашата работа. Но аз съм категорично несъгласен с изводите, които Вие правите. Защото, уважаеми колеги, това не са неправителствени организации, за които говорите вие, а това са едни малки групи от хора, които ви харесват и които са избрали и които правят пропаганда. Тези неправителствени организации всъщност работят в полза само на лицата от така наречената „ляво либерална марксистка идея“, която цели да промени нашите общества.

И по тази причина не мога да приема и никога няма да се съглася, с парите на европейските данъкоплатци, да се плаща на едни хора, които са назначени в неправителствени организации да водят политика. Тези хора, които вие ни представяте, уважаеми колеги, избират в едното си качество да са НПО-та, в другото си качество – да са независими като медиите, в третото си качество – да са политически партии, а в четвъртото – да са тинк-танкове, все така независими. Така у нас се прави прословутата съдебна реформа, която е в ръцете на трима, четирима, петима олигарси, известни (така да се каже) с добър изглед, розови бузки. Тези хора се опитват да променят нашето общество, а вие искате ние да плащаме за това. Няма как да стане.

Поздравявам Ви, колега Лагодински, свършили сте работа. Само че ние не сме съгласни с тази работа и с тези изводи, не искаме да плащаме да се разрушават нашите семейни традиционни ценности. Не искаме да плащаме да се разрушава тази Европа, в която ние вярваме, за да може да угодим на един, друг, трети или пети олигарх, който вие сте си харесали и мислите, че понеже е много розов, той е много голям и много хубав. Не, благодаря ви.

Pernando Barrena Arza, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, señor ponente, el Parlamento Europeo lleva años pidiendo la creación de un estatuto a nivel europeo para las asociaciones y las ONG con el fin de asegurar el reconocimiento mutuo entre los Estados miembros y facilitar la labor transfronteriza de dichas asociaciones.

A día de hoy siguen existiendo grandes complicaciones a la hora de reconocer las actividades de las asociaciones internacionales y esto es especialmente grave en las regiones transfronterizas, como es el caso de mi país, Euskal Herria. Tal y como se recoge en la opinión de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, precisamente en las regiones transfronterizas y las eurasregiones, las asociaciones y las organizaciones juegan un papel muy importante a la hora de facilitar el trabajo en torno a los intereses de los que la sociedad civil es participe. Y, además, cada vez son más las asociaciones y las ONG que defienden el interés público y se enfrentan a diferentes retos económicos, sociales o ambientales, entre otros, y que operan a través de las fronteras en medio de comunidades naturales. Pero, a pesar de ello, siguen enfrentándose a obstáculos legales y fiscales.

Quiero, además, llamar la atención sobre la anunciada reforma del espacio Schengen, porque puede ser un obstáculo para la vida comunitaria transfronteriza y específicamente para el funcionamiento real de las asociaciones que trabajan a ambos lados de las fronteras.

Ernő Schaller-Baross (NI). – Elnök Úr! Az Európai Parlament baloldali többsége az új uniós civiltörvénnyel el akarja vonni a tagállamok hatáskörét, és minden érdemi tagállami kontrollt, ellenőrzést, sőt még a társadalom érdemi tájékozási lehetőségét is megszüntetni a civil szervezetek felett. Ezzel a föderalista törekvéssel azt az elvet akarják intézményesíteni, hogy a nonprofit szektor felett tilos bármilyen ellenőrzést gyakorolni, a civil szervezetek a törvények felett állnak. A mi felfogásunk szerint a részvételi demokrácia és az alkotmányos rend arról szól, hogy a közelet résztvevőinek működése átlátható, megismerhető. A civil szervezetek ennek megfelelően elszámolnak pénzügyeikkel, tevékenységükkel.

A Fidesz és a magyar kormány kiáll a nemzetállamok Európájáért, a nemzeti szuverenitásért és az alkotmányos rend védelméért. Nem engedünk ennek a baloldali politikai nyomásgyakorlásnak. Senki nem állhat a törvények felett. Hazám jogállam, ennek pedig az is része, hogy mindenkinek be kell tartania a törvényeket, még a civil szervezeteknek is. A jelentést nem támogatjuk.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, dit is een fantastische politieke discussie vanavond tussen mensen – collega's – die denken vanuit en geloven in de toegevoegde waarde van de Europese Unie en mensen – collega's – die dat niet doen. We wisselen argumenten uit en ik behoor tot de categorie die gelooft in de samenwerking van de Europese Unie, de toegevoegde waarde daarvan en het ontwikkelen van de waarden en normen die wij in Europa kennen.

In 2001 was ik rapporteur voor een verordening betreffende de Europese vennootschap – *Societas Europaea*. Na ruim twintig jaar bestaan er 3 000 SE's in Europa. Dat is veel te weinig, want in mijn land, Nederland, zijn al 24 000 multinationals actief.

Dus mijn oproep aan de Commissie is om meer te doen, om meer te stimuleren om Europees te denken. Met het voorstel dat hier voor ons ligt, geven we het maatschappelijk middenveld de mogelijkheid om zich Europees te vestigen. En daarmee versterken wij de Europese emotie en identiteit. Die hebben we nodig om een sterk Europa te creëren.

Ik voel me Brabander, ik voel me Nederlander en ik voel me Europeaan, en ik ben trots op alle drie. En ik denk dat iedereen die gelooft in die Europese samenwerking in de toekomst, dat zou moeten voelen. Ik roep u op om meer te doen aan het ontwikkelen van een Europese identiteit en emotie, waardoor meer mensen zich echt Europees gaan voelen en meer mensen de Europese waarden van de toekomst blijven verdedigen.

Bettina Vollath (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Damen und Herren! Wenn wir uns vor Augen führen, was derzeit in der EU alles an Rechtsstaatlichkeitsabbau und an Grundrechtsverletzungen passiert, dann ist eines sonnenklar: Wir brauchen dringend wache Demokratien in Europa und deswegen auch eine starke Zivilgesellschaft.

Wir müssen derzeit erleben, wohin es führt, wenn genau diese in einzelnen Mitgliedstaaten zunehmend eingeschüchtert oder ihre Arbeit erschwert oder behindert wird. Es hat massive Auswirkungen auf eine Gesellschaft, wenn helfende Hände ausfallen oder kritische Stimmen verstummen.

Das Europäische Vereinsstatut kann hier einen Paradigmenwechsel einleiten. NGOs würden als wichtige Motoren der Zivilgesellschaft einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt haben. Das neue Statut kann Raum schaffen für eine echte paneuropäische Zivilgesellschaft und damit die Basis für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die durch klare, einheitliche Definitionen und Mindeststandards ermöglicht wird. Ein Hoch auf eine wache Zivilgesellschaft zum Schutz lebendiger Demokratien!

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident! Die ID-Stiftung hat kürzlich den Einfluss von NGOs auf die EU-Gesetzgebung untersucht.

Von 12 600 Lobbyisten im EU-Transparenzregister sind 3 500 NGOs. NGOs pflegen enge Kontakte zu Kommission und Politikern und schreiben hier Gesetzentwürfe wie Lobbyisten, unterliegen aber kaum Offenlegungsregeln. Von 2014 bis 2017 erhielten NGOs mindestens 11,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt. Das sind mindestens 11,3 Milliarden für Pro-EU-Lobbyarbeit, denn NGOs fordern mehr Migration, mehr Klimarettung, Minderheitenrechte und mehr EU.

„NGO“ oder „Organisation ohne Erwerbszweck“ klingt wohl philanthropisch und wie „gemeinnützige Vereinigung“. Doch multinationale NGOs erhalten Milliarden von Finanzinvestoren und sind finanzstärker als mittlere Sparkassen. Doch als sogenannte *not obliged entities* oder privilegierte Organisationen sind sie von Antigeldwäsche- und Finanztransparenzgesetzen ausgenommen. Ihre Geldquellen bleiben vielfach im Dunkeln.

Letztes Jahr versuchte Ungarn, die Transparenzanforderungen für ausländische NGOs zu verschärfen. Doch der EuGH verwarf das Transparenzgesetz als Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit – leider. Etwas modifiziert wäre es ein gutes Modell für die EU.

Ibán García Del Blanco (S&D). – Señor presidente, uno de cada cinco europeos colabora con una organización no gubernamental, con una organización de la sociedad civil, se gestiona aproximadamente el 2 % del presupuesto de las instituciones europeas a través de este tipo de asociaciones que ayudan en cuestiones como la ayuda humanitaria, como la cooperación internacional, como la juventud, como la educación, como la cultura e, incluso, en la protección del medio ambiente.

Es de esto de lo que estamos hablando y de lo que estamos hablando es de crear, por fin, un estatuto que les dé seguridad; que les permita trabajar sin obstáculos, sin problemas; que tengan un reconocimiento mutuo y que todos los Estados miembros las puedan reconocer.

Así que fuera de cualquier tipo de teoría conspiratoria o de delirio de los que podemos escuchar de vez en cuando, lo que estamos haciendo es dar algo básico a personas que proyectan lo mejor de nosotros mismos, lo mejor de la Unión Europea y que representan, también, lo mejor de lo que la Unión Europea pretende defender y que creo que, además, defendemos con cierto éxito en un mundo cada vez más complicado.

En fin, señor Schinas, señor comisario, no busquen excusas y estén a la altura a la que está la sociedad civil en Europa.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è una grande soddisfazione per chi, come me, da molti anni si batte per i soggetti dell'economia sociale, le imprese sociali, le cooperative e tanti altri soggetti, vedere che le cose stanno cambiando, che c'è una stagione nuova in Europa.

Pensate che l'ultima relazione sull'economia sociale che io ho presentato al voto di questo Parlamento risale al 2008 o al 2009. Ma le cose cambiano, grazie alla Commissione, al lavoro del Commissario Schmit con il *Social Economy Action Plan*, alle parole che stasera ha detto il Commissario Schinas, agli impegni che ha preso, e a quello che fa il Commissario Breton anche con l'ecosistema dell'economia sociale.

E le cose cambiano anche grazie a questo Parlamento, che è tornato a occuparsi di questo tema, alla relazione del collega Lagodinsky e anche alla relazione di un altro collega della commissione EMPL. Spero anche di poter dire domani grazie al Consiglio, se farà una dichiarazione dedicata a questi temi, come ci si augura.

Quindi devo ringraziare il collega Lagodinsky, perché la sua relazione è molto importante. Se non definiamo un profilo giuridico uniforme a livello europeo, tutti questi soggetti non riescono a esprimere le loro potenzialità, non riescono ad accedere anche all'opportunità che abbiamo aperto. Lo abbiamo fatto con InvestEU, abbiamo messo piattaforme sociali e soggetti dell'economia sociale, e lo abbiamo fatto con la riforma del mercato interno, ma se non abbiamo questo apparato giuridico queste possibilità non ci saranno.

Margaritis Schinas, Vice-President of the Commission. – Mr President, thank you for this debate, which was very typical of the two extreme positions that I think were expressed. On one hand, from that side of the House, we were accused of selling out to NGOs and giving everything to NGOs and, from that side of the House, we were asked not to seek excuses. We don't do either.

I think in this debate there is a certain need for calmness. The associations and the non-governmental organisations contribute positively to society. They work as a force of good. Under no circumstances do they replace the political forces or the constitutional order of our Member States. I think what we need to do, very much as your report suggests, is very calmly to concentrate on attacking the very specific problems they face in their operations in the single market, especially when they operate cross border.

So we will carefully examine all the concerns raised in this resolution. Let me repeat – and this is not an excuse – that this should be done in close cooperation and close association between the EU institutions, the Member States and the actors of the social economy. None of these levels of policymaking can have a miracle solution that can be imposed on the others, hence the need to engage in a constant and constructive dialogue both with this House and in our Member States.

I look forward to our continued cooperation, and I am sure that we will be able to do many good things together, in the spirit of the resolution that will be adopted tomorrow.

Sergey Lagodinsky, rapporteur. – Mr President, I wish to thank my colleagues, regardless of their positions and affiliations, and I also thank the Vice-President for taking this issue seriously – there is no doubt about that.

I would like to go back to what Mr Manders said, in a very eloquent way. He asked what it is about, what we are discussing here. The litmus test about what it is comes from our ID and ECR colleagues – unfortunately ECR, though many colleagues actually supported it and were part of many compromises in the negotiations: it is about the value of Europeanisation and it is about the value of civil society, and this is what we saw during the debate.

I honestly ask you, Vice-President, and your colleagues from the Commission, what side do you want to be on? I don't want to simplify it, of course, as there is plenty to discuss and we are open to this discussion, but I would like to remind you how many large parties and how many representatives of the large majority of this House spoke for this form of fighting for, and creating, civil society in Europe.

That is an overwhelming majority. We will see how the vote is going to go, but if this is reflected in the vote, then the majority is overwhelming. I would like to remind us all about the promise of the Commission to consider the legislative proposals coming from this House with such majorities seriously, in the form that they are proposed.

Yes, things are changing. Colleague Toia said this right. If you look at the position of the German Government and the new coalition agreement, even that has changed. Germany was the one who opposed this proposal, but now, knowing where we stand and having others who are responsible now, part of the coalition agreement explicitly says that Germany would support this proposal – and many countries, I'm sure, will follow suit.

I am looking forward to our cooperation and discussion and I am looking forward to the vote tomorrow. What we are doing here is for Europe and for our civil society, and that makes me very proud and very grateful for this opportunity.

Predsedajúci. – Rozprava k tomuto bodu sa týmto skončila. Hlasovanie sa uskutoční zajtra.

22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Predsedajúci. – A týmto je aj rokovanie ukončené a bude pokračovať zajtra, v stredu 16.2. o 9.00h, a to oznámením výsledkov dnešného druhého hlasovania. Program rokovania bol uverejnený a je aj k dispozícii na webovom sídle Európskeho parlamentu.

25. Schluss der Sitzung

(Rokovanie sa skončilo o 22.34 h.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5677

23.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. FEBRUAR 2022

(C/2024/5677)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 14. bis 17. Februar 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	3
4. Beziehungen EU-Russland, die Sicherheit in Europa und die militärische Bedrohung der Ukraine durch Russland (Aussprache)	3
5. Erste Abstimmungsrunde	38
6. Beziehungen EU-Russland, die Sicherheit in Europa und die militärische Bedrohung der Ukraine durch Russland (Fortsetzung der Aussprache)	39
7. Wiederaufnahme der Sitzung	48
8. Eine Jugend, ein Europa (Aussprache über ein aktuelles Thema)	48
9. Rechtsstaatlichkeit und die Konsequenzen des Urteils des EuGH (Aussprache)	69
10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	92

Inhalt	Seite
11. Rechtsstaatlichkeit und die Konsequenzen des Urteils des EuGH (Fortsetzung der Aussprache)	92
12. Die Prioritäten der EU für die 66. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)	96
13. Zweite Abstimmungsrunde	102
14. Die Prioritäten der EU für die 66. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Fortsetzung der Aussprache)	102
15. Ein EU-weit harmonisiertes Konzept für Reisebestimmungen (Aussprache)	108
16. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	119
17. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Aussprache)	119
18. Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll	125
19. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	126
20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	126
21. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	126
22. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	126
23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	126
24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	126
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung	126
26. Schluss der Sitzung	126

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. FEBRUAR 2022

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 9.04)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

President. – I will now announce the results of the second voting session held yesterday, 15 February 2022.

*(The President read out the results of the vote.)*¹

¹ See Minutes for details.

3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

President. – I have a couple of quick announcements in relation to the decision by the ECON Committee to enter into interinstitutional negotiations, pursuant to Rule 71(1) announced at the opening of the session on Monday 14 February. We have received no requests for a vote in Parliament by Members or political groups reaching at least the medium threshold. The Committee may therefore start negotiations.

4. Beziehungen EU-Russland, die Sicherheit in Europa und die militärische Bedrohung der Ukraine durch Russland (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the European Council and Commission statements on EU-Russia relations, European security and Russia's military threat against Ukraine (2022/2518(RSP)).

Dear Colleagues, as announced at the beginning of this part-session, our agenda of this week is dominated by the situation in Ukraine.

Today, we are starting our day with the most pressing debate on EU-Russia relations, European security and Russia's military threat against Ukraine amidst intense international diplomatic exchanges to de-escalate the situation.

I am pleased to welcome the President of the European Council, Charles Michel, the President of the European Commission, Ursula von der Leyen, and the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Josep Borrell Fontelles, who are with us to discuss the latest developments on the ground in the wider context of European security and EU-Russia relations. Welcome to the plenary.

On behalf of the European Parliament, we have repeatedly expressed solidarity with the people of Ukraine as they continue to face the uncertainty of the past weeks and fear of Russian military aggression. What we are witnessing here is also a threat to peace in Europe.

I want to recall that, in September last year, the European Parliament adopted a resolution that called for containing Russia's influence in the EU and its Eastern Neighbourhood and, in December last year, we also adopted a resolution where we criticised the actions of the Russian authorities and underlined our preparedness to 'agree swiftly on further joint action', including sanctions.

Today, just after this debate, we will vote on granting EUR 1.2 billion of 'macro-financial assistance to Ukraine'. I would like to thank the European Commission for this timely proposal to support Ukraine's financial stability and resilience in the current difficult circumstances.

Also later today, the Conference of Presidents will discuss the declaration on the situation in Ukraine.

I would like to stress that, while we urge for a de-escalation of the current tension between Ukraine and Russia, this Parliament stands ready to support swift, forceful and concrete action, in coordination with other European institutions. The Union's unity and close cooperation with our partners are key for the European Union to play a strong role on the international stage and to contribute to peace and security. We would be interested to know how lessons learned from the current situation will also be reflected in the works on the future Strategic Compass for the EU.

Finally, I would like to thank you, President Michel, President von den Leyen and High Representative Borrell, for your engagement in the intense consultation on identifying ways to address the situation at the EU's eastern borders and your efforts to uphold fundamental principles of the existing European security architecture.

Without further delay, I would like to give the floor to President of the European Council, Charles Michel, for your statement.

Charles Michel, *President of the European Council*. – Madam President, Madam President of the Commission, dear High Representative, ladies and gentlemen, dear colleagues, this week is expected to be an important geopolitical week for the European Union. We will hold our joint summit with the African Union. Some 80 delegations of African and European leaders are arriving in Brussels to negotiate a strategic partnership between our two continents.

Yet, the extremely serious situation in Eastern Europe has crept into all our agendas. Allow me to lay out the range of actions taken by the EU to deal with this crisis, in very close coordination with our allies. And let me explain how the European Council will approach our future decisions, whether in the short or longer term.

Ladies and gentlemen, Russia has undertaken an unprecedented military escalation against Ukraine. The Russian authorities have repeatedly said they have no aggressive intentions towards this sovereign country. And this despite already annexing part of Ukrainian territory, Crimea, in 2014 and constantly undermining Ukraine's sovereignty, especially in eastern Ukraine.

Encircling a country with an extraordinary deployment of military forces, never seen before, can only be seen as aggressive and threatening behaviour. This escalation not only endangers the stability and integrity of Ukraine, it also threatens peace and security in Europe and the rules-based international system.

We, the EU, NATO allies, Member States, are working together at every level, on a daily basis, consulting politically and acting together. We are working at a level of intensity and quality that we have not seen for years. Our unity is stronger than ever and we have adopted a strong and clear strategy in three areas.

First, diplomacy. We have chosen to give every opportunity to the diplomatic route. European and American leaders have undertaken countless diplomatic initiatives and missions. We have activated negotiating platforms for dialogue with Russia, such as NATO, the OSCE, or the Normandy format. And I would like to commend Olaf Scholz and Emanuel Macron for their important role.

We have never stopped giving priority to diplomatic channels, even when these efforts did not seem to produce immediate tangible results. Yet, in the last two days, Russia has signalled that it may be open to diplomacy and we urge Russia to take concrete and tangible steps towards de-escalation. Because this is the condition for sincere political dialogue.

We cannot eternally attempt diplomacy on one side while the other side is amassing troops.

Mesdames et Messieurs, en sus de cet engagement diplomatique, nous travaillons sur le deuxième sujet, qui est la préparation des sanctions et des mesures restrictives, pour le cas où elles devraient être nécessaires. Le Conseil européen, au mois de décembre, a eu l'occasion de fixer avec clarté le cadre politique des 27 chefs d'État ou de gouvernement. Nous considérons que, s'il devait y avoir une agression militaire contre l'Ukraine, le coût pour la Russie devrait être sévère et les conséquences devraient être massives; mais nous devons aussi être francs les uns par rapport aux autres: cela veut dire que les conséquences pour nous, Européens, seraient lourdes également, et, le moment venu, si cela était nécessaire, nous devrions être prêts à assumer cette responsabilité.

Je remercie le travail préparatoire qui est mené par le haut représentant et par la Commission. Le Conseil européen et les États membres, si nécessaire et le moment venu, auront l'occasion de se prononcer et de prendre les décisions politiques sur ce sujet, et cela en étroites coopération et coordination avec l'ensemble de nos partenaires et de nos alliés.

Enfin, Mesdames et Messieurs, il est un troisième point qui me paraît essentiel: c'est le point qui touche directement au soutien à l'Ukraine et au peuple ukrainien. Bien sûr, ce soutien doit être, comme il l'est depuis longtemps, politique. Nous affirmons la souveraineté et l'intégrité territoriale de l'Ukraine, nous le répétons. Nous reconnaissons également cette aspiration européenne, cette aspiration euro-atlantique de l'Ukraine. Ce soutien est aussi financier, parce que les circonstances, on le mesure bien, provoquent d'ores et déjà un dommage significatif quotidien pour le système économique ukrainien. Nous saluons la décision rapide annoncée par la Commission: 1,2 milliard d'euros mobilisés sur le terrain de l'aide macrofinancière.

Je pense que nous allons devoir aller au-delà de cela, avec l'ensemble de nos alliés et de nos partenaires. C'est pourquoi je veux lancer ici cette proposition d'initiative de mettre en place, en étroite coopération avec l'Ukraine et l'Union européenne, une conférence des donateurs, afin de soutenir la robustesse économique de l'Ukraine, envers qui cette menace brutale a été engagée, et de soutenir aussi le programme des réformes – tellement importantes – pour ce pays.

Enfin, Mesdames et Messieurs, je voudrais clôturer ces quelques mots par deux messages. Le premier message, solennel, je veux l'adresser au peuple ukrainien. En 2014, le peuple ukrainien, fier et libre à Maidan, dans les sacrifices qui ont accompagné ce moment de cette histoire, de leur histoire, de notre histoire, a fait le choix de la liberté, a fait le choix de la démocratie libérale et a fait le choix de l'état de droit. L'Union européenne, depuis ce moment, n'a cessé de soutenir et d'accompagner ce choix libre et souverain du peuple ukrainien. Je veux affirmer avec solennité que l'Union européenne restera du côté de l'Ukraine. L'Union européenne ne laissera pas tomber le peuple ukrainien.

Mesdames et Messieurs, le deuxième message, je souhaite l'adresser à la Russie et à ses dirigeants. Le choix, aujourd'hui, est entre la guerre – et les sacrifices tragiques qui l'accompagnent – et le courage de l'engagement politique et de la négociation diplomatique. Très clairement, l'Union européenne est pour le choix de la diplomatie et de la négociation. Nous saurons faire preuve de ce courage. Nous saurons aussi faire preuve de la fermeté qui serait nécessaire si un autre choix devait être posé. Je pense à ce courage de la négociation pour garantir des solutions durables, afin d'assurer la stabilité et la sécurité mutuelles. C'est le choix que nous devons aux peuples d'Europe. C'est le choix que les dirigeants russes doivent au peuple russe.

Mesdames et Messieurs, dans quelques heures, les 27 dirigeants européens seront réunis à Bruxelles pour ce sommet avec l'Afrique. Je ne doute pas que nous aurons l'occasion d'exprimer la fermeté, l'unité et la force de l'Europe pour porter nos valeurs et pour rester aux côtés du peuple ukrainien.

Ursula von der Leyen, *President of the Commission*. – Madam President, President Charles Michel, High Representative Josep Borrell, honourable Members, the very reason why our Union was created was to put an end to all European wars. So it is particularly painful for me to address you today, as we face the largest build-up of troops on European soil since the darkest days of the Cold War.

The people of Ukraine are bravely trying to get on with their lives, but many of them keep emergency bags by their front doors, with basic clothes and important documents, in case they have to rush away from home. Others have stockpiled food cans to prepare for the worst. Some have even set up shelters in their basements. These are not stories from the 1940s. This is Europe in 2022. And this is happening because of the deliberate policy of the Russian leadership. Ukraine is a sovereign country. It is making its own choices about its own future. But the Kremlin doesn't like this, and so it threatens war. And this is the essence of the current escalation. This is something we simply cannot accept. I think diplomacy has not yet spoken its last word, and we saw signs of hope yesterday. But now deeds have to follow those words.

In the last seven years, Ukraine has suffered from the Kremlin's constant aggression. But despite that heavy burden they have, Ukraine has come such a long way. It has taken important steps to fight corruption, it has rebuilt its infrastructure, it has created new jobs for its talented youth. And our Union has accompanied them, putting together the largest support package in our history. Of course, the people of Ukraine know that their democracy still has some flaws and issues to deal with, but Ukraine today is a sovereign, more free, more strong country than in 2014, and this is precisely why the Kremlin is threatening it again.

We stand firm with Ukraine. The idea that the Kremlin should decide what Ukrainians can or cannot desire we simply cannot accept. The idea of spheres of influence are ghosts of the last century. This crisis is about Ukraine, yes, but it is also about much, much more. It is also about what it means to be a sovereign, independent and free country in the 21st century. It is about everyone's right to live free from fear, and it's about every country's right to determine its own future. This is the message that our Union has to send to the Kremlin.

Like everyone in this room, I truly hope that the Kremlin will decide not to unleash further violence in Europe. Yesterday, Russia was certainly sending conflicting signals. On the one hand, the authorities announce Russian troop pullbacks. On the other hand, the Duma votes for the formal recognition of Donetsk and Luhansk as independent republics.

But I still strongly believe in diplomacy. It is good to hear yesterday's commitment to the Minsk Agreement. President Macron and Chancellor Scholz have travelled to Kyiv and Moscow. Several others are also speaking to both sides. I am constantly exchanging with all of them, as well as with President Biden, Prime Minister Trudeau and Prime Minister Johnson. I must really say the transatlantic community has not been so united for a long time. Let me just mention one recent episode.

Earlier this month, Russian Foreign Minister Lavrov wrote 36 letters to each and every Member State of the European Union and NATO ally with a series of demands. He received two letters in response: one from Josep Borrell, on behalf of the European Union, and one from Jens Stoltenberg, on behalf of NATO. The European Union and its transatlantic partners are united in this crisis, and our call to Russia is crystal clear: do not choose war. A path of cooperation between Russia and us is still possible. But let's stay vigilant. Despite yesterday's news, NATO has not yet seen signs of any Russian troop reduction and, should the Kremlin choose violence against Ukraine, our response will be strong and united. The European Commission and the EEAS have been working closely with all Member States to prepare a robust and comprehensive package of potential sanctions, and we have worked in very close coordination with our friends from the United Kingdom, the United States and Canada. Let me say that in these weeks we have built a unity of purpose that is truly remarkable, both within the European Union and with our partners. In case of Russian aggression, Europe's reaction will be swift and robust. We are not just talking about freezing assets and banning travel for Russian individuals. Russia's strategic interest is to diversify its one-sided economy and to close its current gaps. But for this, they need technologies in which we have a global leadership: high-tech components for which Russia is almost entirely dependent on us. So our sanctions can bite very hard, and the Kremlin knows this as well.

On another topic, we are also ready in case the Russian leadership decides to weaponise the energy issue. We see that, at a time of high demand, Gazprom is restricting its gas supplies to Europe. We see a ten-year low in storage by Gazprom. We see no sales on the spot market. This is strange behaviour for a company: that, in times of skyrocketing demand and prices, they are not trying to maximise their profits. This behaviour has already damaged Russia's credibility as a reliable energy supplier. For weeks we have been in talks with a number of countries that are ready to step up their exports of liquefied natural gas to the European Union. In January, this resulted in record deliveries of LNG gas – more than 120 vessels, that is the equivalent of ten billion cubic metres of LNG – and, on top, we've done our homework. Since the annexation of Crimea, we have increased the number of LNG terminals in the European Union. We have reinforced our pan-European pipeline and electricity interconnector network, and the good part in this story is that these investments in infrastructure we have made will in future be the backbone for the possibility to supply with green hydrogen. So they are future proof. During the last weeks, we have looked into all possible disruption scenarios in case Russia decides to partially or completely disrupt gas supplies to the European Union, and I can say today that our models show that, with all the measures we have taken, we are now on the safe side for this winter. On top of this, we have also developed, with a number of Member States, a new set of emergency measures which we could trigger in case of complete disruptions.

But one of the main lessons we have already learned from this crisis is that we must diversify our energy sources and we must get rid of the dependency on Russian gas. We must heavily invest in renewables. Our alternatives are renewables because, though renewables are clean and good for the climate, they are also home grown and good for our independence. That's where our future lies.

Honourable Members, this is a crisis that has been created by Moscow. We have not chosen confrontation. We are hoping for the best, but we are prepared for the worst. We now have two distinct futures ahead of us. In one, the Kremlin decides to wage war against Ukraine, with massive human costs – something we thought we had left behind after the tragedies of the twentieth century. Moscow's relations with us would be severely damaged. Tough sanctions would kick in, with dire consequences on the Russian economy and its prospects of modernisation.

But another future is possible: a future in which Russia and Europe cooperate on their shared interests. A future where free countries work together in peace. A future of prosperity, built on the respect for the fundamental principles that have been enshrined in the UN Charter and in the European security architecture since the Helsinki Final Act. This is my aspiration, and I am sure the Russian people share this aspiration too. It is now up to the Kremlin to decide. But whatever path they decide to take, we will stand our ground. Europe will be united on the side of Ukraine, on the side of peace, and on the side of Europe's people.

Long live Europe!

Josep Borrell Fontelles, vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad. – Señora presidenta del Parlamento Europeo, señor presidente del Consejo Europeo, señora presidenta de la Comisión, señorías, lo que ocurra en Ucrania marcará el futuro de la humanidad. Todos los seres humanos deberían estar preocupados por lo que allí ocurra. Porque si de nuevo se impone la ley del más fuerte y un país puede amenazar a otro y puede atacarlo y disgregarlo territorialmente, echaremos marcha atrás en la historia.

El gran éxito de la Unión Europea es precisamente el haber renunciado a la guerra como forma de resolver los conflictos. Y por eso tenemos que estar con Ucrania, tratando de prevenir una guerra en nuestras fronteras. Y eso forma parte fundamental de lo que llamamos política común de seguridad y defensa, que tengo el honor de intentar desarrollar.

Y la presencia aquí hoy, en este Pleno, de las instituciones de la Unión: el Consejo Europeo, con su presidente, la Comisión Europea con su presidenta y el Consejo, al que tengo el honor de representar y cuyas formaciones de Asuntos Exteriores y de Defensa presido, marca la unidad europea frente a la posible agresión de Rusia contra Ucrania. Y esta unidad se ha hecho más fuerte y patente en estos días. Y creo que es una de las grandes consecuencias positivas de esta crisis.

Ha habido una aproximación común y todos los Estados europeos han respondido unánimemente para dar una respuesta que deberá concretarse en lo que llamamos sanciones o medidas coercitivas, según el Tratado. Sanciones que deberá aprobar el Consejo a propuesta del alto representante y que habrán sido elaboradas con la inestimable cooperación de la Comisión Europea, para medir cuáles son sus costes y sus consecuencias. Y, ciertamente, bajo la dirección política del Consejo Europeo. Y eso ocurrirá si Rusia agrede a Ucrania.

Pero déjenme que insista en el aspecto fundamental de nuestra unión, que es la consecuencia más positiva de esta crisis; una crisis que se ha basado en la amenaza a la integridad territorial de un Estado; una crisis que afecta a la estructura de seguridad en Europa, que no puede ser puesta en cuestión a través de amenazas; y una crisis que afecta al derecho de cada Estado soberano a escoger libremente sus estructuras de seguridad y sus relaciones internacionales.

Allow me to talk a little bit about what the role has been of European diplomacy in these events. It has been said that Europe was «missing in action». We have heard that Europe was missing in action and things are happening without our presence, without our participation, led by the United States, who are negotiating over our head. I think that we have to respond to this criticism, which seems at all unfounded for several reasons.

First, because Member States of the Union have been consistently debating the issue of security in Europe and Ukraine, and we have achieved remarkable unity. Because several Member States, France and Germany, have taken a number of political initiatives to promote a peaceful settlement of the crisis, and these initiatives have been carried out in coherence with the positions of the Union and in conditions of greater transparency.

Third, because Russia deliberately tried to ignore the existence of the European Union by sending letters only to the United States and NATO in December, considering that we are completely irrelevant and have nothing to say about the security issues in Europe. For Moscow, security in Europe is being defined in Washington.

Later, when they noticed that despite this dismissive attitude, nothing was going on, Mr Lavrov finally decided to send a letter to the 27 Member States that he had ignored until then.

Why such a U-turn on the Russian position? For two reasons.

First, because they realised that the European front was not cracked and Atlantic solidarity was very strong. So he tried the manoeuvre, which was to send letters to the 27 Member States, hoping to have 27 different answers.

But in this case, Mr Lavrov didn't succeed because we sent him a single letter, saving him the time to read 27 letters, all of them equal. Just one – one letter representing the position of the European Union on behalf of the 27 Member States.

This is a good example of how we Europeans can work together, and together with our allies, with the US and other like-minded countries with which we have had a continuous and very much positive coordination. So we have been present, participating in the negotiations – if we can call them negotiations, or at least conversations – until now.

So what can we envisage next?

Well, we don't know. Nobody knows. There are encouraging signs, but also very much worrisome events like the vote in the Duma asking Putin to recognise the independence of the two – let's say – republics, in the Donbas. We don't know what Putin is going to do. But what is clear is that we have to continue offering both things at the same time – the will to negotiate, to be ready to participate in talks because yes, Russia also has security concerns and that has to be taken into consideration. On the other hand, to prepare our capacity to respond – our dissuasion tools, sanctions as the President of the Commission and the President the Council had been referring to.

On that, we have been working and on that we are ready to act. But most of all, we are ready to continue negotiations, talks, in order to look for a diplomatic solution to the worst crisis that Europe has lived since the end of the Cold War.

I repeat again, this crisis not only affects Ukrainians, and not only Europeans – it affects the direction of humankind.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin Metsola, Präsidentin von der Leyen, Präsident Michel, Vizepräsident Borrell! Gut, dass Sie alle da sind. Es ist zunächst mal wichtig, dass wir als Europäer in diesem Moment gemeinsam die Lage beurteilen und heute diskutieren.

In diesen Tagen geht es um ein Grundversprechen, um das Grundversprechen der Europäischen Union, nämlich das Grundversprechen nach Frieden. Die Angst der Ukrainer können wir uns wahrscheinlich kaum vorstellen, die Sorge, die dort derzeit herrscht. Aber es geht nicht nur um die Ukraine, es geht eben um uns: Frieden sichern.

Die erste Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Um was geht es eigentlich in diesem Konflikt? Manche versuchen zu sagen, es ginge hier um die NATO-Osterweiterung, es ginge um Sicherheitsinteressen. Ich glaube das nicht. In den 80er-Jahren sind Menschen in Danzig auf die Straße gegangen, haben für Freiheit und Demokratie gekämpft. Dann Ende der 80er-Jahre in Dresden, im Baltikum, in Budapest: der Fall des Eisernen Vorhangs, der Zusammenbruch des Kommunismus. Dann der Maidan in Kiew, wo Menschen für Freiheit und Demokratie gekämpft haben und auch gestorben sind, und jetzt, vor wenigen Jahren in Minsk, in Belarus, wo Menschen für diese Idee auf die Straße gegangen sind. Die Idee der Freiheit gewinnt. Sie geht Schritt für Schritt unaufhaltsam nach vorne.

Ich war selbst am Maidan im Jahr 2014, habe mit den jungen Menschen dort gesprochen. Und deswegen muss für uns Europäer eines klar sein: Wir stehen an der Seite der Menschen, die für Freiheit und Demokratie eintreten. Es ist vielleicht wieder ein Moment, wo wir sagen müssen: Es geht um unsere Grundwerte, und wir werden sie verteidigen – *whatever it takes*. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die größte Bedrohung für Putin sind nicht die NATO-Truppen, sondern eine freie, demokratische Ukraine. Das ist die größte Bedrohung für ihn.

Die zweite Frage, die wir beantworten müssen, ist: Was ist unsere Aufgabe jetzt? Wie können wir Frieden sichern? Putin versteht nur die Sprache der Macht. Und heute heißt das, wir brauchen eine klare Rechnung, die wir ihm präsentieren: Die Kosten sind hoch! Für meine politische Partei, die Europäische Volkspartei, kann ich klarstellen, dass Nord Stream 2 nicht ans Netz gehen kann, sollte es zur Eskalation kommen. Der Ausschluss von russischen Banken vom internationalen Finanzmarkt ist für uns unvermeidlich. Und die bereits von der Kommissionspräsidentin angekündigte Beschränkung von Lieferungen von Hochtechnologie steht auf dieser Liste.

Aber lassen Sie uns ehrlich sein: Paris ist im Wahlkampf, in Deutschland ist man nicht in der Lage, „Nord Stream 2“ in den Mund zu nehmen. Wir sind bei diesen Fragen derzeit nicht stark. Deswegen wünsche ich mir, dass wir stärker werden, dass wir die Rechnung, die wir präsentieren, auch klar formulieren. Jede Unsicherheit motiviert Putin, seinen Weg weiterzugehen.

Die dritte Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wie können wir mit Putin ins Gespräch kommen? Gibt es Möglichkeiten des Kompromisses? Dialog ist wichtig, die Aussprache ist wichtig. Aber bei den Grundprinzipien gibt es keine Verhandlungsmasse. Die Souveränität von Staaten ist unantastbar. Es gibt keine Einflusszonen, in denen Putin entscheidet. Und Krieg ist kein Mittel von Politik im heutigen Europa. Deswegen ist die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nach wie vor völkerrechtswidrig.

Und die vierte Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Hat nicht Putin schon verdammt viel erreicht? In Belarus hat er freie Hand. Lukaschenko ist heute eine Marionette des Kreml, und sie machen gemeinsame Militärübungen. In der Duma wird die Forderung erhoben, die Ostukraine als Staat anzuerkennen, die Spaltung der Ukraine zu vertiefen. Eigentlich ist das schon Anlass für weitergehende Sanktionen, die wir jetzt auf den Weg bringen müssen. Und vor wenigen Wochen haben wir hier im Europäischen Parlament Alexei Nawalny den Sacharow-Preis überreicht. Jetzt erreicht uns die Nachricht, dass er weitere 15 Jahre in Haft gehen muss, ohne Rechtsgrundlage, ohne ein faires Verfahren. Putin versucht, die Opposition und die Idee der Freiheit wegzusperren in Russland. Und schon allein das ist ein weiterer Grund, Sanktionen gegenüber Russland zu diskutieren. All das geht unter – unter dem Säbelrasseln von Putin, das wir erleben, unter der Drohung dieser großen Kriegsgefahr.

Und die fünfte Frage, die ich aufwerfen will, ist unsere eigene Rolle als Europäische Union. Und lassen Sie uns ehrlich sein: Wir sind noch nicht ausreichend vorbereitet auf diese Stürme der Weltpolitik, die wir derzeit wieder erleben. Wir sind noch nicht ausreichend vorbereitet. In Genf sitzt kein europäischer Politiker am Tisch, wenn über die europäische Sicherheitsarchitektur diskutiert und entschieden wird. Deutschland und Frankreich versuchen sich zu koordinieren, aber es könnte besser funktionieren in der Koordinierung. Wir wissen, dass bei den Sanktionen immer noch die Frage im Raum steht, ob vielleicht Viktor Orbán oder einzelne andere ausscheren und unterschiedliche Positionen vertreten. Und ich muss auch kritisieren, dass in dieser historischen Phase eben kein EU-Gipfel stattfindet, wo die Staats- und Regierungschefs sich treffen und miteinander in der Lage sind, ein starkes Signal auszusenden, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Kein Treffen der Staats- und Regierungschefs in dieser historischen Phase!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung ist ein Weckruf. Wir müssen endlich in der Außen- und Sicherheitspolitik unsere Kraft entwickeln, die Einstimmigkeit beenden, eine Cyberabwehr-Brigade aufbauen, um unsere kritische Infrastruktur zu verteidigen. Und wir brauchen endlich einen echten Außenminister, der in der Lage ist, für die gesamte Europäische Union wirklich mit Kraft zu sprechen.

Ich selbst stehe jeden Morgen in der Früh auf und denke mir: Kann denn das sein, dass wir wieder über Krieg reden? Ich glaube, vielen Europäern geht es so. Aber ich sage Ihnen: In Moskau sitzt einer, der bereit ist, Krieg anzuwenden – er hat es mehrfach bewiesen. Wir werden in einer neuen europäischen Realität aufwachen, wir werden in einer neuen Europäischen Union aufwachen. Und wir müssen uns jetzt darauf vorbereiten. Frieden und Freiheit sind die Versprechen der Europäischen Union. 44 Millionen Ukrainer erwarten Solidarität. Wir als EVP – und ich denke auch das Parlament – stehen hinter ihnen.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, han pasado más de ocho años desde la Revolución de la Dignidad de la plaza Maidan, desde que el pueblo ucraniano inició su lucha por acercarse al proyecto de las libertades que representa la Unión Europea. Hemos sido su socio más leal en la integración económica, el apoyo al proceso de reformas y la defensa de la soberanía e integridad territorial de Ucrania. Hoy el Parlamento Europeo reafirma su compromiso y su apoyo a Ucrania.

El reto que Rusia plantea a todos los europeos, al final, lo que hace es brindarnos la oportunidad de reforzar nuestra unidad y nuestra determinación, y también para defender nuestros intereses y los del continente en su conjunto. Pero no olvidemos que, para detener el espíritu imperial de Putin y su hostilidad a los derechos humanos, Ucrania y la Unión Europea deben cumplir también con sus propias obligaciones. Por nuestra parte, debemos seguir apoyando todos los foros diplomáticos para la resolución del conflicto en Ucrania, como el Cuarteto de Normandía y el Grupo de Contacto Trilateral.

Para llegar a una solución negociada, la Unión Europea tiene que estar representada de forma efectiva en las negociaciones porque, como defiende acertadamente el señor Borrell, no podemos ser un espectador neutro en aquellos asuntos que afectan directamente a nuestra propia seguridad. Ninguna región del mundo posee un sistema de seguridad tan justo como el europeo. Los principios básicos consagrados en la Carta de París y en el Acta Final de Helsinki, todos ellos firmados por Rusia, son los únicos capaces de garantizar la seguridad en Europa. La integridad territorial y la soberanía de los Estados, la inviolabilidad de las fronteras, el derecho de los Estados a elegir sus propias alianzas y la resolución pacífica de las disputas son logros irrenunciables, porque el progreso de los europeos y europeas solo será realidad si hay seguridad.

Nadie en la Unión Europea puede negar la necesidad de una mayor autonomía estratégica ni nuestra vocación protagonista en el mundo. No permitamos que Putin y sus chantajes pongan de rodillas a Europa. Desarrollemos nuestras capacidades de respuesta ante las nuevas amenazas, avancemos a corto plazo en la creación de reservas estratégicas y compras conjuntas de gas y continuemos liderando como destino final la construcción de un nuevo orden mundial energético cimentado en las energías renovables y socialmente justo.

Es el momento para la diplomacia, sí, pero también lo es de la disuasión. Cualquier nueva agresión contra Ucrania tendrá enormes consecuencias para Rusia. Hasta que una guerra empieza, se puede evitar. El rechazo a la guerra y la voluntad de construir la paz es la base esencial del proyecto europeo. No podemos renunciar a lo más admirable que hemos conquistado: la libertad y la democracia, que han dignificado la vida de millones de seres humanos. El presidente Zelensky también debe mantener su compromiso con la senda de la democracia. Erradicar la corrupción, reformar el poder judicial y consolidar las instituciones democráticas son la mejor arma frente a Rusia. Porque el único temor de Putin es que la democracia y nuestro modelo social lleguen a la Plaza Roja de Moscú.

Todos debemos tener algo claro, y es que vencer con la fuerza no es convencer, y en la vida hay que convencer. Putin no convencerá porque convencer significa persuadir y para persuadir necesita algo que le falta en este momento: necesita razón y derecho. Por lo tanto, nos queda mucho trabajo por hacer. Ucrania puede estar segura de que la familia socialdemócrata estará a su lado. El mayor homenaje que podemos rendir a las personas que perdieron la vida en la plaza de Maidan y en el valle del Donbas es nuestro compromiso con un vecindario estable, próspero y democrático.

Stéphane Séjourné, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président du Conseil, Madame la Présidente de la Commission, chers collègues, j'aimerais tout d'abord exprimer, au nom de mon groupe, Renew, une profonde solidarité envers le peuple ukrainien. Pour la troisième fois en moins de vingt ans, le peuple ukrainien fait face à une pression extérieure inacceptable. La résilience et le calme des citoyens ukrainiens forcent notre admiration. Cette maison se souvient du courage de ce peuple, qui a payé de son sang le choix de son destin européen. Ce Parlement sera toujours aux côtés des Ukrainiens pour défendre les choix souverains, l'intégrité territoriale et l'indépendance de leur pays. Je tiens d'ailleurs à saluer le travail du président Zelensky et de son gouvernement, qui ignorent les provocations et maintiennent leur cap réformiste.

Si nous ne sommes en rien responsables de la situation, nous avons un devoir moral d'agir. Premièrement, nous devons agir aux côtés des Ukrainiens. Nous devons condamner avec force les mesures de déstabilisation du gouvernement russe. Nous devons rappeler la Russie à ses engagements internationaux, tant à l'OSCE que dans le respect du droit international de l'ONU, notamment en matière maritime (qui n'est aujourd'hui pas respecté). Nous demandons à la Commission de faire un geste fort auprès du peuple ukrainien, en ouvrant la porte à l'intégration graduelle au marché unique, et d'aller au-delà de l'accord d'association.

Deuxièmement, nous devons agir pour le maintien de la paix. Notre Union est née de la promesse de la paix, qui doit rester notre seule et unique boussole. C'est ce que les citoyens européens nous demandent; c'est ce que les citoyens ukrainiens souhaitent; c'est aussi, semble-t-il, l'opinion majoritaire de la population russe, qui, malgré une propagande permanente, reste aujourd'hui opposée à une intervention militaire – il faut aussi l'avoir en tête. D'ailleurs, les initiatives française, allemande et polonaise, que chacun a saluées, restent également un élément de réouverture du canal de dialogue, qu'il faut aujourd'hui saluer dans cet hémicycle.

Troisièmement, nous devons agir pour être prêts à toutes les éventualités. Je voudrais remercier le président du Conseil et la présidente de la Commission pour ces deux interventions. Notre attachement viscéral à la paix ne veut pas dire être naïfs. Toutes nos institutions doivent déjà travailler pour définir la réponse collective de l'Union européenne, quel que soit le scénario. J'invite par conséquent la Commission et le Conseil à préparer d'ores et déjà des sanctions d'une envergure inédite et des aides aux États qui seraient les plus touchés par une telle décision. Nous devons être prêts à agir immédiatement. Cette fois, l'Europe doit démontrer que sa puissance économique est au service de ses intérêts géopolitiques.

Enfin, nous devons agir aussi pour assurer à long terme la sécurité de notre continent. Soyons lucides, c'est la force d'attraction de notre modèle qui pose problème à Poutine. C'est l'aspiration européenne de l'Ukraine qui est vue comme une menace aujourd'hui. Parfois, quand j'écoute certains Européens, j'ai l'impression que nous sommes les seuls à ne pas voir ce que nous sommes. Nous sommes une puissance en devenir, une puissance économique, sociale et attractive, mais surtout une puissance démocratique.

Chers collègues, l'unité européenne est clé dans ce conflit. Ni les élections nationales, ni les tentatives de déstabilisation, ni l'allégeance de certaines forces politiques au Kremlin ne doivent mettre en péril notre unité européenne, pour la paix, pour l'Ukraine, pour nos valeurs et pour nos concitoyens.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Ukraine is under threat. A country that just as any other country wants to decide on its own future but is bullied by its big neighbour. But this is not just a threat to Ukraine. It's also an attack on the basic idea of how states relate to each other. It's a threat to international rules and to European security. And it saddens me profoundly that we have to debate this dangerous development in our Eastern Neighbourhood today.

This European Parliament was born out of the devastating experience of war and violence. The EU was built as a peace project and a model of democratic cooperation. President Putin's nationalist and imperial course of action and suppression runs contrary to the mere idea of our common Union. Putin's actions therefore challenge us as Europeans, and we as Members of this Parliament, carry a historic responsibility to stand up and clearly condemn Russia's threats of aggression.

As the EU, as its Parliament, we stand united against the Russian threat and in full support with Ukraine. The people of Ukraine have our support for choosing their own path for living in peace and for undertaking reforms that will transform their country for the better.

We need to be prepared for sanctions against individuals, entities and sectors in Russia. I am talking, for example, about freezing assets, about entry bans, and yes, I am also talking about Nord Stream 2. This pipeline must be part of our common sanction regime. And yes, sanctions have repercussions, also for ourselves, but we must act in face of an aggression.

As a Union we need to reduce our dependency on Russia, especially when it comes to energy. We have the technologies to do so and we have ample supplies of sun and wind. What energy we use is a geo-strategic decision. And we need to make the right one.

Let's not forget that the Ukrainian people have suffered greatly already because of the Russian aggression going on for years in eastern Ukraine. Almost 15 000 people have died. More than a million Ukrainians had to flee their homes. Conflicts can only be solved by diplomatic means. Russia must withdraw its troops and end the threat of invasion. It must return to the table of frank and peaceful negotiations. Negotiations that must be based on international law, mutual respect and a common vision for peace on our common European continent.

This is a key moment for international peace, stability and security. Now is our time to show through words and through actions that we stand united as one, and that the people of Ukraine can count on us.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente von der Leyen, signor Presidente Michel, credo che oggi il messaggio che le istituzioni europee devono dare al popolo ucraino è un messaggio di solidarietà e non possiamo lasciare spazio alle ambiguità che, molto spesso nel passato e anche nelle discussioni recenti, l'Europa e l'Occidente hanno dato su questa questione.

Io ho ascoltato con attenzione quanto detto dalla Presidente von der Leyen, quanto detto dal Presidente Michel e dall'Alto rappresentante Borrell e non concordo sull'ottimismo di come ha agito l'Europa in questa situazione. Rimangono ancora molte ambiguità nell'approccio che mettiamo sul campo davanti alla questione russa e alle minacce che il regime di Putin oggi pone ai nostri confini. Dobbiamo fermamente e convintamente far capire all'Ucraina che l'Europa è pronta a tutto per proteggere la sua integrità territoriale e la sua libertà, e questi sono principi su cui non possiamo transigere.

Dobbiamo poi analizzare con attenzione anche quali sono stati i nostri errori e il perché di questa ambiguità, del fatto che l'Europa non sia stata in grado di dare, di fronte a questa crisi, un messaggio unitario e concreto. Chiaramente ci sono stati degli errori. Abbiamo parlato delle dipendenze che i nostri Stati membri hanno dal regime russo, ma queste situazioni non sono nuove, non le abbiamo scoperte oggi, sono situazioni che conosciamo da anni e niente abbiamo fatto per ridurre questa dipendenza.

L'ambiguità è un problema, perché è vero che le dinamiche dei regimi dittatoriali sono difficili da capire per noi che apparteniamo a paesi liberi, ma è altrettanto vero che siamo in grado di comprendere benissimo che le nostre debolezze e le nostre ambiguità danno spazio alle minacce, danno spazio e potere a chi vuole portare la guerra ai nostri confini.

È triste constatare che a vent'anni dall'ultima guerra che abbiamo vissuto all'interno dell'Europa, quella in Kosovo e quella nei Balcani, spirino ancora venti di guerra ai nostri confini, e questo è un insuccesso di tutti, è un insuccesso dell'Europa, è un insuccesso dell'Occidente.

Per questo credo che, ovviamente, quello che dobbiamo evitare oggi è una guerra, è un'escalation che porti a un conflitto militare, che nessuno vuole e che nessuno oggi è in grado di affrontare. Ma con fermezza dobbiamo correggere gli errori che abbiamo fatto in Europa e dobbiamo avere anche il coraggio di dire che questa ambiguità è ben chiara, ma molto spesso la nascondiamo sotto il tappeto, come il fatto che il primo lobbista di Putin in Europa purtroppo sia un ex capo di governo del paese più importante di questa Unione europea.

Credo che ci sia spazio ancora per lavorare su una soluzione pacifica, non transigendo sui nostri principi, che ci sia spazio per riportare indietro le lancette, che ci sia spazio per far sì e per mostrare che l'Occidente è unito, ma l'Europa deve lasciare indietro le sue ambiguità, deve dare un messaggio di compattezza con gli alleati occidentali e insieme, nel quadro della NATO, dobbiamo risolvere questa situazione. Altrimenti, la nostra ambiguità sarà sempre una debolezza e non riusciremo mai a essere protagonisti, in maniera positiva, nella risoluzione dei conflitti e nella tutela delle libertà di cui dovremmo essere forieri.

Ryszard Antoni Legutko, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, when in 2008, the Russian Army invaded Georgia, Poland's President, Lech Kaczyński, gathered political leaders from Ukraine, Estonia, Latvia and Lithuania in Tbilisi and at the public meeting, he said these memorable words, 'Today it is Georgia. Tomorrow Ukraine, then the Baltic States. And in the future, maybe Poland.'

Well, unfortunately, these words are not only memorable, but they sound prophetic, too. But, there is a discrepancy between East European and West European political sensibilities. For most East Europeans, Russian imperialism is a fact that has determined and continues to determine their very existence. For the West Europeans, it is simply news in the media, sometimes sensational and exciting, but generally, it is a rather tedious story in a far-off land, presumably made up by some political fantasies.

To make the matter worse, Russia has become an object of deep attraction for many Europeans and additionally, an engaging partner in power-politics, also in economic relations, not to mention the notorious Nord Stream 1 and Nord Stream 2. The fact that former chancellors of Germany and Austria, former prime ministers of France and Finland have been working for Russian businesses, were employed by Russian businesses, is meaningful. These gentlemen and many others too, also ladies let me add, are not mavericks, but they represent what is typical of a large segment of European political establishments.

To call a spade a spade, Europe is a weak link in the line of defence against Russian imperialism. No wonder that Putin likes to humiliate European politicians and has been quite successful in this. Those politicians desire to accommodate Russia and are keen on conducting business as usual with her, and this is the reason why they de facto accepted the annexation of the Crimea.

Well, recent signals from Europe and also from outside Europe could be rather mixed. But there is a lot of reassuring talk about the hardening of the European position vis-à-vis Russia. We've heard a lot of tough words today, a really significant EU pep talk, but how hard this position has really become, not in words but in deeds, we will know in the weeks and months to come.

Martin Schirdewan, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin! Europa blickt in den Abgrund eines Krieges zwischen Russland und der Ukraine, dessen Preis zuallererst die Zivilbevölkerung zu zahlen hätte.

Der Schlüssel zur Überwindung dieser Krise, die die gesamte europäische Friedensordnung in Frage stellt und bedroht, lag von Anfang an in Diplomatie, in Deeskalation und in beidseitiger verbaler und militärischer Abrüstung. Das gilt nicht nur für die aktuellen Bemühungen, den Frieden zu sichern, sondern auch für die vergangenen Jahre, in denen die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland sich systematisch verschlechtert haben. Der Ausschluss Russlands aus der G8, die Einstellung der Treffen des NATO-Russland-Rats, die Einstellung der Treffen im Normandie-Format und die Nichtumsetzung des Minsker Abkommens sind Ausdruck eines beidseitigen Scheiterns der Diplomatie.

Ein neuer kalter Krieg wurde über Europa gelegt, der droht, zu einem heißen Krieg zu werden. Und in einem bemerkenswerten Artikel, lieber Kollege Weber, hat ein bekanntes deutsches Nachrichtenmagazin in die Zeit zurückgeblickt, in der die westlichen Mächte mit der damaligen Sowjetunion kurz vor der Selbstaflösung des Ostblocks verhandelten, und deshalb detailliert dargestellt, dass etliche der Beteiligten der Sowjetunion mündliche Zusagen machten, dass sich die NATO keinen Zentimeter gen Osten ausdehnen würde.

Wir kennen die Realität: 14 hauptsächlich mittel- und osteuropäische Länder sind seit 1990 der NATO beigetreten. Die geostrategische Architektur der Welt – und da können Sie noch so dazwischenrufen, wie Sie wollen – hat sich in den letzten 30 Jahren geändert. Alle Seiten müssen an einer Friedensordnung arbeiten, die den multilateralen Charakter unserer Welt anerkennt, die auf internationalem Recht basiert und die die legitimen Sicherheitsinteressen aller Akteure berücksichtigt. Nicht die NATO ist die internationale Ordnungsmacht. Diese Rolle kommt noch immer dem internationalen Recht und den Vereinten Nationen zu. Und ich hätte mich sehr gefreut, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn das in dieser Debatte deutlich zum Ausdruck gekommen wäre.

Die Beilegung der aktuellen Krise erfordert von allen Beteiligten die unbedingte Bereitschaft, den Frieden zu bewahren. Russland muss die Sicherheit seiner Nachbarn ebenso garantieren, wie die Ukraine aufgefordert ist, das Minsker Abkommen umzusetzen. Die absurde Idee einer weiteren Ost-Ausdehnung der NATO trägt nachweislich nicht zur Sicherheit in Europa bei, sondern zur Destabilisierung. Frieden in Europa wird es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben – um auch hier Bezug zu nehmen auf die Verhandlungen des deutschen Bundeskanzlers gestern mit Wladimir Putin.

Doch um ganz klar zu sein: Ein Angriff Russlands auf die Ukraine wäre völkerrechtswidrig. Er würde langfristig russischen Interessen ebenso Schaden zufügen wie einer neuen europäischen Friedensordnung – und das muss die Regierung Putin wissen. Wir wissen aber aus bitterer Erfahrung, dass erfolgreiche Entspannungspolitik nicht auf den Behauptungen von Geheimdiensten basieren kann. Gerüchte sind bereits Teil der Eskalation, und falls Sie das noch nicht gelernt haben, dann hören Sie mir einfach zu: Fakten sind die Basis des Friedens.

Wir wissen auch, dass die US-amerikanischen Gasunternehmen in der Krise einen Boom erleben. Die Gewinne sprudeln, und Investoren feiern auf Kosten der europäischen Sicherheit. Die Lehre, die es daraus zu ziehen gilt, ist, dass europäische Sicherheitsinteressen nicht zwangsläufig mit US-amerikanischen Interessen übereinstimmen. Europäische Interessen müssen hier von uns bestimmt werden, ohne transatlantischen Gehorsam. Frau Kommissionspräsidentin, europäische Energie-Souveränität basiert weder auf russischem noch US-amerikanischem Gas, sondern auf dem schnellstmöglichen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Über Frieden in Europa muss in diesen, in unseren europäischen Hauptstädten entschieden werden – und nicht in Washington oder im NATO-Hauptquartier.

Andrea Bocskor (NI). – Elnök Asszony! Az Európai Unió és tagországainak biztonsága szorosan összefügg Ukrajna biztonságával. Ukrajna fontos stratégiai partnere és közvetlen szomszédja az Európai Uniónak, ezért erős aggodalomra ad okot az ukrán–orosz határnál kialakult törekeny helyzet. Magyarország a feszültség feloldását a diplomáciai tárgyalások útján való rendezésben látja, ezért jégtörő szerepet vállalt a párbeszéd megteremtése és a háború elkerülése érdekében. A békés megoldás az egyetlen helyes út, és a minszki megállapodások végrehajtásának nincs alternatívája. Kerülnünk kell a pánikeltést, mely már hatalmas anyagi veszteségeket okozott, és a diplomaták menekítése sem egy jó üzenet, és minden olyan intézkedést is kerülnünk kell, amely kielezheti a helyzetet.

A konfliktusban már több ezer ember vesztette életét, belső menekültté váltak több millióan és a munkanélküliség, a magas energiaárak, az infláció, a koronavírusjárvány, ezek mind-mind nagy kihívások elé állították Ukrainát, az ukrainai lakosságot és köztük a kárpátaljai magyarokat is. Ezért mindent meg kell tennünk a béke érdekében, és támogatnunk kell Ukrainát, hogy gazdasági és politikai értelemben is egy stabil, demokratikus, életképes és független ország legyen.

VORSITZ: OTHMAR KARAS*Vizepräsident*

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, I am happy to have European family heads and Members together to express solidarity with the Ukrainian people, who are like us, and want to live like us in the same European family. The EU Founding Fathers have assumed their leadership to unite and try a democratic Western Europe.

Now it is the time for us to assume a similar leadership, to unite all democracies in the European continent, because without a strong Ukraine, there will be no strong Europe. The EU will be as strategically strong, and will be able to become an important actor there. It is not the time for naive Chamberlains or illusions that relations with Putin's Kremlin can be mutually productive, or that the concessions will help. It is important that the West remains united in solidarity, even if this escalation will end without military action.

We must agree on what leading role the EU must play, and what it can do to help Ukraine and other countries striving for EU membership. If Europe will return to business as usual with the Kremlin, we will be doomed to a circle of hybrid, and not only hybrid, wars. Also an intensive treatment for EU is necessary, including saving EU from cancer cells, that the Kremlin-controlled corrupt has.

Already today, Putin deserves a tribunal for threatening to start a war to kill people. For Navalny, who is a symbol of a poisoned and imprisoned Russia and for whom I wish strength.

I thank the Ukrainians.

Pedro Marques (S&D). – Senhor Presidente, a ameaça de invasão da Ucrânia trouxe à memória os dias sombrios da Guerra Fria, com os povos de ambos os lados a viver o medo de uma ameaça permanente. São tempos a que ninguém quer voltar. Bem, na verdade, quase ninguém.

O Sr. Putin e alguns dos seus companheiros têm-nos mostrado as saudades que têm dessa época. Ao deslocar um enorme exército para a fronteira com a Ucrânia, para realizar os maiores exercícios militares do mundo desde há mais de 40 anos, o Governo russo quis transmitir à Ucrânia, à Europa e ao mundo uma mensagem de intimidação e ameaça. Da parte da União Europeia e dos nossos parceiros transatlânticos, a mensagem foi compreendida. Soubemos unir-nos e dar resposta à altura das circunstâncias.

A nossa linguagem não é a da guerra, mas fizemos saber ao Sr. Putin que a guerra não saíria impune. A nossa mensagem não é a da ameaça, mas ficou claro que não nos sentimos intimidados pela ação russa. A nossa linguagem é a do diálogo, é a do direito internacional. É a linguagem da diplomacia, com a qual se resolvem as tensões, evitam os conflitos e se encontram compromissos e soluções.

É esse caminho que, de forma coesa, este Parlamento e a própria União Europeia apresentam à Rússia para resolver a situação, com realismo, bom senso e transparência e em pleno respeito pela independência e integridade territorial da Ucrânia. A escolha cabe agora ao Sr. Putin. Quero acreditar que saberá fazer a escolha certa, a bem da Ucrânia, da Europa e da própria Rússia.

Petras Auštrevičius (Renew). – Mr President, may this be clear to all: Ukraine is part of the European family, as is Belarus. Ukraine's security is Europe's security, and it's of concern to all of us.

The military threat posed by Russia to Ukraine only confirms the hopelessness and aggressiveness of the Kremlin. I very much hope that the West has seized the opportunity to learn the lesson of unity, solidarity and common response. We will need this lesson in the future, because Putin seems to have neither the will nor the interest to change.

By giving Ukraine the opportunity to reform on the basis of European experience and partnership, we are supporting and investing in the future of a democratic and prosperous Ukraine. We are enabling the country and its people to follow the path they embarked on back in 2014 with the Revolution of Dignity. Ukrainians decide their own future, and I am strongly convinced that the future of Ukraine is not Finlandisation, but Europeanisation.

Viola Von Cramon-Taubadel (Verts/ALE). – Mr President, ‘war is so unjust and ugly that all who wage it must try to stifle the voice of conscience within themselves.’ These words belong to one of the greatest pacifists, Leo Tolstoy, who ironically also happens to be the person who President Putin claims to have influenced him most.

Evidently, the Russian President has stifled his voice of conscience and brought our continent to the brink of war. How else could he summon 135 000 soldiers to the Ukrainian border? Ukraine is a great country of great people. Today it is stronger than ever. It stands up for itself and will only be stronger tomorrow. This is the reason for the Kremlin’s warmongering. Putin knows if he does not take over Ukraine now, he won’t be able to do so in the future.

What the Russian president sees as a window of opportunity could be a lethal trap for his country. Ukraine will be for Russia what Afghanistan was for the Soviet Union – an imperial overstretch and a painful end to Putin’s empire. War is not only unjust and ugly, but also senseless, as there are no winners. It brings only destruction and suffering to people on both sides. If Putin starts the war, ordinary Russians will have to suffer the consequences – Russian mothers crying over their fallen sons, pensioners feeling the chilling effects of Western sanctions.

Ukrainians are strong because they fight for their country. They do not stand alone, because they have reliable friends and, above all, because they have the truth on their side.

Jaak Madison (ID). – Mr President, I was listening very carefully to the speeches, and I would like to mention two things in particular. First of all, Ms von der Leyen mentioned that Russia is now weaponising energy policy.

Well, I would like to say we told you about five or six years ago that if we’re going to build up the Nord Stream 2 between Germany and Russia, of course they will weaponise it. That is obvious. There is no energy policy without other policies. This is also very clear with economic policy and defence policy, but the Germans wanted to build Nord Stream 2 with Russia, and here we are now. Of course they’re weaponising it. Germany doesn’t like to be surprised. It’s a bit ridiculous.

Secondly, everybody else mentions that we are ready for anything. Ms von der Leyen and Mr Borell also mentioned that we are ready for every scenario. Hopefully we are, but, on the other hand, if you look at the facts, when Estonia just wanted to give some military help to Ukraine, who blocked it? The German Government. The German Government said ‘No, no, no you will not give it, because it was our military equipment in the 80’s – in the Soviet time – when it belonged to East Germany, and we will not give it to Ukraine.’ So, I really don’t see this harmony inside of the EU.

Of course, it’s a very clear fact that Russia is a threat, but I really don’t think that we have to panic here. However, we have to be ready for everything. That is also obvious. When the previous speakers said that war is senseless and pointless, of course for us it’s pointless, but we are taking it too emotionally. We don’t really think about what Russia really wants to have.

Even if you look at the troops – 135 000 troops next to the Ukrainian border – this is not enough to occupy all of Ukraine. Ukraine is a totally different country compared to what it was eight years ago. They have made really good progress on the right side. But 135 000 troops are easily enough to carry out some small actions in eastern Ukraine.

If you look at what they’re doing in the Russian Duma, they are now legally recognising Donetsk and Luhansk as independent countries. It takes only a few days. Maybe when they are at risk, they will ask for military help, because the Ukrainian Government will maybe attack those independent countries. These 135 000 troops are easily enough for small military actions.

Roberts Zīle (ECR). – Priekšsēdētāja kungs! Komisijas Augstā pārstāvja kungs! Ukrainai šodien ir Vienotības diena. Par ko ir šī Vienotības diena? Par to, ka Ukrainas sabiedrība vēlas iet Rietumu demokrātijas ceļu, un viņu valdība — demokrātiski ievēlētais prezidents un valdība — vada šo ceļu. Bet, protams, šī sabiedrība nav vienota Ukrainā, būsīm atklāti, un Ukrainas valdībai ārkārtīgi vajadzīgs šis Rietumu demokrātiju atbalsts šinī brīdī caur šo Vienotības dienu, jo, iespējams, ka Kremli kāds uzskata, ka ukraiņi būtu jāatbrīvo no huntas — kā tas tiek uzskatīts bieži vien neoficiālās versijās, — un brāļus ukraiņus aplaimot ar citu valdību.

Šis ir brīdis, kad Ukrainas kursam ir vajadzīga šī pastieptā roka no Rietumu demokrātijas — no mums, no eiropiešiem. Un tas nozīmē, ka mūsu arī līderu deklarācijā ir jābūt nopietniem punktiem par to, ka Ukrainai ceļš uz Eiropu ir vaļā — uz Eiropas Savienību. Protams, tas nav ātrs, bet tas ir, un, protams, ir jābūt arī ne tikai naudai, bet arī atbalstam [no] militārās tehnikas, vai sauksim to kaut vai par aizsardzības ieročiem.

Ir ārkārtīgi svarīgs jautājums arī par to tā saucamo nekaitināšanas jautājumu. Iespējams, ka Ukrainas prezidentam, kaut vai attālināti, bija šonedēļ iespējas runāt Eiropas Parlamentā, iespējams, ka nē, bet šī nekaitināšanas politika, manuprāt, parāda, ka šī izstieptā roka mazliet dreb, kas ir slikta ziņa Ukrainas sabiedrībai. Būsim nopietni arī vidējā termiņā ar energopolitikas izmaiņām, kas ir ārkārtīgi svarīgs jautājums pavisam drīz.

Manu Pineda (The Left). – Señor presidente, hemos estado muy cerca de que las dos mayores potencias nucleares entraran en conflicto abierto utilizando a Europa como su tablero de juego. Y hablo en pasado porque los Estados Unidos y su brazo militar, la OTAN, se han quedado sin argumentos, pero realmente nunca los han necesitado para iniciar sus guerras.

Los Estados Unidos siguen montando guerras lejos de su territorio y muchos gobiernos europeos han actuado de forma irresponsable, echando gasolina al fuego. La OTAN está utilizando Europa y, especialmente, las fronteras con Rusia, como una enorme base militar al servicio de intereses comerciales, militares y geoestratégicos que no son los de Europa.

Señor Borrell, nosotros tenemos muchas diferencias, pero eso no impide que yo lo considere a usted un hombre de paz que busca resolver los conflictos por la vía política. Le pido que no permita que la Unión Europea se convierta en la tropa, en una base militar, en un tablero de juego al servicio de este imperio decadente que está poniendo en peligro la existencia misma del planeta.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο ορατός κίνδυνος πολεμικής σύγκρουσης στα ρωσο-ουκρανικά σύνορα αφορά τον ανταγωνισμό για το μοίρασμα αγορών και επιρροής ανάμεσα σε Ηνωμένες Πολιτείες, NATO, Ευρωπαϊκή Ένωση και Ρωσία. Καμία πλευρά, όμως, της ιμπεριαλιστικής σύγκρουσης δεν εκφράζει τα λαϊκά συμφέροντα. Επίσης, «πάει πολύ» να «υποδύεται» η Ευρωπαϊκή Ένωση το «περιστέρι της ειρήνης», όταν έχει οδηγήσει σε πολέμους στο Αφγανιστάν, τη Λιβύη, τη Συρία και αλλού.

Η δε αμερικανική βάση στην Αλεξανδρούπολη, στη βόρεια Ελλάδα, εξελίσσεται σε κέντρο προώθησης αμερικανο-νατοϊκών στρατευμάτων για την περικύκλωση της Ρωσίας και φέρει την υπογραφή της σημερινής και της προηγούμενης ελληνικής κυβέρνησης, γεγονός που εκθέτει τον ελληνικό λαό σε μεγάλους κινδύνους.

Η ανησυχία του λαού πρέπει να μετατραπεί σε αυτοτελή αγώνα για να «ξηλωθούν» όλες οι ξένες βάσεις, να μην υπογραφεί η νέα ελληνο-αμερικανική συμφωνία, να γυρίσουν τα στρατεύματα από το εξωτερικό· για απεμπλοκή από τα ιμπεριαλιστικά σχέδια ΗΠΑ, NATO, Ευρωπαϊκής Ένωσης· για να ανοίξει ο δρόμος της αποδέσμευσης από όλες τις ιμπεριαλιστικές ενώσεις, με τον λαό στην εξουσία.

Michael Gahler (PPE). – Mr President, over an eight-year period, the world has witnessed a systematic, multifaceted Russian policy of invading, destabilising and demonising Ukraine. The reason is not that Ukraine was a military threat to Russia or that Russian speakers were discriminated against. Such claims are wrong. Nor should we buy the argument that NATO membership was such a threat. We know it is not our weapons, but it is the power of the values and the attractiveness of democratic societies that pose an existential threat to a repressive Russian state structure behind whose Potemkin facade anything goes.

Yesterday, Putin left all options on the table. During the press conference with the German Chancellor, he continued his obvious lie that a genocide was ongoing in the Donbas. His interpretation of history deprives Ukrainians of all features of statehood, claiming it was one people, one empire, one language, one church. No, Mr Putin, it is not.

Let us now be prudent. With the implementation of the Minsk Accord, let us not exert undue pressure on Ukraine in order to appease Russian claims. They cannot hand out hundreds of thousands of passports to the citizens of Luhansk and Donetsk and claim the recognition of these Russian Bantustans and, at the same time, demand that Ukraine grant a special status to this region.

Ukrainians must stand together against the external threat, but they also need to put their internal divisions aside. Now is not the time for nit-picking partisan infighting. Join forces and implement the ambitious reform agenda that will one day make you an irresistible European country that enjoys all perspectives of a common future. We stand with Ukraine.

Tonino Picula (S&D). – Mr President, Mr High Representative, Commissioner, our relations with Russia have been at a low point for a while. Most political challenges at our external borders have directly or indirectly Russia as a common denominator.

The list of open issues is long: disinformation, hybrid threats, funding of anti-democratic forces in the EU, and foreign interference. But today, our primary focus should be Ukraine. After an eight-year war with 14 000 victims, situation in and around Ukraine evolved into a global threat.

Russia is also actively undermining Ukraine's democratic and socio-economic development for years through political and economic means, as well as through disinformation.

So how can we best help Ukraine in this crisis? Despite the lack of progress, there is no alternative to continued talks. Diplomacy is still the only credible way to avoid doomsday scenarios. Meanwhile, the European Union has to continue supporting Ukraine, building deterrence, boosting Ukraine's economy and defence, and supporting reform processes as well.

We should also work to increase the potential costs of Russian aggressions by introducing sanctions against individuals, banks and companies involved in plans to attack Ukraine. Halting Nord Stream 2, in case of aggression, would increase our leverage while doing all of the above.

Ukraine is a sovereign country with internationally recognised borders that has a full right to decide on its geopolitical orientation. The ongoing crisis has shown once again that any local crisis in Europe can turn into a global threat with possible deteriorating consequences. This should be an urgent call for the EU to enhance our own ability to respond quickly and in a unified way.

While awaiting a much-needed comprehensive EU strategy towards Russia, we stand with Ukraine.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, cher Josep Borrell, l'Ukraine ne veut pas d'une guerre, l'Europe non plus, pas plus que les États-Unis, et je suis profondément convaincue que le peuple russe, lui aussi, veut la paix.

Pourtant, plus de 130 000 soldats russes sont massés à la frontière ukrainienne. Des manœuvres russes sans précédent se déroulent en Biélorussie. Des navires russes croisent en mer Noire en nombre tout à fait inhabituel. On nous annonce que des troupes pourraient être retirées; mais dans le même temps l'Ukraine subit de nouvelles cyberattaques et Vladimir Poutine dénonce un prétendu génocide au Donbass, qui n'existe que dans son imagination. C'est Vladimir Poutine, et lui seul, qui menace de recourir à la force. Si une guerre advient, en dépit des efforts diplomatiques d'Emmanuel Macron et d'Olaf Scholz, en dépit de la retenue observée par Volodymyr Zelensky, le président russe en sera le seul responsable et il devra en payer le prix.

Il a choisi d'intimider l'Ukraine et de tenter de l'affaiblir non pas parce que l'OTAN le menace, mais pour un motif beaucoup plus profond et qui nous concerne tous. Aujourd'hui, Kiev tourne le dos à la Russie et regarde vers l'Europe. L'Ukraine ne rêve en rien d'un retour vers l'Union soviétique. Ce qui fait rêver l'Ukraine, c'est l'Union européenne. Mes chers collègues, nous sommes le plus grand espoir de l'Ukraine. Je nous appelle solennellement à ne pas la décevoir.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, arvoisa puheenjohtaja, arvoisa korkea edustaja, äsken kuulimme puheita siitä, että EU on toiminut yhtenäisesti ja painokkaasti, mutta näistä puheista huolimatta on mielestäni selvää, että EU ei toimi tässä kriisissä koko painollaan.

Nato on tässä kriisissä keskeinen, ja EU:ta heikentää se, että sen kuusi jäsenmaata on Naton ulkopuolella. Jotkut näistä jäsenmaista saattavat vielä uskoa puolueettomuuteen, vaikka tosiasiat eivät puhu enää puolueettomuuden puolesta. Jotkut taas niistä toivovat, että EU on muuttumassa puolustusliitoksi, ja tätäkään toivetta eivät tosiasiat tue.

Siksi arvoisat kollegat minusta olisi erittäin tärkeää, että Nato kutsuisi kaikki sen ulkopuolella olevat EU:n jäsenvaltiot jäsenikseen. Nimittäin Putin on jo saanut aikaan sen, että esimerkiksi Suomessa on tapahtunut aivan selvä liikkahdus Naton suuntaan. Kuten tiedätte, Suomi on jo vuosia ollut Naton läheinen kumppani.

On välttämätöntä, että osoitamme tässä tilanteessa vankkumattoman tukemme Ukrainalle, sen suvereenisuudelle ja alueelliselle koskemattomuudelle. Lännen on pysyttävä yhtenäisenä ja osoitettava olevansa tosissaan vastatoimista. Sanktiot on kohdistettava nyt myös Putiniin ja hänen lähipiirinsä, väistämättä kaasu- ja ydinvoimayhteistyötä.

Hélène Laporte (ID). – Monsieur le Président, mes chers collègues, hélas, la France n'a obtenu aucune avancée diplomatique à la suite de la visite d'Emmanuel Macron à Moscou. Et pour cause: à ce jour, la menace potentielle d'un conflit avec l'Ukraine est surtout une position avancée par les États-Unis. N'oublions pas que le grand patron de la marine allemande a été destitué parce qu'il avait osé avancer une position différente – en indiquant que cette menace de guerre était une ineptie. Comment comprendre également que le Quai d'Orsay ne demande toujours pas à nos ressortissants de quitter le territoire ukrainien? Restons dans du factuel. D'ailleurs, les manœuvres russes à la frontière sont entièrement déclarées et, si invasion il doit y avoir, l'effet de surprise eût été plus opportun.

«J'ai obtenu qu'il n'y ait pas de dégradation et d'escalade», affirme avec force Emmanuel Macron au sortir de son entrevue avec le président russe. Mais, là encore, une position différente est rapportée de la part de la Russie, le porte-parole du Kremlin ayant immédiatement déclaré que ces propos n'étaient pas exacts. Actuellement, de nombreuses armes sont vendues par les Américains à l'Ukraine. Il appartient à la France d'avoir une politique gaullienne, qui nous maintienne à égale distance entre les États-Unis et la Russie.

Derrière ce conflit se cache une problématique sur l'énergie. D'un côté, nous souhaitons fermer le robinet du Nord Stream 2 avec le premier producteur de gaz aux frontières européennes; de l'autre côté, nous achetons du gaz au Qatar et à l'Algérie, qui ne sont pas connus pour être de grandes démocraties.

Rappelons enfin que Kiev est objectivement sous perfusion d'argent public européen. Cela nous pose question quant à l'influence que nous souhaitons avoir dans cette région du monde. Le vote en urgence lundi soir, sans débat, d'une aide macrofinancière d'un montant de 1,2 milliard d'euros au profit de l'Ukraine en est l'exemple. Mais ce n'est pas tout: il faut rappeler également qu'une somme de 17 milliards d'euros a déjà été versée au moyen de dons et de prêts, lesquels ne seront jamais remboursés, alors même que la Cour des comptes a conclu à une mauvaise utilisation des fonds, liée à la corruption.

Je vous remercie et terminerai en disant que personne ne souhaite la guerre au niveau européen.

Witold Jan Waszczykowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Od dawna niestety bezowocnie wielu z nas nawołuje o kary dla Rosji za szantażowanie Ukrainy i części Europy. Niestety po wizycie kanclerza Scholza w Moskwie przestałem wierzyć, że takie sankcje nastąpią. Przestałem wierzyć też w znaczące wsparcie dla Ukrainy. Wysyłamy Ukrainie tylko wyrazy politycznej solidarności.

Cieszy mnie jednak, że zaczynamy rozmawiać o większej pomocy finansowej. Jednak już czas, aby rozpocząć następny etap współpracy po Partnerstwie Wschodnim, które chyba wyczerpało swoje możliwości. Otwórzmy ścieżkę do członkostwa w Unii Europejskiej dla Ukrainy, Mołdawii i Gruzji. Po pierwsze, może być to przyłączenie do inicjatywy Trójmorza – to sektorowa współpraca w dziedzinie energetycznej i infrastruktury transportowej. Po drugie, otwórzmy dalsze sektory i agencje unijne. Trzecim krokiem powinno być włączenie tych państw do wspólnego rynku, na przykład na wzór Szwajcarii. I wreszcie czwarty element to członkostwo po spełnieniu kryteriów kopenhaskich.

Ekonomiczny sukces Ukrainy w Unii, czyli pozytywny alternatywny rozwój społeczeństwa postsowieckiego w Unii, to wielki przykład dla Rosjan i z mora dla Putina. Zgotujmy ten los Putinowi.

Mick Wallace (The Left). – Mr President, we've had three months of this farce now, and the line between the real and the imaginary is blurred. The US and UK have used the media to flood pages, screens and airwaves with a load of unsubstantiated fear-mongering and lies gleaned from unaccountable, anonymous sources in the intelligence community.

This has reached such a pitch that when Ukraine begs to the US and NATO to stop creating hysteria and provide some proof for the supposedly imminent any day now Russian invasion. Ukraine is ignored by the forces that pretend to protect them. NATO's raison d'être is protecting Western corporate interests and the interests of the military industrial complex.

But it looks like now they're also protecting the interest of US gas and oil. The warmongering of NATO and the US these past few months has done nothing for peace in Europe, and the role played by NATO think tanks like the Atlantic Council was not good.

People who want peace in Europe should be calling for NATO to be abolished.

Milan Uhrík (NI). – Pán predsedajúci, milí progresívni protiruskí štváči, už niekoľko mesiacov rozprávate o tom, ako chce Rusko zaútočiť na Ukrajinu.

Už niekoľko mesiacov liberálne médiá píšú články o tom, ako je Rusko nejaký démon, ktorý ich chce ohroziť celú Európu.

Pred pár dňami americký prezident Biden zverejnil senilné proroctvo, že vraj dnes má napadnúť Ruská federácia Ukrajinu. Čo sa stalo? Nič.

Poviem vám to v mene viac ako polovice občanov Slovenskej republiky podľa štatistík. Máme toho už naozaj dosť, a toto je odkaz najmä pre všetkých amerických vojnových štváčov a ich prisluhovačov v Európe, v Európskej únii, aby si zbalili americkú armádu a odišli z Európy a neťahali nás do svojich konfliktov, do svojich vojen.

Európa chce mier. Prosím vás, dajte si dobre tieto provokácie aj na Ukrajinu.

Pozrite sa na maďarského premiéra Viktora Orbána ako v mieri, konštruktívne rokoval v Moskve o spolupráci, o lacnejších cenách energií.

Toto je cesta, ktorou musí Európa ísť. Spolupráca a nie vojna.

Andrius Kubilius (PPE). – Mr President, today we need to understand that Russia under Putin is a declining post-imperial power. Russia under Putin is a desperate new 'sick man of Europe'. Internally Putin is afraid of Navalny, externally, he's afraid of the example of success of a democratic Ukraine.

Authoritarian Russia under Putin is the biggest threat to security on our continent. Putin will not change himself. Threats to Ukraine will continue during the years to come, because this is the way the Kremlin aims to weaken the Ukrainian economy.

Future of democracy in Russia, not a dialogue with autocratic Putin, is a long-term goal for a new security architecture in Europe. Strong and able to defend itself, Ukraine will deter Kremlin aggression, since only the weakness of its opponents is provoking Putin for further threats and aggression.

That is why the West must invest in the political, military and economic success of Ukraine. EU integration is the only way to create such a successful democratic Ukraine, for that purpose, the EU should put forward for Ukraine a new process of accelerated reintegration beginning with integration into the EU single market.

Such an integration strategy for Ukraine is the most effective long-term strategy to deter Russia. European integration and Western unity is a unique European instrument to keep long-term peace on the European continent.

Sven Mikser (S&D). – Mr President, we have said always that we support Ukraine's sovereignty and territorial integrity. And inevitably, the notion of sovereignty includes a country's right to choose its own alliances. Ukraine's Euro-Atlantic aspirations are fully legitimate, no threat to anyone, and their realisation must be conditional only on Ukraine's performance, not a third-country veto.

Russia's massive military build-up on Ukraine's borders has brought our continent closer to a large-scale military conflict than at any time since the end of the Cold War. It's only natural that we want to de-escalate the situation, but we must act in a way that will really result in de-escalation. Appeasing the bully or consigning to her more territorial control will not bring about sustainable de-escalation. In fact, it would only give the aggressor a signal that the intimidation tactic works.

What we need is a strong collective deterrent posture by the community of democratic nations. Deterrence is not by nature escalatory. Its aim is to discourage the potential aggressor by changing her calculus, by delivering an unambiguous message that the cost of waging an act of aggression far outweighs any benefit it might be expected to bring. I do believe that President Putin is a rational player who will not rush into a conflict that is bound to bring him more pain than gain.

A strong deterrent posture consists of two main parts. The first is a clear and united message to Russia that a new aggression will result in a decisive response from the international community. Inevitably, that response must include a package of crippling sanctions.

The second part is bolstering Ukraine's ability to defend itself. Again, I want to stress that a more confident Ukraine with stronger defensive capabilities will reduce, not increase, the likelihood of a new aggression by Russia. We must be strong and united.

It may appear to some that doing nothing is a peaceful act. In reality, nothing is further from the truth.

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Haut Représentant, mes chers collègues, sachons voir nos succès. Ne le faisons pas pour humilier quiconque et moins encore pour nous en enivrer, mais faisons-le pour prendre enfin conscience de notre force. Unis comme jamais entre partenaires européens et entre alliés américains et européens, nous avons donné à réfléchir à M. Poutine. Il a dû peser les risques des sanctions, de l'isolement et surtout d'un tête-à-tête avec la Chine, tête-à-tête tellement contraire aux intérêts de la Russie. Il reparle maintenant de diplomatie, de négociations et de quête d'une entente.

Eh bien, Monsieur Poutine, nous y sommes prêts. Parlons sécurité, mais ne parlons pas que de vos supposées inquiétudes. Parlons aussi des faits, de vos ingérences, de vos concentrations de troupes, de votre refus de laisser vos voisins choisir leur destin et leurs alliés. Rassurez-nous, Monsieur Poutine. Rassurez vos voisins, conservez leur amitié en respectant leur liberté, au lieu d'en faire des adversaires, en les menaçant et en aidant, comme au Bélarus, à les opprimer. Rassurez-vous aussi, Monsieur Poutine, puisque vous auriez des inquiétudes: nous n'aspirons qu'à la paix, à la stabilité et à la coopération. Entre partenaires et alliés, nous devons maintenant nous consulter et finaliser des propositions à vous faire. Nous serons prêts; mais la paix, une paix durable, dont bénéficierait notre continent commun, c'est à vous, Monsieur Poutine, d'en ouvrir la voie.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Mr President, the one positive thing about this week is that we are talking, but history will judge us only if we think beyond short-term. Yes, in the short-term, we have to overcome the current crisis and talking and negotiating, especially the tough negotiations that we are experiencing is a great, great step forward.

But what about the mid-term? How do we make sure that we have a sustainable solution and we do not allow Russia to repeat its threatening posture vis-à-vis Ukraine and its other neighbours again and again and again?

We must make clear that we can only return to business as usual if Russia will cease its propaganda crusade against Ukraine, its threats against Ukraine and its lies against Ukraine – just as we heard the lie about an alleged genocide or discrimination of Russian speakers, which are not true.

We have to do everything possible that the blackmail that we are experiencing will not be repeating itself. And yes, we must start thinking about how to develop the Minsk Agreement beyond the mantra that we have been repeating so far, because we need a tool that is effective in the mid-term and in the long-term we will have to engage with Russia where we can, but we must disengage where we must, and we must disengage also in the energy area.

That's why Nord Stream 2 is not part of sanctions. Nord Stream 2 is unacceptable no matter what.

Harald Vilimsky (ID). – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir heute das Ukraine-Russland-Thema erörtern, wäre es aus meiner Sicht auch hilfreich, sich das Jahr 2003 zurück in Erinnerung zu rufen – das Jahr 2003, wo nämlich der damalige US-Präsident Bush, der damalige US-Verteidigungsminister Powell und der britische Premier Blair die Weltöffentlichkeit belogen haben und in den Irakkrieg hineingetrieben haben.

Erinnern wir uns auch zurück an das Jahr 2014 nach dem Maidan, wo hier die Ukraine neu geordnet wurde und der Sohn des damaligen US-Vizepräsidenten Biden, nämlich Hunter Biden, in den Aufsichtsrat von Burisma, eines der größten ukrainischen Energiekonzerne, gehievt wurde und die US-Amerikanerin Jaresko, glaube ich, im Expressverfahren umgebürgert wurde und am Abend desselben Tages dann Ukrainerin war und Finanzministerin wurde.

Es geht hier immer um Geschäftsinteressen, und auch hier hat der aktuelle Konflikt aus meiner Sicht den Geruch von veritablen Geschäftsinteressen. Ich möchte als Österreicher zusätzlich anmerken, dass ich aus einem Land komme, das der Neutralität verpflichtet ist, und ich Russen wie Amerikaner gleichsam mag und hier nur ein Ziel vor Augen habe: Frieden in Europa langfristig zu sichern.

Aber ich glaube nicht, dass, wenn wir als Europäer hier zum Spielball zwischen US-amerikanischen und russischen Interessen werden, das auch wirklich gedeihlich für den europäischen Kontinent und diese Union und diese Europäische Gemeinschaft ist.

Aus meiner Sicht wäre hilfreich, diesen Konflikt zu lösen ohne Beteiligung der US-Amerikaner, die mit Sicherheit – und ich spreche die beiden Administrationen an – eine Provokation nach der anderen gesetzt haben, wo klar war, dass hier die NATO-Osterweiterung in der Form nicht stattfindet und die NATO dann trotzdem von 15 auf fast 30 Mitgliedstaaten erweitert wurde. Ich schlage eine tripolare Konferenz zwischen den Europäern, den Russen und den Ukrainern vor, um hier dauerhaft Frieden abzusichern und uns nicht länger zum Spielball geopolitischer Finanzinteressen zu machen.

Anna Fotyga (ECR). – Mr President, Putin's Russia supporting ethnic cleansing, then self-determination, using hybrid war, political corruption and energy blackmail against the West, killing opponents on our territories. The aggressor, always pre-empting non-existent strikes in its propaganda. We have to stay united and firm. I stand by Ukraine. They know it. I stand by the people of Belarus and free Georgian society. The European Parliament should reiterate its long-standing position on Nord Stream 2: to halt it immediately. Not in case – immediately, because it is a very bad project, and the message sent at this dangerous time to Russia may be very bad, with dilution of our position.

Marc Botenga (The Left). – *(begin van de redevoering naast de microfoon)* ... de-escalatie nodig in Oekraïne en zoals altijd in de diplomatie betekent dit dat we met bijzonder onprettige mensen moeten onderhandelen, zoals Vladimir Poetin. Maar Charles Michel riep hier net op om honderden miljoenen te mobiliseren om Oekraïne in de westerse of Europese invloedssfeer te integreren. Hij kreeg steun van nationalistisch rechts tot en met de Groenen. De Groenen zijn duidelijk vergeten dat ze ooit uit de vredesbeweging kwamen.

Maar stel u even voor wat er zou gebeuren als China of Rusland straks honderden miljoenen, miljarden zou mobiliseren om Mexico in zijn invloedssfeer te krijgen. Hoe zouden de Verenigde Staten reageren? Denk daar even over na.

Destijds beseftte Europa dat. Tot voor kort beseften we dat de neutraliteit van Oostenrijk of Finland belangrijk was. Vandaag bent u die lessen vergeten. U wilt Oekraïne in de NAVO integreren en dat leidt tot conflict. Onderhandel. Stop met die uitbreiding van de NAVO. Onderhandel en creëer een gezamenlijke architectuur voor vrede in Europa.

Miroslav Radačovský (NI). – Pán predsedajúci, je dňa 16. 2. 2022, útok na Ukrajinu sa nekoná a to je dobre. Nevieme, čo bude poobede.

Včera 15. 2. 2022 veľvyslanec Ukrajiny v parlamente Slovenskej republiky uviedol, čítam: „Ukrajina nemá žiadne informácie o útoku Ruska na Ukrajinu, tak ako o tom hovoria predstavitelia Spojených štátov“, ďalej pokračuje „takéto vyhlásenia Spojených štátov stoja Ukrajinu pol miliardy dolára každý deň“.

Mohol by niekto upozorniť našich amerických priateľov, že dezinformácie nie sú dobré. Nenávisť medzi politikmi sa pomaly prenáša na nenávisť medzi národmi, a toto nie je dobré.

Veľký syn poľského národa, pápež Ján Pavol II, 22. 4. 1990 pri návšteve Československa uviedol, čítam: „Studená vojna skončila. Nikto by nemal byť porazený a nikto víťazom, pretože takéto delenie na víťaza a porazeného môže viesť opätovne k nenávisti medzi Východom a Západom“.

Ján Pavol II ďalej uvádza „zdravé telo dýcha oboma pľúcami, aj pravými aj ľavými. Pokiaľ je jedna strana pľúc chorá, choré je celé telo“.

Ja ako konzervatívny politik sa riadim slovami veľkého syna poľského národa a som za diplomatické riešenie týchto problémov.

David McAllister (PPE). – Mr President, as many colleagues from different political groups have underlined this morning, the current escalating tensions and the threat of unprecedented military aggression by the Russian Federation against Ukraine are indeed not only targeting Ukraine but also threatening the rules-based international order and threatening Europe as a whole. And this is why we must stand together in this crucial moment.

As the European Parliament, we will not waver in our support of Ukraine's independence, sovereignty and territorial integrity within its internationally-recognised borders. Ukraine has a sovereign right to choose its international alliances freely. The Russian Federation must cease its military threat against Ukraine and immediately, as well as fully, withdraw its forces and military equipment from the border of Ukraine. Any further military aggression against Ukraine would have massive and unprecedented consequences and severe costs in response, including restrictive measures coordinated with our international partners.

It is on the Kremlin to de-escalate and to engage constructively through established mechanisms. The double track of diplomatic engagement and deterrence remains key to solving the current situation.

A final remark: following Monday's vote to apply an urgent procedure, we are now, this noon, set to give the green light to an emergency EUR 1.2 billion loan to Ukraine to cover its external financing needs in 2022. This demonstrates our solidarity and support for Ukraine and the Ukrainian people.

Włodzimierz Cimoszewicz (S&D). – Panie Przewodniczący! Niezależnie od tego, jak skończy się obecny kryzys wywołany przez Rosję groźbą inwazji na Ukrainę, najwyższy czas, by z tej kolejnej lekcji wyciągnąć wnioski. Rosja od kilkunastu lat prowadzi awanturniczą politykę zagraniczną, nieustannie zaskakując inne kraje, zwłaszcza zachodnie, swoimi działaniami. Inicjatywa jest zawsze po jej stronie, a to skazuje naszą politykę na reaktywność. Jeśli dodamy do tego dość powszechny oportunizm dyktowany interesami finansowymi i gospodarczymi, a także chęcią odsuwania od siebie kłopotów, jeśli przyprawimy tę mieszankę niezajomością Rosji i naiwnością sugerującą, że zawsze można jakoś się porozumieć, otrzymamy w efekcie politykę nieskuteczną, traktowaną przez Rosję z pogardliwym lekceważeniem.

Po raz pierwszy deklarowana przez Zachód reakcja na ewentualną agresję Rosji zawiera zagrożenie rzeczywiście poważnymi i kosztownymi sankcjami, których pan Putin nie może nie uwzględnić w rachunku strat i zysków. Moim zdaniem należy pójść dalej i wiarygodnie zagrozić interesom skorumpowanych elit. Europa musi też energicznie dążyć do uniezależnienia się od dostaw rosyjskich surowców energetycznych. Kraj, który łamie prawo międzynarodowe, ograbia sąsiadów z części ich terytorium, odwołuje się w swojej polityce do brutalnej siły zbrojnej, korumpuje partię i polityków w naszych krajach, prowadzi intensywną kampanię kłamstw w przestrzeni cyfrowej, nie może być traktowany jako wiarygodny partner. Bezpieczeństwo naszego systemu energetycznego nie może zależeć od kaprysu autokratycznego przywódcy Rosji. Czas na własną inicjatywę, na działanie kompleksowe i wspólne. Dziś pilnie pomagajmy Ukrainie. Jutro poważnie zastanówmy się, jak wyeliminować przyczyny naszej bezradności wobec zagrożeń ze strony awanturniczego do sąsiada.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA*varapuhemies*

Hilde Vautmans (Renew). – Madam President, a lot has been said already, and for me it's very clear: if we want to become a real geopolitical player, we need to get our act together by making ourselves less reliant on the Russian gas supply, by building a shield against Russian attacks and, most importantly, by setting up a real European Defence Union. We have to believe in the power of Europe.

But what really worries me, Mr Borrell, is that Putin does not want to speak to Europe. He simply refused, and we allowed him to. Last week, President Macron was in Moscow and yesterday, Chancellor Scholz was in Moscow, but actually it should have been Europe at that long table. We would be much stronger if we talked to Russia – if you talked to Russia, Mr Borrell, on behalf of Europe – with one voice, and I'm sure, Mr Borrell, you agree with that.

That is why I have three questions, Mr Borrell. Have you been in contact with the leadership of Germany and France? Can you confirm they have presented Putin with a common EU front? And can you confirm they have not given Mr Putin an inch?

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Ačiū gerb. Pirmininke, gerbiami kolegos. Kremlius ir toliau kelia karinius konfliktus, vykdo politiškai motyvuotus žudymus, naikina demokratijos likučius savo šalyje, galiausiai imasi spaudimo priemonių dujų kainų manipuliacijomis, o sankcijų šešėlyje generuoja milžiniškus pelnus iš eksporto.

V. Putinas nori nuspręsti, kokią ateitį turi pasirinkti suverenios šalys. Noriu tiesiai paklausti: kodėl taip yra? Dėl to, kad Europa vis stengiasi laviruoti, nes yra priklausoma nuo Rusijos resursų. Kada Europa iš tiesų žada užsitikrinti strateginę autonomiją ir turėti galimybę ne žodžiais, o veiksmingai sprendimais kovoti su priešiškais ES režimais? Tegyvuoja Ukraina.

Peter Kofod (ID). – Fru Formand! Flere talere før mig har jo allerede understreget den alvorlige situation, som vi befinder os i lige nu. En situation, hvor der er en risiko for, at det kan blive værre. Jeg vil gerne starte med at udtrykke min dybe sympati og støtte til Ukraine. For det bør selvfølgelig altid være sådan, at et land har muligheden for at vælge sin egen skæbne og sin egen fremtid, uanset hvad naboerne rundt om måtte synes om det. Og det gælder selvsagt også Ukraine. Jeg synes, det væsentligste for Europas sikkerhed og forsvar, det er vores alliance med amerikanerne og med briterne. Det er vores samarbejde i NATO-regi, som jeg meget gerne ser opprioriteret, men det er selvfølgelig en opgave, der ligger hjemme i vores egne lande, at tage sig af det. Men hvor havde Europa været den dag i dag, hvis det ikke havde været for amerikanerne, og hvis det ikke havde været for briterne? Den alliance er så hamrende vigtig, og i denne situation faktisk vigtigere måske end nogensinde før.

Jeg er også nødt til at sige, at det undrer mig, at man i Tyskland har fået den idé, at man kan skille energipolitik fra andre politiske områder. At man tror, man kan tale energi på den ene side, og at det ikke har indflydelse på sikkerhedspolitik og på udenrigspolitik, for det har det selvfølgelig. Ting hænger sammen. Og i denne tid, særligt nu, hvor energi er så dyrt, som det er, så har det selvfølgelig også en enorm betydning, hvem man har tænkt sig at gøre sig uafhængige af i de næste mange, mange år. Det har den amerikanske præsident også for nylig påpeget over for den nye tyske kansler. Jeg håber, at man i Tyskland vil tage en bredere debat om Nordstream 2, fordi det er, i mine øjne, fuldstændig umuligt at forestille sig, at man kan skille energipolitik fra udenrigspolitik.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, la debilidad produce monstruos y la debilidad europea, sumada ahora al caos y a la debilidad del Gobierno actual de los Estados Unidos, han invitado a Putin a mostrar su peor rostro. Ya tuvimos el primer capítulo de este drama bajo Obama, cuando se dejó atropellar sus líneas rojas en Siria y tuvimos, como consecuencia directa, Crimea.

La debilidad, como digo, produce monstruos y hay que parar a Putin allá donde está. Su amenaza no es a Ucrania solo. Su amenaza es a toda Europa y, sobre todo, a toda la Europa oriental: a Polonia, a Lituania, a todo el Báltico, a Bulgaria y a Rumanía. Hay que decirle a Putin que no puede amenazar a países que están reconocidos internacionalmente, uno de los cuales lo tiene ocupado en este momento. Y, desde luego, no puede jugar con los favores europeos, como es Nord Stream, que debe ser suspendido de inmediato.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Fru Formand! Befolkningen i Ukraine fortjener fred og frihed. Den nuværende russiske aggression, annekteringen af Krim og besættelsen af Østukraine er fuldstændig uacceptabel. Putin udnytter EU-landenes afhængighed af russisk gas. Hvis vi vil kunne sige fra over for Putin, så er det afgørende, at vi styrker den grønne omstilling og gør os uafhængige af fossile brændsler. Det kan kun gå for langsomt. Med Nord Stream 2 er EU paradoxalt nok ved at øge sin afhængighed af russisk gas, samtidig med den militære opbygning. Det kan ende grueligt galt. Vi skylder den ukrainske befolkning at gøre alt for at undgå krig. Lad os styrke den diplomatiske indsats. Lad os stoppe den hovedløse oprustning. Og hr. Borrell, lad os sætte Putin og oligarkerne stolen for døren og stoppe Nord Stream 2 en gang for alle!

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, in Yalta exactly 77 years ago, superpowers divided Europe for half a century, ushered in the era of Cold War and shoved Central and Eastern Europe behind the Iron Curtain against its will.

Once again, Russia is aiming to divide our continent by extending its sphere of influence. Putin is reviving the Brezhnev Doctrine and the Cold War rhetoric. Mr Borrell, you mentioned exemplary unity and solidarity within the EU while we have Viktor Orbán acting as a fifth column within our community, echoing Moscow's position, blocking NATO initiatives, downplaying the impact of sanctions, betraying not only its allies but over 100 000 Hungarians living in Ukraine's Zakarpattia.

I was happy to hear Mr Legutko, speaker for the ECR Group, to recount the European collaborators of Moscow. Representatives of PiS, the Polish ruling party, could help the EU by influencing their key ally in Hungary, Viktor Orbán. They are our best hope, at least in this regard, until the Hungarian elections on 3 April.

Radosław Sikorski (PPE). – Madam President, we tried to integrate post-Soviet Russia into our community. We admitted Russia into the Council of Europe. We signed a partnership and cooperation agreement. We were ready to sign partnership and cooperation agreement II, which would have been an association agreement in all but name. But Mr Putin has gone the way of conquest, and that, of course, has to be countered.

I welcome the words of the President of the European Commission that we need to become more independent in the energy sphere. European defence is one thing, but what we really need is a gas union. Just as the Commission buys uranium on behalf of Member States and then distributes it among Member States, we could be using the power of monopsony, of being the largest client customer for Russian gas. I call on Germany to overcome the selfish logic of Nord Stream 2 and to become the leader of the gas union. This would be good for the environment, good for the European economy, good for Member States (we would all get gas cheaper) and good for our standing with Mr Putin. He will not change his mind thanks to partnerships between cities – it's not the language he understands. He will change his behaviour if we confront him with actions, not just words.

Juozas Olekas (S&D). – Madam President, once again we're discussing a crisis in the centre of Europe created by Russia, and trying our best to avoid any unnecessary confrontation. Once again, we see a flow of European and world leaders to meet the biggest European bully, and we are clapping our hands with relief if he decides to move echelons of his soldiers a few hundred kilometres from the Ukrainian borders.

Of course, we should use all our diplomatic means to achieve the peaceful ending of the current crisis. I believe we can achieve this only by being united in our response. We should push even more for a common approach to any security crisis. For this reason, we have to ask governments of our Member States to dedicate adequate attention and financial resources to the defence sector.

We also have to free ourselves from big dependency on one big supplier in any areas of our life, including energy. For that reason, I welcome the efforts of EU diversification of energy supply.

As the European security system cannot be decided in the corridors of Kremlin, the same way the path of Ukraine cannot be decided in the Kremlin either. Ukraine's future should depend on the choice of its people.

But the EU has the right and the moral obligation to stress again that Ukraine has a place in the European family, and Europe will help Ukraine in these difficult times by all possible means – financially, with expertise and with defence and military equipment.

Malik Azmani (Renew). – Madam President, we have all witnessed the escalating pressure on Ukraine and Putin is without doubt playing a very dangerous game of brinkmanship. What is he really trying to achieve? Well, nobody knows, besides Putin himself. And what we do know is that putting a gun to Ukraine's head is no way to preserve peace in Europe or to enhance Russia's security. One misstep, one mistake and Putin could unleash a devastating conflict that will jeopardise our collective safety and stability. This is why the Union needs to support Ukraine in any way we can: complete the list of severe sanctions, increase financial support for Ukraine, and enhance the defensive capabilities of Ukraine. I commend High Representative Borrell for his hard work in coordinating also with our transatlantic partners, and I call on our Member States to maintain our unity and to stand firm if we want to prevent a new war in Europe.

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Paní předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, scházíme se na tomto plénu v datum, o kterém mnozí v posledním týdnu spekovali jako o dni ruské invaze na Ukrajinu. Nejen lidem, kteří válku zažili, ale i těm, kdo by tuto zkušenost ve svém životě rádi oželeli, se při takové možnosti svírá hrdlo. Podíváme-li se na výčet bezpečnostních hrozeb za posledních několik let, marně bychom hledali incidenty, které by nebyly agresí Ruské federace. Gruzie. Ukrajina. Špionážní skandály, atentáty na evropské půdě či dezinformační kampaně, všude nacházíme rukopis Kremlu. Ať už se současné napětí vyvine kterýmkoli směrem, je třeba si uvědomit, že Rusko s evropskými státy válku dávno vede, jen používá jiné než tradiční metody. A vyhrává. Daří se mu rozdělovat – zbývá panovat. My se musíme sjednotit a soustředit se jak na krátkodobé hrozby, tak na dlouhodobé dopady kroků Kremlu. Jinak prohrajeme i bez boje.

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin, werte Kollegen! Die Lage an der russischen Grenze zur Ukraine ist immer noch besorgniserregend und sehr undurchsichtig. Ob der Teilabzug russischer Truppen entsprechend einer dauerhaften Entspannung gedeutet werden kann, ist aktuell völlig unklar.

Um die Situation aber langfristig zu verbessern, sind verschiedene Schritte nötig. Zum einen bedarf es einer Garantie vonseiten der Ukraine, dass sie der NATO definitiv nicht beitreten wird. Wie der renommierte amerikanische Politologe John Mearsheimer schon trefflich formulierte: Keine Großmacht möchte eine andere Großmacht als Nachbarn haben.

Stellen wir uns einfach mal vor, Kanada würde einem Bündnis mit Russland beitreten. Die USA würden sich sicher sehr darüber freuen. Diese Fakten zeigen eins sehr deutlich: Die NATO bewegt sich seit Jahrzehnten sukzessive auf Russland zu und nicht umgekehrt. Eine einseitige Verurteilung Russlands lehne ich deshalb ab. Es darf auch keine neuen Sanktionen gegen Russland geben. Stattdessen sollten die bestehenden Sanktionen perspektivisch zurückgenommen werden, um diese unnötigen Spannungen abzubauen.

Die Ukraine sollte wiederum den Status eines neutralen Staates einnehmen, um Beziehungen zu Moskau und zu Washington unterhalten zu können, ohne sich in irgendeiner Weise auf irgendeine Seite zu schlagen und da wieder Konflikte zwischen den beiden Mächten auszulösen.

Natürlich muss Russland aber eins klar sein: Den Visegrád-Staaten, den baltischen Staaten oder unseren polnischen Freunden stehen wir natürlich im Falle einer russischen Aggression oder Bedrohung kompromisslos zur Seite. Was uns aber alle eint, muss ganz klar sein: Ein Krieg muss unbedingt verhindert werden!

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Rosja leży bliżej Unii Europejskiej, niż czasami zdają się pamiętać niektórzy politycy czy nawet my, tutaj, w tej Izbie. A Putin jest bardziej bezwzględny dyktatorem, niż ludzą się ci, którzy próbują z nim robić interesy. Wykorzystuje bezwzględnie słabości, naiwność i brak odwagi w relacjach z nim. Nie można mieć złudzeń, że, pozwalając na budowę, np. Nord Stream 2 czy uzależniając Europę od gazu rosyjskiego, nie będziemy ponosić tego konsekwencji. Oto ten moment właśnie nadchodzi.

Musimy być solidarni, zjednoczeni i jednoznaczni w swoich decyzjach. Dzisiaj musimy wspierać Ukrainę i musimy też pamiętać, że polityka Unii Europejskiej wobec Rosji musi być zdecydowana i jednoznaczna. Tego potrzebuje dzisiaj Europa, tego potrzebuje dzisiaj Ukraina.

Γιώργος Γεωργίου (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι Επίτροποι, η CIA προέβλεπε πόλεμο σήμερα. Πόλεμος δεν έγινε. Μήπως κάποιοι τον ήθελαν; Μήπως κάποιοι τον χρειάζονται; Είναι πολλά τα λεφτά από τις πωλήσεις των όπλων, του φυσικού αερίου, των εμπορικών συναλλαγών. Μιλούν οι ΗΠΑ για επιθετικότητα άλλων, όταν οι ίδιες ξοδεύουν 800 δισεκατομμύρια για στρατιωτικές δαπάνες, διαθέτουν 800 βάσεις σε όλον τον κόσμο και χιλιάδες στρατιώτες στην Ευρώπη.

Η κυρία von der Leyen απειλεί με μαζικές κυρώσεις τη Ρωσία· δεν μας λείπει, όμως, ποιος θα πληρώσει το κόστος. Μήπως και οι ευρωπαϊκοί λαοί; Η Ευρώπη, ουρά του NATO, παρακολουθεί αμήχανα τις εξελίξεις που συμβαίνουν στην αυλή της. Το είπαν ο Καγκελάριος Scholz και ο Πρόεδρος Macron: χωρίς να είναι ασφαλής η Ρωσία, δεν θα είναι ασφαλής ούτε και η Ευρώπη.

Ας ακούσουμε τις φωνές της λογικής. Η Ευρώπη πρέπει να σταθεί στο ύψος της. Αυτό επιτάσσει η ιστορία της: να σταθεί αποφασιστικά δίπλα στην ειρήνη ενάντια στον πόλεμο. Απαιτείται διπλωματική λύση άμεσα που να διασφαλίζει τη μη διεύρυνση του NATO προς Ανατολάς, με ταυτόχρονη παράλληλη απομάκρυνση των ρωσικών στρατευμάτων από τα σύνορα της Ουκρανίας. Να δώσουμε χώρο στην ειρήνη.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, let us be clear what military aggression by Russia against Ukraine means. It means the instant international isolation of the Russian Federation. It means political isolation. It means economic isolation for the Russian Federation, and we all know that isolation brings poverty. It means poverty for the people of Russia. For 20 years, the rule of Mr Putin has led the people of Russia down. Today, the average salary in Russia is smaller than the average salary in any of the 27 Member States of the Union. Today, life expectancy in Russia is shorter than life expectancy in any of the 27 Member States of the Union, and the media in Russia are much less free than the media in the European Union. People in Russia today are living in worse conditions than the people of the European Union: this is the truth. It needs to be told. And an aggression will mean an immediate worsening of the living conditions in Russia. People will be poorer very soon. We do not want this to happen, but this is what will inevitably happen if Russia invades Ukraine.

We also need to find ways to talk to the citizens of Russia. We need a plan, and this belongs in the Strategic Compass of the European Union to tell the people of Russia why democracy, freedom of the press, rule of law are good for them, and why peace is the first condition for prosperity. And for us, dear colleagues, defending Ukraine means defending ourselves. We can only live in safety inside the borders of the European Union if we are surrounded by safe neighbours. We can only be safe within the borders of the EU if Ukraine is safe. Defending Ukraine means defending Europe and defending the European Union.

Andreas Schieder (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie jetzt schon oft gesagt worden ist: Die Lage ist ernst. Die Kriegsgefahr in Europa, in Osteuropa ist so real und aktuell wie seit Langem nicht mehr. Und vieles wurde schon über die Hintergründe und die Zusammenhänge gesagt.

Ja, Russland trägt die Verantwortung für diese Eskalation, und daher muss auch unser europäischer entschlossener Appell Russland gelten, die Truppen von den Grenzen wieder abzuziehen. Unser wichtigstes Ziel als Europäer – und das gehört ganz klar hier herausgearbeitet und unterstrichen – ist, den Krieg zu verhindern. Dialog und Deeskalation ist unser wichtigstes Ziel. Wir wollen Frieden in ganz Europa.

Die Menschen in der Ukraine haben sich zu Recht ein Leben in Frieden verdient. Aber auch die Menschen in Russland wollen ein Leben in Demokratie und wollen diese militärische Bedrohung, wie sie jetzt herrscht, nicht. Alle Akteure müssen raus aus dieser Gewalteskalation. So sehr wir auf Dialog und Diplomatie setzen, müssen wir uns aber auch vorbereiten, auf Sanktionen zu setzen, wenn die Lage noch ernster wird.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, Vladimir Poutine, décidément, souffle le chaud et le froid. On craignait une invasion pour ce matin, pour aujourd'hui; c'est l'inverse qui semble se produire: le Kremlin annonce maintenant le retrait d'une partie de ses troupes. Prudence. L'avenir nous dira s'il y a réellement désescalade. En attendant, Vladimir Poutine est maître des horloges, de l'agenda et du tempo depuis des semaines, tandis que l'économie ukrainienne a un genou à terre.

J'ai une minute seulement. L'Union européenne doit assumer ses ambitions géopolitiques au-delà des slogans: être ferme au nom de tous et de chacun, ficeler son paquet de sanctions et avancer sur cette défense commune. Nous devons aussi, bien évidemment et avant tout, cette solidarité infaillible au peuple ukrainien, qui paie cher le prix de sa liberté.

Je me souviens, Monsieur le Haut Représentant, comme si c'était hier, du président Viktor Iouchtchenko dans notre hémicycle de Strasbourg, un hémicycle orange de bas en haut. Vous présidiez la session, vous étiez Président du Parlement européen à l'époque. C'était en 2005. Je vais le citer: «Les frontières de l'Europe et de la liberté vont jusqu'à Odessa et à Kiev.» Je le cite, c'était il y a dix-huit ans, et l'Europe balbutie, mais combien de temps encore? Je conclus, Madame la Présidente. Que l'on ne s'y trompe pas, c'est bien notre Union, notre ADN, nos valeurs et notre paix qui sont en jeu ici.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Fru talman! Oavsett hur den nuvarande situationen i Ukraina slutar måste vi ta hotet om rysk aggression på allvar. Att Ryssland använder hot om våld som diplomatiskt påtryckningsmedel, det är oacceptabelt oavsett i vilken utsträckning hotet faktiskt verkställs.

Rysslands agerande underminerar folkrätten och den europeiska säkerhetsordningen. Även om det just nu är hotet mot Ukraina som är själva hävstången är målet med politiken att kunna utöva inflytande över alla Rysslands grannländer. Om Putin har för avsikt att splittra EU måste vi visa att det har motsatt effekt, att det för EU-länderna närmare varandra och skapar en säkerhetspolitisk enhet. Det är grunden för ett ökat motstånd mot Putins imperialistiska maktanspråk.

Europeisk solidaritet med det ukrainska folkets självbestämmande, och fast beslutsamhet, är vägen framåt för Europa. Gemensamma sanktioner mot Ryssland och insatser för att stötta Ukraina är avgörande.

Jag upprepar, ett hot om våld är ett allvarligt brott mot den regelbaserade världsordningen, oavsett i vilken utsträckning hotet faktiskt verkställs. Om din granne kommer över till dig och viftar med en pistol och hotar dig är det ett brott, även om pistolen inte avfyras.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, позволете ми един цитат. Цитирам: „Нито един договор с Русия не струва дори хартията, на която е написан.“ Не се надявайте, че веднъж възползвали се от слабостта на Русия, ще получавате дивиденди вечно. Руснаците винаги ще идват обратно, и като дойдат, не се надявайте подписаните съглашения да ви оправдаят. Затова с руснаците си струва да се играе или честно, или въобще да не се играе. Оставам ви за домашно да се сетите от кого е този цитат. Той е от един велик европейец, но половината от вас ще изпоприпаднат само при споменаването на неговото име. Но така или иначе той е бил прав.

На 5 ноември 1994 година в Будапеща е подписан договор, който гарантира, трябва да гарантира териториалната цялост на Украйна, в замяна на отказ от ядрено оръжие. Към това време Украйна е третата в света държава по силата на ядреното си оръжие. Виждате колко струва този договор, а страна по него е и Русия. Защо става така? Защото европейското лидерство към днешна дата е некомпетентно, беззъбо, неумело и не знае какво трябва да направи. Защото европейските лидери отиват да се договарят сепаративно, защото европейските лидери не могат, не знаят как да изработят една позиция, която да отстояват и която да защитават. Половината говорят за енергийна независимост, другите обаче си пускат тръби, защото е изгодно за тяхната икономика. Ето така няма да се получи и така няма да стане, уважаеми. Казвам го с цялата сериозност на тази тема.

Това, което всеки един от вас трябва да знае, е, че начинът, по който политиката се води в момента, е погрешен. Г-н Борел, Вие говорите в момента за единство. Какво единство, г-н Борел? Всеки европейски лидер отива и се договаря сепаративно – единство няма. Не се лъжете, да не се лъжем. Чувам тук някакви хора се опитват да кажат „Слава на Украйна!“, ама тихичко така, да се запишат в листа на изказващите се. Украйна има нужда от сериозно партньорство, от сериозна поддръжка и от икономика, а не от празни приказки, от декларации и от игра на шикалки.

Emmanuel Maurel (The Left). – Madame la Présidente, nous voulons tous empêcher l’embrasement. Nous voulons tous empêcher cette fuite en avant qui met en péril la sécurité européenne. Évidemment, nous sommes tous d’accord sur le fait qu’une agression, même limitée, à l’encontre de l’Ukraine justifierait une réponse politique et économique forte et commune de la part de l’Europe. Nous devrions tous être d’accord aussi pour dire que, parmi les grandes puissances qui jettent de l’huile sur le feu, il n’y a pas que la Russie – mais cela, c’est difficile à entendre.

Dès lors, il faut agir pour empêcher cette catastrophe, sans que l’Ukraine soit menacée ni déstabilisée. Cela suppose d’appliquer les accords de Minsk, comme le demandent la France et l’Allemagne de façon répétée, dans le cadre du format Normandie. Mais cela suppose aussi – je suis désolé de le dire – que pour l’instant l’Ukraine n’adhère pas à l’OTAN, car il est devenu évident qu’une adhésion de l’Ukraine à l’OTAN serait un facteur de guerre; l’ignorer en balayant d’un revers de main les objections de la Russie, ce n’est pas une attitude responsable.

Je le répète et vous le savez tous: contrairement aux États-Unis, la Russie reste – et restera – sur le continent européen. Comme le disaient très bien hier le chancelier Scholz, mais aussi le président Macron, il n’y a pas de sécurité européenne s’il n’y a pas de sécurité russe.

Esteban González Pons (PPE). – Madam President, for years, we have tried to avoid any kind of conflict with Moscow, but we can’t anymore. This is not the time for speculation or cheap political talk. Putin has made his intentions clear to Ukraine, to Europe and to the world. He insists that diplomatic options are still on the table, but his troops are prepared for the invasion of an independent nation. Negotiating with tanks and with a gun to our heads is not negotiating. It is blackmailing.

Make no mistake, the target is Ukraine, but we, the European Union, are the goal. The threat is there, it is now, and it is a real one. The only question that we have to answer is: what are we going to do about it? Do we stand down? Are we going to be prisoners of a dictator or do we unite, put our political difference aside and stand together against this act of aggression? Rather than being afraid, let’s hold our heads high and make him understand that he will never divide us.

Last, I don’t want to forget that yesterday a new trial began against Alexei Navalny. Please remember that today, more than ever, Navalny represents Russia’s hope. Let’s not condemn Russia to suffer a dictatorship forever.

Isabel Santos (S&D). – Senhora Presidente, os sinais parecem anunciar um desanuviamiento da tensão nas fronteiras entre a Rússia e a Ucrânia, mas não podemos baixar a guarda. Não tenhamos ilusões: a paz não é um dado adquirido, é uma construção permanente que temos que tomar definitivamente nas nossas mãos.

Não voltamos as costas à Aliança Atlântica, mas não podemos ter a nossa segurança definida entre Washington e Moscovo. Sejamos ousados se queremos ser relevantes. Enquanto a palavra estiver do lado da diplomacia nada está perdido. Mas é necessário não perder de vista que só seremos construtores da paz se estivermos preparados para responder solidariamente à ameaça da guerra.

Por ora, recomenda-se a contenção retórica de todos os lados, nervos de aço e não cedência na solidariedade com a Ucrânia. Não podemos ceder na defesa dos valores inscritos na Ata Final de Helsínquia e na Carta de Paris.

Urmas Paet (Renew). – Madam President, for years, Russia has been keeping their military in Ukraine, Georgia and Moldova against the will of the governments of those countries, thereby impeding the normal development of these countries. Also, in the current situation where Russia has surrounded Ukraine with its military, carries a purpose that Ukraine itself should not be able to decide on its future. Russia’s goal is to get Ukraine into its sphere of influence. It wants Ukraine to give up its path towards the EU and NATO.

So far, Ukraine has managed to endure, despite the huge pressure. Democratic western countries should not make things more difficult for Ukraine. This means that we must remain with the Ukrainians by supporting them every way we can. It means also a physical presence in Ukraine. Above all, we must maintain a strong and visible diplomatic presence in Ukraine. The continuous and high-level presence of democracies in Kyiv and in other parts of Ukraine is of essence, especially these days.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Madam President, Ukraine, a word ironically originating from the Slavic word for 'borderland'. As tensions rise along its borders with Russia, activities close to Ukraine's border with Belarus are an ominous reminder we are, all of us, citizens of a world where the threat of nuclear knows no borders.

Footage aired last week showing the chilling sight of Ukrainian military undertaking ammunition training in Pripjat, a now abandoned city in Ukraine, once home to workers of the Chernobyl nuclear plant, just one kilometre from the border with Belarus. Troops crept around empty apartments, an abandoned library, along quiet school playgrounds, all in sight of Chernobyl – scene of the world's worst nuclear accident, where today huge tanks store radioactive waste in the aftermath of that ongoing tragedy.

There is no safe way to store nuclear waste, and disturbing those dumps could have catastrophic impacts on humankind and the environment that crosses multiple borders with the message, when it's too late, that peace must always be the ultimate goal.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wejdą, nie wejdą – takie pytanie zadawaliśmy sobie w Polsce w 1981 r. Takie pytanie zadawali sobie Polacy w roku 1956. Gdy wchodzili, jak w 1920 r. czy w 1944 r., mordowali nas i dławili wolność. Teraz zadawaliśmy to pytanie w stosunku do Ukrainy. Na szczęście tej nocy nie weszli – to nie znaczy, że niebezpieczeństwo zostało zażegnane i że to pytanie nie pojawi się znowu.

Niestety Unia i niektóre państwa członkowskie zlekceważyły rosyjskie zagrożenie mimo wojny w Gruzji w 2008 r., mimo wojny na wschodzie Ukrainy w 2014 r... Niemcy pod rządami Angeli Merkel, tej wielkiej Europejki, inwestowali w Nord Stream 2, uzależniając się coraz bardziej od gazu rosyjskiego. Czy teraz Niemcy, Francja i cała Unia oprą swoją politykę na właściwej ocenie Rosji i jej politycznych tradycji i strategicznych celów?

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Vice-Presidente Borrell, Vice-Presidente Schinas, Caros Colegas, é de registar que os grupos e os deputados que sempre mais defendem aqui a autodeterminação dos povos e a soberania dos Estados são aqueles que menos defendem a autodeterminação e a soberania do povo e do Estado da Ucrânia.

Eles pactuam com a ocupação de Donbass, Donetsk e Lugansk, com a ocupação e anexação da Crimeia e até com parte da Geórgia ou da Transnístria. A União Europeia não pode falhar. A relação transatlântica não pode falhar. Com os EUA, o Reino Unido, o Canadá. Nós não podemos ignorar a aspiração dos ucranianos, do povo ucraniano, a uma democracia liberal, livre da corrupção e uma economia de mercado que traga prosperidade e bem-estar.

A Rússia tem de perceber que não pode condicionar, não pode pôr e não pode dispor da vontade de um povo europeu, soberano e livre, como é o povo ucraniano. É fundamental que a NATO, de Taline a São Francisco, de Vilnius a Vancouver, esteja unida para defender a liberdade dos povos e dos povos europeus em particular. Tucídides disse: «Os fortes fazem o que podem e os fracos sofrem o que devem». A Ucrânia não é fraca. A União Europeia não é fraca. A NATO não é fraca. Somos fortes porque estamos unidos contra os ditadores.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, Elina avait 20 ans fin 2013. Étudiante en philosophie, elle fut l'une des premières à descendre dans la rue, un drapeau européen dans les mains, pour lancer la révolution. Andreï avait 25 ans, et il était DJ. Je l'ai vu, début 2014, un bouclier en fer attaché au bras, affronter les balles des snipers.

Vouloir être libre, aspirer à rejoindre la famille des démocraties européennes: voilà l'unique crime d'Elina et d'Andreï, voilà l'unique crime du peuple ukrainien, voilà pourquoi la Crimée fut annexée et le Donbass occupé, voilà pourquoi 130 000 soldats russes sont actuellement massés aux frontières et menacent de faire basculer notre continent dans la guerre; parce qu'une nation européenne entend vivre libre en Europe.

Nous doutons souvent de nous-mêmes et de nos démocraties; mais écoutons, regardons la jeunesse ukrainienne, et nous saisissons le sens profond de nos cités, la valeur de cette Union que nous essayons pas à pas de construire. C'est aujourd'hui à Kiev que l'on comprend le mieux ce qu'être européen veut dire.

Michal Šimečka (Renew). – Pani predsedajúca, dnes nikto z nás nevie ako táto kríza skončí. Ale s istotou vieme, že predurčí budúcnosť celého kontinentu. Ak totiž začne byť v Európe normálne, že silné štáty môžu svojvoľne zasliapnúť tie slabšie, násilne rozhodnúť o ich osude, zobrať im slobodu a suverenity, potom máme problém všetci. A najmä tie menšie štáty na okraji EÚ. Ako politik zo Slovenska preto považujem za kľúčové, aby Európska únia postupovala rázne a jednotne v dialógu s Moskvou, v politickej a finančnej pomoci pre Ukrajinu, a samozrejme v príprave tvrdých odvetných sankcií. Nebránime tým len Ukrajinu, ale aj vyšší európsky mierový princíp. Totiž princíp, že aj malé štáty majú nárok na rešpekt, na suverenity, na bezpečnosť. Vďaka Európskej únii dnes už nemusíme žiť v džungli, kde silní môžu všetko a slabí musia všetko strpieť. A ak dnes ponecháme Ukrajinu jej osudu tak všetci sa v tejto džungli môžeme znovu ocitnúť.

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, Venäjä on kulkenut jo kauan tiellä, jossa maan johto hakee suurvalta-asemaa geopoliittisella vallankäytöllä ja aggressiivisella ulkopoliitiikalla.

Venäjän johto ei ole kyennyt uudistamaan maan taloutta, eikä se ole kyennyt lisäämään kansalaisten hyvinvointia. Voimapolitiikka on myös siksi vaarallista ja arvaamatonta, että se on osin seurausta heikkoudesta.

Venäjä uhkaa toimillaan Ukrainan ja ylipäätään Euroopan vakautta. Samaan aikaan mikään muu maa Euroopassa ei uhkaa Venäjää. Sen rajat ovat turvalliset, mutta sen kaikkien naapurien eivät ole. Syy tähän on Venäjän omassa toiminnassa. Venäjä on itse miehittänyt Krimin ja tukee Itä-Ukrainassa bulvaanina toimivia kansantasavaltoja.

Venäjälle on tehtävä selväksi, että se ei voi jatkaa tällä tiellä. Sen on kunnioitettava naapurimaidensa suvereniteettia, ja EUn on nostettava sen omaa kykyä toimia myös kovan ulko- ja turvallisuuspolitiikan alueella yhtenäisenä ja aloitteellisenä. Emme voi vain reagoida, vaan meidän on ohjattava Euroopan suuntaa myös turvallisuudessa.

Emme voi vain vastata kirjeisiin, vaan meidän on itse tehtävä aloite rauhan ja demokratian puolesta. Muutoin Venäjä jatkaa hajota ja hallitse -diplomatiaansa, jossa se jakaa Euroopan unionin 27 erilaiseen ääneen, ja sitä me emme voi sallia.

Charlie Weimers (ECR). – Fru talman! Ska EU skicka pansarvärnsvapen eller filter och fältsjukhus till Ukraina? Vapen eller miljardbelopp som kan försvinna?

EU-kommissionen ska inte belåna budgeten och ska inte spendera mer än de har. Vi Sverigedemokrater har röstat mot budgetstöd till misskötta ekonomier i EU och utanför EU. EU har gett budgetstöd till Ukraina fem gånger tidigare. Ytterligare 12 miljarder kronor till Kiev handlar inte om det aktuella hotet från Ryssland. Kommissionen varnar för att pengarna kan försvinnas eftersom det rör sig om icke öronmärkt budgetstöd som kan användas fritt.

Att revisionsrätten pekar på landets utbredda korruption borde få varningsklockorna att ringa. I stället bör vi ge militär utrustning genom fredsfaciliteten och straffa Ryssland med hårda sanktioner om de invaderar. Mitt eget land, Sverige, bör bistå med försvarsmateriel, men se det är Socialdemokraterna emot.

Vårdslös hantering av skattepengar och falsk solidaritet med det ukrainska folket är vad det är. När britterna skickar vapen till Ukraina inspireras de svenska sossarna av tyska regeringen som vill skicka hjälmar. Det är hyckleri.

Andrzej Halicki (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Ta debata nie jest tylko debatą o bezpieczeństwie Ukrainy, to w gruncie rzeczy debata o naszej przyszłości, o bezpieczeństwie Europy, w tym także mojego kraju, Polski. Bo czego najbardziej boi się Putin? Putin boi się dobrego przykładu, dobrego przykładu, który idzie z naszych społeczeństw, z naszych krajów. Boi się, że Ukraińcy wybiorą taką drogę życia, jaką wybraliśmy my, Polacy, czy inni sąsiedzi, Słowacy, Węgrzy czy Rumuni, czyli demokrację, prawa obywatelskie, szybki rozwój i bezpieczeństwo, bezpieczeństwo także gwarantowane przez NATO.

Naszym obowiązkiem w tej Izbie, tu w Strasburgu i w Brukseli jest powiedzieć Putinowi jasno – Ukraina ma prawo wyboru swojej przyszłości, ma prawo liczyć na pełne członkostwo w Unii Europejskiej, ma prawo liczyć także na bezpieczeństwo i my musimy Ukraińcom w tym pomóc. Solidarność z Ukrainą to jest nasz obowiązek w imię bezpieczeństwa w Europie, w imię naszej przyszłości.

I jeszcze jedna uwaga, Putin boi się tego dlatego, że obawia się dobrego przykładu zaraźliwego także w Rosji. Bo przecież demokraci w Rosji są coraz silniejsi, a nie słabsi. Oni też widzą, jak można żyć. I dlatego nie możemy zapomnieć o demokratkach w Rosji. Wolność dla Aleksieja Nawalnego i solidarność z Ukrainą to dziś nasz obowiązek.

Dietmar Köster (S&D). – Frau Präsidentin! Das Wichtigste ist jetzt, den Frieden in Europa zu bewahren. Gestern sind dafür wichtige Schritte einer Deeskalation angekündigt worden. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz hat dazu beigetragen, indem er Waffenlieferungen in die Ukraine ablehnte und dadurch Gesprächskanäle nach Moskau offenhielt.

Ja, es ist richtig, dass der russische Truppenaufmarsch zu der aktuellen bedrohlichen Situation geführt hat. Ich hoffe, dass Moskau seine Ankündigungen wahrmacht und die Manöver beendet. Aber wer eine verlässliche europäische Sicherheitsarchitektur in Europa haben will, muss auch die Sicherheitsbedenken aus russischer Sicht ernst nehmen, ohne sie zu teilen. Und wenn sich Moskau von der NATO-Expansion bedroht fühlt, muss man darüber reden und verhandeln.

Die nur zu begrüßenden unterschiedlichen Gesprächsformate müssen in eine europäische Sicherheitskonferenz überführt werden. Sicherheit in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit Russland geben. Das ist die Basis für eine europäische Friedensordnung.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Madam President, Ukraine is Europe, and Ukrainian security is European security. High Representative, unity among Member States is most important for us, but we cannot have unity if we have Orbán going and negotiating alone with Putin.

Common action within NATO, and full support for Ukrainian independence, territorial integrity and strategic choices should be supported by us. This is the only way to answer to the unprecedented military aggression that country has been facing recently from the Russian Federation.

At the same time, we need to continue providing political support, economic help and assistance to Ukraine, including in defence and security related areas, and to develop a long-term strategy. This requires Europe to formulate a geopolitical answer, because this crisis is also a lesson for us, and it could dramatically change the way Europeans think about their own security.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir Europäerinnen und Europäer mit der Ukraine solidarisch sein müssen, ist hier von den meisten Rednerinnen und Rednern zu Recht betont worden. Nur die Extremisten von links und rechts machen sich zu Instrumenten des russischen Ne imperialismus. Doch die Abwendung einer neuerlichen Intervention in der Ukraine ist nicht genug.

Putins Sinnen und Trachten geht auf die Revision der Stabilitätsordnung in Europa. Deshalb muss unsere Antwort allen Aspekten dieser Politik ganz praktisch entgegenreten. Eine russische Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken im Donbass müsste harte Sanktionen zur Folge haben. Und wir dürfen nicht zulassen, dass westliche Gier für Putins Aggression genutzt wird. Deshalb: Stopp für Nord Stream 2 und endlich harte Kante gegen russische Korruption und Geldwäsche in der EU.

Riho Terras (PPE). – Madam President, there is no need to remind you of the severity of the ongoing crisis. Putin's Russia is working according to the plan: a strategic plan that has no less a goal than challenging the West and changing Europe's security architecture. Building up a military presence and tightening the noose around Ukraine, day by day, is not just a military drill. It is Russia getting ready to attack one of its neighbours.

The war in Ukraine has already been going on for eight years. The strategic end state Putin has in mind has not been delivered yet. Ukraine has not collapsed, and there is no puppet regime in Kyiv to follow the master's orders. Putin's attempt to correct this mistake he made could take place at any moment. Don't let yourself be deceived by the dislocation of troops. Moving units back and forth is what you do when you prepare for attack. Russia is not de-escalating; they are escalating by adding pressure with cyber attacks. The West should not leave Ukraine. Diplomats and the media should stay in place. Politicians should visit Ukraine daily. This is what Ukraine needs now, in addition to material support from friends and partners.

Last but not least, the EU must reaffirm strongly and openly that Ukraine has the perspective to join the Union one day.

Thijs Reuten (S&D). – Madam President, yesterday we debated the CFSP and to CSDP here, and I commend the High Representative for his tireless and successful efforts in trying to bring about unity. However, I expect more from the Council – peer-pressuring Member States and deliberately jeopardising this very unity for internal political reasons or with misconceptions of history.

We must stand foursquare behind the free and independent people of Ukraine, through diplomacy, through the provision of defensive aid, and through hard cash. This is also about us, about our values, about upholding international law. It must be crystal clear, ahead of any further aggression, how high the price will be: freezing assets, stopping freedom of movement for everyone related to the regime, banning Russia from the Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) and halting Nord Stream 2.

My message to the Russian people, who are not our enemy, is: do not let Mr Putin drag you into a senseless war. To the people of Ukraine: long live democratic Ukraine!

Dragoș Tudorache (Renew). – Doamnă președintă, dragi colegi, mă alătur celor care au susținut aici solidaritate față de Ucraina și poporul său și determinare maximă față de Putin. Dar Putin a fost mereu acolo. Putin ne testează de ani de zile capacitatea de reacție și voință politică. Ne-a testat în Georgia, ne-a testat în Crimeea, ne-a testat dând sprijin altor dictatori, precum Maduro sau Bashar Al-Assad.

Întrebarea este ce suntem noi pregătiți și dispuși să facem. Eu cred că a venit timpul să ne asumăm fără echivoc o politică externă comună prin asumarea majorității calificate în procesul decizional și înființarea armatei europene, complementară și interoperabilă cu NATO.

Trebuie să ne asumăm cu prioritate decuplarea de dependențele strategice care pot fi folosite împotriva noastră: energie, resurse naturale strategice, tehnologii avansate, mai ales când aceste dependențe sunt față de state nedemocratice.

Și, întorcându-ne la Putin și Ucraina, trebuie să ne asumăm cu resurse și angajamente concrete prezența sporită în regiunea Mării Negre, o regiune de importanță strategică din punctul de vedere al securității și al energiei.

Mounir Satouri (Verts/ALE). – Madame la Présidente, pour dissuader Vladimir Poutine d'engager un conflit sanglant aux portes de l'Union, nous devons être solidaires et fermes. Face au nationalisme expansionniste absurde d'un homme prêt à sacrifier des milliers de vies humaines, aucune complaisance n'est possible. Je condamne ceux qui se livrent, dans nos démocraties, à cette complaisance, qui ferment les yeux sur la corruption et l'agressivité du régime russe et sur ses violations des droits de l'homme.

Dans ce moment si important pour les Ukrainiennes et les Ukrainiens, mais aussi pour notre sécurité dans l'Union européenne, j'attends des États membres qu'ils fassent preuve d'une cohérence exemplaire. Tous les États membres doivent soutenir le régime de sanctions. Tous les États membres doivent dire haut et fort que les opérations bénéfiques à la Russie, comme le gazoduc Nord Stream 2, seront arrêtées sur-le-champ si Moscou en vient aux armes.

Une Europe plus forte et plus unie est la réponse à cette crise, que l'expansion de l'OTAN, trop polarisante, n'a pas la capacité de résoudre sur le plan politique.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señora presidenta, señor vicepresidente Schinas, que no nos engañen, esta lucha es por la supervivencia de nuestro modelo de vida. Nuestra democracia es el plato principal. El objetivo de Putin, como de muchos otros dictadores y aprendices de dictadores, es evitar que la vacuna de la democracia se extienda por sus países. Y para ello utilizarán todas las armas posibles. Las amenazas al territorio ucraniano no son solo un aviso.

Aparte de una alianza de seguridad, que lo somos, y de nuestros compromisos con la OTAN, por encima de todo está la defensa de nuestros valores democráticos, no solo en Ucrania, sino también en Bielorrusia, en Venezuela y en la propia Rusia, apoyando a luchadores por la democracia como Alexéi Navalni.

Me dirijo a los diputados de la izquierda, que saben muy bien que la Rusia de Putin no es el sistema soviético añorado por algunos, que Maduro no es socialista y que el Partido Comunista de China es de todo menos comunista. Son regímenes corruptos llenos de oligarcas que defienden sus intereses económicos e impermeables a la democracia.

Bajo esta premisa inicial, la Unión Europea tiene que estar a la altura de las circunstancias y responder de un modo contundente a lo que está pasando en Ucrania. Practiquemos los valores de los que tanto hablamos. Olvidémonos de la esperanza de la democracia global que alimentamos en los años ochenta y noventa. Estamos en una nueva fase de la Guerra Fría. Democracia *versus* autocracias. No podemos bajar la guardia.

Y, sobre todo, nuestra baza es la economía, que sigue siendo nuestra arma más poderosa. Hay que tener las sanciones claras, preparadas y dirigidas hacia este tipo de amenazas a nuestro sistema democrático.

Evin Incir (S&D). – Fru talman! Vi befinner oss i det värsta säkerhetspolitiska läget på flera decennier. Ryska soldater, stridsvagnar och missiler har omringat Ukraina. Landet är i akut behov av hjälp. Ukrainas suveränitet och territoriella integritet är en fråga om vår – Europas och hela världens unga, barn och folk – rätt till självbestämmande.

EU måste därför agera gemensamt för att trycka tillbaka förtryckarregimen i Moskva. Att inte ha röstat för det makroekonomiska stödet till Ukraina är ett agerande som utgör ett hot mot fred och säkerhet i Europa och hela världen. För en hållbar fred och säkerhet krävs också att alla delar av befolkningen involveras.

Min fråga till er, höga representant och vice ordförande, är därför: Hur säkerställer vi att vi lever upp till våra åtaganden att inkludera både unga och kvinnor i fredsprocesserna, enligt FN-resolutionerna 1325 och 2250? För det enda jag sett hittills är män, män och fler män.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señora presidenta, aún no sabemos con certeza qué es lo que pasará en Ucrania en las próximas horas. Pero sí tenemos una cosa clara: que los europeos hemos despertado de un letargo que duraba treinta años, donde pensábamos que una guerra en Europa era simplemente imposible. Y esa posibilidad, desgraciadamente, es muy real.

El chantaje ruso no se hace contra Ucrania o contra la OTAN, se hace contra la Unión Europea y contra los principios y valores que representa, principios que también comparten nuestros socios ucranianos y nuestros aliados norteamericanos. Y, en ese sentido, estos valores a los que se enfrenta Putin y que, sobre todo, a los que ha declarado la guerra durante muchísimos años, también tienen sus enemigos en la propia Unión Europea. Ayer, los diputados comunistas de Podemos, que forman parte del Gobierno de España, decidieron votar en contra, no apoyar las ayudas económicas que Europa quiere dar a Ucrania. El comunismo, ideología criminal blanqueada en España por algunos conniventes, pero criminalizada en Europa por su totalitarismo sanguinario es, precisamente hoy en día, el mayor cómplice de Putin frente a un momento en que la democracia más lo necesita.

Señor Borrell, a los matones como Putin se les planta cara. Me consta que ese es su deseo y siempre nos tendrá a su lado.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Madam President, I could not imagine until today that the Nazi slogan, the slogan of Nazi collaborator Stepan Bandera, would be pronounced from this tribune so many times and echoed in the Hemicycle. We are living in the time of information wars, and one of the instruments is, of course, the slogan. One of the instruments is disinformation, and we are giving an example of it now by having the title of the debate: Russia's military threat against Ukraine. It is not proved. It was repeated – it was even mentioned today – that Ukrainian diplomats are denying this elsewhere in the European Union because it's damaging Ukraine. I will speak about facts: facts registered by the United Nations, OSCE and other bodies. These are children killed in Donbas. In the last eight years, 152 children were killed and 146 injured. The latest case is the case of Vladik Dmitriyev, the four-year-old boy killed by a drone...

(The President cut off the speaker who was displaying a poster)

President. – Colleague, I am obliged to tell you that, according to the Rules of Procedure, this is not allowed. I am very sorry. Your time is out. You have to do this outside the plenary.

Traian Băsescu (PPE). – Doamnă președintă, domnule Înalt Reprezentant, domnule comisar, pretenția Kremlinului de a negocia cu NATO și SUA o nouă arhitectură de securitate în Europa prin stabilirea zonelor de influență din timpul URSS arată negarea, de către Rusia, a dreptului suveran al statelor independente de a-și decide singure sistemele de alianțe și modul de a-și asigura securitatea.

Lunga listă de cedări și compromisuri excesive făcute în favoarea Rusiei de dragul afacerilor unor mari companii europene, dar și pentru aprovizionarea cu gaze în condiții preferențiale au finanțat armata cu care Putin amenință azi pacea unor state europene. Altfel spus, atât de îndrăgitul „*business as usual*” cu Rusia s-a făcut în detrimentul securității Ucrainei, a țărilor baltice, a Poloniei, a României, a Bulgariei.

În aceste zile, Statele Unite și Regatul Unit au reacționat rapid și masiv, consolidând militar Ucraina și flancul estic. NATO este singurul scut real pentru securitatea europeană. Cel puțin pentru moment, soluțiile pentru securitatea europeană sunt: accelerarea procesului de dobândire a independenței energetice față de Rusia, descurajarea militară și economică a Rusiei și încetarea compromisurilor politice în favoarea Rusiei.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Jesteśmy drugą demokracją świata. To ogromna odpowiedzialność nie tylko za wspieranie demokratyzacji świata, ale także za pokój na świecie. To niestety kolejna debata i kolejna sytuacja, w której widzimy, że pokój nie jest dany raz na zawsze. To kolejna lekcja, do której mogliśmy się jako Unia Europejska lepiej przygotować. To kolejny kryzys stworzony przez Rosję, bo Rosja chce Białorusi i Ukrainy, a Białoruś i Ukraina chcą niepodległości i wolności. Potrzebne jest zatem nasze realne działanie, wsparcie finansowe dla tych państw. Potrzebne jest przywództwo Unii w sprawie konferencji na rzecz przyszłości Białorusi i wsparcia dla Ukrainy. Potrzebna jest nowa strategia Unii na rzecz Białorusi, której nadal nie wypracowaliśmy, i plan dla Ukrainy, bo dotychczasowe niestety się nie sprawdziły. Potrzebne jest także zlikwidowanie zasady jednomyślności w polityce zagranicznej Unii, bo dzisiaj mamy 27 ministrów spraw zagranicznych, a przez to 27 różnych stanowisk. Niech żyje wolna i niepodległa Ukraina!

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, Ukraine is an independent and a sovereign state, a free European nation that should decide its future itself. So our message today to our friends in Ukraine is that Europe is ready to help, from arms to funds. It must be clear who are the true friends of a free Ukraine and that the Europeans' doors are open.

I still hope for a diplomatic solution. However, if Russia acts, we as Europe must be ready to respond. These sanctions must hit hard, not only the economic ones, but also the oligarchs and corrupt officials in Russia. More than anything, we must show our solidarity with Ukraine. Ukraine needs strong allies in these difficult times. Glory to Ukraine.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Sind wir uns dessen bewusst, dass wir jedes Jahr mit Dutzenden Milliarden Euro durch unsere Gaseinkäufe das Regime von Putin finanzieren, indirekt den militärischen Aufmarsch an der ukrainischen Grenze mitfinanzieren?

Wer heute nicht versteht, dass Gas nicht nur ein klimapolitisches Problem ist, sondern auch ein sicherheitspolitisches Problem, der hat – denke ich mal – seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die Kommission hat das erkannt, und sie sucht nach Ersatzlösungen für die Gasversorgung Europas. Mittel- oder langfristig müssen wir aus Gas aussteigen – eben nicht nur aus klimapolitischen Gründen, sondern auch aus sicherheitspolitischen Bedenken.

Dass sich Orbán gerade jetzt mit russischem Geld und russischer Technologie ein Atomkraftwerk in Paks II hinbauen lässt – übrigens auf einer Erdbebenlinie –, ist nicht nur ein umweltpolitisches Problem, sondern auch ein sicherheitspolitisches Problem. Hier werden die Interessen der Europäerinnen und Europäer und die Interessen der Ungarinnen und Ungarn an das russische Regime von Wladimir Putin verkauft.

Last, but not least: Wer nicht erkennt, dass wir durch die Taxonomie, die Gas in ein grünes Label für private Investitionen mit hereinnehmen soll, unsere Abhängigkeit nur noch mehr verstärken, der hat den Ernst der Lage nicht erkannt.

Christophe Hansen (PPE). – Madam President, the situation on the EU's eastern borders, especially at the Ukrainian border, is far from being resolved. Let's not get fooled by the Potemkin retreat of his troops that Putin is or is not staging while we are speaking. Let's not be fooled while the online networks of Ukraine's defence ministry and two banks are knocked out by cyber-attacks. This is not a coincidence, and my colleague, Riho Terras, has highlighted this. Putin couldn't care less about an economic crash in his country when the situation of instability allows him to maintain and extend his power grab elsewhere.

On our side, we need to support Ukrainians wherever we can. Therefore I more than welcome the macro-financial assistance we granted this week to Ukraine. But the current crisis also cruelly highlights, once again, our weakness when it comes to speaking with one single voice in foreign policy. Did Macron, Scholz or Bettel convey the same message to Putin? I strongly doubt this. So when do we get, once and for all, rid of unanimity in foreign policy?

Dear Executive Vice-President, how are you planning to speed up the development of PESCO (Permanent Structured Cooperation) to better be prepared for the next crisis that will inescapably come down the road? The success of these projects will be the precondition to be taken seriously on the international stage. Putin is trying to divide the West to better reign – no doubt about that. But this should be our chance and our encouragement to unite. Putin's worst case scenario is a united West. Let's not get fooled. Let's stick together.

Klemen Grošelj (Renew). – Spoštovani! Kriza na ukrajinsko-ruski meji dokazuje, da živimo v nepredvidljivim svetu brezkompromisnega tekmovanja, v katerem uporaba sile postaja žal realnost.

Aktualna kriza ne odloča le o prihodnosti Ukrajine, ampak se na njej lomijo kopja prihodnosti evropske varnostne arhitekture, ki je zagotavljala relativni mir in stabilnost v Evropi zadnjih 30 let in ima temelje v zahtevnih pogajanjih med in ob koncu hladne vojne. Zavedati se moramo, da gre za tektonske premike v evropski varnostni arhitekturi, ki pa so proces, ki poteka že nekaj časa in se bo nadaljeval. Na žalost zelo verjetno v nizu kriz, katerim smo in še bomo priča v širšem evropskem prostoru.

Zato bo odločilnega pomena, da se tako ZDA kot Nato in Evropska unija zavedamo, da bo ta proces od nas zahteval enotnost, nedvoumno zavezanost temeljnim demokratičnim vrednotam, potrpežljivost in odločnost, vztrajnost ter veliko mero modrosti. Zakaj? Soočeni smo z zahtevno geopolitično igro, v kateri bomo lahko prevladali ne samo z diplomatsko spretnostjo in vojaško odločenostjo, ampak tudi z jasno zavezanostjo demokraciji. Evropska unija pa mora ob tem okrepiti ne samo svojo vojaško, ampak tudi energetske, surovinske in pa tudi tehnološko suverenost.

Massimiliano Salini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la buona notizia è il parziale ritiro delle forze armate russe dal confine ucraino. Ma questa notizia è accompagnata, anzi preceduta, da dichiarazioni del Presidente ucraino Zelensky e del Cancelliere tedesco Scholz, nei giorni precedenti, che non lasciano tranquilli, perché in quelle dichiarazioni Zelensky dichiara che l'ingresso ucraino nella NATO è solo un sogno e il Cancelliere Scholz dichiara che l'ingresso ucraino nella NATO non è nell'agenda politica.

Non possiamo ritenere che questa sia una vittoria, non possiamo abbassare la guardia, non possiamo dichiararci soddisfatti. Le 36 lettere arrivate dalla Russia verso i paesi NATO, a cui abbiamo risposto con un'unica voce come Unione europea e NATO, sono un'ottima notizia ma sotto l'unica voce, quindi sotto l'unica lettera, devono esserci un'unica politica.

Nessuno ci aveva costretto a dipendere quasi totalmente dal gas russo, eppure lo abbiamo fatto. Nessuno ci ha costretto a ritirarci molto spesso da alcuni degli scenari più complessi geopolitici, ad esempio in Africa, lasciando spazio alle nuove ambizioni geopolitiche russe.

Ecco, che dietro quell'unica lettera ci sia un'unica politica ed un'unica strategia economica europea.

Carmen Avram (S&D). – Doamnă președintă, „Voi nu înțelegeți Rusia”, ne acuză oficialii Moscovei și au dreptate. Cum să înțeleagă Uniunea Europeană, cu valorile ei, o dictatură cu nostalgii imperialiste, condusă și azi de oameni care vin din negura URSS și nu mai vor să plece?

Pe de altă parte, însă, este greu de înțeles de ce atunci când intențiile lui Putin ne sunt foarte clare, cum ar fi, de exemplu, masarea aproape de granițele noastre a celui mai mare dispozitiv militar de la prăbușirea URSS, Uniunea Europeană nu reușește să vorbească răspicat și să decidă la unison represalii.

A tăcea, a ezita, a tolera șantajul sau a spera că Putin va deveni, într-o zi, apostolul păcii, sunt greșeli care pot pune în mare pericol construcția noastră democratică, mai ales în estul Europei.

Oricare ar fi deznodământul acestei crize, dacă Uniunea vrea să fie un actor global puternic și credibil, trebuie să renunțe la mănuși, pentru că regimul Putin nu va renunța la bocancii cu care intră periodic în viața noastră, decât dacă va avea în noi un interlocutor hotărât, corect în *business*, dar și rapid în reacții la unison atunci când jocul este murdar.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, let's pause for a moment, and let the dark truth sink in. For the first time in decades, there is a very real chance that there will be war in Europe. As we debate in this very House, there are still Russian troops staring down Ukraine on the EU's Eastern Neighbourhood. We've all read the news that they might attack today.

Many of us in this Chamber come from countries bordering Ukraine. This is real. This would be our war. We might not be fighting it, but we will feel the consequences. And we should be responsible for preventing it.

And yes, we are in the 24th hour, but Europe still has not exhausted all of its opportunities. We need to leave no doubt that a war will have severe repercussions. And this must include suspending the Nord Stream 2 project or closing down Europe's financial system for Russian state-sponsored actors.

And in the longer term, we need to rethink our ties with Russia. If Putin is capable of holding a continent on high alert for months, Europe must have the tools to do the same. This is an existential question. Before achieving this, all the Commission's talk about the geopolitical Commission remains, unfortunately, empty.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, the Commission President rightly said that this conflict was about democracy, about values and about freedom. And she's right.

But also in such a conflict, diplomacy plays a very important role. It seems to me that it was the rather clear position of NATO, the first stance of US diplomacy and efforts of some European politicians that turned the situation to the better. EU foreign policy didn't play a sufficient role.

I guess this is another wake up call for us. We need such a foreign policy that would work and that would be recognised. European countries also should invest more in the military. We cannot afford to be again the free rider of NATO.

Also, we must be much better prepared for conflicts with countries that are an important supplier of energy, like Russia. Not ex-post evaluation, but ex-ante assessment of the risk and sufficient guard, how to protect our people and how to protect our economy.

We shouldn't fool ourselves. Despite easing the pressure, Russia is still sponsoring war in East Ukraine. Millions of Ukrainians are suffering, and we have troubles to find the right way to help them and also protect our interest.

At the same time, I believe that the politics of Mr Putin are getting more aggressive and less predictable. We, again, should not be naive. Suffering by his country wouldn't change his mind, because it doesn't affect his well-being. Only very bold sanctions can have an impact. So the next time, we must be much more better prepared than this time.

Leszek Miller (S&D). – Pani Przewodnicząca! Koleżanki i Koledzy! Wczoraj w Moskwie kanclerz Scholz powiedział, że wojna w Europie jest nie do pomyślenia dla jego pokolenia. Dla mojego pokolenia również jest nie do pomyślenia i dlatego trzeba zrobić wszystko, by zapobiec scenariuszom, które kończą się wojną. Przewodniczący Rady Europejskiej i Komisji mówili dziś, że dzięki dotychczasowym działaniom dyplomatycznym udało się doprowadzić do pewnej deeskalacji konfliktu – to prawda. Rosja nie pozbywa się jednak argumentu wojskowego i wciąż utrzymuje siły mogące stanowić poważne zagrożenie dla Ukrainy, których będzie gotowa użyć do interwencji militarnej. Otoczenie Ukrainy wojskami jest przecież zachowaniem agresywnym, a nie sygnałem pokojowym.

Obecny kryzys powinien być kolejną lekcją dla Europy. Rozmowy dyplomatyczne prowadzone są głównie przez przywódców państw członkowskich, a nie szefów instytucji i dyplomatów unijnych. Niestety mieści się to w strategii Rosji ignorowania Unii Europejskiej. To, co możemy dziś zrobić dla Ukrainy, to znacząca pomoc finansowa i mapa drogowa członkostwa Ukrainy do Unii Europejskiej.

Guy Verhofstadt (Renew). – Madam President, I'm asking myself what Mr Borrell is going to take from here as a conclusion of this debate. In my personal view, I think there's an enormous unity in this Parliament. Besides some people on the extreme left who still think that the Soviet Union exists, and besides a part of the extreme right which is financed by Putin, I think all the rest have a huge unity.

I think that the conclusion of this debate, if I can give some advice or make a suggestion, is that we need a more robust strategy of the European Union. It's true you did your job, and maybe more than is possible with 27 Ministers of Foreign Affairs, but the conclusion of this debate is that we need a more robust stance.

On 20 February 2014 I was at Maidan, when in the morning 49 people were killed by snipers, and I saw in the eyes of these people how they in fact belong to Europe and want to be in the European Union. Their future is there, not with Putin. Even those people who speak Russian in Ukraine don't want Putin to come in.

So I think we have to be more robust. We need to do more. First of all, maybe use the European Peace Facility to make a common transfer of defensive weapons to them. We could do that. We have the instrument to do that. And finally – and then I will stop, Ms Hautala, because I know that you have a strong instrument with you, your hammer – we also need a pro-Russian agenda. Because Putin is not Russia, and there is an opposition there with Navalny, who needs our full support because, in the end, there will only be stability and security in Europe if there is a democratic Russia at our borders.

(Keskustelu keskeytetään.)

5. Erste Abstimmungsrunde

Puhemies. – Siirrymme nyt tämän päivän ensimmäisiin äänestyksiin.

Äänestämme esityslistalla ilmoitettuihin menettelyihin.

Äänestykset ovat avoinna klo 12.30–13.45.

Äänestysmenetelmä on sama kuin edellisissä äänestyksissä.

Kaikki äänestykset toimitetaan nimenhuutoäänestyksinä.

Julistan nyt äänestykset avatuiksi. Voitte siis arvoisat kollegat äänestää klo 13.45 saakka.

Äänestysten tulokset ilmoitetaan klo 19.00.

6. Beziehungen EU-Russland, die Sicherheit in Europa und die militärische Bedrohung der Ukraine durch Russland (Fortsetzung der Aussprache)

Puhemies. – Jatkamme nyt keskustelua Eurooppa-neuvoston ja komission julkilausumasta EU:n ja Venäjän suhteista, Euroopan turvallisuudesta ja Venäjän Ukrainaan kohdistamasta sotilaallisesta uhkasta (2022/2518(RSP)).

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, yo, en primer lugar, quiero enviar un mensaje emocionado de condolencia y de solidaridad a las familias de los numerosos pescadores afectados por el trágico naufragio ayer del buque gallego *Villa de Pitaxo*.

Señorías, llevamos unas semanas en Europa en una situación gravísima, sin precedentes, por la enorme acumulación de tropas rusas en la frontera con Ucrania. La Unión Europea debe mantener su postura en favor del respeto de la soberanía e integridad territorial de este país.

El Kremlin sigue una política anacrónica, de fuerza, de zonas de influencia. Ignora los principios básicos del Derecho internacional y los acuerdos que firmó. Desgraciadamente, Putin no comparte nuestros valores y principios: un orden internacional basado en normas, en multilateralismo y en el Estado de Derecho.

La situación de amenaza y chantaje es ya inaceptable, pero debemos continuar el camino de la diplomacia sin concesiones en puntos clave. En las últimas horas parece comenzar una retirada parcial de tropas rusas y que Moscú se inclinaría por el diálogo. Pero es muy pronto para el optimismo.

Debemos mantener un frente unido ante el largo desafío de Putin. La Unión Europea, incluidas Francia y Alemania, tiene que coordinar sus respuestas con los Estados Unidos y con la OTAN para asegurar la paz y el respeto de las normas básicas del Derecho internacional y de la arquitectura europea de seguridad.

Robert Hajšel (S&D). – Pani predsedajúca, musíme byť solidárni s ukrajinským ľudom, ktorý má takisto právo rozhodovať o svojom osude. Únia musí aj naďalej podporovať ambície Ukrajiny stať sa našim členom. Akonáhle ale bude schopná predpísané podmienky aj splniť. Akonáhle my ako Európska únia budeme schopní a pripravení ju prijať. Nevytvárajme preto falošné očakávania, že sa tak stane v nejakej dohľadnej budúcnosti.

Dnes je našou hlavnou úlohou urobiť všetko pre zabránenie vojny a znižovanie napätia, a nie podporovať hystériu, ako to robia niektorí politici a médiá, predpovedajú napríklad, že vojna začne už dnes. Naopak sa zdá, že po diplomatických iniciatívach Nemecka a Francúzska, aj keď počujeme ukrajinských štátnikov, možnosť vypuknutia vojny sa našťastie nateraz znižila.

Informácie o sťahovaní časti ruských vojenských oddielov do vnútrozemia, aj keď možno iba symbolické, je dobrým signálom, že v diplomatickom úsilí treba pokračovať. Mali by sme sa snažiť o budovanie celoeurópskej bezpečnostnej architektúry, v rámci ktorej sa bude každý štát cítiť bezpečne, tak Francúzsko ako Slovensko alebo Litva. Ale nikto, ani aliancia, nemá právo rozširovať svoju bezpečnosť na úkor iného štátu. Geopolitické realita je taká, že pokým sa Rusko nebude cítiť bezpečne v Európe, v bezpečí sa bohužiaľ nebudeme cítiť ani my.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, it was only yesterday that we had the debate on our common security and defence policy. This morning, we are talking about a prime example of a threat to European security. The military tensions at our eastern borders show once again the need to develop a strong European strategic sovereignty. We need to increase our common capacity. We need to develop a decisive and assertive foreign policy.

I express my solidarity with the people of Ukraine that live in uncertainty and prepare for the worst. Over the last weeks, EU Member States have shown unity and close cooperation with our transatlantic and NATO partners. It is through this joint stance and continued search for a diplomatic way to de-escalation that we have managed to keep the peace. We must remain vigilant and we must remain united.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dovete sapere che qualche anno fa, in una delle rare occasioni in cui questo incredibile fannullone della politica si è manifestato in questo Europarlamento di cui faceva parte, il senatore Matteo Salvini, allora eurodeputato, si presentò in quest'Aula con una maglietta raffigurante Putin, a suo parere attaccato ingiustamente da quelli che chiamava gli «eurocretini».

Allora mi chiedo se definirebbe in questo modo un «eurocretino» anche il capogruppo del suo partito, il leghista Marco Zanni, che oggi in Aula ci ha spiegato che quello di Putin è un regime – che scoperta! – e che l'integrità territoriale dell'Ucraina dovrà essere difesa a qualunque costo.

Ma pensate, voi sovranisti della destra estrema, che le persone siano senza memoria, si siano dimenticate di Savoini, dell'hotel Metropol, delle inchieste ancora in corso sui presunti finanziamenti russi alla Lega? Non siamo senza memoria!

Per superare la crisi in corso serve una politica seria, serve fermezza di fronte alla minaccia di un'aggressione russa e serve una nuova architettura di sicurezza europea che coinvolga tutti. Credo che questo debba essere il ruolo dell'Unione europea, oggi e per il futuro, per ritrovare un posto nella storia.

Vladimír Bilčík (PPE). – Pani predsedajúca, dnes potrebujeme voči hroziacej ruskej agresii jednotu členských krajín, politickú rozhodnosť európskych inštitúcií a jednoznačnú podporu pre Ukrajinu. Aké kroky môžeme podniknúť? Pošleme Ukrajine vojenskú pomoc ako to už urobili mnohí naši spojenci. Stojme za jasnými a tvrdými sankciami v prípade ruského útoku vrátane odpojenia Ruska od platobného systému SWIFT a najtvrdších sankcií voči oligarchom v najbližšom Putinovom okolí. Pomôžme ekonomicky. V tejto situácii je pre Ukrajinu nevýhodné požiadať si peniaze a investori nie sú príliš ochotní za týchto podmienok požičovať. Ukrajine tak môžeme pomôcť aj finančne.

Jednoznačne podporujem návrh komisie na makroekonomickú finančnú pomoc Ukrajine, o ktorej sme rozhodovali v Európskom parlamente. Pomáhajme aj humanitárne. Na Ukrajine je vojna už dlho a civilisti naozaj trpia. Potrebujú pomoc v týchto zimných mesiacoch.

A na záver budme informačne aktívni. Postavme sa proti deštrukčným ruským dezinformáciám, ktoré zahlcujú náš informačný priestor. Hrá sa totiž o pravdu, dámy a páni. A pán Borrell, je dôležité, aby európski diplomati zostali v Kyjeve a bránili fakty. A pre Ukrajinu a pre nás všetkých.

Karsten Lucke (S&D). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben noch immer eine komplexe Gemengelage, und in dieser Gemengelage stehe ich absolut hinter der europäischen Solidarität für die Ukraine. Es muss auch weiterhin unsere oberste Priorität sein, dass wir die Kriegsgefahr in Europa bannen, kurz- und mittelfristig. Und das kann nur auf einem diplomatischen Wege geschehen.

Doch was wollen die Bürger dieses Kontinents eigentlich langfristig? Sie wollen Frieden, einen dauerhaften und umfassenden Frieden auf diesem Kontinent, und vor allen Dingen eine Friedensordnung, die auch in das 21. Jahrhundert passt. Ich habe in den letzten Tagen und Wochen viel von roten Linien und Maximalforderungen gehört, aber letztendlich sagte Olaf Scholz gestern, dass wir alle uns auch einen Ruck geben müssen. Ich glaube, alle müssen sich bewegen.

Und das ist vielleicht auch das Gute an Krisen, dass Krisen eine Chance sind, dass wir uns fokussieren müssen und dass sich jetzt vielleicht tatsächlich ein sogenanntes *window of opportunity* öffnet, um wirklich einen entscheidenden, mutigen Schritt in diese Richtung zu gehen. Und wenn wir 30 Jahre vielleicht in unserer Beziehung bergab gegangen sind, ist es vielleicht jetzt der Zeitpunkt, dass wir mal für die nächsten 30 Jahre in diesen Beziehungen bergauf gehen.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κύριε Borrell, είναι σημαντικό η Ευρώπη να μιλάει με μία φωνή. Το είπατε και εσείς ωρύτερα, κύριε Borrell. Δεν θα πω όμως ότι όλοι το κάνουμε· ας είμαστε ειλικρινείς μεταξύ μας. Αν η Ευρώπη μιλούσε με μια φωνή, θα ήμασταν πολύ πιο ουσιαστικοί και σε ό,τι αφορά την Κύπρο, τις απειλές εναντίον της Ελλάδας, την Αρμενία και πολλά άλλα θέματα, για τα οποία μιλάμε πολύ αλλά πράττουμε λίγα.

Το ζήτημα της Ουκρανίας αφορά γενικότερα το θέμα της ασφάλειας της Ευρώπης, που, από ό,τι φαίνεται, κινδυνεύει πάρα πολύ σήμερα. Σε ευρωπαϊκό έδαφος ερίζουν άλλοι, προσπαθώντας να θέσουν ζώνες επιρροής, γεγονός απαράδεκτο και προσβλητικό για όλους μας. Χαιρετίζουμε την πρωτοβουλία της γαλλικής Προεδρίας, η οποία υπογραμμίζει ότι το θέμα της Ουκρανίας θα λυθεί μόνο στο διπλωματικό πεδίο και καταδικάζουμε κάθε χρήση βίας. Ως Ευρωπαίος πολίτης και ως Κύπριος, οφείλω να έχω και έχω ως πυξίδα μου το Διεθνές Δίκαιο, το οποίο πρέπει να πρυτανεύσει και στην περίπτωση της Ουκρανίας.

Ilan De Basso (S&D). – Fru talman! För mig är det självklart att varje folk har rätt att välja sin egen framtid. Det är en princip som inte är förhandlingsbar. Det bör därför tydliggöras att denna konflikt har sin grund i ryska maktambitioner som dagligen håller människor i ett järngrepp. Det utmanar inte bara Ukrainas integritet, folkets rätt att välja sin väg och göra sina val, utan äventyrar den stabilitet som präglat vår samtid.

Att EU håller ihop är en förutsättning för att kunna stå emot. Denna aggression får inte stå utan konsekvenser. Det glädjer mig att vi i dag står enade i unionen. Beskedet här i dag från kommissionens ordförande är välkommet och tyder på en beslutsamhet som jag anser vara nödvändig och som definitivt står i proportion till det allvar som frågan utgör.

Vi har nu valt vår väg och vi håller diplomatins och dialogens väg öppna. Nu är det upp till Putin och Ryssland att visa att de också tänker stå på rätt sida av historien.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, we stand before another potential deadly crisis orchestrated by Vladimir Putin. But whether an invasion happens or not, he has threatened war and backed up that threat with the deployment of 150 000 troops close to Ukraine and in a neighbouring country, Belarus. The military build-up around Ukraine has not been seen since the Cold War. Nevertheless, there is still room for a diplomatic resolution, and I sincerely hope this is the path chosen by Mr Putin.

However, this is a keen reminder that Russia cannot be a trusted partner for the EU, and this should include how we get our energy. President von der Leyen is right. It is in Europe's strategic interest to diversify our gas sources to reduce our dependence on Russia. Our future lies in home-grown renewables but, until we fully transition, LNG can provide an avenue away from Russia, with terminals future-proofed to handle green energy. In this regard, I would ask Minister Eamon Ryan in Ireland to take stock of this debate here today.

Alfred Sant (S&D). – Madam President, were Russia to invade the Ukraine as of now, it would be a gross mistake and greatly damage Russia's standing and interests. Acknowledging this does not imply that the current impasse is solely Russia's responsibility.

Indeed, Western powers from within the EU and NATO and from outside consistently believed they had the upper-hand in any long-term face-off with Russia. They ignored Russia's legitimate concerns about the security, intervened in its economy and broke their open-ended promises not to extend their military reach in Europe. When this helped promote regrettable authoritarianism in Russia's governance, they consolidated the face-off further. As a result, the legitimate security and other concerns of Russia's neighbours became constrained. They now have to consider their only protection is NATO.

Should not the goal have been a European diplomatic architecture, allowing equally for the security concerns of Russia, its neighbours and Western Europe as a whole? French President de Gaulle once called for a Europe, united from the Atlantic to the Urals. German Chancellor Willy Brandt once launched his *Ostpolitik*. They foresaw a Europe in which both Russia and the rest of Europe occupied a meaningful space. Why has the vision been abandoned?

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich richte mich an die Bürgerinnen und Bürger Europas.

Unsere Haltung im Europäischen Parlament ist klar: Wir sind das politische Projekt zur Überwindung der gewaltsamen Teilung Europas und des Kalten Krieges. Putin will das Rad der Geschichte zurückdrehen. Wir verteidigen unser Recht und unsere Werte nach innen und die Souveränität unserer Nachbarn. Putin verletzt, erpresst, ignoriert und ist zum Krieg bereit. Unsere Waffeninstrumente sind Diplomatie, Sanktionen, Unterstützung der Ukraine, Unabhängigkeit, Souveränität und Geschlossenheit, eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wir verurteilen die Absicht der Anerkennung von Luhansk und Donezk, weil es einer Spaltung der Ukraine gleichkommt. Unsere Sanktionen stehen fest: Nord Stream 2 muss gestoppt werden, physische Vermögenswerte müssen eingefroren, der Ausschluss aus dem Zahlungsverkehr sichergestellt und keine Lieferungen von Hochtechnologien durchgeführt werden.

Aber auch sonst dürfen wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Krim ist besetzt und Nawalny ist im Gefängnis.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, señor vicepresidente de la Comisión y alto representante, Josep Borrell, gracias no solamente por el informe que nos ha trasladado, sino por la línea que viene siguiendo respecto a Rusia desde hace más de un año: una línea de firmeza, de claridad, siempre abierta al diálogo, pero desde una posición claramente no acomplejada.

En ese sentido, ya se ha hablado mucho en este debate sobre cómo hemos utilizado esa doble vía de la disuasión y el diálogo que, a la vista de las últimas noticias, podría estar funcionando, aunque no hay que confiarse. Por lo tanto, no voy a repetir nada más en ese sentido.

Lo que sí me gustaría plantear es cómo podemos aprovechar esta coyuntura para reforzar aún más el proceso de integración europea y la cooperación transatlántica. Claramente, hemos reforzado nuestra unidad en Occidente frente a este reto. Aprovechémoslo pues para activar las provisiones el artículo 42 del Tratado, poniendo en marcha el sistema de defensa común, y también para reforzar la relación transatlántica, convocando la cumbre con los Estados Unidos y, por qué no, adoptar una nueva Carta del Atlántico.

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, domnule Înalt Reprezentant, domnule comisar, stimați colegi, cred că dezbateră de astăzi este foarte importantă și o spun în calitate de om care este interzis în Federația Rusă din 2015.

Sunt, cred, printre puținii europarlamentari din acest Parlament care are această interdicție de la Kremlin tocmai pentru că mi-am permis în mod constant, domnule Înalt Reprezentant, să critic politica lui Putin prin care își menține ilegal timp de 30 de ani prezența militară în Republica Moldova, în regiunea transnistreană.

Părinții mei sunt, la fel ca și mine, născuți într-o zonă ocupată de URSS, o zonă care a aparținut estului României înainte de Al Doilea Război Mondial și cunosc foarte bine aceste realități tocmai pentru că le-am trăit din plin.

Astăzi, în Ucraina, sunt peste jumătate de milion de români, cetățeni ai acestui stat. În numele lor, vă cer ca, împreună cu aliații noștri, să faceți tot ce este posibil pentru a-l opri pe Putin.

Ivan Štefanec (PPE). – Madam President, what is going on today is nothing other than just the conflict between authoritarianism and democracy. The Kremlin is testing our unity. During the last years, the Kremlin invested a huge amount of resources just to destabilise our common project – our common project, which brought peace to Europe and prosperity to our families.

I am sure that a peaceful solution cannot be reached through inaction. Our position must be clear and strong. In case of any forced attack, stronger sanctions, that will practically cut the aggressor from the developed world, should be our weapon.

At the same time, we have to show a friendly face to Ukrainians. I welcome the EUR 1.2 billion package and I do hope we will see more Ukrainians also studying at European universities and to intern at the European institutions. We should continue to empower the EU-Ukraine cooperation at economic level, by reducing burdens at our markets for goods, services and labour.

Today we have to show our unity to the dictator and we will not only win, but we will emerge from the current situation even stronger.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, the intensity and extent of our exchanges today – because there have been almost 100 interventions covering the full political spectrum of this House – show how important the situation is and underlines the gravity of the situation. Guy Verhofstadt is quite right: apart from the far right and the far left, there has been a remarkable unity among the Members of the Parliament, which represents more or less the same unity between Member States – with nuances, certainly, but with a strong unity among us.

The issue – and Guy has already said this – is that Ukraine is not a military threat to Russia, but it is a political threat because, if Ukraine builds a vibrant democracy and grows into a prosperous economy, then it will be an example, and in Putin's Russia, after 20 years of his government, the economy is in bad shape and the system is more and more autocratic or authoritarian. Even today, we can see that the opposition politician Navalny, inside the penal colony, has another trial starting against him, regrettably without any possibility of observation. So as the Ukrainians continue to advance on their reforms, building a democracy and a prosperous economy, it is something that Russia's Putin can

certainly not look at with good eyes. But the Ukrainians have certainly made their choice, and I think that most of them prefer to live under democracy, the rule of law and a free market economy than look into what's happening in Russia.

And this is the real issue. The real issue is how we can support Ukraine on this path to democracy and economic prosperity. It is impossible to answer, or even to refer to, all the questions that you have raised today. I just want to answer in particular Hilde Vautmans, when she asked me directly if I could assure you that this unity has not been jeopardised by the initiatives taken by some Member States. Certainly, I can assure you.

Plusieurs membres de l'Union européenne, en particulier la France – je le dis en français – et le président Macron, mais aussi l'Allemagne, ont pris des initiatives politiques pour essayer de favoriser un règlement pacifique de la crise. Toutefois, toutes ces initiatives ont été menées en cohérence avec les positions de l'Union et dans des conditions de grande transparence. Nous avons été informés en amont et en aval de ces initiatives. Je pense que, autour de l'Ukraine, il s'est bâti un climat de confiance entre les États membres à propos de la crise. Je crois que c'est la meilleure façon de répondre à l'agression russe.

Soyez donc tranquilles, Mesdames et Messieurs les Députés, les initiatives qui ont été prises ici et là par plusieurs États membres n'ont pas affaibli l'unité européenne. Au contraire, elles nous ont permis d'être plus actifs et de participer davantage aux démarches diplomatiques qui ont eu lieu.

Some other Members have been saying that we have been negotiating with Russia and asking if there have been any concessions. Certainly not. First, we haven't been negotiating with Russia so, if there is no negotiation, there are no concessions. We have just been answering letters in a very united way, and certainly my political director held talks with his Russian counterpart about the European situation in general in January. They discussed the political situation around the Ukrainian crisis, but I cannot consider that negotiations, so don't be worried about possible concessions from one side or the other.

There are many issues about the diversification of the energy supply, but I think the President of the Commission has given a very complete answer on all the work that she personally and my colleagues, Commissioners and myself have been doing with other suppliers of gas – Norway, Algeria, Azerbaijan, the US. We have also been talking with countries in the Pacific which can reroute some supplies of gas. This amount of work presents us with the advantage of being ready and able to face a crisis in an emergency.

What I want to stress is that, in the face of the Russian military threat, we believe that a diplomatic way out of the crisis that Russia has caused is still possible. This is our top priority and what we are investing all our efforts in. Let me stress that. We still believe that a diplomatic way out of the crisis is possible but, in parallel, we have accelerated the work on restrictive measures – that is what the Treaty calls it when we use sanctions (the word sanctions is not in the Treaty, just restrictive measures), including sectoral, financial and individual sanctions that would be adopted in close coordination with like-minded countries in Europe and across the Atlantic in case of military aggression. Be sure of that. And be sure also that, even if Moscow has deliberately been bypassing Europe in security discussions because President Putin profoundly disagrees with the values that we, the European Union, practice and defend. And this is a real problem. They disagree with our values and with our way of living, the European way of living. What do we represent? A combination of political freedom, economic prosperity and social cohesion. And this is why, since the beginning of the crisis, we have been expressing our principal positions about the main parameters that have defined European security architecture for the last 30 years.

But we have to think about what Russia is looking for. *Qu'est ce qu'elle veut, la Russie?* What does Russia want by creating this crisis? I think that they have several objectives. The first one is to return to the heart of the world game: to be recognised as an equal player with the US at a time when the US is turning towards Asia. To be again considered as a global player. I have to say that, from this point of view, Putin has had some success, because now everybody's talking with him. He has played in the centre of the political game.

The second purpose, linked to the first, is also intended to test the possibility of a decoupling between the United States and Europe, particularly after the American withdrawal from Afghanistan. In this respect, they should be quite disappointed, because our unity has been increased, not weakened.

Finally, he seeks to reconstitute the former Soviet sphere by raising fears about NATO enlargement. And it's true that the question of NATO enlargement plays an important role on the Russian psychology in its relationship to the West. But to try to reduce everything in this crisis to the question of NATO enlargement or to think that, once a possible guarantee of Ukraine's membership or non-membership of NATO could be obtained, this would solve everything and we would go back to normal, is illusory. It's illusory simply because, when you look at what is happening in Belarus (and no one has ever said that Belarus could join the European Union or NATO), we have been witnessing a real Russian stronghold on the country since Lukashenko was in trouble and played for his survival at the price of integration and even absorption into a greater Russia. So no, don't reduce that to NATO expansion.

The big problem is the fight between two different political and economic systems. What do we represent? Our values and their values, our way of living and their way of living. This is the real fight. It is not a fight between armies. It is a fight about ideas, which are sometimes much more important. Until now, nothing is played, nothing is won, but we have to keep vigilant. What we must avoid, basically, is a re-edition of the Crimea scheme, where we were quite surprised by the invasion and reacted with sanctions, but nothing more. Now we must show that any invasion of Ukraine, whatever form it takes, be it annexation of Donbas or isolated military incursions into the rest of Ukraine, would be prohibitively expensive for Russia and for its oligarchs. So the package of sanctions that we have been working on, that we have ready to implement, has to be strong and credible.

But at the same time, we must not close the door to a discussion. Even when discussing, we must apply the rules of social distancing. We must therefore combine firmness and determination with a willingness to engage in a dialogue as soon as Russia agrees to play the game of negotiation and to move away from the logic of ultimatum and military intimidation that it has been practising for several months now. Mr Lavrov has just declared that he's ready to continue discussions, so let's do it. Let's discuss seriously but without lowering our guard. I hope this debate will have marked this path.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Milan Brglez (S&D), pisno. – Evropska unija v očeh mnogih sprva pomeni ekonomsko integracijo, prosti pretok ljudi, storitev, blaga in kapitala. Evropska unija pa ni le to, vsebuje tudi področja, kot so zdravstvo, socialna varnost, varstvo okolja.

Ob vsem tem pa ne smemo pozabiti, da je bila prvotno Evropska unija projekt miru. Poglobljanje evropske ideje miru je ključni dejavnik, ki zapolnjuje in gladi rane, ki so jih povzročila desetletja oboroženih spopadov v prvi polovici dvajsetega stoletja, v katere so bile vpletene evropske države.

Ravno sedaj, v teh zahtevnih časih, v katerih živimo, se moramo predvsem kot evropski politiki spominjati na evropski projekt miru in ne smemo vnašati razdora v vsakodnevno življenje ljudi. Politika mora pokazati zrelost, jasnost in voljo za to, da se zgodovinska razhajanja ne obujajo ter ne vnašajo razdora med ljudi. Prav evropski politiki moramo biti tisti, ki zaradi dediščine evropske integracije nosimo posebno odgovornost za umirjanje novih napetosti ter vztrajamo pri mirnem reševanju sporov. Odgovor na rožljanje z orožjem ne sme biti grožnja s silo, temveč vabilo in zmožnost uvesti se za pogajalsko mizo. Nikoli ni in ne bo prepozno, da Evropska unija pokaže in dokaže, da sta mir in dobri sosedski odnosi nekaj, kar nosi v svojem jedru.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Rozmawiamy dzisiaj o zagrożeniu militarnym Ukrainy i ostatnich dyplomatycznych próbach złagodzenia napięć między Rosją a Zachodem w sprawie Ukrainy. Stoimy na skraju konfliktu, którego skalę i skutki trudno sobie wręcz wyobrazić. Armia rosyjska stoi na granicy z Ukrainą i czeka na rozkazy. Wcześniej Rosja pokazała, że nie cofnie się przed bezwzględny realizowaniem swoich interesów, tak jak w Gruzji w 2008 roku czy na Krymie w 2014. Zachód patrzył, protestował, ale zamiast skutecznie zatrzymać rosyjskiego agresora i zapobiec kolejnym konfliktom, robił i robi z Putinem interesy.

Nawet dzisiaj zamiast ostatecznie zamknąć projekt rurociągu Nord Stream 2, strona niemiecka rozważa co najwyżej zawieszenie uruchomienia tego projektu – groźnej inwestycji, która nigdy nie powinna powstać. Rosja bezwzględnie wykorzystuje tę słabość Europy Zachodniej, to jest element wojny ekonomicznej, czego Europa nie chce zauważyć. W 2008 roku ostrzegał przed tym prezydent Lech Kaczyński w Tbilisi, mówiąc, „że dziś Gruzja, jutro Ukraina, pojutrze państwa bałtyckie, a później może i czas na mój kraj, na Polskę”. Europa zdawała się być głucha na te słowa. Najwyższy już czas, by potraktować te słowa poważnie, zaś rosyjskiemu agresorowi dać odpór adekwatnie do jego działań, zamiast robić z nim interesy i uzależniać się jeszcze bardziej od jego dyktatu.

Łukasz Kohut (S&D), *na piśmie*. – Rosja udowodniła po raz kolejny, że nie ma takiej granicy, której nie jest w stanie przekroczyć. Po raz kolejny przekroczyli granicę człowieczeństwa. Po Czecheni, po Gruzji bestialsko najechali na Ukrainę. Naszą siłą europejską są nasze wartości, ale mają one wartość tylko wtedy, gdy są chronione. Inaczej nic nie znaczą. Właśnie ich obrona jest sposobem na postawienie czoła temu barbarzyństwu, które dzieje się na naszych oczach. Jeśli nasze, europejskie działania nie będą spójne, zdecydowane, to Europa zjednoczona i różnorodna upadnie. Dziś granice Europy się przesunęły. One są tam w Kramatorsku, one są pod Charkowem, na Donbasie. One są tam dlatego, że są tam ludzie – Ukraińcy i Ukrainki, którzy wyznają takie same wartości jak my i ich bronią. Należy im się najwyższy szacunek. Zrobmy wszystko co w naszej mocy, aby im pomóc.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Kryzys wywołany działaniami Rosji wobec Ukrainy stanowi poważne wyzwanie dla bezpieczeństwa europejskiego. Wyrażamy głębokie zaniepokojenie z powodu rosnącej koncentracji wojskowej Rosji wzdłuż granic z Ukrainą, w tym dalszego przemieszczania wojsk, rozmieszczania ciężkiego sprzętu i broni ofensywnej oraz kolejnych ćwiczeń wojskowych na Białorusi. Moskwa nie wykazała dotychczas woli deeskalacji pomimo wysiłków społeczności międzynarodowej, w tym Polski, zmierzających do politycznego unormowania sytuacji.

W tej sytuacji należy skoncentrować się na wykorzystaniu dyplomatycznych instrumentów rozwiązywania kryzysu. OBWE jest właściwym forum do prowadzenia dialogu z Rosją, dlatego Polska, która przewodniczy obecnie OBWE, zainicjowała Odnowiony Dialog nt. Bezpieczeństwa Europejskiego, natomiast niektóre państwa zachodnie gotowe są w relacjach bilateralnych z Rosją pójść na ustępstwa i dobijać targu nad głowami Europy Środkowo-Wschodniej. To niedopuszczalne. Trzeba skoordynować działania państw członkowskich UE w celu wsparcia naszych działań na forum OBWE. Działania te powinny być spójne i ściśle koordynowane z działaniami NATO. Nie możemy czekać bezczynnie na kolejne działania Moskwy. Konieczne jest podjęcie szybkich działań na rzecz wsparcia Ukrainy.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – În ultimele săptămâni, tensiunile din Ucraina au generat un val de instabilitate în Europa cu riscuri importante asupra societăților și economiilor din regiune. Situația actuală din zona Mării Negre necesită un răspuns adecvat și comun din partea Uniunii Europene în ceea ce privește acțiunile de apărare și securitate, dar și în desfășurarea unui regim eficient de sancțiuni și de protejare a potențialilor refugiați.

Sunt zeci de mii de cetățeni din Uniunea Europeană sau care aparțin unor comunități etnice istorice ale unor state din UE care trăiesc în Ucraina, pe care avem datoria legală și morală să îi protejăm. Este cazul și cetățenilor români sau de etnie română din Ucraina. Trebuie să fim pregătiți pentru orice scenariu, să le oferim mecanisme de protecție și de sprijin adecvate. Siguranța cetățenilor europeni și a reprezentanților minorităților naționale europene din Ucraina trebuie să fie, în acest moment, o prioritate comună la nivelul UE.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Rosyjska agresja na Ukrainie trwa nieprzerwanie od kilku lat, począwszy od nielegalnej aneksji Krymu w 2014 roku poprzez ingerencję sił dowodzonych przez Rosję na Donbasie. Celowe działania wymierzone przez Rosję i mające na celu destabilizację Ukrainy zostały systematyczne i dokładnie zaplanowane. Od kilku tygodni świat obiegają informacje o gromadzeniu wojsk przez Rosję na granicy z Ukrainą. Wojskowych, sprzętu wojskowego i żołnierzy stale przybywa, a Rosja rozpoczyna prowokację, ostrzeliwując gospodarstwa domowe, szkołę i czyni przygotowania do wszczęcia wojny. Putin szuka pretekstu do inwazji i, jak donosi amerykański wywiad, rozważa nawet upozorowanie ludobójstwa, które posłużyłoby jako pretekst do wtargnięcia na Ukrainę. Kreml bardzo uważnie obserwuje reakcję Zachodu i bada, na ile może sobie pozwolić, dlatego chcę wyraźnie zaznaczyć, że nie damy się oszukać. Agresorem jest Rosja, która chce rozpocząć wojnę z pokojowym, suwerennym i niezależnym krajem – Ukrainą. W przypadku ingerencji będziemy reagować stanowczo i natychmiastowo. Nie pozwolimy na przelewanie krwi niewinnych ludzi.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Ukrainan kriisi on jäänyt konflikti, joka on kärjistynyt. Jokaisella maalla on oikeus itsenäisyyteen ja omien turvallisuusratkaisujensa valintaan ilman ulkopuolista painostusta tai etupiirijättelua. Tämä oikeus on luonnollisesti myös Ukrainalla, jonka koskemattomuutta puolustamme täysin voimin. EU on ollut harvinaisen yhtenäinen ja yksisanainen tämän viestimisessä Venäjälle yhdessä Naton kanssa. Olemme myös valmiita nopeastikin laajentamaan taloudellisten pakotteiden keinovalikoimaa, mikäli Ukrainaan hyökkätsi. On selvää, että kaikkien osapuolten intressissä on eskaloitumisen välttäminen. Venäjän kanssa on pystyttävä pitämään neuvotteluyhteys ja jopa ymmärtämään sen prioriteetteja, vaikkemme niitä hyväksykään. Kriisin ratkaisu vaatii ennen kaikkea laajempaa kansainvälistä koordinoitua yhteistoimintaa, jolla puolustetaan kansainvälisiä monenkeskisiä sopimuksia ja niiden noudattamiseen perustuvaa maailmanjärjestystä. Keskustelut, vaikkakin kiihtyvät sellaiset, on käytävä rationaalisesti Venäjän kanssa. On kyettävä välttämään provosoitumista, sillä pelotteluun ja uhkailuun reagoiminen pelaa helposti vastapuolen pussiin. Tärkeintä on Euroopan mantereen tilanteen vakauttaminen, rauhan ja toimivien yhteistyösuhteiden aikaansaaminen sotaan eskaloituvan aseellisen kriisin sijasta. Interventiot ovat aina helpompia aloittaa kuin lopettaa.

Christine Schneider (PPE), schriftlich. – Wir müssen alles für den Erhalt des Friedens tun. Die territoriale Integrität der Ukraine muss bestehen bleiben. Leider haben die Aufrufe nach konkreten Deeskalationsschritten nichts erreicht. Und es gibt noch keine Anzeichen für eine Reduzierung von russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine. Ich hoffe, dass wir im Dialog eine Lösung finden werden.

Mihai Tudose (S&D), în scris. – Condamnăm, cerem, propunem: de luni de zile, din acest for și din cancelariile europene se revarsă o vehementă legitimitate și inițiative de pacificare, în fața amenințării militare din Est. Ne ascultă cineva sau funcționăm cu circuit închis, fără ecou în realitatea învecinată?

Care problemă este mai gravă: a Rusiei, că vrea să își refacă sfera de influență din epoca sovietică, sau a Europei, prinsă iarăși nepregătită? Intențiile Rusiei sunt clare de mult. De aceea, este cazul să trecem de la indignare la mobilizare. Pentru asta trebuie să devenim pro-activi din reactivi. Sigur, nu este deloc simplu când și reacția credibilă într-o situație limită pare să fie un efort colosal pentru cei care s-au complăcut, atâta timp, în letargia mercantilă.

Vom discuta curând despre sancțiuni internaționale și, ca de obicei, de la anexarea Crimeii până acum, se vor adopta regimuri de restricții având la bază cel mai mic numitor comun, din cauza amenințării veto-ului vreunui stat membru. Impactul este previzibil. Criza actuală din Ucraina ar trebui să ne oblige să trecem de la regula unanimității în adoptarea deciziilor de politică externă la sistemul majorității calificate. Ar fi un prim semnal, la nivelul Consiliului, că UE vrea să conteze în ecuația internațională.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Venäjän yhä uhkaavammaksi käynyt toiminta Ukrainan rajoilla on viime viikoina oleellisesti heikentänyt Euroopan turvallisuustilannetta ja koko kansainvälistä sääntöpohjaista järjestystä. Lähes 150 000 sotilaan ryhmittäminen maan rajoille ja Minskin sopimuksen toistuva rikkominen on aiheuttanut tilanteen, jossa Euroopassa joudutaan varautumaan sotaan. Kun aggressiivinen entinen suurvalta uhkaa tällä tavalla pienempää demokratiaa voimankäytöllä ja rajojen uudelleenpiirtämisellä aivan naapurissamme, ei EU saa jäädä toimettomaksi. On erinomainen asia, että EU on nyt valmis tukemaan Ukrainaa 1,2 miljardin euron arvoisella makrotaloudellisella rahoitusavulla. Mutta tuki ei saa jäädä tähän. Ukrainalle on annettava myös materiaalista tukea puolustuskäytönsä vahvistamiseksi, ja Venäjälle on tehtävä selväksi, että Ukrainan suvereniteetin ja alueellisen koskemattomuuden loukkaamisella on korkea hinta. EU:n on oltava valmis asettamaan laajoja pakotteita, mikäli Venäjä päättää eskaloida tilannetta entisestään. Vahva reaktio Euroopalta olisi nyt tärkeää sodan uhan välttämiseksi. Jakautunut Eurooppa ja puolivillaiset reaktiot sen sijaan vain kannustaisivat Venäjää jatkamaan kansainvälisen oikeuden vastaista toimintaansa. Päätäväisyys on nyt parasta rauhantyytiä.

Iuliu Winkler (PPE), írásban. – Az ukrán határon továbbra is feszült a helyzet. Nem ukrán válsággal állunk szemben, hanem európai válsággal. Az európai építkezés alapja a béke, amely most veszélyben van. Üdvözlöm a válságra adott egységes európai választ. Úgy vélem, hogy a diplomáciai megoldásokhoz sosem késő; a párbeszéd a légkör de-eszkálálásának módja. Az EPP képviselőcsoport határozottan támogatja az egyes államok szuverén szabadságát, hogy saját maguk határozzák meg jövőjüket és útjukat. Szolidárisak vagyunk Ukrajnával.

Továbbra is elköteleztettek vagyunk amellett, hogy a rólunk szóló tárgyalások nem történhetnek nélkülünk. Az orosz fellépés költségeinek növelése érdekében az EU-nak gazdasági intézkedéseket és szankciókat kell találnia, amelyekkel minden tagállam egyetért. Üdvözlöm az Európai Parlamentben megszavazott határozatot, amely szerint 1,2 milliárd eurós támogatást nyújtunk Ukrajnának. Románia közelebb áll ehhez a konfliktushoz, mint más uniós országok. Fontos, hogy élvezzük a NATO biztonsági ernyőjének előnyeit, az USA-val való stratégiai partnerséget és az uniós szolidaritást. Egyetlen romániai állampolgárnak sem kell félnie.

Készek vagyunk tiszteletben tartani nemzetközi kötelezettségvállalásainkat, és minden lehetséges forgatókönyv esetén részt venni a közös európai válaszlépések végrehajtásában. Remélem, hogy a diplomáciai megoldás bizonyul a járható útnak.

Anna Zalewska (ECR), na piśmie. – Mówią dziś Państwo o „możliwym konflikcie na Ukrainie”. Ten konflikt jest, trwa od 8 lat i pochłania kolejne niewinne ofiary. Znaczna część Europy jednak udaje, że tego nie widzi. Od ataku na Gruzję w 2008 r. obserwujemy przybierającą na sile imperialistyczną politykę putinowskiej Rosji. „Świetnie wiemy, że dziś Gruzja, jutro Ukraina, pojutrze państwa bałtyckie, a później może i czas na mój kraj, na Polskę!” – ostrzegał w Tbilisi podczas inwazji na Gruzję śp. Lech Kaczyński, ówczesny Prezydent RP. Dzięki stanowczej reakcji państw Europy Środkowo-Wschodniej udało się powstrzymać rozlew krwi na Kaukazie.

Spokój nie trwał jednak długo, w 2014 r. Rosja posunęła się o krok dalej, wywołując konflikt zbrojny na Ukrainie, który trwa do dziś! Wówczas stanowczej reakcji przywódców Zachodu zabrakło. Ba! Aneksja Krymu i wojna w Donbasie, która pozbawiła życia kilka tysięcy obywateli, nie przeszkodziła w budowie niemiecko-rosyjskiego gazociągu NordStream 2 (omijającego nie tylko Ukrainę), skazując ją na rosyjski szantaż gazowy. Tak wygląda europejska solidarność w praktyce.

Nie zatrzymamy Putina, wysyłając mu kolejne miliardy euro na zbrojenie się przeciwko nam i naszym sojusznikom! Wsłuchajmy się dziś raz jeszcze w słowa prezydenta Kaczyńskiego, który, jak mało kto, zdawał sobie sprawę z tego, z jak nieprzewidywalnym i bezwzględny przeciwnikiem mamy do czynienia. Wspierajmy Ukrainę, bądźmy razem, bądźmy solidarni i stanowczy!

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. – A União Europeia (UE) é uma parceria para a paz e para o desenvolvimento, baseada nos valores e nos princípios da liberdade, da democracia e do Estado de Direito. São esses também os valores e os princípios que devem nortear as suas relações internacionais.

Nas suas relações com a Rússia tem que ser expressiva e concreta na defesa da soberania da Ucrânia e da sua integridade territorial. As ameaças e as movimentações militares agressivas da Rússia junto da fronteira ucraniana são inadmissíveis. Para além do impacto direto na segurança da Ucrânia e de todo o continente, o comportamento político e militar da Rússia tem consequências graves para a democracia, o desenvolvimento e a prosperidade económica e social, pelo que a UE deve estar preparada para aplicar sanções se se revelarem necessárias.

Os esforços diplomáticos devem prosseguir ao mais alto nível para assegurar a redução da tensão, e exigindo-se uma forte coordenação da diplomacia e da aplicação da Política Comum de Segurança e Defesa, em articulação de esforços com outros parceiros relevantes. Em última análise compete aos ucranianos decidir sobre o seu futuro. A UE deve contribuir com todas as suas capacidades para que isso possa suceder.

(Istunto keskeytettiin klo 13.05)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente***7. Wiederaufnahme der Sitzung***(A sessão é retomada às 15h04.)***8. Eine Jugend, ein Europa (Aussprache über ein aktuelles Thema)**

Presidente. – O ponto seguinte da nossa ordem do dia é o debate de atualidade, ao abrigo do artigo 162.º do Regimento, sobre o tema «Uma juventude, uma Europa» (2022/2534(RSP)).

Quero recordar aos Senhores Deputados que em todos os debates deste período de sessões não haverá o procedimento «catch the eye» nem perguntas ao abrigo do cartão azul. Além disso, estão previstas também intervenções a distância a partir dos gabinetes de ligação do Parlamento Europeu nos Estados-Membros.

Gostaria ainda de recordar que as intervenções no Hemiciclo continuarão a ser feitas a partir da tribuna central e, portanto, convido os Senhores Deputados a acompanharem a lista de oradores e a aproximarem-se da tribuna no momento oportuno.

Dragoș Pîslaru, author. – Mr President, I have a question for you, for the distinguished Commissioner, for the Presidency and for all of you who are listening in the room. Do you remember the feeling that you experienced the most when you were 18 years old? It's a good question, right? Some may say it's a question about a feeling of joy, or curiosity or wonder: in our romantic depiction of our younger times we were convinced that we were at the top of our world. But I remember, at the same time when I was 18, that it was about some degree of insecurity related to my looks, about girls – and why not music and sports? Very interesting. But do you remember – all of you remember that? But how many of you are remembering the anxiety of that age? How many of you remember the doubts about what follows after your studies? The questions, the uncertainty. Do you remember how, in some of the most vulnerable years of your life, you had the toughest decisions ahead of you: to work and study hard, to compete without pause, to get where you are now? And for any young person, in any period, anxiety, doubts and questions will be constant companions at their start of life. And that's probably one of the most critical parts of the life in order to fulfil the personality.

And the European Year of Youth that we are celebrating in 2022 is indeed, for the majority of young Europeans, not necessarily a moment of celebration – on the contrary, it is a moment of agonising contemplation of vanishing possibilities. And that's really serious.

This is why Renew Europe has decided to make this topic of youth the main proposal for this plenary, for this particular session. This is why we have just voted – and thank you very much for the resolution empowering European youth. And that's very important, because young people are on the fault line between the digital / green revolutions. They are subject directly to technological change, to social vulnerability, to worrying demographic evolutions, and also to education systems that have not changed for decades.

And also because our youth has lost two precious years to COVID, so we think that they deserve more. This is why Renew Europe has adopted today a pledge for all young Europeans, and this is why we will launch the 'One Youth, One Europe' call for action, requesting concrete actions that will have a real impact, besides all the plans we have put in the resolution that will be voted on today.

In the resolution, we call for a common European legislation for internships that you are very well aware of, ensuring that they are paid and that no young person in Europe is exploited any more in fake traineeships or internships. We call as well, in our call for action, for the reinforcement or refurbishment or reimagining of the European Youth one-stop Portal, providing quick and easy access for all EU level-solutions, funding and opportunities at one click away.

We call for the creation of a single European mental health hotline and a European mental health support network. This is one of the critical issues that you will find in any discussions that you have with young people today. This would be providing free online resources and mental health consultations to any youth in need at European level through coordination.

We call for the creation of a real European civic service in order to simplify and diversify the opportunities for civic engagement. We call for a European culture pass that can give free access to young people; a European Youth Mobility Card to host both facilities of the Interrail pass and the free public transportation in EU capitals; a European study loan for equal opportunities; and a European Youth Office for Coordination.

This is what I hope to hear in today's debate: opportunities, access to solutions, certainty and understanding. This is not business as usual, dear colleagues, this is our opportunity to leave a legacy of access and opportunities for one youth, for one Europe.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, Monsieur le Député Pîslaru, merci d'avoir pris cette initiative, qui intervient d'ailleurs après un débat, il y a quelques semaines, qui touchait déjà aux questions de jeunesse et au sort des jeunes, encore difficile aujourd'hui en Europe – vous l'avez rappelé – après ces deux ans de crise sanitaire. Je sais que vous êtes engagé, avec votre groupe, pour porter ces questions.

Je tiens aussi à vous remercier d'avoir formulé ainsi ce sujet et ce débat, «Une jeunesse, une Europe», car cela montre, au-delà de réalités parfois très différentes entre les jeunes, l'unité que nous devons essayer de poursuivre pour cette politique prioritaire. L'année 2022 est l'année européenne de la jeunesse; nous devons donner corps à cette idée en reconnaissant ses difficultés et en avançant. Le Conseil a évidemment à cet égard une responsabilité.

Je veux rappeler que la France, pour la présidence semestrielle du Conseil, a choisi de porter trois grands axes de priorités. Je ne reviendrai pas en détail là-dessus – le président de la République les a présentés devant votre Parlement il y a quelques semaines –, mais l'un de ces axes porte sur une Europe humaine, notamment sur l'idée de développer un sentiment d'appartenance et de répondre aux préoccupations des jeunes. La jeunesse n'est pas une politique sectorielle; elle doit être transversale dans l'action que nous menons au niveau européen. Je ne ferai cet après-midi que rappeler quelques axes d'action que nous défendons.

D'abord, au sein de la conférence sur l'avenir de l'Europe, la jeunesse occupe une part très importante. Nous devons l'écouter et, surtout, donner corps ensuite à ces réformes, car c'est également pour la nouvelle génération que nous faisons cela. Nous savons aussi que nous devons tenir compte, dans cette jeunesse européenne, des différences de situations, qui ne sont pas les mêmes selon que l'on est dans un milieu rural ou urbain, d'un pays à l'autre et d'un milieu social à l'autre.

Plusieurs programmes sont au cœur de notre programmation budgétaire – le Parlement européen les avait beaucoup défendus ces derniers mois. Je pense évidemment au programme Erasmus+, dont nous fêtons les 35 ans cette année et dont le budget a été très significativement accru pour la période 2021-2027. Je pense aussi au corps européen de solidarité. Vous l'avez soutenu et je vous en remercie, Monsieur le Député. C'est une proposition qui doit encore faire son chemin. Le président de la République a avancé l'idée d'avoir – peu importe l'appellation, in fine – un service civique européen, un engagement ouvert à tous les jeunes pour six mois ou un an, en s'appuyant sur les programmes existants, en particulier Erasmus et le corps européen de solidarité. Nous devrions, au sein du panel qui se réunira fin février à Dublin dans le cadre de la conférence sur l'avenir de l'Europe, approfondir un certain nombre de ces idées ou de ces propositions.

Je veux souligner aussi que le trio de présidences, au-delà du semestre que la France a l'honneur en ce moment de présider, a lancé la mise en œuvre du neuvième cycle de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la jeunesse, qui se concentre sur l'objectif d'une Europe plus inclusive (objectif 3) et l'objectif d'une Europe verte et durable (objectif 10). Nous coopérons avec l'ensemble des États membres pour assurer la pérennité des actions de ce cycle.

Je veux donc vous dire notre engagement pour écouter vos propositions et ce qui émergera des débats de cet après-midi, et amplifier encore notre action en faveur de la jeunesse. Je remercie pour conclure la Commission européenne, cher Monsieur le Vice-Président, pour son engagement dans les propositions législatives et budgétaires des derniers mois, qui se prolongent cette année, en attendant en particulier la proposition sur le programme ALMA.

Margaritis Schinas, *vice-président de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, Mesdames et Messieurs les députés, cette année, nous célébrons la jeunesse européenne. C'est une occasion magnifique, parce que cette année européenne de la jeunesse marque aussi le trente-cinquième anniversaire d'Erasmus +, le programme le plus emblématique de mobilité, le joyau de la couronne européenne.

Depuis 1987, Erasmus + et les programmes qui l'ont précédé ont offert la possibilité à presque 13 millions de jeunes européens – des étudiants – de voyager, d'apprendre, de se former et de s'engager dans des actions de volontariat partout en Europe et au-delà de l'Europe.

Nous sommes vraiment très fiers – je pense que nous devons être collectivement fiers – parce que, dans le nouveau budget communautaire pour les sept années à venir, nous avons tous ensemble réussi à presque doubler les ressources pour Erasmus + et à convertir ce programme en un programme plus inclusif, plus vert et plus ambitieux.

Mr President, honourable Members, civic engagement and participation of young Europeans is a key objective of this European Year of Youth.

It is not the European Union that will be doing things for young Europeans, it's the young Europeans that have to engage within the European Union structure and procedures and tell us what they want to do, where they want to go next. And that's why, within Erasmus+ this year, we will finance very aggressively at least 500 projects that would provide opportunities for civic engagement, intercultural learning and youth participation.

This European Year of Youth is also a great opportunity to co-create, with youth organisations and youth associations, what we want to achieve together as Europeans. We have invited more than 150 youth organisations from all backgrounds to take part in the stakeholder group so that we are involving them in the success story.

And the same goes for this House. We are closely working with the European Parliament to make this year an inter-institutional success story. Many of the initiatives that we will be rolling out have been conceived together with your representatives to have a lifespan that goes well beyond the end of 2022.

And as the Minister just said, we are determined to open up youth policy as a horizontal objective. We do not see youth policy as a deep and narrow technical policy area. Each member of the College of Commissioners will invite young people to the Berlaymont to engage in policy debates in the course of this year, and we will ask them to express views, raise questions, share ideas and suggestions in the areas that each member of the College is responsible for. And the scope of this year will thus permeate the borders of portfolios and Directorates-General, and specialists, and open up to a real political debate.

Inclusion will be a top priority in this context, and I'm very happy that organisations such as the European Disability Forum, the European Rural Youth Organisation, the European Union of Jewish Students are all part of the stakeholder groups on the year. And we will do the same with youth, and youth will feature prominently in the agenda of major events on inclusion, such as the European Summit Against Racism that is scheduled for 19 March.

And inclusion will also be at the heart of the new Commission initiative «Aim, Learn, Master, Achieve» (ALMA), which will be implemented in the context of the European Social Fund Plus. ALMA will be the Erasmus of the disadvantaged young Europeans, those aged 18 to 30, who do not have the opportunity to be in active engagement, in active training. And these are the people that we want to put at the forefront by supporting their participation in the work-related learning experience in another country and offering them coaching before, during and after their stay abroad.

Mental health is another priority for young people. We will set up an expert group to support learning environments and wellbeing at school, and we will also address mental health for young Europeans under the pathways to success at school and healthy lifestyle for all initiatives. Projects implemented by the EU Council of Europe Youth Partnership also will be crucial to address this issue.

And, we all know it, the COVID crisis hit hard on youth employment. That's why we want to reinforce the Youth Guarantee. Member States committed to ensuring that all young people under the age of 30 receive a good-quality offer of employment, continued education, apprenticeship or traineeship within a period of four months of becoming unemployed or leaving education. This is a great European initiative, and we are determined to make it a success.

Member States now need to implement it fully and particularly address the challenges of reaching out to the most vulnerable groups. Our young people need quality job and quality learning opportunities, adapted to the societies of today and tomorrow. They need green, digital and entrepreneurial skills to be able to contribute fully to the development of our societies, and we will help them. The stakeholder alliances under the European Alliance for Apprenticeships, since its renewal in the July 2020, have now around 160 000 apprenticeship places pledged by 41 new members, and that's a very encouraging beginning.

Honourable Members, young Europeans missed many opportunities during these nightmarish two years. They missed opportunities for mobility, opportunities for education, opportunities for employment. We owe them and we are determined to pay them back.

Tomasz Frankowski, w imieniu grupy PPE. – Szanowny Panie Przewodniczący! Szanowny Panie Ministrze! Młodzież jest centrum dzisiejszej debaty i w centrum prac Parlamentu Europejskiego. To młodzież stanowi przyszłość Europy. To młodzież jest naszą nadzieją. Dlatego dobrze się stało, że udało nam się ustanowić rok 2022 Europejskim Rokiem Młodzieży, aby zwrócić uwagę na rolę, jaką odgrywa ona w budowaniu lepszej przyszłości – bardziej ekologicznej, sprzyjającej włączeniu społecznemu i cyfrowemu. Cieszy, że podczas Europejskiego Roku Młodzieży będzie wiele możliwości uczenia się, dzielenia się swoją wizją, spotykania się z ludźmi i angażowania w działania w całej Europie. To czas, by z zaufaniem i nadzieją pomyśleć o przyszłości po zakończeniu pandemii. Co więcej, Konferencja w sprawie przyszłości Europy również stawia na młodzież i daje jej możliwość podzielenia się swoją wizją.

Dzisiaj na sesji plenarnej głosujemy nad rezolucją dotyczącą młodych ludzi oraz z ich kompetencji w zakresie zatrudnienia i spraw społecznych. W tej rezolucji wzywamy do większego włączenia partnerów społecznych i organizacji młodzieżowych oraz do konsultacji z nimi w zakresie wdrażania Europejskiej gwarancji na rzecz młodzieży. Musimy w pełni wykorzystać możliwości oferowane przez istniejące inicjatywy takie jak Erasmus+ oraz fundusze na rzecz wspierania zatrudnienia i sytuacji społecznej młodych ludzi. Kwestia zdrowia psychicznego, wzmocnienie środków w zakresie kształcenia, szkolenia i umiejętności oraz zapewnienie równych szans i dostępu do rynków pracy sprzyjających integracji są kluczowe, by budować przyszłość młodych ludzi.

Droga młodzieży, to jest wasz rok. Dlatego bądźcie najlepszymi ambasadorami tego roku oraz wspólnej przyszłości Europy.

Heléne Fritzon, för S&D-gruppen. – Herr talman! Herr kommissionär! Pandemin har varit en särskilt svår tid för barn och unga. Många drömmar har fått stå tillbaka. Många har förlorat sina jobb, andra har fått se sina möjligheter till studier eller resor inställda, och särskilt drabbade är de barn och unga som kommer från redan utsatta miljöer med svagare socialt skyddsnät.

Våra barn och unga, det är ju vår framtid, och vår framtid bestäms ju i hög grad av vad vi gör här och nu. Mer än någonsin måste vi lyssna på våra ungdomar, men vi måste också agera. Inrättandet av det europeiska ungdomsåret är därför mycket, mycket positivt. Det sätter press på oss att arbeta mer målmedvetet för ett Europa för unga, och som ett led i att kunna forma sina egna liv och ha inflytande över samhällsutvecklingen måste vi också prioritera levnadsvillkor.

Vi i den socialdemokratiska gruppen vill skapa fler jobb med goda villkor och anständiga löner. Vi vill säkerställa en utbildning av hög kvalitet med skälig ersättning för praktik och lärlingsutbildning. Vi vill sätta stopp för obetald praktik.

Ja, det finns saker som vi kan göra. Det finns saker vi borde göra. Och så finns det saker vi måste göra för att vi ska kunna se oss själva i spegeln. Jag vill att unga människor i vårt EU ska kunna få drömma och framför allt kunna få förverkliga sina drömmar.

Laurence Farreng, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, Monsieur le Secrétaire d'État, chers collègues, notre groupe Renew Europe appelle à l'action pour tous les jeunes européens. Leur niveau de chômage et de pauvreté, toujours trop élevé, n'est plus acceptable. Oui, la pandémie les a durement frappés et a creusé les inégalités. Maintenant, nous devons agir, et mon groupe demande des mesures fortes, immédiates.

Nous voulons en priorité la création d'une plateforme numérique européenne, sur le modèle du succès français «Un jeune, une solution», pour rendre accessibles les offres de formation, d'emploi, de volontariat et d'accès à la culture, et pour informer tous les jeunes sur leurs droits. L'Europe offre des solutions et doit le faire savoir.

Nous voulons aussi mettre un terme aux stages non rémunérés, ou même mal rémunérés. L'accès aux stages ne doit pas être réservé à ceux qui en ont les moyens.

Nous voulons nous attaquer au vaste problème de la santé mentale des jeunes à l'échelle européenne. L'isolement social dû à la pandémie a pesé lourd, et les situations de détresse doivent être une priorité pour nos politiques publiques.

Il faut, dans le même temps, répondre aux grands défis démocratiques auxquels nous faisons face. Les jeunes européens sont engagés, mais ne se sentent pas assez représentés. Les chiffres le montrent: leur attachement au système démocratique faiblit, et c'est très alarmant. Le paradoxe est que les jeunes européens sont fortement mobilisés sur les grands défis. La lutte contre le changement climatique, contre les inégalités et contre les discriminations est au cœur de leurs préoccupations. Pourtant, ils votent de moins en moins. Il faut renouer le dialogue, les réimpliquer dans le débat public et, pour cela, inventer des solutions innovantes. Je pense à la citoyenneté européenne, que nous voulons promouvoir, avec, notamment, l'idée du service civique européen.

J'ai rencontré la semaine dernière de jeunes artistes européens réunis au sein de l'EuroFabrique et j'ai été frappée par leur vision pessimiste du monde – pessimiste, mais pas résignée. Un jeune italien à qui je demandais comment il voyait le futur m'a répondu: «Il n'y a pas de futur, il n'y a que le présent, et l'utopie.» Je crois que notre défi est que cette utopie devienne un futur possible et envisageable.

Je suis fière, en tant que coordinatrice du groupe de réflexion «Jeunesse» du groupe Renew, avec mon collègue Dragoș Pislaru et avec le président, Stéphane Séjourné, que nous ayons ce débat. Nous avons voté en décembre dernier le cadre juridique sur l'année européenne de la jeunesse. Il faut désormais traduire les paroles en actes, et c'est ce que nous, députés du groupe Renew Europe, nous engageons à faire pour cette année et pour le long terme.

Salima Yenbou, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, Monsieur le Secrétaire d'État, l'année européenne de la jeunesse est censée être une année inclusive, qui ne se contente pas de célébrer les jeunes, mais qui nécessite leur contribution active.

Après deux années de sacrifices et de difficultés liés à la pandémie, je me réjouis que nos jeunes regardent maintenant, pleins d'espoir, vers l'Union européenne. Ils lui confient leurs besoins économiques et sociaux; ils lui confient leur bien-être mental; ils lui confient leur avenir.

En principe, je préfère parler des jeunes de l'Europe – au pluriel – car la vie quotidienne d'un jeune dans une grande capitale n'est pas la même que celle d'un jeune dans les banlieues ou dans les zones rurales. La résolution que nous votons aujourd'hui nous permettrait de rétablir une forme d'équité entre ces jeunes, de niveler les différences et les obstacles auxquels elles sont confrontées, et de lutter contre l'exclusion, la discrimination et l'aliénation des jeunes.

Ces jeunes forment la jeunesse, justement, lorsqu'ils nous demandent d'interdire les stages non rémunérés, car ils savent tous qu'on ne paie pas un loyer avec l'expérience et que l'on n'évite pas d'être une charge financière pour sa famille avec un environnement de travail stimulant. Ils savent tous qu'un avenir professionnel satisfaisant ne doit pas être un privilège réservé à ceux qui en ont les moyens.

Aujourd'hui, nous avons l'occasion de voter en faveur d'un cadre juridique commun pour une interdiction effective et contraignante des stages non rémunérés, qu'ils soient liés ou non à l'obtention de qualifications scolaires.

Nous ne devons pas décevoir notre jeunesse – ou nos jeunes. Nous leur avons promis de les écouter, nous leur avons promis une plateforme et nous leur avons promis que, si elles le demandaient, nous agirions. Ce sont eux et elles qui subiront les conséquences de notre échec. À ces jeunes, nous devons maintenant montrer qu'elles font partie d'une seule Europe.

Guido Reil, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2022 ist das Europäische Jahr der Jugend. Das ist gut so, denn unsere Jugend ist unsere Zukunft.

Aber wie ist es bestellt um unsere Jugend? Seit vielen Jahren kriegten wir die grassierende Jugendarbeitslosigkeit nicht in den Griff – teilweise über 40 Prozent. Im vermeintlich reichen Deutschland gibt es tatsächlich sehr wenige arbeitslose Jugendliche, dafür viele arbeitende Jugendliche, die als arm gelten – in diesem vermeintlich reichen Land. In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der arbeitenden Jugendlichen, die als arm gelten, in Deutschland verdoppelt. Außerdem hat die EU mit dem Wiederaufbaufonds zukünftigen Generationen einen billionenschweren Schuldenberg aufgeladen.

Das alles sind echte Gründe, um Angst zu haben. Unsere Jugend hat tatsächlich Angst, aber nicht vor diesen realen Problemen, die ich angesprochen habe, sondern vor einem anderen Problem: Unsere Jugend hat Angst vor dem Klimawandel. Und das ist zu verstehen, immerhin haben wir den Klimanotstand ausgerufen. Das klingt bedrohlich. Es gibt tatsächlich Jugendliche, die glauben, sie bräuchten nicht mehr zu lernen, weil sie bald sterben. Dieser Irrsinn ist in den Köpfen einiger Jugendlicher. Sie haben Angst, in Zukunft oder bald zu sterben wegen des Klimawandels. Das ist Irrsinn. Und Schuld an diesem Irrsinn ist die Klimapolitik der EU. Hier wird in unverantwortlicher Art und Weise Angst und Panik geschürt.

Und es soll noch weitergehen: Die Kommission hat jetzt vor, die ökologische Nachhaltigkeit zum Kernthema der allgemeinen Bildung zu machen – die ökologische Nachhaltigkeit. Was wir brauchen, ist eine Bildung ohne Ideologie. Und was wir brauchen, ist eine Zukunft für unsere Jugend ohne Schulden. Was wir brauchen, ist eine Zukunft mit weniger EU und mit mehr Freiheit.

Dace Melbārde, ECR grupas vārdā. – Godātais sēdes vadītāj! 2022. gads kā Eiropas Jaunatnes gads nešaubīgi ir laba iespēja pašiem jauniešiem aktualizēt savas problēmas un uzņemties lielāku atbildību par šo problēmu un iniciatīvu īstenošanu. Bet mums ir jāsaprot, ka ir svarīga līdzdalības kvalitāte. Un kvalitāte nerodas tukšā vietā. Tāpēc mums ir jādomā, kā jauniešu līdzdalības stimulēšanu savienot ar mērķtiecīgu atbalstu, ar mērķtiecīgām apmācības programmām. Ir svarīgi, ka Eiropas Savienība stimulē jauniešu līderības un pilsoniskās izglītības programmas.

Otrs aspekts, kas jāatzīmē, ir, ka termins "jaunietis" ir ļoti ietilpstošs, un ir ļoti labi, ka mēs runājam par pasīvo jauniešu sasniegšanu. Bet es gribētu runāt par vēl vienu aspektu, proti, par to, ka pastāv liela atšķirība starp tiem, kas ir jaunieši, kas vēl ir padzītnieku gados, un jauniešiem, kuriem ir 25 un vairāk gadi. Un, kā parāda dažādi pētījumi, gados jaunākajiem jauniešiem svarīgi ir izglītības un klimata jautājumi, savukārt tiem, kas ir vecāki, svarīgi ir ekonomiskās izaugsmes un nodarbinātības jautājumi.

Viens no jautājumiem šīs sesijas ietvaros — neapmaksātas prakses — ne bez pamata ir ticis aktualizēts. Vēl mēs pārāk maz runājam par to, ka daudzās dalībvalstīs jaunie profesionāļi aizvien lielāku daļu savu līdzekļu spiesti novirzīt mājojuma īres maksai, kamēr pirmā mājojuma iegāde kļūst aizvien grūtāk sasniedzama. Tāpēc es ceru, ka Eiropas Jaunatnes gads palīdzēs aktualizēt mums šo plašo spektru jauniesu problēmu un radīs jaunus risinājumus.

Αλέξης Γεωργιάδης, εξ ονόματος της ομάδας *The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, θα πρέπει να μας κάνει ιδιαίτερη εντύπωση ότι το βασικό μας σχέδιο και χρηματοδοτικό πρόγραμμα για την ανάκαμψη και την πανδημία, παρά το γεγονός ότι ονομάζεται «Next Generation EU», δεν έχει κάποια στρατηγική θέση για τη νεολαία. Επίσης, το 57% του Μηχανισμού Ανάκαμψης αντιστοιχεί στην πράσινη και ψηφιακή μετάβαση. Κάθε μετάβαση, όμως, κατά κύριο λόγο αφορά το μέλλον, που είναι συνώνυμο της νεολαίας. Επομένως, αν όντως θέλουμε κυριολεκτική ανάκαμψη, χρειαζόμαστε απτές πολιτικές και χρηματοδοτήσεις που να εστιάζουν ουσιαστικά και μακροπρόθεσμα στους νέους. Φυσικά, αποτελεί ένα πολύ θετικό βήμα ότι το 2022 ανακηρύχθηκε ως Ευρωπαϊκό Έτος Νεολαίας, αλλά αν πραγματικά μας ενδιαφέρει να μη μείνουμε στα λόγια, θα πρέπει από εδώ και στο εξής κάθε έτος να είναι έτος νεολαίας.

Chiara Gemma (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 2022 è l'Anno europeo della gioventù. Eppure questo riconoscimento ritengo che avvenga solo sulla carta. Lo dimostra ad esempio il fatto che più della metà dei tirocini sono senza retribuzioni. Metà dei giovani europei che iniziano un percorso lavorativo non percepiscono un salario e questo si chiama sfruttamento.

E allora scriviamo una nuova pagina della storia europea, creiamo una base legale obbligatoria per tutti gli Stati membri, assicurando il giusto compenso per gli apprendistati, gli stagisti e tutti i giovani. Portiamo i diritti in tutti i luoghi dove c'è un giovane. Ognuno di noi è chiamato a fare la propria parte.

Per questo motivo sto portando avanti sul mio territorio un progetto per la creazione di una serie di vere e proprie officine europee. Le officine europee sono luoghi di incontro e confronto dove costruire la partecipazione attiva, sedi dove promuovere opportunità, laboratori e scambi di buone pratiche.

L'Unione europea ha bisogno dei suoi giovani ma anche i giovani hanno bisogno di una nuova Europa.

Dennis Radtke (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Herr Staatssekretär, lieber Margaritis, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als EVP-Fraktion haben wir sehr gerne die Initiative von Dragoș Pîslaru unterstützt, dieses Thema hier prominent im Parlament zu platzieren. Und ich stimme dem Kommissar ausdrücklich zu: Diese Debatte, auch das Europäische Jahr der Jugend, ist natürlich eine gute Gelegenheit, einfach auch mal Bilanz zu ziehen und zu sagen: Was haben wir erreicht?

Ein Programm wie Erasmus+ ist eng verwoben, ein wichtiger Bestandteil der Erfolgsgeschichte dieser Europäischen Union, aber das Sich-selber-auf-die-Schulter-Klopfen darf natürlich nicht im Vordergrund dieser Debatte und auch dieses Jahres stehen, sondern im Vordergrund muss stehen, die konkreten Probleme der Jugend in Europa zu adressieren.

Beispielsweise die Frage von unbezahlten Praktika ist ein ganz wichtiger Punkt. Für uns als EVP-Fraktion war aber immer klar: Wenn Praktika für Schulausbildung, universitäre Ausbildung notwendig sind, dann bestehen wir nicht auf eine Bezahlung. Aber was wir nicht wollen, ist, dass Praktika reguläre Beschäftigung verdrängen. Und deswegen ist es wichtig, dass wir diesen Punkt hier auch noch einmal deutlich adressiert haben.

Und einen letzten Punkt möchte ich ansprechen mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Sie ist in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor bedrohlich, existenziell bedrohlich. Und für uns muss doch eigentlich die Aufgabe sein: Wie können wir auch im Dialog mit den Mitgliedstaaten darauf hinwirken, dass wir in den Ländern, wo wir Jugendarbeitslosigkeit auf extrem hohem Niveau haben, junge Leute dahin bringen – in die Länder wie zum Beispiel Deutschland –, wo wir Fachkräftemangel haben, wo wir Ausbildungsplätze unbesetzt haben? Das könnte zumindest für einen Zeitraum von mehreren Jahren eine Win-win-Situation für beide Seiten sein. Und ich bin sicher, wir als EU, wir als Parlament können dazu auch noch einmal einen wichtigen Beitrag leisten.

Massimiliano Smeriglio (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la pandemia ha sospeso i momenti di condivisione e incontro, gli spazi di partecipazione, lavoro e socialità. In questo scenario inedito, i giovani sono stati tra i soggetti più penalizzati, con gravi conseguenze sul loro benessere psicofisico. Sono aumentate disuguaglianze e difficoltà nell'accesso ai diritti fondamentali, quali istruzione e assistenza sanitaria.

Il 2022 è l'Anno europeo della gioventù. Può e deve essere l'anno della ripresa per i giovani europei che hanno messo in pausa la loro esistenza per troppo tempo. Limitarci alla semplice celebrazione di eventi non potrà bastare. Quest'anno è l'occasione per dire basta agli stage non retribuiti e ai tirocini che di formativo hanno ben poco. Il Parlamento lo ha già chiesto in due risoluzioni e ora chiediamo alla Commissione di presentare proposte corrispondenti.

È l'occasione per mettere al centro le aspettative e i desideri dei più giovani, di metterli nelle condizioni formative e lavorative di realizzarsi. Se uccidiamo il desiderio e le aspettative, rimarrà solo il rancore. Investiamo in partecipazione e protagonismo giovanile e avremo indietro una società migliore. Dobbiamo fare in modo che il 2022 sia realmente l'Anno dei giovani. Dobbiamo essere più ambiziosi e all'altezza delle sfide poste dalla pandemia. Ora tocca a noi fare in modo che l'Anno europeo sia un successo.

Voglio ricordare Giuseppe Lenoci, 16 anni, e Lorenzo Parelli, 18 anni, morti tragicamente durante i loro tirocini. Alle loro famiglie e ai loro compagni il mio cordoglio.

Svenja Hahn (Renew). – Herr Präsident! Ich bin 32 Jahre alt, Abgeordnete und will mir deswegen gar nicht anmaßen zu wissen, was alle jungen Leute wollen.

Aber bevor ich ins Parlament gekommen bin, habe ich zehn Jahre ehrenamtlich Jugendpolitik gemacht, und in den zehn Jahren habe ich eines gelernt: Es wird verdammt viel über junge Menschen geredet und ziemlich wenig mit ihnen. Und wenn die Kommission dann das Jahr 2022 zum Jahr der Europäischen Jugend ausruft, ohne echtes Programm, ohne ein nennenswertes Budget dahinter: Ja sorry, dann muss ich mich doch fragen: Steckt da eigentlich mehr hinter als ein PR-Manöver?

Werte Kollegen, Herr Kommissar, Herr Minister, ich will, dass wir jungen Menschen zuhören. Ich will, dass wir ihre Ideen einbinden, schlicht: Ich erwarte mehr von der Europäischen Union. Ich will eine EU, in der es egal ist, woher junge Menschen kommen, in der sie die gleichen Chancen haben, ihre Ziele und Träume zu erreichen, egal ob sie wie ich im ländlichen Schleswig-Holstein aufgewachsen sind, in Schweden, Spanien oder Slowenien.

Junge Menschen haben in den letzten zwei Jahren ziemlich viel zurückgesteckt: in Bildung, Arbeit, Privatleben. Machen wir 2022 zu ihrer Plattform, damit ab sofort jedes Jahr ein Jahr der Europäischen Jugend werden kann!

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señor presidente, señor presidente en ejercicio del Consejo, señor comisario, las cifras de desempleo juvenil en la Unión Europea son solo el síntoma de un problema de fondo: y es que, para muchos jóvenes, el ascensor social ha dejado de funcionar. Cursan largos años de estudios para, posteriormente, encontrarse con trabajos inestables y mal pagados y en un bucle interminable de prácticas no remuneradas.

En este sentido, el trabajo a cambio de experiencia no es solo una fuente de desigualdad —ya que no todo el mundo puede permitirse este lujo—, sino que es también una vulneración de los derechos laborales.

En el Estado español el 85 % de los menores de treinta años no puede emanciparse porque, a día de hoy, la experiencia aún no paga las facturas. Y porque la precariedad hace imposible ser independiente o pensar en el futuro. La solución es fácil, compañeras: si trabajas, cobras.

En este Año Europeo de la Juventud debemos decir alto y claro que ser joven no puede seguir siendo sinónimo de precariedad. Seamos valientes, porque los jóvenes —como debe ser— no se conformarán con menos.

Silvia Sardone (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, secondo i desideri dell'Unione europea, l'Anno europeo della gioventù dovrebbe portare a un maggior coinvolgimento dei giovani nella società, nella politica e nei processi decisionali.

A parte la propaganda, però, è abbastanza evidente che l'Europa non sia in grado di intercettare e comprendere le difficoltà dei giovani. Penso, per esempio, al fenomeno crescente delle *baby gang*, che in tantissime città europee rappresentano una piaga crescente e un grave pericolo per la sicurezza dei cittadini. Il rischio di emulazione, alimentato anche dai social, è fortissimo. Le *baby gang* crescono nei contesti delle periferie abbandonate e, molto spesso, sono collegate a problemi reali di mancata integrazione. Infatti, queste *gang* prendono forza tra le seconde generazioni ed è indubbio che l'inclusione e l'integrazione siano un miraggio in determinate comunità, soprattutto in quelle islamiche. Abbiamo visto casi di inaudita violenza e gravità, come quelli del Capodanno a Milano, con oltre una decina di ragazze molestate per mano di giovani di origine nordafricana.

Segnalo, inoltre, che nelle carceri minorili c'è un drammatico aumento di stranieri. Considerate che in Italia, nel mio paese, più della metà dei carcerati nelle carceri minorili è straniero. È una percentuale più alta di quella dei detenuti stranieri adulti.

I nuovi europei non possono essere rappresentati da chi non ha alcuna voglia di rispettare le nostre leggi e i nostri valori. La sinistra in questo caso, come in altri, fa finta di non vedere la realtà o peggio la minimizza, collegandola, come abbiamo sentito, al COVID. Insomma, è una giustificazione che non può essere sostenuta.

Non possiamo inoltre tacere l'allarmante perdita di centralità della famiglia, che non viene più presa a modello, a favore spesso di personaggi, come alcuni rapper, che lanciano messaggi spesso compiacenti verso la delinquenza e la violenza.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Panie Przewodniczący! Często słyszę, że rośnie nam pokolenie COVID, a raczej pokolenie po-COVID-owe z doświadczeniem samotniczości. Nie zgadzam się z takim twierdzeniem. Ono młodych ludzi stygmatyzuje. Już na początku drogi naznacza. To pokolenie, którego możliwości zostały ograniczone przez pandemię. Ale wszystko to można zmienić, dostrzegając zagrożenia, które przyniósł COVID, takie jak nauka zdalna, wstrzymanie programów szkoleniowych, programów edukacyjnych, bezrobocie młodzieży czy ich gorsza sytuacja materialna.

Dziś bardzo ważna jest też sytuacja związana ze zdrowiem psychicznym młodych ludzi, bo izolacja społeczna przyniosła swoje złe efekty. Zostały osłabione lub zerwane więzi emocjonalne, zachwiana równowaga między pracą a odpoczynkiem, utrudnione zostało wchodzenie w dorosłość. Ważne jest zatem szukanie rozwiązań, które zapewnią równowagę i otworzą młodym ludziom drzwi do edukacji i pracy. A my, dorośli i politycy, powinniśmy ich w tym mądrze i odpowiedzialnie wspierać.

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, uma juventude estudante, uma juventude trabalhadora, uma juventude criativa, uma juventude com uma força transformadora: os jovens precisam de uma outra Europa.

Uma Europa onde possam afirmar o direito a ter direitos, o direito a ter uma vida melhor. Uma Europa onde a escola pública, gratuita e de qualidade seja uma realidade para todos. Onde a precariedade se erradica e dá lugar ao emprego com direitos. Onde o acesso à cultura, ao desporto, a uma habitação digna, ao lazer, à saúde e à educação sexual, à igualdade de oportunidades não sejam miragens ou um rol de intenções. Onde possam escolher viver no campo ou na cidade, sem que isso signifique uma discriminação adicional. Onde as preocupações com as alterações climáticas não são instrumentalizadas para fazer novos negócios. Uma Europa que não encaixa nesta União Europeia, mas pela qual vale a pena lutar.

E é pelos jovens e com os jovens que construiremos um futuro de paz, cooperação, direitos, prosperidade e felicidade para a juventude que também é inspiradora na luta pelos seus sonhos.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli effetti delle restrizioni nella vita relazionale e sociale, così come nel campo lavorativo e degli studi, hanno inciso sul benessere dei giovani esponendoli maggiormente al rischio di disorientamento, di precarietà e di disoccupazione.

Tenere vivo il dialogo con le giovani generazioni europee, comprenderne preoccupazioni e aspirazioni, o anche dare sostegno ai progetti di istruzione, formazione e lavoro sarà fondamentale per superare la crisi pandemica e affrontare cambiamenti e sfide che attendono l'Europa.

Il processo di integrazione europea e la realizzazione di un'Europa più verde, più digitale e più inclusiva potrà contare allora sull'impegno e sulla partecipazione dei giovani se sapremo soddisfare le loro aspettative e se sapremo dare loro nuove opportunità, senza lasciare indietro chi è più vulnerabile e marginalizzato.

L'istituzione dell'Anno europeo dei giovani dovrà essere un'occasione per rendere prioritarie le questioni giovanili in tutte le politiche settoriali e promuovere la partecipazione della gioventù al processo democratico e decisionale. Facciamo in modo che i giovani siano protagonisti nella definizione del loro futuro e di quello dell'Europa.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, kolegyně a kolegové, dnešní debata je o mladých lidech a o Evropě a já myslím, že by se k tomu měli vyjadřovat právě hlavně mladí lidé a my bychom jim měli naslouchat. Ze zkušenosti, kterou mám, vím, že mladí lidé považují Evropskou unii za samozřejmost. A je to tak správně. Ale patřím k té starší generaci, a když mně bylo osmnáct let, žila jsem za železnou oponou a o Evropské unii jsem jenom snila. Právě v těchto dnech to mohou vidět i mladí lidé na příkladu zbitých a vyhozených studentů v Bělorusku nebo na příkladu ohrožené Ukrajiny ruskou agresí. Zkrátka život v bezpečné, prosperující a svobodné Evropské unii není samozřejmostí, a pokud ho mladá generace chce do budoucna udržet, bude i na ní, aby se o to zasadila. My jsme si vědomi, jak je důležité, aby právě mladá generace pochopila tento historický vývoj a hodnoty, které Evropskou unii tvoří. Právě poslední dva roky to byla právě mladá generace, která pocítila krizi pandemie na své vlastní kůži, ale zároveň mohla pocítit, co to je evropská solidarita, protože společně jsme byli schopni tuto krizi překonat a jít dál. Samozřejmě, že jim jde o kvalitu vzdělání, o zkušenosti a víme také, že více než 90 % mladých lidí chce řešit změny klimatu.

Já tedy očekávám, že Evropský rok mládeže povzbudí mladé lidi, aby se více zapojili, využili příležitostí, a že také francouzské a české předsednictví dá k tomu tuto příležitost. Například bychom od mladých lidí měli vědět, jak oni se chtějí zapojit do civilní služby tak, jak ji navrhuje francouzské předsednictví. Já se domnívám, že je to dobrá aktivita, která by mohla rozšířit Evropský sbor solidarity. Ale chtěla bych, aby na to odpověděli především mladí lidé. Nedělejme nic bez toho, aniž bychom se jich právě na tuto otázku zeptali. Naslouchejme jim, to je nejlepší cíl, který bychom mohli pro tento Evropský rok mládeže mít. Děkuji.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, de vraag luidt: “Wil je aan het eind van de maand betaald worden met een boekenbon?” Het antwoord daarop is natuurlijk dat niemand dat wil. Voor werk moet je gewoon een salaris krijgen.

Het komt nog te vaak voor dat stagiairs als vaste werknemers worden ingezet zonder daarvoor te worden beloond of zo weinig betaald krijgen dat uiteindelijk alleen jongeren met geld of met rijke ouders een stage op hun cv kunnen zetten. Het staat buiten kijf dat stagiairs betaald moeten worden voor hun werk, zodat stages voor iedereen toegankelijk zijn, ongeacht de omvang van de portemonnee. Met ervaring alleen kun je immers geen rekeningen betalen.

Laten we het bestje gewoon bij de naam noemen: onbetaalde stages zijn een vorm van arbeidsuitbuiting en vormen een schending van de rechten van jongeren. Een verbod is de enige manier om de arbeidspositie van jongeren te verbeteren. Het is hoog tijd om de vicieuze cirkel van onbetaalde stages, onzeker werk en jeugdwerkloosheid te doorbreken.

Ilana Cicurel (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, je suis venue vous parler de l'investissement le plus éthique et le plus rentable: il s'agit de l'éducation. Ce n'est pas moi qui le dis, c'est le Prix Nobel d'économie Joseph Stiglitz, qui nous a fait l'honneur de sa présence à la conférence interministérielle portée hier par la présidence française du Conseil de l'Union européenne. Oui, l'éducation est un enjeu stratégique, et permettez-moi de rappeler ici deux impératifs.

Cet investissement doit être judicieusement ciblé et évalué. Merci à la commissaire Mariya Gabriel d'avoir annoncé hier la création d'un laboratoire européen pour orienter et évaluer l'investissement dans l'éducation. Nous l'avons collectivement demandé à l'initiative de Renew dans le cadre de l'espace européen de l'éducation; vous l'avez fait.

Deuxième impératif: cet investissement doit atteindre la jeunesse la plus éloignée de l'Europe. L'ambition d'un service civique européen ne vise pas autre chose et ne remplira son objectif que si nous créons un référentiel de reconnaissance des compétences psychosociales acquises lors d'une mobilité ou d'un engagement solidaire. C'est toute l'idée aussi de la plateforme unique pour la jeunesse, que Renew Europe porte. Dans ce cas, ne nous y trompons pas: la communication est un enjeu politique.

Malte Gallée (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich einmal Folgendes vor: Sie sind gerade 18 Jahre alt geworden, aber Ihre Party wurde abgesagt. Das erste Festival, auf das Sie sich schon so lange gefreut hatten: abgesagt. Austausch, Auslandsjahr, Welt erkunden: alles abgesagt. Und dann fangen Sie jetzt mit dem Studium an, und Sie sehen die anderen nur noch in *Zoom-Calls*. Ganz schön dystopisch, was?

Die Jugend hat sich in der Pandemie so solidarisch gezeigt. Und deshalb müssen wir das Versprechen geben, dass sie all das nachholen können, worauf sie jetzt verzichten mussten. Wir müssen die Freiräume und die Räume wieder schaffen, die für Sie alle in Ihrer Jugend selbstverständlich waren. Und deswegen ist meine Bitte an Sie alle: Engagieren Sie sich aktiv und auf allen Ebenen für Austausch, für Festivals, für gesellschaftliche Räume, für Begegnungsräume und für ein Europäisches Jahr der Jugend, das diesen Namen verdient hat. Und natürlich für Klimaschutz, denn davon hat die Jugend am allermeisten.

Андрей Слабаков (ECR). – Г-н Председател, вече в няколко последователни пленарни заседания обсъждаме младежта. Темата е от изключителна важност, защото не се върши достатъчно за подкрепа на младите. Когато чуя обаче изрече „една младеж“, да разбирам ли, че се визират онези младежки организации от тоталитарните режими на миналия век? Там се събираха всички деца и им се внушаваше идеология за единна територия и политически ред. Нима това е пътят, по който вървим?

Младежта ни не е една. Тя е много различна, колкото са и 27-те държави – членки на Европейския съюз. Става въпрос за подкрепа, която трябва да бъде еднаква за всички млади хора. Нищо повече. Тук се хабят ужасно много пари и енергия в опит да се създаде европейска самоличност, но това според мен е обречено на провал. Те не искат тоталитарен федерализъм, те искат възможности да творят и да работят. И съм убеден, че тяхната мечта не е да бъдат унищожени тяхната индивидуалност и национална идентичност.

Helmut Scholz (The Left). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Herr Staatssekretär! In der Konferenz zur Zukunft Europas sind junge Menschen zu einem besonders hohen Anteil an den Diskussionsforen beteiligt – nicht ohne Grund. Denn es ist die Jugend, die in der Welt von morgen leben muss. Deshalb ist es so wichtig, dass wir den Jungen die Chance einräumen, mitzureden und vor allem mitzuentcheiden.

Bildungs- und Berufsausbildungschancen oder gute Arbeitsplätze anstelle unbezahlter Praktika oder prekärer Arbeitsverhältnisse, Jugendaustausch über Grenzen hinweg: Das sollte selbstverständlich sein, ist es aber nicht. Dass junge Menschen weltweite Klimaproteste organisieren und konkrete Ideen zum nachhaltigen Umbau unserer Gesellschaften haben, sollte auch selbstverständlich sein, wie auch der menschenwürdige, solidarische Umgang mit Flüchtlingen. Es geht um ihr (Über-)Leben.

Nehmen wir also das Engagement und die Forderungen der Jugend ernst. Schaffen wir funktionierende Mechanismen zur dauerhaften Beteiligung und Einbeziehung in die Politikgestaltung, nicht nur beim Klima- und Umweltschutz, sondern in allen Themenbereichen. Schaffen wir mehr Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Lernens, des kulturellen Austauschs, geben wir Europa, der EU, nachhaltigem Wirtschaftsombau und Solidarität mehr Gewicht schon in der Schule – überall mit gleichen Inhalten.

Junge Menschen sollten sich ihren Raum nicht erkämpfen müssen. Er muss selbstverständlich gegeben sein, damit sich Ideen entfalten können und als die entscheidenden Impulse für politisches Handeln dienen.

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, the youth of Europe have not been adequately represented or heard during the COVID-19 pandemic. It is now time for Europe to do more for young people, and the European Year of Youth provides the perfect opportunity to make up for this lost time, because it's estimated that one in six Europeans are between the ages of 15 to 29.

This generation has sacrificed so much during the pandemic. Now, giving them new hope, strength and confidence in the future by highlighting how Europe can better their lives, will be crucial to the long-term viability of our Union. But the European Year of Youth must be more than a listening exercise. It must be a priority to encourage all young people, especially those with fewer opportunities, from disadvantaged backgrounds, from rural and remote areas, or belonging to vulnerable groups, to become active citizens and actors for positive change.

It is our duty to promote opportunities provided by EU policies for young people to support them in their personal, social and professional development. Housing, which is a huge issue for young people, as well as pensions, jobs, mental health, which is another huge issue, gender-based violence and climate change – these are all affecting young people.

We must now seek to build a Europe they see for themselves. Europe has always provided hope and opportunity, and the European Year of Youth is time to reinvigorate and strengthen the sense of optimism. We must ensure that programmes such as Erasmus+, DiscoverEU, Euroscola and the European Youth Event be promoted and expanded further to reach as many as of our young people as possible.

Young people are not only the future, but are the present. It's time to listen and take action.

Petra Kammerevert (S&D). – Herr Präsident! Zwei Drittel der jüngst befragten 15- bis 24-Jährigen halten die EU für ein gutes Zukunftsprojekt. Gleichzeitig finden drei von vier Menschen die Zukunft insgesamt beängstigend. Selten waren junge Menschen derart hoffnungslos wie heute. Ich finde, das darf uns nicht kalt lassen.

Wir müssen jungen Menschen neue Perspektiven eröffnen, und das mittels Bildung im weitesten Sinne. Das fängt schon bei den Kleinsten an: Wir brauchen endlich mehr Engagement für einen EU-weiten kostenfreien Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung.

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig der Ort Schule für die Entwicklung der gesamten Persönlichkeit ist. Die Aufwertung des Lehrerberufs, gute Entlohnung sowie kontinuierliche Weiterbildung bleiben genauso eine Herausforderung wie die EU-weite Schaffung von Ganztagsangeboten, die sinnvolle Einbindung von Partnern außerschulischer Bildungs- und Jugendarbeit, das Aufwerten der Fächer Kunst, Musik und Sport, der besondere Schwerpunkt auf MINT, der Sprachenerwerb. Die Hausaufgabenliste ist lang!

Schule als einen Ort zu gestalten, der Spaß macht und der auch in schwierigen Zeiten offen ist, das bleibt eine Herkulesaufgabe. Wir gehen sie aber immer noch viel zu zaghaft an. Die europäische Sozialdemokratie fordert schon lange, dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Mitgliedstaaten in Bildung investiert werden. Das sollten uns die Kinder wert sein, und das wäre gut angelegtes Geld.

Das Engagement der Kommission im Hochschulbereich ist richtig. Eines genauso großen Engagements bedarf es aber in der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Berufsausbildung muss genauso wertgeschätzt werden wie ein Studium. Uns fehlt es an gut ausgebildeten Fachkräften im gesamten Berufsspektrum. Hier braucht es ein gesamtgesellschaftliches Umdenken.

Und schließlich müssen die Länder endlich davon wegkommen, gegen eine automatische gegenseitige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Lernzeiten zu sein. Das muss aufgegeben werden. Die Bremse in der Mobilität können wir uns schlicht nicht mehr leisten. Das Jahr der Jugend muss ein Weckruf sein, alles dafür zu tun, dass jeder den sozialen Aufstieg durch Bildung schaffen kann, und zwar ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern.

Michal Šimečka (Renew). – Pán predsedajúci, tento rok, Európsky rok mládeže, je príležitosť, aby sme po tej pandémie vrátili mladých ľudí do centra nášho záujmu, a najmä vrátili im nádej na kvalitný a plnohodnotný život. Lebo ten sa odohráva tu a teraz, nepočká, kým my vyriešime pandémiu alebo klimatickú krízu či ekonomické problémy. A to, aký život prežijú, o tom sa rozhoduje už teraz. Či to bude život, v ktorom budú mať kvalitné vzdelanie, dobrú a primerane ohodnotenú prácu, ale aj špičkovú zdravotnú starostlivosť vrátane tej o duševné zdravie. Ak by som mal ešte jednu tému vypichnúť, ktorá špeciálne trápi mladých ľudí dnes, je to dostupné a samostatné bývanie. To by sa malo opäť stať dosiahnuteľným cieľom pre všetkých mladých Európanov a Európanky vrátane hlavných miest a európskych metropol. Toto sú témy, toto sú výzvy, o ktorých by sme sa mali v tomto roku mládeže rozprávať, a teda nielen rozprávať, ale ich aj začať aktívne riešiť.

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Mr President, the last two years, schools were closed, social events cancelled, and many young people had to start their education or first jobs from their bedroom behind a screen. And that is why declaring 2022 the European Year of Youth can't just be about using the marketing potential of young people to make the EU look good, it has to bring real improvements in their lives. And most of all, we need to give more security to young people, allowing them to build their lives. We need quality jobs for young people and to work together for an EU directive banning unpaid internships. We need to stop the rise in rents and house prices so that also young people can have an affordable place to live. And we need to ensure accessible mental health support for all young people.

Let's make the European year of Youth a year for change and not just an empty title.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señor presidente, los jóvenes os merecáis que os digan la verdad, que una vida plena solo se logra en un camino de esfuerzo y desarrollo de las virtudes, donde el amor y la búsqueda del bien común estén presentes. Pero aquí, en el Parlamento, se os habla de agendas impuestas, de ideologías que fomentan la victimización, la culpabilidad, la desesperanza, el miedo, en lugar de aprender a confiar en vosotros mismos. Seguid los dictados naturales de la razón, de vuestro corazón y desplegad vuestro talento. Despertad, sois el presente. Procurad un entorno próspero de esperanza y oportunidades para conseguir un sustento digno, para poder iniciar una vida y formar una familia. Sois la luz del mundo.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, pandemijska neizvjesnost, pandemijska zatvaranja, *online* obrazovanje, sve slabiji izgledi za zapošljavanje, osamostaljivanje, ali i zasnivanje obitelji, pogodili su u protekle dvije godine našu generaciju, generaciju mladih, kao rijetko koju generaciju u posljednjim desetljećima. Zato sve politike i svi programi o kojima odlučujemo i ovdje u Europskom parlamentu, moraju spriječiti otvaranje i stvaranje nekakvih novih i izgubljenih generacija i podcrtati jasnu poruku da je oporavak Europe bez mladih jednostavno nemoguć.

Digitalna transformacija dramatično mijenja način na koji svi, a osobito mladi, komuniciramo, posluujemo i živimo, i to je svakako izazov, ali je isto tako i prilika. Uvjerio sam se u to obilazeći razne uspješne poduzetničke priče, ali i različite dijelove Hrvatske, mjesta poput Lipika i Novske. Jer digitalna transformacija je prilika, prilika za ponuditi novi način učenja, prilika za kvalitetna radna mjesta budućnosti.

Inovacije i kreativnost mladih moraju doći u prvi plan kroz uklanjanje administrativnih prepreka i otvaranje prostora mladima u cijeloj Europi da samostalno i spremno oblikuju svoju budućnost – budućnost u svim dijelovima Europske unije.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, dragi colegi, astăzi dezbatem în plenul Parlamentului European despre tineri și cum putem să îi sprijinim concret pentru a avea un viitor mai bun în fiecare stat membru al Uniunii. Dar nu trebuie doar să vorbim despre asta, trebuie să acționăm.

De exemplu, Ana-Maria, 25 de ani, absolventă a două facultăți din orașul meu, Alba-Iulia, mi-a povestit că se gândește să se mute într-un oraș mai mare pentru că nu are aceleași oportunități într-o comunitate mică. Ștefan, unul dintre studenții mei, dorește să profite de mobilitățile europene, dar familia lui nu îi permite să îi dea bani în plus pentru a merge la facultatea dorită din afara țării. Clemence, studentă Erasmus, are dificultăți să găsească un stagiu adaptat pregătirii sale.

Acestea sunt doar câteva exemple reale și concrete de probleme cu care se confruntă mulți tineri din Uniunea Europeană. Discrepanțele sunt tot mai mari, șomajul în rândul tinerilor este în creștere, accesul la educație de calitate este inegal, sărăcia și pandemia au făcut ca mulți tineri să aibă probleme psihologice, iar din păcate, noi, în Parlamentul European, nu putem ajunge la un consens minor care să conducă la stoparea stagiilor neplătite din Europa.

Din nefericire, nu există o voință politică reală la nivelul unor grupuri politice europene și acest lucru se transpune printr-un nivel de ambiție scăzut, inclusiv în ceea ce înseamnă rezultatele Anului european dedicat tinerilor.

Grupul social-democrat s-a luptat și a obținut fonduri dedicate Anului european, dar, din păcate, nu vedem nicio perspectivă concretă. Apelul meu de astăzi este către construcția unei Uniuni Europene în care tinerii și fiecare cetățean european să își poată atinge potențialul oriunde în Europa.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, questi due anni di pandemia hanno segnato profondamente i nostri giovani. Conosciamo il numero dei morti e degli infettati da Coronavirus, ma non l'entità del danno provocato sulle giovani generazioni.

L'Anno europeo della gioventù 2022 non deve rappresentare un generico tributo al nostro futuro, ma l'occasione per restituire ai nostri giovani la fiducia, la speranza e la voglia di essere protagonisti. Misure concrete che diano loro l'opportunità di formarsi come cittadini, migliorare le proprie competenze, trovare un'occupazione attraverso un forte investimento nell'educazione, che non lasci indietro nessuno e che sia aperta all'Europa.

Misure concrete, come il supporto psicologico, per superare l'impatto della pandemia; misure concrete, come il bonus cultura, messo in campo per la prima volta in Italia dal governo Renzi, per dare ai giovani diciottenni la possibilità di nutrire anche la loro anima con la musica, il teatro, il cinema e la lettura.

Se riusciremo a portare avanti questi obiettivi avremo investito nei nostri figli, il bene più prezioso per il nostro futuro.

Kira Marie Peter-Hansen (Verts/ALE). – Hr. Formand! Tårnhøj husleje med alt for små værelser. Endnu en ven, der går ned med angst, depression eller stress. Desværre, jobbet gik til en med mere erfaring. Lyder det bekendt? Det gør det for mig og for mine jævnaldrende, der lever i denne verden hver eneste dag. Pandemien har frtaget os nogle af de mest værdifulde år i vores liv. En hel gymnasietid, en studiestart, et efterskoleår hjemme på sofaen foran computeren. Europas unge kæmper med langvarig arbejdsløshed og besvær med at få fodfæste på arbejdsmarkedet, fordi det er dem, der først fyres og sidst hyres. Samtidig er vi en ungdomsgeneration med historisk dårligt mentalt helbred. Ensomhed, depression, stress og angst er voksende folkesygdomme. Kære kolleger, det her er altså Europas fremtid! Hvis vi ikke skal skabe en »generation lockdown«, så skal vi til at komme op af stolen. Vi skal skabe arbejdsmarkeder, der giver stabile kvalitetsjobs. Vi skal sørge for, at vi ligestiller psykiske og fysiske lidelser, sådan at man ikke står alene, hvis man knækker psykisk. I to år har verdens unge sat livet på spil – eller livet på hold – for at bekæmpe pandemien. Nu kan vi i det mindste sørge for, at de har en fremtid. Jeg håber, at I vil være med.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovani predsjedavajući, *nomen est omen*. U imenu ove točke iskazali ste svoj glavni cilj: jedna mladež, jedna Europa, nadodao bih – jedno društvo, jedna europska superdržava.

Čuo sam danas dosta dobrih prijedloga, ali me smeta što koristite mladež za promociju tog unitarizma, te europske superdržave u kojoj više nema zajedništva u različitosti, u kojoj bi svi trebali prihvatiti jedan vaš nekakvi europski svjetonazor. Kako daleko ste spremni ići pokazuje i presuda današnjeg Europskog suda u kojoj nisu osuđeni samo Poljska i Mađarska nego svi koji misle drugačije, pogotovo oni koji promoviraju kršćanske vrijednosti.

No, ako mladi nešto mrze, onda je to uniforma. Svaka mlada osoba se osjeća posebno, osjeća se originalno i ne želi biti dio neke amorfnе mase. Zato, ako želimo napraviti uspješnu politiku za mlade, poštujmo njihovu originalnost, poštujmo razlike.

Peter Pollák (PPE). – Pán predsedajúci, úspech zajtrajšej Európy závisí od úspechu dnešnej mládeže. Každý mladý človek v Európe musí mať šancu, aby sa plnil jeho sny. Každý mladý človek v Európe musí mať šancu aby formoval svoje okolie a či Európu samotnú. Budúcnosť Európy nemôžeme nastavovať bez tých, ktorí na jej čele budú o pár rokov. Musíme sa poučiť z minulosti a nevnímať mládež tak, ako tomu bolo doteraz, len ako účastníkov nejakej aktivity ale ako kľúč k prosperite k budúcnosti. Mladí ľudia chcú byť súčasťou procesu nastavenia budúcnosti. Chcú niekam patriť, chcú viac angažovať sa, chcú, aby sa niekto zaujímal o ich názor či riešenia. Našou úlohou je počúvať a brať do úvahy názor tých, ktorí sa formovania budúcnosti Európy chcú zúčastniť. Rovnako však musíme počúvať a naplňovať potreby tých, ktorých hlas nie je počuť, a to najmä z dôvodu nedostatočného prístupu ku kvalitnému vzdelávaniu či moderným technológiám či jednoducho kvôli chudobe. Je dôležité, aby sme využili konferenciu o budúcnosti Európy na to, aby sme prostredníctvom zapojenia sa mladých Európanov urobili Európu silnejšiu a modernejšiu. Európu, kde každé dieťa či mladý človek dostane šancu rozvíjať nielen seba, ale aj svoje okolie. Neistota a strach, to je to, čo mladých ľudí dnes ubíja. Odstrániť ich neistotu a strach však môžeme len vtedy, ak sa naozaj budeme držať hesla dnešnej diskusie „jedna mládež, jedna Európa“.

Alicia Homs Ginel (S&D). – Señor presidente, señor vicepresidente de la Comisión, señor presidente en ejercicio del Consejo, la Unión Europea es hoy una región seguramente mejor en muchos aspectos que hace treinta o cuarenta años. Los y las jóvenes vivimos en una realidad más rica que la de nuestros padres, más sana, más globalizada y más libre.

Sin embargo, que ese progreso no nos lleve al engaño. Si pidiésemos a cualquier persona menor de treinta o treinta y cinco años que definiera su situación en una sola palabra, seguramente esa palabra sería «precariedad». En todos los aspectos de su vida.

La Unión Europea no puede permitir que en su territorio existan empresas que compitan de forma ventajosa a costa de sus trabajadores y trabajadoras. Es nuestro deber moral defender contratos laborales estables, salarios decentes y protección social. Y se preguntaba por respuestas, ¿no? Pues, en este Año Europeo de la Juventud, legislemos para prohibir de una vez las prácticas no remuneradas.

Tomemos este Año Europeo de la Juventud como la oportunidad para llevar a cabo políticas concretas que aseguren que los y las jóvenes tengamos un presente, porque somos presente, pero también un futuro digno.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, 2022 is het Europees Jaar van de jeugd. Dit is een fantastische zaak. Onze jeugd is immers de beste tijd van ons leven. We moeten niettemin onder ogen zien dat de afgelopen jaren erg moeilijk zijn geweest: het ellendige coronavirus heeft het sociale leven van jongeren lamgelegd, jongeren afgesneden van vrienden en familie, en hen belet uit te gaan en plezier te maken.

Laten we van de jeugd geen verloren generatie maken en jongeren in 2022 een boost geven door hen bij onze besluitvorming te betrekken, te voorzien in een begroting voor jongeren en bovenal het Erasmus-programma massaal uit te breiden. Ik ben zelf Erasmusstudent geweest en zie dan ook het liefst alle jongeren aan het programma deelnemen. Erasmus maakt jongeren niet alleen sterker, maar maakt hen bovendien tot echte Europeanen. Laten we er daarom voor zorgen dat alle jongeren in Europa aan het Erasmusprogramma kunnen deelnemen, zodat Europa echte, goede en overtuigde Europeanen met eigen dromen kan voortbrengen.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, děkuji za slovo v této velmi zajímavé rozpravě. Já jsem velmi pozorně poslouchal vystoupení většiny kolegů, padla tu celá řada zajímavých návrhů. Je dobře, že dneska debatujeme problémy vysloveně mladých lidí. Já sám osobně i z vlastní politické praxe vidím tři témata, která jsou klíčová a kde by EU mohla pomoci mladým lidem. A to za prvé v oblasti vzdělávání, za druhé v oblasti získání zaměstnání, ale také v oblasti bydlení. To poslední téma zde padalo nejméně, pan komisař ho příliš nezdůrazňoval. Já chápu, že otázka bydlení nespadá přímo do kompetence Evropské unie, ale je to téma, které mladé lidi mimořádně trápí, a pokud o něm také nepovedeme debatu, tak ta debata nebude komplexní. V oblasti vzdělávání máme Erasmus. Určitě je to projekt, který funguje, můžeme ho dále vylepšovat. V oblasti získávání zaměstnání chci zmínit Evropský sociální fond plus, kde chci upozornit na to, že Účetní dvůr ve zprávě z prosince minulého roku upozornil na určité nedostatky, na to, kde je možné zlepšit zaměstnávání mladých lidí. Je tedy na Komisi, aby se na činnost tohoto fondu podívala a jeho činnost vylepšila. A opět tady opakuji, bydlení je téma, které zde příliš nepadalo, ale věřte, že pro mladé lidi je úplně klíčové.

Marcos Ros Sempere (S&D). – Señor presidente, señor vicepresidente, señor presidente en ejercicio del Consejo, la pandemia ha golpeado duramente estos dos años a toda nuestra sociedad. Pero si hay un colectivo que ha sufrido especialmente las consecuencias de la pandemia, es la juventud. Ser joven no puede significar tener menos oportunidades. Ser joven no debe conllevar no tener un salario digno. Ser joven no puede ser sinónimo de prácticas no remuneradas. Ser joven es algo más que buscar oportunidades laborales. Ser joven es pensar en futuro, y nosotros debemos apostar por el futuro de los jóvenes. Su futuro depende también de la educación y de la formación que reciban en el presente. Sin una educación de calidad, inclusiva y sin barreras, nuestros jóvenes tendrán más difícil alcanzar sus metas.

Celebramos en 2022 el Año Europeo de la Juventud y la Conferencia sobre el Futuro de Europa. No hay mejor futuro que el que representan nuestros jóvenes. Hagamos de verdad que la juventud participe en el diseño de la Europa del futuro.

Cada persona solamente es joven una vez en la vida. Como sociedad no podemos permitirnos que la desperdicien. No dejemos que los jóvenes desaprovechen esta etapa.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, yo no soy joven. Ya, a la vista está. Que la Unión Europea ha ayudado a progresar durante décadas a los países y a muchas personas es una realidad. Que los que no somos ya jóvenes creemos saber todo lo que conviene a los jóvenes, eso ocurre en cada generación.

Ahora bien, la transformación tecnológica es tan profunda, los retos geopolíticos son tan serios o nuestras debilidades políticas son tan inéditas que no cabe pensar o actuar como siempre.

Somos la primera generación de adultos que no podemos ni debemos ejercer el paternalismo y que debemos resolver el Año de la Juventud como nunca antes se hizo.

La formación —se ha dicho—, las prácticas profesionales, en cada país —sin duda—, pero la homologación de títulos y acreditaciones profesionales en toda Europa —se ha dicho también— son lo primero que debemos encarar en un verdadero diálogo con realismo y ambición.

La realidad del empleo —se ha dicho—, la emancipación juvenil —se ha dicho también— es la segunda cosa y algunos países destacan muy negativamente —por ejemplo, España y Grecia— en esto.

No podemos ni conformarnos, ni resignarnos, ni pensar en no trabajar juntos.

En la Conferencia sobre el Futuro de Europa hemos podido comprobar que los jóvenes quieren ser coprotagonistas del diseño del futuro. Y tienen razón. No podemos hacer menos que eso. Así que tiremos adelante y no lo hagamos con paternalismo. Y démosles la oportunidad de codiseñar con nosotros.

Maria Walsh (PPE). – Mr President, I'm grateful that our Parliament has approached the topic of One Youth, One Europe horizontally. Colleagues across the political house have spoken on how our young people are impacted by culture, employment, women's rights, budgetary decisions – the list goes on.

This is how we must approach our work on youth, by considering all aspects of policy and the impact those policies make, not just for today but for their future tomorrow. When our young people think of the EU, they think of freedom to travel. They think of work and study, our shared culture, human rights, climate change. They have ambition for our project.

Earlier today, I spoke to Harry McCann, a young pro-European from Ireland, and he shared that, throughout the COVID-19 pandemic, the landscape of his fellow young citizens has been one of confusion and uncertainty. And through the Conference on the Future of Europe, the European Youth Event, the European Youth Forum and the EU-wide organisations, we have heard time and time again that we must support the mental health and wellbeing of our young people. We must break the cycle where we stigmatise mental health yet mourn the dramatic effects of it. We cannot ignore mental health. We must deliver stronger mental health measures and messages for our young people.

I ask that we continue in supporting our young citizens with an EU year focusing on their mental health and wellbeing in 2023. Let's continue our work with young people and create a better future – a One Europe.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Secrétaire d'État, les jeunes européens ont été durement touchés par la pandémie de COVID-19 – nous avons été nombreux à le dire – et par les mesures mises en place pour y faire face. Leur scolarité en a pâti, leurs perspectives d'emploi et d'avenir également. L'année européenne de la jeunesse est donc la bienvenue pour se concentrer sur eux et multiplier les propositions pour relever les défis auxquels ils sont confrontés.

Parmi ces propositions, je veux évoquer en particulier le mentorat scolaire, car ceci peut, selon moi, représenter un outil puissant pour éviter le décrochage et la déscolarisation. Le mentorat permet de créer du lien intergénérationnel et du sens, tout en redonnant de l'élan et de l'espoir pour les jeunes qui se sont sentis oubliés dans une période clé de leur construction personnelle. Au-delà, le mentorat contribue à réparer les inégalités sociales. En France, le mentorat est un succès et monte en puissance, notamment avec le dispositif «1 jeune, 1 mentor».

Cette politique doit, de mon point de vue, être une chance dont tous les jeunes européens puissent bénéficier. Il faut donc soutenir le réseau du mentorat européen et appuyer le financement des associations qui l'organisent.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ*místopředsedkyně*

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Госпожо Председател, младостта е символ на големите планове и мечтите за бъдещето. Несъмнено политиките на Европейския съюз трябва да допринасят за постигане на резултати в области като качествено и модерно образование, икономическа активност, предприемачество, пазар на труда и спорт. Финансирането, предвидено в рамките на Съюза, трябва да бъде използвано пълноценно, така че да предостави достатъчно възможности за развитие на младите, особено в зеления и дигиталния преход.

В България ние, от Движението за права и свободи, винаги сме подкрепяли и подавали ръка на младите. Ще продължим да работим за насърчаване на политиките за инвестиране в подрастващите, в мерките за справяне с младежката безработица и създаване на благоприятни условия за тяхното развитие. Нашите деца и младежи го заслужават. Младежи, това е вашата година. Вие имате водеща роля. Бъдете активни за вашето бъдеще. Нека заедно обновим Европа.

Jarosław Duda (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Jeśli dziś mądrze nie zainwestujemy w młodych, stracimy bezpowrotnie szansę na dobrą przyszłość dla nas wszystkich, a szczególnie dla tego pokolenia. Uważam, że jest kluczowe, aby pracodawcy, nauczyciele, politycy, media, rządy zdały sobie sprawę, że stabilne zatrudnienie, zdrowie, warunki do pełnego rozwoju, a także poczucie wpływu i zaangażowanie młodych ludzi stanowią podstawowy warunek wyjścia z kryzysu, wzmocnienia społeczeństw i odbudowy gospodarki.

Była już o tym dzisiaj mowa, chciałbym jednak szczególnie zwrócić uwagę na jeden aspekt, a mianowicie aspekt związany ze zdrowiem psychicznym młodego pokolenia. Pandemia znacząco pogłębiła problemy psychiczne dzieci i młodzieży. Szacuje się, że 65% ludzi młodych jest narażonych na depresję, 9 mln młodzieży młodszej cierpi z powodu zaburzeń psychicznych, zwłaszcza lęku i depresji. Samobójstwa są na drugim miejscu, jeśli chodzi o przyczynę śmierci młodych ludzi. Sytuacja jest naprawdę alarmująca. Konieczne jest zatem zwiększenie świadomości na temat tych zagrożeń i lepsze przygotowanie szkół i placówek opieki zdrowotnej, a także walka z bullyingiem i mobbingiem w internecie, w szkole i w miejscu pracy. Niezbędny jest też rozwój sieci usług środowiskowych w zakresie profilaktyki, diagnostyki, rehabilitacji i terapii zaburzeń psychicznych.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli studenti di molti istituti superiori in Italia stanno occupando le scuole in segno di protesta, per chiedere sicurezza a scuola e nei luoghi dove si impara un lavoro, avere diritti e una chance per un futuro migliore.

Lo fanno pensando a Lorenzo Parelli, 18 anni, e a Giuseppe Lenoci, 16 anni, due ragazzi che svolgevano alternanza scuola-lavoro in azienda e che sono morti. Questi studenti che protestano fanno bene, hanno ragione loro, guardiamo in faccia la realtà sulla situazione in cui versa una parte significativa della gioventù europea: disoccupazione, precarietà, povertà lavorativa, lavoro in nero, contratti a zero ore, sistemi scolastici inadeguati, risorse insufficienti per scuole e formazione.

Colleghi, sulla scrivania avete oggi, ancora una volta, una proposta concreta per migliorare la situazione di migliaia di giovani, mettere al bando i tirocini non pagati nell'Unione, una forma di sfruttamento e di sostituzione dei lavoratori, una vera vergogna, frutto di una cultura malata.

Mi auguro che, dopo tante belle parole sentite oggi in Aula, abbiate fatto tutti davvero la cosa giusta votando questo testo, perché si tratta del futuro e della dignità delle nuove generazioni.

Στέλιος Κυμπουρόπουλος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητέ κύριε Αντιπρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, ως νέος ευρωβουλευτής χαίρομαι ιδιαίτερα γιατί το παρόν ψήφισμα επιδιώκει να απαντήσει σε σημαντικές προκλήσεις της νεολαίας.

Δυστυχώς, όμως, αρκετοί από τους δείκτες δεν είναι με το μέρος μας. Τα ποσοστά της νεανικής ανεργίας και του κοινωνικού αποκλεισμού στο σύνολο της Ευρωπαϊκής Ένωσης παραμένουν υψηλά. Καλώ, λοιπόν, την Επιτροπή και το Συμβούλιο να θέσουν την καταπολέμησή τους στην κορυφή των προτεραιοτήτων τους. Οφείλουμε να εστιάσουμε και να γεφυρώσουμε το κενό μεταξύ εκπαίδευσης και αγοράς εργασίας, αλλά και να δώσουμε ιδιαίτερη βαρύτητα στους νέους που κατοικούν σε απομακρυσμένα χωριά και νησιά. Είναι ώρα να περάσουμε από τα λόγια στην πράξη, με πλήρη αξιοποίηση των υπαρχόντων προγραμμάτων, αλλά και με νέες πρωτοβουλίες που θα αποσκοπούν στην ανάπτυξη της επιχειρηματικότητας και των κοινωνικών επενδύσεων για νέους.

Αγαπητοί συνάδελφοι, μια ολόκληρη γενιά νέων κοιτάζει με αγωνία προς το μέρος μας, επιδιώκοντας το αυτονόητο: ευκαιρίες για να αξιοποιήσει τις ικανότητές της και να ευημερήσει· ούτε εύκολες λύσεις ούτε ελεημοσύνη. Είναι χρέος μας να μην τους γυρίσουμε την πλάτη. Ας αδράξουμε, λοιπόν, την ευκαιρία του Ευρωπαϊκού Έτους Νεολαίας και ας σχεδιάσουμε πολιτικές για τους νέους με τις ανάγκες τους στο επίκεντρο.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kao što i sam naziv ove rasprave govori – One Youth, One Europe, upravo bi to trebao biti jedan od glavnih ciljeva Europske godine mladih.

Naime, ove godine moramo donijeti konkretne inicijative i odluke koje će poboljšati i izjednačiti položaj mladih jer njihov potencijal je velik i moraju imati jednake mogućnosti, bez obzira nalaze li se oni u Parizu, Pečuhu ili Varaždinu.

Prema statistici i trendovima jasne su dvije stvari. Prvo, mladi su izuzetno teško pogođeni pandemijom i nužne su hrabre odluke u području zapošljavanja, stambenog zbrinjavanja, javnozdravstvenih politika i obrazovanja, a koje bi maksimalno ublažile negativne posljedice krize. Drugo, položaj mladih diljem Europe uvelike se razlikuje i vidimo da su neke države članice puno uspješnije u implementaciji suvislih politika za mlade.

Ono što trenutno razočarava smo mi, europske institucije, i države članice koje nažalost prvih mjesec dana Europske godine mladih nisu odradile zapažene korake u području kreiranja i implementacije, koje bi osigurale da ova godina ne bude puna obećanja i floskula, a da mladi nakon svega ostanu frustrirani, malodušni i obeshrabreni.

Miriam Lexmann (PPE). – Pani predsedajúca, situácia mladých ľudí sa počas pandémie výrazne zhoršila. Mnohých z nich zasiahli opatrenia v čase, keď si hľadali prvú prácu. Ďalší prišli o možnosť vycestovať na štúdium či stáž do zahraničia. K tomu sa pridalo prerušenie sociálnych kontaktov, nemožnosť športu či kultúry a dlhé mesiace strávené za počítačmi. Vzdelávanie sa takmer na dva roky presunulo online. Toto všetko sa podpísalo na psychickom zdraví mladých ľudí. Podľa štatistík predstavuje omnoho väčší problém ako sme predpokladali. Na Slovensku prieskum porovnávajúci duševné zdravie mladých ľudí pred a počas pandémie ukázal šokujúce zhoršenie, ktoré bolo okrem iného spôsobené aj kyberšikanou a nevhodným obsahom na internete. Nedávno sme odhlasovali akt o digitálnych službách, ktorý bojuje proti takémuto obsahu. Tu však naša práca zďaleka nekončí. Musíme hľadať ďalšie spôsoby, aby sme chránili mladých ľudí pred negatívnym vplyvom online sveta. Druhým aspektom, ktorý by som chcela spomenúť, je nezamestnanosť. Na to, aby človek začal úspešný život, založil si rodinu, a vzal svoju budúcnosť do vlastných rúk je kľúčové, aby si našiel prácu a seberealizáciu. Žiaľ, aj v tejto oblasti pandémie situáciu výrazne zhoršila. Toto považujem za dve základné oblasti, na ktoré sa musíme v najbližších rokoch zamerať. Inak sa nám môže stať, že sa precitneme do reality, v ktorej si uvedomíme, že sme stratili celú generáciu mladých ľudí.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, el Año Europeo de la Juventud debe ser un éxito. Por ello, estamos al lado de este grupo demográfico que nos reclama que se acabe con la explotación laboral mediante prácticas no remuneradas, como ya han dicho tantas señorías.

Éxito quiere decir también dotar a este Año Europeo de la Juventud de un legado duradero. Por ello, junto con 86 diputados al Parlamento Europeo de los principales grupos pro europeos, hemos propuesto que se lance un festival europeo de la juventud, la cultura y las ideas, tal como también reclamaron varias organizaciones juveniles, que celebraríamos cada año alrededor del 9 de mayo, a partir de 2023.

También podemos plantear dar más importancia, más espacio, más oportunidad al Parlamento Europeo de la Juventud, por ejemplo, invitándolos a realizar durante este año una sesión plenaria en esta misma sala del Parlamento Europeo en Estrasburgo.

Helmut Geuking (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben heute viele schöne Worte gehört und viele schöne Sätze. Und wir hoffen mal, dass es nicht nur bei Sonntagsreden bleibt, sondern dass wir hier – auch die Kommission – endlich etwas vorlegen, um der Jugend mehr und eine bessere Perspektive europaweit zu geben, denn es ist dringend erforderlich.

Ich selbst komme aus Deutschland. Ich bin der Bundesvorsitzende der Familien-Partei Deutschlands. Und einmal im Jahr findet in Deutschland eine Umfrage unter jungen Menschen zwischen 15 und 25 Jahren statt: Was wünscht ihr euch für die Zukunft? Und seit Jahren sagen zwischen 85 und 95 % der jungen Menschen als allererstes: Wir wünschen uns für die Zukunft eine Familie und ein eigenes Haus.

Das ist das, was sich die Menschen in Deutschland – und ich glaube, das ist in anderen Ländern gar nicht so viel anders –, was sich junge Menschen wünschen: Sie wünschen sich Geborgenheit, Sicherheit, Familie und ein eigenes Haus.

So, und jetzt schauen wir die Realitäten an. Jetzt schauen wir die Massenarbeitslosigkeit bei den jungen Menschen in vielen Ländern an. Ich denke an Spanien und Griechenland. Jetzt schauen wir an, wie viele junge Menschen unter der Armutsgrenze leben. Und jetzt schauen wir, welche Perspektive viele junge Menschen in unserem Europa haben. Und da müssen wir doch ansetzen, da müssen wir doch endlich handeln. Dazu sind wir doch verpflichtet, den Menschen eine Perspektive zu geben und den nachfolgenden Generationen, die unser Europa einmal weiter ausbauen sollen und gestalten sollen, hier Perspektiven zu geben. Und das ist unsere Verpflichtung, und da müssen wir ansetzen.

Und deswegen fordere ich hier ein für alle Mal, dass wir richtige, zukunftsweisende Konzepte auflegen, die den jungen Menschen nicht nur Perspektive geben, sondern auch auf die Sicherheit Europas und die Weiterbildung Europas abzielen.

Margaritis Schinas, *vice-président de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Députés, merci pour ce débat très riche et très utile, qui nous permet de mieux comprendre la situation et les défis auxquels les jeunes Européens doivent faire face, ainsi que de tracer ensemble des voies possibles et des actions pour les aider, notamment – mais pas exclusivement – dans le contexte de l'année européenne de la jeunesse.

I'm sure that together we can find the best way to convert these very useful ideas, suggestions and conversations into tangible results for the benefit of our youth. I fully agree with those of you who said that this is not the time for diagnostics and nice words but for translating these good intentions into practice. And this matters for young Europeans because, after all, this is their union and they hold the future of this union in their hands.

To do that, we will not start from scratch. We will build on solid instruments we have already developed and we will launch new actions, many of which we presented in my introductory statement, to ensure that the legacy will continue involving and supporting youth not only this year but beyond 2022.

Let me mention two points, specifically one mentioned in the debate and one not mentioned. The one mentioned is, of course, traineeships. I want to be very clear. For us in the Commission, traineeships are an avenue to employment and to learning. Under no circumstances are traineeships free labour. I want to be very clear about this. We will review the quality framework for traineeships to see make sure it's fit for purpose.

The second point, and you will allow me to make it in my mother tongue, is on another youth-related subject, one that was not mentioned sufficiently: violence in sports and hooliganism, a phenomenon that shook my country recently.

Μετά την τραγική δολοφονία του Άλκη Καμπανού, το ποτήρι ξεχειλίστηκε. Είναι χρέος όλων μας να συμπράξουμε, για να πετάξουμε τη βία μια για πάντα έξω από τα γήπεδα, έξω από τα σωματεία, έξω από τον αθλητισμό. Όχι μόνοι: μαζί με τις ενώσεις, τις ομοσπονδίες, τις λίγκες, το Συμβούλιο της Ευρώπης.

Η βία και ο χουλιγκανισμός δεν θα αντιμετωπιστούν με το να λειτουργούμε καθησυχαστικά, να παραβλέπουμε ή να αγνοούμε τα γεγονότα. Το πρόβλημα είναι εδώ, στις γειτονιές μας, στις αλάνες, στα γυμναστήρια και στα γήπεδα. Πρέπει, ως Ευρώπη, να λύσουμε το πρόβλημα τώρα. Τη μεγαλύτερη ευθύνη έχουν αυτοί που κρατούν τον αθλητισμό στα χέρια τους, οι εθνικές ομοσπονδίες, που θέλουμε να δράσουν τώρα. Αν δεν το κάνουν, θα το κάνουμε εμείς. Δεν θα το κάνουμε μόνοι μας: θα το κάνουμε με τη βοήθεια και την ενεργό συμμετοχή της UEFA και της FIFA, που είναι έτοιμες να βοηθήσουν.

Δηλώνω εδώ, μπροστά στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, στους εκλεγμένους αντιπροσώπους των Ευρωπαίων, ότι προσωπικά δεν θα σταματήσω ποτέ τις προσπάθειές μου για να σπάσουμε μια και καλή την αλυσίδα της βίας, του χουλιγκανισμού, των διακρίσεων, του ρατσισμού, του αντισημιτισμού, του φανατισμού. Πρέπει να βγάλουμε αυτά τα φαινόμενα έξω από τον αθλητισμό και από την κοινωνία.

Είναι η ώρα να υψώσουμε το ανάστημά μας, για να υπερασπιστούμε αυτά που μας ενώνουν: τις ευρωπαϊκές μας αξίες. Είναι ευθύνη μας. Η νεολαία της Ευρώπης το απαιτεί. Η καταπολέμηση της βίας ανάμεσα σε νέους και φιλάθλους είναι υποχρέωσή μας απέναντι στις κοινωνίες και απέναντι στη νέα γενιά.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, Mesdames et Messieurs les Députés, merci pour ce débat et un certain nombre de propositions qui ont été évoquées. D'abord, je veux dire – nous l'avons encore entendu de la part de la Commission européenne – que l'année 2022, qui est consacrée à la jeunesse, doit être une année avec un contenu concret. Nous y sommes collectivement engagés, et vous avez tous été, par-delà les groupes et les sensibilités politiques, très clairs sur ce point.

Je retiens un certain nombre d'initiatives, d'idées et de propositions, que je m'engage à porter aussi au Conseil, même si toutes ne peuvent pas donner matière à un résultat immédiat. Je pense à la question de se doter d'un plan du type «1 jeune, 1 solution» – je reprends un terme français, mais il a été évoqué sous d'autres formulations ici – pour que la jeunesse, quelle que soit sa situation et de quelque milieu qu'elle vienne – beaucoup ont insisté sur la diversité des contextes sociologiques et géographiques –, dispose d'une solution adaptée à chacun de ses besoins. Je retiens aussi un certain nombre d'éléments qui ont été formulés sur la «garantie jeunes», sa montée en puissance et l'adaptation du dispositif, au vu des retours que nous avons depuis quelque temps, maintenant.

Je retiens des propositions très concrètes – qui ne seront pas ici exhaustives – sur la question du mentorat, ainsi que sur la question des stages, qui a été évoquée par beaucoup d'entre vous. Nous en avons discuté lors de la session plénière précédente: il n'y a pas de compétence que le Conseil pourrait activer à cet égard ou faire fructifier dans nos débats, mais je crois qu'il est important de réfléchir, en matière de bonnes pratiques et notamment de rémunération, sur un contenu social protecteur pour les stages dans nos institutions publiques et, au-delà, dans nos pays, parce que nous avons une jeunesse qui a subi – cela a été rappelé – de plein fouet cette crise. Nous devons réfléchir de manière différente à sa protection et à son épanouissement dans les mois qui viennent.

Je m'engage à reprendre les idées que vous avez évoquées. Parfois, toutes ne sont pas consensuelles, mais, sous l'impulsion de la Commission européenne, je crois que nous pouvons utiliser cette année pour déployer de nouveaux outils – renforcer nos budgets, notamment – et développer dans les différents États membres ces idées pertinentes, qui protègent mieux la jeunesse d'Europe.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Andrea Bocskor (NI), *írásban*. – A fiatalok jelentik Európa jövőjét, ezért fontos, hogy segítsük a Covid19-világjárvány negatív hatásait elszorító fiatalok személyes, társadalmi és szakmai fejlődését! Magyarország kormánya ezt felismerve a fiatalokat hatékony, konkrét intézkedésekkel segíti, Európa élén járva a fiatalok támogatásában. Ifjúságpolitikájával a példamutató országok között szerepel.

Magyarországon már az év elejétől nem kell személyi jövedelemadót fizetniük a 25 év alatti fiataloknak, ez 23 százalékos pluszt jelent számukra a jövedelmükben. A diákok támogatására kamatmentesen igényelhető a felsőoktatási, önköltségre felvehető Diákhitel2 és a szabad felhasználású Diákhitel Plusz. A magyar kormány 2018 óta megtéríti a KRESZ-tanfolyam és vizsga díját a 20 évnél fiatalabbaknak, továbbá visszaigényelhető az első sikere nyelvvizsga díja is. A diákhitellel tartozó, felsőoktatásban tanuló női hallgatók gyermekvállalása esetén a diákhitel-tartozás felfüggesztését, csökkentését vagy elengedését támogatja a magyar állam. 2010-hez képest harmadára csökkent a munkanélküliségi ráta Magyarországon.

Az alacsony magyar ifjú munkanélküliség érdemi helyen áll Európában, a 15-24 évesek munkanélküliségi rátája 11,9 százalékos, az európai 16,9% szemben. Bízom abban, hogy ez az év is sok lehetőséget fog nyújtani arra, hogy a fiatalok hallassák a hangjukat. Felelősek vagyunk a fiatalokért és a jövő nemzedékekért!

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La pandemia ha colpito molto duramente i giovani. Per molti, infatti, sono diminuite o si sono interrotte le opportunità di sviluppo personale. Sono calati i tassi di occupazione giovanile, mentre è aumentato il numero dei giovani che non lavorano né seguono un percorso scolastico o formativo. Il reddito personale dei giovani è diminuito, con aumento del rischio di povertà ed esclusione sociale.

Oltre che sul piano socioeconomico, la pandemia ha provocato gravi conseguenze vive: sono aumentati – e in alcuni Stati membri addirittura raddoppiati – i problemi legati alla salute mentale fra i giovani. La pandemia ha colpito ragazzi e ragazze in quelli che dovrebbero essere i loro anni migliori. Dobbiamo quindi impegnarci perché queste gravi conseguenze non si protraggano nel tempo, trasformandosi in un problema strutturale, così privando i giovani del loro futuro.

Il 2022 è stato dichiarato dalla Presidente della Commissione l'Anno europeo dei giovani: perché lo sia concretamente, occorre dare effettiva e piena attuazione alla strategia europea per la gioventù, garantendo efficacia e intersezionalità di tutte le politiche rivolte ai giovani. Investire nelle giovani generazioni, favorirne l'inserimento nel mondo del lavoro e combatterne l'esclusione sociale devono oggi rappresentare le nostre priorità.

Josianne Cutajar (S&D), *in writing*. – The devastating consequences of the pandemic and the social rubbles it has generated have had a disproportionate effect on our youth. Mental health issues, unemployment, and insecurity about the future: the European Union faces now the unprecedented challenge of action for its young citizens, their wellbeing and their professional stability. All these goals should be translated into concrete actions that cannot wait any longer. Let us think about combating youth poverty, ensuring decent working conditions, including fair remuneration at work and for traineeships. Let us think about the promotion of mental health, which still does not receive the importance it deserves, especially in such a historical period that has contributed to increasing fear, loneliness and uncertainty among the youngest citizens. The post-pandemic social recovery will not be easy – we all acknowledge that – but we cannot miss the opportunity of empowering our youth and supporting their social rights. The pressure stemming from the crisis we have witnessed should not be the excuse to accept compromises on the most vulnerable groups of our society, including the youth. As socialists, we remain vigilant and we call for a prompt full implementation of the European Pillar of Social Rights.

Alin Mituța (Renew), *în scris*. – Tinerii trec printr-un moment critic. Pandemia i-a afectat atât la nivel social, cât și mintal. Riscul de șomaj în rândul tinerilor sub 30 de ani s-a dublat în ultimii doi ani, iar instabilitatea educației le-a redus șansele de a se pregăti pentru o piață a muncii în schimbare. Toate acestea și-au spus cuvântul asupra sănătății mintale și în general asupra calității vieții. Sănătatea mintală a tinerilor este în mod special un motiv de îngrijorare. Avem nevoie de un plan european pentru gestionarea problemelor de sănătate mintală, mai ales în rândul tinerilor.

Participarea civică a tinerilor ar trebui în mod special încurajată. Civismul oferă beneficii semnificative atât pentru societate, cât și la nivel individual, reducând în mod special riscul de a suferi de deficiențe de sănătate mintală. Anul european al tineretului ar trebui să ne îndemne și la o reflecție despre situația tinerilor din mediul rural. Sprijinul crescut pentru tinerii fermieri din noua politică agricolă comună este binevenit, dar tinerii au nevoie de sprijin și dincolo de sectorul agricol, prin acțiuni care să le ofere acces la servicii sociale și comunitare și mai ales la servicii educaționale adecvate.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Οι νέοι βρίσκονται στο επίκεντρο της σημερινής συζήτησης και των εργασιών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Το 2022 έχει οριστεί ως Ευρωπαϊκό Έτος Νεολαίας για να τονίσουμε τον ρόλο του στην οικοδόμηση ενός καλύτερου μέλλοντος· γιατί η νεολαία είναι το μέλλον της Ευρώπης και σε αυτήν πρέπει να εστιάζουν όλες οι ενέργειες μας.

Η πανδημία αποτέλεσε μια δύσκολη περίοδο, καθώς τράβηξε, κυριολεκτικά, «φρένο» στην ανάπτυξη καινοτόμων δράσεων και «έβαλε στον πάγο» μια σειρά δραστηριοτήτων ζωτικής σημασίας για τους νέους μας. Τα ποσοστά της νεανικής ανεργίας και του κοινωνικού αποκλεισμού στο σύνολο της Ευρωπαϊκής Ένωσης παραμένουν υψηλά, ενώ το κλείσιμο πολιτιστικών, εκπαιδευτικών και αθλητικών δραστηριοτήτων στέρησε από τη νέα γενιά ευκαιρίες κοινωνικοποίησης και μάθησης και επηρέασε την ψυχική τους υγεία με τρόπους που μπορεί να μας είναι ακόμα άγνωστοι.

Οφείλουμε να αφουγκραστούμε με σεβασμό και υπευθυνότητα τους προβληματισμούς της νεολαίας και να εστιάσουμε στην αναζήτηση διεξόδων και λύσεων με στόχο το γεφύρωμα του κενού μεταξύ εκπαίδευσης και αγοράς εργασίας. Οφείλουμε να σπάσουμε το «ταμπού» της ψυχικής υγείας και να της δώσουμε την προσοχή που της αξίζει. Είναι ώρα να περάσουμε από τα λόγια στην πράξη, με πλήρη αξιοποίηση των υπαρχόντων προγραμμάτων, αλλά και με νέες πρωτοβουλίες.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

9. Rechtsstaatlichkeit und die Konsequenzen des Urteils des EuGH (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on the rule of law and the consequences of the ECJ ruling (2022/2535(RSP)).

I would like to remind Members that for all the debates of this part-session there will be no catch-the-eye procedure, no blue cards will be accepted and, furthermore, as during recent part-sessions, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

I would also like to remind you that interventions in the Chamber will continue to be made from the central rostrum. I therefore kindly invite you to keep an eye on the speakers' list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

A few comments first from my side. I think we can agree that today is a good day, because the European Court of Justice has confirmed Parliament's long-standing position that the Union's budget must be protected against breaches of the rule of law. Values matter, and there is no more time to waste. We have to say that the monitoring of the situation in the Member States is not enough, and I now expect the European Commission to fully apply the conditionality mechanism in Europe, according to which the rule of law is non-negotiable.

So on this, I would like to invite, on behalf of the Council, Clément Beaune.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les Députés, je vous remercie d'avoir invité la présidence du Conseil à participer à ce débat sur un thème aussi fondamental pour le fonctionnement de notre Union – le débat politique est au cœur de nos priorités. Nos valeurs communes, telles que la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux, sont la pierre angulaire de notre Union européenne – davantage encore dans les circonstances exceptionnelles auxquelles nous restons confrontés, en raison de la crise que nous connaissons. Le président de la République l'a dit dans votre hémicycle, au nom de la France et de la présidence du Conseil: l'état de droit est notre trésor.

Les jugements de la Cour de justice sur le règlement relatif à un régime général de conditionnalité pour la protection du budget de l'Union ont été prononcés ce matin même, il y a donc quelques heures à peine. Nous aurons tous à examiner en détail la décision de la Cour de justice, mais son sens est très clair: cette validité est confirmée. Je le disais, le jugement de la Cour a été extrêmement limpide sur le rejet des recours formés et nous avons donc désormais un nouvel outil juridique entre nos mains, qui avait été adopté par les colégislateurs, le Parlement européen et le Conseil.

Je peux d'ores et déjà vous dire que, au nom de la présidence, nous saluons une clarification juridique qui était essentielle. Ce règlement, je le disais, a été adopté selon la procédure législative. Nous devons donc désormais l'appliquer selon les modalités qui sont prévues.

Il était, je le rappelle aussi, un objet de discussion politique, qui avait été évoqué par les chefs d'État ou de gouvernement lors du sommet européen de l'été 2020, puis discuté sur un plan juridique et législatif par le Parlement européen et le Conseil, et il avait fait l'objet de discussions précises d'ordre politique au Conseil européen de décembre 2020. Nous avons donc eu maintenant, je crois, un long débat sur ce sujet.

Il appartient désormais ainsi – Monsieur le Commissaire, vous y reviendrez certainement – à la Commission européenne, conformément à ce texte, de prendre les mesures nécessaires pour la mise en œuvre du règlement. Tout d'abord, à la lumière des arrêts de la Cour, la Commission pourra – et devra – finaliser les orientations qu'elle s'est engagée à élaborer pour assurer la bonne application de ce règlement. Ensuite, la Commission européenne devra mettre en œuvre cet instrument, conformément aux modalités précises qu'il prévoit. Si la Commission européenne considérait que les conditions énoncées à l'article 4 du règlement sont remplies, elle pourrait alors adresser une notification écrite à l'État membre ou aux États membres concernés.

Je rappelle que c'est un règlement qui peut concerner tout État membre. Il n'en cible évidemment aucun en particulier, mais il appartiendra à la Commission d'effectuer les investigations nécessaires et, le cas échéant, les notifications requises. Je peux vous indiquer, en tout cas, à ce stade, que, du côté du Conseil et de sa présidence, nous sommes prêts à remplir le rôle qui nous est attribué par ce travail législatif essentiel.

Nous avons, avec ce règlement, étoffé notre arsenal juridique. Il complète les procédures qui existent aujourd'hui: celle au titre de l'article 7 et des outils plus informels de revue par pays, qui sont très importants et que nous effectuons au Conseil des affaires générales. Je veux vous dire à cet égard que, au titre de la procédure prévue à l'article 7, nous reprendrons les auditions: une concernera la Pologne dès la semaine prochaine. La revue par pays que je mentionnais concernera cinq nouveaux pays d'ici le mois de mars.

Pour marquer l'importance que nous accordons à la question de l'état de droit, j'ai également souhaité consacrer la réunion informelle des ministres chargés des affaires européennes, début mars prochain, à la question de l'état de droit, pour avoir un débat ouvert sur cette question, la façon dont fonctionnent aujourd'hui nos outils, et pour travailler ensemble en donnant la parole à chaque État membre pour que nous nous exprimions sur ce sujet.

En tout cas, ne doutez pas un instant de notre engagement – celui du Conseil et celui de la présidence que je représente aujourd'hui – pour que l'état de droit soit défendu et protégé, et que tous les outils, un de plus aujourd'hui, soient mobilisés.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, the Regulation on the general regime of conditionality is an historic achievement for the Union. It equips the Union with a specific tool to protect its budget from breaches of the principles of the rule of law. Together with a range of long-established additional instruments, it makes sure that taxpayers' money goes where it is needed, and creates added value for citizens.

Today's hot-off-the-press rulings are being analysed as we speak. Now that we have the Court's rulings, the Commission will finalise the guidelines on the practical application of the Regulation. We are well advanced on preparing the guidelines. You are familiar with this document, as we have consulted the Parliament and Member States. So our aim is to proceed quickly with adapting them in the light of the Court's ruling.

We cannot make concessions when it comes to protecting both the Union's financial interests and the founding values of the European Union, and we have a choice of tools to address both issues. The key is choosing the right tool for the specific problems we need to solve. I want to stress this: all our efforts here must be about solving problems.

The Conditionality Regulation is part of the Union's budgetary toolbox. Its specificity is that it aims to protect specifically the Union budget from relevant breaches of the principle of the rule of law, which today was one of the core outcomes of the Court ruling. In fact, it requires a sufficiently direct connection between such breaches and the Union's budget or the Union's financial interests.

The Regulation complements the rules of the Common Provisions Regulation for the Union funds. The Financial Regulation checks audits, investigations by the European Anti-Fraud Office (OLAF) and the European Public Prosecutor's Office (EPPO), and the resulting financial corrections.

When it comes to protecting the Union's founding values, the Commission and the Union have a number of instruments at our disposal, independent of links to the Union budget. This rule-of-law toolbox consists, among other things, of infringement procedures, Article 7 of the Treaty, the procedure in the European Semester, and the annual Rule of Law Report. The instruments vary because they are tailored to address the specific situations in Member States, aiming at promoting, preventing and responding to rule of law issues.

We are currently managing the largest Union budget that there has ever been. Let me assure you that the Commission is set to make optimal use of all the tools at its disposal to protect the Union budget and the Union's financial interests against threats, actual or potential – and this without losing time. In this spirit, the Commission has been applying this budgetary conditionality regime since the start, at the beginning of 2021, and we remain fully committed to enforcing it.

We have been monitoring the situation across Member States, and we are working to identify possible breaches in Member States that may fall within the scope of application of the Regulation. Last year, as you are well aware, we sent letters to two Member States to request information to feed our analyses. This has set into motion an exchange with the said Member States, and we are currently analysing the substantive and comprehensive replies.

Now we are at the stage where the Court of Justice has confirmed the validity of the general regime of conditionality, which we, of course, very much welcomed, as do, I suppose, the majority in this House. So we can go ahead. The Commission will carefully analyse the reasoning of the two judgments and take them into account for the ongoing work under the general regime of conditionality. We need to have all these elements in place to ensure a solid and fair process, and we need this solid process precisely because we are the ones taking our responsibilities, and we are the ones who will, no doubt, be challenged at every step.

As President von der Leyen also confirmed today, the conditions of the Regulations are fulfilled and we will act now with determination. Today's judgment confirmed that we are on the right track and, may I say, we didn't expect anything else.

Siegfried Mureșan, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the European Parliament welcomes today's decision of the Court of Justice of the European Union. We welcome it with the very large majority, with the majority of pro-European groups who believe in the rule of law.

European funds are money from the people of Europe for the people of Europe. This is money that has to be protected; it is money from the people, for the people. It is not money for politicians or governments attacking the rule of law. This legislation, confirmed today by the Court, is good for the people. It protects the money of the people, and citizens have to know that any politician who questions this legislation, or who questions the rule of law conditionality, intends to break the rule of law, and thus to harm their own people.

In the coming years, the European Union will be spending more money than ever. We need to make sure that money reaches the people who need that money, the people for whom it was intended, and this piece of legislation is very helpful in this respect. Today's Court ruling in favour of the rule of law gives no time for celebration. This is the time to start work.

We say from here very clearly to the European Commission: apply this legislation and apply it now. Be the guardian of the Treaties, as you have to be. The European Commission has to apply the rule of law mechanism without any delay. This is our clear expectation. A law is a law and it has to be applied, so we expect the European Commission to trigger this mechanism without any further delay, and at the same time, we expect the Council to fulfil its duties and not to delay the procedure and the adoption of any decisions.

The mechanism shall, of course, apply immediately, irrespective of political colours of any governments or of the political situation in Member States. Whenever money is in danger, it has to be recovered immediately and the flow of more money that risks being misused has to be stopped. No political event whatsoever should be any excuse for a delay. The European Parliament will not tolerate any unjustified delays. We expect the Commission to put forward the cases that it had enough time to prepare.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, estoy segura de que compartimos muchos de nosotros que hoy es un día de victoria de este Parlamento. La Justicia se ha puesto de nuestro lado, del lado de quienes trabajamos, defendimos y apostamos por un instrumento de condicionalidad entre el presupuesto y el Estado de Derecho en Europa, porque defendíamos que quien sostiene el proyecto europeo no es el mercado, sino los valores comunes que compartimos y la defensa del Estado de Derecho.

Desgraciadamente la Historia nos ha enseñado que, allí donde no gobierna la ley, gobiernan los tiranos. Sin el imperio de la ley, la democracia se convierte en la dictadura de la mayoría, que se siente legitimada para oprimir a las minorías, a los que piensan diferente, e instaurar así el pensamiento único.

Esto, que desgraciadamente está ocurriendo en algunos países miembros, es una receta para el desastre: un desastre para la democracia y un desastre para el proyecto europeo.

La primera responsabilidad de la Comisión Europea es ser garante de los Tratados. Hasta ahora la Comisión no ha querido activar el mecanismo de condicionalidad porque quería esperar a la sentencia del Tribunal de Justicia Europeo. Bien, pues ya tenemos sentencia. Ya no es momento de esperar más.

Señor Hahn, actúen de una vez. Esto me hubiera gustado poder decírselo a la presidenta de la Comisión Europea, a la señora Von der Leyen, que debería estar hoy aquí, en esta Cámara. Así que se lo digo en la distancia pero con la misma rotundidad: ¡actúen ya!

Durante la última década Viktor Orban ha usado su poder para controlar a la oposición, a la judicatura, a los medios, a los grupos religiosos, a las universidades...

Durante demasiado tiempo la Unión ha permitido este tipo de comportamiento, incompatible con los valores europeos. Y demasiado tiempo, también, el Grupo del PPE le dio cobijo en su grupo, permitiendo que creciera y se fortaleciera. Esto ha dado alas a los grupos ultraconservadores y antieuropeos.

Estos grupos pretenden usar las instituciones para denigrar a colectivos como los refugiados y los solicitantes de asilo o la comunidad LGTBI, atacar a las mujeres y convertir en chivo expiatorio a cualquiera que critique sus políticas. Ante la inacción de la Unión Europea, poco a poco han ido conquistando más terreno, cada día con menos complejos, con más insolencia. Cada día perdido es un escalón más que luego tendremos que recuperar. También lo tendrán que recuperar todos aquellos que desde Polonia y Hungría defienden la libertad, la democracia, la igualdad, el respeto a la diferencia..., en una palabra, todos aquellos que defienden también en Hungría y en Polonia la Unión Europea.

El último ejemplo es la suspensión de la jueza polaca Joanna Hetnarowicz-Sikora, a la que han tratado como una delincuente, atentando contra su dignidad y la de su cargo.

Nos encontramos en una situación inimaginable hace tan solo algunos años: que alguno de los miembros de la Unión Europea sufra una regresión en los derechos y se convierta en una autocracia. Es un fenómeno nuevo, para el que no estábamos preparados, y hemos tenido que crear este instrumento de condicionalidad, estas herramientas. Usémoslas, ahora que las tenemos, porque no podemos permitir que el dinero de los contribuyentes europeos acabe en los bolsillos de aquellos que socavan los valores comunes europeos.

La Comisión no puede estar mirando hacia otro lado. Ya hace un año que tenemos este mecanismo. Nadie en esta Cámara quiere perjudicar a Hungría y a Polonia. Al contrario. Es que la gente confía en la Unión Europea, en que ser ciudadanos y ciudadanas europeas significa algo. Confía en nosotros para frenar esta deriva autoritaria.

Esta pesadilla debe acabar. Es inaceptable que estas cosas sucedan en la Unión Europea. Señor Hahn, señora Von der Leyen, ¡actúen ya!

Katalin Cseh, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, this morning the European Court of Justice made it crystal clear: the rule of law mechanism is 100% lawful. Shortly after, the Hungarian Minister of Justice held a press conference and she said that the verdict was motivated by Brussels' desire to discipline Hungary for its so-called child protection law. Their main message is that Brussels and the LGBT lobby want to force sex-change operations on Hungarian kindergarten children. And yes, this is not a joke: this is really the lie they are pushing through their propaganda machine day by day. Never mind that the court case had nothing to do with Orban's homophobic law. Never mind that the homophobic law has nothing to do with child protection, and also never mind that the court is in Luxembourg. This tells you everything about Orban's toxic brand of populism and why it is such an existential threat

to the EU: because they despise liberal institutions. They wage war on facts and the truth, and their vicious arrogance is poisoning the good-faith cooperation this Union is built on. They know they are lying and they are doing it anyway.

This is why the Commission's dialogues on the rule of law crisis are failing. This is why I am so proud of this European Parliament and of our Renew Europe Group, who are on the forefront of this fight. We created the rule of law mechanism together; we were principled and consistent; we did not let gaslighting and trolling stop us. And today we got confirmation from the Court.

So we don't want to hear any more that President Von der Leyen needs to draft more guidelines or write some more informal letters. Being deeply concerned for the 20th time is just not good enough. The Commission must not waste a single minute more and must apply the mechanism right now.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. No secret agenda, no additional obligation, just plain and simple, what all Member States agreed on; in fact, what makes the European Union. Yes, the European Union is not just a single market, but a Union of values, and this applies to all aspects of this Union, including the budget. For me, it is hard to understand that people don't get that.

This fundament is not only a clear commitment and promise between the Member States, but it is first and foremost a commitment and promise to our citizens. And whether you live in Finland, in Spain, in Poland or in Ireland, you have to be able to fully rely on that and you have to know that the EU institutions will defend this.

The Commission shall promote the general interest of the Union and take appropriate initiatives to that end. It shall ensure the application of the Treaties and of measures adopted by the institutions pursuant to them. You are the guardians of the Treaties. But right now you look more like the masterminds of delaying tactics and avoiding responsibility, Mr Commissioner. Now you come back with guidelines. Now, after these many months. Power comes with responsibility and you are neglecting this responsibility. You are failing, not only in the duties that stem from the Treaties, but you are failing millions of EU citizens that have put trust in you, that count on you. The European Parliament cannot and will not let that stand. We have to do something. And that will also mean considering the postponement of the discharge of the Commission until you no longer fail the responsibility to protect this Union and its citizens.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der EuGH hat heute entschieden, die Kommission könne Auszahlungen aus dem EU-Haushalt an die Beachtung sogenannter Rechtsstaatlichkeitskriterien knüpfen. Bei der Auslegung des Rechtsstaatsbegriffs hätten die EU-Institutionen sehr weiten Ermessensspielraum.

Konkret können nun Zahlungen an Ungarn und Polen vorenthalten werden, weil beiden Staaten Gefährdung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz zur Last gelegt werden.

Drei Bemerkungen dazu: Erstens folgt der EuGH einer ultraflexiblen Vertragsauslegung im Widerspruch zu Artikel 31 und 32 der Wiener Vertragsrechtskonvention. Das heißt, der EuGH misst dem Wortlaut nicht vorrangige Bedeutung bei, sondern zieht vielfach andere Auslegungskriterien vor, die mehr EU-Integration ermöglichen. Die Verträge werden wider den Wortlaut ausgelegt. Recht ist, was der Richter sagt, es sei.

Zweitens: Eine Rechtsgrundlage für Konditionalität bei der Zuteilung von Haushaltsmitteln auf Basis einer EU-Universalkompetenz zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit auch gegen nationales Verfassungsrecht gibt es in den Verträgen nicht. Nach dem Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung verbleiben alle Kompetenzen bei den Mitgliedstaaten, es sei denn, sie wurden ausdrücklich und ausschließlich der EU übertragen. Das Justizwesen und selbst Grundrechte sind keine solchen ausschließlich übertragenen Sachgebiete.

Drittens: Polen und Ungarn, so der EuGH, politisierten die Justiz. Tatsächlich gehen beide Staaten nicht annähernd so weit wie Deutschland. Denn in Deutschland wählt die Politik alle Verfassungsrichter, dürfen alle Richter Mitglieder politischer Parteien sein, sind alle Staatsanwälte politisch weisungsgebunden und wird die Opposition vom Geheimdienst überwacht. Deutschland hat 19 Geheimdienste, und der deutsche Verfassungsgerichtspräsident ist ehemaliger Vizechef von Frau Merckels Bundestagsfraktion. Er ist Wirtschaftsjurist und Teilhaber einer Wirtschaftskanzlei, die viel Geld bringt und auch gerne spendet. Doch abgeurteilt wird nicht Deutschland, sondern werden Ungarn und Polen.

Resümieren wir: Der EuGH setzt sich über völkerrechtliche Auslegungsmethoden hinweg, findet beliebige Ziele und Zwecke in glasklaren Vertragsvorgaben, urteilt willfährig und behandelt Ungarn und Polen anders als Deutschland, weil in Deutschland Rechtsstaat- zu Linksstaatlichkeit geworden ist. Was hier Rechtsstaatlichkeit genannt wird, ist nicht mehr als die Fortsetzung der hier praktizierten Linksstaatlichkeit mit anderen Mitteln, in diesem Fall denen der Judikatur.

Patryk Jaki, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Otóż mówiliście o tym, że chodzi o ochronę pieniędzy. To pytanie jest takie: dlaczego, Panie Komisarzu, najpierw wysłaliście list do Polski, skoro w waszych własnych rankingach Polska jest na szczycie państw, które najuczciwiej wydają pieniądze, a np. nie wysłaliście listu do Czech, kiedy poprzedni premier sam sobie przyznawał pieniądze europejskie? Ale to wam nie przeszkadzało, bo był z waszych grupy politycznych.

Natomiast przypomnijmy, o co chodzi w tym całym sporze. Otóż o oskarżenie Polski o upolitycznienie wyboru sędziów do Rady Sądownictwa. Ale przecież Polska wybrała wasz system, system zachodni, europejski, hiszpański, gdzie, przypominam, parlament hiszpański wybiera tak, jak w Polsce, sędziów do Rady większością trzech piątych głosów. Jednak dalej to są sędziowie. W podobnej sytuacji w Niemczech, chcę Państwu przypomnieć, że sędziowie w ogóle nie mają nic do gadania. Sami politycy decydują o tym, kto może zostać sędzią. I oczywiście na to oskarżenie odpowiadacie przytoczonym w tym rozporządzeniu fragmentem z analizy Komisji Weneckiej, gdzie jest napisane, że niektóre państwa mogą to robić, bo mają lepszą kulturę i lepsze tradycje. Czyli, mówiąc w skrócie, uważacie, że są narody lepsze i są narody gorsze. Ciekawe, jak to łączycie z art. 4 Traktatu, który mówi o tym tak: „Unia szanuje równość wszystkich państw członkowskich”?

Zresztą ja chciałbym wiedzieć – i to pytanie kieruję do Pani Komisarz von der Leyen – o jakich lepszych tradycjach mówi Pani Przewodnicząca? Bo tak się oto składa, że Polska zbudowała swoje dziedzictwo ustrojowe na wolności religijnej, na republikanizmie, a wy większość rzeczy, które robiliście w Polsce, to robiliście siłą i gwałtem. Napadliście na nas, kiedy stworzyliśmy pierwszą konstytucję w Europie, bo przeszkadzała wam wolność, która była w Polsce, której nigdzie w Europie nie było tyle, ile w Polsce. Dzisiaj myślicie, że jest inaczej? Cancel culture to jest nasz wynalazek, to jest polski wynalazek czy to jest wasz wynalazek? To gdzie za czytanie Biblii ciągnie się po sądach? W Polsce? Nie, w Polsce nie ma cenzury, w Polsce jest wolność. Historia lubi się powtarzać. Zejdźcie z tej drogi, gdzie są lepsze i gorsze państwa, bo do niczego to was nie doprowadzi, tylko będzie niszczyło stopniowo Unię Europejską.

Malin Björk, för The Left-gruppen. – Fru talman! EU-pengar ska inte gå till länder som försöker kontrollera domstolarna, som inskränker mediefriheten, som förföljer hbtqi-personer eller, som i Polen, via politiskt kontrollerade domstolar, förbjuder abort. Ändå är det precis det som har hänt. EU-pengarna har fortsatt att rulla till både Ungern och Polen, och vissa krafter, till exempel högergruppen här i huset, har hållit de här under armarna alltför länge.

Men nu har EU-domstolen meddelat att det går att strypa EU-medel till länder som inte respekterar demokratin och rättsstaten. Då blir min fråga till kommissionen, det här tomma pratet, det håller inte längre. Det är inte en brevväxlingsklubb som ska öppnas här, inte ytterligare en. Vi kräver handling, en tidsplan. Ni har haft tid att planera. Så nu måste ni göra det som krävs. Det är samma med rådet här. Är det här det franska ordförandeskapets löften till mänskliga rättigheter och demokrati? Det var ju byråkratprat vi hörde från ordförandeskapet.

Låt oss vara tydliga. I länder där de auktoritära krafterna får härja fritt är det människor av kött och blod som drabbas. De är hbtqi-personer som förföljs, det är kvinnors rättigheter som inskränks. Det är flyktingars rättigheter som inskränks. Det är de som står upp i civilsamhället för mänskliga rättigheter som drabbas och som förföljs. Det är in på våra kroppar det här sker. Att höra er fortfarande inte vara beredda att agera, det är inte vad som krävs i dag.

Så nu är det dags, ställ er på medborgarnas sida. På miljoner, miljoner, miljoner medborgares sida. Stå upp för våra rättigheter. Sätt stopp för den auktoritära utvecklingen, i både Ungern, Polen och resten av Europa. Vi behöver bättre!

IN THE CHAIR: DITA CHARANZOVÁ

Vice-President

Milan Uhrík (NI). – Pani predsedajúca, tak Európsky súdny dvor dnes schválil, že Európska únia môže trestať Maďarsko, Poľsko a ďalšie štáty za to, že nedodržiavajú takzvané európske hodnoty a právny štát. Napríklad teda Maďarsko za to, že schválilo takzvaný Orbánov zákon, ktorý zakazuje pedofilom vstup medzi deti na školy. Viete čo, ja vám gratulujem. Tú boľševickú zásadu, že právo je vôľa vládnucej elity povýšená nad zákon, ste dotiahli k absolútnej dokonalosti. Žijete vo svojom vlastnom svete. Strácate kontakt s realitou. Nevnímate svet okolo seba, a tak to potom bohužiaľ aj vyzerá. Tak trpí celá Európa. Myslíte si, že ste páni celej Európy. Sedíte tu pyšne ako nejakí pávy a chcete každému diktovať, čo môže a nemôže robiť a trestať každého, kto s vami nesúhlasí. Ja sa vôbec nečudujem, že Veľká Británia odišla z Európskej únie, a skôr či neskôr odídu aj ďalšie štáty, pretože toto nie je Európska únia, do ktorej sme vstupovali. Toto je len nechutná politická totalita. Držíme palce Poliakom a Maďarom. Slováci sú s vami.

Petri Sarvamaa (PPE). – Madam President, quite often in this House and in our parliamentary work we have heard the frustrating words: ‘you will not make this regulation happen, you will never have this mechanism’. Well, I don’t know if this regulation will be a ‘silver bullet’, but it is certainly so far the best and most serious attempt. And now, today, the last remaining obstacle for the Rule of Law Conditionality Regulation has been removed.

The message from this House is clear. The Parliament’s finger points now to the Commission, and let’s be very clear about this, it is now high time to start implementing the regulation. I’m happy to hear today, Commissioner, that the President of the Commission has said that the Commission will act soon, or now, or whatever the word was.

Almost three years ago, the President-elect of the Commission stated in this Chamber before her election that in her term she was committed to rule of law as a European value. She also announced during the speech that she intended to establish an EU-wide monitoring mechanism. Regrettably, Madam President is not here today for this important discussion with the European Parliament, and for a matter of this magnitude, she should be here.

But I have to say that a hundred times more regrettable, if not almost embarrassing, is that the chair of the S&D Group sees fit to try to put the PPE Group in an anti-rule of law camp. I have to say that I’m really happy that my co-rapporteur, who also is a socialist and also happens to be from the same Member State, doesn’t think like this because this is not about politics – this is about the rule of law.

So, as a co-rapporteur on this regulation, I want to underline that we as a Parliament, together with the German Presidency, created something new to make our Union better and more ...

(The President interrupted the speaker)

And so now we have to act on the regulation.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señora presidenta, señor presidente en ejercicio del Consejo, señor comisario, tengo que empezar diciendo que lamento enormemente la ausencia de la presidenta Von der Leyen en un momento tan importante para la Unión Europea. Y no lo digo porque yo sea la responsable del dossier, sino que hasta el propio Tribunal de Justicia lo ha dicho.

Hoy es un gran día para la Unión Europea, para la democracia y para el Estado de Derecho. Hoy es uno de esos días que deberían quedar marcados en el calendario de los grandes avances de la Unión: esta mañana hemos conocido la sentencia del Tribunal de Justicia que nos da la razón a los que defendimos desde el principio la necesidad de contar con un mecanismo que condicionara el presupuesto europeo al respeto del Estado de Derecho. Nos da la razón a los que dijimos que la defensa de los valores comunes no podía ser solo un requisito para entrar en la Unión Europea, sino que había que demostrarlo todos y cada uno de los días.

No podemos decir que exista una democracia plena cuando no hay independencia judicial, cuando se persigue al colectivo LGTBI o cuando se coarta la libertad de prensa en un Estado miembro. Esto supone un riesgo no solo para esos países, sino también para el proyecto común europeo. Llevamos años trabajando en este mecanismo y, lo que es más importante, los ciudadanos llevan años esperando a que lo activemos.

La Comisión Europea, señor comisario, tiene que actuar ya y hacer cumplir la ley en todos los rincones de la Unión Europea. Es su obligación y es su responsabilidad. Y tienen todos los instrumentos necesarios para ello, incluido, desde hoy, el aval del Tribunal de Justicia. Así que no sé qué más quieren, no sé a qué esperan para actuar. Tienen que aplicar el Reglamento ya. Llevamos, al menos, catorce meses de retraso.

Róża Thun und Hohenstein (Renew). – Madam President, as the money from the recovery fund is not flowing to the Polish Government, suddenly they have started drafting proposals that claim to solve the situation. Frankly speaking, those proposals are worth nothing, but they claim to fulfil the Court of Justice's rulings. They don't! But at least they seem to understand that this issue is serious. After today's ruling, all depends on the European Commission's decisions. Only our European institutions can now stop the degradation of the Union of rule of law.

And please, this is not a conflict between the European Union and Poland. No, the standard of independence of the judiciary is identical in the Polish Constitution, in the European Treaties and in the European Convention on Human Rights. It is a conflict where on one side we have the European Union and the Polish Constitution, and on the other we have the Polish Government. It's not a conflict between the European Union and the Polish Constitution, it's a conflict where on the one side we have the Polish Constitution and European law, and on the other we have the Polish Government. And today in opinion polls in Poland, 60% of those questioned support conditionality.

To finish, it is for all of us a success that we have a good instrument to protect the European citizens from those who destroy their access to independent justice. But please, Commission, do not fail the trust that those citizens put in you.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Madame la Présidente, il y a quatorze mois, le mécanisme de conditionnalité était adopté. Quatorze mois. Depuis, en décembre 2020, le gouvernement hongrois a modifié la Constitution une énième fois et cela lui a permis d'exempter de nombreux fonds publics de toute obligation de transparence budgétaire. Depuis quatorze mois aussi, la majorité des universités hongroises ont été cédées par l'État à des fondations d'intérêt général, des structures juridiques opaques, sans contrôle budgétaire et toutes dirigées par des proches du Fidesz. En 2021, une juge a été poussée à quitter ses fonctions; elle avait simplement posé une question préjudicielle à la Cour de justice de l'Union européenne.

Cela fait des années, une décennie, que nous avons les preuves concrètes que le gouvernement hongrois n'a pas une gestion financière transparente, et que le système judiciaire n'est pas indépendant. Mais la mainmise sur l'argent public et la capture de tous les étages administratifs de l'État s'est aggravée de manière alarmante dans ces quatorze mois.

Pourtant, la Commission ne va toujours pas appliquer le droit existant. Alors, est-ce volontaire de la part de la Commission d'accorder un temps précieux à des autocrates pour mieux accaparer pouvoir et argent?

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, de instellingen van de Europese Unie eigenen zich steeds meer macht toe die niemand hun ooit gegeven heeft en waarvoor ze aan niemand verantwoording hoeven af te leggen. De Europese Commissie werd oorspronkelijk opgericht als een college van ambtenaren dat moet uitvoeren wat de lidstaten overeenkomen, maar gedraagt zich steeds meer als een soort Europese regering die het beleid in de lidstaten wil dicteren. Burgers stellen zich vooral de vraag wie deze mensen zijn die door niemand zijn gekozen. Technocratie is tegengesteld aan democratie.

Het Europees Hof van Justitie werd oorspronkelijk opgericht om de toepassing van de Europese Verdragen te beoordelen. Door een ruime en activistische interpretatie van de Verdragen plaatst het Hof zich boven de grondwetten van de lidstaten op domeinen waar het niet eens bevoegd is. Het geeft zichzelf de bevoegdheid om de interne organisatie van lidstaten te beoordelen, beleidskeuzes te maken en zelfs wetten te herschrijven waartegen geen beroep mogelijk is. Ook in verband met deze kwestie vragen burgers zich af wie die wereldvreemde rechters zijn die door niemand zijn gekozen. Juristocratie is tegengesteld aan democratie.

De Commissie en het Hof spannen vervolgens samen om lidstaten die niet willen buigen voor hun liberale sharia, het stemrecht af te nemen en financieel te chanteren met het inhouden van miljarden uit het coronaherstelfonds. Inmiddels is duidelijk dat dit nooit om corona draaide, maar om macht en controle. Deze machtsusurpatie wordt vervolgens verkocht als verdediging van de democratische rechtsstaat. Hypocrieter dan dit kan het werkelijk niet worden.

De rechtsstaat kan pas democratisch zijn als daarin de soevereiniteit van het volk, en daarmee de democratie, wordt geëerbiedigd. De organisatie en politieke keuzes van staten moeten niet bepaald worden door rechters en ambtenaren van de Europese Unie, maar door natiestaten zelf. Zij zijn immers democratisch gelegitimeerd door hun bevolking; de Europese Unie is dat niet.

De Europese Unie is volledig aan het ontsporen en verandert in iets waarvoor wij nooit hebben getekend. De Britten hebben hun conclusies getrokken en zijn, als eersten, vertrokken. Als we zo verdergaan, zullen zij echter zeker niet de laatsten zijn.

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Z ust z jednej z europosłanek (chyba z grupy S&D) padło pytanie: co się dzieje w Polsce, co robi Polska? Polska zajmuje się tym, co w tej chwili jest najważniejsze dla mieszkańców Europy, bezpieczeństwem. I tego bezpieczeństwa, również waszego, broni przed Putinem, któremu między innymi tutaj, w tej Izbie, pozwalano na realizację NordStream 2, któremu oddano bezpieczeństwo energetyczne w Europie. Warto o tym przypominać, bo to są realne troski Europejczyków w dniu dzisiejszym.

Ale skoro jest debata na temat orzeczenia TSUE, to warto przypomnieć, że Wspólnota Europejska, Unia Europejska powstała jako wspólnota wolnych, niezależnych, suwerennych państw, które chcą ze sobą na podstawie traktatów, które podpisały, współpracować. I to demokratycznie wybrane rządy tych państw mają mandat do podejmowania decyzji o przyszłości Europy i o tym, co się dzieje w Unii Europejskiej.

Należy dzisiaj zadać pytanie: co oznacza to orzeczenie TSUE? W którym kierunku zmierza Unia Europejska? Czy będą podejmować decyzje suwerenne państwa członkowskie, czy będą podejmować decyzje biurokracji unijnej, którzy według własnych reguł chcą, by Unia się kształtowała?

Κωνσταντίνος Αρβανίτης (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, πριν από λίγες ώρες, η Ολομέλεια του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέρριψε τις προσφυγές της Ουγγαρίας και της Πολωνίας κατά του μηχανισμού αιρεσιμότητας. Αυτή είναι μια πάρα πολύ ενδιαφέρουσα εξέλιξη. Ας είναι αυτή η απόφαση η ευκαιρία για να φτάσει στα αυτιά κάθε γυναίκας, κάθε άντρα, σε όλους, σε όλες, σε όλα, στην Πολωνία και στην Ουγγαρία, σε κάθε Ευρωπαίο πολίτη, ότι το κράτος δικαίου, ο πυρήνας της δημοκρατίας, θα προστατεύεται πάση θυσία, όσες μάχες και αν χρειαστεί να δώσουμε.

Πρέπει να γίνει σαφές σήμερα ότι ο μηχανισμός που συνδέει τον προϋπολογισμό της Ένωσης με τον σεβασμό στο κράτος δικαίου δεν υπάρχει για να τιμωρεί ή για να εκβιάζει, όπως πιστεύουν οι πολιτικοί ηγέτες στη Βαρσοβία και στη Βουδαπέστη. Υπάρχει για να προστατεύει, εκεί όπου οι ίδιοι οι πολιτικοί ηγέτες αποτυγχάνουν να προστατεύσουν τους ίδιους τους πολίτες: για να προστατεύει τα βασικά ανθρώπινα δικαιώματα, τις ελευθερίες, τη δικαιοσύνη, τη λειτουργία της δικαιοσύνης, τους δικαστές, τους εισαγγεείς, τη λειτουργία της δημοσιογραφίας, τους δημοσιογράφους και τα μέσα τους: για να υπάρχει σαφέστατα η διάκριση των εξουσιών, το κράτος δικαίου και η ίδια η δημοκρατία. Νομίζω ότι είναι μια πολύ ενδιαφέρουσα αρχή. Ελπίζω το μήνυμά να φτάσει καθαρά στις πρωτεύουσες.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, poštovani kolege, poštovani građani, danas ovdje ne govorimo o vladavini prava nego o terorizmu nakaradnih ideologija. Prozivaju se Mađarska i Poljska, u kojima su građani većinom tradicionalnih vrijednosti, i želi ih se maknuti, želi im se promijeniti vlast, želi se da i njihovi građani prihvate nakaradne ideologije koje, da su bile obznanjene ranije, Europska unija bi imala znatno manje država članica.

Da se radi o zloupotrebi sredstava prvenstveno bi se prozivala Republika Hrvatska. U Republici Hrvatskoj je u posljednjih par godina više ministara i više državnih dužnosnika pod optužbom za korupciju i zbog zloupotrebe materijalnih sredstava nego u svim ostalim državama Europske unije zajedno. Nemojte se iznenaditi, ako ovako nastavite, da Europska unija za par godina ima znatno manje članova.

Jeroen Lenaers (PPE). – Madam President, today's court ruling is a victory for all Europeans that care about the rule of law, and I am grateful that the ECJ explicitly mentioned solidarity and the rule of law as values that define the very identity of the European Union. If you don't comply with these values, you cannot expect to simply continue to enjoy all the rights and benefits that come with EU membership. The EU must be able to defend those values, but being able to defend them is only the start. If you are not going to use the instruments at your disposal, the ability itself is useless. So our call to the Commission is very clear today: use the regulation, defend the rule of law and do it without delay.

At the same time, let's not forget what the purpose of this regulation is: not to initiate interinstitutional quarrels between Parliament and the Commission, but to join forces in the defence of our fundamental European values. Today showed again how important that is.

Let's take the Hungarian response by Minister Varga accusing the court of political decision-making and using the rule of law as a façade just because she didn't like the result. Straight from the autocrat's playbook: you yourself bring a very poorly argued case before the court, if the court rules in your favour, you shout victory; if they rule against you, you question immediately the legitimacy of the court that you found legitimate enough in the first place to bring a case. And this constant undermining of the rule of law and of the independence and impartiality of the judiciary, both in words and actions, requires an effective response.

Theodore Roosevelt once said: 'In any moment of decision, the best thing you can do is the right thing, the next best thing is the wrong thing, and the worst thing you can do is nothing'. So I am glad President von der Leyen today announced that the Commission will act with determination. We expect to see that determination without delay.

Ibán García Del Blanco (S&D). – Señora presidenta, la Unión Europea no es un *self-service* donde uno coge lo que le gusta y aparta en el plato lo que no le gusta. La Unión Europea es un espacio institucional que tiene reglas y la regla más importante de todas es que este espacio está constituido por democracias, por democracias plenas, y una democracia plena no ataca la separación de poderes, no rompe la regla del Estado de Derecho. Una democracia plena no ataca a los adversarios políticos y establece condiciones inequitativas para competir en una campaña electoral. Una democracia plena no ataca las libertades y, sobre todo, no ataca los derechos de las minorías.

Estamos hablando, en este caso, de dos países que han estado repetidamente yendo al fondo y que han pasado y traspasado la línea roja que separa las autocracias de las democracias. Y esto no puede seguir así. Nosotros no lo vamos a permitir, no dentro de la Unión Europea.

Señor comisario, ustedes hace mucho tiempo que tenían ya el mecanismo para poder actuar. El mecanismo de condicionalidad. Han estado esperando a la resolución del Tribunal de Justicia. Hoy ya la tienen, hoy ya no tienen excusa para seguir esperando, para seguir comprando tiempo, detrás de unas directrices que hace tiempo que están ya realizadas y que simplemente hay que ejecutar. Ustedes ahora están en el momento en el que tienen que ejercer sus responsabilidades.

Y lo digo porque no se trata de que estemos atacando a un gobierno o a otro, o estemos atacando a un país o a otro. Todo lo contrario. Estamos defendiendo los derechos de los ciudadanos y de las ciudadanas de Polonia y de Hungría que tienen derecho a vivir en una democracia, en una democracia plena. Y tienen derecho porque son ciudadanos y ciudadanas europeas. Y los europeos tenemos derecho a vivir en democracias. Así que actúen ya y no dejen pasar más el tiempo.

Moritz Körner (Renew). – Frau Präsidentin! Die Zeit der Ausreden und Ablenkungen ist heute vorbei. Sie haben Ihren schmutzigen Deal vom EU-Gipfel erfüllt. Sie haben rechtswidrig abgewartet, diesen Mechanismus einzusetzen, aber mit dem heutigen Urteil ist das vorbei. Die Schonfrist für Orbán und Kaczyński ist endgültig abgelaufen, und die Kommission muss jetzt ihrer gesetzlichen Aufgabe nachkommen. *Guidelines* finalisieren reicht nicht, handeln Sie endlich!

Und dann an die ganzen Rechten hier im Europäischen Parlament: LGBTI-Gesetz? Darum geht es nicht. Mehr Macht für Brüssel? Darum geht es nicht. Es geht auch nicht um Putin. Warum benutzen Sie diese lächerlichen Argumente? Ich kann es Ihnen sagen: Weil Sie verdecken wollen, worum es eigentlich geht, dass EU-Gelder gestohlen werden, dass sie in dunklen Kanälen versickern. Das wollen Sie verdecken! Sie wollen verdecken, dass die hart erarbeiteten Gelder der europäischen Steuerzahler weiter gestohlen werden sollen. Das muss jeder wissen. Darum geht es Ihnen. Das wollen Sie verdecken!

Damit wollen Sie sich nicht durch Nichtstun gemeinmachen, liebe Kommission. Handeln Sie endlich! Es ist nicht die Zeit für *guidelines*. Es ist nicht die Zeit für Brieffreundschaften. Es ist die Zeit, jetzt tatsächlich zu handeln und den Rechtsstaat in Europa zu schützen. Sonst machen Sie sich mit diesen Kräften – diesen Kräften, die sich nicht den gemeinsamen Werten verpflichtet fühlen, sondern die weiter verdecken wollen, dass europäisches Steuergeld gestohlen wird in diesen Mitgliedstaaten –, sonst machen Sie sich mit diesen Kräften gemein.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Hahn! Der Mechanismus ist jetzt schon seit 14 - Monaten in Kraft. Seitdem war die Kommission zu dem Thema neun Mal hier bei uns im Plenum. Neun Mal hat man uns gesagt: Es ist jetzt ganz bald so weit, noch kurz die *guidelines* im Herbst, in ein paar Wochen. Immer wieder hat man gesagt: Kein Fall geht verloren.

Jetzt sind wir heute wieder hier, und wir haben es wieder gehört: Man muss jetzt sorgfältig analysieren, man muss die *guidelines* fertigstellen. Herr Kommissar, seit der Mechanismus in Kraft ist, haben Sie als Haushaltskommissar 6 Milliarden Euro nach Ungarn überwiesen – 6 Milliarden, von denen Sie wissen, die kommen nicht da an, wo Sie eigentlich hinsollen. Sie haben ja in dem Brief an die Orbán-Regierung minutiös aufgeschrieben, dass das Vergabesystem nicht funktioniert. Es gibt keine unabhängige Justiz mehr, es gibt keinen wirklichen Kampf gegen Korruption, schon gar nicht gegen die Korruption im direkten Umfeld von Viktor Orbán. Und trotzdem überweisen Sie weiter Geld: jeden Tag 16,8 - Millionen Euro.

Sie wissen, dass Orbán das Geld für seinen Machterhalt nutzt. Sie wissen, dass er alles tut, um mit diesem Geld seinen Wahlsieg in ein paar Wochen zu kaufen. Und doch tun Sie nichts. Jetzt wirft Frau von der Leyen Sie heute hier im Grunde vor den Bus. Jetzt müssen Sie hier eine Politik verteidigen, die Sie gar nicht wollen. Sie wollen ja den Mechanismus auslösen, aber die Kommissionspräsidentin lässt Sie nicht. Gibt es einen Punkt, an dem Sie sagen: Das Versagen der Europäischen Kommission beim Schutz des Rechtsstaats in der Europäischen Union, das trage ich nicht mehr mit?

Georg Mayer (ID). – Frau Präsidentin, geschätztes Haus! Also das Vorgehen um diese Rechtsstaatlichkeit hier in diesem Haus und in der Europäischen Union ist das am wenigsten rechtsstaatliche, was mir bis jetzt in meiner juristischen Karriere untergekommen ist, geschätzte Kollegen.

Dieses Argument, Steuermittel müssen dorthin, wo sie notwendig sind, Herr Kommissar – und auch von Herrn Körner haben wir das gehört, der hat sich ja da besonders aberriert –, ja, was heißt das denn? Die Steuermittel haben die ungarischen Menschen nicht notwendig, die auch genauso in dieser Krise gelitten haben wie alle anderen in Europa? Woran junktimieren Sie hier also eine Hilfe für die Menschen in Ungarn? An ein vermeintliches Wohlverhalten ihrer Regierung? Also wie scheinheilig geht es denn noch, geschätzte Kollegen?

Und ich denke, wir müssen hier über zwei Dimensionen reden, wenn es um dieses Verfahren geht. Das eine ist eine politische Dimension, die politische Dimension, die nämlich heißt – und das wissen Sie hier herinnen so gut wie wir alle –, einen Mitgliedstaat mundtot zu machen, der Ihnen politisch nicht passt. Und die zweite politische Dimension, die dahintersteckt, ist eben diese Hilfe für die Menschlichkeit und natürlich die Ausdehnung der Kompetenzen der Europäischen Union – immer weiter, eine *ever increasing union*.

Die juristische Dimension ist ja besonders bemerkenswert, der Kollege Beck hat das schon im Detail ausgeführt. Es wird hier nämlich ein Verfahren instrumentalisiert in dem Sinn, das Verfahren dieser Rechtsstaatlichkeit, das hier gar keine Anwendung finden kann. Das Verfahren zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie kann nämlich nur das Artikel-7-Verfahren sein. Und was wird nun gemacht? Dieses Artikel-7-Verfahren, das zuständig wäre nach den Verträgen, wird hier schlicht und einfach umgangen, indem man versucht, ein anderes Verfahren anzuwenden. Ist das Ihrer Meinung nach ein Wesen einer Rechtsstaatlichkeit?

Der Eindruck verfestigt sich hier bei mir, dass es nur vordergründig um Werte geht, denn es ist eher der Fall, dass hier eine politische und juristische Daumenschraube angesetzt wird. Und dieses Verfahren kommt auch erstmalig zur Anwendung. Es gibt noch nicht einmal Richtlinien, wie das angewendet werden soll.

Ich komme jetzt noch kurz zum Bericht der Kommission, der ja sagt: die Rechtsstaatlichkeit in Polen und in Ungarn. Ja, was sind denn das für Kriterien, nach denen dort die Rechtsstaatlichkeit überprüft wurde im Rahmen dieses Berichts? Das ist nirgends zu ersehen. Was sind denn für Quellen verwendet worden im Rahmen dieses Berichts, wo das überprüft wird? Nirgends zu sehen, das ist leider völlig intransparent. Und ein wenig erinnert mich dieser Bericht an den Hexenhammer des Mittelalters.

Wie auch immer man den Zustand der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Mitgliedstaaten bewerten mag: Dieser Bericht ist nicht im Geringsten dazu geeignet, das zu kommentieren. Vielmehr wird hier instrumentalisiert, um „schlimme“ Mitgliedstaaten in Geiselschaft zu nehmen. Wollen wir das so, geschätzte Kollegen?

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señora presidente, venga, en serio, señorías, ¿alguno de ustedes me puede decir qué principios del Estado de Derecho se vulneran en Hungría o en Polonia y no en España, Alemania o Francia?

¿El derecho a la vida de los no nacidos, no es Europa? ¿Proteger la inocencia de los niños y evitar el adoctrinamiento en materia sexual en los colegios, no es Europa? ¿Fomentar la natalidad propia y reforzar los lazos espirituales de la familia o de la nación, no es Europa? ¿Proteger las fronteras europeas frente a la invasión inmigratoria, no es Europa?

La sentencia del Tribunal que hemos conocido hoy es un paso más en el descrédito de unas instituciones que deberían estar al servicio de los Estados y no estar al servicio del suicidio de Europa.

Unos señores que viven a Luxemburgo y ganan 20 000 euros al mes han decidido que se puede coaccionar a los Gobiernos y Parlamentos soberanos para imponerles una ideología perversa: si quieres comer, vota lo que te decimos. Para qué ir fuera de las fronteras de Europa a buscar injerencias extranjeras.

El hecho de que la independencia judicial o los derechos fundamentales solo se susciten respecto de Hungría y Polonia pone de manifiesto el evidente sesgo ideológico.

Pero yo les entiendo: están nerviosos. Las élites de Bruselas están nerviosas ante la ola de patriotismo y de dignidad que crece en toda Europa y que devolverá aquí la dignidad a estas instituciones.

Younous Omarjee (The Left). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, la Pologne est un grand pays, l'un des plus vastes de notre Union, et l'histoire de ce pays dit le désir puissant de son peuple pour la liberté et la démocratie. C'est pourquoi nous devons d'abord dire, dans ce débat, que les premières victimes des atteintes à l'état de droit, en Pologne comme en Hongrie, sont les Polonais et les Hongrois eux-mêmes. C'est donc pour ces peuples – et pour les raisons pour lesquelles ils ont rejoint l'Union en 2004 — que la Commission européenne doit actionner maintenant le mécanisme de conditionnalité du budget au respect de l'état de droit.

L'état de droit n'est pas une option, c'est une condition. Une condition d'appartenance à notre Union – et, comme le dit la Cour, «pour la jouissance de tous les droits découlant des traités». À ceux qui, en Pologne, en Hongrie ou ailleurs, testent aujourd'hui l'Union européenne sur ses valeurs, la réponse doit être ferme, pour rappeler qu'il n'y a pas d'Union européenne ni de vie commune possible sans l'acceptation d'un ordre juridique commun.

Balázs Hidvéghi (NI). – Madam President, many of us are celebrating today's verdict as if it were a bright success for European cooperation. The reality is that today's decision leads to a dead end. It is an historical mistake to use the European Union as a facade to enforce a single ideology. It is unacceptable to undermine the sovereignty of Member States, to disregard the division of competences and to force everyone into a leftist ideological straitjacket.

This is a political and ideological battle about values. The European Left first wanted to force migration upon us, and now they want us to accept LGBTQ propaganda in our kindergartens and schools. It is regrettable that the European Court of Justice, a supposedly independent institution, is now a partner in assisting this federalist onslaught to create a centralised Europe.

But Hungary and Poland, and I hope many others, will continue to adhere to the politics of common sense. Whether you like it or not, we will continue to protect our borders, our children and our way of life.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, l'Union européenne a créé le fonds «Next Generation EU» pour contrer les effets économiques désastreux de la COVID-19. Nous avons voté, fin 2020, un budget historique, d'une solidarité exemplaire de la communauté que forment les pays de l'Union européenne. Il est donc logique que cette solidarité implique que les fonds de l'Union soient protégés et utilisés à bon escient.

De nombreux garde-fous ont été mis en place, notamment celui du régime général de conditionnalité pour le budget de l'Union européenne. Il exige le respect de l'état de droit – en somme, une évidence: il est en fait inconcevable qu'un pays de l'Union s'oppose à cette exigence. Aussi, que la Hongrie et la Pologne aient déposé un recours contre ce régime de conditionnalité semble surtout montrer que ces deux pays partent eux-mêmes du principe qu'ils enfreignent les principes de l'état de droit.

Aujourd'hui, l'arrêt de la Cour de justice de l'Union européenne rejette les recours en justice de la Hongrie et de la Pologne contre le régime de conditionnalité. Plus rien ne s'oppose donc au déclenchement de la procédure contre les pays qui ne respectent pas l'état de droit. Nous nous félicitons de cette victoire de la démocratie.

Le but ultime, toutefois, n'est évidemment pas de bloquer les fonds qui reviendraient à un État, mais bien que les États concernés opèrent, au sein de leurs institutions, les changements nécessaires au respect de l'état de droit. L'Union européenne a été créée afin de constituer un espace de liberté, de justice et de démocratie pour ses citoyens. Ce sont ces valeurs que nous défendons et que nous continuons à défendre aujourd'hui pour tous les citoyens de l'Union européenne.

Lara Wolters (S&D). – Voorzitter, het is een goede, maar ook een sombere dag voor de rechtsstaat in de Europese Unie. Goed, omdat het Europees Hof heeft bevestigd dat landen die de beginselen van de rechtsstaat aan hun laars lappen, kunnen worden gekort op Europese subsidies en dat de wetgeving die we op dit vlak hebben vastgesteld, niet hoeft te worden geschrapt. Sombere, omdat we inmiddels dertien maanden op verschillende plekken in Europa hadden kunnen ingrijpen, maar dit niet hebben gedaan.

Ondertussen lacht Viktor Orbán in zijn vuistje, omdat deze rechtszaak precies heeft opgeleverd waarop Hongarije en Polen hoopten: uitstel, vertraging en daarmee *business as usual* wat Europese subsidies betreft. Dertien maanden lang kon Europees geld ongestoord naar meneer Orbán's hervormingscampagne vloeien en kon de Poolse regering haar heksenjacht op rechters voortzetten zonder dat daaraan financiële consequenties verbonden waren.

Het Parlement heeft opnieuw herhaaldelijk duidelijk gemaakt dat het actie verwacht van de Commissie op zeer korte termijn, en dat het van zowel de Commissie als de Raad verwacht dat van de naleving van onze gezamenlijke regels en de eerbiediging van onze instellingen een topprioriteit wordt gemaakt. Dit zijn we verschuldigd aan onze belastingbetalers en aan alle teleurgestelde Polen en Hongaren die tot op heden tevergeefs op onze steun hebben gewacht.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, friends, today's debate is not about money or the budget. Today is about the credibility of the European Union as a community of values and a community of law. This is *Chefsache*, and President von der Leyen's absence for today's debate I find particularly ill-judged, and reflects contempt for Parliament.

In the next few months, as far as I'm concerned, the Commission will have to prove it still deserves our confidence. Everybody knew this would be the outcome of the court case. Parliament knew it. The Commission knew it. Orbán and Kaczyński knew it. But for over 12 months, the Commission chose to play charades. Twelve months of agony for judges, journalists, academics and NGOs in Hungary and Poland. Twelve more months enabling the demolition of democracy and the consolidation of autocracies funded with EU taxpayers' money. Twelve months wasted.

But the European Council, for 12 years, has knowingly allowed corrupt autocrats to destroy the rule of law and fundamental rights. Government leaders, I'm afraid, are fully co-responsible for the current mess, and now they have to be co-responsible for fixing it.

I expect the European Council to give full and explicit backing to the Commission for applying the regulation immediately and in full, with no phoney excuses of guidelines that everybody knows are not necessary. No more pretexts. No more delays. The people of Europe are watching you.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das heutige Urteil des Europäischen Gerichtshofes ist ein Sieg der Demokratie mit einer klaren Botschaft: Die Werte Europas, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität begründen die Identität der Europäischen Union selbst.

Und der Gerichtshof bekräftigt damit etwas, was wir alle wissen, außer vielleicht auf der rechten Seite des Hauses, nämlich, dass Grundrechte in ganz Europa gelten, und zwar auch für die Bürgerinnen und Bürger aus Polen und aus Ungarn. Das sind nämlich keine Menschen zweiter Klasse. Denn etwas anderes bedeutet dieser Verweis auf eine andere Identität doch nicht, auf andere Traditionen. Polnische und ungarische Bürgerinnen und Bürger haben genauso einen Anspruch auf Schutz vor Willkür und Korruption wie die Menschen in anderen Ländern Europas. Und es ist Aufgabe, Herr Kommissar, es ist Aufgabe der Kommission, das jetzt endlich durchzusetzen.

Ein Jahr nach Verabschiedung der Verordnung zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit hat die Kommissionspräsidentin heute erst mal angekündigt, sie müsse jetzt ganz in Ruhe sorgfältig die Urteilsbegründung prüfen. Herr Kommissar, das ist ein Schlag ins Gesicht des demokratischen Europas. Und Sie haben heute doch gehört, was für Lügen hier verbreitet werden, was für Desinformation verbreitet wird von den Vertretern der ungarischen Regierungspartei. Ungarn ist im Wahlkampf, in einem Wahlkampf, wo die Regierung solche Lügen verbreitet, wo es keine freie Presse gibt, wo es keine freien Universitäten mehr gibt – und das Ganze finanziert mit europäischem Geld. Es ist Aufgabe der Kommission, geltendes Recht durchzusetzen, damit Menschen in Polen und Ungarn ihre Rechte endlich wieder wahrnehmen können.

PRESIDENZA DELL'ON. PINA PICIERNO

Vicepresidente

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, la Cour de justice de l'Union européenne a rejeté, le 16 février, le recours formé par la Pologne et la Hongrie contre le règlement européen du 16 décembre 2020 qui crée un mécanisme dit «de conditionnalité».

Si ces deux pays ont attaqué, c'est parce qu'ils savent très bien qu'ils vont en être les premières victimes. Ce mécanisme consiste en effet à priver de tout ou partie des subventions européennes les États membres quand ils violent, je cite le règlement, «les principes de l'État de droit». La Pologne et la Hongrie vont donc en subir les foudres, puisque l'Union leur reproche, non sans audace, d'avoir réformé leur justice nationale.

La Cour leur a donné tort. C'était attendu, puisqu'elle a toujours interprété le droit européen dans un sens fédéraliste et négateur de la souveraineté des États. Deux arguments auraient pourtant dû provoquer la victoire des deux pays.

D'abord, l'argument que ce mécanisme contourne la procédure de sanction prévue à l'article 7 du traité sur l'Union européenne, qui exige un vote à l'unanimité des États membres pour constater la faute et décider de la sanction. Mais cet argument, la Cour le rejette par un raisonnement d'une subtilité byzantine, en expliquant qu'il s'agit ici de protéger le budget de l'Union et non de sanctionner l'État fautif.

Ensuite, l'argument tiré d'une violation du principe de sécurité juridique, puisque nul ne sait à l'avance ce que recouvre exactement le concept d'«État de droit». Ce grief est exact, puisque le Parlement européen vient d'y inclure le principe de primauté du droit de l'Union, qui n'y figurait pas jusqu'à présent. Mais cet argument-là, la Cour le rejette de façon cavalière, en renvoyant les ignorants à l'étude de sa propre jurisprudence sur la question.

L'Union européenne vient donc de franchir un nouveau cap dans sa transformation en une entité autoritaire et arrogante. L'urgence de la remplacer par une Europe des nations n'a jamais été aussi grande, car nous ne voulons pas d'un nouvel empire dans lequel une idéologie libérale dévoyée jouerait le rôle autrefois tenu par le marxisme.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pozwoliłem sobie na taką uwagę, że mam nadzieję, że dzisiaj nie będzie cenzury, bo w dniu wczorajszym Pani Przewodnicząca wbrew regulaminowi tej Izby próbowała cenzurować moje wystąpienie.

Wyrok TSUE potwierdza niebezpieczną tendencję instytucji unijnych do rozszerzenia przepisów prawa poza traktatem unijnymi. Tego typu działania, które rozszerzają traktaty unijne, należy odebrać negatywnie. To niebezpieczna tendencja, która może powodować brak pewności przepisów prawa w Unii Europejskiej. Widać to wyraźnie chociażby w komentarzach tych z Państwa, którzy w tej Izbie próbują to dzisiejsze orzeczenie TSUE rozszerzać na ideologiczne i polityczne szarże wobec tych państw, w których rządzą partie spoza obecnego tutaj establishmentu.

Chciałbym zaapelować, aby Państwo, zamiast wywierać nieuprawnione naciski na Komisję Europejską, dali sobie spokój z tymi pełnymi emfazy i polityczno-ideologicznego zaciętrzewienia tyradami, tylko wczytali się w uzasadnienie dzisiejszej decyzji TSUE. Zapisano tam *expressis verbis*, że przewidzianą procedurę można zainicjować tylko wtedy, gdy istnieją uzasadnione dowody, że naruszanie zasad prawa wpływa lub stwarza poważne ryzyko wpływu, w sposób wystarczająco bezpośredni, na należyte zarządzanie finansami w ramach budżetu Unii lub na ochronę interesów finansowych. A Polska, jeżeli chodzi o wydatkowanie środków unijnych, jest na samym szczycie państw, wobec których nie ma żadnych zastrzeżeń.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Madam President, are violations of human rights and breaches of the rule of law acceptable? Certainly not. Are human rights violations and breaches of the rule of law by EU Member States acceptable? Of course not. That is why the EU should have taken action years ago when the violations in Hungary and Poland started.

Dear Commissioner, you have hesitated before. I now see that you are hesitating again. Let me be clear: either the Commission acts now or the European Parliament will force you to do so. You have had more than a year to act since the establishment of the rule of law mechanism. Since then, things have only turned for the worse for the people of Hungary and Poland. They deserve action.

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, I would have loved to congratulate personally Ms von der Leyen for her successful procrastination on implementing the rule of law mechanism. Please pass it on to her Mr Commissioner.

Also, we have been waiting over a year for the ECJ to state the obvious. If a country signs up for EU membership, it should respect its rules and should refrain from misappropriating European taxpayers' money. Well done.

After the verdict this morning, we heard the response of Hungarian Justice Minister Judit Varga echoed by Fidesz MEPs here, telling the tale of a sinister plot conjured by a Soros network and an LGBT lobby against the Hungarian people.

Now, as far as the Hungarian voters are concerned, they are now faced with a straightforward dilemma in the elections on 3 April: a dictatorial regime deliberately losing funds it is entitled to and turning to Russia and China for finances, or a pro-democracy, pro-EU coalition. In the meantime, we expect the Commission to act.

Radosław Sikorski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Wysoka Izbo! Będę mówił po polsku, bo chciałbym, żeby usłyszała mnie w Warszawie partia rządząca, która, jak każdy podsądny, który przegrywa sprawę, narzeka, że sąd uprzedzony, że jest niewinny i w ogóle, o co chodzi. A prawda jest taka, że do tak delikatnej materii, jak reforma wymiaru sprawiedliwości, zabraliście się, łamiąc konstytucję i procedury z subtelnością maczugi, w atmosferze nagonki na sędziów, na opozycję, a potem się dziwicie, że wszyscy się tego wystraszyli i uznali, że wprowadzacie zamordyzm.

Dzisiaj żadne żale nie pomogą. Jedynym przedmiotem decyzji jest to, czy zrobicie to, co potrzebne, aby Polska dostała 770 miliardów złotych, czyli 80 tysięcy złotych na każdą polską rodzinę, czy nie. Sami już powiedzieliście, że reformy są nieudane, jest to tylko kwestia władztwa premiera i szefa obozu politycznego nad waszym własnym ministrem sprawiedliwości. I czy na ołtarzu jego ambicji Polska ma stracić 770 miliardów złotych? Albo zapanujecie nad Ziobrą, albo kończcie ten spektakl. Polski nie stać na waszą niekompetencję.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Ministro, Senhor Comissário, sempre o dissemos, o respeito pelos valores fundamentais da União Europeia é condição essencial para uma gestão financeira sã e eficaz dos fundos europeus. Não podia ser diferente, repetimos vezes sem conta.

O instrumento de condicionalidade para proteger o orçamento da União Europeia está em vigor desde 1 de janeiro de 2021. Devia ter sido aplicado logo, incluindo-o no fundo de recuperação.

A Comissão não seguiu decisões do Parlamento Europeu, não propôs as medidas necessárias pedidas pelo Parlamento na Resolução de 25 de março para finalizar até 1 de junho as orientações para a aplicação do regulamento.

Se dúvidas a Comissão tivesse, está agora claro, preto no branco, pela Decisão do Tribunal de Justiça da União Europeia. A Comissão não pode usar mais desculpas, tem de fazer aplicar de imediato o mecanismo condicionalidade/Estado de direito, na sua função de guardião dos tratados, nas suas responsabilidades de boa gestão do orçamento da União Europeia.

Malik Azmani (Renew). – Madam President, we are in a Union. And in this Union, if our common rules and values are not respected by some, it affects us all. When independent judicial checks and balances are not respected, when the functioning of European democracy is at risk, and when the rights of EU citizens are under threat, we must act. This is why the rule of law conditionality mechanism is so important and why Member States who do not respect the rule of law should face budgetary consequences.

I'm proud that my group, Renew Europe, stands at the forefront of defending our values. We have been fighting for the rule of law mechanism for years, and now it can finally come into effect. We celebrate this moment today. The Commission has had the opportunity to prepare for this adjustment for months, and Renew Europe, in this House, has asked time and again for the Commission to take action. It's now time to trigger the conditionality mechanism. European citizens demand it. It's up to you, Commissioner, to make sure that the EU's budget does not end up in the wrong pockets and risk further undermining the rule of law. The credibility of the EU as a whole is at stake, and we expect you to act – not tomorrow, not next week, not next month, but now!

Sylwia Spurek (Verts/ALE). – Pani Przewodnicząca! Od lat jesteśmy świadkami festiwalu łamania fundamentalnych dla każdej demokracji zasad, łamania praw osób LGBTIQ, kobiet, naruszania niezawisłości sędziowskiej, wolności mediów, ataków na społeczeństwo obywatelskie. Chyba nigdy wcześniej nie poświęciliśmy w Parlamencie Europejskim innemu państwu tyle uwagi co Polsce. Przez wiele lat Parlament wzywał Komisję do działania i to wobec Polski po raz pierwszy w historii uruchomiony został art. 7. Ale powiedzmy sobie wprost, od lat przegrywamy walkę o unijne wartości, o praworządność i prawa człowieka. I pewnie nikt nie potrafi oszacować kosztów, jakie już ponieśliśmy i ponosimy.

Nie chcemy już słyszeć ze strony Komisji Europejskiej historii o monitorowaniu, analizowaniu, zalecaniu. Chcemy, aby w końcu Komisja zaczęła bronić praw dziesiątek milionów obywateli i obywaterek Unii Europejskiej. Dzisiejsza decyzja TSUE odbiera Komisji Europejskiej ostatnie argumenty do czekania, a obywatele i obywatelki mają naprawdę tego czekania dość.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Tyle nieprawd, a mówiąc wprost, kłamstw tu padło, że odniosę się tylko do jednego, do tego kłamstwa prawnego. Otóż chcę panią pośled powiadomić, że względem Polski nie został uruchomiony art. 7, a nawet nie stwierdzono ryzyka naruszenia tego artykułu przez Polskę. Zatem wymyślono mechanizm praworządności dlatego, że w Radzie nie było konsensusu i porozumienia, bowiem takie przesłanki względem Polski nie zachodzą. I nie wypada tak kłamać.

Jeśli zaś chodzi o mechanizm warunkowości i rozumienie tego mechanizmu jako instrumentu do przestrzegania rzetelnego wydatkowania środków publicznych – bo tak on był skonstruowany i na to zgodzili się premierzy na szczycie lipcowym w 2020 r. – jesteśmy oczywiście za tym, żeby środki unijne nie były defraudowane. I Polska jest przykładem, jak przyzwoicie, solidnie, sumiennie wydawać środki unijne. Państwo chcą, żeby mechanizm warunkowości był instrumentem politycznym i wywierają nieuprawnioną presję na Komisję Europejską, by z mechanizmu warunkowości zrobiła de facto karykaturę praworządności.

Sira Rego (The Left). – Señora presidenta, hoy debatimos sobre una buena noticia. La Justicia europea avala que no se financien con dinero público políticas racistas, LGTBIfóbicas, machistas, que recortan la libertad de prensa...

Y es que si algo debiera dar sentido a las instituciones europeas es la posibilidad de que esto sirva como espacio de garantía de derechos para la gente trabajadora. Que desde aquí se asegure la posibilidad de una existencia digna.

Por eso, la sentencia del TJUE es un freno a una extrema derecha desbocada, que se empeña en convertir esta Cámara en un campo de operaciones para hacer retroceder nuestros derechos. En su proyecto, si eres pobre, o gay, o mujer, o trabajador, o migrante, o ecologista o sindicalista, estás fuera. Para ellos, la inmensa mayoría social estamos fuera.

¡No lo olvidemos! Seguridad, futuro y certeza solo serán posibles ensanchando y defendiendo el Estado de Derecho. Esta sentencia nos sitúa en ese horizonte de progreso. Ahora toca que la batalla política esté a la altura.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, aujourd'hui, la Cour de justice de Luxembourg, en rejetant le recours de la Hongrie et de la Pologne, a confirmé le règlement qui permet de suspendre l'accès au budget de l'Union si des États membres ne respectent pas les principes de l'état de droit, mais seulement lorsqu'une telle violation affecte gravement la bonne exécution de ces budgets. Cependant, lorsque ces violations de l'état de droit n'affectent pas directement la gestion des fonds européens, de quels instruments l'Union dispose-t-elle pour défendre ses valeurs et ses principes fondamentaux?

Aujourd'hui, nous regardons tous la Hongrie et la Pologne, parce qu'elles ignorent les arrêts de la Cour de Luxembourg. Mais savez-vous que la Cour suprême de l'Espagne, en 2020, a refusé de reconnaître la décision de la Cour de Luxembourg de l'année précédente, sur la base de laquelle ce Parlement a reconnu le président Puigdemont, Clara Ponsatí et moi-même comme députés?

Lorsque les tribunaux polonais ou hongrois ignorent la Cour de justice, ces pays sont sanctionnés. Mais lorsque la Cour suprême espagnole le fait, rien ne se passe. Néanmoins, ce double standard ne fait qu'affaiblir l'Union et sa raison d'être. L'état de droit ne sera sauvé que si la Commission et le Conseil le défendent de la même manière dans tous les pays de l'Union. Soit il est sauvé partout, soit il ne sera sauvé nulle part.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Secretário de Estado, Caro Comissário, Caras e Caros Colegas, o respeito do Estado de Direito é uma condição para um Estado-Membro, para um país, aderir à União Europeia, não é uma opção. E depois de estar na União Europeia é uma obrigação respeitar o Estado de Direito.

O nosso chão comum, as nossas fundações europeias, são valores que nós temos de proteger, como a democracia, a liberdade, a separação de poderes, a defesa da dignidade humana.

O regulamento que aprovámos estava em conformidade com os tratados, era essa a nossa convicção e a decisão de hoje do Tribunal de Justiça da União Europeia vem provar que tínhamos razão. Não há mais tempo a perder, Senhor Comissário, agora é tempo de executar o regulamento.

A condicionalidade presente neste regulamento pretende defender os valores europeus que referia e proteger o orçamento da União Europeia. Nós temos de utilizar bem, respeitando os valores da União, as contribuições dos cidadãos europeus. Esta condicionalidade, infelizmente, é necessária face a sinais de violação de alguns Estados-Membros no que diz respeito ao Estado de Direito.

Termino, insistindo: há que aplicar este regulamento.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, este Parlamento Europeo ha sido decisivo en el impulso del procedimiento del artículo 7, sancionando el incumplimiento grosero de los valores comunes que fundan la Unión Europea por parte de Hungría y de Polonia. Este Parlamento fue también decisivo en la aprobación del Reglamento de condicionalidad del acceso de los fondos europeos al cumplimiento del Estado de Derecho. Es el momento de recordar que la sentencia del Tribunal de Justicia lo confirma plenamente en su base jurídica, en su seguridad jurídica y también en su carácter distinto del procedimiento del artículo 7. Una cosa es la condicionalidad y otra es el artículo 7.

Este es el momento también de recordarle a la Presidencia francesa, como tuve la ocasión de hacer ayer, que el Reglamento nunca ha estado suspendido: está en vigor desde el 1 de enero de 2021, aunque la Comisión no lo ha aplicado. Por no aplicarlo, este Parlamento adoptó en noviembre la incoación de un recurso por inacción ante el Tribunal de Justicia, contra la Comisión, precisamente, que está vinculada por el Reglamento de condicionalidad.

Desde que se puso en vigor el Reglamento, la situación solo ha empeorado en Hungría y Polonia, como muestra la infame ley húngara que equipara los contenidos educativos sobre la orientación sexual y la homosexualidad a la pederastia, o la acción del Gobierno polaco pidiéndole al Tribunal Constitucional que declare que la primacía es contraria al Derecho constitucional polaco. La primacía del Derecho de la Unión Europea es la regla esencial de nuestra razón de ser.

No puedo acabar sin decir que este Parlamento Europeo defiende a la ciudadanía húngara y a la ciudadanía polaca, como tiene la obligación de hacer la Comisión, aplicando ahora plenamente este Reglamento de condicionalidad, para decir con toda claridad que aplicándolo estamos defendiendo la ciudadanía europea de cuarenta millones de polacos y diez millones de húngaros.

Valérie Hayer (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, la Cour a tranché: Orbán et Kaczyński viennent de perdre – sans surprise, parce que, franchement, nous savions tous que ce mécanisme était bien légal –, mais pendant ce temps-là, nous avons perdu plus d'une année.

Une année où opposants et démocrates ont été mis sur écoute avec Pegasus, une année où Orbán a pu faire passer sa loi anti-LGBTI, une année de plus où la justice politique polonaise a mis au ban des juges indépendants. Monsieur le Commissaire, cela fait plus de dix ans que ces atteintes démocratiques se multiplient et qu'elles font tache d'huile. Ces dirigeants sont devenus omnipotents; ils s'assoient sur nos principes démocratiques.

Alors qu'enfin les juges nous donnent raison et confirment que nous avons bien le droit d'agir comme nous le martelons depuis plus d'un an, que répond votre présidente? Elle répond que la Commission rédigera des lignes directrices, dans quelques semaines, selon des évaluations de la motivation des arrêts et leur incidence éventuelle. Mais non! C'est maintenant qu'il faut agir, parce que demain, ce sera trop tard, et parce que, Monsieur le Commissaire, le jour où un autocrate sera assis à votre place, ne croyez pas une seule seconde que lui se retiendra de couper les fonds aux ONG prodémocratie, aux journalistes et à ceux qui défendent les juges. Là, nous n'aurons plus de prise sur eux, et là, il sera définitivement trop tard. Alors maintenant, on y va.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Vertreter der Kommission und des Rates! Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom heutigen Tage war für uns alle unglaublich wichtig. Wichtig, weil das Gericht detailliert ausgeführt hat: Das Bekenntnis zu europäischen Werten erlischt nicht mit dem Beitritt zur EU. Das Urteil war unglaublich wichtig, weil es widerlegt, was uns von manchen Regierungsvertretern ständig wiederholt wird: Rechtsstaatlichkeit sei zu abstrakt für manche. Nein, ist sie nicht.

Das Urteil hat zum Glück festgestellt, dass der Konditionalitätsmechanismus gilt und immer schon gegolten hat, neben anderen Werkzeugen. Und ja, das heutige Urteil war für uns alle wichtig, aber für Sie, liebe Kommission, war dieses Urteil unnötig. Denn die Annahme, wir müssen auf das Urteil warten, ist genauso sinnlos wie die Annahme, wir müssen auf Anwendungsrichtlinien warten oder wir müssen auf ungarische nationale Wahlen warten. Worauf warten wir denn noch? Rechtsstaat duldet keinen Aufschub.

Deswegen hat dieses Haus Sie wegen Unterlassung verklagt. Deswegen bestehen wir weiterhin darauf, dass Regierungen unverzüglich notifiziert werden. Das schulden Sie nicht uns, das schulden Sie unseren EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Das schulden Sie denjenigen Menschen, deren Geld und deren Freiheiten von ihren Regierungen einkassiert werden.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Moim zdaniem ten wyrok TSUE potwierdza opinie wyrażone jakiś czas temu przez profesora Andreasa Voßkuhle, byłego przewodniczącego niemieckiego Federalnego Trybunału Konstytucyjnego, że TSUE jest sądem mającym program polityczny – dalszą centralizację Unii – i w tym duchu interpretuje traktaty i tworzy wtórne prawo europejskie. Teraz czekamy, czy Komisja będzie się zachowywać zgodnie z tym wyrokiem i, podejmując swoje działania wobec jakiegoś państwa członkowskiego, będzie się starała wykazać rzeczywisty związek przypuszczalnych nieprawidłowości w zakresie stosowania i funkcjonowania wymiaru sprawiedliwości z nieprawidłowym wydawaniem środków unijnych, czy też Komisja, łamiąc zasady praworządności będzie się kierowała ideologicznymi hasłami, które tu padały na tej sali, i nadużywała swoich kompetencji. I to jest również kwestia praworządności, bo ona obowiązuje również instytucje unijne, obowiązuje również Parlament Europejski.

Helmut Scholz (The Left). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Staatssekretär! Wie kann es sein, dass im 21. - Jahrhundert in der EU durch Polen und Ungarn mit dem Umbau ihrer Justizsysteme die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger so grundlegend eingeschränkt werden? Das nicht zuzulassen, gibt eigentlich der Artikel 7 her. Ich sage eigentlich! Denn statt den Artikel 7 als verbindliches Rechtsmittel anzuwenden, ist dieses Verfahren seit 2017 und 2018 ergebnislos geblieben.

Daher begrüße ich, dass der Europäische Gerichtshof heute die Klagen von Polen und Ungarn gegen den Rechtsstaatsmechanismus abgelehnt hat. Und die Kommission, Herr Hahn, ist ultimativ zum Handeln aufgefordert. Wer der EU beitrifft, muss ihre Grundwerte respektieren, ohne Wenn und Aber. In Sachen Rechtsstaatlichkeit gibt es kein Opt-out. Und vielleicht sollten wir da noch mal nachfragen, in der eigenen Geschichte der Europäischen Union, warum Mitgliedstaaten dieses Opt-out zugelassen haben.

In der Zukunftskonferenz fordern die Bürgerinnen und Bürger völlig zu Recht, die Konditionalitätsverordnung zu ändern, damit sie für alle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit gilt, und Konferenzen zum Thema Rechtsstaatlichkeit zu organisieren, zu denen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, sozial vielfältige nationale Delegationen zu entsenden. Lassen Sie uns darüber einen konstruktiven Dialog eröffnen. Hören wir auf die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Mit seinem heutigen Urteil hat der Europäische Gerichtshof als höchste gerichtliche Instanz klar sein Sanctus zum neuen EU-Rechtsstaatsmechanismus gegeben. Alle Klagen wurden eindeutig, glasklar, unmissverständlich abgewiesen. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorne und eine gute Nachricht für die Europäische Union als Rechts- und Wertegemeinschaft, für das Europäische Parlament als Vorantreiber und Initiator des Rechtsstaatsmechanismus gemeinsam mit der Kommission.

Wer an den Grundfesten der Europäischen Union rüttelt, der muss mit Konsequenzen rechnen, und zwar auch mit finanziellen Konsequenzen. Das Urteil bestätigt, dass die EU bei Rechtsstaatsverletzungen empfindliche finanzielle Sanktionen verhängen und die Auszahlung von Geldern stoppen kann.

Wer hier wie Polen und Ungarn von einem politischen Urteil spricht, der hat das Wesen der Europäischen Union nicht verstanden. Denn der Europäische Gerichtshof hat das bestätigt, was eigentlich die Grundlage für jedes Beitrittsverfahren, Mitglied einer Rechts- und Wertegemeinschaft werden zu wollen, ist.

Der EU-Rechtsstaatsmechanismus muss jetzt von der Kommission unverzüglich in Gang gesetzt werden. Niemand kann sich mehr hinter jemand anderem verstecken. Auch die Einstimmigkeit ist damit gefallen, es reicht eine demokratische Mehrheit.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Hej, pisowcy posłowie, możecie być naprawdę dumni. To wasza robota. W reakcji na ciągłe łamanie przez was prawa Unia stworzyła mechanizm praworządności. Tak oto ludzie niedotrzymujący umów przyczynili się paradoksalnie do podniesienia demokratycznych standardów Unii. Gratuluję!

A teraz na poważnie. Spójrzcie, jaki kraj pozostawicie po sobie. Kraj bez gigantycznych europejskich pieniędzy. Kraj zadłużony i ukarany za niszczenie praworządności. Kraj, którego reputację zszargaliście na arenie międzynarodowej. Wy, bo gracie w orkiestrze Putina obok Marine Le Pen i Orbana. Wiem, że wolelibyście, żeby Unia nie interesowała się waszymi draństwami. Ale Unia to naczynia połączone i musi reagować, kiedy łamany jest trójpodział władzy. Bo mieszkańcy Polski chcą państwa, w którym takie podstawowe zasady są szanowane. Z tego miejsca apeluję, by wprowadzono regulacje, które pozwolą obejść niepraworządny rząd PiS, tak żeby środki europejskie trafiały bezpośrednio do samorządów i do obywateli.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, it is now 14 months following the entry into force of the Conditionality Regulation. Indeed, the Commission has inexplicably suspended the mechanism for over a year, against the EU Treaty which clearly says that challenging EU legislation does not have a suspensive effect. However, today Mr Orbán's and Mr Morawiecki's play for time comes to an end.

Today's ruling confirms what we have already known for a long time: that there is no legal basis for Poland and Hungary's claim. Nor is there a basis for the EU to continue to finance oligarchic structures or leaders who undermine the rule of law and European democracy.

Mr Commissioner, if the European Commission takes the authority of the ECJ seriously, if it takes the EU's legal order and democracy seriously, then I absolutely see no reason for any further delays in triggering the conditionality mechanism.

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Madam President, dear colleagues, I would like to ask you: no more excuses. Today, the European Court of Justice ruling finally gives a green light to the Commission to use the conditionality mechanism and enforce the rule of law in Europe. European funds should never be used to undermine the independence and impartiality of the judicial system or the prevention of conflicts of interest, or to suppress freedom of expression and media pluralism. These are the bases of our democratic Union and should be not endangered.

The Hungarian and Polish governments are now reminded that the rule of law applies to everyone and should be the main prerequisite to get the access to public money. Orbán and Morawiecki's efforts to delay the democratic process have only made it worse. That's why the Commission should trigger the mechanism without any delay. Oligarchs and subsidy fraudsters have no place in Europe.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Комисар, надявам се да сте буден, а не като Вашия колега сутринта да проспите предпологаемото руско нападение над Украйна.

Уважаеми колеги, днешното решение на Съда е позорно. Позорно е, защото няма нищо общо с правото, нито с върховенството на закона и вие добре го знаете. Ние не говорим тук за върховенство на закона, говорим за вашата ненавист, за вашата омраза към националните държави, към идеята за национална държава и вътрешен ред. И Полша, и Унгария имат правото да подреждат своя вътрешен ред, както намерят за добре. И вие, между другото, знаете отлично това, но отлично и непрекъснато се опитвате да им вменявате някаква вина, подкрепяйки малцинствата, които вие харесвате. Но забравяте, че вашият колега, вашето „зайче“ Трюдо каза, че тези, които протестират в Канада, били незначително малцинство. Е, кое малцинство е по-значително – това в Канада, това в Унгария или това в Полша?

Не, напротив! И Унгария, и Полша, и всяка една национална държава трябва да си поддържа вътрешния ред. Това е върховенството на закона, а не това, което вие се опитвате да ни вмените. То не е вярно, вие отлично го знаете, но за вас това е въпрос на оцеляване. Защото е вашият дневен ред, дневният ред на тези НПО-та, които се опитват да променят, да разрушат Европа и да я направят нещо друго, нещо различно. Ние никога няма да се съгласим с това да ни налагате вашия дневен ред, ние никога няма да позволим да ни налагате как да се държим, какво да правим и какво да говорим.

В тази връзка ще ви кажа – знам, че ще се възбудите, но така да бъде. Да живее Орбан и Фидес, да живее Качински и „Право и справедливост“, да живее България и нашата национална държава, да живее Европа на нациите!

Presidente. – (*In seguito ad alcune reazioni senza microfono all'intervento dell'oratore precedente.*) Vi prego di mantenere la calma e di evitare commenti in quest'Aula. Vi prego di mantenere un comportamento rispettoso dei colleghi e di quest'Aula. Vi ringrazio.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, pokud se chcete prát, perte se venku, ale já si myslím, že tato debata je debata o demokratičnosti institucí Evropské unie. My máme základní hodnoty. Moje rodina zažila komunismus i nacismus a všechny tyto režimy, které ve 20. století měly za následek miliony životů, se řídily nějakým právem. Ale právem zvrhlým, právem hnusným, právem, kde lidská a demokratická hodnota neměla žádnou cenu. A Evropský parlament jednoznačně nechce, aby se tyto časy kdekoliv ve státech sedmadvacítky vrátily. Proto by vlastně tato debata měla být o obecných principech, vždyť demokracie a úcta k právu je něco, co je univerzální hodnota. Takle debata nemá sloužit k tomu, abychom byli levice nebo pravice. Takle debata má sloužit k tomu, abychom si uvědomili, proč jsme tady a za co chceme bojovat. Přece oddělit exekutivu, legislativu a soudní moc to je princip, který chápe už každé dítě na střední škole. A já si myslím, že prostě chtějí po Komisi, aby to dodržovala, je prostě princip nám vlastní. A nakonec mi dovoluť vyjádřit jedno politování, že tu není předsedkyně Komise. Ano, Johannesi, my Tě tady rádi vidíme a rádi s Tebou diskutujeme, ale u této debaty, která je klíčová pro Evropskou unii, možná neklíčovější v tento čas, by měla být předsedkyně Evropské komise Ursula von der Leyen. Děkuji.

Bettina Vollath (S&D). – Frau Präsidentin, geschätzte Vertreter von Rat und Kommission, Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einer Erinnerung: Ungarn war doch das Land, in dem der Fall des Eisernen Vorhangs seinen Anfang genommen hat. Damals hat Ungarn Europas Freiheitsbewegung angeführt. Und heute? Die Freiheitskämpfer von einst sind den autoritären Versuchungen erlegen und haben aus Ungarn eine Fassadendemokratie gemacht.

Was mir am Herzen liegt: Ungarn gehört zu Europa, aber ein Teil von etwas zu sein, bringt Rechte und Pflichten mit sich. Und Mitglied der EU zu sein, verpflichtet zur Einhaltung des EU-Vertrages, und ein Grundpfeiler von diesem ist und bleibt doch hoffentlich, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte nicht verhandelbar sind. Das hat auch der EuGH mit seinem heutigen Urteil wieder deutlich gemacht.

Schön, Sie zu sehen, Herr Kommissar, aber sehr zu bedauern, dass die Frau Präsidentin nicht persönlich hier ist und an der Debatte teilnimmt. Jedenfalls gibt es jetzt keine Ausreden mehr, den Mechanismus nicht anzuwenden. Das erwartete Urteil ist da. Bitte nutzen Sie die kommenden zweieinhalb Jahre, um den Rechtsstaatsmechanismus endlich anzuwenden, das Artikel-7-Verfahren zum Leben zu erwecken, die Korruptionsstaatsanwaltschaft ins Land zu bringen, die Schikanen gegen NGOs, Journalistinnen und Journalisten sowie Oppositionelle zu beenden und eine unabhängige Justiz wiederherzustellen. Und auf all dem beharre ich nicht aus Rechthaberei, sondern weil ich unerschütterlich an ein Ungarn in Europa glaube.

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, que signifie être européen? Nous sommes certes différents par nos langues et nos cultures, mais nous partageons des valeurs fortes: l'état de droit et la démocratie sont de celles-là. L'arrêt de la Cour de justice réaffirme une fois de plus que notre Union repose sur des bases solides. C'est notre identité européenne.

Les gouvernements polonais et hongrois ont tout essayé; ils ont échoué. Nous sommes du côté des citoyens polonais, des citoyens hongrois et de tous les citoyens de l'Union, Monsieur Bellamy, oui, de tous les citoyens de l'Union.

L'Union n'est pas un supermarché où l'on achète seulement ce qui nous convient le mieux. On ne peut pas jouer les Européens quand il s'agit de recevoir l'argent européen et se découvrir nationalistes quand il s'agit de respecter nos valeurs européennes. Il n'y a donc aucune invasion, je l'ai dit aux collègues d'ECR.

Passons à l'action, donc, Monsieur le Commissaire. Ne vous cachez pas derrière des orientations. Le règlement n'a jamais été suspendu; activez-le sans délai, car c'est une urgence démocratique.

Presidente. – Prima di passare la parola all'onorevole Kuhnke per un minuto, devo dire che ci è stato segnalato che l'onorevole Dzhambazki avrebbe fatto il saluto romano in Aula.

Se questo è vero, naturalmente, noi controlleremo quello che è accaduto, solleveremo la questione e sarà ovviamente oggetto di eventuali sanzioni. Controlleremo, insieme all'amministrazione, se questa cosa è avvenuta davvero.

Ci è stato segnalato e io credo che sia assolutamente doveroso controllare perché, e lo voglio ribadire con molta fermezza, simboli e gesti fascisti non sono ammessi in alcun modo in quest'Aula. Quindi se questo fatto gravissimo è avvenuto si decideranno delle sanzioni, come merita questo comportamento molto, molto grave.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Fru talman! Dagens dom är ett starkt och tydligt budskap till Polens och Ungerns regeringar, liksom till alla andra ledare i EU:s medlemsländer som känner sig frestade att bryta mot grundläggande rättigheter och demokratiska principer.

Era försök att bryta mot våra gemensamma regler skadar våra samhällen och bryter mot våra värderingar. Er politik underminerar möjligheter för journalister, domare, minoriteter och kvinnor, och äntligen tar vi ett tydligt steg i rätt riktning, mot det ni gör. Majoriteten av medlemsländerna är överens och det kan inte enskilda regeringar ignorera.

Nu har vi verktyget i vår hand. Låt oss använda det.

Vincenzo Sofo (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, due anni fa, durante il dibattito sul *recovery fund*, fui tra i primi a denunciare l'intenzione della Commissione europea di usare i soldi dei cittadini come strumento per ricattare gli Stati, obbligandoli ad allinearsi alla sua agenda ideologica.

Un abuso di potere di cui oggi sono vittime Polonia e Ungheria, messe al muro con la minaccia dello stop ai fondi europei con la scusa della violazione del principio dello Stato di diritto.

Principio che però la UE si guarda bene dal difendere, ad esempio in Italia, dove da dieci anni vengono imposti governi senza il consenso popolare, che decidono le sorti del paese scavalcando regolarmente il Parlamento e riducendo gran parte del sistema mediatico a proprio organo di propaganda, e dove una fetta di magistratura opera per neutralizzare, con inchieste a orologeria, chi cerca di opporsi ai progetti politici del loro sistema di potere, come insegna lo scandalo Palamara.

Ma su tutto ciò l'Europa resta in silenzio, dimostrando ciò che avevo denunciato fin dall'inizio, e cioè che lo Stato di diritto, introdotto come valore a salvaguardia della democrazia, è stato subdolamente trasformato in arma per colpire chiunque osi preservare i popoli europei dall'opera di distruzione economica, sociale e culturale portata avanti da Bruxelles.

Javier Zarzalejos (PPE). – Señora presidenta, el mecanismo de condicionalidad tiene base jurídica, entra dentro de las competencias de la Unión y queda muy claramente definido por el Tribunal. Se trata de proteger el presupuesto, no de sancionar. Tiene que haber un vínculo real entre la infracción y el impacto sobre la gestión financiera. Las medidas tienen que ser proporcionadas. La aplicación del mecanismo está sujeta a requisitos procedimentales estrictos y sometidos al control del juez europeo.

No estamos ante un instrumento arbitrario, sino que se trata de un marco de seguridad jurídica tanto para las instituciones de la Unión que tienen que aplicarlo como para los Estados miembros, para todos ellos.

¿Y ahora qué? Pues ahora la Comisión y, eventualmente, el Consejo tienen que asumir su responsabilidad. El Tribunal ha hecho lo que tenía que hacer. El Parlamento ha proporcionado el instrumento legal para hacerlo. Porque, por muchos debates que tengamos, debates recurrentes, debates a veces redundantes, el Parlamento no puede ni debe llenar este vacío, ni desde el punto de vista legal ni desde el punto de vista político.

La situación —artículo 7 y condicionalidad—, en este momento, lleva camino de ser insostenible. Daña la credibilidad de la Unión, daña el significado de los instrumentos jurídicos que hemos establecido y daña la confianza y, por tanto, la disposición de los Estados para cooperar en muchos ámbitos.

No nos corresponde prejuzgar ahora qué es lo que tiene que proponer la Comisión y qué es lo que tiene que decidir el Consejo en su momento. Sí que es el momento de insistir, de exigir que haya propuestas y haya decisiones, porque en este momento lo prudente es actuar.

Katarina Barley (S&D). – Madam President, thank you, dear colleagues, dear Commissioner, the European Court of Justice has spoken, and the Commission must act now. No more holding back, no more hiding.

The European Court of Justice has confirmed today what we all knew from the very start. The rule of law conditionality is fully compliant with Union law. It is a strong mechanism to protect the budget of the European Union and the money of the people in Europe. This mechanism is a powerful tool to safeguard the rule of law in every Member State. Now is the time to act. As the European Court of Justice said today, the values of respect for human rights, democracy and the rule of law define the very identity of the European Union as a common legal order.

It also said that the European Union must be able to defend those values, and I add the European Union has to defend those values. We, the European Parliament, expect the Commission to now come forward and do exactly that – defend our shared values. The guardian of the Treaties must not let more time pass by, for example, by drafting unnecessary guidelines. The Commission must act now based on the law and on the absolutely clear cases of Poland and Hungary.

Together, we have to stop the democratic backsliding in the European Union. We have to stand up for our common values and show the people in the European Union, and in Hungary and Poland, that we are in this together. Defending the rule of law is what the citizens of Europe were promised when joining the EU. It is what we owe to the citizens of Europe.

Morten Løkkegaard (Renew). – Fru Formand! Nu er det slut. Vi skal ikke længere være til grin for vores egne penge. EU-Domstolens afgørelse i dag er en sejr. Den siger, at EU selvfølgelig har ret til at smække pengekassen i over for medlemslande, der bryder med fællesskabets spilleregler og underminerer demokratiet. Nu skal Kommissionen så følge op så hurtigt som muligt og få aktiveret retsstatsmekanismen. Der er ingen undskyldninger tilbage for at tøve. Alt for længe har regeringsslederne i Polen og Ungarn grinende hævet EU-støtte med den ene hånd, mens den anden gradvist har udhulet retsvæsenet eller forgyldt venner og familie. Men det handler selvfølgelig ikke kun om penge. Hele det europæiske fællesskabs fremtid er på spil. Det er nemlig enden på fællesskabet, hvis medlemslandene ikke respekterer domstolens afgørelser på så centrale områder som retsstaten i EU. Hvis Ungarn og Polen vil være en del af klubben, så må de acceptere de fælles regler, de selv har skrevet under på. Så enkelt er det, og det bør statslederne fra andre medlemslande cementere med klare udmeldinger nu. Og vi forventer selvfølgelig også her i Parlamentet, at Kommissionen kommer i gang med det samme. Det er slut med at være til grin for vores egne penge!

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! To bardzo smutny dzień. Traktat podeptany, suwerenność państw podeptana, a tylko dlatego, że suwerenna Polska i Węgry są największą przeszkodą do powstania Europy – federalistycznego marzenia z jednym rządem niewybieralnych urzędników. Nie podoba się wam rząd polski, to wysyłacie posła, który podobno chce obalić nasz rząd, oczywiście przy pomocy bardzo nieudolnej opozycji. Przekraczacie kompetencje, gracie fake newsami i przede wszystkim podejmujecie wygodne dla siebie interpretacje prawa. Jawnie stosujecie podwójne standardy, łajacie Polskę i Węgry, a jednocześnie zbywacie milczeniem, gdy prawa człowieka są łamane we Francji i Holandii. Krzyczycie, że trzeba bronić waszych wartości. A jakie są wasze wartości? Jakie są wasze unijne wartości? Bo nasze konserwatywne, to cywilizacja życia, ochrona życia niewinnych dzieci, ochrona i wsparcie rodziny, wolność zgromadzeń, wolność w internecie. Czy za to mamy być karani, bo nie chcemy wartości podobno postępowych Europejczyków, bo nie chcemy sędziów, którzy mają zarzuty, albo są skazani? Jakie mamy mieć wartości? Aborcję, eutanazję, surogację? Jeśli idzie o legalizację surogacji, tak, pani in 't Veld, to nie jest spór o pieniądze, pieniądze tu są tylko szantażem i pałką. To szaleńczy plan wdrażania inżynierii nowego człowieka. W ten smutny dzień mam dla państwa smutną wiadomość, po prostu się nie złamiemy.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Voorzitter, commissaris, staatssecretaris Beaune, de Europese Commissie moet onmiddellijk het conditionaliteitsmechanisme in werking stellen en dit inzetten tegen Hongarije en Polen. Het Europees Hof van Justitie heeft klare wijn geschonken; er zijn geen excuses meer voor verder uitstel. Hoe langer de Europese Commissie wacht, hoe meer onrechtmatig verkregen geld er in de zakken van corrupte handlangers en familieleden van Viktor Orbán in Hongarije vloeit en hoe meer tijd de Poolse regering heeft om het onafhankelijke Poolse rechtstelsel verder te ontmantelen.

Er moet onmiddellijk paal en perk worden gesteld aan deze aanvallen op de rechtsstaat. De Europese Commissie zegt een zaak te willen opbouwen die honderd procent onaantastbaar is. Dat in Hongarije en Polen sprake is van corruptie en problemen is echter met tweehonderd procent zekerheid vastgesteld. Het Europees Hof van Justitie heeft Europa vandaag een niet mis te verstaan fiat gegeven om de rechtsstaat te beschermen door lidstaten die de regels niet naleven, daar te treffen waar het pijn doet, met name in hun portemonnee.

Ik wil de Europese Commissie daarom vragen haar werk te doen. Tegen de lidstaten wil ik zeggen: het moet gedaan zijn met de lippendienst. Het is tijd om onze tanden te tonen en op te komen voor onze geloofwaardigheid.

Ramona Strugariu (Renew). – Madam President, today is the day when it was ruled that compliance with EU values cannot be only reduced to an obligation for candidate states before accession, and then disregarded after joining the Union. It is an ongoing obligation. It should be clear to everyone that we have a strong legal instrument that has to be used.

The Commission has absolutely no excuse to refrain from using the conditionality mechanism; neither in the case of Poland, nor in that of Hungary, or of any other government – not people – which disrespects the rule of law and EU values.

Speaking of governments, Romania has received EUR 43 billion net from the EU so far in European funds. This has transformed our society – from business to health, from education to work, from culture to our freedom. So now, denying the primacy of EU law, harassing judges, ignoring the justice reform, the Venice Commission, disregarding media freedom, reducing competences of the national anti-corruption directorate, they all put Romania at risk of losing trust and money.

I hope we will have the wisdom not to the next ones in line. President von der Leyen, I am so sorry that you are not in the room today, but starting tomorrow, we all expect the Commission to do its job.

(La discussione è sospesa)

10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Presidente. – Prima di proseguire con le discussioni, procedo alla comunicazione dei risultati del primo turno di votazioni di oggi, 16 febbraio 2022.

*(La Presidente comunica i risultati delle votazioni.)*¹

¹ Per ulteriori dettagli: vedasi processo verbale.

11. Rechtsstaatlichkeit und die Konsequenzen des Urteils des EuGH (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – Proseguiamo ora con la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sullo Stato di diritto e conseguenze delle sentenze della Corte di giustizia dell'Unione europea (2022/2535(RSP)).

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, nous sommes tous d'accord ici, j'espère, pour dire que l'état de droit doit être défendu avec scrupule et que l'Europe est une civilisation qui emporte avec elle le principe de la liberté, que nous n'avons pas le droit de négocier, même en temps de crise. Toutefois, ce respect de l'état de droit ne doit jamais devenir l'occasion d'un procès «deux poids, deux mesures», qui finit par discréditer la cause qu'il prétend défendre. Ici, nous l'avons encore vu ce soir, ce sont toujours les mêmes qui sont ciblés.

Pourtant, je connais moi aussi un pays – je le connais bien – qui vit dans un régime d'état d'exception, prévu pour durer douze jours, depuis deux ans maintenant – et ce n'est pas la Hongrie –, un pays où deux proches du gouvernement ont été nommés hier au Conseil constitutionnel – et ce n'est pas la Pologne –, un pays dont la Cour des comptes a alerté ce matin sur les finances publiques à la dérive à cause des dépenses incontrôlées d'un président de la République – hors relance, à deux mois d'une élection présidentielle –, un pays où 80 % des ordonnances n'ont toujours pas été ratifiées par le Parlement, alors qu'elles sont prises unilatéralement par le gouvernement. Ce pays, Monsieur le Ministre, c'est le nôtre. Ce gouvernement, c'est le vôtre.

Alors oui, préoccupons-nous de l'état de droit. Nous devons nous en inquiéter, car une véritable démocratie est un pays qui s'enquiert de sa propre santé du point de vue de la liberté. Mais ne faisons pas de cette cause de l'état de droit l'occasion d'un procès politique, car nous ferons toutes les fractures qui fragiliseraient l'Europe de demain.

Abir Al-Sahlani (Renew). – Fru talman! I dag har domen fallit över Polens och Ungerns regeringar. Det var på tiden. Dagens domstolsbeslut handlar om att vi européer äntligen står upp för folken i Ungern och i Polen, och inte deras regeringar. Dagens domstolsbeslut visar att polska och ungerska medborgares mänskliga rättigheter och friheter är viktiga för oss alla, angår oss alla.

Valet i Ungern, herr kommissionär, är alldeles bakom dörren här. Tänker kommissionen agera och strypa pengaflödet i kranen åt Viktor Orbán, eller kommer våra pengar fortsatt att finansiera en despot som inte längre delar våra gemensamma europeiska värderingar?

Låt mig vara tydlig. Oavsett vilka dumheter eller avskyvärda hälsningar ni håller på med, högerpopulister, kommer ni inte att kunna skrämma oss till tystnad. Vi liberaler kommer inte att tystna när mänskliga rättigheter kränks. Vi liberaler kommer inte att backa från striden om allas lika rätt och värde i Europeiska unionen.

Lena Düpont (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Ich glaube, zum Abschluss kann man das ganz gut sagen: Die intensiven Debatten hier im Haus sind Ausdruck unseres langen Ringens um Rechtsstaatlichkeit, Ausdruck einer Union, die um ihre Werte kämpft, mit der Etablierung von Instrumenten, mit der Reform von Instrumenten.

Es geht um unsere grundlegenden Werte: um Gewaltenteilung, um Neutralität von Institutionen und Verfahren, um Pressefreiheit, Minderheitenschutz, Kampf gegen Korruption, um nicht weniger als das grundlegende Vertrauen unter den Mitgliedstaaten. Wir alle hier sind mit Leidenschaft dabei, und wir haben aus guten Gründen für den Rechtsstaatsmechanismus gekämpft.

Weil so viel auf dem Spiel steht, darf uns kein Fehler passieren. Deswegen ist spätestens heute klar: Der Mechanismus muss endlich gezogen werden. Weil wir den Mechanismus das erste Mal ziehen, muss es rechtlich und politisch einwandfrei sein. Herr Kommissar, Sie haben es angesprochen: Mögliche Klagen gegen die Anwendung – gegen die Kommission für die Anwendung – dürfen nicht zum Risiko für den Mechanismus selbst werden. Aber: Mit dem wichtigen Urteil von heute ist der Weg dafür frei. Die Zeit ist mehr als reif.

Unser Ziel als Union muss bleiben: Stärken wir uns gegenseitig in der Auseinandersetzung. Konzentrieren wir uns mit voller Kraft auf diejenigen, die unsere Werte in Frage stellen.

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die auch diesmal wieder engagierte Debatte. Ich habe ehrlich gesagt nicht gezählt, wie oft wir schon darüber diskutiert haben, offensichtlich sieben bis acht Mal. Es ist auch dem Anlass angemessen. Ich möchte gar nicht so viel noch dazu sagen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Wäre ich an Ihrer Stelle oder an der Stelle vieler von Ihnen, hätte ich wahrscheinlich eine ähnliche Ungeduld. Und ich habe sie auch. Das möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Aber die Kommission und ich als der zuständige Kommissar, wir sind gehalten – gerade wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht –, unsere eigenen Prinzipien hochzuhalten und mit hundertfünfzigprozentiger Genauigkeit zu verfolgen.

Ich habe heute sehr oft in den Statements – und ich habe überall sehr sorgfältig hingehört – immer wieder gehört: Es gibt jetzt keinen Grund mehr für irgendeine Ausrede oder eine Verzögerung von Seiten der Kommission. Lassen Sie mich wirklich hier eindeutig klarstellen: Es gibt überhaupt keinen Anlass dazu, anzunehmen, dass wir irgendetwas verzögern wollen oder dass wir jetzt erst in die Gänge kommen.

Meine Damen und Herren, darf ich Sie daran erinnern, dass wir schon im Frühjahr letzten Jahres die *guidelines* entwickelt haben, Sie auch eingeladen haben – und Sie haben das auch gemacht, genauso wie der Rat –, Ihre Stellungnahme dazu abzugeben. Wir haben sie auf Basis dessen weiterentwickelt und können jetzt aufgrund des Urteils sozusagen endgültig diese *guidelines* entwickeln, die wir aber auch brauchen.

Denn zu Rechtsstaatlichkeit gehört es eben, dass es auch Rechtssicherheit gibt, wie entsprechend vorzugehen ist. Und wir haben ja auch schon im vergangenen Jahr einen Prozess in Gang gesetzt, in dem wir zwei Mitgliedstaaten um Aufklärung zu verschiedenen Fragen gebeten haben. Wir haben die Antworten vor Kurzem erhalten. Sie sind sehr umfangreich, sie sind sehr komplex. Es wird Sie nicht überraschen, dass in den meisten Punkten die Antwort 180 Grad unterschiedlich ist zu dem, was wir gefragt haben. Das muss man anschauen, das muss man analysieren. Das muss man auch noch einmal verifizieren, damit hier, sollten wir den nächsten Schritt gehen, glasklar ist, dass wir hier eine Auffassung vertreten, die dann auch gegebenenfalls bei einem Gericht, beim Europäischen Gericht, hält.

Denn auch das – das haben Sie mit Recht zum Ausdruck gebracht – ist etwas, was uns – oder der Mehrheit des Hauses – ein gemeinsames Anliegen sein muss: dass dieses Instrument ein Instrument ist, das auch funktioniert, das auch greift.

Und das bringt mich zum zweiten und letzten Punkt: Es ist heute verschiedentlich gesagt worden, das Urteil des Europäischen Gerichtshofes beeinträchtigt Diskussionen, Überlegungen, Referenden zu Kinderrechten etc. Also darum ging es ja in diesem Urteil überhaupt nicht, sondern in diesem Urteil ging es darum, festzustellen, dass ein neues Instrument in dem gesamten Werkzeugkasten der Rechtsstaatlichkeit vorhanden ist – nämlich der Konditionalitätsmechanismus, der darauf abstellt, dass, wenn es Beeinträchtigungen gibt, die die korrekte Verwendung europäischer Steuerzahlergelder beeinträchtigen, hier entsprechend vorgegangen werden kann. Wenn also Korruption im Spiel ist, dann ist das das Instrument, das zur Anwendung kommt.

Und wenn andere Rechtsstaatsprobleme gegeben sind, dann gibt es andere Instrumente. Aber wenn es um Korruption geht, dann ist es dieses Instrument. Aber Korruption oder missbräuchliche Verwendung nachzuweisen, ist eben eine Aufgabe, die da und dort eine Herausforderung darstellt, der wir aber nachkommen. Und seien Sie versichert, dass wir da nicht den geringsten Zweifel haben und Zweifel entstehen lassen, dass wir diese Dinge nicht mit Nachhaltigkeit und Engagement verfolgen. Im Gegenteil: Mit größter Inbrunst gehen wir diesen Dingen auf den Grund, weil wir jedes Interesse haben, dass Steuerzahlergelder korrekt verwendet werden, auch weil wir der Meinung sind – und ich glaube mit Recht und mit tiefer Überzeugung –, dass das ein ganz wesentlicher Beitrag ist, bei der Mehrheit der europäischen Bevölkerung das Vertrauen in die europäischen Institutionen, in die europäischen Grundsätze, in die europäischen Regeln zu stärken.

Und daher glaube ich, mich jedenfalls mit dem Großteil des Hauses im selben Boot zu befinden, dass wir diese Dinge mit Hartnäckigkeit verfolgen. Aber ich bitte Sie auch zu verstehen und um Verständnis, dass wir unsere eigenen Prinzipien, unsere eigenen rechtsstaatlichen Prinzipien, respektieren müssen, verfolgen müssen. Und ich jedenfalls lasse mich von irgendwelchen Kalendergegebenheiten nicht beeindrucken. Sobald die Dinge klar sind, werden sie umgesetzt.

Nochmals vielen Dank für die Debatte und für die weitgehend starke Unterstützung hier im Haus, für etwas, das wir in der Kommission schon seit vielen Jahren verfolgen – genauso wie dieses Haus. Und gemeinsam, bin ich überzeugt, wird das am Ende auch ein funktionierendes, ein nachhaltiges Instrument. Und gemeinsam werden wir das entsprechend einsetzen und umsetzen können – wie gesagt, im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, le commissaire Hahn a récapitulé un certain nombre d'éléments du débat. Je serai donc bref à mon tour, pour simplement constater que, sur ce sujet, il y a des sensibilités et des positions différentes. Je vous le confesse: il y en aura aussi au sein du Conseil. Néanmoins, nous ne pouvons pas, je crois, tordre la réalité et les faits.

Je voulais rappeler quelques éléments. La Cour de justice a rendu une décision, et elle nous engage tous. La Cour de justice a été claire: nous devons prendre nos responsabilités institutionnelles. C'est le cas pour la Commission européenne. C'est le cas pour le Conseil dans l'étape qui suivra. Je crois que nous devons le faire rapidement. Maintenant, la décision a apporté les clarifications qui étaient attendues et qui sont nécessaires.

Je crois que nous ne devons pas utiliser ce débat pour faire de la politique nationale ou de la mauvaise polémique, ou pour avoir une approche qui ne correspond pas à la réalité. On peut penser ce que l'on veut du débat qui va suivre. Néanmoins, l'état de droit n'est pas une notion abstraite ou inventée qui ne figurerait pas dans nos traités. Elle nous engage tous puisqu'elle figure précisément et explicitement dans nos traités. C'est sur cette base que nous devons maintenant avancer. Nous prendrons donc, encore une fois, ces responsabilités institutionnelles au sein du Conseil.

J'y ajoute une responsabilité politique, qui est la prérogative d'une présidence, qui définit un programme. Pour ce qui concerne la France, nous avons défini un programme très clair, présenté dans votre hémicycle par le président de la République, Emmanuel Macron, il y a quelques semaines. Nous faisons de l'état de droit une priorité d'action, indépendamment de ce règlement. Mais ce règlement, que nous avons voté en tant que colégislateurs, fera partie de ce programme.

J'y ajoute – je l'ai déjà dit, je serai donc bref – les procédures de l'article 7 qui continuent, ainsi que les décisions de la Cour qu'il lui appartient de prendre pour certaines procédures qu'elle a engagées ou que la Commission a parfois engagées. Enfin, nous aurons ce débat politique au début du mois de mars, que j'ai souhaité organiser en complément des outils qui nous réunissent aujourd'hui.

Je crois que nous avons l'obligation, en tout cas, de ne pas déformer la réalité. L'état de droit, c'est nos traités et les traités, ce sont des actes politiques par lesquels nous sommes réunis aujourd'hui. Nous devons donc avancer en ce sens.

Presidente. – Ringrazio il Sottosegretario Beaune e naturalmente tutte le colleghe e tutti i colleghi che hanno partecipato a questo dibattito importante.

Come ho detto, prenderemo visione dei filmati per accertare appunto che non ci sia stato in quest'Aula un saluto fascista, perché voglio ancora una volta ribadire che i simboli fascisti sono incompatibili e inaccettabili in quest'Aula, perché questa è la casa dei cittadini europei, ma anche un monumento vivo che rappresenta la vittoria dei cittadini europei contro la barbarie del nazifascismo.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà durante la prossima tornata.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – Il est regrettable que cette décision de la Cour de justice conforte le mécanisme de l'Union européenne en matière de conditionnalité liée à l'état de droit. Tout d'abord, on ne sait précisément ce que recouvre cette notion, tout du moins dans l'acception qu'on lui donne dans ce cadre — inclurait-elle, par exemple, la primauté du droit de l'Union européenne sur le droit national ? Les conséquences n'en sont pas moins drastiques, puisque du respect de l'état de droit dépendrait, en particulier, l'octroi de tout ou partie de certains fonds européens. Deuxièmement, ces sanctions semblent reposer sur un fondement juridique relativement ténu. Il est enfin difficile de ne pas percevoir un lien entre cette sévérité à l'encontre de la Hongrie et de la Pologne et les réserves affichées par ces deux États en matière d'accueil des migrants. Bref, la polémique afférente à l'état de droit confirme le tournant autoritaire de l'Union européenne — le tout pour imposer un modèle fédéral au corps défendant de tant d'Européens.

Robert Hajšel (S&D), písomne. – Zamietnutie žalôb zo strany Maďarska a Poľska proti platnosti tzv. mechanizmu právneho štátu sa dalo očakávať. Európska komisia teraz môže začať konať, ale konečné rozhodnutie bude na členských štátoch EÚ. Varšava a ani Budapešť sa tak určite nemusia obávať, že by prišli o nejaké peniaze už v nasledujúcich mesiacoch, najmä ak v Maďarsku sa v apríli uskutočnia parlamentné voľby, ktorých priebeh akákoľvek penalizácia zo strany Bruselu značne ovplyvnila. Treba ale zdôrazniť, že podľa tohto rozsudku pre zastavenie vyplácania európskych peňazí musí existovať priama súvislosť medzi porušením zásad právneho štátu a plnením rozpočtu a tak sa môže uplatňovať iba na tie oblasti porušenia, ktoré priamo súvisia s riadením rozpočtu únie. Najdôležitejšie je, aby sme za pochybenia vlád netrestali občanov ako konečných užívateľov finančných prostriedkov EÚ a tento postup musíme odteraz rovnakým metrom uplatňovať voči všetkým členským štátom.

Pierre Karleskind (Renew), par écrit. – Le règlement conditionnalité devait être un pas historique pour la protection de l'État en droit en Europe. Il n'en a rien été. Plus d'un an après son entrée en vigueur, la Hongrie et la Pologne continuent de mettre à mal l'État de droit, et la Commission se tourne les pouces. Alors nous voilà, une énième fois, en plénière pour vous répéter ce que vous savez déjà: dura lex sed lex. La loi est dure, mais il faut l'appliquer. On nous a d'abord dit qu'il fallait attendre les lignes directrices, puis que rien ne pouvait être fait avant la décision de Cour. Celle-ci vient, sans surprise, de confirmer la légalité du règlement. Alors, qu'attendons-nous ? Pendant ce temps, la Hongrie et la Pologne remplacent des juges, ferment des universités, poursuivent des journalistes et discriminent les minorités en toute quiétude, comme j'ai pu le constater lors d'un déplacement en Hongrie et en Pologne, en novembre dernier. Je vous le dis avec fermeté, nous avons perdu bien assez de temps ! Ce règlement constitue le dernier rempart face à ces états qui font fi des valeurs européennes. Agissons avant qu'il ne soit trop tard.

Leszek Miller (S&D), na piśmie. – Trybunał Sprawiedliwości oddalił dziś skargi Polski i Węgier na mechanizm warunkowości budżetowej. Potwierdził tym samym, że poszanowanie praworządności w państwach członkowskich jest ściśle związane z ochroną interesów finansowych Unii. Dotyczy to szczególnie państw, które nie są członkami Prokuratury Europejskiej, albo ostantacyjnie odmawiają z nią współpracy. TSUE stwierdził też, że poszanowanie praworządności to nie tylko kryterium, które państwa członkowskie muszą spełniać w momencie przystąpienia do Unii. Ten obowiązek jest aktualny zawsze i obowiązuje w równym stopniu wszystkie państwa członkowskie.

TSUE wytycza tu ważną linię orzeczniczą zapoczątkowaną w sprawie Repubblika. Wynika z niej, że poszanowanie wspólnych wartości przez państwo członkowskie stanowi warunek korzystania z praw wynikających ze stosowania traktatów. Po akcesji do UE nie jest zatem możliwa zmiana ustawodawstwa krajowego (w tym konstytucji), która prowadziłaby do osłabienia wspólnych wartości, w tym ochrony państwa prawnego. Jest to istotne zabezpieczenie przed reżimem autorytarnym, który mógłby pokusić się o zmianę ustawy zasadniczej, blokując dalszą integrację.

Znamienne jest, że w odpowiedzi na wyrok TSUE upolityczniony TK rozpoczął wczoraj badanie zgodności unijnego traktatu z konstytucją, żeby ograniczyć stosowanie mechanizmu warunkowości. PiS po raz kolejny zmierza do ograniczenia prymatu prawa UE w Polsce. Jeśli zdaniem PiS ta zasada nie dotyczy Polski, to znaczy, że PiS nie widzi Polski w Unii.

12. Die Prioritäten der EU für die 66. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sulle priorità dell'Unione europea per la 66esima sessione della Commissione delle Nazioni Unite sulla condizione femminile (2022/2536(RSP)).

Clément Beaune, président en exercice du Conseil. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je vous remercie pour cette occasion de procéder désormais à un échange de vues avec votre assemblée sur la prochaine session de la Commission de la condition de la femme des Nations unies.

L'une des priorités, vous le savez, de la présidence française du Conseil de l'Union européenne est l'égalité de genre. Nous sommes déterminés à faire des droits des femmes et des filles une réalité universelle. La France s'y était engagée auparavant, notamment dans le cadre du Forum Génération Égalité, qui s'est tenu à Paris au mois de juin 2021.

Beaucoup de textes législatifs en discussion visent d'ailleurs cet objectif de manière large. Je n'y reviendrai pas, mais plusieurs textes qui sont aujourd'hui même en discussion au Conseil – je pense à la représentation des femmes dans les instances dirigeantes des entreprises, ainsi qu'à la question de l'égalité de rémunération, qui a fait l'objet d'une proposition de la Commission européenne l'an dernier – sont aussi des priorités de ce semestre de présidence, dans la discussion qui s'est engagée au Conseil et se prolongera avec le Parlement européen.

Dans le contexte de la commission de la condition de la femme des Nations unies, l'Union européenne doit jouer son rôle, un rôle-clé dans la promotion d'un niveau d'ambition élevé en matière de droits des femmes et des filles, et s'opposer vigoureusement à toute tentative de saper les engagements et normes internationaux existants.

En janvier de cette année, le Conseil a adopté sa position sur l'approche de l'Union lors de la 66e session de cette Commission, qui se tient au mois de mars. Cette ambition de l'Union européenne est toujours de rester à l'avant-garde mondiale en matière d'égalité de genre et d'émancipation des femmes.

Le thème de la session, cette année, est concentré sur le lien entre les droits des femmes et l'environnement, et il arrive, je crois, à point nommé. Les inégalités entre femmes et hommes et le changement climatique constituent deux de nos défis mondiaux et européens, deux de nos défis les plus importants pour un développement durable. Il est attendu que le changement climatique – nous le savons, malheureusement – ait un impact disproportionné sur ceux et, en particulier, celles qui ont déjà des difficultés, notamment les femmes et les filles qui se trouvent dans des situations de vulnérabilité.

Le Conseil est conscient du fait que la poursuite de cette égalité de genre et celle des objectifs en matière d'environnement se renforcent mutuellement. La lenteur des avancées en ce qui concerne parfois les actions liées au changement climatique, à la transition énergétique, à la préservation de l'environnement ou à la réduction des risques de catastrophe naturelle nuit à la réalisation de l'égalité de genre, et vice versa. Dans cet esprit, le Conseil a recensé des priorités dans cinq domaines centraux, que je mentionnerai rapidement.

D'abord, accélérer la mise en œuvre des engagements internationaux que nous avons déjà pris, en matière d'égalité de genre comme d'environnement. À cet égard, l'Union devra mettre l'accent sur la nécessité d'appliquer une approche fondée sur les droits de l'homme et qui tienne compte de la dimension de genre dans l'ensemble de ses politiques et programmes, y compris lors de l'établissement de nos budgets.

Deuxième axe, central: agir contre les effets de la dégradation de l'environnement et des changements climatiques, et contre leurs impacts disproportionnés, je le disais, sur les femmes et les filles, en tenant compte de toutes les formes de discrimination et en accordant une attention spécifique aux violences sexistes.

Troisième axe: protéger et reconnaître le rôle de la société civile, notamment des défenseurs des droits qui agissent pour la lutte contre les inégalités et pour la justice environnementale.

Quatrièmement, tenir compte également des défis en matière de données et renforcer la décomposition des données et l'analyse comparée selon le genre pour soutenir les politiques environnementales. Nous manquons parfois d'informations qui distinguent selon le genre et qui nous permettent de mieux identifier les inégalités et d'y répondre.

Enfin, supprimer les obstacles à la participation des femmes et à la prise de décision, et renforcer cette participation dans le domaine de l'entreprise, dans le secteur privé comme dans les processus de décision publics et politiques.

Voilà ce que, nous semble-t-il, l'Union devrait défendre lors de cette 66e session de la Commission de la condition de la femme, du point de vue du Conseil. C'est en tout cas dans cet esprit que nous travaillons et que je serai heureux d'écouter le débat parlementaire de ce jour et la Commission européenne.

PREDSEDÁ: MICHAL ŠIMEČKA*podpredseda*

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, Minister, dear honourable Members, four months ago, world leaders and stakeholders gathered at the Glasgow Climate Change Conference, the COP26, to recommit and enhance their engagement to act firmly and rapidly on climate change.

On the gender day of COP26, the EU and Member States made the submission on the gender-differentiated impact of climate change and the role of women as agents of change. The implementation of the Paris Agreement, the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction and the UN Framework Convention on Climate Change and its Gender Action Plans, needs to take a gender transformative approach to be effective. This is why I welcome the theme of this year's Commission on the Status of Women – climate change and the need for environmental and disaster risk reduction policies – with gender equality at the centre of solutions.

Climate change, environmental degradation and biodiversity loss take a disproportionate toll on women, primarily because of the reduced access to resources. This is particularly the case for those from disadvantaged backgrounds and the poor, and is particularly acute among rural dwellers, indigenous peoples and migrants.

Effective solutions cannot be drawn without adequately taking into account the diverse voices of women and girls. Addressing climate change is a priority for the European Commission, and we stand firm on leaving no one behind. Indeed, social justice is at the heart of the European Green Deal, and gender mainstreaming is a key tool to its implementation, as is highlighted in the EU gender equality strategy and the Gender Action Plan III.

The EU climate adaptation strategy describes how climate change might worsen existing inequalities and focuses on ensuring that adaptation measures factor in the different adaptive capabilities of women and men, older people, people with disabilities, displaced and socially marginalised persons.

For the European Green Deal, the Commission integrated the gender perspective into the policies of the Fit for 55 package. For instance, the proposal for a social climate fund recognises that women are particularly affected by carbon pricing, as they represent 85% of single parent families, and calls for mainstreaming gender and equal opportunities in the social climate plans.

Under the European climate law adopted in 2021, the Commission will help disseminate science-based information about the social and gender equality aspects of climate change, including through the climate pact. The climate pact also seeks to achieve gender balance amongst climate ambassadors. Currently, the pact has 265 women ambassadors, 331 men ambassadors, and five who did not state their gender.

Reliable data is crucial, and the 2023 edition of the gender equality index of the European Institute for Gender Equality will focus on the gender issues in relation to the Green Deal. In order to effectively address gender equality in climate change, the leadership and participation of women and girls is key.

For a successful and inclusive green transition, we need women to participate in equal numbers in education, training and reskilling programmes, including in the fields of science, technology, engineering and mathematics. That will lead to these new green jobs. Evidence shows that there are direct links between environmental degradation, climate change and disasters, on the one hand, and gender-based violence on the other. Competition over increasingly scarce resources is a contributing factor to the exacerbation of violence and the threat to women's livelihoods.

The Commission on the Status of Women is therefore an opportunity to put key challenges of our time on the table and negotiate with governments from across the world on commitments to promote women's rights. It is also an opportunity to exchange best practices with our partners and to pave the way for a better, safer and more inclusive world.

Ewa Kopacz, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Równość między mężczyznami i kobietami stanowi jedną z podstawowych zasad Unii. To także fundament do funkcjonowania społeczeństwa. W idealnym świecie nie byłoby tej debaty, ale niestety w takim świecie nie żyjemy. Dzisiaj musimy dostrzec i nazwać po imieniu to, co dzieje się na naszych oczach. Wyzwania, przed którymi stoimy i które nie mogą czekać na jutro, już dzisiaj potrzebują odpowiedzi. Potrzebują wręcz, powiedziałabym, rewolucji, rewolucji o twarzy kobiety. To kobiety są inicjatorkami pozytywnych zmian. To kobiety zapobiegają konfliktom, dążą do ich rozwiązania, do pokoju, bo to one ponoszą największe koszty wszystkich negatywnych zmian. Kobiety muszą być dzisiaj liderkami zmian społecznych, dawać przykład młodym pokoleniom dziewcząt, zagrzewać do walki, uczyć i być inspiracją.

Niestety jest bardzo dużo do zrobienia. Nierówności to nadal reguła, a nie niechlubny wyjątek. W wyniku zmian klimatycznych kobiety tracą pracę, są mniej konkurencyjne na rynku pracy, przyjmują rolę opiekunek osób starszych i zapomnianych. Bardzo często nie mają wyboru, muszą akceptować swój los, a jednocześnie z coraz większym niepokojem patrzeć na to, jaka przyszłość czeka ich potomstwo. W roku 2015 w tzw. porozumieniu paryskim, na którym podjęto jedną z najważniejszych decyzji dotyczących zmian klimatycznych, tylko 9 proc. kobiet stało na czele krajowych delegacji. To o wiele za mało. A skoro skutki katastrofy klimatycznej będą bardziej odczuwalne dla kobiet, czy nie powinno to oznaczać, że powinny mieć tyle samo, a może i więcej do powiedzenia w kwestii wspierania działań klimatycznych co mężczyźni? Czy nie powinny w większej mierze decydować o swoim losie? Czasami pokój musi być zdobywany na drodze rewolucji, ale rewolucja nie zawsze musi być destrukcyjna, może być fundamentem nowego świata. I jedno chcę wam powiedzieć, uwierzcie mi, może mieć twarz kobiety.

Radka Maxová, za skupinu S&D. – Pane předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, předtím bych ráda poděkovala vám všem, kteří jste pracovali na této zprávě za skvělou práci. Podařilo se nám předložit velmi kvalitní dokument a vyjádřit postoj Evropského parlamentu v otázce propojení rovnosti žen a mužů a opatření, která nás čekají v oblasti klimatu. Klimatické změny zasáhnou všechny oblasti našich životů a je možné, že ještě více prohloubí nerovnosti. Nepříznivé dopady změny klimatu, zvýšení rizika živelných pohrom a následné zhoršení socioekonomické situace mohou vést v některých částech světa k vážnému porušování základních práv žen a dívek. Je naprosto alarmující, že dle OSN mají ženy a děti 14krát větší pravděpodobnost, že nepřežijí živelnou pohromu, než muži. Příčin je mnoho. Jsou to právě ženy a dívky, které se v některých částech světa neučí plavat, zůstávají déle s dětmi a příbuznými než vyhledají úkryt, nebo nemají přístup ke kvalitní stravě, hygieně či zdravotní péči.

Stále se v některých oblastech setkáváme se stereotypy a předsudky, které ženám neumožňují získat znalosti nutné k přežití v krizových situacích. V zemích, kde ženy nemohou bez doprovodu opustit domov, nedostávají varování od ostatních a hůře se jim uniká před ničivou pohromou. Proto zapojení více žen do krizového řízení a záchranných akcí zajistí vhodný přístup ke všem postižením a umožní při plánování zohlednit všechny pohledy. K tomu ale potřebujeme genderově citlivou analýzu a shromažďování údajů tak, aby bylo možné lépe porozumět specifickým dopadům změn klimatu a pandemie na ženy a muže a být na ně připraveni. Pokud budeme mít jen souhrnná data, hrozí, že přehlédneme velkou část naší populace.

Ze statistik také vyplývá, že 35 % žen na celém světě zažilo v určitém okamžiku svého života fyzické nebo sexuální násilí. A klimatické změny a přírodní katastrofy toto číslo bohužel jen zhorší. Velmi ohrožené sexuálním násilím jsou ženy a dívky, které musely opustit domov. Státy EU proto musí co nejdříve ratifikovat Istanbulskou úmluvu a podrobovat její ratifikaci i v dalších částech světa. Budu velmi ráda, když vyjádříte této zprávě podporu. Děkuji.

Irène Tolleret, au nom du groupe Renew. – Monsieur le Président – cher Michal –, Madame la Commissaire – chère Helena –, Monsieur le Ministre – cher Clément Beaune –, chers collègues, nous avons beaucoup de chance de vivre en Europe, où la question du changement climatique a été prise à bras-le-corps avec le pacte vert pour l'Europe, grâce auquel l'Union européenne ambitionne de devenir le premier continent neutre en carbone d'ici 2050.

Les politiques de lutte contre le changement climatique représentent un vecteur potentiellement formidable pour promouvoir l'égalité des genres. Ces deux défis, changement climatique et égalité des genres, nous devons les affronter ensemble, car ils sont intimement liés. Ils sont intimement liés parce que les femmes peuvent être les premières victimes du changement climatique – comme cela a déjà été dit –, que ce soit au niveau des catastrophes naturelles ou au niveau de l'impact du changement climatique sur les productions agricoles, la nourriture, la gestion de l'énergie au niveau domestique, voire même la gestion – dans certains pays – des transports.

Ce phénomène qu'est le changement climatique menace par exemple la sécurité alimentaire et les activités agricoles – qui sont majoritairement à la charge de femmes, en Afrique comme en Asie. Ces dernières ne possèdent pas la terre pour autant, elles n'ont pas forcément accès au crédit, et la raréfaction des ressources naturelles influe sur leur temps de travail, contribue à leur précarisation et fait que, pour compenser, les enfants sont mis au travail et les jeunes filles ne sont pas scolarisées.

Les femmes sont donc victimes du changement climatique, mais elles sont aussi vectrices de ce changement climatique. C'est là-dessus que je vous rejoins, Madame la Commissaire: le *gender mainstreaming* est essentiel. Nous devons nous donner des bases de chiffres et de diagnostics partagés dans toutes nos politiques de mise en place du pacte vert pour l'Europe et sa déclinaison au niveau mondial. C'est ce formidable défi que nous avons à relever, car l'égalité des sexes est essentielle à la lutte contre le changement climatique. C'est comme ça qu'on y arrivera tous ensemble.

Diana Riba i Giner, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, señora comisaria, permítanme empezar poniendo algunos datos más encima de la mesa: según el informe del Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, la proporción de fallecimientos entre mujeres en fenómenos climáticos extremos ocurridos en los últimos veinte años ha aumentado un 60 %, y un 80 % de los desplazados por causas relacionadas con el cambio climático desde 2010 han sido, efectivamente, mujeres y niñas. Claro que sí, la crisis climática también tiene un sesgo de género.

La igualdad de género y el cambio climático son dos de los grandes retos que pueden condicionar nuestro futuro desde un punto de vista social e incluso existencial. Y, aunque a menudo tratemos estos temas de forma aislada, están íntimamente relacionados.

Las respuestas a estos retos globales tienen que abordar los vínculos entre género, clima y seguridad, con una mirada, que sí o sí, tendrá que ser feminista y comportar el empoderamiento de todas y cada una de las mujeres de este planeta.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa deve partecipare presentando le sue priorità alla 60a edizione della Commissione ONU sullo status delle donne.

Beh, diciamo che le istituzioni europee hanno dato prova di avere un'immagine della donna che ritengo sia francamente vergognosa. Andiamo per ordine.

A novembre il Consiglio d'Europa ha portato avanti una campagna, per fortuna poi ritirata a causa delle giuste proteste, del titolo «La bellezza è nella diversità», come la libertà è...

(L'oratrice mostra una locandina e viene quindi interrotta dal Presidente).

President. – I'm sorry, Ms Sardone, I would kindly ask you to put the banners away because it is against the Rules of Procedure.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID*. – Sì, ma questi documenti sono prodotti dalla Commissione. Va bene, concludo.

Nelle ultime settimane la Commissione europea, in occasione della Conferenza sul futuro dell'Europa, ha presentato un altro manifesto dal titolo «Il futuro è nelle vostre mani», con l'immagine di una donna velata, questa. Non so se la ricorda, era della Commissione. Sì, la metto via, ma è ovunque. O voi ve ne vergognate, oppure le racconto che questa oggi è l'immagine della donna per la Commissione europea.

Concordo con lei, dovremmo toglierla. È desolante in effetti che nel 2022, per l'Europa, la musa di diverse campagne di comunicazione sia una donna islamica con il velo, perché vuol dire arretrare sui diritti, archiviando i nostri valori, la nostra cultura e la nostra identità semplicemente per compiacere agli islamici. Le do ragione! Però, se per voi il futuro dell'Europa è questo, io lo ritengo assurdo e vergognoso!

President. – I'm terribly sorry but, first of all, the banners are against the Rules of Procedure, and secondly, I would kindly ask everyone to refrain from using offensive language. It really is against the Rules of Procedure.

Margarita de la Pisa Carrión, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, no es serio que se proponga un texto en el último momento que carece de rigor jurídico y lógica interna, sin tiempo para realizar enmiendas.

Mezcla la mujer con la ideología de género y el cambio climático con una lógica imposible de descifrar. ¿Qué significa, por ejemplo, una acción climática transformadora de género efectivo? ¿Alguien puede entender de qué se está hablando? Es una locura.

Vuelvan a la realidad y bajen de las nubes climáticas donde están instalados. Dejen de obedecer a intereses globalistas con cumbres internacionales que solo persiguen utilizar a la Unión Europea como correa transmisora de movimientos globalistas promovidos por las Naciones Unidas. Atiendan a los problemas reales. Nos jugamos mucho.

Recobren el sentido común si realmente quieren apoyar a la mujer o al medio ambiente. Y olvídense de estas ideologías que corrompen la razón y la esperanza humana.

Eugenia Rodríguez Palop, *en nombre del Grupo The Left*. – Señor presidente, señora comisaria, atajar la crisis climática desde un enfoque ecofeminista debería ser una prioridad en la próxima sesión de la Comisión de las Naciones Unidas sobre la Condición Jurídica y Social de la Mujer.

Las mujeres son quienes más sufren los efectos de la emergencia climática por varios motivos: son las principales productoras de alimentos a escala mundial, aunque tienen menos tierra en propiedad que los hombres y, cuando la tienen, sus explotaciones son más pequeñas; tienen menos acceso al agua y a derechos básicos como la vivienda y la sanidad; son más pobres, porque dedican más tiempo al cuidado no remunerado y tienen peores condiciones laborales; y en muchas partes del mundo se les impide llegar a espacios de poder y tomar decisiones.

Sin embargo, paradójicamente, son las mujeres las que están llamadas a liderar la transición ecológica que necesitamos, por sus saberes, por sus aprendizajes y por las habilidades que han desarrollado cuidando de los bienes comunes y del nudo de relaciones humanas que hay alrededor de ellos.

Las mujeres mantienen unidos los vínculos entre las personas, y entre ellas y la tierra, fijan población al territorio y garantizan su conservación. Saben que dependemos unos de otros tanto como de los recursos materiales y energéticos que nos permiten sostener la vida.

La cultura del cuidado es la de las mujeres y es la única que garantiza nuestra supervivencia, porque el colapso ambiental que estamos viviendo es también el de los valores que lo han provocado: la dominación, el expolio y el crecimiento sin límites.

Sin mujeres, no hay vida sostenible en este planeta. Aprendamos de ellas.

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, climate change and gender equality are inextricably linked. Ensuring a more positive green future is a daunting task, and as women know better than most, let's use the occasion of the Commission on the Status of Women in 2022 to highlight that women can help to get us towards that more positive green future and out of the situation we are in at present.

Climate change has a differential effect, as we know, based on geography, socio-economic background and, of course, gender. Women are disproportionately impacted by the effects of climate change. Women who farm, tending crops to feed their family, may soon be no longer viable, resulting in malnutrition. And of course there's the question of women's representation, as we saw at COP26. There is also the issue of domestic violence, which often comes about after conflict, as a result of shortages caused by climate change. Ignoring women is doing a disservice. It is really robbing us of a better future, robbing society, because we know that women can be powerful agents of change at community level and right up to the top leadership, resolving conflicts and bringing people together. We need to utilise all those skills.

We know that sectors in which the majority of workers are women are generally more carbon neutral. We need to invest in that seriously – take the care economy, for example. And we know that there is a huge economic potential in involving women in the green transition. We need to gain from that. Let's not just 'blah blah blah' when it comes to climate change and gender equality, let's take action.

Robert Biedroń (S&D). – Mr President, climate change affects everyone: women, men, boys and girls. But unfortunately it affects them in different ways. Systemic discrimination has led to gender-differentiated impacts of climate change with respect to food security, health, livelihoods and even the deterioration of human rights, including sexual and reproductive health rights, making women the ones to pay the highest price.

Therefore, the procrastination must finally end. We must recognise that gender-responsive climate action goes hand-in-hand with the just transition by promoting inclusive opportunities for all in the green economy. Our policies connected with the green transition need to take into account gender-specific needs and should not negatively affect women, girls and people facing intersectional discrimination.

I am glad that our committee, as every year, will participate in this meeting. In this regard, we have to ensure that this Parliament and the FEMM Committee will be fully involved in the decision-making process regarding the EU's position at the 66th session, and in particular that our resolution is included in the final EU negotiating position.

We are representing the second-largest world democracy by population. We are the champions in so many issues. Therefore, we have obligations and responsibilities. We should have the ambition to lead for a better, equal and more just life for many girls and women around the world.

(Rozprava bola prerušená.)

13. Zweite Abstimmungsrunde

Predseda júci. – Hlasovanie bude možné od 20:00 hodiny, odtiaľ do 21:15.

Použije sa pri tom rovnaký spôsob hlasovania ako počas predchádzajúcich hlasovaní. Pri všetkých hlasovaniach sa bude hlasovať podľa mena.

Týmto vyhlasujem druhé hlasovanie za otvorené.

Ako som povedal, hlasovať môžete do 21:15.

Výsledky tohto druhého hlasovania budú oznámené zajtra ráno o 8:30 hod.

14. Die Prioritäten der EU für die 66. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (Fortsetzung der Aussprache)

Predseda júci. – Pokračujeme v rozprave o Prioritách EÚ na 66. zasadnutí Komisie OSN pre postavenie žien Vyhlásenia Rady a Komisie (2022/2536(RSP))

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Herr talman! Kommissionär Dalli! Vi vet att de som bidrar minst till klimatförändringarna är de som drabbas hårdast av dess konsekvenser. Fattiga drabbas hårdare än rika och en majoritet av världens fattiga är flickor och kvinnor. De är fattigast i världen. De är fattigast i EU. De är fattigast i Sverige. Det är de ensamstående mammorna som i första hand tvingas välja mellan att ge sina barn mat eller betala elräkningarna.

Att klimatförändringarna förstärker den ojämlikhet och de orättvisor som fanns redan innan är inget nytt. Ändå saknas viljan från den breda majoriteten att faktiskt förändra detta. Vi måste bli fler som vågar agera utifrån det faktum att ett rättviseperspektiv är en avgörande förutsättning för att bygga en hållbar framtid.

Guido Reil (ID). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich oute mich heute mal: Ich bin ein alter weißer Mann, und ich liebe Frauen. Und deswegen kämpfe ich mit vollem Herzen für die Gleichberechtigung und gegen die Unterdrückung der Frau.

Umso entsetzter bin ich, was der EU wichtig ist und worauf sie Wert legt, festzustellen: Wichtig ist der EU anzuerkennen, dass Frauen unverhältnismäßig vom Klimawandel betroffen sind. Außerdem ist es wichtig, sich für die Umsetzung gezielter Gleichstellungsmaßnahmen in Verbindung mit dem Gender-Mainstreaming in der Klimapolitik einzusetzen. Außerdem wird festgestellt, dass Frauen und Mädchen besonders häufig Klimaflüchtlinge sind, nämlich zu 80 %. Und auch ein Riesenskandal ist es, dass nur 32 % der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien Frauen sind. So ein Skandal!

Also ich persönlich habe da andere Probleme: Ich habe Probleme mit Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen, ich habe ein Problem mit Gewalt gegen Frauen, ich habe ein Problem mit sexuellen Übergriffen gegen Frauen, ich habe ein Problem mit Kinderehen, ich habe ein Problem mit Zwangsehen, und ich habe ein Problem mit Genitalverstümmelung. Und all dies findet ganz überwiegend statt zum Beispiel in Nordafrika und im Nahen Osten und in dem Land, wo die Situation am schlechtesten ist für Frauen: Das ist Afghanistan, und zwar vor den Taliban, noch zu dem Zeitpunkt, als diese Marionettenregierung da geherrscht hat, die von der EU mit 4 Milliarden Euro unterstützt wurde – 4 Milliarden! Und gebracht hat das alles nichts.

Also mir sind ganz andere Dinge wichtig. Und wir sollten uns endlich um die echten Probleme kümmern und uns mal alle ehrlich machen. Der Feind der Frau ist nicht der Klimawandel. Der Feind der Frau ist der Islam. Es ist die frauenfeindliche Ideologie des Islams.

President. – Again I would kindly remind Members to watch their language.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! No cóż, zmiany klimatyczne stanowią jedno z największych wyzwań w naszych czasach i globalne ocieplenie jest przyczyną głodu na świecie, niedożywienia, narażenia na choroby i na brak dostępu do wody. Jakie powinny być nasze priorytety na sesję w Nowym Jorku? Kiedy patrzemy właśnie na te zmiany klimatyczne, to moglibyśmy powiedzieć, że w Unii Europejskiej one dotyczą kobiety w mniejszym stopniu niż na innych kontynentach, ale w Unii Europejskiej kobiety borykają się również z bardzo poważnymi problemami. Będę wracać do tego problemu dlatego, że uważam, że jest duża obojętność na tę kwestię w tej Izbie. Otóż ciągle w Unii Europejskiej małe dziewczynki narażone są na przymusowe małżeństwa z dorosłymi mężczyznami. Skupcie się Panie na realnych problemach i wspierajmy kobiety bez względu na ich wiek, na ich status, na ich pozycję społeczną, na ich wyznanie religijne. Nie zapominajmy o małych dziewczynkach, które są brutalnie gwałcone.

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, em Portugal e na União Europeia a desvalorização das competências das mulheres persiste. Os salários, reformas e pensões que as mulheres auferem são os mais baixos, trabalham mais horas e são elas quem mais sofre a precariedade, o desemprego, desigualdades de rendimento, insegurança social e pobreza. A degradação da situação social tem também implicações na estabilidade afetiva e não está desligada do aumento da violência familiar e conjugal. No plano da participação em igualdade, os avanços alcançados têm sido tímidos, mostrando que as grandes proclamações de princípios e as grandes afirmações sobre a igualdade de direitos não se refletem, na prática, no dia a dia das mulheres.

Cumprir os direitos das mulheres significa assegurar o direito ao trabalho com direitos, igualdade salarial, a valorização profissional, a efetivação da conciliação e do equilíbrio da vida profissional, familiar e pessoal. Significa igualmente prevenir e combater as desigualdades, discriminações e todas as violências que incidem sobre as mulheres, bem como os desafios impostos pelas alterações climáticas.

Da nossa parte, continuamos a lutar para que sejam dadas respostas muito concretas a estas e outras questões cruciais.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Ministro, Senhora Comissária, Caros Colegas, a Conferência das Nações Unidas terá como temas principais as alterações climáticas, o ambiente e a redução dos riscos associados aos desastres naturais. São questões preocupantes às quais as mulheres estão particularmente expostas.

As mulheres têm um papel decisivo a desempenhar como agentes de mudança, capazes de ajudar a Humanidade no seu todo a ultrapassar estes e outros problemas dos nossos tempos. Para que isso aconteça, as questões da igualdade de género têm de estar no centro das políticas. É fundamental reforçar a presença das mulheres nos centros de decisão, tanto no setor público, como no setor privado. Deve estimular-se a sua afirmação como empreendedoras e promover a sua participação em todos os campos ligados, por exemplo, à engenharia, à ciência e à inovação.

Precisamos das capacidades de todos e de todas para atingirmos as nossas metas, tanto na luta contra as alterações climáticas, como em todos os restantes desafios que enfrentamos hoje, incluindo a construção de sociedades mais justas.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Kommissionär Dalli! Klimatkrisen är vår tids största utmaning och vi vet att kvinnor och flickor drabbas hårdare av krisen, men att de samtidigt visar ledarskap i klimatomställningen. Trots det tar vi inte till vara på kvinnors och flickors kompetens, kunskap och engagemang när vi nu ska ställa om. Kvinnor är underrepresenterade också när det gäller klimat och miljö. För att lyckas med klimatomställningen och bidra till klimaträttvisa måste jämställdhet och kvinnors rättigheter beaktas.

När FN:s klimatkommission nu genomförs i mars kräver vi socialdemokrater att EU visar och tar ledarskap. Genom att integrera jämställdhetsperspektivet kommer vi att kunna påskynda och stärka en klimatomställning som är hållbar och rättvis för alla, för klimat och jämställdhet måste gå hand i hand.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Mr President, our response to climate change is a magnifying glass for gender discrimination around the world, but also in our own institutions. Eighty per cent of the people displaced by climate change are women. Only 10% of the aid provided for local solutions goes to women, and only 0.2% of the funding goes to women-led organisations. While women are most affected by climate change, they receive the least support. And even though women prioritise climate action higher than men, they still do not sit at the key decision-making tables. In recent COPs women only received one quarter of the speaking time in plenary, and amongst the chief negotiators, women are largely absent, packed off into informal track-two workshops.

So when it comes to climate change or climate action, we are doing the same old mistakes on resources and representation. I hope the upcoming UN Commission on the Status of Women is the moment to change that, because it needs to change profoundly.

Nicola Procaccini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, si discute dell'impatto dei cambiamenti climatici sulla condizione femminile e io, francamente, non riesco a capire come il riscaldamento globale possa avere un impatto diverso a seconda del genere sessuale.

Credo anche che in questo testo vi sia una visione discriminatoria delle donne, come quando si sovrappone la loro condizione con quella LGBTIQ, ignorando il fatto che una donna è una donna, a prescindere da chi ami o da chi sia attratta sessualmente.

In un altro passaggio si invita il Consiglio a riconoscere che ci sono dei mestieri tipicamente femminili, per esempio l'assistenza, e come questi siano neutri in termini di emissioni di CO₂ nell'aria, e qui siamo al surrealismo.

Peccato, perché oggi poteva essere l'occasione per parlare di disparità salariale, della violenza contro le donne, dei diritti violati delle bambine, dello sfruttamento riproduttivo. Invece questo dibattito sembra una barzelletta che non fa nemmeno ridere.

Malin Björk (The Left). – Herr talman! Klimatpolitiken måste ha ett jämställdhetsperspektiv. En effektiv klimatpolitik borde i Sverige, i EU, globalt kräva att kvinnor är med vid förhandlingsborden. Att kvinnor får inflytande över vilka politiska och tekniska lösningar som ska prioriteras.

Om vi tar ett jämställdhetsperspektiv ser vi också mycket tydligt hur klimatet hänger ihop med ett rättviseperspektiv. Vi ser rent konkret hur vi skapar motståndskraftiga och hållbara samhällen, både socialt och ekologiskt.

I vänstern har vi ett program som får ihop dessa delar. Vi ser behovet av att skydda naturen och anta ambitiösa klimatmål. Vi ser att vi måste ställa om vår produktion, vår industri, om vi menar allvar med att vi faktiskt ska klara klimatet. Vi ser behovet av att investera i omsorg, i välfärden, i det som får samhället att hålla ihop, där kvinnor också är i majoritet bland dem som arbetar. Vi ser att vi måste fördela resurser på ett sätt som är betydligt mer rättvist, och där de som förorenar mest måste bidra mer till omställningen.

Det är, mina vänner, en feministisk, röd och grön klimatomställning.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Równość płci jest jedną z fundamentalnych wartości Unii Europejskiej. Myślę, że możemy śmiało powiedzieć, że jesteśmy liderem promowania tej idei, dzięki której dążymy do bezpieczeństwa, pokoju, wzrostu gospodarczego czy poprawy środowiska. Nie ma wątpliwości, że istnieją powiązania pomiędzy płcią a zmianami klimatu i wyzwaniem środowiskowymi. Wszystkie badania i dane pokazują, że to głównie kobiety i dzieci są ofiarami konfliktów, zmian klimatycznych oraz sporów o zasoby naturalne. Z drugiej strony pełne i równe uczestnictwo kobiet w podejmowaniu decyzji politycznych, finansowych, także tych dotyczących zrównoważonego rozwoju oraz walki ze zmianami klimatu, ma znaczący wpływ na pozytywne efekty podejmowanych działań.

I chociaż kobiety coraz częściej mają wpływ na kształtowanie przemian gospodarczych, to jednak zakorzenione postawy społeczne znacząco te zmiany spowalniają. W wielu miejscach kwestionuje się prawa kobiet, ogranicza dostęp do rynku pracy, edukacji, opieki zdrowotnej. Powszechna jest przemoc wobec kobiet, także ta seksualna, którą dodatkowo pogłębiła pandemia Covid.

Mam jednak nadzieję, że wdrażane strategie i programy, mam nadzieję, że postawy młodego pokolenia, mam nadzieję, że aktywność wielu organizacji pozarządowych, którym chciałabym z tego miejsca podziękować, i mam nadzieję, że odpowiedzialność mądrych polityków zwiększą świadomość społeczną i przyczynią się do rozwiązania problemu nierówności i wsparcia pozytywnych zmian i przemian.

Evelyn Regner (S&D). – Mr President, dear Commissioner Dalli, dear Secretary of state, climate emergency is our reality, as well as gender inequality and both are intrinsically linked. But so is the solution. When we take gender-responsive climate action, we further close gender inequalities. When we have more women in decision-making, we have better, more effective decisions also on climate mitigation and when we empower women, especially in indigenous communities, we protect Mother Nature.

So yet, let us not forget Europe claims to be a leader in both fields. But we still are far from reaching equality and climate neutrality. The upcoming UN Session on the Status of Women in March is the place where we can show the commitment, but also take the necessary action.

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la pandémie de COVID-19 a empêché la mise en œuvre d'une action climatique efficace et a ainsi conduit à l'exacerbation des inégalités sociales et de genre déjà existantes. Le changement climatique et l'égalité des genres sont liés. L'inégalité entre les sexes, associée aux crises et aux catastrophes climatiques et environnementales, affecte surtout de façon disproportionnée les femmes qui sont victimes de discriminations intersectionnelles, telles les femmes avec un handicap, les femmes noires ou encore les femmes âgées. Avec le dérèglement climatique, les femmes sont nombreuses à s'être retrouvées dans des situations de vulnérabilité et de précarité extrêmes.

Nous craignons par ailleurs que les effets néfastes du changement climatique, souvent accompagnés par la détérioration de la situation socio-économique des femmes, ne puissent entraîner de graves violations de leurs droits fondamentaux. C'est pourquoi l'Union européenne doit adopter une position claire et unifiée sur les moyens de parvenir à la réalisation de l'égalité des sexes dans le contexte de la lutte contre le changement climatique. Ce n'est que par une participation significative et effective des femmes et des filles, dans toute leur diversité, aux organes de décision à tous les niveaux que nous parviendrons à une réelle transition climatique.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, η ισότητα των δύο φύλων είναι υπόθεση όλων μας. Είναι υπόθεση της κοινωνίας μας, είναι ζήτημα πολιτισμού, αλλά πρωτίστως είναι υπόθεση της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η ιδρυτική διακήρυξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που είναι το «σύνταγμα» της Ευρωπαϊκής Ένωσης, καθόριζε ότι χωρίς εκπτώσεις, καθυστερήσεις ή ελλείψεις, όφειλε η Ευρωπαϊκή Ένωση να εφαρμόσει την ισότητα των δύο φύλων.

Είμαι περήφανος Ευρωπαίος, γιατί θεωρώ την Ευρωπαϊκή Ένωση ως το καλύτερο, το μεγαλύτερο, το ισχυρότερο, το σημαντικότερο επίτευγμα της ανθρωπότητας. Ωστόσο, η μη επίτευξη αυτού του στόχου, που καθορίζεται στις Συνθήκες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αποτελεί το μεγάλο χάσμα, όχι των φύλων, αλλά των διακηρύξεων της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τις πράξεις. Δεν είναι δυνατόν να περιμένουν οι Ευρωπαίοι πολίτες εδώ και 65 χρόνια να εφαρμοστεί η ισότητα των φύλων, όπως απαιτεί η Συνθήκη της Ρώμης από τις 25 Μαρτίου 1957, και επί του παρόντος να προβαίνουμε μόνο σε ωραίες διακηρύξεις, ωραίους λόγους και εκκλήσεις, ενώ μέχρι σήμερα δεν έχει επιτευχθεί η ισότητα των φύλων. Οι αριθμοί είναι συντριπτικοί.

Αυτό που αναμένουμε εμείς εδώ, στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, αλλά και τα 500 εκατομμύρια πολίτες είναι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή και το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο να έρθουν στην επόμενη συνεδρίαση και να μας δηλώσουν ότι η ισότητα των φύλων επιτεύχθηκε ή, τουλάχιστον, να δεσμευτούν η Ευρωπαϊκή Επιτροπή και το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο ότι θα επιβάλλονται κυρώσεις σε όσα κράτη μέλη δεν εφαρμόζουν την ισότητα των φύλων. Όμως, όταν ακόμη και τα ίδια τα ευρωπαϊκά θεσμικά όργανα, τα όργανα και οι οργανισμοί της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν εφαρμόζουν την ισότητα των φύλων, πώς αναμένουμε ότι θα εφαρμοστεί σε όλες τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Καταθέτω την πρότασή μου και αναμένω από εσάς, κυρία Επίτροπε, να την εφαρμόσετε.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, según las Naciones Unidas, las mujeres, niñas y niños tienen catorce veces más probabilidades de morir en un desastre climático que los hombres, y no es porque, como se ha dicho aquí, haya diferencias biológicas sino porque las mujeres siguen siendo, o seguimos siendo, en mayor medida las responsables prioritarias de las criaturas, y eso nos hace más vulnerables. También porque tenemos acceso a menos recursos, y eso explica también que constituyamos el 80 % de las personas desplazadas por el cambio climático. Por ello, debemos incluir esta mirada feminista para combatir el cambio climático y para que las transiciones que acometemos sean realmente transiciones justas y aborden, y no alimenten, no incrementen, las desigualdades.

Por ello, necesitamos hacer un ejercicio de inteligencia colectiva en favor del planeta y al servicio del bien común, incorporando a más mujeres a la toma de decisiones. Las mujeres y los hombres socialistas proponemos un trabajo constante por las transiciones justas, y nuestro compromiso, sin duda, es por un modelo progresista, sostenible, que impulse desde la igualdad y la justicia social una acción climática transformadora.

Alessandra Moretti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, si tende a dipingere il femminismo come ridondante e superato. Io invece sono convinta che le battaglie femministe abbiano oggi più che mai bisogno delle nostre forze.

La sfida attuale per eccellenza è quella del cambiamento climatico, una minaccia che pende sulle nostre teste ma soprattutto sulla testa delle donne. Molti paesi strutturati secondo schemi patriarcali intrappolano le donne a ruoli marginali, come la gestione delle terre sempre più aride o l'approvvigionamento di risorse sempre più scarse.

I grandi summit internazionali devono elaborare proposte e strategie concrete per sostenere le donne di fronte al cambiamento climatico, affinché non siano costrette a migrare, andando incontro a violenza, sfruttamento, a vedersi negato l'accesso ai diritti e ai servizi sanitari, compresi quelli sessuali e riproduttivi.

Serve offrire alle ragazze opportunità di studio nelle materie STEM, che rappresentano il futuro nella gestione del cambiamento climatico.

Essere femministi oggi, colleghi, è importante perché significa lottare per un mondo più equo, più libero, più civile e sicuro per la metà della popolazione mondiale.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, não há um único país no mundo que tenha atingido a igualdade de género. Estima-se que 70% da população mundial mais empobrecida sejam mulheres, que duas em cada três pessoas que não sabem ler nem escrever sejam mulheres e que, apesar de mais de 40% dos trabalhadores agrícolas serem mulheres, estas possuam menos 20% dos terrenos. São estas as razões que explicam esta discussão que estamos aqui a ter hoje. Estas desigualdades que fazemos com que as mulheres sejam mais vulneráveis às alterações climáticas e como são mais vulneráveis, normalmente e infelizmente, em qualquer crise.

Precisamos, por isso, de ter mais dados desagregados por sexo, de garantir a presença de mulheres nas mesas de decisão e de assegurar, sobretudo, que todas as políticas climáticas, ao nível europeu e internacional, têm em conta o seu impacto nas mulheres.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, the priorities which honourable Members underline are indeed key to address the issues at stake. Women and girls must be agents of change and drivers of sustainable solutions when it comes to climate change, environmental degradation and disasters.

Together, we will continue to push for a human rights based and gender responsive approach towards climate change based on the actions laid down in the European Green Deal. Together, we will ensure strong outreach to build allies and truly use our leverage. Civil society organisations, including women's organisations, human rights defenders and youth organisations, have been of crucial importance in defining our policies.

I am looking forward to continuing the cooperation during the Commission on the Status of Women. Let us build a world of equality where more women and more girls can speak up and act as role models as part of a positive contribution towards fighting climate change.

SĒDI VADA: ROBERTS ZĪLE*Priekšsēdētājas vietnieks*

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, vous avez parfaitement résumé les enjeux et les débats. Nous avons, en vue de cette Commission des Nations unies, des valeurs européennes à porter. J'ai rappelé les travaux qui avaient été engagés et conduits au Conseil, au mois de janvier, pour définir cinq axes prioritaires – je crois qu'ils se retrouvent largement dans la plupart des interventions qui ont été exprimées cet après-midi – que nous devrons poursuivre.

L'Union européenne n'est crédible au niveau international que si elle défend, au sein même de son périmètre géographique, historique et culturel, ses valeurs, en particulier l'égalité de genre.

Nous pouvons faire plus. La présidence française, je l'ai indiqué, fait de ces textes législatifs qui concernent l'égalité de genre une priorité absolue. Nous y travaillerons et je suis évidemment prêt à en rendre compte devant votre assemblée aussi souvent que possible. Cette crédibilité à l'intérieur de nos frontières est essentielle pour que nous puissions porter avec efficacité ces messages à l'extérieur de nos frontières et au niveau international. Merci de votre engagement, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés.

Sēdes vadītājs. – Ar šo šī debate ir slēgta.

Pirms es runāšu par nākošo dienas kārtības jautājumu, atļaujiet man ar jūsu piekrišanu pateikt dažus vārdus. Šī ir mana pirmā sēde, ko es vadišu šeit, plenārsēdē. Tas ir liels gods. Paldies par atbalstu! Un īstenībā tas ir gods arī ne tikai man kā deputātam, bet arī tas, ka pirmo reizi šeit, Eiropas Parlamentā, vadot sēdi, izskanēs latviešu valoda, kas ir manas tautas, manas valsts oficiālā valoda. Tā kā šī ir ļoti būtiska diena, arī es domāju — ne visai lielai tautai, bet, protams, ļoti godājamai tautai Eiropas Parlamentā, valstī. Un ļaujiet man darīt labāko un efektīvāko veidu, kā vadīt sēdi.

Rakstiski paziņojumi (171. pants)

Laura Ferrara (NI), *per iscritto*. – La 66esima sessione della Commissione delle Nazioni Unite sulla condizione femminile ci offre un'occasione di confronto globale per identificare sfide e formulare impegni da attuare nella promozione dell'eguaglianza di genere e dell'emancipazione delle donne nel contesto dei cambiamenti climatici e delle catastrofi ambientali.

Questi fenomeni sono una costante minaccia per i popoli del pianeta e hanno ripercussioni sproporzionate sulle donne, in particolare per quelle in situazioni di vulnerabilità ed emarginazione, attraverso disuguaglianze nell'accesso a risorse e servizi essenziali, povertà, conflitti, violenze, discriminazioni e flussi migratori.

Le azioni dirette alla neutralità climatica e all'indipendenza dalle energie fossili dovranno tenere conto delle specifiche esigenze legate al genere, affinché le opportunità emergenti nella transizione verde siano ugualmente vantaggiose e accessibili. Un rinnovato impegno nella lotta per la rimozione degli ostacoli strutturali e culturali che generano ineguale partecipazione delle donne ai processi decisionali, ai mercati del lavoro e disparità retributive, consentirà pari possibilità di contribuire ad un'economia sostenibile e inclusiva, alla prosperità e al benessere delle società.

Cindy Franssen (PPE), *schriftelijk*. – Volgens cijfers van de VN zijn sinds 2010 jaarlijks gemiddeld 21,5 miljoen mensen ontheemd geraakt als gevolg van natuurrampen die voortkomen uit de klimaatverandering. Maar liefst 80 % van de ontheemden zijn vrouwen en meisjes. Het is hoogdringend dat deze problematiek onder de aandacht wordt gebracht tijdens de jaarlijkse zitting van de VN-Commissie voor de positie van de vrouw. De klimaatverandering treft vrouwen in verhouding harder. Daar komt bovenop dat vrouwen nog steeds ondervertegenwoordigd zijn in de nationale besluitvormingsorganen inzake klimaatverandering, en wereldwijd slechts 32 % van de beroepsbevolking voor hernieuwbare energie vertegenwoordigen. Het is de hoogste tijd dat we met genderresponsieve maatregelen komen tegen ontheemding, armoede, mensenhandel, gendergerelateerd geweld en voedselonzeekerheid. Daarom moeten we meer dan ooit inzetten op gerichte gendergelijkheidsinitiatieven zoals gendermainstreaming in de Europese Green Deal. Ten slotte moeten we extra inspanningen leveren opdat vrouwen een prominentere rol kunnen spelen in het klimaatbeleid.

15. Ein EU-weit harmonisiertes Konzept für Reisebestimmungen (Aussprache)

Sēdes vadītājs. – Nākamais darba kārtības punkts ir Komisijas paziņojums “Saskaņota Eiropas Savienības pieeja attiecībā uz pasākumiem ceļošanai” (2022/2537(RSP)).

Vēlos atgādināt deputātiem, ka nevienās šīs sesijas debatēs nebūs brīvā mikroфона procedūras un netiks pieņemtas zilās kartītes.

Turklāt tāpat kā nesenajās sesijās ir paredzēts organizēt attālinātas uzstāšanās no Parlamenta vietējiem birojiem dalībvalstīs.

Vēlos arī atgādināt, ka sēžu zālē arī turpmāk būs jāuzstājas no centrālās tribīnes. Tāpēc aicinu jūs sekot līdzi runātāju sarakstam un doties pie centrālās tribīnes, kad tuvojas jūsu uzstāšanās laiks.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, bon retour, Mesdames et Messieurs les Députés, merci de m'avoir invité à ce débat relatif au besoin d'une approche européenne concernant les mesures relatives aux voyages pendant la pandémie de COVID-19. Comme vous le savez, cette pandémie a provoqué des perturbations exceptionnelles et elle nous a obligés à accepter des limitations temporaires de nos libertés dans l'intérêt général. Nous avons accepté ces limitations en sachant qu'elles étaient nécessaires pour protéger les plus vulnérables d'entre nous et la pérennité de nos systèmes de santé.

Depuis le début de la pandémie, la Commission travaille avec les États membres pour s'assurer que, grâce à une meilleure coordination, nous pouvons limiter l'impact des restrictions sur les déplacements au sein de l'Union européenne. L'adoption du certificat COVID numérique européen par votre Parlement et par le Conseil en juin de l'année dernière, sur proposition de la Commission, a été l'une des étapes importantes de cet effort.

Le certificat européen a démontré que l'Union peut apporter des avantages concrets aux citoyens, et ce, en un temps record. Il a facilité les déplacements des citoyens européens pendant la pandémie en leur fournissant un document fiable et reconnu dans l'ensemble de l'Union. Nous avons eu à cœur que le certificat soit gratuit et facilement accessible pour les citoyens, et que la protection des données fasse partie intégrante du système mis en place. Nous avons aussi veillé à ce que ce mécanisme soit temporaire.

Les chiffres démontrent le succès du certificat: en un peu plus de sept mois depuis sa mise en place, les États membres ont émis près de 1,3 milliard de certificats, et de nombreux pays tiers se connectent progressivement au système européen, le seul qui soit opérationnel au niveau international. Nous avons 35 pays tiers déjà connectés, et, pour le moment, nous évaluons les demandes de 22 autres pays.

Aujourd'hui, il est difficile d'imaginer un scénario alternatif, qui aurait été très probable sans le certificat européen: 27 systèmes nationaux potentiellement incompatibles, ou un système géré par des entreprises technologiques étrangères qui collectent et utilisent les données de santé des citoyens. Tout cela ne répondrait pas à nos attentes.

On 3 February the Commission therefore proposed to extend the EU certificate by a year. The reason is simple: we cannot predict how the pandemic will evolve. Therefore, we cannot predict when Member States will have lifted all travel restrictions, such as requesting proof of vaccination or a negative test. If we were to dismantle the system now, it would not be available to EU citizens to travel within the Union during the summer and in the second half of this year. The citizens would not be able to rely on the certificates should they still face travel restrictions from Member States. And they would rightly wonder why we prematurely ended a system that works and that everybody is now familiar with.

However, this extension of our system of the EU certificate should not be confused with the issue of maintaining travel restrictions. I want to be clear that the regulation on the EU certificate never obliges Member States to impose any travel restrictions. The Commission strongly supports Member States' decisions to lift such restrictions wherever possible. Extending the regulation does not prevent them at all from doing so. The Commission's line has been clear since the beginning: as soon as free movement restrictions are no longer necessary and proportionate, Member States should lift them.

Some Member States may consider it necessary to maintain certain restrictions for reasons of public health. We will continue to push them to implement the approach agreed upon in a recent revision of the Council recommendation on free movement. The basic idea is that with a valid EU certificate, I should be able to travel without additional restrictions in the entire European Union. At the same time, the Commission has not proposed to include in the EU Digital COVID Certificate Regulation detailed rules on travel restrictions – and a legally binding framework relating to restrictions in EU law could even be counterproductive. In fact, it would be very difficult to adapt it in the light of new developments and differing situations in the Member States. But, as I said, be sure that the Commission monitors the situation closely and that we maintain a certain level of coordination, notably thanks to the Council recommendation.

Turning back to our legislative proposal, the extension of the certificate by one year is at its centre. Apart from that, the Commission is proposing a very few improvements to this system. First, we propose that Member States could issue test certificates also for lab-based antigen tests. This would increase the types of test that can be used for the issuance of EU certificates.

Second, we propose a specific provision for participants in clinical trials. The fact that we all can profit from safe and effective vaccines is in great part due to the willingness of volunteers to take part in such trials. They should be able to receive an EU certificate. We cannot risk discouraging volunteers from participating in clinical trials. Of course, our approach needs to ensure the scientific integrity of the trials.

The decision to extend the EU certificate is now in the hands of the Parliament and the Council. I'm looking forward to continuing our excellent cooperation on this file.

Let me also say a few words about the domestic use of the certificate. As the Commission has said from the beginning, the decision on if and how to use the EU certificate at the domestic level is a public-health decision of each Member State. When taking such decisions, national authorities need to take into account different elements and the use of COVID certificates must fit the health policies of the Member States. A one-size-fits-all approach at EU level would be unrealistic and most likely again, even counterproductive. I doubt that those who disagree with the way the certificate is used in the Member States would want this to be decided at EU level, and banning the use of the EU certificate for domestic purposes would only lead to separate systems of national certificates to the detriment of EU citizens who travel within the Union. This is not to say that the Commission is not aware of the practical difficulties faced by some travellers during the pandemic.

Lately, we have seen Member States adopt different validity periods for COVID certificates, in particular in response to scientific evidence about the waning protection of the primary vaccination series. To ensure a coordinated approach in the context of travel, the Commission has swiftly adopted a delegated act, establishing a uniform acceptance period. This delegated act entered into force on 1 February. We have also called on Member States to align their domestic validity periods accordingly, but we are not competent to oblige them to do so as regards the domestic use of the certificate.

The Commission is also working on other improvements to the EU system. We plan to adopt a delegated act allowing Member States to issue recovery certificates based on high-quality rapid antigen tests. We intend to do so and to do this swiftly. We need to make it easier for citizens who test positive during the Omicron wave to receive a recovery certificate. This objective to act quickly is the reason why we did not include this aspect in all legislative proposals to extend the regulation.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, avec les vagues des variants Delta et Omicron, nous avons traversé l'une des périodes les plus intenses de la pandémie. Cela a inévitablement eu un impact sur l'exercice de la libre circulation. Soyez assurés que la Commission poursuivra ses efforts pour soutenir la coordination des mesures prises par les États membres. Si nécessaire, nous proposerons d'autres modifications aux recommandations applicables en la matière.

Notre objectif a toujours été et sera toujours le même: un retour à une libre circulation sans restriction, dès que possible. Bien que je sois fier de ce que nous avons réalisé avec le certificat européen, j'attends avec impatience le jour où il ne sera plus nécessaire pour se déplacer, parce que cela signifiera que nous avons enfin surmonté la pandémie. Je vous remercie et je suis évidemment à l'écoute de vos observations, de vos remarques et de vos propositions.

Cláudia Monteiro de Aguiar, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, muitos consideraram este debate extemporâneo. Porquê debater agora esta coordenação de viagens quando já diversos Estados-Membros declararam o fim das restrições? Facto é que a livre circulação de cidadãos no espaço europeu e a disparidade de medidas em torno de viagens e turismo continuam a ser regra e não exceção.

Em dezembro, a Comissão estabeleceu a validade do Certificado Europeu em nove meses para a circulação, sem contar com a dose de reforço, mas deixou a decisão aos Estados-Membros sobre a validade e o propósito do mesmo para uso nacional. Na prática, um cidadão pode viajar para Itália com o certificado de vacinação, com duas doses, mas não pode ir ao restaurante, a uma farmácia, apanhar um comboio sem fazer um teste PCR ou rápido. E poderia enumerar aqui outras discrepâncias em diferentes Estados-Membros.

Como é que é possível, volvidos dois anos da declaração da pandemia, esta falta de coordenação? Nenhum cidadão europeu entende. Depois espantam-se quando ouvimos que as instituições europeias estão distantes da realidade. A Comissão falha ao não colocar a validade do certificado para viagens ou a utilização nacional de nove meses para todos. Não deveríamos estar a incutir clareza e confiança em quem viaja? O Conselho falha também: por um lado aprova recomendações, mas os Estados-Membros depois não as aplicam. Exemplos: a aplicação de medidas ao passageiro e não à situação epidemiológica do país de origem é só aplicada em alguns Estados-Membros. Outros fazem tábua rasa destas recomendações que aprovaram. E pessoas vacinadas obrigadas a fazer testes e, no caso de países terceiros, a fazer quarentenas.

É difícil entender estes critérios. Esta descoordenação e este ziguezaguear, algumas vezes sem base científica, são o pior inimigo da recuperação da confiança e geram incertezas a quem viaja. Prejudicam o setor do turismo e viagens e prejudicam os cidadãos. O Parlamento insiste, uma vez mais, na urgência desta coordenação. Sem esta, a recuperação dos destinos turísticos demorará ainda mais. E, não esqueçamos, para terminar, que a União precisa dos viajantes internacionais. Se para um europeu é já um constrangimento a multiplicidade de regras, para alguém de fora da Europa ainda se torna muito mais complexo.

Петър Витанов, *от името на групата S&D*. – Господин Председател, въпреки че вече две години живеем в пандемия, несигурностите продължават да са много. Свидетели сме на почти непрекъснати промени на мерките за пътуванията, а естеството на пандемията е такова, че докато се въведат забраните за пътуване, вирусът вече се е разпространил и ефектът от ограниченията е минимален, а икономическата и социална цена – твърде висока. Комисията и държавите членки трябва да положат усилия за пълно хармонизиране на правилата за европейския цифров сертификат, особено по отношение на валидността му и премахването на допълнителните пречки пред пътуващите.

Допълнителна несигурност и хаос предизвикват националните мерки, които редица държави предприеха по отношение на достъпа до ресторанти, културни обекти и други, като например това, че правилата за валидност на тези сертификати се различават драстично между държавите членки. Може да имате сертификат, който е валиден за посещение на театър във Франция, но с него не може да отидете на ресторант в България. Хаосът и различните правила не са просто досадна пречка за туризма и цената не се измерва само със загубени пари от авиокомпаниите или от ресторанти. Това е огромен имиджов проблем за Европейския съюз и за свободното придвижване между държавите членки, което е едно от най-големите достижения на Европейския съюз. Липсата на хармонизация на мерките успешно се използва за подкопаване на доверието в европейските институции и в европейския проект като цяло. Ако Комисията и Съветът са сериозни и отговорни в работата си, трябва да вземат спешни мерки.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner, not just for his introduction, but also his good efforts in this area. But it's a pity that the Council isn't here because I think we have to conclude that the Commission is doing its homework, Parliament is doing its homework, we are trying to actually eliminate the barriers for free travel for citizens, but it's national policies and national governments that are unilaterally changing their rules every day and they are creating barriers.

You said that we don't want a one-size-fits-all. As a matter of fact, I think citizens are clamouring for a one-size-fits-all, at least when it comes to this. They want to travel easily and freely. There are people who have to cross borders because of their work. There are people who are living in border areas. We had the debate last time.

If we are going to extend the duration of the regulation then I think we have to come back to the debate on more harmonisation, and I think Member State governments also have to take their responsibility. The very least they should do is have some sort of common consultation and not each one for himself because you cannot explain it to people anymore. The virus doesn't know nationalities, it doesn't know borders and it doesn't know passports. It only makes a difference between individuals and it doesn't recognise where you're coming from or where you were born.

One last question to the Commission is about enforcement because, quite frankly, we worked very hard last year to get this regulation in place, but I wonder about enforcement. We see that national Member States are taking measures, and I wonder if the Commission actually assesses whether those measures are in line with the agreement that we laid down in the regulation. I get the distinct impression that it's not.

Anna Deparnay-Grunenberg, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Als Tochter einer Französin und eines Deutsch-Schweizers, der heute in Spanien lebt, wohne ich selber in Süddeutschland. Und wie Sie, verehrte Kollegen, arbeiten wir in Belgien und in Frankreich. Und es geht natürlich nicht nur uns Parlamentariern so, sondern viele Menschen in der EU leben und arbeiten eben grenzüberschreitend.

Seit zwei Jahren sind wir in dieser Pandemie durch eine schwere Krise gegangen. Und an dieser Stelle noch mal mein herzliches Beileid an alle, die einen lieben Menschen verloren haben oder die sehr gelitten haben oder noch leiden. Sich als Europäerinnen und Europäer in unseren Binnengrenzen frei zu bewegen, ist und bleibt in unserer DNA. Und auch wenn es aus sanitären Gründen manchmal eben kurzfristig nicht möglich war, hat die EU bisher alles getan, es zu ermöglichen. Das einheitliche COVID-Zertifikat war schnell da und hat einiges erleichtert.

Heute ist jedoch die Pandemie unterschiedlich akut, und vor allem die nationalen Regeln sind eben immer konfuser. Deswegen meine Fragen an Sie: Was kann die Kommission konkret tun, um die heutigen Bestimmungen zu harmonisieren und vor allem Klarheit für die Bürger und Bürgerinnen zu schaffen? Wie kann die Kommission gewährleisten, dass die Nutzung der Zertifikate verhältnismäßig und evidenzbasiert bleibt? Und meine letzte Frage: Warum schlagen Sie, verehrte Kommission, nicht ein wahrhaftiges *impact assessment* vor? Wir könnten da die Schwachpunkte vielleicht des gewählten Tools oder der Annahmen finden. Oder welche Mechanismen in den Mitgliedstaaten hätten geholfen, das Zertifikat besser zu koordinieren?

Marco Campomenosi, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario per essere qui stasera, magari questo dibattito meritava un momento di maggiore affluenza ma non è stato possibile evidentemente.

Lei è un uomo politico di grande esperienza di governo e ha visto quanto è accaduto quest'anno. Io faccio parte di un partito che ha deciso di non dire solo no, no, no, come poteva benissimo scegliere di fare. Abbiamo fatto una scelta, nel mio paese, di far parte di un governo in un momento così difficile, che ha dovuto prendere anche decisioni importanti, gravi e a volte conflittuali, o che non ci hanno accontentato e magari non hanno del tutto rispettato le mie idee.

Ma, senza scomodare Voltaire, quello che è accaduto quest'anno è nato da un'esigenza molto concreta: avevamo la necessità di uno strumento standard a seguito di certe misure introdotte all'improvviso da alcuni Stati membri, penso al Brennero in Austria quando le file di camion facevano sì che si dovesse rispondere a un documento in tedesco che certificasse la negatività di questi lavoratori, e quindi ci siamo assunti una responsabilità in tantissime forze politiche, quasi tutte qui, di adottare uno strumento che però, attenzione, conteneva al suo interno ben 15 riferimenti alla non discriminazione.

Io mi domando, visto che spesso si parla del fatto se prevalga o no il diritto dell'Unione europea rispetto a quello degli Stati nazionali, perché la Commissione europea si è trincerata dietro a un «ah ma sì, ma poi gli Stati membri hanno preso altre strade». Se quello strumento aveva una durata limitata al 30 giugno di quest'anno, è proprio perché si tratta di uno strumento straordinario, nato in un momento straordinario e che dobbiamo superare. Quindi io non sono d'accordo per il suo rinnovo.

La situazione è molto migliorata e questo non significa che dobbiamo interrompere la campagna vaccinale, questo ce lo dirà chi si occupa di questi aspetti, ma in alcuni paesi abbiamo avuto una vera e propria creazione di livelli di cittadinanza differenti. Chi ha compiuto scelte diverse dalla mia, perché deve avere di fatto un accesso ai diritti così limitato, in paesi come il mio, solo perché io ho tre vaccinazioni e loro no?

Se abbiamo una scadenza, ripeto, c'è un motivo. Io credo che possiamo superare questo strumento. Strumenti coercitivi, come hanno applicato gli Stati membri quest'anno, io credo in questa fase ci facciano perdere molto di più di quello che ci fa guadagnare uno strumento come avevamo ideato noi inizialmente.

Jorge Buxadé Villalba, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, el pasado 1 de julio entró en vigor el llamado pasaporte COVID, con la promesa de que solo serviría para facilitar los viajes entre Estados miembros. El sector del turismo celebraba esta decisión que podría salvar la temporada de verano.

Pero pronto este instrumento se convirtió en una pesadilla. En una pesadilla porque Estados miembros como España, junto a la Comisión, lo han utilizado para cercenar derechos y libertades de todos aquellos que optaron por no vacunarse o incluso de aquellos que se habían vacunado, pero tienen todo el derecho a no dar esa información para entrar en su puesto de trabajo, encontrar un empleo, ir al colegio o ir a la universidad.

Y ahora, cuando países como Reino Unido o Dinamarca están levantando todas las restricciones, la Comisión propone exigir más dosis para poder utilizar este certificado. Y ahora ya no hay engaño. Sabemos que no estamos debatiendo un documento para viajar. Estamos debatiendo un documento para imponer la vacuna obligatoria.

Por eso, desde la libertad, le informo de que nuestro grupo, al igual que hacemos en España, votará en contra de cualquier propuesta que pretenda ampliar la duración de ese instrumento si no se garantizan los derechos y libertades que las Constituciones nacionales reconocen a nuestros compatriotas. Aunque no lo crean, señor comisario, tampoco ustedes están por encima de la libertad.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, poštovani kolege, poštovani građani, COVID potvrde su jedna od najglupljih ideja u povijesti čovječanstva. Osim što su direktno dovele do smrti ogromnog broja ljudi diljem svijeta jer su cijepljene osobe, a ne testirane, širile virus u bolnicama među ugroženim ljudima, s druge strane dovele su vojske na ulice i u države članice Europske unije. Ja kada putujem iz Hrvatske do Francuske ili Belgije, na austrijskoj granici me čeka vojska, na austrijskom aerodromu me čeka vojska, na njemačkoj granici me čeka vojska s dugim cijevima, s automatskim oružjem. To je Europa u kojoj danas živimo, i to je posljedica te jedne idiotske ideje – COVID potvrda. Nadam se da ćete steći hrabrosti i da ih ukinemo jednom za svagda.

Karolin Braunsberger-Reinhold (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Inzwischen haben wir gut zwei Jahre der Corona-Pandemie hinter uns.

Die Zeichen stehen auf Lockerung auf dem Weg zur Normalität. Auch in Deutschland nehmen derartige Pläne Formen an. Zu dieser Normalität gehört auch die Freizügigkeit unserer Bürgerinnen und Bürger. Sie ist eine unserer größten Errungenschaften in Europa. Es ist entscheidend, dass wir das sichere Reisen für geimpfte und/oder immunisierte Personen in Europa so schnell wie möglich vollkommen reibungslos gestalten.

Vor allem auch für die Tourismusbranche waren die letzten beiden Jahre eine enorme Belastung. Dazu ein Beispiel aus meinem Wahlkreis Sachsen-Anhalt: 2020 sind die Übernachtungen fast um die Hälfte eingebrochen – im letzten Jahr um fast 40 %. Das sichere und einfache Reisen ist entscheidend für die Erholung dieses Sektors. Die europäische Bevölkerung braucht hier aber zuverlässige und klare Signale.

Anfang dieses Monats sind nun die harmonisierten Bestimmungen für Reisen innerhalb der EU in Kraft getreten. Ich begrüße die Verabschiedung dieser Ratsempfehlung. Für die Wintersaison 2021/2022 kam sie jedoch leider viel zu spät. Einheitlichkeit war das Ziel. Nun zeichnet sich wieder ein Flickenteppich zwischen den Mitgliedstaaten ab. Zuletzt hat die Bundesregierung in Deutschland entschieden, den Genesenenstatus nur für drei statt für die empfohlenen sechs Monate anzuerkennen.

Heute entscheidet sich, ob sie dabei bleibt oder doch dem EU-Vorschlag folgt. Deshalb bitte ich darum: Die Harmonisierung der Reisebestimmungen muss weiter vorangetrieben werden und sie muss auch überwacht werden, damit die Sommersaison 2022 in Europa ein Erfolg wird.

Isabel García Muñoz (S&D). – Señor presidente, señor comisario, hace dos años, los Estados miembros de la Unión Europea empezaron a establecer las primeras medidas restrictivas y de contención del virus COVID-19. Entre ellas, las restricciones de viaje, con el propósito de proteger la salud y la seguridad de todos. Desde el primer momento, en el Grupo de Trabajo sobre Turismo del Parlamento hemos pedido medidas uniformes y vinculantes en toda la Unión para viajar de manera segura.

Cada cierto tiempo, volvemos a traer al Pleno este tema y volvemos a pedir el apoyo y el impulso de la Comisión. El pasado otoño, cuando creíamos que la situación estaba más o menos controlada, aparece la nueva variante ómicron, creando de nuevo incertidumbre, cancelaciones de vuelos y en otros medios de transporte, de reservas de alojamiento, así como estrés en los pasajeros europeos, en las empresas y en los trabajadores del sector del turismo.

No podemos adelantarnos a la aparición, y su efecto, de nuevas variantes, pero lo que sí podemos hacer es establecer desde las instituciones europeas un protocolo de actuación conjunto. La situación en cada momento es diferente, pero la capacidad de reacción debería ser inmediata y eficaz, siempre.

La industria europea del turismo ha sido ejemplar todos estos meses: ha planteado soluciones en los momentos más difíciles, como el sello europeo de certificación higiénica y el mismo certificado COVID digital; se ha unido, ha creado, incluso, *clusters* de turismo sostenible, como ha hecho en mi región, Aragón, modelos de gobernanza compartida que demuestran que para avanzar en un modelo de turismo más resiliente, sostenible e innovador, es necesario el entendimiento transversal de todas las partes del sector.

Sigamos su ejemplo, trabajemos al unísono y establezcamos medidas europeas que beneficien a todos.

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señor presidente, señor comisario, ante situaciones excepcionales, soluciones excepcionales. Eso es lo que defendimos muchos de nosotros cuando pusimos en marcha el certificado COVID con un único objetivo: volver a restablecer la movilidad en Europa tras meses de parálisis y de fronteras cerradas.

Aun así, muchos Estados miembros y muchas regiones europeas han hecho un uso inadecuado del certificado COVID. Algunos Gobiernos, por ejemplo, han implantado restricciones absurdas con el pretexto de que, si la Unión Europea aprueba el certificado, a partir de aquí, cualquier medida es válida y sirve.

Por suerte, tras muchos meses de incertidumbre, hoy podemos afirmar que la situación epidemiológica ha cambiado, para mejor, sustancialmente. Debemos, por lo tanto, adaptarnos a un escenario que evoluciona favorablemente y en el que las medidas excepcionales, como es el caso del certificado COVID, no deben prolongarse más allá de lo estrictamente necesario.

Así que, tras haber pasado lo peor de la pandemia, tras observar la evolución del virus, tras ver que hay países que han retirado las restricciones sin que ello se traduzca en un aumento de los contagios y, también, tras ver las últimas valoraciones de la OMS, debemos enfocarnos ahora en volver a la normalidad cuanto antes. Así que es el momento de ir eliminando restricciones.

Julie Lechanteux (ID). – Monsieur le Président, l'Europe de Bruxelles tente à nouveau de faire croire qu'elle prendrait des mesures indispensables pour faciliter la libre circulation et sauver les économies nationales. Elle essuie pourtant encore ses échecs répétés dans la gestion de la crise de la COVID-19. L'Union européenne s'attaque ainsi à la souveraineté des États membres, dernier rempart à sa dérive fédéraliste, et cela, sans apporter aucune valeur ajoutée.

La Commission veut établir aujourd'hui une durée standard d'acceptation de deux cent soixante-dix jours pour les certificats COVID numériques de l'UE attestant l'achèvement du schéma de vaccination. Cette opération, dans son esprit, viserait à faciliter la libre circulation de son détenteur.

Il s'agit d'une nouvelle atteinte à la souveraineté des États membres, privés encore une fois de la possibilité d'introduire des restrictions de déplacement supplémentaires et empêchés ainsi d'effectuer toutes les vérifications nécessaires concernant la sécurité et la sûreté des personnes entrant sur leur territoire. L'Union européenne fait aujourd'hui de la suppression des contrôles aux frontières intérieures et de la mainmise des contrôles à ses frontières extérieures l'un des ressorts centraux de sa légitimité politique. Rappelons que la responsabilité première de la protection de la santé, et en particulier des systèmes de soins de santé, incombe toujours aux États membres.

Pendant cette crise, l'Union européenne a démontré son incapacité concernant l'atténuation des sources de danger pour la santé humaine et l'harmonisation des stratégies des États membres en matière de santé publique. Un autre sujet controversé de ce certificat COVID numérique de l'UE concerne la protection des données personnelles, en plus de leur possible usage abusif.

Pour toutes ces raisons, les députés du Rassemblement national se sont opposés à Bruxelles et à ce projet de certificat européen COVID-19 destiné aux ressortissants des États membres. L'Union n'a pas été capable d'interdire les avions provenant de Wuhan, elle a été incapable de surveiller l'arrivée de migrants, mais elle est capable depuis deux ans de priver de liberté les citoyens avec le passe sanitaire, qui, pourtant, ne sert à rien.

Notre groupe ID ainsi que mon parti, le Rassemblement national, se sont toujours opposés et continueront à s'opposer au principe même de ce certificat COVID européen, qui n'est rien d'autre qu'une contrainte démesurée, une mesure vexatoire et un véritable instrument de privation de liberté. Il faut supprimer aussi le passe vaccinal immédiatement: c'est une restriction de liberté disproportionnée, qui n'a strictement aucune utilité sanitaire.

Cristian Terheş (ECR). – Mr President, 'we do not yet have full scientific evidence about the effects of vaccination, but we cannot wait for all these questions to be answered'. This is what Commissioner Didier Reynders said in this plenary on 28 April 2021.

We received guarantees from him in front of us that this Green Certificate is not going to be used to violate people's rights, but it will be used to facilitate the freedom of movement. And look what is happening right now all across Europe. We heard just today that the Commission is acknowledging that Member States are abusively using this certificate to violate people's rights. And the Commission says implicitly that that is OK.

What we saw happening this year is that this certificate was used to coerce people, to mandate people, to force people to be vaccinated against their will. So the question to the Commission is, why would someone accept that EU citizens be vaccinated with medical products based on these contracts that weren't released to the public? So I'm asking publicly here the Commission, before we even talk about prolonging the Green Certificate, to fully publish the contracts that the Commission signed with the companies concerned.

Андрей Новаков (PPE). – Господин Председател, говорим си за зелен сертификат, за свободно пътуване в Европа. За кой път водим този разговор? Това означава, че проблемът си е все там. Аз съм ваксиниран три пъти и това не ми помага да се движа свободно из Европа. Не ме разбирайте погрешно, зеленият сертификат беше една добра идея, която в началото свърши много работа, за да въведе ред в хаоса на пандемията. Разбира се, откритието на ваксината също много помогна за това и аз, като европейски политик, съм съгласен да нося зелен сертификат, но не и розови очила. И нека да сме сериозни. Европа не намери единно решение. Тя намери ваксина, намери сертификат, намери система за обмен на данните, но не и единно решение. И знаете ли защо? Защото всяка държава си променяше правилата, когато си поиска, колкото пъти си поиска и както си поиска. Затова обещахме на хората, че зеленият сертификат ще им върне нормалния начин на живот. А сега преди всеки полет, освен зелен сертификат, ти трябва QR-код, PCR-тест, клетвена декларация или

всички от тях, взети заедно.

Уважаеми колеги, за да не ни се смеят, а да ни вярват, ни трябва едно правило, което да се прилага в цяла Европа, във всяка една държава членка, и днес, и утре, без да се променя без предупреждение. Да направим така, скъпи колеги, че да няма значение дали летиш от Берлин, от Брюксел или от Бургас.

Josianne Cutajar (S&D). – Mr President, the new rules on coordinating travel were much needed. The tourism sector cannot sustain the halt of travel any longer. The ecosystem is suffering and, whilst we celebrate this positive step forward, we must keep in mind that coordinating travel will not necessarily translate into higher volumes on its own.

In fact, we must continue working on other elements to the puzzle, for example, the aviation sector anticipating higher costs for travellers, especially considering the sharp rise in fuel prices, and travel anxiety, which remains in case travellers test positive whilst abroad and are caught up in quarantine with the ancillary costs involved.

We must continue addressing these issues at EU and national level. Jump-starting a sector that contributes 10% to EU GDP will require a continuous concentrated effort. The EU has been active through the introduction of the digital certificate, the Re-open EU app, the safe relaxation of state-aid rules, but we want a continuation of this effort, as well as greater effort by all Member States.

A key word must be stated here: resilience. In the process of defining the EU's strategy for tourism, we must gather lessons learnt and prepare contingency plans in the eventuality of future disruptions. Resilience, in my opinion, is not adequately mentioned and emphasised in the transition path to a conclusion, and must be at the heart of our recovery if we want to avoid new interruption of travel in the short and long term. Tourism cannot stop again.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il *green pass* e i vaccini funzionano e grazie a loro oggi intravediamo la fine della pandemia. La variante Omicron ha sì causato molti contagi, ma con conseguenze lievi o nulle per chi si è vaccinato.

Tornare alla normalità, quindi, non è solo l'aspirazione di tutti, ma un dovere della politica e questo passa, prima di tutto, dal ristabilire la piena libertà di movimento, uno dei principi cardine della nostra Unione. *Passenger locator form*, tamponi aggiuntivi, quarantena di rientro da paesi terzi sono misure che hanno giocato un ruolo importante nella fase acuta della pandemia, ma che oggi rappresentano soltanto un inutile ostacolo alla ripresa economica. La stagione turistica invernale è in pieno svolgimento, quella estiva è alle porte, ed è arrivato il momento di togliere le restrizioni e imparare a convivere con il virus.

Ma fatemelo dire chiaramente: ritornare alla normalità significa anche distinguere chi, con senso del dovere, si è vaccinato da chi, invece, ancora nega l'evidenza scientifica e sceglie di mettere a rischio la propria salute e quella della collettività.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, hyvä komission jäsen, nyt, kun koronapandemiaa on kestänyt jo kaksi vuotta, on syytä arvioida, missä Euroopan unioni on onnistunut ja missä meidän on syytä parantaa tulevaisuutta varten, koska on valitettavasti aika selvää, että tämä pandemia ei tule olemaan varmasti viimeinen.

Täällä on tänään otettu jo usein esiin rokotteet. Euroopan unioni lähti heti alkuun investoimaan isosti rokotteisiin ja lääketutkimukseen, mikä on ollut erittäin tärkeää vakavien sairastumisten ja kuolemien vähentämisessä. Lisäksi jäsenmaiden puolesta tehdyt isot yhteishankinnat auttoivat myös pienimpiä jäsenmaita saamaan rokotteet heti käyttöön.

Toinen merkittävä onnistuminen on mielestäni ollut juuri yhtenäinen koronatodistus, josta saatiin teknisesti erittäin toimiva. Sitä osoittaa se, että jo yli 60 maata on ottanut tuon todistuksen käyttöön.

Asia, jossa tässä on epäonnistuttu, tuli esiin jo aikaisemmissa puheenvuoroissa. Eri jäsenmaat ovat käyttäneet koronatodistusta todella eri tavalla ja muuttaneet jatkuvasti siihen liittyviä sääntöjä.

Sinänsä todistus on sujuvoittanut matkustamista ja auttanut monia jäsenmaita pitämään palveluita auki ja järjestämään tapahtumia turvallisesti, mutta alati muuttuvat säännöt ovat tehneet tästä kansalaisille hyvin vaikeasti ennustettavaa, ja koska meillä on yhtenäinen sisämarkkina ja yhtenäinen Euroopan unioni, meidän on jatkossa varmistettava paremmin, että jäsenmaat koordinoivat yhdessä toimiaan ja yhteiset sääntömmä toimivat koko sisämarkkina-alueella. Vain siten voimme toimia tehokkaasti ja turvallisesti tulevaisuudessa.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Der Flickenteppich aus Grenzkontrollen und Grenzsicherungen in der Pandemie jährt sich jetzt bald zum zweiten Mal. Suchen die Mitgliedstaaten immer noch nach einer koordinierten Herangehensweise? Einheitliche Regeln wären gerade jetzt besonders leicht, denn die EU-Corona-Karte zeigt derzeit nur eine einzige Farbe: dunkelrot. Und eben diese Karte soll seit Oktober 2020 Grundlage sein für koordinierte Maßnahmen. Sie ist es aber bis heute – trotz einheitlicher Färbung – nicht.

Grundsätzlich willkommen sind deshalb erste Versuche im Schengener Grenzkodex, verbindliche Regeln für das Reisen in pandemischen Zeiten festzulegen. Leider werden zu viele Gedanken daran verschwendet, wie man Grenzsicherungen ausweiten könnte, um deren Auswirkungen auf den Warenverkehr dann mit Ausnahmen abzuschwächen. Vergessen wir nicht: Die Freizügigkeit im Schengen-Raum war zuallererst für Bürgerinnen und Bürger gedacht, für tägliche Begegnungen, insbesondere im kleinen Grenzverkehr.

Statt also nur über Ausnahmen für bestimmte Sektoren nachzudenken, müssen wir uns auf das Prinzip der Freizügigkeit besinnen, auf den ursprünglichen Gedanken, der der Öffnung der Binnengrenzen zugrunde lag. Ein täglich grenzenloses, ein europäisches Miteinander von Menschen – das muss auch weiter unsere Ambition sein.

Dita Charanzová (Renew). – Mr President, well, every time you travel nowadays in Europe, be it for skiing in Austria or carnival in Germany, you need to read numerous websites. Do I need two vaccine shots or three? Do I need a test for my children?

Currently, we have a patchwork of different national measures, which change all the time. It is impossible for anyone travelling in Europe to follow what the rules are. Therefore, my suggestion today is very simple. Please create a simple and user-friendly application. Learn from the weakness of the Reopen Europe site, which is not up to date and honestly, people do not know it even exists. Since we will not have harmonised COVID rules in the foreseeable future, we can at least have an information app that works for our citizens, and I ask the Commission to act.

Tomasz Frankowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Od ponad dwóch lat siejąca spustoszenie zdrowotne oraz gospodarcze pandemia Covid niewątpliwie pokazała, jak istotna jest walka z nierównościami socjo-ekonomicznymi i terytorialnym oraz jak ważne są zharmonizowane i skoordynowane na szczeblu unijnym działania, które przynoszą realną ulgę dla gospodarki. Choć strefa Schengen jest powszechnie postrzegana jako jedno z głównych osiągnięć Unii Europejskiej, to pandemia skłoniła większość państw członkowskich do odejścia od założeń związanych ze swobodnym przepływem osób. Kontrole na granicach wewnętrznych, zamknięcie granic i wprowadzenie tymczasowych ograniczeń związanych z kwarantanną dla osób podróżujących drastycznie odbiły się na liczbie podróży. To właśnie swoboda przemieszczania się i pobytu w Unii Europejskiej stanowi jedną z najważniejszych podstaw obywatelskich, a głównym jej beneficjentem jest ekosystem turystyczno-transportowy oraz stanowiące jego rdzeń małe i średnie przedsiębiorstwa, które w szczególności zostały dotknięte restrykcjami związanymi z pandemią Covid.

Cieszy, że nowo zaprezentowane zalecenie w sprawie skoordynowanego podejścia ułatwiającego bezpieczne przemieszczanie się podczas pandemii stosuje podejście oparte na statusie osoby w ogólnoeuropejskim zaświadczeniu cyfrowym Covid. Niewątpliwie uprości to obowiązujące przepisy we wszystkich krajach oraz zapewni podróżnym dodatkową przejrzystość i spójność dotyczącą obostrzeń sanitarnych, szczególnie ważną dla sektora lotnictwa, bo to właśnie odbudowanie zaufania wśród podróżujących jest niezbędne do wznowienia popytu na usługi lotnicze oraz turystyczne, a strategiczne podejście zachęcające do podróżowania oraz dające pasażerom poczucie bezpieczeństwa ma w tym wypadku kluczowe znaczenie.

Vera Tax (S&D). – Mr Vice-President Zile, this is a special moment for you.

Voorzitter, vrij reizen is een grondrecht van alle Europeanen. Dit recht staat vanwege de pandemie echter al twee jaar onder druk. Dit merken niet alleen vakantiegangers, maar ook mensen die wonen en werken in een grensregio. We hebben daarom hard gewerkt aan de totstandbrenging van het reiscertificaat, dat bedoeld was om het recht van Europeanen om tijdens de pandemie vrij te reizen, te garanderen.

De lidstaten zijn er echter mee aan de haal gegaan en hebben in de evenementensector en in de horeca allerlei verschillende beperkingen en passagierlokalisatieformulieren ingevoerd. Het is een wirwar van reismaatregelen geworden, waardoor het beoogde doel van het reiscertificaat niet kon worden verwezenlijkt. Ik wil de Commissie er daarom toe oproepen daadwerkelijk voor geharmoniseerde afspraken te zorgen als het reiscertificaat wordt verlengd.

Fabienne Keller (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, cher Didier Reynders, près de deux ans après la pandémie et la fermeture désordonnée des frontières intérieures de l'espace Schengen, l'Europe a appris et grandi. D'abord, parce que le certificat COVID européen est une réussite incontestable, symbole d'une Europe concrète et utile. C'est notre outil principal pour assurer la libre circulation dans l'Union. Je veux en témoigner ici, à Strasbourg, au bord de l'Allemagne, comme dans toutes les régions frontalières. Ensuite, parce que la Commission s'engage et s'attache à encadrer les mesures nationales vers une approche plus harmonisée.

Je voudrais mettre l'accent sur deux priorités qui me semblent fondamentales pour faciliter encore la vie des Européens, comme l'a dit ma collègue Dita Charanzová. D'abord, la mise à niveau du certificat pour la troisième dose. C'est important, et je regrette que certains États continuent à imposer des conditions supplémentaires à l'entrée. Ensuite, la question de la communication vers les citoyens: l'application Re-open EU n'est pas mal, elle fournit des informations; mais nous pourrions, par exemple, la relier au certificat COVID européen pour simplifier l'accès aux informations sur une seule plateforme. Je suis heureuse de cette réussite européenne, mais il faut la faire progresser encore, Monsieur le Commissaire.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, je dois d'abord confirmer ce que j'ai déjà eu l'occasion de dire lorsque nous avons entamé les premiers débats sur le certificat: ce certificat est très utile pour faciliter la libre circulation non seulement dans l'Union européenne, mais aussi – je l'ai dit tout à l'heure – dans 35 pays tiers, avec lesquels nous avons pu constater que nous pouvions réellement travailler avec le même genre d'outil.

Si nous avons maintenant fixé une règle concernant la durée de validité en matière de vaccination – les deux cent soixante-dix jours – c'est bien une règle qui concerne, à nouveau, la libre circulation, et nous demandons à tous les États membres de respecter cette règle, je le dis bien, pour la libre circulation – je vais revenir sur les décisions nationales concernant d'autres types d'activités.

Je crois qu'il est vraiment important aujourd'hui de rappeler que nous devons prolonger la validité de ce règlement sur le certificat jusqu'à l'année prochaine, simplement parce que, tant que des exigences de vaccination, de test ou de rétablissement de la maladie existeront à travers l'Union européenne ou dans des pays tiers, le certificat va continuer de faciliter la vie des citoyens en leur donnant un moyen de preuve très simple, que vous utilisez d'ailleurs vous-mêmes régulièrement pour voyager.

Je voudrais revenir sur la question de la mise en œuvre. C'est vrai qu'à travers des recommandations proposées par la Commission et adoptées par les États membres, nous tentons de faire en sorte qu'il n'y ait pas d'autre exigence que le certificat pour voyager. Je reconnais qu'il y a encore un certain nombre de mesures additionnelles décidées dans quelques États membres – la grande majorité ne le font pas aujourd'hui –, et nous réagissons chaque fois que des États membres ajoutent des mesures qui nous paraissent inacceptables. Je citerai les réactions que nous avons eues lorsque certains États membres ont mis en place des mesures de quarantaine qui, à nos yeux, allaient trop loin ou des mesures discriminatoires, qui ne tenaient pas compte de la situation épidémiologique des États membres, mais favorisaient parfois les pays voisins sans tenir compte, je le répète, de la situation de santé existant à travers l'Union européenne.

Nous avons réagi régulièrement et nous continuerons bien entendu d'agir dans ce sens, y compris dans le cadre de la prolongation du certificat. On doit normalement pouvoir voyager avec ce seul certificat couvrant les différents éléments.

Concernant l'information, je comprends les remarques et la lettre qui a été adressée à mon collègue Thierry Breton sur Re-open EU. Je dois simplement dire que nous dépendons beaucoup de l'information donnée par les États membres pour pouvoir communiquer concrètement la situation à travers l'ensemble de l'Union; mais nous sommes prêts à d'abord renforcer la connaissance de cette application auprès des citoyens européens et peut-être, effectivement, à trouver les voies de la rendre encore plus opérationnelle si c'est possible. Je crois que nous avons encore des travaux à faire en la matière.

Je voudrais en venir à l'usage national du certificat. Je le disais, le certificat est un moyen de preuve que nous mettons en place à l'échelon européen, qui est utilisé aussi par les États membres pour toute une série d'autres activités à l'échelon national. Ces règles-là devraient normalement dépendre de la situation épidémiologique dans les différents États membres. Je reconnais qu'il y a un patchwork, répondant parfois à des situations différentes sur le plan épidémiologique, mais parfois, on peut se poser quelques questions sur la façon dont le patchwork est organisé.

Je voudrais rappeler que, depuis le début, ce que la Commission a demandé, c'est qu'il y ait un contrôle sur ces mesures: un contrôle parlementaire à l'échelon national, pour que les mesures prises fassent l'objet de ce débat parlementaire, et un contrôle judiciaire. Dans un certain nombre d'États membres, vous aurez constaté que, parfois jusqu'aux juridictions les plus élevées, il y a eu des décisions concernant les mesures prises au niveau national pour vérifier leur proportionnalité, leur caractère nécessaire ou leur caractère non discriminatoire. Je crois qu'il faut continuer à avoir ce contrôle et parlementaire et judiciaire sur les mesures au niveau national.

Je dois encore dire que nous avons vraiment besoin de prolonger l'outil que nous avons mis en place, ce certificat numérique, pour faciliter la libre circulation des citoyens tant que des restrictions seront organisées à l'échelon des États membres ou de pays tiers. Je le répète: la Commission ne souhaite évidemment pas que ces restrictions perdurent au-delà de la pandémie. Dès que nous aurons l'occasion de voir ces restrictions disparaître, le certificat disparaîtra. Le règlement ne demande aucune restriction, il ne plaide pour aucune restriction – bien au contraire.

J'espère vraiment que nous aurons l'occasion de travailler très rapidement ensemble sur cette prolongation d'un outil qui, je le répète, est maintenant utilisé non seulement dans les États membres, mais aussi dans 35 pays tiers. Nous avons déjà émis 1,3 milliard de certificats dans les États membres. Je pense que la plupart d'entre vous avez eu l'occasion de voir l'efficacité de cet outil de preuve pour, je le répète, faciliter la vie des citoyens dans une période, bien entendu, particulièrement difficile: cette période de pandémie. Dès que nous en sortirons, le certificat mourra de sa belle mort, et je me réjouirai en tout cas que nous n'ayons plus à l'utiliser.

Sēdes vadītājs. – Ar šo debates ir beigušās par šo jautājumu.

Rakstiski paziņojumi (171. pants)

István Ujhelyi (S&D), *in writing*. – The COVID-19 pandemic has led to the biggest global recession since the Second World War. European countries have been particularly affected and without doubt, the travel and tourism sectors have been hit harder than others. Thanks to the European Commission to act in December 2021 that the EU Digital COVID Certificate (DCC) would be valid for nine months without a booster shot, several EU countries – including France, Italy, Denmark and Malta – decided to shorten the validity of vaccination passes for national use to seven or three months. A number of countries have also introduced additional testing requirements that apply to vaccinated/recovered EU travellers, going against the current Council Recommendations. In Hungary there are approximately 2 million citizens who were vaccinated with vaccines that have not yet received EMA's approval. The Commission position is under the current rules, the certificate of a person who has received an EU-approved vaccine as the latest dose, be it during the primary vaccinate series or as a booster, must be accepted by other Member States, even if a vaccine not (yet) approved at EU level was used for previous doses. I urge the Commission to communicate this towards the Member States and the public.

16. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Sēdes vadītājs. – Un pirms mēs pārejam pie nākošā — pēdējā — šīs dienas dienaskārtības punkta, man ir viens paziņojums. Verts/ALE grupa ir paziņojusi priekšsēdētājam lēmumu par izmaiņām attiecībā uz iecelšanu amatā komitejā. Šo lēmumu iekļaus šodienas sēdes protokolā, un tas stāsies spēkā šā paziņojuma dienā.

17. Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (Aussprache)

Sēdes vadītājs. – Nākamais darba kārtības jautājums ir debates par Transporta un tūrisma komitejas ieteikumu otrajam lasījumam par ziņojumu “Dažu infrastruktūru lietošanas maksas noteikšana smagajiem kravas transportlīdzekļiem” (10542/1/2021 – C9-0423/2021 – 2017/0114(COD)) (referents: *Giuseppe Ferrandino*) (A9-0006/2022).

Vēlos atgādināt deputātiem, ka nevienās šīs sesijas debatēs nebūs brīvā mikrofona procedūras un netiks pieņemtas zilās kartītes. Turklāt tāpat kā nesējās sesijās, ir paredzēts organizēt attālinātas uzstāšanās no Parlamenta vietējiem birojiem dalībvalstīs.

Vēlos arī atgādināt, ka šeit, zālē, arī turpmāk būs jāuzstājas no centrālās tribīnes. Tāpēc aicinu jūs sekot līdzi runātāju sarakstam un doties pie centrālās tribīnes kad tuvojas jūsu uzstāšanās laiks.

Giuseppe Ferrandino, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, ci troveremo domani a dover compiere una scelta, una scelta che definirà se c'è una corrispondenza tra quello che dichiariamo di voler fare e quello che realmente poi facciamo.

Abbiamo discusso per mesi di *Green Deal* e della necessità di una sua rapida attuazione. Abbiamo convenuto che la riduzione dell'inquinamento è la chiave di un futuro migliore e più sostenibile del nostro pianeta e l'Eurobollo è, a mio avviso, una prima, concreta, decisa risposta a questi propositi.

Con la direttiva che voteremo in seconda lettura domani, introdurremo per la prima volta due concetti chiave: «chi inquina paga» e «chi usa paga». È una rivoluzione copernicana, che fa dell'Europa un'avanguardia nella lotta all'inquinamento. Fino ad oggi sono esistiti 27 diversi approcci alla gestione dei pedaggi stradali, una babele che da domani non esisterà più.

Ho letto molto e ascoltato molto in questi giorni. Obiezioni da parte di alcuni che, a mio avviso, non solo sono irricevibili ma che nascondono un timore mai manifestato apertamente, quello di chi teme che questa direttiva impedirà soluzioni arbitrarie e, in alcuni casi, vessatorie nella gestione dei pedaggi. Ma non è forse questa, vi chiedo, l'essenza stessa dell'Unione europea? Quella cioè di far sì che a tutti i suoi cittadini, indipendentemente dal luogo di nascita, vengano riconosciuti gli stessi diritti e applicate le stesse regole. È possibile secondo voi che una battaglia di principio su un tema comunemente sentito, come la lotta all'inquinamento, venga svilita in questo modo?

Entriamo nel merito della direttiva allora, per capire meglio di cosa parliamo. Nella prima formulazione la direttiva nasceva con lo spirito di eliminare le distorsioni nella concorrenza tra gli autotrasportatori. Non teneva conto dei fattori inquinanti, questi sono arrivati dopo quando il Parlamento ha introdotto i temi legati all'ambiente. Siamo andati allora al negoziato forti di questo mandato e lo abbiamo difeso con i denti. Alla fine abbiamo raggiunto un accordo interistituzionale secondo me storico.

Lo dico a ragion veduta: per la prima volta si parla di eliminazione della vignetta, di introduzione della tariffazione a distanza, di internalizzazione dei costi esterni, di principio di proporzionalità, di tariffazione basata sulle emissioni di CO₂. Quest'ultimo punto mi sta particolarmente a cuore, perché rappresenta un forte incentivo ad ammodernare le flotte scegliendo veicoli a basse o addirittura a zero emissioni.

Questo solo per quanto riguarda il tema ambientale, perché di risultato storico ne abbiamo anche raggiunto un altro: vincolare i proventi della tassa di congestione alla riqualificazione ambientale delle reti autostradali più soggette a fenomeni di congestione. È un principio di equità. Per la prima volta non solo gli Stati saranno costretti a investire i proventi derivanti dallo sfruttamento delle reti nella lotta all'inquinamento, ma dovranno farlo proprio in quelle tratte che sono maggiormente soggette a tali fenomeni.

Tra l'altro, abbiamo stabilito che la direttiva non colpisce solo l'inquinamento prodotto dai camion superiori a 12 tonnellate, ma anche quello dei veicoli commerciali leggeri, degli autobus e di tutti gli altri mezzi pesanti sotto le 12 tonnellate. Lo ripeto, insomma: chi inquina paga e chi usa paga.

C'è un altro tema che mi sta a cuore e che è stato oggetto di polemiche, a mio avviso strumentali, in questi giorni, ossia quello della presunta doppia tassazione. Vorrei rassicurare tutti che non accadrà. Questo perché in sede negoziale abbiamo introdotto la clausola di caducità che significa che, se il meccanismo ETS coprirà anche il trasporto su strada, se ne applicherà solo una tra le due, non tutte e due.

C'è un'ultima rassicurazione che mi preme portare alla vostra attenzione. Si è sostenuto con un pizzico di malizia che la direttiva comporterà una frammentazione del mercato interno. In realtà quello che noi facciamo è specificare che i costi dei pedaggi devono essere recuperati in modo equo e trasparente, tenendo conto, lo ripeto ancora, che a pagare di più dovrà essere chi più inquina e chi più usa, non tutti i cittadini indiscriminatamente.

Concludo con un ultimo appello. Sono stati presentati alcuni emendamenti in plenaria con lo scopo di affossare l'accordo interistituzionale. Mi appello allora alla vostra responsabilità. Questo accordo è frutto di un percorso lungo e faticoso, che ha portato alla formulazione di un testo che migliorerà in maniera sensibile la gestione dei pedaggi a livello europeo. Vanno rigettati tutti e il mio appello è di farlo con convinzione, perché non è vero che in caso di approvazione degli stessi si aprirà una nuova fase negoziale sul fascicolo. Questo, come ben sapete, non accadrà. Semplicemente rischiamo di lasciare immutata la situazione per i prossimi dieci anni ed è un pericolo che non possiamo correre.

Questa direttiva rappresenta un primo significativo passo nell'attuazione del *Green Deal* nel mondo dei trasporti. Confido quindi nel vostro sostegno e nel vostro supporto nel voto di domani. Grazie a tutti e buon lavoro.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, putting the right price on carbon and road use has long been on our agenda, and it is clear to everyone how important decarbonisation is and how urgent it is to help the road transport sector adopt the cleanest and most efficient solutions.

The Commission made its proposal to revise the EU rules on road pricing in 2017, almost 5 years ago. The objective of this third revision was to make further progress on the implementation of the polluter-pays principle in road transport through more efficient and fairer pricing for both commercial and private road users. This is exactly what the final agreement is about. Although the initial positions of the European Parliament and those of the Member States were very far apart, a carefully balanced political agreement was found last year in the space of just 6 months. The Parliament can be proud of the result achieved.

The Commission is in favour of the agreement for a number of reasons. First, it is an essential and very timely contribution to the European Green Deal. Trucks and buses will pay road tolls according to their CO₂ emissions, well before an emission-trading system for roads is put in place. Their tolls will also reflect the costs of air and noise pollution. These will help the deployment of low- and zero-emission heavy-duty vehicles in a technology neutral manner.

For the first time, EU rules on road pricing will apply to cars and vans. Vignette prices will thus be more proportionate for the users of those vehicles and, thanks to this Parliament, travellers will benefit from the option of daily vignettes. The new directive will make sure that tolling schemes do not discriminate against foreign drivers. Furthermore, it will address specific shortcomings of the existing legislation, notably thanks to a simpler system of external cost charging and the new option of congestion charging. These will help Member States reduce the negative impact of transport and make it more efficient, notably in environmentally sensitive and congested areas. In sensitive mountainous areas, Member States can already apply higher tolls. Under the new rules, applying such mark-ups will also be possible outside mountain zones, and the Council added the option to go back to the 50% if directly concerned neighbours agree.

This brings me to the amendments that have been tabled and that you will be voting on tomorrow, and to the controversy around this revision. While the Commission would also have preferred somewhat higher ambition on certain aspects, no one can expect the Council to accept such amendments, especially at this stage. Despite the intention to improve the agreement reached, approving any of the amendments would not only further delay, but most likely stall, the adoption of this key piece of legislation, which is so important for our climate ambitions. This would not be in anyone's interest, especially not in the interest of sensitive mountain regions that could make best use of the new provisions which I mentioned earlier.

Barbara Thaler, on behalf of the PPE Group. – Mr President, thank you and good to see you. Commissioner, dear colleagues, tomorrow's vote on the Eurovignette goes far beyond the actual text. It is the first piece of legislation which will play a crucial role in light of the Green Deal targets, and the sad truth is that this legislation is not fit for this job. It couldn't possibly be more distant to our own EP first reading position. If we as Parliament agree with the text on the table, then we send a bad message. We would tell everyone in Europe that the European Parliament will not defend the integrity of the internal market. We would tell everyone that the European Parliament will not do everything to shift goods from road to rail, and we would tell everyone that we are not willing to really go for the user- and polluter-pays principle.

With the text on the table, we even assist Member States to go for double and triple taxation. Literally everything in this text can be changed by the Member States whenever they want and this does not provide stability, long-term predictability and resilience. This is not a European approach.

Liebe Kollegen, selbst das Prinzip der Subsidiarität wird nicht mehr beachtet. In meiner Heimat wird der längste Eisenbahntunnel der Welt gebaut. Doch selbst der Parlamentsvorschlag von diesem Haus eines zweckgebundenen Mautaufschlags zur Finanzierung genau solch notwendiger Infrastrukturprojekte auf unserem Kontinent hat ein Vetorecht anderer Mitgliedstaaten. Die Euro-Vignette, so leid es mir tut, hat den Namen 'Europäisches Gesetz' nicht verdient.

Die Abstimmung morgen ist auch eine Abstimmung darüber, wie ernst wir es mit der Erreichung unserer Ziele nehmen, sei es die Verlagerung auf die Schiene oder das Prinzip der Technologieneutralität. Ich bitte daher um die Unterstützung der Änderungsanträge der EVP und der Grünen.

Petar Vitanov, on behalf of the S&D Group. – Mr President, first I would like to congratulate my colleague Mr Ferrandino for being so patient, because after almost 4 years of complicated negotiations, we are at the verge of adopting the EU road-charging legislative framework, and this framework is one of the main instruments and turning points in road transport decarbonisation. I cannot agree with Ms Thaler, because we used to have 27 different approaches and now this is a clear step in the right direction towards a European integrity. And phasing out of time-based charges for trucks on the core trans-European network and the shift to distance-based charging is a clear step forward.

Varying road charges based on the CO₂ emissions and the environmental performance of the vehicle, together with mandatory external cost-charging for trucks, will be a major incentive for the take-up of low- and zero-emission trucks and the renewal in the fleet. It shows that the provisional agreement will make the user-pays and polluter-pays principle applicable to road charging, which is one of the main principles of our European Green Deal.

And the other very important element for the European Parliament, which was very, very difficult to achieve, is the mandatory earmarking of the revenues of the congestion charges to be spent on sustainable transport.

And with all I've said I want to encourage all of you not to support any amendments and support the provisional agreement because today we do not need to be part of the problem, but we need to be part of the solution and a solution is towards more sustainable, fairer road transport.

Izaskun Bilbao Barandica, en nombre del Grupo Renew. – Señor presidente, quiero pedirle veinte segundos de prórroga. Los necesito como miembro de una familia de pescadores para recordar, en el corazón de la Unión, a las víctimas del naufragio del *Villa de Pitanxo*. Mi solidaridad con el dolor de sus familias, mi abrazo fraterno para quienes lo han perdido todo, y mi reivindicación de un sector y unas personas que merecen empatía, comprensión y apoyo, lo que se siente y entiende también cuando, contra viento y marea, has esperado a tus seres más queridos en un muelle. Descansen en paz.

El informe que aprobamos hoy es clave para estimular la descarbonización del transporte y armonizar las tareas que aplicaban los Estados de la Unión en sus sistemas de tarificación vial. Esas diferencias amenazan el normal funcionamiento del mercado único del transporte. Por eso, sustituimos una reglamentación incompleta, insatisfactoria y más injusta. Oponerse a este avance es apoyar lo que había.

Todos compartimos que quien contamina y quien utiliza, paga. La tarifa se ajusta mejor sustituyendo tiempo por distancia, también abaratando costes para los vehículos más limpios e incorporando una tasa por congestión.

Se ha ampliado el ámbito de aplicación, añadiendo, a los camiones, los vehículos de transporte ligero y los autobuses. Igualmente, se abre la puerta a la aplicación a los turismos, para los que habrá viñetas de corta duración, incluida una de un día para vehículos en tránsito. También se prevé la revisión de la norma si el transporte se incluye en un futuro mecanismo de tarificación del carbono.

Pero los usuarios, los que pagan, merecen a cambio que el dinero que aporten financie programas de apoyo al transporte, al transporte sostenible, desde incentivos para renovar la flota, a inversiones en infraestructuras. Porque mejores carreteras, la digitalización y la gestión inteligente del tráfico son vitales para la seguridad, para evitar la congestión y para alcanzar los objetivos de reducción de emisiones que nos hemos marcado. La credibilidad y equidad de este sistema requieren este ejercicio de pedagogía y de justicia.

Anna Deparnay-Grunenberg, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Die große Chance für eine EU-weite Straßenmaut, die sozial gerecht und zugleich gut für die Umwelt wäre, wird mit dieser Reform leichtfertig verspielt.

Dabei ist die Klimadringlichkeit doch so groß: 72 % der CO₂-Emissionen im Verkehr entfallen immer noch auf die Straße. Nach wie vor sehen wir täglich dieselgetriebene rollende Hallen bei uns in Europa. Klar ist das Thema Lkw-Maut nicht besonders sexy. Aber: Um unser gemeinsames Ziel – den Green Deal – zu erreichen, wäre dieses Instrument doch so prädestiniert. Die Reform packt zwar einiges an, jedoch strotzt sie vor Ausnahmen und Schlupflöchern.

Als Grüne meinen wir, dass der Straßenverkehr im Jahr 2022 nicht weiter gegenüber der Schiene privilegiert werden darf. Das Kernziel der Reform – also warum sie gekommen ist –, das Verursacherprinzip im Straßenverkehr herzustellen und auch die wahren gesellschaftlichen Kosten abzubilden und somit die Weichen für eine tiefgreifende Verkehrswende zu stellen, wird verfehlt. Die Schiene unterliegt weiterhin einer Zwangsmaut, eine Maut auf der Straße wird optional bleiben.

Eine Zweckbindung der Einnahmen der Lkw-Maut für den Ausbau der Schiene gibt es nicht. Eine Vignette, die ja quasi eine Flatrate ist – ohne Lenkungswirkung –, wird weiterhin möglich sein. Und gravierende externe Kosten, wie z. B. Lärm, werden kaum berücksichtigt. Nun stellt sich eine Mehrheit in diesem Parlament hinter diese Reform. Das haben wir zu akzeptieren.

Aber einige Punkte möchte ich Ihnen dennoch ans Herz legen: Die Erhebung regionaler Zuschläge – wir haben es auch von der Kollegin vorhin gehört –, die in sensiblen Gegenden wie in den Alpenregionen markante Verkehrsbelastung zurückdrängen würden, wird in der jetzigen Fassung von der Zustimmung aller Anrainerstaaten abhängig gemacht. Und um das zu verändern, schlagen wir Ihnen unsere Änderungsanträge 1 und 2 vor und auch weitere. Ich bitte Sie sehr, doch diese wichtigen Verbesserungsvorschläge anzunehmen. Ich bin sicher, wir können mit dem Rat noch einmal verhandeln. Wir haben es verdient in Europa.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Господин Председател, отново обсъждаме въпрос, който е свързан с нова регулация. Регулация, която трябва да създаде нови условия и нови напрежения за хората, които работят за малкия и средния бизнес. Отново всички вие тук, преди всичко 10 човека в залата, както се вижда, искаме да направим нова регулация и да направим така, че тези хора да харчат повече пари. Това не е редно. Ние сме от групата, където мислим, че трябва да има по-малко регулации, и мислим, че трябва да оставим хората да работят, да изкарват пари. Това според нас ще е много по-добре. Мислим, че така е много по-справедливо.

João Pimenta Lopes, em nome do Grupo *The Left*. – Senhor Presidente, bem pode a União Europeia procurar pintar de verde as suas políticas e apregoar acentuadas reduções de impactos ambientais. Não pode esconder o conjunto de interesses que serve os processos de liberalização de setores à custa dos interesses dos povos, do trabalho e dos direitos dos trabalhadores, comprometendo a oferta de serviços, o desenvolvimento e a coesão territorial, social e económica dos Estados.

São os grandes grupos económicos e financeiros que, determinando e beneficiando destas políticas, esfregam as mãos com as perspectivas de lucro distantes de qualquer preocupação de ordem ambiental. A chamada Diretiva Eurovinheta, que aqui discutimos, é disso modesto exemplo. Sob o pretexto de pretensa ineficiência dos impostos sobre os veículos aplicados ao transporte rodoviário, transferir essa tributação para a generalização do sistema de portagens, diretamente ligadas à distância percorrida e emissões.

O impacto do transporte rodoviário na emissão de gases com efeito de estufa é inegável. No entanto, o que esta diretiva propõe vem contribuir para alargar a tarifação das redes viárias, onerando a generalidade dos seus utilizadores, que muitas vezes não têm alternativas, seja para o transporte de mercadorias ou para as suas opções de mobilidade.

A proposta interfere diretamente com uma competência nacional: a política de tributação, transferindo receitas dos Estados para os concessionários das redes viárias. Incorpora, ainda, uma inaceitável dimensão sujeita ao perverso sistema do comércio de emissões. Esta legislação imporá aumentos nas portagens e deslocações, penalizando aqueles que não têm opções face à deficiente oferta pública de transportes coletivos ou de transporte de mercadorias.

Prejudica-se o desenvolvimento, a coesão e a mobilidade. Não se faz aquilo que é necessário.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, chers collègues, ce texte comporte malheureusement certaines failles. Certains États membres aujourd'hui – notamment la Belgique – ont comme fâcheuse idée – heureusement pas encore concrétisée – d'introduire une taxation au kilomètre des véhicules particuliers, ce qui aurait évidemment des conséquences importantes pour l'emploi des personnes qui vivent en milieu rural. Le texte n'empêchera pas ce type de mauvaises idées.

Deuxième élément: les recettes affectées au travers de cette charge supplémentaire ne sont pas orientées d'office et obligatoirement vers les investissements pour de nouvelles infrastructures, pour le multimodal et pour soulager certaines régions. Il n'y a aucune obligation en la matière dans ce qui est présenté et proposé dans ce texte. Différents amendements essayent d'améliorer la situation. J'espère évidemment que ces amendements seront soutenus, notamment pour apporter ces solutions en matière d'affectation des recettes et donner cette impulsion pour le multimodal, pour le ferroviaire notamment, pour soulager aussi certaines régions, tout simplement, au travers de la réalité qu'elles vivent aujourd'hui.

Voilà les raisons pour lesquelles, à ce stade – on verra évidemment en fonction de l'évolution des débats – il n'est pas possible de soutenir, en tout cas pour moi, ce texte tel qu'il existe. J'espère que différents amendements passeront pour l'améliorer dans le sens que je viens d'indiquer.

Isabel García Muñoz (S&D). – Señor presidente, quiero felicitar al ponente y poner en valor el trabajo que se ha hecho durante todos estos años y, sobre todo, durante las complicadas negociaciones, que ha hecho posible conseguir un compromiso equilibrado que permite responder a los principales intereses nacionales.

La modificación de la Directiva establece un marco normativo europeo que refuerza el principio de «quien contamina paga», en línea con el Pacto Verde, y que es un pasito más del sector del transporte en la lucha contra el cambio climático. Este marco europeo garantizará la uniformidad de directrices en la Unión, dando seguridad jurídica y asegurando una competencia leal entre las empresas europeas de transporte.

El acuerdo no impone obligaciones en la tarificación vial a los Estados miembros; estos siguen manteniendo su competencia. Y, además, proporciona la flexibilidad de instrumentos necesaria para que los Estados puedan adaptarse y responder a sus particularidades territoriales, socioeconómicas y de distribución de población, así como a las necesidades de su sistema de transporte por carretera.

En definitiva, el acuerdo final combina el compromiso climático con el compromiso socioeconómico y territorial para seguir avanzando hacia una transición verde y justa para todos los territorios de la Unión.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, mes chers collègues, ce soir, nous voulons montrer que les résultats des négociations entre le Parlement et le Conseil sur le dossier de la redevance routière sont en deçà de nos attentes. C'est un texte bien moins ambitieux qu'en première lecture, en octobre 2018. Quatre ans après, les principes pollueur-payeur et utilisateur-payeur sont quasiment aux abonnés absents. Les coûts externes du transport routier, c'est-à-dire la pollution atmosphérique et sonore, ne sont presque pas pris en compte.

Faut-il vous rappeler l'urgence climatique et les 800 000 morts prématurées chaque année à cause de la pollution de l'air? Faut-il vous rappeler que ce levier de la redevance routière nous permettrait d'investir sur plus de trains, plus de fret ferroviaire et plus de transports propres? Parce que oui, plus de trains et plus de mobilité propre, c'est aussi bon pour l'emploi. Quand c'est bon pour le climat, c'est bon pour l'emploi.

Mes chers collègues, nous avons demain une responsabilité. Il y a des amendements qui sont audacieux. Nous allons relever la tête et faire en sorte que ce Parlement soit à la hauteur de la demande du défi climatique, mais également de la demande, je vous le dis, de notre perspective dans les transports.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir ein Beispiel: Von Verona nach München läuft eine der wichtigsten Verkehrsachsen Europas mitten durch die Alpen, mittendrin der Brennerpass.

Über diesen Verkehrsweg fahren im Jahr 2,5 Millionen Lkws und 11 Millionen Pkws. 54 Millionen Tonnen Waren werden hier im Jahr transportiert, drei Viertel davon auf dem Lkw, ein Viertel davon auf der Schiene. Und ein Viertel dieser Lkws fährt nur über den Brenner, weil die Maut dort weniger kostet als durch die Schweiz, wo der Weg im Schnitt um 100 Kilometer kürzer wäre. Aber in der Schweiz, auf der Gotthard-Transversale, ist der *Modal Mix* genau umgekehrt wie am Brenner. Und das ist einfach deswegen, weil die Schiene dort ausgebaut ist und die Straße höher bemautet ist.

Wir, die Europäische Union, bauen am Brenner derzeit eine neue Schienenverbindung. Gesamtkosten der Linie: deutlich über 20 Milliarden Euro. Die Hälfte davon bezahlen wir aus unserem EU-Haushalt.

Glauben Sie jetzt wirklich, dass die Regeln, die wir hier durchwinken wollen, eine Verlagerung auf diese neue Schiene bringen werden? Nein! Es wird keine Aufschläge auf die Maut geben, keine verpflichtende Internalisierung der Umweltkosten, es wird ein Vetorecht der Staaten bei Korridor-Mauten geben, es wird generelle Ausnahmen für Konzessionsstaaten geben, Mautabschläge für moderne Lkws.

Die Verlagerung wird nicht stattfinden. Dann haben wir 20 Milliarden in ein Projekt gesteckt, das nicht genutzt wird, weil die Straße billiger ist. Die Menschen entlang der Strecke werden weiterhin im Verkehr ersticken, und der Tunnel wird leer sein. Und genau aus diesem Grund ist diese Richtlinie eine schlechte Richtlinie, ein Ergebnis nationaler Partikularinteressen. Wenn wir das ein bisschen ernst nehmen mit dem Green Deal, sollten wir diese Richtlinie stoppen.

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, het huidige tolsysteem in de EU is gefragmenteerd en kent vele politieke gevoeligheden. De nieuwe eurovignet-richtlijn biedt een gemeenschappelijke, ambitieuze en toekomstgerichte Europese aanpak. We zetten hiermee een grote stap naar eerlijker en groener wegvervoer. Wie het meest vervuult, betaalt ook het meest: dit beginsel is van essentieel belang voor de verwezenlijking van onze doelen in het kader van de Green Deal.

In de richtlijn staat CO₂-tol voor vrachtwagens centraal, omdat deze ons in staat stelt de overgang naar emissievrije vrachtwagens verder te stimuleren. Bovendien worden de inkomsten uit het eurovignet geïnvesteerd in moderne en veilige wegen, en daarmee in de veiligheid van alle weggebruikers.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – A Uachtarán, I dtús báire, bhí an togra Eurovignette lán le gealladh. Ach anois, theip ar an Treoir Eurovignette dhá pholasáí a chur chun cinn atá ríthábhachtach do shláinte ár dtimpeallachta agus ár saoránach.

Ar an gcéad dul síos, ba cheart dúinn a chinntiú go léirítear costas iompair de bhóthar go cothrom i bpraghsanna bóithre, go léirítear é maidir le truailliú aeir agus torainn agus athrú aeráide.

Ar an dara dul síos, caithfimid bogadh ar shiúl ó iompar de bhóthar agus bogadh i dtreo modhanna inbhuanaithe.

Agus a chairde, tá seans fós an téacs a fheabhsú. Agus is é sin, chun vótáil i bhfabhar na leasuithe faoi uasmharcáil. Chuirfeadh na leasuithe seo cumas ar na Ballstát aghaidh a thabhairt ar fhadhbanna prahgsála. Mar sin, molaim daoibhse tacú leis na leasuithe seo amárach.

Sēdes vaditājs. – Liels paldies! Un tiešām gandarījums, ka Eiropas Savienībai ir tik daudz dažādu valodu. Man tiešām liels prieks par to, ka mēs visi te varam runāt savās nacionālajās valodās. Un nobeigumā vārds komisārei Dalli, noslēdzot šo debati. Lūdzu!

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, it's good to hear that many of you are in favour of the agreement, but I hear the concerns too. I have already explained why the Commission is in favour of the agreement, and let me now briefly react to some of your criticisms.

The Commission would also have preferred a faster phase-out of time-based user charges for heavy-duty vehicles. The two-year limit suggested by the amendment is, however, not realistic.

On the comments that the new road-pricing rules would favour certain technologies or fuels over others, the Commission has consistently given the same answer. The only technology-neutral way to address emissions via tolling is to link those tolls to certified emission levels. It is technically not possible to identify the source of fuel or electricity in a vehicle and it would not be sound to link tolls to fuel types. That would not be technology-neutral.

As regards charging for noise, next to air pollution, the directly applicable reference charges for pollution include a basic noise component too. If the new directive is adopted, Member States will also have the option to charge more wherever justified.

On double taxation, I can say that there is no risk of this in the case of the CO₂-based toll variation. This was precisely the reason why the Commission proposed a variation to be revenue-neutral. It should result in no additional burden on the sector. Importantly, also legally, this remains an infrastructure charge paid for the user infrastructure, not to internalise the cost of CO₂ emissions. So the risk is more relevant in the case of external cost-charging for CO₂.

In order to ensure coherence and avoid any duplication with a forthcoming ETS, the draft Eurovignette Directive has safeguards in the form of review clauses. For instance, the Commission will have to assess the coherence within five years, and where appropriate, propose to amend the provisions of the Eurovignette Directive. If the Eurovignette Directive is not amended by 2027 and an EPS for road is in place, the Commission shall update the values that can be charged for CO₂, taking into account the effective carbon price in the EU. Thus, it will not be allowed to charge twice for the same CO₂ emissions.

I hope that with this I have managed to address some of your concerns, and I very much count on the support of the European Parliament to finally adopt the long due revision of the Eurovignette Directive. Most importantly, this will result in meaningful change on the ground and thus contribute to fairer and more efficient road transport.

Sēdes vaditājs. – Debates ir beigušās par šo tematu, un es gribu atgādināt kolēģiem, ka balsošana notiks rītdien par šo ļoti sarežģīto un ilgstošo jautājumu, kurā ir panākts tātad zināms kompromiss, bet balsošana – rīt.

18. Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll

19. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll
20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll
21. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll
22. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll
23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll
24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Sēdes vadītājs. – Sēde ir noslēgusies, un tā atsāksies rītdien, proti, ceturtdien, 17. februārī, plkst. 8.30 ar šodienas otrās balsošanas rezultātu paziņošanu.

Darba kārtība ir publicēta, un tā ir pieejama Eiropas Parlamenta tīmekļa vietnē.

26. Schluss der Sitzung

(Sēde tika slēgta plkst. 22.03.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5678

23.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. FEBRUAR 2022

(C/2024/5678)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzungen vom 14. bis 17. Februar 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	4
3. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	4
4. Dürren und andere extreme Wetterphänomene auf der Iberischen Halbinsel und in anderen Teilen Europas (Aussprache)	5
5. Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe bei der Arbeit (Aussprache)	15
6. Erste Abstimmungsrunde	21
7. Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe bei der Arbeit (Fortsetzung der Aussprache)	21
8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	28
8.1. Die aktuellen Menschenrechtsentwicklungen auf den Philippinen	28
8.2. Die Todesstrafe in Iran	34

Inhalt	Seite
8.3. Die politische Krise in Burkina Faso	44
9. Wiederaufnahme der Sitzung	52
10. Personelle Zusammensetzung der Delegationen	52
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	53
12. Wiederaufnahme der Sitzung	53
13. Zusammensetzung der Fraktionen	53
14. Zweite Abstimmungsrunde	53
15. Wiederaufnahme der Sitzung	54
16. Große Anfragen (Aussprache)	54
16.1. Stärkung des Schutzes der Bezeichnungen g. U. und g. g. A. in der EU nach dem Fall Prosecco/Prosek (G-001003/2021 - B9-0004/2022)	54
16.2. Sprunghafter Anstieg der Preise für Rohstoffe und Betriebsmittel im Agrarsektor (G-001004/2021 - B9-0005/2022)	59
17. Wiederaufnahme der Sitzung	64
18. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	64
19. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	64
20. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	64
21. Petitionen: siehe Protokoll	64
22. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	64
23. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	64
24. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	64

Inhalt	Seite
25. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll . . .	64
26. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll	64
27. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	65
28. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	65
29. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	65
30. Schluss der Sitzung	65
31. Unterbrechung der Sitzungsperiode	65

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. FEBRUAR 2022

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 8.30)

Πρόεδρος. – Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, καλημέρα. Αρχίζει η σημερινή μας συνεδρίαση. Πριν περάσω στην ανακοίνωση των αποτελεσμάτων της ψηφοφορίας, θα ήθελα να αναφερθώ σε ένα απαράδεκτο και απολύτως καταδικαστέο γεγονός που συνέβη χθες στην αίθουσα της Ολομέλειας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Σας διαβάζω επακριβώς την αντίδραση της Προέδρου του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, Roberta Metsola, για αυτό το φαινόμενο:

Ένας φασιστικός χαιρετισμός στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο είναι απαράδεκτος. Πάντα και παντού. Προσβάλλει εμένα και όλους τους άλλους στην Ευρώπη. Εμείς υποστηρίζουμε το ακριβώς αντίθετο. Είμαστε το σπίτι της δημοκρατίας. Αυτός ο χαιρετισμός ανήκει στο πιο σκοτεινό κεφάλαιο της ιστορίας μας και πρέπει να μείνει εκεί.

Roberta Metsola, Πρόεδρος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου

Είμαι βέβαιος ότι αυτή η δήλωση εκφράζει όλο το δημοκρατικό, συνταγματικό, κοινοβουλευτικό φάσμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και όχι μόνο το Προεδρείο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Εμείς, ως Προεδρείο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, έχουμε εντολή, όχι μόνο από τους ευρωβουλευτές, αλλά από τη συντριπτική πλειοψηφία των Ευρωπαίων πολιτών που μας έχουν εκλέξει εδώ, να υπερασπιστούμε την κοινοβουλευτική δημοκρατία και το κράτος δικαίου· και αυτό θα κάνουμε και η Πρόεδρος και το Προεδρείο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, είμαι βέβαιος, με τη στήριξή σας.

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

Πρόεδρος. – Θα ξεκινήσουμε με την ανακοίνωση των αποτελεσμάτων της δεύτερης ψηφοφορίας της Τετάρτης 16 Φεβρουαρίου 2022.

(Ο Πρόεδρος ανακοινώνει τα αποτελέσματα της ψηφοφορίας)¹

Για τα αποτελέσματα και άλλες πληροφορίες σχετικά με τις ψηφοφορίες: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

3. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Πρόεδρος. – Η πολιτική Ομάδα Ταυτότητας και Δημοκρατίας (ID) ενημέρωσε την Πρόεδρο για αποφάσεις σχετικά με αλλαγές σε διορισμούς και επιτροπές. Οι εν λόγω αποφάσεις θα αναφερθούν στα Συνοπτικά Πρακτικά της σημερινής συνεδρίασης και παράγουν αποτελέσματα από την ημερομηνία αυτής της ανακοίνωσης.

4. Dürren und andere extreme Wetterphänomene auf der Iberischen Halbinsel und in anderen Teilen Europas (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της δηλώσεως της Επιτροπής σχετικά με την ξηρασία και άλλα ακραία καιρικά φαινόμενα στην Ιβηρική Χερσόνησο και σε άλλα μέρη της Ευρώπης (2022/2543(RSP)).

Η συζήτηση θα διεξαχθεί με έναν γύρο ομιλητών από τις πολιτικές Ομάδες.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, I am concerned by the serious drought situation suffered in the Iberian Peninsula and in particular by the current situation facing some areas in the north and centre of Portugal. The EU is helping monitor the evolution of the situation through the European Drought Observatory of Copernicus.

Climate change will further increase water scarcity and drought hazard, affecting both its frequency and magnitude, not only in the Iberian Peninsula, but across southern countries and other parts of the EU.

Extreme weather events are expected to rise, and therefore we have to look at both the short- and the long-term solutions. Every year losses caused by drought amount to 9 billion euros in the EU. This is a very high figure, which is happening with an increase of temperatures by 1.1 degrees. With global warming at three degrees, droughts would happen twice as often, and the losses in Europe would increase to EUR 40 billion per year, with the most severe impacts in the Mediterranean and Atlantic regions.

This is why it is so crucial to accelerate the transition towards sustainable and resilient food systems and put our farmers on the path to climate neutrality. We should not pretend that current ways of producing food can continue unchanged. The new common agricultural policy provides opportunities to help the sector adapt, and the Commission will encourage Portugal and Spain to make use of the possibilities and the CAP strategic plans.

I call upon national authorities not only of the Iberian Peninsula, but of all the areas likely to get affected by droughts, to establish sustainable and climate-resilient water-management practices that fully reflect the available water resources and the needs of all users – including the environment in a given river basin; fully implement the Water Framework Directive and reach its targets at the latest by 2027 by utilising its means, particularly river basin management plans, drought management plans and the economic instruments for setting the right water price; make the most of the new CAP strategic plans to deal with water management challenges as the Commission has recommended; and ensure that irrigation projects strictly comply with the requirements of the CAP Regulation.

Some actions have already been taken. My understanding is that the Portuguese authorities are already defining national emergency solutions that may contribute to alleviate the worst drought episode experienced by Portugal in the last 17 years, and are also reflecting in medium-term initiatives that will help the agricultural sector to better adapt and thrive under the changing climate.

I also welcome the Portuguese-Spanish transnational cooperation concerning sustainable and climate-resilient management of cross-border rivers such as Miño, Lima, Douro, Tagus, and Guadiana; the future implementation of a system that will allow the exchange in real time of hydrologic and meteorological data; and also the ongoing discussions on new joint collaboration projects between Spain and Portugal that facilitate joint responses and should materialise in sustainable and climate-resilient management of the water resources.

Within the framework of the common agricultural policy, I am pleased to inform you that the Commission's services are in contact with the Portuguese national and regional authorities looking into the support that the common agricultural policy can provide to face this national catastrophe.

I shall briefly sketch some of the most relevant lines of action through which the EU may provide support.

The CAP decoupled income support provides an annual safety cushion for farmers. The basic income support offers a basic layer of income support for farmers and can be complemented by additional income support targeting specific types of beneficiaries or specific issues, for instance sectors in difficulty. The Commission has always shown flexibility in relation to the level of advances for these payments. In this regard many of the sectors that traditionally are most affected by weather phenomena, such as drought, also undergo structural difficulties and as such may have access to the voluntary coupled support subject to a set of conditions which contemplate exceptions due to unforeseen extreme circumstances.

To put forward a concrete example, tomato producers in Spain and Portugal who already receive voluntary coupled support due to structural difficulties, may struggle to reach in this year the required minimum production level fixed in the eligibility conditions for the support due to the extreme weather conditions. Should the Member States' authorities assessment of the situation confirm this, they may decide to still pay the support to the farmers concerned on the basis of force majeure circumstances.

The European Agricultural Fund for Rural Development and the EU aid scheme for the fruit and vegetable sector under the European Agricultural Guarantee Fund can be used by Portugal and Spain to help the farmers affected by extreme weather conditions. Support can be granted to beneficiaries if the relevant measures – in particular those for restoring agricultural potential and for compensating losses through risk management tools – are programmed in the corresponding rural development or operational programmes.

In particular, the rural development programme of 2014-2020 for mainland Portugal, where the drought situation is more severe, includes a specific measure to support investment for the restoration of agricultural land and production potential damaged by natural disasters, adverse climate events and catastrophic events.

In addition, for farmers participating in risk management tools of the rural development programmes, extreme weather events could trigger compensation for significant economic loss. This applies to farmers receiving support for participation in crop-, animal- and plant-insurance schemes and mutual funds for adverse climatic events, animal and plant diseases, pest infestations and environmental incidents. The production loss must amount to at least 20% of higher ceilings established in the rural development programmes. Article 4 of the delegated regulation also allows for a national response in cases where beneficiaries are unable to fulfil their commitments taken under the rural development measures for the same reasons.

There is also the possibility for the Portuguese and Spanish national authorities to grant, in the case of adverse climatic events, support to farmers from their national budget in line with the EU state aid rules, which enable Member States to grant state aid to compensate the damage suffered due to such events. Member States may decide to block-exempt such aid or to grant it as de minimis aid without the need for prior notification to and approval by the Commission.

There's also the possible use of the EU solidarity fund to alleviate the drought situation in Portugal and Spain. The use of the EU solidarity fund may be requested by Portuguese and Spanish authorities, and notably in the event of severe natural disasters, in order to mobilise EU support to cover the costs of emergency and recovery operations incurred by public authorities.

An EUSF application can be submitted within 12 weeks from the occurrence of the disaster, showing that the total direct damage exceeds either 0.6% of gross national income or 1.5% of the gross domestic product of the affected region.

Drought is a progressively unfolding natural disaster, where a clear starting date cannot be determined. In such cases, the 12-week application deadline is counted from the date on which the public authorities of the affected state took official action for the first time against the effects of the natural disaster or from the date they declared a state of emergency or similar.

I must nonetheless underscore that private damages and assistance to the agricultural sector and farmers is not eligible under the EUSF, and that its application and budgetary processes are to undergo a legislative process involving the Council and the European Parliament that could take several months.

I must also underscore that with intensifying climate change, as well as the opening-up of the EUSF to pandemic related aid, the capacity of the fund to provide adequate solidarity relief will become increasingly curtailed, which again calls for prioritising structural adaptation solutions.

I would invite the Member State authorities to contact the concerned Commission services, DG REGIO, as soon as possible in order to further explore the existing possibilities and applicable conditions.

As you saw, the Commission and national authorities can do a lot of things to support affected farmers, but we need to underline that water resources are only going to be more scarce in the future in certain areas of the EU and that we have to plan for it.

Álvaro Amaro, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caras e Caros Colegas, a seca em Portugal e Espanha está a ter uma gravidade extrema. Estamos a aproximar-nos, cada vez mais, de uma situação similar à maior seca a que já assistimos em Portugal e que ocorreu em 2005.

Há 17 anos que não havia tantas zonas de Portugal em seca grave nesta altura do ano, o que traz enormes prejuízos a vários setores da nossa economia, ao ambiente, como por exemplo o turismo, e, particularmente, à agricultura. E quanto a esta última, Senhora Comissária, os agricultores desesperam e muitos já pensam em abandonar a atividade. Veem as culturas de outono-inverno praticamente perdidas.

Em Portugal, as barragens estão em níveis muito baixos para esta época do ano porque praticamente não choveu. A situação em muitas regiões de Espanha também é dramática, com cortes na oferta e limitações de consumo de água, especialmente na Extremadura, na Andaluzia, em Múrcia e Castilla La Mancha. Este problema acresce ao aumento dos custos de produção que os agricultores têm sofrido no último ano. A seca, a redução de efetivos e o abandono da atividade são terríveis e irão conduzir a um outro problema que é a antecipação da época de incêndios, infelizmente.

E é por todas estas razões, ouvindo a Senhora Comissária e apelando à conjugação de esforços entre os governos dos Estados-Membros e a Comissão, o que saúdo, mas que saúdo, Senhora Comissária, não apenas na questão estrutural. É, de facto, uma questão estrutural, de planear a prazo, é verdade, mas a verdade também é que estamos num momento crítico.

Neste curto prazo, era importante que a Comissão lançasse medidas de apoio financeiro, mas fora da política agrícola comum, porque esses já são apoios que, de direito, são dos agricultores. Que haja uma redução dos impostos sobre a eletricidade e dos combustíveis para os produtores agrícolas. E, a longo prazo, isso sim, que se promova uma estratégia para os países, em particular os países do Sul da Europa, que são assolados pelas secas, e que tenha como objetivo o aumento de captação, da retenção e do armazenamento das águas superficiais. Por exemplo, em Portugal, apenas se conseguem armazenar 20% de todas as aflúências de água de que dispomos. É, de facto, muito pouco. Temos, por isso, muita margem para crescer.

E permita-me, também, fazer um pedido para o meu país: a Comissão deve incentivar o Governo de Portugal a criar um apoio específico extraordinário para estas regiões mais afetadas, não esquecendo questões imediatas de tesouraria para evitar o abandono da própria atividade; acionar uma medida de crise destinada ao apoio à aquisição de alimentos compostos para animais, devido à falta de pastagens; facilitar o acesso à água para abeberamento de gado e às regras de sobrevivência das culturas, através de apoios à armazenagem da água; uma linha de crédito para a realização de novos furos e charcas; isenção temporária de pagamentos à Segurança Social, nomeadamente a Taxa Social Única; aplicar, efetivamente, a legislação sobre a eletricidade verde, um apoio no mínimo de 30% da fatura, e reativar os contratos sazonais de eletricidade para a agricultura.

Senhora Comissária, ajudemos os agricultores, porque a agricultura é vida.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, quero começar por sublinhar a oportunidade e a importância deste debate. Ele demonstra que, num momento de exceção, como é o caso da seca extrema, os cidadãos europeus podem contar com a solidariedade das instituições europeias a começar pela casa da democracia que é este Parlamento. O Fundo de Solidariedade da União Europeia está cá para isso, quando for necessário, complementando as ações dos Estados-Membros e das suas instituições.

Na próxima segunda-feira, no Conselho de Ministros Europeu da Agricultura e Pescas serão debatidas medidas concretas de mitigação dos impactos da seca em Portugal e Espanha, designadamente atividades pecuárias e agroalimentares, por solicitação dos dois Governos. Outras medidas de solidariedade no plano europeu serão debatidas e acionadas, se e quando necessárias.

Senhor Presidente, Senhora Comissária, o clima não é um fenómeno constante. Anos húmidos e anos secos fazem parte dos registos meteorológicos. Anos secos não são novidade, mas a frequência e intensidade com que têm ocorrido em várias regiões da Europa, em particular na Península Ibérica, são uma prova evidente do impacto do aquecimento global. O índice de seca PDSI mostra que 45% do território português estava em seca severa ou extrema em janeiro de 2022, enquanto o índice de precipitação normalizada SPI evidencia que a maior parte do território espanhol se encontrava nesse mês numa situação classificada entre ligeiramente seca e muito seca.

A Agência Europeia do Ambiente, no relatório recente divulgado sobre riscos climáticos em mutação na Europa, adverte que o Sul da Europa deve preparar-se para verões mais quentes, secas mais frequentes e um maior risco de incêndio. Refere também que é provável que a Europa Central registe uma menor precipitação estival, fenómenos meteorológicos extremos mais frequentes e mais fortes, incluindo precipitação intensa, cheias, secas e riscos de incêndios.

A seca extrema e os fenómenos climáticos severos são estruturais, mas têm impactos conjunturais. Não são naturais no seu efeito nas pessoas e nos territórios. É preciso evitar que sejam os mais pobres e os mais vulneráveis a sofrer as consequências mais graves. É isso que têm feito os Governos de Portugal e de Espanha nesta circunstância. E é isso que é preciso continuar a fazer, sempre, nas respostas locais, regionais, nacionais, europeias e globais aos fenómenos climáticos extremos.

Esta evidência é uma razão acrescida para prosseguirmos o nosso compromisso forte com a descarbonização. Denuncio aqui o aproveitamento lamentável que alguns não se coibiram de fazer desta situação para contestar o fecho de centrais a carvão e outras medidas em curso para cumprir a Lei do Clima e os objetivos do Pacto Ecológico Europeu e do Pacote Fit for 55.

As respostas necessárias são também uma oportunidade e um desafio de modernização e adoção das melhores práticas na gestão dos recursos hídricos. Medidas concretas foram tomadas pelos Governos de Portugal e de Espanha, quer através de medidas próprias, quer através do reforço da cooperação bilateral na gestão das bacias hidrográficas comuns no âmbito do Convénio de Albufeira.

Senhor Presidente, Senhora Comissária, termino: temos que combater com determinação as alterações climáticas, mas, ao mesmo tempo, temos de continuar a mobilizar a sociedade, o conhecimento, a tecnologia, a inovação, a partilha de boas práticas para garantirmos a segurança e a qualidade de vida e o desenvolvimento sustentável aos territórios respondendo aos novos desafios com que somos confrontados. Os agricultores têm que continuar a dispor de água para produzir de forma eficiente os bens de que necessitamos. A água tem que continuar a estar disponível nas torneiras para o uso racional. A indústria e os serviços precisam de água para disponibilizar produtos essenciais.

Os socialistas e democratas fazem disto um objetivo prioritário. Contem connosco em Portugal, em Espanha, onde quer que seja necessário salvaguardar os elementos sustentáveis ao serviço das pessoas e do planeta.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señora comisaria, gracias por este debate sobre el estrés hídrico, la sequía que sufre Europa, porque manifiesta de forma clara que las consecuencias del cambio climático son desiguales y asimétricas.

La mayor parte de la población europea que vive bajo estrés hídrico vive en los países del sur de Europa. Concretamente, en mi país, España, veintidós millones de personas que, desde el otoño, en el que ha empezado la época hídrica, miramos al cielo porque las lluvias han disminuido un 35 % y esperamos que esta situación cambie en los próximos meses, porque, si no, España entrará en lo que podemos llamar «ciclo seco».

Durante las sequías también miramos al suelo porque nuestros embalses están a un 44 % de capacidad y en la cuenca del Guadalquivir están, por ejemplo, por debajo del 28 %. Esto hace que las cosechas de secano se hayan perdido o estén muy afectadas, pero en las de la primavera la situación puede ser tremenda. Los agricultores de Jaén pueden perder el 80 % de su cosecha de olivar y, en las peores circunstancias, perderla toda. Por lo tanto, señora comisaria, sí se van a necesitar ayudas, pero no redirigir solo las que tenemos, sino ayudas adicionales.

Por otra parte, quiero manifestar en esta Cámara que nosotros somos los más ambiciosos a la hora de pedir medidas para cambiar el cambio climático, porque somos los más afectados, pero queremos también planes realistas. Por eso, no es normal que en el Reglamento sobre la inclusión de las emisiones y absorciones de gases de efecto invernadero resultantes del uso de la tierra España, un país afectado por la desertificación en buena parte de su territorio, sea, después de Suecia, el país más obligado a realizar estas reducciones.

Por eso les pido sensibilidad. Les pido que tengan en cuenta esta distribución asimétrica injusta de las consecuencias del cambio climático en Europa, en los países del sur, y que lo tengamos en cuenta en las medidas adicionales, pero, también, en las propuestas conjuntas para reducir las consecuencias del cambio climático.

Jordi Solé, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, señora comisaria, en la península Ibérica están saltando las alarmas porque, ciertamente, estamos atravesando un largo período de precipitaciones significativamente por debajo de la media. Las reservas están muy bajas. En el caso de Cataluña, que es el caso que mejor conozco, alrededor del 50 %, y hay preocupación por las cosechas. En algunos territorios la situación es alarmante y en otros, cuanto menos, preocupante.

Estos períodos de escasez de agua probablemente ocurrirán con mayor frecuencia a causa del cambio climático, aunque en el caso de la cuenca mediterránea algunos modelos apuntan a pocos días de lluvia, pero con mayor intensidad de precipitación. En cualquier caso, lo que sí es seguro es que las sequías en el sur de Europa no son nada nuevo. Hemos sufrido unas cuantas en las últimas décadas, por lo que sería difícilmente explicable que esta situación, relativamente recurrente, cogiera a los Gobiernos desprevenidos, no preparados para afrontar esta situación.

Y hay deberes que tienen que hacer los Gobiernos en materia de gestión del ciclo del agua —ampliar y actualizar los recursos técnicos, políticas de reutilización del agua en usos agrícolas e industriales, mejoras en el abastecimiento, captaciones, depósitos, reducir las pérdidas en la red, diversificar las fuentes a nivel local— con el objetivo de ganar margen de maniobra para poder anticipar las decisiones. No se trata de gobernar a golpe de decretos de emergencia sino de anticiparse y adaptarse a las situaciones potencialmente de emergencia y a las consecuencias del cambio climático. Por lo tanto, hay instrumentos, hay recursos, pero tiene que haber también la agilidad y la voluntad política de adelantarse a las situaciones de emergencia climática.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Vor einem Jahr redeten wir hier über die Frühjahrsfröste, die den Wein- und Obstbauern Südeuropas massiv geschadet hatten. Heute reden wir über Dürre und Trockenheit auf der Iberischen Halbinsel. Über was werden wir wohl nächstes Jahr reden?

Werte Kollegen, natürlich trauere ich mit den Landwirten – und selbst als Sohn eines Landwirts –, dass sie die herben Verluste hinnehmen müssen und es ihnen an Rücklagen fehlt, um diese Schäden auszugleichen. Gott sei Dank gibt es einen Hilfsfonds der EU für Naturkatastrophen, mit dem allerdings meiner Meinung nach nur die Kleinbauern entschädigt werden sollten.

Naturkatastrophen kommen und gehen. Die Iberer kennen Dürren seit Jahrhunderten, und sie haben ihre Art, Landwirtschaft zu betreiben, an diesen Dürren ausgerichtet. Davon zeugen die vielen Eichenwälder. Außerdem wussten sie, dass ein anderer für das Wetter zuständig ist und dass der, der das Unwetter schickt, diese Menschen nicht im Stich lassen würde.

Doch kehren wir zurück zum Thema. Was können wir tun? Was sollten wir tun? Lernen wir von Israel. Dort sehen wir, dass Dürren keine Katastrophen sein müssen, wenn man zum einen lernt, wie man Wasser aus dem Meer gewinnt – und die Iberische Halbinsel ist ja fast vollständig vom Meer umflossen –, und zum anderen die knappen Ressourcen durch ausgetüftelte technische Bewässerungssysteme effektiv und effizient einsetzt. Wie gut das funktioniert, habe ich mit eigenen Augen gesehen und das Ergebnis dieser Mühen, einen köstlichen israelischen Wein aus Samaria, genießen dürfen.

Liebe Iberer, lernen Sie von Israel, pflanzen Sie Weinberge, auch wenn das in diesem Haus nicht gern gehört wird. Und üben Sie den sparsamen Umgang mit Wasser. Dann werden Sie künftig keine Hilfszahlungen der EU benötigen, und ich kann mich freuen auf einen guten portugiesischen Wein.

Jorge Buxadé Villalba, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, España se enfrenta al año más seco desde hace diecisiete años: los embalses están por debajo del 40 % de su capacidad y en lugares como la cuenca del Guadalquivir, por debajo del 30 %. A partir del 1 de abril varias zonas de España, como el Campo de Gibraltar, anuncian restricciones al consumo de agua potable y los agricultores se enfrentan a un panorama devastador, unido a la subida de los costes de producción y a la entrada de producción extracomunitaria que compite deslealmente.

Cada año repetimos los mismos debates, pedimos las mismas ayudas, pero si llegan, cuando llegan, llegan tarde y mal. Estas situaciones demandan una previsión, inversiones y una estrategia a largo plazo.

En España faltan infraestructuras no solo para almacenar de forma eficaz el agua, sino también para garantizar la conexión entre todas las cuencas en un plan nacional. Resulta obsceno que infraestructuras como el caso de la presa de Rules lleven diecisiete años esperando las canalizaciones para llegar a los agricultores y productores de la Costa Tropical.

Los seguros agrarios contra la sequía son absolutamente deficientes y no tienen en cuenta las necesidades reales de los agricultores. Ustedes han puesto en marcha una PAC inundada de ideología verde, pero los agricultores quieren inundarse de agua y no de su ideología.

Exigimos, por supuesto, señora comisaria, un fondo específico para la sequía. La sequía supone la ruina de nuestros productores, agricultores y ganaderos, pero muy especialmente supone la ruina de un modo de vida de nuestros pueblos y de las zonas rurales. Son ellos los que están realmente sufriendo la desertificación de la tierra y las restricciones en el uso del agua.

Es decir, sí, la Unión y los Estados miembros tienen que reaccionar, apartar su ideología y centrarse en las necesidades reales de los productores.

Younous Omarjee, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, l'épisode de sécheresse extrême qui frappe l'Espagne et le Portugal en plein hiver vient s'ajouter désormais à la longue liste des catastrophes naturelles annuelles, chaque fois plus nombreuses et chaque fois plus intenses. En première ligne, aujourd'hui, face à cette sécheresse dans ces deux pays, des agriculteurs et les pouvoirs publics nationaux et régionaux, à qui je veux ici réaffirmer, au nom de notre groupe et au nom de notre commission REGI, notre plus grande solidarité. Tout ce que nous pourrions faire pour aider, nous le ferons et, bien sûr, nous demandons – comme vous l'avez dit, Madame la - Commissaire – la mobilisation du Fonds européen de solidarité aussitôt que possible et l'aide d'urgence là où elle peut être nécessaire.

Plus largement, la Terre, l'humanité et le monde du vivant sont entrés aujourd'hui dans une zone de turbulence dont la sortie n'est pas pour demain: 50 °C en Amérique du Nord cet été, des feux de forêt qui frappent désormais jusqu'au Grand Nord, la terre qui s'est littéralement effondrée sous les pieds des habitants d'Erfstadt – nous irons, avec la commission REGI, la semaine prochaine dans cette localité, en Allemagne – des villages de Belgique et des Pays-Bas qui sont sous les eaux et des cyclones tropicaux de plus en plus violents dans les régions ultrapériphériques. Voilà la nouvelle donne qui est devant nous.

En tant que président de la commission REGI, j'ai mis sur la table une proposition: la création d'un nouveau fonds, le fonds régional d'adaptation au changement climatique, qui s'appuie sur une cartographie des risques et des besoins, et sur les plans nationaux d'adaptation au changement climatique. Ce fonds vise à aider les régions à investir, désormais, dans des infrastructures plus résilientes aux effets des catastrophes naturelles.

En effet, aujourd'hui, tous nos efforts sont tournés vers la mitigation et la réduction des émissions de gaz à effet de serre. Bien sûr, il faut le faire; mais nous devons aussi pallier l'absence d'une véritable stratégie européenne en matière d'adaptation aux changements climatiques, qui sont déjà en cours, et qui sont devenus irréversibles, compte tenu de l'inertie du modèle climatique.

C'est notre responsabilité de préparer l'ensemble des régions européennes à adapter désormais leur stratégie de développement et leur plan d'investissement en fonction de cette nouvelle donne, qui va bousculer, vous le savez, l'ensemble des secteurs et qui nécessite des milliards d'euros d'investissements dans tous les domaines.

La présidente von der Leyen s'est engagée – je termine, Monsieur le Président – à appliquer un droit d'initiative du Parlement. C'est ce que nous faisons avec cette proposition. Saisissez la balle au bond lancée par la commission REGI et présentez au Parlement européen une proposition pour la création de ce nouveau fonds régional d'adaptation au changement climatique.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, as the interventions from most political groups have highlighted, we urgently need to make our food systems sustainable and resilient. Extreme weather phenomena, such as this drought, do not only affect the agricultural production and impact the livelihood of millions of EU citizens who live in rural areas, but are also intimately interlinked with our common fight against climate change, our concerns about soil erosion in many European regions, the impact on biodiversity and water supply.

Within the framework of the common agricultural policy, the lines of action under which the EU may currently provide support, both under the European Agricultural Guarantee Fund (EAGF) and the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD), have shown their positive effects and should be implemented to help the affected farmers. The new CAP 2023-2027 strengthens the tools available, and the Commission services have encouraged Member States to use them to the fullest extent in their draft CAP strategic plans, considering that, in the future, more extreme weather conditions will be ushered in by the climate crisis.

Regulation (EU) 2021/2115 includes an array of measures benefiting from EU support, of which risk management tools allowing Member States the possibility to pay a farmer for the farmer's contribution to a risk management tool, helping active farmers manage production and income risks related to their agricultural activity that are outside their control, interventions in the fruit and vegetable sector, the hop sector, the olive oil and table olive sector and the other sectors, and Article 47 providing support for harvest and production insurance that contributes to safeguarding producers' incomes where there are losses as a consequence of natural disasters, adverse climatic events, diseases or pest infestations. Union financial assistance to the wine sector, Article 59. Due attention will be paid to how these possibilities for EU support have been considered under the Spanish and Portuguese CAP strategic plans for 2023-2027, which were submitted in December 2021 and are currently under the analysis of the Commission services.

As I stated earlier, we need to adapt to climate change. This is a call to all Member States that you'll see more and more severe droughts. Make the most of the new CAP strategic plans to shift to less water-intensive crops and other measures recommended by the Commission, and make sure that irrigation projects comply with the safeguards requested by the Commission.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 171 του Κανονισμού)

Clara Aguilera (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – Portugal vive uma situação de emergência climática devido ao período de seca que tem vindo a verificar-se nos últimos meses e com tendência a agravar. Segundo informações do Instituto Português do Mar e da Atmosfera (IPMA), janeiro de 2022 foi o sexto mês mais seco num período de 90 anos e o segundo pior desde 2000, com cerca de 35% do território a sofrer de seca severa e 12% de seca extrema. Secas e outros fenómenos climáticos extremos apresentam riscos consideráveis para a saúde humana, a agricultura, a biodiversidade, o abastecimento de água e a produção de energia hidráulica. É necessário estabelecer ou ativar mecanismos robustos para combater este tipo de fenómenos a nível europeu, mas com um claro enfoque nas circunstâncias de cada país, tais como as que se estão a verificar em Portugal e Espanha. Para tal, também deve ser assegurado financiamento adequado para a adaptação a este tipo de fenómenos, resultado da emergência climática. É absolutamente imperativo encontrarmos soluções que nos impeçam de chegar a um ponto de não retorno, em prol do nosso futuro.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Ibán García Del Blanco (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Isabel García Muñoz (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Nicolás González Casares (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

César Luena (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Sandra Pereira (The Left), *por escrito*. – A situação de seca que se vive em Portugal é muito preocupante e exige apoios e medidas de fundo para enfrentar as consequências que já se anteveem, desde o abastecimento para consumo humano, a produção agrícola e de energia hidroelétrica ao setor do turismo. Na agricultura, por exemplo, o impacto nas explorações agrícolas, exigindo o recurso à rega, aumenta os custos de produção, no quadro da subida de outros fatores, como a energia e os combustíveis, do esmagamento dos preços na produção e da redução de rendimentos. Na discussão da PAC, temos proposto um Seguro Agrícola Público, financiado pelo orçamento da União que conferiria um nível de proteção mínimo, para todos os agricultores dos Estados-Membros. No nosso entender, seria uma forma de garantir um rendimento mínimo aos agricultores afetados por fenómenos meteorológicos extremos, por outras situações de catástrofe natural ou provocada pelo homem, incluindo incêndios florestais, doenças e pragas. A existência deste seguro não prejudicaria a existência de outros esquemas de seguros, específicos de determinados setores e garantiria uma proteção mínima aos agricultores. Na atual situação, em que ainda se carece de medidas de mitigação e adaptação às alterações climáticas, a criação deste seguro seria uma medida acertada. Infelizmente esta nossa proposta foi chumbada pela maioria neste Parlamento.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la medida de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

Marcos Ros Sempere (S&D), *por escrito*. – La Península ibérica vive una de las peores sequías invernales de las últimas décadas. Las reservas de agua embalsada en las cuencas hidrográficas de España y Portugal afrontan su peor dato en años y no hay previsiones de que llueva en las próximas semanas. Entre el 1 de octubre y el 1 de febrero, las lluvias en España fueron un 36 % menores de la media de 1981-2010. Los expertos en cambio climático advierten de que el calentamiento implicará una mayor evapotranspiración en la región mediterránea y que las reservas de agua disponible serán menores, repitiéndose con más frecuencia situaciones como la actual. Además, el riesgo de incendios será mayor y las cosechas sufrirán mayores impactos.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de apoyo de la UE, de cooperación entre Estados miembros, de la gestión eficaz y racional de los recursos hídricos, del Convenio de Albufera y de una Estrategia europea sobre desertificación. Asimismo, trabajamos para que las poblaciones más vulnerables y pobres no se vean más afectadas y nos posicionamos en contra del inviable objetivo de absorciones asignado a España en la nueva propuesta de Reglamento UTCUTS, que no tiene en cuenta los impactos del cambio climático.

5. Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe bei der Arbeit (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η συζήτηση επί της εκθέσεως της Stefania Zambelli, εξ ονόματος της Επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων, επί της προτάσεως οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση της οδηγίας 2004/37/EK σχετικά με την προστασία των εργαζομένων από τους κινδύνους που συνδέονται με την έκθεση σε καρκινογόνους ή μεταλλαξιογόνους παράγοντες κατά την εργασία (COM(2020)0571 – C9-0301/2020 – 2020/0262(COD)) (A9-0114/2021).

Stefania Zambelli, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, finalmente dopo più di un anno di lavoro sono onorata di essere qui oggi per la presentazione della quarta revisione della direttiva 2004/37/CE sulla protezione dei lavoratori da sostanze cancerogene e da sostanze mutagene. È stato un lavoro lungo e alle volte complicato, ma ho agito con dedizione e impegno nell'apportare le modifiche alla direttiva di cui sono relatrice. L'ho fatto nella consapevolezza che l'Europa può concretamente agire per migliorare le condizioni di lavoro e di salute dei lavoratori.

La mia storia personale mi rende particolarmente sensibile alla questione: ho lavorato nell'ambito sanitario e negli ultimi anni ho dovuto affrontare la battaglia contro tre tumori e solo recentemente ho terminato i trattamenti. Queste esperienze hanno avuto un'influenza importante sul mio impegno politico sin dal primo giorno in questo Parlamento. Ho lavorato con dedizione e con la consapevolezza che il cancro si può sconfiggere e il mio impegno nella commissione speciale contro il cancro ne è un esempio. Ho discusso con tutti, con le parti sociali, con le aziende e con i sindacati. Ritengo indispensabile che questa relazione dia risposte concrete ai lavoratori e ai cittadini europei, che da troppo tempo attendono risposte in materia di sicurezza sul posto di lavoro.

Il cancro rappresenta la prima causa di morte correlata al lavoro nell'Unione europea. Infatti, il 52 % dei decessi legati al lavoro è dovuto a tumori professionali. La Commissione europea ha fatto della lotta contro il cancro una delle priorità del quinquennio 2019-2024. Secondo la Commissione, infatti, il 40 % dei casi di cancro in Europa si possono prevenire. Una maggiore protezione dei lavoratori, insieme a una diminuzione o eliminazione dei rischi, va nella direzione di ridurre l'esposizione dei lavoratori a sostanze pericolose.

Questa modifica rappresenta la quarta proposta legislativa della direttiva e si propone di stabilire nuovi valori limiti di esposizione professionale per tre sostanze: l'acrilonitrile, i composti del nichel e il benzene.

La nuova modifica della direttiva, come proposta dalla Commissione, vuole garantire un nuovo livello di protezione professionale a oltre un milione di lavoratori in tutta Europa. I settori coinvolti sono il settore petrolifero, il settore tessile, il settore manifatturiero, il settore edile e il settore chimico. Nel corso della discussione sono emerse nuove proposte, che sono state tutte prese in considerazione.

È con grande soddisfazione che la direttiva conosciuta come CMD sarà d'ora in avanti chiamata CMRD. Infatti, alle sostanze già previste, abbiamo aggiunto le sostanze reprotossiche, ossia sostanze dannose per la riproduzione. Non solo queste sostanze entrano a far parte dello scopo della direttiva, ma abbiamo stilato anche una lista di 11 sostanze che hanno effetti dannosi per la fertilità. Si tratta di una grande vittoria per la tutela della salute dei lavoratori, soprattutto per quelli che lavorano nel comparto della salute. Si stima infatti che almeno 2 milioni di persone in Europa siano esposte a queste sostanze.

Altro grande obiettivo raggiunto riguarda i medicinali pericolosi. Infatti, ci sono diversi medicinali, alcuni fondamentali per la lotta contro il cancro, che possono avere effetti gravi per chi li maneggia e per chi li prepara. Per la prima volta siamo riusciti ad aprire la discussione su questo argomento.

Questo è un enorme passo in avanti per tutto il comparto ospedaliero. Ogni anno, infatti, 12 milioni di operatori sanitari in Europa sono potenzialmente esposti a farmaci pericolosi. Penso ai medici, agli infermieri, ai tecnici di laboratorio, a tutti coloro che lavorano negli ospedali. A loro va il mio ringraziamento, perché in questi anni difficili sono stati in prima linea contro la pandemia. La Commissione dovrà dare una definizione di questi farmaci, preparare una lista e dare delle linee guida.

Abbiamo inoltre richiesto alla Commissione di preparare un piano d'azione per includere nella direttiva altre 25 sostanze e di affrontare il tema della silice cristallina, sostanza che può avere gravi effetti a lungo termine.

Nonostante le difficoltà nel portare avanti questa relazione, oggi siamo qui con un risultato eccellente, atteso da tutti gli attori coinvolti nel processo decisionale: lavoratori, aziende e governi. Abbiamo tutti agito con un solo obiettivo comune, la salute dei lavoratori, e credo che abbiamo fatto un enorme passo in avanti nel garantire maggiore protezione e sicurezza.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, fighting against cancer is one of the key priorities of the Commission and, I know very strongly, of your Parliament. It has to be a priority because today 52% of annual occupational deaths in the EU can be attributed to work-related cancers. These figures show the importance of the file we are discussing today. Improving workers' health and safety in the context of rapidly changing economic, technological and work patterns.

This fourth update of the carcinogens and mutagens directive revises the limit values for three key carcinogens widely used in the EU, and we estimate that it will improve the protection of more than one million workers in the EU. And I'm very pleased to see that both the European Parliament and the Council supported these limit values throughout the discussions.

But we also went much further in this update, and I thank the Parliament and particularly the rapporteur, and I wish you all well, having listened to your personal experience, as well as the former president of the Committee on Employment and Social Affairs for the very ambitious approach of the Parliament.

Firstly, the co-legislators agreed to include the reprototoxic substances in the scope of the directive. We will now be working further on putting in motion this amendment. Another substantial point of discussion was the protection of workers, including nurses, from the exposure to hazardous medicinal products. We all agree that as soon as these medicinal products have carcinogenic, mutagenic and reprototoxic properties, they fall within the scope of the carcinogens and mutagens directive.

However – and I must say, I appreciate that very much – your negotiators in the trilogue strongly defended the need to ensure a higher degree of clarity on this specific aspect, and for that reason, both the co-legislators and the Commission agreed on making statements to clarify this. The provisional agreement includes reinforced training measures and, among other elements, the publication of guidelines, and I am strongly committed to publish these guidelines by the end of this year.

We have to better protect those who every day take care of those patients who need these treatments. But we know now better than ever, the crucial role of health workers – and it has been mentioned by the rapporteur – who every day take risks to bring health to those who suffer from cancer, and it is not acceptable that they have to take these risks. So, these guidelines will be clear and they have not just to be there, they have to be implemented and their implementation also has to be controlled.

The third substantial point in this discussion, was the introduction of a new methodology for setting limit values at the EU level, a so-called risk-based methodology. On this issue, we all realised that we will still need time to assess the relevance of such an approach, and we will continue our work on this topic. This provisional agreement also provides that the Commission reviews the limit value for respirable crystalline silica and adopts an action plan this year for proposing, where appropriate, new or updates of limit values for an additional 25 substances.

And as I mentioned already, this is already the fourth revision of the carcinogens and mutagens directive, and since 2016, the Commission has submitted proposals to address 30 chemicals. In addition, as announced in the new EU strategic framework on health and safety at work, we have already planned the fifth revision addressing five additional chemicals and therefore such an action plan is fully in line with the Commission's desire to constantly improve the protection of workers against occupational cancer.

Mr President, honourable Members, before concluding, I would like to highlight the key and constructive role again played by both the European Parliament and the Council because this proposal was adopted and approved at the Council level by unanimity, which shows that everybody now is aware of the importance of what we are doing here.

The provisional agreement we have before us today is ambitious and it is another significant step forward in improving the health of EU workers. And it shows also that Europe cares about the health of its citizens and workers. And, therefore, I am confident that you, Members of the European Parliament, will largely support this text so that it will turn into practical measures on the ground very quickly.

Gilles Lebreton, *rapporteur pour avis de la commission des affaires juridiques*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, les cancers, qu'ils soient ou non d'origine professionnelle, sont la deuxième cause de mortalité dans les pays de l'Union européenne, après les maladies cardio-vasculaires. Ils sont responsables d'environ un quart du nombre total de décès. Ils mettent aussi durement à l'épreuve les systèmes nationaux de santé et d'aide sociale, les budgets publics, la productivité et la croissance économique. Pour cet ensemble de raisons, il faut donc renforcer la lutte contre le cancer. Un consensus politique existe pour soutenir cet objectif.

C'est dans ce contexte que nous entreprenons aujourd'hui d'améliorer la protection des travailleurs contre les risques liés à leur exposition à des agents cancérogènes ou mutagènes au travail. Les cancers sont en effet à l'origine de 52 % des décès d'origine professionnelle enregistrés chaque année, et c'est beaucoup trop.

Pour réaliser cette amélioration, il est nécessaire de modifier la directive 2004/37/CE, qui constitue le texte de base pour protéger les travailleurs contre le cancer. La commission des affaires juridiques a voté quinze amendements pour apporter sa pierre à l'édifice. Parmi les principaux, l'un recommande, dans un but de transparence, de n'établir les prescriptions médicales qu'après consultation des acteurs économiques et sociaux concernés. Un autre suggère de profiter des plans de relance nationaux et européens pour financer les programmes de recherche sur les risques pour la santé des travailleurs. Un troisième attire l'attention sur le cas particulier des travailleurs exposés à un cocktail de substances dangereuses, qui nécessiterait de revoir à la baisse les valeurs limites pour tenir compte des effets combinés de ces produits. Dans la même optique, un quatrième souligne le caractère cancérigène du cobalt, qui devrait donner lieu à des valeurs limites spécifiques. D'autres amendements précisent des délais, notamment un délai d'au moins tous les cinq ans pour réexaminer les valeurs limites.

Je termine par deux considérations plus générales. La commission des affaires juridiques attire particulièrement votre attention sur le fait que les PME et les microentreprises disposent de ressources financières, techniques et humaines limitées. Il faut donc veiller à ce que l'application de la directive ne leur fasse pas subir de conséquences disproportionnées. La commission tient enfin à rappeler que la directive n'empêche pas les États qui le souhaitent de prévoir des dispositions encore plus protectrices.

En conclusion, la lutte contre le cancer est une grande cause européenne, à laquelle la commission des affaires juridiques est heureuse d'apporter sa contribution.

Cindy Franssen, namens de PPE-Fractie. – Voorzitter, het is een historische week voor de strijd tegen kanker in Europa: we hebben gisteren het Europees kankerbestrijdingsplan goedgekeurd en stemmen vandaag over de vierde herziening van de richtlijn betreffende de bescherming van de werknemers tegen de risico's van blootstelling aan carcinogene of mutagene agentia op het werk.

Bijna anderhalf jaar na het voorstel van de Europese Commissie voor een richtlijn kan het Europees Parlement een fantastisch resultaat voorleggen. Deze herziening is een ware mijlpaal in de strijd tegen kanker als gevolg van beroepsmatige blootstelling aan gevaarlijke stoffen. De richtlijn omvatte reeds grenswaarden voor beroepsmatige blootstelling aan dertig kankerverwekkende en mutagene stoffen en wordt nu uitgebreid met stoffen die schadelijk zijn voor de voortplanting en gevaarlijke geneesmiddelen. Hiervoor heeft het Europees Parlement zich sinds de eerste herziening van de richtlijn hardgemaakt.

Ons werk is hiermee echter niet af. Er sterven in de Europese Unie nog altijd tachtigduizend werknemers per jaar aan kanker als gevolg van beroepsmatige blootstelling aan de bovengenoemde stoffen. Daaraan moet in 2022 een eind worden gemaakt. De vierde herziening van de richtlijn moet daarom zo snel mogelijk door de Commissie worden opgevolgd met een actieplan voor het aanpakken van de volgende vijftintig stoffen op de lijst van gevaarlijke kankerverwekkende, mutagene en reprotoxische stoffen. Om dit te bewerkstelligen, moeten zowel de aanbevelingen van het verslag van de Bijzondere Commissie kankerbestrijding, waarover we gisteren hebben gestemd, als die van het in oktober 2021 in stemming gebrachte verslag over de bescherming van werknemers tegen asbest in wetgeving worden omgezet. Enkel zo kunnen we ervoor zorgen dat werknemers niet meer aan kanker sterven omdat zij simpelweg hun werk doen. Ik reken dan ook op massale steun voor dit verslag.

Heléne Fritzon, för S&D-gruppen. – Herr talman! Kommissionär Schmit! För mig som socialdemokrat är det självklart: ingen ska behöva dö av sitt arbete. I Europa dör tio personer varje timme av cancer som orsakats av farliga ämnen och mediciner på jobbet. Det är hundratusen personer per år.

Det handlar om sjuksköterskor, som vårdar cancerpatienter och som riskerar att insjukna i cancer på grund av sitt jobb. Det handlar om brandmän, som riskerar att utsättas för bensen, som kan orsaka leukemi. Det handlar om någons förälder, syskon eller barn, som går till jobbet varje dag och som arbetar för att få mat på bordet och betala hyran. Det här är helt oacceptabelt.

Cancer är i dag den vanligaste dödsorsaken kopplad till arbete. Därför måste vi göra mycket mer för att skydda utsatta löntagare. Allt annat är oansvarigt. Därför är jag både glad och stolt över den överenskommelse vi ska anta här senare i dag. Den nya lagstiftningen säkerställer att reproduktionsstörande ämnen kommer att falla under samma arbetsplatsförbyggande regler som cancerframkallande och mutagena ämnen. Vi stärker skyddet för vårdpersonal och sjuksköterskor när det gäller exponering för farliga läkemedel. Det är en stor framgång.

Jag ser också fram emot kommissionens kommande handlingsplan om att inkludera ytterligare 25 ämnen i lagstiftningen. Med skärpta regler kan vi rädda tusentals liv varje år. Det här är viktigt för löntagares hälsa och säkerhet.

För mig är det självklart, EU ska inte konkurrera med dåliga villkor. Vi ska ligga i framkant med en trygg och säker arbetsmiljö. Jag vill säga att vårt mål är noll och jag vill tacka för ett gott samarbete med föredragande och övriga skuggor.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire – cher Nicolas Schmit –, hier, ce Parlement a largement adopté un rapport sur le plan cancer européen. De la prévention à la réinsertion, l'Union européenne va se doter d'un large plan de santé publique. Aujourd'hui, nous apportons la première pierre législative en nous attaquant aux inégalités de santé, car les risques ne sont pas les mêmes selon l'emploi et selon l'État et ne seront pas les mêmes si l'Union européenne n'harmonise pas vers le haut ses règles de prévention.

En démontrant qu'une action contre le cancer est un modèle pour d'autres pathologies et après trois révisions infructueuses, nous sommes parvenus à étendre le champ de cette directive aux substances toxiques pour la reproduction. C'est une grande avancée pour la santé reproductive, en particulier des femmes. C'est une étape importante dans la mise en place du pacte Simone Veil.

Enfin, nous affirmons que le plan cancer européen ne se fera pas seulement avec les soignants, mais pour eux. J'ai une pensée particulière pour les millions d'infirmiers et d'infirmières qui prennent soin de nos parents et de nos enfants contre le cancer. Je les connais bien. Cet engagement sans faille ne doit pas et ne peut pas se faire au détriment de leur santé. Or, certains médicaments sont eux-mêmes cancérigènes ou reprotoxiques.

Le texte que nous voterons aujourd'hui apportera des réponses très concrètes sur le terrain. Je voudrais chaleureusement remercier tous les collègues, tout particulièrement la belle négociatrice Lucia Nicholsonová. Si ce texte est un progrès, il fixe surtout le cap pour demain en portant l'ambition d'un plan d'action très vaste contre le cancer au travail. Monsieur le Commissaire, nous comptons sur vous.

Katrin Langensiepen, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, dear colleagues, in front of you stands a proud Member of the Parliament. Thanks to the persistency of this Parliament, we achieved a big step forward in the protection of workers from occupational exposure to carcinogens, mutagens and reprotoxins. The biggest step forward entails the intention of the aforementioned directive with reprotoxic substances that adversely affect the ability of men and women to reproduce, and pose a threat to fertility.

Protection against exposure to these substances is now legally covered. This is important for almost two million workers across the EU prevailing in sectors varying from agriculture and care, to petrochemicals and maintenance services. This update also provides more and better training for care workers on the potential hazardous impact of exposure to hazardous medicinal products. This is highly important for the millions of carers handling these products, such as oncology nurses. They put their own health in danger for saving the lives of others, whereas there are ways to protect them.

But the work is not done yet. As Greens, we are looking forward to keep on seeking better protection. We look forward to future updates – 25 additional substances are still to be included and we need to establish a risk-based methodology to set exposure limits. We cannot allow that even one single worker gets sick or even dies due to a lack of protection. We need to care for those who care for us.

Joanna Kopcińska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Drodzy Koledzy! Statystyki dotyczące nowotworów pochodzenia zawodowego wciąż są zatrważające, a za każdą z tych statystyk stoją ludzie, którzy tracą życie i zdrowie. Ponad połowa zgonów związanych z pracą jest właśnie pokłosiem nowotworów, a wielu zachorowań na raka również związanych z pracą można uniknąć. Naszym obowiązkiem jest więc dokładanie wszelkich starań, aby istniały odpowiednie narzędzia do walki z rakiem pochodzenia zawodowego, aby ta walka była coraz skuteczniejsza.

Tekst końcowy, który przedstawia należycie wypracowane porozumienie, jest właśnie takim narzędziem i kolejnym istotnym krokiem naprzód w walce z rakiem. Zaktualizowanie dopuszczalnych wartości narażenia zawodowego czy uwzględnienie niebezpiecznych produktów leczniczych to kluczowe elementy tekstu, które nadadzą ton walce z rakiem na kolejne lata. Wspomniane niebezpieczne produkty lecznicze są szczególnym zagrożeniem dla pracowników służby zdrowia, którzy w okresie pandemii znaleźli się pod bezprecedensowym obciążeniem. Ich ochrona musi być jednym z priorytetów odbudowy i wyciągania wniosków z pandemii.

Trzeba jednocześnie pamiętać, że europejskie przedsiębiorstwa i przemysł będą potrzebować środków oraz czasu, aby nowe ambitne postulaty wdrożyć w sposób efektywny, właściwy i zrównoważony. Dlatego pragnę jeszcze raz podkreślić kluczową rolę okresów przejściowych w dostosowaniu się do nowych reguł. Bardzo dziękuję pani sprawozdawczyni i wszystkim kontrsprawozdawcom za bardzo dobrą pracę.

Nikolaj Villumsen, for The Left-Gruppen. – Hr. Formand! Kommissærer! Kollegaer! Ingen bør få kræft af at gå på arbejde, men desværre sker det alt for ofte. Hvert år mister omkring 100 000 mennesker livet på grund af arbejdsrelateret kræft i EU. Andre mister muligheden for at få børn, fordi de udsættes for farlige kemikalier på deres arbejdsplads. Sådan bør det ikke være. Derfor har vi fra venstrefløjen og den europæiske fagbevægelse længe presset på for handling, og nu sker der noget. Jeg er både glad og stolt over det resultat, vi har fået forhandlet hjem. Det vil føre til bedre beskyttelse for rengøringsassistenter, industriarbejdere og sygeplejersker. Samlet vurderes det, at mere end én million lønmodtagere i EU vil blive bedre beskyttet, hvis forslaget bliver vedtaget i dag. For arbejdere i industrien betyder det bedre beskyttelse mod kræftfremkaldende stoffer. For sundhedspersonale vil det betyde bedre beskyttelse mod skadelige medicinske produkter. For mange kvindelige lønmodtagere vil det betyde bedre beskyttelse mod kemikalier, der skader forplantningsevnen og muligheden for at få børn. Jeg vil gerne takke for samarbejdet med de andre forhandlere. Det har været hårde forhandlinger, men det er lykkedes at få en stor og vigtig sejr. En sejr for hundredtusinder af lønmodtagere i EU. Så kære kollegaer, tak for samarbejdet. Lad os stemme for forslaget.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, in Italia registriamo 1 200 morti sul lavoro all'anno, in media tre persone al giorno, una vera mattanza quotidiana. Queste perdite si sommano a 8 000 morti all'anno per esposizioni a sostanze cancerogene sul posto di lavoro, che avvengono nel silenzio e nell'indifferenza più assoluta da parte di istituzioni, media e società.

Almeno il 5 % di questi tumori maligni è dovuto all'esposizione sul posto di lavoro a sostanze cancerogene; solo il 20 % di questi tumori viene individuato e riconosciuto come tale, con l'effetto di distruggere non soltanto la vita di chi ne è affetto, ma anche delle loro famiglie, spesso completamente abbandonate a loro stesse.

L'accordo che ci apprestiamo a votare rafforza i livelli di protezione dalle sostanze cancerogene, al fine di proteggere i lavoratori e prevenire la formazione dei tumori. E, finalmente, dico che lo facciamo con un approccio diverso, perché dalla pandemia abbiamo imparato che la salute non può essere considerata un costo, ma un investimento fondamentale per il benessere individuale e il bene comune.

Allora mai come in questa circostanza la giustizia sociale si fonde con il diritto inalienabile alla salute e alla dignità, premessa indispensabile per una ripresa davvero equa e sostenibile, che non lasci indietro nessuno.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, anual doar în Uniunea Europeană, 2,5 milioane de oameni sunt diagnosticați cu cancer. Alți 1,3 milioane de cetățeni pierd bătaia cu această boală cruntă și sunt luați dintre noi. Aceștia sunt fie copii, oameni în vârstă sau ființe foarte dragi care lasă în urmă adevărate drame.

Datele colectate de către Comisia Europeană arată că mai bine de jumătate din decesele legate de locul de muncă au drept cauză cancerul profesional. Or așa ceva nu trebuie să mai permitem în Uniunea Europeană!

Mă bucur enorm că în cinci ani de zile discutăm deja de a patra propunere de modificare a Directivei privind protecția lucrătorilor împotriva riscurilor legate de expunerea la agenți cancerigeni sau mutageni la locul de muncă. Cetățenii noștri trebuie să știe că Uniunea Europeană lucrează continuu pentru bunăstarea și sănătatea lor. Sănătatea trebuie să rămână o prioritate pentru noi.

Propunerea pe care o dezbatem astăzi vizează reducerea expunerii profesionale la trei substanțe cancerigene și reprezintă un nou pas către o Europă mai sănătoasă și insist pe acest aspect pentru că este important să le explicăm cetățenilor că există lucruri care nu au preț și pentru care trebuie să luptăm continuu. Suntem deja în al treilea an al pandemiei de COVID-19, pandemie care ne-a demonstrat că întotdeauna sănătatea trebuie să fie pe primul loc.

De asemenea, trebuie să ne asigurăm că ne respectăm angajamentul de a crea o Uniune Europeană a sănătății și că lucrătorii, care poate nu au privilegiul de a lucra în confortul unui birou, sunt protejați împotriva oricăror factori dăunători sănătății. Este vorba aici de lucrători esențiali care au fost greu încercați în această criză sanitară, cum ar fi lucrătorii din serviciile de sănătate, cei din construcții, cei din rafinării sau din producția de materiale chimice. În acest sens, vreau să insist că este absolut vital să găsim cele mai bune soluții pentru a-i proteja pe toți lucrătorii expuși.

Marianne Vind (S&D). – Hr. Formand! Kære kommissærer! Kære ordførere! Kære kollegaer! Hvert år får 120 000 europæere kræft af at passe deres arbejde. Det er blikkenslageren, der indånder asbest og får kræft i lungerne. Det er tømrerne, der udsættes for UV-stråling og får hudkræft og veterinærsygeplejersker, der tager røntgenbilleder af vores kæledyr og får kræft i skjoldbruskkirtlen, og mange andre faggrupper, som arbejder med stoffer eller i omgivelser, som øger deres risiko for kræft, og 80 000 af dem mister livet. Det er mødre, fædre, søskende, der dør, fordi de passer deres arbejde. Hvert eneste tilfælde er tragisk, men det samlede billede er besluttet en skandale. Det er tid til, at vi skruer op for ambitionerne. Det er tid til, at vi bruger nogle af de redskaber, som vi ved virker. Det er tid til, at vi knækker cancer også på arbejdspladserne. Vores beslutninger i dag er et vigtigt skridt i den rigtige retning. Ingen skal få kræft af at gå på arbejde, og i mine øjne er én kræftpatient én for mange.

(Η συζήτηση διακόπτεται)

6. Erste Abstimmungsrunde

Πρόεδρος. – Προτού συνεχίσουμε με τη συζήτηση και την επόμενη ομιλήτρια, θα προχωρήσουμε στην έναρξη της σημερινής πρώτης ψηφοφορίας.

Θα ψηφίσουμε επί των φακέλων όπως αναφέρονται στην ημερήσια διάταξη.

Η ψηφοφορία θα διαρκέσει από τις 9:45 έως τις 11:00.

Θα χρησιμοποιηθεί η ίδια μέθοδος ψηφοφορίας που χρησιμοποιήθηκε και στις προηγούμενες ψηφοφορίες.

Όλες οι ψηφοφορίες θα πραγματοποιηθούν με ονομαστική κλήση.

Κηρύσσω την έναρξη της πρώτης ψηφοφορίας.

Μπορείτε να ψηφίσετε έως τις 11:00.

Τα αποτελέσματα της πρώτης ψηφοφορίας θα ανακοινωθούν στις 13:00 σήμερα.

7. Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene, Mutagene und reproduktionstoxische Stoffe bei der Arbeit (Fortsetzung der Aussprache)

Πρόεδρος. – Επαναλαμβάνεται τώρα η συζήτηση επί της εκθέσεως της Stefania Zambelli (A9-0114/2021).

Lucia Ďuriš Nicholsonová (Renew). – Pán predsedajúci, mala som tú česť viesť dialógy zo strany Európskeho parlamentu a zastupovať jeden fantastický vyjednávací tím Európskeho parlamentu. Všetkým kolegom sa chcem v prvom rade veľmi pekne poďakovať. Myslím, že sa nám podarilo dosiahnuť neuveriteľnú vec, aby sa do rozsahu pôsobnosti smernice o ochrane pracovníkov pred účinkami karcinogénov a mutagénov pri práci zahrnuli reprotoxické látky, a aby sa zabezpečilo, že všetci títo pracovníci, najmä v oblasti zdravotníctva, budú pri práci s nebezpečnými látkami oveľa viac chránení ako doteraz. To je veľká vec. Je to obrovský úspech Európskeho parlamentu. Celý ten čas tých ťažkých rokovaní sme mali všetci na mysli 12,7 milióna pracovníkov, vrátane 7,3 milióna zdravotných sestier, ktoré sú takmer každodenne pri práci vystavené karcinogénnym, mutagénnym a reprotoxickým nebezpečným liekom. Všetci vieme, že podľa odborných štúdií je u týchto zamestnancov trikrát vyššia pravdepodobnosť vzniku malígnych ochorení, ako je napríklad rakovina prsníka alebo rakovina krvotvorby. A u zdravotných sestier špecificky, ktoré sú vystavené citotox-

ickým liekom, je dvakrát vyššia pravdepodobnosť potratu, majú obrovské problémy s plodnosťou a s vrozenými postihnutiami svojich detí.

Preto hovorím, že je to obrovský úspech Európskeho parlamentu a všetkých týchto ľudí a pevne verím, že dnes to bude korunované masívnou podporou v tomto pléne. Všetkých kolegov k tomu vyzývam, pretože to všetci robíme pre zdravie ľudí v teréne, ktorých zdravie sa snažíme chrániť.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Koleżanki i Koledzy! Problem, o którym mówimy, nie wymaga oryginalnego podejścia, ale żelaznej konsekwencji. Skoro można zapobiec 40% nowotworów związanych z wykonywaniem pracy zawodowej, należy to zrobić jak najszybciej. W świetle kryzysu demograficznego, z jakim zmaga się Europa, kwestia substancji reprotoksycznych takich jak bisfenol A, tlenek miedzi, ołów czy rtęć jest szczególnie niepokojąca. Pracownicy są często narażeni w miejscu pracy na działanie mieszanki czynników chemicznych, które mogą powodować obniżenie płodności lub niepłodność albo wpływać negatywnie na rozwój płodu i laktację. Dlatego popieramy rozszerzenie dyrektywy o te właśnie substancje obok substancji rakotwórczych i mutagennych.

Słusznie podkreślany w sprawozdaniu jest również aspekt niebezpiecznych substancji, z którymi mają do czynienia pracownicy służby zdrowia. Pamiętajmy również o najsłabiej chronionych pracownikach mobilnych, delegowanych i migrujących zatrudnionych masowo w sektorze stalowym, chemicznym czy w sektorze usług sprzątania.

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, os trabalhadores estão sujeitos, nem sempre de forma consciente, à degradação das suas condições de trabalho, da sua saúde e, no limite, à perda da sua vida. Proteger os trabalhadores tem de ser uma questão prioritária, de princípio, e não podemos aceitar que, em pleno século XXI, essa preocupação ainda não seja central.

É essencial garantir a proteção dos trabalhadores, o aumento dos seus direitos e salvaguardas, frequentemente inacessíveis ou postos em causa, devido à precariedade dos vínculos laborais, infelizmente demasiado na moda. Se, por um lado, é fundamental incrementar a vertente preventiva da exposição, por outro lado é imprescindível garantir, ao mesmo tempo, a justa reparação pelos danos sofridos por essa exposição.

Por último, convém recordar que não basta a lei ter estes direitos consagrados. É preciso que as autoridades nacionais de inspeção, onde demasiadas vezes os meios humanos e materiais escasseiam, tenham verdadeiras condições de fiscalização e intervenção para fazer cumprir a lei e os direitos dos trabalhadores.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, hvala vam kolegice i kolege, kad pričamo o zaštiti radnika od kancerogena, treba svakako spomenuti etilen oksid. Samo prošle godine 2021. ministarstvo poljoprivrede je povuklo 80 proizvoda u Hrvatskoj iz preventivnih razloga, iz dobrih standarda zaštite potrošača i zdravlja, bez da je bilo dokazano da on radi štetu. Međutim, taj standard ne vrijedi kada se radi o brisevima za testove. Ako učinite test jednom vjerojatno nećete imati nekih problema. Međutim, ako to radite svaki dan ili svakih nekoliko dana i sada već godinama, kakve će biti posljedice za radnike koji ne mogu do svog radnog mjesta bez testa ili za djecu, mi zapravo ne znamo jer istraživanja nema.

Etilen oksid je registriran kod Europske agencije za kemikalije pod brojem 75218 i smatra se toksičnim, kancerogenim i mutagenim. Prema tome, zašto ovi standardi predostrožnosti nisu iskorišteni i u ovom slučaju pošto se ova kemikalija koristi za sterilizaciju u velikom broju slučajeva. Postavljam pitanje agencijama i vladama: niste li zabrinuti za ovo što se dešava?

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, de strijd tegen kanker is een belangrijke strijd die Europa niet alleen voor vandaag, maar ook voor de toekomst moet voeren. De bescherming van werknemers op de werkvloer tegen kankerverwekkende stoffen moet voor de Europese Unie een hoofddoel zijn. Deze strijd is een investering in toekomstige besparingen. Als mensen kanker krijgen, is dit namelijk niet alleen rampzalig voor hun familie, maar ook voor de maatschappij, vanwege de kosten die dit met zich meebrengt voor de zorg.

De helft van de bevolking is inmiddels vijftig plus en dit is een demografische ontwikkeling die doorgaat. De strijd tegen kanker is dus niet meer dan een onderdeel van een gezonde levensstijl, waaraan we veel meer aandacht moeten besteden; niet alleen op de werkvloer, maar overal. Gezonde mensen zorgen namelijk voor lagere zorgkosten en kunnen langer actief deelnemen aan de maatschappij en aan de arbeidsmarkt, langer zelfstandig wonen en langer voor anderen zorgen, hetgeen tot een gezonde economie leidt. Gezonde mensen zorgen voor de toekomst van de Europese Unie. Ik wil de Commissie daarom vragen gezonde levensstijl in het vervolg in alle voorstellen op te nemen als investering in toekomstige besparingen met het oog op een gezonde Europese toekomst.

Marc Angel (S&D). – Mr President, the Socialists and Democrats welcome that today we can take another step forward in the protection of workers from exposure to harmful substances, which can cause cancer, infertility and many chronic diseases. We are also happy that beating cancer is at the top of the European agenda. We expect the Commission and the Member States to be ambitious in their measures against cancer at the workplace, and we are really looking forward to the updates of this directive because there is a continuous development in scientific research and we need to make sure that we protect workers accordingly.

We should also not forget about asbestos, which causes 80% of occupational cancer. I remind you that this Parliament voted for a strong resolution on asbestos, calling for a European strategy for the removal of all asbestos. Therefore, we also call today on the Commission to be ambitious and to quickly revise the Asbestos Directive with an exposure limit for asbestos to be set at 1 000 fibres per cubic metre. To achieve zero asbestos, we need a comprehensive approach, including an EU framework directive for national asbestos removal strategies, mandatory screening of buildings, provision of sealing and encapsulation of asbestos-containing materials, and, very importantly, better recognition and compensation of asbestos-related diseases to all exposed workers.

I would like to finish by thanking the rapporteur and all the colleagues who worked on this important work today.

Vlad Gheorghe (Renew). – Domnule președinte, cancerul este pandemia fără valuri, fără restricții, fără să ne putem proteja cu măști sau cu mănuși. Cei care muncesc în prima linie: asistente, pompieri, livratori, cei care dezinfectează birouri, școli, spitale sunt mai expuși decât noi la substanțe cancerigene și la mutageni. Sunt 13 milioane de angajați europeni în contact zilnic cu substanțe periculoase.

Cancerul este principala cauză a deceselor profesionale în Uniune. Sunt 100 000 de cazuri noi și 80 000 de morți în fiecare an. Sunt oameni, nu statistici. Lasă în urmă copii, familii, prieteni, un gol pe piața muncii și în comunitate.

Nu cred că este vreunul dintre noi care nu a pierdut pe cineva drag în fața acestei boli nemiloase, dar peste 40 % dintre cazurile de cancer pot fi prevenite. Putem și avem datoria să facem mai mult.

Vă rog să susținem această propunere de directivă europeană! Vă rog să susținem Planul european de combatere a cancerului! Vă rog ca, indiferent de culoare politică, să susținem în țările noastre orice măsură previne, luptă și alină suferințele cauzate de cancer! Să fie foarte clar! Nu trebuie să mai fie loc în Europa pentru guvernele care nu investesc în cercetare, nu finanțează programe de screening, nu construiesc spitale, nu fac o prioritate din educația pentru sănătate, ignoră paliatia și nu sprijină supraviețuitorii!

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señor presidente, señor comisario, que los trabajadores y las trabajadoras deben estar protegidos contra las enfermedades y, en particular, contra las enfermedades laborales, es un derecho reconocido en la propia Constitución de la Organización Internacional del Trabajo.

Quiero señalar especialmente a las mujeres, porque han sido las grandes olvidadas en materia de prevención de riesgos laborales. El informe que hoy debatimos ha logrado un avance importante en esta materia al incluir las sustancias tóxicas para la reproducción en la Directiva. Un logro fundamental, desde un enfoque de género, porque la exposición a estas sustancias se da en sectores altamente feminizados, como el de la limpieza y la enfermería, y porque afecta de forma particular a la salud reproductiva de las mujeres. La exposición se da también en otros sectores, quizás no tan feminizados, pero donde las mujeres se encuentran en situación de especial vulnerabilidad, como el de las temporeras que trabajan en el campo.

Este informe es un paso adelante para las mujeres, los sanitarios, los trabajadores de la industria, miles de asalariados que ven reforzados sus derechos laborales y su derecho a la salud, porque nadie —ya se ha dicho aquí— tiene que enfermar o morir para ganarse la vida trabajando.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, poštovani povjereniče, kolegice i kolege, čestitam prije svega svima koji su radili na ovom dosjeu. Jasno je više puta izrečeno ovdje da zdravlje i zaštita radnika treba biti apsolutni prioritet u svakom poslovanju.

Više od polovice smrtnih slučajeva povezanih s radom u Europskoj uniji na godišnjoj razini povezano je s rakom. Europski parlament jasno je definirao svoj stav u borbi protiv ove zloćudne bolesti i stoga ne možemo pristati na ništa manje od najviših standarda zaštite na radu. Predložene dopune direktivi predviđaju bolju zaštitu na radnom mjestu za milijune europskih radnika koji su profesionalno izloženi benzenu, spojevima nikla i akrilonitrilu. Uz to, izmjenom direktive nastoji se osigurati i veća transparentnost za radnike, poslodavce, kao i provedbena tijela, te pridonijeti ostvarenju ravnopravnih uvjeta za gospodarske subjekte o kojima također moramo voditi računa.

Pozdravljamo odlučne iskorake koje ova direktiva donosi, pogotovo u vidu proširenja opsega na reprotoksine, ali i najavom akcijskog plana Komisije kojim se predviđa uključivanje dodatnih 25 tvari u direktivu. Jednako tako, i uključivanje zaštite medicinskih djelatnika. Radi se o primjeru dobre prakse koji je naišao na odobravanje većine dionika iz relevantnih sektora. Međutim, naš posao kao zakonodavnog tijela još uvijek nije gotov. Potrebno je stalno prilagođavati postojeće zakonodavstvo u skladu s najnovijim saznanjima. Zato i pitam, povjereniče, može li se rok revidiranja graničnih vrijednosti s pet godina možda smanjiti? Treba vidjeti jer na raspolaganju su nam brojna druga znanstvena otkrića. Samo na taj način osigurat ćemo dodatne prednosti za zdravlje naših radnika. I ono što je strašno važno jest razmjena informacija, uspostava europskog registra opasnih lijekova.

Kolegice i kolege, zbog rada ničije zdravlje ne smije biti ugroženo.

Gabriele Bischoff (S&D). – Verehrter Präsident, verehrter Kommissar! Mal ganz ehrlich: Europäische Sozialpolitik, da schalten doch viele ab und denken: Das hat doch mit mir nichts zu tun, das berührt mich doch nicht, das meiste wird eh auf nationaler Ebene entschieden.

Hier zeigen europäische Richtlinien, dass durch Europapolitik Menschenleben gerettet werden, hunderttausende von Menschenleben – im Zweifelsfall Ihre Kollegen, Ihre Freunde, Ihre Verwandten. Und deshalb ist es wichtig, dass wir hier zusammen die Botschaft geben: Wir haben hier schon viel erreicht, aber wir müssen viel weiter gehen, weil es immer noch viele Menschen gibt, die ihre Arbeit krank macht, die dadurch sterben, dass sie jeden Tag zur Arbeit gehen und ihren Job machen.

Und deshalb wollen wir sicherstellen, dass noch mehr Stoffe, die krebserregend sind, die genverändert sind, aufgenommen werden und dass wir hier sicherstellen: Unser Ziel ist es, dass wir null Tote haben, die durch ihre Arbeit sterben, denn Arbeit darf nicht krank machen, Arbeit darf nicht töten. Und deshalb müssen wir hier viel ambitionierter sein. In diesem Sinne: Unterstützen Sie die Richtlinie, machen Sie Druck!

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-н Председател, правото на достоен живот и на здравословна работна среда е фундаментално и като такава, трябва да бъде принцип във всяка една политика.

Днес, за съжаление, все още не можем да овладеем напълно рака и затова усилията за борба с причинителите му трябва да продължат. На работното място работниците често са изложени на въздействието на вещества, които увеличават риска за здравето и могат да причинят онкологични заболявания, репродуктивни проблеми и безплодие. Особено важни са мерките за опазване на здравето на уязвимите групи, на работещите в здравния сектор, особено на жените, работниците от стоманодобивната и химическата промишленост, както и от сектора на почистването. Чрез разширяването на обхвата на директивата, с която се определят опасните вещества, вярвам, че предприемаме една решителна крачка за осигуряване на по-добри стандарти на работа.

Искам да подчертая, че спазването на актуализираните стойности за професионалната експозиция е гаранция за доброто здраве на всички работещи. Също така е важно държавите членки да гарантират, че всеки работник има право на обезщетение във връзка с професионални заболявания. Последователна съм в подкрепата си за политиките за опазване на здравето на работниците и ще продължа да бъда.

Salvatore De Meo (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, proprio in questi giorni quest'Aula ha discusso e approvato la relazione per una strategia europea contro il cancro, affinché l'Unione europea rafforzi le sue azioni di ricerca, di prevenzione e di cura per combattere questa insidiosa malattia. Abbiamo tutti riconosciuto come la lotta al cancro debba essere una priorità e abbiamo condiviso la necessità di fare di più.

Nel frattempo, però, milioni di europei continuano ad ammalarsi o a morire di cancro. Ciò su cui vorrei che riflettessimo oggi sono i dati che sono stati enunciati dalla relatrice, dal Commissario e dai colleghi, dati impressionanti, dati che non possiamo accettare.

A distanza di poche ore dall'approvazione della relazione BECA, il Parlamento è chiamato a decidere su un altro provvedimento che, seppur apparentemente diverso, vede proprio nel cancro l'elemento di collegamento, facendoci capire quanto sia necessario intervenire su più fronti per debellare dal nostro continente questa malattia.

Il cancro è pericoloso soprattutto per i modi e i tempi in cui si sviluppa. La prevenzione diventa quindi l'arma più efficace per combatterlo, insieme a un potenziamento della ricerca e di azioni comuni, che possano essere meglio affrontate con un'azione congiunta dell'Unione e una legislazione a livello europeo capace di adattarsi ai nuovi pericoli a cui sono esposti i lavoratori.

Secondo le stime, le norme che oggi approviamo ridurranno di circa un milione l'esposizione dei nostri lavoratori europei alle sostanze chimiche cancerogene. Nel provvedimento apprezzo l'attenzione che è stata data ai lavoratori del comparto ospedaliero, da due anni in prima linea nella pandemia. Proprio gli operatori sanitari, infatti, hanno quotidianamente a che fare con medicinali pericolosi, metà dei quali reprotossici, per i quali è necessario avere una giusta e adeguata formazione per maneggiare questi prodotti.

Oggi quindi, con la quarta modifica che arriviamo ad apportare a questa direttiva, non solo aggiorniamo l'elenco delle sostanze cancerogene, che andrebbe ulteriormente rivisto con un lasso temporale minore, ma fissiamo anche un livello europeo di limiti di esposizione ad esse.

Oggi, cari colleghi, facciamo un altro passo in avanti per proteggere cittadine e cittadini europei che, anche sui luoghi di lavoro, devono sentirsi sicuri grazie a un'Europa che c'è e tutela la loro salute.

Manuel Pizarro (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, os trabalhadores europeus têm direito a esperar de nós legislação que torne os locais de trabalho mais seguros e saudáveis, concretizando os princípios do Pilar Europeu dos Direitos Sociais, reforçados há menos de um ano na Declaração do Porto.

A União deve incorporar na legislação, de forma ágil, o conhecimento que vai sendo adquirido sobre substâncias tóxicas, em especial as que são suscetíveis de causar o cancro. A aplicação das medidas resultantes da diretiva que estamos a debater evitará centenas de casos de cancro e de outras doenças graves e merece total aprovação. É uma decisão justa e humanista.

Primeiro que tudo, acima de tudo, têm de estar as pessoas. Ao mesmo tempo, a União deve assegurar, no contexto dos acordos internacionais de comércio, que os países terceiros apliquem normas similares de proteção dos trabalhadores. Damos hoje mais um passo na direção certa, a direção da Europa social, na qual os cidadãos se reveem.

Ilan De Basso (S&D). – Herr talman! Alla som kan jobba ska jobba, det är självklart, men då måste vi också se till att man inte riskerar sitt liv när man går till jobbet.

I Europa dör tio personer varje timme av cancer som orsakas av farliga ämnen och mediciner på jobbet. Det är hundratusen människor varje år, det är vanliga arbetare som går till jobbet för att kunna försörja sig själv och sin familj. Det här är helt oacceptabelt. Det handlar inte bara om ett folkhälsoproblem. Det är också ett stort misslyckande när vi inte lyckas lösa den sociala orättvisa och ojämlikhet som existerar i EU.

Vi har ett gemensamt ansvar att ta fram en tydlig lagstiftning och sätta högre press på arbetsgivarna. Vi behöver vända på varje sten och utforska varje möjlighet som på sikt leder till mindre exponering för farliga ämnen för vanligt folk i Europa. Utöver kommissionens förslag har vi nu ett mer skottsäkert direktiv som även täcker fler reproduktionsstörande ämnen och det ska vi vara stolta över. Nu rör vi detta i hamn. Inget jobb är värt att dö för.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il gruppo dei Socialisti e Democratici è da sempre in prima linea nella protezione dei lavoratori dai rischi collegati all'esposizione a sostanze nocive sul posto di lavoro. L'accordo raggiunto tra il Parlamento e il Consiglio sull'aggiornamento della direttiva cancerogeni è un buon accordo, che supportiamo con convinzione.

L'applicazione dello stesso approccio rispetto alle sostanze tossiche per la riproduzione come agenti cancerogeni e mutageni assicurerà una migliore protezione per i lavoratori, una coerenza giuridica e parità di condizioni fra gli Stati membri.

La lotta al cancro richiede soluzioni ambiziose e un piano strategico chiaro, con misure che toccano tutti i fronti normativi, in linea con quello che abbiamo votato ieri nella relazione della commissione speciale per la lotta al cancro. L'aggiornamento è dunque una componente centrale per garantire posti di lavoro sicuri e salubri.

Chiediamo inoltre alla Commissione europea di mettere sul tavolo una revisione della direttiva amianto, una sostanza che è ancora presente in moltissimi edifici in Europa sebbene sia stata messa al bando già nel 2005. I cittadini europei hanno diritto ad avere un luogo di lavoro sicuro. Non esiste nessun lavoro per cui vale la pena morire.

Nicolas Schmit, membre de la Commission. – Monsieur le Président, honorables Députés, d'abord, je tiens à vous remercier pour ce débat fondamental et très consensuel. Nous sommes souvent confrontés à une question que les citoyens nous adressent: que fait l'Europe? Eh bien, là, il s'agit d'une question de vie ou de mort, de santé ou de maladie, et l'Europe agit. Vous avez évoqué l'adoption, hier, du plan de lutte contre le cancer. C'est un plan ambitieux, qui va au cœur même des soucis de millions d'Européens et de leurs familles. Pouvons-nous vaincre le cancer? Soyons optimistes; mais nous ne le vaincrons pas uniquement à l'aide des médicaments: nous le vaincrons d'abord à travers la prévention.

Il n'est pas admissible qu'un travailleur soit exposé à ces risques et à ces dangers. L'Union européenne que nous sommes doit la même protection à tous les travailleurs, qu'ils travaillent en Suède, en Roumanie, au Luxembourg ou en Italie, dans une grande ou une petite entreprise. J'admets qu'il faut aider surtout les petites entreprises pour mettre en œuvre ces précautions et ces mesures, que j'espère que vous adopterez tout à l'heure.

Il ne s'agit pas uniquement, il est vrai, d'adopter des mesures; il faut les mettre en œuvre. Il y a donc une très grande responsabilité, non seulement du côté des partenaires sociaux et des entreprises, mais aussi des États membres, qui doivent mettre en œuvre les contrôles, donc renforcer les mesures et les moyens de contrôle, qui sont extrêmement importants.

Finalement, notre tâche n'est pas du tout terminée. Je ne dirais pas qu'elle commence, mais nous avons encore beaucoup de travail devant nous. Nous nous sommes maintenant engagés à agir et à proposer des limites sur 25 substances supplémentaires. Nous allons déjà le faire pour un certain nombre d'entre elles, le plus rapidement, dès 2024 — c'est peut-être là une des questions auxquelles il faut réfléchir.

Je vois dans nos procédures un rôle important, bien sûr, pour l'analyse scientifique – parce que nous ne travaillons pas au hasard, nous devons avoir une base scientifique solide – et pour les partenaires sociaux qui sont les nôtres. Malgré tout, j'aimerais que l'on puisse avancer plus vite et que l'on affecte plus de ressources à ce travail fondamental, qui est, comme je viens de le dire et comme beaucoup d'entre vous l'ont dit, une question de vie ou de mort.

La Commission va donc s'appliquer à accélérer ces procédures et j'espère que vous soutiendrez la Commission dans cette tâche. Vous avez évoqué effectivement l'amiante; grâce, aussi, au Parlement européen, nous allons présenter une stratégie pour l'amiante dès septembre.

Je crois donc que nous sommes sur une bonne lancée. Il ne faut plus changer de cap, à présent. Les Européens ne nous le pardonneraient pas, sinon.

Stefania Zambelli, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho ascoltato con molta attenzione i vostri interventi. Credo che questa relazione fosse un atto dovuto nei confronti di tutti i cittadini europei che negli anni hanno contratto il cancro sul luogo di lavoro.

Ringrazio il Consiglio, ringrazio la Commissione, ringrazio tutti i miei colleghi. Ringrazio di cuore la ex presidente, per il lavoro che abbiamo svolto insieme. Grazie Lucia! Oggi insieme abbiamo aggiunto un importante tassello nella lotta contro il cancro, lasciando da parte i nostri colori politici. Oggi per i lavoratori europei è un grande giorno. Grazie.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 17. Februar 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171 GO)

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Mimo naszych wspólnych starań, imponujących postępów w dziedzinach medycyny i technologii nowotwór nadal stanowi ogromne zagrożenie dla Europejczyków. Nie inaczej jest w miejscu pracy, jako że w UE ponad połowa zgonów związanych z pracą jest spowodowana właśnie przez nowotwór.

Frontów walki z rakiem jest wiele, a jedno proste rozwiązanie wszystkich problemów niestety nie istnieje. Bardzo ważna jest wczesna diagnoza – jak słusznie zauważyła sprawozdawczyni, poruszając temat konieczności systematycznych badań przesiewowych w kierunku raka – a także szybkie, skuteczne leczenie. Kluczowe są również działania prewencyjne. Wiele nowotworom można zapobiec i naszą wspólną odpowiedzialnością jest doprowadzenie do scenariusza, w którym diagnoza i leczenie nie będą tak często potrzebne, bo nowotwory będą po prostu występować znacznie rzadziej.

Jestem przekonany, że przyjęty tekst pomoże nam osiągnąć ten cel. Bardziej restrykcyjne normy wartości narażenia zawodowego – choć trudne do wprowadzenia ze względów technologicznych, administracyjnych i finansowych – są koniecznością i kluczowym narzędziem na rzecz ochrony pracowników.

Cieszy mnie też poruszony temat substancji reprotoksycznych oraz niebezpiecznych produktów leczniczych. Na obu tych płaszczyznach konieczne są dalsze działania, takie jak szkolenia pracowników, zwiększanie świadomości zagrożeń oraz oczywiście badania i analizy. Zdrowie Europejczyków musi być naszym priorytetem.

Ádám Kósa (NI), *írásban*. – Sajnálatos módon az Unióban a munkavégzéssel összefüggő éves halálozások 52%-a munkával összefüggő ráknak tulajdonítható. A rákkeltő anyagok mellett a munkavállalók gyakran anyagok olyan kombinációjának vannak kitéve, amely káros hatást gyakorol reprodukciós rendszerükre, csökkent termékenységet és meddőséget okoz és károsan befolyásolja a magzati fejlődést és a szoptatást. Nagyon fontos a munkavállalók és gyermekeik megfelelőbb védelme, különös tekintettel a várandós vagy szoptató nők biztonságos munkavégzésére.

A munkahelyi prevenció megszervezésének ezért ugyanazt a megközelítést kell alkalmaznia a rákkeltő anyagokra, a mutagénekre és a reprodukciót károsító anyagokra, ezáltal biztosítva a jogi koherenciát és az egyenlő versenyfeltételeket a tagállamokban.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Labai gerai, kad Parlamentas greitai apsiėmė spręsti klausimą, kuris labai svarbus milijonams mūsų piliečių, t. y. priimti teisės aktus, skirtus geriau apsaugoti darbuotojus nuo kancerogenų. Būtina skubiai pakeisti dabartinę direktyvą. Juk vėžys yra pagrindinė su darbu susijusių mirčių priežastis Europos Sąjungoje. Remiantis duomenimis, profesinis vėžys sukelia maždaug 52 proc. su darbu susijusių mirčių. Ši nerimą kelianti statistika turi paskatinti ryžtingus įstatymų pakeitimus, kurie sustiprins darbuotojų apsaugą nuo grėsmės jų sveikatai. Palaikau Komisijos iniciatyvą, kad kova su vėžiu taptų 2019-2024 m. penkerių metų laikotarpiu vienu iš Sąjungos prioritetų, juolab kad, remiantis oficialiais duomenimis, net 40 proc. vėžio atvejų Europoje galima išvengti. Pakanka sukurti tokias teisinis nuostatas, kurios neleis darbuotojams susidurti su mutageninėmis ar kancerogeninėmis medžiagomis. Toks būtų direktyvos pakeitimų tikslas.

Nepamirškime dar vieno svarbaus dalyko. Teigiami įstatymų pakeitimai, saugantys darbuotojų sveikatą ir gyvybę, turi būti tinkamai pristatyti darbdaviams ir jų organizacijoms, kad būtų gautas jų pritarimas veiklai, kuria siekiama efektyviai apsaugoti darbuotojus nuo su darbu susijusio vėžio. Todėl reikalingos atitinkamos konsultacijos ir susitarimas su visomis suinteresuotomis šalimis, kurias paveiks įstatymo pakeitimai. Tačiau prisiminkime, kad mūsų tikslas visada turi būti žmonių sveikata ir gyvybė.

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Die aktuellen Menschenrechtsentwicklungen auf den Philippinen

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zu den aktuellen Menschenrechtsentwicklungen auf den Philippinen (2022/2540(RSP))¹.

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind, wie auch bei den letzten Tagungen, Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

1 Siehe Protokoll.

Seán Kelly, author. – Mr President, I must say as an author for the PPE Group, it was a pleasure to work with the other authors from the political groups. We got great cooperation. As a result, we have good compromises and a very strong resolution, which I hope the Philippine authorities will take note of, because there has been persistent impunity for human rights violations in the Philippines under President Rodrigo Duterte's administration.

Since the so-called war on drugs was launched in 2016, thousands have been killed and there has been an unwillingness to investigate. Human rights activists have been branded as terrorists and equated with the armed wing of the Communist Party or 'red-tagged', many subsequently being killed. Now that the campaigning has kicked off for the presidential elections in May, fake news has become a particularly prevalent phenomenon in the country. Although the President is banned from seeking re-election, the son of former dictator Ferdinand Marcos is currently leading in the polls, whitewashing the thousands of atrocities of the Marcos regime in the 70s and 80s.

Given the scale of these deplorable human rights violations and the failure to bring the perpetrators to justice, efforts must be bolstered to ensure that the upcoming elections are fair and free.

Unfortunately, so far the Philippine authorities have not invited the EU to conduct an election observation mission. Election observation missions contribute to the strengthening of democratic institutions, building public confidence in electoral processes and would help to deter intimidation and indeed violence. The EU should be invited to observe elections to help ensure a high standard.

Since a successful application of the Philippines to the GSP+ in 2014, the Philippines has enjoyed greater market access to the EU, which has led to a significant increase in exports. However, this must be re-evaluated if human rights obligations are not observed.

I call on the Commission to temporarily withdraw GSP+ preferences if there is no substantial improvement and willingness to cooperate on the part of the Philippine authorities. It might be the best weapon to get them to mend their ways. Thank you very much again and it was a pleasure to work with my fellow authors.

Javi López, autor. – Señor presidente, señores comisarios, desde que Rodrigo Duterte inició su mandato como presidente de Filipinas el país vive inmerso en violaciones masivas de los derechos humanos y ejecuciones extrajudiciales.

De hecho, la mal llamada «guerra contra las drogas» lo que ha llevado al país es a más de 30 000 asesinatos mediante la práctica del *red tagging*, que, de forma arbitraria, en la calle, o fruto de redadas policiales, ha sido fomentada por Duterte y acaba en asesinatos.

Entre estas víctimas, entre estas 30 000 víctimas que la sociedad civil en Filipinas está denunciando, hay ciento cuarenta y seis defensores de derechos humanos y veintidós periodistas. Ninguno de estos casos, ninguno, ha acabado en un juicio. Estamos ante el combate a los opositores políticos, a los activistas, a los periodistas, encarcelados de forma sistemática con acusaciones falsas o prefabricadas. El país vive instalado en la violencia, la represión y la impunidad.

Esa es la realidad. Y hoy el Parlamento Europeo quiere expresar su más enérgica condena.

En primer lugar, hace un llamamiento a las autoridades para que acabe con esta situación, cese el acoso y persecución política y garantice los derechos y libertades en el país, especialmente de sus minorías y de las mujeres, que los ven atacados.

En segundo lugar, pide a la Comisión Europea que utilice sus herramientas y, especialmente, la suspensión temporal del sistema de preferencias generalizadas. Es la quinta resolución que tenemos, la quinta, en cinco años sobre Filipinas. La Comisión Europea añade cláusulas en materia de derechos humanos cuando hacemos acuerdos comerciales. ¿Qué tiene que pasar para que se apliquen? Es la quinta vez que hablamos y condenamos esta situación.

Y, en tercer lugar, muestra nuestro apoyo al pueblo de Filipinas y espera que las próximas elecciones acaben con el cambio que necesita su pueblo y, sobre todo, que merece la gente de Filipinas.

(Aplausos)

Svenja Hahn, autor. – Mr President, since President Rodrigo Duterte took office, the human rights situation in the Philippines has eroded in a landslide. There has been an appalling number of extrajudicial killings and human rights violations. This has been going on for years. This House last asked the Commission to act in 2020, and it pains me that the Commission has in fact not acted.

The only thing that has happened since is that human rights in the Philippines have worsened. More Filipinos have suffered. In fact, the UN High Commissioner for Human Rights estimates that between 12 000 and 30 000 people have been killed in Duterte's so-called war on drugs. Around 6 000 people lost their lives during police drug raids alone. For me, as a democrat, it is unbelievable that President Duterte personally encouraged extrajudicial executions and even promised immunity to perpetrators.

Another way – and I'm sad to say this, but a popular way – to silence anyone who does not support the regime is the alleged fight against communism. The so-called red-tagging has even been institutionalised in the anti-terrorism law. This red-tagging is the procedure where the authorities link organisations and individuals to communist groups and use this as an excuse for killings, threats, warrantless arrests, harassment and sexual violence against human rights defenders, opponents and journalists.

One can ask now, what leverage does the European Union even have to react to this? Trade policy. The generalised system of preferences (GSP), the preferential access to the single market, is a tool to support less-developed countries in their economic growth. It is a tool to help communities and individuals enhance their opportunities through trade. But this access comes with conditions, and respect for human rights is the most important requirement a country has to meet to even qualify for these preferences. The Philippines does not respect the agreed human rights standards and still the regime profits from these trade benefits.

I have said it many times before, and I will repeat it today: the European Union is not yet the diplomatic power we strive to be, but we are an economic power, promoting value-based trade. But this will only stay true if, while we wholeheartedly advocate for free trade, we also make sure that the agreed conditions are actually met.

Colleagues, I'm going to be very precise. Today, we ask the Commission to set clear goals and benchmarks and, if there is no substantial improvement and willingness from the Philippines Government to actually meet their human rights obligations under GSP, then we expect you to withdraw the trade preferences. This House will no longer accept inactivity and we will not compromise on our European values.

Hannah Neumann, author. – Mr President, some of you may remember it, 17 months ago, we already had a resolution on the Philippines. Like many of you, I spoke back then and for some reason my video was dragged all over Filipino news. Troll armies were sent out against me, I had 35 000 hate comments on my Facebook page and I have to admit I was glad I could just close my laptop and turn all of this off. I was glad I was not in the Philippines and it was just cyberattacks.

That's a privilege our activist and politician colleagues in the Philippines do not have. My friend, the Nobel Peace Prize winner, Maria Ressa, faces dozens of lawsuits, so-called SLAPP cases made up just to intimidate her. And only yesterday she was once more denied to travel outside of the country. My training partner in the Parliamentary solidarity programme of this Parliament, Sarah Elago, is being attacked. It means the government initiates campaigns against her to brand her as communist, as terrorist, even her minor siblings are drawn into it, with their pictures all over fake news sites. And we know that these kind of attacks lead to also attacks in real life and sometimes even murder.

The Philippines, the country that was once known for the most vibrant civil society in Asia, has seen more than 220 killed human rights defenders in the last six years. Maria Ressa often says democracy dies by a thousand cuts. Frankly said, this country has seen more than one thousand cuts.

In May, there will be presidential and parliamentary elections. They could bring about change if only the process behind it were free and fair. The EU has offered to send an election observation mission. I want to thank EAS for that. But the Philippine government has bluntly ignored this request. It's important now that the EU delegation, but also the embassies of all Member States, do everything they can to support local election observations and raise problems that they observe with the Philippine authorities.

And it is important, and all my colleagues have underlined that, that we send a clear signal to any new government. If the human rights situation in the Philippines does not improve significantly, the country's special privileges under the GSP+ scheme will be revoked. We have a very broad majority in the Parliament behind this. Last time, dear Commissioner, you ignored it. We will not let this happen again.

Miguel Urbán Crespo, Autor. – Señor presidente, en Filipinas, bajo la supuesta guerra contra las drogas, se ha ejecutado extrajudicialmente al menos a treinta mil personas. Bajo la excusa de luchar contra el terrorismo, ahora se ataca, se asesina y se encarcela a sindicalistas, a personas defensoras de los derechos humanos y a líderes y lideresas políticos, como el camarada Tripon/Jojo, que fue recientemente asesinado. Y desde aquí quiero mandar un abrazo muy fuerte a sus camaradas.

Quienes se oponen al Gobierno son señalados como combatientes y, en muchas ocasiones, esto deriva en persecuciones y asesinatos. Agencias estatales, como el Grupo Operativo Nacional, para acabar con el conflicto armado comunista local, están encargadas de llevar a cabo estos señalamientos que terminan con asesinatos como el de Tripon. Los sindicatos son perseguidos de tal manera que la gente no se atreve ni a sindicalizarse. Y así una larga lista de violaciones de derechos humanos que, aparentemente, no son suficientes para que la Comisión suspenda los privilegios otorgados en el marco del sistema de preferencias generalizadas: cinco declaraciones en este Parlamento. Un sistema que, en teoría, está condicionado a la aplicación de veintisiete convenios de derechos humanos y laborales que, claramente, en Filipinas no se cumplen. Exigimos la suspensión del sistema de preferencias generalizadas y un embargo de tecnología que sirva para la represión del pueblo filipino. Toda nuestra solidaridad con el pueblo filipino.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Pane předsedající, dámy a pánové, já bych chtěl podpořit návrh usnesení, který připravili navrhovatelé. Chci poděkovat za mimořádně kvalitně odvedenou práci. Příklad Filipín je mimořádně smutný. Je to příklad toho, jak pod rouškou boje proti drogám je možné rozpoutat v zásadě téměř občanskou válku. Mimořádné násilí, tisíce mimosoudních poprav, zabíjení novinářů, politických aktivistů, zkrátka a dobře ta situace na Filipínách je mimořádně vyhrocená.

Platí to, co říkali zde kolegové. Já si pamatuji, také jsem byl účasten, že toto bohužel není první debata, kterou zde vedeme ohledně zvrstev režimu současného prezidenta. Ta situace se bohužel nezlepšuje. Naše dosavadní slova končila tím, že jsme přijali usnesení, ale evidentně současný prezident a jeho vláda žádné změny v tomto směru nechystá. Ba naopak, dochází k dalším negativním posunům. Nepadlo tady ještě to, že současný režim na Filipínách odstoupil od Mezinárodního trestního tribunálu, to znamená naopak je zde snaha vyhnout se tomu, aby tato mezinárodní justiční organizace přezkoumala porušování lidských práv na Filipínách a odpovědnost současného prezidenta a jeho vlády.

Ta situace je velmi vyhrocená a my bychom měli jasně říci, že pokud toto bude pokračovat i po prezidentských volbách, tak to bude mít dopad na vzájemné hospodářské vztahy. Na jedné straně dochází k flagrantnímu porušování lidských práv na Filipínách. Na druhé straně se posiluje obchod mezi Evropskou unií a Filipínami, a to zkrátka není normální a není to přijatelné pro nás. Takže moc prosím, aby nezapadlo to, co říkali někteří moji kolegové, že pokud situace se nezlepší ani po volbách, které proběhnou na jaře tohoto roku, nedojde k vyšetřování těch tisíců mimosoudních vražd, pak musíme omezit přístup Filipín na náš vnitřní trh. Není možné zde o tom pouze takto řečnit a nečinit nic, protože to potom opravdu je ztráta času. Takže děkuji za návrh usnesení a prosím Komisi, aby v případě, že bude přijato, což bude, byly vyvozeny z toho důsledky.

Evin Incir, on behalf of the S&D Group. – Mr President, since 2016, the Philippines has been experiencing a democratic crackdown. The government, led by President Duterte, has constantly intensified its attacks on the human rights of its people. The people are suffering today in a way almost unimaginable half a decade ago. Civilians are being subjected to extrajudicial killings justified by the government's despicable war-on-drugs policy. Civil society organisations, human rights activists and aid workers are blacklisted and labelled as terrorists. Freedom of expression is continuously violated and journalists cannot do their work without fear, at the same time as the opposition is continuously being targeted.

Not even foreigners, who are throwing light on the government and its policies are able to move freely in the country, or even enter. I visited the Philippines in 2018, together with my friend, the Deputy Secretary-General of the Party of European Socialists but, to my surprise, he was deported back to Belgium just because of a statement made a couple of months before.

The Duterte regime must constantly be reminded that the world is watching, and we must never let ourselves be silenced, because what is going on right now is impunity of the worst kind. I hope that we will get rid of the horrific Duterte era in the upcoming elections, but for that to be possible, free and fair elections must be ensured. The International Criminal Court, at the same time, must continue its work on the investigations of crimes against humanity in the context of the killings during the war on crimes.

María Soraya Rodríguez Ramos, en nombre del Grupo Renew. – Señor presidente, la violencia y la represión bajo el régimen de Duterte es calificado de crímenes de lesa humanidad, como lo ha hecho la Corte Penal Internacional en la investigación preliminar sobre la guerra contra las drogas, en la que se habrían causado más de 20 000 asesinatos desde 2016. Bajo el Gobierno de Duterte se registraron más de 166 asesinatos de defensores medioambientales. Filipinas es el país que encabeza este triste *ranking*.

Ha pasado un año desde la masacre de Tumandok, en la que las Fuerzas Armadas de Filipinas entraron en las casas de nueve dirigentes indígenas y los asesinaron a sangre fría. Las familias, la sociedad, esperan justicia, pero es imposible, porque en la Filipinas de Duterte la impunidad ha sido ley, y los intentos de buscar los hechos, buscar a los culpables ha sido imposible. Duterte ha hecho gala de no cooperar con la Corte Penal Internacional. Ha convertido la obstaculización a la justicia en eslogan electoral de esta campaña.

Por eso, en este contexto, es muy difícil pensar que las elecciones se realicen en un contexto de libertad. Por eso, la Unión Europea debe acompañar en estas elecciones a los observadores locales y, por eso, señora comisaria, debemos suspender el sistema de preferencias generalizadas. Debemos hacerlo ya, porque si no, la Unión Europea muestra una complacencia con esta violencia, con la represión de los derechos humanos de la población civil que hoy aquí estamos denunciando. Por eso creo que debemos suspenderlo ya, que debemos también apoyar claramente desde aquí el papel de la Corte Penal Internacional. La única garantía internacional para que dirigentes de los Estados puedan responder ante sus actos y no esconder en la alfombra de la soberanía nacional sus crímenes, como intenta hacer Duterte.

(Aplausos)

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Commissioner, the winner of the upcoming presidential election in the Philippines will have a major task to reverse the dire human rights situation which has seen an appalling deterioration under President Duterte.

Since 2014 the Philippines has enjoyed tariff preferences under the GSP+ system. The EU is the fourth-biggest trading partner with the Philippines. However, the GSP+ scheme is up for review with the current arrangement coming to its end in 2023. Now, the EU must see a steep positive curve in the Philippines' human rights situation to be able to accept its possible reapplication to the scheme by 2024.

We demand an immediate end to extrajudicial killings, an end to red-tagging human rights defenders, journalists, trade union activists. The war on drugs is to end immediately.

However, it is not only the GSP+ that is at stake. The EU is also increasing its requirements on companies' human rights conduct throughout their value chains. Respect for human rights will be a key factor for any business in Europe making their sourcing decisions. It is only wise to consider creating enabling conditions for business to operate in an environment free of human rights or labour rights violations.

Effective implementation of international human rights standards and fundamental ILO conventions will be a prerequisite for a trade deal to be concluded with the EU.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig in der Analyse. Die ist leider sehr, sehr bestürzend, klar und eindeutig und beschämend für ein solches Land. Und die Frage bleibt jetzt offen: Was können wir denn hier überhaupt tun?

Die Philippinen sind ein Inselstaat, ganz weit weg von uns. Können wir hier wirklich eingreifen? Können wir hier wirklich Dinge verändern? Ich frage Sie von der Kommission. Wenn Sie etwas tun können, dann müssen Sie es tun, dann sollten Sie es tun.

Aber bitte prüfen Sie genau: Wen werden diese Maßnahmen treffen? Denn dort leben über 100 Millionen Menschen auf diesen vielen Inseln, und die können nichts dafür, dass sie so einen Präsidenten haben. Die können ihn natürlich abwählen, klar, aber Sie wissen alle: Das funktioniert da nicht so, wie es bei uns vielleicht funktioniert. Und deshalb bitte ich ganz inständig, prüfen Sie genau: Wenn Sie denn diesen privilegierten Status, den Marktzugang, wenn Sie den schließen sollten, wen treffen Sie dann letztendlich wirklich? Das ist die Frage, die alles entscheidende Frage.

Und ansonsten müssen wir leider zugeben: Wir können wenig tun. Wir müssen uns auch in einer gewissen Weise sagen: Wir können uns nicht einmischen und wollen uns auch nicht einmischen in Dinge. Wenn es uns selbst hier in der Nähe im Westbalkan nicht gelingt, zum Beispiel rechtsstaatliche Prinzipien durchzusetzen nach 20 Jahren – das hat der Rechnungshof in einer Studie festgestellt –, wenn uns das hier nicht gelingt, wie soll es uns dann auf den Philippinen gelingen? So bleibt letztendlich nur die Hoffnung, dass die Söhne nicht den Sünden ihrer Väter folgen und dass sie vielleicht ein besseres Regime abgeben.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Za trzy miesiące wybory na Filipinach. Ci sami Filipińczycy, którzy zdecydowali o tym, że ich prezydentem jest Duterte, rozstrzygną, kto będzie rządził ich krajem. To nie my, to nie Unia Europejska, będziemy o tym rozstrzygać.

Myślę, że to, co dzieje się na Filipinach, wymaga naszej uwagi, bo jest to kraj, który ma wiele związków, także kulturowych, a nawet religijnych, z Europą. To, że dzisiaj władza tego kraju walczy z handlarzami narkotykami, przekraczając prawo (o czym mówi nasza wspólna rezolucja), jest efektem tego, że poprzednie władze tego kraju nie przywiązywały w sposób skuteczny uwagi do tego wielkiego wyzwania i wielkiego problemu w tym kraju. Natomiast z całą pewnością warto szukać tego, co łączy. Pamiętajmy o współpracy z tym krajem, pamiętajmy jednocześnie o wartościach, które są wspólne.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, on l'a dit, le président Duterte, en se justifiant à coups de lois antiterroristes, antidrogue ou anticomunistes, a créé un environnement propice aux attaques contre les défenseurs des droits humains et un climat de totale impunité. L'approche des élections aux Philippines laisse craindre l'augmentation des efforts pour faire taire les voix de la dissidence.

Or, l'Union européenne continue à octroyer aux Philippines des préférences commerciales renforcées dans le cadre du SPG+. Ce statut, on le sait, dépend de la mise en œuvre de conventions internationales sur les droits de l'homme, que les Philippines devraient respecter et se sont engagées à respecter.

Dans son rapport d'évaluation sur le SPG+ couvrant la période 2018-2019, la Commission a exprimé sa vive inquiétude concernant la situation des droits de l'homme aux Philippines. Alors, combien de résolutions d'urgence et combien de rapports d'évaluation devront être publiés, et, surtout, combien de défenseurs devront encore perdre la vie pour que nous bougions?

J'exhorte donc la Commission à engager immédiatement la procédure de retrait des préférences commerciales accordées aux Philippines. Nous devons arrêter d'être complices des violations massives des droits de l'homme dans ce pays.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Mr President, the human rights situation in the Philippines has gravely deteriorated under the presidency of Rodrigo Duterte. Between 12 000 and 30 000 people, including women and children, have reportedly been killed in the context of his 'war on drugs' campaign since 2016. According to prominent NGOs working in the field, this campaign could be considered as a crime against humanity carried out with near total impunity.

On the other hand, at least 146 human rights defenders and 22 journalists have been killed since 2016, as well as trade unionists, indigenous people and environmental activists. The government has so far failed to ensure independent and effective investigations and prosecutions against the perpetrators of those crimes.

In a climate of deteriorating media freedom and internal repression, the upcoming presidential elections in the country are at risk of not being held safely and democratically. In this regard, we regret that the Philippine authorities have not invited the EU to conduct an election observation mission.

A robust response is needed to reverse the downward trend of human rights in the country. The EU should suspend the GSP+ system without further notice until the human rights situation in the country improves significantly. The EU should stand on its core values and denounce the massive violations of human rights and support all mechanisms for accountability of the perpetrators of those violations while ensuring the reparations of the victims.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, we share the concerns of honourable Members over the situation in the Philippines. Concerning extrajudicial killings, the EU continues to receive reports of human rights violations in law enforcement operations in the so-called war on drugs and in red-tagging. We have repeatedly called on the Government to conduct impartial, transparent investigations of all such deaths.

During last year's first Sub-Committee on Good Governance, Rule of Law and Human Rights under our Partnership and Cooperation Agreement, the EU called on the Philippines to address extrajudicial killings, provide remedies for victims and hold perpetrators accountable. The EU also raised concerns about restrictions of civil space, including reported attacks against human rights defenders, trade unionists and journalists. The Philippines recognised its obligations to respect freedom of opinion and expression, including journalists' freedom of information. The Government also agreed on the need to protect human rights defenders and enable their work, in accordance with the UN Declaration on Human Rights Defenders. We will continue to press for this declaration to be fully implemented in practice.

There are also grave violations of labour rights with continued reports of extrajudicial killings of trade unionists and violations of fundamental International Labour Organization (ILO) Conventions on child labour. Intimidation and persecution of trade unionists impedes effective implementation of all fundamental ILO Conventions. We reiterate to the Government its human rights and labour rights obligations related to its commitments under the EU's Special Incentive Arrangement, the Generalised Scheme of Preferences (GSP). A GSP+ monitoring mission will go to Manila shortly, providing an opportunity to engage government and civil society directly. The EU welcomes the UN-Philippines joint programme for cooperation on human rights, signed last July, and will provide financial support for its implementation, including on domestic accountability mechanisms.

Finally, next week marks the fifth anniversary of the imprisonment of Senator Leila de Lima. She will have spent five years in pre-trial detention, yet is standing again in the country's general election. As former President Benigno Aquino said, if injustice could be done to Leila, a sitting senator, injustice could be done to anyone. So today we salute the Senator's courage. Her rights to due process must be respected.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 17. Februar 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171 GO)

Tomasz Piotr Poręba (ECR), na piśmie. – Informacje na temat łamania praw człowieka na Filipinach są bardzo niepokojące. Tysiące osób, w większości niewinnych, straciło życie w ramach tak zwanej „wojny z narkotykami”, w wyniku działań prywatnych milicji i grup paramilitarnych. obrońcy praw człowieka, którzy próbują szukać sprawiedliwości lub przeciwstawić się atakom, sami padają ofiarami przemocy. Władze prowadzą dochodzenia opieszale i jedynie w niewielkiej ilości spraw. Są też jednak wydarzenia dające nadzieję na pozytywne zmiany. Sąd Najwyższy uznał część obowiązującego prawa anyterrorystycznego za niekonstytucyjną. Parlament przyjął nowe przepisy zapewniające prawną ochronę obrońcom praw człowieka.

Umowa o partnerstwie i współpracy z Unią Europejską obowiązuje już czwarty rok i może być skutecznym instrumentem wywierania wpływu na władze w Manili, aby podjęły zdecydowane kroki na rzecz polepszenia sytuacji. Przede wszystkim należy ukrócić bezprawne działania grup paramilitarnych oraz zapewnić, że walka z narkotykami prowadzona jest zgodnie z przepisami prawa krajowego oraz międzynarodowymi standardami. Ludzie odpowiedzialni za masowe mordy powinni zostać osądzeni. Rządzący muszą też dołożyć wszelkich starań, żeby zaplanowane na maj wybory prezydenckie były wolne i uczciwe, a pozytywne zmiany, o których wspomniałem wcześniej – kontynuowane. Moim zdaniem powinniśmy optować za spokojną i rzeczową rozmową z władzami Filipin.

8.2. Die Todesstrafe in Iran

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zur Todesstrafe in Iran (2022/2541(RSP))¹.

¹ Siehe Protokoll.

Javier Zarzalejos, author. – Mr President, dear colleagues, seven months ago the European Parliament demanded the Iranian Government the immediate release of Ahmadreza Djalali. Today we reiterate that for Djalali and for the thousands of political dissidents, protesters, activists and members of ethnic, religious and sexual minorities unfairly imprisoned and arbitrarily and summarily sentenced to death by the Iranian regime. But apart from Djalali, Muhammad Jawad, Narges Mohammadi, Akbari-Monfared and so many thousands of peaceful Iranians have no time to spare.

It's a moral imperative that the European Union, with its High Representative at the helm, leads a strong response to the Iranian regime. The response must be followed by the commitment of all its Member States. A response that needs to include further targeted sanctions if necessary, and must include also a UN mission on the ground and an independent investigation into the violations of human rights in this country.

And let me say that I wonder if we are being too generous to the Iranian regime because when we speak of the death penalty, even with unreserved rejection of it as this is the case, I mean it suggests that previous judicial procedure, some kind of legality. That is not the case. In fact, there is no death penalty in Iran. There are sheer executions: state murder as a form of crime against humanity.

Look at the appalling repression, enforced disappearances and massive executions of political dissidents in the 1988 massacre and notice that there has been no investigation or accountability for these crimes that involve the current leader of Iran in a prominent role.

Look at the horrifying record of Iran in executions: at least 275 last year, including 10 women and two child offenders. We cannot turn a blind eye.

The European Union is not just another voice in the international arena. The European Union is in a unique position to advocate for the abolition of the death penalty and has a unique responsibility to do so. No other political community in the world carries the moral authority and the credibility to demand the end of this inhumane, irreversible and cruel punishment.

We take pride in our human rights standards. We demand respect for the rule of law. Well, we have to live up to the values we hold so dear. Respect for life is not a privilege, it's a basic right. And where and when this right is violated in such an abhorrent and massive manner, those who suffer – and it is the case of the Iranian people – are entitled to expect from us our solidarity, our support, our awareness and our help.

SĒDI VADA: ROBERTS ZĪLE

Priekšsēdētājas vietnieks

Jytte Guteland, författare. – Herr talman! Dödsstraffet är oåterkalleligt också i Iran. Minst 275 människor avrättades förra året. Iran avrättar flest människor per capita i världen, även personer som bara kräver sina grundläggande fri- och rättigheter. Falsa erkännanden pressas fram under vedervärdig tortyr, vilket leder till rättsvidriga avrättningar.

Det finns ingen empiri för att dödsstraffet fungerar avskräckande. Tvärtom visar forskningen på det motsatta. Mellan åren 2009 och 2020 har Iran avrättat minst 67 ungdomsbrottslingar. 85 ungdomsbrottslingar är för närvarande dömda till döden. I Iran används fortfarande dödsstraffet mot hbtq-personer. Medieuppgifter gör gällande att två män nyligen avrättats och även om det inte har bekräftats från källor i Iran, så har det hänt tidigare. Jag hoppas att det här är falska nyheter förstås, men landet har verkställt sådana här domar.

Det finns inget humant sätt att avrätta en människa. Det finns bara brutala och ännu brutālare metoder. I Iran används hängning som avrättningsmetod. Till skillnad från andra länder, som använder avancerade anordningar för att bryta nacken med hängning, använder Iran enkla anordningar som orsakar död genom strypning. Offret kan plågas i upp till 20 minuter innan dödsögonblicket.

I somras förhandlade jag Europaparlamentets resolution om den svenske medborgaren Ahmadreza Djalali som dömts till döden i Iran. Återigen, han måste omedelbart frigges så att han kan återvända till sin familj.

Dödsstraffet grundar sig på en medeltida människosyn. Upplysningens humanitära ideal bidrog till avskaffandet av dödsstraffet i Europa. En majoritet av världens stater har vänt ryggen mot dödsstraffet för gott. Jag hoppas att Iran är redo att göra detsamma. Fram till dess att Iran infört ett moratorium för dödsstraffet, vill jag uppmana EU att ta fram riktade sanktioner mot iranska regeringspersoner som är inblandade i utdömandet av dödsstraffet. Det är dags för Djalali att få komma hem.

Søren Gade, *stiller*. – Hr. Formand! Kære kollegaer! I dag sender vi et stærkt signal til Iran om, at Europa-Parlamentet tager stærkest mulig afstand fra den iranske regerings brug af dødsstraf. Den betydelige stigning i brugen af dødsstraf, siden Raisi har overtaget magten i Iran, er både umenneskelig og uacceptabel. Jeg vil gerne takke mine kollegaer og især vores ordfører, David Lega, for at sikre, at vi i dag står sammen om at opfordre Iran til at sætte en stopper for anvendelsen af dødsstraf. Vi er forenet her i Parlamentet i vores opfordring til sanktioner mod den iranske regering, der er ansvarlig for disse grusomheder. Vi er forenet i vores opfordring til, at Iran, det iranske styre, løslader de politiske fanger og stopper forfølgelsen af journalister. Jeg har ingen illusioner om, at vores beslutning i dag vil stoppe drabene med det samme. Men dette parlament, Europa-Parlamentet, har pligt og ret til at sætte dødsstraf på dagsordenen og at holde dødsstraf på den europæiske dagsorden. Lad os aldrig stoppe presset på det iranske regime. De modige iranere, der tør tale deres kriminelle ledere imod. Ja, de fortjener i sandhed vores fulde støtte.

Ernest Urtasun, *author*. – Mr President, in 2021, at least 275 people were executed in Iran, including two child offenders and 10 women. In Iran, the death penalty is used as a political tool that not only punishes those who have been sentenced to capital punishment, but also those who advocate for its abolition. It's the case of Narges Mohammadi, who has recently been sentenced to another eight years in prison, or Nasrin Sotoudeh, the recipient of the Sakharov Prize in 2012, who was sentenced to 33 years and six months in prison in 2019. I would like also to stress that we continue to ask for the freedom of Djalali, as this Parliament already recalled in the past.

Today, we call again on Iran to fulfil its international obligations by abolishing the death penalty and implementing its human rights commitments. We also urge the immediate release for all unjustly jailed human rights defenders. As we speak, crucial negotiations are undergoing in Vienna to revive the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Even if the scope of these talks do not include a dialogue on the situation of human rights in Iran, the two are deeply interlinked. A successful negotiation of the JCPOA will provide the basis for the peace and development needed for a more stable country that over time improves the prospects for all Iranian citizens who, we shouldn't forget, have been the most affected by COVID and the economic sanctions.

We need more dialogue with Iran, not less. The EU and other actors have already adopted a number of sanctions against individuals and entities responsible for human rights violations in Iran. Exercising further pressure has to go hand in hand with general political engagement, as some groups in this Parliament are advocating for. And this will, in a certain moment, help us as well to improve the situation of human rights in the country.

The EU should continue to monitor and raise human rights matters in the context of the EU-Iran high-level dialogue and reiterate that respect for human rights is a core component in advancement of EU-Iran relations. It is in our interest to support the talks, to return to the JCPOA, also to have more leverage to improve the human rights situation in the country.

Anna Fotyga, *author*. – Mr President, over political divisions here in the European Parliament, we raise our voice in defence of the Iranian people. Since 1988, the massacre, there are ongoing crimes against humanity. We speak about the so-called death penalty, but what kind of penalty is that? In many cases it is just extra-judiciary crime and simply swift executions without even the pretence of judicial or court proceedings.

Words are not enough. Our action is needed because what we see in Iran – also with financing of terrorists outside and meddling in the region and even in our territories – requires our action and very strong sanctions.

Susanna Ceccardi, *autrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le donne nei regimi fondamentalisti islamici sono coloro che pagano il prezzo più alto.

Ho negli occhi le immagini di un video scioccante, dove un marito che decapita la moglie diciassettenne, accusata di adulterio, gira per le strade sorridendo, esponendo la testa come un trofeo.

In Iran, un uomo che uccide la figlia di 14 anni rischia otto anni di carcere; una donna che si toglie il velo ne rischia fino a 24.

Ieri ho incontrato due donne coraggiose, che fanno parte dell'opposizione al regime iraniano, e mi hanno donato questo bellissimo libro. Mi hanno raccontato cose sconcertanti...

(L'oratrice mostra un libro e viene pertanto interrotta dal Presidente.)

President. – It's not allowed, according to the Rules, to show pictures during your speaking time here.

Susanna Ceccardi, autrice. – In questo libro ci sono i volti dei giovani e sono soltanto alcuni dei 120 000 oppositori politici uccisi dal regime. 30 000 di loro sono stati giustiziati nell'estate del 1988, a seguito di una *fatwa* di Khomeini. Ragazzi e ragazze, in gran parte studenti, uccisi nel fiore degli anni da un regime senza scrupoli.

Queste donne che si battono per la libertà del loro popolo sono molto coraggiose, perché non possono neanche telefonare ai loro familiari in Iran perché rischiano di mandarli al patibolo.

Dalla scelta di Ebrahim Raisi alla carica di Presidente c'è stato un aumento significativo del numero di esecuzioni, con oltre 270 persone impiccate, di cui 11 donne. Raisi è stato membro della commissione della morte nel 1988, ha ordinato migliaia di condanne a morte e, nella sua qualità di capo della magistratura, ha ordinato la soppressione e l'uccisione dei manifestanti nel 2019.

Noi membri del Parlamento europeo chiediamo all'Alto rappresentante di ribadire all'Iran che qualsiasi miglioramento delle relazioni economiche deve essere condizionato alla cessazione delle eclatanti violazioni dei diritti umani da parte dell'Iran, compreso il suo uso arbitrario della pena di morte.

Pensiamo a molti prigionieri politici come la signora Maryam Akbari Monfared, in carcere per 13 anni, senza un solo giorno di congedo, perché si è opposta all'esecuzione del fratello e della sorella, scomparsi con la forza e giustiziati nel 1988.

L'Europa che fa? Fino a pochi anni fa aveva addirittura inserito l'opposizione al regime nella lista delle organizzazioni terroristiche, forse per interessi economici, perché il potere dell'ayatollah è molto forte e la propaganda arriva fino a casa nostra.

Soltanto l'ultimo scandalo. Ad agosto 2021, quando Ebrahim Raisi ha giurato come nuovo presidente dell'Iran, davanti a lui, oltre al Parlamento italiano e ai rappresentanti di 73 paesi tra cui la Cina, lo stato maggiore di Hamas, che ricordiamo sono terroristi, c'era pure un funzionario del Servizio esterno dell'Unione europea, il segretario Enrique Mora. Una vergogna!

Un'intera area, il Medio Oriente, è ostaggio dell'Iran che insiste nel mettere pressione e paura all'unico paese sul quale l'Europa può davvero contare: Israele. Non si può fare confusione tra i nemici e gli amici, tra gli alleati e gli avversari. L'Iran degli ayatollah non è e non sarà mai un paese sul quale noi potremo contare, lo dimostra la questione del programma nucleare. Perché l'Iran vuole la bomba, se non per usarla come arma del terrore?

Io vengo dalla Toscana, il primo Stato al mondo che, il 30 novembre del 1786, grazie al granduca Pietro Leopoldo di Lorena, abolì la pena di morte. La vita umana è sacra, e pensare che la potestà di uccidere sia in mano a uno Stato che, per di più, la usa per annientare il dissenso, è disumano.

La guerra per le risorse energetiche si sta facendo sempre più aspra. Non lasciamo che la potenza energetica iraniana prenda il sopravvento sui nostri valori, non rimaniamo sotto scacco di un paese pericoloso per la sicurezza internazionale.

Cornelia Ernst, Verfasserin. – Herr Präsident! Als Präsidentin der Iran-Delegation kann ich gar nicht anders, als meine Stimme gegen die Todesstrafe im Iran zu erheben, weil die Todesstrafe jedes Menschenrecht abschafft. Sie gehört verboten, und im Übrigen überall: im Iran, in China, wo es die meisten Todesstrafen gibt, in Ägypten, in den USA, restlos überall auf der Welt.

Als Europaabgeordnete bin ich stolz darauf, dass ein solches Bestrafungsmittel in der EU abgeschafft ist, dass es das bei uns nicht gibt. Und als Deutsche – lassen Sie mich das sagen – mit einer langen Geschichte der Menschenrechtsverletzungen durch mein Land weiß ich das besonders zu schätzen. Wir sind tief besorgt über die Menschenrechtslage im Iran und fest an der Seite der Angehörigen der Opfer. Jedes Jahr werden Hunderte Menschen hingerichtet, Frauen, Jugendliche. Wir sorgen uns um die EU-Doppelstaatler, wo wir viel protestiert haben, aber nichts erreichten. Wir sorgen uns um Nasrin Sotudeh, um die vielen politischen Gefangenen.

Diese grausame Politik mit immer mehr und neuen Sanktionen bekämpfen zu wollen, ist trotzdem ein Irrweg. Der Iran gehört zu den am meisten sanktionierten Staaten der Welt. Und was hat es gebracht? Nichts! Viel wichtiger ist es, die Zivilgesellschaft kraftvoll zu unterstützen, keine Doppelstandards in der Politik zuzulassen, die Menschen im Iran angesichts der neuen COVID-19-Welle mit Medikamenten zu unterstützen und sie nicht hartherzig abzuweisen.

Und ebenso wichtig ist der Dialog, und da haben wir als Europäisches Parlament eine besondere Verantwortung. Ja, das ist ein mühseliger Weg, und manchmal erscheint er sinnlos. Und doch muss er gegangen werden, denn die Menschen im Iran brauchen offene Türen. Schlagen wir sie auch noch zu, haben die Hardliner für viele Jahre gewonnen. Ich will das nicht!

Radosław Sikorski, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, colleagues, unlike some of you in this Chamber, I actually think that, at least historically, there were cases where the death penalty was fair and just. In Poland, we had the case of Rudolf Höss, the Commander of Auschwitz, where he killed over a million people with Zyklon B. Poland brought him back to Auschwitz and, in April 1947, he was hanged. I challenge anybody to tell us that we did the wrong thing.

It's relevant to Iran because, at least for the clerical regime, the Holocaust is still a controversial matter. It did happen and one of its perpetrators got his just desserts. But in Iran, you can get the death penalty, at least according to Wikipedia, for homosexuality, burglary, incestuous relationships, fornication, sexual misconduct, prostitution, political dissidence, sabotage, apostasy, adultery, blasphemy, speculation, disrupting production, recidivist consumption of alcohol, pornography, cowardice, waging war against God, and spreading corruption on Earth, whatever that is. Iran is believed to execute the most people per capita in the world, and this is a country which of course doesn't have a fair or independent judiciary.

I would appeal to the leaders of Iran, but the President of Iran was a member of the Death Commission in the 1988 massacre, in which 30 000 political prisoners were murdered, judicially. There are political prisoners in Iran who had dared merely to ask about that massacre, people like Maryam Akbari Monfared, Qolam-Hossein Kalbi, Saeed Massouri, Afshin Baeemani, Saeed Shahghal-eh.

Mr Raisi, the fate of these people is a testimony to your status as a butcher and you will be punished for it, in this world or the next.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je veux tout d'abord rappeler que nos institutions se sont engagées à promouvoir la suppression de la peine de mort dans le monde entier. Il n'y a donc aucune justification à la pratique de la peine de mort, à plus forte raison en Iran, qui demeure le pays avec le plus haut taux d'exécution pour peine de mort dans le monde: plus de 250 personnes ont été exécutées en Iran l'année dernière.

Le système judiciaire iranien représente un vrai piège pour les défenseurs des droits de l'homme, qui sont arrêtés, détenus dans des conditions inhumaines, torturés et accusés lors de faux procès pour actes contre la sécurité nationale, propagande contre le régime, ou pour avoir tout simplement demandé le respect des droits et la fin des violations des droits humains.

Nous n'oublions pas non plus la situation dans laquelle vivent les familles de ces défenseurs, elles-mêmes trop souvent menacées et placées sous surveillance. L'Iran est aussi le pays dans lequel un nombre élevé de mineurs est condamné à la peine de mort, ce qui est là aussi en totale violation des obligations imposées par la Convention sur les droits de l'enfant.

Encore une fois, dans cet hémicycle, nous continuons donc à demander la libération d'un certain nombre de prisonniers aujourd'hui détenus ou qui encourent la peine de mort: Narges Mohammadi, présidente de l'ONG Defenders of Human Rights Center, qui se bat, elle, pour l'abolition de la peine de mort, mais aussi tous les journalistes, activistes et opposants qui continuent à subir les injustices, aujourd'hui, du régime iranien. Je citerai bien entendu Djalali, ce professeur de la VUB suédo-iranien, mais aussi Nasrin Sotoudeh, notre Prix Sakharov, que nous avons accueillie à plusieurs reprises par visioconférence et dont nous demandons l'annulation de la condamnation.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, ya se ha dicho: la realidad de la pena de muerte en Irán es dramática, estando a la cabeza de los países del mundo con mayores ejecuciones. Podemos decir que hombres, mujeres, niños, nadie escapa a la pena de muerte en Irán; los niños esperan a cumplir su mayoría de edad para ser ejecutados.

Creo, además, que hay que vincular la pena de muerte en Irán con la situación de la justicia, de los juicios en los que son condenados. Son condenados por tribunales que carecen de independencia, de imparcialidad, con clara injerencia del Ministerio de Inteligencia. Son condenados sin derecho, tan siquiera, a un abogado de su elección. Y los abogados que les defienden son luego perseguidos, como Nasrín Sotudé. En estas condiciones, los tribunales se convierten en verdugos y la pena de muerte se convierte en ejecuciones y asesinatos.

Las mujeres no escapan a esta persecución. Hay que señalar la represión en la que viven: hoy pueden ser condenadas a pena de muerte también si ejercen sus derechos sexuales y reproductivos o su derecho al aborto.

Quisiera decir que la Unión Europea debe reforzar claramente este diálogo para la eliminación de la pena de muerte, dejando claro que el derecho a la vida es un derecho fundamental. No es negociable, no es una moneda de cambio en ninguna mesa de negociación. El respeto a la vida es el pilar fundamental en el que se debe sustentar cualquier diálogo internacional.

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the human rights record of the Iranian regime is appalling. The death penalty is one of the cruellest manifestations of this. Despite repeated calls from the international community, the authorities keep carrying out death sentences with an average of around one per day in 2021. The country is one of the few in the world that executes minors and juvenile offenders in clear violation of international law. The number of executions of citizens belonging to minorities, especially Baloch, Kurds, Arabs and Bahá'í, is disproportionately high. And the death penalty in Iran is, to a large extent, an instrument to intimidate, persecute and try to eradicate any kind of political opposition in the country.

I call once again on the Iranian authorities to release all political prisoners and all prisoners of conscience.

The situation has only worsened since Ebrahim Raisi took power last June, with executions rising to 271-11 of them women. No wonder, given his well-documented role in the 1988 massacre and in the brutal suppression of the November 2019 protests.

The culture of impunity has been prevailing in the country for too many decades. Iranian society deserves justice and reparation, and they also deserve to live in a free, inclusive and democratic country that respects human rights and dignity.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich bin dankbar für die Entschließung der ECR-Fraktion und auch über diese Debatte hier, dass wir über die Todesstrafe im Iran reden.

Und ich hoffe und bete, dass sie dazu dient, dass das Leben der politischen Gefangenen gerettet wird und dass wir auch sensibilisiert werden für das unsägliche Leid der verfolgten Christen und der Bahai. Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, dass einige von uns, verehrte Kollegen, gar nicht so sehr oder nur halbherzig diese Entschließungen unterstützen. Und das verstehe ich nicht.

Sie sind doch auch gegen die Todesstrafe. Was für einen Grund könnte es geben, gegen die Entschließung zu stimmen? Wollen Sie etwa die Mullahs nicht verärgern und weiter mit ihnen lukrative Geschäfte abschließen? Machen Sie sich bitte ehrlich. Zeigen Sie diesem Regime, das weltweit terroristische Aktivitäten unterstützt und finanziert, endlich die rote Karte. Machen Sie klar, dass es keine weitere Zusammenarbeit, geschweige denn eine Finanzierung aus EU-Mitteln, geben kann, solange der Iran nicht von seiner menschenverachtenden Politik ablässt und auch von seinem Israelhass umkehrt.

Steuern wir hier einen klaren Kurs und helfen wir damit auch den verfolgten Christen im Iran, insbesondere den Konvertiten, dass sie wieder ohne Todesangst leben können. Und helfen wir auch den Bahai, die ihre Religion trotz zugesicherter Religionsfreiheit überhaupt nicht erst ausüben können.

Besonders schockiert hat mich übrigens der Ehrenmord an der 13-jährigen Romina Aschrafi, die von ihrem eigenen Vater im Schlaf hingerichtet wurde. Wie kaputt muss ein System sein, das so etwas zulässt bzw. unausgesprochen toleriert? Liebe Kollegen, bitte stimmen Sie dieser Entschließung zu, und beenden wir das Morden im Iran. Ich bin sicher, Gott wird es Ihnen vergelten.

Joachim Stanisław Brudziński, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Mój kraj – Polska, jako członek Unii Europejskiej i Rady Europy, jest zaangażowany w działania na rzecz zniesienia kary śmierci na całym świecie. Celem jest sprzeciw wobec wykonywania kary śmierci lub, jako pierwszy krok, wprowadzenie moratorium. Popieramy wezwania do możliwie powszechnej ratyfikacji Drugiego protokołu dodatkowego do Międzynarodowego paktu praw obywatelskich i politycznych. Dlatego też aktywnie włączamy się w promowanie i lobbowanie na rzecz rezolucji przedstawianej co dwa lata przez Unię Europejską na forum Trzeciego Komitetu Zgromadzenia Ogólnego ONZ na rzecz moratorium na wykonywanie kary śmierci.

Mając na uwadze wrodzoną godność każdego człowieka, szczególnie trudno jest nam zaakceptować, że nadal w wielu krajach kara śmierci może być nałożona na dziecko lub na osobę niepełnosprawną umysłowo czy też z takich względów jak przynależność do mniejszości religijnych. Jesteśmy także poważnie zaniepokojeni nakładaniem kary śmierci jako sankcji za określone formy postępowania takie jak apostazja, bluźnierstwo lub cudzołóstwo.

Iran to piękny kraj, kraj pełen pięknych i dobrych ludzi. Polska doświadczyła tego serca Persów, Irańczyków po drugiej wojnie światowej, gdy ponad 120 tysięcy naszych obywateli znalazło oparcie i wsparcie wśród Irańczyków. Ta rezolucja, nad którą dzisiaj dyskutujemy, przybliża dzień, gdy do Iranu powróci pokój i praworządność.

Clare Daly, on behalf of The Left Group. – Mr President, of course I condemn the death penalty in Iran, but I also condemn it in China, in Egypt, in Saudi Arabia, the United States and the 18 countries where the death sentence was carried out in 2020. I condemn it in the 54 countries which imposed a death sentence in that year, and areas like Taiwan and Qatar, which reintroduced the practice.

So why are we talking about Iran? It isn't the main country where executions are carried out. In an overall sense, the numbers have been falling. There's a discussion in the country about changing the Islamic Republic's penal code, where it's the family of the victim who decides.

And do you really think that some of the racist and geopolitical commentary that has been heard this morning is going to help that discussion inside of Iran? It's a bit of a coincidence that this is being discussed at the same time as efforts to revise the JPCOA. If we're really concerned about Iranians dying we need to stand up for the original terms of that agreement to stop the sanctions, which are also a death sentence on Iranians.

And while you're at it, you might consider the irony of including a motion here about giving out about Iran's courts and trials, and you give this platform to Iván Duque, where they gun people down in the streets without even a trial in the first place.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi rád, že se mohu k tomuto bodu vyjádřit. Trestu smrti se věnuji léta ve své politické činnosti, bojuji proti němu a musím říci, že to, co se děje v tuto chvíli v Íránu, je naprosto nepřijatelné. A to číslo, které zde opakovaně zaznělo, 275 poprav za minulý rok, opravdu nemá obdobu. Vedle Číny je v této zemi trest smrti nejvíce využíván a je vhodné použít slovo zneužíván, protože často, jak to bylo již řečeno, je ukládán nezletilým, ženám, lidem, kteří jsou k doznání mučení. Máme tu kauzy sportovců, kteří byli jaksi mučeni a popraveni jenom proto, aby tamní politický režim ukázal, že když viditelné a známé osobnosti podpoří v rámci občanských nepokojů opačný politický společenský názor, tak se jim to takto tragicky vymstí.

Je to katastrofa a to, jak je trestní právo v této zemi zneužíváno, pouze ukazuje na tamní politický režim, který podle mého názoru nemůže být partnerem Evropské unie. Já jsem přesvědčen léta a byly to i debaty v předchozím volebním období zde na půdě Parlamentu, že není možné s Íránem se dlouhodobě domluvit na nějaké formě spolupráce, protože je to země, která nectí vůbec elementární zásady lidskosti.

Padla zde jména aktivistů, profesora Džalaliho, atd. Těch jmen je celá řada, osobností, které buď byly popraveny, nebo čekají na výkon trestu ve vězení. My samozřejmě musíme maximum udělat pro to, aby ti, kteří dosud popraveni nebyli, se dostali na svobodu. Ale obecně jsem velmi skeptický k tomuto režimu a prosím, mějme to na paměti při různých debatách o tom, nakolik je možné s Íránem posilovat obchodní spolupráci, nakolik je možné s ním uzavírat další smlouvy. Můj názor je podobný jako zástupců státu Izrael, že s Íránem to zkrátka možné není.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Kollegor! Rätten till liv är den mest grundläggande formen av rättighet. Att frånta en människa dess liv utgör den allra grävsta formen av kränkning av de mänskliga rättigheterna.

I Iran utfärdas detta oåterkalleliga straff, till och med mot barn. Från 2009 till september 2020 har minst 67 avrättningar av unga rapporterats. I januari i år inväntade 85 ungdomar verkställande av dödsstraff. Dödsstraffet används också för att förtrycka minoriteter. Det tillämpas i oproportionerligt hög grad på balucher, araber, bahá'ier och speciellt den folkgrupp som jag själv tillhör, kurder, bara för att de kräver rätten till sitt eget språk och sin egen kultur och identitet.

Kvinnors rätt till sin egen kropp och hbtq-personers rättigheter är dessutom diktaturers och förtryckarregimers värsta fiende för att de symboliserar frihet att få vara den man är, älska den man vill och få ha total kroppslig autonomi. I Iran utgör det grund för dödsstraff.

2017 dömdes den svenskiranske forskaren doktor Ahmadreza Djalali till döden på grundlösa anklagelser om att han skulle vara spion. Förtryckarregimen i Teheran måste frisläppa alla, samtliga, samvetsfångar och avskaffa det avskyvärda dödsstraffet omedelbart. Vi måste fortsätta använda samtliga verktyg som vi har i EU till vårt förfogande och utöka sanktionerna, snarare än dra dem tillbaka som vissa här i detta parlament vill, för att tvinga den iranska regimen att införa demokrati, mänskliga rättigheter och rättsstatens principer. Folket i Irans lidande måste få ett slut. Det iranska folkets sak är vår sak.

Frédérique Ries (Renew). – Monsieur le Président, l'Iran a exécuté 275 personnes l'an dernier, et je cite ici un rapport des Nations unies. N'en déplaise à la gauche, c'est donc bien le plus haut taux d'exécution au monde: un couloir de la mort à ciel ouvert. Parmi les victimes, des femmes, des mineurs, des minorités ethniques et religieuses, boucs émissaires tout désignés, des journalistes et des avocats, coupables de faire leur métier, des hommes, aussi, dont l'amour fait trembler la République islamique.

Les années se suivent et se ressemblent au pays des mollahs: les droits de l'homme sont bafoués les traités internationaux les plus fondamentaux, comme la Convention des droits de l'enfant, sont méprisés la liberté d'expression est cadencée, et l'arrivée au pouvoir du président Ebrahim Raïssi en juillet dernier n'a encore fait qu'accélérer les choses.

Ce Parlement dénonce – j'ai compté: quinze résolutions en dix ans, dont six pour défendre notre prix Sakharov, Nasrin Sotoudeh, et le professeur Ahmadreza Djalali, de l'Université libre de Bruxelles. Assez des discours! L'Europe doit hausser le ton: sanctions, on l'a dit, dont on peut – on l'a dit aussi – douter de l'efficacité; soutien, encore et toujours, à la société civile iranienne.

Nous avons certes peu d'espoir que nos textes fassent plier Téhéran – c'est juste un euphémisme –, mais il n'empêche, nous continuerons à faire pression pour obtenir ce moratoire sur les exécutions et pour obtenir la libération des prisonniers politiques.

Ignazio Corrao (Verts/ALE). – Mr President, I am, as many of you colleagues, deeply alarmed by the increasing use of the death penalty against protesters, human rights defenders and dissidents, but also ethnic and religious minorities in Iran. In order not to seem only an external concern, I want to highlight the proposal in the joint motion that recognises citizen-led initiatives in Iran, such as petitions calling for an end to the death penalty and its disproportionate use against minorities and women.

Iran is also one of the few countries in the world that executes minors, in clear violation of international law. There appears to be a state policy of intimidating, prosecuting or silencing those who call for accountability, justice and truth, whether they are victims themselves, relatives, human rights defenders, lawyers or organisations.

The voices of Iranian citizens are brutally silenced by the regime, and yet these initiatives show that Iranian citizens want the death penalty practices to end. Because of this, the regime cannot claim that the demand to end the death penalty is only coming from outside Iran. Its own citizens want it to end. This is why the EU and the international community need to take urgent actions to let the voice of the Iranian people be heard and stop decades of impunity of those who are involved in human rights abuses.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, de resolutie waarin de doodstraf in Iran wordt veroordeeld, is gezien de situatie in Iran een sympathieke resolutie die wij steunen.

Waarom heeft het Europees Parlement echter uitgerekend nu besloten zich over deze kwestie uit te spreken? Het Parlement heeft gisteren namelijk nog een verslag aangenomen over de uitvoering van het gemeenschappelijk buitenlands en veiligheidsbeleid van de Europese Unie, waarin ervoor wordt gepleit het gezamenlijk alomvattend actieplan inzake Iran, beter bekend als de “Iran Deal”, nieuw leven in te blazen.

De resolutie is bovendien moeilijk te rijmen met de eerdere signalen die door de Europese Commissie zijn afgegeven: Josep Borrell heeft drie dagen geleden nog met de Iraanse minister van Buitenlandse Zaken gebeld over de hernieuwing van de Iran Deal en Enrique Mora heeft de EU vorig jaar vertegenwoordigd bij de inauguratie van Iraans president Raisi, bijgenaamd de “slager van Teheran”.

Wat voor signaal geeft dit af ten aanzien van de sancties, de mensenrechten en daarmee ook de doodstraf in Iran?

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, sa bhliain 2021, gearradh pionós an bháis ar ar a laghad 275 duine san Iaráin, ina measc, beirt a bhí faoi aois. Níl pionós an bháis ceart i gcás ar bith ach go háirithe i gcás daoine óga, daoine a céasadh chun admháil a bhaint astu, daoine nach bhfuair triail chothrom agus daoine nach raibh ach ag obair go síochánta ar son cearta daonna.

Mar a dúradh ag Feisirí ó chianaibh gearrtar pionós an bháis níos minice *per capita* san Iaráin ná in aon tír eile ar domhain. Tá an scéal ag dul in olcas, ach go háirithe do baill an phobail LGBTQ agus mionlach eitneach nó réigiúnach. Ní don chéad uair atáim ag impí go láidir ar údarás na hIaráine moratóir ó thaobh phionós an bháis a chur i bhfeidhm láithreach bonn. Ba mhaith liom mo thacaíocht agus mo mheas a léiriú do mhuintir na hIaráine atá ag obair trí Thionscnamh ó na Saoránaigh chun deireadh a chur le pionós an bháis – an dream is cróga ar fad.

Le déanaí sa Pharlaimint, tharraingíomar aird ar chás an Dochtúir Djalali nach bhfuair triail chothrom ach atá i bpríosúin ag fanacht go dtí go gcuirfear é chun báis. Ar mhí-ámharáí an tsaoil, níl feabhas tagtha ar an scéal seo. Arís, impím ar údarás na hIaráine an Dochtúir Djalali, buaiteoir an Duais Sakarov Nasrin Sotoudeh, agus gach uile duine eile atá i bpríosúin gan chúis a ligean saor. Chomh maith leis sin, táim ag iarraidh ar údarás na hIaráine fiosrúchán iomlán agus cothrom a cheadú maidir le céasadh agus úsáid foréigean marfach sna príosúin. Tá súil agam gur féidir linn níos mó brú a chur ar an Iaráin chun na héagóracha seo go léir a stopadh.

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in nessun caso e in nessuna parte del mondo la pena di morte può essere considerata una forma di giustizia, mai! Per questo l'abolizione della pena di morte in tutto il mondo deve rimanere tra i principali obiettivi della politica europea sui diritti umani, e questo deve valere sempre.

L'Iran rimane uno dei luoghi con maggiori esecuzioni capitali, con un codice penale che prescrive la pena di morte per diversi crimini, anche non violenti. Nel 2021 sono state giustiziate almeno 250 persone, forse anche di più, tra queste molte donne e minori. In questo inizio di 2022 sono già decine le persone giustiziate. Sono dati drammatici.

Dal Parlamento europeo deve quindi arrivare, senza alcuna ambiguità, una condanna durissima. L'Iran deve sospendere immediatamente tutte le esecuzioni e decretare una moratoria della pena di morte.

Abbiamo poi il dovere di non dimenticare di stare a fianco di chi, in Iran, si batte contro la pena di morte e si trova spesso perseguito e incarcerato. Dal Parlamento europeo deve arrivare un segnale di vicinanza totale a quei settori di società civile, a quelle voci libere che si oppongono a una barbarie che non ci potrà mai vedere in alcun modo capaci di sottovalutarne i drammatici effetti.

Pierre Karleskind (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, «partout dans le monde [...] où triomphent la dictature et le mépris des droits de l'homme, partout vous y trouverez inscrite, en caractères sanglants, la peine de mort». Ces mots, je les emprunte à Robert Badinter, qui fit abolir la peine de mort en France il y a quarante ans. C'est bien cela, la véritable signification de la peine de mort. Elle découle de l'idée, purement totalitaire, qu'un gouvernement dispose à tel point de ses citoyens qu'il peut leur retirer la vie. L'an dernier, l'Iran a retiré la vie à 200 de ses citoyens.

Ce débat n'aura pas de sens s'il se restreint à une simple critique du régime iranien. Il doit aussi nous servir à comprendre qui nous sommes, nous, les Européens. Nous appartenons, face à la barbarie, à un territoire d'humanité, où la dignité de chaque individu est respectée; face à l'arbitraire, à un territoire de justice, qui a tourné ses pages sanglantes et en a fini avec ses exécutions furtives, vengeresses et honteuses; face au totalitarisme, à un continent de liberté, où l'on ne craint pas d'être tué pour ce que l'on est, pour ce que l'on pense, pour qui l'on aime et pour ce en quoi l'on croit.

C'est cela que nous sommes et que ce débat doit nous rappeler, et c'est pour cela que nous devons nous battre: pour que, un jour, à son tour, le peuple iranien puisse fièrement se libérer du joug totalitaire et vivre dans un pays d'humanité, de liberté et de justice.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members. The EU has a strong, unequivocal and long-standing opposition to the death penalty in all times and in all circumstances, and aims at its universal abolition. The death penalty is a cruel and inhumane punishment, which fails to act as a deterrent to crime and represents an unacceptable denial of human dignity and integrity.

The EU follows the human rights situation in Iran very closely, and the current pace of executions in the country is a matter of concern, with more than 200 individuals executed every year, including juvenile offenders, dissidents and protesters.

The EU's policy approach towards Iran is also well known. It is a balanced and comprehensive policy approach, with a view to addressing all issues of concern. This includes, of course, the use of the death penalty, which is regularly addressed in the exchanges with the Iranian authorities. The situation of juvenile offenders at risk of execution in Iran requires the most urgent attention. We strongly and publicly condemned the execution of Arman Abdolali last November. He was 17 at the time of the alleged offence.

We continue to urge Iran to respect its international obligations under the International Covenant on Civil and Political Rights and the Convention on the Rights of the Child, which prohibit, in absolute terms, the imposition of the death penalty for crimes committed by persons aged under 18 years at the time of the alleged offence. The use of the death penalty against political dissidents and protesters is also a matter of great concern.

We continue to urge the Iranian authorities to guarantee the full range of fundamental rights for their citizens, irrespective of religion, belief or any other status, including the right to assemble and to express grievances in a non-violent manner. Fundamental rights, such as freedom of opinion and expression, must always be respected.

We also believe that it is imperative for the Iranian authorities to uphold the due process rights of the accused individuals and ensure that those who are under any form of detention or imprisonment are not subject to any form of mistreatment. I know many of you vividly remember the case of the Iranian wrestler Navid Afkari.

Since 2021, the EU has adopted restrictive measures related to violations of human rights, extended ever since on an annual basis currently until 13 April 2022. These measures consist of a travel ban and an asset freeze and a ban on exports to Iran of equipment which might be used for internal repression and of equipment for monitoring telecommunication.

In addition, EU citizens and companies are forbidden from making funds available to the listed individuals and entities. The list now comprises a total of 89 individuals and four entities.

In line with its traditional stance in multilateral fora, including the UN, the EU will spare no effort to urge the Iranian authorities to pursue a consistent policy towards the abolition of capital punishment, and we will also continue to publicly condemn the death penalty, in particular for juvenile offenders, protesters and dissidents.

The EU will continue to address, as appropriate, all issues of concern with the Iranian authorities as part of its balanced and comprehensive engagement with Iran.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 17. Februar 2022, statt.

8.3. Die politische Krise in Burkina Faso

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zur politischen Krise in Burkina Faso (2022/2542(RSP))¹.

¹ Siehe Protokoll.

Željana Zovko, author. – Madam President, dear Commissioner, dear colleagues, in less than two years West Africa has known four coup d'état. This reflects the political challenges the countries in the region are coping with. Next to the effect on the local economy, the life of citizens and the institutional stability, this deteriorating situation creates a breeding ground for terrorists and extremist organisations that are already active across the Sahel region.

This morning, we have heard the official announcement of President Macron about the coordinated departure of French troops and their European allies from Mali. Although we cannot predict the consequences of this decision, as a security partner to Africa we should be cautious not to allow the extremists to take upper hand in the region.

In this light, I express my concern about the recent coup d'état in Burkina Faso. I call on the military leadership to continue working on the transition process and to return to a democratic system with respect for constitutional order. I also call for the immediate release from house arrest of President Kaboré.

The protection and safety of civilians is one of the key tasks of any government. Human rights should be respected. The authorities in Burkina Faso play a crucial role in combating terrorist organisations and in facilitating the work of humanitarian organisations. In both aspects, the country benefits from close partnership with the international community.

Today, the EU–African Summit starts in Brussels, and I call on the leaders to reconfirm their commitment to the security of the African continent and work together on the common challenges.

Maria Arena, auteure. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le coup d'État du 24 janvier au Burkina Faso s'inscrit dans un contexte régional tendu et caractérisé par la détérioration continue de la sécurité au Sahel. Le Burkina Faso est effectivement le pays qui a le plus souffert de l'augmentation exceptionnelle du nombre d'attaques terroristes. Ces dernières années, les données sont accablantes. Il suffit de penser aux 7 000 victimes, dont 3 000 civils, au déplacement de plus de 1,5 million de personnes, mais aussi à la fermeture de plus de 3 000 écoles dans la région.

On ne peut pas être surpris si les tensions n'ont fait qu'augmenter dans le pays. La population du Burkina Faso est fatiguée face au manque pérenne de sécurité et de stabilité. Comme celles des autres pays de la région du Sahel, elle vit dans un état de désillusion très forte vis-à-vis du système électoral, de la gouvernance, mais aussi de la présence des forces étrangères, qu'elle considère comme inefficaces pour ce qui est de régler les problèmes de sécurité dans cette région.

Nous devons donc insister, par cette résolution, sur le développement politique prioritaire, sans lequel il ne sera pas possible de revenir à une situation de stabilité, mais aussi de confiance dans les institutions.

Pour commencer, nous demandons une libération immédiate du président Roch Marc Kaboré, avant toute discussion avec les autorités en place. Ensuite, il faudra que toute la communauté internationale, y compris le Service d'action extérieure et la Commission européenne, s'engage à dialoguer avec les autorités burkinabè pour assurer une transition pacifique rapide entre le gouvernement militaire et un gouvernement civil, garantie du retour à l'ordre constitutionnel, en insistant sur l'importance de donner priorité à la mise en place d'un nouveau processus électoral qui repose sur les principes de l'inclusion et de la transparence.

Le Burkina Faso devra entreprendre la voie d'un dialogue inclusif qui associe la société civile sur la base d'une vision partagée pour le développement démocratique du pays. Il faudra que le respect des droits humains soit prioritaire dans toute discussion, et nous devons encourager la Coordination nationale pour une transition réussie, composée de sept organisations de la société civile, à superviser les autorités en place pour le développement du pays.

Il est clair que l'état de la démocratie dans plusieurs pays d'Afrique de l'Ouest est préoccupant. Nous sommes appelés à contribuer, par notre engagement politique, à une réflexion profonde sur la manière d'encourager les processus démocratiques dans la région, en nous assurant que les organisations des droits humains puissent y jouer un rôle très actif.

Jan-Christoph Oetjen, *Verfasser*. – Hochverehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Frau Kommissarin! Es ist gerade schon angesprochen worden, dass die Situation im Sahel eine schwierige ist, einer Region, die von Instabilität geprägt ist. Zurzeit – es ist gerade schon gesagt worden – ist es der vierte Staatsstreich in einem Land der Region.

Und ich finde, dass wir als Europäer uns auch ein Stück weit fragen müssen: Was ist denn eigentlich die Rolle, die wir in der Region gespielt haben und in der Zukunft spielen wollen? Wir diskutieren die Frage dieser Rolle der Europäischen Union auf dem Gipfel gemeinsam mit der Afrikanischen Union. Und ich wünsche mir, dass wir als Europäische Union ein Partner auf Augenhöhe mit den afrikanischen Ländern sind und unseren Beitrag dazu leisten, dass die Region wieder zu Stabilität und Sicherheit zurückkehren kann.

Denn die Situation in Burkina Faso, über die wir heute sprechen, ist geprägt von einer Vielzahl terroristischer Angriffe. Es ist gerade schon gesagt worden von Maria Arena: etwa 7 000 Opfer, 1,5 Millionen Vertriebene in dem Land. Und diese Situation der Unsicherheit, diese terroristischen Attacken sind für die Bevölkerung eine unerträgliche Situation gewesen, sodass dieser Staatsstreich ein Stück weit eine Reaktion auf das Gefühl der mangelnden Sicherheit ist, die von der Regierung Burkina Fastos nicht gewährleistet werden konnte.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass wir nicht vernachlässigen oder nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass in der Region auch russische Söldner von der *Wagner Group* sehr aktiv sind und wir als Europäer aufpassen müssen, dass diese russischen Söldner nicht als Lösung für Sicherheitsprobleme gesehen werden. Denn, meine Damen und Herren, diese russischen Söldner sind keine Lösung für Sicherheitsprobleme, sondern sie verschärfen nur diese Probleme.

J'invite les Burkinabè à retrouver le chemin de la démocratie et à retourner à l'ordre constitutionnel. Je demande aux militaires qui sont au pouvoir actuellement de garantir une transition pacifique, avec un calendrier clair, pour le retour à des élections ou à un processus électoral clairs et démocratiques, pour que le Burkina Faso puisse rentrer dans le rang des démocraties. Sur ce chemin, dans cette quête, le Burkina Faso aura tout le soutien de l'Union européenne.

Jordi Solé, author. – Madam President, as, today and tomorrow, leaders of Africa and the EU meet to discuss the way forward in EU-Africa relations, we in this Parliament have to regret and condemn again a coup d'état in an African country, this time in Burkina Faso. Three Western African states, Burkina Faso, Guinea and Mali, are now led by officers who came to power by the use of force. There have been more successful coups in Africa in the first two years of the 2020s than in the whole previous decade. This trend should worry us all.

The underlying reason behind Ouagadougou coup is a growing insecurity caused by the jihadist insurgency in the north, which the Government failed to contain, and indeed putting an end to terrorism in the country and in the whole Sahel region is a priority. But Burkina Faso is facing multiple crises resulting from the compounding effects of deep poverty, food insecurity, conflict, forced displacements, climate change, poor governance and equal access to basic services. Focusing only on security concerns will not pull the country out from its deep crisis.

The fact that the President Kaboré's overthrow was rather met with contempt by a majority of the population does not make it a better kind of coup. Soldiers claiming to be better fit than civilians to take political decisions is never the right answer. The coup has to be rightly condemned, and we have to insist on the immediate release of President Kaboré, a swift return to civilian government, and the fact that the interim government respect its international commitments, notably as regards human rights, while also facilitating the work of humanitarian organisations.

Apart from that, we will have to react with a kind of principled pragmatism that can contribute to stabilising the country. We have join the Economic Community of West African States (ECOWAS) and the African Union in demanding that the new government provides, with the shortest delay possible, a roadmap for a return to the constitutional order. We need to receive solid guarantees of that and, if we get them, we have to engage and maintain dialogue, as the resolution proposes, to make sure the new authorities live up to their promises. Otherwise, we might end up having the same situation as in Mali, where the regime made similar pledges after the coup yet it ended up hardening their stance, resorting to Russian help and postponing the return to democracy. This would be a bad outcome for the Burkinabé population, but also for the region at large.

Assita Kanko, author. – Madam President, *ne y beoogo*, this is good morning in Burkina language. Just to greet these people who are suffering so much.

If Africa does not succeed, I can tell you one thing, Europe will fail, said President Macron. I welcome this statement, but I regret that Europe is 60 years late and is now still sleepwalking. Europe is a true zombie in Africa. Why don't we believe reality when we see it?

Dear colleagues, we must not only stop paternalism, we must also believe reality when we see it. We were wrong yesterday to ignore it when it started in Syria, and we are wrong today to deny it when it keeps spreading in the Sahel.

Radical Islam, it's a poison that eats a society faster than we take time denying it. But it has nothing to do with Islam – some people keep saying until it becomes too late. But I'm telling you civilisations do not collapse all at once, but gradually lose their building blocks and pillars until eventually an empty shell remains.

Today, Burkina Faso is even less than its own empty shell. Because of radical Islam, because of Western debt aid money that feeds corruption, because of global eyes shut while Islamism progresses everywhere, because of the western weakness towards China and Russia, because of paternalism like we still see today and tomorrow in the EU-Africa Summit.

All children should be able to play together beyond religious boundaries and know the warmth of a safe home, not the ordeal of a displaced life. Families should share meals over various religious celebrations, not fight over a vicious religious divide. Women and girls are persons, not objects. Businesses must have room to grow and give young people perspectives.

But today, the peaceful, joyful, secular Burkina Faso I have known as a child does no longer exist. The international community failed to anticipate. But as lawmakers, we do not have the right to be surprised, we should always anticipate. The first thing we must do now is to finally open our eyes because if the Sahel is defeated, it is us too who are defeated.

Manu Pineda, autor. – Señora presidenta, Burkina Faso es un país profundamente afectado por el neoliberalismo y el imperialismo. Tenemos buenos ejemplos de ello, como el acaparamiento de tierras y recursos por multinacionales, la imposición de acuerdos de libre comercio que agravan la situación económica, o reformas neoliberales impuestas desde fuera con consecuencias desastrosas para el pueblo.

Sin duda es lamentable que en pleno siglo XXI debamos seguir condenando la injerencia y la explotación económica de las antiguas potencias coloniales y, en muchos casos, su contribución a generar conflictos o golpes de Estado.

Precisamente, los últimos procesos políticos en Burkina Faso habían contribuido a impulsar un gobierno de unidad nacional que ha sido derrocado por este golpe de Estado militar, alejando así la posibilidad de democratización del país, contribuyendo al auge de la violencia integrista.

Por ello, es imprescindible que desde esta Institución defendamos la soberanía de los pueblos y su derecho a gobernarse, y condenemos cualquier atentado o golpe a su decisión soberana.

Dominique Bilde, auteur. – Madame la Présidente, chers collègues, des professeurs assassinés parce qu'ils enseignent en français plutôt qu'en arabe, ou parce qu'ils dispensent un cursus laïque et non coranique: voilà à quoi en est réduit un Burkina Faso en butte aux assauts du terrorisme islamiste.

S'y ajoutent, d'une part, les persécutions des chrétiens, qui constituent plus de 20 % de la population burkinabè, et, d'autre part, l'enrôlement de plus en plus fréquent des enfants par les groupes terroristes, justifiant l'ajout du pays au rapport annuel de l'ONU sur les enfants et les conflits armés. Une génération entière est ainsi en passe d'être privée d'éducation et, pour tout dire, d'avenir, outre le 1,3 million et quelque de personnes déplacées dans leur propre pays.

Tout ceci est désolant; mais à qui la faute? La France a porté courageusement et à bout de bras une vaste opération antiterroriste au Sahel depuis 2014. Barkhane aura coûté la vie à 58 de nos fils, sans compter les nombreux blessés, victimes des lâches attaques à l'engin explosif privilégiées par les terroristes. Tout cela pour se heurter à l'obsession haineuse de populations chauffées à blanc par les réseaux sociaux et à l'ingratitude sidérante de la junte malienne au pouvoir.

L'avenir dira si l'attitude du lieutenant-colonel burkinabè, déclaré hier président, sera à l'avenant. Reste que les attentats des mardi 8 et jeudi 10 février au Bénin, dont les auteurs ont été neutralisés au Burkina Faso, ont confirmé que la déstabilisation de ce pays recèle le risque d'embrasement de l'ensemble de l'Afrique de l'Ouest.

La France devra donc, à la suite de son retrait du Mali, reconfigurer son dispositif militaire. Quant à l'Union européenne et aux États membres, manifestement peu soucieux de la seconder dans cette périlleuse mission, ils devront tout du moins s'efforcer de ne pas souffler sur les braises en ajoutant au chaos sécuritaire l'impasse politique.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Paní předsedající, dámy a pánové, já bych chtěl také podpořit návrh usnesení, který se týká Burkiny Faso. Celá ta debata, která zde probíhá, jasně ukazuje, že to není pouze problém konkrétního vojenského převratu, byť ho správně odsuzujeme a vyzýváme k návratu k demokracii a k pokojnému dialogu mezi teď nově nastolenou vojenskou vládou a mezi obyvatelstvem, ale jasně to ukazuje zoufalství, ve kterém se ta země nachází, v obrovských ekonomických problémech. Bylo zde také řečeno, že to není pouze problém této země, ale celého regionu, celého Sahelu. Čtvrtý vojenský převrat v tomto regionu, v této části západní Afriky, za poslední dobu, obrovsky narůstající islámský radikalismus, fundamentalismus – to jsou problémy, které tento region, tuto oblast obrovsky tíží a vedou k takovým tragédiím, jako je 1,5 milionu obyvatel Burkiny Faso, které přišly v posledních několika letech o své domovy a jsou v zásadě uprchlíky ve vlastní zemi.

Je těžké najít řešení pro takovouto obrovskou sociální a ekonomickou katastrofu. Můžeme pomoci v nalezení cesty k demokracii, můžeme se účastnit onoho dialogu, ale je zřejmé, že to hlavní, s čím můžeme pomoci, je ekonomická pomoc, aby alespoň obyvatelé, kteří opouštějí venkov Burkiny Faso, který se čím dál více vysídluje i díky ekologickým a přírodním změnám, tak aby tito lidé alespoň tedy netrpěli tím nejhorším – hladem. Není to jednoduché řešení, je to opravdu velká tragédie a je třeba, aby Komise a obecně EU přemýšlela, jak tomuto regionu výrazněji pomoci. Ale opět opakuji, není to pouze o odchodu vojáků, kteří se i po protestech obyvatelstva, to je třeba říci, před několika týdny chopili moci.

Evin Incir, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, almost eight years after the democratic revolution in Burkina Faso, we see today an unfortunate backlash with a military junta that forcefully grabbed power and imprisoned the democratically elected president Roch Marc Christian Kaboré.

In late spring 2014, I was in Burkina Faso as Secretary-General of the International Union of Socialist Youth to support the newly emerged party MPP, with its leader Kaboré, who today is the elected and legitimate leader of Burkina Faso. I remember the hope and joy that a better future can actually be possible after decades of dictatorship.

I am glad that my proposal for a resolution reached all the way to this session because the people of Burkina Faso cannot afford a silent world, and I have been in contact with many friends in Burkina Faso who are very thankful for us having the debate of today.

During the past two years, we have seen four military coups in West Africa, and the European Union must immediately act forcefully. And the first step is to never, ever legitimise the military junta and demand that they immediately give power back to the people and release President Kaboré and all other political prisoners. Any upcoming government should and must understand that the universal rights are not for few to enjoy, they are the rights of all people.

As long as a fully-fledged democratic Burkina Faso is not ensured, long lasting peace will not be possible. And the struggle for democracy is crucial for and must go hand in hand with the struggle against terrorists and anti-democratic forces. We need to act. The Commission and the EEAS must put the need of the people, protection and safety of civilians in the centre of actions. Democracy, rule of law and human rights, along with social rights must be respected and upheld by any government.

The actions of the EU Commission, unfortunately, and the Member States have been far from sufficient until now. Today and tomorrow, the EU and African Union Summit should be used as a platform to address the people of West Africa's right to their fundamental rights and together ensuring democracy and rule of law in the region. If any time, now is the time to also use our global human rights sanctions regime towards the coup makers because condemning is important, but actions are even more important.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, werte Kollegen! Ich erlebe heute schon wieder ein Déjà-vu. Wir unterhalten uns über Situationen in Staaten, die abgrundtiefe Probleme haben, und wir wundern uns, warum wir keine Lösungen anbieten können.

Wir sind offensichtlich eine kraftlose Organisation, denn wir können so gut wie nichts tun. Heute beginnen diese Gespräche mit der Afrikanischen Union – wunderbar. Aber wird es zu einer Lösung führen für Burkina Faso? Ich glaube nicht. Warum? Weil wir einfach gar keinen Hebel haben, an dem wir ansetzen können. Und ich glaube, darüber müssen wir uns Gedanken machen: Wie können wir diesen Menschen dort helfen, diesen 1,5 Millionen Vertriebenen? Das sind fast zehn Prozent der gesamten Bevölkerung. Das ist furchtbar. Und wir haben letztendlich keine Lösung.

Es nützt nichts, Geld hinschicken. Das wissen wir alle. Das landet in den Taschen der Militärs. Wir wissen auch, dass wir viele Dinge einfach nicht durchsetzen können. Es ist gut, Demokratie zu fordern. Nur, ich habe es heute schon einmal gesagt: Wir schaffen es nicht einmal im Westbalkan, wie wollen wir es in Afrika erreichen? Und deshalb: Wir müssen die Frage stellen: Welche Rolle spielen die Islamisten in dieser ganzen Geschichte? Warum kommt der Sahel nicht zur Ruhe? Was sind da für Lösungen notwendig?

Und ich glaube, es liegt eher darin, dass die afrikanischen Staaten sich selbst helfen müssen. Sie müssen von uns in die Selbstständigkeit entlassen werden. Wir haben so einen paternalistischen Ansatz, wie so eine Art von moralischem Imperialismus und Kolonialismus. Das muss endlich aufhören. Und wir dürfen sie auch nicht irgendwie abhängig machen vom Impfstatus, dass wir von diesen Staaten die Durchimpfung verlangen. Das muss aufhören, sonst können wir diesen Ländern nie helfen, und sie kommen nie zur Ruhe.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, a few years ago here in the European Parliament, MEPs put aside their political divisions to discuss informally possibilities for really bad scenarios in Burkina Faso, as a potential place of changes in the Sahel. Unfortunately, COVID exacerbated this situation. Now we have a coup d'état but there is still a path to improve this situation.

We join the African Union and ECOWAS in appeals to a return to constitutional order, but obviously many changes should be done also in the mode of our support to Burkina Faso's people and to the security of the country and the region.

Unfortunately, Burkina Faso is not present, as many as other coup d'état countries of the region, during this summit, but still we have to find a solution and we await the report from the High Representative / Vice-President as soon as possible.

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, the new coup leader in Burkina Faso was trained by the Americans, so was the 2015 one, and so was the one the year before. Eight successful coups in the region since 2008 were by US- and EU-trained soldiers: EU capacity-building in action.

Billions have been wasted militarising these societies, while the boot of neocolonialism stays pressed hard, like the CFA franc and crushing World Bank and IMF neoliberal reforms. This is how to spread violence and to promote the militias. As Director-General of the EU Military Staff, Admiral Bléjean, admitted at a meeting of the Subcommittee on Security and Defence recently, if governments fail to provide welfare to the population, this creates a space for insurgents to provide care and infrastructure, and so claim legitimacy in the eyes of the locals. There is no military solution.

The sooner we let go of the colonial noose, stop flooding the place with arms and start talking to the militias, we might have some chance. There is no other way.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the current political crisis unfolding in Burkina Faso is deeply concerning. The instability of the last few months has caused untold suffering to the people of Burkina Faso and led to a considerable loss of life. The appointment of military leader Damiba as president following a coup on 24 January, as well as the placing of elected President Kaboré under house arrest, raises serious questions about the state of democracy in the region.

Indeed, it is a worrying trend that Burkina Faso joins the ranks of six other African nations who have experienced a coup in the last 18 months. Attacks carried out by insurgents and terrorists, such as the November attack in which 53 police officers lost their lives, have become an all too familiar part of life in the country.

This humanitarian crisis has been ongoing for many years, and it is estimated that more than 1.6 million people have been displaced in the country since 2015. Recent events, however, have led to a dramatic escalation in political instability and human suffering.

As EU leaders meet with representatives of the African Union this week in Brussels – a very important meeting – it is imperative that Europe works together with its partners in Africa to promote democratic processes across the continent. It is therefore essential that President Kaboré be released from house arrest and the elected government of Burkina Faso reinstated, to put a stop to this deepening political and humanitarian crisis.

A reasonable timetable mapping the return to civilian rule must now be a priority for the region. The European Union should offer every assistance it can to its partners in Africa in this regard. Democracy is the only way forward for Burkina Faso. Hope we can get it.

Hannes Heide (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Für Europa ist schnelles Handeln das Gebot der Stunde. Damit in Afrika nicht weiterhin Putsch auf Putsch folgt und es zu keinem Dominoeffekt kommt, muss die Europäische Union die gewaltsame Machtübernahme durch das Militär in Burkina Faso entschieden verurteilen und reagieren, aber auch dazu beitragen, die Ursachen für diese Entwicklung zu bekämpfen.

Seit 2015 terrorisieren bewaffnete islamistische Gruppen die Bevölkerung mit Anschlägen. Tausende Menschen wurden bei gewalttätigen Angriffen in Burkina Faso getötet. Eineinhalb Millionen Menschen wurden vertrieben, vor allem ins Länderdreieck Burkina Faso, Mali und Niger. Diese Destabilisierung befeuert Unruhen und Proteste in der Zivilbevölkerung. Die lokalen Sicherheitskräfte konnten den Terroristen kaum etwas entgegensetzen. Unsicherheit und Angst vor dem islamistischen Terror erschüttern die gesamte Sahelzone und bereiten den Nährboden für antidemokratische Entwicklungen.

Das Ergebnis: Mit Burkina Faso hat ein weiterer Staat Westafrikas den Pfad der Demokratie verlassen. Die neue Militärführung hat zwar eine Kommission für die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung eingesetzt, jetzt aber müssen Taten folgen. Der inhaftierte Präsident Kaboré und weitere politische Gefangene müssen umgehend freigelassen werden, ein konkreter Zeitplan muss für freie Wahlen festgelegt werden.

Burkina Faso muss jede Unterstützung bekommen, um seine Bevölkerung vor den andauernden Terrorakten der Dschihadisten zu schützen, damit die Menschen nicht weiter vor Gewalt, Hunger und Perspektivlosigkeit flüchten müssen.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Sytuacja w Burkina Faso jest dramatyczna. U władzy jest wojskowa junta, następuje eskalacja przemocy. Odnotowuje się tysiące ofiar śmiertelnych. Tylko w ubiegłym roku półtora miliona ludzi zostało wewnętrznie przesiedlonych – oni musieli zostawić cały swój dobytek. Wśród wewnętrznie przesiedlonych szczególnie narażone na przemoc i wykorzystywanie seksualne są dzieci i kobiety. Proszę zwrócić uwagę, że następuje wzrost przestępczego procederu, jakim jest handel ludźmi. To wszystko dzieje się w Burkina Faso w XXI wieku. Na skrajne ubóstwo narażone są kobiety.

Co należy zrobić? Przede wszystkim zwiększyć wsparcie finansowe i pomoc humanitarną, by zaspokoić najpilniejsze potrzeby. Ale czas, by Unia zaczęła działać, żeby wyciągnęła wnioski ze swoich zobowiązań, jeśli chodzi o stosowanie systemu kontroli i śledzenia eksportu broni. Ta junta ma broń, do której ma nieograniczony niestety dostęp, i stąd ta eskalacja przemocy.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, reitero nesta câmara a minha firme condenação do golpe de Estado no Burquina Fasso, uma condenação que já manifestei enquanto presidente da Delegação do Parlamento Europeu à Assembleia Paritária ACP-UE, em diferentes instâncias.

Saúdo as recentes decisões tomadas pela União Africana e pelos Chefes de Estado e de Governo da Comunidade Económica dos Estados da África Ocidental (CEDEAO) de suspender o Burquina Fasso de todos os seus órgãos e atividades até que a ordem constitucional seja restabelecida no país.

O presidente Kaboré e os membros do seu governo detidos devem ser imediata e incondicionalmente libertados. A junta militar deve preparar o rápido restabelecimento do exercício do pleno poder a um governo legítimo. A recente proclamação do responsável pelo golpe militar como presidente do país não pode afastar o Burquina Fasso do essencial, que é garantir a reposição urgente do Estado de Direito e assegurar um governo saído de eleições justas e livres.

A situação humanitária no Burquina Fasso é preocupante. Mais de um milhão e meio de deslocados no país, mais de metade das escolas do país encerradas, mais de dois milhões e meio de habitantes em risco de fome severa, a que se soma a insegurança e as limitações gritantes aos direitos, liberdades e garantias dos cidadãos, que minam o quotidiano deste país do Sahel.

A União Europeia deve, portanto, neste contexto ponderar seriamente medidas punitivas contra as entidades desestabilizadoras e criadoras desta situação no Burquina Fasso, sem afetar, como é evidente, a ajuda humanitária ou projetos que ajudem diretamente a sociedade civil. E, desta forma, podemos dar um sinal claro de intransigente defesa do Estado de Direito, eleições democráticas e da necessidade de dar estabilidade ao país e paz à região do Sahel, que tem vindo a viver num ambiente de instabilidade e ameaça terrorista permanente.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Koleżanki i Koledzy! Ja byłem w Burkina Faso. Pamiętam moje rozmowy z Europejczykami, którzy tam mieszkali od lat. Pytałem o relacje między większością chrześcijańską a mniejszością muzułmańską. Słyszałem odpowiedź „wszystko jest dobrze”. Tydzień po moim wyjeździe nastąpił pierwszy zamach islamskich terrorystów. Myślę, że nie można tego zamachu stanu, który jest złem, zrozumieć bez właśnie terroryzmu islamskiego. Terroryzm ten pokazywał słabość armii – armii, która się frustrowała. I myślę, że było to jedną z głównych przyczyn tego zamachu stanu. Jest on oczywiście jest złem, które należy potępić.

To, co dzieje się w Burkina Faso, a także w innych krajach Sahelu, jest też (o czym się może mniej na tej sali mówi) elementem rozgrywki prowadzonej przez Rosję, która tam eksportuje broń, ale także oferuje swoje usługi, usługi tych słynnych żołnierzy Wagnera.

Karsten Lucke (S&D). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Putsch in Burkina Faso ist natürlich ein weiterer Rückschlag für die positive Entwicklung im Sahel. Das haben wir uns sicherlich anders gewünscht. Und natürlich tauchen Fragezeichen auf nach dem eigenen Engagement, nach den eigenen Investitionen, ob sich das lohnt. Und ich sage ganz kurz und knapp und eindeutig: Ja, wir müssen am Ball bleiben. Wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken und hier womöglich ein Land oder eine Region verlassen und sie vielleicht auch im Stich lassen.

Natürlich braucht es wichtige Elemente, die wir hier haben – den Ausbau der Demokratie, die Menschenrechte und vor allen Dingen eine positive sozioökonomische Entwicklung –, damit wir überhaupt wieder einen fruchtbaren Nährboden schaffen, damit Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Staat wieder in Einklang kommen. Und da habe ich von Terrorbekämpfung noch gar nicht geredet. Das wird natürlich am Ende des Tages alles ein bisschen langwieriger, es wird komplizierter, aber wir werden hier auch nicht für Einfaches bezahlt. Von daher sollten wir diese Aufgabe angehen.

Gestern hat der Junta-Chef bei seiner eigens inszenierten Einführung gesagt, und ich zitiere: „*I swear in front of the people of Burkina Faso and on my honour, to preserve and respect, to uphold and defend the constitution, fundamental acts and the law, to do everything to guarantee justice for all the inhabitants of Burkina Faso.*“ Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch, gut gesprochen. Und ich verrate Ihnen das Geheimnis, wie Sie das am besten hinbekommen: indem Sie die Macht zurückgeben an die demokratisch legitimierte Regierung in Burkina Faso.

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Afryka to piękny i dumny kontynent, niestety ciągle szarpany kolejnymi niepokojami. Tym razem zamach stanu dosięgnął Burkina Faso. Kraj, który od lat walczy o stabilność makroekonomiczną i bezpieczeństwo, znowu znalazł się na rozdrożu. Z jednej strony wojskowa junta oraz rosyjscy najemnicy z grupy Wagnera aktywnie uczestniczący w puczu, ale z drugiej strony ataki na chrześcijan i niepokoje religijne, które mogą przerodzić się w kolejny krwawy konflikt religijny podobny do tego, który od lat trwa w Nigerii.

W parlamentarnej rezolucji dosadnie opisano problemy w zakresie bezpieczeństwa oraz udziału zagranicznych grup najemników. Natomiast brakuje w niej odniesienia do kolejnych ataków na chrześcijan w Burkina Faso i potępienia tych ataków. Tylko w ostatnich dniach doszło do kilku dużych incydentów, w tym profanacji seminarium duchownego im. św. Kizito. Stoją za nimi organizacje islamskich radykałów. Te same, które dążą do destabilizacji wewnętrznej Burkina Faso. Trzeba jasno potępić ich działanie oraz podjąć aktywne środki zaradcze, w tym sankcje, wobec międzynarodowych sponsorów terroryzmu działających w Afryce.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, the recent coup in Burkina Faso on 24 January concerns us all, not only because it is the third coup in West Africa in less than two years, but also because, since the fall of former President Compaoré in 2014, Burkina Faso was seen as an example of a successful democratic transition.

On 26 January the HR-VP strongly condemned this coup, calling in particular for the immediate release of President Kaboré, as well as for a rapid return to constitutional order. Since that date, we note that President Kaboré is still under house arrest, and the authorities are yet to announce a transition timetable.

In this context, it seems important to maintain a firm position. We need to encourage the authorities, under Lieutenant Colonel Damiba, who was just sworn in as the new President of Burkina Faso, to send positive signs to the international community, in particular by presenting a reasonable timetable for the transition and releasing President Kaboré.

On this point, we will closely follow the reaction of ECOWAS. Indeed, ECOWAS heads of state have suspended Burkina Faso from the regional organisation, called for the return to a constitutional order in the shortest time and put in place a monitoring mechanism.

All of this takes place in a difficult security situation. As you know, armed terrorist groups affiliated with al-Qaeda or the Islamic State operate almost freely on more than a third of Burkinabe territory. They have caused more than 1.5 million internally displaced persons who face a very difficult situation of shelter and food insecurity.

The EU will respond to the changing situation. We should aim to have a pragmatic approach with the objective of encouraging the rapid return to constitutional order. Our priorities include the terrorist threats in the region, as well as the protection and improvement of living conditions of the population.

I recall that we are entering a new cooperation cycle. All discussions on future programmes are on hold, including on budget support. How we will deal with ongoing programmes, in particular those which are of direct benefit to the state, will be evaluated together with Member States once we know the direction the new authorities are taking.

With all these elements, once the authorities in Burkina Faso have better outlined their approach, we will be able to define our response more clearly.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 17. Februar 2022, statt.

Die Sitzung ist unterbrochen. Sie wird um 13.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 12.30 Uhr unterbrochen.)

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr wieder aufgenommen.)

10. Personelle Zusammensetzung der Delegationen

Die Präsidentin. – Ich möchte dem Plenum mitteilen, dass die Präsidentin den Antrag zur Geschäftsordnung gemäß Artikel 195 erhalten hat.

Ich erteile Herrn Dzhambazki für eine Minute das Wort.

Ангел Джамбазки (ЕКР). – Г-жо Председател, колеги, затова се обръщам към вас. Когато съм правил грешки в този Парламент и когато някой се е чувствал засегнат, винаги съм се извинявал. Но вчерашният случай не е такъв. Във вчерашния случай, в който аз просто поздравих вашата колега, която водеше заседанието, и й показах с ръка, че разбирам какво ми казва, беше интерпретирано дълбоко погрешно, изключително неправилно и беше направена световна новина. Световна новина, която твърди, че съм използвал забранени нацистки символи в този Парламент.

Не, госпожо Председател, не съм. Ако исках, щях да Ви кажа. Щях да го направя от трибуната, не излизайки от залата. Не използвам такива символи, защото съм дълбоко убеден, че тяхното място не е в обществото и в тази зала. Начинът, по който беше разпространена тази реакция, беше скандален, изключително груб и изключително обиден.

Затова аз ще искам извинение от всеки, който твърди такова нещо. Да свържеш едно просто помахване в знак на съгласие с ръка, то се вижда как е направено, и да кажеш, че това е нацистки поздрав, е ужасно глупаво. Моля Ви, дайте ми още малко време. Знам, че се спазва времето, но това е важно. Ние не използваме такива символи по много ясни причини. Но пак Ви казвам, ако исках да го направя, щеше да е тук. И днес целия ден слушам и гледам новини, обяснения. Това просто не е вярно, уважаема госпожо Председател, настоявам да се запише. Искам извинение. Благодаря Ви за търпението.

Die Präsidentin. – Das nehmen wir zur Kenntnis. Das Verfahren nimmt seinen weiteren Gang.

Die Fraktionen und die fraktionslosen Mitglieder haben der Präsidentin die Ernennungen der Mitglieder der Delegationen mitgeteilt. Die Liste mit der namentlichen Zusammensetzung der Delegationen wird auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

Die Präsidentin. – Ich komme nun zu der Bekanntgabe der Ergebnisse der ersten heutigen Abstimmungsrunde.

*(Die Präsidentin verliest die Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde.)*¹

Die Sitzung ist unterbrochen. Sie wird um 13.45 Uhr mit der Eröffnung der zweiten Abstimmungsrunde wieder aufgenommen.

¹ Siehe Protokoll.

(Die Sitzung wird um 13.05 Uhr unterbrochen.)

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 13.44)

13. Zusammensetzung der Fraktionen

President. – I have a small announcement. Mr Nicolas Bay has left the ID Group and now sits with the non-attached Members as from 16 February 2022.

14. Zweite Abstimmungsrunde

President. – We now come to today's second voting session.

We will vote on the files as indicated on the agenda and the voting session will be open from 13.45 until 15.00.

The same voting method will be used as during the previous voting sessions. All votes will be held by roll-call vote.

I declare the second voting session open. You have until 15.00 to vote.

The results of the second voting session will be announced at 16.00.

(The sitting was suspended at 13.47)

15. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.00)

16. Große Anfragen (Aussprache)

16.1. Stärkung des Schutzes der Bezeichnungen g. U. und g. g. A. in der EU nach dem Fall Prosecco/Prošek (G-001003/2021 - B9-0004/2022)

President. – The next item is the major interpellation for written answer with debate by Mara Bizzotto to the Commission on strengthening the system for protecting PDO and PGI denominations in the EU after the Prosecco/Prošek case (G-001003/2021) (B9-0004/2022).

I would like to remind Members that for all the debates of this part-session there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted. Furthermore, as during recent part-sessions, remote interventions from Parliament's liaison offices in the Member States are foreseen.

I would also like to remind you that interventions in the Chamber will continue to be made from the central rostrum. I therefore kindly invite you to keep an eye on the speakers' list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

Mara Bizzotto, autrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Prošek croato è una truffa ai danni del nostro Prosecco, del made in Italy e dei consumatori di tutto il mondo, che rischia di distruggere il sistema europeo dei marchi DOP e IGP.

Oggi, per la prima volta, la plenaria del Parlamento europeo si occupa della guerra Prosecco/Prošek, che è diventata un caso simbolo in tutta Europa. La Commissione europea ha tenuto un comportamento scandaloso: a settembre 2021 ha avviato l'iter per il riconoscimento del Prošek e, da allora, si è chiusa in un vergognoso silenzio, nonostante siano passati tre mesi dalla posizione ufficiale presentata dall'Italia.

Altrettanto scandaloso è che oggi, a parlare ufficialmente a nome della Commissione europea, non ci sia il Commissario all'agricoltura, ma un altro Commissario. Cosa avete da nascondere? Perché il Commissario all'agricoltura non ha il coraggio di venire in Parlamento e dire con chiarezza cosa vuole fare sul caso Prošek? A che gioco state giocando?

Giova ricordare che, già nel 2013, la Croazia aveva tentato di ottenere il riconoscimento del Prošek, bocciato dall'allora Commissario Ciolos. Cito testualmente le parole di Ciolos, in risposta alla mia interrogazione: «l'uso in commercio del termine Prošek può creare problemi giuridici, poiché la denominazione croata potrebbe entrare in conflitto con la protezione della DOP italiana Prosecco. Le autorità croate sono a conoscenza di questo problema giuridico».

Cosa è cambiato in questi nove anni per giustificare questo clamoroso voltafaccia della Commissione? Oggi come allora il Prošek croato è palesemente in conflitto con la DOP Prosecco, che protegge la qualità del nostro vino e il lavoro di 8 000 produttori italiani. Riconoscere la denominazione Prošek sarebbe una violazione gravissima delle normative europee, che tutelano i prodotti DOP e IGP da ogni tentativo di evocazione, imitazione e storpiatura del nome, anche quando il nome è tradotto.

Il sistema delle denominazioni d'origine e delle indicazioni geografiche protette è il pilastro della politica agroalimentare dell'Unione europea. Se l'Europa non vuole difendere il Prosecco, che è il vino italiano più famoso e più venduto al mondo, cosa succederà agli altri prodotti italiani europei a marchio DOP e IGP? L'Europa deve rafforzare gli strumenti che difendono i nostri prodotti, non scardinare il sistema delle DOP e IGP, usando il cavallo di Troia del Prošek.

Cara Commissione europea, è finito il tempo delle chiacchiere. L'Europa deve dire di no alla richiesta di riconoscimento del Prošek. L'unico vero Prosecco è quello italiano, prodotto in Veneto e in Friuli, riconosciuto e tutelato dalle denominazioni DOC e DOCG. Su questa partita l'Europa si gioca la faccia. Noi non molleremo di un centimetro, e siamo pronti alle barricate per difendere il nostro Prosecco e tutto il Made in Italy.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, good afternoon Honourable Members, Honourable Member of Parliament Bizzotto. So before addressing the two specific questions raised by this major interpellation, I shall first provide a brief update on the application for protection of the Croatian traditional term Prošek.

As it is customary, the publication for objection of the traditional term Prošek was preceded by cautious Commission scrutiny based on the applicable legal framework. Given that the Croatian application fulfilled all the relevant legal conditions, the Commission published the application on 22 September last year.

All interested parties had two months from the date of publication to submit an objection. The Commission received 12 objections. So according to EU rules, admissible objections will be transmitted to Croatia for observations. Then any observation provided by Croatia will be communicated to Italy.

Following these exchanges and on the basis of all available information of EU legislation and of the jurisprudence of the European Court of Justice, the Commission will take the final decision to protect or reject the traditional term Prošek through a Commission implementing regulation.

As regards the reform of the EU Geographical Indications System, the Commission services are currently working on a proposal to strengthen the system of geographical indications, which, as you know, is a major agricultural policy objective of the von der Leyen Commission. The Commission intends to adopt the legislative proposal in April and submit it to the co-legislators.

The Commission proposal will aim to strengthen the system of geographical indications for all agricultural sectors. It will contribute to the objectives of the common agricultural policy, addressing societal demands on food and health and thus the objectives of the European Green Deal and Farm to fork strategy.

The proposal will be underpinned by an impact assessment analysing and assessing options based on facts and evidence, and I can reassure you that the Commission is taking the concerns raised in this major interpellation into consideration. While the fundamental structure of the EU GI system is sound, its revision focuses on two general objectives: ensuring effective protection of intellectual property rights within the EU, including efficient registration processes to further reward producers for their efforts, and increasing the uptake of GIs across the EU to benefit the rural economy.

More specifically, the Commission intends to further enhance the protection of protected designations of origin and protected geographical indications, including defining the scope of avocation. In addition to this, the whole system of protection against direct or indirect commercial use, misuse, avocation, imitation, should also apply to terms used in internet domain names, having regard to goods and services presented in the web page under that name.

Furthermore, the Commission also intends to introduce stricter rules on the use of GI names in the sale names of processed goods when the GI product is an ingredient of the processed product.

In relation to your second question, the EU has an extensive set of rules on official controls in the agrifood chain to provide efficient and stronger enforcement tools at national level. Member States' competent authorities must control if the producers comply with the rules set forth for geographical indications and take the necessary steps to stop unlawful practices on their territories.

A network of food fraud contact points in the Member States has been set up to facilitate administrative assistance and cooperation in cases of cross-border violations. The European Anti-Fraud Office is a member of this network. It has launched several inquiries targeting in particular infringement of intellectual property rights, including geographical indications on its own initiative or to support the enforcement activities of competent national agencies against cross-border frauds.

The administrative assistance and cooperation system set up by the European Commission is providing a confidential network between the competent authorities, enabling Member States and, under specific conditions, stakeholders, to notify each other of suspected usurpations of geographical indications and to request action.

Moreover, to ensure monitoring of the control done by Member States, the Commission is auditing their official control systems and intervenes in case of systemic failure to apply EU law. The Commission also organises training sessions and seminars on control issues with regard to geographical indications in order to provide guidance and share best practices beyond our borders. The EU is fully committed to enhancing the international protection of EU geographical indications by including a comprehensive GI provisions in the intellectual property chapters in bilateral agreements. This way, a comparable level of protection and enforcement of GIs is guaranteed in the partner country to that of the EU. Each bilateral agreement protecting GIs lays down obligations on both parties to verify compliance of the products using these GIs with production rules, as well as specific enforcement mechanisms to apply on the party's respective markets.

The Commission also engages with trading partners in intellectual property dialogues and intellectual property technical cooperation programmes, which promote the protection and effective enforcement of GIs in line with EU standards.

In addition, in accordance with Regulation No 608/2013 on customs enforcement of intellectual property rights, Member States' customs authorities may act at the border and detain goods suspected of infringing PDOs and PGIs.

Regulation 608/2013 also gives OLAF a specific mandate for mutual assistance in fighting counterfeit goods imported from third countries. OLAF has been active in that field for several years, as illustrated by the dismantling of a fraudulent network producing fake rum.

Finally, counterfeit food is also the focus of regular cross-border operations between Member State law enforcement, such as through the OPSON operations within the framework of the EU Policy Cycle on serious and organised crime facilitated by Europol with the active participation of OLAF.

Herbert Dorfmann, *a nome del gruppo PPE*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, immaginatevi una richiesta per una menzione tradizionale che si chiama «champagnac» o forse «portolese». Vi sembra assurdo? Sinceramente anche a me. Ma tanto assurdo non sembra, altrimenti non si sarebbe arrivati a questo dibattito che abbiamo qui oggi.

Il Prosecco non è una denominazione qualsiasi in Europa. Con 600 milioni di bottiglie è il vino spumante più prodotto in Europa e nell'Unione europea e una delle denominazioni di origine più importanti, sia in numeri che in valore, conosciuta in tutto il mondo. È serio mettere in pericolo questa denominazione con la menzione tradizionale? Non lo è.

La Commissione avrebbe dovuto bloccare da anni questo attacco al Prosecco, anche perché la Croazia sinceramente, già in fase di entrata nell'Unione europea, ha sostanzialmente accettato di non voler rivendicare questa denominazione.

Durante un dibattito in commissione per l'agricoltura alcuni mesi fa, i rappresentanti della Commissione ci hanno detto che non c'è nessun pericolo, in quanto si tratta di prodotti molto diversi. Questo sarà vero per il mercato italiano, per il mercato croato, forse addirittura per i consumatori e il mercato europeo. Ma siamo sicuri che un consumatore a Tokyo o a New York capisca che il Prošek e il Prosecco sono due cose completamente diverse? Penso di no.

Mi rendo conto che il regolamento è poco chiaro, forse anche superficiale, quando permette la coesistenza della menzione tradizionale con la denominazione d'origine, e qui ci dobbiamo mettere mano, signor Commissario.

Ma se noi non ammettiamo questo, come facciamo a difendere domani seriamente le denominazioni, soprattutto quelle più conosciute al mondo, con il meccanismo che lei giustamente ha messo in evidenza? La questione potrebbe diventare un precedente per altre denominazioni importanti, sia del vino che dell'agroalimentare. Denominazioni, tra l'altro, falsificate in giro per il mondo, che cerchiamo di togliere dal mercato, come il Prosecco falso, il jamón iberico falso, la birra bavarese falsa. Cosa diciamo domani se accettiamo noi stessi, in casa, una situazione del genere?

Quindi blocchiamo questa assurdità! È troppo pericolosa, non solo per il Prosecco e per le denominazioni nel loro insieme, ma io penso che non sia un bene neanche per il Prošek, visto che la copia è sempre peggio dell'originale.

Tonino Picula, u ime kluba S&D. – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, dolazim iz Dalmacije gdje se prošek tradicionalno proizvodi stoljećima. Taj se stari naziv koristio davno prije nego što je *prosecco* zaštićen u Europskoj uniji. Reputacija prošeka proizlazi prije svega iz kvalitete koja je rezultat specifične lokalne tehnike proizvodnje.

Treba naglasiti neke bitne razlike između prošeka i *prosecca* jer to nisu i ne mogu biti izravni tržišni konkurenti. Ova dva pića lako je razlikovati po boji, okusu, sorti grožđa, načinu i regiji proizvodnje, veličini i obliku boce, kao i po cijeni. *Prosecco* se proizvodi u velikim, dok se prošek prodaje u malim količinama, i većinom na lokalnom tržištu. Razumno informiran potrošač, kako to propisi navode, ne može doći u zabunu. U ovom slučaju treba odbaciti nepotpune i netočne interpretacije kao i optužbe za zloupotrebu, imitiranje ili aludiranje.

Prošek nije novi proizvod označen kao prošek samo da pobudi asocijacije na *prosecco*. Sličnosti u imenu proizlaze iz bogatog povijesnog i jezičnog naslijeđa koje naše dvije zemlje dijele. Naslijeđe koje treba slaviti, a ne omalovažavati i zloupotrebjavati. *Prosecco* je aperitiv koji se poslužuje na početku obroka, dok se prošek, kao desertno vino, poslužuje na kraju. U skladu s tim, neka svako dobro jelo počne *proseccom*, a završi prošekom.

Želim zahvaliti Komisiji na dosadašnjem radu i na brzom odgovoru na moje pismo vezano uz neutemeljene pokušaje opstrukcije zaštite imena „prošek”. Podsjećam kako povjerenik Wojciechowski, u odgovoru na zastupničko pitanje, pojašnjava da je koegzistencija proizvoda moguća, čak i u slučaju dva homonimna pojma.

Prepoznavanje tradicionalnog prošeka ni na koji način ne može oslabiti postojeći sustav zaštite, može ga samo ojačati. To bi bilo ujedno i priznanje doprinosa autohtonih proizvoda novijih država članica, budući da treba poštovati načelo da smo ujedinjeni u različitostima.

Hrvatska i njezini proizvođači ne mogu i ne smiju biti diskriminirani zbog slučajeva jezičnih sličnosti, još manje zbog činjenice da je Hrvatska najnovija članica Europske unije. Mi se borimo za ravnopravnost, korektnost i nepristranost. To se upravo na ovakvim slučajevima dokazuje u praksi.

Zbog svega toga Europska unija mora zaštititi male tradicionalne proizvođače autohtonih proizvoda od velikih, koji pokušavaju zloupotrijebiti svoju dominantnu poziciju na tržištu. Bez takve ravnopravnosti nema ni zajedničke budućnosti.

Valter Flego, u ime kluba Renew. – Poštovana predsjedavajuća, poštovana povjerenice, zbilja mi je jako drago što čujem da će se u budućnosti jačati sustav zaštite, odnosno zaštićene oznake izvornosti, i zaštite zemljopisnog podrijetla u cijeloj Europskoj uniji. To je, naravno, dobra vijest za naše vjerne poljoprivrednike i za bolju i jaču zaštitu kvalitetnih autohtonih poljoprivrednih proizvoda.

Ali, želim ovdje jasno i glasno reći da takozvani slučaj „*prosecco*- prošek” ne postoji. Ni borba Hrvatske i Italije ni spor, a ni rat, kako ste vi spomenuli poštovana gospođo Bizzotto. Naime, *prosecco* i prošek su dva potpuno različita vina. Dok je prošek zrelo desertno vino, *prosecco* je mlado, svježije, pjenušavo vino. Ta dva vina u procesu proizvodnje imaju potpuno drukčiji tehnološki pristup, i to treba znati i razumjeti.

I zato poštovana gospođo Bizzotto, tu nema ni konflikta ni standarda, a ne daj Bože ni rata, kako vi kažete. Jer znamo jako dobro da vino treba i mora spajati ljude, a ne razdvajati. I naravno da je važno prošek zaštititi kako bi se spriječila nelojalna praksa za vino koje se prvi put spominje još 1844. godine. Ponavljam, 1844. godine: I kao što smo zaštitili kvalitetne autohtone poljoprivredne proizvode – maslinovo ulje, istarski teran, pršut – isto želimo učiniti i s prošekom. I ja tu ne vidim problem jer znam, nakon primjera i bitke za naš teran, da pravilnim označavanjem proizvoda ne dolazi do nikakve zabune potrošača. I zato se veselim jačanju oznaka izvornosti i zato sam siguran da će i prošek ponosno nositi u budućnosti tu oznaku.

Poštovana povjerenice, molim vas da vas takva razmišljanja vode pri vašim budućim aktivnostima, kako bi energiju trošili na zaštitu kvalitetnih poljoprivrednih, autohtonih proizvoda, i time pomogli i poljoprivrednicima i potrošačima. Živjeli s prošekom, *alla salute con prosecco*.

Joachim Kuhs, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kollegin Bizzotto, werte Kollegen! Es ist wichtig und notwendig, dass die EU die Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben schützt. Sie stellen eine Art Urheberrecht dar, und wir tun gut daran, dieses geistige Eigentumsrecht auch künftig zu schützen. Daher unterstützen wir unsere Freunde aus Italien in diesem Fall.

Diese Angaben sind ja keine protektionistischen Maßnahmen, wie manche behaupten, sondern eine Art Qualitätssiegel. Das dient übrigens auch dem Schutz der Arbeiter und auch dem Schutz der Verbraucher, damit sie wissen, was sie bekommen.

Sie sollten aber darauf achten, liebe Frau Kommissarin, dass Sie über die Ausgestaltung dieser Schutzrechte nicht neue bürokratische Hürden einführen, die den Binnenhandel erschweren und die letztendlich sogar geschäftsschädigend sind für den geschützten Hersteller. Wenn Sie das alles beachten, dann können Sie eigentlich nichts falsch machen.

Entscheiden Sie sich für Prosecco. Das ist mein Wunsch, denn ich habe in meinem ganzen Leben noch nie etwas von Prosek gehört. Tut mir leid, das sagen zu müssen, aber Prosecco habe ich schon sehr häufig getrunken.

Um einfach diese Verwirrung zu beenden, die damit in Verbindung ist, fordere ich Sie von der Kommission auf, hier Klarheit zu schaffen. Es kann nicht sein, dass diese beiden Begriffe nebeneinander stehen bleiben. Es führt nur zu Verwirrung.

Ladislav Ilčić, u ime kluba ECR. – Poštovana predsjedavajuća, poštovane dame i gospodo, dobro je da Europska unija štiti originalne proizvode i na taj način spriječi da se neki novi proizvodi okoriste starim, originalnim, pravim autohtonim proizvodom. Obično ti novi proizvodi pokušavaju biti što sličniji onom originalnom proizvodu kako bi što lakše zavarali ljude, kao što je rekla gospođa Bizzotto.

No pogledajmo sad argumente. Prošek, dakle ne „prosek” nego prošek, vino je koje ne samo, kao što je rekao gospodin Flego, da se spominje 1840. nego čak i u knjizi „Put po Dalmaciji” koja je objavljena 1774. Dakle, prije 248 godina. Znači nikako nije riječ o novom proizvodu koji bi se htio okoristiti imenom *prosecco*. Osim toga, kao što smo već čuli, *prosecco* je pjenušavo vino, lako vino. Prošek je desertno vino, slatkasto vino. Dakle, potpuno dva različita proizvoda. Prošek se proizvodi u svega 200 hektolitara godišnje, prodaje se gotovo isključivo lokalno.

Prema tome, to su činjenice koje jednostavno daju prošek sva prava da bude prepoznat, da bude zaštićen, kao i svi drugi autohtoni proizvodi.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, rasprava o razlikama i sličnostima hrvatskog prošeka i talijanskog *prosecca* vodi se u EU institucijama od razdoblja pristupanja Hrvatske Europskoj uniji, te talijanska strana sustavno opstruira zaštitu izvornosti prošeka i njegovo pozicioniranje na europskoj vinskoj karti i tržištu.

Talijanske tvrdnje da je prošek novi proizvod, odnosno kopija njihovog *prosecca*, te da zbog toga postoji rizik dovođenja potrošača u zabludu, kao i nelojalne konkurencije, u potpunosti su netočne. Hrvatski prošek je gusto i slatko vino koje spada u kategoriju desertnih, dok je talijanski *prosecco* lagano pjenušavo vino. Budući da se radi o dva proizvoda različite boje, mirisa i cijene, različite tradicije i običaja konzumacije, protest talijanske strane je bespredmetan. Naprosto ne postoje dodirne točke u okusu, načinu proizvodnje niti vrsti grožđa u usporedbi ova dva proizvoda, te prošek ima neprocjenjivo značenje u višestoljetnoj, povijesnoj i enološkoj tradiciji Hrvatske. Naglašavam – višestoljetnoj.

Pozdravljam činjenicu što je Komisija u svom pisanom očitovanju prošle godine zauzela razumno stajalište i dala do znanja da homonimija, odnosno sličnost naziva, nije dovoljna za odbacivanje hrvatskog zahtjeva, te da posebno s obzirom na lokalnu i tradicionalnu uporabu homonimi u tom smislu mogu koegzistirati kao u ovom slučaju. Također, drago mi je da je Komisija nedavno objavila hrvatski zahtjev za zaštitu tradicionalnog izraza prošek u Službenom listu EU-a te traje postupak donošenja konačne odluke.

S obzirom na navedeno, odgovorno tvrdim da hrvatski prošek i talijanski *prosecco* ne spadaju u istu skupinu vina. Hrvatska ima snažan povijesni i pravni legitimitet za priznavanje tradicionalnog izraza prošek na razini Europske unije. Usprkos talijanskim argumentima i opstrukciji Hrvatska, kao punopravna članica Europske unije, ima potpuno pravo zaštititi svoj tradicionalni autohtoni proizvod prošek, što i čini, te sam uvjeren da će Komisija u ovom slučaju donijeti za Hrvatsku pozitivnu odluku i tako potvrditi ravnopravnost svih pred pravilima zajedničkog tržišta.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I thank you for this discussion, and the Commission services will abide by the current EU rules and the analysis of the Croatian application concerning the traditional term 'Prošek'.

The Commission will base its final decision to protect or reject the term 'Prošek', taking into consideration all available information, the EU legislation and the jurisprudence of the European Court of Justice, as well as the interests of all concerned parties. I insist on the fact that geographical indications benefit from a high level of protection at EU and international level. Further enhancing this level of protection is one of the key objectives of the upcoming revision of the system of geographical indications.

The Commission proposal is expected to be adopted in a few weeks, at the beginning of April, and I am sure that this will allow us some time to continue exchanging on this important topic, key to the competitiveness of our agricultural sector and to the capacity of the common agricultural policy to address societal demands on food and health.

President. – The debate is closed.

16.2. Sprunghafter Anstieg der Preise für Rohstoffe und Betriebsmittel im Agrarsektor (G-001004/2021 - B9-0005/2022)

President. – The next item is the major interpellation for written answer with debate by Martin Hlaváček, to the Commission on the surge in commodity and input prices in the agricultural sector (G-001004/2021) (B9-0005/2022)

Vlad Gheorghe, *în numele grupului Renew*. – Doamnă președintă, am onoarea să vorbesc în numele colegului meu din Grupul Renew Europe, Martin Hlaváček, autorul acestei inițiative cu o cauză evidentă.

Fermierii europeni se confruntă cu o furtună perfectă. Tensiunile geopolitice, creșterea prețurilor la energie și criza economică post-pandemie au creat-o și o amplifică. Toate costurile producătorilor, îngrășămintele, semințele, furajele, transportul și distribuția au explodat, iar inflația este noua regulă.

În aceste condiții, fermierii au nevoie de ajutorul nostru urgent. Trebuie să rămână pe piață și să producă în continuare alimente sănătoase la prețuri competitive. Colegul meu, Martin Hlaváček, a lucrat la noua politică agricolă comună și cunoaște îndeaproape toate aceste aspecte.

De aceea, este firesc să întrebăm Comisia dacă are un plan să trateze în continuare fiecare criză punctual. Stingem foc după foc când arde sau schimbăm abordarea spre o strategie cuprinzătoare care să prevină crizele alimentare?

Prevenția și predictibilitatea permit actorilor din piață, din întreg lanțul, de la fermieri și până pe raftul magazinelor, să își planifice activitatea. Cu o pregătire corespunzătoare, scade impactul negativ asupra consumatorilor, agriculturii și sectorului alimentar. Împiedicăm astfel ca povara crizelor să fie suportată de cetățeni, care plătesc mai mult acum pentru hrană.

Pentru cetățenii europeni este cu siguranță important să afle dacă există o strategie clară de integrare a obiectivelor noastre de mediu, a celor agricole și energetice și pregătirea capacității Uniunii de a face față și de a răspunde la crizele alimentare viitoare. Sunt probleme grave, de la secetă și până la epidemii, care afectează anumite sectoare agricole. Fermierii care cresc porci, producătorii de carne de porc din statele membre sunt cei mai vulnerabili acum în fața creșterii prețurilor. Care sunt măsurile concrete pe care le pregătește Comisia pentru aceștia?

Din punctul meu de vedere, și în sectorul agricol, la fel ca în alte domenii, reacționăm mult prea lent, greoi chiar, birocratic și după ce crizele se întâmplă deja. Acesta este principalul reproș al cetățenilor europeni. Cu siguranță, primiți mesaje similare și dumneavoastră!

Eu merg mult pe teren atât în România, cât și în celelalte state membre și oamenii nu înțeleg de ce durează ani de zile să avem o directivă, un program sau noua politică agricolă comună. Pentru cetățeni, problemele sunt clare, le știu, le simt zi de zi. Nu au nevoie de studii, de consultări, de triloguri și negocieri.

Nu putem sări peste aceste etape firești în procesul legislativ european, bineînțeles, dar rugămintea mea pentru Comisie și colegi este să găsim soluția pentru intervenții rapide. Cetățenii trebuie să simtă că îi ajutam acum, nu peste trei ani de când a apărut problema. Ca să crească încrederea în construcția europeană, trebuie să fie vizibile avantajele ei acum, nu doar în anii electorali.

Abia în 2023 intră în vigoare noua politică agricolă comună. Până atunci, mulți fermieri vor fi închis deja activitatea. Copiii lor părăsesc mediul rural, fermele mici și mijlocii sunt înghițite de marile companii. Toate acestea generează efecte în lanț pe care le vom gestiona prin noi și noi măsuri. Suferă toți cetățenii pentru mâncarea sănătoasă produsă local, care este din ce în ce mai greu de găsit și mult mai scumpă.

Închei cu rugămintea să nu îi ignorăm pe europenii care muncesc 10 până la 14 ore pe zi în sectorul agricol, fie ei lucrători sezonieri, fermieri mici și mijlocii sau doar angajați în agricultura de subzistență! Lecția cea mai importantă a ultimilor doi ani este redefinirea a ceea ce este esențial. Să nu uităm că acești cetățeni cu drept de vot au și foarte multe probleme, venituri mici, frustrări acumulate! Pe bună dreptate ei se îndreaptă acum către vocile care le spun răspicat ceea ce vor să audă.

Cu creșterea extremismului în Europa, cu posibile conflicte la graniță și criza post-pandemie, nu putem să continuăm să lucrăm ca până acum. Dacă nu înțelegem să fim aproape de oameni, cu măsuri concrete și comunicare adaptată, ne asumăm că vom auzi cuvântul „exit” tot mai des.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission is very well aware that the energy price crisis has important knock-on effects on the food sector.

Food and agriculture are exposed to energy costs, both directly and indirectly, from fertilisers to transport and freight. These knock-on effects concern both the farmers, who see their input prices increase, and consumers, who have to cope with higher food prices. Therefore, I welcome the opportunity to exchange views in this House on the challenges for our food system in the midst of this commodity price surge.

Energy and fertiliser prices have increased 3.5 times more than agricultural prices at global level. The Commission is analysing and following these inflationary pressure developments carefully, including farmers' ability to recover higher input costs within the value chain in order to ensure that we maintain a resilient agri-food production system, which both protects farmers' incomes and ensures affordable food prices. The prevention of, and the response to, market crises and negative impacts of the current import price surge on consumers, agriculture and the food sector require both short-term and long-term solutions.

In view of the central role of energy prices, most of these are clearly beyond the scope of the common agricultural policy. Firstly, to address the difficulties of the food sector, any short-term measures aiming at reducing energy prices and the factors that drive energy prices higher will immediately help the food sector by reducing input prices, relieving the squeeze in farm margins, and contribute to affordable food prices. As you know, many such measures are the responsibility of Member States in the form of taxation, both in energy and other input costs, for example relating to fertiliser, as well as in farm income or in state aid.

The Commission will also carefully assess its state-aid tools in this respect, taking into account the requests of Member States. Any longer-term measures that can contribute to reducing the energy dependence of the EU will obviously help. For example, the transition to green ammonia and the hydrogen-based fertiliser industry or the development of the circular bio-economy, more generally speaking. Such measures are identified in the Commission communication of October 2021 on tackling rising energy prices, which included a toolbox for action and support and which you debated on 20 October last year.

But also the new common agricultural policy has the potential to mitigate energy costs in the medium term through its future strategic plans, such as by supporting precision farming, which has the potential to reduce the use of fertiliser without compromising optimal crop growth, encouraging circular agriculture, and the use of organic manure, supporting better use of risk management measures.

Notwithstanding the outcome of the policy debate on short-term measures, the current crisis provides an opportunity for more lasting long-term solutions to these challenges in line with the Green Deal. An agricultural sector that is less dependent on external sources of energy does not necessarily imply lower production. It requires innovation through knowledge, technology and adoption of best practices. That can mitigate the significant pressure on production costs without hurting production capacity. This leads to progress rather than regression in productivity to achieve the green transition.

Finally, as to the current demanding situation in the pigmeat sector, this is the result of an imbalance between demand and supply aggravated by high input costs. After strong price declines in 2021, the pig market now shows signs of stabilisation. The Commission has repeatedly highlighted to Member States and to your Committee on Agriculture and Rural Development the options for specific market measures within the framework of the Common Market Organisation Regulation (EU) No 1308/2013 and the other available measures under the rural development funds, the Temporary Framework for State Aid and *de minimis* rules.

In view of the specific situation in the pig sector in relation to African swine fever (ASF), in particular, CMO Article 220 allows compensation measures for market losses related to movement restrictions imposed by veterinary measures taken to fight against animal disease. It requires a specific request by the Member State concerned, which needs to co-finance it at 50%.

With regard to private storage aid, the Commission is of the opinion that this could postpone market adjustment or even make the problem worse because the relevant stocks would eventually have to find a market at a later stage. Import bans by China and other third countries make exports impossible for Member States affected by ASF. China's reduced demand is also to be taken into account.

Carmen Avram, în numele grupului S&D. – Doamnă președintă, doamnă comisară, stimați colegi, enorma criză energetică prin care trecem ne-a surprins fix în momentul în care ne luăm avânt spre *Green Deal*. În paralel, fermierii noștri au avut de înfruntat și atacurile Rusiei asupra prețului la cereale și extinderea ei spre alte piețe și instabilitatea politică declanșată tot de ea. După doar câteva luni, bilanțul este deja dramatic pentru consumatorul european și pentru producătorii Uniunii.

Iată exemplul fermierilor din țara mea: la prețul *input*-urilor care a crescut de cinci ori față de 2021, se adaugă scumpiri de până la 60 % la prețul gazelor naturale și în jur de 20 % la electricitate și motorină. În ianuarie 2022, într-o singură lună, prețurile la energie electrică și gaz au crescut de 6-7 ori. Efectul se simte acut în prețul hranei, care este cu până la 25 % mai mare la alimente de bază. Așa stând lucrurile, în ferme s-a instalat teama zilei de mâine și, fără soluții, unii producători contemplant falimentul sau perspectiva înstrăinării muncii lor către speculanți, ceea ce va însemna mai ales distrugerea fermelor mici și mijlocii, exact cele plasate de PAC în centrul revoluției verzi.

În zootehnie, este și mai grav: la noile facturi, se adaugă prețul mărit al furajelor, care reprezintă aproape 70 % din costul de producție. Standardele de bunăstare a animalelor, deci, se mențin din ce în ce mai greu. Dar cel mai afectat este sectorul cărnii de porc, unde situația este catastrofală. Aici au lovit suplimentar pesta porcină africană și reducerea exporturilor către China. În acest domeniu, trăim un paradox: deși avem surplus de carne de porc pe piață, consumatorul european plătește, culmea, mai mult pe kilogram. Per total, marjele de profit ale industriei în Europa au fost la cel mai scăzut nivel din ultimul deceniu.

Și totuși Comisia Europeană continuă să lase în derivă sectorul, spunând – mulți se întreabă de ce cu atâta ușurință – că așteaptă ca piața să se regleze singură. Aceeași inacțiune a Comisiei și în restul sectoarelor din agricultură, unde s-ar putea repara câte ceva prin, de exemplu, eliminarea tarifelor de protecție și a taxelor antidumping pentru unele importuri de îngrășăminte. Fără intervenție, însă, agricultura europeană continuă să se învârtă într-o spirală a scumpirilor care ar putea-o îngenușea în doar câțiva ani.

Doamnă comisară, este bine că la nivelul Comisiei se cunoaște situația. Totuși, cum se împacă această lipsă de sprijin pentru fermierul european cu pretențiile pe care Comisia le are de la el: de a transforma revoluția verde în realitate și la termen; de a lupta cu fenomenul de abandon al terenurilor și de a reconstrui zona rurală; de a atrage tinerii în agricultură și de a face din politica agricolă comună un *brand* de top?

Bronis Ropė, Verts/ALE frakcijos vardu. – Gerbiama Pirmininke, gerbiama komisare, kolegos, tai iš tikrųjų ypatingos svarbos klausimas, nes, kaip žinome, maisto reikia kasdien ir ne po vieną kartą. Ir visi žinome, kad situacija šioje srityje buvo sudėtinga ir kad ji dabar dar prastėja. Tai vien tai, kad naujam laikotarpiui buvo skirta beveik 10 proc. mažesnis finansavimas negu praeitam laikotarpiui, taip pat apie 10 mlrd. skirta mokslo tyrimams, kurių rezultatų kol kas jokių dar nesimato, būtent žemės ūkyje. Tai iš tikrųjų kelia nerimą. Ir man, iš vienos pusės, labai malonu girdėti, kad Komisija žino situaciją, turi duomenis, bet, iš kitos pusės, vien turėti duomenis ir žinoti situaciją – mažai: pasakyti, kad jūs po dvejų, po penkerių metų galėsite tą ir tą padaryti, panaudoti kitokias trąšas ar kitokias technologijas. Žemdirbys negamina trąšų, žemdirbys negamina technikos. Žemdirbys naudoja tuos, ką duoda pramonė. Žemdirbys naudoja toms technologijomis, kurios yra patvirtintos. Ir iš tikrųjų, jeigu nebus greitai priimtų sprendimų (jau nekalbu apie tai, kad atskirose šalyse žemdirbystė pakankamai prastėja ir traukiasi), tai mes sulauksime vis augančių kainų, nes žemdirbys arba gamins, arba jis atiduos į rinką didesnėmis kainomis – jis kitos išeities neturi. Šis klausimas yra labai svarbus ir sprendimų reikia šiandien. Ne tai, kad sulauksime naujos BŽP, naujų strateginių planų, bet jie nieko iš esmės nespės, jeigu lieka tokios aukštos energetikos, trąšų ir kitų dalykų kainos.

Dar kitas dalykas. Jeigu vienoje šalyje galbūt mažesnis poveikis, tai kitoje šalyje gali būti labai didelis poveikis, nes paramos skirtumas tarp šalių šiandien siekia beveik iki trijų kartų. Tai reikia suprasti tokį dalyką, kad atskirose šalyse, pvz., mano šalyje, Rytų šalyse, išmokos siekia tik apie 70 proc. Europos Sąjungos vidurkio. Jeigu toms šalims, kuriose išmokos du kartus didesnės, sudėtinga, o energetikos kainos visur yra labai panašios, tai toms šalims, kuriose mažos išmokos, problemų dar daugiau.

Lygiai taip pat noriu pasakyti, kad mes turime atkreipti dėmesį į tai, kad kiekviena šalis pasigamtų tų būtiniausių maisto produktų, kurių reikia, kad mes jų nevežiotume iš vienos Europos Sąjungos šalies į kitą, kad pirmaeilis apsirūpinimas būtų toje šalyje.

Linkiu sėkmės ir laukiam sprendimų.

Joachim Kuhs, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin! Nun, heute zum sechsten Mal, liebe Frau Kommissarin, verehrte Kollegen! Als Sohn eines Landwirts weiß ich sehr wohl, wie schwierig es ist, wenn nicht nur die Dürren, von denen wir es heute Morgen am Beginn hatten, sondern dann auch die Preissteigerungen das Leben eines Landwirts fast unmöglich machen.

Und dennoch: Wenn jetzt Antworten gesucht werden in die Richtung, Eingriffe in den Markt zu machen, dann kann ich nur davor warnen. Das würde das Problem nicht beseitigen, es würde es vergrößern. Was können wir tun?

Ich möchte an zwei Dinge erinnern: Wir haben eine EZB, die für die Inflationsbekämpfung zuständig ist. Was tut sie dagegen? Frau Lagarde beschwichtigt und sagt: Das ist nur eine Delle. Aber die Landwirte sagen: Das ist keine Delle, das ist ein Berg, das ist ein Himalaya. Und wir brauchen dringend Lösungen. Bitte, Frau Lagarde, bekämpfen Sie die Inflation.

Und das Zweite ist: Ich habe gestern einen Brief von meinem Gaslieferanten bekommen. Der Preis des Gases, das ich bekomme, wird um 70 % gesteigert. Was tun wir gegen die Gaspreise? Und da bitte ich, Folgendes zu berücksichtigen: Bitte öffnen Sie Nord Stream 2, damit endlich mehr Gas nach Europa fließen kann und der Preis sinken kann.

Clare Daly, on behalf of The Left Group. – Madam President, and I think the question does correctly pinpoint one of the key reasons for the rise in commodity and import prices in the agricultural sector as being energy prices, in particular natural gas reaching a new high. And I think that is a correct point to make. But the solution, of course, is very clear. It's Nord Stream 2.

Yes, we've had MEP after MEP getting up here yesterday condemning the project. We've had the German and French Governments singled out for particular attack for having the good sense to engage in dialogue with our Russian neighbour.

Look, I'm against fossil fuels, but until we can transition to renewables, well then Nord Stream 2 is a far better option than filthy, fracked US gas. It has the potential to provide a reliable, relatively clean and inexpensive solution to EU's energy problems, including those of our farmers, with the added benefit of improving EU-Russian relations, more trade, reduced barriers and more cooperation.

But of course, that then means an end to US bases and an end to NATO, and that's the reason for the so-called Ukraine crisis. And I would remind colleagues of the words of Victoria Nuland last month, when she said the only way left for US diplomats to block euro purchases is to goad Russia into a military response and then claim that avenging this response outweighed any purely national economic interest.

I think we have to snap out of it. Stop being used as a US pawn. Stand up for our own interests, beneficial cooperation for our farmers and our people, and a peaceful resolution with Russia.

Luke Ming Flanagan (The Left). – Madam President, just reading the text on this, and it says every day the EU's food supply chain provides 450 million people in the EU with high quality food. But as with everything, the devil is in the detail. In Europe, we import more calories than we export to the world. And still we claim we are feeding the world.

This policy leaves us unnecessarily exposed at times of crisis and bobbing around in an ocean of uncertainty when it comes to input prices. Ireland, which also claims to be feeding the world, can't even feed itself. We import our main food stuffs: carrots, potatoes, wheat, sugar – I could go on.

The value of Ireland's food energy net importing calories has at times exceeded the equivalent of the calorie intake of two and a half million people. We can't even feed the type of livestock that we produce, so we import proteins. There's talk, and that's all it is, that we should produce our proteins in Europe. Only last week I noticed another tillage farm in Ireland converting to dairy, a dairy farm that will require imported protein. What could go wrong?

We've also created a system whereby those that produce the food get nothing whereas those companies that process it and sell it take all the profit. Even at that, their greed isn't satiated. Even then, they move these companies to places like Luxembourg in order to avoid paying tax. The money never gets back to the community it was created in and as a result we have a broken system. Thanks for nothing Glanbia!

The system is broken. Not for the rich though, and that's why it will never be bloody well fixed.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I really appreciate this opportunity to exchange views in this House on the challenges for our food system in the midst of this commodity price surge.

The prevention of and response to market crises and negative impacts of the current input price on consumers, agriculture and the food sector requires both short-term and long-term solutions. The Commission and the Member States have several measures in our respective toolboxes, and the Commission will closely monitor the evolution of energy, commodity and food prices in the coming months.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Смятам, че за пореден път обсъждаме важен въпрос твърде късно. В България на това му казваме „след дъжд, качулка“. Сега тепърва Комисията ще проверява, ще обмисля и любимото на някои политици – „ще анализира“ какво и как да се направи. Тук е мястото да се каже, че правителствата на националните държави успяха да реагират много по-бързо и адекватно на предизвикателствата. Повишаващите се цени на суровините и електроенергията, както и галопиращата инфлация притискат селскостопанските производители и това се отразява на крайния потребител.

Достигнахме до там, че в България в момента е лукс да си направиш салата от домати и краставици, тъй като цената им се конкурира с цената на месото, например. Всичко това обаче е вследствие на безумните „зелени“ политики, неописуемия лобизъм и грешните решения, вземани години наред. Само преди месец-два, отново в тази зала, коментирахме въпроса за транспорта на животните и вие се надпреварвахте да говорите за нуждата от нови и нови регламенти, директиви и прочее, които ще допринесат за повишаване на цените на крайния продукт на селскостопанските производители. Вече половин година цените на енергията летят, бизнеси затварят, чакайки по-добри времена, а отговор от страна на Комисията липсва. Не вярвам, че тази Европейска комисия може да представи разумно политическо решение на поставените въпроси.

(The sitting was suspended at 15.52)

17. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 16.00)

18. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

President. – I will now move to the results of the second voting session of today, 17 February 2022.

*(The President read out the results of the votes)*¹

¹ See Minutes for details

19. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

20. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

21. Petitionen: siehe Protokoll

22. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

23. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

24. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

25. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll

26. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll

27. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**28. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte**

President. – The minutes of the sittings of 14 to 17 February will be submitted to Parliament for its approval at the beginning of its next sitting.

If there are no objections, I shall forward forthwith the resolutions adopted at these sittings to the persons and bodies named in the resolutions.

29. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**30. Schluss der Sitzung**

(The sitting closed at 16.03)

31. Unterbrechung der Sitzungsperiode

President. – I declare adjourned the session of the European Parliament.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5683

23.9.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11629 — GEOGAS / NYK / DIF / MARIGOLD / FLS JV)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5683)

Am 12. September 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11629 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/5698

23.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.110676

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5698)

Datum der Annahme der Entscheidung	18.6.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.110676	
Mitgliedstaat	Schweden	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Eco-invest for rail, short sea shipping and inland waterways	
Rechtsgrundlage		
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Verkehrskoordination, Umweltschutz	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 199 000 000 SEK	
Beihilfemaximalintensität	50,0 %	
Laufzeit	18.6.2024 - 31.12.2025	
Wirtschaftssektoren	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr, Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt, Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	The Swedish Transport Administration 781 89 Borlänge	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5700

23.9.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11614 — CVC / COMARCH)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5700)

Am 17. September 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11614 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/5490

23.9.2024

Beschluss des Gerichtshofs (Siebte Kammer) vom 24. Juni 2024 (Vorabentscheidungsersuchen des Sąd Apelacyjny w Krakowie – Polen) – ML u. a.

(Rechtssache C-64/24 ⁽¹⁾, Zaręba ⁽²⁾)

(Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 53 Abs. 2 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs – Ablehnung von Richtern – Art. 6 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten – Begriff „unabhängiges und unparteiisches Gericht“ – Auslegung – Unzuständigkeit des Gerichtshofs)

(C/2024/5490)

Verfahrenssprache: Polnisch

Vorlegendes Gericht

Sąd Apelacyjny w Krakowie

Beteiligte des Ausgangsverfahrens

Angeklagte: ML, NQ, YD, AR, DW, JW, FP, HX, CG

Beteiligte: Prokuratura Krajowa Małopolski Wydział Zamiejscowy Departamentu do Spraw Przestępczości Zorganizowanej i Korupcji w Krakowie

Tenor

Der Gerichtshof der Europäischen Union ist für die Beantwortung der vom Sąd Apelacyjny w Krakowie (Berufungsgericht Kraków [Krakau], Polen) mit Entscheidung vom 13. November 2023 zur Vorabentscheidung vorgelegten Frage offensichtlich unzuständig.

⁽¹⁾ Eingangsdatum: 26.1.2024.

⁽²⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.



C/2024/5491

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen der Curtea de Apel București (Rumänien), eingereicht am 17. April
2024 – HZ/Tribunalul Galați**

(Rechtssache C-272/24, Tribunalul Galați)

(C/2024/5491)

Verfahrenssprache: Rumänisch

Vorlegendes Gericht

Curtea de Apel București

Parteien des Ausgangsverfahrens

Berufungskläger: HZ

Berufungsbeklagter: Tribunalul Galați

Vorlagefrage

Ist Art. 19 Abs. 1 Unterabs. 2 EUV in Verbindung mit Art. 2 EUV, den Nrn. 5 und 7 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer und den Art. 3, 5, 6 und 7 der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung ⁽¹⁾ unter Umständen wie denen des Ausgangsverfahrens dahin auszulegen, dass der Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit einer nationalen Regelung entgegensteht, die die Zahlung von Überstunden, die ein Richter wegen Personalmangels bei dem Gericht leistet, in dem er seine Tätigkeit ausübt, verbietet, in einer Situation, in der sich der Ausgleich nur durch Freizeit für Überstunden, die über die normale Arbeitszeit hinaus sowie an wöchentlichen Ruhetagen und Feiertagen geleistet werden, falls er zur Anwendung käme, negativ auf den gesetzlich vorgesehenen Jahresurlaub auswirken würde?

⁽¹⁾ ABl. 2003, L 299, S. 9.



C/2024/5492

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Visoki trgovački sud Republike Hrvatske (Kroatien), eingereicht am
16. Mai 2024 – Freistaat Bayern/Euroherc osiguranje d.d.**

(Rechtssache C-357/24, Freistaat Bayern)

(C/2024/5492)

Verfahrenssprache: Kroatisch

Vorlegendes Gericht

Visoki trgovački sud Republike Hrvatske

Parteien des Ausgangsverfahrens

Kläger: Freistaat Bayern

Beklagte: Euroherc osiguranje d.d.

Vorlagefrage

Ist Art. 85 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit ⁽¹⁾ dahin auszulegen, dass ein Arbeitgeber als zur Leistung verpflichteter Träger nur dann einen Anspruch hat, die Rückerstattung der Leistungen bei Krankheit seines Arbeitnehmers aufgrund eines Personenschadens, der sich aus einem in einem anderen Mitgliedstaat eingetretenen Ereignis ergibt, von einer zum Schadensersatz verpflichteten dritten Person bzw. von ihrem Haftpflichtversicherer zurückzufordern, wenn eine Rechtsgrundlage für die Forderung eines derartigen Schadensersatzes in dem Mitgliedstaat, in dem der Personenschaden eingetreten ist, besteht?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. 2004, L 166, S. 1).



C/2024/5493

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Općinski sud u Puli-Pola (Kroatien), eingereicht am 24. Mai 2024 –
NI/Republika Hrvatska**

(Rechtssache C-373/24, Ramavić ⁽¹⁾)

(C/2024/5493)

Verfahrenssprache: Kroatisch

Vorlegendes Gericht

Općinski sud u Puli-Pola

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: NI

Beklagte: Republika Hrvatska, vertreten durch das Općinsko državno odvjetništvo u Rijeci

Vorlagefragen

1. Fällt die staatsanwaltliche Tätigkeit der Klägerin (die Tätigkeit eines stellvertretenden Gemeindestaatsanwalts/ Gemeindestaatsanwalts) unter den Begriff „Arbeitnehmer“ im Sinne von Art. 1 Abs. 3 der Richtlinie 2003/88 ⁽²⁾ in Verbindung mit Art. 31 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union bzw. kann ein Amtsträger der Staatsanwaltschaft zum Zwecke der Anwendung von gleichen Arbeitsbedingungen auf alle in der Staatsanwaltschaft Beschäftigten als Arbeitnehmer eingestuft werden?
2. Ist Art. 2 der Richtlinie 89/391 ⁽³⁾, auf die die Richtlinie 2003/88 in ihrem Art. 1 Abs. 3 verweist, in Verbindung mit der ersten Frage dahin auszulegen, dass es den Mitgliedstaaten erlaubt, Amtsträger der Staatsanwaltschaft (den stellvertretenden Gemeindestaatsanwalt/Gemeindestaatsanwalt) von der Anwendung von Vorschriften auszunehmen, mit denen die Umsetzung dieser Richtlinie gewährleistet wird, einschließlich des Art. 2 Nrn. 1 und 2 der Richtlinie 2003/88, der die Arbeits- und die Ruhezeit definiert?
3. a) Bei Bejahung von Frage 1 und Verneinung von Frage 2 stellt sich die Frage, ob der Rufbereitschaftsdienst (pasivno dežurstvo) von Amtsträgern der Staatsanwaltschaft nach der Richtlinie 2003/88 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (insbesondere u. a. Art. 2 Nr. 1 dieser Richtlinie) angesichts der Beschränkungen, denen der Amtsträger der Staatsanwaltschaft während der Rufbereitschaftszeit unterliegt, weil er eine Tätigkeit und Aufgaben in dieser Zeit nach der Opća uputa Državnog odvjetništva Republike Hrvatske o radu službe dežurstva br. 0-8/11-1 od 13. listopada 2011. s izmjenom od 12. listopada 2012. (Dienstanweisung Nr. 0-8/11-1 der Staatsanwaltschaft der Republik Kroatien vom 13. Oktober 2011 über den Bereitschaftsdienst in der geänderten Fassung vom 12. Oktober 2012) bzw. nach dem Zakon o kaznenom postupku (Strafprozessordnung, „Narodne novine“ Nrn. 152/08, 76/09, 80/11, 121/11, 91/12, 143/12, 56/13, 145/13, 152/14, 70/17, 126/19, 80/22 und 36/24) ausführt, die für den Amtsträger der Staatsanwaltschaft als Arbeitnehmer erheblich die Möglichkeit einschränken, anderen Tätigkeiten nachzugehen, trotz des Umstands, dass er nach dieser Dienstanweisung des Arbeitgebers verpflichtet ist, den Rufbereitschaftsdienst zu Hause zu verrichten, als Arbeitszeit anzusehen ist?

⁽¹⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.

⁽²⁾ Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (ABl. 2003, L 299, S. 9).

⁽³⁾ Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit (ABl. 1989, L 183, S. 1).

3. b) Bei Bejahung von Frage 1 und Verneinung von Frage 2 stellt sich die Frage, ob der Bereitschaftsdienst (aktivno dežurstvo) von Amtsträgern der Staatsanwaltschaft nach der Richtlinie 2003/88 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (insbesondere u. a. Art. 2 Nr. 1 dieser Richtlinie) angesichts der Tätigkeit und der Aufgaben, die der Amtsträger der Staatsanwaltschaft während der Bereitschaftszeit nach der Dienstanweisung Nr. 0-8/11-1 der Staatsanwaltschaft der Republik Kroatien vom 13. Oktober 2011 über den Bereitschaftsdienst in der geänderten Fassung vom 12. Oktober 2012 bzw. nach der Strafprozessordnung („Narodne novine“ Nrn. 152/08, 76/09, 80/11, 121/11, 91/12, 143/12, 56/13, 145/13, 152/14, 70/17, 126/19, 80/22 und 36/24) ausführt, wonach der Amtsträger der Staatsanwaltschaft den Bereitschaftsdienst an seinem üblichen Dienstort oder an einem anderen vom Arbeitgeber bestimmten Ort (Inaugenscheinnahme u. Ä.) verrichtet, als Arbeitszeit anzusehen ist?
-



C/2024/5494

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Tribunale Amministrativo Regionale per il Lazio (Italien),
eingereicht am 20. Juni 2024 – Cirsa Italia SpA/Agenzia delle Dogane e dei Monopoli, Ministero
dell'Economia e delle Finanze**

(Rechtssache C-437/24, Cirsa Italia)

(C/2024/5494)

Verfahrenssprache: Italienisch

Vorlegendes Gericht

Tribunale Amministrativo Regionale per il Lazio

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Cirsa Italia SpA

Beklagte: Agenzia delle Dogane e dei Monopoli, Ministero dell'Economia e delle Finanze

Vorlagefragen

1. Sind die Richtlinie 2014/23/EU über die Konzessionsvergabe ⁽¹⁾ sowie die dem Vertrag (insbesondere den Art. 49 und 56 AEUV) zu entnehmenden Grundsätze dahin auszulegen, dass sie auch auf Konzessionen anwendbar sind, die die Einrichtung und den Betrieb des Netzes für gesetzlich erlaubte Online-Glücksspiele auf Unterhaltungs- und Spielautomaten mit den Bezeichnungen Amusement with prizes („AWP“) sowie Video Lottery Terminal („VLT“) zum Gegenstand haben, wenn diese Konzessionen im Rahmen eines im Jahr 2011 begonnenen und im Jahr 2013 beendeten öffentlichen Vergabeverfahrens erteilt wurden, dann abgelaufen sind und ihre Wirksamkeit anschließend durch eine gesetzliche Vorschrift (Art. 1 Abs. 124 Buchst. b des Gesetzes Nr. 197 vom 29. Dezember 2022) verlängert wurde, die nach Inkrafttreten der Richtlinie 2014/23/EU und nach Ablauf der Frist zu ihrer Umsetzung in Kraft getreten ist?
2. Sind bei Bejahung der ersten Frage die Richtlinie 2014/23/EU oder zumindest die dem Vertrag (insbesondere den Art. 49 und 56 AEUV) zu entnehmenden Grundsätze dahin auszulegen, dass sie der Verwaltung stets die Ermessensbefugnis einräumen, auf Antrag der Betroffenen zur Änderung der Ausübungsbedingungen der Konzessionen ein Verwaltungsverfahren – mit oder ohne neues Vergabeverfahren je nach Einstufung der Neuverhandlung des vertraglichen Gleichgewichts als wesentliche oder unwesentliche Änderung – einzuleiten, um im Fall von Ereignissen, die den Parteien nicht zurechenbar sowie unvorhergesehen und unvorhersehbar sind und die sich wesentlich auf die üblichen betrieblichen Risikobedingungen auswirken, die Ausübungsbedingungen der Konzessionen für den Zeitraum zu ändern, in dem die geänderten Risikobedingungen andauern, und der erforderlich ist, um gegebenenfalls die ursprünglichen Ausübungsbedingungen der Konzessionen wieder in Kraft zu setzen?

⁽¹⁾ Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Konzessionsvergabe (ABl. 2014, L 94, S. 1).



C/2024/5495

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Kammergerichts Berlin (Deutschland), eingereicht am 25. Juni
2024 – Staatsanwaltschaft Berlin**

(Rechtssache C-447/24, Höldermann ⁽¹⁾)

(C/2024/5495)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Kammergericht

Parteien des Ausgangsverfahrens

Strafverfolgungsbehörde: Staatsanwaltschaft Berlin

Betroffener: SO

Vorlagefragen

1. Genügt eine an einen von dem Verurteilten benannten inländischen Zustellungsbevollmächtigten zugestellte Ladung den Anforderungen des Art. 9 Abs. 1 Buchst. i Ziff. i, erster Spiegelstrich des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI ⁽²⁾ in der Fassung des Rahmenbeschlusses 2009/299/JI ⁽³⁾?
2. Ist Art. 9 Abs. 1 Buchst. i Ziff. ii des Rahmenbeschlusses 2008/909 in der Fassung des Rahmenbeschlusses 2009/299 dahin zu verstehen, dass die Verhandlung zum Zeitpunkt der Mandatserteilung bereits anberaumt sein und die betroffene Person Kenntnis von dem anberaumten Termin haben muss, oder reicht es aus, wenn die betroffene Person das Mandat in dem sicheren Wissen erteilt oder bestätigt, dass eine Verhandlung stattfinden wird?
3. Ist es mit dem Vorrang des Unionsrechts vereinbar, dass der deutsche Gesetzgeber in § 84b Abs. 1 Nr. 2 IRG den Fall der Abwesenheitsverurteilung als absoluten Unzulässigkeitsgrund ausgestaltet hat, obwohl Art. 9 Abs. 1 Buchst. i des Rahmenbeschlusses 2008/909 in der Fassung des Rahmenbeschlusses 2009/299 insoweit nur einen fakultativen Versagungsgrund vorsieht?
4. Kann die betroffene Person auf den sich aus Art. 9 Abs. 1 Buchst. i des Rahmenbeschlusses 2008/909 in der Fassung des Rahmenbeschlusses 2009/299 ergebenden Schutz verzichten und so die Vollstreckung eines Abwesenheitsurteils auch dann ermöglichen, wenn die Voraussetzungen nach Art. 9 Abs. 1 Buchst. i Ziff. i bis Ziff. iii des Rahmenbeschlusses nicht gegeben sind? Liegt in der Beantragung der Vollstreckung im Heimatstaat gegenüber der zuständigen Behörde des Ausstellungsstaats ein solcher Verzicht?

⁽¹⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.

⁽²⁾ Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates vom 27. November 2008 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union (ABl 2008, L 327, S. 27).

⁽³⁾ Rahmenbeschluss 2009/299/JI des Rates vom 26. Februar 2009 zur Änderung der Rahmenbeschlüsse 2002/584/JI, 2005/214/JI, 2006/783/JI, 2008/909/JI und 2008/947/JI, zur Stärkung der Verfahrensrechte von Personen und zur Förderung der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen, die im Anschluss an eine Verhandlung ergangen sind, zu der die betroffene Person nicht erschienen ist (ABl. 2009, L 81, S. 24).



C/2024/5496

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts Wien (Österreich) eingereicht am 26. Juni
2024 – Kwizda Pharma GmbH**

(Rechtssache C-451/24, Kwizda Pharma II)

(C/2024/5496)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Verwaltungsgericht Wien

Parteien des Ausgangsverfahrens

Beschwerdeführerin: Kwizda Pharma GmbH

Belangte Behörde: Landeshauptmann von Wien

Vorlagefragen

1. Wie ist die Wendung „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist,“ in Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83/EG ⁽¹⁾ auszulegen?

Ist unter einem „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist,“ nur ein Produkt zu subsummieren,

- 1) welches im Sinne des Art. 2 Abs. 1 dieser Richtlinie gewerblich zubereitet wird oder
- 2) bei dessen Zubereitung ein industrielles Verfahren zur Anwendung kommt?

Bejahendenfalls:

Ist unter einem „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ nur ein Produkt zu subsummieren, welches im Sinne des Art. 2 Abs. 1 der Richtlinie 2001/83 gewerblich zubereitet wird oder bei dessen Zubereitung ein industrielles Verfahren zur Anwendung kommt, sofern das Gemeinschaftsrecht Vorgaben für die Produktzubereitung bzw. für die Zulässigkeit der In-Verkehr-Setzung eines Produkts als ein solches (bestimmtes) „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ normiert?

Verneinendenfalls:

Nach welchen Kriterien ist zu ermitteln, ob ein bestimmtes Produkt als ein bestimmtes „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ im Sinne des Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 einzustufen ist?

2. Wie ist die Wendung „in Zweifelsfällen“ in Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 auszulegen?
3. Wie ist die Wendung „fallen kann“ in Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 auszulegen? Wird unter dieser Wendung „fallen kann“ auch ein Produkt erfasst, welches offenkundig oder nach Durchführung eines Behörden- oder Gerichtsverfahrens nicht als ein (bestimmtes) „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ zu qualifizieren ist?
- 4a. In welchem Umfang untersagt Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 bzw. das sonstige Gemeinschaftsrecht der Behörde, welche für ein bestimmtes „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ vollzugszuständig ist, im Hinblick auf dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ anzuwendende gemeinschaftliche Vorschriften zu vollziehen, wenn dieses Erzeugnis von der Arzneimittelbehörde nach Durchführung eines Verfahrens rechtskräftig als ein Arzneimittel eingestuft wurde?
- 4b. Ist Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 bzw. das sonstige Gemeinschaftsrecht dahingehend auszulegen, dass die nationale Behörde nicht befugt ist, im Hinblick auf ein Erzeugnis,
 - a) welches nach Durchführung eines Prüfungsverfahrens durch die Arzneimittelbehörde als ein Arzneimittel eingestuft wird, und

⁽¹⁾ Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. 2001, L 311, S. 67).

- b) welches (aktuell) als ein bestimmtes „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ in Verkehr gesetzt wird,

dem In-Verkehr-Setzer zu untersagen, dieses Produkt weiterhin als dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ (wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Vorgaben für die In-Verkehr-Setzung dieses Erzeugnisses als dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“) in Verkehr zu setzen?

- 5a. In welchem Umfang untersagt Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 bzw. das sonstige Gemeinschaftsrecht der Behörde, welche für ein bestimmtes „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ vollzugszuständig ist, im Hinblick auf dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ anzuwendende gemeinschaftliche Vorschriften bereits dann zu vollziehen, wenn bloß ein begründeter Verdacht besteht, dass dieses (auch) als ein Arzneimittel einzustufen ist, und daher nicht rechtskräftig geklärt ist, dass dieses Erzeugnis als Arzneimittel einzustufen ist?
- 5b. Ist Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 bzw. das sonstige Gemeinschaftsrecht dahingehend auszulegen, dass die nationale Behörde nicht befugt ist, im Hinblick auf ein Erzeugnis,
- a) bei welchem bloß ein begründeter Verdacht besteht, dass dieses Erzeugnis (auch) als ein Arzneimittel einzustufen ist, und daher nicht rechtskräftig geklärt ist, dass dieses Erzeugnis als Arzneimittel einzustufen ist, und
- b) welches (aktuell) als ein bestimmtes „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ in Verkehr gesetzt wird,
- dem In-Verkehr-Setzer zu untersagen, dieses Produkt weiterhin als dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ (wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Vorgaben für die In-Verkehr-Setzung dieses Erzeugnisses als dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“) in Verkehr zu setzen?
6. Finden die gemeinschaftlichen Arzneimittelrechtbevorragungen ⁽²⁾ auch dann Anwendung, wenn gewiss ist, dass ein als Arzneimittel zu qualifizierendes Erzeugnis, welches als ein bestimmtes „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ in Verkehr gebracht wird, nicht die Voraussetzungen für dessen Einstufung als dieses bestimmte „Erzeugnis, das durch andere gemeinschaftliche Rechtsvorschriften geregelt ist“ erfüllt?
7. Wie ist der Anwendungsbereich der Arzneimittelrechtbevorragungsregelung des Art. 2 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83 vom Anwendungsbereich der Arzneimittelrechtbevorragungsregelungen, welche für bestimmte Produkte eine negative Einstufungsvorgabe der Nichtqualifizierung dieses Produkts als Arzneimittel normieren, abzugrenzen?

⁽²⁾ Vgl. etwa Art. 2 Abs. 3 Buchst. d der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. 2002, L 31, S. 1) im Hinblick auf Lebensmittel sowie auf Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke, Erwägungsgrund 6 der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über kosmetische Mittel (Neufassung) (ABl. 2009, L 342, S. 59) im Hinblick auf kosmetische Mittel, Art. 1 Abs. 6 Buchst. b der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. 2017, L 117, S. 1) im Hinblick auf Medizinprodukte, Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 2002/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Juni 2002 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Nahrungsergänzungsmittel (ABl. 2002, L 183, S. 51) im Hinblick auf Nahrungsergänzungsmittel.



C/2024/5497

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Nejvyšší správní soud (Tschechische Republik), eingereicht am
27. Juni 2024 – Halozyme, Inc./Úřad průmyslového vlastnictví**

(Rechtssache C-456/24, Halozyme)

(C/2024/5497)

Verfahrenssprache: Tschechisch

Vorlegendes Gericht

Nejvyšší správní soud

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin und Kassationsbeschwerdeführerin: Halozyme, Inc.

Beklagter und Kassationsbeschwerdegegner: Úřad průmyslového vlastnictví

Vorlagefragen

1. Ist Art. 1 Buchst. b der Verordnung (EG) Nr. 469/2009 ⁽¹⁾ des Europäischen Parlaments und des Rates über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel dahin auszulegen, dass ein in der Entscheidung über die Zulassung eines Arzneimittels ausdrücklich als Hilfsstoff bezeichneter Stoff nicht als Wirkstoff angesehen werden kann?
2. Falls die erste Frage verneint wird: Ist Art. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 469/2009 im Licht von Art. 8 Abs. 1 und Art. 10 Abs. 1 bis 3 dieser Verordnung dahin auszulegen, dass als Wirkstoff ein Stoff mit eigener arzneilicher Wirkung anzusehen ist, die unter die in der Entscheidung über die Zulassung genannten medizinischen Indikationen fällt und sich gleichzeitig anhand des Grundpatents und der Unterlagen, die der Zertifikatsanmeldung zwingend beizufügen sind, nachweislich feststellen lässt?
3. Falls die Fragen 1 und 2 verneint werden: Ist Art. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 469/2009 dahin auszulegen, dass als Wirkstoff ein Stoff mit eigener arzneilicher Wirkung anzusehen ist, die unter die in der Entscheidung über die Zulassung genannten medizinischen Indikationen fällt und die ein Fachmann am Tag der Anmeldung des Grundpatents oder am Prioritätstag dieses Patents als nachgewiesen bezeichnet hätte?
4. Ist Art. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 469/2009 dahin auszulegen, dass als Wirkstoff mit eigener arzneilicher Wirkung, die unter die in der Entscheidung über die Zulassung eines Arzneimittels zur Behandlung von Brustkrebs genannten medizinischen Indikationen fällt, u. a. auch ein Hilfsstoff anzusehen ist, der einen anderen, im menschlichen Körper natürlich vorkommenden Stoff abbaut und damit die Wirkung des Hauptwirkstoffs des Mittels auf die Brustkrebszellen erleichtert, wenn sich aus einigen Studien und wissenschaftlichen Artikeln ergibt, dass dieser Hilfsstoff oder ein verwandter Stoff für sich genommen in vitro oder in Tiermodellen das Wachstum von Tumoren der gleichen oder einer anderen Art gestoppt hat oder sie schrumpfen ließ, und wenn weitere wissenschaftliche Artikel seine potenziell ähnliche Wirkung beim Menschen bestätigen?
5. Ist Art. 3 Buchst. a der Verordnung Nr. 469/2009 in Verbindung mit Art. 1 Buchst. b dieser Verordnung dahin auszulegen, dass als ein durch das Grundpatent geschütztes Erzeugnis auch eine Zusammensetzung aus zwei Wirkstoffen anzusehen ist, wenn die Erfindung, auf die sich das Grundpatent bezieht, nur einen von ihnen zum Gegenstand hat und die Patentansprüche seine mögliche Zusammensetzung mit weiteren, alternativ definierten Wirkstoffkategorien einschließen, wobei sich der zweite Wirkstoff aus der Sicht eines Fachmanns nach dem Stand der Technik am Tag der Anmeldung des Grundpatents oder am Prioritätstag dieses Patents in eine dieser Wirkstoffkategorien einordnen lässt?

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 469/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über das ergänzende Schutzzertifikat für Arzneimittel (ABl. 2009, L 152, S. 1).

6. Falls die fünfte Frage verneint wird: Ist Art. 3 Buchst. a der Verordnung Nr. 469/2009 in Verbindung mit Art. 1 Buchst. b dieser Verordnung dahin auszulegen, dass als ein durch das Grundpatent geschütztes Erzeugnis auch eine Zusammensetzung aus zwei Wirkstoffen anzusehen ist, wenn die Erfindung, auf die sich das Grundpatent bezieht, nur einen von ihnen zum Gegenstand hat und die Patentansprüche seine mögliche Zusammensetzung mit weiteren, alternativ definierten Wirkstoffkategorien einschließen, wenn der einzige Wirkstoff, der Gegenstand der Zulassung des Arzneimittels war, am Tag der Anmeldung des Grundpatents oder am Prioritätstag dieses Patents in eine dieser Wirkstoffkategorien einzuordnen war, unabhängig davon, ob an diesem Tag andere Stoffe derselben Kategorie existierten?
-



C/2024/5498

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Bundesfinanzgerichts (Österreich) eingereicht am 28. Juni 2024 –
X gegen Finanzamt für Großbetriebe**

(Rechtssache C-460/24, Schoger ⁽¹⁾)

(C/2024/5498)

Verfahrenssprache: Deutsch

Vorlegendes Gericht

Bundesfinanzgericht

Parteien des Ausgangsverfahrens

*Beschwerdeführerin: ***X****

Belangte Behörde: Finanzamt für Großbetriebe

Vorlagefrage

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird gemäß Art. 267 AEUV die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob die folgende Umsatzsteuerbefreiung eine staatliche Beihilfe gemäß Art. 107 Abs. 1 AEUV darstellt:

Steuerfrei sind sonstige Leistungen, die zwischen Unternehmen erbracht werden, die überwiegend Bank-, Versicherungs- oder Pensionskassenumsätze ausführen, soweit diese Leistungen unmittelbar zur Ausführung der genannten steuerfreien Umsätze verwendet werden, und für die Personalgestaltung dieser Unternehmer an die im ersten Satz genannten Zusammenschlüsse.

⁽¹⁾ Die vorliegende Rechtssache ist mit einem fiktiven Namen bezeichnet, der nicht dem echten Namen eines Verfahrensbeteiligten entspricht.



C/2024/5499

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen der Augstākā tiesa (Senāts) (Lettland), eingereicht am 9. Juli 2024 –
Ģenerālprokuratūra, Beteiligte: SIA ČIEKURI-SHISHKI, SIA COUNTRY HELI**

(Rechtssache C-480/24, Čiekuri-Shishki)

(C/2024/5499)

Verfahrenssprache: Lettisch

Vorlegendes Gericht

Augstākā tiesa (Senāts)

Parteien des Ausgangsverfahrens

Rechtsmittelführerin (der Staatsanwaltschaft vorbehaltenen Kassationswiderspruch): Ģenerālprokuratūra

Andere Verfahrensbeteiligte: SIA ČIEKURI-SHISHKI, SIA COUNTRY HELI

Vorlagefragen

1. Welche Umstände deuten darauf hin, dass eine Person als eine in Verbindung stehende Person im Sinne von Art. 2 der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates vom 17. März 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ⁽¹⁾, anzusehen ist? Ist eine juristische Person, deren Anteile zu 50 % von einer juristischen Person gehalten werden, die im wirtschaftlichen Eigentum einer auf der Liste im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2022/336 des Rates vom 28. Februar 2022 zur Durchführung der Verordnung Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ⁽²⁾, zu findenden natürlichen Person steht, als eine in Verbindung stehende juristische Person anzusehen?
2. Falls der zweite Teil der ersten Vorlagefrage bejaht wird: Ist auch eine juristische Person, die 50 % der Anteile an der im zweiten Teil der ersten Vorlagefrage beschriebenen juristischen Person hält, als in Verbindung stehende juristische Person im Sinne von Art. 2 der Verordnung Nr. 269/2014 anzusehen?
3. Gehören zu den in Art. 11 Abs. 1 Buchst. b der Verordnung Nr. 269/2014 genannten Personen, Einrichtungen und Organisationen auch die in Verbindung stehenden juristischen Personen im Sinne von Art. 2 der Verordnung Nr. 269/2014?
4. Muss das Gericht bei der Prüfung eines Anspruchs aus eigener Initiative klären, ob sich unter den Verfahrensbeteiligten eine der in Art. 2 oder in Art. 11 Abs. 1 Buchst. a oder b der Verordnung Nr. 269/2014 genannten Personen befindet?
5. Welche rechtlichen Wirkungen ergeben sich aus der Vorschrift in Art. 11 Abs. 1 der Verordnung Nr. 269/2014, wonach Forderungen der in Art. 11 Abs. 1 Buchst. a oder b genannten Personen „nicht stattgegeben“ wird? Kann über diese Forderungen in der Sache entschieden werden, wenn im Tenor des Gerichtsurteils festgestellt wird, dass das Urteil nicht vollstreckt werden darf, solange diese Personen auf der entsprechenden Liste stehen?
6. Erzeugt Art. 11 Abs. 1 der Verordnung Nr. 269/2014 rechtliche Wirkungen, wenn die Klägerin nicht zu den in Buchst. a oder b dieses Absatzes genannten Personen gehört, aber die Beklagte eine der in Buchst. a oder b dieses Absatzes genannten Personen ist?
7. Sollten die Daten der von den Sanktionen betroffenen natürlichen Person (Vor- und Familienname) in den Gründen der Entscheidung des Gerichts offengelegt werden? Und sollten diese personenbezogenen Daten bei der Veröffentlichung der Entscheidung des Gerichts durch ein Pseudonym ersetzt werden?

⁽¹⁾ ABl. 2014, L 78, S. 6.

⁽²⁾ ABl. 2022, L 58, S. 1.



C/2024/5500

23.9.2024

**Vorabentscheidungsersuchen des Fővárosi Törvényszék, eingereicht am 17. Juli 2024 – Klinka-Geo
Trans Földmunkavégző Ipari, Kereskedelmi és Szolgáltató Kft./Nemzeti Adó- és Vámhivatal
Fellebbviteli Igazgatósága**

(Rechtssache C-501/24, Klinka-Geo Trans)

(C/2024/5500)

Verfahrenssprache: Ungarisch

Vorlegendes Gericht

Fővárosi Törvényszék

Parteien des Ausgangsverfahrens

Klägerin: Klinka-Geo Trans Földmunkavégző Ipari, Kereskedelmi és Szolgáltató Kft.

Beklagte: Nemzeti Adó- és Vámhivatal Fellebbviteli Igazgatósága

Vorlagefragen

1. Ist die Praxis der Steuerverwaltung mit Art. 167, Art. 168 Buchst. a und Art. 178 Buchst. a der Mehrwertsteuer-richtlinie⁽¹⁾ und mit dem als allgemeiner Rechtsgrundsatz in Art. 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (im Folgenden: Charta) anerkannten Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht in Verbindung mit den tragenden Grundsätzen der Steuerneutralität, der Effektivität und der Rechtssicherheit vereinbar, mit der sie – in Befolgung der Nrn. 1 und 2 des Gutachtens Nr. 5/2016 vom 26. September 2016 der Kammer für Verwaltungs- und Arbeitsrecht der Kúria (Oberstes Gericht, Ungarn), des letztinstanzlichen mitgliedstaatlichen Gerichts, – die vorstehenden Regeln unterschiedlich anwendet, indem sie, wenn sie feststellt, dass der in der Rechnung angegebene wirtschaftliche Vorgang nicht stattgefunden hat, nicht prüft, ob der Rechnungsempfänger Kenntnis von der Steuerhinterziehung bzw. dem Steuerbetrug gehabt hatte oder hätte haben müssen, wenn sie allerdings feststellt, dass der wirtschaftliche Vorgang stattgefunden hat, aber nicht zwischen den in der Rechnung angegebenen Parteien, sie abhängig vom Sachverhalt prüft, ob der Rechnungsempfänger von der Steuerhinterziehung bzw. dem Steuerbetrug wusste oder hätte wissen müssen?
2. Steht das Vorgehen der Steuerverwaltung mit den oben angeführten Artikeln der Mehrwertsteuerrichtlinie und den genannten Rechtsgrundsätzen sowie mit der ihr nach diesem Recht obliegenden, auf objektive Umstände gestützten Beweislast im Einklang, bei dem
 - a) als Voraussetzung für die Geltendmachung des Rechts auf Vorsteuerabzug unter Verweis auf eine Unterlassung der gebotenen Sorgfalt vom Steuerpflichtigen verlangt wird, das Vorliegen eines die Unwirksamkeit verursachenden Fehlers beim Rechnungsaussteller zu prüfen, der nicht im ursächlichen Zusammenhang mit der Erfüllung der Pflicht zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer und daher auch nicht mit der Geltendmachung des Rechts auf Vorsteuerabzug steht, wobei gemäß Unionsrecht und nationalem Recht die Pflicht zur Zahlung der Mehrwertsteuer auf das nachweisbare wirtschaftliche Ergebnis auch im Fall eines unwirksamen Vertrags besteht;
 - b) das Recht des Steuerpflichtigen auf Vorsteuerabzug ohne Prüfung der gebotenen Sorgfalt mit der Begründung versagt wird, dass unter Verweis auf im Prüfungszeitraum in der Sphäre des Rechnungsausstellers eingetretene Umstände nach dem wirtschaftlichen Vorgang festgestellt worden sei, dass der in der Rechnung angegebene wirtschaftliche Vorgang nicht stattgefunden habe;
 - c) die Last des ergebnislosen Zeugenbeweises auf den den wirtschaftlichen Vorgang mit einer Rechnung nachweisenden Steuerpflichtigen unter Verweis darauf abgewälzt wird, dass für die Gewährung des Vorsteuerabzugs neben der Rechnung auch notwendig sei, dass die Umstände, unter denen der in der Rechnung angegebene wirtschaftliche Vorgang zustande kam, von den in der Rechnung genannten Steuerpflichtigen und den Vertretern der wie auch immer am wirtschaftlichen Vorgang beteiligten Unternehmen detailliert erklärt werden, auch unter Berücksichtigung des vom Gerichtshof aufgestellten Grundsatzes, dass die Beweisregeln des nationalen Rechts die Wirksamkeit des Unionsrechts nicht beeinträchtigen dürfen?

⁽¹⁾ Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (ABl. 2006, L 347, S. 1).

3. Sind – wenn die Steuerverwaltung unter Verweis auf die gleichen Umstände, die sie auch im Zusammenhang mit der Kenntnis prüft, feststellt, dass der wirtschaftliche Vorgang nicht stattgefunden habe – unter Berücksichtigung der genannten Bestimmungen der Mehrwertsteuerrichtlinie, des Art. 47 der Charta und des Vorrangs des Unionsrechts im vorliegenden Fall die Entscheidungen des Gerichtshofs mit Hinweisen zu den Bestimmungen der Mehrwertsteuerrichtlinie über das Recht auf Vorsteuerabzug bzw. zu den im Rahmen der Kenntnis des Steuerpflichtigen beurteilten Umständen anwendbar?
4. Stellt es einen Verstoß gegen Art. 267 AEUV, den Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts, das Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz und das Recht auf ein faires Verfahren im Sinne von Art. 47 der Charta dar, wenn das letztinstanzliche mitgliedstaatliche Gericht
 - a) unter Verweis auf Unterschiede im Sachverhalt die Entscheidungen des Gerichtshofs zum Vorsteuerabzug im Rahmen der Überprüfung von Entscheidungen über den Vorsteuerabzug mit der Begründung nicht anwendet bzw. die Bezugnahme auf diese Entscheidungen im erneuten Verfahren mit der Begründung untersagt, dass die Entscheidungen des Gerichtshofs im Vergleich zu den Umständen in der zu überprüfenden Entscheidung nur Feststellungen zu einzelnen Umständen enthielten sowie unter Verweis auf die Unterscheidung in den Nrn. 1 und 2 des Gutachtens Nr. 5/2016 vom 26. September 2016 der Kammer für Verwaltungs- und Arbeitsrecht der Kúria (Oberstes Gericht), nach deren Logik die Mehrwertsteuerentscheidungen des Gerichtshofs nicht anwendbar seien, wenn die Steuerverwaltung feststellt, dass der in der Rechnung angegebene wirtschaftliche Vorgang nicht stattgefunden habe, obwohl der Kläger die Rechtmäßigkeit gerade dieser Feststellung in seiner Klage bestreitet,
 - b) nachdem es erklärt hat, dass die Entscheidung des Gerichtshofs in der vorliegenden Rechtssache fehlerhaft angewandt worden sei, entgegen den Entscheidungen des Gerichtshofs für das erneute Verfahren die Anweisung erteilt, dass das Gericht das neue Verfahren im Einklang mit der im – nicht verbindlichen – Gutachten der Kammer für Verwaltungs- und Arbeitsrecht der Kúria (Oberstes Gericht) zusammengefassten und seit dessen Verkündung auch von ihr verfolgten Rechtsprechung durchzuführen hat,
 - c) in der vorliegenden Rechtssache von einem Urteil, das auf der Grundlage einer Entscheidung des Gerichtshofs im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens ergangen ist, im Rechtsmittelverfahren abweicht und eine dem entgegenstehende Entscheidung trifft, ohne dass es, trotz der in seiner Entscheidung festgestellten Auslegungswidersprüche in Bezug auf das Unionsrecht, selbst ein Vorabentscheidungsverfahren einleitet?
5. Kann im Hinblick auf die Gewährleistung der im vorstehenden Punkt aufgeführten Rechte und Grundsätze sowie im Hinblick auf die Pflicht, unionsrechtswidriges nationales Recht nicht anzuwenden, ein vom letztinstanzlichen Gericht eines Mitgliedstaats zur Wiederholung des Verfahrens verpflichtetes Gericht im erneuten Verfahren von der ihm erteilten Anweisung abweichen, wenn es diese für unionsrechtswidrig hält, diese vom letztinstanzlichen Gericht erteilt wurde, ohne ein Vorabentscheidungsverfahren eingeleitet zu haben, bzw. wenn nach der Anordnung eines neuen Verfahrens in einem Fall mit ähnlichem Sachverhalt zur gleichen Rechtsfrage eine Entscheidung des Gerichtshofs ergangen ist, die der dieser Verpflichtung zugrundeliegenden Auslegung des Rechts entgegensteht, oder kann von der Anweisung des letztinstanzlichen Gerichts eines Mitgliedstaats nur dann abgewichen und die später ergangene Entscheidung des Gerichtshofs angewandt werden, wenn das zur Wiederholung des Verfahrens verpflichtete Gericht im erneuten Verfahren ein Vorabentscheidungsverfahren einleitet?
6. Sind unter Berücksichtigung des Grundsatzes des Vorrangs des Unionsrechts und folglich der Verpflichtung, unionsrechtswidriges nationales Recht nicht anzuwenden, die Antworten auf die Fragen 4 und 5 unabhängig vom Streitgegenstand in allen Rechtssachen anwendbar oder nur in Rechtssachen, in denen es um die Beurteilung des Rechts auf Vorsteuerabzug geht?



C/2024/5501

23.9.2024

**Rechtsmittel, eingelegt am 18. Juli 2024 von Gulbakhor Burkhanovna Ismailova gegen das Urteil des
Gerichts (Erste Kammer) vom 8. Mai 2024 in der Rechtssache T-234/22, Ismailova/Rat**

(Rechtssache C-506/24 P)

(C/2024/5501)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Rechtsmittelführerin: Gulbakhor Burkhanovna Ismailova (vertreten durch Rechtsanwälte D. Rovetta, M. Campa, M. Moretto, V. Villante, T. Marembert und A. Bass)

Andere Partei des Verfahrens: Rat der Europäischen Union

Anträge

Die Rechtsmittelführerin beantragt,

- das Urteil des Gerichts vom 8. Mai 2024 in der Rechtssache T-234/22, Ismailova/Rat, EU:T:2024:287, aufzuheben;
- (i) den Beschluss (GASP) 2022/582 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, (ii) die Durchführungsverordnung (EU) 2022/581 des Rates vom 8. April 2022 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, (iii) den Beschluss (GASP) 2023/572 des Rates vom 13. März 2023 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und (iv) die Durchführungsverordnung (EU) 2023/571 des Rates vom 13. März 2023 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, für nichtig zu erklären;
- hilfsweise, das oben genannte Urteil aufzuheben und die Rechtssache an das Gericht zurückzuverweisen;
- dem Rat die gesamten Kosten der Rechtsmittelführerin sowohl für das erstinstanzliche Verfahren als auch für das vorliegende Rechtsmittelverfahren aufzuerlegen.

Rechtsmittelgründe und wesentliche Argumente

Die Rechtsmittelführerin stützt ihr Rechtsmittel auf vier Gründe.

Erster Rechtsmittelgrund: Das Gericht habe den Umfang seiner gerichtlichen Kontrolle verkannt, indem es mehrere Rechtsfehler begangen habe – zusammenhängende Verletzung wesentlicher Formvorschriften – Verstoß gegen Art. 13 EUV und Art. 47 der Charta der Grundrechte.

Zweiter Rechtsmittelgrund: Rechtsfehler durch Verkennung und fehlerhafte Auslegung des Kriteriums der Verbindung – hilfsweise Einrede der Rechtswidrigkeit und Unanwendbarkeit des Kriteriums a) gemäß Art. 277 AEUV.

Dritter Rechtsmittelgrund: Rechtsfehler durch Verfälschung von Beweismitteln und Tatsachen – Verletzung wesentlicher Formvorschriften und der Begründungspflicht nach Art. 263 in Verbindung mit Art. 296 AEUV.

Vierter Rechtsmittelgrund: Verkennung des Kriteriums der Verbindung und Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit.



C/2024/5502

23.9.2024

Klage, eingereicht am 10. August 2024 – Europäische Kommission/Königreich Belgien

(Rechtssache C-543/24)

(C/2024/5502)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Klägerin: Europäische Kommission (vertreten durch G. Gattinara und G. Wils als Bevollmächtigte)

Beklagter: Königreich Belgien

Anträge

Die Kommission beantragt,

1. festzustellen, dass das Königreich Belgien,

a) indem es nicht sichergestellt hat, dass

- die föderale Regierung im Jahr 2021,
- die Wallonische Region im Jahr 2020 und ohne Unterbrechung seit dem ersten Semester des Jahres 2022,
- die Region Brüssel-Hauptstadt im ersten Semester des Jahres 2022 und die Gemeinden der Region Brüssel-Hauptstadt seit dem ersten Semester des Jahres 2023

die in Art. 4 Abs. 3 Buchst. a der Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (ABl. 2011, L 48, S. 1) festgelegten Zahlungsfristen tatsächlich einhalten, und

b) indem es nicht sichergestellt hat, dass

- die föderale Regierung und die Region Brüssel-Hauptstadt im ersten Semester des Jahres 2022,
- die föderale Regierung und die Flämische Region im ersten Semester des Jahres 2023 und
- die föderale Regierung, die Flämische Region, die Region Brüssel-Hauptstadt und die Flämischen Gemeinden im zweiten Semester des Jahres 2023

die automatische Zahlung des Pauschalbetrags als Entschädigung für die Beitreibungskosten im Falle des Zahlungsverzugs gemäß Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie gewährleisten, seinen Verpflichtungen aus diesen Bestimmungen nicht nachgekommen ist;

2. dem Königreich Belgien die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Mit ihrem ersten Klagegrund bezweckt die Kommission die Feststellung, dass das Königreich Belgien gegen Art. 4 Abs. 3 Buchst. a der Richtlinie 2011/7/EU verstoßen habe, indem es unter den im Text und in den Anträgen der Klageschrift ausgeführten Umständen nicht sichergestellt habe, dass die föderale Regierung, die Flämische Region, die Wallonische Region, die Region Brüssel-Hauptstadt, die Gemeinden der Region Brüssel-Hauptstadt und die Flämischen Gemeinden die in dieser Bestimmung festgelegten Zahlungsfristen tatsächlich einhalten. Mit den Angaben der Kommission soll dargetan werden, dass die von den oben genannten belgischen öffentlichen Stellen eingehaltenen Zahlungsfristen für den Geschäftsverkehr über das hinausgingen, was nach der vorbezeichneten Bestimmung zulässig sei.

Mit ihrem zweiten Klagegrund bezweckt die Kommission die Feststellung, dass das Königreich Belgien auch seinen Verpflichtungen aus Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie 2011/7 nicht nachgekommen sei, indem es nicht sichergestellt habe, dass die genannte Regierung sowie die genannten Regionen und Kommunen die automatische Gewährung der Pauschalentschädigung für die Beitreibungskosten gemäß dieser Bestimmung gewährleisten. Insoweit soll der Inhalt der Akte bekräftigen, dass bei Vorliegen eines Zahlungsverzugs diese Pauschalzahlung in der Praxis jener Stellen nicht stattfindet.



**Beschluss des Präsidenten des Gerichts vom 6. August 2024 – Cortex Havacilik ve
Turizm Ticaret/Kommission**

(Rechtssache T-213/24 R)

***(Vorläufiger Rechtsschutz – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Restriktive Maßnahmen
angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren – Verbot für nicht in
Russland registrierte Luftfahrzeuge, die sich im Eigentum russischer natürlicher oder juristischer Personen,
Organisationen oder Einrichtungen befinden oder von diesen gechartert werden oder anderweitig unter
deren Kontrolle stehen, im Gebiet der Union zu landen, vom Gebiet der Union zu starten oder das Gebiet
der Union zu überfliegen – Art. 3d der Verordnung [EU] Nr. 833/2014 – Offensichtliche Unzulässigkeit
der Klage – Nicht anfechtbare Handlung – Unzulässigkeit)***

(C/2024/5503)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Antragstellerin: Cortex Havacilik ve Turizm Ticaret AŞ (Kepez, Türkei) (vertreten durch Rechtsanwalt R. Antonini, Rechtsanwältin E. Monard, Rechtsanwalt B. Maniatis und Rechtsanwältin E. Zachari)

Antragsgegnerin: Europäische Kommission (vertreten durch M. Bruti Liberati, M. Carpus Carcea und B. Sasinowska als Bevollmächtigte)

Gegenstand

Mit ihrem Antrag nach den Art. 278 und 279 AEUV begehrt die Antragstellerin die Aussetzung der Vollziehung der E-Mail der Europäischen Kommission vom 29. März 2024, mit der in Bezug auf die von ihr betriebenen Luftfahrzeuge ein Lande-, Start- und Überflugverbot gemäß den Art. 3d und 12 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren (ABl. 2014, L 229, S. 1), verfügt worden sei.

Tenor

1. Der Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz wird zurückgewiesen.
2. Der Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Zulassung zur Streithilfe hat sich erledigt.
3. Jede Partei trägt im Zusammenhang mit dem Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Zulassung zur Streithilfe ihre eigenen Kosten.
4. Im Übrigen bleibt die Kostenentscheidung vorbehalten.



C/2024/5504

23.9.2024

Klage, eingereicht am 21. Juli 2024 – Pumpyanskiy/Rat

(Rechtssache T-369/24)

(C/2024/5504)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Alexander Dmitrievich Pumpyanskiy (Conches, Schweiz) (vertreten durch Rechtsanwalt T. Bontinck, Rechtsanwältinnen M. Brésart und J. Goffin sowie Rechtsanwalt F. Patuelli)

Beklagter: Rat der Europäischen Union

Anträge

Der Kläger beantragt,

- die außervertragliche Haftung des Rates festzustellen und diesem aufzugeben, den dem Kläger entstandenen finanziellen und immateriellen Schaden zu ersetzen sowie Ausgleichs- und Verzugszinsen zu zahlen;
- dem Rat die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klage wird auf drei Gründe gestützt.

1. Der erste Klagegrund bezieht sich auf eine fehlende Berücksichtigung der Veränderungen der individuellen Situation des Klägers. Der Rat habe einen hinreichend qualifizierten Verstoß gegen eine Rechtsnorm begangen, die bezwecke, dem Kläger Rechte zu verleihen, nämlich die Verpflichtung, angesichts der Kündigungen des Klägers eine aktualisierte Bewertung seiner persönlichen Situation vorzunehmen, und er habe die restriktiven Maßnahmen gegen den Kläger allein auf der Grundlage der familiären Verbindung aufrechterhalten.
2. Der zweite Klagegrund bezieht sich auf einen Verstoß gegen die Pflicht, ein Nichtigkeitsurteil umzusetzen, und besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil betrifft einen Verstoß gegen Art. 266 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union⁽¹⁾, wonach der Rat verpflichtet sei, das in der Rechtssache T-734/22, Pumpyanskiy/Rat ergangene Urteil umzusetzen. Der zweite Teil wird auf einen Verstoß gegen den in Art. 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁽²⁾ verankerten Grundsatz der guten Verwaltung gestützt, der impliziere, dass der Kläger ein Recht darauf habe, dass das genannte Nichtigkeitsurteil innerhalb einer angemessenen Frist umgesetzt werde.
3. Der dritte Klagegrund bezieht sich auf eine Missachtung der Rechtskraft, die in den vom Rat am 14. März 2024 erlassenen Rechtsakten zum Ausdruck komme, sowie auf einen Missbrauch des Verfahrens. Die Rechtsakte vom 14. März 2024, deren Nichtigkeitserklärung im derzeit anhängigen Verfahren T-221/24 begehrt werde, ließen einen Verstoß gegen die Rechtskraft des in der Rechtssache T-734/22 ergangenen Nichtigkeitsurteils erkennen. Außerdem habe der Rat mit dem Erlass der Rechtsakte vom 14. März 2024 die Verteidigungsrechte des Klägers sowie sein Recht auf Anhörung verletzt und auf schockierende Weise das Verfahren der Überprüfung der restriktiven Maßnahmen instrumentalisiert.

Der Kläger macht geltend, die dargelegten Verstöße stünden in direktem Zusammenhang mit den ihm entstanden Schäden, und beantragt daher deren Ersatz vom Rat.

⁽¹⁾ ABl. 2016, C 202, S. 47.

⁽²⁾ ABl. 2016, C 202, S. 389.



C/2024/5505

23.9.2024

Klage, eingereicht am 23. Juli 2024 – AirPlus International/EUIPO – Comeig Ramírez (R+ CASHLAB)

(Rechtssache T-374/24)

(C/2024/5505)

Sprache der Klageschrift: Englisch

Parteien

Klägerin: AirPlus International GmbH (Neu-Isenburg, Deutschland) (vertreten durch Rechtsanwalt R. Kunze)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Irene Comeig Ramírez (Valencia, Spanien)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Anmelderin der streitigen Marke: Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer.

Streitige Marke: Anmeldung der Unionsbildmarke R+ CASHLAB – Anmeldung Nr. 18 053 103.

Verfahren vor dem EUIPO: Widerspruchsverfahren.

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Zweiten Beschwerdekammer des EUIPO vom 13. Mai 2024 in der Sache R 2171/2023-2.

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die angefochtene Entscheidung aufzuheben;
- dem EUIPO die Kosten des Verfahrens einschließlich der vor der Beschwerdekammer und der Widerspruchsabteilung entstandenen Kosten aufzuerlegen.

Angeführter Klagegrund

- Verletzung von Art. 8 Abs. 1 sowie der Art. 94 und 95 der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates;
- Verletzung von Art. 94 der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates.



Klage, eingereicht am 24. Juli 2024 – MNFPUGs Sustainable Cashmere/Kommission

(Rechtssache T-383/24)

(C/2024/5506)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: MNFPUGs Sustainable Cashmere Market Place Srl (Como, Italien) (vertreten durch Rechtsanwalt D. Luff und Rechtsanwältin M. Ledwos)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- den Durchführungsbeschluss (EU) 2024/1224 der Kommission vom 30. April 2024 zur Ablehnung eines Antrags der MNFPUGs Sustainable Cashmere Srl auf Schutz einer geografischen Angabe für den Namen „Mongol Togtvortoi Nooluur“ gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 ⁽¹⁾ für nichtig zu erklären;
- der Kommission die der Klägerin durch die Klage entstandenen Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klage wird auf folgende Gründe gestützt:

1. Die Kommission habe gegen Art. 2 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 verstoßen, indem sie bei der Auslegung dieser Verordnung zu Unrecht auf die Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 ⁽²⁾ (im Folgenden: TARIC-Verordnung) Bezug genommen habe.
 - Art. 2 Abs. 1 der Verordnung (EU) 1151/2012 sehe vor, dass der Schutz von geografischen Angaben für die Erzeugnisse gemäß Anhang I dieser Verordnung gewährt werden könne. Die betreffenden Erzeugnisse „stehen in engem Zusammenhang mit Agrarerzeugnissen oder mit der ländlichen Wirtschaft“. Anhang I der Verordnung umfasse Wolle (Klasse 2.15: Wolle).
 - Die Kommission habe den Antrag der Klägerin auf Eintragung des Namens „Mongol Togtvortoi Nooluur“ als geografische Angabe für gekrempelte, enthaarte Kaschmirwolle mit der Begründung abgelehnt, dass dieses Erzeugnis nicht als „Wolle“ eingestuft werden könne. Bei der Beurteilung, ob der Begriff „Wolle“ „Kaschmirwoll-“ Faser umfasse, habe sich die Kommission auf die TARIC-Verordnung bezogen.
 - Der Kommission sei ein offensichtlicher Rechtsfehler unterlaufen und sie habe ihr Ermessen missbraucht, indem sie sich zur Auslegung des Geltungsbereichs der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 unzulässigerweise auf die TARIC-Verordnung berufen habe.
2. Die Kommission habe gegen Art. 2 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 verstoßen, indem ihr ein offensichtlicher Fehler bei der Beurteilung des Sachverhalts unterlaufen sei und sie ihr Ermessen missbraucht habe, indem sie Kaschmirwolle keine Wollqualität zugesprochen habe.
 - Die Klägerin habe bei der Kommission den Schutz einer geografischen Angabe für den Namen „Mongol Togtvortoi Nooluur“ für gekrempelte, enthaarte Kaschmirwolle beantragt. In ihrem Antrag habe sie das betreffende Erzeugnis als eine Art von „Wolle“ gemäß Anhang XI der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 ⁽³⁾ bezeichnet, da enthaarte, gekrempelte „Kaschmirwolle“ eindeutig eine Art von „Wolle“ im üblichen Sinne sei.

⁽¹⁾ Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. 2012, L 343, S. 1).

⁽²⁾ Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. 1987, L 256, S. 1).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 668/2014 der Kommission vom 13. Juni 2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel.

- Die Kommission habe in ihrem Beschluss das betreffende Erzeugnis nicht richtig eingeschätzt. Sie habe auch fehlerhaft beurteilt, dass „Kaschmirwolle“ eine Art von „Wolle“ im üblichen Sinne sei. Die Kommission habe nicht nur die Verordnung Nr. 1151/2012 fehlerhaft ausgelegt, sondern ihr sei auch ein offensichtlicher Fehler bei der Beurteilung des Sachverhalts in Bezug auf das Erzeugnis, auf das sich der Antrag bezogen habe, unterlaufen.
 - 3. Die Kommission habe wesentliche Formvorschriften verletzt, indem sie gegen den Grundsatz der guten Verwaltung und Art. 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verstoßen habe, insbesondere gegen die Pflicht zur Einhaltung der Verfahrensvorschriften sowie die Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes.
 - Die Kommission habe die Klägerin zu Unrecht glauben lassen, dass der Schutz einer geografischen Angabe für enthaarte, gekrempelte Kaschmirwolle nach der Verordnung Nr. 1151/2012 möglich sei. Dann habe die Kommission unerwartet vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen, wobei sie sich auf eine überraschende Auslegungsmethode gestützt habe, und sie habe ihre administrative Überprüfung der Stellungnahme der Klägerin unangemessen verzögert. Die Behandlung des Antrags durch die Kommission lasse insgesamt berechnigte Zweifel an der Unparteilichkeit der Kommission in Bezug auf die zu schützende geografische Angabe aufkommen. Dies sei mit der Pflicht zur Einhaltung der Verfahrensvorschriften sowie den Grundsätzen der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes nicht vereinbar und verstoße gegen den in Art. 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundsatz der guten Verwaltung.
-



C/2024/5507

23.9.2024

Klage, eingereicht am 6. August 2024 – Al-Aqeelah Takaful Insurance Company/Rat

(Rechtssache T-409/24)

(C/2024/5507)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: Al-Aqeelah Takaful Insurance Company (Damaskus, Syrien) (vertreten durch Rechtsanwalt J. Fermon)

Beklagter: Rat der Europäischen Union

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- den Beschluss 2013/255/GASP des Rates ⁽¹⁾ über restriktive Maßnahmen gegen Syrien,
- die Verordnung (EU) 2024/1510 des Rates ⁽²⁾ über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien,
- den Beschluss (GASP) 2024/1510 des Rates vom 27. Mai 2024 ⁽³⁾ zur Änderung des Beschlusses 2013/255/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien,
- die Durchführungsverordnung (EU) 2024/1517 des Rates vom 27. Mai 2024 ⁽⁴⁾ zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 36/2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien für nichtig zu erklären, soweit durch diese vier Rechtsakte der Name der Klägerin in die Listen im Anhang zu diesen Rechtsakten aufgenommen und darauf belassen wird;
- dem Rat die Kosten aufzuerlegen.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Die Klage wird auf drei Gründe gestützt.

1. Verstoß gegen die in Art. 296 AEUV verankerte Begründungspflicht, Verletzung von Art. 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Verstoß gegen den in Art. 41 der Charta der Grundrechte verankerten Grundsatz der guten Verwaltung.
2. Offensichtlicher Beurteilungsfehler, Verletzung von Art. 15 Abs. 1 Buchst. a der Verordnung (EU) 36/2012 des Rates und von Art. 28 des Beschlusses 2013/255/GASP des Rates, der Art. 16 und 17 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.
3. Verletzung von Art. 41 Abs. 1 der Charta der Grundrechte und Verstoß gegen den Grundsatz der guten Verwaltung einschließlich der Pflicht zur Fürsorge, Sorgfalt und Genauigkeit.

⁽¹⁾ ABl. L 147 vom 1.6.2013, S. 14.

⁽²⁾ ABl. L 16 vom 19.1.2012, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L, 2024/1510.

⁽⁴⁾ ABl. L, 2024/1517.



C/2024/5508

23.9.2024

Klage, eingereicht am 13. August 2024 – Corning/EUIPO – Centro Ottico Megavision (PYREX)

(Rechtssache T-420/24)

(C/2024/5508)

Sprache der Klageschrift: Englisch

Parteien

Klägerin: Corning Inc. (Corning, New York, Vereinigte Staaten) (vertreten durch Rechtsanwalt R. de Beer)

Beklagter: Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum

Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer: Centro Ottico Megavision Srl (Codigoro, Italien)

Angaben zum Verfahren vor dem EUIPO

Anmelderin: Andere Beteiligte im Verfahren vor der Beschwerdekammer

Streitige Marke: Anmeldung der Unionswortmarke PYREX – Anmeldung Nr. 18 340 713

Verfahren vor dem EUIPO: Widerspruchsverfahren

Angefochtene Entscheidung: Entscheidung der Vierten Beschwerdekammer des EUIPO vom 12. Juni 2024 in der Sache R 2025/2023-4

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- die angefochtene Entscheidung aufzuheben;
- die Sache zur materiellen Abänderung der Entscheidung an das EUIPO zurückzuverweisen;
- dem EUIPO die im Verfahren vor der Widerspruchsabteilung, der Beschwerdekammer und dem Gericht angefallenen Kosten aufzuerlegen.

Angeführter Klagegrund

- Verstoß gegen Art. 8 Abs. 5 der Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates;
